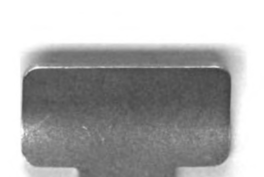

Dokumente des Fortschritts



# DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

## INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT DR: HERMANN BECK: BERLIN · VERLEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W35

JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK

I · JAHR 1–6 · HEFT



# INHALT:

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

### A. AUFSÄTZE.



### B. CHRONIK.



## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### A. AUFSÄTZE.

## B. CHRONIK.



# SOZIALE ENTWICKLUNG.

## A. AUFSÄTZE.

## B. CHRONIK.

# ARBEITERBEWEGUNG

## A. AUFSÄTZE.



## B. CHRONIK.



# TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

## A. AUFSÄTZE.



## B. CHRONIK.

# MORALISCHE & RECHTS-ENTWICKLUNG

## A. AUFSÄTZE.



## B. CHRONIK.



# NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

## A. AUFSÄTZE.

### B. CHRONIK.



## NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

### A. AUFSÄTZE.



### B. CHRONIK.



## NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

### A. AUFSÄTZE.





# GELEITWORT

UNSERE Zeitschrift will alle Entwicklungslinien menschheitlicher Kultur zusammenfassen! Diesem Zwecke wird zunächst eine zentralisierte Berichterstattung über die bisher fast ganz isoliert verlaufenden Kulturbewegungen der einzelnen Länder dienen. Ein Stab von etwa 200 ständigen Korrespondenten wird in kurzen Berichten die wesentlichen Tatsachen und Tendenzen des Fortschritts darlegen. Vor allem sollen hier auch die großen Entwicklungsmöglichkeiten der indischen, siamesischen, chinesischen und japanischen Kultur von berufenen Bürgern dieser Länder erschöpfend dargestellt werden. Die Darlegung der Erfolge australischer Sozialgesetzgebung wird den europäischen Nationen den Weg zu ähnlich gerichteten Reformen zu weisen vermögen, die Schilderung wirtschaftlicher Neubildungen Amerikas wird dem alten Europa wertvolles Erfahrungsmaterial zuführen, Chinas positivistische Kultur, Indiens neue Religionstendenzen und Japans impressionistische Kunst werden unserem eigenen Geistesleben wertvolle Anregungen geben. Und wieviel können die europäischen Nationen selbst voneinander lernen, wie sehr tut ihnen tiefergehendes Verständnis der seelischen Kräfte des Nachbarvolkes not! Jedes Volk hat bestimmte Kulturkomplexe zu besonderer Vollendung ausgebaut, und all dies Vorzüglichste der Völker einander zu erschließen, soll die Aufgabe dieser Zeitschrift sein.

Diesem Ziele wollen wir aber nicht nur durch ein Zusammentragen von Tatsachen dienen, vielmehr sollen die Berichte verarbeitet werden; in soziologischer Betrachtung werden ihre großen letzten Zusammenhänge dargelegt werden.

Endlich aber wird versucht werden, aus den Erfahrungen des einen Landes die notwendige Kulturarbeit für die anderen abzuleiten, Anregungen zu geben, nicht durch utopistische Erfindung von Ideen, sondern durch Vertiefung der Kenntnis der verschiedenen nationalen Entwicklungen. Solcherart soll den gesunden fortschrittlichen Tendenzen zum bewußten Durchbruch verholfen werden, will die Zeitschrift auf immer neue Kulturarbeit dringen, mit einem Worte: Kultur bauen helfen.

Die Zeitschrift wird in drei Teilen enthalten:

1. Abhandlungen aus der Feder repräsentativer Persönlichkeiten der verschiedenen Nationen;

2. Eine vom soziologischen Gesichtspunkte aus geschriebene Gesamtwürdigung der neuen Tatsachen und Entwicklungstendenzen der Gattung;

3. Knappe Berichte und weiterausgreifende periodische Umschauen über die verschiedenen Linien menschheitlichen Fortschritts: über ökonomische, politische und soziale Entwicklung, Arbeiterbewegung, technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, moralische und Rechtsentwicklung, neue religiöse, künstlerische und literarische Tendenzen.

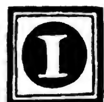
Diese Berichte sollen nicht in erster Linie Erscheinungen von Tagesinteresse, sondern vor allem zukunftbauende Entwicklungsansätze besprechen. All das soll in erster Linie erfaßt werden, was im Lande des betreffenden Korrespondenten in für andere Länder vorbildlicher Weise hervortritt.

Unsere Zeitschrift erscheint in einer französischen, deutschen und englischen Ausgabe. Das ermöglicht uns, gleichzeitig auf diesen drei großen Sprachgebieten zu wirken, ja, darüber hinaus zu allen Gebildeten der Erde zu sprechen.

Wenn wir so im Rahmen unserer Kräfte dazu beitragen können, den Fortschritt unserer Gattung zu einer bewußten, planvollen, einheitlichen Kulturbewegung zu gestalten, dann ist unser Ziel erreicht.

Paris, im November 1907. Dr. Rodolphe Broda.

# PROF. DR. KARL LAMPRECHT, LEIPZIG: NATIONALISMUS UND UNIVERSALISMUS IN DEUTSCHLAND.


N der Gegenwart bestimmen die Nationen der Hauptsache nach ihre Geschicke selbst. Das gilt auch vom deutschen Volke, so gern das Ausland uns unter einem absoluten Regime stehen oder wohl gar seufzen sieht. Die deutschen Staatseinrichtungen sind monarchisch-konservativ, aber das Leben ist demokratisch-fortschrittlich, während in Frankreich z. B. die Sitten konservativ und die Institutionen demokratisch sind. Es ist eine noch aus jenen metaphysischen Zeiten der Geschichtswissenschaft, da man in der Geschichte nur die politische Geschichte sah, herstammende Unsitte, große menschliche Gemeinschaften wie die modernen Nationen nur nach dem womöglich recht äußerlich erfaßten Wesen ihres Staates zu beurteilen.

Bestimmen aber die Nationen von heute ihre Geschicke selbst, so wird es von äußerster Wichtigkeit, den spezifischen Charakter ihres jeweiligen Selbstbewußtseins zu untersuchen und zu kennen: so wie man die Menschen innerlich kennen muß, mit denen und denen gegenüber man handelt. Denn durch dieses Selbstbewußtsein, das Nationalgefühl, ist ja auch wieder das Universalgefühl, die Handlungsdisposition gegenüber den anderen Nationen, wesentlich mitbestimmt, wenn nicht durchaus geleitet.

Das deutsche Nationalgefühl in seiner heutigen Durchbildung ist verhältnismäßig sehr jungen Datums. Allein unter der modernen Oberfläche birgt es noch uralte Bestandteile, die zu übersehen oder zu verkennen für das Ausland von verhängnisvoller Bedeutung sein würde. Es sind Rassenbestandteile. Wir wissen heute, daß sich Rassenmerkmale, an der zeitlichen Ausdehnung der geschichtlichen Überlieferung gemessen, für eine praktische Betrachtung so gut wie unverändert erhalten. Die Eigenschaften, welche der Chinese als Grundelement seines Wesens heute zeigt, kann man schon so gut wie restlos aus dem Charakter seiner Ornamentik, die bis etwa ins vierte Jahrtausend vor Christus hinaufreichen mag, ablesen. Rasseneigenschaften sind Schöpfungen einer Entwicklung, die Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Jahren umfaßt; sie werden nicht von heute auf morgen gewechselt; sie bilden den zwar zunächst unbewußten, aber tiefsten und alles durchdringenden Urgrund eines nationalen Daseins. Gewiß sind über die deutsche Nation seit den Tagen, da Tacitus ihr Wesen beschrieb, die wechselreichsten Schicksale hingegangen; sie ist auch keineswegs von fremdem Blute unberührt geblieben; zahlreiche romanisch-keltische, slawische, auch mongolische Elemente sind in sie eingegangen. Dennoch gelten die Grundeigenschaften des Charakters, wie Tacitus sie schildert, noch heute.

In unserem Zusammenhange sei nur eine, freilich mit wesentlichste, dieser Eigenschaften hervorgehoben, der Idealismus. Man lasse sich nicht durch die Disziplinierung der Nation von seiten des auf kolonialem Boden groß gewordenen Regiments der Hohenzollern täuschen, deren Bild heute den äußeren Aspekt der Nation beherrscht und deren Durch-

führung ihr, bei ihrer Neigung zu praktischer Läßlichkeit, gewiß gut tut. Darunter lebt dennoch der alte Idealismus fort, wie er sich denn seit einer Reihe von Jahren schon in einer reichen Blüte neuer Kunst und fortschreitender Wissenschaft, insbesondere auch philosophisch-wissenschaftlicher Synthese, auswirkt. Und dieser Idealismus, anscheinend so weltverloren, hat doch auch für das Ausland Seiten, die um so mehr zu beachten sind, als sie nur ausnahmsweise hervortreten. Idealisten sind Arbeiter de longue haleine; sie sichten weite Ziele; in diesem Zusammenhange ist es charakteristisch, daß der Italiener das, was der Franzose oeuvre bénédictine nennt, namentlich wenn es ihm im Grunde überflüssig vorkommt, nach dem Eindrucke deutscher gelehrter Arbeit in Italien als Tedescheria bezeichnet. Solche Idealisten sind aber eben darum, wenn sie in ihrem Tun gestört werden, besonders unliebenswürdig, erbost, ja, leichtlich wütend. Es ist eine echt deutsche Eigenschaft. Wie man zu sagen pflegt, der Deutsche läßt sich viel gefallen. Aber w e n n er erst einmal eine Situation unerträglich findet, w e n n er gründlich einsieht, daß man seine Zirkel stört, so ist er schwer zu beruhigen. Und zwar die Nation als Ganzes, nicht bloß der einzelne.

Was dann eintritt, das pflegt man als furor teutonicus zu bezeichnen. Diesen furor kannte schon Tacitus; ein mittelalterlicher Schriftsteller hat ihn mit den Worten Quis furiosam tulerit Teutonicorum insaniam beklagt; im 19. Jahrhundert hat das Jahr 1813 gezeigt, daß er jedes Opfers, selbst des allerpersönlichsten von Erbe und Leib, von Haut und Haar und Leben für das Vaterland fähig ist; und es ist zu wünschen, daß er im 20. Jahrhundert niemals in Aktion trete. Denn seine Wirkungen, der Nation an sich bisher stets heilsam, könnten nur durch schwere internationale Verwicklungen hervorgerufen werden und würden schwere Schicksale, nicht bloß für die Deutschen, zur Folge haben.

Über den Rassenelementen des heutigen deutschen Nationalismus, deren noch mehrere angeführt werden könnten, lagern die unter den Augen der geschichtlichen Überlieferung gewordenen, weit jüngeren Erscheinungen. Es versteht sich, daß sie der Hauptsache nach auch weit vergänglicher, veränderlicher sind. Sie sind in ihren obersten, jüngsten Schichten aus der Geschichte etwa der letzten drei bis vier Jahrhunderte zu erklären. Da tritt zunächst das stolze Element des humanistischen und des reformatorischen Bewußtseins auf: das letzte leider nur einem Teile der Nation ganz in Fleisch und Blut übergegangen, obwohl der jüngere deutsche Katholizismus den anderen Nationen immer etwas nach Reformation gerochen hat und riecht und auch in Rom nicht ganz von dem Verdachte leichter Ketzerei frei erachtet wird—wie pflegt der italienische Priester seinen deutschen Amtsgenossen befremdlich zu umwittern, der ihn etwa als Pilger besucht!—: das humanistische Bewußtsein dagegen ganz allseitig verbreitet, stark, und anfänglich besonders zu nationalem Stolze führend, da man die Besiegung der Römer durch Arminius, den „Prinzen von Germanien“, aus den authentischen Akten der Besiegten selber kennen lernte. Aber über diese Schicht des 16. Jahrhunderts hat sich im 17. Jahrhundert das taube Geröll des Dreißigjährigen Krieges gebreitet. Damals ging der alte Stolz verloren; Sucht nach und Angst um nationale „Reputation“ zogen ein; und das Ergebnis war jene Hundedemut gegenüber dem Ausland und Ausländern, die der Deutsche selbst heute noch manchmal

nicht verleugnet. Dann kamen freilich wieder bessere Zeiten: Friedrich der Große wirkte, und die auf seine Zeit folgenden Jahrzehnte einer klassischen Philosophie, Dichtung und Musik begründeten den Ruf des Volkes der Dichter und Denker. Die Folge war ein bescheidenes Nationalbewußtsein, das sich der Krone höchster zivilisatistischer Entwicklung sicher wußte, aber die Herrschaft auf Erden anderen Völkern fast neidlos überließ.

Auf all diese Schichten ist nun seit 1870 eine jüngste gefolgt. Wie sie beschreiben? Man darf sagen, daß das neue Bewußtsein, soweit es sich in günstigen Grenzen hielt, nachholte, was der Schicht der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gefehlt hatte: es schlug sich in einem stillen Stolze auf die errungene Einheit und in dem zähen Vorsatze nieder, diese Einheit zu erhalten und zur Wiedergewinnung der einst verlorenen wirtschaftlichen Größe zu verwenden. Aber es ist nicht zu verkennen, daß es darüber auch teilweise hinausführte. Noch reflektierte der herbe Verlust beinahe jedes Nationalbewußtseins von selbstbegrenzter Sicherheit im 17. Jahrhundert; und in begreiflicher Reaktion dagegen erhob sich ein Chauvinismus, der sich anschickte, die Nation als die allein auserwählte zu betrachten; und dessen Einzeläußerungen sich gelegentlich zu einer Haltung niederschlugen, welche die Franzosen wohl als grossièreté allemande bezeichnet haben.

Das ist im großen und ganzen heute der psychische Bestand. Ein fester nationaler Instinkt, der in schweren Fällen nie versagen wird; im übrigen aber noch ein Schwanken zwischen zu schwacher und zu starker Betonung der Einzelmomente nationalen Stolzes.

Dabei liegt zunächst auf der Hand, daß dies Schwanken nicht einfach, etwa gar durch ein paar Verstandeserwägungen, korrigiert werden kann. Es kann sich, zugunsten eines maßvoll sicheren Nationalbewußtseins, erst allmählich ausgleichen; es bedarf dazu der Zeit. Genauerer Beobachtung wird es aber kaum zweifelhaft bleiben, daß die Nation auf diesem Wege begriffen ist und auf ihm, namentlich auch an der Hand einer starken und allmählich doch ruhiger werdenden Kritik der kaiserlichen inneren und äußeren Politik, fortschreitet. Es liegt in niemandes Interesse, diesen Prozeß zu unterbrechen; man sollte auch im Auslande seinen Verlauf abwarten und ihn nicht durch manchmal recht unangebrachte Vorwürfe, wohl gar ad hominem des im Auslande reisenden Deutschen, stören.

Des weiteren aber ist klar, daß durch diesen Charakter des deutschen Nationalbewußtseins auch zum guten Teile das Wesen des deutschen Universalismus in früherer Zeit wie heute bestimmt ist.

Der deutsche Universalismus beruht zunächst auf rassemäßigen idealistischen Instinkten. Insofern ist er dem französischen verwandt: beide Völker regeln ihre Beziehungen nach außen mehr als andere nach einem optimistischen Menschheitsideal: ein starkes Moment gemeinsamer Eigenart, in dem sie sich immer wieder, und nicht in den schlechtesten Augenblicken ihrer wie der menschheitlichen Entwicklung zusammenfinden werden. Daß dabei dieser Humanitätsidealismus des Franzosen mehr ästhetischer und künstlerischer Natur, des Deutschen dagegen mehr philosophischer und intellektueller Art ist, braucht die praktische Kongruenz der beiderseitigen Bestrebungen nicht verkennen zu lassen.

Innerhalb dieses Bereiches aber ist der deutsche Universalismus, im 16. Jahrhundert noch kirchlich und religiös charakterisiert, eigentlich erst seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts frei und freier geworden: und insofern fällt historisch seine Entstehung mit den mächtigsten nationalen Erinnerungen, mit der Entwicklung von Klassizismus und Romantik zusammen. Damals, um 1800, waren oder wurden Goethe und Schiller, Kant und Schelling und Hegel, in seiner Art auch Mozart, ausgesprochener wieder Beethoven Träger dieser Bewegung. Am sichersten zum Ausdrucke gelangte sie vielleicht bei Schiller, namentlich insoweit sie hier das klarste Verhältnis zum Nationalbewußtsein einging. Schiller hat in herrlichen Gedankenreihen namentlich seiner reifsten Jahre, um 1800, ausgeführt, daß eben dies der nationale Beruf des Deutschen sei, seine Idealismen, seine Kunst, seine Dichtung, sein Denken, wie es auf dem Grund grübelnder Wahrheitsliebe gewonnen sei, der Welt zur Verfügung zu stellen, und diese in eben diesem Bereiche durch innigsten, voraussetzungs- und absichtslosen Dienst zu beherrschen. Und man darf sagen: das war der Grundgedanke der deutschen geistigen Evolution im 19. Jahrhundert, seiner Dichtung in Klassizismus und Romantik, seiner Philosophie vor allem und seiner Wissenschaft, seiner Musik und seiner Kunst der Erziehung.

Man darf diesen Zusammenhang auch für die Gegenwart nicht gering einschätzen. Es ist zu bedenken, daß der wirtschaftliche und soziale Aufschwung Deutschlands seit den vierziger und namentlich fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein neues geistiges Zeitalter herbeigeführt hat, das durch einen gewalttätigen, aber fruchtbaren Naturalismus zu einer neuen Kultur des Idealismus und der Synthese geführt hat, in welchem, gleichsam auf einem höheren Niveau, die Stufenfolgen des alten Klassizismus und der Romantik von neuem durchlaufen werden. So ist z. B. auf dem Gebiete, das die geistige Gesamtentwicklung wenigstens in Deutschland am besten widerzuspiegeln pflegt, auf dem Gebiete der Philosophie, einer die Lösung der Probleme vertiefenden Renaissance Kants diejenige Fichtes gefolgt; und eben in diesen jüngsten Zeiten beginnt sich eine höhere Inhalte als früher umfassende Repristination der Ideenwelt Hegels zu vollziehen. Da ist denn an sich schon wahrscheinlich, daß mit alledem auch der Universalismus eines Schiller und der anderen Großen seiner Zeit in verjüngten Formen wiederum Kraft gewinnen muß; und eine genauere Beobachtung des deutschen Geisteslebens der Gegenwart bestätigt diese Vermutung, wenn auch heute die einschlägigen Ideen vor allem an dem Kultus der Gedankenwelt Goethes Gestalt gewinnen.

Es sind, weltpolitisch gesprochen, wichtige Vorgänge. Von ihnen aus an erster Stelle kann der Deutsche mit der allgemeinen Friedensbewegung Fühlung gewinnen, die inhaltsleer sein würde, wenn sie nicht den eifrigsten Wettbewerb aller Nationen um die höchsten Güter der Menschheit bedeutete, um jene geistigen Schätze, deren Erringung allein der Friede gewährleistet.

Daneben steht freilich noch ein anderer Universalismus. Es ist eine seit und durch 1870 groß gewordene Ideenwelt, die sich mit dem berührt, was man vornehmlich in der angelsächsischen Welt Imperialismus nennt: politische Größe, wenn nicht Überlegenheit, zugleich wirtschaftliche Expansion ist ihr Ziel.

Noch ist die Welt nicht so weit in den Bereichen der Zivilisation fortgeschritten, daß sie nicht in einer kriegerischen Aktion die entscheidende Kraftprobe der Nationen sähe. Haben die Japaner etwa durch ihre hohe und eigenartige Kultur die volle Anerkennung, die Gleichberechtigung im Kreise der Nationen gewonnen? Erst die militärische Kraftentfaltung im Russisch-Japanischen Kriege, noch immer gleichsam ein Gottesurteil, hat sie ihnen mit einem einzigen Schlage gebracht. So hat auch den Deutschen das Jahr 1870, wenn nicht schon der Krieg von 1866, erst jene äußerliche Achtung der Massen — und auch die Nationen sind Massen — verschafft, die für das Auswirken einer großen Kultur schließlich Bedürfnis ist. Ja mehr: darüber hinaus fiel der Nation nach 1870 auf mehrere Jahrzehnte unter der Leitung eines genialen Staatsmannes die Hegemonie innerhalb der europäischen Völkerwelt und teilweise darüber hinaus gleichsam mühelos zu. Unter dem Schutze dieser Stellung aber vollzog sich dann zugleich der Aufschwung eines Wirtschaftslebens der Unternehmung, dessen Blüte, ja auch nur Bestand ohne wirtschaftliche Expansion nicht möglich ist.

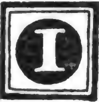
Dies war der Zustand, als mit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts neue politische Kräfte in den Vordergrund der Weltbühne traten, als eben auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung der Begriff der großen, wirtschaftlich zum Teil autarkischen Weltreiche auftrat. Es war nur natürlich, daß ihr Erscheinen (Vereinigte Staaten, England, Rußland, auch Frankreich und Japan) in Deutschland nicht sogleich verstanden wurde, daß man sich nicht alsbald mit einigem Verzichte einrangierte. Das um so weniger, als der Wechsel mit den ersten freieren Regierungsjahren eines jungen, hochstrebenden, in den Machtverhältnissen von 1870 aufgewachsenen Kaisers zusammenfiel.

Heute hat man sich im allgemeinen wohl in die neuen Verhältnisse eingelebt. Die wirtschaftlichen und politischen Ambitionen sind normal geworden; und je länger je mehr treten sie in Parallele mit den in manchem Betrachte sichreren und zu größeren Hoffnungen berechtigenden Ambitionen auf zivilisatorischem Gebiete. Und in dieser neuen Kombination entsteht eben jetzt ein modernster deutscher Universalismus, der die Welt prinzipiell arbeitsteilig betrachtet und von ihr, auf dem Grunde eines immer mehr sich abklärenden Nationalgefühls, nur in Anspruch nimmt, was der besonderen nationalen Veranlagung nach der Natur der Dinge und darum von Rechts wegen zufällt, zugefallen ist oder zuzufallen bestimmt scheint.

Es ist eine Entwicklung, mit deren stillem und starkem Verlaufe die fremden Nationen wohl zufrieden sein sollten. Und es ist zugleich auch eine der deutschen Nation günstige Entwicklung: denn sie wird in ihrem Fortschreiten ihr die kostbare Frucht eines klaren, selbstsicheren, niemand verletzenden, aber auch niemand untertänigen, ehrenhaften Bewußtseins der eigenen Kraft wie der berechtigten Stellung im Kreise der Schwesternationen des Weltalls zeitigen.

# SIR CHARLES W. DILKE, LONDON: MINIMALLOHN ALS SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG.

**The Right Hon. Sir Charles Dilke, Baronet und Mitglied des Parlaments, geboren 1843. Kam zuerst 1868 ins Parlament als Vertreter des hauptstädtischen Wahlbezirks Chelsea. Er behielt das Mandat bis 1886. Während dieser Zeit fungierte er als Unterstaatssekretär beim Auswärtigen Amt, d. h er vertrat im Unterhaus das Ministerium des Äußern. 1880—82 war er Präsident des Local Government Board, 1882—85 Präsident der kgl. Kommission zur Untersuchung der Arbeiterwohnverhältnisse. 1884—85 trat er neuerdings ins politische Leben ein als Vertreter des Wahlkreises Forest of Dean (Grafschaft Gloucestershire), den er bis heute im Parlament vertritt.**



M März 1906 hat der deutsche Reichstag beschlossen, den Reichskanzler zu beauftragen, über die Lebensführung der Heimarbeiter Nachforschungen anzustellen, über die Zahl ihrer Arbeitsstunden, ihren Lohn, ihre Gesundheitsverhältnisse! Dazu hatte ihn das lebhafte Interesse veranlaßt, das die deutsche Kaiserin an der „Ausstellung für Heimarbeit" in Berlin genommen hat. Die katholischen und sozialistischen Mitglieder des Reichstags hatten schon früher Anträge eingebracht, die darauf abzielten, Tarifgerichte einzuführen, die aus Arbeitgebern und -nehmern unter Vorsitz von Fabrikinspektoren gebildet werden sollten. Infolge dieses Reichstagsbeschlusses stellten nun die deutschen Heimatsämter bezirkliche Nachforschungen an. Die einzige amtliche Bill, die bisher aus diesen Nachforschungen hervorging, ist ein in diesem Jahre eingekommener Antrag bezüglich der Heimarbeit in der Tabakindustrie. Er wurde im Juni vom Reichsarbeitsamt veröffentlicht und beschäftigte sich mit der Hygiene und Kinderarbeit, nicht aber mit der Lohnfrage. Indessen gab Graf Posadowsky die Erklärung ab, daß über jede Branche der Heimarbeit der Reihe nach Anträge eingebracht werden sollten. Empirisches Material über die Verhältnisse der Berliner Heimarbeiter ist reichlich vorhanden. Und das Interesse, das auch in andern Teilen des Deutschen Reiches an der Frage genommen wird, bekundet sich sowohl in einem Bericht seitens der badischen Fabrikinspektion, wie in einem Memorandum über die Heimarbeit in Bayern, das als Anhang zu den Berichten der Fabrikinspektionen über das Jahr 1906 (München 1907) erschienen ist.

Das gegenwärtige österreichische Ministerium hat während der letzten Session ganz unerwartet einen Gesetzentwurf eingebracht, der wohl die drastischste Maßregel zugunsten der Heimarbeiter darstellt, die bisher von einem Parlament getroffen wurde. Das österreichische Regierungsgesetz würde z. B. (nach Absatz 11) dem Ministerium des Innern und dem Handelsministerium in Wien die Macht geben, wo es not tut — auf Vorschlag der Fabrikinspektionen — die Außenarbeit in der Stickereibranche zu verbieten, wie sie von Schweizer Unternehmern in St. Gallen bei den Bauern jenseits der Grenze, am Bodensee nahe Konstanz, in Auftrag gegeben wird. In den vereinigten Königreichen von Großbritannien haben allein die vereinigten Schneidereigenossenschaften solche Vorsichtsmaßregeln nach-

gesucht und es ist ihnen von ihren Freunden erwidert worden, daß das britische Parlament sich mit der Angelegenheit nicht befassen werde. Aber das Ansuchen der Schneider von London und Cork, das von den übrigen Distrikten adoptiert wurde, bezog sich lediglich auf sogen. „faule Geschäfte“, während der Vorschlag des österreichischen Ministeriums schlechtweg reinen Tisch macht, indem es in ganz unbegrenzter Form für alle „gefährdeten Branchen“ vorzusorgen beabsichtigt. Das österreichische Gesetz wird solchen Lesern unverständlich sein, die nicht mit der industriellen Gildengesetzgebung und der Verwaltungspraxis des österreichischen Kaiserreichs vertraut sind. Man muß zu seinem Verständnis wissen, daß die Kompetenzbehörde in Angelegenheiten der Industrie, von der zahlreiche Verfügungen abhängen, im allgemeinen der Bezirkshauptmann ist, dessen Funktion etwa der des französischen Präfekten entspricht. In den großen Städten dagegen steht die Kompetenz dem Gemeinderat zu. Bezüglich der gegenwärtigen Reformvorlage braucht nur daran erinnert zu werden, daß die österreichische Regierung vorschlägt, zunächst vornehmlich die Hausindustrie in der Schneiderei- und Unterkleiderbranche und in allen Arten der Schuhbranche in Betracht zu ziehen. Es handelt sich um ein System der Registrierung und Lizenz. Die Arbeiter sollen durch Lohnbücher (livrets) geschützt werden. Besondere Lohnbücher sollen für Stückwarenlöhne ausgeteilt werden. Ferner werden Vorsichtsmaßregeln in Hinblick auf Trucklöhnung getroffen. In besonderen Fällen sollen Lohnkommissionen für jede einzelne Branche entscheiden, während in anderen auf privatem Wege kollektive Vergleiche erzwungen werden vermittelst der Einführung von Zwangsschiedsgerichten.

Im Jahre 1906 hat nun das französische Arbeitsamt M. Barralt nach London geschickt mit dem Auftrag, ihm über die englische Heimarbeitergesetzgebung Bericht zu erstatten. Das Resultat dieser Mission kann man dem Bulletin der „Inspektion der öffentlichen Arbeiten“ für das Jahr 1906 entnehmen (Nr. 5 u. 6 S. 400 bis 407). — Hier wird betont, daß in England zwar große Fortschritte bezüglich der Hygiene der Heimarbeit gemacht worden sind, aber recht geringe, wenn man die Löhne und die andern Arbeitsbedingungen ins Auge faßt, die man unter dem Namen „Sweating“, d. i. Ausbeutung der Heimarbeit, zusammenzufassen pflegt.

Im Jahre 1888 hatte das Oberhaus einen Ausschuß beauftragt, Dokumente für die traurige Lage der Heimarbeiter zusammenzubringen, die 1889 in einem wichtigen Berichte des Ausschusses veröffentlicht wurden. Im Jahre 1895 versuchte man in England ein System einzuführen, das die Vergebung von Heimarbeit an „Lizenzen“ zu knüpfen suchte. Dabei stützte man sich auf die Erfolge der neuseeländischen Gesetzgebung, ohne darum das Beispiel von Neuseeland für maßgebend zu halten, da die dortigen Lebensbedingungen ganz verschieden sind von den in den drei Königreichen herrschenden. Diese Vorschläge aber wurden abgewiesen. Es ist uns bekannt, daß die offiziellen Persönlichkeiten der Arbeitsämter, wie auch die Inspektoren gegen ihre Wiedereinbringung heute kräftig Front machen. Sie fürchten, daß die Lizenzerteilung zur bloßen Formsache werden würde. Sie fürchten, daß die Schreibarbeit in diesem Departement und die Überbürdung der Inspektorate noch anwachsen könnte, ohne daß irgend ein praktischer Nutzen dabei herauskommt. So blüht denn die „Vergebung von Arbeiten außer dem Hause“

heute mehr denn je. Vor allem im Schneidergewerbe und allen Gewerben, die mit der Konfektionsbranche in Verbindung stehen. Die Tendenz des Antrags von 1895 wie der „Generalakte für Fabriken und Werkstätten" von 1901 geht darauf aus, die Kontrolle der Heimarbeit bestimmten lokalen Behörden zu überweisen. Gegenwärtig sind dies „Heimarbeitsinspektoren", die gemäß der Heimarbeitsartikel der Generalakte ernannt werden. In einigen Distrikten, z. B. in verschiedenen Londoner Stadtbezirken, wo das Lokalinspektorat teils aus tüchtigen weiblichen Arbeitsinspektoren gebildet wurde, kann man sich des Erfolges freuen. Aber es gibt in England Gegenden, wo überhaupt noch nichts für die Heimarbeit geschehen ist, und auch in allen andern Bezirken ist das System noch recht mangelhaft, sogar in Hinblick auf Forderungen der Hygiene.

In Massachusetts, New York und einigen andern Staaten der Union besteht für bestimmte Gewerbe (einschließlich der Konfektion) bereits das sog. Lizenzsystem. Ein Versuch, auch die Löhne gesetzlich zu fixieren, ist aber bisher ausschließlich in den englischen Südseekolonien gemacht worden. Es sind für Neuseeland und Neusüdwales und in bestimmten Fällen sogar in der gesamten australischen Nationalgesetzgebung Schieds- und Gewerbegerichte vorgesehen, die in der Lage sind, bei Lohnstreitigkeiten feste Lohnsätze für einen ganzen Erwerbszweig festzulegen; auch für die Gelegenheits- und Heimarbeiter, sowie für die in den Fabriken und Werkstätten beschäftigten Personen. Dagegen findet sich ein ausgesprochenes Tarifsystem nur in Victoria. Hier sind (wenigstens für bestimmte Industrien) die Löhne ein für allemal festgesetzt, ohne vorhergehenden Gewerbestreit.

Die Mißstände der Heimarbeit sind wahrscheinlich in Städten wie London und Berlin am größten. Denn hier sind nicht nur die Arbeitsbedingungen für Heimarbeiter sehr schlecht, sondern auch die Löhne exorbitant niedrig. Freilich können uns in Frankreich und Irland die mannigfachen Schäden der Heimarbeit auch sehr lebhaft vor Augen treten; aber örtliche Umstände haben in jenen Gegenden dieser Arbeit eine Popularität verschafft, deren sich die „sweated" Schneiderarbeit in London nicht erfreut. Die Heimarbeitsschäden speziell in der Hemd- und Kragenindustrie in Nord-Irland kommen denen der Spitzenindustrie gleich, wie sie in Vivarais, zwischen dem oberen Loire- und Rhonetal, herrschen. In fast allen Ländern blüht in den „schwachen Gewerben" irgendeine Art von Sweatingsystem. Es fordert die staatliche Regelung; aber das ist in diesem Fall weit schwieriger als etwa bei Regelung der Frage der Fabrikarbeit.

In Deutschland und Großbritannien, Australien und Neuseeland fußt die Organisation der Arbeit in der Industrie durchweg auf den Gewerkschaften. Diese können in der Hauptsache sich selber schützen. Sie können nicht nur die Fabrik- und Werkstattgesetzgebung überwachen, sie können auch für angemessene Lohnverhältnisse sorgen. Aber während die britische und australische Arbeiterschaft sich damit abmüht, in allen Teilen des Landes „faire" Arbeits- und Lohnverhältnisse einzuführen, erwächst ihr aus dem Sweatingsystem, das einen Teil der Fabrikarbeit auf Außenstehende abwälzt, eine beständige Schwierigkeit. Sie schuf zumal in der Konfektionsbranche einen beständigen Gegendruck, denn hier ist es nicht zu umgehen, einzelne Manufakturen teils mit Berufsarbeitern, teils mit Gelegenheitsarbeitern herzustellen. Das stellte die Gewerkschaften

schließlich vor die Frage, ob nicht für die Heimarbeit in schwachen oder noch unorganisierten Gewerben besondere Maßregeln zu ergreifen seien.

Mr. Deakin, der gegenwärtige Ministerpräsident von Australien, hat dieser Materie ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie trat ihm während vieler Jahre näher, wo er als Kolonialsekretär in Vcitoria fungierte, d. h. „Minister des Innern" in einem Lande war, in dem die Manufaktur überall blüht. Das Prinzip des Minimallohns wurde zuerst 1896 in der Gesetzgebung von Victoria durchgeführt. Für bestimmte Gewerbe wurden Spezialbehörden eingeführt, die zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern zusammengesetzt wurden. Der Obmann jeder Lohnkommission (wages boards) durfte mit dem betreffenden Gewerbe nicht in Verbindung stehen. Konnte man sich über seine Wahl nicht einigen, so wurde er vom Gouverneur, d. h. vom Ministerrat ernannt. Alter, Geschlecht, Natur der Arbeit wurden für jeden einzelnen Zweig der Gewerbe genau in Betracht gezogen. Die Kommissionen hatten die Minimalsätze festzustellen, die jeder Klasse von Arbeit, sei es in der Fabrik, in Werkstätten oder zu Hause zu mindest bezahlt werden mußten. Diese Tarifierungen wurden durch Strafbestimmungen gestützt. Aber sie konnten durch das Gericht von Zeit zu Zeit neu festgelegt oder durch Beschluß des obersten Gerichts der Kolonie sogar aufgehoben werden. Man hatte die Macht, auch Distrikttarife einzuführen. Man konnte auch die Zahl der Arbeitsstunden festlegen und, wofern Überzeit erlaubt wurde, einen höheren Tarif für Überstunden vereinbaren. Heimarbeit wurde nach Stücklohn gezahlt. Für Lehrlinge und junge Anfänger wurden besondere Minimallöhne festgelegt, die proportional ihrer wachsenden Erfahrung erhöht werden mußten. Dieses Grundgesetz von 1896 war nur ein Experiment. Es sollte nur für das Schneidergewerbe, die Schuh- und Stiefelbranche und einige andere Branchen gelten. Fünf Lohnkommissionen wurden sogleich eingesetzt. Sie hatten die Aufgabe, diejenigen Gewerbe zu regulieren, die in den genannten Staaten der Amerikanischen Union gewöhnlich durch Lizenzen geregelt werden. Es waren die schon erwähnten Branchen, die Bekleidungs- und Putzbranche (außer der Damenkonfektion) und die Hemden- und Unterkleiderbranche. Gerade in diesen Branchen konnte man Schwitzsystem und Hungerlöhne am furchtbarsten wüten sehen. Sobald aber die neuen Bestimmungen in Kraft traten, zeitigten sie sogleich die günstigsten Resultate, trotz mannigfacher Schwierigkeiten, die sich zumal in der Unterkleiderbranche ergaben.

Im Jahre 1900 wurde diese Lohnkommissionsgesetzgebung Victorias erneuert. Es wurde der Zusatz gemacht, daß weitere Gewerbe gemäß den Beschlüssen einer der beiden Kammern des victorianischen Parlaments dem Tarifsystem unterstellt werden könnten. Im Jahre 1902 zählte man bereits 29 Lohngerichte. Im Jahre 1903 wurden die Akte erneuert und die Einrichtung neuer Gerichte der Zustimmung der beiden Parlamente unterstellt. Das Recht, die Anzahl der Lehrlinge zu beschränken, wurde aufgehoben. Ein spezielles Appellationsgericht wurde geschaffen, das zusammengesetzt wurde aus einem Richter am obersten Landesgericht, einem Beisitzer, der die Arbeitgeber, und einem zweiten Beisitzer, der die Arbeitnehmer zu vertreten hat. Im Jahre 1905 wurden das Minimallohnsystem und die Lohnkommissionen aus vor-

übergehenden zu dauernden Einrichtungen gemacht. Von nun an gehören sie zu den allgemein anerkannten Prinzipien der victorianischen Gesetzgebung. Einige andere australische Staaten oder frühere Kolonien sind bereits auf dem Wege, dem Beispiel Victorias zu folgen.

Alle, die unter den Auspizien Dr. Bauers und seiner nützlichen „Internationalen Assoziation" unsere Frage in der Schweiz, Deutschland, England und Amerika studieren, die die Bedingungen der Heimarbeit und des Systems des Zwischenmeisters kennen — sie alle geben zu, daß eine Gesetzgebung für dieses Gebiet notwendig ist und daß die bloße hygienische Fürsorge hier nicht genügt. In den britischen Kolonien ist auch die Stimmung der Arbeiterwelt im allgemeinen der Regulierung der Arbeitsbedingungen durch die eine oder andere Form von Schiedsgerichten (wie sie in Neuseeland oder seit 1900 in Neusüdwales existieren) durchaus günstig. Freilich weist der alljährlich tagende Kongreß der Trades Unions in England diese Aussichten noch zurück, und zwar mit einer Majorität von 2:1. Bei einem weniger weitgehenden Antrag, der 1907 gestellt wurde und für 1908 einen neuen in Aussicht stellt, ergab sich Stimmengleichheit. Die größten Trades Unions, die der Kohlenbergarbeiter und die der Textil- und Baumwollindustrie von Lancashire bilden noch unentwegt die Majorität. Gleichwohl verband bereits der Trades Unionskongreß seine Zurückweisung von Schiedsgerichten mit einer Erklärung zugunsten des victorianischen Lohnkommissionssystems für alle unorganisierten, wirtschaftlich schwachen oder spezialisierten Hausindustrien. Er unterstützt auch die weiblichen Gewerkvereine in ihrem Bemühen, ähnliche Regulierungen für die Frauengewerbe zu erlangen. Die wichtigste weibliche Fabrikindustrie ist die Baumwollindustrie von Lancashire. Hier bilden die Frauen die Majorität unter den Wählern der großen Gewerkschaftsführer, wie der Parlamentsmitglieder Mr. Shackleton und Mr. Gill. Aber diese Lancashire-Industrie kann nicht unter dem Gesichtspunkte der Löhne als spezifische Frauenindustrie betrachtet werden. Denn durch eine vollendete Organisation und bewundernswerte Führerschaft haben die Arbeiterinnen von Lancashire erreicht, daß sie besser entlohnt werden, als sonst die Frauen ähnlicher Gewerbe in England, ja in der ganzen Welt.

Alle politischen Parteien des zivilisierten Erdenrunds stimmen heute wohl darin überein, daß die Gesetzgebung sich mit den Arbeitsverhältnissen beschäftigen soll, in vielen Fällen auch mit der Arbeitszeit, vor allem aber mit den verschiedenen Lohnsystemen. Aber außer in Australien und Neuseeland ist noch sehr wenig über die dem Arbeiter zu gewährende Lohnhöhe gesetzlich festgelegt. Es fehlt noch ein festes Prinzip, durch das ein „Zwang der Gesetze" sanktioniert werden könnte. In den englischen Königreichen hat man im Parlament bisher noch nicht direkt über die Lohnfragen verhandelt. Aber man ist doch wenigstens so weit fortgeschritten, daß man die Bestimmungen der freien Schiedsgerichte von Staats wegen zu stützen suchte und ihnen in manchen Fällen offiziell bindende Sanktion zuerkannte. — Die Gewerbegerichtsbarkeit hat mit den allerverschiedensten Arbeiterklassen zu rechnen, mit den mannigfachsten Gewerben, mit den verschiedensten Löhnungsarten. So z. B. im Nottinghamer Spitzengewerbe und in der Stiefellederbranche in Leicestershire und Nottinghamshire. Aber ihre sehr sorgsamen, detallierten Bestimmungeu sind doch all-

gemein anerkannt und sorgsam durchgeführt worden. Im Kohlenbergbau hat die Macht der großen Gewerkschaften zur Festsetzung eines Minimallohns geführt, der durch Schiedsgerichte mit unbeamteten Schiedsrichtern festgelegt wird. Das Gewerbe des Minenarbeiters ist wie die obengenannten Gewerbe eine Tätigkeit, deren Bedingungen von Fall zu Fall wechseln. Stollenweite, Härte der Kohle, Härte des Gesteins, das sind augenscheinlich variable Faktoren, die bei der Festsetzung der Löhne berücksichtigt werden müssen. Aber man kann getrost behaupten, daß in Großbritannien nirgendwo irgendwelche Opposition lebendig ist, die nicht das Prinzip anerkennt, daß man die Löhne in den sog. Hunger- und Schwitzgewerben staatlich regeln muß, wofern diese Gewerbe sich nicht auf dem Wege der Organisation selbst verwalten können, wie es z. B. die Kohlenarbeiter zuwege brachten. Die Anhänger jener Versuche in Victoria haben die Majorität des Unterhauses auf ihrer Seite. Sie leben der Überzeugung, daß für England die Zeit des Systems der Lohnkommissionen gekommen ist und daß die Erfolge, die in Australien damit erzielt worden sind, ein wichtiges Vorbild für die Zukunft bilden.

Die einzige Opposition, die zu befürchten ist, geht von solchen Leuten aus, die ungeachtet der Einwände der offiziellen Arbeitsinspektionen immer noch an dem Dogma der „Lizenzerteilung" festhalten, das im Jahre 1895 von allen Einsichtigen begünstigt, dann aber zugunsten des victorianischen Systems verlassen worden ist. Nur die Schneider haben noch ein besonders beliebtes Allheilmittel für alle Arbeitsschäden ihres Gewerbes. Sie meinen, daß man durch Gesetz alle Schneiderarbeit außerhalb der Kleiderfabriken doch verbieten solle. Aber es ist wenig Aussicht vorhanden, daß ein solcher Vorschlag im Parlamente Anklang findet. Ein solches Allheilmittel für ein einzelnes Gewerbe würde im Parlament noch viel mehr dem Widerspruche ausgesetzt sein, als das bei einem noch weit allgemeineren Vorschlag der Fall sein dürfte. Ein Ausschuß des Unterhauses hat während der Session 1907 den Gegenstand bearbeitet. Er hat die Dringlichkeit jenes Antrags bestätigt, der schon 20 Jahre früher durch den Ausschuß des Oberhauses gestellt worden war. Diese Unterhauskommission wird 1908 ihren Bericht erstatten, wahrscheinlich, um den Versuch mit irgend einer Form des in Victoria geglückten Experiments zu empfehlen. Es kann freilich sein, daß auch das Lizenzensystem in irgend einer Form noch empfohlen wird. Die Regierung hat inzwischen einen Kommissar in die australischen Kolonien entsandt, der im Laufe dieses Jahres über zwei ökonomische Fragen Bericht zu erstatten hat. Die eine davon ist die Frage der Lohnkommissionen. So warten wir auf die Erklärung der englischen Regierung, die noch vor Mitte der nächsten Session des Unterhauses zu erfolgen hat.

# FRÉDÉRIC PASSY, PARIS, MEMBRE DE L'INSTITUT: TENDENZEN DER ANNÄHERUNG DER KULTURVÖLKER.

**Frédéric Passy, Paris, Mitglied der französischen Akademie, hat als ökonomischer Schriftsteller, besonders aber als Begründer der Propaganda für schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Differenzen einen Weltruf erlangt. Er wurde für letztere Tätigkeit mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.**

NEUNZEHNHUNDERT Jahre sind verflossen, seit der Apostel Paulus schrieb: „Die Völker werden das Mysterium des neuen Bundes erfüllen. Sie werden Glieder e i n e s Körpers und Söhne e i n e s Geistes sein."

Das „neue Mysterium"! Ach, in der Tat, es war nicht nur für die Mehrzahl der Menschen jener Epoche neu. Neu ist es auch für viele, die heute leben. Und doch ist dies Mysterium so alt wie die Welt. Menschenalter auf Menschenalter hat es geahnt. Seine Weisen haben es klar ausgesprochen. Und für den beschränktesten Geist unserer Tage ist es so klar, wie das Licht der Sonne.

„Membra sumus corporis magni", „Wir sind Glieder eines einzigen Leibes", das schrieb zur selben Zeit wie der heilige Paulus sein Zeitgenosse Seneca. „Es gibt eine Gemeinschaft des Menschengeschlechts", das hatte schon vor beiden Cicero, der große römische Rhetor, gesagt.

Ja, er hatte schon von der allgemeinen Menschenliebe gesprochen, der caritas generis humani.

Ich will kurz sein. Ich will nicht an die fernen Menschenalter denken, nicht an die Zivilisationen Asiens, will nicht Konfuzius, Zoroaster, nicht Manu und Sakya Muni aus ihren Gräbern zitieren. Ich will nur in Europa verweilen. Da begegnet uns der heilige Johannes Chrysostomus, wie er in gewaltigen Worten die leichten Gedanken des Horaz bekämpft, wie er Gott dafür Dank sagt, „daß er zwischen die fernen, getrennten Gefilde die flüssige Fläche der Meere gespannt hat, auf daß Menschen sich einander verbinden und sich als Brüder umarmen, am Tische des Vaters". Selbst der praktische prosaische Sully sagte: „Es gibt gar viele Länder und Küsten und Himmelsstriche. Gott hat ihnen allen Überfluß gegeben an mannigfachen Künsten und Sitten, Genußmitteln, Handelsartikeln und Berufen. Ein jedes Land hat seine besonderen Vorzüge, die denen der anderen Länder nicht vergleichbar sind. So sollen Handel und Verkehr die Mängel des einen Landes mit dem Überfluß des anderen decken. Und mit dem Handel wächst dann die gegenseitige Erkenntnis und der geistige Austausch der Nationen, die im Raume so weit getrennt sind."

Wir kommen unseren Tagen näher! Da begegnen uns Turgot, Franklin, Bastiat, Peel und Cobden. Mit unbeugsamem Ernste zeigen sie, daß jedes Gut und jedes Übel a l l e n zugute kommt, daß es auf seinen Täter zurückströmt; zeigen, daß schon Egoismus uns für das Wohl unserer Nächsten besorgt machen muß. Auf Nimmerwiedersehen haben sie die alte Politik des Antagonismus verbannt. Das wechselseitige Wohlwollen wurde als Boden alles ernsten Fortschritts anerkannt. Und: „aus Kunden werden leicht Freunde". Free trade the great peace maker.

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts, seit die Macht der Industrie zugleich mit der Technik des Weltverkehrs aufstieg, ist die Solidarität der wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Interessen gewachsen. Heute lebt keiner unter uns, der nicht — mag er das wissen oder nicht — der großen Menschheitsfamilie tributär und ein Teil ihres Fortschritts ist. Man kann getrost sagen, daß unser aller Leben oder Tod von dieser Solidarität abhängt. To be or not to be.

Eine der größten Nationen und die reichste von allen, nämlich England, würde buchstäblich Hungers sterben, wenn sie nicht zwei Drittel ihres gesamten Lebensbedarfs von auswärtigen Märkten bezöge, die sie dafür mit ihren industriellen Produkten beschickt. Die Textilindustrie Englands, Deutschlands wie Frankreichs kann ihre Rohstoffe nur von außereuropäischen Märkten beziehen. Das wurde besonders fühlbar, als im Sezessionskriege die schreckliche Baumwollkrise ausbrach. Man bedenke auch, daß der ganze wunderbare Kommunikationsapparat, den man mit Recht als den „Nervenapparat der Menschheit" bezeichnet hat, die Telegraphen, Telephone usw., nicht ohne Kautschuk und Guttapercha bestehen, also nicht ohne überseeische Hilfe auskommen könnte. Und doch zirkuliert in ihm all unser Leben, unser körperliches so gut wie unser geistiges. Es pulsiert durch die unzählbaren Organe der großen menschheitlichen Familie, so wie in jedem von uns das Blut unseres Herzens pulsiert. Man braucht gar nicht an Krieg und blutige Massaker und Umsturz zu denken, man braucht sich nur vorzustellen, daß dieses Zirkulationsnetz für einen Augenblick unterbrochen sei: Getreide, Eisen, Öl, Baumwolle und Wolle müßten am Ort ihrer Produktion verbleiben und fänden keinen Absatz mehr. Welche Entbehrungen, welche Leiden müßten entstehen. Welch mannigfaches Elend jeder Art!

Man wird uns entgegnen: diese Vorstellung sei ein bloßes Phantasma. Kein Volk, keine Epoche würde jemals so toll sein, sich selbst in Acht und Bann zu tun. Die Menschheit könne niemals, wie sich einst ein belgischer Schlachter ausdrückte, „ihre Wut an Brot und Fleisch auslassen". Das ist zweifellos wahr. Aber gibt es denn nicht noch zahllose Hindernisse, die sich dem freien Austausch, Import und Export der Produkte und oft der Menschen entgegenstellen? Sind das nicht die freiwilligen Zehnten, die jeder von uns zu tragen hat, Abschlagszahlungen, die sich als kleine Entbehrungen an Arbeit, Nahrung und Kleidung geltend machen?

Aber es handelt sich hier nicht nur um die Leiden, die wir uns selber zufügen. Wir können auch die anderen Menschen nicht hindern, einander leiden zu machen. Und auch d i e s e Leiden fallen auf u n s zurück.

Man denke beispielsweise an das letzte große Unglück, das die Menschheit betroffen hat, den russisch-japanischen Krieg. Wir wollen ihn hier ohne Sentimentalität betrachten, wollen hier all das Leiden beiseite lassen, das die kriegführenden Nationen einander zufügten, gerade als wenn das nicht vorhanden sei. Denken wir also nicht an die Schlachten und ihre Gemetzel, nicht an die Verwundeten, deren Blut den Schnee färbte. Geplünderte Städte, zerstörte Bergwerke, Schiffe, mitsamt ihrer Mannschaft versenkt — wir wollen daran nicht denken, nicht denken an die verlassenen Felder, fern dahinten, in den japani-

schen und russischen Dörfern, die verödeten Hütten und all die verzweifelnden Familien. Denken wir als echte Egoisten nur an uns selber und fragen wir uns, ob wir, die wir in Frankreich, England, Deutschland, Österreich, Italien, Belgien oder sonstwo „neutral“ gewesen sind, d. h. was man so neutral nennt, indifferente Zuschauer des Kampfes, ob nicht auch wir unter seinen Folgen zu leiden hatten? Ich glaube, wir werden sagen müssen, daß, wer auch ferne von dem Ort, wo der Blitz niederzuckt, nicht vor dem geschützt ist, was der Physiker den Rückschlag nennt.

Die großen Erdkatastrophen, vulkanischen Eruptionen, Erdbeben, Überschwemmungen und Springfluten hat man seit je als Unglück empfunden. Aber jahrhundertelang sind sie doch nur ein lokales Unglück geblieben. Man litt nicht darunter, man wußte nicht davon oder doch von dunklem Hörensagen, und man brachte diesem Unglück höchstens ein vages, unbestimmtes Mitgefühl entgegen. In unseren Tagen sind das allgemeine Katastrophen. Nicht nur darum, weil sie eine allgemeine Teilnahme erregen, sondern weil sie sehr viele Konkurse, Unfälle und Zusammenbrüche nach sich ziehen. Katastrophen wie die des Mont Pelé oder die von San Francisco und Valparaiso werden auf dem ganzen Erdglobus als gemeinsames Unglück empfunden. Ebenso steht es mit dem Kriege. Nicht nur, noch einmal gesagt, mit Kriegen, an denen wir direkt teilnehmen, sondern auch mit jedem Krieg, von dem wir uns geflissentlich fern zu halten suchen.

„Bei unserm Nachbarn setzten wir den Hahn aufs Dach,
Es kam ein Sturm und unsere Dächer steh'n in Brand“

so sang vor achtzig Jahren Béranger, und trauernd fügte er hinzu:

„So weit die Grenze eurer Staaten reicht
Ist jeder Halm mit Menschenblut getränkt.“

Das ist von jeher wahr gewesen, aber man hat nicht weiter darüber nachgedacht, nicht den tieferen Sinn begriffen. Fünfhundert, vielleicht schon hundert Meilen von dem Ort, wo man sich niedermetzelte, konnte das Leben seine gewohnten Bahnen gehen, ohne irgendwelche bemerkbaren Erschütterungen. Neue Feldzüge und Metzeleien waren, wie Labrugière sagte, nur ein „neuer Sensationsstoff für die Zeitungen in Versailles oder Amsterdam“. Heute sind alle Interessen so verzweigt, daß die ganze Welt an jeglichem Unglück teilhat. Am Tage nach der Kriegserklärung Japans erlitten alle Börsen in Europa und Amerika einen Kurssturz. Alle Werte, Staatspapiere, Industrieaktien, kommerzielle Unternehmungen, Minenwerte oder sonstige Werte waren in Mitleidenschaft gezogen. Nach Millionen und Abermillionen zählten die Verluste, die von Banken und Privatpersonen erlitten wurden, durch die einige wenige hochkamen und zahllose zugrunde gingen. Viele, die solche Verluste erlitten, sind sich ihres Ursprungs wohl klar gewesen und haben dem Kriege heftig geflucht. Aber wie viele gab es auch, die weniger Scharfsicht besaßen und das Übel, unter dem sie mit zu leiden hatten, nicht durchschauen konnten. — In jedem Winter pflegen viele begüterte Familien des Nordens in die Provence zu ziehen, um den provencalischen Sonnenschein mit teurem Gelde zu zahlen. Ganze Schiffsladungen Blumen wanderten aus der Provence nach St. Petersburg oder Moskau. Nun aber waren all diese Einnahmen plötzlich unterbrochen, weil die Kundschaft in Not geraten war. Der Export Pariser

Modeartikel wurde durch die gleichen Anlässe sehr gehemmt. Ja wir alle wurden z. B. durch solche Kleinigkeiten in Mitleidenschaft gezogen, wie die, daß wir den zur Konservierung von Pelz oder Wolle benötigten harmlosen Kampfer doppelt bezahlen mußten, weil man dort unten ihn zur Darstellung von Sprengstoffen und Todesgeschossen benötigte. Wer kann sagen, wie oft wohl ein armer Soldat, der auf Befehl oder in der Wut des Kampfes in der Ferne eine Brücke sprengte, eine Werkstatt anzündete, eine Mine überschwemmte oder ein Magazin in Brand gesteckt hat, damit ökonomische Werte zerstörte, die in Form von Aktien oder Obligationen das mühsam zusammengedarbte Eigentum kleiner Sparer waren; vielleicht der eigenen alten Eltern, die in der Ferne um ihn weinten.

Aber die Sache hat zwei Seiten. Dem traurigen Gemälde entspricht zum Glück auch ein Gegenstück. Und wir können, um ein bekanntes Wort anzuwenden, hoffen, daß „Freude und Leid sich den Garaus machen". Die Solidarität der Not muß, je klarer sie zutage tritt und je unmöglicher es wird, sie zu verkennen, uns, wofern wir nicht blind sind, das Übel vermeiden lehren. Die Solidarität der Güter aber, die ja nicht minder wirklich ist, muß ihrerseits uns lehren, das gemeinsame Wohl zu suchen; alle für einen und einer für alle, wir für andere und andere für uns! Wir empfangen nicht bloß das Brot, von dem wir leben, die Kleidung und das Werkzeug aus den fremden Händen, sondern wir empfangen auch fortwährend Ideen, Erfindungen, Stimmungen, die von bekannten oder unbekannten Brüdern geahnt oder geprägt sind.

„Wir danken dem Franz Jacquard den Webstuhl, von dem wir und unsere Familien lebten", so sagten schlichte deutsche Weber zu Dr. Karl Richet. Der Amerikaner Morse (nicht er allein, aber er vor allen anderen) hat uns den elektrischen Telegraphen geschenkt. Eine schlichte offizielle Manifestierung der öffentlichen Dankbarkeit war sein ganzer Lohn. Der Italiener Marconi hat seine noch primitive Erfindung aus dem Bann der Kabel und Drähte befreit. Der Engländer Cobden endlich hat uns gelehrt, in der materiellen Interessengemeinschaft die Garantie des Rechts und den Boden des wechselseitigen Wohlwollens zu sehen. Und der Deutsche Kant war es, der uns mit einer Autorität, die die ganze denkende Welt anerkannt hat, die philosophische Formel für eine höhere Zukunftspolitik übermittelte: „Im Selbsterkennen gelangt die Welt zur Einheit."

Wir sind noch getrennt durch die Sprache. Aber wir fühlen doch schon hinter all den verschiedenen Idiomen und Sitten, daß wir im Grunde gleicher Natur sind. Wir haben die gleichen Bedürfnisse und die gleiche Seele. Wir erstreben, oder sollten doch erstreben, daß diese Erde, die unsere Kämpfe genügend mit Blut getränkt hat, ein einziger Markt, eine einzige Werkstatt und zu guter Letzt eine einzige Familie werde. Die Familie des großen Erdenvaterlandes, zu dem alle Einzelvaterländer verschmelzen. Dabei wird der einzelne nicht leiden, sondern sich erst recht entwickeln, so wie der gesunde Körper sich festigt, indem jedes Glied harmonisch zu seiner höchsten Ausbildung gelangt.

Jeder Mensch, so hat man gesagt, besitzt zwei Vaterländer, das Vaterland seiner Geburt und das, dessen Kultur am lebhaftesten zu seiner Entwicklung beitrug. Der russische Soziologe Nowikow machte

vor 10 Jahren, auf einem Friedenskongreß in Hamburg, eine glückliche Anwendung von dieser Wahrheit. Er begrüßte abwechselnd in französischer und deutscher Sprache sein zweites Vaterland Deutschland und sein zweites Vaterland Frankreich.

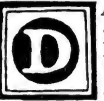
Man muß noch weiter gehen. Ohne die spezifischen Vorzüge, die wir dem Lande der Geburt danken, zu verkennen, müssen wir durchschauen lernen, daß alle Länder, groß und klein, uns gemeinsam sind, weil es keines gibt, dem wir nicht irgendein Stück unseres Wesens danken, keines, das nicht auch uns und unseren Landsleuten verschuldet ist, für irgendeines seiner Güter. Es ist an der Zeit, alle die alten Kämpfe voll Haß und Eifersucht zu verbannen, Kämpfe, die im Grunde nur eine große Torheit sind, und mit Viktor Hugo auf dem denkwürdigen Kongreß von 1849 uns zu begrüßen als „Kampfgenossen beider Welten", oder mit dem Worte Lamartines: „Mitbürger im Reich des Gedankens".



# LINO FERRIANI, ROM, STELLVERTRETENDER GENERALPROKURATOR: FRAUEN- UND KINDERSCHUTZBEWEGUNG IN ITALIEN.

**Lino Ferriani, Rom, hat mehrere Werke insbesondere auch über Kinderschutz geschrieben und in die internationale Bewegung im Interesse von Reformen in dieser Richtung eingegriffen.**

## I.



DAS Problem der Besserung der Lage des Kindes ist so mit dem der moralischen, geistigen und wirtschaftlichen Erlösung der Frau verknüpft, daß beide unmöglich zu trennen sind. Deshalb habe ich seit 30 Jahren versucht, dieser meiner Überzeugung in zahlreichen Werken Ausdruck zu geben. Sie handeln vom normal und anormal beanlagten Kinde, von den Verbrechen, besonders von der Kriminalität der Kinder, von den verschiedenen Erziehungssystemen, der sozialen Lage der Frau und endlich von der großen heiligen Pflicht der Gesellschaft, die gegenwärtigen ungesunden Zustände unmöglich zu machen, die Kinder zu schützen, den Frauen beizustehen (besonders denen, die gezwungen sind, schwere und schlecht bezahlte Arbeit zu leisten), sie zu ermutigen, ihre gesamten natürlichen Kräfte zu entfalten und sie dadurch, welcher Klasse sie auch angehören mögen, zu befähigen:

1. einer gesunden Nachkommenschaft das Leben zu geben,
2. die Nachkommenschaft gut zu erziehen,
3. an der Seite des Mannes, mit Hingabe und Intelligenz für alle Ziele der Menschlichkeit zu kämpfen, die die moderne Zeit anstrebt.

Darum aber müssen wir auch eine entsprechende Gesetzgebung fordern; einige dieser Gesetze müssen internationalen Charakter haben, denn Frauen- und Kinderschutz ist eine Pflicht aller zivilisierten Staaten.

Er setzt die Anerkennung eines allgemeinen Menschenrechtes voraus, jener Menschenrechte, die keinerlei Verschiedenheit der Sprachen und Rassen, keine Grenzpfähle und Schranken kennt und zu deren Siege alle Regierungen sich verbünden sollten.

## II.

Bereits vor zehn Jahren machte sich in Italien eine lebhafte Bewegung zugunsten der verlassenen Kinder geltend, eine Bewegung, die freilich fast ausschließlich in den großen italienischen Städten, in Mailand, Turin und Rom, aufzuleben begann. So gibt es in Italien mehr als 35 000 verlassene Kinder; infolgedessen natürlich auch ein beständiges Anwachsen der Kinderkriminalität. Die Institutionen der „Nationalen Gesellschaft zur Verhütung von Grausamkeiten gegen Kinder", die in England und dem englischen Amerika wahrhaft Wunder wirken, funktionieren in Italien miserabel, vor allem, weil es ihnen beständig an Geldmitteln fehlt. Man kennt in Italien noch nicht einmal Kinderasyle, wie sie z. B. in Ungarn geschaffen wurden.

Am schlimmsten ist das in den südlichen Provinzen. Hier liegen die Verhältnisse so verzweifelt, daß erst kürzlich wieder die Hilfe der Regierung angerufen wurde und der Ministerpräsident, der verehrungswürdige Giolitti, einen sehr guten Plan entwarf und vorlegte, um die wachsende Kriminalität der Kinder endlich von Grund auf zu bekämpfen.

Die folgenden Zahlen mögen das Gesagte beleuchten: Im Zeitraum von fünf Jahren 1891 bis 1895 hatte Ligurien etwa 4000 straffällige Kinder aufzuweisen. Emilia, Toskona, Pontinische Marschen, Latium zusammen etwa 10 000, Sizilien dagegen 20 000; d. h. eine dreifach so große Anzahl als wie in den andern Provinzen zu konstatieren ist, eine doppelt so große wie die in Piemont und in der Lombardei. Dasselbe Bild wiederholte sich in dem Lustrum von 1895 bis 1900. Dem Prozentsatz nach kommen auf 100 000 Kinder im Durchschnitt 338,37 Kriminelle. Und zwar 281,45 in Piemont, 266,20 in der Lombardei, dagegen 700,81 in Sizilien. Das ist in der Tat das dreifache der mittleren Kriminalziffer in den anderen Staaten.

Es kommt dies daher, weil auf den italienischen Inseln die physische und moralische Verwahrlosung der Kinder noch größer ist als auf dem Kontinent; auch daher, weil in der dortigen durch Not und Elend entkräfteten Bevölkerung das Verbrechen viel leichter aufkeimt und dort jene Kinder vorherrschen, von denen Viktor Hugo sagt: „Waisenkinder sind sie, obwohl noch beide Eltern leben."

Die Kriminalität der Minderjährigen ist noch im Wachsen. Es gab an kriminellen Kindern:

| | | |
|---|---|---|
| 30 000 | im Jahre | 1890 |
| 35 600 | „ „ | 1894 |
| 39 109 | „ „ | 1895 |
| 41 605 | „ „ | 1896 |
| 44 047 | „ „ | 1898 |

Es gibt noch zu viel Wohltätigkeitssport, zuviel Paradephilanthropie, die auf Bällen und Wohltätigkeitsfesten meistens lediglich der Eitelkeit der Veranstaltenden Befriedigung schaffen soll. Es wäre notwendig, daß diese veralteten Formen von Wohltätigkeit endlich soliden, ökonomischen Organisationen Platz machen, die eine soziale

Macht repräsentieren und ihre Kräfte dazu verwenden, Einrichtungen zum Kinderschutz zu schaffen, die das Verbrechen zeitig verhüten und vor Rückfälligkeit bewahren.

Leider hat man auf den ersten internationalen Kinderschutzkongressen, auf den in Florenz 1896 wie auf den vorhergehenden (Paris 1883, Bordeaux, Genf 1895, Budapest und London) ein viel zu uferloses Programm diskutiert, man stand oft in Gefahr, viel zu akademisch zu werden. Es tut not, das Feld enger abzustecken, praktischer und positiver vorzugehen und sich für eine Sozialreform zu entscheiden, die von allen Regierungen leicht angenommen werden kann.

## III.

Untersuchen wir nunmehr, welcher Art der Schutz ist, den man der Frau in Italien angedeihen läßt.

Italien besitzt bereits eine Frauenvereinigung, ferner eine vortreffliche Revue „Das Leben der italienischen Frau", die von einer geistvollen Frau Sofia Bisi-Allini in Rom geleitet wird. Dieselbe Frau ist auch Leiterin der nicht minder nützlichen Revue für junge Mädchen. Ferner erscheint in Turin eine bedeutende Revue „Die Frau". Alles das sind glänzende Schriften; sie alle sind von dem glühenden Wunsche beseelt, die Lage der Frau zu verbessern. Aber man verschwendet noch zu viel leere Rhetorik und fürchtet sich oft davor, sich in Gegensatz zu veralteten Vorurteilen zu bringen. Man macht sich auch die geistige Armut des weitaus größten Teiles der Italienerinnen nicht klar, oder, wenn man es tut, so wagt man nicht, all dieses geistige Elend offen zu enthüllen; das Elend all dieser Frauen, die in Stadt und Land zu einem drückenden, schlecht bezahlten Frondienst verdammt sind. In gewissen Gegenden erschöpft sich das Leben einer Bäuerin tatsächlich in Feldarbeiten, die mit einem Tagelohn von 60 bis 80 Centimes bezahlt werden. Diese armen Weiber, schmachvoll ausgebeutet, unwissend, hyperreligiös und abergläubisch, sind tatsächlich ohne allen Schutz. Und da ich das Gute anerkenne, wo ich es finde, ohne mich bemüßigt zu fühlen, nach seiner Herkunft zu spüren, so muß ich dankbar feststellen (obwohl ich kein Sozialist bin), daß dank der Aufklärungsarbeit des Sozialismus ein Strahl von Aufklärung in der Frau aus dem Volke und in der Bäuerin langsam zu dämmern beginnt, eine Aufklärung, die die weibliche Seele etwas verfeinert, ihr eine schwache Ahnung ihrer Menschenrechte beibringt und sie und ihre Kinder, wenn auch nur sehr langsam, auf eine bessere Zukunft vorbereitet, eine Zukunft, die ihre Menschenwürde respektiert, die heute so tief niedergetreten wurde.

Die Frau der ärmeren Klasse ist, wie wir gesehen haben, noch sehr wenig geschützt. Daraus resultiert ein ganz elendigliches Frauenproletariat. Die Löhne sind, wie man aus den letzten Statistiken des Arbeitsamtes ersieht, vollkommen ungenügend. Ebenso ist es nur allzu begreiflich, wie das Elend im Verein mit Unwissenheit und allzu harter Arbeit notwendig zur Prostitution treibt.

Die niedrigsten Löhne (75 Cent. pro Tag) findet man in den landwirtschaftlichen Betrieben (59,3 %), den Papierfabriken (25,5 %), Tabakmanufakturen (1,4 %), Baumwollfabriken (4,4 %) und Woll-

fabriken (7,5%). Höhere Löhne (d. h. Löhne bis zu 2 L. pro Tag) findet man bei den Landarbeitern überhaupt nicht, sehr selten bei Seidenarbeitern (1,4 %) und Bandarbeitern (1,9 %); verhältnismäßig etwas häufiger bei den zur Verarbeitung tierischer Abfallprodukte verwendeten Leuten (2,6 %) und bei Wollarbeitern (14,7 %); am häufigsten trifft man sie in den Tabakmanufakturen (32,1 %).

Es existieren nun freilich einige wichtige Wohlfahrtseinrichtungen zum Zweck des Frauenschutzes. Dazu gehört vor allem die Schaffung einer Mutterschaftskasse, die in der sozialen Gesetzgebung das Prinzip der ausgleichenden und versöhnenden Gerechtigkeit verkörpert. Sie sucht den am Vorabend ihrer Niederkunft stehenden armen Arbeiterinnen neuen Lebensmut einzuflößen. Aber diese zum Zweck des Frauenschutzes getroffene Gesetzgebung ist noch recht ohnmächtig, weist viele Lücken auf und besitzt vor allem zu wenig Zusammenhang und Disziplin, um den letzten Zweck aller sozialen Fürsorgearbeit zu erreichen, der die Quelle alles sozialen Gedeihens ist: die physische, psychische und geistige Hygiene des Volkes.

Man müßte sich z. B., wie man es in Frankreich tut, ernstlich mit den Berufskrankheiten beschäftigen, die in den Sterblichkeitsstatistiken eine so große Rolle spielen, besonders bei den Arbeiterinnen, die bei schlecht entlohnter Arbeit, schlecht genährt und durch Wochenbetten erschöpft, vermöge der von ihnen ausgeübten Berufsarten dazu disponiert sind, die Beute zum Tode führender Krankheiten zu werden.



# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

## VON PROF·DR·RODOLPHE BRODA·PARIS

DIE Aufsätze, die ich allmonatlich an dieser Stelle zu veröffentlichen gedenke, wollen ein eigenartig Ziel erreichen.

Auf uns alle strömen aus den Spalten der Tagespresse alltäglich Nachrichten über Begebnisse jeder Art in den verschiedenen Ländern ein, und unsere Zeitschrift selbst bringt Berichte über Tatsachen der Sozial- und Kulturentwicklung der verschiedenen Völker. Dem ungeübten Auge könnten all diese Dinge als voneinander unabhängig, isoliert erscheinen, während es doch in Wahrheit große Entwicklungstendenzen der ganzen Gattung sind, die in ihnen zum Ausdruck kommen.

An dieser Stelle nun will ich versuchen, allmonatlich die Mosaiksteinchen zu Bildern der Entwicklung zusammenzusetzen, die berichteten Tatsachen soziologisch zu werten und darzutun, welche organische Veränderungen, welche fortschreitende Entwicklungen des menschheitlichen Organismus sich in ihnen manifestieren.

Heute möchte ich drei Entwicklungstendenzen behandeln, welche für den Gattungsfortschritt der allerjüngsten Zeit, wie ich meine, charakteristisch sind.

### I.

Eigenartige Nachrichten kommen vom Osten. Nach dem Beispiele Japans und Rußlands ist ein Staat Asiens nach dem andern in eine Periode politischer Gärung, konstitutioneller Entwicklung eingetreten.

Das chinesische Riesenreich, das durch Jahrtausende ein Hort des sozialen Konservatismus gewesen, das in der Staatsphilosophie von Konfuzius die letzte und vollendete Lösung aller politischen und sozialen Probleme und Möglichkeiten erblickt hatte, tritt aus der Bahn seiner Traditionen heraus (siehe Bericht auf Seite 59).

Freilich wäre es Anmaßung für uns Abendländer, zu meinen, daß Chinas Abkehr von seinen nationalen Prinzipien an sich nach jeder Richtung einen Fortschritt bedeuten müsse; dies gewaltige Reich hat ja nur deshalb durch Jahrtausende seine Verfassung bewahren können, weil diese den Nachbarstaaten an Vollkommenheit unendlich überlegen war. China war und ist Asiens einzige Demokratie; es ruht in breiter Basis auf der freien Arbeit seiner landbesitzenden Bauern und seiner gewerkfleißigen Bürger. Ein Geburtsadel fehlt, und die gelehrte Klasse der Mandarinen, die sich aus den breiten Massen des Volkes in Auslese, wenn nicht der Besten, doch der Gelehrtesten durch ein System strenger Prüfungen ergänzt, beherrscht seit Jahrtausenden den Staat; ihre öffentliche Meinung ist auch für den Kaiser Wege bestimmend. Platos Ideal der Herrschaft einer „Kaste von Weisen" über den Staat ward schon vor ihm durch Konfuzius in China lebendige Realität.

Und ebenso hat Chinas großer Staatsphilosoph schon vor langen Jahrhunderten jene positivistischen Grundsätze geprägt, die Auguste Comte

in unserem Jahrhundert unabhängig von ihm neuerdings in Frankreich zum Ausdruck brachte. Chinas intellektuelle Klassen sind frei von jeglichem Aberglauben, sind auch frei von jeder positiven Religion, die durch eine auf den Prinzipien der Humanität begründete Moralphilosophie ersetzt wird.

Nur eines war es, das an diesem gewaltigen System zum Hemmstein jeder Aufwärtsentwicklung werden sollte: der Glaube an das erreichte Ideal, über das hinaus es weiter nichts zu erstreben gebe. Die kriegerischen Erfolge Japans und Europas haben den Chinesen gezeigt, daß es jenseits ihrer Grenzen Mächte gibt, die ihnen auf einer Linie wenigstens überlegen sind, und so sehr der Chinese auch den Triumph der Waffen verachtet und (ohne Herbert Spencer zu kennen) darauf hinweist, daß eben China aus dem einst durchlaufenen kriegerischen Zeitalter seit langem ins industrielle Zeitalter übergetreten sei: trotzdem haben die demütigenden Niederlagen im japanischen und europäischen Kriege den nationalen Stolz des Volkes aufgepeitscht. Man wollte den übermächtigen „Barbaren" mit ihren eigenen Waffen begegnen können, und darum zunächst begann man sich für die parlamentarischen Institutionen Japans, die mit dessen Erfolgen so eng verbunden schienen, zu interessieren. Und allmählich trat der freiheitliche Gedanke auch dem Empfinden der gelehrten Klasse, sowie insonderheit dem der studierenden Jugend, die einst zu ihrer Nachfolge berufen, näher.

Man erkannte, daß ja China in gewissem Sinne immer eine freie Regierungsform besessen und so eine parlamentarische Verfassung eigentlich die konsequente Fortentwicklung der nationalen Prinzipien bedeute.

In einem aber vor allem brach man konsequent mit Anschauungen der Vergangenheit. An die Stelle des konservativen Ideals von Konfuzius trat das Fortschrittsideal Darwins: nicht nur im Denken, auch in der Tat. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, tritt das altkonservative China in eine Periode rastloser politischer, sozialer und kultureller Entwicklung ein. Schon für die nächste Zukunft ist die Einführung einer parlamentarischen Verfassung in Aussicht genommen.

Nicht minder bedeutsam sind die Nachrichten, die aus Indien kommen. (Siehe Bericht auf Seite 57.) Eine revolutionäre Gärung durchzieht den Norden und Osten des großen Landes; die alte Demut und stumpfe Ergebenheit der vom Kastensystem entnervten Volksmassen ist dahin. Noch unmittelbarer als in China konnte von den englischen Schulen des Landes der Geist westlicher Demokratie ins Gedankenleben der gebildeten Klasse treten, und die ungelösten sozialen Probleme des Landes, die quälende Not, die seine breiten Volksmassen im Bann hält, gab der Bewegung von vornherein ein revolutionäres Gepräge.

So wahrscheinlich es ist, daß sich die konstitutionelle Umgestaltung Chinas mit seinen gesunden Besitz- und Herrschaftsverhältnissen im Wege einer friedlichen Evolution vollziehen wird, so furchtbare, in keinem andern Lande der Welt erreichte revolutionäre Möglichkeiten schlummern im Schoße des indischen Volkes, in dem in weniger Jahre Abstand Pest und Hungersnot (in Wahrheit die soziale Not, die sie verschuldet) Millionen und Millionen menschlicher Leben dahinraffen.

Indien ist das Land des Gewaltigen in Natur und Menschentum. Es hat durch Jahrtausende die starrste und unerbittlichste Aristokratie der Welt gesehen; nun einmal der Gleichheits- und Freiheitsgedanke vom Westen her in diese Welt gefallen, kann nur eine grundstürzende soziale Revolution zu einer neuen Ordnung der Verhältnisse führen.

Freilich bis die arbeitenden Massen Indiens ihr blutiges Erwachen feiern, mag es noch geraume Zeit währen; heute sind es zunächst die gebildeten Klassen, welche von der herrschenden anglo-indischen Bureaukratie Anteil an der Leitung der Landesgeschicke fordern. Vieles spricht dafür, daß sie dies Ziel bald erreichen werden, daß England gezwungen sein wird, auch seiner großen indischen Besitzung parlamentarische Institutionen, gleichwie es sie seinen andern Kolonien gegeben hat, einzuräumen. Die großen sozialen Kämpfe werden freilich damit nicht abgeschlossen sein, sondern erst beginnen.

Selbst der muslimische Orient, dessen Entwicklungskräfte man so lange erstorben wähnte, beginnt sich zu rühren. In Persien hat die Revolution vom Schah eine parlamentarische Verfassung erzwungen, und seit Monaten schon tut das persische Parlament fruchtbare gesetzgeberische Arbeit (siehe Bericht auf Seite 56), und ebenso ist in Ägypten eine starke, freiheitliche Volksbewegung erwachsen, welche die Weiterbildung der bestehenden repräsentativen Institutionen zu einer vollständigen Verfassung anstrebt. (Siehe Bericht auf Seite 60).

So wird es bald kaum einen Staat des Ostens mehr geben, der nicht sein Parlament besäße; der große Siegeszug der parlamentarischen Idee um die Erde geht seiner Vollendung entgegen. Er zeigt uns in schöner Weise, wie sich neue Kulturfaktoren der Menschheit im Kampf ums Dasein entwickeln. Die Antike hatte sich zur Idee parlamentarischer Vertretung nicht durchringen können, und an dieser Unfähigkeit gingen Griechenlands Stadtstaaten, ging der „Italische Bund“ zugrunde. Erst lange Jahrhunderte später war es einem kleinen Inselvolke gegeben, aus besonders günstigen Verhältnissen heraus diese neue Form staatlicher Organisation zu finden, und vermöge dieser selbstverwaltenden Institutionen konnte dies Volk der Anglosachsen einen großen Teil des Erdkreises besiedeln und eben hierdurch seine parlamentarischen Institutionen überall hintragen. Von England und seinen Kolonien setzten sie auf das europäische Festland über und haben in letzter Zeit auch den letzten noch widerstrebenden Großstaat, Rußland, bezwungen. Und die nächste Zukunft, fast schon die Gegenwart legt ihnen auch Asien zu Füßen. Keineswegs handelt es sich hier bloß um eine politische Wandlung; aus der freien Verfassung entspringt auch der freie Volksgeist, die Anteilnahme aller an den Fragen und Problemen der Gesamtheit. Unter dem erziehenden Einfluß parlamentarischer Institutionen wird sich das Geistesleben der Völker des Ostens ebenso wandeln, wie sich das der Menschen Europas in unserem Jahrhundert gewandelt hat. Schon die demokratische Volksbewegung selbst, die heute allüberall in Asien auflodert, hat eine Revolutionierung der Geister bewirkt, neue Ideenkeime in wundervoller Weise ersprießen lassen.

Mit dem vollen Siege der Demokratie werden den großen Problemen der Kultur Hunderte von Millionen neuer Mitempfindender, Mitstreitender erwachsen.

Und gewaltige kulturelle Schöpfungen können wir mit Fug und Recht von den zu neuem Leben erwachten Kulturvölkern des Ostens erwarten, bedeutsame Beiträge zu unserem Besitz an geistigen Werten, zu dem bis nun so überwiegend Europas Völker beigesteuert hatten.

So bedeutet der Sieg des Parlamentarismus in Asien den Beweis der Möglichkeit, unser Solidaritätsbewußtsein mit den Menschen unserer Artung auf die große Mehrheit aller Wesen unserer Gattung auszudehnen.

## II.

Parallele Entwicklungen, welche gleichfalls eine Ausdehnung des Kreises derer, welche die politischen Geschicke der Staaten mitentscheiden, mit sich bringen, haben sich in jüngster Zeit in den Stammlanden unserer Kultur vollzogen.

Die Wahlrechtskämpfe in Österreich und anderen Ländern haben großen, bis dahin ausgeschlossenen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung die politische Vollberechtigung gebracht; ebenso bedeutsam vielleicht, doch weniger bekannt sind die jüngsten Ausbreitungen des Prinzips des Frauenstimmrechts, die wieder einmal zeigen, wie oft die Utopien von gestern die Realitäten von morgen sind.

Die Forderung ward zuerst von jener Klasse intellektueller Frauen erhoben, die aus ihrer geistigen Hochbildung stolzen Anspruch auf Gleichberechtigung mit dem Manne auf allen Gebieten ableiteten. Zu wahrer Kulturnotwendigkeit aber ward sie als politische Konsequenz aus der ökonomischen Selbständigkeit der arbeitenden Frauen.

Als Gattin und Tochter des Bauern und Handwerksmeisters von ehedem war die Frau in ihren Interessen durch die politischen Rechte desselben entsprechend vertreten gewesen; mit dem Versinken der Kleinbetriebe, der wachsenden Proletarisierung der Massen trat sie aus der ökonomischen Familieneinheit heraus; als Arbeiterin war sie darauf angewiesen, aus eigener Kraft ihre Interessen zu vertreten, und der Ausschluß vom politischen Stimmrecht setzte sie in bitteren Nachteil im Kampf ums Dasein, verurteilte ihre berechtigten Forderungen zur Vernachlässigung durch die Mitglieder der Parlamente, die von ihnen nichts zu hoffen, nichts zu fürchten hatten, hat die Duldung der für die Zukunft der Rasse gefahrvollsten Frauenausbeutung wesentlich mitverschuldet.

Australiens Beispiel hat gezeigt, wie sofort mit Erringung des Frauenstimmrechts die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung sich dem Schutze der arbeitenden Frauen zuwendet, und mit in erster Linie durch Frauenstimmen ward die großartige Schutzgesetzgebung dieses Pionierlandes geschaffen.

Im alten Europa freilich mit seinen eingewurzelten Traditionen und Vorurteilen gab es schwere Hindernisse am Wege.

Lange hat man die Vorkämpfer der politischen Frauenrechte der Lächerlichkeit preiszugeben versucht. Oder man hat die notwendige Zersetzung von Ehe und Familie durch die selbständige politische Betätigung der Frauen, deren Nichtübereinstimmung mit der politischen Meinung des Gatten mit düsteren Worten auszumalen gewußt.

Erst die Resultate des Frauenstimmrechts in den Ländern jenseits der Meere (siehe Bericht über Resultate des Frauenstimmrechts in Australien auf Seite 75) vermochten diese Irrgedanken entscheidend zu widerlegen. Zuerst waren es einige amerikanische Hinterwäldlerstaaten, welche diese Forderung konsequenter Demokratie verwirklichten, aber ihre noch wenig differenzierten Verhältnisse gaben keine Möglichkeit, die Probe des Erfolges in beweiskräftiger Weise zu machen. Dann kamen Süd-Australien, Neu-Süd-Wales und Neu-Seeland, und ihnen folgend der australische Bundesstaat.

Nunmehr war den Frauen bereits auf einer großen politischen Bühne freie Betätigungsmöglichkeit geboten.

In jüngster Zeit hat die Bewegung auf Europa übergegriffen. Finnland gab den Frauen das aktive und passive Wahlrecht, und 19 weibliche Abgeordnete nehmen regen Anteil an der Realisierung des großen sozialen Reform-

programms, (siehe Bericht auf Seite 74), das dieser Körperschaft vorliegt. Der norwegische Storthing hat in seiner letzten Session gleichfalls die Einführung des Frauenstimmrechts beschlossen. Die Parlamente von Schweden und Holland werden sich in der kommenden Wintersession mit gleichen Vorlagen zu befassen haben. So steht das Frauenstimmrecht — noch vor kurzem eine Institution der Utopie — inmitten der politischen Realität, im Herzen Europas.

Es tritt bereits in jene Phase seines siegenden Vormarsches ein, in der nicht mehr das Prinzip, sondern nur mehr die Reihenfolge der einzelnen Völker, je nach dem Grade ihrer politischen Reife und Entwicklungshöhe, in Frage kommt.

Und wie Australiens Erfahrungen lehren, werden weder Ehe noch Familie, ja werden nicht einmal die Probleme der hohen Politik von ihm wesentlich tangiert werden.

Aber die Frauen selbst werden damit zu regerer Anteilnahme an den großen Problemen des Fortschritts erzogen, und in der politischen Arena selbst treten die Fragen des Jugend- und Frauenschutzes, die Bekämpfung der Trunksucht, die Friedensbestrebungen, die öffentliche Moralität (wie Australiens Erfahrung zeigt) in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Und noch viele andere Probleme, die sich an das weichere, minder egoistische, von allgemeineren Gefühlsgesichtspunkten geleitete politische Empfinden des Weibes knüpfen. Unserem öffentlichen Leben wird dies keineswegs zum Schaden gereichen. Ein wenig minder Interessenpolitik und ein wenig mehr Kultur-, ja sagen wir es offen, Gefühlspolitik wird der Lösung gar vieler sozialer Probleme nur förderlich sein können.

So bedeutet die Ausbreitung des Frauenstimmrechts wohl nicht jenes große zersetzende Prinzip, das Freund und Feind von ihm erhoffen oder fürchten mochten. Im Lichte der politischen Erfahrung ist es eine wohltätige, milde Kraft im großen politischen Heim der Völker, gleichwie des Weibes Einfluß wohltätig und milde in unserem eigenen Heim schaltet und waltet.

## III.

Unscheinbarer, doch viel bedeutungsvoller als alles genannte, als wahres Zentralereignis der jüngsten Zeit erscheint mir ein anderes: das Übergreifen australischer Sozialinstitutionen auf Europa, wie es in der bevorstehenden Einbringung einer diesbezüglichen Regierungsvorlage in England, in der geplanten Errichtung von Lohnkammern, denen die Befugnis gesetzlicher Feststellung der Arbeitslöhne zukommt, zum Ausdruck gelangt (siehe Bericht Ch. Dilkes Seite 10).

Um aber die volle Bedeutung dieses Ereignisses erfassen zu können, müssen wir uns erst über die wahre Tragweite der staatssozialistischen Institutionen, die in Australien seit längerer Zeit bestehen, klar werden.

Für den oberflächlichen Beobachter mag Australien als ein Land erscheinen ähnlich den andern Ländern der Erde, in denen eine hochentwickelte Industrie mit allen ihren Begleiterscheinungen besteht. Besitz und Leitung der Fabriken liegt auch in Australien in den Händen einer kapitalistischen Klasse, während die Arbeiter im Lohnverhältnis stehen. Und die äußerlichen Erscheinungsformen des Landes, das nominell von den Gouverneuren des Königs von England regiert wird, erinnern noch gar sehr an die alte Welt.

Aber für den tieferblickenden Beobachter kommt in all dem eben nur der angestammte Trieb der britischen Rasse zum Ausdruck, die alte Form (und in ihr die Kontinuität der sozialen Entwicklung) zu wahren, sie aber mit neuem Geist zu erfüllen. Das psychische Milieu Australiens ist nicht mehr das der kapitalistischen Ordnung, ist im wesentlichen bereits das des geträumten sozialistischen Zukunftsstaates. Zwei Momente charakterisieren es: 1. der Aufstieg des Arbeiters zur freien Mitbestimmung der industriellen Verhältnisse, der ihm ein starkes Gefühl der Mitverantwortlichkeit und der Arbeiterpartei ein starkes „nationales" Gefühl verleiht, und 2. das allgemeine Empfinden gesicherter Lebensexistenz, die, von keiner Krise mehr bedroht, einer neuen harmonischen Lebensauffassung Raum gibt.

ad 1. Der Fabrikherr ist nicht mehr Monarch auf seinem Besitztum.

Das britische Prinzip konstitutioneller Verfassung hat auch in die Fabrik seinen Einzug gehalten. Arbeiterausschüsse bestimmen in Verhandlung mit den Ausschüssen der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen (siehe Bericht von Oberst Reay über Wagesboards auf Seite 37).

ad 2. Nicht mehr der individuelle Kampf ums Dasein, sondern der planmäßige Wille der Gesamtheit beherrscht das soziale Leben. Nichts ist charakteristischer für das kapitalistische System der übrigen Länder als die Unsicherheit der Existenz nicht nur für den Arbeiter selbst, sondern für alle Klassen der Gesellschaft. Eine Krise der Industrie mag den ersteren und seine Familie der Not und dem Hunger überantworten und zu gleicher Zeit den Fabrikanten und die Seinen aus reichen, geordneten Lebensverhältnissen in den wildesten Kampf ums Dasein schleudern. In Australien wird die Möglichkeit industrieller Krisen von Jahr zu Jahr mehr ausgeschaltet, weil die im Staat organisierte Volksgesamtheit es ist, welche die großen zentralen Betriebe des Landes (Bahnen, Bergwerke, Grund und Boden, Monopolindustrie) mehr und mehr in ihren eigenen Betrieb überführt oder aber durch gesetzliche Reglementierung derartig leitet, daß das blinde Walten der ökonomischen Kräfte gebrochen erscheint.

Schutzzoll nach außen ist seit langen Jahren das Prinzip der australischen Politik; in dieser Parlamentsperiode tritt ein neues Prinzip des Schutzzolles in Erscheinung, die Auferlegung einer hohen Steuer auf alle Betriebe, die nicht den rigorosesten Anforderungen auf Arbeiterschutz und Arbeiterfürsorge entsprechen, damit die andern, welche dies Ideal realisieren, vor Konkurrenz der minder vorgeschrittenen bewahrend.

In Neuseeland wieder hat man den Übelständen des Großgrundbesitzes, der ein Hemmnis für die fortschreitende Besiedlung des Landes war, durch Verstaatlichung des Grundes und Bodens ein Ende bereitet, und die Gesamtheit ist es, welche entscheidenden Einfluß auf Technik und Wirtschaft der neu eingesetzten Pächter ausübt.

Allgemeine Altersversorgungen, Fürsorge für die Kranken, Invaliden und Arbeitslosen erlöst die arbeitende Bevölkerung von der lähmenden Furcht vor den schlimmsten Krisen des Elends. Für sie ist die Existenz fernerhin von schwerer Sorge frei, aber ebenso findet der Besitzende, dem Gespenst der Krise und des Ruins mehr und mehr entrückt, in der Stabilität und planvollen Ordnung der ökonomischen Verhältnisse Ruhe, Sicherheitsgefühl und (jenseits der ökonomischen Sorgen) ein Leben, das der Befriedigung der Kulturbedürfnisse gewidmet ist. So ist es auch leicht

zu verstehen, daß alle Klassen des australischen Volkes von den Idealen rastlosen Erwerbssinnes, wie sie etwa Amerika eigen sind, sich mehr und mehr zu den Idealen geistiger Kultur und edler Lebensfreude durchgerungen haben.

Weite Ausblicke eröffnen sich so dem Beschauer, der die Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung an den Realitäten des australischen Lebens zu studieren sucht.

Auch eine gewisse Gefahr sozialistischer oder richtiger bis zur äußersten Konsequenz durchgeführter demokratischer Entwicklung tritt in dem vorgeschritten sozialistischen Neuseeland zutage.

Das Fehlen von wahrhaft besitzenden Klassen und einer allen Erwerbsnotwendigkeiten entrückten Jugend ließ aus dem Volksganzen jene Gruppe von Personen ausscheiden, die sich jenseits aller Erwerbsbetätigung dem Schaffen von Kulturwerten widmen konnte. Aber auch dieses Problem, kaum gefahrvoll geworden, hat auch schon seine Lösung in dem demokratisch vollendeten Unterrichtssystem des Landes gefunden, das der Jugend des Volkes unentgeltlichen Unterricht gewährleistet und seinen begabtesten Kindern durch eine Kette von Stipendien den Aufstieg zu den Hochschulen und damit zur Lebensbetätigung als Schöpfer geistiger Werte ermöglicht.

Lange mochte es scheinen, als sollten Australien und Neuseeland die einzigen Länder bleiben, in denen neue humanitäre und demokratische Ideale ihre Verwirklichung finden. Doch das ist vorüber. Der große Schwesterstaat Australiens, die Dominion of Canada, hat gleichfalls den Weg gesetzlicher Festlegung industrieller Arbeitsbedingungen beschritten und folgt in ihren Einigungskammern dem australischen Vorbild.

Und in diesen letztvergangenen Monaten hat in England selbst eine mächtige Bewegung für Schaffung gleichgerichteter Institutionen eingesetzt. Zum Teil waren es Australier selbst, als Delegierte zur Reichskonferenz gekommen, welche den Samen ausstreuten, zum Teil war es die direkte Kunde von jenseit des Meeres, welche den liberalen, nach Abschaffung wenigstens der schlimmsten Ausbeutungserscheinungen strebenden Politikern Englands die ersehnte Lösung des Problems lieferte.

Die Gewerkschaftskongresse schlossen sich der Bewegung an, und unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschloß sich die britische Regierung zur Einbringung einer Regierungsvorlage, welche nach australischem Muster gesetzliche Festlegung der Arbeitsbedingungen, zunächst für Frauen, Minderjährige und solche Personen, die sich ein menschenwürdiges Dasein mit den üblichen Waffen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht selbst erringen können, durchführt. Mag der erste Schritt auch relativ unscheinbar erscheinen, *er beweist, daß die große Entwicklungstendenz zur friedlichen Umschmelzung kapitalistischer in sozialistische Institutionen nicht auf Australien beschränkt bleibt*, daß die anglosächsischen Siedler dieses jungen Landes nur leichter, in Überwindung minderer Widerstände, ein Ideal verwirklichten, das in den Gaben der Rasse begründet lag. Australien hat den Weg gewiesen, Kanada und England folgen. Vorüber ist die Zeit, da die britische Rasse mit ihrem ausgeprägten Individualismus als geborener Gegner sozialistischer Institutionen angesehen werden konnte. Sie selbst ist es, welche den anderen Nationen den Weg zur Zukunft zu zeigen sich anschickt; das britische Weltreich, zuerst in seinen vorgeschrittenen, doch allmählich auch in seinen konservativen Bestandteilen, hat den Pfad der Entwicklung zum Sozialismus betreten.

Mögen in anderen Ländern der Erde die Bedingungen ungünstiger liegen, mag Amerika vor einer Periode gewaltigen Ringens zwischen den höchstentwickelten Formen des Kapitalismus und einer ebenso kampfgerüsteten Arbeiterschaft stehen, mag in den romanischen Ländern der Weg nach vorwärts über blutige Kämpfe und Revolutionen führen: England zeigt wieder einmal den Völkern den Weg. Wie es den modernen Parlamentarismus in Jahrhunderte langer Entwicklung ausgebildet, so ist es im Begriffe, sozialistische Institutionen in langsamer, dem oberflächlichen Beobachter kaum sichtbarer Weise friedlich und stetig zu entwickeln. Und wenn es deren Realität geboren, dann mag die Idee vielleicht wieder wie 1789 zu einem idealen Volke des Kontinents hinübergreifen und dort Weltgeschichte werden.

So werfen diese Nachrichten von der Revolutionierung Asiens und vom werdenden Sozialismus Australiens ein helles Streiflicht auf Anfang und Ende unserer Periode in der psychischen Entwicklung der Menschheit. Asien tritt aus seinen Jahrtausenden der Ruhe und Sammlung in unsere Periode rastlosen Strebens, psychischer Zerrissenheit, Wandels aller Werte. Auch seinen Völkern, wie vorher schon denen Europas, wird bedeutsame Fortbildung des sozialen und kulturellen Lebens im Austausch gegen den Seelenfrieden ihrer Glieder zuteil werden: unsere Epoche der Ruhelosigkeit umschlingt so die ganze Erde.

Im gleichen Augenblick aber zeigt Australien das Bild einer Zukunft, die sie überwindet. Das psychische Milieu des werdenden Sozialismus bedeutet Wiederkehr zur Stabilität und Sicherheit des Lebens, Ausschaltung des rastlosen Erwerbsinns, Gewinnung psychischer Harmonie.

Und in gleicher Richtung weist das Frauenstimmrecht auf eine Milderung der politischen Kämpfe und unterstützt die allgemeine Tendenz zur wachsenden Macht der Solidaritätsempfindungen.

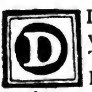
Die Tendenz zu Wandel und Fortschritt aller Werte bleibt freilich zurück als Erbstück der durchlaufenen Epoche; aber wenn die Neubildungen Australiens wirklich, wie es den Anschein hat, sich über das britische Weltreich und von ihm aus über die Erde verbreiten, dann dürfen wir auf ein Zeitalter hoffen, in dem sich harmonischer Friede der Seele mit ungebrochener Fähigkeit zu freigewollter Fortbildung vereinigt.



# KORRESPONDENZEN

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

### PROF. DR. WERNER SOMBART, BERLIN: ZUR ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS.


IE Fundamente, auf denen jede Kultur, vor allem aber die wirtschaftliche, sich aufbaut, sind die Bevölkerung und die Technik. Wer deshalb über den Gang berichten will, den die Kulturentwicklung in einem Lande nimmt, wird sein Augenmerk vor allem zu richten haben auf die Tendenzen der Bevölkerungsbewegung und auf die Gestaltung der Technik. Das ist die Erwägung, die mich bei meinen Berichten über die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der materiellen Kultur in Deutschland den Anfang machen läßt mit einigen orientierenden Übersichten über den Stand und die Entwicklungstendenzen der Bevölkerung und der Technik.

Über die Bevölkerungsverhältnisse werden wir gerade in dieser Zeit gut unterrichtet durch die Mitteilung der Ergebnisse der Volkszählung von 1905, die jetzt allmählich in den amtlichen Quellenwerken gemacht wird. Das Bild, das sich uns ganz im großen darbietet, ist dieses:

Deutschland ist noch immer ein Land mit rasch anwachsender Bevölkerung. Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts hat diese sich noch einmal um fast 10 % vermehrt. Der Stand der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren wird durch folgende Ziffern ausgedrückt: Das Deutsche Reich hatte

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1870: | 40.8 | Millionen | Einwohner |
| 1880: | 45.0 | ,, | ,, |
| 1890: | 49.0 | ,, | ,, |
| 1900: | 56.0 | ,, | ,, |
| 1907: | 61.0 | ,, | ,, |

Mit anderen Worten: Deutschlands Bevölkerung vermehrt sich jetzt jährlich um rund 800 000 Köpfe; die Zuwachsrate beträgt rund 15‰, während sie bis in die Mitte der 1890er Jahre hinein selten mehr als 10‰ betragen hatte. Damit ist Deutschland jetzt, was die Bevölkerungsvermehrung anbetrifft, an die Spitze aller Kulturstaaten getreten, soweit nicht etwa Zuwanderungen die Bevölkerung in einem Lande rascher anwachsen lassen: so vermehrte sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika in der letzten Volkszählungsperiode allerdings um 18.9‰, aber davon entfällt ein beträchtlicher Teil auf Einwanderer, während Deutschland durch Zuwanderung nichts Wesentliches gewinnt, so daß seine ganze Bevölkerungszunahme auf Inzucht beruht. Und Länder, die ebenso wie Deutschland sich ohne Zuwanderung jährlich um 15‰ vermehren, sind nur die Balkanstaaten (Rumänien 19.4‰, Serbien 15.1‰, Bulgarien 15.4‰, Griechenland 15.2‰), während selbst Rußlands Bevölkerung nur um jährlich 13.7‰ (dagegen z. B. Italiens nur um 6.9‰, Englands um 10.5‰, Österreich-Ungarns um 9.3‰, Frankreichs um 1.5‰ usw.) wächst.

Um nun aber sich ein gefestigtes Urteil über die Entwicklungstendenzen der Bevölkerung zu bilden, muß man den Gründen nachforschen, auf die sich die starke Bevölkerungszunahme in Deutschland zurückführen läßt, muß man insbesondere festzustellen versuchen; ob die rapide Zunahme und die immer raschere Zunahme auf einer großen resp. wachsenden Geburtenfrequenz oder auf einer niedrigen resp. sinkenden Sterbeziffer beruht.

Bei dieser Prüfung wird man zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschlands Bevölkerung so rasch sich vermehrt, vor allem, weil in der letzten Zeit die Sterbeziffer immer mehr herabgegangen ist. Auf 1000 Einwohner kamen jährlich Anfang der 1870er Jahre noch fast 30 Gestorbene (1872=30.6; 1873=29.9; 1874=28.4; 1875=29.3), während in den letzten Jahren nur noch etwa 20 Menschen von 1000 jährlich sterben. Die Gründe hierfür liegen in den Fortschritten der Hygiene sowie in den günstigen Wirtschaftsverhältnissen, die in Deutschland jetzt — mit kurzen Unterbrechungen — seit beinahe anderthalb Jahrzehnten herrschen.

Dagegen ist die Geburtenfrequenz während der letzten Jahrzehnte, in die die starke Bevölkerungszunahme fällt, in Deutschland keineswegs gestiegen. Ja — bei genauerem Hinsehen — ist sie sogar, seit einem Menschenalter etwa, ununterbrochen gefallen.

In den 1870er Jahren betrug die Zahl der auf 1000 Einwohner jährlich Geborenen (vom Kriegsjahre 1871 abgesehen) kein einziges Jahr weniger als 40; der Durchschnitt des Jahrzehnts von 1871/1880 belief sich auf 40.7. Dahingegen ist schon der Durchschnitt des Jahrzehnts 1891/1900 auf 37.4 gesunken, während die letzten Jahre noch eine weitere Senkung der Geburtenziffern brachten. Auf 1000 Einwohner kamen Geborene:

1900 = 36.8
1901 = 36.9
1902 = 36.2
1903 = 34.9
1904 = 35.2
1905 = 34.0

Diese Ziffern gewinnen nun aber erst dann ihre volle Bedeutung, wenn wir sie als den Ausdruck einer Tendenz ansprechen können, das heißt, wenn wir annehmen dürfen, daß sie eine auch in der Zukunft sich fortsetzende Entwicklung widerspiegeln. Das scheint aber tatsächlich der Fall zu sein, wie hier nicht im einzelnen nachgewiesen, sondern nur durch Hinweis auf einige besonders bedeutsame Erscheinungen wahrscheinlich gemacht werden kann.

Erstens nämlich ist die Abnahme der Geburtenfrequenz allen anderen Kulturländern gemeinsam: je höher kultiviert ein Land, desto niedriger seine Geburtenziffer, die z. B. in England und Wales im Durchschnitt des Jahrfünfts 1901/1905 nur noch 28.1, in Dänemark 29.0, in Niederlanden 31.6, in Belgien 28.1, in Frankreich 21.3‰ beträgt und in allen diesen Ländern ebenfalls rasch abnimmt. Daraus darf man schon den Schluß ziehen, daß die Verringerung der Geburten eine Folgeerscheinung unserer Kultur ist. Das wird bestätigt durch die Tatsache, daß zweitens die Abnahme der Geburtenfrequenz im wesentlichen den Großstädten zugute geschrieben werden muß. Während in Deutschland in rein ländlichen Gebieten die Zahl der Geburten annähernd dieselbe blieb (in den letzten 3 ½ Jahrzehnten 1871/1880, 1881/1890, 1891/1900, 1901/1905 betrug sie beispielsweise in Westpreußen

45.8, 44.8, 43.0, 41.9‰; in Westfalen 41.6, 39.9, 41.2, 41.8‰; in Oldenburg 34.2, 33.5, 35.2, 34.4 ‰), sank sie in Bremen von 40.9 auf 33.0, auf 31.9, auf 31.1; in Hamburg von 39.5 auf 36.5, auf 34.6, auf 27.5; in Berlin sogar von 43.0 auf 35.9, auf 29.9, auf 25.9‰. Als drittes statistisches Argument dafür, daß die Geburtenfrequenz sich verringert mit fortschreitender Kultur, läßt sich die Tatsache anführen, daß in den Vierteln der Wohlhabenden fast noch weniger Kinder geboren werden als in denen der Armen.

Aber auch innere Gründe sprechen dafür, daß wir tatsächlich in der abnehmenden Geburtenziffer eine auch in der Zukunft weiterwirkende Entwicklungstendenz zu erblicken haben. Das bedeutet aber — da ja die Verringerung der Sterblichkeit an bestimmte natürliche Altersgrenzen gebunden ist —, daß die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland allmählich in ein ruhigeres Stadium treten und vielleicht in absehbarer Zeit (wenn nicht andere Ursachen entgegenwirken) ganz aufhören wird.

In eine Würdigung dieser über alles Maß bedeutsamen Aussicht ist hier nicht einzutreten, wo vielmehr zunächst nur die Tatsache selber festgelegt werden sollte.

In meinem nächsten Bericht will ich nun die Bevölkerung in ihrer Verteilung über das Gebiet des Deutschen Reiches, also in ihrer räumlichen Anordnung verfolgen.



## PROF. DR. ALFRED MANES, BERLIN: ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER VERSICHERUNG.



EIN typisches Dokument des Fortschritts der Kultur ist die Versicherung. Als ein Gradmesser der ökonomischen und moralischen Entwicklungsstufen der Völker kann sie gelten. Denn die Ziffern der Versicherungsdichtigkeit eines Landes sind das Barometer für die wirtschaftliche Vorsicht und Voraussicht der Bevölkerung. Die Mannigfaltigkeit der Versicherungszweige, gerade in unseren Tagen in steter und erfreulicher Zunahme begriffen, zeigt ein doppeltes: einmal, daß die fortschreitende Kultur immer neue Gefahren für des Menschen Körper und Güter mit sich bringt (Maschinen, Eisenbahn, Automobil, Luftschiff, Haftpflicht), dann aber, daß die Menschen immer mehr lernen, durch Bildung von Gefahrengemeinschaften, gleichviel welcher Rechtsform, durch Eintreten aller für einen und eines für alle, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, Schadensfolgen auszugleichen, deren Eintritt zu hindern wenigstens die isolierte Menschenkraft nicht vermag. Die Struktur der Versicherungseinrichtungen eines Landes gibt einen untrüglichen Beweis für die politische, soziale und wirtschaftliche Reife des Volkes: in England und den Vereinigten Staaten das individualistisch-privatwirtschaftliche System, in australischen Staaten in schnell zunehmendem Umfang die sozialistische allgemeine Staatsbürgerversorgung, im Deutschen Reiche eine blühende private neben der mächtigsten sozialen Versicherung. Und dieser Wettkampf zwischen den Systemen dringt in alle Länder. Die soziale Versicherungsidee, knapp ein Vierteljahrhundert in die Praxis umgesetzt, macht

die Assekuranz, die noch vor wenigen Jahrzehnten häufig als Luxus für Begüterte galt, zum anerkannten Notbedarf für die Ärmsten. Der Internationalisierung ist in hohem Maße durch die Versicherung, vornehmlich die Rück- und Seeversicherung, der Weg gebahnt worden. Der sich über alle Länder erstreckende Betrieb von Versicherungs-Riesenunternehmen veranlaßt eine noch längst nicht genügend beachtete Gefahrengemeinschaft unter allen Nationen: das zerstörte San Francisco ist großenteils durch die Millionen europäischer Feuerversicherungs-Gesellschaften neu aufgebaut worden; das Risiko der Schiffahrt beim russisch-japanischen Kriege hätten weder die russischen noch die japanischen Versicherer tragen können, ohne die Hilfe der ausländischen Assekuranz. In eigentümlichem Gegensatz zu dieser Internationalisierung gehen immer mehr Staaten zu einem scharfen Feldzug gegen die ausländischen Anstalten vor: in Japan wie in Chile, in der Türkei wie in Portugal sucht man durch Herausdrängen der ausländischen eine heimische Versicherungsindustrie aufzupäppeln. Hand in Hand hiermit geht die fortschreitende Aufsichtsgesetzgebung auch über die inländischen Anstalten. Denn verdrängt der Staat die ausländischen, so muß er seinen Bürgern um so mehr Garantie für die Güte der heimischen Unternehmungen bieten. Aber die Staatsaufsicht fördert keineswegs das Verantwortlichkeitsgefühl, weder das der Beschützten noch das der Überwachten. Beinahe so spät wie die Gesetzgebungsmaschine kümmert sich die Wissenschaft in größerem Maßstabe um die Versicherung. Um so schwierigere Aufgaben harren daher der neuen Versicherungs-Wissenschaft, deren Bestreben es insbesondere auch sein muß, die Versicherung aus der Isolierung herauszubringen, in der sie sich als ein gemiedenes Grenzgebiet der ökonomischen, juristischen, mathematischen, medizinischen und technischen Disziplinen befindet. Die Versicherung in ihrer Gesamtheit braucht ihre eigene Wissenschaft.



# P. MUNCH, KOPENHAGEN: DAS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ERWACHEN DER KLEINEN DÄNISCHEN BAUERN.

SEIT der Bauernemanzipation (1788) macht sich in Dänemark der Unterschied zwischen arm und reich mehr als in den meisten anderen Ländern bemerklich. Vor 1788 führten die Bauern eine proletarische Existenz. Fast alle Bauern waren Pächter, fronpflichtig an die Scholle gebunden. Nach 1788 gewann ein großer Teil der Bauern, die sog. „Gaardmänner" (d. h. Besitzer von mindestens einer Tonne Hartkorn) eine immer bessere Position. Sie bilden heute eine wohlbemittelte Klasse. Seit 1870 haben die „Gaardmänner" die Majorität in dem allgemeinen Wahlparlament, dem „Folketing". Bis 1901 hatte aber diese Majorität noch anzukämpfen gegen die Landstände („Landsting"), das Oberhaus, in welchem die Majorität zu den begüterten Ständen gehört. Während dieser ganzen Zeit hat der König

sein Ministerium aus der Majorität der Landstände gebildet. 1901 aber triumphierte der Parlamentarismus. Der König wurde gezwungen, ein Ministerium zu bilden, das der Majorität des Folketing genehm war. Seither haben sich die Minister allein auf die „Gaardmänner" gestützt und diese somit einen sehr beträchtlichen Einfluß erlangt. Die meisten „Gaardmänner" haben die maßvolle Politik des gegenwärtigen Ministeriums mitgemacht.

Den Industriearbeitern ihrerseits ist es gelungen, ihre ökonomische Lage während der letzten 30 Jahre beständig aufzubessern. Sie haben Arbeiterkoalitionen gebildet; die relative Zahl der organisierten Arbeiter in Dänemark ist jetzt größer als in jedem anderen Lande. Auch ist den Arbeitern gelungen, die Löhne beträchtlich zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen.

Die Mehrzahl der Industriearbeiter gehört der Sozialdemokratie an und befindet sich zweifellos in Opposition gegen das gegenwärtige Ministerium. Ihr politischer Einfluß ist beträchtlich. Ungefähr ein Viertel aller dänischen Wähler stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie, und die Partei der Industriearbeiter besitzt die größte Zahl von Repräsentanten in den Kammern wie in der Mehrzahl der städtischen Munizipalbehörden.

Die Landarbeiter dagegen und die kleinen Kätner, die „Husmänner", sind lange im Hintertreffen geblieben. Die Klasse zählt etwa 150000 Familien (die „Gaardmänner" zählen nur 70000 Familien). Ohne Zweifel hat sie von der Bauernemanzipation profitiert. Aber viel langsamer und weniger als die Gaardmänner.

In der Zeit, wo die Gaardmänner gegen den Landtag ankämpften, leisteten die Husmänner ihnen Gefolgschaft, ohne im übrigen ausgesprochene politische Ansichten zu besitzen. Aber in diesem letzten Jahre ist auch diese so zahlreiche Bevölkerung wach geworden. Sie haben sich mehr und mehr von der Taktik enttäuscht gefunden, die die Gaardmänner zur Anwendung brachten. Landarbeiter und kleine Pächter haben sich allmählich entschlossen, ihren Weg für sich allein zu machen, und sind heute im Begriff, eine sehr gewichtige Organisation zu schaffen. Sie bilden gegenwärtig überall lokale Assoziationen, die zu einer großen gemeinsamen Organisation vereinigt sind.

Von 30000 Husmännern der Insel Seeland sind schon etwa 7000 Mitglieder dieser Assoziationen, und ihre Anzahl wächst beständig. Die Husmänner haben ihre Presse für sich, und ihre Genossenschaften entfalten eine unermüdliche Tätigkeit, um die professionelle Tüchtigkeit ihrer Leute zu stärken. Sie organisieren spezielle landwirtschaftliche Konferenzen, Gesellschaftsreisen, deren Zweck ist, dem kleinen Landbesitzer gute Bodenkulturen zu zeigen, u. dgl. m. Sie haben auch soeben eine eigene Bodenkreditgenossenschaft gegründet, von der Annahme ausgehend, daß es sicherer ist, den Kleinbauern Vorschüsse zu geben als dem Großgrundbesitz. Es ist möglich, daß sie wohlfeilere Preise erzielen, wenn sie eine Kreditgenossenschaft zustande bringen, die ausschließlich kleine Leute umfaßt. Sie haben auch eine spezielle Brandversicherungskasse organisiert. Endlich haben die Husmänner sich sogar zu einer Parzellierungsgenossenschaft zusammengetan, die das Land den Großgrundbesitzern abkaufen und für kleine Landarbeiter ohne Bodenbesitz parzellieren will. Man verspricht sich erheblichen Gewinn davon, da die Kleinkultur unbedingt einträglicher ist als Großbesitz.

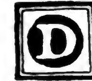
Im Vergleich zur Tätigkeit der Kleinbauern ist die der Regierung relativ nichtig, wenngleich auch nicht ganz erfolglos. 1899 wurde ein Gesetz

genehmigt, demgemäß der Staat Vorschüsse an besitzlose Landarbeiter gewährt. Jeder Arbeiter, der eine bestimmte Geldsumme besitzt und sich anzusiedeln wünscht, kann ein genügendes Darlehn bekommen, um einen Bodenanteil zu erwerben, und die notwendigen Baulichkeiten darauf zu errichten. Als dieses Gesetzesprojekt im Parlamente diskutiert wurde, wünschte das Unterhaus, daß die Bodenanteile groß genug sein sollten, um eine ganze Familie zu ernähren, aber das Oberhaus machte dagegen Front. Die Großgrundbesitzer wünschten, daß die Landanteile so klein gemacht werden sollten, daß der Kleinbauer zu seinem Unterhalt auch noch auf Ergänzungsarbeit angewiesen ist. Das Resultat war, daß die in Rede stehenden Parzellen im allgemeinen viel zu klein ausfielen, um den Kleinbauern mitsamt seiner Familie ernähren zu können.

Außerdem sind die Bodenpreise für diese Anteilkäufe so gestiegen, daß die jährliche Miete im Vergleich zum Bodennutzen viel zu hoch ist. Daher ist die Anzahl der landankaufenden Kleinbauern seit dem Gesetz von 1899 nicht eben allzugroß, bisher nur ungefähr 3000. Die Staatsdarlehen beliefen sich in den Jahren 1900—1905 auf etwa 12 Millionen Frs. Die Genossenschaft der Husmänner bildet nicht wie diejenige der industriellen Arbeiter eine einzige politische Partei. Gleichwohl hält sich der größte Teil der Genossenschaftsmitglieder zur äußersten Linken. Sie kämpfen mit der Sozialdemokratie gegen die liberale Regierung und die hochkonservative Kammer. Das soziale und politische Erwachen der Husmänner ist das weitaus wichtigste soziale Ereignis, das Dänemark in den letzten Jahren zu verzeichnen hat.



# COLONEL W. T. REAY, MELBOURNE: LOHNKOMMISSIONEN (WAGES BOARDS) IN VICTORIA.



DAS System der Lohnkommissionen, das gegenwärtig in der Geschichte des Rechtswesens eine so große Rolle zu spielen begonnen hat, ist erst seit 1896 erprobt. Zunächst wurde diese Einrichtung in Victoria für die Kleidermanufaktur, die Schuhindustrie, die Möbelindustrie und das Bäckereigewerbe durchgeführt.

In jedem Gewerbe haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je fünf Personen aus ihrer Mitte zu wählen. Können sich diese zehn untereinander auf einen außerhalb ihres Gewerbes stehenden, unabhängigen Vorsitzenden nicht einigen, so pflegt die Regierung den Vorsitzenden zu ernennen. Diese elf Personen bilden eine Lohnkommission und übernehmen die Aufgabe, den Mindestlohn festzusetzen, für den in den speziellen Branchen des betreffenden Gewerbes Arbeit übernommen werden darf.

Sobald das Arbeitsministerium, das das betreffende Gesetz (die Fabrikgesetzgebungsakte) zu verwalten hat, die getroffenen Vereinbarungen akzeptiert, haben die Lohnnormierungen bindende Gesetzesgewalt und jede Person, die weniger zahlt als im Lohntarif festgesetzt wurde, ist straffällig. Die Entscheidungen hierüber werden durch die Majorität der Kommission getroffen.

Für den Fall von Meinungsdifferenzen (die gewöhnlich dann eintreten, wenn die fünf Repräsentanten der Arbeitgeber auf der einen Seite, die fünf Arbeitnehmer auf der andern Seite votieren) entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, der das letzte Wort zu sprechen hat.

Im allgemeinen pflegen die Entscheide vom Arbeitsministerium ohne weiteres akzeptiert zu werden, doch kommt es in seltenen Fällen vor, daß das Ministerium die Akten zur Abänderung zurückschickt. Erfreulicherweise hat bisher noch niemals zwischen dem Ministerium und einer Lohnkommission eine ernste Kontroverse stattgefunden.

Die ganze Einrichtung, die zunächst nur als ein Experiment eingeführt war, wurde 1905 in die Staatsgrundgesetze von Victoria als permanente Institution aufgenommen.

Heute gibt es in Victoria für nicht weniger als 49 Industriezweige Lohnkommissionen, es werden noch immer mehr gefordert. Um eine neue Kommission einzusetzen, ist die Genehmigung beider Parlamente erforderlich; ist diese aber einmal erteilt, so bedarf es zur Ausführung keiner weiteren Formalitäten.

Somit hat in Victoria das Parlament der Regierung das Recht eingeräumt, das in England in dem von Sir Charles Dilke eingebrachten Gesetzesantrag nachgesucht wird: das Recht, Lohnkommissionen einzuführen, ohne im einzelnen mit dem Parlament immer neu verhandeln zu müssen.

Seitdem die ersten Kommissionen bestehen, hat das Arbeitssystem zwei sehr wichtige Bestimmungen erfahren. Alle, mit Ausnahme der ursprünglichen Lohnkommissionen, sollen gehalten sein, die Löhne nicht höher anzusetzen, als von „rechtlichen und soliden Arbeitgebern" des betreffenden Gewerbes gezahlt zu werden pflegt, und sie sollen zweitens ihre Grenzbestimmungen durch einen industriellen Appellationsgerichtshof erhalten, dem ein gelehrter Oberrichter zu präsidieren hat. Die „rechtlichen und soliden Arbeitgeber" sollen dafür sorgen, daß die Kommissionen zu einer Waffe gegen Ausbeutung werden. Das tun sie, indem sie Tribunale bilden zur allgemeinen Regulierung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Während der gegenwärtigen Parlamentssession wird die Regierung den Versuch machen, das Recht der Appellation an die Berufungsinstanz der Industriegerichte an beide Parteien gleichmäßig gerecht zu verteilen. Von dem Appellationsrecht ist bisher aber nur selten Gebrauch gemacht worden; mit sehr wechselnden Resultaten, meist zum Vorteil der Arbeitgeber, weswegen es die Arbeitnehmer noch mit Mißtrauen und Zweifel betrachten. Sie möchten daher am liebsten in der gegenwärtigen Parlamentssession die industriellen Appellationsgerichte wieder abgeschafft sehen. Aber hierfür ist keinerlei Aussicht vorhanden.

In einem letzthin vom Gewerbegericht abgegebenen Urteil findet sich die wichtige Erklärung, daß die Lohnkommissionen keineswegs gehalten sein sollen, sich auf die Lohnregelung der Hausindustrien zu beschränken, sondern daß sie vielmehr schlechtweg die Lohnfragen regulieren sollen. Aber es ist klar, daß das nur innerhalb naturgegebener notwendiger Grenzen geschehen kann, die von den Lohnzahlungen bezeichnet werden, wie sie bei „rechtlichen und soliden Arbeitgebern üblich sind".

Bisher haben die Kommissionen *erstens* die Ausbeutung unmöglich gemacht, *zweitens* manche vormals armseligen Löhne aufgebessert, *drittens* Streiks verhindert, und *viertens* dieses alles mit dem geringsten Maß von Reibungen und ohne Verluste für Handel und Gewerbe durchge-

führt. Als man die Einrichtung ursprünglich einführte, geschah es mit Mißtrauen, weil man glaubte, daß ein Schiedsgericht bessere Dienste leisten würde. Die Erfahrung lehrte, daß man bei Lohnkommissionen, die für jede Branche aus besonderen Experten unter Beisitz eines unabhängigen Obmannes zusammengesetzt sind, weit besser fährt. Die Kommissionen trafen in Victoria in den Zuständen der Industrie mannigfache Verwirrung an; sie haben damit gründlich aufgeräumt, wo immer sie eingreifen konnten, und haben überall Gesetz und Ordnung durchgeführt.

Darum ist zu hoffen, daß diese segensreiche Einrichtung der australischen Industrie sich über die ganze zivilisierte Welt ausbreiten wird.



# CHRONIK

**EINE hochbedeutsame Schwenkung des Vereins deutscher Ingenieure** hat sich vergangenen Sommer vollzogen. Dieser Verein, der über 20000 Ingenieure, Fabrikanten, Direktoren und Hochschullehrer zu seinen Mitgliedern zählt, ist Deutschlands älteste und größte technische Organisation und umschließt wohl lückenlos die führenden Elemente der gesamten deutschen Technik. Der Verein ist seit über 50 Jahren und bis heute eine Vereinigung mit ausschließlich technischen Interessen. Das soll sich nun vom 1. Januar 1908 ab ändern. Denn eine anfänglich recht bescheidene Gruppe innerhalb des Vereins hat nach fast 20 jähriger Diskussion bei der letzten Hauptversammlung im Juni d. J. in Koblenz folgendem Beschluß zu einstimmiger Annahme verholfen: „Der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure soll monatlich eine Beilage in der Stärke von (zunächst) zwei Bogen beigegeben werden, in der vornehmlich

1. volkswirtschaftlich - technische Fragen und Organisation der Betriebe,
2. sozial-technische Fragen,
3. kolonial-technische Fragen,
4. Rechtsfragen, Patentsachen usw.,
5. Schulfragen, Standesfragen,
6. Beiträge zur Geschichte der Technik,
7. Technik und Kultur, Beziehungen zur Kunst,
8. Besprechungen von literarischen Erscheinungen auf den vorstehend genannten Gebieten

behandelt werden, alles mit der Beschränkung, daß die behandelten Fragen vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind.

Diese Beilage soll den Mitgliedern des Vereines deutscher Ingenieure mit der Zeitschrift kostenfrei geliefert werden, sonstigen Abnehmern gegen Bezahlung.“

Die Tragweite dieses Beschlusses ist eine ganz außerordentliche. Die neue Zeitschrift, deren Umfang bald erhöht werden dürfte, wird sich in kurzer Zeit zum führenden Organ der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen technischen Arbeit entwickeln. Nicht nur die Ingenieurstandesfragen werden wirksame Förderung erfahren, sondern

die deutsche Gewerbe- und Industriepolitik hat von 1908 ab mit einem neuen Machtfaktor zu rechnen, mit dem organisierten Willen von 22000 führenden Köpfen der technischen Intelligenz. In Fragen des Patentrechtes, des Ausstellungswesens, des Submissionswesens, des technischen Bildungswesens usw. wird das neue Organ durch Klarlegung vorhandener Mängel und durch Reformvorschläge aus dem Kreise der unmittelbar Beteiligten große Aufgaben zu erfüllen haben. Ferner dürften Gebiete wie die bisher recht stiefmütterlich behandelte Geschichte der Technik, die technische Ökonomik, die Zusammenhänge von Kultur und Technik, Kunst und Technik usw. in Zukunft eine Pflegestätte finden. Und endlich darf nicht vergessen werden, daß das neue Blatt, das mit seiner Auflage von 25000 die weitestverbreitete wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zeitschrift der Gegenwart sein wird, bei geeigneter Schriftleitung einen außerordentlich wertvollen erzieherischen Einfluß auf das wirtschaftliche Denken und das soziale Empfinden der „Kapitäne der deutschen Industrie" ausüben wird.



**Staatssozialistische Versuche in Australien.** Die blühende Landwirtschaft Südaustraliens exportiert alljährlich große Mengen an Butter, an Hammel- und Lammfleisch nach England.

Die Produkte werden in großen Kühlwerken einer tiefen Temperatur ausgesetzt und auf den Schiffen in gefrorenem Zustande transportiert.

Diese Kühlwerke, eine Lebensbedingung für die südaustralische Landwirtschaft waren früher in Privathänden.

Infolge grober Mißstände, vor allem wegen des Zwischenhandelprofits, nahm der Staat Südaustralien im Interesse der Farmer die Kühlwerke und den Export in seine Hand. Interessant hierbei ist, daß in diesem Falle es nicht die Arbeiterschaft war, welche die Forderung nach Verstaatlichung aufgestellt und deren Verwirklichung durchzusetzen gewußt hat, sondern die Farmerbevölkerung. Es beweist dies, daß gewisse staatssozialistische Experimente auch ganz anderen Bevölkerungs schichten als solchen, die wir als deren Träger anzusehen gewohnt sind, Nutzen bringen können.

Diese Vorgänge erinnern an die Prinzipien, die seinerzeit dem Antrag Kanitz in Deutschland auf Einführung eines staatlichen Monopols des Getreidehandels zugrunde lagen, und eine konsequente Weiterbildung jener Bestrebungen hätte zu ähnlichen Resultaten führen müssen wie in Australien.

Auch von dieser Seite aus eröffnen sich der Organisation der Landwirtschaft sehr interessante Ausblicke auf eine staatssozialistische Gesetzgebung.

Das Experiment der australischen Kühlwerke hatte einen durchschlagenden Erfolg. Hunderttausende von Lämmern und Hammeln werden alljährlich dort gekühlt und versandt, und die Farmer sind sehr zufrieden. Der Staat Südaustralien besitzt auch Verträge mit den Postdampferlinien nach England, vermöge deren er die gefrorenen Fleischwaren rasch und billig nach England überführen kann. Der Verkauf auf dem Londoner Markte nach Prinzipien des Großhandels hat einen schönen Erfolg erzielt.

Ein anderes Experiment hingegen ist fehlgeschlagen. Der Staat nahm im Interesse der Weinproduzenten sozusagen die Weinproduktion des Landes in Kommission, errichtete in London Detailverkaufsstellen, in denen er den Wein verkaufte. Diese Verkaufsstellen arbeiteten aber nicht gut, eine sehr scharfe Konkurrenz der

Privatunternehmungen setzte ein, und das Experiment mußte eingestellt werden. Um Wein in London verkaufen zu können, müßte man Kaufmann im vollsten Sinne des Wortes sein, und die kaufmännische Qualität fehlte dem Staat Südaustralien! Er war unfähig einzugreifen in den Kampf einer Ziffer gegen die andere, in einen Kampf, der vom individuellen Erwerbstrieb beherrscht wird. Es scheint also dieses Experiment darauf hinzuweisen, daß die Verstaatlichung eines Handels- oder Industriezweiges, für welche kaufmännische Qualitäten notwendig sind, meist schwerwiegenden Bedenken begegnet, daß hingegen dort, wo ein natürliches Monopol vorliegt, wo kaufmännische Qualitäten nicht von Belang sind, ein Eingreifen des Staates sehr wohltätige Resultate mit sich bringen kann.



**Wirtschaftliche Erschließung Siams.** Unter dem befördernden Einfluß der fortschrittsfreundlichen Dynastie sind in Siam in jüngster Zeit bedeutende Industrien erstanden. In erster Linie haben die eingewanderten Chinesen ihre altererbten Arbeitsinstinkte auf den Tropenboden Siams verpflanzt.

Sie bilden in der Hauptstadt Bangkok nahezu die Hälfte der Bevölkerung und haben daselbst blühende Gewerbe begründet, während die eingeborene siamesische Bevölkerung wie alle Tropenvölker sich dem Geist der Arbeit wenig geneigt zeigt.

Sehr viel ist auch durch europäischen Einfluß getan worden, große Reismühlen sind an den Ufern des Hauptflusses Menam sowohl von Chinesen wie von Europäern gegründet worden, eine Straßenbahn verkehrt in Bangkok, deutsche Schiffahrtslinien vermitteln dessen Verkehr mit den unfernen englischen Kolonien in Singapore und Hongkong und seit kurzem leiten deutsche Ingenieure und Administratoren die siamesischen Staatsbahnen.



**Zur Einführung des Papiergeldes in China** hat die Deutsch-Asiatische Bank in Tsingtau auf Grund des ihr vom Reiche erteilten Privilegs im Sommer den Anfang gemacht. Dies bedeutet einen wahren Fortschritt für das Kiautschougebiet, angesichts der Hindernisse die dem Handelsverkehr aus der Schwierigkeit erwachsen, größere Summen in schweren Metallmünzen bei sich zu führen.

Papiergeld war übrigens in China viel früher eingeführt als in Europa. Als 810 v. Chr. dem Kaiser Hsien-Tsing aus der Tsing-Dynastie gemeldet wurde, daß die Käschmünzen immer seltener würden, ordnete er durch ein Edikt an, daß in der Reichshauptstadt eine Ausgabestelle von Papiernoten einzurichten wäre, bei der die Großkaufleute solche gegen Barzahlung in Käsch empfangen und später nach Belieben bei den lokalen Provinzialschatzmeistern wieder gegen Geld eintauschen könnten. Die Methode bewährte sich. Die chinesische Handelswelt hatte sich mit der Zeit an die Geldnoten so sehr gewöhnt, daß sie selbst dazu überging, Noten in Umlauf zu setzen. Später nahm der Kaiser der Gilde das Privileg, und es folgte eine ganze Reihe von Versuchen, Regierungsbanknoten einzuführen. Am Ende der Yuan-Dynastie geht es abwärts mit dem Vertrauen des Volkes zu den Noten der Regierung. Sie sanken immer mehr erheblich unter ihren ursprünglichen Wert. Dazu kam in der Ming-Dynastie das Eindringen des mexikanischen Silbers in China. Die Regierung versuchte vergeblich die großen Vorteile des Papiergeldes dem Volke immer wieder vor Augen zu führen, bis schließ-

lich der letzte Kaiser der Ming-Dynastie das Papiergeld durch ein Edikt abschaffte. Die Regierungsnoten kamen noch einmal zur Geltung, aber die Regierung mußte dann mit Zwangsmitteln arbeiten, um ihre Beamten zur Annahme von Papiergeld zu bewegen. Endlich ordnete der Vorgänger des jetzt regierenden Kaisers endgültig an, daß die Ausgabe von Papiernoten ganz den Privatbanken überlassen sei. Diese Papiernoten, die man besonders in den Nordprovinzen des Reiches trifft, gleichen aber wegen ihrer zeitlichen Beschränktheit im Verkehr mehr dem Wechsel. Das Papiergeld der Deutsch-Asiatischen Bank ist also eine wirkliche Neuerung im modernen China.



**Der Plan eines europäischen Zollvereins** wird in einer Denkschrift erörtert, die Sir Max Wächter, einer der Führer der englischen Handelswelt, allen europäischen Staatsoberhäuptern unterbreitete. Der Verfasser ist der Ansicht, daß ein ähnlicher Verein zustande kommen kann durch die Gründung eines gemeinschaftlichen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und eines gemeinschaftlichen europäischen Zolltarifs. Obwohl dem Projekt mehrere Souveräne und Staatsoberhäupter sympathisch gegenüberstehen, meint doch Wächter, daß kein Staatsoberhaupt die Initiative zu solch einer Konferenz ergreifen würde. Er appelliert deshalb an die Presse, um eine internationale Liga zu bilden. Die englischen Blätter äußerten sich sehr günstig über die Idee Wächters, erklärten sie aber für einen schönen Traum.



**Durch die vor kurzem erfolgte Gründung einer Gewerbeförderungsanstalt** zu Köln hat die Rheinprovinz einen bedeutsamen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Förderung des Handwerks getan. Die neue Anstalt hat den Zweck, das Handwerk und das Kleingewerbe der Provinz in seiner Leistungsfähigkeit und Entwicklung zu unterstützen. Als Wege zu diesem Ziele sind Veranstaltungen geplant, wie: Meister- und Genossenschaftskurse, Ausstellungen in der Gewerbehalle, eine fachliche Auskunftsstelle, eine Prüfungs- und Versuchsanstalt sowie Vorträge. Es sind bereits Meisterkurse eingerichtet für Gas- und Wasserinstallateure, Elektroinstallateure, Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schlosser. Die Genossenschaftskurse wollen ihre Teilnehmer befähigen, kleingewerbliche Genossenschaften einzurichten und zu leiten. Die Auskunftsstelle erteilt kostenlos Rat bei Einrichtung neuer Betriebe, bei Bildung von Genossenschaften usw. In der Prüfungsanstalt sollen Maschinen geprüft werden. Sowohl in Köln, wie in verschiedenen anderen Teilen der Provinz sind fachliche Vorträge in Aussicht genommen, welche von den Lehrern und Beamten der Gewerbeförderungsanstalt abgehalten werden sollen. Für die Anstalt ist ein besonderer Neubau errichtet, dessen Herstellungskosten nach dem Anschlage sich auf 616 300 M. belaufen. Die Mittel der Unterhaltung werden durch den Staat, die Provinz, die Stadt Köln und mehrere rheinische Handwerkskammern gedeckt.



**Gesetzlicher Minimallohn.** Die australische Regierung unterbreitete dem Bundesparlament einen Gesetzentwurf, der die unter dem Schwitzsystem angefertigten Waren mit einer hohen Steuer belastet. Die Extrasteuer wird dem Fabrikanten nur dann erlassen, wenn er nachweist, daß seine Waren unter Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind, die als „fair“ (anständig) bezeichnet werden können. In strittigen

Fällen soll die Frage, ob der Lohn angemessen ist, eine von der Regierung eingesetzte Kommission entscheiden. Die letztere erhält die Befugnis, Zeugen unter Eid zu vernehmen, Bücher zu revidieren usw. Erst nach der Entscheidung dieser Lohnbehörde darf dem Fabrikanten die vom Staate herausgegebene Kontrollmarke verabfolgt werden.

Der diesjährige britische Trades-Unions-Kongreß hat unwidersprochen einer Resolution zugestimmt, welche zur Bekämpfung der niedrigen Löhne in der Schwitzsystem-Industrie von der Regierung die Einführung eines gesetzlichen Minimallohnes verlangt auf Grundlage der Bestimmungen, die in der vom Abgeordneten Arthur Henderson eingebrachten Bill über die Schwitzsystem-Industrien angeregt sind. In der Begründung der Resolution verwies Miss Mary Macarthur, Vertreterin einer Frauengewerkschaft, auf die guten Erfahrungen, die mit den Lohnbehörden in Victoria zugunsten der Heimarbeiter gemacht worden wären.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Stuttgart hat in seiner Resolution betreffend die Ein- und Auswanderung ebenfalls zur Abwehr der Lohndrückerei seitens der einwandernden Arbeiter die Einführung eines Minimallohnsatzes verlangt.



**Die preußische Berggesetznovelle,** die am 7. Juni d. J. vom preußischen Abgeordnetenhause angenommen wurde, verfolgt zwei Zwecke: einen sehr allgemeiner Art, insofern einzelne Bestimmungen des Allgem. Berggesetzes für alle Mineralien abgeändert wurden, und einen mehr spezieller Natur, welcher sich auf die Steinkohle, das Steinsalz sowie einige andere Salze und Solquellen bezieht. Von den ersteren Bestimmungen sind diejenigen am wichtigsten, welche das Mutungswesen umfassen. Bis jetzt war der Muter berechtigt, nach Belieben auf seine Mutung zu verzichten und unmittelbar darauf eine neue Mutung anzufangen. Dadurch war es dem Muter möglich, alle Konkurrenzbohrungen, welche sich innerhalb der gesetzlich festgestellten Maximalentfernung von 4184 m von seinem Fundpunkte befanden, durch Hinlegung einer neuen Mutung hinfällig zu machen. Diese Möglichkeit einer weitgehenden Ausschließung fremder Konkurrenz wird durch den Paragraphen begünstigt, der die Berechtigung gibt, in unmittelbarer Nähe des ersten Fundpunktes noch weitere künstlich zu konstruieren und neue Bergwerksfelder zu muten, obwohl in diesem Fall von einer „Entdeckung“ des Minerals keine Rede sein kann. Diesen Übelstand will die Novelle durch neue Vorschriften beseitigen. Die bisher zeitlich unbegrenzte Möglichkeit des Verzichtens und der gleichzeitigen Einlegung neuer Mutungen soll dadurch ausgeschlossen werden, daß dafür eine sechsmonatige Frist seit Präsentation der ersten Mutung erfordert wird. Außerdem muß fortab der neue Fundpunkt von der Begrenzung des Bergwerkfeldes mindestens 100 m entfernt sein. Was die spezielleren Bestimmungen anbetrifft, so will die Novelle vor allem die Steinkohle und die Salze von der Bergbaufreiheit ausschließen. Der Staat als solcher soll aber nicht einfach Gewinnberechtigter dieser Mineralien werden, vielmehr soll der Fiskus beim Staate um die Verleihung der Bergwerkserwerbungen nachsuchen müssen. Dem Staate allein aber kommt das ausschließliche Recht der Verleihung zu, während er bis jetzt mit jedem Dritten konkurrieren mußte. Ferner hält sich der Staat die Möglichkeit frei, auch in Zukunft die Gewinnung dieser Mineralien dritten Personen gegen Entgelt zu übertragen.



# POLITISCHE ENTWICKLUNG

## DÉPUTÉ FRANCIS DE PRESSENSÉ, PRÉSIDENT DE LA LIGUE DES DROITS DE L'HOMME ET DU CITOYEN, PARIS: WAS LERNEN WIR AUS DEN MISSERFOLGEN DER HAAGER KONFERENZ?


IE Haager Konferenz ist unter einer Flut von gegenseitigen Komplimenten, Lobreden und Dankbarkeitsversicherungen zu Ende gegangen, nichts hat bei dem Brillantfeuerwerk gefehlt. Und wahrlich! die gegenseitigen Huldigungen waren ein kluges Manöver der Bevollmächtigten, die, falls sie sie unterlassen hätten, der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, nach verschiedenen Seiten Anstoß zu erregen. Die öffentliche Meinung aber kann, wenn sie auch dem Eifer und den guten Absichten mancher Diplomaten Rechnung trägt, nichts anderes als ein beklagenswertes Fiasko verzeichnen. Die Konferenz hat zweifellos versucht, die Qualität ihrer Arbeit durch die Quantität zu ersetzen. Dreizehn Konventionen, zwei Erklärungen, eine Resolution, fünf Vorschriften und ein dringender Rat, das ist auf den ersten Blick ein anständiges Ergebnis für eine viermonatige Arbeitszeit. Prüft man die erzielten Resultate aber näher, so ändert sich der Eindruck. Ich wage sogar die Behauptung aufzustellen, daß von den drei Aufgaben, die die Konferenz sich gestellt hat, nicht eine einzige gelöst worden ist.

Ich will aus dem Mißerfolg des inoffiziellen Teiles des Programms — nicht so, wie er von Herrn von Martens entworfen und von Rußland formuliert worden ist, sondern so, wie er vom Kabinett Campbell-Bannerman wohlmeinend beabsichtigt und von den Volksillusionen erhofft war — der Konferenz keinen Vorwurf machen. Es gibt wohl kaum einen denkenden Kopf, der auch nur die utopische Hoffnung gehegt hätte, die Frage der Rüstungsbeschränkung gelöst, ja nur ernstlich erörtert zu sehen. Ihr Schicksal war besiegelt, nachdem es Herrn von Martens gelungen war, nicht nur Deutschland und Österreich gegen dieses großmütige Projekt aufzuwiegeln, sondern auch Frankreich gegen den geschickten *mezzo termino* des italienischen Kabinetts einzunehmen. Was man vernünftigerweise allenfalls erwarten konnte, war, daß die entschlossene Haltung der liberalen Mächte Deutschland zwang, öffentlich die Verantwortung eines Vetos zu übernehmen und der zivilisierten Welt zu beweisen, daß dieser große militärische Staat die Schuld trägt an dem unaufhörlichen Wachsen der Lasten, Unzuträglichkeiten und Gefahren des bewaffneten Friedens. Man weiß ja, mit welch außergewöhnlichen Mitteln einige Mächte, die bei der Rüstungsbeschränkung am meisten interessiert waren und deren Tradition am ehesten zur Unterstützung dieser Angelegenheit berechtigt, geglaubt haben, zum Scheitern dieses großen Planes beitragen zu müssen. Vielleicht werden sie eines Tages zu der Überzeugung kommen, daß es nur eine ungenügende Entschädigung war, in der offiziellen Persönlichkeit des Herrn Bourgeois einen Redner zu stellen, der Blüten einer zuckersüßen Rhetorik auf das Grab dieser Reform zu streuen hatte. Jedenfalls hatten die realistisch Gesinnten wohl das Recht zu der Annahme, daß es der Konferenz gelingen würde, die leichtere Aufgabe zu erfüllen und das Werk von 1899 zu vollenden, das des Pariser Kongresses von 1856 weiterzuführen und den Hauptgefahren vorzubeugen,

die durch den Russisch-Japanischen Krieg zutage traten. In der absoluten Unzulänglichkeit der Resultate auf diesen drei Gebieten liegt sozusagen der Mißerfolg der zweiten Haager Konferenz.

Zur Förderung und Stärkung des internationalen Schiedsspruches ist nichts geschehen. Wenn es schon betrübend war, anzusehen, daß die ganze Initiative Englands in bezug auf das Geschehene allein in der Zusammenfassung einer in ihrem sterilen Pathos fast ironischen Grabschrift bestand, so ist es nicht weniger peinlich, die Ausdauer der Vereinigten Staaten zu beobachten, die für das große Prinzip des obligatorischen Schiedsspruches plädierten, das die Anerkennung einer widersprechenden Entscheidung bezweckt. Der rumänische Bevollmächtigte, Herr Belddmann, hat — welche Kritik seine allgemeine Haltung auch verdient — durchaus recht, wenn er in seinem Briefe die Frage an Sir Eward Frij richtet, über wen man sich in dieser Affäre lustig gemacht habe.

Wenn in einem ersten Artikel feierlich das Prinzip des obligatorischen Schiedsspruches verkündet wird, wenn ein zweiter Artikel hinzufügt, daß diese Verpflichtung nur fakultativ, und eine dritte Klausel nur geringfügige Streitigkeiten behandelt sehen will, drängt sich einem das Wort Komödie auf die Lippen.

Wenn die europäischen Repräsentanten von 1907 wenigstens etwas von dem Mut der Diplomaten aus dem Jahre 1856 bewiesen hätten, um das im Pariser Kongreß begonnene Werk zu vollenden, könnte man schon zufrieden sein. Aber anstatt die Integrität des Privateigentums auf dem Meere, mit Ausnahme der Kriegskonterbande, zu proklamieren — anstatt eine Erklärung des Antragsrechtes der Kriegskonterbande aufzusetzen, anstatt strikte Vorschriften für die Blockade eines feindlichen Hafens zu geben, hat man sich damit begnügt, unter einer hochtrabenden Überschrift einige nichtige Regeln betreffs der Transportfreiheiten und des Verfahrens bei Fortnahme von Kriegskonterbande festzustellen. Es blieb ferner das beträchtliche Kapitel der durch den Russisch-Japanischen Krieg aufgeworfenen Fragen, das Problem der unterseeischen Minen und ihrer eventuellen unbegrenzten Gefährdung des neutralen Handels, ferner das Problem der Verpflichtung der neutralen Nationen bezüglich der Dauer des Aufenthalts der Schiffe der Kriegführenden in ihren Häfen unerledigt. Die Kommission hatte, den ersten Punkt betreffend, einen fast lächerlichen Entwurf gemacht, der den Kriegführenden das Recht einräumt, diese Höllenmaschinen nach Belieben, nicht nur in der Nähe der Kriegshäfen, auszustreuen, sondern auch auf offenem Meer und ohne ihnen Vorschriften betreffs der Zeitdauer zu machen. Deutschland hat diesem Gesetz ganz günstig gegenübergestanden. Marschall von Bieberstein brauchte s. Zt. auf seine Rolle nicht stolz zu sein, als er für die deutsche Marine absolute Freiheit der Vermehrung ihrer Mordwerkzeuge gefordert hat, nicht ohne diese barbarischen Forderungen mit einigen jener emphatischen Beteuerungen von Philanthropie und Menschlichkeit zu begleiten, mit denen die Nationen niemals verschwenderischer sind, als wenn sie sich das Recht anmaßen, die höheren Interessen des Menschengeschlechtes im Auge zu haben. Durch eine Kraftleistung, die fast ans Wunderbare grenzt, ist es der Diplomatie geglückt, anstatt die Pflichten und Rechte der Neutralen und Kriegführenden betreffs des Aufenthalts in den Häfen zu regeln, in der Anwendung der vorhandenen Gesetze lässiger zu werden und die gefährliche Dehnbarkeit des Begriffes der Neutralität zu verstärken, der so notwendig fester gefaßt und energischer verwirklicht zu werden verdiente.

Die Einrichtung eines Prisengerichtes mit der Appellation an die Tribunale wäre, wenn einerseits Großbritannien und Deutschland nicht von vornherein ihre Billigung versagt hätten, von gewissem Interesse gewesen, andererseits wäre es durch das Fehlen eines Codex über das Kapern der Schiffe genau so gewesen, als wollte man mit dem Richten eines Hauses vorgehen, bevor dessen Fundament gesichert ist.

Dies ist also das Ergebnis. Für dieses Fiasko ließen sich viele Gründe anführen. Es ist nicht zu leugnen, daß abgesehen von dem stärkeren oder geringeren Antagonismus der reaktionär gesinnten und der Lässigkeit und Böswilligkeit der fortschrittlich gesinnten Mächte die außerordentliche Vermehrung der Zahl der beratenden Staaten — von 21 aus dem Jahre 1899 sind im Jahre 1907 46 geworden — und die Eifersüchtelei von Nationen, deren Machtstellung merkwürdig verschieden, deren Recht auf ein liberum veto aber seltsamerweise dasselbe ist — viel zu diesem traurigen Resultat beigetragen haben. Es ist ratsam, sich dieser Tatsachen bewußt zu werden und darin das Symptom einer Situation zu sehen, die des Ernstes nicht entbehrt. Es wäre im höchsten Grade beklagenswert, wenn man aus diesem Mißerfolg auf eine Unmöglichkeit der Entwicklung schließen und daraus Gründe zur Mutlosigkeit ziehen wollte.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Konferenz nicht, wie etwas abenteuerliche Köpfe vielleicht voreilig gehofft hatten, schon heute dazu da ist, um ein Friedensideal zu verwirklichen und an Stelle des Jahrhunderte alten Systems der Gewalt und des Zufalls ein juristisches Verfahren treten zu lassen. In Wahrheit sollte man durch ein geduldiges Bemühen das Terrain für die gemeinsame Aktion bearbeiten und die Triebkraft zu schaffen suchen, die allein imstande wäre, eine noch chaotische Masse zu den höheren Formen einer neuen Zivilisation zu führen. Die Konferenzen tragen durch die Art ihres Entstehens, durch Schuld der Mächte, die hier ihre Sitzungen halten sollen, den Keim des Widerspruches in sich. Mit etwas mehr Aufmerksamkeit wäre es denen, die sich eines gewissen Mißtrauens nicht enthalten konnten, klar geworden, daß die zarische Autokratie sich eine Rolle anmaßte, die ihr nicht zukommt. Es wäre die Aufgabe der liberalen und demokratischen Mächte gewesen, diese große Rolle zu spielen. Wenn England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, um nur drei dieser großen Nationen anzuführen, die Klugheit besäßen, untereinander ein Netz zu spinnen mit immer engeren und festeren Maschen von Schiedsverträgen; wenn sie es sich nur einerseits angelegen sein ließen, die größtmögliche Zahl von Streitigkeiten in die Kategorie der auf diesem Wege zu schlichtenden Streitsachen zu ziehen, und andererseits jedesmal, wenn sich Gelegenheit dazu bietet, freimütig zu dieser Art der Schlichtung herbeieilten, dann hätten sie nicht nur für sich selbst einen fast unverletzlichen Friedenszustand herbeigeführt, hätten sich nicht nur ein starkes moralisches und materielles gerechtes Übergewicht in dieser Amphyktionie des Fortschrittes gewahrt; sie hätten das Programm vorher entworfen und die Resultate einer zukünftigen Konferenz im wesentlichen vorweggenommen. Schließlich kann dieser Areopag des Menschengeschlechtes als Totalsumme nur das Ergebnis der individuellen Bestrebungen seiner Mitglieder zeitigen. Nur ein internationales Parlament wird schließlich imstande sein, die Pax humana zu begründen, sobald die Elite der zivilisierten Welt die politischen und juristischen Bedingungen dieses Vergleiches aus dem Bereich des Idealen in das der Tatsachen hat hinüberführen lassen.

# PROF. DR. FÉLIX RÉGNAULT, PARIS: DAS SCHICKSAL MAROKKOS.

N den offiziellen Lehrbüchern der Geographie wie in der Sprache der diplomatischen Akten wird uns Marokko als ein von einem Sultan regiertes Kaiserreich bezeichnet. In Wahrheit liegt es anders, und eben über diese Fiktion des „Kaiserreichs" haben sich die Regierungen gestritten, mußte die Konferenz von Algeciras abgehalten werden.

Die Tatsache, daß sich die Politiker darüber einig werden, daß ein Staat eine bestimmte Verfassung besitze, genügt keineswegs, um sie ihm nun auch in Wirklichkeit zu verschaffen. In der Tat ist Marokko gegenwärtig ein feudales Staatswesen, und der Sultan besitzt in ihm genau so viel Ansehen, wie etwa der König von Frankreich im Mittelalter besaß.

Ohne Zweifel ist das Land reich und reich an ergiebigen Bodenschätzen. Aber die europäischen Nationen versuchten ganz vergebens durch organisierte Unterstützung der Regierung diese Schätze besser auszubeuten. Die gegenwärtige Regierung des Maghzen ist nur eine Karikatur, und diese Karikatur kann sich nur dadurch erhalten, daß sie vermeidet, die religiösen Überzeugungen der Untertanen in irgendeiner Form zu verletzen.

Werden sich die Mächte dahin einigen, einer von ihnen unbegrenzte Exekutivgewalt anzuvertrauen? Oder, klarer gesprochen, wird man Frankreich volle Freiheit in Marokko gewähren? Es würde das ohne Zweifel kein besonders reiches Geschenk sein. Den Sultan zu besiegen, die Häfen zu besetzen und Fez einzunehmen, das würde zwar nicht eben schwer sein. So wie es einstmals leicht gewesen wäre, Algier zu nehmen. Aber sehr schwierig wäre es, die wilden kriegerischen Berberstämme zu unterwerfen, die auf den hohen Gebirgen leben, inmitten mächtiger Wälder. Ihnen gegenüber hat die Zivilisation noch keinerlei Schwächung gebracht, so wie es in Algier der Fall war; sie haben es sehr leicht, sich zu verteidigen. Ohne Zweifel würden aber auch diese Berberstämme schließlich unterworfen werden, denn wenn sie auch heute Gewehre besitzen, so haben sie doch nicht unsere furchtbaren Kriegswaffen, unsere Artillerie und unsere Mitrailleusen.

Die Wahrheit aber ist, daß Frankreich das kostbare Geschenk gar nicht haben will, während manche Nationen noch zögern, es ihm zu machen. Diese Gabe wäre für Frankreich eine große Bürde.

Die französische Nation steht nicht mehr in der Periode der kriegerischen Eroberungszüge. Sie ist inzwischen gleich den anderen Nationen friedliebender geworden. Sie ist bereit, auf eine reiche Beute zu verzichten, weil sie kaltblütig genug ist, um einzusehen, was eine solche Eroberung kosten kann.

Aber die Tatsachen sind im allgemeinen mächtiger als unsere Wünsche. Es ist unmöglich, daß ein großes Land wie Marokko, das dem zivilisierten Europa so nahe liegt, lange Zeit außerhalb aller Zivilisation verharren kann. Die immanente Logik der Tatsachen zwingt auch Marokko, in den Kreislauf des Fortschritts einzutreten. Kein noch so rückständiges Volk kann sich auf die Dauer dieser Entwicklung verschließen. Die Frage ist lediglich die, wie sich dieser Eintritt Marokkos in die Zivilisation vollziehen wird, ob auf dem Wege friedlichen Verkehrs und guten Einvernehmens oder unter Zwang und Anwendung von Waffengewalt.

Viele glauben an ein friedliches Einvernehmen. Aber sie rechnen nicht mit einem Faktor von unermeßlicher Wichtigkeit: dem unbesieglichen Fanatismus der muselmanischen Bevölkerung. Der Fremde mag anstellen, was er will, er wird als Christ noch auf lange hinaus nur der Feind, der Friedenstörer, der Hund bleiben, mit dem sich höchstens ein Waffenstillstand, nimmer aber ein Frieden schließen läßt.

Es ist freilich nicht zu bezweifeln, daß auch in Marokko manche aufgeklärte Muselmänner leben, wie man sie so zahlreich in Algier, in Tunis, Ägypten und der Türkei findet, die überzeugt sind, daß der Koran und die Wissenschaft nicht unversöhnlich sind, ja, daß man im Gegenteil, wenn man nur tief genug in den Sinn des Korans eindringt, finden muß, daß Mohammed aufs eifrigste das Streben nach Wahrheit empfohlen hat. Aber werden sich solche Geister unter den Beratern des Sultans finden? Wird der Sultan selber dazu gehören?

Selbst wenn nun aber eine solche Elite vorhanden wäre, so müßte sie mit dem Volke rechnen, und das Volk erscheint im Augenblick noch unbekehrbar. Ich will dafür nur zwei typische Beispiele anführen:

Das eine ist der bekannte Verlauf der Begründung von Apotheken für dürftige Eingeborene. „Der Arzt", so versicherte man mit Enthusiasmus, „wird die Sympathien der arabischen Bevölkerung gewinnen können und wird mehr als jeder andere ihr die Wohltaten unserer Zivilisation klar machen." Und alsbald begannen französische humanitäre Träumer in den Hauptstädten von Marokko Apotheken einzurichten. Man kennt den Verlauf. Die Araber nahmen sie freilich in Anspruch, aber bewahrten nichtsdestoweniger ihren Haß. Und schließlich wurde der Doktor Mauchamp in Marrakesch ermordet.

Der zweite Fall ist weniger bekannt. Vor einigen Jahren schickte die Regierung von Marokko einige junge Leute aus guten Familien nach Europa, zuerst nach Italien, und gewährte ihnen Stipendien, damit sie sich im Ausland unterrichten könnten.

Heute sind es erwachsene Männer, die zur Hälfte Europäer geworden sind. Die Marokkaner wollen von ihnen nichts wissen, und ihre Regierung hat sie im Stich gelassen. Der eine unterhält an der Küste einen Gewürzhandel; andern ist es noch schlimmer ergangen.

Es ist ein historisches Gesetz, daß von zwei großen Völkern auf ungleicher Stufe der Zivilisation, die miteinander in Kontakt stehen, notwendig eines das andere absorbieren muß. Nun steht Marokko schon durch Algier in lebhaftem Kontakt mit Frankreich, und so vollzieht sich jenes historische Verhängnis trotz Marokko, trotz Europa, ja, ohne daß es eigentlich Frankreichs eigenen Wünschen entspricht.

So ist Frankreich in die Sache hineingedrängt worden. Es schreitet widerwillig, gezwungen voran, während es in dieser bitter ernsten Sachlage sein eigenstes Interesse bedroht sieht. Es läßt die Dinge passiv vor sich gehen, und jedes politische Ereignis wird ein neuer Schritt zur langsamen Eroberung des Landes. Die Geschicke erfüllen sich.

So fiel soeben Oudhja in Frankreichs Hände, ohne daß ein einziger Schuß getan wurde. Die ganze Expedition konnte sich darauf beschränken, eine Generalreinigung vorzunehmen und die stinkenden Straßen der arabischen Stadt zu säubern.

Bald nachher wurde auch Casablanca eingenommen, und die französische Einflußsphäre rings um die Stadt dehnte sich immer weiter aus.

Zunächst ist es freilich nur der Teil des Landes, der unter der eigentlichen Herrschaft des Maghzen steht, der so zur Aufgabe seiner Selbständigkeit gedrängt wird. Gegenwärtig ist Marokko in drei Stücke auseinandergefallen. Das eine Nordstück, in der Nachbarschaft Algiers, befindet sich in den Händen eines Prätendenten. Das andere, im Süden, mit Marrakesch hat einen neuen Sultan proklamiert. Und der rechtmäßige Maghzen weiß sich keine andere Hilfe, als die Vermittlung des französischen Gesandten anzugehen.

So geht denn die Besitzergreifung langsam und unmerklich vonstatten. Und das ist wohl auch besser, als wenn ein ausdrücklicher Eroberungszug provoziert würde und ein Krieg mit kaum absehbaren Folgen gegen die vielen kriegerischen und unbeugsamen Stämme geführt werden müßte.

Die Besetzung der wichtigen Häfen, die Unterwerfung des Sultans und des fruchtbaren Gebietes von Marokko bringt die weniger barbarischen Bevölkerungselemente mit der Zivilisation in Kontakt. Damit befinden wir uns in gerader fortschrittlicher Entwicklung, und die Konsequenzen der Sachlage werden sich bald geltend machen. Auf der andern Seite ist freilich zu bedenken, daß man sich früher oder später mit dem weitaus schwierigsten Faktor des ganzen Problems auseinandersetzen muß: mit den kriegerischen und räuberischen Berberstämmen.

Es scheint aber Marokko beschieden zu sein, sich eines Tages mit Algier zu vereinen. Wer das eine besitzt, muß auch das andere besitzen. Das ist eine Tatsache, die sich bisher stets in der Geschichte bewahrheitet hat, und die auch die Zukunft neuerdings bewahrheiten wird. Ohne Zweifel widerstreitet es unsern friedlichen Absichten, wenn wir denken müssen, daß der Fortschritt nur durch Gewalt — und sei es ein noch so begrenztes Maß von Gewalt — dem Lande erkämpft werden kann. Aber im sozialen Leben wie in der Wissenschaft haben die Tatsachen leider eine weit größere Macht als unsere Gefühle.

Wenn es erlaubt ist, zum Schluß in noch weitere Fernen zu blicken, dann möchten wir vermuten, daß sich eines Tages eine ganz neue franko-arabische Zivilisation im Norden von Afrika ausbreiten wird. Wenn dann die französische Demokratie ihren Prinzipien getreu bleibt und weise ist, dann wird sie nach dem Vorbild des alten Griechenland oder des modernen England dieser neuen Zivilisation in weitem Maße Autonomie gewähren. Sie wird sie wie eine unabhängig gewordene Tochter, nicht wie ein Mündel behandeln. Dann aber könnte schon in einer gar nicht fernen Zeit eine neue Nation erstehen und am Fortschritt der Gattung mitarbeiten.



# JOHN COCKBURN, K. C. M. G. M. D., LONDON: DIE BILDUNG VON WELTREICHEN ALS STUFE ZUR MENSCHHEITSYNTHESE.

Sir John Cockburn, London, früher Ministerpräsident von Südaustralien. Als solcher ein Begründer des staatssozialistischen Systems in Australien. Später Vertreter seines Staates in London, sucht er auch hier diesen Ideen gepaart mit protektionistischer Wirtschaftspolitik zu dienen.


UGUSTE Comte hat als Erster den Versuch gewagt, Soziologie auf biologischem Wege zu treiben. Er zuerst hat den natürlichen Zusammenhang dieser beiden Wissenschaften klargelegt, die strenge Analogie, die zwischen ihnen besteht, den Vorteil, der daraus erwachsen würde, wenn man sie künftig im Zusammenhang zu studieren versuchte.

Jene mystischen Mächte der Sympathie, die die Zellen antreiben, sich eine der andern zu verbinden, eine zur andern in Beziehung zu treten und in wechselnden Kombinationen in unendlicher Stufenfolge der Entwicklung Zellstaaten zu bilden, die wir als Organismus höherer Tiere kennen; dieser dunkle Antrieb, der durch alle Entwicklungsstufen des Lebens führt vom niedersten Protozoon bis zum erhabenen Organismus des Menschen — er hat die Energie seines Wirkens auf dem Wege zu dieser erstaunlichen Vollendung noch nicht erschöpft. Was Endziel zu sein schien, das scheint nun seinerseits wieder der Ausgangspunkt weiterer Entwicklungsketten zu werden. Wie die Biologie ihre Einheitskonstruktionen bei der Einzelzelle beginnt, so setzt die Soziologie beim Einzelmenschen ein. Folgen wir dem analogen Ablauf des biologischen Entwicklungsprozesses, so müssen wir notwendig zu den verschiedenen Stadien der sozialen Ordnung gelangen. Zunächst zur Familie. Diese wächst sich zum Stamme aus. Die Stämme vereinigen sich zur Nation, die Nationen bilden Reiche. — Dann der soziale Organismus! Er kennt keinerlei natürliche Grenzen. So lange er den Bedürfnissen der Selbstbewahrung genügt und geeignete Mittel der Kommunikation gefunden werden können, kann er sich ins Unendliche ausdehnen.

Dieser moderne Zug zur Synthese und Vereinheitlichung wird neben vielen anderen Beispielen einer engen Zusammenfassung etwa durch die Vereinheitlichung Italiens oder durch die Bildung des Deutschen Reiches illustriert. Die Tage der kleinen Nationen sind gezählt. Die Bestimmung über die künftige soziale Welt liegt ausschließlich in Händen der großen Reiche. Aber auch das „Reich" ist noch nicht das letzte Ergebnis der synthetisierenden Bewegung. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß sogar zwischen diesen unermeßlichen, unter einheitlicher Verwaltung gestellten Flächen ein Zusammenhang verknüpfender Interessen, eine Gemeinsamkeit der Entschlüsse im Werden begriffen ist. Nirgendwo vielleicht tritt der Geist zusammenfassender Entwicklung uns heute klarer vor Augen, als in den weithin zerstreuten Besitzungen des britischen Reiches. Durch das Zusammenschweißen der Kronen von sieben Sachsenreichen wurde England gebildet. Die Einverleibung der Schwesterkönigreiche Irland und Schottland schuf sodann das vereinigte Königreich Großbritannien. Die großen, ursprünglich selbständigen britischen Kolonien machten einen ganz ähnlichen Konsolidierungsprozeß durch, der doch nur die Vorbereitungsstufe ihrer Vereinigung mit dem Mutterland war.

Die Provinzen von Kanada sind zu einer einzigen Herrschaft zusammengeschlossen worden. Die südafrikanischen Kolonien werden binnen kurzem diesem Beispiel folgen. Und alle diese Mann gewordenen, erwachsenen und autochthonen Staatenverbände haben ihre mächtigen Waffen mit den Bataillonen Großbritanniens vereint. Sie suchen heute die kommerzielle Teilhaberschaft beim alten Mutterlande nach. Unter diesem Gesichtspunkt fand die Reorganisation der Kolonialbehörde statt, die ein permanentes Medium für künftige gemeinsame Tagungen bilden soll. Die Verwandtschaftsbande, die auf den Reichstagungen geknüpft sind, die während der letzten zwanzig Jahre vier Mal stattfanden, haben im Verein mit der im letzten April abgehaltenen Tagung diese Reorganisation gezeitigt. Zweifellos wird diese Unionisierung in der Form der Föderation stattfinden, als der gleichzeitig festesten, biegsamsten und weitester Anwendung fähigen Form, die auch geeignet ist, ein Vorbild internationaler Verbrüderung zu werden.



## PROF. DR. W. T. TREUB, S'GRAVENHAGE, MITGLIED DER ZWEITEN KAMMER: AUS HOLLAND.

DIE innere Politik Hollands hat Eigentümlichkeiten, die dem Ausländer schwer verständlich, ja verwunderlich sein müssen. Es ist für ein überwiegend protestantisches Land schon sonderbar genug, daß die Politik so sehr mit der Religion verknüpft ist, daß die politische Parteibildung an erster Stelle von Verschiedenheiten der religiösen Auffassung beherrscht wird. Gewiß noch seltsamer ist, daß die Calvinisten sich schon seit einigen Jahren mit den Katholiken zu einem „Block" vereinigt haben, der ohne klar ausgesprochenes Programm für die Christlichkeit im Staatsleben eintritt und sich den „freisinnigen" Parteien feindlich gegenüberstellt.

Die politische Lage in den Niederlanden wird dadurch noch weiter kompliziert, daß die liberale Regierung in der Zweiten Kammer nur die kleinstdenkbare Majorität hat, und daß in der Ersten Kammer (Senat) eine starke Majorität aus den verschiedenen Gruppen der „christlichen" Parteien der Regierung gegenübersteht.

Ungeachtet dieser wenig stabilen Lage der Regierung sind Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit an der Tagesordnung. Das soziale Entwicklungsbedürfnis läßt sich nun einmal nicht von künstlichen religiös-politischen Streitigkeiten zurückdrängen.

Die Regierung beabsichtigt im laufenden Sitzungsjahre des Parlaments einen Entwurf zur Änderung der Konstitution der Zweiten Kammer zu unterbreiten, damit die Hindernisse beseitigt werden, die der Einführung des mit verzehrender Ungeduld von den Arbeitern verlangten allgemeinen Wahlrechts entgegenstehen.

Weiter hat auch diese Regierung, wie die beiden vorangegangenen, die Arbeiterversicherung auf ihr Programm gesetzt. Ein Projekt für die Krankenversicherung ist schon seit einigen Monaten vorgelegt. Ein

zweites für die Altersversicherung wird wahrscheinlich bald folgen. Der schon bekannte Entwurf ist in seinen Hauptzügen dem deutschen Muster nachgebildet. Man wird sich bemühen, den Weg, der von Deutschland gezeigt worden ist, zu gehen und die dort begangenen Fehler soviel wie möglich zu vermeiden. Hauptsächlich wird man versuchen, eine einfachere Organisation für das ganze soziale Versicherungswesen zu schaffen.

Nicht weniger wichtig ist die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen, welche wahrscheinlich im Februar in der Zweiten Kammer behandelt werden wird. Sowohl die Befürworter der Verstaatlichung als auch die Gönner der Aktiengesellschaften, welche jetzt den Betrieb führen, sind auf die Antwort, die die Zweite Kammer geben wird, sehr gespannt. Wiewohl die Regierung einige überzeugte Freunde der Verstaatlichung in ihrer Mitte hat, wird sie sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, dieser Frage neutral gegenüber verhalten und sich hier dem Willen der Volksvertretung fügen.

Endlich hat der Finanzminister eine Steuerreform unternommen, welche hauptsächlich bezweckt, die Steuer auf das Betriebseinkommen und die Vermögenssteuer zu einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer umzuformen und in die Nachlaßsteuer (auch in der direkten Linie) eine mäßige Progression einzuführen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich auch bei diesen Fragen zeigen wird, daß der Konservatismus in Holland sich vorzugsweise in „christlich-politischer“ Form versteckt.



## N. L. OUTHWAITE, JOHANNESBURGH: AUS DER POLITISCHEN ENTWICKLUNG SÜDAFRIKAS.



NTERAFRIKA steht unter dem Druck einer beispiellosen Depression. Die Regierungen müssen mit immerfort sinkenden Einnahmen rechnen. Das kommerzielle Leben leidet unter ausgedehnten Bankrotten. Die Arbeitslosigkeit nimmt erschreckliche Dimensionen an und die weiße Einwohnerschaft verläßt in hellen Scharen das Land. Die letzte Ursache dieser Tatsachen liegt tief; ihre unmittelbare Veranlassung war der Krieg. Lange blieben diese Erscheinungen verborgen und als endlich der Friedensschluß erfolgt war, da schien sich eine Ära des Reichtums und Überflusses für das Land endlich eingestellt zu haben. Es handelte sich in Wahrheit um eine künstliche Erscheinung. Die Güterproduktion des Landes wuchs nicht de facto, sondern die Pump- und Haussepolitik Lord Milners ließ die Produktion, die unter den Feuern des Krieges zusammengeschmolzen war, nun wieder künstlich aufleben. Mit einer 10 Millionenanleihe sollte das zerstörte Kapital ersetzt und die Politik der Expansion finanziert werden. Diese Anleihe machte sich in Südafrika in Gestalt von Einfuhrartikeln bemerklich, die in den Häfen verzollt wurden. Die Steuern stiegen und die staatliche Eisenbahn gewann an Frachten. Lord Milner konnte während dieser Periode in der Tat außerordentliche Revenuen aus Transvaal und den Orangeflußkolonien herauswirtschaften. Er ver-

mochte auch in den anderen südafrikanischen Gouvernements Handel und Finanzen in die Höhe zu treiben. So setzte denn die wüste Spekulationsorgie ein. Aber der Traum war kurz. Sobald das Darlehn erschöpft war, stoppten die Banken den Kredit. Die Staatseinnahmen sanken. Die Boden- und Minenaktien in die die Spekulanten ihre Gelder hineingesteckt hatten, wurden mit einem Schlage entwertet. Nun kamen Not, Arbeitslosigkeit, Konkurse über das Land und vervollständigten das trostlose Bild, das Südafrika in der Gegenwart bietet. Da aber griff die Transvaalregierung zu einem teufelischen Ausweg: sie verschob den Tag des Zusammenbruchs, indem sie den chinesischen Kuli importierte.

Man kann freilich mit Recht sagen, daß die wirtschaftliche Lage Südafrikas auch schon v o r Ausbruch des Krieges mit schweren Depressionen zu kämpfen hatte. Aber das ist schließlich nur Vordergrundperspektive. Der Krieg selber lag natürlich in vielerlei ökonomischen Bedingungen begründet. In allen südafrikanischen Bewegungen, die die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Erdteil lenkten, kehrten diese Bedingungen immer wieder.

Der wichtigste Faktor war die Monopolisierung der Ausbeutung südafrikanischer Minen durch eine einzige Gesellschaft. — Die Amalgamierung der Diamantfelder von Kimberley mit De Beers & Co. war der e r s t e Schritt zur Monopolbildung. Der zweite geschah, als diese von internationalen Finanzleuten substanziierte Gesellschaft die Goldminenareale in Transvaal in ihre Hände brachte. Schließlich brachten diese nämlichen Bankers unter der Firma „Britische Südafrikagesellschaft" auch Rhodesia in ihren Besitz. So waren alle Metallminen Südafrikas monopolisiert. Und nun beschloß das Syndikat sich jede Einmischung in seine Ausbeutungsmethode vom Halse zu schaffen, indem es die Kontrolle der einzelnen Regierungen an sich riß. Die einzige Schwierigkeit, die die demokratische Regierungsform der Transvaalrepublik bisher geboten hatte, wurde durch den Krieg beseitigt.

Nach dem Kriege nämlich fielen die Regierungen von Transvaal und Orangeflußkolonie Lord Milner zu. Seine intimen Beziehungen zu dem Syndikate sicherten diesem den gesuchten Rückhalt. (Lord Milner gehörte selber als Trustee der Rhodesstaaten mit zur De Beers-Gesellschaft.) — Um die Syndikatregierung auch auf die Kapkolonie auszudehnen, wurde eine lebhafte Agitation in Szene gesetzt. Sie wurde von Milner unterstützt und zielte ab auf die Aufhebung der Verfassung in der Kapkolonie. Dieses Ansinnen wurde schließlich von der britischen Regierung abgelehnt, hauptsächlich weil die Ministerien der anderen Kolonien mit Selbstregierung sich widersetzten. Aber dadurch, daß man einen großen Teil der einheimischen Bevölkerung als „Rebellen" schlankweg entrechtete, wurde das gewünschte Ziel schließlich d o c h erreicht. Die nach dem Friedensschluß stattfindenden Neuwahlen brachten die Partei Dr. Jamesons ans Ruder. Und nun wurde ein Ministerium aus den Direktoren und hauptsächlichsten Aktionären der De Beers-Gesellschaft formiert. Dann erfolgte der wichtigste Vorstoß der Monopolisten. Sie versuchten ein Arbeitssystem einzuführen, das die ungehemmte Exploitierung der Machthaber gestattete, alle Konkurrenz beseitigte und eine Arbeitsbevölkerung schuf, die ihre Rechte auf Selfgovernement willig in die Hände der Regierung und damit der Aktionäre legte.

Das Transvaalparlament forderte, daß 200 000 Chinesen in die Minenfelder eingeführt würden. Lord Milner übernahm die Legalisierung dieses Unrechts und der Import begann. Soweit war denn alles gut gegangen, der Monopolismus triumphierte und das System der Industrialisierung Süd-

afrikas war auf Menschenverknechtung basiert. Hierzu trug besonders der Umstand bei, daß die konservative britische Regierung mit den Syndikaten Freundschaft hielt, weil sie sich auf deren Zuverlässigkeit verlassen konnte. Ein geheimes Bündnis bestand von jenem Tage an, wo Mr. Joseph Chamberlain als Kolonialsekretär den Jameson-Einfall passiv zuließ.

Nun aber trat ein Ereignis ein, das eine dramatische Peripetie erwirkte. Die Liberalen traten in Aktion, verwarfen die Chinesenarbeit, machten Opposition und forderten, daß Transvaal und die Orangekolonie ihre verantwortliche Regierung zurückerhalten sollten. Kein Mittel zur Verwirklichung ihrer Absichten blieb unbenutzt.

Transvaal und die Orangekolonie erhielten alsbald die demokratischste Konstitution, die je einer Kolonie gewährt worden war. Die Regierung, die bisher die Monopolisten inne hatten, ging wieder in die Hände des Volkes über.

Das Resultat all dieser Vorgänge ist die augenblicklich in Südafrika herrschende Situation. Man steht jetzt vor einer klaren Spaltung in zwei Parteien. Und zwar herrscht in allen südafrikanischen Kolonien genau der nämliche Zustand. Das Volk fordert Schutz gegen die Syndikate und ihren Anhang. Es verwirft den Ausweg der Chineseneinfuhr. Es verweigert, daß der natürliche Bodenreichtum auch fürderhin den Syndikaten zugute komme, die lediglich Plusmacherei treiben und die Schaffung demokratischer Regierungsformen hintanhalten wollen. Die ersten Wahlen in Transvaal und die erste Session seines Parlaments hat diesen Ideen neue Kraft zugeführt. Buren und Britten verbinden sich jetzt gegen den gemeinsamen Feind: den Monopolismus. Die Partei der Monopolisten, die „Fortschrittspartei", besitzt noch etwa ein Drittel der Parlamentssitze. Wenn aber morgen neue Wahlen abgehalten würden, so würde sie gänzlich fortgefegt werden. Die Regierung hat unter Botha das vollkommene Vertrauen des Volkes erlangt. Auch in der Orangekolonie kamen bei den kürzlich abgehaltenen Wahlen die „Unionierten" an die Spitze. Ihre Führer sind Staatsmänner, wie General Hertzog und Abraham Fischer.

In den Kapkolonien hat das Parlament das Ministerium Jameson zur Abdankung gezwungen, da es sich weigerte, einen geeigneten Verfassungsantrag zu erlassen. Damit ist der Sinn der Verfassung gewahrt. Eine Regierung, die das Vertrauen der Wählerschaft verloren und so viele Schlappen erlitten hat, konnte nicht an der Spitze bleiben. In wenigen Monaten werden neue Wahlen abgehalten. Sie werden zweifellos die Südafrikapartei in die Majorität bringen. Ihre Führer, Männer wie Merrimon und Sauer, stellen die Interessen der Kolonien höher als die der internationalen Finanz. So ist denn alles in allem die politische Gewalt in Südafrika in die Hände von Parteien übergegangen, die prinzipiell das Interesse der einheimischen Bevölkerung gegen die Ausbeutung durch Monopolisten schützen wollen. Es ist nur natürlich, daß sich diese Parteien hauptsächlich aus der eingeborenen Burenbevölkerung rekrutiere, da diese Politik eben hauptsächlich an das Heimatgefühl appellieren muß. Im Laufe der Zeit aber wird das politische Programm sicher mehr und mehr von der Blut- und Rassenfrage unabhängig werden. Schon heute zeigt die Entwicklung, daß die Zukunft die mutige Tat der liberalen britischen Regierung glänzend rechtfertigen wird und daß alle Kolonien die vollen Selbstverwaltungsrechte erhalten, so wie sie heute Transvaal und Orangeflußkolonie erkämpft haben.

# AUS DER IRISCHEN POLITIK.

NTER den jüngsten Ereignissen der irischen Politik ist vor allem das Entstehen und Wachstum der sog. „Sinn-Fein-Bewegung" von Interesse. („Sinn-fein", ausgesprochen Shinn-fain, will sagen: ganz auf uns selbst gestellt.) Vor 20 Jahren noch glaubten die irischen Nationalisten, daß die irische Nationalpartei im britischen Parlament in ein paar Jahren die Homerulebill durchbringen werde. Aber 20 Jahre eines Kampfes, den die bestorganisierte unter allen Parteien des britischen Unterhauses beständig geführt hat, hat die Iren dem Ziel ihres Strebens nicht um einen Schritt näher gebracht. Es gibt heute viele, die die Selbständigkeit Irlands für ferner denn je halten. Diesen Fehlschlägen der irischen Politik entsprechend, entwickelte sich nun aber eine beständig anwachsende autochthone Partei, die alle parlamentarischen Aktionen überhaupt für ohnmächtig hält, um dem Heimatlande Gerechtigkeit zu schaffen. Diese Bevölkerungsschicht der Malkontenten sieht ganz anderswo die Waffe, mit der man die britische Regierung zu Konzessionen zu zwingen hofft. Es handelt sich um d e n Teil der Bevölkerung, der die sog. „Sinn-Fein-Bewegung" inauguriert hat. Seine Politik empfiehlt sich dem Volke ganz von selbst, da es nachgerade zu ungeduldig geworden ist, um die Realisierung seiner Verfassungsforderungen fürderhin abwarten zu können. Die „Sinn-Fein"- Bewegung erklärt, das irische Volk selber müsse der Schmied seines Glückes werden. Sie fordert als sofortige Maßregel die Zurückziehung der irischen Parlamentsmitglieder aus dem britischen Parlament. Die für ihren Unterhalt verausgabten Diäten sollen d i r e k t der Entwicklung Irlands zugute kommen, und die Irländer sollen, sobald sie aus dem britischen Parlament zurückgetreten sind, sich selber eine Parlamentsbehörde formieren, die ihren Sitz in Dublin hat und stillschweigend die Regierung Irlands in die Hand nimmt. Die Sinn-Fein-Bündler behaupten, daß die Regierung, die sie im Sinne haben, Schritt um Schritt die ganze Regierung Irlands übernehmen und ohne jeden Zwang Resolutionen fassen könne, die durch die lokalen Verwaltungskörperschaften im ganzen Lande willig ausgeführt würden. Dadurch würden sie genau so wirksam sein, wie Gesetze. Sie behaupten, daß Steuern und Zölle, die von seiten der Kommunalbehörden erhoben werden, noch in allerweitestem Maße zu einer unbegrenzten Aufbesserung der irischen Industrie und des irischen Handels benutzt werden können. Sie schlagen ferner vor, einen irischen Konsulardienst einzurichten, der im Ausland geeignete Plätze für irische Waren sucht; kurz, man will bei der Verwaltung der Angelegenheiten der irischen Nation so vorgehen, als ob die britische Regierung überhaupt nicht vorhanden wäre.

Diese Bewegung hat sich in Irland eingenistet. Das Volk hat „angebissen". Hauptsächlich der junge, enthusiastische Teil der Bevölkerung. In den Reihen der Bewegung stehen die begeisterten Männer und Frauen Irlands. Sie predigen ihr Evangelium durch das ganze Land. Die Bewegung wächst derart, daß sie für die nächsten Jahre der mächtigste Faktor der irischen Politik werden dürfte.



# DIE REFORMEN IN PERSIEN.



SEIT August 1906 besitzt das persische Volk eine Konstitution, ein Geschenk, das ihm Mozaffer Eddin hinterlassen hat. Konnte er zu Lebzeiten nicht im Sinne dieser hochherzigen Tat regieren, so hat er doch im Grabe die Erkenntlichkeit seiner Untertanen geerntet, die ihm den Beinamen „der Gerechte" nach dem Tode gegeben haben, einen Namen, den seit den fast legendären Tagen des Khosros Mouchirvan kein Perserkönig mehr getragen hat. In der Tat stehen wir hier vor dem *wichtigsten* Ereignis, das die persische Geschichte seit dem Tode des Yezdedgerd zu verzeichnen hatte. Damals schienen die letzten Spuren der alten persischen Zivilisation von der siegreichen Gewalt des *Islam* fortgefegt zu werden. Heute nimmt auf den Trümmern der freiwillig zurücktretenden Autokratie das Volk selber die Geschicke des Landes in die Hand. Damit beginnt denn eine neue Ära.

Große Veränderungen gehen im politischen Leben der Völker nicht ohne Erschütterungen und selbst nicht ohne Gewaltsamkeiten vor sich. Aber Trotz der schweren Ereignisse, die im Laufe der letzten Monate zu verzeichnen waren (der Aufstand eines königlichen Prinzen und das Gemetzel von Atabek), ist wahrscheinlich noch nie eine revolutionäre Bewegung friedlicher verlaufen.

Die Perser aller Klassen fühlten schon seit langem das Bedürfnis, aus dem materiellen und moralischen Elend herauszukommen, das die Gewalt des egoistischen Klerus und die Schwäche der Regierung über sie verhängte. Sie hatten erkannt, daß die Lehre der Moscheen, die nicht mehr genug geistige Nahrung bot, durch *weltliche* Wissenschaft ersetzt werden müssen, bis in die Neuzeit hinein waren die „Morijteheds" die einzigen Beschützer des Volkes gegen die Tyrannei der lokalen Beamtenschaft (wofern nicht diese *beiden* repräsentativen Gewalten, die religiöse und die politische Autorität, sich friedlich in die Hände arbeiteten, um *gemeinsam* das Volk auszusaugen). Die Priesterschaft besaß beim Volk ungeschwächten Einfluß und hütete sich wohl, eine Lehre zu begünstigen, die ihre Macht nur erschüttern konnte.

Heute scheint diese Macht in der Tat gebrochen zu sein. Das wurde klar ersichtlich, als in Teheran eine konstituierende Versammlung das Wahlgesetz ausarbeitete. Eine Reihe religiöser Würdenträger wünschte ausschließlich den muselmanischen Schiiten das Recht der Teilnahme an den Parlamentswahlen gesichert zu sehen. Man wies diese Vorschläge nicht nur zurück, sondern sie erregten allgemeine Entrüstung. Neuerdings verkünden nun Parlament wie Souverän ihren Liberalismus und proklamieren die Gewissensfreiheit. Die persischen Gelehrten versuchen seither eifrig, eine Ehrenrettung des *Islam* vorzunehmen, indem sie seine Verdienste aufweisen und den Beweis zu führen suchen, daß die Religion Mohammeds ein konstitutionelles Regime durchaus zulasse; dagegen glaubt das Volk sein Wohlergehen und die Wohlfahrt des Landes nur erreichen zu können, wenn die alten Irrtümer aufgegeben werden.

Wohin steuert diese Bewegung? Welche Folgen werden sich aus ihr ergeben? Im Augenblick ist das noch kaum zu sagen! Aber schon heute lenkt das junge Parlament, die Aufmerksamkeit der europäischen Nationen auf sich.

Der neuerwachte Patriotismus hat auch die ersten praktischen Resultate gezeitigt. Zunächst in der Begründung einer Nationalbank, die die Bedürf-

nisse der Regierung substantiieren soll und die Aufstellung regulärer Budgets ermöglicht. Mit ihrer Hilfe sollen Unternehmungen des Handels und der Industrie, die bisher ausschließlich in den Händen der Fremden lagen, künftig dem Lande selber zugute kommen.

Auch die Rechte und Freiheiten des Individualismus finden an den neuen persischen Abgeordneten begeisterte Verteidiger. Beschwerden, aus den Provinzen, werden sorglich geprüft, in den meisten Städten bilden sich lokale Klubs als Vorläufer künftiger Provinzialsynoden, die besten Elemente des Landes beteiligen sich an diesen parlamentarischen Bestrebungen. Ja, diese Klubs haben die Demission von Gouverneuren durchgesetzt, die bisher unverletzbar schienen.

Das persische Parlament hat große Aufgaben zu lösen. Zunächst gilt es, eine Gesetzgebung zu schaffen, die endgültig mit der alten Schiedsgerichtsbarkeit aufräumt. Sodann gilt es, die Finanzfrage zu regeln. Nur auf diesem Wege wird das Parlament imstande sein, die Hoffnungen, die das Volk ihm entgegenbringt, nicht zu enttäuschen und eine Periode des Aufblühens und der Fruchtbarkeit einzuleiten.



# CHRONIK

**DIE revolutionäre Bewegung in Indien.** Durch lange Jahrhunderte schien die Kraft des indischen Volkes erstorben; Perser, Afghanen, Mongolen, Engländer lösten sich ab in der Herrschaft des Landes, und geduldig akzeptierten die vom Kastensystem zu demütigem Dulden erzogenen breiten Massen der Inder die neuen Herren, gleich wie sie die Herrschaft ihrer eigenen oberen Kasten geduldet hatten. Nun aber ist alles geändert; auf englischen Schulen ist eine neue Generation herangewachsen, die mit den nationalen Idealen Indiens die freiheitlichen Aspirationen des Westens verbindet.

Der indische Nationalkongreß wurde begründet, der alljährlich die konstitutionellen Forderungen der indischen Intelligenz zum Ausdruck bringt; die „Swadeshi-Bewegung“ setzte ein mit dem Ziele, die von englischer Konkurrenz ertötete nationale Industrie des Landes zu neuem Leben zu erwecken und damit dem wirtschaftlichen Notstande zu begegnen.

Zugleich erhob man die Forderung nach allgemeiner Volksschulbildung und Reformierung der Hochschulen, um an ihnen nationale Kultur und europäische Wissenschaft zu wechselseitiger Ergänzung und Förderung zu pflegen. Die regierende englische Bureaukratie sah sich durch dies Erwachen des Volksgeistes erschreckt und in ihrer künstlichen Herrschaft (2 000 000 Engländer in Indien regieren über 260 000 000 Inder) bedroht. Dem belebenden Einfluß der freien Institutionen des Mutterlandes weit entrückt, war sie mehr und mehr vom Geist des — allzu bequemen und verlockenden — asiatischen Despotismus erfüllt worden. Und wenngleich die britischen Beamten stets sich von persönlicher Unehrenhaftigkeit freihielten (was ihnen durch fürstliche Gehälter auf

Landeskosten erleichtert ward), traten sie im übrigen in ein ganz gleiches Verhältnis absolutistischer Unterdrückung zum indischen Volke wie ihre Kollegen in der Bureaukratie des russischen Reiches. So wurde die ursprünglich maßvoll konstitutionelle Bewegung der Inder zur Revolution; jede Polizeimaßregel verschärfte die Erbitterung, und heute herrscht in zwei Provinzen — Pundschab und Ostbengalen — offener Aufruhr, in den anderen dumpfe Gärung.

Die Formen der Revolution sind die gleichen wie in den analogen Freiheitsbewegungen Europas.

Gegenüber der russischen Bewegung ist allerdings der wichtige Unterschied zu verzeichnen, daß die industrielle Arbeiterschaft bisher nur wenig auf den Plan getreten.

Erst ganz kürzlich, am 3. Oktober in Kalkutta, hat sich der Arbeiterstreik der Kutscher der politischen Empörung zugesellt; mag sein, daß uns die nächsten Jahre auch vom politischen Generalstreik in den indischen Hauptstädten berichten.

Bisher waren die Studenten und Intellektuellen die Hauptträger der Bewegung; Volksversammlungen und Artikel der Presse ihre wesentlichen Ausdrucksformen. Viel Heroismus ward besonders von den jungen Studenten bewiesen, aber auch bejahrte Männer in angesehener Stellung nahmen oft freimütig die Verantwortung für ihre politische Gesinnung auf sich und überlieferten sich tapfer dem Gefängnis.

So bekannte sich der Herausgeber des führenden liberalen Blattes „Sandhya“ selbst und freiwillig zur Autorschaft der ihm zugeschriebenen revolutionären Artikel und fügte bei: „Ich will mich in meinem Prozeß jeder Verteidigung enthalten, weil ich leugne, daß ich für meinen Anteil am gottgewollten Werke der Befreiung Indiens einem fremden Volke Rechenschaft schuldig bin, dessen Interessen unserer Freiheit entgegenstehen.“

Und wie in Rußland, so entzündet sich am Selbstopfer der Freiheitskämpfer der revolutionäre Enthusiasmus der Massen.

So wurde am 2. Oktober in Kalkutta eine Versammlung zu Ehren mehrerer zu Gefängnisstrafen verurteilter Studenten abgehalten; es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die sich über die ganze Stadt verpflanzten und zum Straßenkampfe führten.

Die Unruhen erneuerten sich am folgenden Tage, und behielt auch die Polizei die Oberhand, so ging doch von ihnen neue Erregung auf die städtischen Massen über.

Andere Kämpfe blutigen Ausgangs fanden zu Sherpur in Ostbengalen statt, und angesichts des einmütigen Widerstands der Bevölkerung konnten die Behörden die Leiter der Aufstandsbewegung nicht ermitteln. Hingegen waren die konstitutionellen Führer der Hauptstadt naturgemäß in der Macht der Regierung; u. a. wurde der Gemeindekommissar A. C. Bannerjee unter der Anklage aufrührerischer Reden verhaftet. Um der Bewegung die Stirne zu bieten, wurde ferner ein neues Versammlungsgesetz proklamiert, das die Abhaltung aller öffentlichen Versammlungen an vorherige behördliche Genehmigung bindet: es ist der typische Kampf einer bedrohten herrschenden Klasse mit der Revolution. Und wie in England, Frankreich, Deutschland, Rußland, so wird über kurz oder lang auch die indische Freiheitsbewegung siegen und die Zugestehung einer konstitutionellen Verfassung erzwingen. England kann dem leidenschaftlichen Aufschrei eines Volkes, dessen Geschicke ihm anvertraut, schwer auf die Dauer die Verwirklichung der in England zu klassischer Ausbildung

gelangten, von England ausgegangenen konstitutionellen Einrichtungen versagen.

Wenn die Flammen der Revolution über der anglo-indischen Bureaukratie zusammenschlagen, wird eine liberale Bewegung des Mutterlandes durch weises Entgegenkommen den Frieden bringen.

Schon hat der englische Parlamentsabgeordnete Keir Hardie die Unterstützung der Arbeiterpartei für die indischen Freiheitsbestrebungen zugesagt.

Alle aufrichtigen Freunde der Ehre Englands müssen wünschen, daß die Regierung seinem Rate folge.

Rodolphe Broda.



**Die konstitutionelle Bewegung in Ägypten.** Das Vierteljahrhundert britischer Herrschaft in Ägypten ist nicht ohne Einwirkung auf das politische Empfinden des Volkes geblieben, mehr und mehr fanden westliche demokratische Ideen Eingang bei der (in Schulen europäischer Art herangebildeten) intellektuellen Jugend dieses orientalischen Volkes.

Und — eigenartig genug — eine nationalfreiheitliche Bewegung ist in diesem erwachsen, die freie konstitutionelle Einrichtungen im europäischen Sinne, einen Kampf gegen die britische „Fremdherrschaft" zu verwirklichen strebt.

Schon heute bestehen in Ägypten konstitutionelle Körperschaften mit beratender Stimme; am 21. September hat nun zu Kairo eine Versammlung von Deputierten und Notabeln stattgefunden, welche die Gründung einer ägyptischen Volkspartei beschloß. Als wesentlichste Programmpunkte wurden:

1. die Weiterbildung der bestehenden konstitutionellen Einrichtungen,

2. eine Reform des Erziehungswesens und die Forderung der gewerblichen Entwicklung des Landes aufgestellt.

Alles mit dem ausgesprochenen Endziel, schließlich die volle Unabhängigkeit und freie Regierung des Landes zu erringen.

Wenn die Agitation, wie es den Anschein hat, maßvoll und dabei zielbewußt weiter betrieben wird, kann ihr der Erfolg kaum fehlen.

Gleichwie in Persien, so hat nun auch in Ägypten die konstitutionelle Idee in einem mohammedanischen Volke Wurzel gefaßt; auch der Islam beugt sich dem Geist des Westens.

Br.



**Die konstitutionelle Bewegung in China.** Langsam, wie es dem konservativen Geist des Landes entspricht, aber stetig schreitet die chinesische Regierung in der Vorbereitung konstitutioneller Einrichtungen vorwärts.

Neuerdings sollen (auf Grund eines kaiserliches Edikts vom 9. September) Kommissare nach England, Deutschland und Japan zum Studium der dortigen Konstitutionssysteme entsandt werden.

Durch ein weiteres Edikt vom 20. September wurden zwei Staatsmänner, Sun-chia-nai und Prinz Pu-lun, mit der Bildung eines Regierungsrates beauftragt, der als Vorstufe für das künftige Parlament anzusehen ist.

Am 27. September wurde ein anderes Edikt verlautbart, das die Bestrebungen der Reformpartei nach Beseitigung aller feudalen Vorrechte der zurzeit regierenden Mandschurasse zu völliger Verwirklichung bringt. Interessant ist es, daß die herrschende Mandschudynasti selbst die Initiative zur Herstellung der Rechtsgleichheit ergriff in der Erkenntnis, daß nur eine Politik weit-

ausgreifender liberaler Reformen eine Revolution verhindern kann.

Schon jetzt flackert bald hier bald dort die Flamme des Aufruhrs empor; so wurde am 20. September die Stadt Yo-chan von 2000 Insurgenten angegriffen und der Angriff erst nach hartem Kampf von den kaiserlichen Truppen abgeschlagen.

Überall in den Städten des weiten Reiches bilden sich Geheimbünde zu revolutionären Zwecken, und — was noch bedeutungsvoller — die studierende Jugend schloß sich der Freiheitsbewegung mit gleichem Enthusiasmus an, wie sie es in Europa in den großen Krisen des vergangenen Jahrhunderts getan.

Besonders die Tausende von Studenten, die alljährlich von japanischen Hochschulen in die Heimat zurückkehren, künden in all den entferntesten Provinzen das Evangelium der politischen Freiheit, das Japan zu so gewaltigem Aufschwung verholfen.

Diese Studenten sind es auch, welche auf die Umgestaltung des Unterrichtswesens in europäisch-japanischem Sinne, auf die Einführung naturwissenschaftlicher Kollegien an den Hochschulen des Reiches, auf die Errichtung von Mädchenschulen in den Städten, auf die Vermehrung der Dorfschulen zum Zwecke allmählicher Errichtung obligatorischen Schulunterrichts großen Einfluß genommen haben.

Es liegt in der ererbten Konstitution Chinas, das ja von den oft aus den ärmsten Schichten hervorgehenden, durch Prüfungen verschiedenen Grades ausgelesenen Mandarinen beherrscht wird, begründet, daß diese Studenten, des Landes künftige Regierer, den größten Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Behörden besitzen; ihr Anschluß an die konstitutionelle Bewegung verbürgt deren endlichen Sieg.

Zu betonen ist auch, daß China bereits heute eine erbliche Aristokratie nicht besitzt, vielmehr wesentlich demokratisch organisiert ist; seine ordnungsliebenden, relativ wohlhabenden, am guten Gang der Staatsgeschäfte durch individuellen Besitz interessierten Bauern und Bürgermassen werden eine ausgezeichnete Basis konstitutioneller Einrichtungen, gewissenhafte Wähler zum geplanten chinesischen Parlament abgeben.

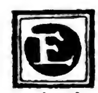


**Politische Fortschritte Siams.** In Indochina bereitet sich das kleine Volk der Siamesen vor, den Fortschritten Japans nachzueifern. Die Siamesen haben Europäer in ihrer Verwaltung angestellt und ihr Erziehungssystem nach europäischem Muster umgewandelt.

Sie beginnen sogar — das erstemal, daß das bei einem Volke der Tropen der Fall ist — den Versuch zu machen, politische Freiheit und lokale Selbstverwaltung einzuführen. Ein soeben erlassenes Gesetz führt Munizipalbehörden ein, die nach europäischem Muster gebildet werden. Ja dieses Volk hat sogar etwas vor uns voraus: die Frauen haben Stimmrecht erhalten, was für ein orientalisches Volk wahrlich ein ganz außerordentliches Unternehmen ist. Hierzu hatte der Buddhismus den Weg geebnet, indem er die Gleichheit der Geschlechter predigte und gleiche Erziehung für Knaben und Mädchen fordert. Buddhistische Mönche waren von je und sind noch heute die Erzieher des siamesischen Volkes. Die von ihnen eingepflanzten Prinzipien haben die heutige demokratische Erziehung vorbereiten helfen.

# SOZIALE ENTWICKLUNG.

## DR. HERMANN BECK, BERLIN: AUS DER SOZIALEN ENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS.



ES gibt im Deutschland der Gegenwart eigentlich keine bewußte Leitung des sozialen Prozesses und keine auf letzte feste Ziele gerichtete Beeinflussung der sozialen Schichtung. Die deutsche staatliche Sozialpolitik besteht eigentlich nur in dem Suchen nach dem „goldnen Mittelweg“ zwischen den Rufern von rechts und links. Die gewordene soziale Struktur wird als unveränderliche Basis alles sozialpolitischen Handelns angenommen, man weiß nichts von bewußten Akten des Eingriffs in die soziale Entwicklung, sei es vom biologisch-pädagogischen oder sei es vom ökonomistisch-technischen Gesichtswinkel aus. Alles sozialpolitische staatliche Handeln bleibt somit an der Oberfläche, wo es ja genug der unangenehm ins Auge fallenden Wachstumstörungen eines sich selbst überlassenen sozialen Organismus auszugleichen gibt.

Diese Perspektive aber einmal angenommen, bietet die deutsche Sozialpolitik ein vielfarbiges Bild.

Das Programm der Reichsregierung ist für die laufende Legislaturperiode ein reichhaltiges. Der Staatssekretär des Innern kündigte im Frühjahr als hauptsächlichste Reformprojekte an: die Schaffung von Arbeitskammern, ferner eine Novelle zum Unterstützungs-Wohnsitzgesetz und das Hilfskassengesetz, d. h. die Unterstellung der aus privater Initiative entstandenen freien Krankenkassen unter das Versicherungs-Aufsichtsgesetz, wobei man bedacht ist, diese Kassen nicht durch zu starke Beschneidung der Selbstverwaltung zu erdrosseln; ferner Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation, die weder als appetitlich noch hygienisch einwandfrei gilt, Vermehrung des Arbeiterschutzes in der Hausindustrie, Durchführung der Bestimmungen über die Nachtruhe der Frauen (Berner Konvention), Festsetzung der Maximalarbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden, Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, Einführung des sog. kleinen Befähigungsnachweises für Handwerker, womit eine Regelung des Lehrlingswesens verbunden wäre, ferner die stärkere Bekämpfung der Viehseuchen, ein Apothekengesetz, eine Verschärfung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, ein Gesetz zur Bekämpfung der Geheimmittel und des Kurpfuschertums und endlich vier größere Reformen: die Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für das Reich, das, wie man hofft, die relativ freiheitlichen Bestimmungen des bayerischen und badischen Vereinsrechtes auf alle Bundesstaaten ausdehnen würde; zweitens eine Kodifikation der Sozial-Versicherungsgesetzgebung und deren Ausdehnung auf Heimarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, drittens eine Witwen- und Waisenversorgung und viertens die Regelung des Arbeitsverhältnisses der technischen Angestellten.

Fertiggestellt sind bereits das Hilfskassengesetz und die Novelle zum Unterstützungs-Wohnsitzgesetz, während zurzeit das Vereins- und Versammlungsrecht, das Gesetz über Arbeiterkammern, der Zehnstundentag der Frauen, die Nachtruhe der gewerblichen Arbeiterinnen und die genannte Ausdehnung der Krankenversicherung in kommissarischer Beratung sind. Für die Zusammenlegung der drei Sozial-Versicherungszweige sind ebenfalls

schon Vorarbeiten geleistet, ebenso für die Witwen- und Waisenversorgung. Diese „soll“ im Jahre 1910 ins Leben treten, und durch das Zolltarifgesetz von 1902 werden ihr schon jetzt alle Einnahmen aus den Agrarzöllen überwiesen, soweit die Einnahmen den Netto-Durchschnittsertrag der Jahre 1898—1903 übersteigen. Eine weitere Vorarbeit ist hier noch durch die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 geleistet worden, die auch der Ermittlung der statistischen Grundlagen für die Witwen- und Waisenversorgung gewidmet war.

Das Tempo, in dem in Deutschland Reformen, wie sie dieses Programm enthält, seit Jahrzehnten erledigt wurden, ist ein bedauerlich langsames. Und daran trägt ein Doppeltes Schuld: der Bundesrat, die vielköpfige Spitze der deutschen Republik [1]), und der Reichstag. Was aber der Bundesrat durch schleppenden Verhandlungsgang und ein gewisses inneres starres Beharrungsmoment leistet, um die Tätigkeit des Reichsamts des Innern und des Reichstags lahm werden zu lassen, das versündigt der Reichstag durch ein Zuviel. Nicht daß ich den deutschen Reichstag selbst nur in seinem sozialpolitischen Wollen überschätzte, er bietet multa, sed non multum. Vergangenes Frühjahr schleuderten die Parteien in dem üblichen sozialpolitischen Wettrennen 60—70 Initiativanträge auf den Tisch des Hauses. Jede will der Wählermasse wenigstens durch Worte ihre zahlreichen Wahlversprechungen einlösen. Das Chaos der Sonderwünsche führt praktisch zu nichts, und es wird vom Standpunkt des tagespolitischen sozialreformerischen Optimismus als einer der Hauptfehler des deutschen Parlamentarismus bezeichnet, daß seine sozialpolitische Initiative jeder Organisierung noch entbehrt, und daß der Reichstag es noch nicht verstanden hat, die Situation zu beherrschen, d. h. sich mit der Reichsverwaltung auf ein bestimmtes Arbeitspensum zu einigen. Inzwischen wird durch die Beratung der zahllosen Initiativanträge des Reichstags die Verwirklichung des Regierungsprogramms hinausgeschoben, ohne daß man überhaupt Nennenswertes erreicht.

Das Bisherige sagt aber über die prinzipielle Bedeutung des gegenwärtigen Reichstags nichts. In dem erwähnten Chaos der Anträge und Anregungen steckt doch die eine oder andere Perle. Als solche möchte ich, abgesehen von den zahlreichen Anregungen des linken Flügels, Friedrich Naumanns Rede bezeichnen, in der er im Rahmen einer für die Verhältnisse des gegenwärtigen Reichstags befreiend großzügigen Auseinandersetzung mit der Tagespolitik auf die Notwendigkeit der planmäßigen Ordnung der Arbeitsverfassung der Großindustrie hinwies. Er forderte auch für die Fabrik die konstitutionelle Verfassung, damit „Industrieuntertanen zu Industriebürgern“ würden.

Neben der gesetzgeberischen staatlichen Sozialpolitik wäre noch die verwaltende zu nennen. Von ihr will ich aber heute nicht reden. Nur eine amtliche Stelle soll nicht unerwähnt bleiben: die neubegründete „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, die hervorging aus der preußi-

---

[1]) Zur Orientierung des ausländischen Lesers über den staatsrechtlich republikanischen Charakter des Deutschen Reiches darf ich vielleicht einschalten, daß die staatsrechtliche Stellung des deutschen Kaisers nicht die eines Monarchen ist, da die höchste Gewalt dem Bundesrat, einer Körperschaft, die sich aus Vertretern sämtlicher Bundesstaaten zusammensetzt, zusteht. In der tatsächlichen Gestaltung wird diese Sachlage allerdings verwischt durch die Stellung Wilhelms II. als mächtigster Bundesfürst und nicht zuletzt durch seine überragende Individualität, die ihn zum Mittelpunkt der primären politischen Einflußsphäre hat werden lassen.

schen „Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen". Diese nunmehr auch von seiten des Reiches mitverwaltete Institution verdankt ihre Entstehung dem Drängen nach Errichtung eines preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Diese im Abgeordnetenhaus vom Grafen Douglas geleitete Bewegung endigte — manchem sehr unbequem — in dem erwähnten Institute. Dieses versucht nun, die private soziale Hilfsarbeit, insbesondere das charitative Vereinswesen, zu zentralisieren: eine Aufgabe, deren Lösung angesichts der weitverbreiteten deutschen Eigenbrödelei und Vereinsmeierei nicht leicht sein wird, bisher auch auf persönlichem Gebiete erhebliche Reibungsflächen zutage brachte.

Für die staatliche Sozialpolitik kommt in Deutschland noch die innere Politik der Bundesstaaten in Frage, an erster Stelle Baden. Auch Preußen hat in jüngster Zeit mehrere erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Eine Berggesetznovelle macht den Anfang zur Aufhebung der Bergbaufreiheit, dieses Typs der ganz großen, nie wieder gutzumachenden Kurzsichtigkeiten der Kulturstaaten auf ökonomischem Gebiete. Der preußische Staat sichert sich nun wenigstens die letzten Reste der Bodenschätze, nämlich die mehr als 1200 m tief lagernden Kohlen und Kalisalze, die somit einer späteren Generation vorbehalten bleiben. Und noch ein andrer nennenswerter Schritt auf dem Wege der ökonomischen Kollektivisierung ist zu verzeichnen: die Bewilligung großer Summen (zuletzt 20 Millionen Mark) für staatlichen Grunderwerb am Rhein-Weser-Kanal, eine Maßnahme, mit der dem privaten Spekulantentum entgegengearbeitet wird. Von preußischer Sozialpolitik ist dann noch die Bewilligung von 15 Millionen Mark für die Wohnungsverbesserung staatlich Bediensteter zu nennen, ferner die Teuerungszulagen für die Staatsbeamten, die Schaffung von Wanderarbeitsstätten an Stelle der bisher üblichen Verpflegungsstationen, und auch auf dem Gebiete des Steuerwesens wären kleine Fortschritte zu nennen.

Wie sieht nun aber die Sozialpolitik außerhalb der deutschen Regierungs- und Parlamentsgebäude aus? Was ist das sozialpolitische Wollen des Volkes selbst und wie äußert es sich? Die stärksten Kräfte wurzeln hier naturgemäß in den Organisationen der einzelnen Klassen und Stände. Aber wir haben auch jenseits dieser Parteigrenzen Gruppen, Verbände, die allgemeine Sozialpolitik treiben, die Dinge vom Standpunkt der Staatsraison, des Wohles der Gesamtheit betrachten oder doch betrachten wollen.

Da ist zunächst die „Gesellschaft für soziale Reform" zu nennen, eine Schöpfung des ehemaligen Ministers v. Berlepsch, dessen damals „inopportune" Sozialreform ihn sein Amt kostete. Jetzt treibt seine Gesellschaft in zahlreichen, aber wenig aktionsfähigen Ortsgruppen jene Sozialreform, wenn auch ohne nennenswerten Einfluß. Sie krankt daran, daß sie eine ängstlich auf das momentan Erreichbare eingestellte soziale Tagespolitik treibt, wie sie für eine verantwortliche Regierung als angemessen gilt, dabei aber doch nicht über eine straffe und mit staatsmännischem Geschick geleitete lebendige Organisation verfügt, die sie befähigen könnte, der offiziellen Sozialreform unmittelbare Vorspanndienste zu leisten.

Weiter ist der „Verein für Sozialpolitik" zu nennen, der sich durch seine umfangreichen Veröffentlichungen hauptsächlich auf dem Gebiete der Erforschung sozialer und ökonomischer Zustände große bleibende Verdienste erworben hat. Der Verein, der vor nun bald vier Jahrzehnten den Deutschen Volkswirtschaftlichen Kongreß ablöste, ist eigentlich bis auf den heutigen Tag nichts andres als ein deutscher wirtschafts- und sozialwissen-

schaftlicher Kongreß geblieben und alles mehr als ein Verein für Sozialpolitik. Er tagt einmal im Jahre und entbehrt jeder politisch aktionsfähigen Organisation. Die Führung liegt in den Händen der von Prof. Gustav Schmoller begründeten und geleiteten Schule. Über seine jüngste Tagung berichtet ein besonderes Referat. (Siehe S. 76—78.)

Die eigentlich wirksamen Faktoren der deutschen Sozialentwicklung sind aber in den Klassen- und Standesorganisationen zu suchen.

Über die Arbeiterbewegung, die ihrer ganz besonderen Bedeutung halber ein Sonder-Referat erhalten muß, wird an anderer Stelle dieser Zeitschrift berichtet werden. — Wenn ich mich der allgemeinen Gepflogenheit anschließen will, so wäre nun zunächst das Konglomerat von nichtbesitzenden arbeitenden „Nichtarbeitern“ zu betrachten, das man als „Mittelstand“ zu bezeichnen pflegt.

Die Hauptorganisation der deutschen Mittelstandsbewegung ist die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“, die ihre neunte Generalversammlung vor kurzem in Straßburg abhielt. Ihre Forderungen, die sich vielfach mit denen des dritten Allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerkertages (August 1907) decken, sind etwa die folgenden: Sicherung der Bauforderungen insbesondere der Handwerker, Einführung des kleinen Befähigungsnachweises, verschärfte Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Regelung des Submissionswesens, Einschränkung der Gefängnisarbeit und der Ökonomie, d. h. der militärhandwerklichen Deckung des Eigenbedarfs des Militärs, Heranziehung der Großbetriebe zu Beiträgen für Wohlfahrtseinrichtungen der Innungen, Gründung von Arbeitgeberverbänden im Handwerk, Schaffung einer Reichshandwerksbehörde usw.

Besonders aktuell sind heute die Tendenzen in dem sog. „neuen Mittelstand“, d. h. den Kreisen der mittleren Privatbeamten, die jetzt im Vordergrunde des Interesses stehen. Unter den technischen Privatbeamten ist eine den Gewerkschaften der Arbeiter analoge neue Organisation entstanden, die sich von den üblichen Ingenieur-, Architekten- und sonstigen Verbänden von Berufsinteressenten wesentlich unterscheidet. Der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ hat binnen 3 Jahren rund 10000 Mitglieder gewonnen, eine Stellenlosenunterstützungskasse eingerichtet und ein anerkennenswert klares Programm sozialer Forderungen aufgestellt. Der Kern dieser Forderungen ist etwa das Folgende: rechtliche Gleichstellung mit den kaufmännischen Angestellten; Abschaffung der Konkurrenzklausel; Reform des Patentrechts, wobei dem Angestellten das Eigentumsrecht an den von ihm herrührenden Erfindungen gesetzlich sichergestellt und ein gerechter Anteil an dem Nutzen aus der praktischen Verwertung seiner Patente gefordert wird; ferner: Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle technischen Angestellten, zum mindesten bis 5000 M. Jahreseinkommen; Vertretung der Angestellten in besonderen Angestelltenabteilungen der zu errichtenden „Arbeitskammern“; Errichtung obligatorischer Beamtenausschüsse entsprechend den Arbeiterausschüssen und endlich eine staatliche Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge. Eine große Reihe dieser Forderungen liegt bereits dem Bundesrat zur Entschließung vor. Bezüglich der Versicherung sind auch bereits Vorarbeiten geleistet worden. Unter Zugrundelegung der Pensionsansprüche der Staatsbeamten berechnete die amtliche Denkschrift eine Versicherungsprämie von 19% des Jahreseinkommens, eine Berechnung, die vielfache Angriffe erfuhr. Für die weitere Ver-

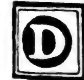
folgung dieser und der übrigen Forderungen ist ein sozialer Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten, hinter dem 70000 Köpfe stehen, eingesetzt worden. Denn auch die technischen Fachverbände wenden jetzt den wirtschaftlichen und sozialen Fragen lebhaftes Interesse zu. Der „Deutsche Technikerverband" hat als Direktor einen Sozialökonomen angestellt und in seiner „Deutschen Technikerzeitung" eine Rubrik „Soziales" eingerichtet. Die bemerkenswerteste Erscheinung ist aber, daß der „Verein deutscher Ingenieure" beschlossen hat, vom Januar 1908 ab ein „wirtschaftlich-soziales Blatt" herauszugeben, in dem der bisher ausschließlich technisch tätig gewesene Verein nun auch wirtschaftlich-soziale Fragen diskutieren wird (siehe besondere Mitteilung Seite 39).

Auch in ärztlichen Kreisen gewinnt das wirtschaftlich-soziale Moment an Interesse, wie die siebente ordentliche Hauptversammlung des im Juni in Münster tagenden „Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen" (20000 Mitglieder) zur Genüge bewies. Erwähnt sei noch zum Schluß, daß auch die preußischen Staatsbeamten einen wenn auch schleunigst unterdrückten Versuch gemeinsamen Handelns machten. Die Danziger Regierungssekretäre hatten in einer Kollektivvorstellung Erhöhung der Gehälter erbeten und Kopien dieses Bittgesuches allen preußischen Kollegen zugestellt mit dem Ersuchen, analog vorzugehen. Dieses Vorgehen wurde vom Minister „entschieden gemißbilligt" und dadurch offiziell die Berechtigung solidarischen Vorgehens für die preußischen Staatsbeamten verneint.

Ob durch den Wechsel in der Leitung des Reichsamts des Innern, der am 22. Juni d. J. den Grafen Posadowsky, einen der fähigsten Beamten der Reichsverwaltung, zum Bedauern aller Freunde des sozialen Fortschritts ausscheiden ließ, sich in der deutschen staatlichen Sozialpolitik etwas Wesentliches ändern wird, ob die geplant gewesene Teilung des Reichsamts des Innern und die Errichtung eines „Reichsarbeitsamts" verwirklicht werden wird: all das wird in den folgenden Berichten darzulegen sein. Ich werde später auch versuchen, an Hand der noch ausstehenden Ziffern der Berufs- und Betriebszählung vom Sommer d. J. in die Veränderungen der sozialen Struktur des deutschen Volkes und ihre jüngsten Tendenzen näher einzudringen, während der vorstehende Bericht bewußt einseitig der deutschen sozialen Politik in ihren äußeren Erscheinungsformen nachzugehen trachtet.



## PROF. DR. STEPHAN BAUER, BASEL: DER ARBEITERSCHUTZ IM JAHRE 1906.


DIES ist das Jahr der ersten internationalen Verträge zum Schutze der Arbeiter; das Jahr der Sicherung des Koalitionsrechts der britischen Arbeiter; im übrigen ein Jahr geringer sozialpolitischer Ergiebigkeit auf dem Kontinente, in Amerika und Australien. Keine weitreichende Kodifikation des Arbeiterrechts fällt in diesen Zeitraum. Die Ursachen dieser dem Arbeiterschutze wenig günstigen Strömungen liegen nicht durchgängig auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber in letzter Linie ist es

die Verschiedenartigkeit der politischen Wirkung der geschäftlichen und industriellen Hochkonjunktur, die auch in den Ernteergebnissen des Arbeiterschutzes zum Ausdruck gelangt.

In England vollzog sich mitten in diesem wirtschaftlichen Aufschwunge der Sieg der freihändlerischen Parteien der Arbeiterpartei. Die Forderungen der Home Policy, das Verlangen der Arbeiter nach Beteiligung an den Früchten der guten Zeiten, haben das Interesse an einer imperialistischen Zollvereinspolitik in den Hintergrund gedrängt. Eine Politik diplomatischer Vorzugsbehandlung tritt an die Stelle merkantiler Ausschließungstendenzen.

Dieser politische Frontwechsel führte wohl auch teilweise die aktive Teilnahme Großbritanniens an der internationalen Arbeiterschutzkonferenz herbei. Die Konferenz schritt am 26. September 1906 in Bern zum Abschluß eines internationalen Vertrags, der die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen in 14 Staaten verbietet. Dieser Vertrag fordert in allen industriellen Anlagen mit mehr als 10 Arbeitern eine Mindestruhezeit von 11 Stunden für die Arbeiterinnen und schafft eine Reihe von Industrievorrechten ab, kraft welcher einzelne Länder die Nachtarbeit gestatteten und das Prinzip der Nachtruhe durchbrachen. Selbst für die vorgeschrittene Gesetzgebung Englands bedeutete der Vertrag einen wenigstens formellen Fortschritt. In Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Luxemburg, Portugal, Schweden wird für etwa eine Drittelmillion erwachsener Arbeiterinnen zum erstenmal das Prinzip der gesetzlichen Nachtruhe verwirklicht. In Österreich wird sie durch die Erweiterung auf Mittelbetriebe rund 40000 bisher ungeschützten Frauen zuteil werden. Den versteckten Begünstigungen, die einzelnen Industrien früher auf Kosten der Arbeiter durch Gewährung der Nachtarbeit gewährt wurden, wird eine Schranke gesetzt. Obwohl der Vertrag erst am 1. Januar 1911 in Kraft tritt, ist durch seinen bloßen Abschluß der Industrie die Richtlinie für die Organisation der Frauenarbeit vorgezeichnet.

Das Verbot der Verwendung des giftigen Phosphors in der Streichhölzerindustrie, das gleichzeitig von den Regierungen vertragsmäßig festgelegt wurde, hat praktisch nur durch den Beitritt Italiens einen über den bestehenden Zustand hinausgehenden Fortschritt zu bedeuten. Das Fernbleiben von Staaten, in welchen die Phosphornekrose noch zahlreiche Opfer fordert (Österreich-Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen), bewies, daß die Interessen des geschäftlichen Aufschwunges und der an ihm unmittelbar beteiligten Kreise eine so primitive Maßregel der Volkshygiene, die in sechs anderen Staaten bereits erprobt war und über deren Durchführbarkeit die Akten geschlossen sind, im Jahre 1906 nicht zum Durchbruche gelangen ließen. In Großbritannien standen dem Beitritt zu diesem Vertrage wesentlich technische Bedenken entgegen, die jedes Einfuhrgebot in einem Freihandelslande erweckt.

Die Hochkonjunktur hat in Mitteleuropa eine Arbeiternachfrage hervorgerufen, die in manchen Gewerben den Rahmen des heimischen Angebotes weit überstieg. Die Binnenwanderungen ausländischer Arbeiter haben sich verschärft. Diesen Erscheinungen wird die Sozialpolitik dadurch gerecht, daß sie das gleiche Recht der heimischen und fremden Arbeiter auch auf dem Gebiete der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung proklamiert. Diesen Grundsatz enthalten abweichend von den früheren nationalistischen Klauseln der Grundgesetze der Versicherung die Verträge zwischen Belgien und Frankreich, Belgien und Luxemburg, Frankreich und Italien, Frank-

reich und Luxemburg und eine entsprechende Bekanntmachung des deutschen Bundesrates für belgische Arbeiter.

Diese Anfänge einer internationalen Sozialpolitik sind bekanntlich nicht das Werk der Interessenten selbst. Diese Weltpolitik hat aus der zu einer privaten Vereinigung organisierten sozialpolitischen öffentlichen Meinung ihre Kraft geschöpft. Auf diesem Boden stehend haben die Staatsverwaltungen sich zu gemeinsamem Vorgehen entschlossen. Nicht der Einfluß dieser oder jener Partei, sondern der Kampf um die sozialpolitische Rangstellung jedes vertragschließenden Landes hat den Abschluß der Verträge gefördert.

Ganz anderen Einflüssen unterliegt die Gestaltung der nationalen Sozialpolitik. Politische Taktik und Parteikonstellationen fördern oder hemmen ihre Entwicklung. In einer wirtschaftlich aufsteigenden Periode liegt aber das Schwergewicht der nationalen Sozialpolitik nicht in den Parlamenten, sondern in den Kontoren der Fabriken und der Arbeiterverbände. Das Interesse der Industriellen an der Sicherung des Arbeiterstammes, jenes der Arbeiter an dem Ausbau der Organisationen führt vielfach auf friedlichem Wege (aber freilich nie „von selbst"!) zur Neuordnung der Arbeitsbedingungen, oft durch förmliche Tarifverträge, die späteren gesetzlichen Normen als Vorbild und Grundlage dient. Daher ist gerade in solchen Perioden die Sicherung des Rechtes der Organisationen, wie sie in England durch den Trades Disputes Act von 1906 erfolgte, von grundlegender Bedeutung. Dieses Gesetz schützt die Kassen und die Beamten der Gewerkvereine vor Schadenersatzprozessen bei Arbeitsstreitigkeiten. Die einstimmige Annahme des Gesetzes im englischen Unterhause beweist, daß die Politik der britischen Gewerkvereine, das Sinken der Streikziffer von 926 auf 337, der Beteiligungsziffer von 200000 auf 93000 im letzten Jahrzehnte, noch immer von allen Parteien als das wertvollste Unterpfand des sozialen Fortschritts in England betrachtet wird. In der Tat ist die im Jahre 1906 (wesentlich durch den Streik in Irland) wieder gesteigerte Ausstandsbewegung relativ weit unter dem Ausmaße des letzten Streikfiebers geblieben und die Zahl der Fälle friedlicher Beilegung bedeutend gestiegen.

Dieser klugen Ausnützung der Konjunktur konnte sich der Kontinent nicht erfreuen. Im Deutschen Reiche und in Frankreich dominierten die militär- und kolonialpolitischen Interessen. In Österreich-Ungarn absorbierten die Kämpfe um den Ausgleich die öffentliche Meinung; in Schweden wogte der Kampf um das Wahlrecht. In Rußland wurden Gesetze gegen den Streik in öffentlichen und Verkehrsunternehmungen, sowie gegen agrarische Unruhen erlassen. Kleinere Industriestaaten warteten den Umschwung zur Sozialpolitik in den größeren Konkurrenzstaaten ab, der sich nicht einstellen wollte. Und darum war trotz günstiger Wirtschaftslage dem Arbeiterschutz auf dem Festlande ein Mißjahr beschieden.

Man kann die ungünstige Aufnahme, welche das weitreichendste kontinentale Schutzgesetz des Jahres, das französische Wochenruhetagsgesetz, gefunden hat, zum großen Teil auf die Abneigung der Handelskreise zurückzuführen, eine günstige Absatzkampagne mit Opfern für ihre Angestellten und für ihren Absatz zu erkaufen. Das größte Geschick der Verwaltung vermag andererseits nicht im Nu die Widerstände der Verkehrsgebräuche zu brechen, die sich in einem Lande gebildet haben, das die gesetzliche Sonntagsruhe vor 32 Jahren aufgehoben hat. Zahlreiche Einschränkungen, die der Übergang erforderte, hat die Verwaltung zugestanden, ohne doch zu

der von vielen Interessenten verlangten Umgestaltung zu schreiten. So pflichten denn auch die romanischen Länder dem Bedürfnisse nach Regelung des ältesten Ruhegesetzes bei.

Die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit durch den Staat hat vor allem im Verkehrswesen Fortschritte zu verzeichnen. Hervorzuheben ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Werkstätten der preußischen Eisenbahnen und der achtstündigen Arbeitszeit für das Maschinenpersonal der französischen Handelsschiffe. Das neue Bergwerksgesetz der Niederlande führt die Neunstundenschicht (von 1908 an die Achteinhalbstundenschicht) unter Tage ein, schließt sich also der französischen und österreichischen Gesetzgebung an. Für Werkstätten und Handelsbetriebe setzt der russische Gesetzgeber eine zwölfstündige Höchstarbeitszeit fest.

Der starke Zuzug der Arbeiter in die Industriezentren führte zu Wohnungsmißständen, welchen die freiwillige Bautätigkeit zu steuern nicht gewachsen war. Daher setzt Frankreich obligatorische Wohnungsausschüsse ein und erhöht die bisherigen Begünstigungen für den Bau von Arbeiterwohnungen. Auch Luxemburg sah sich zu ähnlichem Vorgehen gezwungen.

Nur wenig ist für die Arbeiterhygiene geschehen. Die Niederlande haben für die Caissonarbeiter den hygienischen Achtstundentag (bei mehr als drei Atmosphären Druck den Dreistundentag) eingeführt und die Verwendung von jugendlichen Personen und Frauen in einer Reihe von Gift- und gefährlichen Betrieben untersagt. In der Mehrzahl der übrigen Staaten harren diese Fragen noch der Lösung.

Noch weniger Anlaß fand man in der Hochkonjunktur, für die Arbeitslosen Vorsorge zu treffen. Immerhin sind staatliche Unterstützungen den bestehenden Arbeitslosenkassen in Frankreich und Norwegen gesetzlich zugesprochen und so das sog. Genter System über sein ursprüngliches Geltungsgebiet erweitert worden.

Auch der Ausbau der Sozialversicherung lag brach. Nur in England ist durch das Unfallentschädigungsgesetz ein starker Fortschritt zu verzeichnen: das Prinzip der Entschädigungspflicht, das bisher nur auf mechanische Werkstätten, Bergwerke, Fabriken, landwirtschaftliche und Eisenbahnbetriebe beschränkt war, wird nun auf alle Werkstattarbeiter, Bureau-, kaufmännische Angestellte und Dienstboten (von früher 7 auf rund 14 Millionen Personen) ausgedehnt. Gewisse gewerbliche Vergiftungen werden Unfällen gleich behandelt. In Frankreich ist für die Seeleute auf Handelsschiffen eine nationale Unfallversorgungskasse begründet worden. In Österreich sind, von 1908 angefangen, die Privatbeamten der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung zugeführt worden. Dagegen steht in den meisten Staaten dieser Versicherungszweig, soweit er die Arbeiter betrifft, noch im Vorbereitungsstadium.

Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze wird seit dem Abschlusse der Arbeiterschutzverträge nicht nur zur nationalen, sondern auch zur internationalen Pflicht. Die Einsetzung staatlicher Aufsichtsorgane in Spanien ist daher im Jahre 1906 erfolgt und dadurch in allen 14 Vertragsstaaten nunmehr für das Vorhandensein verantwortlicher Exekutivorgane gesorgt. Die organische Ausgestaltung aller Zweige der Arbeitsverwaltung ist endlich in Frankreich durch Schaffung eines besonderen Arbeitsministeriums erfolgt. Durch sie wird die Entfaltung und Konzentration dieses gleichberechtigten Geschäftszweiges des Staates gesichert.

Die Notwendigkeit energischer Arbeiterschutzmaßregeln ist im Jahre 1906 nirgends lauter betont worden als in den Vereinigten Staaten. In ihren Botschaften haben der Präsident der Vereinigten Staaten, der Gouverneur des Staates New York und zahlreiche andere Staatsmänner auf die Entfaltung des Elends in der Heimarbeit, auf die Ausbeutung der Kinder in der Textilindustrie der Südstaaten, auf die Unzulänglichkeit der Inspektion hingewiesen. Die Autonomie der Einzelstaaten auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, die Ungültigkeitserklärung vieler Ruheschutzgesetze durch die Gerichtshöfe, ihre laxe Durchführung in einzelnen Staaten haben eine innerstaatliche unlautere Konkurrenz auf Kosten der älteren industriellen Einzelstaaten hervorgerufen, die nach Abhilfe drängt. Einen Versuch, den Widerstand gewisser Südstaaten gegen den Kinderschutz zu brechen, bildet die von Senator Beveridge eingebrachte und bis zur zweiten Lesung gediehene Vorlage, welche die Bundesregierung beauftragt, jede Transportunternehmung, die über die Grenze von Einzelstaaten Bergwerks- oder Fabrikprodukte befördert, zu bestrafen, wofern sie nicht nachweist, daß keine weniger als 14 jährigen Kinder in den Erzeugungsstätten dieser Produkte verwendet werden. Das Parlament von Massachusetts hat ferner den Beschluß gefaßt, es solle durch seine Vertreter in Washington ein Antrag auf Änderung der Verfassung der Vereinigten Staaten in dem Sinne gestellt werden, daß durch sie die einheitliche Regelung der Arbeitszeit in den Einzelstaaten ermöglicht würde. Es ist klar, daß erst nach Annahme dieser Anträge, die von den Freunden des internationalen Arbeiterschutzes in den Vereinigten Staaten lebhaft unterstützt werden, an eine dauerhafte Erfüllung der sozialen Aufgaben der amerikanischen Demokratie zu denken ist. Immerhin haben diese Vorstöße im Jahre 1906 zur Erhöhung des Zulassungsalters der Kinder zu Fabriken auf 14 Jahre in Kentucky und Maryland, auf 10 Jahre, und von 1908 angefangen, auf 14 Jahre in Georgia, auf 14 Jahre für Mädchen in Louisiana zur Folge gehabt. Im Staate New York ist die Zahl der Aufsichtsorgane von 37 auf 65 erhöht worden. In diesem Staate ist ferner mit Erfolg eine Verfassungsänderung durchgeführt worden, welche die Städte ermächtigt, die achtstündige Arbeitszeit bei der Durchführung oder Vergebung öffentlicher Arbeiten vorzuschreiben. Durch diese Verfassungsänderung ist der Widerstand der Gerichtshöfe gegen die Durchführung solcher Maßregeln lahmgelegt worden.

Die Absperrung zahlreicher überseeischer Länder und Kolonien gegen den Zuzug asiatischer Arbeiter wird nun unzweifelhaft das Ventil des Arbeiterschutzes auch im Orient, vor allem in Japan, zur Staatsnotwendigkeit gestalten. Eine halbe Million Arbeiter ermangelt hier noch jeglichen Schutzes; Kinder und jugendliche Arbeiter werden in japanischen Fabriken nahezu gefangen gehalten. Schutzzölle und Kriegssteuern haben das Leben der ärmeren Volksschichten verteuert. Zahlreiche Ausstände und Emeuten der Berg-, Werft- und Arsenalarbeiter sind den Siegen der japanischen Waffen gefolgt. Der Glaube an den Staat ist aber trotz allen Unruhen noch unerschüttert, und es klingt symbolisch, zu hören, daß bei einem großen Streik die Arbeiter, bevor sie in einer Fabrik alles kurz und klein schlugen, das Bild des Kaisers entfernten und der Polizei in Verwahrung gaben. Die Gesetzgebung Japans hat nicht zuletzt im Interesse seiner Wehrkraft allen Anlaß, nach den finanziellen Interessen des Landes auch jenen der Zukunft seiner Arbeiterklasse gerecht zu werden.

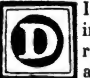
Der Kalender der Reformen des Jahres 1906 zeigt, wie man sieht, erhebliche Lücken. Aber nach der wilden Jagd nach fernen Märkten dämmert

langsam die Einsicht, daß die friedliche Steigerung der Kaufkraft der großen Massen, die mittelbar in jedem Arbeiterschutzgesetze liegt, die reichste Absatzquelle, die wirksamste Wohlstandsförderung der Staaten bildet. Und darum wird man in den Parlamenten in einigen Jahren über diese Fragen nicht mehr vor leeren Bänken verhandeln.



# MISS VIDA GOLDSTEIN, MELBOURNE: DIE FRAUENBEWEGUNG IN AUSTRALIEN.

Miss Goldstein, Präsidentin des Nationalrats der australischen Frauen, leitete die siegreiche Bewegung zur Erringung des Frauenstimmrechts in Australien. Bei den letzten Wahlen zum Bundessenat in Australien kandidierte sie um ein Mandat im Staate Victoria und erhielt 51000 Stimmen.



DIE Frauenbewegung in Australien begann 1869. Ein paar Frauen in Victoria stellten die Forderung des parlamentarischen Wahlrechts auf. Schul- und Munizipalstimmrecht wurde den Frauen als selbstverständliche Sache eingeräumt. Was das heißt, ermesse man daran, daß Amerika, das sich doch so laut seiner demokratischen Prinzipien rühmt, den Frauen bis zum heutigen Tage sogar das Munizipalstimmrecht in allen Staaten verweigert hat. Ausgenommen sind die vier Staaten des wilden Westens und Kansas, die das volle Wahlrecht jedem Bürger garantieren... Man hört in Amerika ganz dieselben Argumente, wie in Europa gegen das parlamentarische Stimmrecht. „Die Frau gehört ins Haus"; „Die politische Arbeit wird viele Quellen von Uneinigkeit zwischen Frau und Mann erschließen"; „Die Politik wird die Frauen verderben", und dergleichen mehr.

## I.

Anfangs der siebziger Jahre wurde der erste Vorstoß gewagt, um den Frauen auch das parlamentarische Stimmrecht zu sichern. Es liegt eine eigentümliche historische Vernunft darin, daß dies just in Queensland geschah (1870) und in Victoria (1873). Also in den Kolonien, die zu Ehren ihrer verstorbenen Majestät der Königin Victoria benannt sind. Aber erst 1884 wird der organisierte Versuch unternommen, um das Stimmrecht für Frauen zu erlangen. In diesem Jahre nämlich wird die „Bundesliga für Victoria" gebildet, die noch heute in Melbourne blüht und gedeiht. Auch in den angrenzenden Kolonien setzt nun prompt die planmäßige Organisation ein. In Neu-Süd-Wales wird Misses Dora Montefiore die hervorragendste Pionierin. Heute leitet sie die englische Arbeiterinnenbewegung. Damals hat sie mehr als einmal die Einkommensteuer mit Protest verweigert, indem sie gegen ein Prinzip Front machte, demzufolge Besteuerung ohne Rechte beim Manne Tyrannei hieße, der Frau gegenüber aber „Recht" heißen soll. 1894 wurde der erste große Frauensieg erfochten. Das Parlament von Süd-Australien erließ unter allgemeinem Für und Wider die Frauenstimmrechtsbill. Die Feinde der Sache aber befürworteten damals die Klausel, daß die Frau auch zum Parlamentsmitglied wählbar sei, einzig mit der Hinterabsicht,

die ganze Bill dadurch zu Fall zu bringen. Aber zu ihrem größten Erstaunen und größtem Ärger nahm das Unterhaus unter Führung des Mr. Kingston, eines entschiedenen Fortschrittsmannes, das ganze Amendement an. 1899 gab auch das west australische Parlament die Frauen frei. Und nun griff die Bewegung auch auf die östlichen Kolonien über. 1902 erfochten die Frauen von Australien den größten Triumph, den die gesamte Frauenbewegung bis heute zu verzeichnen hat. Das jüngst zusammengetretene Nationalparlament machte die freigewordene Frau auch passiv wählbar, fürs Parlament wie für alle Beamtenstellen. Das aktive und passive Wahlrecht also, — das war zuguterletzt das Ergebnis des obenerwähnten dreimal gesegneten, superklugen Unterfangens, das Frauenrecht im südaustralischen Oberhause mit Füßen zu treten. Die Bundesverfassungsakte bestimmte, daß das Bundesparlament nicht mehr die Macht haben sollte, die Wähler in irgendeinem Staate solcher Wahlprivilegien zu berauben, die sie schon vor Inkrafttreten der Bundesverfassung besessen hatten, ferner daß in allen Staaten das Wahlrecht das gleiche sein müsse. Hierbei verwies man auf die Erfolge des Wahlrechtsgesetzes in dem fortschrittlichsten Staate des südaustralischen Staatenbundes,wo die Frau sogar ins Parlament gewählt werden kann.

Die Befreiung der Frau durch das australische Nationalparlament wurde nun der Anstoß für die Frauenbewegung in allen zivilisierten Ländern. In Australien aber wurde sie für die noch rückständigen Staaten das Signal, nunmehr in gleicher Richtung frisch fortzumarschieren. Nur in Victoria blieb alles beim alten. 1902 wurde die Frauenstimmrechtsbill in Neu-Süd-Wales erlassen, 1903 in Tasmania, 1905 in Queensland. In Victoria allein besitzen die Frauen noch kein staatliches Wahlrecht. An dieser merkwürdigen Ausnahme ist aber keineswegs etwa eine rückständige, unzeitgemäße Gesinnung der Bürger Victorias schuld. Diese haben sich vielmehr bei jeder Wahlperiode seit 1891 in immer wachsender Anzahl für das allgemeine Frauenstimmrecht erklärt. Aber nicht weniger als 17mal in 15 Jahren hat das aus wahrhaft vorsintflutlichen Parlamentariern gebildete Oberhaus die immer wieder neueingebrachte Bill verworfen. In allen australischen Staaten hat das Oberhaus sein Aeußerstes getan, um das Frauenstimmrecht zu hintertreiben. Victoria aber allein hat den Ruhm, einen Premierminister zu besitzen, der genug Charakterstrenge und Prinzipiengröße sein eigen nennt, um sein Oberhaus zur Beugung des Volkswillens zu zwingen.

## II.

Die ersten Resultate des Frauenstimmrechts beweisen durchaus seinen erziehlichen Einfluß. Von dem Augenblicke an, wo auf die Frau politische Verantwortlichkeit gelegt war, hat sie sich auch alle Mühe gegeben, sich ihr gewachsen zu zeigen. Die Frauen kommen von nun an zusammen, um sich gegenseitig zum Wahlrecht zu erziehen. Bevor das Stimmrecht der Frauen Gesetz geworden war, hatten nur ganz wenige Frauen ihre Meinung in öffentlichen Angelegenheiten geäußert, jene Handvoll Enthusiastinnen, die die „Frauenbewegung" inauguriert haben. Heute aber bilden sich um jedes nur denkbare Zentrum politische Frauenligen. Frauen, denen früher das öffentliche Leben ein Buch mit sieben Siegeln war, halten heute Meetings über alle politischen Fragen ab, um sich ihr Stimmrecht nicht mehr rauben zu lassen. Und die Frauen, die die meiste Zeit und das meiste Geld für politische Organisationen opfern, sind dieselben, die vor der Zeit ihrer Befreiung immer erklärt haben, daß die Frau keine Zeit für Politik erübrigen könne oder daß Politik den

Charakter verderbe. Heute dagegen finden sie, daß sie die Stunden, die den politischen Interessen gewidmet sind, nicht mehr für allerlei gesellschaftliche Nichtigkeiten verausgaben. Und anstatt daß die Politik „ihren Charakter verdorben" hätte, gibt sie den Frauen einen tieferen Einblick ins Leben und vermehrt die Fülle von Interessen, die das Band zwischen Frau und Mann bilden. So berührt denn die Politik auch die Wohlfahrt des Hauses und der Kinder, mehr als sich jemals die Frauen träumen ließen.

Jene publizistischen Elemente, die bis zuletzt das Frauenstimmrecht erbittert bekämpften und den wildesten Zusammenbruch voraussagten, stürzen sich heute redlich in Unkosten, um den Frauen Australiens einzuprägen, daß „die Bürgerpflicht eine gar heilige Sache" ist und daß die „heiligsten Güter in Staat und Familie" in Gefahr stehen, wenn die Frauen nicht eifrig von dem „höchsten Rechte jedes Bürgers, dem Wahlrecht" Gebrauch machen.

Diese historischen Erfahrungen in Australien beweisen zur Genüge, wie leer und nichtssagend alle die Argumente sind, die man gegen das Frauenstimmrecht noch vorbringt. Es hat nirgendwo gefährliche Folgen gezeitigt. Es hat im Gegenteil mannigfach wohltätig gewirkt. Es wäre darum nur zu wünschen, daß die Herren der Schöpfung auch in andern Weltgegenden den Männern Australiens nacheifern möchten und daß sie endlich ihren Frauen jene zwei Rosen zu Füßen legten: die rote Rose der Freundschaft und Liebe, die weiße des Rechtes.



## MARIA v. STACH, BERLIN: AUS DER DEUTSCHEN FRAUENBEWEGUNG.



IE deutsche Frauenbewegung zeigt zwei große Hauptströmungen, deren eine repräsentiert wird durch den Bund deutscher Frauenvereine, der die konservativen Elemente umschließt. Die andere hat den Verband Fortschrittlicher Frauenvereine zum Träger und stellt die fortgeschrittenere Minorität dar. Nebenher gehen die konfessionellen Organisationen, die evangelischen und katholischen Sonderbestrebungen, und schließlich die parteipolitischen Gruppierungen: die sozialdemokratische Frauenorganisation und die jüngst ins Leben gerufene liberale Frauenpartei, die ihre Lebensfähigkeit erst noch zu beweisen haben wird. Außerdem haben wir die Vertretung von Spezialinteressen in besonderen Vereinen und Vereinsverbänden. Die wichtigsten hiervon sind: der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht, der Deutsche Zweig der Internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution, der Bund für Mutterschutz und Reform der sexuellen Ethik, und eine von bürgerlicher Seite ins Leben gerufene Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation.

Mitte Januar tagte die erste Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz unter regster Beteiligung weiter Kreise. Der erste Tag war der Diskussion der Reform der konventionellen Geschlechtsmoral gewidmet und brachte Referate über die heutige Form der Ehe, über Prostitution und Unehelichkeit, über Heiratsbeschränkungen, erstens unter dem Gesichtspunkte

der von Staat und Gesellschaft infolge wirtschaftlicher Momente geschaffenen Verhinderungen und Erschwerungen der Ehe; zweitens in Hinsicht auf die von Rassen- und sozialpolitischen Gesichtspunkten geforderten und in manchen Ländern durchgesetzten Heiratsverbote. Der zweite Tag stellte die Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Mutterschutz zur Diskussion in Referaten über die Lage der unehelichen Kinder, die Mutterschaftsversicherung und die Mutterschaftsrente. An Resolutionen gelangten zur Annahme: die Forderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der gesetzlichen Ehe; die gesetzliche Anerkennung der freien Ehe — insofern als diese freien Verbindungen keinen behördlichen Eingriffen unterworfen, die Eltern in ihrem Elternrecht nicht angetastet werden und daß die aus solchen freien Ehen hervorgehenden Kinder rechtlich denen der legalen Ehe völlig gleichgestellt werden —, und schließlich die Beibringung eines Gesundheitsattestes vor der Eheschließung.

Mitte März trat dann die erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zusammen, einberufen von der Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation. Zahlreiche Referate über die Lohnfrage der gewerblichen Arbeiterin, ihre gewerbliche Ausbildung und Organisation, über das Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Krankenkassen, Gewerbegerichten und Arbeitskammern; über Fabrikarbeit und Mutterschaft und Mutterschaftsversicherung, gaben Gelegenheit zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den zahlreich erschienenen Vertretern der verschiedensten Parteirichtungen. Man fixierte als Resultat der Verhandlungen Resolutionen etwa folgenden Inhalts: Forderung der Hebung der Lohnlage und Lebenshaltung der Arbeiterinnen, 1. durch Staatshilfe: Kürzung der Arbeitszeit; Mutterschutz durch Krankenkassenunterstützung; Heimarbeiterschutz durch Mindestlöhne; Unterstellung der Hausindustrie unter Gewerbeaufsicht und Einbeziehung in die Arbeiterversicherungsgesetze. 2. Selbsthilfe: Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation der Frauen; Koalitionsfreiheit; Regelung des Tarifvertrags. 3. Vorbildung: obligatorischer weiblicher Fortbildungsunterricht. Ferner Forderung der Reform der Krankenkassen, des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten, Errichtung von Arbeitskammern. Schließlich Schutz der ehelichen wie außerehelichen Mutterschaft durch Versicherung und Erleichterung der Verbindung von Fabrikarbeit und Mutterschaft durch verkürzte Arbeitszeit und Einrichtung von Kinderhorten usw.

Die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz, die Ende August in Stuttgart stattfand, tagte leider hinter verschlossenen Türen. Nach der „Schwäbischen Tagwacht“ waren 58 Mandate vertreten, darunter von England 19, Deutschland 16, Frankreich 3, Belgien 1, Amerika 1, Österreich 9, Ungarn 3, Italien 1, Schweiz 1 Delegierte mit 2 Mandaten, Schweden und Norwegen 2, Finnland 2, Holland 1. Den breitesten Raum der Verhandlungen nahmen die Berichte der verschiedenen Länder in Anspruch. Dann folgte die Beratung über die Beschaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder, die zu der Resolution führte, eine internationale Zentralstelle zu schaffen, an die die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich einen zusammenfassenden Bericht über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einzusenden haben, neben fortlaufenden Berichten über alle wichtigen Vorkommnisse. Als Zentralstelle wurde Deutschland bestimmt, als Publikationsorgan die „Gleichheit“, die von Frau Clara Zetkin herausgegebene sozialdemokratische Frauenzeitschrift. Über das

Frauenstimmrecht wurde sowohl in der sozialistischen Frauenkonferenz wie in der Plenarsitzung des Stuttgarter Kongresses verhandelt, und der Kongreß erklärte sich mit der Stellungnahme der Frauenkonferenz, das Frauenwahlrecht betreffend, solidarisch. Diese Stellungnahme gipfelte in der Resolution: „Der Kongreß weist das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen.“ Aber: „Der internationale Kongreß kann keinem Lande einen bestimmten Zeitpunkt vorschreiben, zu dem eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werden soll“. Damit ist das Prinzip gewahrt, aber der Taktik in einer Weise Spielraum gelassen, die im Hinblick auf die heutige Praxis wenig Hoffnung gibt, daß die Frauen in absehbarer Zeit energische Unterstützung ihrer Wahlrechtsansprüche von seiten der Sozialdemokratie finden werden.

Wichtige Wendungen brachte die Tagung des Verbandes für Frauenstimmrecht und des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine Mitte September in Frankfurt a. M. Der Verband Fortschrittlicher Frauenvereine hat sich dem Bunde deutscher Frauenvereine angeschlossen. Dieser Übergang ist von seiten der fortschrittlichen Frauen als ein Versuch gedacht, dem stark an Stagnation leidenden Bund neues Blut zuzuführen. Wieweit diese Taktik richtig war, bleibt abzuwarten. Die langjährige Führerin der fortschrittlichen Frauen, Frau Cauer, befürwortete sie, legte aber gleichzeitig den Vorsitz nieder. Dr. Anita Augspurg, die zweite Vorsitzende, war gegen den Anschluß an den Bund und trat ebenfalls zurück. Mit ihr Lida Gustava Heymann. Ob die Vorteile, die diese Schwenkung den fortschrittlichen Frauen bringen soll, den Verlust dieser bewährtesten Kräfte aufwiegen wird? — Jedenfalls ist es warm zu begrüßen, daß ein Dringlichkeitsantrag von Adele Schreiber mit großer Majorität zur Annahme gelangte, der aufforderte, ein Aktionskomitee zu bilden — bestehend eben aus diesen drei Persönlichkeiten: Minna Cauer, Anita Augsburg und Lida Gustava Heymann —, um außerhalb des Bundes für die radikalen Ideen zu wirken.

In den folgenden Berichten werden wir die Entwicklung der Dinge im Auge behalten und auf die einzelnen umstrittenen Probleme näher eingehen. Der nächste Bericht wird der Frauenbildungsfrage gewidmet sein, die am 11. und 12. Oktober auf dem Kongreß in Kassel zur Erörterung kam und heute nicht mehr berücksichtigt werden konnte.



# CHRONIK

DIE **Frauenstimmrechts-Bewegung. Die finnländischen Frauen** haben gleich in den ersten Wahlen das am 20. Juli 1906 ihnen zugestandene Stimmrecht trefflich ausgenutzt. Unter 200 Landtagsabgeordneten wurden 19 Frauen gewählt. Die Frauenvertretung verteilt sich ziemlich proportional unter alle Landtagsparteien. In der größten Fraktion, der sozialdemokratischen, die 80 Mitglieder zählt, sind 9 Frauen, in der zweitgrößten, der altfinnischen, (59) 6, in der jungfinnischen (26) 2, in der schwedischen Volkspartei (24) 1 und in der agrarischen (11) auch 1

Von den 19 Frauen sind 9 verheiratet. Ihrer sozialen Stellung nach sind 7 Lehrerinnen, 4 Agitatorinnen, 2 Redakteure, 2 gewerbliche Arbeiterinnen, 1 Bäuerin und 3 Frauen der mittleren Stände, darunter 1 Pfarrersgattin.

Diese Ergebnisse wurden durch eine langjährige emsige Organisations- und Agitationsarbeit vorbereitet. Der sozialdemokratischen Partei gehören 18 000 Frauen an. Der sozialdemokratische Frauenverband hat 200 Ortsvereine mit über 5000 Mitgliedern. Daneben gibt es einen sozialdemokratischen Dienstmädchenverband, der 30 Ortsvereine mit über 3000 Mitgliedern umfaßt. Vorsitzende dieses Verbandes ist die nunmehrige Landtagsvertreterin Minna Sillanpää, zugleich Redakteur des Wochenblattes „Die Arbeiterfrau", das bis vor kurzem nur Dienstmädchenblatt war, nun aber zum Organ des sozialdemokratischen Frauenverbandes ausgebaut worden ist.

In **Norwegen** hat das Storthing am 14. Juni mit 96 gegen 25 Stimmen ein beschränktes politisches Wahlrecht für ledige und verheiratete Frauen über 25 Jahre angenommen. Die Wahlberechtigung ist an die Bedingung geknüpft, daß die Frauen selbst oder ihre Ehegatten ein Einkommen von 400 Kronen in den Städten und ein solches von 300 Kronen auf dem Lande besitzen. Es ist derselbe Zensus wie der für das kommunale Frauenstimmrecht, das in Norwegen seit 6 Jahren besteht. Durch die Reform haben von 550 000 wahlfähigen Frauen 300 000 das Stimmrecht erlangt. Ein Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht für die Frauen war vom Storthing mit 73 gegen 48 Stimmen abgelehnt worden, also mit einer relativ geringen Mehrheit.

In **Schweden** wurde in Verbindung mit der im Mai d. J. angenommenen Wahlreform (allgemeines Wahlrecht nebst Proportionalvertretung für die Zweite Kammer und Erweiterung des Wahlrechts für die Erste) der Antrag im Reichstage gestellt, das gleiche Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen. Dieser Antrag vereinigte in der Zweiten Kammen 91 Stimmen gegen 133. Dagegen ist den Frauen das kommunale Wahlrecht zuerkannt worden, wodurch sie auch Wählerinnen zur Ersten Kammer werden. Übrigens muß die ganze Wahlrechtsreform gemäß der Verfassung noch in einem neugewählten Reichstag (1908) zur Verhandlung kommen. Jedenfalls werden dem ersten Schritt weitere folgen. Dafür bürgt das lebhafte Interesse der schwedischen Frauen für die Erringung des Wahlrechts. So wurde 1906 binnen 10 Monaten eine Wahlrechtspetition von 142 000 Frauen unterzeichnet; für deren Zustandekommen hatten sozialistische Arbeiterinnen und bürgerliche Frauenrechtlerinnen gemeinsam gewirkt.

In **Bayern** fand in der ersten Hälfte Oktober eine umfassende Agitation durch Frauenprotestversammlungen statt zugunsten der politischen Gleichberechtigung der Frauen. Von der Abgeordnetenkammer sollen gefordert werden: die Aufhebung des Verbotes der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen und das allgemeine Wahlrecht für alle weiblichen Personen von über 20 Jahren.

In **New York** ist eine amerikanische Frauenstimmrechtspartei gegründet worden. Sie verfolgt das Ziel, in allen Staaten Zweigvereine zu gründen und jeden männlichen Kandidaten für irgendein öffentliches Amt, der sich gegen das Frauenwahlrecht erklärt, zu bekämpfen.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in **Australien** hat keine bedeutsamen Verschiebungen der Par-

teien mit sich gebracht. Im wesentlichen stimmt derselbe Prozentsatz von Frauen wie von Männern für die konservative, die sozialistische und die bürgerliche Mittel-Partei.

Hingegen hat das Frauenstimmrecht zu einer größeren Moralität der Vertretungskörper geführt, da die Frauen mehr Gewicht als die Männer sowohl auf die öffentliche wie auch auf die private Moralität der Kandidaten legen.

Die Parteien haben infolgedessen zweifelhafte Elemente aus ihrer Kandidatenliste eliminiert, und das Frauenstimmrecht hat auf diese Weise zu einer bedeutenden Erhöhung der persönlichen Integrität der Vertreter geführt. Auch die Temperenzgesetzgebung ist eine Folge des Frauenstimmrechts. Die Wahlen selbst vollziehen sich in viel geordneterer Weise, und die Blätter berichten, daß die Frauen „so zur Wahl gehen wie zur Kirche". Die übliche Einwendung, die Frauen besäßen ein viel geringeres politisches Interesse, ist durch die in Australien erzielten Erfahrungen vollkommen widerlegt. Es gibt in Australien Bezirke, in welchen viermal so viel Frauen gestimmt haben als Männer.

Es scheint tatsächlich, daß die politische Blasiertheit der Männer bei den Frauen in viel geringerem Grade vorhanden und in ihnen das Bewußtsein der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung viel stärker entwickelt ist. Des weiteren legt die Frau naturgemäß auf den Kinder- und Jugendschutz besonderes Gewicht, und dem Einflusse ihrer Wahlstimme hat denn auch Australien seine Jugendschutzgesetzgebung zu verdanken.

Im benachbarten Neuseeland war den Frauen durch den sog. „Local Option act" die Möglichkeit einschneidender Betätigung gegeben. Dieser Akt bestimmt, daß in allen Bezirken und Staaten von Neuseeland, in denen sich eine 3/5-Mehrheit aller erwachsenen Männer und Frauen für das Verbot des öffentlichen Alkoholausschanks ausspricht, dieses Verbot für 5 Jahre Gesetzeskraft erlangt. Allüberall haben nun die Frauen, die ja die Übel der Trunksucht in der Zerstörung des häuslichen Lebens nur allzusehr selbst empfinden mußten, in ihrer großen Mehrheit für dieses Verbot gestimmt, und wo ein wesentlicher Prozentsatz der Männer sich der kompakten Frauenmehrheit anschloß, wurde die nötige Majorität erreicht. Tatsächlich verschwindet damit von Jahr zu Jahr das Gespenst des Alkoholismus aus einem Bezirk Neuseelands nach dem anderen, und zufolge der behördlichen Schließung der Trinkstuben wendet sich die Jugend dem Besuche von Theatern, Konzerten, Bibliotheken und wissenschaftlichen Vorträgen zu, kehren die Ehegatten zum verlassenen häuslichen Herde zurück. Kultur- und Familienleben blühen auf.

So hat denn das Frauenstimmrecht in Neuseeland einen durchaus wohltuenden Einfluß auf das soziale Leben des Landes ausgeübt.



**Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik** fand in der Zeit vom 30. September bis zum 2. Oktober zu Magdeburg statt. Über die berufsmäßige Vorbildung des volkswirtschaftlichen Beamten referierte Prof. Dr. K. Bücher-Leipzig. Der Stand der volkswirtschaftlichen Beamten ist in rascher Entwicklung begriffen, seine berufliche Ausbildung ist aber noch keineswegs geregelt und einheitlich gestaltet. Der Referent vertrat die Ansicht, daß die große Masse dieser Beamten einer akademischen Ausbildung bedarf, deren Mittelpunkt und Grundlage das Studium der politischen Ökonomie und der verwandten Fächer der Staatswissenschaft bilden müsse. Dazu sei ein

Hochschulbesuch von mindestens sechs Semestern erforderlich, dem die Maturität einer neunklassigen Mittelschule vorauszugehen habe. Neben der Universität kämen für spezielle Berufsstellungen noch Fachschulen in Betracht, Handelshochschulen und die technischen Hochschulen. Eine aus Theoretikern und Praktikern bestehende Kommission sollte eine Prüfungsordnung aufstellen. Dr. Behrendt-Magdeburg verfocht dagegen die Ansicht, daß für eine ganze Reihe von Verwaltungsbeamten das juristische Studium unerläßlich sei. Eine Verbindung zwischen volkswirtschaftlichem und juristischem Studium sei absolut notwendig. Diese Gemeinsamkeit würde den sog. Assessorismus überwinden und den Volkswirten die soziale Gleichstellung mit den Juristen bringen.

Als Referent für Frage der Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte sprach Prof. Dr. Loening-Halle über die Verfassung der preußischen Städte unter Ausschluß der süddeutschen Städte-Verfassung. Die Gemeinde, führte der Redner aus, sei nicht nur ein rein wirtschaftlicher Verband, sondern hat in ihren Bereich alles zu ziehen, was die geistige Entwicklung ihrer Angehörigen fördern könne. Eine freie Gemeindeverfassung sei die Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik. Die Städteordnung von 1853 habe an Stelle des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Städteordnung von 1808 das Dreiklassenwahlrecht gesetzt. Die Rechte der Bürgerschaft seien zugunsten der Magistrate wesentlich beschränkt worden. Im letzten Jahrzehnt sei jedoch das Aufsichtsratsrecht vom Staate im großen und ganzen nicht zu streng gehandhabt worden, und die Entwicklung der Städte werde ihnen selbst überlassen. Leider mangele es der Bürgerschaft noch zu sehr am Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten. Es sei als eine dringende Notwendigkeit zu bezeichnen, daß sich alle Stände der Bürgerschaft auf gemeinsamer Grundlage der Städteverfassung einigen. Auch mit der Sozialdemokratie sei eine Verständigung notwendig, insofern sie bei ihrem politischen Programm möglich sei. Wenn man auch das Frauenstimmrecht in Preußen in absehbarer Zeit noch nicht durchführen werde, so müßten doch die Städte jetzt schon bestrebt sein, aus der öffentlichen Tätigkeit der Frau Nutzen zu ziehen. Der Frau könnten Ehrenämter in der Waisenpflege, Armenpflege, Wohnungsinspektion usw. überwiesen werden. Bisher werde hiervon nur in zu beschränktem Maße Gebrauch gemacht. Die politischen Forderungen müßten auf eine Änderung des Wahlrechts abzielen. Prof. Loening erklärte sich aber gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, wie es für den Reichstag besteht, für die Gemeinde. An Stelle der öffentlichen müßte aber eine geheime Abstimmung treten. Auch eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes sei notwendig, und er schließt mit folgenden Worten: „Die großen Massen der Arbeiterschaft, die den Aufschwung der Städte veranlaßt haben, verlangen den Anteil ihrer Arbeit an den geschaffenen Gütern. Diese Forderung der sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.“ Über die Verfassung der süddeutschen Städte sprach Bürgermeister Prof. Dr. Walz-Heidelberg. Als die Wege der weiteren Städteentwicklung bezeichnet der Redner die Entlastung der Städte von der Erfüllung rein staatlicher Aufgaben und vor allem eine freiere Ausgestaltung des Finanzverwaltungsrechtes. Auch müßten alle Schranken beseitigt werden, welche, ähnlich der Vorschrift zur Zahlung eines hohen Bürgerein-

kommens, die minder bemittelten Klassen von einer aktiven Teilnahme am Gemeindeleben vollständig ausschließen.



**Eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherung** wurde mit Einführung der obligatorischen Unfallversicherung im Juli d. J. in Ungarn durchgeführt. Das bis jetzt bestehende Gesetz machte es oft ganz unmöglich, selbst das gesetzlich gewährleistete Mindestmaß der Unterstützungen zu bieten. Die neue Krankenversicherungsnovelle enthält folgende Bestimmungen: 1. Die Versicherung gegen Krankheit und Unfall wird auf der Grundlage des Zwangs durchgeführt. 2. Die Versicherungsinstitution wird zentralisiert. 3. Die Kranken- und Unfallversicherung wird in eine einzige Institution verschmolzen. 4. An die Stelle der im alten Kassengesetze zugelassenen Kassenzersplitterung tritt die Bezirkskrankenkasse als einziges lokales Versicherungsorgan. Neben ihr wird nur die Betriebs- (Fabrik-) kasse belassen. 5. Alle Fäden der Versicherung laufen in der neu organisierten „Landes-Arbeiter-Krankenversicherungs- und Unfallkasse" zusammen. 6. Zur Schlichtung der aus dem Versicherungswesen entstehenden Streitigkeiten wird eine besondere richterliche Institution, das Arbeiterversicherungsamt, geschaffen.

Das neue Gesetz dehnt die Versicherungspflicht auch auf die dem Gewerbegericht nicht unterstehenden Beschäftigungsgruppen aus, ferner auf all jene Personen, die bei den mit der Landwirtschaft verbundenen Industrieunternehmungen, bei öffentlichen Kunst- und wissenschaftlichen Instituten und den Ämtern des Staates, der Stadtverwaltungen und öffentlichen Stiftungen angestellt sind. Eine Neuerung ist auch die obligatorische Unterstützung der Familienmitglieder der Versicherten durch unentgeltliche ärztliche Behandlung und Lieferung der Medikamente.

Die Unfallversicherung findet eine Ausdehnung in dem Sinne, daß als Betriebsunfälle auch diejenigen betrachtet werden, die den Arbeiter während eines häuslichen oder sonstigen Dienstes treffen. Die Rente beträgt bei totaler Arbeitsunfähigkeit 60 % des Jahreserwerbes, bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit eine entsprechende Quote.

Die Reform ist besonders dem Staatssekretär im kgl. ungarischen Handelsministerium, G. Szterenyi, zu verdanken, zu dessen Verdiensten die wissenschaftliche Klärung des Versicherungswesens in Ungarn gehört.



Unter dem Namen **„Weltgesellschaft des Weißen Kreuzes von Genf"** hat sich in Genf eine neue Vereinigung gebildet. Der Zweck dieser Vereinigung besteht in der Zusammenfassung aller Arbeiten, die in der ganzen Welt auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose, des Krebses, anderer seuchenhafter und ansteckender Krankheiten und auch des Alkoholismus geleistet werden.



Das soeben eingeführte **Sonntagsruhegesetz in Portugal** sieht für eine ganze Anzahl von Berufen die Selbstbestimmung des Ruhetages vor. Berufe, denen durch Schließen am Sonntag ein zu schwerer Schaden zugefügt werden würde, bzw. deren Arbeit am Sonntag unbedingt notwendig ist, können durch einen Fachversammlungsbeschluß einen beliebigen Wochentag als Ruhetag bestimmen und dessen Anerkennung beantragen. Von dieser Regel wird auch ausgiebiger Gebrauch gemacht.



**Zwei neue Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Trunksucht und Errichtung öffentlicher Trinkerheilanstalten** sind im österreichischen Parlamente eingebracht worden. Der erste Entwurf will die Konzessionsverleihungen für den Alkoholverkauf einschränken. In Gemeinden bis zu 500 Einwohnern darf nur eine Konzession zum Ausschanke und eine Konzession zum Kleinverschleiße von gebrannten geistigen Getränken, in größeren Gemeinden auf je 500 Einwohner höchstens eine Konzession zum Ausschank oder je eine Konzession zum Kleinverschleiße verliehen werden. Die neuen Bestimmungen wenden sich besonders gegen den Branntweinkleinhändler und verordnen, daß ein Handel mit gebrannten geistigen Flüssigkeiten in geschlossenen Gefäßen von weniger als 5 Litern allein von solchen Personen ausgeübt werden darf, welche eine Konzession zum Ausschanke und Kleinverschleiße besitzen.

Wichtiger ist der zweite Entwurf, der sich mit der Errichtung öffentlicher Trinkerheilanstalten befaßt. Die Aufnahme in solch eine Anstalt soll nur auf Grund eines richterlichen Ausspruches oder bei freiwilligem Eintritte erfolgen. Um einer willkürlichen Beschränkung der persönlichen Freiheit entgegenzutreten, soll eine Antragstellung bzw. Verfügung von Verwandten zu diesem Zwecke allein nicht genügen. Ausgeschlossen von der Behandlung in Trinkerheilanstalten sind Personen, die an psychischen Störungen leiden, und solche, die während des Aufenthaltes in der Anstalt einer geistigen Störung oder dem Irrsinn verfallen. Der ununterbrochene Aufenthalt in einer Trinkerheilanstalt darf 2 Jahre nicht überschreiten. In jeder Anstalt muß für eine genügende Anzahl psychiatrisch vorgebildeter Ärzte gesorgt werden.

Diese Vorschläge, in Gesetze umgewandelt, würden eine bedeutsame Reform bedeuten.



**Über die Nutzbarmachung militärärztlicher Untersuchungen für die Zwecke der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung.** Bei der militärärztlichen Untersuchung lassen sich oft Krankheitserscheinungen konstatieren, die bei rascher, geeigneter Behandlung vollständig zu beseitigen, resp. so weit zu heilen sind, daß die Erwerbsfähigkeit der Kranken erhalten bleibt. Auf diese Weise kann man z. B. eine beginnende Tuberkulose bei einer Anzahl von Leuten einer geeigneten Heilbehandlung übergeben und manche Erkrankung der Ohren, Augen und Nerven, die den Patienten selbst nicht einmal klar sind, beheben. Auf dem militärischen Dienstaufsichtswege ist jetzt in Deutschland die Einrichtung getroffen worden, daß der Militärarzt unmittelbar nach der Untersuchung dem Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission mündliche Mitteilung über solche Stellungspflichtige macht. Dieser hat sie in eine besondere Liste aufzunehmen und für die geschäftliche Weiterbehandlung des Falles und Übermittlung an die untere Verwaltungsbehörde Sorge zu tragen. Die Invalidenversicherungsanstalt des Wohnortes, deren Marken für den betreffenden Versicherten verwendet worden sind, ist in erster Reihe zur Übernahme der Heilbehandlung verpflichtet, in Ermanglung eines Wohnortes entscheidet der Aufenthaltsort, und falls dort Versicherungsmarken nicht geklebt werden, ist die Versicherungsanstalt des letzten Beschäftigungsortes zuständig. Wenn das Eintreten einer Invalidenversicherungsanstalt nicht in Frage kommt und auch eine Krankenkasse nicht herangezogen werden kann, soll die Fürsorge eines Kom-

munalverbandes, einer Armenbehörde, Stiftung oder anderer Wohltätigkeitsvereine angerufen werden, unter Umständen eine Mitteilung an die Familie des Kranken erfolgen.



**Ein Komitee für Krebsforschung.** wird für Rußland geplant. Das deutsche Zentralkomitee für Krebsforschung hat sich an den russischen Medizinalrat mit dem Vorschlag gewandt, in Rußland ein nationales Komitee zur Erforschung des Krebses zu bilden, welches der internationalen Gesellschaft für Krebsforschung sich angliedern könnte. Zur Ausarbeitung dieser Frage wurde eine Kommission gewählt, welche aus dem Direktor des Instituts für Experimentalmedizin, Professor Podwyssotzki, und den Mitgliedern des Medizinalrates Professor Sirotinin und Dr. Trojanow besteht.



# ARBEITERBEWEGUNG

## E. R. PEASE, LONDON: AUS DER ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS IN ENGLAND.

E. R. Pease, der Sekretär der Fabian Society, wurde 1857 geboren. Er war kurze Zeitlang Mitglied der London Stock Exchange und zog sich dann seiner politischen Überzeugung wegen von dieser Tätigkeit zurück. Er arbeitete dann als Arbeitersekretär einer nordenglischen Gewerkschaft und wurde einer der Begründer der Fabian Society (1883). In der Zeit seit 1890 wirkte er als Sekretär an Stelle von Mr. Sidney Olivier, des gegenwärtigen Gouverneurs von Jamaika. Sein Hauptwerk ist: „Die Verstaatlichung des Schankgewerbes“. Viele der berühmten Fabiantraktate sind seiner Feder zu verdanken.



IM letzten Juli trat in einem entlegenen Wahldistrikt von Yorkshire anläßlich einer Nachwahl ein politisch bemerkenswertes Ereignis ein. Im Colnetal, einem alten Hochsitz des Liberalismus, war ein Sohn von John Bright als liberaler Kandidat aufgestellt. Aber er sowohl wie die Kandidaten der Konservativen wurden von dem Sozialdemokraten geschlagen, einem 25jährigen außerhalb des Distrikts noch vollkommen unbekannten Manne. 20 bis 30 Sozialisten saßen schon im Parlament. Aber sie waren samt und sonders entweder als Mitglieder der „Arbeiterpartei“ ins Parlament gelangt (also nicht bloß mit Hilfe der Sozialdemokraten, sondern auch mit Unterstützung der Trades-Unionisten), oder sie waren von den Liberalen selber als Kandidaten aufgestellt worden. Die sozialistische Gesinnung dieser Männer war zwar nicht verborgen, aber sie wurde eher „geduldet“, als daß sie von ihren Wählern ausdrücklich gebilligt wurde. Im vergangenen Juli nun wurde bei der Wahl im Jarrowbezirk, unter allgemeiner Aufregung in ganz England, ein ausgesprochener Sozialdemokrat von der „Arbeiterpartei“ in hartem Wahlkampf durchgedrückt. Er schlug drei Gegner, einen Liberalen, einen Altkonservativen (Tory) und einen Irländer (Homeruler). Während dieses Kampfes blieben die Vorgänge in dem kleinen Colnetaldistrikt unbeachtet. Der dortige Sozialdemokrat war ganz unbekannt.

Sein unerwarteter Sieg brachte einen überwältigenden Eindruck hervor. Ein junger Mensch ohne jeden Rückhalt, nichts als Bannerträger der roten Fahne konnte die Repräsentanten der vereinigten Liberalen und Konservativen schlagen! Die Arbeiterpartei und die Trades-Unionisten haben damit ihren Schrecken verloren, denn sie sind noch sehr mild im Vergleich mit Mr. Grayson, einem Sozialdemokraten „vom reinsten Wasser". So kommt es, daß der „Sozialismus" allgemeines Tagesgespräch ist, wie nie zuvor in England. Die volkstümliche Halfpennypresse ist voll davon. Die Monatsrevuen tischen ihren Lesern erstaunliche Aufsätze darüber auf. Vor allem wird das große Herbstereignis der Arbeiterpartei, der Trades-Unionistenkongreß, eifrig verfolgt; er ist die älteste und größte der drei großen englischen Arbeiterorganisationen, der Begründer der andern beiden. Sein Einfluß und seine Autorität überragen seine tatsächlichen Verdienste weitaus. Als seine Delegierten fungieren sowohl Trades-Unionisten, die zur Arbeiterpartei halten, wie eigentliche Sozialdemokraten, „Miners". Diese sind schon in großer Anzahl im Parlament vertreten. Sie sind es, die zusammen mit einigen andern Gruppen ein Zusammengehen mit der „Arbeiterpartei" verweigern. Daher ist die „Arbeiterpartei" in sich zerspalten, und wenn es den andern Parteien gelingt, diese innere Zerklüftung aufrecht zu erhalten, dann ist der Tag ihres Sieges noch in weiter Ferne. Die bürgerliche Presse pflegt daher jede Phrase, die ein Trades-Unionist gegen die Miners vorbringt, mit gesperrten Lettern zu drucken, und jedes Votum wird in eine Niederlage der Arbeiterpartei umgedeutet. Aber die Trades-Unionsbewegung bildet nur die Vordergrundsperspektive. Ihre Führer haben sich in manchem harten Kampf als Männer bewährt. In der ewig wechselnden und fließenden Kombination der Politik blieben sie die Beamten der organisierten Arbeit. Der Präsident der Arbeiterpartei wird im nächsten Jahr Präsident des „parlamentarischen Komitees", im dritten wird es der Schatzmeister der Föderation. Ja es kann einer sogar (wie es z. B. bei Mr. Peter Curran, dem Sieger im Jarrowdistrikt, der Fall ist) gleichzeitig als Präsident in der Föderation und als Vizepräsident in der Arbeiterpartei fungieren. Diese Gruppe von Männern, durch gemeinsame Interessen vereinigt, wird sich also kaum gegenseitig ernstlich schädigen.

Freilich halten einige Trades-Unionisten zur Arbeiterpartei, andere stehen als Liberale oder „Wilde" außerhalb der Partei.

Die liberale Minorität unter den Trades-Unionisten wird sich früher oder später der Partei angliedern. Mr. W. C. Steadman, Parlamentsmitglied und gegenwärtig Sekretär des Kongresses, und noch ein andrer alter Sozialist sind die liberalen Vertreter von Finsbury. Man hat aber bereits beantragt, daß der Kongreßsekretär künftig nur als Kandidat der Arbeiterpartei ins Parlament eintreten kann. Es scheint, daß die radikalen Sozialdemokraten die Arbeiterpartei erobern wollen. Dringen sie durch, dann werden sie bald die Trades-Unions vollkommen absorbieren. Nach ein paar Jahren politischer Agitation werden sie streng geschlossen unter gemeinsamer Führerschaft auf das gemeinsame Ziel losgehen. Die „Organisation" der Arbeit hat bei den „gelernten Branchen" leichtes Spiel. Aber es gibt Branchen, die sich schlechterdings nicht organisieren lassen: Landarbeiter, die über weite Distrikte verteilt sind, schlechtbezahlte Frauen und Kinder, Heimarbeiter und ungelernte Arbeiter. Für diese Arbeiterkategorien muß man zu drastischeren Mitteln greifen, wenn man die Hungerlöhne, Überstunden und Frauen- und Kinderarbeit sanieren will. Hierin stimmen Sozialisten und Trades-Unionisten überein, auf dies Ziel steuern philanthropische Wohlfahrtspolitik und

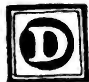
Liberalismus hin. Aber Sparsamkeit, Enthaltsamkeit, kleine Familien und regelmäßiger Kirchenbesuch mögen nun gut oder schlecht sein, — sie werden nie dazu beitragen, daß genug Nahrung und Kleidung beschafft wird für Landarbeiterhaushalte, die mit 10 Schilling pro Woche bestritten werden, oder für kinderreiche Witwen, die nicht mehr als fünf oder sechs Schilling Wochenlohn in Knopffabriken oder Konfiturenfabriken erhalten können. So wird denn immer dringlicher die Forderung des Minimallohns laut. Zwei Heilmethoden werden vorgeschlagen. Die eine wird bereits in Neuseeland angewandt, wo jeder Lohnstreit vor einem Schiedsgericht beigelegt werden muß und jede kleinste Gruppe schlechtbezahlter Arbeiter auf ihren Wunsch einen Schiedsspruch betreffs besserer Löhnung und kürzerer Arbeitszeit erlangen kann.

Nun sind aber unglücklicherweise gerade die großen Organisationen der „gelernten Branchen" in England gegen das Zwangsschiedsverfahren. Jahr um Jahr wird es vorgeschlagen und vom Trades-Unionskongresse abgelehnt. Sie glauben unabweisbare Gründe gegen dies Verfahren zu besitzen. Sie sind sich gewiß, durch ihre eigene Macht die Arbeitgeber in Schach halten zu können, und wünschen keine Einmischung etwa unsympathischer Schiedsrichter. Die arme Hausindustrie kann aber ohne Hilfe der großen Trades-Unions das Zwangsschiedsgericht nicht durchsetzen. Das zweite Heilmittel ist schon seit Jahren in Victoria wirksam. Dort werden Lohnkommissionen aus Arbeitgebern und -nehmern gebildet. Diese müssen die Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen miteinander vereinbaren. Diese Institution versucht also auf dem direkten Wege das „Sweatingsystem" aus der Welt zu schaffen. Unterbezahlung und Überzeit ist ungesetzlich und straffällig. Man versichert, daß diese Gesetzgebung, genau wie die neuseeländische, vollkommen ihren Zweck erfülle. Die victorianische Methode läßt jedoch mancherlei Einwände offen. Man hat betont, daß das Mindestmaß der Löhnung von Arbeitgebern und -nehmern willkürlich festgesetzt werden kann; die gesamte Marktlage ist aber zu berücksichtigen, wenn nicht eine der beiden Parteien die gesamte Industrie schädigen will, von der doch beide zu leben haben. Es gibt nun aber einige Branchen, die wie die Parasiten ganz „aus sich selbst" leben und ihre Löhne ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Weltlage bestimmen können. Solche Branchen müssen im Interesse der Volksgesundheit schlechterdings ausgemerzt werden. Der Minimallohn darf eben nicht nach den Bedürfnissen einer einzelnen Arbeitsklasse vereinbart werden, sondern nur gemäß der Durchschnittskosten für Nahrung, Wohnung und alle andern Lebensbedürfnisse. Der Mindestlohn darf auch nicht durch den faktischen Höchstbetrag bestimmt werden, den die betreffende Industrie schließlich zahlen kann. Er muß vielmehr fixiert werden gemäß dem nötigen Existenzminimum, dessen der Arbeiter zum gesunden und sittlichen Leben bedarf.



# JOHN C. CHASE, NEW YORK: ARBEITERBEWEGUNG UND SOZIALISMUS IN AMERIKA.

**Chase, New York, ehedem Schuhmacher von Beruf und Trades-Unionist, eifriges Mitglied der sozialistischen Partei Massachusetts, wurde als Führer der Partei in seiner Vaterstadt Haverhill zu deren Bürgermeister gewählt, der erste Sozialist, der in Amerika zum Leiter einer großen Stadtgemeinde berufen wurde. Er führte bedeutende soziale und demokratische Reformen durch, übersiedelte später nach New York, war Kandidat der Partei für den Posten eines Gouverneurs des Staates und leitet die Parteiorganisation des Staates New York.**



IE amerikanische Arbeiterbewegung ist, im ausgesprochenen Gegensatz zur sozialistischen Bewegung, durchaus konservativer Natur. Viele Jahre hindurch stand die amerikanische Arbeiterbewegung unter den Auspizien ultrakonservativer Politik. Ja, das Wort „konservativ" sagt zu wenig, um die Wesensnatur mancher Führer der großen amerikanischen Arbeiterbewegung richtig zu kennzeichnen. Man bezeichnete sie nicht mit Unrecht als „katilinarische Existenzen" („crookeds"), als simple Stellenjäger und Ehrgeizpolitiker usw. Die Führer der meisten nationalen Arbeiterorganisationen sind auch heute noch Verfechter der konservativen Doktrinen der Schiedsämter, des dreimalheiligen „Arbeitskontrakts" und ähnlicher Institutionen. Diese Führer sind auch häufig Mitglieder der gut bürgerlichen Koalitionsringe, die sich aus Advokaten, Politikern, Universitätsprofessoren, Geistlichen usw. zusammenzusetzen pflegen. Beständig predigen diese Arbeiterführer ihrer Gefolgschaft, daß bei derartigen bürgerlichen Organisationen alle Nöte am besten aufgehoben seien.

Andererseits aber hat der Kapitalismus unaufhörlich an der Vernichtung der Arbeiterorganisation gearbeitet. Erst kürzlich wurde in New York eine Arbeitgeberföderation gebildet, die sich das Ziel setzt, mit den abhängigen Gewerkschaftsmitgliedern fertig zu werden. Diese Föderation will im ganzen Lande Arbeitsnachweisbureaus organisieren, die im gegebenen Fall Streikbrecher vermitteln. Über die organisierten Arbeitgeber werden Register geführt. Das ist ein entschiedener Versuch, Arbeitergesetzgebung und Arbeiterschutzgesetze zu unterdrücken.

Während die Arbeiterführer ihre organisierte Gefolgschaft vor dem Konservativismus zu warnen beginnen, lassen die Unternehmer kein politisches Mittel unversucht, um jeden organisierten Vorstoß der Arbeiterschaft, jede Bemühung um bessere Lebensbedingungen niederzuhalten. — Die Preise für Eisen, Bauholz, Glas, Kohle und andere Rohmaterialien sind noch beständig im Steigen. Für den kleinen Mann wird es immer schwerer, irgendwelchen Gewinn zu erzielen. So bleibt ihm nichts als der Versuch, auf dem Wege der Genossenschaftsbildung seine Arbeitsverhältnisse aufzubessern und die „Klinke der Gesetzgebung" in die Hand zu bekommen.

Im Westen tobt der große Kampf zwischen der Koalition der Minenbesitzer und jener der Minenarbeiter. Die Regierungen von Colorado und Idaho stehen auf Seite der Eigentümer. Dieser Kampf, in dem man die Führer der westlichen Arbeitergewerkschaften auf dem Wege der Gesetzgebung mundtot zu machen versucht, ist nur die natürliche Fortsetzung des langen bitteren Kampfes, der in den Rocky-Mountain-Staaten zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse entbrannt ist. Die Verfolgung von vielen hundert Trades-Unionisten und die gerichtliche Belangung ihres Führers Haywood auf Betreiben der Assoziationen der Minenbesitzer beweist,

zu was für Mitteln der Kapitalismus in dem Kampf der beiden Klassen um die Suprematie in den Vereinigten Staaten greift. Die Verurteilung Haywoods war der stärkste Schlag, der gegen die Gewerkschaften geführt wurde. Sie bildet den schwersten Vorwurf gegen den Präsidenten Roosevelt, der Haywood als ein „nicht zu duldendes Staatselement“ denunzierte, noch ehe sein Prozeß stattgefunden hatte. Vor allem ist dieser Prozeß als Reaktion auf die Anstrengungen der organisierten Sozialdemokraten in Amerika zu betrachten. Nur weil der organisierte Sozialismus und die sozialistische Presse unermüdliche Anstrengungen machten und die Arbeiterschaft beständig dazu anspornten, die Sache der westlichen Minenarbeitergewerkschaften zu unterstützen, sind die Minenbesitzer mit ihren Forderungen schließlich doch nicht durchgekommen. Haywood wäre zweifellos aufgeknüpft worden, wenn nicht die gesamte sozialistische Presse Amerikas fortwährend ihren Protest verkündet hätte.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat nun, obwohl sie im großen und ganzen konservativ gesinnt und noch wenig auf den Sozialismus eingeschult ist, gleichwohl die sozialistische Theorie in Bausch und Bogen bereits akzeptiert. Die Bedingungen des kommerziellen und industriellen Lebens werden sich ganz von selber nachgerade so zuspitzen, daß die sozialistischen Prinzipien in absehbarer Zeit von einer wachsenden Anzahl Menschen begriffen und anerkannt werden. Von Zeit zu Zeit kündete die sozialistische Presse bereits an, daß früher oder später amerikanische Unternehmerkartelle aufkommen würden. Diese Prophetie der Sozialisten ist nun tatsächlich eingetroffen. Einfach darum, weil die natürliche Logik der Entwicklung die kapitalistische Gesellschaft dahin geführt hat.

In keinem andern Lande der Welt kann man eine so rasche Konzentrierung der industriellen und kommerziellen Kapitalien beobachten. Es ist nur natürlich, daß Kapitalist wie Arbeiter ihre Kampforganisationen bis zur höchsten Vollkommenheit ausfeinen. Eben darum aber deutet die Zukunft auf einen furchtbaren Kampf zwischen beiden Prinzipien. Schon heute sehen wir, daß Arbeiterbewegung und Sozialismus in den Vereinigten Staaten gewaltige Fortschritte machen.



# TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

## AUS PORTUGALS UNIVERSITÄTSLEBEN.

N den Bestrebungen der Männer der Wissenschaft, besonders bei den modernsten, zeigt sich bei uns ein lebhafter Umschwung. Es ist ein unverkennbarer Rassenfehler, daß wir stets zur Begeisterung für Ideen bereit sind, ohne sie in Taten umzusetzen. In dieser Beziehung macht sich jetzt aber eine Besserung fühlbar. Ein Symptom dafür ist die letzte Bewegung gegen unsere veraltete Universitätsorganisation, in der die Studenten sich mit Unterstützung aller Schüler aus anderen

Schulen gegen die veralteten Unterrichtsmethoden auflehnten. Der Versuch mißglückte, ist aber deshalb von nicht geringerer Bedeutung.

Man hat, bevor man zum Sieg gelangte, ein ganzes Ministerium absetzen, großen Einfluß gewinnen und eine starke Pression auf die Studierenden und deren Väter ausüben müssen. Die Zeitungen und die öffentliche Meinung haben leidenschaftlich Partei ergriffen, und es ist dabei klar zutage getreten, daß eine radikale Umwälzung der Unterrichtsmethode dringendes Bedürfnis ist. Nachdem diese Ideen erst einmal um sich gegriffen haben, wird man auch eines Tages an ihre Ausführung gehen.

Portugal hat einen gewaltigen Feind, den „Analphabetismus". Statistische Berichte behaupten, daß 80% der Bevölkerung ohne jeden selbst den dürftigsten Unterricht aufwachsen.

„L'Assocacão das Escolas Moveis" (die Vereinigung beweglicher Schulen) soll durch Vergrößerung des bestehenden Lehrkörpers und durch Schaffung einer festeren Basis für den Unterricht reformiert werden.

Es haben sich neue Unterrichtsvereinigungen gebildet, wie die „Liga Nacional d'Instruccao" (die nationale Unterrichtsvereinigung), deren Aufgabe im Zusammenfassen der vereinzelten Bestrebungen liegen soll.

Die Republikaner, die seit langer Zeit ganz in der Politik allein aufgingen, fangen an einzusehen, welch große Verantwortung sie tragen und beschäftigen sich jetzt mehr mit der volkstümlichen Belehrung.

„L'Assocacão das Escolas Moveis" ist gegründet, um für die Methode des größten Dichters und Pädagogen Portugals, Jaão de Deus, Propaganda zu machen.

Diese Vereinigung will nur die Belehrung des Kindes, Abendkurse für Erwachsene werden nur ausnahmsweise gehalten.

Das Programm der „Liga Nacional Instruccao" ist umfassender und wendet sich vorzugsweise an die Arbeiter. Sie hat mit der Gründung einer unter Theophile Bragas Leitung stehenden Volksuniversität angefangen und halten, ohne für ihre Volksuniversität einen festen Sitz zu haben, Vorlesungen in Arbeiterversammlungen. Die Liga will ferner öffentliche Vorträge und regelmäßige Vorlesungen halten und Volks- und ambulante Bibliotheken gründen. Diesem umfassenden Programm werden sich wohl, bevor man dafür Verständnis bekommt, große Schwierigkeiten entgegenstellen, denn die Portugiesen sind ein starrköpfiges Volk.

Eine bessere Zukunft kann man wohl der „Escola Livre", der Freien Schule, die sich in diesem Jahr in Coïmbra gebildet hat, verheißen. Die Gruppe, zu der auch Arbeiter gehören, erstrebt die Errichtung einer ganz neuen Schule, die auf der Methode des umfassenden Unterrichts und Koedukation der Geschlechter aufgebaut ist. Das ist in dieser Weise für Portugal eine absolute Neuerung, und der erste energische Versuch, die Schwierigkeiten, denen der Volksunterricht bis jetzt überall begegnet ist, zu heben. Die unseligen Verhältnisse haben es den Vätern bis jetzt unmöglich gemacht, ihre Söhne zur Schule zu schicken. Die „Escola Libre" aber will die Söhne der Arbeiter übernehmen und ihnen Kost, Logis und Kleidung liefern. Es gibt eine Menge, ja fast zuviel Köpfe, die sich dafür interessieren, so daß die Kräfte sich zersplittern. Ihre Bestrebungen aber werden trotzdem den sehr charakteristischen Zug der neuen portugiesischen Generation tragen.

◈

# CHRONIK

**EINE neue biologische Station** ist auf der zur Bermudasgruppe gehörigen Insel Agar entstanden, die hierfür vortrefflich geeignet ist, weil sie als nördlicher Vorposten der Riffe bildenden Korallen eine kleine Welt für sich darstellt und entfernter vom Festland als irgend eine andere Insel des Atlantischen Ozeans liegt. Das Meer rings um die Bermudasinseln ist überall von bedeutender Tiefe und enthält eine selten reiche Fauna und Flora, auch zeichnet sich das Wasser durch eine große Durchsichtigkeit aus, und da der Meeresboden meistens aus Korallenriffen besteht, trägt dessen weiße Farbe dazu bei, die Tiere und Pflanzen des Meeres hervortreten zu lassen. Als Gebäude des Instituts wurden von der englischen Regierung zu günstigen Bedingungen die früheren Magazine für Kriegsvorräte zur Verfügung gestellt. Ein ehemaliges Pulvermagazin ist zum Aquarium umgebaut worden, in dem die Wasserbehälter durch Glaswände von den Studienräumen getrennt sind. In den Behältern ist Platz für die größten Fische, die in den Gewässern zwischen den Inseln vorkommen. Einige dieser Fische sollen bis jetzt noch niemals zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden sein. Die Leiter der Station sind Dr. E. L. Mark von der Harvard-Universität und Dr. Charles L. Bristol von der Universität in New York.



**Eine internationale Krebsausstellung** soll im September 1908 in Verbindung mit dem II. internationalen Chirurgenkongreß in Brüssel stattfinden und ein umfassendes Bild des Standes der Krebsforschung geben. Die Ausstellung soll folgende Gegenstände umfassen: Krebspräparate, die Belehrung bieten, namentlich etwa durch das örtliche Auftreten oder mit Bezug auf die Verbreitungswege; Präparate oder Abbildungen der Ergebnisse von Krebsoperationen; anatomische Präparate der Lymphwege und Lymphknoten einzelner Körpergebiete; statistische Wandtafeln über die mit der Behandlung von Krebs erzielten dauernden Erfolge; über die Häufigkeit des Krebses und seine Umwandlung in den verschiedenen Organen des Körpers, über seine Verbreitung in den einzelnen Ländern mit Berücksichtigung sog. Krebsnester und der Stammbäume von Familien, in denen der Krebs bei mehreren Geschlechtern aufgetreten ist; Pläne und sonstige Angaben von Instituten und Krankenhäusern, die sich insbesondere mit der Erforschung und Behandlung der Krankheit beschäftigen; Material zur Agitation für eine frühzeitige Behandlung des Krebses.

**Einen neuen Vorschlag einer internationalen Hilfssprache** macht Dr. C. Beermann in „Die internationale Hilfssprache Novilatin", Leipzig, Dieterich, 1907, 211 S. Beermann benutzt als Grundlage seiner Hilfssprache das Lateinische, wodurch er sich den Vorteil verspricht, daß Novilatin kein künstliches Gebilde, sondern ein entwicklungsfähiger Organismus werden würde. Novilatin setzt sich zusammen: aus internationalen Ausdrücken, aus lateinischen Ausdrücken, aus Wörtern der europäischen Hauptsprachen und schließlich aus selbständigen Bildungen, die nach dem Muster der Natursprachen erfolgen. Zu den Neubildungen gehören auch Zusammensetzungen. Die äußere Form ist mit geringen Veränderungen die des klassischen Lateins. Jedem Laut kommt ein einziges Zeichen, jedem Zeichen ein einziger Laut zu. Der Unterschied des Novilatin von den bestehenden Hilfssprachen, wie Vola-

pük und Esperanto, besteht nach der Meinung des Verfassers darin, daß Novilatin mehr der Forderung des Internationalismus entspricht.



**Der Katalog des Internationalismus.** Zur besseren Übersicht dessen, was auf dem Gebiet des Internationalismus an Vereinen, Kongressen, Wettbewerben, Preisen usw. interessiert, hat das vorbereitende Bureau der „Stiftung des Internationalismus" im Haag (van Lennepweg 16) einen von Zeit zu Zeit zu verbessernden und zu ergänzenden Katalog in der Form des Kartensystems geschaffen. Unter der Rubrik „Friede und gemeinsames Streben" ist unter Benutzung des „Annuaire de la vie internationale", der vom „Bureau international permanent de la paix" zu Bern herausgegebenen Liste, und mit Unterstützung des Internationalen Instituts für Sozial-Bibliographie (Berlin W. 50) der erste Teil dieses Kataloges in der Nummer 2 der „Revue für Internationalismus (Verlag Maas & van Suchtelen, Amsterdam) erschienen. Sie enthält 37 Nummern.



**Die Erfindung der Herstellung von koffeinfreiem Kaffee** ist gelungen und das Produkt ist im Handel. Nach einem Verfahren, das in den meisten Kulturstaaten bereits patentiert ist, wird den rohen Kaffeebohnen das Koffein entzogen. Dieser Kaffee weist bei einem absoluten Fehlen des Koffeins nur geringe Mengen physiologisch stark wirksamer Stoffe auf, und Experimente und klinische Versuche haben seine vollständige Unschädlichkeit für Herz-, Nerven- und Magenleidende ergeben.



**Der Kampf gegen die Malaria.** Seit man des Sumpffiebers Herr geworden ist, besteht Aussicht, unermeßliche brach liegende Landstrecken, nutzbar zu machen. Das ist eines der glänzendsten wertvollsten Resultate der Bakteriologie.

Ein soeben erschienenes Buch: „Sumpffieber und Stechmücken" von Dr. Pressat berichtet, wie man im Lauf weniger Monate eine so wichtige Stadt wie Ismailia in Ägypten assanieren konnte.

Es ist bekannt, daß das Sumpf- oder Wechselfieber durch den Stich einer Mücke verursacht wird, die dem Blut einen Parasiten (Hämatozoon) inokuliert, den sie ihrerseits wiederum von einem bereits am Sumpffieber Erkrankten überkommen hat. Es handelt sich also vor allem darum, diese Stechmücken zu vernichten. Ihre Larven nun leben in stagnierenden Gewässern; aber sie müssen zum Atemholen häufig an die Oberfläche kommen. Schüttet man Petroleum auf die Oberfläche des Wassers, so ersticken die Larven. Zudem aber hat man Sorge zu tragen, daß man nicht in Blumenvasen, Kübeln, Geschirren usw. das infizierte Wasser konserviert. Man muß das auf Geflügelhöfen verwendete Wasser möglichst oft wechseln, denn in allen derartigen Behältern entwickelt sich die sog. Anopheles. Sehr nützlich ist es, in solchen Behältern Rotfische, zu halten, weil sie die Larven der Mücke vernichten.

In zweiter Linie muß man die Einwohner vor den Moskitostichen schützen. Das erreicht man durch Ausspannen eines feinen Drahtgeflechts vor Fenstern, Türen und allen Ausgängen des Hauses. Wenn die Maschen des Netzes so eng sind, daß die Stechmücke nicht hindurch fliegen kann, so sind die Menschen genügend geschützt.

Endlich ist es wichtig, als Vorbeugungsmittel Chinin (0,25 cg Chinin täglich genügen) einzunehmen.

Wenn der Erkrankte dann auch wirklich von der Anopheles gestochen

wird, so kann er doch keine Hämatozoen entwickeln und die Krankheit nicht fortpflanzen.

Durch solche Vorsichtsmaßregeln brachte man in Ismailia die Fieberepidemie in wenigen Monaten fast vollkommen zum erlöschen. Vom ökonomischen Standpunkt erscheint besonders erwähnenswert, daß diese Immunisierung der Stadt Ismailia mit einer Desinfektionstruppe von nur 4 Mann bewerkstelligt worden ist. Man verausgabte dafür nicht mehr als einige tausend Frank. Dagegen gewann dabei die Suezkanalgesellschaft außerordentliche Vorteile, indem das Budget für Unterbringung und freie Verpflegung in den Hospitälern verringert wurde und ebenso die Summe, die den Angehörigen erkrankter Arbeiter als Schadenersatz bisher gezahlt werden mußte.

Prof. Dr. Felix Régnault, Paris.



**Populärchirurgie.** Über den Mangel chirurgischer Hilfe auf dem Lande und in Armendistrikten wird viel geklagt. Vorschläge zur Beseitigung dieses Mangels macht Dr. Rebreyend in Calais in einem kleinen Werke: „Unterleibschirurgie in Arbeitervierteln". Das Buch ist ein Sympton einer ganz neuen Entwicklung. Sein Verfasser hat in den allerärmlichsten Umgebungen mit Erfolg Eierstocks-, Gebärmutter- und Tubenexstirpationen, ebenso Myomektomien und Magenresektionen mit bestem Erfolge ausgeführt. Zum Operationsraum diente ihm die Küche; der Ausguß zur Entleerung gebrauchten Wassers, die Kücheneinrichtung lieferte ihm einen großen Teil des notwendigen Instrumentariums. Kochnäpfe und lange Platten nahmen seine Zangen auf. Im Kessel kochte er seine Instrumente. Er bringt sein Operationsmaterial mit und operiert auf zwei aneinander gerückten Tischen. Das heiße Wasser läßt er von seinen Patienten selber bereiten. Dr. Rebreyend benötigt somit lediglich eines Assistenten zur Chloroformnarkose. Er verzeichnet zahlreiche Erfolge. Er behauptet, daß der Chirurg in seinen Ansprüchen bescheidener werden müsse. Es sei nicht richtig, einem Tagelöhner das Leben zu retten und durch die hohen Kosten ihn und die Seinen in Armut und Elend zu stürzen. Eine ähnliche Praxis wird heute bereits von vielen Landärzten ausgeübt. Die Chirurgie wird sozusagen demokratisiert. Die chirurgischen Spezialisten freilich verwahren sich dagegen, daß Operationen in jedem beliebigen Milieu ausgeführt werden dürfen. Es dürfte, so erklären sie, derartiges nur im äußersten Notfalle geschehen; denn in eigens hergerichteten, mit allen notwendigen Instrumenten ausgestatteten Operationssälen werden stets weit größere Erfolge zu verzeichnen sein.

Hier wäre ein neuer Vorschlag zu machen. Der Chirurg könnte eine Art Autobus besitzen, der im Innern einen vollständigen Operationssaal enthält. In ihm könnte er zu seinen Patienten fahren und ganz mit eigenen Instrumenten arbeiten. Damit würden sich im 20. Jahrhundert jene berühmten Operationen der Brüder Cowe und anderer Operateure erneuern, die schon im 14. Jahrhundert Blasensteine operierten, indem sie von Stadt zu Stadt fuhren und den Steinschnitt ausführten.



**Eine neue Form des Buches.** R. Goldschmidt und Paul Otlet entwerfen den Plan, dem Buche eine neue äußere Form zu verleihen. Die heutige Form des Buches leide an großen Mängeln: es sei zu schwer und zu voluminös, seine Form sei zu verschiedenartig, sein Preis zu hoch. Für die äußere Ausgestaltung des Buches seien Forderungen zu stellen, wie: ein bescheidenes Volumen und

Gewicht, eine gleichgroße Form, ein unveränderliches Material, ein mäßiger Preis; das Buch müsse leicht aufzubewahren sein, sein Gebrauch dürfe keine äußeren Schwierigkeiten bieten, seine Produktion müsse, der Nachfrage folgend, beliebig gesteigert werden können. All diese Bedingungen soll nun das mikrophotographische Buch erfüllen. Die Herstellung besteht im wesentlichen darin, daß man von jeder Seite des Buches eine ganz kleine photographische Abbildung anfertigt. Beim Lesen werden dann die Platten vor einen Vergrößerungsapparat gesetzt. Die Platten müssen international ein gleiches Format erhalten und aus feuersicherem und widerstandsfähigem Material hergestellt werden. Erste Bedingung der Reproduktion ist Reinheit der Schrift, was bei dem heutigen Stande der photographischen Technik wohl möglich ist. Die Vergrößerung muß keine technischen Schwierigkeiten darstellen. Auch die Aufbewahrung einer Bücherei würde auf diese Weise bedeutend erleichtert. Die einzelnen Platten würden wenig Platz einnehmen und könnten leicht in Schränken aufbewahrt werden. Durch das mikrophotographische Verfahren soll auch der Preis des Buches bedeutend reduziert werden können Während heute ein Druckband von 336 Seiten nicht weniger wie 5 Franks koste, würden sich bei dem photographischen Verfahren die Herstellungskosten auf 0,8—1 Frank ermäß gen. Näheres führen die Autoren im Bulletin de l'Institut international de bibliographie No. 1—3 an.

**Die Ausnutzung der Kraft von Ebbe und Flut für technische Zwecke erstrebt** eine hamburgische Gesellschaft, welche neuerdings in Cuxhaven ein Terrain von 350000 Quadratmetern angekauft hat, um dort Anlagen zu diesem Zwecke zu bauen. Die neuen Anlagen in Cuxhaven sollen nach einem neuen Verfahren des Ingenieurs Pein gebaut werden und zum ersten Male in wahrhaft großem Maßstabe die Versuche anstellen, inwieweit es möglich ist, die im Meere verborgene ungeheure Kraft der Industrie dienstbar zu machen.



**Die Errichtung einer hydro-elektrischen Zentrale** wird zurzeit am elsässischen Oberrhein projektiert, durch die die Energie des Rheins von Basel bis Alt-Breisach ausgenutzt werden soll. Nach Berechnungen ließen sich auf dieser Strecke durchschnittlich 150 000 PS. gewinnen, wodurch der gesamte Energiebedarf des Bezirkes sich reichlich decken ließe. Nach dem Projekte soll etwa 6 km von der Schweizer Grenze durch das Rheinbett ein Stauwehr erbaut werden, das den Spiegel des Niederwassers um 4 m hebt. 350 m oberhalb des Stauwehrs zweigt auf elsässischer Seite der Wehrkanal ab. Durch die Anordnung des Wehrs und die vorgesehene Länge des Kanals soll bei der vorhandenen kleinsten Wassermenge von 250 qbm pro Sekunde eine Leistung von etwa 32 000 PS. erzielt werden. Das Turbinenhaus, ein 144 m langer quer über dem Wehrkanal errichteter Bau soll 12 Reaktionsturbinen System Francis fassen. Vier kleine Turbinen treiben die Erregermaschinen. Die Bauzeit für die Anlage ist auf 3 Jahre vorgesehen; die Gesamtkosten sind auf 35 Millionen Mark veranschlagt.

In einer Denkschrift an den Landesausschuß hat die elsaß-lothringische Regierung Stellung zu dem Projekt genommen. Sie will, mit Rücksicht auf den großen Kostenaufwand, privaten Unternehmern die Bauerlaubnis erteilen mit einer Gewährung der Konzession auf 70 Jahre.

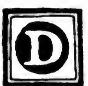
Nach dieser Zeit soll das Werk unentgeltlich in die Hände des Staates übergehen. Außerdem soll das Werk staatlich beaufsichtigt werden, und die Regierung soll bei der Aufstellung der Preise der elektrischen Kraft mitwirken.

Großes Interesse am Zustandekommen des Werkes bezeugt die Stadt Mühlhausen. Man hofft, daß die Anlage dermaßen rentabel sein wird, daß das große Anlagekapital sich nicht allein verzinsen, sondern auch etwa 4% Dividende abwerfen wird. — Näheres darüber enthalten die Ausführungen des Ingenieurs Hänggi in der Allgemeinen Rundschau, München 1907, Nr. 14.



# MORALISCHE & RECHTS-ENTWICKLUNG

## PROF. FERDINAND TÖNNIES, EUTIN (HOLST.): AUS DER DEUTSCHEN MORAL- UND RECHTS-ENTWICKLUNG.

REI bedeutsame Affären haben auf dem moralisch-juristischen Gebiete im Sommer 1907 die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums in ungewöhnlich heftiger Weise auf sich gezogen und gefesselt. Die erste hatte auch ein politisches Interesse, ja dies Interesse war das stärkste und unmittelbarste daran, auch die zweite war mittelbar von großer politischer Bedeutung, während sie zunächst nur mit dem Ausgang eines Beleidigungsprozesses verknüpft war. Die dritte, politisch fast gleichgültig, war eine hochnotpeinliche Sache, ein Kapitalprozeß. Für den Beobachter der *moralischen Entwicklung* bieten alle drei: die Affäre „Phili" Eulenburg, die Affäre Peters und die Affäre Hau, Gegenstände von großer Merkwürdigkeit, nach mehreren Seiten hin.

I. „Die Kamarilla hält den Thron in ihrem Banne" sagt am Schlusse einer Brochüre, die im Herbst 1906 bekannt wurde, ein „Schwarzseher", nachdem Wilhelm II. kurz zuvor das große Wort gesprochen hatte: „Schwarzseher dulde ich nicht." Man wußte längst, daß der Mittelpunkt dieser einflußreichen Kamarilla nicht in Berlin sich befand, sondern auf einem schlesischen Schlosse, bei einer „Tafelrunde", deren Haupt ein ehemaliger Diplomat aus der begabten Familie Eulenburg, die dem preußischen Staate mehrere reaktionäre Minister geliefert hat. Der zum Fürsten gemachte Graf war ein Schmeichler des Kaisers, vermutlich aus reiner Überzeugung, im Glauben an die übersinnliche Natur des monarchischen Berufs. Wie es scheint, war den Suggestionen dieser Clique entgegen Herr von Bülow Reichskanzler geworden; jedenfalls war sie im letzten Winter am Werke, ihn zu stürzen. Das geheime Motiv des großen Coups, den der Reichskanzler durch Auflösung des Reichstages am 13. Dezember vollzog, war die Absicht, durch eine feste Majorität im Reichstage seine Position zu stärken, ja zu retten.

Der Coup gelang; der Zweck, dem Monarchen zu imponieren, wurde erreicht. Eine Niederlage der Sozialdemokratie mußte auf diesen einen viel tieferen und angenehmeren Eindruck machen, als eine Niederlage des Zentrums vermocht hätte. Allem Anschein nach außerhalb dieses Streites um das Kabinettsregime geschahen nun seit dem November in der Wochenschrift „Die Zukunft" versteckte aber durchsichtige Angriffe auf jenen Kreis von Günstlingen in Liebenberg, die zugleich als Feinschmecker aller Künste und Genüsse bekannt waren. Es wurde angedeutet, daß auch eine süßlich schwärmende, mystisch exaltierte „Freundschaft" zwischen Männern dort zu Hause sei, und daß dieser Freundschaft ein besonderer Kultus gewidmet werde. Man mußte auf ekelhafte Enthüllungen oder (von der Gegenseite) auf den Nachweis der Verleumdung gefaßt sein. Weder das eine noch das andere erfolgte. Der bis dahin so einflußreiche Kamarilla-Fürst denunzierte sich selbst der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen das Strafgesetz, das den geschlechtlichen Verkehr zwischen Männern betrifft. Durch einen Prozeß gedachte er sich von dem Vorwurf zu reinigen. Eine öffentliche Anklage ist aber nicht erfolgt. Dagegen erfolgte eine Anklage vor dem Forum des Monarchen selber. Sein eigener Sohn, der Kronprinz, legte ihm die Blätter vor, in denen das Geheimnis nicht enthüllt, aber sichtbar versteckt war. Die Folge war kaiserliche Ungnade. Der persönliche Einfluß des Fürsten Eulenburg war gebrochen. Die politische Tragweite dieses Ereignisses haben wir hier nicht zu erörtern. Die moralisch interessanteste Seite betrifft jenes orientalische Laster, mit dem die öffentliche Meinung seit einer Reihe von Jahren genötigt worden ist sich zu beschäftigen. Eine Agitation ist im Gange, die darauf ausgeht, die strafrechtliche Ächtung dieses Lasters aufzuheben. Diese Agitation stützt sich hauptsächlich auf den Grund, daß jene Ächtung in vielen Fällen schamlose Erpressungen bewirke, und wirklich sind eine Reihe solcher Fälle bekannt geworden. Sie beruft sich ferner darauf, daß die „Homosexualität" als Anlage sehr verbreitet sei, und daß Männer von großen Verdiensten ihr ergeben gewesen sind und noch sind. Endlich aber macht sie geltend, daß die Praxis der Männerliebe ihrem Wesen nach, außer sofern es sich etwa um den Schutz Minderjähriger vor Verführung handle, das Stafgesetz nicht angehe, weil dieses nur die Aufgabe habe, die Individuen vor Schädigungen durch Gewalt, List und andere Bosheit oder Schuld zu schützen.

Dieser letzte Punkt ist nun in der Tat der, auf dem das ganze Gewicht für eine vernünftige Erwägung ruht. Es handelt sich hier um die endliche Auseinandersetzung zwischen Recht und Moral. Noch immer ist die Wahrheit nicht zu allgemeiner Anerkennung gelangt, daß das Recht im heutigen sozialen Leben keine direkten moralischen Zwecke haben kann, daß die Strafen nicht die Bestimmung tragen dürfen, zu sühnen oder zu bessern oder zu vergelten, auch nicht, der Unsittlichkeit zu wehren, daß sie in erster Linie Mittel für das Strafgesetz sind, dessen Aufgabe darin besteht, Unrecht zu verhüten. Die große Masse der Unsittlichkeit ist nicht Unrecht, und zu dieser Masse gehört insonderheit die geschlechtliche Unsittlichkeit. Man mag sie verabscheuen, mag mit allen gesetzlichen Mitteln sie bekämpfen, aber man hat kein vernünftiges Recht, sie als solche mit Strafe zu bedrohen. Daher sollten „Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit" nur insoweit das Strafgesetzbuch beschäftigen, als darin Angriffe auf die leibliche oder geistige Integrität anderer Personen oder auf den öffentlichen Anstand enthalten sind. Die Versuche, unsittliche Motive und heimliche Praktiken unsittlicher Art von Staats wegen zu unterdrücken, werden niemals gelingen und

durch die Zufälligkeit der Eingriffe ungerecht wirken. — So hat denn auch, unter Mitwirkung jener Agitation, die Ansicht immer mehr Boden gewonnen, daß jener Paragraph fallen müsse. Freilich hat dazu ohne Zweifel der Umstand beigetragen, daß jenes Laster in sozial hochstehenden Kreisen verbreitet ist. Eingeweihten war dies längst bekannt. Es wurde auch schon den öffentlichen Anklagebehörden öffentlich vorgeworfen, daß sie versäumen, gegen notorische Sünder dieser Art vorzugehen, weil diese zu mächtig und angesehen sind. Wenn dieser Vorwurf begründet wäre, so müßte der Rechtszustand, der dadurch gegeben wäre, als skandalös erscheinen. Jedenfalls kann die Ausbreitung einer ungestraften Praxis jener nach geltendem Rechte strafbaren Handlungen nicht geleugnet werden. Auch Vorgänge in der Armee, darunter die Entlassung eines Generals, die Überweisung mehrerer Offiziere der Marine an eine Irrenklinik, erschütterten das allgemeine Rechtsbewußtsein. Eine „Gemeinschaft der Eigenen" — so wird berichtet — habe in der Aristokratie und in Kreisen, die dem Hofe nahestehen, ihre Anhänger. Jene Kamarilla mystischen Bekenntnisses scheint in Wahrheit solchen Neigungen gefrönt oder doch Sympathie dafür gehegt zu haben. Offenbar eine pikante Situation, würdig derjenigen an die Seite gestellt zu werden, die mit der offenen Gesetzwidrigkeit des Duells gegeben ist, insofern diese sogar durch die höchsten Autoritäten des Staates offen begünstigt, ja befohlen wird! —

II. In den Jahren 1884—1890 legte der Afrikareisende Dr. Peters durch Verträge mit Negersultanen den Grund zur gegenwärtigen deutschen Kolonie Ost-Afrika. 1891 wurde er zum Reichskommissar für diese Kolonie ernannt. Er war bekannt als ein kluger, energischer und kühner Mann, aber auch als zu Härte, Roheit, ja zu Grausamkeit geneigt. Bald wurde ruchbar, daß er auch als Reichskommissar sich gegen die Eingeborenen tyrannisch-willkürlicher Maßregeln schuldig gemacht habe. Nachdem im Reichstage Anklage gegen ihn erhoben war, wurde er 1896 durch ein Disziplinargericht seines Amtes entsetzt, das Urteil in zweiter Instanz bestätigt. Vor einigen Jahren gelang es seinen Freunden, durch kaiserlichen Machtspruch das Urteil teilweise aufheben zu lassen, die gesamte Kolonialpolitik war populärer geworden, man wünschte, den fähigen Mann wieder im Reichsdienste zu verwerten. Die sozialdemokratische Presse richtete fortwährend heftige Angriffe gegen ihn. Ein solcher Angriff hatte im Juni d. J. den Prozeß in München zur Folge. in dem Herr Peters als Kläger auftrat. In Wahrheit erschien aber dem gesamten deutschen Publikum Herr Peters nochmals als Angeklagter wegen der Art, wie er seine Amtsgewalt vor 16 Jahren gebraucht hatte. Er hatte es so gewollt; er wollte von den Disziplinarurteilen, über die er mit Verachtung sprach, an die öffentliche Meinung appellieren. Der Beleidiger wurde verurteilt; dies feierten er und seine Anhänger als ihren Sieg, als ob der ehemalige Reichskommissar nunmehr endgültig freigesprochen wäre. Dies war ein Irrtum, und der Eifer, mit dem die „Peters-Clique" beflissen war und noch ist, den Triumph ihrer „guten Sache" zu verkünden, aber auch fernere Prozesse mit glänzenderen Rechtfertigungen ihres Helden in Aussicht zu stellen, scheint zu verraten, daß sie sich der wirklichen Güte dieser Sache keineswegs sicher fühlt, daß ihr auch daran weniger als an einer gewaltsamen Wirkung auf die öffentliche Meinung gelegen ist. In Wahrheit hatte das Urteil geringe Bedeutung; das Interesse der Angelegenheit lag vielmehr ganz in den Verhandlungen selber und in der Aufnahme, die sie durch das Urteil des Publikums fanden. Der größte Teil des Publikums erfuhr erst durch die Berichte über den Prozeß die Gründe, um derenwillen der vielgenannte Mann seines Amtes

entsetzt worden war. Natürlich gestaltete sich das Urteil über jene Vorgänge verschieden, je nachdem Sympathie mit dem Manne oder Abneigung gegen ihn obwaltete; nur zum geringen Teile, wie es zu geschehen pflegt, wurde die Meinung über seine Persönlichkeit erst durch die Eindrücke von den Vorgängen bestimmt: das Vorurteil hatte in der Regel entschieden. Und dies Vorurteil war in hohem Maße bedingt durch politische Richtungen, besonders auf der einen Seite durch Begeisterung für die Kolonialpolitik, auf der andern durch Skepsis oder Widerwillen gegen diese Politik. Wie sich überhaupt immer schärfer im Deutschen Reiche eine aristokratische, d. h. plutokratische Partei von einer demokratischen und antikapitalistischen scheidet, so trat es auch hier hervor. Für die eine war Herr Peters ein Heros, für die andere eine Bestie. Indessen gibt es auch auf der demokratischen Seite nicht wenige Leute, die so große Hoffnungen auf die Kolonien setzen, daß sie überwiegende Sympathien mit dem „Eroberer eines Reiches" hegen und seine Taten wenigstens zu entschuldigen beflissen sind. Weit darüber hinaus können freilich auch seine eigentlichen Verehrer nicht kommen; die objektiven Tatbestände sind zu schauderhaft. Man konnte sie zu rechtfertigen nur so unternehmen, daß man sagte: 1. Herr Peters sei zur äußersten Strenge und Härte durch die Lage in der sich seine „Station" befand, genötigt gewesen, 2. das Verfahren, das ihm zur Last gelegt wird, sei formell korrekt gewesen und habe als Strafgewalt innerhalb seiner Befugnisse gelegen. Die Gegner dagegen: das Kriegsgericht, aus Kreaturen des Peters zusammengesetzt, sei eine bloße Farce gewesen, die Lage der Station sei um jene Zeit völlig sicher gewesen, die Handlungsweise des Peters sei nur erklärbar aus persönlichen Motiven, als Brutalität, Rachsucht, Eifersucht, also aus niedrigen und verabscheuungswürdigen Beweggründen. Die weniger unbedingten Verteidiger aber, jene, die das Gefühl haben, daß sie durch Sympathie mit dem Manne ihre eigenen Grundsätze zu verleugnen scheinen, wollen eben darum zwischen den Meinungen vermitteln: sie finden sich genötigt zuzugeben, daß Herr Peters aus persönlichen Motiven gehandelt habe; sie nehmen, um ihn zu entschuldigen, ihre Zuflucht zu der Ansicht, der moralische Maßstab, der in Europa gelte, dürfe nicht in Afrika angelegt werden; sie vermischen damit die Hinweisung auf die Minderwertigkeit der Rasse und der Personen; sie meinen, das Leben eines schwarzen Freudenmädchens und ihres Zuhälters seien so vielen Aufhebens nicht wert.

Der unbefangene Zuschauer und Richter wird, wie so oft, in der Lage sein, diesen Standpunkt des juste milieu als den intellektuell schwächsten und ungesundesten zu bezeichnen, der für den ethisch denkenden Menschen jeder Kritik unwert ist. Er wird dagegen urteilen müssen, daß der „Angeklagte" sehr wahrscheinlich aus gemischten Motiven gehandelt habe, daß er vermutlich im guten Glauben gewesen sei, eine rücksichtslose Tyrannei sei für den, der Herr sein wolle, überall, besonders aber einer niederen Rasse gegenüber, durchaus zweckmäßig, ja notwendig; Untertanen seien dem Willen, also auch den Launen und Leidenschaften ihrer Herren zu unterwerfen; Gerechtigkeit sei höchstens Formalität u. dgl. Wie eine solche Denkungsart bei einem beliebigen Individuum zu beurteilen sei, ist eine Frage für sich und von sekundärer Bedeutung. Daher ist es auch von verhältnismäßig geringer Wichtigkeit, ob man Herrn Peters als Menschen liebt und bewundert oder haßt und verabscheut. Was aber den hohen Beamten und Richter betrifft, so ist entweder die Einsicht und Weisheit, die in Jahrtausenden über die einem Manne, der mit Herrschgewalt betraut ist, ge-

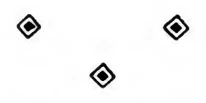
ziemenden, ja notwendigen Eigenschaften, über seine natürlichen Pflichten und Rechte, sich ausgebildet und angesammelt hat — entweder ist diese Erkenntnis eitel Spreu, oder es ist wahnwitzig, einen Menschen von jener „Übermenschen"-Gesinnung mit den Emblemen verantwortlicher Macht auszustatten. — Allerdings lag nun eben hierin das tiefere psychologische und soziologische Interesse des Falles, daß es eine unsägliche Verworrenheit des intellektuellen, moralischen und politischen Urteils an den Tag brachte, offenbarend, daß viele sonst hinlänglich kluge Menschen unserer Tage nicht einmal dies wissen, daß ein Tyrann zum Herrn nicht taugt, daß es in hohem Grade töricht ist, einen Menschen zum Richter zu bestellen, der nicht den ganz ernsten Willen zur Gerechtigkeit hat; so töricht wie „den Bock zum Gärtner setzen". Man darf aber hoffen, daß die Erwägungen, die an diese moralisch-politische Angelegenheit sich anknüpfen, ein wenig zur Wiederbelebung solcher elementaren Erkenntnisse beitragen werden.

III. Noch größer und allgemeiner ist die Sensation gewesen, die der Prozeß gegen den deutschen Amerikaner Hau, einen Rechtsanwalt und Professor der Jurisprudenz, erregt hat, ein Prozeß, der in die Verurteilung dieses Mannes wegen Mordes auslief. Am merkwürdigsten war die leidenschaftliche Parteinahme des Publikums, und zwar des besser gekleideten, zunächst in der badischen Hauptstadt, wo der Prozeß verhandelt wurde. Es scheint, daß die Meinung allgemein war, es geschehe dem Hau Unrecht, es werde ein Justizmord durch die Verurteilung bewirkt. Kurze Zeit nach dem Ende des Prozesses ging diese Teilnahme, und wie es scheint diese Meinung, in weite Kreise über, durch den Verteidiger auf geschickte Weise befördert. Der Fall ist interessant genug.

Ein hochbegabter, aber sittlich haltloser Jüngling hatte sich eines reichen Mädchens so bemächtigt, daß deren Verwandte ihre Zustimmung zur Heirat zu geben sich genötigt sahen. Das Paar lebt auf sehr großem Fuße. Der junge Mann ist zeitweilig als finanzieller Agent in Konstantinopel tätig, kommt durch Verschwendung in Geldverlegenheiten, macht sich eines Betruges schuldig. Während er in London seinen temporären Wohnsitz hat, wird die Mutter seiner Gattin in Baden-Baden durch einen Schuß von unbekannter Hand getötet. Alle Anzeichen weisen auf ihn hin als den Mörder; er wußte, daß er durch den Tod der Schwiegermutter in den Besitz eines — wenn auch nicht erheblichen — Vermögens gelangte. Nachdem er in der Verhandlung vorm Schwurgericht zunächst tagelang jede Aussage verweigert hatte, gestand er zuletzt, daß er an dem Tage, verkleidet, in Baden-Baden gewesen sei, der Beweggrund, der ihn dahin geführt habe, sei die Leidenschaft für die Schwester seiner Frau gewesen, die bei der Mutter lebte und auch im Augenblick der Katastrophe an deren Seite promenierte. Wenn auch diese Leidenschaft wahrscheinlich genug, und wenn sie auch vielleicht das Motiv seiner Anwesenheit, von weiter Ferne her, am Tatorte gewesen sein mag, so war doch das zufällige Zusammentreffen eines so außerordentlichen Verbrechens von anderer Hand mit dieser seiner außerordentlichen Anwesenheit in so hohem Grade unwahrscheinlich, daß schon dies den Indizienbeweis fast zwingend machte. Mehr als fast zwingend machte es freilich ihn auch im Verein mit den übrigen Indizien nicht. Die Möglichkeit des Irrtums ist nicht ausgeschlossen. Es gab auch Nebengründe und Zeugenaussagen — freilich überwiegend mysteriöse —, die scheinbar die Kraft jener Gründe etwas erschütterten. So war denn der Eifer der Verteidigung lobenswert, und die Parteinahme des Publikums, nachdem es einmal die Idee eines Justizmordes

gefaßt hatte, entschuldbar, wenn es einem solchen Greuel und Unheil zu wehren meinte. Am meisten vom Übel waren dabei die Bemühungen, den Verdacht auf jene Tochter zu lenken, die allem Anschein nach nicht einmal familiäre Beziehungen zu dem Schwager unterhalten hatte. Dieser verurteilte Mörder ist als pathologische Persönlichkeit merkwürdig genug. Die grenzenlose Genußsucht und an Größenwahn grenzende Großmannssucht, die Heftigkeit und Nichtigkeit des Willens, in dessen Dienst ein nicht geringer Intellekt tätig war, die unmäßige Eitelkeit, der rücksichtslose Egoismus charakterisieren einen Verbrecher, der nur allzusehr als ein spezifisches Produkt unseres Zeitalters sich darstellt. Daß er weder Großstädter von Geburt, noch Freigeist von Erziehung war, sondern aus einem entlegenen Orte stammte und gläubiger Katholik ist, zeigt in typischer Gestalt, daß diese Momente die Entwicklung dieser im übelsten Sinne modernen Charaktere keineswegs zu hemmen vermögen. — Am meisten dauernden Wert dürfte aber der Hergang des Prozesses dadurch gewinnen, daß er die Notwendigkeit der Reform unseres Prozeßrechtes eindringlich gelehrt hat. Der Verteidiger durfte sich mit Recht darüber beklagen, daß er gegenüber dem Ankläger sich stark im Nachteile befunden habe. Die Art, wie die Voruntersuchung ausschließlich im Sinne der Anklage geführt wird, ist bei dieser, wie bei mancher früheren Gelegenheit als unbillig empfunden worden.

Schlimmer als Unbilligkeit des Gesetze ist Ungerechtigkeit in ihrer Handhabung. Auch in dieser Hinsicht haben zwei Vorkommnisse übles Aufsehen, wenigstens schwere Bedenken, erregt. Das eine knüpft an den Fall Peters unmittelbar an. Ein General a. D., der in Afrika Dienste getan hatte, wurde in dem Münchener Prozesse als Sachverständiger vernommen; er hat sich auch als Politiker und Haupt des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" bekannt gemacht. Dieser Herr war so stark von Enthusiasmus für Herrn Peters erfüllt, daß er das Urteil des Disziplinargerichts öffentlich beschimpfte und einen Schandfleck für die Nation nannte. Ohne Zweifel wäre ein „gewöhnlicher Mensch" angeklagt und verurteilt worden wegen Beleidigung der Richter. Herr Liebert genügte der Justiz durch einige wohlfeile Erklärungen. Es wird von allen Freunden der Gerechtigkeit tief bedauert. — Zu gleicher Zeit mußte sich eine Fürstin wegen umfangreicher Diebstähle verantworten. Das Gericht erklärte sie für geisteskrank, obgleich sie es bei Begehung der Tat sicherlich nicht in höherem Grade gewesen war als etwa 50 % der jährlich bestraften Diebe es auch sind. Für diese und ähnliche Fälle gilt immer das alte Wort: „Judex damnatur dum nocens absolvitur."



# CHRONIK

**KAMPF gegen den Alkoholismus.** Die deutsche Sozialdemokratie hat, ohne sich auf den Standpunkt vollkommener Abstinenz zu stellen, auf ihrem Parteitag in Essen einstimmig eine besondere Aktion gegen den Alkoholismus beschlossen. Der Alkoholgefahr soll auf zwei Wegen entgegengearbeitet werden. Erstens durch

gesetzgeberische soziale Reformen, da eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter als die notwendige Voraussetzung einer Verminderung des Alkoholverbrauchs betrachtet wird. In dieser Beziehung fordert der Parteitag u. a. : den Achtstundentag, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichenden Schichtwechsel; Verbot, einen Teil des Lohnes in alkoholischen Getränken zu liefern, gewerbliche Hygiene, Abschaffung der indirekten Steuern sowie des Boden- und Wohnungswuchers, eine durchgreifende Wohnungsreform, Verbesserung des Schulwesens, Erholungsstätten, Volksheime und Lesehallen. Anderseits werden die Arbeiterorganisationen zu einer selbsttätigen Aktion aufgefordert. Sie sollen darauf sehen, bei ihren Zusammenkünften, bei Bildungsveranstaltungen und Arbeitsnachweisen sowie bei der Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden; sie sollen ferner sorgen für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten. Kinder müßten vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Die Essener Resolution beginnt bereits zu wirken. So haben in einigen Orten die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen beschlossen, von ihren Mitgliedern einen kleinen Jahresbeitrag zu erheben, der speziell zur Deckung der Mietkosten für Versammlungslokale bestimmt wäre, um so dem Trinkzwang zu entgehen. —

Die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen (Stuttgart, 25. August) hat ebenfalls eine Resolution gegen den Alkoholismus einstimmig angenommen, in welcher die besondere Pflicht der Organisationen der arbeitenden Jugend, gegen die Alkoholgefahr zu kämpfen, betont wird. Als Mittel in diesem Kampfe werden — neben der allgemeinen, auf die wirtschaftliche und geistige Hebung des Proletariats gerichteten politischen und gewerkschaftlichen Arbeit — die Aufklärung über die Wirkungen des Alkohols und die Bekämpfung der Trinkvorurteile empfohlen. Es ist dieselbe Resolution, die vorher schon auf dem Kongreß des „Verbandes junger Arbeiter Deutschlands“ in Mannheim angenommen worden war.

Der finnländische Landtag hat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Einfuhr und den Verkauf von alkoholischen Getränken verbietet. Gegen diesen Beschluß haben einige Regierungen, namentlich die französische, bei der russischen Regierung Einspruch erhoben unter Berufung auf die Handelsverträge.

**Unterdrückung des Opiumrauchens.** Was der Alkoholismus für den Europäer, ist die Opiumseuche für den Ostasiaten: eine Volkskrankheit, die die geistige und physische Gesundheit der Massen verwüstet.

Energischer aber als im Westen geht man im Osten vor; China hat eine weitausgreifende Aktion zur Unterdrückung des Opiumrauchens eingeleitet, und neuerdings geht die französische Regierung daran, dasselbe in Indochina zu beseitigen.

Zunächst wurde bestimmt, daß keine neuen Opiumhäuser mehr eröffnet werden dürfen, daß der Opiumpreis erhöht und Beamte, die sich dem Laster ergeben, entlassen werden sollen.

Allmählich soll dann die völlige Unterdrückung desselben durchgeführt werden: jedenfalls ein gutes

Beispiel für das im Kampf gegen die Trunksucht so zögernd vorgehende Europa.



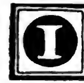
Einen nachahmungswerten **Schritt auf dem Wege der geschlechtlichen Aufklärung der Jugend** hat der Magistrat der Stadt Steglitz bei Berlin getan. Im Rathaussaal hielt der Schularzt Sanitätsrat Heidenhain vor den schulentlassenen Mädchen einen Vortrag, um sie über den Sinn ihres Geschlechts aufzuklären. Von den Vorgängen bei der Befruchtung in der Pflanzen- und Tierwelt ausgehend, gab der Vortragende an der Hand von Abbildungen eine Erklärung der sexuellen Organe der Frau und ihrer Betätigung und versuchte zugleich, in den jungen Mädchen das Gefühl der Verantwortlichkeit in ihrer künftigen Rolle als Mütter zu wecken. Viele Mütter und Lehrerinnen wohnten dem Vortrage ebenfalls bei. Der Magistrat ließ den Vortrag als Broschüre drucken und ließ ihn zur besseren Einprägung am Schluß an die Hörerinnen verteilen. Das Verhalten des Steglitzer Magistrats muß um so mehr anerkannt werden, als bei einem früheren ähnlichen Versuche desselben Schularztes — der Potsdamer Regierungspräsident den Vortrag verboten hatte.



# NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

## PROF. DR. RADE, MARBURG: AUS DER KATHOLISCHEN UND DER EVANGELISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS.

NMITTEN einer sich sichtlich umgestaltenden Welt stehen als Elemente der Beharrung die christlichen Kirchen da. Jeder meint, er kenne sie, denn er ist irgendwie einmal in intime Berührung mit einer von ihnen gekommen; sieht man näher zu, so ist gerade wegen dieser frühen Bekanntschaft in der Zeit unserer Unreife und wegen des später rasch abgewandten Interesses für viele das kirchliche Leben eine unbekannte, unverstandene Welt. Auch die große Mannigfaltigkeit der Erscheinungen auf kirchlichem Gebiet erschwert die Einsicht: woher soll der Städter kennen und beurteilen, wie und worin der Bauer fromm ist; umgekehrt, wie soll der Bauer der Religion des Städters gerecht werden? Man studiert heute das Volk auch nach seiner Kirchlichkeit und Frömmigkeit; „religiöse Volkskunde“ heißt die wissenschaftliche Disziplin, die sich da herausarbeitet. In der Tat, auf der Oberfläche liegt das eigentliche Leben hier so wenig wie sonst. Und es ist Leben da, von verschiedener Stärke freilich, aber dafür um so komplizierter. Kirche und Religion sind alter Eigenbesitz der Menschheit; in den Kirchen hat sich darum Altes und Uraltes lebendig erhalten; aber zugleich sind sie auch der Ort immer neuer Regungen und Entwicklungen. Kaum ein Kampf der Geister in der Welt, der nicht drin in den Kirchen auch mitgespürt, mitdurchgekämpft würde. Aber drin in der Kirche nimmt er besondere Formen an, findet er andere Widerstände, führt

er zu eigentümlichen Ergebnissen. Der Fernstehende merkt davon nur zuzeiten etwas, wenn Explosionen stattfinden, die für niemanden ungehört verhallen; da er die Zwischenlinien nicht beobachtet hat, versteht er dann nicht, was geschehen ist; sehr zum Schaden seines Verständnisses der Dinge überhaupt. Denn an dem innern und äußern Schicksal der Kirchen hat der Wissende die allersichersten Zeichen der Zeit.

Die römisch-katholische Kirche hat jüngst wieder die Aufmerksamkeit aller auf sich gelenkt. Ihr geschichtlicher Hauptberuf für unsere Zeit ist vielleicht, zu zeigen, daß es noch andere Götter gibt neben dem Staat. Und wie starr und kulturfeindlich sie vielen scheint, sie könnte diesen Beruf nicht erfüllen, wenn es nicht in ihr lebte. Das ist nun zum Teil ein Leben, das den eigenen Oberen nicht gefällt. So entdeckte plötzlich die vatikanisch-offiziöse „Corrispondenza Romana" vom 7. Juli d. J. einen „internationalen Geheimbund gegen den Index". Er ging aus von Münster in Westfalen — natürlich von Deutschland. Alle ketzerischen Velleitäten kommen von Deutschland. Mögen die Franzosen noch so wider die Kirche Krieg führen, sie sind der Kurie immer verständlicher und vertrauter als die Deutschen. Diese Deutschen bleiben ihr unbehaglich, gefährlich gerade um ihres Ernstes, ihrer Frömmigkeit, ihrer Treue willen. Es sitzen ja lauter Romanen in Rom, woher soll man dort wissen, wie es in Katholiken aussieht, die ein germanisches Gemüt und Gewissen haben. Man hat im Vatikan den Theologieprofessor Schell von Würzburg niemals verstanden, darum war er den Männern von der Indexkongregation so unheimlich und der Aufruf, ihm ein Denkmal zu setzen, mit deutschen Bischofsnamen an der Spitze, so erschreckend. Man hat erst recht nicht begriffen, was in den Münsterer Laien vorging, die in aller kirchlichen Ergebenheit vom Papst Erleichterung der Bücherverbote des Index begehrten. Man begreift das alles in Rom heute noch nicht, trotz so vieler herzlicher Erklärungen der Beteiligten. Man begreift die „Kölnische Volkszeitung" und die „Germania" nicht, die beiden Hauptblätter des deutschen Katholizismus. Kurz, man begreift die deutsche Art nicht, auch wo sie gut katholisch ist, während man französische und spanische Art sehr wohl begreift, auch wenn sie antikatholisch ist.

Aber worauf es uns nun heute ankommt: man erkenne das pulsierende Leben im deutschen Katholizismus! Gewiß, nicht nur im deutschen. Was in Italien die Fogazzaro, Murri und die Männer vom „Rinnovamento" leisten, in Frankreich Loisy, Houtin und die vom „Demain", in England Tyrrel und Genossen, ist zum Teil bedeutender, wissenschaftlich wertvoller oder kulturgeschichtlich interessanter, als was unsere deutschen Katholiken treiben. Aber dafür sind diese mit ihrer Seele, mit ihrem Gewissen doch noch ganz anders beteiligt. Und darum drohen die innerkirchlichen Kämpfe hier in der Tat leichter dem Ganzen Gefahr. Man will als Katholik nicht rückständig bleiben; man will mit allen modernen Ideen — nicht liebäugeln, aber Fühlung halten, sich auseinandersetzen; man will fortschreiten! Innerlich, wissenschaftlich, religiös, bei aller unwandelbaren Treue gegen die Mutter Kirche. Schell hat sich ein wenig weit vorgewagt, das zeigen Briefe von ihm, die zu rasch nach seinem Tode veröffentlicht wurden und, an Katholiken geschrieben, über die kirchlichen Autoritäten gar zu freimütig schelten. Aber im Grunde ist nun eben doch das Merkwürdige: bei aller Fühlung mit dem Neuen unserer Zeit, bei aller Sehnsucht nach Luft, Licht, Bewegungsfreiheit — diese absolute Entschlossenheit, für alle Fälle bei der Kirche zu bleiben. Über dem Suchen nach Wahrheit steht diesen Männern doch die Einheit des großen heiligen

Zusammenhangs, in dem man sich befindet, in dem man atmet, ohne den man nicht existieren kann; lieber läßt man sich treten und quälen und einengen — nur nicht los von Rom! Keine Spur von Lutherzorn und Luthermut, die eben im Notfall auch mit der Kirche brechen; man verarbeitet seine Erfahrungen in der Kirche und hofft auf bessere Zeiten in und von der Kirche.

Diese Männer nun soll *der neue Syllabus* noch enger an die kirchliche Autorität fesseln. (Approbiert am 3., erschienen am 4. Juli.) Ein länger schon sorgfältig vorbereitetes Werk; die Studien, die ihm zugrunde liegen, sind an den romanischen Reformtheologen gemacht, ihre Irrtümer werden in deutschen Zitaten verworfen. Aber den Deutschen zuliebe wurde dies Irrtümerverzeichnis jetzt so plötzlich veröffentlicht, das schwelende Feuer der Schellbegeisterung, die „moderne Theologie“ der Würzburger usw. soll dadurch gedämpft werden. In der Tat, es ist eine Kappe, den *Theologen* über den Kopf geworfen; die müssen sehen, wie sie damit fertig werden; eine Kriegserklärung wie der alte Syllabus vom 8. Dezember 1864 wider die ganze moderne Kultur ist es nicht. Darum mehr ein innerkirchliches Ereignis, aber eben bedeutsam genug für die geistige Entwicklung der katholischen Kirche. Sonderlich in Deutschland, wo man sich am gewissenhaftesten damit abquälen wird. Wie dieser Prozeß weiter verläuft, werden wir zu beobachten und zu berichten haben.

Ein völlig anderes Bild bieten unsere *evangelischen Kirchen* in Deutschland. Nichts, rein nichts Modernes, das nicht durch sie hindurchflutete und die Geister erregte; aber hier nun welche Mannigfaltigkeit der Reaktion! Zwischen der starr ablehnenden Haltung einer Orthodoxie, die nur „Apologetik“ kennt gegenüber den neuen Gesichten — und dem radikalen Modernismus, der bereit ist, Kirche und Konfession und Bibel und Jesus, *alles* dranzugeben, um nur ganz und vornan mit seiner Zeit zu leben: welch eine Kluft! Den fanatischen Gegenwartsprotestantismus haben wir jetzt in Reinkultur in Bremen, wo ganze Gemeinden mit ihren Pastoren, Anhänger des am 11. Mai 1906 verstorbenen Pastors *Kalthoff*, sich zu ihm bekennen. Der Traditionsprotestantismus dagegen lebt ungetrübt nur in gewissen Sekten, Konventikeln und in den extremen Kreisen kirchlichkonservativer Parteien; überall sonst haben auch die Kirchenchristen, die am Alten hängen, ihre starken Konzessionen an die Moderne gemacht. Eine ganze Gruppe konservativer Theologen legt sogar heute den größten Wert darauf, sich „*modern-positiv*“ zu nennen. Und so dehnt sich zwischen den beiden Extremen eine Kette verschiedenster Standpunkte, die kaum der übersieht, der sie fachmäßig verfolgen muß. Aber Leben ist da, und Streit ist da, und gearbeitet wird, und wer da meinen wollte, diese Kirchen lägen im Sterben, ist entweder kurzsichtig oder blind. Man muß nur die Augen haben für die besonderen Formen, in denen sich dies Leben vollzieht. Und da scheint nun eben die Institution selber, die „Kirche“, die Landeskirche, auf evangelischem Boden überaus gebrechlich und gefährdet. Was an Rom die Stärke ist, ist hier die Schwäche. Aber so fest halten eben diese „Kirchen“ doch immer noch, daß in ihren vier Wänden die lebhaftesten Auseinandersetzungen und merkwürdigsten Entwicklungen sich abspielen.

Die beiden Instanzen aber, um die sichtlich die geistigen Konflikte innerhalb der evangelischen Kirchen sich konzentriert, sind die obersten *Kirchenbehörden* der Landeskirchen einerseits, die theologischen *Fakultäten* an den Universitäten andrerseits. Sie sind die beiden Pole, um die das öffentliche Leben der Kirche sich bewegt. Und sie stehen ihrem ganzen Wesen

nach in einem innern Gegensatz, der zu den Katastrophen führen muß, die wir immer wieder erleben. Es sind dies die sogenannten „Fälle", die zumeist bei Besetzung von Pfarrämtern oder von akademischen Lehrstühlen sich zutragen. Die beiden letzten (wenigstens die letzten, die die Presse bewegt haben) sind der Fall César und der Fall Bornhäuser. Dem Pfarrer César von Wiesenthal in Sachsen-Weimar, einmütig zum Pfarrer in Dortmund gewählt, wurde vom westfälischen Konsistorium und darnach vom Berliner Oberkirchenrat die Bestätigung versagt. Und Professor Bornhäuser von Greifswald-Halle wurde wider Wissen und Wollen der Fakultät als Ergänzungs- (vulgo Straf-) Professor nach Marburg versetzt, damit er dort neben der historischkritischen Richtung die konservative vertrete (während die umgekehrte entsprechende Ergänzung z. B. für das orthodoxe Greifswald nicht für nötig erachtet wird); man stiftete dazu für Marburg eigens ein neues Ordinariat. Solche äußeren „Fälle" sind aber für den Tieferblickenden nur Symptome eines inneren Ringens, das bald offen und frei, bald heimlich und still, sich durch alle evangelischen Kirchengemeinschaften hindurchzieht. Da einen klaren Einblick zu gewinnen, muß uns im folgenden besonders am Herzen liegen. In diesem Ringen werden Kräfte nicht nur verbraucht, sondern auch immer neu erzeugt. Und darum tut auch der der Kirche Fernerstehende gut, darauf zu achten.



# EINE NEUE RELIGION: DER BEHAISMUS.



SIND die religiösen Ideen stereotyp und verharren sie unveränderlich, während ringsum die Gedanken und Wesen wechseln und fließen, oder nehmen auch sie an der Entwicklung des menschlichen Geisteslebens teil? Oder kürzer gesagt: gibt es einen „Fortschritt" der Religion? Augenscheinlich nein, wenn man Pius X. glauben darf, der in seiner neuesten Enzyklika „Pascendi" den „Modernismus" als die traurigste Verirrung der Kirche bezeichnet. Bejahen aber muß man die Frage, wenn man die notwendige Unterscheidung zwischen Religion und Kirche, religiösem Denken und Dogma und Kultus vornimmt, und wenn man dem Behaismus glauben darf, der im Okzident wie im Orient täglich an Anhängerschaft gewinnt.

Diese neue Bewegung nahm vor etwa fünfzig Jahren ihren Anfang in Persien. Sie stellt sich heute dar als das Endziel aller Religionen, als die natürliche Ergänzung also alles dessen, was früher geglaubt wurde. Sie will mit einem Wort die Religion schlechthin in voller Reinheit und Einfachheit verwirklichen, gereinigt von allen entbehrlichen Dogmen und überlebten Riten.

Es steht fest, daß Christen, Juden, Muselmänner, Buddhisten, Parsen, Hindus usw. und sogar die Freidenker (die im wahren Sinne des Worts oft viel religiöser sind als die eigentlich „Kirchlichen") in ihrem Glauben an das Wahre, Gute und Schöne sich zusammenfinden, und daß sie ein gemeinsames Ideal verfolgen, ohne sich darüber durch gegenseitige Mitteilung verständigen zu können und ohne sich darin zum Glauben des andern bekehren zu können.

Hier greift nun die allgemeine Idee des Behaismus ein, der — wie mir scheint — wohl in diesen „Dokumenten des Fortschritts" seinen Platz verdient [1]).

Béha-Oullah (den die Behaisten für die großartigste Manifestation Gottes halten und für den Vollender des Moses, Buddha, Zoroaster, Jesus und Mohamed) starb zu St. Jean d'Acre im Jahre 1892 mit Hinterlassung zahlreicher Schriften, in denen sich das Wesentliche einer neuen Weltreligion niedergelegt findet. Béha erkennt den Wert aller früheren Religionen an. Er wünscht alle Menschen zu Frieden und Einigkeit im Geiste des moralischen und sozialen Fortschritts zu bekehren. Es soll aber keine Riten, keinen Klerus und keine Dogmen mehr geben. Die Erkenntnis Gottes, die Verbrüderung der Menschheit sind unser Endziel, und die durch die Offenbarungen der Propheten aufgeklärte Vernunft soll unsere Führerin sein. So dürfen bisher für unübersteiglich gehaltene Schranken fallen, die von allen früheren Religionen aufgerichtet worden waren, so sollen auch alle Vorurteile der Rassen und Kasten verschwinden, die so lange den Fortschritt hintangehalten haben.

Diese Aspirationen — so märchenhaft und unirdisch sie erscheinen, haben nun in der Tat praktische Erfolge gehabt. Zunächst in Persien, von wo die Bewegung ja ausgegangen ist. Hier betrachten wir seit mehreren Jahren eine soziale Entwicklung, in der der Einfluß der neuen Ideen gar nicht zu leugnen ist. Das Volk hat den Geist des Fanatismus abgeschüttelt und ist von dem ernsten Wunsche beseelt, sich aus der Sklaverei der Zerrissenheit und von der Bevormundung des Klerus zu befreien, unter der es jahrhundertelang gestanden hat. Ein liberaler Souverän hat ihm eine konstitutionelle Verfassung gewährt, sodaß für das Land, das eine so berühmte Vergangenheit hat, nunmehr eine glänzende Zukunft vorauszusehen ist.

In Indien haben Brahmanen, Hindus, Sikhs, Lains, Parsis, Darsis und Anhänger des Arga-Lamaj in der Tat die Idee der Kastengliederung fallen gelassen und haben im Behaismus das wirksamste Mittel einer Vereinigung gefunden, nicht nur untereinander, sondern auch mit den Christen und Muselmännern. Der Eingeborene, der den Gemeinschaften der Behaisten beitritt, wird nicht mehr von den Europäern mißachtet.

In Rußland, von Batum bis Samarkand, von Moskau bis Taschkent, versuchen zahlreiche Gruppen, in denen sich sowohl Orthodoxe wie Muselmänner zusammenfinden, sich in den augenblicklich besonders traurigen Verhältnissen zusammenzuschließen, und in einigen Städten, wie z. B. in Echkabad, sind sie zu mächtigen Faktoren der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt geworden.

In Ägypten, und zumal in der Türkei, wo sie die Aufgabe haben, sich mit dem Fanatismus lebensklug abzufinden, um überhaupt ins Volk eindringen zu können, haben sich die Behaisten als die treuesten und friedfertigsten Untertanen erwiesen. In verschiedenen Städten Syriens, wo sie in großer Anzahl leben, erinnert sich der Richter nicht, im Verlauf von zwanzig Jahren die mindeste bürgerliche oder kommerzielle Streitigkeit unter ihnen erlebt zu haben.

Auch in Europa und Amerika hat der Behaismus analoge Erfolge erzielt. In den wichtigsten Städten haben sich Gruppen gebildet, die von Tag zu Tag zahlreicher werden und sich aus Leuten aller Konfessionen und aus allen Klassen der Gesellschaft rekrutieren. Wie im Orient pflegen sie an

[1]) Hierzu: „Religionen und Sekten" (Babismus und Behaismus). Verlag von F. Alcan. Paris 1905.

bestimmten Tagen zusammenzukommen, um die Werke Béha-Oullahs zu lesen und zu kommentieren. Diese Werke waren früher nur wenigen Gelehrten im Manuskript bekannt, die sie auf den Bibliotheken der St. Petersburger Akademie oder im Britischen Museum entzifferten. Heute sind sie ins Englische und Französische übersetzt und bilden die Basis einer neuen sozialen Ethik die jeden bezaubert, der in sie einzudringen versucht. In den meisten Ländern besteht ein erwählter Ausschuß, der aus mindestens neun Mitgliedern zusammengesetzt ist und sich mit allen Fragen beschäftigt, die für die Gemeinschaft Interesse haben. Er unterhält eine Verbindung zwischen den Gläubigen des Orients und denen des Okzidents, die wegen der Verschiedenheit der Gegenden, wenn nicht wegen der großen Unterschiede der sozialen Lebensbedingungen, sich im übrigen noch nicht zu vereinen vermochten.

Béla-Oullah hat gesagt: „Ihr alle seid Blätter des selben Baumes und Tropfen im selben Meer.“ Er lehrte nicht, daß die Religion eine Verbindung mit der Kirche eingehen solle. Er wollte sie vielmehr in allen Handlungen des täglichen Lebens verwirklicht sehen. Das ewige Streben des Menschengeistes, die Geheimnisse des unbekannten Göttlichen zu entschleiern, ist durch ihn auf die Prinzipien einer höheren Moral basiert worden. Die Menschen können sich auf dem gemeinsamen Boden ihrer höchsten menschheitlichen **Bestrebungen vereinigen.** **vidi.**



# NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

## DR. THEODOR LESSING, DRESDEN: FORTSCHRITTE DES THEATERS.

IE Romanen als das eigentliche Volk des Bühnenspiels haben die heutige Form des europäischen Theaters entwickelt. Das neuere Drama ist aus der Musik, die neuere Bühne aus dem italienischen Opernspiel hervorgegangen.

Um das Jahr 1500, im Zeitalter Bramantes, sind die ersten Formen der Kulissenbühne aufgekommen. Man hat mit gutem Recht in den Gemälden der klassischen Malerei, besonders aber in der Kunst Rafaels eine Beziehung zu diesen primitiven Bühnenformen aufgewiesen.

Der bewegliche Prospekt, die Kulisse und das Versetzstück bildeten einen gewaltigen Fortschritt zur Beweglichkeit des Spiels. Die antike Bühne war sozusagen am Orte festgewurzelt. Die zufällige Formation des Ortes, an dem gespielt wurde (mochten das nun geschlossene Räume oder Bergrücken, Hügel oder steinerne Arenen sein), bezeichnete ein für alle Mal die Grenze, innerhalb deren das dramatische Spiel sich zu bewegen hatte. Auch die mittelalterliche Mysterienbühne mit ihren drei Sphären, Himmel, Hölle und Erde, war starr und stereotyp. Ja bei den meisten dieser Mysterienspiele handelte es sich um lebende Bilder, die an verschiedenen Orten nebeneinander

dargestellt wurden und bei denen der Zuschauer von Station zu Station zu wandern hatte.

Nun hatte auf einmal die leidenschaftliche Beweglichkeit der Italiener eine transportable Form von Bühne gefunden. Alsbald wurde die Ausstattung der Szene zum Selbstzweck. Die Kulissenmalerei wurde ein Erwerbszweig. Glänzende Kostümierung, kostspielige Inszenierung, Schönheit des Requisits: das war der Stolz und Ruhm aller südländischen Theater.

Der Norden aber hatte von vornherein eine ganz andere Richtung eingeschlagen. Eine einzige Kette theatralischer Tradition zieht sich von Shakespeare zu Kleist und Grillparzer, von Hebbel zu Ibsen und Björnson hin. In den nordischen Völkern wurde das eigentlich spirituelle, grübelnde Drama geboren, hinter dem vielerlei soziale Beziehungen und ethische, moralische Probleme stehen.

Die moderne Reform des Theaters ist also nur der Reflex dieser nordischen Dramatik. Sie ist ein Gegenstück zu jener ersten Epoche der Theaterkunst, die in der Renaissance von den Nationen des Südens inauguriert wurde.

Das Hauptprinzip dieser neuen Reform ist die szenische Vereinfachung. Alles unechte und accidentielle Material kommt in Verruf. Gemalte Pappe und Leinwandkulissen so gut wie Soffitten und Versetzstücke, Bandagen, Schminke und unnatürliches Rampenlicht. Neue Formen der Theaterkunst tauchen auf, die alles Ornamentale und Dekorative prinzipiell dem Geiste des zur Darstellung gebrachten Kunstwerkes unterordnen.

Aber die moderne Bühne ist auch durchaus im Gähren und Werden. Darum tauchen sehr mannigfache Formen von Experimental- und Versuchsbühnen prinziplos nebeneinander auf. Es gibt sehr vielerlei Formen von Theaterkunst heute zu unterscheiden. Neben stilisierenden Festspielhäusern, die den großen, klassischen Stil wieder beleben möchten, stehen zahllose experimentierende „intime" Theater, die vor allem dem modernen sozialen Drama eine Stätte bieten. Neben Provinzialbühnen, die auch wirr und wahllos Tragödien, Possen, Opern und Lustspiele durcheinander spielen, stehen großstädtische Theater, deren Spezialisierung und Differenzierung just umgekehrt soweit vorgeschritten ist, daß ein bestimmtes Theater jahraus, jahrein immer denselben Dichter spielt und oft viele hundert Male dasselbe Stück zur Aufführung bringt.

In all diesem wirren und häßlichen Tumult lassen sich aber gleichwohl bestimmte Züge einer Entwicklung erkennen, die auf den berühmtesten Bühnen der Kulturzentren gleichmäßig wiederkehrt. Am strengsten hält Italien und die französische Provinzialbühne an alten Traditionen fest. Dagegen sind die großstädtischen Theater in Paris, London, St. Petersburg, Wien und Berlin in eine Entwicklung eingetreten, die einerseits mit dem Wesen des modernen Dramas, andererseits mit den Fortschritten moderner Technik eng verknüpft ist. Es tauchen freilich auch heute noch immer wieder neue Propheten und theoretische Reformatoren der Künste auf, die eine Wiedererstehung des griechischen Theaters samt Kothurn, Maske und Chor proklamieren, oder die, von der blumenhaften Zartheit der asiatischen Kultur und Tanzbühne berauscht, die Kunst der Japaner für das erstrebenswerte Vorbild halten. Aber wer die Entwicklung des Theaters lange verfolgt, der kann nicht bezweifeln, daß die europäische wie die amerikanische Bühne vollkommen a n d e r e Wege einschlagen wird, die weit abführen sowohl von den dionysischen Festspielen der antiken Welt wie von dem sozialen Orgiasmus und Rausch der orientalischen Theater.

Wir wollen aber an dieser Stelle lediglich auf einige technische Neuheiten hinweisen, die für alle Länder von allgemeinstem Interesse sind. Hierzu gehört vor allem die sog. „Drehbühne“, die zuerst für die Aufführung Shakespearescher Dramen in München von Lautenschläger konstruiert wurde.

Sie bewährt das gewichtigste Prinzip des modernen Theaters: mit dem mindesten Raum auszukommen. Hatte man beispielsweise auf den alten Bühnen eine Szene zu inszenieren, die in einem mächtigen Schloßbau spielt, so schuf man sicherlich mittels grober und abscheulicher Malereien einen weiten Ausblick auf eine Flucht hoher Prunksäle. Heute würde man etwa ein mächtiges Schloßportal unmittelbar vor die Rampe rücken, nicht ein ganzes Schloß, sondern höchstens eine mannshohe Tür. Und man bringt damit den Eindruck von Wucht und Masse viel sicherer hervor.

Dieses Spielen auf geringstem Raum gestattete nun aber der Drehbühne einen erstaulich schnellen Wechsel der Situationen, deren folgende schon dasteht, wenn die vorhergehende kaum verschwunden ist.

Eine Reform von besonderer Wichtigkeit besteht fernerhin in der Beweglichkeit der Felder des Bodens, wie sie z. B. das von Gwinner konstruierte Budapester Theater besitzt. Da jedes Quadrat des Fußbodens durch eine hydraulische Vorrichtung einzeln beweglich ist, so lassen sich z. B. Landschaften von ungleichem Terrain auf die Bühne zaubern, ohne daß man bemalte Pappen und Klappkulissen zu Hilfe zu nehmen hat.

Man strebt heute allgemein danach, echte bewegliche Requisiten an Stelle der gemalten und bloß imaginierten auf die Bühne zu bringen. Die bedeutendsten Bühnen der europäischen Großstädte machen von gemalten Bäumen, Blumen, Steinen, Mauerstücken, Bänken usw. nur noch spärlichen oder gar keinen Gebrauch. Dazu beginnt der Spiegelreflex und sogar der Kinematograph eine steigende Rolle zu spielen. Auf dem Theater Antoine in Paris wurde z. B. bei der Aufführung des deutschen Dramas Hannele von G. Hauptmann, dessen Menschen Traumerscheinungen eines sterbenden Kindes sind, sämtliche auftretenden Personen durch hinter der Szene befindliche Spiegel an das Bett des kranken Kindes reflektiert. Ähnliches geschieht heute vielfach z. B. bei den Traumfiguren in Richard III. Bei jener Hanneleaufführung wurde übrigens eine interessante Neuerung auch insofern gemacht, als die Titelheldin tatsächlich von einem ganz jungen Mädchen aus dem Volke gespielt wurde, das sich eben zu dieser und keiner anderen Rolle als glänzend geeignet erwies. Man kann sagen, daß das moderne Theater, soweit es nicht lediglich die alte, täglich sinnloser werdende Tradition der italienischen Opernbühne fortsetzt, unter zwei Devisen steht: Echtheit und Symbolik.

Man verachtet nichts so tief wie eine Inszenierung, die lediglich Ausstattung, d. h. eine dekorative Zutat und Paraphrasierung, etwa gleich Zierleisten oder Buchschmuck bieten will. Das Theater soll in jedem Augenblick „Seele“ sein. Die Ausstattung aber soll sich der Seele des geschauten Bildes unterordnen.

Neben der Forderung der Echtheit aller Kostüme und Requisiten erhebt sich die andere, daß der Charakter des Bildes nie verletzt und niemals zugunsten grobrealistischer und faktischer Effekte zerstört werden darf.

Es sei endlich bemerkt, daß in allen Kulturländern heute ein vollkommen neuer Schauspielerstand im Entstehen begriffen ist, unter dem die feinsten und gebildetsten Männer und Frauen jeder Nation zu finden sind. Das moderne Drama Englands, Norwegens, und Deutschlands stellt neue psychologische Aufgaben, während in Frankreich der Zusammenhang der Bühnenkunst mit

der Körperkultur und das, was ein französischer Bühnenästhetiker „rhythmische oder plastische Gymnastik“ nennt, ein Gegenstand ernster Bemühungen geworden ist.

Insofern aber, als das Theater der unmittelbarste Ausdruck jeder Kultur ist, kann man sagen, daß die Entwicklung der Bühne auf das Aufkommen eines ganz neuen Menschheitsbewußtseins deutet.[1])



# DR. FOUQUET, CAIRO: ALTE UND NEUE KUNST IN ÄGYPTEN.



IE Ägypter schienen während vieler tausend Jahre unter den Kunstvölkern einen hohen Rang einzunehmen, ja, vielleicht den allerhöchsten. Schon ehe der Bau der Pyramiden begann, hatte bei ihnen Bildhauerkunst, Malerei und Architektur eine hohe Vollendung erreicht. Die Holzskulpturen, die Freskogemälde und die Statuen jener Epoche, die man im Museum zu Kairo noch heute bewundern kann, vor allem auch der Tempel der Sphinx, bedeuten unwiderlegliche Beweise dieser hohen Kunstkultur. Auch die Bearbeitung der Edelmetalle hatte um die nämliche Zeit eine Vollkommenheit erreicht, die seither nicht überboten wurde. Ihren Gipfel erreichte sie offenbar in der Zeit der 12. Dynastie, jener Zeit der Kleinode von Dachour.

Man hat sodann im Laufe der Jahrhunderte mehrere Perioden der Wiedergeburt und Entartung der Künste miteinander abwechseln gesehen. Heute aber muß man sagen, daß die Meisterschaft der Künstler, ja, daß beinahe die ganze Geschicklichkeit des Kunsthandwerks in Ägypten verloren gegangen ist. Das ist um so merkwürdiger, als das Volk, abgesehen von diesen Fragen der Kunst, stets seine Traditionen zähe zu behüten pflegte. Die Tradition ist dort eine so große Macht, daß sie, ohne Übertreibung gesprochen, sich über viele Jahrtausende hin fortvererbt. Dies geht so weit, daß ich am Körper einer Frau, die in Akhmira lebt, Tätowirungen gesehen habe, die in der Gruppirung, in der Anzahl der Linien, ja sogar in der Zahl der Linienpunkte mit Tätowierungen übereinstimmten, wie sie auf der Mumie einer Priesterin von Hathor (aus der 11. Dynastie) zu bemerken sind, die sich gegenwärtig in einem Schaukasten des Museums zu Kairo befindet. Ein paar Jahrhunderte voll Elend und Unterdrückung haben die Volksseele nicht verändern können. Aber sie haben den Kunstsinn erstickt oder doch wenigstens eingeschläfert.

Im gegenwärtigen Ägypten gibt es unter den Eingeborenen weder Bildhauer noch Maler. Einige Architekten freilich haben in den letzten Jahren Proben ihres Talents abgelegt. Aber sie haben, ohne Gewinn für die Kunst, lediglich europäische Muster des sog. modernen Stils zu kopieren vermocht. Einzig die Schmuckarbeiten von Assout und die Kunsttischlereien von Kairo haben noch ein Stück alter Tradition bewahrt. Der ausgesprochene Sinn der Europäer für Altertümer hat manche Eingeborene, hauptsächlich Kopten,

---

[1]) Den ersten Versuch praktischer Bühnenästhetik bietet das Buch „Theaterseele“ von Theodor Lessing. Studie über Bühnenästhetik und Schauspielkunst. Berlin 1907. Priber & Lammers.

veranlaßt, die alten Kunstgegenstände nachzuahmen: Tonwaren, Terrakotten, und Skarabäen. Für diese hat man oft Muster verwendet, die man bei den Ausgrabungen fand, oder auch Phantasiemuster entworfen. Im letzteren Fall habe ich sehr oft gefunden, daß italienische Handwerker, die im Solde von Eingeborenen arbeiten, die Urheber solcher Tricks gewesen sind. — Wenn er gute Anleitung findet, dann ist indessen auch der Eingeborene zu Kunstarbeiten noch wohl befähigt. Eingeborene aus der Nähe von Abydos haben Geschirre aus Alabaster zu drechseln begonnen, die man manchmal nur recht schwer von den echten alten Stücken unterscheiden kann. Die Maurer in Karnak, die von Herrn Legrain, einem Franzosen, geschickt angeleitet wurden, haben sogar die eingestürzten Säulen des Tempels genau nach den alten Bauregeln wieder aufzubauen vermocht. Sie haben Wunder von Geduld und Geschicklichkeit geleistet.

Schon heute kann man voraussehen, daß die Stunde der Wiedergeburt für Ägyptens Kunst herannaht. Wir wollen diese Bewegung hier verfolgen und von allen ihren Äußerungen Notiz nehmen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß durch die häufige Berührung mit Europa und seiner Kunst und fernerhin durch wachsenden Reichtum und Wohlstand, das ägyptische Volk sehr schnelle Fortschritte macht. Heute bewährt es noch vorwiegend seine bedeutende Fähigkeit der Nachahmung und Anpassung; aber es sieht schon der Stunde entgegen, wo seine schöpferischen Kräfte neu erwacht sein werden.



## VIGELANDS BRUNNEN.



DAS bedeutsamste künstlerische Ereignis in Kristiania dürfte diesen Herbst ohne Zweifel das sein, daß die Kommunalverwaltung die noch erforderlichen Mittel für Gustav Vigelands großen Brunnen übernehmen will, womit sich also die Stadt dieses Kunstwerk gesichert hätte. Allerdings ist dieser Entschluß der Stadt noch nicht offiziell veröffentlicht. Aber nach dem Votum eines in dieser Frage zusammenberufenen Komitees zu schließen, darf es als ganz sicher betrachtet werden, daß diese Frage, die nun fast ein ganzes Jahr lang die Öffentlichkeit in Kristiania so lebhaft beschäftigt hat, in der allernächsten Zeit zu gutem Ende geführt werden wird.

Es ist auch keine Kleinigkeit, um die es sich handelt. Der Bildhauer Gustav Vigeland, der, obwohl noch jung, unstreitig für Norwegens größten Bildhauer gilt, hat im vorigen Jahre den Entwurf eines Springbrunnens ausgestellt, der ihn schon mehrere Jahre beschäftigt hatte. In der Mitte eines großen Bassins halten fünf Riesengestalten über ihren Köpfen eine große Schale, aus der das Wasser langsam niederströmt. Am Rande des Bassins finden sich zwanzig eigentümliche Baumgruppen, unter deren Ästen junge und alte, fröhliche und traurige Menschen sitzen oder stehen. Die Seitenwände des Bassins schmücken 66 Reliefs, und die Zahl der das Werk schmückenden menschlichen Figuren geht in die Hunderte. Die Kosten dieses monumentalen Werkes sind auf 350 000 M. berechnet. Da es nicht eine eigentlich leitende Idee, vielmehr das ganze Leben in seiner Fülle, mit seinen Kämpfen und Wandlungen ist, das durch die zahlreichen künstlerischen Gestalten

zum Ausdruck gelangt, so wird das Werk wohl mehr durch die Feinheiten seiner Einzelheiten wirken als durch die Wucht des großen Monumentalwerkes. Feierlichkeit des Monumentalen ist ja leider kein Charakteristikum der modernen Bildhauerkunst, und Vigeland teilt die Fehler und die Tugenden seiner Zeit. Künstlerisch ist Vigeland von Rodin ausgegangen, aber er hat seinen ganz persönlichen schlichten Weg gefunden und steht jetzt auf der Höhe seines Schaffens. Demnächst wird er sich an die Ausarbeitung des Brunnens machen, für dessen Vollendung er zehn Jahre ins Auge gefaßt hat. Seine beispiellose Energie bürgt uns, daß er diese gewaltige Aufgabe durchführen wird. Der Brunnen wird ohne Zweifel das Hauptwerk des Künstlers, und man erwartet — viel spricht dafür —, daß dies Werk ihm europäischen Ruhm erwerben und ihn unter den zeitgenössischen Bildhauern zu einem der tiefstdringenden Darsteller des Menschlichen machen wird.

Daß das Werk unter des Künstlers eigenen Landsleuten günstig aufgenommen wird, bezeigt die große, fast leidenschaftliche Begeisterung, mit der man im Vorjahre den Entwurf aufnahm. Das ist um so bemerkenswerter, als der Brunnen in seinem ausgeprägten Modernismus nicht das besitzt, was im allgemeinen zur Popularität führt. Während der Wochen der Ausstellung der Gruppe kamen 40 000 Menschen, sie zu sehen, und schon im Laufe der ersten Woche wurden private Beiträge von mehr als 100 000 Kronen gezeichnet. Später wurden auch einige Fonds zur Verfügung gestellt, und jetzt handelt es sich nur noch um eine kleinere Summe, die die Stadtverwaltung Kristianias garantieren will, um die Ausführung des Werkes zu sichern.



# PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: NEGERPOESIE AUF HAITI.



IST die Negerrasse befähigt, wertvolle Beiträge zur Gesamtkultur der Menschheit zu liefern? Die Antwort auf diese Frage, die so bedeutungsvoll ist für das Problem allmenschlicher Solidarität, könnte uns zweifelhaft erscheinen, hätten nicht die Bürger der Negerrepublik Haiti uns eine neue Spielart der Dichtung, eine lyrische Poesie, die aus der Eigenheit der Tropennatur ihre Motive schöpft, gegeben.

Die meisten dieser Dichter leben in der Hauptstadt Port au Prince und verfassen ihre Werke in der offiziellen Landessprache, dem Französischen, zum Teil auch unter dem Einfluß französischer Literaturtraditionen, immer aber in eigener Weise, kindlich rein in ihren Liebesliedern, voll der Glut der Tropen in ihren Naturpoesien. Andere aber schreiben in der Volkssprache (dem Kreolischen, das aus einer Verschmelzung der Negersprachen mit dem Französischen hervorgegangen), mehrere auch zugleich in beiden Idiomen. Eine literarische Revue „L'Oeuvre", herausgegeben von Massillon Coicou, gibt dem Dichterkreise ein Zentralorgan, doch sind mehrere Poesien haitischer Dichter auch in Paris erschienen.

Am stärksten kommt die rein lyrische Note wohl bei Durand und Georges Sylvain zum Ausdruck. Die Eigenheit von Massillon Coicou kommt mehr in seinen politischen Poesien, in seinen der haitischen Geschichte ent-

nommenen Dramen zur Geltung. Doch schildert auch er wie Durand und Sylvain die wundervolle Fülle der Gaben, die eine fruchtbar segenvolle Natur über das Eiland ausgegossen, die Urkraft der Tropensonne, die Majestät des Urwalds und die naive Lebensfreude der Menschen, denen alle Lebensnotdurft arbeitslos zuteil wird.

Von ernstem Pathos dagegen sind die Dichtungen Guilbauds durchweht. Er schildert die gewaltigen Kämpfe der Negersklaven um ihre Freiheit; den Sieg der Revolution und die Begründung der haitischen Republik: eine eigenartige Geschichtsperiode, die in der völligen Expropriierung des weißen Landbesitzes, in der nachfolgenden „proletarischen Diktatur“ der zu Bürgern der Republik gewordenen Negersklaven und der Neubegründung neuer Wirtschaftsformen statt der (ohne Sklavenbetrieb ökonomisch unmöglichen) Pflanzungen viele verwandte Züge mit den Zukunftsbildern des modernen Sozialismus aufweist.

Diese Verwandtschaft wurde auch von den haitischen Dichtern klar erfaßt; wir finden bei ihnen manche schöne sozialistische Dichtungen. Überhaupt fühlen sie sich, Guilbaud und Coicou vor allen, stets als berufene Wegweiser ihres Volkes. Sie rufen es auf, im Gedenken der großen Geschichte moralische, starke und patriotische Glut zu suchen; über alle Erinnerungen des Freiheitskampfes mit Napoleons des Ersten Generalen hinweg predigen sie ihm seine Dankesschuld an die französische Kultur und Liebe für das freigewordene republikanische Frankreich.

Und noch eines ist eigen auf dieser eigenartigen Insel: die lyrischen Dichter sind es, die, vom Volke als seine Wortführer erkannt, zu den höchsten Ämtern der Republik emporsteigen. Platos Traum von der Herrschaft der Philosophen ist in modifizierter Form bei den Negern Haitis realisiert: ihre Republik wird von lyrischen Dichtern regiert.



## ROSINE HANDLIRSCH, WIEN: NEUE TIER- UND PFLANZENMALEREI.



ENN es ein Fortschritt zu nennen ist, das Solidaritätsbewußtsein gegen alle Lebewesen, auch in der Kunst zum Ausdruck gebracht zu finden, so ist es wohl auf das freudigste zu begrüßen, wenn Landschafter sich der Tiermalerei zuwenden, doppelt freudig aber in Wien, wo dieses Gebiet jetzt ein völlig unbebautes Feld ist. Nun hat Simony, ein österreichischer Landschafter, den Vorteil seines Könnens benutzend, das Tier im Freien, in seiner natürlichen Umgebung darzustellen versucht, und wir können nur wünschen, daß dieser Versuch nicht vereinzelt bleiben möge. Ist doch gerade von einem Österreicher das Höchste auf diesem Gebiete geleistet worden: von dem genialen und bisher unerreichten Alpenmaler Giovanni Segantini.

In den neuesten Werken Hugo Charlemonts in Wien finden wir auf anderem Gebiete Ansätze zu einer parallelen Entwicklungslinie. Wird dort das Tier mit brüderlicher Liebe als ein Teil der Schöpfung betrachtet, so bringt Charlemont nicht minder liebevoll und mit viel größerem Können

die Pflanzen zur Darstellung. Die Blume ist ihm nicht bloß Farbe, ein malerisches Objekt; er studiert ihre Wachstumsverhältnisse so eingehend, wie es Ruskin nur verlangen könnte, und bringt dabei auch die Wirkung des Sonnenlichtes und der atmosphärischen Luft aufs beste zur Geltung. Das bezeugen die Vegetationsbilder von den Brionischen Inseln und das wundervolle, vom Ministerium angekaufte Aquarell eines gelben Rosenstrauches. Seine kleinen Marinebilder weisen dieselbe feine Naturbeobachtung und liebevolle Detailausführung auf, ohne dabei kleinlich zu wirken. Die Brandung (auf Brioni) ist in der Bewegung so logisch durchgeführt, daß einem das Zurückweichen der Wellen und das Überschlagen derselben vollkommen plausibel erscheint. Es ist dies ein Problem, bei dessen Lösung die Maler auch direkt die Errungenschaften der modernen Wissenschaften benutzen könnten, wenn sie versuchen würden, sich über das Gesetzmäßige der Wellenbewegung und Lichtbrechung klar zu werden.

Daß eine umfassende, ich möchte sagen kosmische Naturbetrachtung auch auf dekorativem Gebiete zum Ausdruck gebracht werden kann, zeigen uns einige Arbeiten in der gegenwärtigen Ausstellung des Hagenbundes in Wien. Ein Krakauer Maler, Jan Bulas, hat zwei eigenartige Pastellzyklen eingesandt: „Die lächelnde Wiese“ und „Der Frühling“. Ersterer zeigt uns die Köpfe der Wiesenblumen ins Gigantische vergrößert. Von Faltern besucht ragen sie in leuchtender, lachender Farbenpracht in den blauen Himmel hinein. Naturwahr in der Zeichnung, hübsch in der Raumwirkung, natürlich und doch gewählt in der Farbengebung wirken die friesartigen Bilder naturalistisch und dekorativ zugleich. Der zweite Zyklus bringt ganz ähnliche Motive, nur skizzenhafter und in kleinerem Maßstabe.

Als Pendant haben wir auch hier wieder einen Tiermaler zu nennen: den Maler Karl Huck. Sein Temperabild „Reiher“ ist ganz aufs Dekorative angelegt, besonders fein in der Farben- und Linienführung, und doch sind die beiden Vögel von eminenter Naturwahrheit.

Dieselbe Verbindung von dekorativer und naturalistischer Auffassung sehen wir an den Zeichnungen und Radierungen von Ferd. Staeger aus Prag. Sie sind größtenteils satirischen Charakters; doch zeigen die beiden Zeichnungen von Alt-Prag, daß der Künstler Pflanzen und Tieren dasselbe Interesse entgegenbringt wie unseren lieben Mitmenschen. Auf der einen dient ein blühender Fliederzweig als Vordergrund für eine Fernsicht, auf der anderen läßt eine Hecke mit einem Vogelpärchen am Nest den Durchblick auf den Hradschin frei.

Diese Arbeiten der Hagenbündler scheinen von der japanischen Kunst beeinflußt zu sein, die ja so einzig in ihren dekorativen und doch unerreicht lebendigen Tier- und Pflanzendarstellungen ist.



# CHRONIK

**ALTE und neue Kunst in Japan.** Die europäische Kunst hat bekanntlich lebhafte Anregungen von seiten ihrer herrlich erblühten japanischen Schwester erhalten, und das Erwachen der impressionistischen Richtung in der europäischen Malerei ist mit auf den Einfluß Japans zurückzuführen.

Um so merkwürdiger mag es erscheinen, daß es in Japan selbst eine Gruppe von jungen Künstlern gibt, welche die alterprobten Kunsttraditionen ihres Volkes verlassen und europäische Maltechnik einbürgern wollen.

In Kioto und Tokio werden Ausstellungen veranstaltet, in denen man Ölbilder und Aquarelle (durchaus nach europäischer Weise und im europäischen Geist gemalt) betrachten kann. Würde ein Sieg dieser Richtung auch eine Vernichtung der altjapanischen Kunst und damit eine schwere Schädigung des genannten Kulturbesitzes der Menschheit bedeuten, so müssen wir wohl weniger streng hinsichtlich einer zweiten Richtung japanischer Kunstbefähigung urteilen, welche eine Versöhnung und Verschmelzung japanischer und europäischer Maltechnik herbeiführen will.

Diese Künstler beharren im wesentlichen auf den technischen Methoden ihres Volkes, suchen aber mit ihnen europäischen Realismus und Wirklichkeitssinn zu verschmelzen.

Zu ihnen zählt auch ein Mitarbeiter unseres Blattes, Sowan Chikusa, welcher insbesondere in einer eigengearteten Darstellung einer Tempelszene „der gläubig Betenden und der neugierig Gaffenden“ ein wahrhaft realistisches Gemälde geschaffen hat, wie es bisher im rein idealistischen Kunstleben Japans wohl noch nicht bestand.



# NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

## DR. EGON SCHÖNHOF, WIEN: ÜBER EINE TIERTRAGIKOMÖDIE DER NEUESTEN DEUTSCHEN LITERATUR.



ICH weiß nicht, ob Widmanns „Maikäferkomödie“ ein klassisches Kunstwerk ist. Zwar finde ich, daß auch die Form mindestens an einer Stelle zu voller dichterischer Kraft und Schönheit sich erhebt (nämlich in der herben und doch liebreichen Kritik, die der sterbende Maikäferkönig an Gott, Welt und Leben übt), aber die Kühnheit der Stoffwahl ist es, die mir das Werk bedeutsam scheinen läßt.

Die Engerlinge sind ein bleiches, kümmerliches Volk, das jahrelang in unterirdischen finsteren Höhlen haust, freudlos und in Angst vor seinen Feinden. Aber es lebt in ihm ein Glaube, unklar, doch stark, an Licht und Luft und Glanz in luftigen Höhen — der Glaube an seine Zukunft. Ein Glaube,

der, nun die Zeit sich erfüllet hat, zu heißer Sehnsucht und endlich zu mächtigem Wollen schwillt...... die Leiber selbst verwandelt, daß ihrer Plumpheit Flügel wachsen, die sie empor ans Licht der Sonne tragen..... Da geht ein Schwelgen an in blauer Luft, Freiheit und grüner Maienfülle; und eine Seligkeit, die bald in bangen Zweifel und dann sich in Entsetzen wandelt. Wohl bleiben die Lüfte lind, die Blätter saftig und die Erde schön. Schön ist die Natur, aber nicht gut, sondern unbarmherzig grausam. Gab es unter der Erde Maulwürfe, so giebt es hier oben viel bösere Feinde; vor allem die bête noire der Tierdichter, den Menschen.

Das uralte, moderne Lied vom großen Morden klingt an: Die Maikäfer morden die Blätter. Die Menschen morden die Maikäfer. Aber auch die Menschen sterben. Ob die Maikäfer das wissen? Ob wir ihnen nicht teuflische Götter sind? Es beweist den Optimismus — oder die Feigheit der Menschen, daß keine Religion, selbst der elendesten Rassen, die Welt für ein Spielzeug boshafter oder dummer Wesen hält.

Schnell — doch nicht eh' sein Lebensdrang Maikäferlust und -leid verewigt hat — schwindet das waffenlose Geschlecht von der kriegdurchwüteten Erde. Zuletzt der edle König mit seinen Getreuen, von einem Knaben im Spiele hingemartert. Der große Glaube ist, da er sich erfüllte, eine große Lüge geworden. Der „rote Sepp" hat Recht behalten. Der hat es nämlich — bei Gefahr der Freiheit und des Lebens — von Anfang an gesagt.

Es ist wohl das Feinste an diesem feinen Buch, daß der Skeptiker, da er vor den Gläubigen Recht behalten hat, sein Unrecht einsieht. Hat auch der Drang nach Seligkeit zum Tod geführt, so trieb er doch aus dumpfen Höhlen in Luft und Sonnenlicht heraus, — so ist ja doch der Drang ein seliger gewesen. Die reine Torheit des besiegten Königs siegt. Ein Hymnus auf den Optimismus, gedichtet von einem Pessimisten. Der Optimismus eines Pessimisten ist unerschütterlich.

Ich weiß nicht, ob dieser Sepp, der kalt den Zukunftsglauben — seines Volkes offizielle Religion — verleugnet, beziehungsvoll der „rote" heißt. Wenn ja, dann wäre dem Dichter schweres Unverständnis der „roten" Bewegungen vorzuwerfen. Die „Roten", — das sind die Engerlinge, die jahrhundertelang, ein bleiches Volk, im Dunkel freudlos lebten — bis uralte Sehnsucht, zu übermächtigem Drange schwellend, sie auf zur Sonne reißt. Die „Roten" glauben an die Zukunft und an die zeitliche Seligkeit. Sie stürmen gegen alle Kirchen — denn sie sind fromm. Nicht der ist fromm, der alte Kirchen aus Gewohnheit liebt oder aus Gleichgültigkeit dem eigenen Verfalle überläßt, sondern der sie niederreißt, um neue aufzurichten.

Ovids goldenes Zeitalter, das in der Vergangenheit lag, blieb hoffnungslos unerreichbar. Als es in den Himmel übersiedelte, konnte man sein teilhaft werden, wenn man die Erde von sich abtat. Nun es in der Zukunft liegt, nun eilen wir ihm zu auf Wegen dieser Welt. Das sind drei Stufen des Glaubens; aber die Sehnsucht war immer die gleiche — und sie allein bürgt für das goldene Zeitalter —, wenn der Wille schaffensmächtig ist.

Die moderne Weltanschauung hat unsere Sehnsucht ins Weltall projiziert und erblickt in der Bewegung immer höheren Daseinsformen zu — die man den „kosmischen Auftrieb" nennen könnte — das Urprinzip des Universums. Nach diesem Prinzipe wird das Weltgeschehen ausgelegt. Zwischen Auslegen und Hineinlegen ist wohl nie ein großer Unterschied gewesen. Und so erfaßt, gewinnt es tieferen Sinn, daß Schicksalen einer uns recht fernen Tierrasse dieses Sehnen unterlegt wird, das wir als menschlich kennen.

# HERMANN MUTHESIUS, BERLIN: KUNST UND VOLKSWIRTSCHAFT.

DIE Stellung der Kunst in der Volkswirtschaft ist im 19. Jahrhundert in vieler Beziehung eine andere geworden, als sie in früheren Zeiten war, gerade so wie die gewerbliche Produktion einer vollkommenen Umbildung unterlegen hat. In der gewerblichen Produktion trat im 19. Jahrhundert infolge verschiedener Umstände, vor allem aber mit Hilfe der glänzenden Entwicklung der Technik, die Massenproduktion ein. Sie faßte zuerst Fuß in dem großen Gebiete der Textilindustrie, wo sie heute das Feld völlig beherrscht. Andere große Gebiete folgten, wie das der Metallindustrie, der keramischen Industrie, der chemischen Industrie mit allen aus ihr hervorgehenden Produkten. Und die Industrialisierung der Gewerbe geht weiter. In der Bekleidungsindustrie ist die Handschuhherstellung bereits vollständig, die Schuhherstellung halb und die Kleiderherstellung teilweise zur Massenproduktion geworden. In der Einrichtung des Hauses wird ein Gegenstand nach dem andern aus der Einzelherstellung in die Massenherstellung übergeführt. Die maschinenmäßige Herstellung von Möbeln ist eine der Fragen der Zeit. Und so scheint es, daß wir einer vollständigen Überführung der gewerblichen Produktionsweise überhaupt in die Massenherstellung entgegengehen.

Was die Werke menschlicher Tätigkeit anbetrifft, bei denen künstlerische Gesichtspunkte in Frage kommen, so kann zunächst selbstverständlich in der Malerei, der Plastik und der Baukunst nicht von einer Massenproduktion die Rede sein. Die Massenproduktion tritt hier nur ein bei den reproduzierenden Künsten, das heißt, bei den mechanischen Wiederholungen von Kunstwerken, wie Drucken, Photographien und Abgüssen, einem Gebiete, das immerhin volkswirtschaftlich seine Bedeutung hat. Die großen Probleme der Zeit liegen hier aber auf einem andern Gebiete, nämlich dem der Kunstindustrie.

Das Wort „Kunstindustrie“ zeigt in seiner Zusammensetzung die beiden heterogen erscheinenden Begriffe Kunst und Industrie (d. h. Herstellung in Massen) zu einer Einheit verschmolzen und könnte so zu der Annahme verleiten, daß es sich hier um eine ganz geklärte Sache handle, um eine Erscheinung, die ihren Platz im Leben unserer Zeit unangefochten einnähme. In Wirklichkeit liegen jedoch in diesem Begriff und in dem Produktionsgebiete, das dadurch bezeichnet ist, eine große Reihe von Zweifeln, Problemen, Möglichkeiten, Hoffnungen und Gefahren verborgen, die das Gebiet zwar zu einem sehr interessanten, aber zugleich auch zu einem sehr schwierigen und vielumstrittenen machen.

Gewisse Gefahren sind schon mit der Massenproduktion überhaupt verbunden. Sie bestehen darin, daß, während die frühere Einzel- oder Kundenherstellung stets nach bestimmten, konkret formulierten Wünschen arbeitete, die Massenversorgung für ein großes unbekanntes Etwas, das „Publikum“ schafft, dessen Wünsche nicht bestimmt ausgedrückt sind und dessen Neigungen vom Verfertiger nur vermutet, gewissermaßen vorausgeahnt werden können. Während früher der Verfertiger also ganz sicher war, das Richtige zu treffen, ist jetzt eine schwankende Unsicherheit eingetreten; denn der bei der Kundenversorgung stets noch mögliche Austausch der Ansichten zwischen Besteller

und Hersteller ist jetzt vollständig unterbunden. An die Stelle dieses Austausches tritt der Wagemut des kaufmännischen Instinktes, der seinen Ausdruck in dem neuen Begriffe des „Risiko“ findet. Die Gefahren sind hiermit noch nicht erschöpft. Eine wesentliche Schwierigkeit liegt in der Größe des Betriebes, die mit der Massenherstellung notwendigerweise verbunden ist. Ein großer Betrieb stellt eine große Kapitalanlage dar, die verzinst werden muß. Er beschäftigt Hunderte von Menschen, deren Existenz von der Fortführung des Betriebes abhängig ist. Es muß also notwendigerweise fabriziert werden, gleichgültig, ob Abnehmer der Ware harren oder nicht.

Auf der einen Seite also hat der Massenbetrieb eine völlige Entfremdung des Produzenten von dem Konsumenten zur Folge, auf der andern Seite macht er rein kommerzielle Gesichtspunkte zu den herrschenden. Der moderne industrielle Produzent ist vor allem auf das angewiesen, was „geht“.

Nun könnte man allerdings der Ansicht sein, daß der Abnehmerkreis auch der Massenprodukte durch Erfahrung und Gebrauch ganz von selbst herausfände, welche Waren gut und welche nicht gut seien, und seine Wünsche eben dadurch in klarer und durchaus berechtigter Form äußerte, daß er die geeigneten Erzeugnisse kaufe und die ungeeigneten nicht kaufe. Das ist jedoch deshalb nicht der Fall, weil ihm meist die technischen Kenntnisse fehlen, um eine Ware beurteilen zu können. Die technische Beurteilung von seiten des Bestellers war zur Zeit der Kundenversorgung noch immer bis zu einem gewissen Grade ermöglicht. Eben dadurch, daß Hersteller und Versorgter in enger Berührung standen, ergab es sich ganz von selbst, daß der Hersteller das Gute und technisch Richtige dem Besteller ins Licht rückte und daß er diesen vor dem Schlechten und Unsachlichen warnte. Denn jeder Verfertiger, handle es sich um eine Herstellung irgendwelcher Art, hat das angeborene Bedürfnis, vor allen Dingen gut und richtig zu arbeiten, vorausgesetzt, daß er dafür entschädigt wird. Und die Möglichkeit dieser Entschädigung ergab sich eben stets durch die Belehrung des Verbrauchers. In der Massenherstellung und der sich anschließenden kaufmännischen Vertriebsform jedoch ist allein schon durch die Reihe von Zwischengliedern, die zwischen Produktion und Konsum stehen (Händler, Agenten, Verkäufer), der Kontakt zwischen Verbraucher und Hersteller soweit aufgelöst, daß der Käufer nicht mehr unterrichtet wird. Er verfällt bald der Unwissenheit des Wilden und wünscht wie dieser vor allem das, was glänzt oder irgendwie nach etwas aussieht. Und weil er das wünscht, kommt die Industrie seinen Wünschen entgegen und liefert ihm statt der reinen Wahrheit den mehr oder weniger schönen Schein. Beispiele für diese Tatsache sind vorhanden wie Sand am Meere. Es braucht nur auf das sogenannte Beschweren der Seide in der Textilindustrie hingewiesen zu werden, die infolge von Hinzufügung von Mineralprodukten aus einem Kilogramm Rohseide zwei bis drei Kilogramm Verkaufsseide herstellt. Dadurch wird erzielt, daß ein an sich minderwertiger Stoff schwere Falten wirft und den Schein einer gewissen Gediegenheit erhält, aber zugleich wird das Fabrikat außerordentlich brüchig, und seine Haltbarkeit wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Der Kunde hat davon keine Ahnung, freut sich vielmehr, daß er so „schwere Seide“ so billig gekauft hat. Das Handinhandarbeiten der

rein kommerziellen Auffassung mit der vom Konsumenten abgelösten Massenproduktion zeigt hier klar die große Gefahr, die mit ihm verbunden ist: die Gefahr der Senkung des Gediegenheitsniveaus.

Diese Gefahr bezieht sich auf Massenprodukte jeder Art. Bei Massenprodukten, die mit Geschmackswerten rechnen, also bei den Produkten der Kunstindustrie, tritt noch eine andere ernste Gefahr auf. Um den Absatz ständig aufrecht zu erhalten, darf hier das schon erwähnte, den Käufer bestechende schöne Aussehen der Ware nicht stets das gleiche sein, sondern muß fortlaufend wechseln. Die Spekulation auf das Abwechslungsbedürfnis der Menschheit hat die Praxis der Saison-Neuheiten eingeführt. Jedes Jahr, wenn nicht jedes halbe Jahr, führt die Kunstindustrie neue Muster, neue Modelle, neue Moden ein. Einmal gewöhnt sich dadurch die Abnehmerschaft an eine oberflächliche und rein äußerlich-spielerische Beurteilung der kunstindustriellen Erzeugnisse, die vom künstlerischen Standpunkte aus ihre allerernstesten Gefahren hat, dann aber kann man auch getrost behaupten, daß es für die Produktion direkt unmöglich ist, soviel geschmacklich Gutes zu schaffen, als die auf allen kunstindustriellen Gebieten außerordentlich rasch wechselnden Saisonmoden erfordern. So wird der Markt mit geschmacklich Schlechtem, mit Kopien und Neubearbeitungen versorgt Wenn es dafür eines Beweises bedürfte, so wäre er schon dadurch, gegeben, daß in der Zeit, in welcher die Kunstindustrie bisher tätig war, das heißt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zunächst, um den Heißhunger der Saisonmoden zu stillen, der ganze alte Formenschatz der letzten Jahrhunderte ausgeplündert werden mußte. Der Glaube an die Saisonmoden, den die Kunstindustrie teilt, brachte es mit sich, daß das Gehirn der entwerfenden Mitarbeiter zu einer Klappermühle wurde, die rein mechanisch reproduzierte und aus der dann kein selbständiger Gedanke mehr hervorgehen konnte.

Um die Mitte der neunziger Jahre geschah nun in Deutschland dasselbe, was in England schon zwei oder drei Jahrzehnte vorher eingetreten war, es fanden sich namhafte Künstler ein, die das Kunstgewerbe im Sinne wahrhaft künstlerischer Leistungen zu reformieren bestrebt waren. Das Wirken dieser Künstler mußte sich zunächst außerhalb der Kunstindustrie abspielen, es war seiner Natur nach auf die Einzelherstellung hingewiesen. Denn in der ungeheuren Größe und Kompliziertheit der Kunstindustrie lag die Unmöglichkeit, neuen Gedanken sofort Eingang zu verschaffen. Es konnte sich nur um einen Aufbau von unten herauf handeln. Auch wendete sich das, was die Künstler erzeugten, zunächst nur an wenige, an Gleichgesinnte, an solche, die die Unhaltbarkeit der kunstindustriellen Produktion erkannt hatten.

Trotzdem aber wurden ziemlich von Anfang an doch schon Versuche unternommen, die Erzeugnisse dieser Künstler in geregelten Vertrieb zu bringen. Die Vereinigten Werkstätten für Handwerkskunst in München waren das erste derartige Unternehmen. Es verfolgte mit großer Hartnäckigkeit den Grundsatz, nur künstlerisch auf erster Höhe stehende und durch und durch gediegene Bestandteile der Innendekoration, besonders Möbel, herzustellen und an den Mann zu bringen. Die finanziellen Ergebnisse waren vielleicht zunächst wenig ermutigend, aber das Unternehmen bestand die Feuerprobe. Kurz darauf wurden die Dresdner Werkstätten für Handwerkskunst gegründet, die auf ähn-

lichen Voraussetzungen aufgebaut waren. Doch zeigten sie einen gewissen Fortschritt in volkswirtschaftlicher Beziehung insofern, als sie die Künstler nicht, wie das anfänglich in München der Fall gewesen war, zu geschäftlichen Teilhabern des Unternehmens machten, sondern diese in ein durch Vertrag geregeltes Verhältnis zu der Produktionsstätte setzten, das dem bei literarischen Produktionen üblichen Abkommen zwischen Autor und Verleger entsprach. In beiden Fällen aber — und hierin unterschieden sich die neuen Betriebe grundsätzlich von den alten — standen die Namen der entwerfenden Künstler an der Spitze dessen, was produziert wurde, geradeso, wie in der Literatur der Name des Autors das Buch bezeichnet und vor dem des Verlegers steht. Die Dresdner Werkstätten zeichneten sich von Anbeginn durch eine auffallende Prosperität aus, binnen wenigen Jahren wuchs die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten auf 300 an. Auch die Münchner Werkstätten gelangten bald zu größerer wirtschaftlicher Entfaltung und nahmen einen bemerkenswerten Aufschwung, als im Herbst 1906 ihr hervorragendster Künstler, Bruno Paul, als Direktor der staatlichen Kunstgewerbeschule nach Berlin berufen wurde. Diese Berufung fiel zusammen mit Zuführung von namhaftem Privatkapital in das Werkstättenunternehmen und an diese schlossen sich große Aufträge, von denen die von Schiffsausstattungen für den Norddeutschen Lloyd die auffallendsten waren.

Die wachsende wirtschaftliche Konsolidierung des neuen deutschen Kunstgewerbes war aber nur die Widerspiegelung weitgehender Anteilnahme im gebildeten deutschen Publikum. Eine Reihe vorzüglich organisierter Ausstellungen (München, Darmstadt, Dresden) und eine ganze Anzahl geschmacklich auf der Höhe stehender Zeitschriften (Dekorative Kunst, Deutsche Kunst und Dekoration) sorgten dafür, daß das Interesse geweckt und rege gehalten wurde. Die Popularisierung der Gedanken des neuen Kunstgewerbes erfolgte auf der dritten Deutschen Kunstgewerbeausstellung in Dresden 1906. Obgleich ihre Ergebnisse keineswegs über allem Zweifel erhaben waren, obgleich auch namentlich der ideellen Anteilnahme der Besucher keineswegs die sofortige praktische Einführung der neuen Ausstattungsstücke ins deutsche Haus entsprach, so hatte die Aussstellung dennoch den einen großen Erfolg: sie wurde allgemein gebilligt, und die absprechenden Bemerkungen, die das Publikum neuen Kunsterscheinungen gegenüber stets macht und auch auf früheren Ausstellungen des neuen Kunstgewerbes machte, waren kaum noch zu vernehmen.

Auf die zunächst Beteiligten, die ausstellenden Künstler und Produzenten, übte die Ausstellung jedoch noch eine andere Wirkung aus. Allgemein wurde gefühlt, daß, nach den vergangenen zehn Jahren enthusiastischer Versuche und sozusagen rein theoretischer Kunstbetätigung im Gewerbe, jetzt die Zeit gekommen sei, zu handeln. Die Verhältnisse drängten dazu, das theoretisch Gelernte wirtschaftlich in die Tat umzusetzen. Trotz des raschen Aufblühens einer Anzahl von Betrieben, die nach streng künstlerischen Grundsätzen arbeiteten, die der Mode und der Saison-Neuheitssucht keine Konzessionen machten und nur gediegene Ware herstellten, war die große Kunstindustrie noch sehr wenig berührt von dem Geiste der neuen Kunstbewegung. Und doch konnte eine eingreifende Wirkung nur erhofft werden von der breiten Tagesindustrie. Denn nur die der heutigen Zeit entsprechende

Wirtschaftsform — und das ist auf den meisten Gebieten die Großindustrie — kann die Aufgaben unserer Zeit erfolgreich lösen. Und so hat sich unter den führenden Kunstgewerblern Deutschlands mehr und mehr die Überzeugung Bahn gebrochen, daß das Hauptziel des Kunstgewerbes in der Übertragung der neuen Gedanken auf die Massenherstellung zu suchen sei. Nicht mit der Wiederbelebung der Handarbeit können wir den großen Markt versorgen. Auch wenn die handwerklichen Ziele, die in England Ruskin und Morris so beredt und so tatkräftig verfolgten, völlig erreicht sein würden, hätten wir erst einen verschwindend kleinen Teil des Volkes, nämlich die reichen Leute, mit anständigem Hausrat und gediegener Wohnungsausstattung versorgt. Im großen Volke kann nur die Großindustrie wirken.

Hier entstehen ganz neue Ziele. Und erst hier tritt das Kunstgewerbe an die Schwelle der großen Lebensaufgaben der Gegenwart. Alles, was uns umgibt, alles was fabriziert wird, jedes Erzeugnis der Maschine wie der Hand, jedes menschliche Arbeitsprodukt überhaupt sei gediegen und schön. Die Schönheit sei nicht auf das beschränkt, was bisher in den engen Begriff des Kunstgewerbes gefaßt wurde. Es hat keinen Sinn, bestimmten Gegenständen eine Ausnahmestellung einzuräumen und die andern der Verwahrlosung zu überlassen. Unser Wirken und Schaffen sei wieder einheitlich, wie es in früheren Zeiten war, aber einheitlich auf dem Boden nicht eines Spezialkunstgewerbes, sondern auf dem Boden der Allgemeinproduktion.

Zwei Ereignisse sind es, die augenblicklich dieses Fortschreiten der kunstgewerblichen Idee in Deutschland bezeichnen: die in Vorbereitung befindliche Ausstellung München 1908 und die eben erfolgte Gründung des Deutschen Werkbundes. In München soll 1908 eine ganz allgemeine Ausstellung von Produkten der Münchner Arbeit auf allen Gebieten stattfinden, die unter dem Gesichtspunkte der Gediegenheit und Schönheit zusammengebracht sind. Nicht jener Sonderschönheit, die unser früheres Kunstgewerbe würde befürchten lassen, sondern der selbstverständlichen Schönheit, die bei voller Zweckmäßigkeit des Gegenstandes nur noch der Mitwirkung einer einfachen, natürlichen Geschmacksbetätigung bedarf, um unser im besten Sinne modernes Empfinden zu befriedigen. In diesem Sinne ist ein sorgfältig gebautes Zweirad schön, eine vollständig glatte Taschenuhr, eine moderne, ganz schmucklose Waffe. Die Kunst des Ingenieurs ist hier geradere Wege ins Land der modernen Schönheit gegangen als die Kunst des stilreproduzierenden Architekten und früheren Kunstgewerblers. Das Wesen der Massenproduktion, auf glatte, schmucke, knappe Gebrauchsformen herauszukommen, ist hier beinahe schon klar erkannt. Hier braucht nur der verständige, von einem höheren als dem Dekorierstandpunkt ausgehende Künstler noch leise einzugreifen, und alles Wünschenswerte läßt sich erreichen. Anders steht es bei Werken, die ihrer Natur nach dekoriert sind, wie Stoffen und Tapeten. Hier gilt es vor allem, unter dem Wust von Imitationsdekor und schlechtem, weil von künstlerisch niedrigstehenden Musterzeichnern entworfenem Ornament aufzuräumen und wirkliche, aus künstlerischer Betätigung entstandene Muster an deren Stelle zu setzen. Diese werden bescheidener, ursprünglicher und natürlicher sein als die Muster der Saison-Neuheiten des großen kunstindustriellen Marktes, aber sie werden notwendigerweise länger dauern müssen als diese. Daß

solche Muster dazu fähig sind, den Moden durch Jahrzehnte Trotz zu bieten, das beweisen die Stoffe und Tapeten, mit denen William Morris den englischen Markt beschenkt hat.

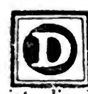
Alles das will München 1908 zeigen. Die Leitung der Ausstellung, die in der straffen Hand des Meisters Riemerschmid liegt, verbürgt schon von vornherein den Erfolg. Wichtiger vielleicht noch als diese Ausstellung ist für Deutschland das, was der Deutsche Werkbund verspricht. Er besteht aus Künstlern, Industriellen, Kunsthandwerkern und Kaufleuten, die auf dem Boden der geschilderten modernen Auffassung stehen und das ernstliche Bestreben haben, die deutsche Arbeit auf allen ihren Gebieten zu veredeln und sie technisch, wirtschaftlich und künstlerisch zu möglichster Vollendung zu heben. Die Möglichkeit dieser Steigerung wird darin erblickt, daß die Vertreter der besten Intelligenz aller Gebiete sich die Hände reichen, und daß jeder für sein Teil, der Künstler, der Fabrikant, der Kaufmann, sein Bestes zum Ganzen beiträgt. Dem Bund, dessen Vorsitz der bekannte Architekt Theodor Fischer übernommen hat, gehören alle Künstler von Bedeutung an, die im neuen deutschen Kunstgewerbe sich betätigt haben. Von Fabrikanten und Betrieben fanden sich bereits bei der Gründungsversammlung fünfzig ein, inzwischen ist der Kreis bedeutend erweitert worden. Ganz große Betriebe, wie die Delmenhorster Linoleumwerke und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft gehören zu den Gründern. So ist Gewähr gegeben, daß der Bund sein Ziel, im Großen veredelnd zu wirken, erreichen kann, und in dem Gedanken, die Massenproduktion zum Hauptgegenstande seiner Veredlungsarbeit zu machen, beruht das volkswirtschaftlich Moderne seines Strebens.

Daß die Industrie sich in rein technischer und wissenschaftlicher Beziehung der besten Hilfskräfte bedienen muß, um ihre Produktion auf das denkbar höchste Niveau zu heben, ist ein altanerkannter Grundsatz. Unsere chemischen Fabriken engagieren sich den besten Spezialisten, unsere Maschinenfabriken zahlen schwindelnd hohe Gehälter für die besten Konstrukteure. Daß auch die Kunstindustrie sich des besten Künstlers versichern müsse, um das Beste zu leisten, dieser Gedanke ist, wenigstens in Deutschland, verhältnismäßig neu und dem kunstindustriellen Produzenten noch völlig ungewohnt. Aber die Zeit bricht an, in der seine Richtigkeit erkannt werden wird. Bereits haben große Betriebe, wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, durch die Berufung von Peter Behrens, angefangen, sich an die erste Stelle zu wenden. Freilich muß hier zunächst noch das allgemeine Kunstverständnis des Volkes wachsen, um künstlerisch das Unechte von dem Echten unterscheiden zu können. Der öffentliche Kunstsinn wird mit der Leistung der Produktion Hand in Hand gehen, beide werden sich stets bis zu einem gewissen Grade entsprechen. Aber unbedingt wird auch auf dem Gebiete der Kunstindustrie das eiserne Gesetz als herrschend anerkannt werden müssen: daß dauernde Erfolge sich nur auf wirkliche, hohe Leistungen gründen können. Nur die höchste Tüchtigkeit siegt. Es ist ein Unding, eine dauernde marktfähige kunstindustrielle Produktion mit Vermeidung der Künstler erreichen zu wollen. Es ist auch ein Unding, durch fremde Nachahmungen dauernde Erfolge erringen zu wollen.

Daß das Verständnis für diese einfachen Wahrheiten jetzt in den Köpfen vieler kunstindustrieller Produzenten aufdämmert, das ist das Aussichtsreiche der augenblicklichen Lage in Deutschland.

# WALTER CRANE, LONDON: DAS SOZIALE IDEAL ALS NEUE ANREGUNG FÜR DIE KUNST.

**Walter Crane (geb. 1845 in Liverpool) stellte schon in seinem 16. Jahre in dem Salon der Kgl. Akademie in London aus. Seine künstlerischen Schöpfungen umfassen Öl- und Aquarellgemälde, Crayons, Bildhauerei, Wandmalerei, Illustrationen zu Reisebeschreibungen, vorzüglich aber Dekorationen und Zierschrift. Von internationalem Ruf, ist Crane Ehrenmitglied der Dresdener, Münchener, Turiner und vieler anderer europäischer Kunstakademien. Als Mitglied der Gruppe, welche den englischen Verein zur Förderung der gewerblichen Künste ins Leben rief, war er dessen erster Präsident; z. Zt. bekleidet er wiederum dasselbe Amt. Ein reger Vorkämpfer des Sozialismus, wie es seine Schriften und Vorträge dartun, beteiligt er sich gerne an jeder Bewegung zur Hebung des sozialen Kunstgeschmacks, vorzüglich in der Ausstattung bürgerlicher und Arbeiterwohnungen sowie in der Anfertigung täglicher Gebrauchsgegenstände.**



IE Kunst als das Abbild des menschlichen Lebens, die nicht nur seine physischen, sondern auch seine geistigen Erlebnisse widerspiegelt, muß notwendigerweise von jedem Wechsel in Lauf und Charakter dieses Lebens beeinflußt werden. Sie ist die lichtempfindliche Platte in der Kamera des Zeitgeistes, die jedes Bild und jeden Schatten vor der Linse aufnimmt, aber dann über die flüchtigen Bilder des Augenblicks hinaus das Wesentliche im Empfinden ihrer Zeit festhält.

Zum Beweise dessen brauchen wir nur um uns zu blicken. Wie getreu finden wir das Leben und den Geist unserer Zeit in der Kunst des Tages, besonders in der Malerei, wiedergegeben.

Der Maler soll eine starke Individualität sein. Aber die Individualität des modernen Künstlers erscheint vielfach nur als solche und ist jedenfalls nur sehr bedingt zuzugeben. Es wäre nicht allzuschwer, diese Individualitäten zu rubrizieren, den Haupteinfluß in ihren Werken auf irgendeine künstlerische Quelle der Gegenwart oder Vergangenheit zurückzuführen. Und dieser Quellennachweis würde niemandem schaden, in keiner Weise; aber er zeigt, wie die Kunst in all ihren individualistischen Formen doch im wesentlichen immer wieder ein s o z i a l e s Produkt ist, daß der einzelne Künstler in lebendiger Beziehung steht zu den Werken seiner Zeitgenossen oder der Vorgänger.

Unsere Bilderausstellungen zeigen als einen hervorstechenden Charakterzug unserer Zeit die Herrschaft des Geldes und seinen Einfluß auf die besitzenden Klassen. Das beweist das Überwiegen von Porträts. Wir sehen Herrscher und Politiker, Börsianer und Großkaufleute, Generale und Admirale in Scharlach und Blau und Gold, die Weltdame in Samt und Seide, den Motorführer in voller Fahrt. Schlachtbilder und Bilder von Siegen über minderwertige Rassen schmeicheln dem nationalen Stolz oder der Fürstentreue.

Die Kehrseite der Medaille bleibt uns nicht vorenthalten. Denn neben eleganten Ballsaalszenen und Festessen in Marmorsälen sehen wir als malerischen Gegensatz oder als Folie Darstellungen von Armut und Leiden, zuweilen echt, oft auch sentimental. Gelegentlich gewinnen wir auch einen Einblick in die Tragödie des Arbeiterschicksals

auf dem Felde, in der Fabrik oder auf dem verräterischen Ozean. Dann wieder sind es echte Liebe zu rauher Natur und stiller Landschaft einerseits, ein Ruhebedürfnis unsteten Wandergeistes andererseits, die unsern Malern manchen Vorwurf liefern. Hier steckt vielleicht das unterdrückte Sehnen des überzivilisierten Menschen nach bedürfnisloser Freiheit und nach natürlichen Lebensbedingungen, oder

„The devotion to something afar
From the sphere of our sorrow“.

Unter solchen gemischten Elementen finden wir auch einiges unechtes Gefühl, Sensationslüsternheit, nicht selten mit christlicher Sentimentalität verbunden. Und unter der großen Zahl militärischer Darstellungen und fahnenwinkender Fürstentreue finden wir bestenfalls einige gut entworfene Kostümstücke vergangener Zeit, auch wohl traurige und düstere Realistik. Das Übrige sind dekorative oder schülerhafte Posen, gedruckte Anekdoten oder häusliche Szenen, Blumenkinder u. dgl. Die Maler der lateinischen und teutonischen Rassen sind in ihren Vorwürfen dramatischer und kühner, streifen gern die Grenze des Erlaubten, was der schüchterne oder prüdere Anglosachse nicht wagen würde. Ergreifende Bilder aus dem Industriekampf erscheinen nicht selten in italienischen und französischen Salons. In dem der Société des Artistes Français habe ich große und düstere Bilder gesehen: Streikende auf dem Marsch, auf einem Hintergrund von rauchschimmernden Fabrikschornsteinen. Abgesehen von ihrer ökonomischen und historischen Bedeutung decken sich jedoch solche Vorwürfe mit einer gewissen trüben und pessimistischen Stimmung, in einer Ablehnung der außerordentlichen Grazie und Schönheit klassischer Tradition. So stellt sich in Form von Bildern mit mehr oder weniger Vollständigkeit das bunte Drama unserer Zeit dar, sogar mit seinen Mißtönen. Charakteristisch dabei ist aber der Mangel einer alles überragenden Idee oder einer starken Einheit in der Gefühlsrichtung, oder endlich eines künstlerischen Zieles.

Das ökonomische System, unter welchem wir leben, macht sich in der Malerei in der Weise bemerkbar, daß es jeden Künstler zwingt, für sich selbst zu kämpfen, Spezialist zu werden, auch wohl eines anderen Künstlers Art und Methode auszubeuten. Wenige Künstler sind sich aber dieses Zwangs und seiner Ursache völlig bewußt, und nur wenige beunruhigen sich über Fragen des ökonomischen Systems. Dabei ist die wirtschaftliche Lage des modernen Künstlers wenig befriedigend genug: abhängig von der Laune der Reichen und von der Bevormundung des Händlers, gedrückt von der Überproduktion.

Neben der Malerei, der volkstümlichsten, lebenskräftigsten und intimsten der Künste, sind dann vom Standpunkt der Notwendigkeit für die menschliche Gesellschaft (unter diese Notwendigkeiten ist sicherlich die Schönheit der Umgebung zu zählen) die konstruktiven Künstler zuerst zu nennen.

Der Mensch braucht vor allem Obdach und Sicherheit, und so nehmen Architektur und Bauhandwerk den ersten Platz ein.

Die Baukunst erfordert ein Zusammenarbeiten vieler. Wohl kann der Entwurf eines Gebäudes dem Geiste eines einzelnen entspringen, aber seine Verwirklichung braucht eine Armee geübter Handwerker

und Künstler. Steinmetz, Zimmermeister, Schmiede, Dachdecker, Tischler und eine Menge Arbeiter, die harmonisch zusammenwirken. Um den Bau jedoch wirklich ausdrucksvoll zu gestalten, zu einem Kunstwerk zu machen, ist mehr als nur Schulung und Handfertigkeit, mehr als Tradition und als organisiertes Zusammenarbeiten erforderlich. Was ist dieses Etwas, diese Unbekannte in Quantität oder Qualität? Diese Frage beantwortet sich durch die Untersuchung des großen Unterschiedes zwischen antiker und moderner Architektur. Was den Künstlern und Handwerkern vergangener großer Zeiten ermöglichte, in Harmonie an großen öffentlichen Denkmälern zu arbeiten, ohne daß der einzelne dabei Charakter oder Individualität einbüßte, das war die Einheitlichkeit, mit der allen ein großes Ideal vorschwebte. Die verschiedenen Teile des Werkes konnten im einzelnen voll Erfindung und Verschiedenheit sein und doch ein harmonisches Ganzes darstellen, wie z. B. eine gotische Kathedrale. Mr. Halsey Ricardo faßte sehr richtig in einem Vortrag in der Architectural Association in London die alten Architekturen als Einheiten zusammen, die er folgendermaßen bezeichnete: die Architektur des alten Ägyptens als Priesterarchitektur, die des alten Assyriens als die Architektur der Könige, die Architektur der Griechen als Architektur der Bildhauer und die der wiederbelebten Klassizität der Renaissance als die Architektur der Gelehrten. An die Reihe kommt jetzt die Architektur der Menschen. Die Architektur der Zukunft wird unter dem Einfluß des großen sozialen Ideals das zeigen, was man als die Architektur der Menschlichkeit ansprechen kann. Diese Hoffnung scheint wohl begründet angesichts der Wahrscheinlichkeit der Erreichung großer gemeinschaftlicher Wohnplätze, wie sie in der Gartenstadtbewegung bereits projektiert, und von schönen öffentlichen Gebäuden, die den stetig wachsenden Zweigen der öffentlichen Verwaltung dienen.

Das soziale Ideal und das Drängen und Wühlen des Arbeitskampfes wie das Pathos des Lebens des Arbeiters, der als geduldiger Atlas die irdischen Himmel von Reichtum und Luxus stützt, haben bereits manchem Künstler Anregung gegeben. Einer der größten modernen Bildhauer, der Belgier Meunier, war selbst Sozialist und widmete sich dem Studium und der Darstellung heroischer Arbeitertypen. Von Jean François Millet kann man sagen, er habe das Epos des französischen Feldarbeiters gemalt. In demselben Sinne haben Joseph Israels holländische und Liebermann deutsche Dramen aus dem Arbeiterleben gemalt, viele englische Maler die Arbeiter ihres Landes im Bilde festgehalten, so z. B. George Clausen, H. H. la Thanque, Frank Brangwyu, Stanhope Forbes, H. S. Tuke, Prof. Fredk. Brown, the late Charles Furse und the late F. Madox-Brown. Sie zeigen sie uns zu Land und zu Wasser, die namenlosen Helden des Rettungsbootes und die Trauerspiele der Fischerdörfer.

Die moderne Arbeit hat in der Tat eine tiefe Bedeutung, vielleicht mehr als dem Künstler wahrscheinlich bewußt ist. Aber wenn es für den Künstler auch stets wertvoll ist, in die Tiefen des Lebens hinabzusteigen und frische Anregung zu empfangen aus dem einfachen Leben der einfachen Leute, die ihr Leben lang in inniger Verbindung mit der Natur sind, die Darstellung von Typen und Szenen moderner Arbeit ist nicht immer ein Anzeichen für das Vorhandensein sozialen Mit-

empfindens. Den stärksten Einfluß hat das soziale Ideal unzweifelhaft in anderer Richtung gehabt, nämlich auf das, was man allgemein als Kunsthandwerk bezeichnet. Es ist bemerkenswert, daß das arbeitende und individualistische England die Wiege der modernen Handwerkskunst ist, wie uns unsere Brüder vom Kontinent gern und großmütig zugegeben haben.

Die Tatsache, daß Kunst und Handwerk zusammengehören, wurde in England zuerst bemerkt, und sie führte gewisse Gruppen von Handwerksleuten zusammen, die die alten Gilden wieder aufleben ließen.

Einige dieser Gilden, wie die Art Workers Guild (bereits 1884 gegründet), beschäftigt sich mit Besprechung und Vorführung der verschiedenen künstlerischen Handwerke und mit allgemeiner Raterteilung und Unterstützung. Der Einfluß solcher Gilden auf das Wiederaufleben vieler schöner Handwerke und auf die Vereinheitlichung des künstlerischen Empfindens der in den verschiedensten Kunsthandwerken tätigen Künstler kann kaum hoch genug geschätzt werden. Andere Gilden, Arbeitergruppen und industrielle Verbände sind vielfach für die bessere Ausnutzung des Handwerks gegründet worden, beeinflußt durch die Lehren John Ruskins und William Morris'. Andere wieder sind kaum mehr als kaufmännische Unternehmungen; aber alle bemühen sich in der einen oder der anderen Weise dem wachsenden öffentlichen Interesse an der individuellen Arbeit der Menschenhand zu entsprechen.

Diese englische Bewegung der letzten 25 oder 30 Jahre wird gewöhnlich auf die Werkstatt von William Morris zurückgeführt, der mit einer Gruppe ausgezeichneter Künstler der damals vorgeschrittensten Schule in der englischen Kunst die Firma vor etwa 60 Jahren gründete. Sie sollte ursprünglich nur Künstlern und Menschen von verfeinertem Geschmack einfache Möbel und Hausdekorationen für ihren täglichen Gebrauch liefern. Morris, der später in der sozialistischen Bewegung eine so hervorragende Stellung einnahm, war damals kein bewußter Sozialist. Aber er befehdete von Anfang an in beständigem Kampf den schlechten Geschmack und die Protzenhaftigkeit der Dekorationskunst, die auf ein rein kommerzielles Niveau gesunken war, dabei beherrscht von Maschinenarbeit und weitestgetriebener Arbeitsteilung. Die Tatsache, daß Morris gleichzeitig Dichter, Gelehrter und Künstler war, verlieh seiner Umwälzung des englischen Geschmacks Nachdruck und vergrößerte seinen Einfluß sehr, während seine eigenen Stellung als Arbeitgeber und Geschäftsmann ihn in innige Berührung mit den modernen Arbeits- und Industrieverhältnissen brachte. Obwohl er mit seinen Werken und den unter seiner Leitung entstandenen Arbeiten großen Erfolg hatte und durch die Kraft und Schönheit seiner Entwürfe, besonders für gewebte Stoffe und Wandbekleidungen, stark wirkte, ja die ganze Geschmacksrichtung änderte, gab er doch die Hoffnung auf, daß unter den bestehenden ökonomischen und sozialen Bedingungen eine wirkliche und dauernde Hebung der Kunst eintreten könne. Er teilte nicht den Glauben, der einige seiner Freunde und Anhänger beseelte, daß die Kunsthandwerksbewegung selbst sich als ein Mittel zur Umwälzung der Produktionsmethoden der Kunst und als Propaganda für den Sozialismus erweisen würde.

Den nächsten Schritt vorwärts tat die „Arts and Crafts Exhibition Society", die im Jahre 1888 von einer Gruppe von Künstlern, Architekten, Malern, Bildhauern, Kunstgewerblern und Handwerkern verschiedener Art gegründet worden war. Die Society entstand aus den Überresten einer Art sezessionistischer Bewegung von Malern gegen die Royal Academy und deren Exklusivität und enge Ansichten über die Kunst. Unter den Mitgliedern der Society waren Männer der verschiedensten Anschauungen, aber auch eine Reihe völlig überzeugter und bewußter, von Morris Ideen durchdrungener Sozialisten. Morris selbst schloß sich zuerst nicht an. Der Schreiber dieses wurde zum ersten Präsidenten erwählt und hatte dieses Amt in den ersten drei Jahren des Bestehens der Society inne, bis Morris gewählt wurde, der dann bis zu seinem Tode im Jahre 1896 Präsident blieb.

Unser hauptsächlichstes Ziel war, die dekorativen Künste durch Vereinigung von Kunst und Hanpwerk zu heben. Wir betonten den Anteil und die Verantwortlichkeit des an einem Kunstwerk mitarbeitenden Arbeiters und gaben Kunstgewerblern und Handwerkern Gelegenheit, ihre Arbeiten auszustellen und mit der Öffentlichkeit Fühlung zu gewinnen und durch Veranstaltung ausgewählter Ausstellungen von Zeit zu Zeit ein Bild des Geschmacks zu geben, wozu bisher keine Gelegenheit gewesen war. Mit unserer ersten Ausstellung waren Kunstvortragszyklen von Mitgliedern der Society verbunden. Sie wurden veröffentlicht und dienten zur Ausdehnung unserer Propaganda.

Wenn wir uns auch nicht rühmen können, das Arbeitsproblem gelöst zu haben, was nur im Rahmen eines ganzen sozialen Systems möglich wäre, so haben wir doch die Forderungen der neuen dekorativen Kunst und ihrer Arbeiter sich durchsetzen helfen. Wir haben ferner einer Gruppe künstlerischer Arbeiter ermöglicht, mit der Öffentlichkeit Berührung zu finden, und viele der Mitglieder sind durch ihren Einfluß im Board of Education und in den County Councils die Vermittler gesunder Kunsttraditionen geworden. Eine große Anzahl junger Studenten und Lehrlinge verschiedenster Gewerbe, die die Abendklassen besuchen, bringen damit neue Ideen, verfeinerten Geschmack und erhöhte Geschicklichkeit in ihre tägliche Arbeit.

Der soziale Einfluß der Kunsthandwerksbewegung bestand weiter darin, daß das Verständnis der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit menschenwürdiger und gesunder Arbeitsbedingungen geweckt wurde, ganz abgesehen davon, daß der Wunsch nach Schönheit auch im täglichen Leben, nach harmonischer Umgebung und nach einem verfeinerten, wenn auch einfachen Leben allgemeiner wurde.

Erst kürzlich wurde in London eine Ausstellung von Arbeiten der verschiedenen Gilden veranstaltet, und zwar von einer Dame in leitender Stellung an einem wohlbekannten sozialistischen Wochenblatt. Diese Ausstellung gab auf der einen Seite ein Bild der Freude an einem Kunsthandwerk mit angenehmen Arbeitsbedingungen, auf der anderen Seite zeigte sie an Beispielen von jämmerlich bezahlter und dabei minderwertiger Arbeit die Bedingungen der „Fronarbeit". So wirkt diese Kunstbewegung für den sozialen Fortschritt als einer der kleinen Wasserläufe, mit deren Vereinigung zu einem Strom die große soziale Bewegung unserer Zeit an Tiefe und Kraft gewinnt, um sich schließlich ganz durchzusetzen.

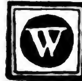
Eine Untersuchung des Problems der Beziehung zwischen künstlerischer und sozialer Kultur führt zu großen Ausblicken. Ähnlich dem Einflusse der klassischen Religionen, die die Menschen und das menschliche Leben beherrschend, die schönsten Künste ihren Mysterien und Seligkeiten dienstbar machten und Sinne und Verstand einnahmen, dürfen wir wohl glauben, daß mit dem Erwachen jenes tiefen Gefühls menschlicher Solidarität die Idee des Sozialen, die in einer kollektivistischen sozialen Gemeinschaft wahres Leben gewinnen würde, zu einer Art Religion werden müßte. Das wäre eine Religion, frei von erniedrigendem Aberglauben und von Askese, die weder die Arbeit als Beherrscherin des Menschen, noch die Freuden dieser Erde als Sünde betrachtet.

In diesem Lichte sehen wir eine umgewandelte Erde, ihre Kinder frei von den geistigen oder körperlichen Banden des Goldes, das Menschengeschlecht gereift, endlich seine Erbschaft anzutreten, im Triumph über den tückischsten Despoten, der je die Welt regierte — den Kapitalismus! Welch anderes Leben, wenn bei gemeinschaftlicher Verwaltung der Existenzmittel niemand mehr von Not bedrängt oder von aufgezwungener ungesunder Arbeit erniedrigt werden könnte, wenn die schweren Sorgen um den Erwerb des kärglichsten Unterhaltes von Millionen Gemütern genommen wären. Wenn all das häßliche Jagen, Laufen, Hetzen und Sorgen um einen Treffer in der geschäftlichen Lotterie aufhören würde und wir endlich anfangen könnten, zu leben!

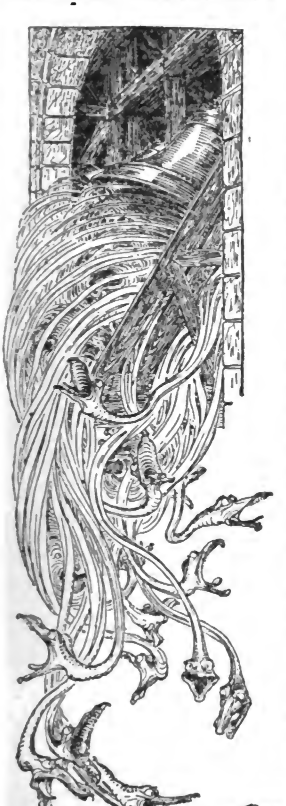
Die Zukunft, in der die häßlichen Schatten des Besitzes Laster und Verbrechen, verflogen, und wir, ausgerüstet mit allen Hilfsquellen der Wissenschaft und den möglichen Schönheiten der Kunst, mit unserer Gewalt über die Naturkräfte, mit der vollen Erkenntnis der Bedingungen der Gesundheit leben, — diese Zukunft wird eine neue und reiche Anregung für die Kunst bringen und ein nie versiegendes Bedürfnis für ihre Ausübung. Das denkbar größte Feld wird sich der Kunst bieten: die Darstellung der menschlichen Geschichte, der Lebenstragödie, der großen Volksbewegungen und der Erinnerung an die Vergangenheit; die Erziehung der Gegenwart, die Ausschmückung von bürgerlichen und öffentlichen Bauwerken und Plätzen und die Vollendung großer Feste, Festzüge und Feierlichkeiten des Volkes. Vereinigt mit der Musik und der Dichtkunst einer solchen Epoche der sozialen Ordnung wird die Menschheit sich Stätten erbauen, die an Schönheit alles überragen, was je existierte, denn sie werden gegründet sein auf einem Streben, das nur eines kennt: das Wohl der ganzen Menschheit!



# ARNO RENTSCH, BERLIN: FIDUS.



WO immer Völker sich gegenseitig verstehen wollen, ist die Kunst echter, bodenständiger Meister ein Mittler und sicherer Führer hinüber und herüber. Es leuchtet wohl ein, daß hierbei eine Kunst, die nicht bloß Selbstzweck, ein geistreiches Spielen mit Ausdrucksformen ist, die vielmehr alle technischen Errungenschaften als willkommene Hilfsmittel in den Dienst eines seelischen Ausdrucksbedürfnisses stellt, am höchsten zu bewerten ist. Und je tiefer der seelische Gehalt der ausgedrückten Gedanken, desto höher ist der Kulturwert solcher Kunst. Sie ist Herzblut, das zum fremden Herzen spricht, das die großen Massen zu begeistern allein imstande ist, während die sogenannte „reine“ Kunst, und sei sie technisch noch so vollendet, immer nur ein mehr oder weniger blendender Handelsartikel für Liebhaber bleibt, nach dessen Herkunft außer den Fachleuten nur wenige fragen. Wir stehen noch heute staunend vor den Überresten der griechischen Kunst, Vollendung liegt auf den Trümmern, unverwischbar; wie anders müssen sie einst zu den Menschen ihrer Zeit gesprochen haben, da sie noch ihrer Bestimmung dienten, als sie noch dem im Künstlergeiste geborenen Aufbau sich einordneten, als sie, jung und unberührt, von Heroentaten, von Schönheitstrunkenheit, von religiöser Ergebung kündeten, was ein herrliches Volk nur je im Innersten gefühlt und gedichtet hat?



Das allein sollte schon über den Wert aller Kunst entscheiden. Aber die Kunst als Selbstzweck, l'art pour l'art, beherrscht heute trotzdem den größten Teil des Marktes und der künstlerisch Tätigen, und die „Schaffenden“ müssen müßig stehen, ja Spott erdulden. Kann uns Deutschen der sehr verdienstvolle Anreger Manet, kann uns Dégas, kann uns Rodin etwas von französischer Seele und Gemüt geben? Wenn wir nicht Millet oder Bartholomé wie einen der Unsern besäßen, wir würden es nicht ahnen. Und auch wir wollen nicht nach den Größen einer augenblicklichen Mode oder nach den geschickten Technikern beurteilt werden. Wir hatten genug der reichen Eigenen, und nach dem einzigen Böcklin besitzen wir Klinger und manche anderen im Geiste hoher Kunst Schaffenden.




Zu diesen gehört als einer der eigenartigsten Idealisten der aus Lübeck stammende Fidus. Die Niedersachsen gelten seit jeher als ein zähe beharrliches Geschlecht, von unbeugsamer Sinnesart, im Gefühlsausdruck herb, aller Empfindelei und äußerem Scheine abhold, unter gemessener Geberde jedoch von glühender Leidenschaftlichkeit. So zeigte Friedrich Hebbel in seiner erschütternden Tragödie „Judith“ sogleich sein eigenstes Gesicht, so gab sich Johannes Brahms schon in seinen allerersten Tonwerken als der, der er zeitlebens geblieben ist, so leuchtete auch ihr 1868 geborener Landsmann Fidus als wundersames Gestirn von eigenstem Glanze auf, und jedes neue Werk von ihm war nur immer wieder eine Wandlung und Brechung desselben Lichtes, das zuerst von ihm ausging. Lichtwellen, „optische Entzückungen“ und Rhythmus, musikalisch lebendige Bewegungsfluten, sind die Mittel und der Zauber seiner Kunst, mit der er die Sinne zwingt, seinen Seelenempfindungen zu folgen.

Aus drucktechnischen Gründen können in dieser Zeitschrift nur Proben rein zeichnerischer Art gegeben werden, allein auch sie zeigen den Künstler in seinem Wesen. Als Zeichner wurde Fidus, oder wie er bürgerlich heißt: Hugo Höppener nach seinen Münchener Studien auf der Akademie bei Gysis und bei dem bekannten Maler und Natur-



Aus: Offenbarung des Wachholderbaumes.
Verlag Eugen Dieterichs, Jena.



menschen Dieffenbach, der ihm den Beinamen Fidus gab, zuerst bekannt. Der junge Künstler schuf sich schnell seinen eigenen Stil, der in der Beherrschung der Linie einzig dasteht. Streng schied er als Zeichner alles rein Malerische aus, in der klaren Einsicht, daß Malerei und Zeichnung verschiedene Dinge sind. Und die Linie wird ihm Träger der feinsten Seelenschwingungen. Oft wird der ergreifendste Ausdruck gerade durch fast heroischen Verzicht auf jegliches Beiwerk erreicht, allein durch die überlegene Beherrschung der Formen des nackten Menschenkörpers, die ihn für jeden Gemütsausdruck die passende natürliche Bewegung finden läßt. Gerade diese Natürlichkeit gibt der von Fidus dargestellten Nacktheit den unschuldigen keuschen Reiz, weil er nicht die Nacktheit an sich zeigen will, sondern vermöge der Nacktheit den ganzen Rhythmus der Seelenbewegung. Dieser wird sogar von der Abschlußleiste und dem Rahmen der Bilder begleitet, denn Fidus schafft bis in die kleinsten Teile hinein organisch und verwendet nie Zufälliges; alles ist durchdacht und dem Zwecke angepaßt.

Dieser Künstler ist im besten Sinne ein „Gebildeter". Er hat Anregung gefunden in der neuen wie alten Literatur, in Philosophie und Theosophie, in Naturwissenschaft und Musik; er hat stets das Leben in seiner Gesamtheit zu erfassen gesucht, und nichts Menschliches ist ihm fremd geblieben. Er stellt mit gleicher Sicherheit die kindliche wie die reife Seele dar; unerschrocken gestaltet er die Mysterien der Geschlechtsbeziehungen zwischen Mann und Weib, die ihm heilig sind als Wille des in uns wohnenden Schöpfergeistes.

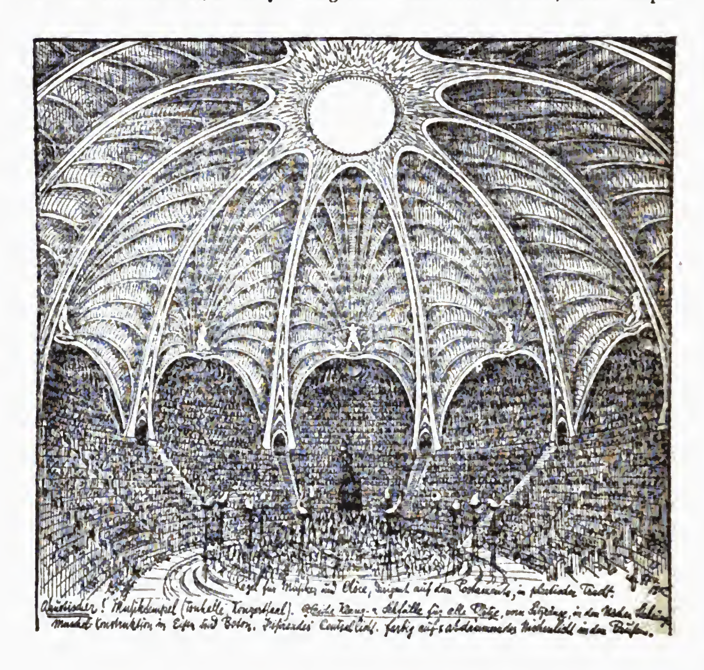
Es wäre merkwürdig, wenn ein so vielseitig denkender Künstler nur einseitig begabt sein sollte. Man hat ihn lange nur für einen Zeichner gehalten. Aber die ihm Farbensinn deshalb absprachen, weil sie noch keine Proben seiner Begabung, auch

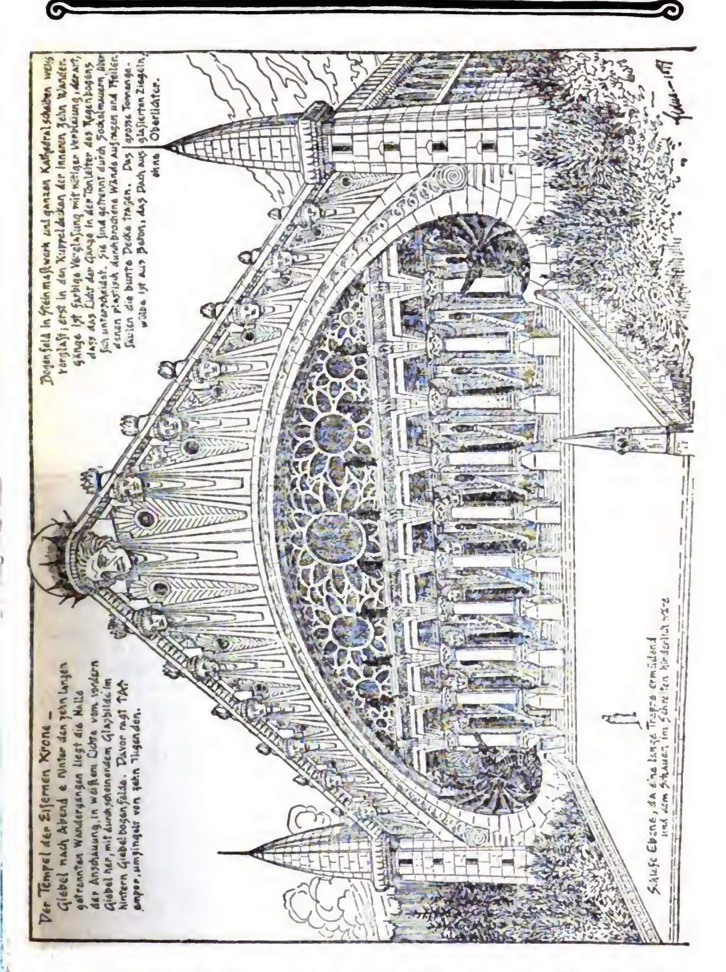


Aus: Sonnenblumen (Verlaine).
Verlag Karl Henckell & Co.

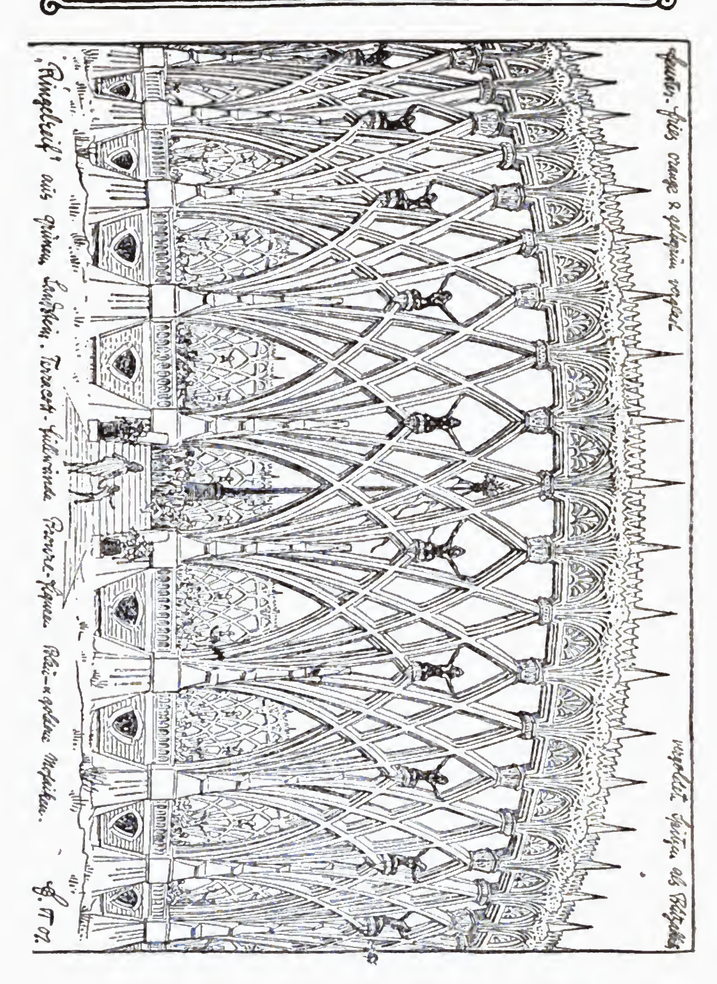
auf diesem Felde gesehen hatten, würde ein Blick in die Werkstatt des unermüdlich Neues Suchenden belehren. Fidus war einer der ersten Impressionisten, aber er verschmähte es, billige Augenblickserfolge zu erzielen, wo ihm impressionistische Studien doch nur als Hilfsmittel erschienen und höheren Zwecken dienen sollten, und andrerseits zwang den Künstler die Notwendigkeit, den Broterwerb durch das zu suchen, was man von ihm verlangte — Buchschmuck in seiner von ihm bekannten Art. Aber Fidus hat z. B. in seinem „Walzerzyklus" gezeigt, daß er mit der Farbe seelische Erlebnisse zu schildern und zugleich herrliche dekorative Wirkungen zu erzielen vermag. Auch den Stein und die Bronze hat er sich neuerdings dienstbar gemacht. In Stuttgart steht ein sieghafter Jüngling auf einem Grabstein, und ein anderes Grabdenkmal, das in ergreifendem Ausdrucke mit Rethels oder Bartholomés Schöpfungen wetteifert, entsteht zurzeit unter dem Meißel des Vielseitigen.

Doch alles das, was der junge Meister an Herrlichkeiten schon geschaffen hat, ist ihm Vorarbeit für seine Zukunftspläne. Jedes seiner Werke kann zwar einzeln genossen und verstanden werden, weil es gegenständlich und physisch klar und frei von historischen und philosophischen oder religiösen Allegorien ist; — reine Menschlichkeit ist stets verständlich, — aber der Künstler erstrebt ein Gesamtkunstwerk, in dem jedes organisch seinen Platz erhielte, einen Tempel





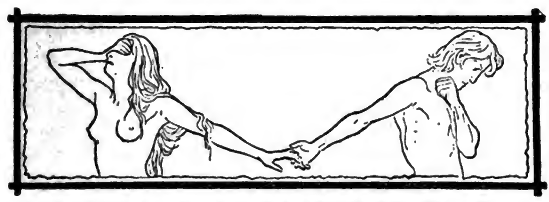
der Schönheit und Freude, der Andacht und Ergebung, in dem das Volk „Antwort erhielte auf seine heiligsten, geheimsten und deshalb allgemeinsten Fragen". Solche Tempel würden eine Stätte sein der sich wieder bewußt werdenden germanischeu Religion, die die asiatischen Entwicklungsrückstände als verbraucht von sich abstreift.



Sehr viele der früheren Bilder von Fidus sind in der Münchener „Jugend“ erschienen und in billigen Vorzugsdrucken dort zu haben. Ein größeres Sammelwerk mit eingehender Würdigung aus der Feder des bekannten Multatuli-Übersetzers Wilhelm Spohr gab J. C. C. Bruns in Minden in West-

falen 1902 heraus. Diesem Werke sind auch die vorstehenden Bildproben mit Ausnahme der Zeichnung auf S. 127 mit freundlicher Zustimmung des Künstlers entnommen. Ebenda erschienen auch zwei vornehm ausgestattete Mappen: „Naturkinder" und „Tänze".

Die Dokumente des Fortschritts wollen „vorhandene Entwicklungsansätze" fördern; in der Brust des Tempelkünstlers Fidus ruhen Entwicklungsansätze, die weit über die Heimat dieses durch und durch germanischen Schönheitsverkünders hinaus ungeahnte Wirkungen auslösen könnten. Wunderverheißende Entwürfe birgt die Werkstatt, die sich der endlich seßhaft gewordenen Künstler in der stillen Kiefernheide im Osten Berlins erbaut hat; — wer baut den ersten seiner Tempel?



Aus den „Kreuzfahrern", Verlag Kreisender Ringe, Leipzig.

# DR. CONRAD STEIN, BERLIN: PLAKAT UND STILENTWICKLUNG.




Lucian Bernhards Signum.

Die Plakatmalerei, einer der jüngsten Zweige der angewandten Kunst, hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Entwicklung genommen. Von der deutschen Plakatkunst darf man sogar sagen: sie hat Ansätze zu einem ausgeprägten Stil, und das auf einem Niveau, das uns mit Freude erfüllen kann.

Ursprünglich ausschließlich kommerziellen Zwecken dienstbar, wurzelt das moderne Plakat im amerikanischen Geschäftsleben. Dort waren seine Bedingungen am besten erfüllt: ein Wirtschaftsleben, in dem auf freiem Markte in scharfem Wettbewerb der Produzent und der Händler den Konsumenten aufsuchen und anlocken mußten. Ein kollektivistischer Staat, wie etwa die zurzeit in Amerika heute noch bestehenden kommunistischen Gemeinwesen auf religiöser oder ethischer Grundlage, würde eines kommerziellen Plakates entraten können. Denn seine organisierte Güterverteilung würde ein Anlocken des Käufers überflüssig machen. Anders das moderne kapitalistische Wirtschaftsleben mit seinem schrankenlosen Wettbewerb. Es ist deshalb nicht zufällig, daß Amerika die Wiege des modernen kommerziellen Plakats ist. Das amerikanische Plakat wollte nun für eine Ware oder eine kommerzielle oder politische Idee Aufsehen erregen, durch Schreien, durch den Effekt des Bizarren und Grotesken, durch Witz, durch Sensation. Anders die Wurzel des deutschen künstlerischen Plakats: die Ankündigung einer Kunstausstellung, der Redoute, des Festes. Hier das Streben, durch den ästhetischen Wert zu wirken. Aber auch hier noch fast immer ein Ideenplakat, oft ein Bild. Erst das letzte Jahrzehnt hat uns dann das künstlerische Sachplakat gebracht, das als Schriftplakat auch ohne jedes bildliche Mittel für die Sache selbst ein Ausdrucksmittel wird, mit dem sie zur Masse redet und das in der edlen Sprache echter Kunst. — Mit dem Erwachen des Sinnes für das künstlerische Plakat ist vor etwa zwei Jahren in Berlin eine „Vereinigung der Plakatfreunde" ins Leben getreten, die das Sammeln und Austauschen von Plakaten fördert, Vorträge und Spezialausstellungen veranstaltet. Und im kommenden Februar wird in Berlin eine Ausstellung für alte und neue



Lucian Bernhard: Porträt.

Plakatkunst veranstaltet werden, kurz, das Plakat gewinnt mehr und mehr die ihm gebührende Beachtung.




Lucian Bernhard: Plakat. Auf schwarzem Grunde graugrüner Körper, hellblauer Hut, orange Schrift und Auge.

Ein Führender dieser Kunst, dessen individueller Entwicklungsgang die Bewegung selbst vielleicht am klarsten widerspiegelt, ist Lucian Bernhard in Berlin. Seine Arbeiten sind verblüffend einfach in den Mitteln, gerade, ehrlich und dabei voll Liebe und Wärme selbst für das kleinste Wesentliche. Man betrachte beispielsweise die nebenstehenden Porträts oder den Titel der Zeitschrift für moderne Reklame. Diese schwingened Glocke ruft, würdig und doch eindringlich. Nichts von dem schrillen Mißton schreiender Reklame. Oder der Pflug, das Signum dieser Zeitschrift.




Lucian Bernhard:
Porträt Edith Nebelong.

Bernhards eminentes Farbempfinden ist ein zweites Wesentliches seines Schaffens. Die nebenstehenden Reproduktionen in schwarz-weiß geben leider ein so unvollkommenes Bild von den Arbeiten Bernhards, die viel mehr malerisch als zeichnerisch gewertet werden müssen, daß wir anfangs überhaupt zögerten, sie zu geben. Nur das Titelblatt unserer Zeitschrift vermittelt hierfür einen Eindruck. Von den bekannten Plakaten, die nur farbig reproduziert werden könnten, hier also unberücksichtigt bleiben mußten, nennen wir nur: Priesterhölzer; Ein Maienfest bei Kroll; Clubsessel; Lodor; Tennis-Schütze; an Schriftplakaten: Nationalzeitung; Arena; das Deutsche Blatt. Sehr oft erzielt der Künstler nur mit Flächen und mit den sattesten Tönen nur der drei Farben Rot, Schwarz und Grün oder Blau zarteste Wirkungen; dann auch wieder den wuchtigen und lauten Ton, aber nie aufdringlich oder indiskret. Dieser Takt, diese Reinheit und Schlichtheit geben seinen eigenartigsten Farbenzusammenstellungen jenes Moment des Selbstverständlichen,




Lucian Bernhard: Plakat. Auf schwarzem Grunde grüner Körper, rote Schrift und rotes Auge.




Lucian Bernhard Kopfleiste.

ohne das man das peinliche Gefühl des allzu Gewagten haben würde.

Dies trifft selbst bei seinen groteskesten Plakaten zu, von denen wir zwei Beispiele in schwarz-weiß geben.

Auf dem Gebiete des B u c h s c h m u c k e s sind vor allem Bernhards bleibende Verdienste um die Schaffung edler Schrifttypen zu nennen. Das innere Titelblatt dieser Zeitschrift zeigt treffend, wie das Schriftbild einen Buchschmuck von stärkster und zugleich intimster Wirkung geben kann. Die Begabung für das Schlicht-Ornamentale und Dekorative zeigen auch die Schlußleiste und die Vignette für die „Funken“. Das Titelblatt zu dem „Paria“ wiederum gibt etwas von der Kraft, mit der der Künstler in jüngster Zeit das Moment des Entsetzlichen und Grauenhaften wiederholt ausdrucksvoll zu gestalten wußte. Anklänge an die alte graphische Kunst finden sich in dem Charakter der von Bernhard bevorzugten Schriftsatzanordnung. Er hat hier etwas von dem naiven, instinktsicheren Metteur des 16. und 17. Jahrhunderts.




Lucian Bernhard: Kopfleiste.

Damit wird der innerste Kern Bernhardscher Kunst berührt. Alle seine Arbeiten lassen sich auf eine einzige Formel bringen: e i n g e n i a l e s E r f a s s e n b l e i b e n d e r S t i l w e r t e u n s e r e r Z e i t. Es ist ein leidenschaftliches Dringen auf Schlichtheit und Natürlichkeit des Empfindens, auf Echtheit des Materials und auf Qualität. Dann wieder der starke Instinkt für die Ökonomie, für das Prinzip der größten Leistung mit den geringsten Mitteln, und endlich die Ausmünzung ästhetischer Werte für die Masse, die Durchsetzung selbst des kommerziellen Lebens mit Elementen der Kunst. Bernhards Plakate bedeuten ein Stück ästhetischer Erziehung der Masse, seine Kunst ist im besten Sinne sozial.

Die letzte „Berliner Große Kunstausstellung“ zeigte auch ein Zimmer nach Bernhards Entwurf. Es war interessant zu sehen, wie des Künstlers Eigenart sich hier durchsetzte: mehr in der neuen Komposition der Farben und



Lucian Bernhard: Signum des Vereins der Plakatfreunde.

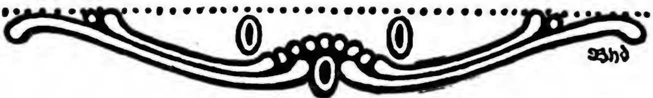



Lucian Bernhard: Titelblatt.

Linien, als in der Neuschöpfung; mehr in der Erzeugung neuer Gesamtstimmungen als der von Details. Aber seine Raumkunst, insonderheit seine jüngsten Bureaumöbel, zeigen auch neue konstruktive Werte: eine glückliche Synthese der amerikanischen praktischen Konstruktionen mit der Schwere und Solidität, dem fast patriarchalischen Zug ins Würdige, wie ihn der Deutsche in seinem Arbeitszimmer liebt.

Was die Grundlagen der Plakatkunst ausmacht: Sinn für Wirkung mit einfachster Technik, Gefühl für Farben, für Wirkung der Linie aus der Entfernung, für Stilreinheit: all das gewinnt jetzt vorbildliche Bedeutung für den Stil des deutschen Kunstgewerbes, ihn läuternd, bereichernd und vertiefend.





# LILY BRAUN, BERLIN: DIE SOZIALE POESIE DEUTSCHLANDS.



EVOLUTIONÄRE Epochen, in denen morsches Gemäuer zusammenbricht, um neuem jungen Leben Platz zu machen, sind von je die Geburtsstätten der Großen im Reiche der Geister gewesen. Jene Zeit gewaltiger Umwälzungen, der wir den Namen Renaissance mit gutem Recht gegeben haben, weist einen fast unerschöpflichen Reichtum an Künstlern und Dichtern auf. Und die Periode zwischen der Mitte und dem Ende des 18. Jahrhunderts, in der unter welterschütternden Wehen die neue Zeit geboren wurde, sah in Deutschland und Frankreich Dichter und Denker entstehen, deren gigantische Größe bis heute unübertroffen blieb. Der Sturm, der dann um die Mitte des 19. Jahrhunderts Europa durchbrauste, entfachte die Glut dichterischer Begeisterung zu heller Flamme; Herwegh, Freiligrath, Hartmann, Anastasius Grün, Béranger, Petőfi, Puschkin gaben der Qual und der Sehnsucht, dem Hoffen und Ringen ihrer Zeit den Ausdruck, und in des Engländers Thomas Hood Lied vom Hemde schluchzte und schrie zum ersten Male die ganze, gräßliche Not des modernen Proletariers.

Was für eine neue Blütezeit der Dichtung mußte nun wohl entstehen, als die Ideen des Sozialismus die Arbeiter der ganzen Welt zu erobern begannen und sie, alle Landesgrenzen nicht achtend, zu einer von dem gleichen Ideal begeisterten Masse zusammenschweißten? Mag man dem wissenschaftlichen Sozialismus wie immer gegenüberstehen — seine Bedeutung für die gesamte Kulturentwicklung, vor allem aber für die unter seinem Einfluß mächtig aufstrebende Arbeiterklasse wird selbst der Gegner anerkennen müssen. Diese Bewegung, die der Menschheit die Befreiung von Not und Elend verheißt, die die armen Sklaven der Arbeit zur Höhe freien Menschentums emporführen will, mußte, so scheint es, wie nur irgend eine in der Weltgeschichte, ihre begeisterten Sänger finden.

In der bewegten Zeit des Berliner Arbeitervereins der Lassalleaner — war nicht Lassalle selbst eine Gestalt wie geschaffen zum Helden der Dichtung? — gab Berthold Jacoby, einer ihrer Getreuen, sein Buch „Es werde Licht!“ heraus. Es ist reich an poetischer Schönheit, wie etwa die Rede eines Agitators reich daran sein kann, ohne deshalb schon eine Dichtung zu sein. Und auch ein Dichter von Gottes Gnaden, der so oft den echtesten Volksliederton zu treffen wußte, wie Ludwig Pfau, ist nur in einem Gedicht, das das soziale Empfinden des Volkes wiedergab, ganz Dichter geblieben: in seinem Weihnachtslied für deutsche Arbeiter, das mit den Zeilen schließt: „O Weihtag! wann der ob den Landen Die riesgen Lichteräste schwingt, Dann ist in jeder Brust erstanden Der Heiland, der die Freiheit bringt!“

Jahrelang blieb der junge Baum des Sozialismus verlassen von allen Singvögeln. Die Begeisterung für des geeinten neuen Reiches Herrlichkeit war bei denen, die „sagen können, was sie fühlen“ größer, als für das neue Ideal der Arbeiter, und groß war auch damals noch die Kluft, die den Gebildeten schied von der im Dunkel sich mühenden Masse. Erst allmählich wurde der Arbeiter für die Dichtung entdeckt. Nicht nur der Einfluß Frankreichs, der Zolas vor allem, lenkte die Blicke auf diese neue Welt, mehr noch war es die Aureole von Heldentum und Romantik, mit der das Sozialistengesetz die Vorkämpfer und Märtyrer des Sozialismus umgab. Eine im Kampf um mate-

rielle Güter und in deren Genuß aufgehende Gesellschaft auf der einen, eine für große Menschheitsideale mit Gut und Blut sich einsetzende kleine Schar auf der andern Seite — dem Genius des Dichters konnte die Wahl zwischen beiden nicht schwer fallen. Ins Volk zu gehen wurde zur Parole, und angesichts der jungen Poeten, die sich zusammenfanden, erschienen die kühnsten Hoffnungen auf eine neue Blütezeit der Dichtung unter dem Einfluß sozialer Ideale berechtigt, auch wenn ihre ersten Werke noch alle Zeichen der Gärung an sich trugen. Die Brüder Hart, die Holz und Schlaf, die Hartleben und Henckell, die Mackay und Wille, die Dehmel und Hauptmann schlugen den Ton an, der aus der Brust des Volkes selbst zu kommen schien. Ihr Schaffen unterstützten Zeitschriften derselben Richtung, ihre dramatischen Werke, denen sich die Theater alten Stils nicht so rasch öffneten, wurden auf der Freien Bühne, die auf Theaterzensur und Gelderwerb keine Rücksicht zu nehmen brauchte, lebendig. Holz' und Schlafs „Familie Selicke", Hartlebens „Hanna Jagert", Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang" zwangen auch den widerstrebenden Zuschauer Geschehnisse mitanzusehen, Zustände zu begreifen, denen der ehrsame Bürger in Wirklichkeit am liebsten weit aus dem Wege ging. Und schließlich brachte ein Werk von einer revolutionären und revolutionierenden Kraft ohnegleichen die Arbeiterbewegung selbst auf die Bühne: Gerhart Hauptmanns „Weber". Es war auch rein künstlerisch betrachtet eine Tat, denn ein Drama, das ohne eigentlichen Helden doch ein einheitliches Kunstwerk ist, konnte nur von einem Dichter ersten Ranges geschaffen werden.

In der Lyrik der Zeit klangen dieselben Melodien wieder, die das Drama zu Gehör brachte. „Ins schwarze Schuldbuch ihrer Zeit sind ihre Verse rote Glossen" kann mit einer leichten Variation eines Ausspruches von Arno Holz von ihr gesagt werden. In seinen eigenen Gedichten, vor allem in dem „Franzosenfressen" und in „Phantasus" pulsiert dasselbe heiße Blut voll Liebe und Haß, Mitleid und Empörung, wie in Herweghs besten Schöpfungen. Nur ein Beispiel:

„Der Märznacht goldne Sterne scheinen,
Ihr Himmel deckt uns alle zu;
Hör' auf, Du Mütterchen, mit Weinen,
Dein Kind ist besser dran als du.
Es braucht nicht nähend mehr zu sputen
Sich tief bis in die Nacht hinein;
Und wenn die Lüfte sie umfluten
Und rot die Rosen wieder bluten,
Spielt um sein Grab der Sonnenschein.

„Die Not im löchrigen Gewande
Zertritt die Perle der Moral;
Das Los der Armut ist die Schande,
Das Los der Schande das Spital!
Ach, jede Großstadt ist ein Zwinger,
Der rot von Blut und Tränen dampft;
Drum hütet euch, ihr armen Dinger,
Denn diese Welt hat schmutzige Finger,
Weh, wenn sie sie ins Herzfleisch krampft!"

Von John Henry Mackays brausenden Liedern, unter denen „Die Stimme der Freiheit" zuerst genannt werden muß, galt dasselbe, und all jene Liebe

zum Volk, all jene Hoffnung auf die Erfüllung gemeinsamer Freiheitsträume drückte sich in Heinrich Harts Hymnus aus, mit dem er sein „Lied der Menschheit" einleitete:

„Volk, das ich liebe, Volk, an dessen Kraft
Ich glaube, du der Menschheit Blut und Saft,
Du grüne Eiche, schwellend von Geäst,
Dein Haupt trinkt Himmelsglanz, gen Ost und West
Streckst du die Arme, erzgeschmiedet drückt
Dein Fuß des Erdreichs Kern, kein Sturmwind rückt
Zur Seite dich um einer Spanne Raum.
Durch deine Blätter rauscht ein Frühlingstraum,
Aus deinen Wipfeln klingt es wie Geläut:
Es kommt der Morgen, der die Welt erneut!"

Im Roman wurden ähnliche Stimmen, aber viel spärlicher und zurückhaltender laut. Die Masse des Romane konsumierenden Publikums, auf die als Absatzquelle der arme geistige Arbeitssklave, der Schriftsteller, Rücksicht nehmen muß, betrachtet die Lektüre wesentlich als Zerstreuung oder erwartet von ihr eine Art angenehmen Morphiumrausches, der über die Schmerzen des Daseins hinweghelfen soll. Es ist darum alles Andere, nur kein Kriterium künstlerischen Wertes, wenn Natalie Eschstruth und ihresgleichen in bezug auf die Auflageziffer ihrer Bücher stets den Vogel abschießen. Als einer der besten unter den älteren Prosaikern aus den Reihen sozialer Dichter muß Max Kretzer genannt werden. Die ganze Tragik des Verzweiflungskampfes, den das alte Handwerk gegen den Kapitalismus führt, hat er in seinem „Meister Timpe" ergreifend dargestellt, und in seinem „Gesicht Christi" hat er es verstanden, uns die Realistik des Proletarierlebens in dem Gewand echter Poesie greifbar deutlich vor Augen zu führen. Aber schon ihm entschwindet immer mehr, was den dramatischen und lyrischen Dichtungen jener Gruppe um den jungen Hauptmann die künstlerische Weihe gegeben hatte, die die trübsten Bilder sozialen Elends durch die Hoffnung und den Glauben an eine Erlösung daraus verklärt hatte. Der großen Menge sozialer Milieuschilderungen im Roman und in der Novelle, die allmählich das ganze Leben des arbeitenden Volks umfaßten, haftet jene graue Trostlosigkeit an, die an sich schon ein Zeichen dafür ist, wie der moderne Dichter sich mehr und mehr von den Idealen der achtziger Jahre entfernt.

Andere Tatsachen beleuchten diese tiefgehende Wandlung weit drastischer: Jene Poeten, deren Jugendwerke, etwa wie die eines Goethe und Schiller, der Auftakt zu herrlicher Lebenssymphonie zu sein schienen, von denen viele erwarteten, sie würden die großen Kämpfe der Zeit nicht nur in ihren Werken widerspiegeln, sie vielmehr auch durch den Flug ihres Geistes beeinflussen und erheben, — sie haben sich mit oft überraschender Schnelligkeit von dem kühn betretenen Pfade abgewandt. Wären sie auf neuen Wegen zu künstlerischer Vollendung gereift, niemand könnte und dürfte ihnen einen Vorwurf daraus machen, daß sie die alten verließen; aber bei den meisten entsprach eben die Entwicklung nicht dem vielverheißenden Anfang. Kleinlicher Parteihader, unverständige Kritik einseitiger Politiker vermochte die einen aus ihrer Bahn zu reißen; die andern ließen achtlos die blutrote Rose ihrer Jugenddichtung welken, um die blaue Märchenblume der Romantik zu suchen. Das Haupt der Muse mit einem Tropfen sozialen Öls zu salben, blieb zwar noch lange eine Notwendigkeit, der wir ein ebenso tiefes wie entsagungsvolles Werk,

wie Hauptmanns „Hannele“, eine so feingefügte Arbeit, wie Wildenbruchs „Haubenlerche” verdanken; und es wurde zu einer Modesache, die so unmögliche Birchpfeiffersche Rührstücke, wie Sudermanns „Stein unter Steinen” oder Hirschfelds „Mieze und Maria“ hervorrief.

Auch die Lyriker stimmten die Seiten auf andere Töne; viele von ihnen — der besten einer: Richard Dehmel an erster Stelle — fanden freilich dabei erst die rechte Melodie für ihren Genius. Zweifellos: das eine Gedicht vom Arbeitsmann mit den herrlichen Anfangszeilen:

„Wir haben ein Bett, wir haben ein Kind, mein Weib!
Wir haben auch Arbeit und gar zu zweit,
Und haben Sonne und Regen und Wind,
Und uns fehlt nur eine Kleinigkeit,
Um so frei zu sein, wie die Vögel sind: nur Zeit!“

und mit jener ganzen bitteren Ironie des erkennenden Proletariers erfüllt, erhebt Dehmel mit größerem Recht in die Reihe der ersten sozialen Dichter, als wenn er sein ganzes Leben über nichts als „gesinnungstüchtige“ Reime geschmiedet hätte! Getreue im Geist im Sinne ihrer Jugend blieben Mackay, Hart und Henckell, mögen sich auch die ersten beiden vom offiziellen, in der sozialdemokratischen Partei verkörperten Sozialismus noch so weit entfernt haben.

„Wo du gehst, da bricht in Flammen
Tausendjähriger Grund zusammen,
Drauf die Knechtschaft wuchernd stand,
Und der Hoffahrt morsche Götter
Treiben hin, wie Spreu im Wetter,
Auf vom Schlafe fährt das Land...
Wirf die Tore auf, Jahrhundert,
Komm herab, begrüßt, bewundert,
Sonnenleuchtend, morgenklar!
Keine Krone trägst du golden,
Doch ein Kranz von duftigholden
Frühlingsblüten schmückt dein Haar“.

So begrüßte Heinrich Hart mit altem Jugendfeuer und Jugendglauben das 20. Jahrhundert.

„Uns ist gefallen ein Los vor allen
Unvergleichlich und wahrhaft schön:
Wir steigen aufwärts und vorwärts wallen
Wir zu des Lebens leuchtenden Höh’n.
Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
Weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden
Zu uns die Stimme der Zukunft spricht!“

So läßt Karl Henckell die Entrechteten reden. Wer aber die ganze Dichtung der modernen Zeit überschaut, für den müssen diese wenigen Stimmen im großen Chor der andern untergehen. Und sehen wir uns gar nach den jüngsten Dichtern um, so gibt es unter ihnen nur sehr wenige, für die die sozialen Probleme so viel Anziehungskraft haben, um sie dichterisch zu gestalten, Milieuschilderungen gibt es freilich noch immer — photographisch

getreue Bilder der untersten Schichten des Proletariats vor allem, wie die von Ostwald und Hyan. Neu erobert hat die Dichtung die Welt des modernen Bauern, den keiner uns so lebendig und mit so urwüchsigem Humor vor Augen zu führen vermag wie Ludwig Thoma, der Schilderer seiner bayrischen Landsleute; dessen Tragik und Lebenskampf keine andere so ergreifend wiedergibt als Clara Viebig, die Dichterin der nebel- und sturmumwobenen Eifel. Sozialistische Jdeale aber kommen nirgends zur Geltung. Als eine der wenigen hat Clara Viebig ein ganz modernes soziales Problem, das der Dienstbotenfrage, ihrem Roman „Das tägliche Brot“ zugrunde gelegt und hat Lösungsmöglichkeiten gestreift. Sie bleibt aber auch da abseits von der sozialistischen Auffassungsweise. Eine der begabtesten modernen Schriftstellerinnen, Auguste Hauschner, gibt in ihrem Roman „Zwischen den Zeiten“ eine meisterhafte Schilderung böhmischen Weberelends; sie gelangt aber nur zu einem negativ-pessimistischen Resultat. Mit demselben Nachdruck wie sie weist Felix Holländer in seinem Roman „Der Weg des Thomas Truck“ bei aller Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse den Sozialismus zurück.

Jn der Lyrik und der Dramatik des 20. Jahrhunderts spielen soziale Probleme selten eine Rolle. Die Erotik mit ihren vielen, gewiß nicht minder tiefgreifenden Fragen ist fast überall an ihre Stelle getreten, und der Wunsch, nach all den vielen realen Daseinsnöten in der Dichtung den Zauberquell der Jugend, des Vergessens und der Begeisterung zu finden, ruft jene neue Romantik hervor, der vielleicht die nächste Zukunft gehört.

Gehen wir den Ursachen dieser Entwicklung auf den Grund, die auf den ersten Blick zu beweisen scheint, daß der Sozialismus die Keime neuen künstlerischen Lebens, die er in seinen Anfängen in sich trug, nicht zu entwickeln vermochte. Die schon genannten Werke von Auguste Hauschner und Felix Holländer geben uns schon einige Aufklärung. Auguste Hauschners Heldin ist eine von der Verfasserin kaum beabsichtigte Personifikation der sozialen Dichtung und ihrer Umkehr. Erfüllt von sozialen Jdealen und noch unklaren sozialistischen Überzeugungen begibt sie sich, um helfend einzugreifen, in die Mitte des Elends. Sie muß an ihrer selbstgewählten Aufgabe verzweifeln; das arme Volk, immer noch wie die Sklaven Roms nur nach „Brot und Spielen“ verlangend, will von ihrer Hilfe, die zunächst einmal sittlich heben will, nichts wissen. Sie ruft den Beistand ihres sozialistischen Freundes an; er kommt — und hier zeigt sich Auguste Hauschner bei aller Schönheit der Schilderung im einzelnen als echte Künstlerin, die nicht eine Tendenz auf zwei Beine stellt, sondern einen Menschen schafft. Was er bringt, ist nicht Erlösung, sondern Aufruhr; aufrühren muß er diese dumpfen Seelen bis ins Jnnerste, ihre seichte Unzufriedenheit muß er ihnen ebenso rauben wie ihre stumpfsinnige Zufriedenheit. Und nachdem er sie so um alles brachte, woran sie sich klammern zu können glaubten, reicht er ihnen als Ersatz nicht ein reicheres Leben, sondern die Aufforderung zur gewerkschaftlichen Organisation, zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Das reißt die, die auf das Wunder großer Befreiungen hofften, aus allen Himmeln: Wie, so nüchtern geht unser Hoffen und Wünschen aus?! Ein bischen Arbeitszeit weniger, ein bischen Lohn mehr — das ist das schließliche Ergebnis all der herrlichen, zukunfterobernden, menschheitsbegreifenden Bilder, die der Sozialismus uns vor Augen zauberte?! Enttäuscht und verbittert, weil sie doch nicht helfen kann, irre geworden an dem Glauben, der sich nicht gleich verwirklicht hat, zieht die Heldin sich aus der Mitte des armen Webervolks zurück.

Und so erging es den Dichtern: mit dem Enthusiasmus der Jugend erfaßten sie die neuen, Welterlösung verheißenden Jdeen, aber sie verloren für sie ihre lebenschaffende Kraft, als statt des Kampfes und des Rausches einer die Staaten erschütternden Revolution die nüchterne, langsame, tägliche Arbeit allmählicher Aufklärung der Köpfe, das mühselige Ringen um soziale Reformen an dessen Stelle trat. Diese Tätigkeit kann der Sozialpolitiker schildern, der Politiker mitmachen, sie entspricht aber nicht dem Wesen des Dichters. Und wenn er sich von ihr nicht zu künstlerischem Schaffen begeistern läßt, so ist es um so begreiflicher, wenn er als Außenstehender den großen Kulturwert selbst kleiner Errungenschaften für den Proletarier nicht im vollen Maße mitzuempfinden vermag.

Noch eine andere Tatsache vermag diese Auffassung zu stützen: Die moderne Dichtung keines andern Landes ist so erfüllt von sozialen Problemen, so getragen von revolutionären Jdealen als die Rußlands. Hier herrschen eben alle Schrecken und begeisternden Momente der Revolution, alle Romantik und alle Schauer wahrhaften Kampfes. Wie die Revolution von 1848 einen Herwegh und einen Freiligrath in heißem Enthusiasmus in die Saiten ihrer Leier greifen ließ, so mußte die russische Revolution einen Gorki und einen Andrejew entflammen. Und — bezeichnend genug! — selbst bei Nichtrussen löst diese mächtige Bewegung dichterische Begeisterung aus: Deutsche und Franzosen haben sie gefeiert, das einzige, wirklich revolutionäre deutsche Drama der Gegenwart — Leopold Kampfs „Am Vorabend" — hat die blutigen Freiheitskämpfe des russischen Volks zum Gegenstand.

Es kommt aber noch ein anderes hinzu, das die deutsche soziale Dichtung zu langsamem Verbluten brachte. Felix Holländer streift es in seinem Thomas Truck, indem er, in einer freilich stark übertreibenden Manier, darzustellen versucht, wie die prächtigen Freiheitsbestrebungen einer Gruppe Intellektueller auf den Widerstand, ja auf den Hohn der Sozialdemokraten stoßen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Verständnislosigkeit für all jene Geistesbewegungen, die außerhalb des Sozialismus ihren Ursprung haben, in vielen Kreisen der Partei nicht nur vorhanden ist — das wäre durchaus begreiflich und natürlich — sondern auch häufig großgezogen wird. Statt zu erkennen und diese Erkenntnis weiterzuverbreiten, daß jede freiheitliche, vorwärtstreibende Bewegung in der Richtungslinie der Entwicklung des Sozialismus liegt, daß es in seinem Interesse ist, sie zu fördern oder sich ihr zum mindesten neutral gegenüberzustellen, wird sie beargwöhnt oder beschimpft, und ihre Anhänger werden aus vielleicht Gleichgültigen oder noch lauen Freunden zu entschiedenen Feinden des Sozialismus. Auf die künstlerische Entwicklung wirkt dieses Zurückstoßen des im Werden begriffenen, nicht im Sozialismus Wurzelnden um so stärker, als niemand so sehr als der Künstler Freiheit zur Voraussetzung seiner Schaffensmöglichkeit hat. Läßt er sich in politische Parteidogmen einzwängen, so ist das schon ein Grund, seiner künstlerischen Größe zu mißtrauen, wie es denn wohl keines Beweises mehr bedarf, daß eine Dichtung nicht wegen, sondern trotz ihrer Tendenz ein vollendetes Kunstwerk sein kann.

Vielleicht sind es dieselben Ursachen, die dazu geführt haben, daß aus den Reihen des kämpfenden Proletariats selbst wohl hervorragende Politiker und Sozialpolitiker und ernste Männer der Wissenschaft hervorgegangen sind, daß es aber an großen Künstlern fehlt. Eine Erscheinung, wie Ada Negri, die als arme italienische Volksschullehrerin sicherlich eine Proletarierin

war, ist einzig in ihrer Art geblieben. Clara Müller, die man ihr zuweilen glaubte zur Seite stellen zu dürfen, weist in ihrem Gedichtbuch „Mit roten Kressen“ zweifellos einige Proben starken Talentes auf, aber von dem leidenschaftlichen Gefühl und dem revolutionären Feuer der Italienerin ist sie so weit entfernt wie ihre pommersche Heimat vom Adriatischen Meer. Verse voll Kraft und Schwung finden sich in Franz Diederichs Sammlung „Die Hämmer dröhnen“:

„Wir sind die Schmiede der neuen Zeit,
Wir schaffen am Feuer!
Das wirft rötende Gluten breit
Über altes Gemäuer.
Die Eisenhämmer schmettern,
Schlag klingend um Schlag ...
Draußen aber vor der Schmiede
Unter jung grünen Birkenblättern
Horcht dem klingenden, wilden Liede
Blutfrisch erglühend ein neuer
Siegender Frühlingstag.“

Das ist eines Dichters Sprache und Empfindung. Zuweilen aber fühlt der Leser instinktiv die ganze Gequältheit einer beabsichtigten Tendenzdichtung. Das zeigt sich auch in Otto Krilles, eines armen Maurersohnes, Gedichtsammlungen „Aus Welt und Einsamkeit“ und „Aus stillen Gassen“, trotz seiner urwüchsigen, natürlichen Begabung. Wo er Liebeslieder singt, Herbst und Frühling, Wald und Haide schildert, ist es der echte Ton des Volksliedes, der uns wohltuend in die Ohren klingt, und in seiner Dichtung „Sonnensehnsucht“ braust und flutet das sehnsüchtige Herzblut des Ringenden, daneben aber stoßen wir auf bloße gereimte Tendenz, die nicht nur uns erkältet, sondern am Ende auch die junge, weiche Seele eines Dichters zu harter, regloser Form knetet.

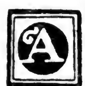
Die große Sehnsucht des Proletariats, der er stammelnde Worte leiht, bietet die Gewähr ihrer Erfüllung. Solange aber der mühselige Kampf ums Dasein und der aufreibende um bessere Arbeitsbedingungen, um mehr Recht, um mehr Freiheit alle Kräfte der Arbeiterschaft in Anspruch nimmt, ist es wie ein Wunder, wenn auch nur eine der zarten Blumen der Dichtung auf diesem harten Boden Wurzel faßt; und ein noch größeres Wunder ist es, wenn der eiserne Fuß der Not sie nicht vor der Zeit zertritt. Wenn die Erde jedoch einmal bereitet sein wird und Sonne und Regen sie gleichmäßig wärmt und nährt, — warum soll dann nicht aus einem starken, lebensfrohen Geschlecht, das nicht übersättigt ist von den Gütern der Kultur, sondern sie zum erstenmale mit allen Sinnen, mit jedem Herzschlag und mit jedem Gedanken in sich aufnimmt, der große Dichter der Zukunft erstehen?



# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

## VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA · PARIS

## NEUE KUNSTTENDENZEN IN OST UND WEST.



LLZUHÄUFIG spricht man von Kultur und Kunst des Ostens, gleich als besäße derselbe eine einheitliche Zivilisation. In Wahrheit stehen sich mehrere große Zivilisationssysteme in den Ländern Asiens gegenüber, und zwischen ihnen, vor allem den beiden führenden Kulturen, der Indiens und Chinas, klaffen ebenso tiefe Gegensätze, als zwischen einer von ihnen und der Europas. So sind es auch durchaus verschieden gerichtete Kunstsysteme, denen wir nordwärts und südwärts des Himalaya begegnen.

### I.

Indiens geistig-soziales Leben gipfelt seit alters her in seiner Religion und Philosophie. Die leidenschaftliche Wahrheitssehnsucht seiner herrschenden Brahmanenklasse leitete die Bestrebungen der Inder weit ab von den Realitäten des Lebens und hin zu den transzendentalen Problemen. So sucht auch die indische Kunst ihre Motive mit Vorliebe in der religiösen Welt; sie ist rein idealistisch, jeder naturalistischen Auffassung fremd.

Seit einem Jahrhundert freilich ist in die indische Traumwelt mit schwerem Tritt der nüchtern denkende Anglosachse getreten, und an Stelle der alten Weisheitsschulen erheben sich jetzt Lehrinstitute modern-europäischer Artung, in denen ohne jeden Zusammenhang mit der altindischen Volks- und Geistestradition europäisches Wissen und europäische Kunst gelehrt werden. An ihnen herangebildet, haben junge Inder ganz gute Nachahmungen europäischer Malerei geschaffen. Aber die schlummernde Energie des Volkes und seiner Führer lebten doch bald zu leidenschaftlichem Widerstande auf; man forderte Rückkehr zur nationalen Kunsttradition, und England, das ja den von ihm beherrschten Völkern in allem, was seine eigenen unmittelbaren Interessen nicht berührt, entgegenzukommen liebt, hat nachgegeben.

Die großen Kunstschulen des Landes, vor allem in der Hauptstadt Kalkutta, wurden wiederum unter die Leitung einheimischer, der nationalen Kunst zugetanen Professoren gestellt. Das Institut in Kalkutta steht unter Leitung von Mr. Tajore, der hier Anlehnung an die japanische Kunst bei gleichzeitiger strenger Ablehnung allen europäischen Einflusses durchzuführen bestrebt ist. Ob und wie weit es ihm und seinen Gleichstrebenden möglich sein wird, mit den Mitteln moderner staatlicher Fürsorge wieder lebendiges Kunstschaffen zurückzurufen, werden erst die nächsten Jahrezeigen.

Der einzige große Künstler, den heute Indien besitzt, Ravi Varma, ward noch herangebildet auf Schulen, die unter Europas Einfluß standen. Seine Technik lehnt sich stark an die unsrige an, wenngleich er mit seinen Ideen durchaus im alten indischen Geistes- und Religionsleben wurzelt. Er stammt

aus Travancore in Südindien, wo das Kastensystem und der altkonservative Geist sich weit stärker erhalten konnte als auf den von mohammedanischer und europäischer Eroberung so stark beeinflußten Ebenen des Nordens.

So sucht er auch all seine Motive in der altindischen Sage. Sakuntala vor allem, die rührende Mädchengestalt aus Kalidasas herrlichem Drama, wie sie inmitten der Tiere des Waldes als Priesterin waltet, ward von ihm mit Vorliebe dargestellt. Auch Sita Swarnamaja, die ihr so verwandte Sagengestalt, die gleichfalls die Einheit der Menschen mit der Natur so poetisch verkörpert, fand in ihm ihren künstlerischen Verklärer. Aber andererseits versuchte er doch auch, altindische Träumerei und Lieblichkeit in moderner Umgebung darzustellen und Bilder wie „Rêverie“, in dem er ein träumerisches indisches Mädchen der modernen Zeit darstellt, führen hinüber zu den künstlerischen Problemen des Westens. Wenn einmal das große Erwachen nationalen Geistes in Indien sein Ziel erreicht, dann dürfen wir auf eine schöne Renaissance indischer Kunst hoffen.

## II.

Ganz anders liegen die Bedingungen und Möglichkeiten der Kunst in den beiden großen Ländern buddhistischer Kultur: in Tibet und Siam.

So sehr auch Tibet mit seinem heiligen Glauben und seinem sinnfälligen Gottesdienst, seinem Papsttum, das an den Katholizismus Europas erinnert, vom reinen und ernsten religiösen Leben Siams abweicht, das den höchst entwickelten Formen des Protestantismus verwandt ist: beider Länder geistiges Wesen ist doch von der alles überragenden Buddhagestalt beherrscht. Eigenartige Verwandtschaft mit der religiösen Kunst des europäischen Mittelalters tritt uns in ihnen vor Augen.

Nur daß eben Buddha und Christus, die Gottmenschen und Kulturschöpfer der beiden Völkergruppen, ein ganz verschiedenes Ideal vertreten. Auch die künstlerische Darstellung der beiden atmet bei aller Verwandtschaft so ganz andern Geist. Christus, mit Vorliebe am Kreuze dargestellt, durch seinen Opfertod die leidende Menschheit erlösend, ein Heros der reformatorischen Tat. Buddha dagegen finden wir fast auf allen Abbildungen Tibets wie Siams einsam nach nationaler Art mit aufeinander geschlagenen Beinen sitzend, mit nach innen gekehrtem wahrheitsuchendem Blicke, träumend und sinnend. Dies Ideal der Vergeistigung in immer größerer Reinheit darzustellen, hat sich die Kunst der buddhistischen Völker durch die Jahrtausende hindurch bemüht. Was sie sonst noch in Tibet geschaffen hat, in oft grotesker Darstellung der Heiligen und Gefährten des Meisters, das sinkt zum Kunstniveau der Naturvölker herab. Nur der Buddhadienst allein hat ja in den rauhen Bergen des Himalaya durch die langen Zeiten hindurch die bei den rauhen Wildnisvölkern entzündete Flamme indischer Zivilisation nicht mehr ersterben lassen.

In Siam selbst hat man bewußt, mit geradezu eifersüchtiger Strenge, alle andern Kunstmotive ausgeschaltet. Was immer sonst noch geschaffen wird, das dient bloß als Umrahmung der alles überragenden Gestalt des Meisters.

## III.

Eine ganz andere Welt betreten wir in Chinas Ebenen, wo ein nüchtern fleißiges Volk ein Leben der Arbeit lebt. Seine Kunst ist realistisch.

Vom Alltag holt sie ihre Motive, und selbst, wo sie Sagen behandelt, tut sie es im Geiste nüchternen Beschauens. Wenig Großes hat sie der Nachwelt überlassen. Aber doch eins, das ihr Unsterblichkeit sichert: an ihren Schulen hat sich die begabtere Tochter, die japanische Kunst, zur führenden Stellung herangebildet. Daß dies japanische Volk zu so hoher Kunstentfaltung gelangen konnte, ist kein historischer Zufall. Jede Blüte der Kunst wird ja geboren vom gewaltigen, nach Gestaltung drängenden Sehnen der Volksseele; und an feinsinnigem Fühlen und an leidenschaftlichem Wollen überragen die Japaner wohl alle Nationen der Erde. Hat letztere Eigenschaft die hohe Entfaltung ihrer dramatischen Kunst bewirkt, so führte die erstere die Blüte ihrer Malerei herbei.

Am bedeutsamsten findet sich dies wohl in ihrem Verhältnis zur Natur, das begünstigt wird durch Japans anmutige wellige Landschaft, die reiche Vegetation seiner Hügel und Küsten und die eigengearteten Lichtstimmungen des Insellandes. Ein Vulkan wie der Fusijama mit seinem Wolkenkranze, über den die Bergesspitze in den lichten Äther emporragt, mußte eine reiche Quelle künstlerischer Anregung werden. Immer wieder kehrt er in neuer Auffassung in den japanischen Gemälden wieder. Aber wohl noch bedeutungsvoller, gemessen an unserem Kunstempfinden, ist die japanische Malerei in ihrer Darstellung des Kleinlebens der Natur, in ihrer Verklärung der Poesie der heimischen Pflanzen und Vögel, der Wasserfälle und der Gestirne.

Wenn Europa immer nur menschliches Empfinden künstlerisch zu verklären gewußt hat, so greift Japan darüber hinaus und gibt die Poesie aller Naturwesen in panpsychistischem Geiste wieder. Die Lieblingsmotive japanischer Landschaftsmalerei sind das sehnende Streben der Pflanzen zur Sonne, das Dürsten der Blumen am Wasserfalle, nach erquickender Labung, der eilende Flug der Vögel über die sturmbewegten Wasser. Ein ganz neues Reich des Nach- und Mitempfindens außermenschlicher Stimmungen wird durch diese Verklärung des Wollens und Sehnens unserer Geschwister in der Pflanzen- und Tierwelt unserem Geist erschlossen. Das Sehnen und Drängen dieser Wesen, die anders, aber doch gleich stark empfinden mögen als wir selbst, kommt in leidenschaftlicher Weisein diesen Gemälden zum Ausdruck.

Dieser herrlich erblühten Kunst ist in jüngster Zeit die Malerei des Westens gegenübergetreten, begünstigt von dem auf andern Gebieten allzu begründeten Wunsche der Japaner, sich in allem und jedem dem Kulturleben des Abendlandes anzugleichen. So entstanden in Japan europäische Kunstschulen, und junge Maler ahmten mit Mitteln europäischer Technik westliche Vorbilder nach. Die gerechte Empörung des Volkes ob dieser Gefahr, die dem Besten der nationalen Kultur drohte, hemmte freilich das weitere Vordringen dieser Entwicklungstendenz.

Inzwischen aber hat sich eine dritte Strömung entwickelt, die die altjapanische Technik und Auffassung im wesentlichen beibehält, jedoch manche technische Neuerung und vor allem den Geist realistischer Darstellung dem Westen entlehnen will. Die jungen Künstler dieser Richtung haben manch Bedeutendes geschaffen. Sie haben vor allem die in Japan bis dahin ganz unbekannte soziale Kunst begründet, haben der im Kampf und in der Not der Menschen schlummernden Poesie eine Stätte im Kunstschaffen gegeben. Wir dürfen hoffen, daß Japan mit seiner gewaltigen künstlerischen Volksenergie auch auf diesem neuen Felde Bedeutendes leisten und späterhin auch der sozialen Kunst Europas wertvolle Schöpfungen zuführen wird.

## IV.

Wenn wir weiter blicken und die neuen Kunsttendenzen unserer eigenen Rasse betrachten, dann mag uns ein erster Blick auf die Zukunftsmöglichkeiten des Kunstschaffens des Tages, und gerade seiner verfeinertsten Verästelungen, zu trübem Pessimismus führen.

Betrachten wir die soziale Klasse, die in allen Kulturländern des Westens Hauptträgerin aller geistigen und künstlerischen Betätigung ist, die Bourgeoisie. Ihre heroische Epoche: das Zeitalter ihres siegreichen Aufstrebens zur Macht und ihre Überwindung der alten feudalen Institutionen, ist vorüber. Die freiheitlichen Ideale des Bürgertums haben ihre Erfüllung gefunden, der Reichtum beider Hemisphären füllt seine Schränke; wenig mehr gibt es zu sehen und zu träumen.

Und so gehört denn auch die revolutionäre Poesie, wie sie speziell in Deutschland, aber auch in andern Ländern das Zeitalter der großen bürgerlichen Revolution kennzeichnet, der Geschichte an.

Man kehrt zum „l'art pour l'art" - Prinzip, zum Erfassen der Formen als Selbstzweck zurück, man sucht die Motive poetischer Darstellung jenseits der Probleme der Außenwelt immer ausschließlicher im individuellen Seelenleben und seinen Konflikten.

Gerade bei den begabtesten Menschen und Dichtern dieser an ihr geschichtliches Ziel gelangten Klasse tritt diese bewußte Abkehr von allen positiven Idealen besonders scharf in Erscheinung. Man sucht das Ideal durch die Sensation zu ersetzen; man schwankt zwischen gewollter Müdigkeit und gewollter Überreizung hin und her. Zugleich vollzieht sich die Loslösung von allen alten Traditionen, und eine geistige Vielseitigkeit, wie sie eben nur von einer der unmittelbaren Lebenssorge entrückten Klasse gewonnen werden konnte. Die Seelenstimmung der Periode, die wir mit Recht und Unrecht als Decadence charakterisieren, entwickelte sich wiederum in Skandinavien und Deutschland schärfer denn in allen andern Ländern.

Dichter wie Friedrich Dehmel und auf ganz anderer Linie Marie Madeleine geben dieser müden und doch feinstimmigen Seelenverfassung ergreifenden Ausdruck, und die impressionistischen Dichter und Künstler aller Länder schaffen mehr oder minder im gleichen Geiste.

Freilich kann all die poetische Schönheit und seelische Feinheit im einzelnen nicht darüber wegtäuschen, daß jenseits dieser Dichter und ihrer Epoche kein Morgen, keine Zukunft liegt.

Sie müssen immer tiefer ins eigene Menschenleben hinabtauchen, immer neue Möglichkeiten psychischer Verästelung dartun. Es gibt aber eine Grenze für all diese Bestrebungen. Nur aus der Erfassung neuer Tatsachen und Stimmungen des Kosmos können tatsächlich neugeartete seelische Tatsachen erwachsen, und gerade dieses Verständnis für die Erscheinungsformen der Außenwelt, diese Verklärung positiver Ideale fehlt diesen Dichtern, — muß ihnen fehlen, weil eben die Klasse, aus der sie hervorgewachsen, deren Wortführer sie sind, keine positiven Ideale mehr besitzt, weil sie in der Zukunft nur mehr Niedergang zu gewärtigen haben.

## V.

Große Zukunftsmöglichkeiten poetischer und künstlerischer Produktion schlummern dagegen in dem mehr und mehr emporsteigenden Proletariat.

In den Tiefen der Gesellschaft, in Elend, Not und sittlicher Verwilderung hat es seine geschichtliche Existenz begonnen. Aber im siegvollen Aufstieg zu politischer Macht, ökonomischem Besserergehen und geistig-sittlicher Reife hat es aus den Elendesten der Elenden eine große Kulturmacht zusammengeschmiedet. Vielartig sind die Kämpfe und Konflikte im Entwicklungsgange dieser neuen Klasse und vielartig auch darum die poetischen Motive, die aus ihr erwachsen.

Eine eigenartige Schule von Arbeiterdichtern hat sich in Paris gebildet, die in unmittelbarster Weise die eigenen Leidenskämpfe und Ideale im Liede festhält (siehe Bericht über französische proletarische Poesie auf Seite 215).

Anderwärts finden wir trotz alledem meist noch Dichter, die jenseits der Arbeiterschaft selbst erwachsen und bloß mit dem Auge der Sympathie deren Kämpfe betrachten. Deutschland besitzt eine reiche Fülle sozialer und Arbeiterdichtung (siehe Bericht von Lily Braun auf Seite 138). In Amerika erwachsen gleiche Bestrebungen (siehe Bericht von Clara Rouge auf Seite 189). Unendlich reich ist ja die Fülle der Motive, die sich einerseits im Arbeiterleben selbst, andererseits in der sozialistischen Bewegung mit ihren weittragenden Idealen dem sehenden Künstler und Dichter darbieten. Der Streik mit seiner Leidenschaft und Selbstaufopferung, der Arbeitersaal der Fabrik mit seinen schwirrenden Maschinen und seiner Gefahr für Leben und Gesundheit, die Arbeiterhütte mit ihrer materiellen Not und ihren machtvollen Zukunftsträumen, die Volksversammlung mit ihrer Leidenschaft, das sozialistische Ideal mit seiner begeisternden, Millionen zu einem Ziel zusammenschweißenden Energie: all das ist der Spiegelung in Kunst und Poesie fähig und findet immer mehr seine Künstler und Dichter (siehe Bericht von Walter Crane auf Seite 121).

Und auch jenseits der eigenen Sphäre der Arbeiterschaft birgt das moderne soziale und industrielle Leben viel der poetisch darstellbaren Konflikte (siehe den Bericht über dramatische Möglichkeiten auf Seite 211). Die Kriege der Vergangenheit haben ihre Sänger gefunden. Die nicht minder bedeutsamen ökonomischen und sozialen Kämpfe der Gegenwart sind noch nicht poetisch dargestellt worden. Und doch liegt hier eine Quelle von Anregung, wie die beiden nachstehenden Versuche poetischer Verwertung sozialer Motive veranschaulichen mögen.[1])

## STREIKBRECHER.

In'n Rücken fiel ich der Freunde Schar
Statt schuldiger Treu;
Die Kette, die schon zerbrochen war,
Ich schmiedet' sie neu.

O schlügen sie doch zum Verräterlohn
Mir ins Gesicht,
Doch diesen Blick voll verachtendem Hohn,
Den ertrag' ich nicht!

---

[1]) Diese und die weiteren Gedichtproben sollen nur die Verwendbarkeit bestimmter neuer Ideengruppen für die Dichtung dartun; sie erheben aber nicht Anspruch darauf, in künstlerischer Hinsicht schon absolute Werte zu geben.

Und hab's doch getan, weil die Kinder zu Haus'
Vor Hunger schrien,
Und weil mir bei all dem Jammer und Graus
Der Verstand tat fliehn.

O hätt' ich gestohlen des Reichen Geld,
Wär' besser schier,
Im Kerker säß' ich, entehrt vor der Welt,
Doch nicht vor mir.

### AM 1. MAI.

Der milden Frühlingssonne Fluten dringen
Durchs Hüttenfenster auf ein Krankenlager,
Wo sich ein Mann im letzten Kampfe windet,
Von frongequältem Leben bleich und hager.

Das Auge schon vom Tode überschattet,
Blickt heiter fast, als freu' er sich der Stunden,
Da seine Glieder nun am Totenbette
Die langersehnte Ruhe doch gefunden.

Auf einmal spannen sich die müden Sehnen,
Er hebt das Ohr zu fernem Massensange,
Das Lied der Arbeit lispeln seine Lippen,
Und freudvoll lauscht er dem geweihten Klange.

Und näher braust das Lied aus tausend Kehlen,
Vorüber zieh'n die Reihen der Genossen,
In deren Mitt' er seine schönsten Stunden,
Der Siegeshoffnung stolzes Glück genossen.

Da springt er stürmisch auf von seinem Bette,
Als wollt' er weiterziehen mit den Freunden;
Doch schon nach wenig Schritten sinkt er nieder,
Im Tode strecken sich die müden Glieder.

Das Auge aber leuchtet mild verklärt,
Das Glück der Enkel liegt auf seinem Scheine,
Die, dank der Arbeit kühn erhob'nem Schwert
Kein elend Leben enden wie das seine.

## VI.

Aber freilich bietet auch die soziale Dichtung und Kunst keinen Ausblick auf schrankenlose Zukunft. Sie ist ein Kind einer gegebenen Epoche, sie schildert Konflikte, die einem bestimmten Augenblicke der Weltgeschichte eigen sind, und mit der Wandlung dieser sozialen Tatsache und Kämpfe muß sie verschwinden. Welche neuen Motive eröffnen sich aber für die Kunst der Zukunft, für die Kunst einer Epoche, die jenseits der sozialen Konflikte zur harmonischen Lebensauffassung sich durchgerungen?

Japan gibt uns Antwort. So wie es selbst die sozialen Kunstmotive dem Westen entlehnt, so eröffnet es uns den Ausblick auf eine neue, von panpsychistischem Geist erfüllte Poesie und Kunst des Weltalls.

Je mehr unsere Weltauffassung von den Errungenschaften der Naturwissenschaften beherrscht wird, je mehr wir uns in die gewaltigen Strebungen in der Sternen- und Erdwelt, im Reich der Tiere und Pflanzen versenken, desto mehr muß uns die Poesie all dessen offenbar werden (siehe Bericht von Scherbart über Poesie der Sterne auf Seite 209). Für die Menschen der Vergangenheit haben all die Erscheinungen und Wesen der Natur nur vom utilitaristischen Standpunkt aus Interesse gehabt. Der Mensch der Jetztzeit erkennt im Geiste der Entwicklungslehre seine eigene Stellung als Bruder all der andern Wesen der Natur, er findet mehr und mehr im Anschauen der großen Probleme des Weltalls, im Hoffen auf stets umfassendere Erkenntnis, stets weitergehende Beherrschung der Naturkräfte durch den menschlichen Geist, persönliche Befriedigung und Freude. Auch diese neue Periode der psychischen Menschheitsentwicklung wird und muß ihre Sänger und Künstler finden, die neue Welt- und Lebensanschauung muß und wird sich in Poesie und Kunst widerspiegeln, die neuen Anschauungen und Ideale werden zu Versen und Gemälden werden. Nachstehend einige Proben solcher Dichtungen:

### ZUKUNFT.

Alles, was mir nicht gegeben,
Wird mein Kind, mein Kind erleben!
Was noch mangelt unsren Zeiten,
Wird die Zukunft sich erstreiten.
Wenn dir bangt ob deinem Darben,
Deinen Schmerzen, deinen Narben,
Hast du nicht doch dumpf empfunden:
„Gut, ich geb' mich überwunden .....
Aber aus der Menschheit Schoß
Ringt sich der Messias los.“

### STERNSCHNUPPE.

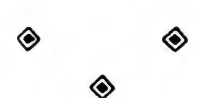
Ein Sternlein fällt vom Firmamente nieder,
Ein zweites reißt sich los vom Himmelszelt,
Als letzte Trümmer künden sie verlöschend
Von einer eh'mals lebensvollen Welt,
Die nun verwesend in die Uratome
Läßt wieder ihren Strahlenleib zerwehn;
Als weinten um die Schwester alle Sterne
Glaub' ich durch's tränenfeuchte Aug' zu sehn:
Ein trügend Blinken . . . die Gestirne leuchten
So hell und strahlend wie nur je zuvor.
Und Du, o Mensch, glaubst an der Welten Ende,
Wenn Deine Liebste sich der Tod erkor?!

GEBET.

Sonne, zu Dir, die einst Du die Erde
Hast geboren aus Flammenloh'n,
Mutter des Lebens, Mutter des Geistes
Lass' zu Dir beten, mich Deinen Sohn!
Lasse Dir alles zu Füßen legen,
Was wir Menschen auf Erden vollbracht!
Danken wir wir doch unser Geistesglüh'n
Einzig nur Deiner berauschenden Macht.
Und ein Gelöbnis sei Dir geweihet,
Mutter der Menschheit, zum Dankespfand:
Während Du alterst in Jahrmillionen
Heißer stets glüh' unser Geistesbrand!
Und wenn Du einst den Weltentod sterbend
Schwebst durch den Äther kalt und bleich,
Wollen wir auf des Weltalls Sternen
Gründen ein neues Menschenreich,
Wollen Dein feurig-gold'nes Banner
Pflanzen im ganzen Weltenraum:
„In Deinen Kindern ewig zu leben"
Träum ihn, o Sonn': der Unsterblichkeit Traum! —

Eine neue Kunstperiode der Ideendichtung und Ideenmalerei scheint mir heranzubrechen. Nur freilich nicht in dem alten Sinne des Symbolismus, der die Gedanken durch konventionelle Symbole wie durch Hieroglyphen darzustellen suchte, für den die Malerei eine anders geartete Schrift von konventionellen Zeichen war. Ideen können in der bildenden Kunst nicht unmittelbar dargestellt werden. Möglich nur ist es durch Darstellung sinnfälliger Gestalten, solche Stimmungen im Gemüte des Beschauers hervorzurufen, daß sich an diese durch seelische Assoziation die Ideen des schaffenden Künstlers in des Beschauers Seele knüpfen.

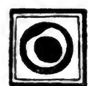
Japan zeigt uns hier die Bahn. Wenn wir Westländer diese Entwicklungslinie weiterführen unter Heranziehung der modernen wissenschaftlichen Erkenntnis, dann kommen wir zu ganz neuen und wahrhaft großen Motiven der Dichtung und Kunst der Zukunft.



# KORRESPONDENZEN

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### ENGELBERT PERNERSTORFER, MITGLIED DES ÖSTERR. REICHSRATES WIEN: FORTSCHRITTSMÖGLICHKEITEN IN ÖSTERREICH.



ESTERREICH gilt als ein Grenzland der europäischen Kultur. Für den Nichtösterreicher ist Österreich mehr eine interessante, fremdartige Kuriosität, ohne größere Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit. Der Österreicher selbst, soweit dieser Sammelname heute überhaupt einen Sinn hat, hält von seinem Lande auch nicht viel. Durch die 10 Jahre der parlamentarischen Obstruktion sind alle zentrifugalen Bestrebungen so verstärkt worden, daß der allgemeine Zustand mehr der der Verzweiflung, der völligen Trostlosigkeit war. Die vielen Nationen trachteten auseinander. Das Gefühl einer Einheit schien verschwunden. Wenn Ungarn scheinbar ein anderes Bild darbot, so belehren zahlreiche Symptome, die nur noch weniger der europäischen Öffentlichkeit bekannt werden, als die inneren Erscheinungen Westösterreichs, daß auch dort jene nationalen Strömungen an Kraft gewinnen, die das äußerliche Einheitsgepräge des Staates bedrohen. So schien diesseits und jenseits der Leitha sich alles so zu gestalten, als stände die Monarchie unmittelbar vor dem gänzlichen Verfalle oder wenigstens an dem Beginn einer hoffnungslosen Versumpfung.

Und heute? Was gestern als sicher schien, erscheint heute nicht einmal mehr als wahrscheinlich. Neue Hoffnungen beginnen zu leuchten. Neue Ideen steigen auf. Aus einer Periode ebenso aufreibender wie fruchtloser Kämpfe scheinen wir in eine Zeit fruchtbarer, realer Arbeit einzutreten. Natürlich nicht mit einem Sprunge. Aber die Ansätze zeigen sich.

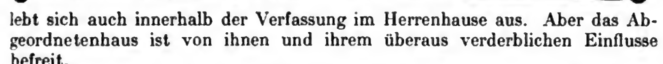
Ohne Zweifel ist es der große politische Fortschritt, den Österreich durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gemacht hat, der dies bewirkt hat. Das neue Wahlrecht ist der erste entschiedene und entscheidende Schritt zur Demokratie in Österreich. Es ist beileibe noch nicht die Erfüllung. Aber es ist die Verheißung. Und daß schon diese imstande ist, neue Ideen wachzurufen, neue Hoffnungen zu erwecken, neue Kräfte lebendig zu machen, zeugt von der erfrischenden Macht des demokratischen Gedankens.

Der Ausländer kann sich von dem österreichischen Elend keine Vorstellung machen. Ein Parlament, das keine Volksvertretung war! Es sollte eine Interessenvertretung vorstellen. In Wirklichkeit hatte die Kurie des großen Grundbesitzes (86 Abgeordnete unter 353) den größten Einfluß. Die großen, nicht direkte Steuer zahlenden Massen waren ganz ohne Wahlrecht. Als sie 1896 eines bekamen (die sog. fünfte Kurie, die Badenische Wahlreform) war die Zahl ihrer Abgeordneten geringer (72) als die der Großgrundbesitzer und die Wahlbezirke waren so groß, daß sie allein dieses allgemeine Wahl-

recht zur Karikatur stempelten. Dazu eine Gesetzgebung, die sich „liberal“ drapierte. In den Staatsgrundgesetzen von 1867 alle Freiheiten garantiert! In der Praxis Willkür und Unterdrückung! Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist groß geworden trotz aller Brutalität aller Regierungen. Ein Verwaltungsorganismus der kompliziertesten Art! Neben dem Reichsparlamente eine Reihe von 17 Landtagen mit Verwaltungs- und beschränkter Gesetzgebungskompetenz! Und in Reich und Land 8 Nationen, die mit List und Gewalt gegeneinander streiten und intrigieren!

Aber — kann man sagen — unsere Kautschukgesetze, unsere Landtage, unsere Nationen sind geblieben, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hat daran nichts geändert, worin liegt der Fortschritt? Soll er etwa darin liegen, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nun offen gezeigt hat, daß der römisch-katholische Klerikalismus in Österreich eine kolossale Macht ist? Früher, werden die Zweifler sagen, ist scheinliberal regiert worden, jetzt wird echtklerikal regiert werden.

Noch immer es ist nicht ein Gemeingut politischer Erkenntnis geworden, daß die tatsächlichen Zustände eines Landes sich in seinen Institutionen und Gesetzen ausdrücken sollen. Liberale Gesetze auf dem Papiere täuschen die Freiheit vor. Sie schläfern ein oder erfüllen mit Verachtung. Die Wahrheit zu fordern, ist nicht bloß ein moralisches Gebot, es ist vor allem ein Verlangen der praktischen Nützlichkeit. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht wird nicht auf einmal aus dem pfäffischen, feudalen, fast ausschließlich dynastischen Zwecken dienstbar gemachten Österreich ein freies, seinen Völkern dienendes Land machen. Die Dynastie ist noch immer in der Vorstellung der urteilslosen und politisch wenig gebildeten Massen mit einer Art Heiligenschein umgeben, die katholische Kirche wurzelt noch fest in den stumpfen Gemütern von Millionen, der Feudaladel hat eine kolossale wirtschaftliche und daher politische Macht. Das sind drei Positionen, die dem Fortschritt immer hemmend in den Weg treten werden, wenn es sich um die Befreiung der Geister handelt. In rein politischen, formalen Fragen wird häufig der Widerstand des Hofes und der Römlinge schnell zurückweichen. Das hat sich ja bei dem Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gezeigt. Da hat sich die Dynastie sogar mit dem Proletariat verbündet. In diesem Augenblicke erkannte der Monarch die Notwendigkeit dieser radikalen Reform. Denn wenn ein Zustand eingetreten war, der die verschiedenen Nationen des Staates, der fast schon alle Individuen mit völliger Teilnahmslosigkeit, ja mit Haß gegen den Gesamtstaat erfüllte, der einen eventuellen Zusammenbruch und einer Aufteilung des Reiches an die Nachbarstaaten mit kältester Gleichgültigkeit gegenüberstand — eine Familie gab und gibt es in Österreich, die das lebhafteste Interesse daran hat, daß der Staat nicht zerfällt, das ist die Herrscherfamilie. Und dort, wo es sich um die nackte Existenz handelt, ist in der Regel die Erkenntnis sehr schnell geschärft. Es ist also nicht gar so verwunderlich, daß der Kaiser für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war. Es war eben das letzte Mittel. Auch die Klerikalen waren wenigstens in ihrer Mehrheit klug genug, sich nicht gegen den Strom zu stellen. Außerdem hofften sie auf große Wahlerfolge und das Beispiel des deutschen Zentrums war auch verführerisch. Nur die Feudalen waren durch ihr parlamentarisches Privilegium so korrumpiert und entnervt, daß sie in unrühmlicher Opposition gegen das große Reformwerk eine überaus klägliche Rolle spielten. Ihre tatsächliche Macht ist durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht gebrochen und



lebt sich auch innerhalb der Verfassung im Herrenhause aus. Aber das Abgeordnetenhaus ist von ihnen und ihrem überaus verderblichen Einflusse befreit.

Die bange Frage aller Freunde der Freiheit und des Fortschrittes ist nun die: was haben wir von der großen formellen Reform des Parlamentes für unsere Sache zu erwarten? Wird eine klerikale Reaktion kommen?

Da muß vor allem gesagt werden: wir haben in Österreich seit 30 Jahren die klerikale Reaktion. Besser würde man wohl sagen: der Klerikalismus hat seit den Tagen Ferdinand II. in Österreich zu herrschen nicht aufgehört. Wenn auch Maria Theresia eine starke, selbstbewußte Herrscherin war und gewisse Übergriffe Roms zurückwies, im großen und ganzen war sie der katholischen Kirche völlig ergeben. Josef II. hätte vielleicht größere Widerstände gegen Rom versucht, wenn er gesünder gewesen wäre und länger gelebt hätte. Die Revolution von 1848, die ja wesentlich nur von einer dünnen Schichte von Intellektuellen getragen war, verzischte rasch und stärkte schließlich nur die Macht der Kutte, die mit dem Säbel eng verbunden war. Und als infolge dieses ebenso unfähigen wie für das Land ruinösen Regimentes der Kutte und des Säbels Solferino und Königgrätz kam, als Österreich militärisch und finanziell am Boden lag, da mußte die Krone sich dazu bequemen, eine „liberale" Verfassung zu geben. Der Himmel schien voll „liberaler" Geigen zu hängen, man blies gegen den Klerikalismus Sturm, man zerriß das Konkordat mit Rom, man gab ein leidlich gutes Reichsvolksschulgesetz. Aber die „liberalen" Kräfte waren noch allzuschwach. Hinter dem „liberalen" Parlamente standen keine liberalen Massen. Wohl mußte der Klerikalismus sich einige Zeit ducken. Er hatte zu viele Sünden auf sein schuldbeladenes Haupt gehäuft. Aber der „liberale" Rausch dauerte nicht viel über ein Jahrzehnt. Auch wenn Rom schweigt, arbeitet es unablässig und vielleicht gerade dann am eifrigsten. Und so haben wir die Wiedergeburt des Klerikalismus in Österreich erlebt. Was ist, erscheint. Und im österreichischen Parlamente sind die Klerikalen die stärkste Partei.

Daß die klerikale Partei wieder so stark wurde, ist aber nicht etwa bloß eine Folge ihrer eigenen Kraft, sondern auch ein Ergebnis der Schwäche des österreichischen Liberalismus. Er war immer nur ein halber, ein Pseudoliberalismus. In der Zeit seiner Blüte hat er nichts getan, um Anhänger zu erzielen und bot alsbald innerlich ein Bild der Zerrissenheit und der wirtschaftlichen Korruption.

Hätte der neuaufstrebende Klerikalismus in Österreich bloß als Gegner den österreichischen Liberalismus und Freisinn vor sich, dann dürfte er mit den größten und berechtigsten Erwartungen in den Kampf ziehen. Dann wäre wieder eine Zeit gekommen, in der sich etwa mutatis mutandis wiederholen könnte, was als grauenhafte geschichtliche Erinnerung aus dem 18. Jahrhundert in uns lebt. Die Klerikalen können hoffen, wieder einen Zustand hervorzurufen, wie er damals bestand, als im Westen Europas die größte geistige Regsamkeit herrschte, während Österreichs geistiges Leben jämmerlich stagnierte. Als insbesondere in den deutschen Ländern sich jene gewaltige Wiedergeburt vollzog, die vielleicht beispiellos in der ganzen Geschichte ist, als das nach dem Dreißigjährigen Kriege aus tausend Wunden blutende deutsche Volk, materiell und geistig gebrochen, plötzlich anhub, eine neue geistige Kultur zu entwickeln, die in einer Reihe von glänzenden Genies ihren höchsten Ausdruck fand (nur Goethe und Schiller seien ausdrücklich genannt), als

der Strom dieses neuen geistigen Lebens mit stolzem Rauschen durch die deutschen Lande brauste, da herrschte in Österreich geistige Öde und von jenem Strom rieselte kaum ab und zu ein Wasseräderchen zu uns herüber, um auf dem dürren und unfruchtbaren Boden Österreichs alsbald zu verdunsten. Die nichtdeutschen Völker Österreichs waren völlig stumm, und doch sollten fast hundert Jahre später diese gleich dem deutsch-österreichischen Stamm selbst erweisen, wieviel natürliche und unzerstörbare Kraft in ihnen lebte, die sofort wirksam wurde, als der unleidliche Druck der kulturfeindlichen Mächte nicht mehr die Gewalt hatte, tyrannisch auf ihnen zu lasten. Übrigens ein tröstlicher Beweis dafür, daß echtes Volkstum unbesiegbar ist. Aber wenn der klerikalen Herrschgier kein anderer Widerstand als der der bürgerlich organisierten Elemente entgegengestellt werden könnte, so hätte sie wohl, wie sie glaubt, die Macht in sich, den menschlichen Fortschritt abermals auf einige Generationen aufzuhalten.

Aber seit 1876 ist in Österreich eine neue Macht heraufgewachsen, deren Anfänge verlacht oder geringgeschätzt wurden. Kaum gewährte die Verfassung ein, wenn auch kümmerliches, Vereins- und Versammlungsgesetz, als die österreichische Arbeiterschaft alsbald auf den Plan zu treten begann. Die österreichische Arbeiterbewegung war unmittelbar durch die Lassallische Bewegung in Deutschland beeinflußt. Sie war stürmizch und selbstbewußt. Ihr Beginn fiel gerade in die Zeit, als ein Mitglied des liberalen, sog. Bügerministeriums, Dr. Giskra, öffentlich gesagt hatte: „Die soziale Frage hört bei Bodenbach auf.“ Dieses Ministerwort kennzeichnete sehr gut die Höhe des politischen Verständnisses des österreichischen Liberalismus. Als nun die soziale Frage in Gestalt einer energischen Arbeiterbewegung da war, suchte man sie durch brutale Unterdrückung zu lösen. Noch ist die Geschichte dieser Arbeiterbewegung nicht geschrieben. Aber wenn sie einmal wahrheitsgemäß wird geschrieben sein, dann wird auch die Nachwelt erfahren, was wir als Zeitgenossen schaudernd miterlebt haben. Es ist eine Geschichte voll von Blut und Tränen, eine Geschichte der Schande für die Herrschenden, eine Geschichte des Ruhmes für die Verfolgten. Sie hatten vieles zu erdulden und zu überstehen. Das schwerste war aber vielleicht doch der innere Streit, der die Partei durch Jahre hindurch fast völlig lahm legte. Wurden so einige Jahre verloren, so steigerte sich die Arbeit der Aufklärung der Massen, der intensivsten Parteitätigkeit von 1889, dem Jahre des Hainfelder Programms, dem Jahre der Wiedervereinigung und Wiederaufrichtung der Partei, von Tag zu Tag. Der sozialdemokratischen Partei gelang es, während bei den bürgerlichen Parteien die nationalen Fragen alles beherrschten und vergifteten, das Proletariat aller Nationen zu einigen. Ohne daß der Antiklerikalismus einen besonderen Programmpunkt der Partei bildete („Religion ist Privatsache“), mußte die Sozialdemokratie antiklerikal wirken, da sie für die Freiheit der Schule, für die Freiheit des Gedankens, für die Trennung der Kirche vom Staat, für völlige Gewissensfreiheit eintrat. Die römisch-katholische Kirche mußte naturgemäß in der immer stärker werdenden Sozialdemokratie ihren ärgsten und gefährlichsten Feind sehen, denn während jene auf dem Boden der absoluten Autorität steht, fußt diese auf der absoluten Freiheit. So hat in den mehr als dreißig Jahren ihres Bestehens die österreichische Sozialdemokratie in dem ganz katholischen Österreich eine antiklerikale Kampfesorganisation geschaffen, die die nötige Gewähr bietet, daß die klerikalen Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen können.

Außerdem sind noch zwei Dinge zu bemerken. Der österreichische Liberalismus des Kleinbürgertums ist schwach und wenig zuverlässig. Aber wo er noch vorhanden ist — hauptsächlich in der Provinz —, lebt er sich fast einzig im Antiklerikalismus aus. Sodann gibt es in der Hauptstadt und auch noch sonst immerhin beachtenswerte Gruppen der Intellektuellen, die gegen den Klerikalismus eine scharfe und mutige Haltung einnehmen. Die Führung in diesem Kampfe hat aber unbestritten die Sozialdemokratie, und ehrliche bürgerliche Antiklerikale müssen sich ihr in diesem Punkte anschließen.

So können wir in Österreich der klerikalen Gefahr ruhig ins Auge sehen. Wir preisen den Umstand, daß die Klerikalen ihre bisherige anonyme Haltung aufgeben müssen, daß sie durch das neue Wahlrecht gezwungen werden, auch die äußerlichen Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Je rascher und forscher sie vorgehen werden, um so mehr werden sie die Leidenschaften ihrer Gegner entfesseln. Dbei wird sich alsbald zeigen, daß die mannigfaltigen Nationen des Reiches, die alle zur vollen Entwicklung und ganzen Gleichberechtigung drängen, täglich mehr erkennen werden, daß der Klerikalismus ihr größtes Hindernis ist. Die Nationen wollen Fortschritt auf geistigem Gebiete, sie wollen Bildung, geistige Bewegungsfreiheit. Die römische Kirche kann gerade diese Bestrebungen nur bis zu einem kleinen Maße unterstützen. Und so wird der Klerikalismus, und zwar, je exzessiver er sich gibt, um so mehr, wider Willen den Weg zum Fortschritt ebnen helfen.

„Der Klerikalismus ist der Feind!“ Dieses Wort gilt, wenn irgendwo, so in Österreich. Durch fast dreihundert Jahre hat das katholische Rom Österreichs Entwicklung niedergehalten. Für alle Fortschrittsmöglichkeiten ist es das Wichtigste, Rom zu besiegen.

Aber nicht dae einzige. Ebenso wichtig wie die Frage der Befreiung der Geister ist die Versöhnung der Nationen. Alle rückschrittlichen Elemente Österreichs haben einen großen Teil ihrer Erfolge jener Politik zu verdanken, die die einzelnen Nationen gegeneinander hetzte. Die furchtbar trübseligen Ereignisse der letzten Jahre haben auch darin einen gewissen Wandel geschaffen. Nach und nach beginnen auch die größten Chauvinisten der verschiedenen Nationen einzusehen, daß die bisherige Politik, zugunsten gewisser, sehr häufig bloß scheinbarer nationaler Vorteile, die Sache der Freiheit und des Fortschritts zu verraten, nicht nur eine schmähliche, sondern auch eine schlechte Politik ist. Der Gedanke der Autonomie der Völker gewinnt immer mehr an Boden. Davon soll ein anderes Mal gesprochen werden. Aber es ist nicht unmöglich, daß gerade im Punkte der so heiklen Nationalitätenfrage Österreich der Welt das erste Beispiel einer vollständigen Lösung geben wird. Gerade diese Lösung ist für den Fortschritt der Menschheit von alleraktuellster Bedeutung. Gelingt es Österreich, der Welt das Beispiel zu geben, wie in einem Staate viele Völker in friedlicher Entwicklung mit ganzem Rechte nebeneinander leben können, so hat es alle die Erbärmlichkeiten der letzten zehn Jahre wettgemacht. Man weise nicht etwa auf die Schweiz hin, die auf kleinem Gebiete eine kleine Zahl von Mitgliedern dreier Kulturnationen vereinigt und berufe sich auch nicht auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die das Problem der Nationalitäten gelöst hätten. In den Vereinigten Staaten geht alles auf die Bildung einer neuen, englisch sprechenden Nation hinaus. Was herüberkommt aus Europa, wird nach und nach eingeschmolzen in das neue Ganze. Anders in Österreich. Niemals wird es eine österreichische Nation geben. Aber es kann hier, an dieser geschichtlich so merkwürdigen Stätte,

wo Orient und Okzident sich scheiden, wo zwischen Germanentum und Slaventum eine ganze Reihe kleiner Völker leben, ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat entstehen, dessen Fundierung ein Triumph des menschlichen Fortschrittes wäre.

Wien, im Oktober 1907.



# CHRONIK

**NEUE Demokratien.** Auch die letzt vergangene Zeit hat einen weiteren Fortschritt der Konsolidierung jener jungen demokratischen Staatswesen gebracht, zu welchen sich Englands ehemalige Kolonien immer ausgesprochener entwickeln.

Neuseeland wurde durch Beschluß seines Parlamentes zum Range einer Dominion erhoben, womit im Volksbewußtsein die Gleichstellung mit den großen Bundesstaaten von Australien und Kanada, ja in gewissem Sinne mit dem Mutterlande selbst, verbunden ist.

In Australien wurde ein Gesetz zum Beschluß erhoben, das dem Bundesgerichtshof die endgültige Entscheidung über alle konstitutionellen Fragen überträgt, es sei denn, daß er selbst für Übertragung solcher Entscheidung an den Staatsrat in London sich ausspreche. In Südafrika macht die Bewegung für Vereinigung aller dortigen englischen Kolonien zu einem Bundesstaat nach australischem Muster Fortschritte, das Parlament der Kapkolonie hat eine Resolution angenommen, welche die Regierung mit Schritten nach dieser Richtung beauftragt.



**Australische Politik.** Im Staate Südaustralien wurde auf die Initiative der Arbeiterpartei, welche derzeit an der Regierung ist, eine Verfassungsänderung beschlossen; der Zensus für das Oberhaus wurde herabgesetzt und künftig werden alle Personen, die 17 Pfd. St. Mietzins bezahlen, oder Pächter von Regierungsland, die für 50 Pfd. St. Meliorationen vorgenommen haben, das Wahlrecht für das Oberhaus besitzen. Damit wird es wahrscheinlich, daß die nächsten Wahlen auch für dieses eine Mehrheit der verbündeten Liberalen und der Arbeiterpartei ergeben werden und daß die weitausgreifenden sozialen Reformvorschläge des sozialistischen Kabinetts Price nunmehr ihrer Realisierung entgegengehen.

Die Wahlen für das Staatsparlament für New South Wales, die im Dezember stattfanden, haben einen Sieg der sozialistischen Arbeiterpartei ergeben. Dieselbe gewann sechs neue Sitze und zählt nunmehr 29 Mandate.

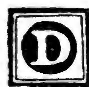
Ihr gegenüber stehen eine ministerielle Partei von 46 Mitgliedern, sowie 15 Unabhängige.

Auch diese Wahl, wie vor einem Halbjahr die Wahl für das Bundesparlament zeigt den stetigen Fortschritt der sozialistischen Stimmen und Mandate, und läßt den Tag, da die sozialistische Arbeiterpartei aus eigener Kraft (ohne Bündnisse mit anderen Parteien) über die Geschicke Australiens entscheidet, sehr nahe erscheinen.



# ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

## INGENIEUR FRANZ BENDT, BERLIN: EINE DEUTSCHE GEWERBLICHE REICHSZENTRAL-BEHÖRDE.



EUTSCHLAND leidet bei der Regelung seiner Verwaltungsangelegenheiten häufig unter der Vielheit seiner Bundesstaaten. Während der Schaffung des Reiches suchten seine Mitglieder vorsichtig ihre Reservatrechte zu wahren. Allerings bildeten sich nach und nach gewisse Übereinstimmungen in der staatlichen Organisation heraus. Es entstanden z. B. die Reichsämter für solche Angelegenheiten, die alle Teile des Reiches gleich angingen. Merkwürdigerweise kamen sie für gewisse große Gruppen des gewerblichen Lebens und der Wirtschaft nicht zustande.

In wenigen Jahrzehnten war aus dem Bauernstaate ein Industriestaat geworden. Dem hat die Entwicklung der technischen, industriellen und wirtschaftlichen Verwaltungsangelegenheiten nicht folgen können. Die Regierungen versagten, und die gesetzgebenden Körperschaften verschlossen sich den Wünschen der Techniker und Industriellen.

Wo man auch in Angelegenheiten des Wirtschaftslebens die Lupe ansetzen mag, trifft man auf Absonderlichkeiten, die oft recht schädlich wirken können. Es dürfte uns dann ein schwacher Trost sein, daß es auch in den Staatswesen anderer großer Nationen nicht besser ist. Betrachtet man die Gepflogenheiten im Submissionswesen, in der Gewerbeinspektion, im technisch-industriellen Recht, im Luft- und Wasserrecht, im Patentwesen, überall stoßen wir auf bittere Unzufriedenheit der interessierten Kreise. Ein klassisches Beispiel für diese unmöglichen Zustände mag erwähnt werden.

Innerhalb der Bundesstaaten durften bis vor kurzem Fabrikate der deutschen Industrie wie z. B. Schiffskessel, nur unter Schwierigkeiten und häufig unter Schikanen von einem Nachbarstaate in den anderen gesendet werden, weil keine Reichskesselgesetzgebung vom Bundesrat erlangt werden konnte.

Solche Verhälsnisse brachten die Einsicht, daß das Reich einer einheitlichen Behörde bedürfe, deren Bestimmungen entscheidend sein müssen für die technischen, gewerblichen und industriellen Angelegenheiten.

In diesem Sinne trat schon vor etwa acht Jahren der Verfasser mit dem Vorschlage hervor, eine technisch-gewerbliche Reichszentralbehörde zu schaffen.

Die Idee fand allgemeine Zustimmung; übrigens auch im Auslande. Sie führte zur Schaffung eines „Ausschusses“ für die Begründung einer gewerblich-technischen Reichsbehörde, der sich gegenwärtig aus einer großen Zahl von Handelskammern, industriellen und technischen Vereinen, Großindustriellen, namhaften Gelehrten und weiten Schichten des Handwerks zusammensetzt.

Auf Grund einer Umfrage des „Ausschusses“ an etwa 20 000 Industrielle und Techniker wurde eine Denkschrift ausgearbeitet, die die Mängel unserer Wirtschaft darlegte und die Möglichkeit einer Heilung durch eine technische Reichszentralbehörde nachwies. Diese Denkschrift ging Anfang 1907

mit etwa 500 zustimmenden Unterschriften der bedeutendsten industriellen und technischen Vereine an die Regierungen und den Reichstag. In mehreren Plenarsitzungen des neuen Reichstages wurden von Mitgliedern aller Parteien die Ausführungen der Denkschrift den Kollegen und den Regierungsvertretern warm ans Herz gelegt. Wie wir hören, ist man in Regierungskreisen emsig und interessiert mit der Durcharbeitung und Durchberatung dieser Angelegenheiten beschäftigt und sucht die Form, in der eine technisch-wirtschaftliche Reichszentralbehörde zulässig erscheinen könnte. In der bevorstehenden Kampagne des Reichstages dürfte das Verlangen der deutschen Industrie nach einer einheitlichen Vertretung ihrer Angelegenheiten von Reichswegen Verwirklichung finden.



# CHRONIK

**WIRTSCHAFTLICHE Erschließung Chinas.** Durch lange Zeit hat sich der konservative Geist des chinesischen Volkes gegen das Eindringen europäischer Technik und Industrie gesträubt, aber als diese trotz alledem ihren siegreichen Einzug gehalten, war es nunmehr der praktische Sinn der chinesischen Nation, welcher die großen wirtschaftlichen Segnungen dieser Neuerung klar erfaßte. Und so kommt es, daß es in jüngster Zeit chinesische Gesellschaften selbst sind, welche die Errichtung von Industrien in Angriff nehmen, und daß die chinesische Regierung eine Reihe großer Bahnen, in erster Linie den gewaltigen Schienenstrang, der von der Hauptstadt Peking nach Hankau am Jangtsekiang führt, betreibt.



**Für die Gründung einer deutschen Handelskammer in Paris** werden zur Zeit, besonders in Frankreich, Stimmen hörbar. Zuerst vertrat den Gedanken Herr L. Coquet, avocat de la Cour d'appel de Paris, der besonders für einen deutsch-französischen Handelsvertrag plaidiert. Auch die Pariser Zeitung „Gil Blas" tritt dem Wunsche nach einer deutschen Handelskammer näher, ebenso die Berliner Börsen-Zeitung. Bis jetzt hat der deutsche Kaufmann in Frankreich keine Möglichkeit, sich über die dortigen Verhältnisse zu orientieren oder Beratung zu bekommen. Dabei hat der Handel mit Frankreich in den letzten Jahren in Ein- und Ausfuhr einen Wert von 816 Millionen Mark erreicht. Diese Ziffer erscheint allerdings von geringer Bedeutung, wenn man erfährt, daß der Warenumsatz mit Belgien, Holland und der Schweiz zusammen auf 1923 Millionen sich beläuft, während diese drei Länder zusammen 16—17 Millionen und Frankreich allein 40 Millionen Einwohner haben. Sogar der deutsche Handel mit Österreich ist größer als mit Frankreich, trotzdem Österreich als Handelsstaat eine geringere Rolle spielt als Frankreich. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind indes einer großen Entwicklung fähig, so daß es zu bedauern ist, daß die Handelspolitik der letzten 36 Jahre allein durch den Meistbegünstigungsartikel des Frankfurter Friedens-

vertrages geregelt wurde. An einem Handelsvertrag hat besonders Deutschland ein Interesse. In den letzten zwei Jahren betrug die deutsche Einfuhr aus Frankreich 418 Millionen Mark, die Ausfuhr nach Frankreich aber 338 Millionen Mark, so daß ein Überschuß von 80 Millionen Mark zugunsten der französischen Volkswirtschaft sich ergibt. Noch bedeutender ist der Einfuhrüberschuß bei den französischen Kolonien.



**Aus der schwedischen Trustbewegung.** Die überall hervortretenden Trust- und monopolartigen Tendenzen fangen auch an, sich in Schweden bemerkbar zu machen. In dem waldreichen nördlichen Teil unseres Landes, Noßland, haben die großen Holzsägereien allmählich einen großen Teil der den Bauern gehörenden Wälder aufgekauft, so daß etwa 1/3 der Wälder in ihren Besitz gekommen ist. Da ein Fortdauern dieser Tendenz den Ruin des selbständigen Bauernstandes herbeigeführt haben würde, so beschloß der Reichstag von 1906, den Gesellschaften das Aufkaufen von privatem Boden in Noßland — mit gewissen Ausnahmen — zu verbieten. Eine weitläufige Untersuchung der Frage fand statt, und der Beschluß fand in der Ersten Kammer lange starken Widerstand.

Ganz kürzlich haben fast alle schwedischen Zucker bauenden Landwirte, die für die Landwirtschaft im südlichen Schweden eine so große Rolle spielen, sich zu einem großen Trust zusammengeschlossen mit dem für unsere Verhältnisse großen Kapitale von 135 Millionen Kronen. Mancher sieht hierin die Gefahr, daß die Zuckerpreise steigen werden, und daß die Zuckerpflanzer Boden kaufen werden, um mit ausländischen Arbeitskräften den Zuckerrübenbau zu vermehren. Die Anhänger des Trusts betrachten aber diesen Zusammenschluß nur als eine Verwaltungsfrage. *v. Koch, Stockholm.*



**Die englische Agrarreform.** Die in der letzten Parlamentssession zum Gesetz erhobene Small Holdings and Allotments Bill, die sich ausschließlich auf England und Wales bezieht, hat zum Zweck die Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, einen Zweck, den die Gesetze von 1887, 1892 und 1894 verfehlt haben. Die Entvölkerung des platten Landes hörte durch jene Gesetze nicht auf: Man zählte in der Landwirtschaft tätige Personen beiderlei Geschlechts.

| | |
|---|---|
| 1851.... | 1 376 051 |
| 1861.... | 1 296 805 |
| 1871.... | 1 073 084 |
| 1881.... | 965 217 |
| 1891.... | 866 034 |
| 1901.... | 727 140 |

Die gesamte Bevölkerung von England und Wales ist aber von 1851 bis 1901 von rund 18 Millionen auf 32,5 Millionen gestiegen.

Die diesjährige Bill führt in die englische Agrargesetzgebung ein neues Prinzip ein, das Prinzip des kommunalen bzw. staatlichen Bodeneigentums. Sie verpflichtet die Grafschaftsräte, den zur Ansiedelung neuer Landwirte erforderlichen Boden zu kaufen oder auch zu pachten — wenn nötig, zwangsweise. Weigern sich dessen die Grafschaften, so greift die Zentralregierung ein durch ihre eigene Kommissare und Verwalter, die auf Kosten der Grafschaften das Gesetz verwirklichen. Der erworbene Boden ist dann an die kleinen Landwirte zu verpachten. Der Preis des zwangsweise erworbenen Bodens wird von einem Vertreter der Regierung festgestellt.

**Das Automobil in Afrika.** Als man vor einigen Jahren zuerst in Südwestafrika das Automobil einführte, hoffte man mit seiner Hilfe den Dünengürtel durchqueren zu können. Zu diesem Zwecke wurde damals vom Oberleutnant Troost ein Automobilzug erbaut, leider aber mit gänzlichem Mißerfolg.

Wie die „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" berichtet, beginnt das Automobil jetzt in Afrika eine Rolle zu spielen, die für die wirtschaftliche Erschließung des Landes von größter Bedeutung ist. In der Denkschrift Dernburgs wird der Ersatz bezw. die Ergänzung der Eisenbahn durch das Automobil im größten Maßstab empfohlen. Auf Madagaskar, im Kongostaat und in Tunis ist das Automobil mit Erfolg eingeführt. Dem steht allein die Schwierigkeit der Benzinbeschaffung in vielen Gegenden und der Mangel an geschulten Leuten zur Ausführung von Reparaturarbeiten entgegen. Um der ersten Kalamität abzuhelfen, hat man zunächst im Kongo einen belgischen Kraftwagen für Holz- und Spiritusfeuerung eingeführt; zurzeit werden Versuche mit demselben auch vom kolonialwirtschaftlichen Komitee in Deutsch-Ostafrika ausgeführt. Sehr wichtig ist auch die Straßenfrage. Das Automobil kommt besonders in Betracht, wo eine Grassteppe oder Sandebene ohne kostspieligen Straßenbau den Automobilverkehr ohne weiteres ermöglicht.

Der Gebrauch der Kraftfahrzeuge macht auf die Eingeborenen einen großen Eindruck. Sie sehen darin das Ende des Trägerdienstes und bieten in großer Zahl freiwillige Arbeiter an für die Fertigstellung der Straßen.



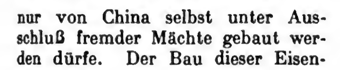
Das **„Pan-American Bureau"** in Washington soll ein internationales Hauptquartier werden, in dem 21 verschiedene amerikanische Nationen ihre Vertretung finden sollen. Das Bureau ist eine unabhängige Organisation, die keinem der Staaten der Union unterstellt ist. Sein Ziel ist nicht nur die Förderung von Handel und Industrie, sondern auch die Belebung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen amerikanischen Staaten.

Der imposante Bau soll an einer der Hauptstraßen Washingtons errichtet werden. Das Haus soll u. a. eine umfangreiche Lesehalle enthalten, in der sämtliche Publikationen Nord- und Südamerikas vereinigt werden sollen. Ein großer Raum, die sogenannte „Hall of American Ambassadors" soll für Versammlungen, internationale Konventionen, für Empfänge vornehmer Ausländer usw. dienen.

Der Kostenanschlag des Neubaus beläuft sich auf ungefähr 1 000 000 $; dazu haben Andrew Carnegie 750 000 $ und die verschiedenen amerikanischen Staaten 250 000 $ beigesteuert.



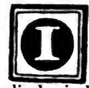
Ein **Fortschritt des chinesischen Eisenbahnwesens.** In diesem Jahre ist die erste Eisenbahn teilweise dem Verkehr übergeben worden, die ausschließlich ein Werk chinesischer Technik und chinesischen Kapitals ist. Das ist die Bahn von Peking nach dem berühmten Tor in der Großen Mauer bei Nankou und weiter nach Kalgan. Dieses Ereignis hatte seine Vorgeschichte im englisch-russischen Abkommen von 1899, wonach Rußland das Recht erhielt, Eisenbahnkonzessionen für das Gebiet nördlich der großen Mauer zu erwerben. Später ist ein weiteres Abkommen zwischen Rußland und China getroffen worden, daß diese Bahn, falls Rußland sie nicht baue,


nur von China selbst unter Ausschluß fremder Mächte gebaut werden dürfe. Der Bau dieser Eisenbahn ist 1905 begonnen. Sie soll nun eine weitere Ausdehnung erhalten.



# SOZIALE ENTWICKLUNG.

## ANGÈLE ROUSSEL, PARIS: DIE FRAUENBEWEGUNG IN FRANKREICH.

N Frankreich hat die Frauenbewegung noch keine wesentliche Ausdehnung gewonnen, und das einzige wertvolle Resultat, das die französischen Frauen bis heute erlangt haben, das kürzlich eroberte Recht der Anteilnahme an Lohnschiedsgerichten, war nur die logische Folge des Geistes der Gleichberechtigung, die von der Arbeiterbewegung untrennbar ist.

Die eigentliche „Bewegung“ begann erst vor etwa zehn Jahren. Eine Zeitlang diente ihr das Journal „La Fronde“ als Organ. Viel politischer und rationeller geht der Teil der Frauenbewegung vor, dessen eigentliche Seele heute die „Solidarité des Femmes“ ist. Die Leiterin dieser Gruppe, Madame M. Pelletier, war es, die veranlaßte, daß eines Tages überall in Paris buntfarbige Anschläge an den Mauern prangten, mit den Worten: „La Femme doit voter“.

Das war unseres Wissens der einzige Vorstoß zur Erlangung politischer Rechte und der Teilnahme an der Regierung des Landes, der von französischen Frauen unternommen wurde.

Bei der großen Masse der arbeitenden Klassen blieb dieser Aufruf ganz ohne Resonanz. Nur eine kleine Schar von Männern der Bourgeoisie griff ihn auf und begründete auf der Basis der von ihr ins Land hinausgetragenen Forderung den sogenannten „Parlamentsausschuß für Frauenstimmrecht“. Diese parlamentarische Schutztruppe wuchs zusehends, die Sache zog immer weitere Kreise, und der naive Zuschauer konnte einen Augenblick glauben, daß in Frankreich die Bewegung schneller voran kommen werde als irgendwo sonst in der Welt; das Frauenstimmrecht schien bereits eine „ausgemachte Sache“ zu sein. Aber die „öffentliche Meinung“, gegen deren Willen man nichts in der Welt durchsetzen kann, zeigte sich zurückhaltend. Die große Masse rührte sich nicht und konnte auf keine Weise in Fluß gebracht werden.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Parlamentarismus hatte nicht die Resultate gezeitigt, die die große Menge von ihm zu erwarten berechtigt war. Es gab eine Zeit, wo der Mann im Volke von seiner Vertretung im Parlament mächtige und bald bemerkbare Verbesserungen seiner wirtschaftlichen Lage erhoffte. Darum war er bereit, alle seine Kräfte einzusetzen, um sich das Stimmrecht zu erobern, das bisher ein Privilegium der „oberen“ Klassen gewesen war. Er war bereit, an den Gesetzen des Landes auch seinerseits mitzuwirken.

Heute ist das Vertrauen des Volkes dahin. Man glaubt nicht mehr an die Wirksamkeit politischer Mittel. Und man interessiert sich für die An-

wendung des Stimmrechts selbst dort nicht, wo man es noch gar nicht besitzt. Man sagt sich: es wird nach Erlangung des Stimmrechts mehr Wahlberechtigte geben, aber auch mehr Abgeordnete. Damit werden jedenfalls die Kosten für das Land anwachsen und niemand kann uns dafür garantieren, daß im gleichen Maße auch unser Wohlstand anwachsen und unser Elend abnehmen wird. Die Männer insbesondere sagen sich: wenn wir es nicht erreichen konnten, warum sollten es unsere Frauen vermögen? Und die Frauen: wie sollten denn wir die Handhabung der politischen Waffen besser als unsere Männer verstehen, wo wir sie doch noch nicht einmal kennen?

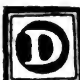
Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß die französischen Frauen, wenn sie diese Waffe, ohne daß es ihnen besondere Anstrengung kostet, erlangen können, etwa verschmähen würden; am wenigsten würden das die Frauen der Arbeiterklasse tun. Es fehlt nur gegenwärtig an Leuten, die von der Nützlichkeit des Stimmrechts überzeugt sind.

Was die Frauen der intellektuellen Bourgeoisie anbetrifft, so gibt es eine kleine Anzahl, die ihrem gesamten Geschlecht gerne den Pfad zur bürgerlichen und menschlichen Befreiung zeigen möchten, auf dem sie selber vorangeschritten sind. Aber im allgemeinen scheinen die Frauen lieber ihre Männer allein voranmarschieren zu lassen. Ich glaube nicht, daß die achtzigtausend Unterschriften, die „die Liga der Menschenrechte“ zugunsten des Frauenstimmrechts gesammelt hat, wesentlich von Frauen herrühren.

Wäre das der Fall, dann könnte man vielleicht sagen, daß es in Frankreich eine Frauenbewegung gäbe. Im Augenblick darf man der Wahrheit gemäß lediglich sagen, daß sich eine Tendenz zur Frauenbewegung geltend macht.



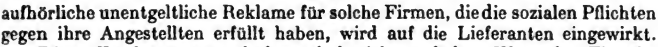
## JOSEPH BERGERON, PARIS: KÄUFERLIGEN ZUM SCHUTZE DER HANDELSANGESTELLTEN.



IE Konsumgenossenschaften haben zuerst den Weg gewiesen, auf dem man die wirtschaftliche Macht des Einkaufs verwerten kann. Sie schließen die Konsumenten in Einkaufsgenossenschaften zusammen, um ihnen einen Teil des aus dem Warenverkauf resultierenden Nutzens zufließen zu lassen.

Auf einem vollkommen anderen Boden stehen die Käufergenossenschaften. Ihre Mitglieder erstreben nicht, bessere Ware zu bekommen oder übermäßigen Preisaufschlägen entgegenzuarbeiten. Die „Soziale Käuferliga“ ist lediglich eine Vereinigung von Personen, die sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der arbeitenden Klasse bewußt sind, — die ihre täglichen Einkäufe so einrichten wollen, daß sie dem Wohl der arbeitenden Klassen irgendwie zugute kommen.

Als erstes Mittel wird die Belehrung des kaufenden Publikums betrieben. Das Publikum selbst soll sich klar darüber werden, unter welchen Bedingungen die Waren hergestellt werden, ob die Firmen anständige Löhne zahlen und den Anforderungen der Hygiene im Interesse des Personals nachkommen, wie viel Zwischenhandel es gibt usw. Durch un-



aufhörliche unentgeltliche Reklame für solche Firmen, die die sozialen Pflichten gegen ihre Angestellten erfüllt haben, wird auf die Lieferanten eingewirkt.

Diese Käufergenossenschaften sind nicht auf dem Wege der Theorie, sondern aus Erfahrung und Bedürfnis heraus entstanden.

Der „Verein arbeitstätiger Frauen" hatte 1890 eine Enquete zur Ermittlung der Arbeitsverhältnisse der Verkäuferinnen und Kassiererinnen veranstaltet und die gravierendsten Tatsachen aufgedeckt: übermäßige Arbeitszeit, klägliche Hygiene usw. Demzufolge wurde auf einem Meeting beschlossen, ein Komitee zu bilden, das eine Liste aller Geschäfte ausarbeiten sollte, die ihre Angestellten gerecht und billig behandeln. Aus dieser Anregung entstand die New Yorker Käuferliga.

In der Erwägung, daß die Mehrzahl der Firmeninhaber nicht in der Lage sind, die Arbeitsbedingungen hinsichtlich Zeit und Löhne ihrer Angestellten ohne Mitwirkung und Hilfe des kaufkräftigen Publikums zu verbessern, richtet die Liga ihr Augenmerk zunächst darauf, die Lage der in Detailgeschäften tätigen Frauen und Kinder zu verbessern. Sie empfiehlt nur „gute Firmen", d. h. solche, die folgende Prinzipien akzeptieren: Für erwachsene weibliche Angestellte hat das Minimalgehalt 6 Dollar pro Woche zu betragen, soll aber im allgemeinen nicht unter 8 Dollar herabsinken. Der Lohn soll am Wochenschluß ausgezahlt werden; „Strafgelder" müssen zu einem Reservefond zugunsten der Angestellten verwendet werden.

Die Arbeitszeit soll längstens währen von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr, mit 3/4 Stunden Mittagspause. Während zweier Monate im Sommer soll nur den halben Tag gearbeitet und zu regelmäßigen „Ausgängen" ein Wochentag oder der Sonntag freigegeben werden. Überstunden werden extra bezahlt.

Den Angestellten wird ohne Gehaltsverkürzung an folgenden Festtagen freigegeben: Weihnachten, Danksagungsfest, Washingtonfest, Tag der Unabhängigkeitserklärung und Neujahrstag.

Die Firma sorgt für abgesonderte Erholungs- und Speiseräume und gestattet den Angestellten, sich zwischen der Arbeit zu setzen. Eine „gute Firma" benötigt würdiger und menschlicher Beziehungen zwischen Chef und Angestellten. Darum sollen mehrjährige treue Dienste durch besondere Remunerationen und Vergünstigungen ausgezeichnet werden. Kinder unter 14 Jahren dürfen von „guten Firmen" überhaupt nicht beschäftigt werden.

Auf diese Weise versuchte die „Soziale Käuferliga" durch eine Anzahl von Bestimmungen, die uns heute schon zum Glück im allgemeinen nicht eben rigoros erscheinen werden, den Typus der „guten Firma" fest zu umschreiben, und die Lage der New Yorker Verkäuferinnen aufzubessern.

Heute bestehen bereits 53 solcher Ligen in den Vereinigten Staaten, und das Vorgehen der Amerikaner ist nicht ohne Nachfolge geblieben. In Frankreich, in Deutschland, der Schweiz, in England, überall haben sich Ligen gebildet, die sich zum Ziel setzen, einerseits im kaufenden Publikum ein Bewußtsein der sozialen Verantwortlichkeit für die Lage der Handelsangestellten rege zu machen, andererseits auf die Unternehmer dahin einzuwirken, daß sie gesundere Arbeitsverhältnisse schaffen.



# CHRONIK

**GEGEN die bleihaltigen Farbstoffe.** Bei der Ausdehnung, die in der letzten Zeit der Kampf gegen die Bleivergiftungsgefahr angenommen hat, verdient besondere Beachtung der Bericht, der von der „Sociaal-Technische Vereeniging van de Ingenieurs en Architecten“ in Holland über den gegenwärtigen Stand dieser Frage zusammengestellt worden ist. Noch vor kurzem war man vielfach von der Unschädlichkeit der Bleifarben überzeugt; so tritt der französische Senator Treille in einem umfangreichen Werke für die Beibehaltung der bleihaltigen Farbstoffe ein und verteidigt ihre Ungefährlichkeit. Die Statistik aber hat das Gegenteil davon bewiesen. Eine Zusammenstellung der Sterbeziffern für den Malerberuf und die verwandten Beschäftigungen zeigt, daß auf je 1000 im Beruf tätige Personen im Durchschnitt jährlich 5 bis 12 Sterbefälle mehr vorkommen als bei den Zimmerleuten, Maurern oder den Bautischlern (J. Kerdyk in der Sozial-Technik, 10).

Besonders schädlich ist der Einfluß der Bleivergiftung auf die Kindererzeugung. Dr. Konstantin Paul untersuchte 141 Schwangerschaften, bei denen der Vater an Bleivergiftung litt, und stellte dabei fest, daß bei den 141 Fällen nur 50 Kinder lebendig zur Welt kamen, und im ganzen nur in 15 Fällen das geborene Kind über drei Jahre alt wurde.

Den Gefahren der Bleifarben versuchte man bis jetzt entgegenzuwirken einerseits durch hygienische Maßregeln, andererseits durch Gebrauchsverbot. Bis jetzt jedoch hat man in keinem Staate ein endgültiges Verbot der bleihaltigen Farben gesetzlich durchgeführt. Am entschiedensten hat sich in dieser Frage die Schweiz gestellt. 1904 hat der Bundesrat für eine vierjährige Versuchszeit den Gebrauch von Bleiweiß verboten. Ähnliche versuchsweise Verbote für 2 bis 4 Jahre bestehen in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Basel-Stadt. In Frankreich wurde der Gebrauch von Bleifarben vom Handelsminister und von einer Anzahl von Gemeinden für öffentliche Bauten abgeschafft. Ähnlich in Belgien. In Österreich schließt die Gemeinde Wien allein den Gebrauch von Bleiweiß und Mennige aus. In Deutschland gilt das Verbot nur für Lokomotiven und Tender. Die mehrfach im Reichstage eingebrachten Vorschläge zur endgültigen Abschaffung sind bisher ohne Erfolg geblieben. Die Abschaffung bleihaltiger Farbstoffe auf dem Wege des Gesetzes bleibt somit eine Aufgabe der Zukunft.



**Milchautomaten.** Im Kampfe gegen den Alkoholismus nimmt die Milch als Ersatzgetränk für Bier eine wichtige Stelle ein. Sehr beachtenswert in diesem Sinne ist eine Erfindung, die in Braunschweig von A. Buchholtz gemacht worden ist. Das ist ein Milchautomat, von dem wir Abbildungen in der letzten Nummer der „Umschau“ finden. Nach Einwurf eines Geldstückes (5 oder 10 Pf.) zieht man an einem Knopf, worauf ein Trinkbecher aus wasserdichtem Hartpapier herausfällt. Der Ausfluß der Milch geschieht automatisch durch eine Hebelbewegung; gleichzeitig wird im Innern des Automaten eine Wasserspülung ausgelöst, die alle von der Milch berührten Teile sofort wieder sauber abspült. Wenn warme Milch ausgegeben werden soll, so läuft die Milch über eine große Heizfläche bzw. durch einen vermittels Spiritusflamme er-

hitzten Kasten. Die Heizung reguliert sich selbsttätig durch Lamellen.

Der Apparat genügt allen Anforderungen der Hygiene. Die Automaten sind bis jetzt auf den Schulhöfen zweier Lehranstalten aufgestellt. Sie haben sich aufs beste bewährt und es ist zu erwarten, daß derartige Automaten nicht allein in Schulen und Fabriken, sondern auch im Freien errichtet werden, so in der Nähe von Spielplätzen und in Ausflugsorten.



Die **Ausdehnung der Krankenkassen-Unterstützung auf Wöchnerinnen** wird in der von Dr. Troschel herausgegebenen „Arbeiter-Versorgung“ angeregt. Die bis jetzt von den Krankenkassen gewährleistete Wöchnerinnenunterstützung von 4 bis 6 Mark pro Woche ist in der Regel viel zu ungenügend. Es gehört zu den Aufgaben der Krankenversicherung, das Wöchnerinnengeld bis auf den vollen Betrag des früheren wirklichen Arbeitsverdienstes zu erhöhen und eine Bezahlung der Hebammengebühren zu sichern. Die übliche Krankenkontrolle, die sich hauptsächlich gegen die Simulation wendet, kommt für die Wöchnerin nicht in Betracht. Dagegen sollte sich die Kontrolle in diesem Falle auf Belehrung und Erteilung zweckentsprechender Ratschläge erstrecken. Wenn diese Kontrolle von geeigneten Personen ausgeübt wird, so kann sie nicht allein die Aufklärung der Mütter einschließen, sondern auch den in einigen größeren Städten gegründeten Säuglingsfürsorgestellen in die Hände arbeiten. Dazu müßte die Kontrolle von besonderen durch einen Kursus eigens ausgebildeten Frauen ausgeübt werden.



**Entlastung der Hospitäler durch Schaffung kleinerer Bezirkskrankenhäuser.** Um die Krankenhäuser zu entlasten, hat man vielfach einzelne Patienten in Familien unterzubringen gesucht. Die Neuerung hat sich aber nirgends eingebürgert. Ein französischer Arzt Malbec schlägt nun in der „Revue philanthropique“ einen Mittelweg vor. Ähnlich wie in der Armee könnte man kleine Bezirkskrankenhäuser mit je 10 bis 20 Betten einrichten, in denen keine Beköstigung der Kranken gewährt, sondern nur Medikamente und Milch verabfolgt würden. Für die Aufnahme in diese Zweiganstalten kämen besonders in Betracht Leichtkranke, die kein eigenes Heim, sondern nur eine Schlafstelle haben, sodann Rekonvaleszenten und Säuglinge, deren Mütter außerhalb des Hauses beschäftigt sind. Eine Aufseherin, ein Wärter und eine Wärterin würden für zwei bis drei Säle mit je fünf bis sechs Betten genügen, um so eher, als die meisten Patienten imstande wären, sich selbst oder sich gegenseitig zu bedienen. Die Beköstigung müßte von außerhalb besorgt werden. Anstaltskleidung wäre überflüssig. Die Aufnahme müßte ausschließlich von dem vorher behandelnden Arzte bestimmt werden, bei Verschlimmerung wären die Patienten sofort den Hospitälern zu überweisen.

Einen ähnlichen Vorschlag entwickelte auch Dosquet-Manasse in der Zeitschrift für das Armenwesen, Juli 1907.



**Zentralgebäude für Wohlfahrtspflege.** Bei dem immer wachsenden Umfange der Wohlfahrtspflege unserer Zeit treten zwei Gefahren immer bedrohlicher auf: die Gefahr der Zersplitterung und die des Dilettantismus. Beiden entgegenwirken

kann nur eine Zentralisation aller Wohltätigkeitsbestrebungen. Zentralstellen müssen geschaffen werden, an denen einerseits über die vorhandenen Wohltätigkeitseinrichtungen, andererseits über die Bedürftigen Auskunft erteilt wird. Zentralstellen für *private* Fürsorge hat man bereits an manchen Stellen, so in Frankfurt a. M., Leipzig, Berlin, die offices centraux in Paris, die Charity Organisation Societies in England und Nordamerika usf. Was aber bis jetzt durchwegs fehlt, ist eine *räumliche* Vereinigung der Wohltätigkeitsinstitutionen im weitesten Umfang. Das erste Beispiel für eine derartige räumliche Verbindung gibt das New Yorker „*Charity Building*", das zum Ziel hat, durch räumliche Vereinigung der vielen Wohltätigkeitsvereine und Organisationen ihnen einen unmittelbaren Austausch zu gestatten. Das „Charity Building" ist aus den Mitteln einer Privatperson entstanden; es beherbergt zurzeit ungefähr 34 verschiedene Gesellschaften. Eine ähnliche Einrichtung ist das New-Yorker „Hebrew Charity Building" für jüdische Wohltätigkeit.

Es leuchtet ein, daß die Schaffung eines solchen Mittelpunktes von der größten Bedeutung für die Armenpflege ist. Besonders würden kleine Vereine eine dauernde Heimstätte darin finden, die jetzt zumeist in ungeeigneten Räumen eines Vereinsmitgliedes Zuflucht suchen müssen. Mit der Zentralisation könnte auch eine umfassende *Zentralregistratur* vereinigt werden, die allen Beteiligten zur Verfügung stünde. Im selben räumlichen Bezirk würden Leiter und Mitarbeiter verschiedener Vereine täglich zu finden sein. Durch Vereinigung des gehörigen literarischen Materials würde man wertvolle Lese- und Arbeitsstätten schaffen können.

Einen entscheidenden Schritt in dieser Richtung haben kürzlich die vereinigten Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsbestrebungen in Charlottenburg getan, die den Grundstein zu einem derartigen Gebäude gelegt haben. Auch in Berlin wird die Schaffung solch einer Zentralstation vorbereitet. Näheres darüber befindet sich in Nr. 21 der „Concordia".



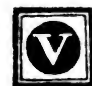
**Die Antisweating League in Melbourne.** Eine überaus verdienstvolle Tätigkeit geht von der Antisweating League in Melbourne aus. Dieselbe umfaßt Männer und Frauen aller Parteien, von der sozialistischen Linken bis zur konservativen Rechten, und erstrebt die Sammlung von Informationen über solche Gewerbebetriebe, in welchen die Arbeitenden (insbesondere Frauen und Kinder) ausgebeutet werden, sowie die anschließende Beseitigung solcher Verhältnisse durch Eingreifen der öffentlichen Gewalt.

Die Liga hat hervorragenden Anteil an der Schaffung jener australischen Gesetzgebung genommen, welche die Regelung der Arbeitsbedingungen in die Hand gesetzlicher Einigungskammern legt.

Sie hat auch beigetragen zur Schaffung jener ausgezeichneten Fabrikinspektion, durch welche die Fabriken von Melbourne, was sanitäre Einrichtungen anlangt, an die Spitze aller Gewerbebetriebe getreten sind, einer Inspektion, die in dieser spezifischen Entwicklungslinie das volle Ideal, wie man es von der humanitären Politik einer sozialistischen Gesellschaft erwartet, verwirklicht.

# ARBEITERBEWEGUNG

## DÉPUTÉ EMIL VANDERVELDE, LA HULPE: DIE BELGISCHE ARBEITERPARTEI UND DIE GEWERKSCHAFTEN.

ON allen Parteien, die der großen Internationale angeschlossen sind, ist die belgische Arbeiterpartei vielleicht diejenige, in der die politischen Gruppen die geringste Rolle spielen, die wirtschaftlichen hingegen den unbestreitbaren Vorrang haben.

In der Vertretung der Partei im Parlament haben die Gewerkschaftssekretäre und die Genossenschaftsleiter die Mehrheit. Unter den 30 sozialistischen Abgeordneten (von im ganzen 166) befinden sich nur 13 „bürgerliche“, Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer, Journalisten usw., hingegen 17 ehemalige Arbeiter, die sich alle einst mit der Gewerkschafts- oder Genossenschaftsorganisation befaßten und von denen die meisten heute noch derartige Arbeiterorganisationen leiten.

Anseele ist beim Vooruit, Hubin in der Genossenschaftsbewegung von Vierset, Leonard in der Genossenschaft von La Concorde in Roux usw.

In der Parteileitung tritt diese Vorherrschaft des Arbeiterelements noch mehr hervor.

Nach den Statuten besteht der Generalrat aus einem Bureau von neun Personen, die auf der alljährlichen Generalversammlung der Partei ernannt werden, ferner aus einem oder mehreren Delegierten des Lokalverbandes und je einem Delegierten der Fachverbände.

Auf diese Art sind die großen Lokalverbände, wie z. B. die der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Stein- und Bauarbeiter usw., direkt an der allgemeinen Leitung der Partei beteiligt.

Aber unabhängig von einer direkten Vertretung fällt ihnen zugleich mit den Genossenschaften eine wesentliche Rolle bei den Kongressen und Versammlungen der Ortsverbände zu.

Bei den Parteitagen gehören in der Tat die Mehrzahl der Delegierten zu den wirtschaftlichen Verbänden.

Schon seit langer Zeit werden in den Berichten über die Generalversammlungen die vertretenen Gruppen nicht mehr aufgezählt. Aber auf dem Kongreß in Namur im Jahre 1892 vertraten die Delegierten, da jede Gruppe nur eine Stimme hatte, 16 Gegenseitigkeitsvereine, 17 Genossenschaften, von denen einzelne Tausende von Mitgliedern zählten, 63 Gewerkschaften gegenüber 42 Arbeitervereinen, Arbeiterbildungsvereinen, Frauengruppen, Freidenkerversammlungen usw. Da sich das Verhältnis, ungeachtet des Wachstums der Mitgliederzahl der Gruppen, seither nicht geändert hat, ist es zweifellos, daß im Augenblick der Wahl der neuen Mitglieder des Bureaus die wirtschaftlichen Vereinigungen und zufolge des Wahlmodus vor allem die Gewerkschaften das Übergewicht haben.

Alle diese Verbände sind, gleichviel ob groß oder klein, älteren oder jüngeren Datums, in ganz ähnlicher Weise organisiert. In Gent gleichwie in Brüssel, in Antwerpen wie in Lüttich bildet eine große Konsumgenossenschaft den Grundstock der Organisation, und um sie herum in dem ihr gehörigen Volksheim gruppieren sich die Fachgewerkschaften, die Arbeiter-

verbände, die Bildungsvereine usw., die der Föderation angeschlossen sind.

Es genügt, diese Föderationen, z. B. die von Brüssel, zu beschreiben, um zu zeigen, mit welch untergeordneter Rolle die politischen Organisationen in der belgischen Arbeiterpartei sich bescheiden müssen. Die Delegiertenversammlung, der die Wahl des leitenden Komitees obliegt und in der sich die ganze politische Tätigkeit konzentriert, setzt sich aus je zwei Delegierten jeder Gruppe zusammen. Die einzelnen Gruppen sind die folgenden:

1. die Genossenschaft des Volksheims, die allein mehr Mitglieder zählt als alle anderen Gruppen zusammen;

2. 63 Fachgewerkschaften;

3. zwei oder drei Dutzend Arbeitervereine und andere Propagandavereine, die eine gewisse Rolle in der lokalen Politik spielen, von denen jedoch die meisten sich ziemlich mühsam erhalten, mit einer fast lächerlichen Mitgliederzahl und einem lächerlich geringfügigen Kassenbestand. Die ganze Kraft der Partei ruht somit in den Genossenschaften und Gewerkschaften.

Die Genossenschaft Volksheim hätte nach den von ihr veröffentlichten Ausweisen nahezu 25 000 Mitglieder, aber diese Zahl erscheint sehr übertrieben, denn es stehen ihr zahlreiche Austritte gegenüber. Immerhin übersteigt die Produktion an Brot 200 000 kg pro Woche gleich 10 000 000 kg im Jahr. Der jährliche Gewinn schwankt zwischen 500 000 bis 600 000 Frks., und Käufer erhalten für jedes verzehrte Brot drei Centimes zurückvergütet, sowie 5 % für Spezereiwaren, Kohlen, Kleidungsstücke usw. Das Volksheim gewährt seinen Mitgliedern im Krankheitsfalle Brot, freie ärztliche Behandlung und Apotheke und zahlt der Parteikasse 20 000 bis 25 000 Frks. im Jahr, wobei die fünf Volksheime, deren Lokale allen angeschlossenen Gruppen zur Verfügung stehen, noch gar nicht mit eingerechnet sind.

Gegenüber dieser mächtigen Genossenschaft erscheinen die Brüsseler Gewerkschaften unbedeutend. Sie haben vielleicht insgesamt 9000 Mitglieder und ein Einkommen, das sehr gering erscheint, wenn man es mit den gefüllten Kassen des Volksheims vergleicht.

Dasselbe Mißverhältnis zwischen dem gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Einfluß findet sich auch in verschiedenem Grade in den meisten Gegenden des Landes.

Nach einer, übrigens unvollkommenen, Erhebung vom 31. Dezember 1904 gab es 168 Konsumgenossenschaften der Parteien mit 103 349 Mitgliedern und einem Umsatz von nahezu 27 Millionen. Die Arbeitergewerkschaften hingegen zählten zu derselben Zeit etwa 30 000 Mitglieder, bei annähernd 80 000 Gewerkschaftlern, die der Partei angehören.

Bis in die letzten Jahre ist somit die belgische Gewerkschaftsbewegung durch ihre relative Schwäche in starkem Gegensatz zur Größe der Genossenschaftsbewegung gestanden. Viele Arbeiter glaubten, daß die Genossenschaften, so organisiert wie sie waren, die Gewerkschaften überflüssig machten. Man sah in den Genossenschaften so etwas wie eine milchende Kuh, gleicherweise geeignet, die politischen Gruppen zu ernähren, als auch jene Arbeiter, die zu nachlässig waren, den Gewerkschaften beizutreten. Tatsächlich sind auch viele Genossenschaften in Streikfällen eingetreten und haben den Streikenden Brot in reichlichem Maße zukommen lassen. Man hat sich jedoch bei verschiedenen Proben überzeugt, daß die Genossenschaften dennoch nicht jenen Messern der Seeleute gleichen, die zu jedem Gebrauch verwendet werden können. Seit 2 oder 3 Jahren erleben wir somit in Belgien in allen Berufen



und allen Teilen des Landes eine bemerkenswerte Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Das „Journal des Correspondances“ vom November 1907 veröffentlichte soeben eine Erhebung über die gewerkschaftlichen Organisationen in Belgien zu Ende 1906. Die Enquete ergibt, daß die Zahl der Gewerkschaftler 158 000 betrug und sich in vier Gruppen einteilen läßt:

| | Mitgliederzahl |
|---|---|
| 1. Christliche Gewerkschaften | 31 000 |
| 2. Gewerkschaft der Bergleute | 45 463 |
| 3. Neutrale Gewerkschaften | 29 162 |
| 4. Gewerkschaften, die der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission angegliedert sind | 52 491 |
| Summa | 158 116 |

Auf den ersten Blick könnte man glauben, daß die oben genannten Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit nur eine kleine Minorität darstellen. Aber zunächst hat sich seit 1906 die Lage schon verändert, und schon zählen die Gewerkschaften der Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften über 60 000 Anhänger.

Fernerhin stellen sich die neutralen Gewerkschaften, ohne ausgesprochen sozialistisch zu sein, auf den Boden des Klassenkampfes. Schließlich dürfte die Vereinigung der Bergleute, die gegenwärtig 80 000 Mitglieder zählt und von sozialistischen Deputierten usw. geleitet wird, aller Wahrscheinlichkeit nach sich demnächst der Gewerkschaftskommission anschließen. Es verbleiben somit nur die 31 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den sozialen Bestrebungen stehen. Übrigens besteht die Mehrzahl dieser letztgenannten Gewerkschaften nur auf dem Papier und sie können mit ihrem Beitrag von 50 Centimes monatlich keinerlei Wirkung auf die Arbeitsbedingungen ausüben. Insgesamt steht freilich die belgische Gewerkschaftsorganisation den mächtigen Vereinigungen, die in Deutschland und den skandinavischen Ländern bestehen, weit nach. Der starke partikularische Geist unseres Landes erschwert die notwendige Zentralisation. Aber die Gewerkschaften wachsen. Der sozialistische Geist durchdringt sie mehr und mehr, und alles läßt voraussehen, daß ihre schließliche Entwicklung sich nicht in der Richtung vollziehen wird, wie es die Anhänger neutraler Bestrebungen wünschen, sondern im Rahmen der eigentlichen Arbeiterpartei.



# JULIUS DEUTSCH, WIEN: ÖSTERREICHISCHE ARBEITERBEWEGUNG.

LS am 14. und 23. Mai 1907 die österreichische Sozialdemokratie von der Wahlschlacht heimkehrte, hatte sie einen Sieg zu feiern, wie er wohl selten einer politischen Partei beschert war. Nun trat auf alle Lippen die Frage: Was nun? Wie soll der Sieg ausgenützt werden, den der erste Ansturm errungen? Die Arbeiterpartei glaubte bei ihrer alten Taktik bleiben zu können, durch kluges Anschmiegen an die gegebenen Verhältnisse die Widerstände zu glätten und so zu überwinden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erschienen in der Hofburg, um dort die Thronrede des Kaisers mitanzuhören; das sei keine Huldigung, wurde geltend gemacht, sondern ein Akt der Höflichkeit gegen den alternden Monarchen, der sein redlich Teil zu dem Zustandebringen der Wahlreform beigetragen. In Anbetracht ihrer Stärke verlangte die sozialdemokratische Fraktion die Stelle eines Vizepräsidenten, als ein ihr gebührendes parlamentarisches Recht. In der Presse der Arbeiterpartei und von den Wortführern im Parlamente wurde laut und nachdrücklichst erklärt, daß die Sozialdemokratie gewillt sei, an der praktischen Reformtätigkeit nach Kräften teilzunehmen. — Es geschah aber etwas Merkwürdiges. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung wollten von der Mithilfe der Sozialdemokratie, zu der sie ihr anfangs sehr eifrig zugeredet, nun, als sie Tatsache werden sollte, nichts wissen. Unter der Patronanz der Regierung bildete sich ein antisozialistischer Block; die sozialdemokratische Fraktion fand sich im Parlamente isolierter denn je.

Die sozialdemokratische Partei hatte so mit zwei Tatsachen zu rechnen: mit der Machtfülle der großen Volksbewegung, die die Wahlen geoffenbart, und der isolierten Machtlosigkeit ihrer Fraktion in der Volksvertretung. Die Arbeiterpartei tat, was sie unter diesen Umständen tun mußte; sie bekundete bei jeder Gelegenheit ihren Willen zur praktischen Arbeit, zog sich aber vorläufig auf sich selbst zurück, um dem Ausbau ihrer Organisation das Hauptaugenmerk zuzuwenden. Was die Wahlrechtskämpfe und der Wahlkampf an Anhängern zugeführt, sollte in Gesinnungsgenossen umgewandelt werden. Der lose Zusammenhang, den die Organisationsform der österreichischen Sozialdemokratie darstellt, sollte in einen festgegliederten Verband umgewandelt und zugleich die Bedingungen geschaffen werden, die die Umsetzung neuer Kulturwerte in den Massen ermöglichte. Diesem Zwecke diente sowohl der Parteitag der tschechoslavischen Sozialdemokratie, der im August 1907 in Pilsen (Böhmen) stattfand, als der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der anfangs Oktober in Wien tagte. Wenn auch manchmal die grellen Blitze der Kämpfe um das Landtagswahlrecht durch die Verhandlungen zuckten, so waren diese doch zum größten Teile der Reorganisation des Parteikörpers selbst gewidmet, es waren nicht Parteitage des Kampfes, sondern solche der inneren Reform.

Neben dem Bestreben, die Organisation straffer zu gestalten, trat in der österreichischen Sozialdemokratie in verstärkter Weise die Tendenz zutage, die Arbeiterschaft mit dem Ideengehalt des wissenschaftlichen Sozialismus vertrauter zu machen. Es ist symptomatisch, daß es nun auch gelang, einen langgehegten Wunsch der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie

zur Durchführung zu bringen, nämlich den, eine eigene wissenschaftliche Revue zu gründen. Bis nun waren die deutsch-österreichischen Arbeiter von den wissenschaftlichen Organen der reichsdeutschen Sozialdemokratie abhängig gewesen, seit dem 1. Oktober 1907 erscheint nun aber auch in Wien eine Zeitschrift, die der Pflege sozialistischer Theorie gewidmet ist. Sie führt den Titel „Der Kampf" und wird von Karl Renner, Adolf Braun und Otto Bauer redigiert; die besten Kräfte der Arbeiterbewegung werden an ihr mitarbeiten. Kurz und treffend umschrieb der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler, in der ersten Nummer der neuen Zeitschrift den Zweck des Blattes sowohl wie die nächsten Aufgaben der österreichischen Arbeiterpartei, indem er sagte: „Die intensive Kleinarbeit der sozialdemokratischen Schulung muß wieder in den Vordergrund gestellt werden, und die besten Kräfte der Partei müssen sich ihr widmen. Wähler gewinnen ist nützlich und notwendig; Sozialdemokraten erziehen ist nützlicher und notwendiger."

Gleichzeitig mit dem wissenschaftlichen Organe der deutschen Sozialdemokraten in Österreich erschien auch eine Zeitschrift der rumänisch-österreichischen Sozialdemokraten, die diese in Verbindung mit ihren Gesinnungsgenossen in Rumänien herausgeben. Sie heißt „Vittorul social" („Die soziale Zukunft") und soll denselben Zwecken dienen wie der „Kampf". Der Erscheinungsort ist Jassy (Rumänien), als Herausgeber zeichnen: Gregor Grigorowici, Dr. Racowski, M. G. Bujor. Die tschecho-slavischen und polnischen österreichischen Sozialdemokraten haben bereits seit längerer Zeit wissenschaftliche Parteiorgane.

Bei den innigen Beziehungen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Österreich werden die Bestrebungen nach Vertiefung der Weltanschauung der Arbeiterschaft nicht nur die „Politiker", sondern ebenso die „Gewerkschafter" in ihren Bannkreis ziehen. Für die Gewerkschaften ist dies von einer um so größeren Notwendigkeit, als eine größere Einsicht in das ökonomische Getriebe und ein weiterer Blick für die Erfordernisse der Kultur, sie davor bewahren wird, die nationalen Gegensätze zu dauernden, die Gesamtheit schädigenden Konflikten zu vertiefen. Der Streit, der jetzt zwischen einem Teile der tschechischen Gewerkschaftsmitglieder und der Gesamtorganisation geführt wird, ist dann seiner Beilegung nahe, wenn die größere Durchbildung der Massen die Arbeiterschaft in den Stand setzt, nur insoweit eine Berücksichtigung ihres nationalen Gefühles in der Gewerkschaftsorganisation zu fordern, als es die ökonomische Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zuläßt. Der tschechische Gewerkschaftskongreß, der Ende September 1907 in Prag stattfand, zeigte, wenn auch nicht in seinen Beschlüssen so doch in den Reden der hervorragendsten Gewerkschaftsführer, daß eine maßvollere Auffassung des nationalen Streites allmählich platzgreift. Man kann wohl die Vermutung aussprechen, daß der Zwang der Verhältnisse und die zunehmende Reife der Arbeiterschaft aller Nationen ihn im Laufe der Zeit vollends beseitigen wird.



# DR. BORIS KRITSCHEWSKY, PARIS: DIE GEWERKSCHAFTLICHE BEWEGUNG IN RUSSLAND.


ER wirtschaftliche Kampf der Arbeiter ist in Rußland seit den neunziger Jahren vorigen Jahrhunderts zu einer ständigen Erscheinung geworden. Im Zeitraum von 1895 bis 1907 wurden in den der Fabrikinspektion unterstehenden Betrieben 1765 Streiks mit 431 258 Teilnehmern gezählt.

Es waren Kämpfe unorganisierter Arbeiter. In vielen Fällen wurden d e Streiks durchgekämpft bloß mit Hilfe einer während des Streiks selbst spontan entstehenden Leitung, welche nachher wieder verschwand. Meist aber waren es die „illegalen“, geheimen sozialdemokratischen Gruppen (mehrere Jahre später zum Teil auch die Gruppen der sozialrevolutoinären Partei), die für die Dauer des Streiks die Funktionen einer gewerkschaftlichen Leitung übernahmen. Geheime berufliche Vereine wirkten fast ausschließlich unter den polnischen und jüdischen Arbeitern. Im übrigen gab es an Organisationskeimen noch legale Unterstützungskassen.

Die ersten Versuche einer öffentlichen gewerkschaftlichen Organisation fallen in das Jahr 1905, also in das erste Revolutionsjahr, — abgesehen von den zu reaktionären Zwecken vom Moskauer Polizei-Machiavelli Subatoff aufgepäppelten Fachvereinen, die aber ihrem Urheber eine bittere Enttäuschung bringen sollten. Dagegen war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung die Ende 1904 — ursprünglich unter der Konnivenz der Polizei — vom Priester Gapon gegründete klubähnliche „Versammlung russischer Fabrikarbeiter“ der Stadt Petersburg. Diese Organisation, die zum „roten Sonntag“ des 9./22. Januar 1905 führte, gab einen mächtigen Anstoß zur Entstehung eigentlicher Gewerkschaften. Im Herbst 1905 kam dann der polizeilich so lange niedergehaltene Drang der Arbeiter nach Organisation mit elementarer Gewalt zum Durchbruch.

Die Gewerkschaften als *solche*, d. h. als nach Berufen bzw. nach Industriezweigen gegliederte wirtschaftliche *Arbeiterorganisationen*, spielten übrigens im allgemeinen in den revolutionären Generalstreiks eine untergeordnete Rolle, da sie ja zu jener Zeit erst im Entstehen begriffen waren. Speziell in Petersburg, wo bei der Durchführung der Generalstreiks die Beteiligung der Metallarbeiter von entscheidender Bedeutung war, hatten es diese Arbeiter damals noch nicht zu einer gewerkschaftlichen Organisation gebracht. Die Organisationen, die im Herbst 1905 an der Spitze standen, waren die *Räte der Arbeiterdeputierten*, die von *sämtlichen* Arbeitern aller Fabriken usw. gewählt wurden. Diese revolutionären Arbeitervertretungen, die eine gewisse Analogie mit der aus *allgemeinen Wahlen* hervorgegangenen Pariser Kommune von 1792 bis 1794 aufweisen, waren geboren aus der Notwendigkeit einer proletarischen Klassenvertretung zu einer Zeit, wo die Gewerkschaften noch zu schwach waren, um diese Funktion zu übernehmen.

Eine Ausnahmestellung nimmt der „*Allrussische Eisenbahnerverband*“ ein. Gegründet im April 1905, im Gefolge der wirtschaftlichen Massenstreiks vom Februar und März desselben Jahres, war er stark genug, um im Oktober 1905 den denkwürdigen Generalstreik der Eisenbahner durchzuführen, der bald zu einem revolutionären Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft anschwellen sollte.

Eine besondere Erinnerung verdient auch der Druckereiarbeiterverband, der in den revolutionären Herbstmonaten 1905 eine unbeschränkte Preßfreiheit erzwang, indem er die Arbeitssperre gegen diejenigen Druckereien verhängte, welche sich der Zensur unterwarfen.

Die russische gewerkschaftliche Organisationsarbeit zählt eigentlich also im ganzen kaum zwei Jahre. Über ihre Ergebnisse geben Auskunft die statistischen Nachweise, die von der allrussischen Organisationskommission für sie Einberufung des ersten allgemeinen Gewerkschaftskongresses gesammelt und kürzlich veröffentlicht wurden.

Danach bestanden im Frühjahr 1907 in ganz Rußland 652 Gewerkschaften mit 246 272 Mitgliedern. Auf die einzelnen Industrien verteilen die sich wie folgt:

| Industrie | Zahl der Gewerkschaften | Zahl der Mitglieder | Prozentsatz der gesamten Mitgliederzahl |
|---|---|---|---|
| Metallindustrie | 81 | 54 173 | 22 |
| Textilindustrie | 25 | 37 214 | 15,5 |
| Handel | 101 | 32 475 | 13 |
| Buchdrucker | 72 | 28 654 | 11,5 |
| Nahrungsmittelindustrie | 78 | 24 848 | 10 |
| Bekleidungsindustrie | 59 | 15 039 | 6 |
| Bauindustrie | 43 | 12 396 | 5 |
| Lederindustrie | 85 | 12 066 | 5 |
| Holzindustrie | 38 | 9 927 | 4 |
| Bergbau | 5 | 2 475 | 1 |
| Sonstige Industrien | 65 | 17 005 | 7 |

Das Verhältnis der Organisierten zur Gesamtzahl der Arbeiter in den einzelnen Industrien zeigen folgende Zahlen. An erster Stelle stehen die Buchdruckergewerkschaften mit 48 % der Gesamtzahl der Arbeiter ihres Gewerbes, dann folgt die Metallindustrie mit 8,6 %, die Nahrungsmittelindustrie mit 7,2 %, die Lederindustrie mit 7,1 % usw. Im Bergbau sinkt die Verhältniszahl auf 1,1 %, In allen Berufen zusammen sind 3,5 % der Gesamtzahl der industriellen Arbeiter (7 Millionen) organisiert.

Die Organisationskommission macht noch darauf aufmerksam, daß die obigen Zahlen sich vielfach auf diejenigen Mitglieder beziehen, die Eintrittsbeiträge geleistet haben, ohne aber der Organisation beständig anzugehören. Die Gesamtzahl der beständigen Mitglieder wird von der Kommission auf 90 000 bzw. — mit Einschluß von etwa 150 Gewerkschaften in Transkaukasien, Sibirien, Zentralasien, in den Ostseeprovinzen und zum Teil in Polen — auf etwa 123 000 geschätzt.

Ein weiteres Kennzeichen der jungen Bewegung ist das Vorwiegen von kleinen Vereinen mit geringem Mitgliederbestand.

| Mitglieder | Gewerkschaften | Gesamtzahl der Mitglieder |
|---|---|---|
| Über 5000 | 6 | 54 293 |
| Von 3000—5000 | 9 | 35 627 |
| „ 1000—3000 | 30 | 42 398 |
| „ 500—1000 | 45 | 34 561 |
| „ 100— 500 | 213 | 50 473 |
| unter 100 | 349 | 27 983 |

Zu den Besonderheiten der bisherigen Entwicklung gehört auch das ausgeprägte Übergewicht der Großstädte in bezug auf die Stärke der Organisation. In Petersburg wurden gezählt 35 Gewerkschaften mit 48 801 Mitgliedern, in Moskau 32 Gewerkschaften mit 41 556 Mitgliedern, in Lodz 26 198 Organisierte, in Warschau 17 117, in Baku 11 813, in Odessa 9730, in Jekaterinoslaw 7382, in Wilno 7375, also in diesen 8 Städten zusammen etwa 170 000 Organisierte, d. h. nahezu 70 % der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder. Dieses Verhältnis entspricht keineswegs etwa der in gleichem Maße überwiegenden industriellen Bedeutung der Großstädte. Es kommt darin der tiefe kulturelle Unterschied zum Ausdruck, der die großstädtischen Arbeiter von der übrigen Masse der russischer Arbeiterschaft trennt. Anderseits ist die Organisationsarbeit der revolutionären Intelligenz nicht zu unterschätzen. Sie ist aber in den großen Städten am stärksten vertreten. Erst in der letzten Zeit beginnt die Arbeit der Intelligenz für die Gewerkschaftsarbeit entbehrlich zu werden, denn mehr und mehr liefert die Arbeiterschaft aus ihren eigenen Reihen die zur Leitung fähigen Kräfte. Übrigens verurteilen die scharfen Polizeibestimmungen die Gewerkschaften vielfach zur Zwitterstellung halb geheimer Organisationen, so daß die in den Künsten der „unterirdischen" Tätigkeit erfahrenere Intelligenz noch immer auf gewerkschaftlichem Gebiet eine wichtige Rolle spielt.

Die behördlichen Verfolgungen lasten schwer auf der Entwicklung der Gewerkschaften. Es seien nur die wichtigsten Polizeiaktionen angeführt.

Im Dezember 1905 nach dem Moskauer Ausstand kam der erste Schlag. Die Regierung rächte sich an den Gewerkschaften, besonders in Petersburg, für die revolutionären Generalstreiks vom Oktober, November und Dezember des genannten Jahres und für deren Beteiligung am revolutionären Rat der Arbeiterdeputierten. Die zweite Polizeiaktion allrussischen Umfangs war das „provisorische" Gesetz vom 4./17. März 1906 betr. die Berufsvereine, das unter dem Schein der gesetzlichen Anerkennung der ohne behördliche Erlaubnis entstandenen Gewerkschaften diese der Polizeiwillkür auslieferte. Welcher Art jenes Gesetz war, mag z. B. die Tatsache veranschaulichen, daß die polnischen sozialdemokratischen Gewerkschaften es vorgezogen haben, nach wie vor „illegal" zu bleiben. Im Juli 1906 zerstörte die Regierung die Gewerkschaften in der Hauptstadt. Das war ihre Antwort auf den nach der Auflösung der ersten Duma versuchten Generalstreik.... Doch, wie die oben für Petersburg angeführten Zahlen zeigen, haben die hauptstädtischen Gewerkschaften auch diesen Schlag überwunden. Aus der jüngsten Zeit ist namentlich der Vernichtungsfeldzug des Moskauer Satrapen gegen die dortigen Gewerkschaften hervorzuheben. Im August 1907 wurden von den 55 Berufsvereinen Moskaus 40 aufgelöst, und der Rest schwebt zur Stunde zwischen Leben und Tod. Mitgliederversammlungen werden nicht zugelassen.....

Ein besonderes Kapitel in der Leidensgeschichte der Gewerkschaften bilden die Verfolgungen der Gewerkschaftspresse. — Das erste Fachorgan wurde im Juli 1905 von den Petersburger Buchdruckern gegründet, weitere im Herbst. Der bereits erwähnte polizeiliche Dezemberstreich vernichtete mit einem Schlage alle Fachorgane, die aber schon einige Monate später ihre Auferstehung feierten. Zur Zeit der ersten Dumawahlen und während ihrer kurzen Tagung entstanden 19 Organe. Davon wurden 7 nach der Dumaauflösung verboten. Gegen Anfang des Jahres 1907 stieg die Zahl der Fachblätter auf 33, davon wurden 24 nach der Auflösung der

zweiten Duma verboten. Insgesamt wurden in den letzten zwei Jahren 72 Gewerkschaftsblätter gegründet, davon verfielen dem Zensurverbot 50, während 5 aus Geldmangel ihr Erscheinen einstellten und weitere 3 „illegal“ gedruckt wurden. Zurzeit erscheinen 14 Fachorgane. Wie kurzlebig die Gewerkschaftspresse war, ersieht man daraus, daß die meisten Blätter schon nach der ersten oder der zweiten Nummer dem Verbot verfielen! Den wenigsten war es vergönnt, mehr als zehn Nummern zu erleben.

Selbst die rein kulturelle Aufklärungstätigkeit, die sich die Gewerkschaften immer mehr angelegen sein lassen, wird von den Behörden auf jede Weise unterbunden. Ein drastisches Beispiel dafür aus jüngster Zeit. Die Arbeiter eines Petersburger Metallwerkes hatten nach vieler Mühe die Erlaubnis zur Gründung eines Bildungsvereins erwirkt. Dem Verein traten sofort 200 Mitglieder bei. Es gelang ihm auch, einen ersten Vortrag über „Alkoholismus“ zu veranstalten, der von 300 Personen besucht war. Aber schon gleich der zweite Vortrag, der vom gleichen Referenten, einem Fabrikarzt, gehalten werden sollte, wurde von der Polizei verhindert. Das Thema des staatsgefährlichen Vortrages war — die Gesundheitslehre!.... Desgleichen hat die Polizei dem Verein die Erlaubnis versagt, einen — Musikabend zu veranstalten. . . . . („Towaristsch“, Nummer vom 6./19. September 1907).

Man begreift, daß unter solchen Polizeibedingungen der innere Ausbau der gewerkschaftlichen Institutionen auf schier unüberwindliche Hindernisse stieß. Desto bedeutsamer sind die unablässigen Bemühungen, die Organisation zu konsolidieren und ihr Tätigkeitsfeld zu erweitern. Angesichts der unsicheren Rechtslage der jungen Gewerkschaften kostet es schwere Mühe, die Stetigkeit des Mitgliederbestandes und die Regelmäßigkeit der Beitragszahlung zu sichern. Immerhin sind in dieser Beziehung unverkennbare Fortschritte zu verzeichnen.

Die bedeutendsten Erfolge haben wohl die Buchdrucker, insbesondere in Petersburg, erkämpft. Im Sommer 1907 kamen dort über 100 Streiks bzw. Lohnbewegungen vor, die im ganzen den Lohn der Buchdrucker um etwa 200 000 Rubel erhöht haben. Am glänzendsten sind die Erfolge der Petersburger Zeitungssetzer. Sie haben überall — drei reaktionäre Zeitungen ausgenommen — den Achtstundentag und einen Monatsgehalt von 85 Rubel erkämpft. Zurzeit stehen die Petersburger Buchdrucker in Unterhandlungen mit den Druckereibesitzern über den Abschluß eines Tarifvertrags. Ein Beweis, daß die Unternehmer die Stärke der Gewerkschaft schätzen gelernt haben.*)

Die Erstarkung der Gewerkschaften hat die Unternehmer zur Gründung von Kampfverbänden nach deutschem Muster getrieben. Der Petersburger Unternehmerverband vereinigt zurzeit 167 Betriebe mit 109 340 Arbeitern. Die Gewerkschaften haben bereits auch mit Massenaussperrungen zu rechnen.

Für die Zusammenfassung der einzelnen Berufsvereine wird bereits eifrig und ersprießlich gearbeitet. Die lokale Vereinigung wird durch die „Zentralbureaus“ (Gewerkschaftskartelle) hergestellt, die in allen bedeutenderen Mittelpunkten bestehen und vornehmlich für die Gründung neuer und die Unterstützung schwacher Gewerkschaften

*) Seit der Abfassung des Artikels verfiel die Petersburger Buchdruckergewerkschaft der polizeilichen Auflösung.

Sorge tragen. Die ersten Zentralbureaus sind im Herbst 1905 in Petersburg, Moskau und Charkoff entstanden. Das „provisorische“ Vereinsgesetz vom März 1906 verbietet zwar das Inverbindungtreten von zwei oder mehreren Vereinen und richtet sich somit auch gegen die Zentralbureaus. Tatsächlich aber hat jenes Verbot die Entwicklung der Gewerkschaftskartelle ebensowenig aufzuhalten vermocht, wie die weitere Bestimmung desselben Gesetzes, die den Gewerkschaften indirekt die Beteiligung an Streiks verbietet, deren Streikaktion aus der Welt geschafft hat. Neben ihren lokalen Aufgaben haben die Zentralbureaus, namentlich dasjenige der Hauptstadt, die allgemeine Aufgabe übernommen, die ersten Versuche der Zusammenschließung der Gewerkschaften des ganzen Landes anzubahnen.

Im September 1905 kam die erste allrussische Konferenz der Gewerkschaften zustande, auf welcher beschlossen wurde, im Dezember des gleichen Jahres den ersten allrussischen Gewerkschaftskongreß zusammenzuberufen. Doch mußte der Kongreß infolge der herrschenden Reaktion mehr als einmal verschoben werden. Er soll nun in nächster Zeit stattfinden. — Die in Aussicht genommene Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Der Kampf gegen den ökonomischen Terror; 2. die Abgrenzung der Gewerkschaften nach Gewerben und Branchen; 3. allrussische und Gauverbände, 4. die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien; 5. Unternehmerverbände und Aussperrungen; 6. Unterstützungskassen; 7. Gewerkschaften und Genossenschaften; 8. die kulturelle Tätigkeit der Gewerkschaften; 9. Vereinbarungsmethoden mit den Unternehmern (Schiedsgerichte usw.); 10. Kommunal- und Landschaftsverwaltungen und ihre Stellung als Unternehmer zur Arbeiterklasse; 11. Regulierung des Arbeitsmarktes; 12. Abhilfsmittel gegen Arbeitslosigkeit; 13. Feiertagsruhe.

Inzwischen wird am Ausbau allrussischer Berufs- und Industrieverbände ernst gearbeitet. In den letzten Monaten tagte eine Reihe Gewerkschaftskonferenzen, die die Berufskollegen großer Gebiete vereinigten. Diese Gauverbände sind die ersten Bausteine der kommenden Landesverbände. Die Buchdrucker aber haben es bereits zu einem allrussischen Verband gebracht, der neulich seine zweite Konferenz abhielt. Jetzt sind die Metallarbeiter daran, die Vorarbeiten zur Schaffung eines allrussischen Verbandes zu tun. Der allrussische Eisenbahnerverband ist zurzeit ein Generalstab ohne Armee. Er hat sich von den Schlägen der Reaktion noch nicht erholt.

Zum Schluß ein paar Worte über die Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien — genauer, zu den sozialistischen Parteien, da die bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme Polens — keinerlei Einfluß auf die Gewerkschaften haben. Die sozialdemokratische Partei, die unter der Arbeiterschaft am einflußreichsten ist, erstrebt die Hegemonie über die Gewerkschaften. Das gilt namentlich von der sozialdemokratischen Fraktion der „Bolschewiki“ („Mehrheits“richtung), die auf dem letzten sozialdemokratischen Kongreß (Juni 1907) eine Resolution durchgesetzt hat, worin den in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Parteimitgliedern zur Pflicht gemacht wird, für die Anerkennung der „geistigen Leitung der Partei“ seitens der Gewerkschaften zu wirken, ebenso für die Herstellung „organisatorischer Verbindungen“ zwischen Partei und Gewerkschaft. Tatsächlich bestehen rein sozialdemokratische, d. h. der Partei untergeordnete, Gewerkschaften in Polen und unter den jüdischen Arbeitern — neben Gewerkschaften anderer Richtungen!

Innerhalb der russischen Arbeiterschaft hat dagegen die Tendenz zur Schaffung *neutraler* Gewerkschaften die Oberhand gewonnen. Und je mehr die Organisationen erstarken, desto geringer wird die Gefahr, daß die russische Gewerkschaftsbewegung derselben Zersplitterung verfallen könnte wie die sozialistische Parteibewegung. Desgleichen ist es ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften sich insgesamt irgendeiner Partei unterordnen lassen.

Wohlgemerkt, die Neutralität der Gewerkschaften bedeutet in Rußland nur ihre neutrale Stellung gegenüber den verschiedenen sozialistischen *Parteiorganisationen*, keineswegs aber etwa politische und soziale Farblosigkeit. Die „neutralen" russischen Gewerkschaften sind sozialistisch gesinnt und Todfeinde des Zarismus. Das ist eine Art Neutralität, die — mutatis mutandis — der Stellung des revolutionären Syndikalismus nahe verwandt ist. Aber auch die revolutionär-syndikalistischen Ideen als solche beginnen in neuerer Zeit in gewerkschaftlichen Kreisen Anklang zu finden. Die besonderen Entstehungsbedingungen der russischen Gewerkschaften und ihre nationale wie internationale historische Umgebung müssen sie m. E. für jene Ideen empfänglich machen. Der volle Ideengehalt des Syndikalismus wird aber freilich erst dann in der Gewerkschaftsbewegung lebendig werden, wenn die Demokratie in Rußland gesiegt hat.

Im Kampf um die Demokratie ist wiederum die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse Rußlands einer der allerwichtigsten Faktoren des Sieges. Zurzeit ein Ameisenhaufen, dessen emsige Arbeit von der nagelbeschlagenen Sohle des Polizeistiefels immer wieder niedergetreten wird, darf sie ihrem brutalen Feinde mit Agesilaus sagen: „Ich scheine dir Ameise, aber ich werde einmal Löwe sein".



# CHRONIK

**DIE antiasiatische Bewegung in Australien.** In den ausgedehnten Länderstrecken um den Golf von Carpentaria, in dem sog. „Nordaustralien", gewinnt die sog. „Australien - für - die - Weißen-Bewegung" immer mehr an Boden. Dagegen haben sich nun freilich auch Proteste erhoben. Der Australier, so verkündete man, handelt sehr intolerant und selbstsüchtig gegen die farbigen Rassen. Aber die Majorität der Bewohner von ganz Australien ist sich darin einig, daß man im Interesse der Farbigen wie der Weißen gar nicht anders handeln kann, als gegenwärtig geschieht. Speziell ist sich die Arbeiterklasse, die mit den Farbigen zusammen leben und arbeiten muß, darüber klar, daß eine beständige Gefahr droht, daß der Markt von farbigen Konkurrenten überflutet wird, die viel geringere Lebensbedürfnisse haben, oft fast von nichts leben und sich von der Kapitalistenklasse willig ausbeuten lassen. Man sieht hier die Gefahr herannahen, daß die weniger fortgeschrittene Rasse die fortgeschrittenere herabzieht, daß sie sie schließlich ganz zu Boden treten wird.

Zudem erscheint auch unter jedem anderen Gesichtspunkt die Verschmelzung zweier Rassen auf so radikal verschiedenen Entwicklungsstufen keineswegs wünschenswert.

Mischlinge sind im allgemeinen kein nationaler Segen.

Es wird heute schon behauptet, daß der weiße Mann in den tropischen und halbtropischen Gegenden des nördlichen Territoriums nicht mehr fortkommen und sich halten kann.





# MORALISCHE & RECHTS-ENTWICKLUNG

## J. CORNELIUS, LONDON: DAS VERBOT DER SCHWÄGEREHE IN ENGLAND.



ÄHREND eines großen Teils des 19. Jahrhunderts war die englische Staatskirche viel freier und weitherziger als die verschiedenen evangelischen Freikirchen. Heute wird die neue Theologie, die für Freiheit des Denkens, der Rede und der Tat eintritt, vor allem von den Kanzeln der Dissenters verkündet, während die Anhänger von Arnold und Colenso in der englischen Kirche ins Hintertreffen geraten sind. — Seltsam ist die Stellungnahme der Kirche zu dem gesetzlichen Verbot der Schwägerehe.[1]) Die Bischöfe, mit ihnen ein großer Teil der niederen Geistlichkeit und der Laienwelt behaupten, daß der Ritus der kirchlichen Trauung Mann und Weib „zu einem Fleisch und Blut“ macht. Somit stehe die Schwägerin zum Manne in näherem Verwandtschaftsverhältnis als seine leibliche Schwester und er begehe Inzest, wenn er sie heirate. Ein Mitarbeiter der Westminster Gazette hat ganz richtig argumentiert, daß logischerweise dann auch nicht zwei Brüder zwei Schwestern heiraten dürften. Zum Teil beruht das Verbot auf der Idee, im Verkehr zwischen Schwager und Schwägerin würden beide weniger leicht in Versuchung kommen, wenn sie sich für Bruder und Schwester hielten. Mit solchen törichten Anschauungen, die von oben herab dem ausdrücklichen Willen des Volkes entgegengesetzt werden, beleidigt man einen großen Teil der Bevölkerung der britischen Kolonien. Denn dort existiert kein derartiges gesetzliches Gebot und die Kolonisten müssen darunter leiden, daß ihre Ehen im Mutterlande nicht anerkannt werden. Durch dieses Verhalten haben die Bischöfe die Achtung der Nation verloren, denn diese Inhaber der höchsten Pfründen und Ehren sind im Oberhaus die unverbesserlichen Vorkämpfer der Reaktion.

[1]) Das engl. Ehereformgesetz (1907), welches das Verbot der Vermählung zwischen Witwern und den Schwestern ihrer verstorbenen Gattinnen aufhebt, ward schon seit beträchtlicher Zeit alljährlich dem Parlamente vorgelegt, aber stets auf Antrag der Bischöfe und ihrer Anhänger zurückgewiesen. Die beiden Erzbischöfe und 40 andere der anglikanischen Bischöfe sind ex officio Mitglieder des Oberhauses. Die Vorlage hatte freilich auch ihre Gegner unter den Klerikalen des Unterhauses.

# MARY L. KATSIN, NEW YORK: DIE THOMAS-DAVIDSON-SCHULE.

Miss Katsin entstammt einer russisch-jüdischen Familie, die vor 20 Jahren nach Albany N. Y. ausgewandert und dort in überaus dürftigen Verhältnissen lebt. Von der „Sehnsucht nach Kultur" getrieben (wie so viele ihres Volkes gerade in Amerika), ging sie schon in frühester Jugend nach New York, studierte zunächst an den dortigen Volkshochschulen, gleichzeitig als Stenographistin den Lebensunterhalt für ihre Familie in der Provinz erwerbend. Sie ging hierauf dazu über, selbst Studienklubs und andere Institutionen zur Verbreitung von Bildung unter den russisch-jüdischen Proletariern der amerikanischen Metropole zu verbreiten.

WER sich für Erziehung des Lohnarbeiters interessiert, für den ist eine Schule in New York beachtenswert, die 1899 von Thomas Davidson begründet wurde.

Zum ersten Kursus erschienen 56 Personen, im Alter zwischen 16 und 58 Jahren: Straßenhändler, Zeitungsverkäufer, aber auch Studenten der Columbia-Universität. Sehr bald wuchs die Klasse auf fast 200 Personen an. Davidson war bemüht, seine Zuhörer vor allem zwei Momente empfinden zu lassen. „Erstens mußte ihnen klarer Einblick werden in die natürliche Bestimmung des Menschen, auf daß sie Erkenntnis lieben lernten und jegliche Autorität verschmähen, mochte sie auch noch so alt und heilig sein. Zweitens sollten sie begreifen, daß der Mensch unermeßlich entwicklungsfähig an Einsicht, Willenskraft und Liebe ist, daß alles darauf ankommt, immer tiefere Beziehungen zu unseren Mitmenschen auszulösen, die Bedingungen für das Wachstum des Menschengeschlechtes möglichst günstig zu gestalten und diese Ausgestaltung zum bewußten Ziel für jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen."

Am 14. September 1900 starb Davidson. 1902 wurde ein systematischer Unterricht nach Analogie der öffentlichen Hochschulen eingeführt. Die Ausbildung umfaßt: Arithmetik; Stilistik, Elementargrammatik; Elementare Literatur; Geographie; Algebra; Aufsatz; Vortrag und Briefstil; Literatur; Geschichte; Physiologie und Hygiene; Soziologie; Allgemeine Volkswirtschaftslehre; Freihandzeichnen; Stenographie; Biologie; Chorsingen; Gemeinsames Lesen etc.

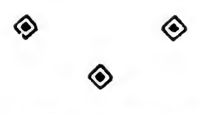
Gegenwärtig gibt es 24 Klassen an den ersten vier Abenden jeder Woche von 8—10 Uhr abends. Der Freitagabend wird der Lektüre ethischer Schriften gewidmet oder der Diskussion von Problemen des persönlichen Lebens. Außer diesem Freitagklub dienen 12 weitere Klubs verschiedenen Interessen.

Man plant die Ausgestaltung der Kurse zu einer Art Normalschule, unter Leitung der besten Lehrer und mit dem fähigsten und enthusiastischsten Schülermaterial. Damit wäre auch der Anfang gemacht zu einem Lehrerseminar für die unteren Klassen der Schule. Die Lehrerschaft wird sich dann aus ehemaligen Schülern rekrutieren.

Die Schüler der Davidson-Schule hatten oft wenig oder gar keine Gelegenheit zum Studium, vielen waren in der Heimat Erziehungsprivilegien und Bildungsgelegenheiten nur darum verweigert, weil sie Juden sind. Für diese Schüler wurde die Anstalt zu einer Wiedergeburt.

Diese Menschen leben im Ostviertel von New York, mitten im Elend, unter den ärmlichsten Bedingungen. Sie haben „zu Hause" oft keinen Augenblick Frieden und Ruhe. Sie sind daher glücklich, nur in die Klassenräume kommen zu dürfen. Obwohl der Unterricht punkt 10 Uhr beendet ist, haben die Schüler die Erlaubnis, bis 11 Uhr in der Schule zu bleiben.

So dient die Thomas-Davidson-Schule der Erziehung zur Kultur, der Durchbildung des Charakters. Sie berücksichtigt individuelle Gesichtspunkte, versucht für jeden Schüler auf die ihn speziell interessierenden Probleme einzugehen, Männer und Frauen für das Leben auszurüsten und einen Kreis hochgestimmter, enthusiastischer Menschen auszubilden, die das Evangelium der Liebe und der Gerechtigkeit lehren und leben werden.



# CHRONIK

**CHRONIK der Antialkoholbewegung.** Der elfte internationale Kongreß der Antialkoholisten, der vom 28. 7.—3. 8. 1907 in Stockholm tagte, ist das wichtigste Ereignis, das die antialkoholische Bewegung während der letzten Monate zu verzeichnen hatte. Dieser Kongreß, der alle zwei Jahre zusammenkommt, verfolgt einen doppelten Zweck. Er will zunächst die noch wenig geklärten Probleme klären und studieren, die man mit barbarischer Terminologie als „Alkohologie" bezeichnet hat. Sodann will er die besten Mittel der Propaganda erforschen, durch welche man dem Kampf gegen den Alkohol überall, wo er entbrannt ist, neue Lebendigkeit geben kann.

Der Stockholmer Kongreß war sehr besucht. 1200 Teilnehmer hatten sich eingefunden, unter denen 500 auswärtige waren, die zu dem Kongreß nach Schweden kamen. Viele interessante Berichte wurden erstattet. Die Krone von allem aber bildete die Arbeit des Professors Laitinen in Helsingfors „Über den Einfluß mäßiger Dosen Alkohols". Alle Welt ist von der Schädlichkeit großer Alkoholdosen längst überzeugt, aber lange bestand der Glaube, daß alkoholische Getränke, wenn sie nur in kleinen Dosen genossen werden, wenn nicht wohltätig, so doch mindestens harmlos seien. Laitinen hat nun dieses Problem aufs allergründlichste zu erforschen versucht, indem er mit Kaninchen und Meerschweinchen zahllose Experimente anstellte. Mit der Geduld eines Mönchs hat er an fünf- bis sechshundert Tieren experimentiert. Er flößte ihnen durch den Oesophagus eine Dosis von 0,1 ccm Alkohol auf je 1 kg tierischen Gewichtes ein. Dieses würde einer Dosis von 7,5 ccm auf ein menschliches Gewicht von 75 kg entsprechen. Die Experimente wurden an jedem Tiere während 200 bis 300 Tagen verfolgt.

Der unheilvolle Einfluß noch so kleiner Dosen Alkohols auf die Tiere trat bei diesen Experimenten klar zutage; besonders auch an der Wirkung des Alkohols auf die Nachkommenschaft. Die alkoholisierten Tiere lieferten den schlagendsten Beweis für die Schädlichkeit des Giftes, indem ein verhältnismäßig großer Teil ihrer

Jungen nicht lebensfähig war. Auch das Wachstum der alkoholisierten Tiere war weit langsamer als bei solchen, die klares Wasser bekamen.

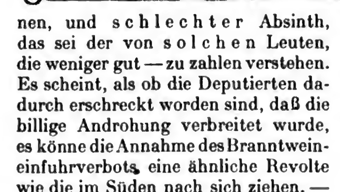
Es wäre nun freilich gewagt, von einem Nagetier wie dem Meerschweinchen ohne weiteres auf den Menschen zu schließen. Laitinen hat denn auch diesen Schluß nicht gewagt, und man darf keineswegs ohne weiteres aus seinen Studien die schädliche Wirkung mäßiger Dosen Alkohols auch auf unsere Art entnehmen.

Bei Gelegenheit des Stockholmer Kongresses wurde auch ein internationales Bureau gegen den Alkoholismus gegründet. Dieses Institut, das seinen Sitz in Lausanne hat, wird vor allem für die Schweiz ein internationales Archiv des Antialkoholismus bilden. Es wird das große statistische und gesetzgeberische Material, die wissenschaftlichen Arbeiten, die Bücher, Propagandabroschüren und Zeitungsartikel sammeln und klassifizieren, die der Kampf gegen den Alkohol zeitigt. Das Bureau ist bereits in voller Tätigkeit und stellt seine Kräfte den Regierungen, den Gesellschaften und Institutionen und in gewissen Fällen auch den Privatpersonen, die sich für die Frage des Antialkoholismus interessieren, zur Verfügung.

Bevor wir Schweden verlassen, wollen wir uns daran erinnern, daß es seit dem 1. Okt. 07 unter die Herrschaft eines neuen Gesetzes getreten ist, das in vielen Punkten das sog. Gothenburger Gesetz über den Alkoholausschank modifiziert. Man wünscht die Gastwirtschaften in die Hände von Genossenschaften zu bringen, die philantropische Tendenzen im Auge behalten. —

Auch in Deutschland macht die Antialkoholbewegung gewaltige Fortschritte. Der große internationale Abstinentenbund, der Guttemplerorden, zählt schon trotz seines Radikalismus, ja, vielleicht gerade wegen seines Radikalismus, mehr als 3000 Mitglieder, die die eifrigste Propaganda treiben. Im öffentlichen Leben mehren sich die Zeichen dafür, daß der Kampf gegen den Alkohol in weiten Kreisen dem lebhaftesten Interesse begegnet. Ich erwähne nur, daß auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers eine ausgezeichnete Broschüre „Der Alkohol und die Wehrpflicht“ an alle Rekruten der Armee und Marine verteilt wird. Im Herbst 1907 hat sich auch der in Essen tagende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Alkoholfrage beschäftigt. Seit vielen Jahren war der Vorschlag, diesen Gegenstand auf das Programm des Parteitages zu setzen und vor die Assisen der Partei zu bringen, ohne Erfolg geblieben. Bebel hatte vor einigen Jahren den Antialkoholismus als „Lappalie“ bezeichnet, inzwischen aber ist um ihn ein sehr ernsthafter Kampf entbrannt. Den vorgebrachten Resolutionen fehlte freilich noch präzise Klarheit. Aber es muß immerhin vermerkt werden, daß eine große Partei im Alkoholismus endlich eine soziale Kernfrage erkannt hat.

Ich besitze nicht die Kompetenz und nicht die nötigen Informationen, um hier von der Krise der französischen Winzer sprechen zu können, die uns indessen in mehr als einer Hinsicht in einer Chronik der Antialkoholbewegung interessieren muß. Man wird wohl auch in Frankreich den Beschluß der hygienischen Kommission der Deputiertenkammer lebhaft bedauern, die trotz der Berichterstattung des M. Schmidt das Einfuhrverbot von Schnäpsen aus den Vogesen abgelehnt hat, obwohl ungefähr 400 000 Männer aus der geistigen Elite des Landes darum eingekommen waren. Die hygienische Kommission hat einen Unterschied zwischen gutem und schlechtem Absinth gemacht. Spötter sagen, guter Absinth, das sei der von den Herren X. und Y. und anderen mächtigen Branntweinbaro-



nen, und schlechter Absinth, das sei der von solchen Leuten, die weniger gut — zu zahlen verstehen. Es scheint, als ob die Deputierten dadurch erschreckt worden sind, daß die billige Androhung verbreitet wurde, es könne die Annahme des Branntweineinfuhrverbots, eine ähnliche Revolte wie die im Süden nach sich ziehen. —

Auch in der Schweiz ist der Kampf gegen den Branntwein mächtig entbrannt. Wie man weiß, haben die Kantone Vaux und Genf den Detailverkauf von Absinth verboten. 168 000 Schweizer Bürger haben von ihrem Eingaberecht, welches die Verfassung ihnen zugesteht, Gebrauch gemacht und haben vom Bundesrat gefordert, dem Volke einen Verfassungsparagraphen zur Abstimmung zu übergeben, der nicht nur den Kleinhandel mit Absinth, sondern auch seine Fabrikation und seinen Import im gesamten Gebiet der Schweizer Bundesstaaten verbieten soll. Die „Initiative", wie man ein derartiges Gesuch kurzer Hand nennt, wurde von mehr als 50 000 Bürgern unterstützt, also dreimal mehr, als legal notwendig ist. Die Frage, die die Eingabe aufwirft, muß nunmehr noch dem Votum der Schweizer Kantone unterstellt werden. Zuvor aber müssen die Bundeskammern dazu ihre Zustimmung geben; es ist durchaus anzunehmen, daß diese erfolgen wird.

Der Kampf gegen den Absinth ist übrigens international geworden. Von Frankreich und der Schweiz haben wir schon gesprochen. Auch in Belgien ist das Einfuhrverbot letzten Juli in Kraft getreten. In Holland steht die Frage noch im Stadium der Voruntersuchung. Auch der Stadtrat von Mühlhausen hat beim Reichstage eine Petition zum Schutz Elsaß-Lothringens eingebracht. In den Vereinigten Staaten stellte das landwirtschaftliche Bundesministerium aus Besorgnis gegenüber dem wachsenden Absinthkonsum eine Enquete an. Endlich hat auch in der Republik Argentinien der Deputierte Palacio ein Vorbeugegesetz für sein Land vorgeschlagen. Überall weigert sich somit der so lange geprellte Konsument, sich fürderhin noch vergiften zu lassen.

*Dr. E. Hercod, Lausanne.*



**Neue englische Strafvorschriften zwecks Verhinderung von Bestechungen.** Seit Anfang des Jahres 1907 ist in England ein Strafgesetz in Kraft getreten, das dem Unwesen der geheimen Provisionen in der Industrie wie in der Politik ein Ende machen soll. Das neue Gesetz ist als Resultat von parlamentarischen Arbeiten zu betrachten, die sich über viele Jahre erstrecken. Seine Hauptbestimmungen sind: 1. Eine strafbare Handlung begeht jeder Agent, der von irgendeiner Person ein Geschenk oder eine Gegenleistung für Leistungen im Geschäft seines Prinzipals annimmt. 2. Strafbar ist auch die Person, welche einem Agenten eine derartige Gegenleistung oder Geschenk anbietet. 3. Strafbar ferner ist auch jede Person, welche einem Agenten eine Quittung, eine Rechnung und sonstige Urkunde wissentlich zum Zweck der Täuschung seines Prinzipals gibt, ebenso jeder Agent, der solche Urkunden annimmt. Die Strafe kann sich bis auf zwei Jahre Gefängnis mit oder ohne harte Arbeit, oder Geldstrafe bis zu 500 £ oder eine Verbindung beider Strafarten ausdehnen. Das Gesetz findet sowohl für England wie auch für Schottland und Irland Anwendung.

Das neue englische Gesetz besagt nichts weniger, als daß derjenige, der sich bestechen läßt, nicht minder ein Verbrecher ist als derjenige, der sich eines Raubes schuldig macht.

Das deutsche Strafgesetzbuch beschäftigt sich eingehend mit Beamtenbestechung. Im übrigen sind seine Bestimmungen viel milder als die der neuen englischen Verordnung.

**Eine Professur für Photographie** soll zum ersten Male an der Technischen Hochschule in Dresden eingerichtet werden. Es handelt sich in diesem Fall nicht um einen Lehrstuhl für wissenschaftliche Photographie und ihre Anwendung für andere Wissensgebiete, sondern man will vielmehr der photographischen Industrie an die Hand gehen. In den letzten Jahren hat sich Dresden zu einem bedeutenden Zentrum der photographischen Industrie entwickelt. Neben ihr gedeiht auch die Ansichtskartenindustrie. Viele größere Anstalten haben ihre Ingenieure und Versuchsateliers, um Verbesserungen an Maschinen, Aufnahmematerial oder Apparaten auszuproben und zu ersinnen. Es fehlte aber bisher eine wissenschaftlich-technische Zentralstelle. Es ist der lebhafte Wunsch der sächsischen photographischen Industrie, besonders angesichts der demnächst in Dresden stattfindenden internationalen Ausstellung für Photographie, an der Technischen Hochschule eine Autorität zu besitzen, die, von einer allseitigen physikalisch-chemischen Bildung ausgehend, sich zum Förderer der Photographie sowohl wie der photographischen Industrie entwickelt.



# NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

## ABBÉ PAUL NAUDET, PARIS: DER LIBERALE KATHOLIZISMUS UND DIE JÜNGSTE ENZYKLIKA DES PAPSTES.



ES scheint, daß die jüngste Enzyklika Papst Pius X. weit mehr die Kreise der Außenstehenden interessiert als wie diejenigen, die noch in Wahrheit zur Kirche gehören und als ihre Kinder gelten wollen. Die ersteren haben in ihr eine Verdammung alles dessen gesehen, was modern ist, oder was — im engeren Sinne — innerhalb der Kirche „liberal" ist, die anderen und zumal die Kreise, von denen man annehmen kann, daß das päpstliche Dokument sie ansprechen wollte, sehen darin eine Auseinandersetzung der Prinzipien, die ein jeder akzeptieren soll, der seinen Glauben bewahren möchte.

Man erinnert sich, wie vor einigen Jahren Leo XIII., unter beinahe gleichartigen Bedingungen, eine Enzyklika gegen den „Amerikanismus" veröffentlichte. Der erste Erfolg dieser Enzyklika war merkwürdigerweise der, daß niemand sich in ihr wiedererkannte. Die amerikanischen Katholiken und diejenigen, die mit der Etikette „Amerikanisten" bezeichnet wurden, waren die ersten, die sich dagegen verwahrten, jemals eine solche Doktrin gelehrt und bekannt zu haben. Nach einigen Monaten war dann die ganze aufgerührte Erregung vollständig wieder verebbt.

Der neuen Enzyklika über den „Modernismus" scheint es ganz ebenso ergehen zu wollen. Niemand will „Modernist" sein, und gerade diejenigen, die man vor allen anderen anzuklagen gedachte, protestieren, übrigens in vollkommen gutem Glauben, gegen die Zumutung am lautesten. Offenbar wird der „Modern smus" bald demselben Schicksal verfallen, dem auch der „Amerikanismus" verfallen ist. Die Erregung wird sich sehr schnell legen, falls nicht jene reaktionär-katholische Partei, die man in Ermangelung eines passenden Ausdrucks die „katholische Rechte" nennen kann, sie künstlich anfachen wird.

Die außerhalb der Kirche stehenden Kreise, die als bloße Zuschauer den verschiedenen Wandlungen des kirchlichen Lebens mit mehr oder weniger Sympathie gegenüberstehen, glauben zu Unrecht, daß die Bannbulle des Papstes die besten Elemente der heutigen Kirche treffen wird, alle weitherzigen und großgesinnten Männer, auf denen die Hoffnung einer besseren Zukunft ruht. Darin steckt ein großer Irrtum. Man darf den sog. „Modernismus" nicht mit jener geistigen Strömung verwechseln, die man ziemlich ungenau und unzutreffend als „liberalen Katholizismus" zu bezeichnen pflegt.

Nach der Enzyklika soll der „Modernismus" durch drei prinzipielle Ideen charakterisiert sein. Und zwar (der Leser möge die häßlichen Fremdworte verzeihen) zunächst durch den „ A g n o s t i z i s m u s ", der ableugnet, daß Gott ein Gegenstand des Wissens und „historische Persönlichkeit" sein könne und alle Beweise und Motive des Glaubens ablehnt, auf denen die Theodizee bisher begründet wurde. Sodann: der „ I m m a n e n t i s m u s ". Dieser begründet alle Religion ausschließlich auf das individuelle Gefühl und unterdrückt dadurch die Macht der Dogmen und leugnet eine Offenbarung. Schließlich kommt der E v o l u t i o n i s m u s und behauptet, daß alle Religion, die lebendig ist, sich ändern und fortentwickeln muß, und zertrümmert damit alle stabilen Elemente der Kirche, ihre Geschichte sowohl wie ihre Einrichtungen.

Es ist leicht einzusehen, daß mit allen diesen Ausführungen der sogenannte „liberale" Katholizismus gar nicht getroffen wird, sofern man die Tendenzen der „katholischen Linken" wirklich mit diesem Namen bezeichnen will. In der Tat haben sich unmittelbar nach Veröffentlichung der Enzyklika die meisten Menschen, die mit Recht oder Unrecht in Verdacht stehen, innerhalb der Kirche die Opposition gegen den orthodoxen und exklusiven Geist der „Rechten" zu bilden, ebenso wie die Revuen und Zeitungen, die in verschiedenem Grade der Lebhaftigkeit die katholische Bewegung unterstützen, kräftig dagegen verwahrt, daß sie sich in diesem Bilde, das die Enzyklika vom „Modernismus" entwirft, etwa wiedererkennen müßten. Sie haben mit Recht betont, daß sie die Doktrinen, die Pius X. bekämpft, niemals gelehrt oder bekannt hätten.

So scheint denn die innere Lage der Kirche, was die Gruppierung der Parteien anbetrifft, genau dieselbe zu bleiben wie zuvor. Was aber die päpstliche Enzyklika anbelangt, so wird sie auch künftig das bleiben, was sie ist: ein guter Lehrstoff, mit dem die Theologen und katholischen Philosophen sich in ihren Schriften auseinandersetzen müssen. Nach wie vor aber wird es zwei Geistesströmungen geben, nicht zwar innerhalb des Katholizismus, wohl aber unter den Katholiken! Der Katholizismus als solcher ist eine Einheit, weil seine Lehre einheitlich ist. In dieser Hinsicht gibt es unter uns keinerlei Streit. Wohl aber besteht innerhalb der katholischen Einheit ein Doppeltes. Zwei verschiedene geistige Strömungen, zwei Geistesarten, deren

Gegensätzlichkeit nicht fortzuleugnen ist. Diese zwiefache Geistesströmung ist nicht von heute. Sie hat schon seit je existiert. Und man kann durch die Jahrhunderte ihre Spuren bis zu den Anfängen der Kirche verfolgen. Sie manifestiert sich schon bei den Aposteln, bei den Kirchenvätern und den frühesten kirchlichen Schriftstellern. Im Mittelalter wurde dieser Zwiespalt lediglich durch die eiserne Hand der Inquisition niedergehalten. Aber die Geistesströmung, die man heute „Liberalismus" nennt, bestand darum nicht weniger, und sie brachte sich zum Ausdruck, wo immer sie sich einschleichen konnte, in den Gemälden, den Skulpturen, den Glasgemälden und Fenstern der Kathedralen usw. Und sie trat aufs klarste zutage in den religiösen Kämpfen des sechzehnten Jahrhunderts. Damals neigte sich eine Partei, die den Katholizismus repräsentierte, mehr dem Protestantismus zu, die andere blieb in den Geleisen des alten Glaubens und bildete einen Damm gegen das, was man mit ziemlich ungenauen Worten „den neuen Geist" der Kirche nannte.

Man muß aber zugeben, daß die Geistesströmung der „Rechten" zu allen Zeiten und ganz besonders heute, unter uns am mächtigsten gewesen ist. Die Kirche ist vor allem anderen Tradition. Da kann man nun freilich leicht im Bewahren des heiligen Wortes das Wesentliche mit dem bloß Akzidentiellen vermischen und das, was Tradition ist, mit dem, was „bloß traditionell" ist. So entsteht denn unter uns ein Kampf zwischen denen, die vorwärts und jenen anderen, die nach rückwärts blicken. Aber dieser Kampf ist gut, indem er die einen wider ihr eigenes Vermuten ein wenig weiter vorandrängt und die anderen umsichtiger macht und weniger weit gehen läßt, als sie ursprünglich gewollt hatten. Unter Leo XIII. hatte die Macht des reaktionären Geistes beträchtlich nachgelassen, und man betrachtete in Rom den „neuen Geist" nicht mit allzu viel Abneigung. Aber seit der Thronbesteigung Pius X. ist wieder ein Umschlag eingetreten, und die „Rechte" hat rasend schnell das verlorene Terrain zurückerobert. In Frankreich, wo der Geist der Reaktion sich fast vollständig mit dem Monarchismus identifizierte, dessen politisch-religiöse Manifestierungen durch das Genie des letzten Papstes in kluger Weise hintangehalten wurden, hat ein erbitterter Kampf gegen die republikanischen Katholiken begonnen, ein Kampf, der stets mit scharfen, zuweilen aber mit gehässigen Waffen geführt wird. Wie aber alles miteinander zusammenhängt, so sind jene Kotholiken, die die fortschrittlichsten in der Politik sind, auch in der Theologie, Bibelexesse, Geschichte und Philosophie die Träger des Fortschritts. Darum ging man nun dazu über, ihnen auf diesem neuen Terrain eine Schlacht zu schlagen.

Es ist immer leicht, die Menschen bei ihren Schwächen zu packen. Man zieht dann Nutzen aus ihrer geringen Klugheit, aus ihrem Mangel an Begeisterung. Man läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne Skandale zu provozieren. Und so hatte man denn bald in der Kirche eine Partei der „Verdächtigen" konstruiert, deren Glauben in Zweifel gezogen wurde, und von diesen „verdächtigen" Katholiken konnte man dann anmerken, daß sie fast alle auch Republikaner seien.

Da die Dinge nun einmal so stehen, so hüllen sich die Fortgeschrittenen in Schweigen und warten auf bessere Tage. Aber alle Welt scheint sich bezüglich ihres Seelenzustandes einem Irrtum hinzugeben. Die außerhalb der Kirche Stehenden schieben ihnen die Absicht unter, den Katholizismus reformieren zu wollen. Das ist ein entschiedener Irrtum. Sie wollen lediglich die Sinnesart der Katholiken reformieren. Und das ist ganz etwas anderes. Die

Reaktionären haben geglaubt, daß man sie mit der Waffe der Schmähungen und selbst der Ungerechtigkeit aus der Kirche herausdrängen könne. Aber auch die Reaktionären befinden sich in einer großen Täuschung. Die „katholische Linke“ besteht fort und fort, und die „Fortgeschrittenen“ sind unbesiegbar. Vor allem darum, weil sie an die Kirche und ihre Mission glauben. Dieses Motiv ist in ihnen stärker als jedes andere. Sodann aber sind sie unbesiegbar, weil sie niemanden verdammen, niemanden verachten, mit niemandem Händel anknüpfen, denn sie haben nicht den Ehrgeiz, um jeden Preis zu siegen, sondern nur den, eine richtigere Auffassung der Verhältnisse in den Seelen derer herbeizuführen, von denen sie als Feinde der Kirche verdammt werden.

So hüllen sie sich würdig und fest in ihr Schweigen ein und warten getrost und zuversichtlich auf bessere Tage. Die „katholische Linke“ verzichtet nicht auf ihre Ideen, widerruft nicht ihre Prinzipien und läßt auch nicht ein Stück ihrer bewährten Methoden fahren. Und auch unter dem neuen Verdikt hat sie nicht im mindesten gelitten. Die Männer, die diese „Linke“ bilden, sind Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie sind modern aber keine „Modernisten“. Sie haben seit je die Wissenschaft geliebt und lieben sie auch künftig. Schon heute segnen sie den Tag, wo dank ihrer Mühen die Widersprüche fallen werden, nicht so sehr die mehr oder minder hypothetischen Widersprüche, die man heute noch zwischen Glauben und Wissen findet, sondern die inneren Mißverständnisse, die heute noch so viele Intellektuelle von den Segnungen des Glaubens ausschließen. Sie fahren fort, Geschichte, Philosophie, Exegese und Theologie zu betreiben. Einzig in der Sorge, der Wahrheit zu dienen. Und sie setzen ihr ganzes Vertrauen auf die Zukunft.



# CHRONIK

**DIE religiösen Schwierigkeiten in der englischen Erziehung.** Der Elementarunterricht steht in England im Vergleich mit anderen europäischen Ländern auf niedriger Stufe. Bis 1902 hat der Staat sich um seine Erziehungsfürsorgepflicht gegenüber jedem Landeskinde nicht weiter gekümmert. Von 5½ Millionen Kindern wurden im Jahre 1901 nur 2½ Millionen in öffentlichen Staatsschulen unterrichtet, während 3 Millionen in Wahl- oder Konfessionsschulen erzogen wurden. Mehr als die Hälfte englischer Kinder erhielt einen ganz unzulänglichen Unterricht, in unpassenden Schulgebäuden von beständig überbürdeten, schlecht bezahlten uud oft nicht einmal qualifizierten Lehrern. Durch das Schulgesetz von 1902 gewährte der Staat den freien Wahlschulen öffentliche Zuschüsse, hierdurch aber zwang er den großen Teil der englischen Bevölkerung, der nicht zur englischen Hochkirche gehört, ungerechterweise Steuern zum Unterhalt von Schulen zu zahlen, deren Doktrin seinen Überzeugungen zuwiderlief, in deren Verwaltung er keine Stimme besaß und von deren Lehrkörper er ausgeschlossen war. Seitdem dies Gesetz in Kraft trat, ist denn auch das ganze Land voll politischen und religiösen Streites, und heute ist ein neues

Ministerium bemüht, den Schaden wieder in Ordnung zu bringen, was nicht so leicht sein dürfte.

Die Führer der Nonkonfirmisten weigern sich, allen religiösen Bekenntnissen gleichen Rang einzuräumen. Entweder, so fordern sie, sollen alle Kinder denselben Religionsunterricht haben, oder überhaupt keinen. Sie fordern als Basis des nationalen Erziehungssystems „unkonfessionellen Religionsunterricht", der sich im wesentlichen auf die Lektüre der Bibel beschränkt. Sie behaupten, daß dieser Unterricht für jede christliche Kirche akzeptabel sein müsse. Ihrer Meinung nach ist die Bibel der gemeinsame Nenner aller Bekenntnisse. Wer sich gegen dieses protestantische Dogma verschließt, wird kurzweg als bigotter Sektierer abgetan. Die Nonkonfirmisten befinden sich in dem Irrtum, daß die Grundlagen des Protestantismus die Grundlagen des Christentums schlechthin sind. Die Anhänger der römisch-katholischen Kirche wie der Hochkirche können einfache Bibellektüre nicht als Unterrichtsbasis gelten lassen. Denn ihre Religion gründet sich viel weniger auf das Buch, als auf die kirchlich-römische Tradition. Sie erblicken weit mehr in der Kirche, als in der Bibel ihre Autorität. Der Vorschlag der Nonkonfirmisten will die religiöse Ungerechtigkeit des Gesetzes von 1902 auf andere Schultern überwälzen. Die Regierung darf aber eine so beträchtliche Anzahl ihrer Staatsbürger nicht schlechthin vor den Kopf stoßen und kann eine derartige religiöse Intoleranz weder dem Parlament, noch dem Lande aufdrängen. Während zweier Sessionen des Parlaments ist das Gesetz kaltgestellt worden und es wird in der nächsten Session kaum mehr Erfolg haben. Eine dauernde Beseitigung der religiösen Schwierigkeiten kann nur entweder durch ein Zusammengehen aller religiösen Gruppen oder durch ein rein staatliches und unkirchliches System garantiert werden. Hierzu aber scheinen die Nonkonfirmisten nicht genug Toleranz und die Politiker nicht genug Mut zu besitzen.

*A. Mc. Ballum Scott, London.*



# NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

## CLARA ROUGE, NEW YORK: AMERIKANISCHE KUNSTIDEALE.



BIS vor kurzem hat der amerikanischen Kunst die Originalität völlig gemangelt. Die künstlerisch veranlagten Amerikaner holten sich ihre Ausbildung jenseits des Ozeans und brachten die Tendenzen und den Geschmack von dort mit herüber. Aber da echte Kunst tief im Volksleben wurzeln muß, ergab das nur eine verwässerte Auflage fremder Kunstübung ohne Tradition. — Die Malerei ist in Amerika die älteste Kunst. Zur Zeit der Blüte der englischen

Malerei holte man sich die Anregung von Sir Josuah Reynolds, von Lawrence und den andern Großen jener Zeit. Benjamin West, dessen erste Lehrer die Cherokee-Indianer waren, wurde bekanntlich während seines Aufenthaltes in England der Nachfolger Sir Josuah Reynolds als Präsident der Royal Academy in London. Er eröffnete dort ein Atelier, dem besonders die jungen Amerikaner zuströmten. Er und seine Schüler brachten die englische Kunst nach Amerika. Von deutscher Kunst war es besonders die Düsseldorfer Schule, die eine starke Wirkung ausübte. Aber da die Sentimentalität und die gemütliche Atmosphäre des Familienlebens, die jene deutsche Genremalerei charakterisierten, dem kühlen Amerikanertum nicht völlig kongenial waren, entstand damals eigentlich die erste amerikanische Schule, die etwas Eigenart verriet. Die „Hudsonriverschool". So genannt, weil hauptsächlich Motive der Hudson-Landschaft verwendet wurden. Hie und da näherte man sich allerdings auch der Historienmalerei. Erlebnisse aus der Geschichte der Nationalhelden wurden verewigt, ferner die ersten Eisenbahnfahrten, und allerlei Momente aus dem Farmerleben. Diese Bilder besitzen wohl weniger Kunstwert, als ethnographische Bedeutung.

Inzwischen trat dann eine andere Schule in den Vordergrund, die unter französischem Einfluß gereift ist, der seit mehreren Jahrzehnten der allein maßgebende ist: die Freilichtmaler und die Barbizonisten. Der amerikanische Landschafter George Iness senior, der zuerst in der trockenen Manier der Hudsonriverschule arbeitete, brachte aus Frankreich die für Amerika ganz neue Wahrheit mit, daß der Künstler die Natur durch sein eigenes Temperament sehen müsse, um echte Kunstwerke zu schaffen. Iness und seine Zeitgenossen Wyant, Homer Martin, Blachlock, Fuller und andere haben die ersten amerikanischen Gemälde von echtem Kunstwert geschaffen. Sie hatten sich viel von französischer Technik und Kunstauffassung angeeignet, aber sie schufen individuell und amerikanisch. Ein eigenes echtes Künstlernaturell, Amerikas Klima und Vegetation verliehen ihren Bildern Originalität. Alle diese Künstler außer Fuller waren Landschafter.

Die Landschaft ist in der amerikanischen Malerei bis heute herrschend geblieben, nicht zuletzt aus kommerziellen Rücksichten. Denn der reiche Amerikaner kaufte „imported" Kunst. Das entsprach auch dem Interesse der Kunsthändler, auf die er sich fast ausschließlich verläßt, wenn er seine Auswahl trifft.

So fehlten dem amerikanischen Maler einerseits geeignete Aufträge. Andererseits hielt ihn aber zweifellos auch ein Mangel an Phantasie figürlichen Kompositionen fern.

Der Einfluß der Barbizonisten hat viele tüchtige Landschafter gereift, wenn auch viele in eine Rezeptmalerei nach barbizonistischen Vorbildern verfallen sind. Von denen, die zu völliger Eigenart herangereift sind, nenne ich u. a. Henry W. Remger, der die glühende Pracht des amerikanischen Herbstes zu schildern weiß, wie kein zweiter; Paul Doughertz, in dem die kraftvolle Ursprünglichkeit der amerikanischen Natur einen Vertreter von ungewöhnlicher Frische und Stärke gefunden hat; ferner Albert L. Groll, der mit ungewöhnlichem Farbensinn und viel Empfindung die oft grellen Effekte der westlichen Wüsten in Harmonien von wundersamer Wirkung darstellte. Endlich Leon Dabo, der die duftigen Nebelgebilde, die unsere meerumspülte Hauptstadt umgeben, in ganz eigenartiger Schönheit verklärte.

Auch im Figürlichen wird jetzt Treffliches geleistet. Baillard Williams schafft Gestalten aus alten Mythen und Sagen, ganz modern erfaßt. John

Hennings Fry wieder ist ein Künstler von tiefphilosophischem und freiheitsliebendem Geiste, ein sozialistischer Idealist, der aber seine Gestalten und Allegorien dem alten Griechentum entlehnt, weil ihm das moderne Leben zu häßlich ist. Luis Mora, ein Spanisch-Amerikaner, malt meistens lebensvolle Figuren aus dem Heimatlande seiner Familie, und auch Robert Henri, ein stark individueller, kraftvoller Künstler holt sich neuerdings die Motive gern aus Spanien und andern fernen Landen.

Unter dieser Leitung wächst jetzt eine junge Künstlerschar heran, die sich zu einer Art Sezession zusammenschließen will. Ich glaube, daß diese kraftvolle, junge Gruppe berufen ist, aus dem amerikanischen Leben Motive und Tendenzen auszulösen, die uns eine amerikanische figürliche Kunst von Bedeutung bringen kann.

Amerikas hastiger Lebensstil und seine Mischung der vielen Nationen bergen Motive der verschiedensten Art. Die soziale Gärung, die immer tiefer greift, und die innere Revolte gegen die Herrschaft des Mammons verlangen ebenso Verkörperung, wie die modern-amerikanischen Ideale Schönheit und Einfachheit.

Wie ein schwerer Alp hat bisher der Kapitalismus auf der amerikanischen Kunst gelastet. Und fortwährende Abhängigkeit hat der Künstlerschaft den freien Blick geraubt. Aber schon rüttelt man an den Ketten. Einige Maler wagen schon Motive aus dem Arbeiterleben zu holen, z. B. Fred Dana Marsh, der nicht nur die Kraft und Energie des einzelnen Arbeiters bei schwierigen Leistungen darstellt, sondern in einem schönen Triptychon eine Art Allegorie der Arbeit, durch Arbeitergestalten verkörpert, geschaffen hat. Es stellt dar die Befreiung von den altmodischen Methoden der Handarbeit und mühsamen Verrichtungen, wie sie die Maschine gebracht hat, die Erlösung von der Knechtung des Menschen durch die moderne freudlose Arbeit, die ihn zum Sklaven der Maschine herunterdrückt.

Ein frischer Geist weht auch durch unsere Kunstinstitute. Die Abhängigkeit von der Börse und dem Geschmacke der Millionäre wird jetzt mehr und mehr als furchtbarer Hemmschuh freier Kunstentfaltung empfunden. Das erste praktische Resultat dieser neuen Erkenntnis ist die Gründung von Kunstmuseen, die aus öffentlichen Mitteln geschaffen werden sollen. Bisher haben nämlich in Amerika nicht die Staaten oder Städte, sondern die reichen Leute die Kunstmuseen errichtet. Ein New Yorker Künstler, der treffliche Bildnismaler Charles Frederick Naegele, der gemeinnützige und sogar sozialpolitische Tendenzen verficht, hat den Plan zu der folgenden originellen Organisation erdacht und die praktische Ausführbarkeit bereits erprobt. Er hat zuerst in dem Städtchen Watertown — das ungefähr 20000 Einwohner zählt — eine Ausstellung von Bildern aus den Ateliers der besten New Yorker Maler veranstaltet. Durch Kunstvorträge hat er die Bewohner des Städtchens, denen bisher die Kunst ganz fern geblieben war, mit deren Grundprinzipien bekannt gemacht. Die Ausstellung war für 10 Cents Eintrittsgeld nicht nur jedem zugänglich, sondern der Eintrittskarte war auch ein Stimmzettel beigefügt. Die Bilder, die am meisten Stimmen erhielten, wurden aus dem eingelaufenen Gelde angekauft. Sie bildeten die erste Grundlage zu einer öffentlichen Gallerie. Die einzelnen Bürger Watertowns gewannen bald ein lebhaftes Interesse daran, daß das von ihnen gewählte Bild auch angekauft werde. Deshalb besuchten sie die Ausstellung möglichst oft, um dadurch zum Ankaufe des von ihnen gewählten Bildes immer mehr beizutragen. Auch ihre Freunde brachten sie mit. Der ersten Ausstellung in Watertown folgte

bald auf allgemeinen Wunsch der Bewohner des Städtchens noch im vorigen Winter eine zweite. Diesen Winter werden nicht nur in Watertown, sondern noch in mehreren anderen kleinen Städten, denen bisher jede Kunstausstellung versagt blieb, solche abgehalten. So regt sich auch im amerikanischen Kunstleben wieder ein freier Geist. Der allzumächtige Mammon hat das von der Freiheit nur noch träumende Volk wieder erweckt, und man darf hoffen, daß wir im Gefolge der nun kommenden Kultur auch eine freie Kunst finden werden.



# PROF. LOUIS ROULE, TOULOUSE: DIE NATURTREUE JAPANISCHER KUNST.



INE der bewundernswertesten Eigenschaften der japanischen Kunst ist die Genauigkeit, mit der sie die Vorgänge und Erscheinungen des Lebens wiedergibt. Sie ist naturalistisch im besten Sinne des Wortes, durch tiefes, verstehendes, sorgsames Eindringen in das Wesen der Natur. Nichts wird von ihr mißachtet, das bescheidenste Blümchen, das kleinste Grashälmchen, ein Insekt im Fluge geben dieser Kunst ebensoviel Anregung wie der mächtige Baum oder die gewaltige Bergkette. Die gleiche Genauigkeit, eine unendliche Sorgfalt, ein unermüdliches Streben nach vollendeter Naturtreue, deren Naivität mitunter Lächeln hervorruft und deren Größe und Wahrhaftigkeit man dennoch anerkennen muß, sprechen aus allan Darstellungen.

Die japanischen Künstler gehören zu den besten Tiermalern. Es ist unmöglich, die Fülle der Lebewesen, die ihr Pinsel darstellt, auch nur aufzuzählen. Sie haben eine förmliche Welt von gefiederten und behaarten Geschöpfen, deren Element Erde, Meer oder Himmel ist, von Pflanzen aller Art geschaffen, sie beschränken sich nicht auf die Haustiere und wilden Tiere, ihre Augen umfassen vielmehr die gesamte Natur mit einer bisher unübertroffenen Sicherheit der Beobachtung.

Immerhin kehren bestimmte Motive mit Vorliebe wieder; Vögel, Fische, Insekten, Muscheln und vor allem Blumen, in deren Wiedergabe sich die Eigenart der japanischen Kunst am stärksten offenbart. Unsere europäischen Tiermaler beschäftigen sich nur wenig mit der lebenden Vogelwelt. Mit Ausnahme einiger Holländer und weniger Maler, die der holländischen Schule nahestehen, haben die meisten niemals die reichen Hilfsmittel der bewegten Tierwelt auszuschöpfen versucht. Bestenfalls dienen die Tiere als Beiwerk zur Ausschmückung des Hauptmotivs. Ganz anders die Japaner. Sie malen „lebendes Leben", nicht Stilleben. Ihre Kunst geht darauf hinaus, die Weichheit und Schönheit der Stellungen und Bewegungen festzuhalten, und so bieten ihnen Vögel und Pflanzen fast unerschöpfliches Material.

Wie wundervoll werden die Bewegungen des Vogelhalses, das Schlagen der Flügel, das Hüpfen und Wiegen der Vögel wiedergegeben. Jede einzelne Skizze und Studie ist ein vollendetes Bild, jedesmal sehen wir eine harmonisch abgeschlossene Landschaft. Ein blütenbedeckter Baum, Schilfbüsche, ein




**Ein moderner japanischer Tempel.**

Nach einem Gemälde unseres Mitarbeiters Sowan Chikusa in Kyoto.







**Japanische Tier- und Pflanzenmalerei.**



**Familie eines Japaners, der im Felde steht.**
(Europäisch beeinflußte Technik.)



**Chinesisches Gemälde aus Shanghai.**

**Kinder der Sonne.**
Aus der Kunstakademie in Tokyo



**Vogelfamilie.**
Kyoto.

Bambusdickicht, ein schneebedeckter Berg, und Vögel tragen Licht und Freude in dies Bild. Genauere Untersuchung zeigt, daß hier nicht nur ein glücklicher künstlerischer Einfall verwirklicht, sondern daß jede Einzelheit mit wissenschaftlicher Präzision ergründet und festgehalten wurde.

Japan verfügt über einen großen Fischreichtum. See- und Süßwasserfische bilden die tägliche, mitunter die einzige Nahrung der Einwohner. So groß ist der Überfluß, daß Japan schon beginnt, Fischkonserven nach dem europäischen und amerikanischen Markte zu senden. Als integrierender Bestandteil des täglichen Lebens hat darum auch der Fisch die Aufmerksamkeit des Künstlers erregt. Seine Bedeutung in der Kunst kommt der des Vogels zumindest gleich. Auch hier herrscht bunteste Mannigfaltigkeit. Wenngleich einige Gattungen, wie der rote Seehahn, der Cyprianus, sich häufiger wiederholen, fehlt doch in der Kunst kaum irgendeine Spezies, und die malerische Darstellung ist ein förmlicher Lehrgang der Fischkunde. Auch hier besteht ein Gegensatz zwischen unsern Malern und den japanischen. Unsere Künstler malen die Fische außerhalb ihres Elements. Sie nehmen tote Tiere zum Modell und zum Vorwurf das Farbenspiel auf den schuppigen Körpern, die interessanten Lichtreflexe, das Schillern und Irisieren in allen Tönen und Tinten, so schaffen sie Gemälde, die oft großen Farbenreiz haben. Form und Bewegung des Fisches aber kommen hierbei zu kurz, denn die Bilder weisen schlaffhängende Flossen, tote Augen auf. Die Japaner hingegen studieren den Fisch im Wasser, ehe sie an seine Darstellung gehen. Sie folgen den Wellenlinien seiner Bewegungen, studieren genau die Strahlen der einzelnen Flossen, die Größe der Augen und des Mauls, Zahl und Größe der Schuppen und geben dies alles naturgetreu wieder.

Und so, wie sie auf den Bildern die Vögel in ihren Rahmen von Bäumen und Blüten setzen, umgeben sie die Fische mit Algen und Wasserpflanzen. Sie beschränken sich nicht auf die eintönige Wiedergabe von Profil oder Dreiviertelprofil, sondern wählen die schwierigsten und gewagtesten Stellungen, die seltsamsten Verkürzungen, bei denen man oft nur den Kopf oder den Schwanz sieht oder ein Stückchen des Tieres seine Anwesenheit hinter einem Schilfbüschel verrät. Selbst das Wasser deuten sie durch kleine konzentrische Kreise, kleine Wellenkämme an. Nicht nur die Maler, auch die Bildhauer, Ziseleure und Lackmaler befolgen trotz ihres spröderen und kompakteren Arbeitsmaterials dieselbe Methode. Sie gehen keiner Schwierigkeit aus dem Wege, wie man aus Reliefdarstellungen, die sich auf Vasen, Möbeln, Mauerwerk finden, ersehen kann.

Auch die so reizvollen Schmetterlinge in Farbe und Bewegung werden mit Vorliebe gewählt. Fliegen, Libellen, Heuschrecken, Raupen, Käfer finden die gleiche liebevolle Beachtung. Selbst Tausendfüßler sehen wir, und ganz besonderer Berücksichtigung erfreuen sich die Spinnen, in deren Darstellung nichts von Widerwillen hineingelegt wird, wenn sie auf der Jagd oder beim Spinnen ihres Netzes wiedergegeben werden. Sogar die wenig anmutigen, schwerfälligen Weichtiere finden ihre Porträtisten. Auf Zweigen und Felsen finden wir Schnecken abgebildet, und mannigfache Tiere des Wassers spielen eine Rolle. Auf Lackarbeiten gelangen die wunderbaren Reflexe der Muscheln mit ihrem perlmutterartigen Glanze oder ihren leuchtenden Farben zur Geltung. Tintenfische und Polypen werden nicht vergessen und letztere richtig mit acht, erstere mit zehn Fangarmen nachgebildet.

Auf einigen Marinebildern sehen wir Seesterne und Quallen, ergänzt von Gewürm verschiedener Art. All das bunte Kleinleben der Tierwelt des Stran-

des, mit dem Kinder so gern spielen und sich unterhalten, wird liebevoll geschildert. Hier lassen sich Muscheln von zarten Wellen umspülen, dort leuchten aus Felsenhöhlen Meerasseln hervor, die Blumen des Ozeans. So sind den Japanern alle Erscheinungsformen des Lebens der Darstellung wert. Sie begnügen sich nicht mit bloßem Kopieren, sondern verstehen es, jeden Gegenstand in die richtige Umgebung zu setzen, seine Werte auszuschöpfen. Die japanischen Künstler sind die Meister des Details, die schärfsten Beobachter von Form und Bewegung. Hierin liegt der große Reiz ihrer Kunst, jene absolute Naturwahrheit, die so stark auf uns wirkt.



# PROF. DR. FÉLIX REGNAULT, PARIS: KUNST UND PHOTOGRAPHIE.



MAN hat oft gesagt, die Kunst bestehe darin, einen Gegenstand derart zu wählen und wiederzugeben, daß ein persönliches Moment hineingetragen werde und der Beschauer die Gefühlserregungen des Künstlers mitempfinde. Wäre dieses Prinzip noch zweifelhaft, so würde das Studium der künstlerischen Photographie es aufs neue beweisen. Die genaue Wiedergabe eines Gegenstandes ist noch keine Kunst. Die Photographie war ehedem nicht künstlerisch; die trockene Reproduktion des Lebens hinterließ nicht den Eindruck der Schönheit. Wenn ein Künstler mit Pinsel oder Meißel die Natur darstellt, legt er seine persönliche Note hinein. Im Gegensatz zur Photographie, die die Wirklichkeit so wie sie ist wiedergibt, zeigt sie der Künstler so wie er sie sieht, wie sie sich in ihm widerspiegelt. Teils unbewußt, teils bewußt läßt er Einzelheiten in den Hintergrund treten, hebt er andere hervor, und so wird seine Kunst zu einem sorgsamen Wählen in der Darstellung des Tatsächlichen. Der Photograph kann nicht derart auswählen, sein Instrument gibt alles wieder. Ganz abgesehen von der Starrheit, die durch die Schärfe des Objektivs entsteht, ist auch noch zu berücksichtigen, daß in Wirklichkeit die Konturen niemals so genau gesehen werden, weil sich dadurch, daß jedes Bild durch das Zusammenfallen des Doppelbildes in zwei Augen entsteht, immer eine gewisse Verwischtheit ergibt. Dies kann nun der Photograph leicht erzielen, indem er die allzugroße Schärfe der Linien zu einer weichen Kontur umgestaltet. Es soll auch hier nicht näher eingegangen werden auf die Eigenschaft der lichtempfindlichen Platten, die Lichtstärke der roten Farben und solcher, die sich der roten Farbe nähern, zu vermindern, denn auch hiergegen gibt es Korrektive. Die größte Schwierigkeit besteht vielmehr in folgendem: der Maler oder Bildhauer können fortlassen oder unterstreichen, was ihnen beliebt, der Photograph kann seinem Objektiv und seinen chemischen Präparaten nicht befehlen, wenn er seine Platte entwickelt. Selbst die Wahl des Papiers und die verschiedenen Verfahren der Entwicklung und des Druckes erlauben ihm nur, seine Aufnahme im geringen Grade zu verändern.

Wie soll nun der Photograph vorgehen, um seine Aufnahmen künstlerisch zu gestalten? Zunächst wird er seine ganze Kunst schon in die Auf-

nahme legen, und vor allem muß er es verstehen, das Licht zu behandeln. Während der Künstler fast unbewußt seinen Pinsel handhaben kann, muß der Photograph mit klarstem Bewußtsein die Schönheit suchen. Auf diesem Wege gelangt man zu interessanten Beiträgen über die Gesetze der Schönheit, und die Versuche, den Gegenstand richtig anzuordnen, Rahmen und Hintergrund zu wählen, die Beleuchtung zu finden, sind überaus lehrreich.

Das erste Kunstprinzip ist die Einheit der Konzeption. Auf jedem Bilde muß ein bestimmter Punkt die hauptsächliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, alles andere ist nebensächlich. Im Beschauen wählt unser Gehirn stets eine Einzelheit, die ihm interessant erscheint; auf sie konzentriert sich die Aufmerksamkeit, indem sich die Sehachsen unmittelbar auf dies Detail richten, so daß sein Bild den empfindlichsten Teil der Netzhaut berührt, während die Umgebung flau und vernachlässigt bleibt. Auch der Künstler muß sich bemühen, seine Aufmerksamkeit auf ein Teilgebiet des von ihm dargestellten Gegenstandes zu richten. Dieser Teil wird fertig sein, während das Übrige nur in großen Umrissen skizziert erscheint, hier wird alles Licht zusammenströmen, während das andere im Schatten bleibt. So gibt uns der Künstler nicht ein Bild der Wirklichkeit, wohl aber ein Bild dessen, was wir in einem bestimmten Augenblick erschauen. Um nun dem Maler gleichzukommen, muß der Photograph nicht nur ein solches Zentrum, das die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, schaffen, sondern auf bestimmte Teile ein helleres Licht fallen lassen. Mit Hilfe von seitwärts einfallendem Licht, das man sich im Zimmer leicht verschaffen kann, sowie auch durch die Anwendung künstlichen Magnesiumlichts vermag der photographische Abzug mit der Kohlenzeichnung oder dem Stahlstich zu rivalisieren. Mittels der Beleuchtung kann auch die Photographie die Züge des Modells selbst modifizieren. Sie vermag eine Nase zu verkürzen oder schmäler erscheinen zu lassen, eine Augenhöhle zu vertiefen, hervortretende Backenknochen zu mildern. Man kann ein Gesicht mit der Anwendung von Licht und Schatten modellieren, so wie man mit geschickten Fingern ein Wachsmodell knetet.

Der Künstler muß zwischen den einzelnen Zügen, die zusammen ein Bild ergeben, seine Wahl treffen, er muß auch zwischen den verschiedenen Bildern, die ein Wesen in der Bewegung darstellen, eines wählen. Manche Bilder aber, die unserem Auge nicht sichtbar werden, hat uns erst die Photographie entschleiert. So zeigen uns z. B. fortlaufende photographische Aufnahmen bei einer Bewegung des Gehens Stellungen der unteren Gliedmaßen, die abnorm scheinen. Auf unserer Netzhaut bleibt nämlich jedes Bild eine Weile haften, nun liefert aber eine Bewegung eine Bilderserie, deren Eindruck sich in uns verschmilzt. Die Photographie löst diese Bilder, die wir nur in ihrer Gesamtheit erfassen, in Einzeldarstellungen auf, und in dieser Dissoziation erscheinen sie uns häßlich, denn sie decken sich nicht mit unserer gewohnten Anschauung. Darum hat man unrecht zu verlangen, daß der Künstler Stellungen so wiedergeben soll, wie die Photographie sie uns zeigt. Er soll lediglich von den Ergebnissen der Photographie Gebrauch machen, um sich an ihnen zu belehren und der Wahrheit näherzukommen. Seine Aufgabe ist es aber, die aufeinanderfolgenden Bilder so zusammenzusetzen, daß ein Gesamteindruck entsteht, wie ihn unsere Augen für gewöhnlich erhalten. Der künstlerische Photograph wird daher die Wiedergabe der Bewegungen vermeiden und entweder die Stellung der Ruhe wählen oder den Beginn oder den Anfang einer Bewegung, denn zu jenem Zeitpunkt sind die

Vorgänge noch langsam genug, um in der photographischen Reproduktion der wirklichen Anschauung zu gleichen.

Von Menschen ausgeübt, die mit den Prinzipien der Ästhetik vertraut, gibt uns die Photographie eine neue Möglichkeit künstlerischen Ausdrucks. Sie besitzt die besonderen Vorzüge: absolute Richtigkeit der Linien und Genauigkeit in der Wiedergabe der Lichtwerte. Sie vermag die Zartheit der Töne festzuhalten und jene feinen Veränderungen, die das Licht auf der Oberfläche der Gegenstände hervorbringt. Ihr sind die beiden Haupteigenschaften der Zeichenkunst, Richtigkeit der Umrisse und gute Schattierung, zu eigen. So vermag denn die photographische Kunst große künstlerische Freuden zu gewähren und jene, die sich mit ihr befassen, aufs intensivste zu fesseln. Hier aber sollte auch darauf hingewiesen werden, daß sie überdies den bisher nicht beachteten Vorteil hat, die Feststellung der ästhetischen Grundsätze zu fördern.



# PROF. ALFRED. AGACHE, PARIS: DIE AUSSTELLUNG DER ITALIENISCHEN „DIVISIONISTEN" IN PARIS.



INE Ausstellung italienischer Künstler, wurde unter dem Namen: „Salon der divisionistischen Maler Italiens" im September und Oktober 1907 im Cour La Raine, einem der Gewächshäuser der Stadt Paris abgehalten. Ihre Absicht war, dem französischen Publikum die Bekanntschaft mit einer Gruppe von transalpinen Künstlern zu vermitteln, die Segantinis Erbschaft angetreten haben, in seiner Technik arbeiten und von demselben Ideal beseelt sind.

Segantini selber war durch eine bestimmte Anzahl Bilder vertreten, die vortrefflich ausgewählt war, um seine Phantasie und seine Schaffensart zu veranschaulichen. In dieser Sammlung befanden sich Bilder, die unvollendet geblieben waren, andere, die kaum recht begonnen waren. Sie zeigten genau, wie Segantini vorging, um jene „Luminosität" des Bildes zu erreichen, die das Ziel des „Impressionismus" war.

Das Verfahren Segantinis, das Schule gemacht hat, bestand darin, die Lichtvibrationen in ihre Urfaktoren zu zerlegen. Diese Theorie erregte auch in wissenschaftlicher Hinsicht die Aufmerksamkeit der Fachleute. Man versuchte das farblose Licht zu zerlegen, indem man die es zusammensetzenden Farben in kurzen, parallellen Pinselstrichen nebeneinander setzte, während der Untergrund monochrom und dunkelfarbig, im allgemeinen braunrot gehalten wurde, wodurch das Gemälde einheitliche Tönung erhielt.

Dieses analytische Verfahren hat seine Vorzüge und zeitigtviel wirkungsvollere Resultate, als das gewöhnlich angewandte Malverfahren, das darin besteht, Farben auf der Palette zu untermischen, um dadurch eine Synthese zu erhalten, die sogleich das Endresultat des Sehvorgangs wiedergibt. Dies erfordert beim Künstler wie beim Publikum eine gewisse Erziehung des Auges. Die „divisionistische" Kunst hat jedenfalls das für sich, daß sie

wahr ist. Sie erfordert ein ernstes Farbenstudium und eben darum eine gründliche künstlerische Disziplin. Die um die retrospektive Segantiniausstellung gruppierten „Divisionisten“ zeigten trotz ihrer durchaus gleichartigen Technik Unterschiede, die ihre persönlichste Note genau erkennen ließen.

Gaetano Previati, der begeistertste Schüler Segantinis, hat bedeutende dekorative Effekte mit einer auf die Spitze getriebenen Technik erzielt.

Carlo Fornara hält sich von allen am meisten an die Segantinische Technik, die er ein wenig trocken verwendet. Baratini Caputi dagegen verfährt pointillierend; sein Verfahren ist von vibrierender Intensität. Guido Cinotti sucht die Farbengebung zu vertiefen und dem neuimpressionistischen Verfahren sehr geschickt anzupassen; er lieferte mit dieser Technik wunderbare Marinestücke.

Achille Tominettis, der erst spät zum Divisionismus überging, stellte eine noch nach der alten Tradition gemalte Schneelandschaft aus, hängte aber daneben zwei Bilder, die nach dem anderen Verfahren gemalt sind, ein Beweis, daß man sich die Manier ohne Schwierigkeit aneignen kann.

Es ist kaum nötig hinzuzufügen, daß der italienische „Divisionismus“ nirgends seine Verwandtschaft mit dem französischen Impressionismus verleugnet. Nur in den südlichen Sonnenländern konnte diese Art Malerei entstehen.



# FERNAND MAZADE, PARIS: VOLKSMUSEEN.

IM gegenwärtigen Augenblick, wo Deputiertenkammer und Senat den Etat für Kunstaufwendungen beraten, drängt sich wieder die Frage auf, ob der Eintritt in die nationalen Kunstsammlungen unentgeltlich oder nur gegen Bezahlung gestattet sein soll. Die Frage scheint mir leicht zu lösen. Die Verfechter des Eintrittsgeldes haben weder vornehme noch überzeugende Argumente vorzubringen gewußt. Sie wiesen auf das Beispiel anderer Länder hin, wo man in den Beutel greifen muß, um die Pinakotheken zu besuchen; sie behaupteten, daß an kalten Tagen die frierende Armut die Galerien besucht, lediglich um die erstarrten Glieder zu erwärmen, daß in der glühenden Sommerhitze Vagabunden Kühle und Schatten in den Museen suchen. Ein seltsamer Vorwurf! Soll man es vielleicht beklagen, daß jenen Unglücklichen auf diese Art einige ruhige, wohltuende Stunden geschenkt werden? Oder ist es unsere Aufgabe, den Nachbarstaaten gerade die Fehler nachzumachen, statt uns ihre Vorzüge anzueignen?

Übrigens hatten die Verteidiger des bezahlten Eintritts schon begonnen, die Unsinnigkeit und Grausamkeit ihrer Gründe einzusehen, als sie ein neues, willkommenes Argument in den verschiedenen Diebstählen und Beschädigungen, die in jüngster Zeit im Louvre vorkamen, fanden. Wenn ein geschickter Dieb einen Kunstgegenstand in der Tasche verschwinden läßt, ist das nicht Grund genug, ein wohlbewachtes Drehkreuz am Eingang zu verlangen? Wenn ein geistig Erkrankter seinen Haß gegen die Gesellschaft durch Zerstörung von Poussins „Sündflut“ kundgibt, brauchten wir nicht zwei Drehkreuze? Wenn eine Hysterische, um die öffentliche Aufmerksam-

keit zu erregen, die Sixtinische Kapelle in Ingres beschädigt, wollen wir nicht rasch drei Drehkreuze aufstellen? Nein, auch dieses Argument verfängt nicht. Der Bilderdieb ist gewöhnlich nicht ein armer Teufel, sondern ein elegant auftretender Hochstapler. Er wird es sich nicht überlegen, 50 Centimes auszugeben, um einen Wert von vielen Tausenden zu entwenden. Auch der Maniakalische wird den geringen Betrag opfern, um seine fixe Idee zu befriedigen. Und im übrigen, selbst wenn die Gesamtheit des Publikums den halben Franc zahlen müßte, würden die schlimmsten Bilderschänder nicht nur nach wie vor freien Eintritt haben, sondern für ihre Missetaten noch bezahlt werden, denn die gefährlichsten Feinde unserer nationalen Kunstsammlungen sind weder die Spitzbuben noch die Geisteskranken, sondern die offiziellen Architekten, Bildhauer und Maler, die unter dem Vorwande, die kostbaren Altertümer zu restaurieren, diese gründlich verderben. Diesen Männern sollte man den Eintritt in die Museen verbieten, ihn allen andern aber freigeben!

Die große soziale Mission der Kunst ist die Verbreitung von Freude und Idealismus im Volke. Weit entfernt davon, der Menge den Weg zu allen Schönheiten zu verschließen, sollte man im Gegenteil die breiten Massen zur Heiligung des Erbes, das alle Zeiten und Länder uns vermacht haben, heranbilden. Es genügt noch nicht, die Besichtigung der Kunstwerke freizugeben, man muß auch noch zu ihrem Verständnis beitragen. Wenn die Mehrheit des französischen Volkes heute der Kunst ohne Interesse gegenübersteht, so ist es, weil man den Arbeiter, den kleinen Beamten, den Kleinbürger niemals zur Teilnahme an wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen erzogen hat. Unwissend und zerstreut geht die Menge an den Reihen der Bilder und Statuen vorüber; in all ihrer Vollkommenheit vermögen Farbe und Marmor nicht, die Gleichgültigkeit der Beschauer zu besiegen.

Das mangelnde Kunstverständnis wird durch die trockenen Kataloge um nichts gebessert. Viele scheuen ihren Gebrauch, andere können sich die Ausgabe nicht leisten. Es genügt auch nicht, wenn unter den Kunstwerken der Name des Künstlers und der Darstellung angebracht sind. Was lernt denn der Ungebildete etwa aus der Bezeichnung „Landschaft von Ruysdael"? Ich wüßte eine treffliche Beschäftigung für die Museumsbeamten in ihren Mußestunden. Jedes Bild, jede Statue sollte mit einer Tafel versehen sein. Auf dieser wäre kurz zu verzeichnen: eine knappe Biographie des Künstlers mit Namen, Geburtsort und Datum sowie Sterbeort und Datum, Lebenslauf und die Schule, der er angehörte; ferner der Titel des Werkes und eine Beschreibung nebst einer Geschichte des Kunstwerkes.

Bisher sind die Bilder und Statuen unserer Museen stumm gewesen. Es ist Zeit, daß sie beredt werden!



# CAMILLE MAUCLAIR, PARIS: DIE NEUESTEN TENDENZEN IN DER KUNSTENTWICKLUNG FRANKREICHS.

DIE neueste Kunstrichtung kann man als neue Form des Realismus bezeichnen, eines Realismus, der derart mit großen allgemeinen Ideen verknüpft und von diesen erfüllt, daß man von einem „Ideorealismus" sprechen darf. Die starken Temperamente einzelner bieten fortgesetzt eine große Mannigfaltigkeit und entziehen sich jeder Schuldisziplin. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Individuen bestrebt sind, sich zu kleinen Gruppen zusammenzuschließen, und doch zugleich eine gewisse Scheu hegen, sich deren Vorschriften unterzuordnen. Die Gesamtheit all dieser Einzelgruppen richtet sich jedoch gegen eine Hauptgruppe, die offizielle Staatskunst, die in unseren Akademien und Konservatorien verkörpert ist. In aller Verschiedenheit der Temperamente und Techniken erkennt man dennoch einen gemeinsamen Zug der Energie und des Lebenswillens, den man vor 10 Jahren noch vermißte: die Lebensbejahung hat die einst übliche Lebensverneinung überwunden. Es gab eine Zeit, wo soziale Kunst und Symbolismus zwei gegnerische Lager bildeten. Diese beiden Lager sind verschwunden, aber jeder treibt fast unbewußt Symbolismus und soziale Kunst. Die beiden Tendenzen vermischen sich und überleben so vereint den Untergang der beiden Theorien.

In der Literatur ist der Symbolismus stets nur eine ungenaue, verschwommene Bezeichnung gewesen, etwa wie der „Impressionismus". Es könnte unmöglich eine Schule von zwei so verschiedenen Meistern wie Verlaine und Mallarmé und dem Prinzip des absoluten Subjektivismus hervorgehen. Dieser subjektivistische Wille hat sehr unähnliche Talente gekennzeichnet, die nur die Verleugnung des naturalistischen Romans verband, das Bestreben, hinter der scheinbaren und anekdotischen Wirklichkeit der Erählung eine tiefere, bedeutsamere Welt zu finden. Durch den Symbolismus ist die französische Literatur um das freie Versmaß bereichert worden. Dieses stützt sich auf ein logisches Prinzip, nähert die Dichtkunst der Musik und wird trotz aller Feindschaft der traditionellen Dichter nicht untergehen. Es ist ein schwer zu handhabendes Instrument, aber von wundersamer Wirksamkeit in den Händen jener wahen Künstler, denen die Fähigkeit angeboren ist, die feinsten Seelenzustände zu schildern. Freilich, das Instrument ist von einer großen Zahl gewöhnlicher Reimschmiede, denen jede ursprüngliche Empfindung fehlte, mißbraucht worden; dennoch wird es eine der wertvollsten Errungenschaften moderner Kunstentwicklung bleiben.

Subjektivismus, Hang zur Allegorie, gekünstelte Abgeschlossenheit, Mangel an Ideen von allgemeiner Bedeutung und des Zusammenhanges mit dem sozialen Leben, haben Verarmung und Verfall einer Generation mit sich gebracht. Der Symbolismus hat nun ausgespielt. Seine wertvollsten Vertreter haben sich über ihn hinaus entwickelt, und die übrigen bringen nur Wiederholungen, denen niemand lauscht. Bisher ist nichts Bestimmtes an die Stelle des Sym-

bolismus getreten. Wir haben zwar Etiketten gesehen, aber keine Bewegungen. Der Naturalismus, der Humanismus, das sind alles nur Benennungen, die einzelne Dichter schufen, von denen jedoch keiner durch wirklich starke, große Werke Fuß zu fassen vermochte. Ein symbolistischer Dichter, Emil Verhaeren, hat schon in seinen meisterhaften freien Versen die Kunst verstanden, das Symbol mit dem Naturalismus und Humanismus zu einer einzigen lyrischen Offenbarung zu verschmelzen. Die Vereinigung dieser verschiedenartigen Ausdrucksmittel können wir auch an einem der hochstehendsten, bedeutendsten Dichter des heutigen Frankreichs bewundern, an Paul Claudel. Aber diese beiden Schriftsteller sind schon über die Symbolisten hinausgelangt, zu deren Generation sie ihrem Alter nach gehörten. Naturalismus und Humanismus verkörpern nur das Streben, die allegorische, fast präraffaelitische Dichtung des Symbolismus zu überwinden, um mit mehr Ehrlichkeit zur Natur des sozialen Lebens zurückzukehren. Unsere jungen Naturalisten greifen selbstverständlich auf Bernardin de Saint Pierre und die Romanze zurück, während unsere jungen Humanisten einfach nach dem Tagesgeschmack zurechtgemachte Nachahmer Victor Hugos sind. Die Dichter haben wenig Einfluß auf das geistige Leben der Gegenwart. Sie erscheinen einem Publikum, das noch damit beschäftigt ist, Verlaine zu erfassen, allzu überschwänglich, und wenn die Symbolisten es für vornehm gehalten haben, dem Leben den Rücken zu kehren, so hat das Leben sie ganz einfach beiseite gelegt. Der Bilderschatz der Lyrik hat sich verändert. Neue Schönheitsmotive sind aus dem erstanden, was die Dichter die moderne Häßlichkeit nannten. Schließlich hat auch die Musik die Dichtung überflügelt, und die Dichter bilden im Staate nur noch eine kleine, anmaßende Sekte, vereinsamt in dem Byzantinismus ihrer Streitigkeiten über die Prosodie. So wird es bleiben, bis ein französischer Walt Whitman geboren wird, dessen mächtige Stimme vielleicht das Chaos unserer Zeit zu übertönen vermag.

Seitdem man die Oberflächlichkeit der Psychologen wie Bourget oder der Egotisten, die Blanès wenigstens im Stil überragt, durchschaut hat, ist der mondaine Roman, den man eigentlich schon mehr als subjektivistisch frauenrechtlerischen Roman bezeichnen kann, mehr und mehr auf die Stufe des Zeitschriftengeschmackes und des Markterfolges gesunken. Die wirklich dauerhaften guten Romane wie diejenigen der Brüder Rosny, von Paul Adam, Louis Bertrand, befassen sich alle mit dem Studium des Konfliktes, der gegeben wird durch die Reaktion des Individuums in seinem Altruismus gegenüber der systematischen sozialen Vereinheitlichung. Einige Dilettanten hingegen, die vor allem gute Sytlisten sind, wie Pierre Louys, de Regnier, de Gourmont, sind der Tradition des „Geschichtenerzählens" treu geblieben und bestreben sich, nur künstlerische Erzähler ohne alle Thesen, ohne alle Ideologie zu sein, höchstens bringen sie als Zutaten einige Paradoxe und Schlaglichter auf den Moralkodex. Diese landläufige Moral ist ganz besonders der Gegenstand ironisierender Kritik, vor allem ihre Stellung zum Liebes- und Eheproblem, über das die Anschauungen der herrschenden Gesellschaft ebenso unlogisch als auf morsche Vorurteile gegründet erscheinen. Eine neue Moral, die sich auf der Psychologie aufbaut und im Gegensatz zur alten, religiösen

Auffassung der Liebe als Sünde steht, bildet den Gegenstand vieler Romane. Auch der Sozialismus, dessen starre Dogmatik schon zahlreiche unabhängige Intelligenzen, die einst durch seine scheinbare große Gerechtigkeit geblendet wurden, gestört und enttäuscht hat, ist ein häufiger Romanvorwurf. Die Grundidee der meisten dieser kühnen Werke, die nach Stendhals Wort den Leser zum „Denken zwingen", ist die Versöhnung des Altruismus mit dem Individualismus. So zeigt sich denn dieser Ideorealismus als eine Literatur, getragen von den Ideen des pulsierenden Lebens und der Objektivierung des Ichs, in einem gewissen Gegensatz zur Gesellschaft stehend.

Auch die Musik scheint aus der symbolistischen Krise hervorzugehen und sich realistischen Ausdrucksmitteln zuzuwenden, obwohl das Wesen dieser Kunst selbst nur ein durchaus persönliches sein kann. Nach Wagner und seinen Nachahmern ist die französische Schule unter dem Einfluß des klassischen Meisters Franck zur Symphonie und zur Kammermusik zurückgekehrt. Die komplizierte und vornehme Technik lebt wieder auf, nach langer Vernachlässigung durch die Fabrikanten der Opern und komischen Opern, die sich von den leichten Erfolgen Meyerbeers, Gounods, Thomas' und Auberts verleiten ließen und unter denen Massenet noch immer als der geschickteste und erfolgreichste Erbe angesehen werden darf. Die Kunst der Franckistischen Schule fällt zusammen mit der Erschließung der symbolistischen Ideenwelt in der Poesie. Musiker und Dichter, die sich bis dahin fremd gegenüberstanden, haben sich verbrüdert. Die Schaffung des französischen Liedes auf dem Wege über Heine, Schumann, Laforgue und Verlaine, aus der deutschen Gefühlswelt übertragen, ist die auffallendste Resultante dieser Vermischung beider Künste. Die Dichtung ist musikalischer geworden, die Musik literarischer; dennoch ist sie lange nicht zur Bühne zurückgekehrt, wohl in dem richtigen Gefühl, daß nach Wagner nur eine Wiederkehr in ganz anderem Sinne zu rechtfertigen wäre. Realisten traten als Erste wieder hervor, Bruneau mit seiner Bearbeitung Zolas, Gustav Charpentier mit seiner berühmten „Louise", einem typischen Werk des lyrischen Ideorealismus. Ihnen folgten symbolistische Musiker. Indys „Fervaal" und sein „Fremder" können in ihrer trefflichen Technik als Werke Wagnerscher Schule angesehen werden. Ebenso der „König Artus" von Chausson, der erst 15 Jahre nach dem Tode dieses wunderbaren Musikers zur Aufführung gelangte. Hingegen steht Debussys „Pelléas" sowohl im ganzen Aufbau seiner Harmonie wie in seinem veralteten Charakter zu den Prinzipien Bayreuths im Widerspruch. Dennoch darf man dies nicht als ein Zeichen von Reaktion gegen den Realismus ansehen. „Pelléas", eine Oper, die erst 10 Jahre nach ihrer Vollendung gespielt wurde, ist in der völligen Eigenart ihrer Harmonie charakteristisch für den musikalischen Symbolismus, für den Maeterlincks Kunst das vollkommenste und persönlichste Beispiel wurde und aus dem Dukas „Arianet Barbe-Bleue" neuerdings hervorging. Die wirklich moderne Musik hingegen, wie z. B. die von Déodat de Sévérac oder Maurice Ravel, kehrt wieder zum Ideorealismus zurück, in ihr gelangt die Schilderung des Lebens, des Malerischen und auch der Humor in naiver Freudigkeit wieder zum Recht.

Die Malerei hat seit Manet niemals aufgehört, sich stark ans Leben anzulehnen. Gegenüber der romantischen Geschichtsmalerei der offi-

ziellen Schule oder dem symbolischen Präraffaelismus eines Gustav Moreau, hat sich die Tradition Ingres, dieses so wenig verstandenen Begründers des modernen Naturalismus, des Verteidigers des Charakteristischen gegenüber der kanonischen Schönheit, glücklich durch das ganze 19. Jahrhundert fortgesetzt. Dennoch wurde der einfache, schlichte Realismus eines Manet zu einem Ideorealismus umgewandelt, als die Impressionisten durch das Studium der atmosphärischen Einflüsse auf die Tönung der Gegenstände dazu gelangten, wahrhaft feengleiche Farbeneffekte, synthetische Farbenharmonien zu finden, die musikalischen Orchestersuiten analog sind, wie es bei gewissen Gemälden Claude Monets der Fall ist. Die Verschmelzung der Künste hat auch dort ihre Spuren hinterlassen, und der Impressionismus, als ein Teil des Studiums des wirklichen Lebens, ist in seinen kühnsten Versuchen dahin gelangt, die Farbenwirkungen und Werte als unabhängig vom dargestellten Gegenstand anzusehen. So erscheint den Malern die Darstellung einer Idee lediglich in der Form malerischer Gesamtwirkungen statthaft, wobei die Zeichnung als solche völlig in den Hintergrund tritt, nicht aus der künstlichen Linie hervorgehen soll, sondern nur aus dem Gegensatz der Farbenwerte und Flächen untereinander.

Eine solche Beschränkung des geistigen Ausdrucks ist für die Malerei ebenso gefährlich als unlogisch. Ein Kulturmensch des 20. Jahrhunderts kann nicht den primitiven Seelenzustand eines Urvolkes wiedererlangen, und könnte er es, so gliche dies einem Selbstmord. Die jüngsten Auswüchse des „Cézannismus“ sind zufolge ihrer systematischen Barbarei, ihrer Rückkehr zur Kunst der Teppichweberei oder der primitiven Töpferei von der öffentlichen Meinung zurückgewiesen worden. Schon kündet sich eine Reaktion zugunsten der vernachlässigten Zeichnung, der beiseite geschobenen Komposition, der Darstellung allgemeiner Ideen durch die bildende Kunst wieder an. Aber diese Reaktion wird sich keineswegs in den Bahnen der akademischen Tradition bewegen. Sie wird vielmehr, dem Geiste der französischen Schule entsprechend, eine immer größere Vertiefung des Charakteristischen in Stellung und Ausdruck mit sich bringen und bestrebt sein, die neuen Motive der Moderne, die neuen Symbole, die Wissenschaft und Sitte schufen, ins Dekorative zu übersetzen.

Unter dem mächtigen Anstoß von Rodin betont auch die Bildhauerkunst energisch dieses Streben nach Ideorealismus, diesen Drang, allgemeine Ideen in eine möglichst charakteristische Form umzuprägen. Nach dieser Richtung suchten und fanden, nach dem Beispiel des großen Führers, all jene Künstler, die unserer Zeit zur Zierde gereichen, ihre Entwicklung, wie Schnegg, Pierre Roche, Landowski, Bouchard, Marque, Maillol, Hoetger, Camille Claudel, Lefèvre, Dejean u. a. Was die dekorative Kunst anbelangt, so scheint sie ihre Hauptaufgabe darin zu suchen, einen Stil wieder zu schaffen, wo die Anpassung der Formen an die Zweckmäßigkeit zugleich die Schönheit bedeutet. Jene abscheuliche Krise des „modern style“, die so viel anmaßende Häßlichkeit mit sich brachte, ist vorbei. Freilich ist man in der augenblicklichen bescheideneren aber wirksameren Periode noch fern von der Vollendung angewandter Kunst. Noch decken sich die praktischen Resultate nicht mit den Theorien, wie es z. B. in Österreich in so vollkommener Weise der Fall ist. Wir besitzen eine Anzahl Möbelarchitekten allerersten

Ranges. Aber sie werden vom Staat entmutigt, der lediglich darauf ausgeht, die vom Großhandel begünstigte Richtung zu fördern. Paris wird sogar von der Provinz überflügelt, und unsere Akademie der schönen Künste bestrebt sich, schlechte Gobelins oder entartete Sèvresfabrikate zu unterstützen, während nichts geschieht, um die Bestrebungen der neuen dekorativen Kunst zu fördern. Ebensowenig hat man für die Versuche, einen volkstümlichen Stil zu schaffen, getan. Wirkliche Künstler haben sich nach dieser Richtung bemüht, aber es gelang ihnen stets nur, Gegenstände herzustellen, deren hoher Preis sie für den eigentlichen Zweck unbrauchbar machte, und einige Neuerungen für den Bilderschmuck in den Schulen mußten, obgleich Männer von Eifer und Geschmack, wie z. B. Henry Rivière, für sie eintraten, aus Mangel an offiziellem Interesse wieder aufgegeben werden, und doch war dies einer der Programmpunkte der sozialen Kunst gewesen, die man vor 10 Jahren der Ichsucht jener freiwilligen Klausner im „Elfenbeinernen Turm“ entgegengesetzt hatte.

Augenblicklich steht die Frage der Volkstheater im Vordergrund. Aber auch hier herrschen Verwirrungen und Irrtümer. Man hört große Reden und Versprechungen, während einige Persönlichkeiten, die der Zentralisation abgeneigt sind, das fruchtbare Beispiel von Herrn Pottécher in Bussang befolgen, und in verschiedenen Teilen Frankreichs mit Hilfe von Naturtheatern, denen bedeutsame Künstler ihre uneigennützige Unterstützung leihen, es verstanden haben, Schönheit ins Volk zu tragen. Fast muß man annehmen, daß, wenn die soziale Kunst nicht lediglich eine theoretische Utopie ist, man einem von Anfang an ungenügend geklärten Programm gegenübersteht, und daß dies alle vereinzelten Bestrebungen lähmt. Man schafft keine soziale Kunst, indem man in Romanen die Leiden des Proletariats und die Unwürdigkeit der Reichen schildert, auch nicht, indem man Arbeiter auf Bildern oder auf den Mauern der Rathäuser darstellt, ebensowenig durch 50 Pf.-Plätze im Theater, durch Aufstellung von Bronze- oder Gipsabgüssen, die Schmiede-, Landarbeiter oder arbeitende Frauen darstellen. Man löst das Problem nicht durch Herausgabe billiger Vervielfältigungen der Gemälde von Rembrandt oder Delacroix, in der Hoffnung, daß dann diese billigen Kunstwerke die geschmacklosen Farbendrucke an den Wänden der Arbeiter-Wohnungen ersetzen werden. All dies ist erfolglos versucht worden und hat sowohl für die Kunst wie für die soziale Frage keinen nennenswerten Nutzen gebracht.

Die soziale Kunst muß immer mehr ins ethische und geistige Leben der Schaffenden eindringen. Ihr Wesen besteht nicht in der Wahl des Gegenstandes, sondern in einer Feinfühligkeit für die sozialen Probleme. In einer starken Empfindung für jenen „Zehnten“, den der geistige Arbeiter der anonymen Masse der Handarbeitenden schuldet, denn ihre Tätigkeit erlaubt ihm seine Existenz und aus ihr schöpft er seine Gedankenwelt. Jedes Werk, das darauf ausgeht, eine altruistische Ethik zu schaffen, ist soziale Kunst. Man hat dies damit verwechselt, indem man „sozialistische“ Kunst schuf, die fast das Gegenteil bedeutet. Die Sozialisten scheinen dies zu fühlen, denn sie sehen in der Künstlerschaft eine Aristokratie, der sie mit Abneigung gegenüberstehen, deren Entgegenkommen sie kühl beantworten. Eine „parti des ventres“ neigt sogar dazu, in der Kunst nur einen bürgerlichen Luxus zu sehen. Der

Künstler hingegen trägt eine Doppelseele in sich. Er ist Aristokrat durch seine intellektuelle Überlegenheit, durch seine Stellung zur Ideenwelt der Allgemeinheit, durch den Charakter seiner Arbeit. Er ist sozial durch seine Gerechtigkeitsliebe, seinen Haß gegen jeden Snobismus, sein Verstehen für die Leiden der Menschheit, seine Bewunderung des künstlerischen Genius, der im Volke eingeschlossen ist und aus diesem hervorgeht. Sein soziales Gefühl kann aus ihm einen geborenen Feind des Klassenegoismus machen, einen Propagandisten von Ideen, einen Versöhner, einen Apostel der Verbrüderung.

Altruismus und Symbolismus, d. h. ein Suchen nach neuen Ideenvorwürfen und Schönheiten in der Wirklichkeit, das sind augenblicklich die Leitmotive der Kunstbewegung. Man setzt der Wirklichkeit nicht mehr das Ideal entgegen, man träumt nicht mehr. Aus dem Studium des Lebens geht die Idee hervor und eine ununterbrochene Kette von Analogien. Das wichtigste, um sowohl dem Altruismus als dem Symbolismus zu dienen, ist eine Umänderung unserer Moral, die in Wirklichkeit mit nichts mehr übereinstimmt. Ihre Hinfälligkeit wird genügend dargetan durch das Vorhandensein einer Gesetzgebung, deren Psychologie, Kriminalistik und Theorie der Verantwortung täglich aufs neue ihre ganze Albernheit und Schädlichkeit beweisen. Der Künstler muß mehr denn je frei in der Gesellschaft dastehen; das bedeutet aber nicht, daß er sich in einem absoluten Subjektivismus einschließen soll. Er soll am öffentlichen Leben teilnehmen, um so intensiver, je unabhängiger er ist. Unablässig bestrebt, besser zu verstehen, mehr zu wissen, tiefer zu lieben und zu fühlen, um eine Welt von Ideen in Umlauf zu setzen und sie in Gefühlswerte umzumünzen, die auf der ganzen Welt gangbar sind. In diesem Sinne verwirklicht sich das tiefe Wort Shelleys: „Die Dichter sind die Spiegel jener ungeheuren Schatten, die die Gegenwart auf die Zukunft vorauswirft. Sie sind die nicht anerkannten Gesetzgeber der Welt.“ Die ganze unruhige Entwicklung moderner Kunst zeigt in ihren widerspruchsvollen Sekten und Formen die gemeinsame Erkenntnis der Notwendigkeit, in der modernen Wirklichkeit eine moderne ideologische Kultur zu finden. Diesen Ideorealismus konnte weder der psychologische Roman, noch der Symbolismus, noch der Naturalismus, so lange sie als parallele Elemente unversöhnt nebeneinander einhergingen, vorausahnen, erst aus ihrer Verschmelzung wird der Ideorealismus geboren.



# DR. FRIDA ICHAK, BERLIN: DAS NEUE MARIONETTENTHEATER.



ÄHREND uns die letzten Jahre Versuche des neuen Kunstgewerbes brachten, durch Kinderspielzeug ein Stück künstlerischer Kultur in die Kinderstube zu tragen, macht sich zugleich das umgekehrte Bestreben geltend: das Puppentheater, das man so lange als Kinderbelustigung angesehen hatte, zu künstlerischer Bedeutung für die Erwachsenen zu erheben.

Nicht immer war das Marionettentheater nur eine Unterhaltung für Kinder. In Athen und in Rom, ebenso im späteren Mittelalter, kannte man heilige Spiele und Mysteriendarstellungen einerseits und Aufführungen der Gaukler andererseits. Die Renaissance wies dem Puppenspiel eine wichtige Stellung als Miniaturkunstgenuß zu. In neuerer Zeit wurde zuerst in den romanischen Ländern das Marionettentheater aufs feinste ausgebildet, die Beweglichkeit der Puppen, der fantoccini aufs höchste gesteigert. Noch Stendhal sah in Italien Rossinis Opern auf der Puppenbühne. Im Frankreich des 18. Jahrhunderts schrieben Dichter wie Lesage und Piron Stücke für den Puppenspieler Francisque. In England legte man besonders Wert auf die maschinellen Effekte der Puppenbühne. In Deutschland fällt die Blütezeit des Puppentheaters in die Zeit nach dem 30 jährigen Kriege. Die Geschichte vom Doktor Faust bildet Jahrhunderte hindurch das Hauptrepertoire des Marionettentheaters, und es ist bekannt, welche starken Eindrücke Goethe selbst vom Puppentheater empfing.

Den größten Einfluß übte aber wohl das Puppenspiel auf die Romantiker aus. Diesen wird es zum Symbol des Lebens, wenn unsichtbare Kräfte die Drähte der Marionetten regieren. Im Jahrhundert der Technik verlor dann die Marionette ihre zierliche Würde. Das Puppenspiel wurde zum Belustigungsmittel der Jahrmärkte, eine Vergnügung für die niederen Volksschichten, für die Naiven, für die Kinder. Und wenn um die Mitte des 19. Jahrhunderts sich doch noch ein Künstler fand, der sein Lebenswerk der Marionette widmete, Graf Pocci, der dichtende Kindermaler in München, der eine Fülle von Puppentheatermärchen schuf, so mutet uns das gar sonderlich an. Mit dem Rest romantischen Blutes des Grafen blieb wenigstens in München im Marionettentheater des bekannten Papa Schmidt bis jetzt die Tradition des Puppenspiels erhalten.

Die neuromantische Dichtung der letzten Jahre läßt wieder eine Ahnung von den Möglichkeiten der Puppenbühne aufdämmern. Maurice Maeterlinck schrieb bekanntlich seine kleinen Dramen für das Puppentheater. Gestalten, so zart und zerbrechlich, wie es kein Fleisch modeln kann, durften stilgerecht kaum von Menschen dargestellt werden. Die schmerzlich süße Prinzeß Maleine, der junge Tintagiles, der hinter der Mauer den unbekannten Tod fühlt, die dumpfe Furcht der verlassenen „Blinden“, die Angst der Menschen im „Eindringling“ — diese starren, auf den letzten Bewegungsanlaß zurückgeführten Gebärden, konnten nur Marionetten zeigen. Damit war die Richtung des modernen Marionettenspiels gegeben: die Stilisierung. Alles, was in der Darstellung durch Menschen als Nuance und Abrundung der Geste wirkt, mußte hier fortfallen; an Stelle dessen trat die letzte, geradeste, einfachste Reflexbewegung der Glieder aus einem Gemütszustand heraus.

Dadurch ist die Darstellungsmöglichkeit der Puppenbühne beschränkt, zugleich aber sehr groß, jedenfalls aber durchaus verschieden von der des Theaters. Die Bühne des bewegten Leblosen gestattet Szenerien, die man ohne Verwunderung und als selbstverständlich ansieht, wie sie das Theater nie bringen kann. Abnormitäten, Fabeltiere, Dämone, ja selbst tote Gegenstände können genau so leicht mitspielen, wie Figuren, die der menschlichen Gestalt nachgebildet sind.

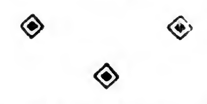
Der Schauplatz des Puppenspieles ist also vor allem das Märchenhafte. Die Märchenhandlung kann ebenso die naive Scherzhaftigkeit eines Teufelskampfes wiedergeben, wie den Ausdruck geheimer Untergründe der Seele. Die Frage, ob sie die einzige Wirkungsmöglichkeit der Puppenbühne ist, läßt sich aus dem Charakter der Marionetten selbst beantworten. Es gibt zwei Arten von Marionetten: vollständig ausgearbeitete Figuren mit beweglichen Gliedmaßen, die durch Drähte geleitet werden, und solche, bei denen ein hohler Kopf und zwei Arme auf einen gewandartigen Sack genäht sind, in den der Puppenführer die Hand steckt. Die leiseste Bewegung der Finger ruft eine ungeheuer vergrößerte Verzerrung der Bewegungen der Puppe hervor, die vom Zuschauer sofort unwillkürlich mit menschlicher Psychologie gedeutet wird. Jede Bewegung dieser Puppen hat etwas ungemein Schmiegsames von der Beweglichkeit der menschlichen Hand, zugleich aber etwas außerordentlich Starres, — den leeren Gesichtsausdruck des typisch bemalten Kopfes. So entsteht bei jeder Bewegung der handgeleiteten Puppen die unmittelbare Wirkung des unerwartet Komischen. Bei den drahtgeleiteten Marionetten wiederum genügt ein leiser Ruck, um die Bewegung der Glieder ins Gewaltige zu übertragen, was im Widerspruch mit der Starrheit der übrigen Glieder steht. So ergibt sich die andere Wirkungsmöglichkeit des Puppentheaters: die Groteske.

Märchen und Groteske bilden also das eigentliche Wirkungsfeld des Puppentheaters; beide haben gemeinsam, daß das Wirkungsvollste ihrer Handlung nur durch Puppen, nicht durch Menschen dargestellt werden kann.

Die auf die Schaffung eines modernen Marionettentheaters gerichteten Strömungen der letzten Jahre müssen also ihre Stoffe dem Märchen und der Groteske entlehnen. Die Verbindung dieser beiden Gebiete ergibt die romantische Burleske. In einer romantischen Burleske, wie Arthur Schnitzlers „Tapferer Kassian“ scheint mir der Versuch vollkommen gelungen zu sein, ein modernes Marionettenstück zu schreiben.

Ihren eigentlichen Dichter der Puppenbühne scheint die moderne deutsche Literatur aber in Paul Scheerbart zu besitzen. Seine Phantasie läßt der Gestaltung den freiesten Spielraum, die „Personen“ seiner kurzatmigen Akte sind nicht nur Menschen, sondern auch Ungeheuer, Sternschnuppen, Jupiterbewohner. Burlesken wie „Das dumme Luder“ oder „Kammerdiener Knetschke“ können ihre sicherste Wirkung auf der Marionettenbühne ausüben. Kürzlich hat ein neues Puppenspielunternehmen (A. R. Meyer in Berlin) auch versucht, Paul Scheerbart auf die Puppenbühne zu bringen, leider aber mit bedauerlichem Mißerfolg. Der Dilettantismus der Veranstaltung ließ die gute Absicht an dem Mangel jeder Vertrautheit mit dem technischen Material der Puppenbühne scheitern. Auch die Wahl der Stücke war insofern unglücklich, als man Szenen gab, in denen das gesprochene Wort die Herrschaft hat. Das Wesentliche der Puppenbühne ist aber gerade, daß das Wort, auch das witzigste, für sich nichts bedeutet, sondern nur Wert hat als Anlaß zu einer bestimmt charakterisierten Bewegung.

Ob das Puppentheater in der heutigen Kultur wieder einen bedeutenderen Platz gewinnen kann, erscheint allerdings zweifelhaft. Und wenn die Menschenbühne erst das Drama hat, das der Kultur unserer Zeit entspricht, dann hat das Puppendrama gewiß wieder ausgespielt.



# CHRONIK

DAS Theater Asiens. Die großen Kulturvölker Asiens besitzen die gleiche Freude am Theater wie die Nationen Europas. Trotzdem läßt sich kaum leugnen, daß ihre dramatische Kunst, wenn wir von der Japans absehen, heute tief unter der Europas steht.

Die Zeit, in der Indiens Dichter eine Sakuntala und Chinas Poeten ein Drama wie Hueilanki schufen, ist lange vorüber. Nicht große Seelenkonflikte, nicht der Kampf des Helden mit dem Schicksal, sondern melodramatische Darstellungen des Aufregenden oder Prunkvollen im Tagesleben beherrschen die Bühne Indiens und Chinas.

Im ersteren Lande macht sich starker europäischer Einfluß bemerkbar, und andererseits hat die nationale Bewegung zu wachsendem Interesse an der altnationalen Kunst geführt. Junge Dichter streben nach Rückkehr zu den Traditionen Kalidasas; vielleicht wird die nahe Zukunft uns von einer Renaissance der dramatischen Kunst Indiens berichten.

China hat sich eher auch in der Gegenwart ein in gewisser Hinsicht bedeutendes, in seinem Realismus interessantes dramatisches Schaffen bewahrt. Sein Theater spiegelt das Leben, und wenn dieses Leben selbst arm ist an großen Konflikten und vielfach im Gegensatz von Ehrlichkeit und Betrug, der nicht durchs Schicksal, sondern durch den Landrichter entschieden wird, sein Auf und Nieder findet, so kann mit lebhafterem Flusse des Lebens doch auch die Kunst bessere Tage hoffen. Wenn die revolutionäre Bewegung, die gegenwärtig China durchzittert, zu großen nationalen Konflikten führt, mag auch das Theater Chinas eine heroische Epoche erleben.

Die dramatische Kunst Siams vereinigt in gewissem Sinne chinesischen Realismus und altreligiöse Kunst Indiens, ja vielleicht hat sich letztere in Siam besser gehalten als im Mutterlande.

Bedeutende dramatische Möglichkeiten eröffnen sich angesichts des nationalen Aufschwungs dieses Tropenvolkes.

An Chinas Nordgrenze andererseits, im träumerisch versunkenen Korea ist es die Musik, welche dem Theater ein eigenartiges Gepräge gibt. Wenn einmal moderner Geist in japanischem Kleide dies Volk von seinem Schlafe erweckt, sollten unsere Musiker aufmerksam nach den Ufern des Gelben Meeres horchen.

Über all die genannten Länder hinaus ragt Japans dramatische Kunst.

Die leidenschaftlichen Konflikte, welche Seele und Leben dieses Volkes beherrschen, spiegeln sich auf seinem Theater. Persönlichkeiten und Lebensanschauungen prallen aufeinander, die großen Mächte der Liebe und der Ehre besonders werden in immer neuen Formen des Kampfes vorgeführt.

Vor allem die rührende Gestalt der Geishas ist es, welche das japanische Theater verklärt, jener Mädchen, die durch Elternspruch zu einem Leben der Schande verurteilt, doch aus dem Sehnen ihrer Seele heraus nach den höchsten Idealen streben, und wenn ihre Liebe ein Ziel gefunden, mit all ihrem Sein, ja mit ihrem freiwilligen Opfertode sich dem Geliebten weihen.

Der große Gegensatz von wahrer innerer Sittlichkeit und konventioneller gesellschaftlicher Moral tritt in diesen Dramen oft in kraftvollste Erscheinung. — Aber auch die Gegensätze des sozialen Lebens der Jetztzeit werden immer mehr zu Motiven dieses dramatischen Schaffens.

Wenn einmal diese Theaterstücke mehr als bisher in europäische Sprachen übersetzt und den europäischen Lesern vorgeführt sein werden, dann wird man leichter sehen können, wie sehr Empfinden und Poesie dieser Rasse und Kultur, die so ganz selbständig von der unsern erwachsen ist, trotz alledem unserer eigenen Kultur und Rasse nahestehen.



**Mystische Kunst in Böhmen.** Ein eigenartiges Kunstleben hat sich im böhmischen Volke, dem letzten westlichen Vorposten der großen Völkerfamilie der Slawen, entwickelt. Nicht bloß in seinen Städten, vielleicht in noch eigenartigerer Weise in seinen weiten Ebenen, auf denen schlichte Bauern nach der Altväter Weise leben.

Es ist kein tatenfrohes, stolzes Volk, durch Ruhm und Sieg gereift. Durch Jahrhunderte unter fremdem Joche lebend, von Natur schwermütig veranlagt, hat es ein träumerisches, weltabgeschiedenes Innenleben entfaltet. Sein Spiegel ist die nationale Kunst.

In Hütten und Bauernhäusern, in kleinen Dörfern und Landstädtchen habe ich sie aufgesucht. Zum ersten Male trat sie mir in einem kleinen Häuschen einer Landstadt an der ungarischen Grenze entgegen.

Von einem Schullehrer, Icha mit Namen, und seiner Schwester war es bewohnt. Ärmlich und unscheinbar. Aber über des Besuchers Bitte holten die beiden aus verstaubten Ecken Bild um Bild hervor, vom Lehrer gemalt, und eine eigengeartete mystische Lebensanschauung sprach mir aus den Gemälden. Ein Sehnen nach dem Lichte, nach der Wahrheit und der Freiheit.

Einige Wochen später in einem kleinen Städtchen in Mähren ein anderer Schullehrer, Ottokar Berzezina mit Namen; an den Wänden seines Zimmers Buch an Buch, darunter viele Übersetzungen indischer Dichtung und Philosophie. Von ihr hatte der Bewohner die Stimmungen der Verinnerlichung, der mystischen Vergeistigung geschöpft, die er nun in eigenartiger Weise weiterzubilden suchte. Und wieder weiter im Westen, im Süden des Königreichs Böhmen der Friedhof eines kleinen Dorfes und in ihm ein gewaltiges Denkmal aus Stein, am Grab einer Schmiedefamilie, von ihrem Sohne errichtet.

Ein Christusbild von eigengearteter Seelengewalt, tief religiöse Stimmung rings um sich breitend, — — wieder einen Tag später in der Landeshauptstadt Prag die Wohnung des Künstlers Frantisek Bilek, der inzwischen in Fühlung getreten mit den geistigen Strömungen der Moderne. Ein Bild vor allem fesselte mich in seinem Atelier, „Die Blinden" genannt, zwei Menschen, sich vorwärts tastend einem ungewissen Ziele zu; die menschliche Seele, die durch die Erscheinungswelt hindurch nach dem Urgrund aller Dinge sehnend strebt.

Ein gewaltiges Ahnen des Größten schien mir aus diesem schlichten Werke zu sprechen.

Und so mag es mehr Tatsache werden, daß sich aus den mystischen Tiefen der Seele dieser einfachen Menschen heraus Werke entfalten, die Fühlung gewinnen mit all unseren Problemen, die hinauf ragen zu unseren höchsten Gedanken.

Die Volkskraft selbst ist es in ihrer ungewollten Kraft, die in diesen slawischen Künstlern vielleicht noch Großes vollbringen mag.

*Rodolphe Broda, Paris.*



# NEUE LITERARISCHE TENDENZEN

## PAUL SCHEERBARTS „PLANETENBEWOHNER“.



IN der Nähe Berlins lebt ein eigengearteter Literat und Künstler: Paul Scheerbart, der seit vielen Jahren dem Gedanken der körperlichen, psychischen und geistigen Gestaltung etwaiger Bewohner fremder Planeten Ausdruck zu verleihen sucht. In zahlreichen, immer humoristisch gefärbten Schriften, Gedichten, Dramen und selbstgezeichneten und gemalten Bildern, die eine ganze Scheerbart-Literatur[1]) ausmachen, variiert er seinen Glauben an die Existenz mehr oder minder menschenähnlicher, planetarischer Lebewesen. Zehn seiner phantastischen bildlichen Darstellungen von Planetenbewohnern hat Scheerbart in seiner „Jenseits-Galerie“ veröffentlicht (Verlag Oesterheld & Co., Berlin 1907). Ein Vorwort zu dieser Jenseitsmappe kommentiert die merkwürdigen Gestalten. Seine für uns gezeichneten nebenstehenden Bilder glossiert der Künstler selbst in folgender Weise:



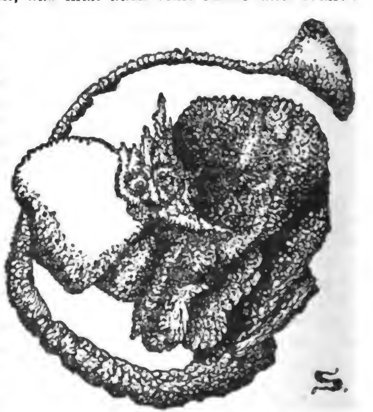
„Die Atmosphären auf den andern Planeten dürften eine gänzlich andere Zusammen-

[1]) Wir nennen von den 18 Werken Scheerbarts nur die folgenden: Der Kaiser von Utopia. Ein Volksroman. Berlin, E. Eisselt 1904. M. 3.—. Ich liebe Dich! Ein Eisenbahnroman. Berlin, Schuster u. Loeffler 1897. M. 3.—. Münchhausen und Clarissa. Ein Berliner Roman. Berlin, Oesterheld u. Co. 1906. M. 3.50. Rakkóx der Billionär und die wilde Jagd. Leipzig, Inselverlag 1900. M. 5.—. Liwûna und Kaidôh. Ein Seelenroman. Leipzig, Inselverlag 1902. M. 2.—. Der Tod der Barmekiden. Arabischer Haremsroman. Leipzig, Max Spohr 1897. M. 3.—. Tarut, Bagdads berühmte Köchin. Arabischer Kulturroman. Minden in Westfalen, J. C. C. Bruns 1897 u. 1900. M. 3.50.

setzung haben als die der Erde. Und das wird natürlich andere Körperverhältnisse hervorbringen. Ich glaube, daß die Körper beispielsweise Luftgefäß-Charakter haben könnten — wie das Lebewesen, das ich auf der dritten Zeichnung vorführe. Da sind rechts und links vom Kopfe zwei Luftbehälter, die natürlich die kompliziertesten Formen haben können. Ein langer Rüssel mit Saugfuß würde wohl ganz gut zu einem solchen Menschen passen. Natürlich nehme ich an, daß der Körper nicht zur Nahrungsaufnahme dient. Die unappetitliche Ernährungsart des Erdmenschen dürfte wohl in der ganzen unendlichen Welt nur einmal vorkommen. Das gilt auch von der Fortpflanzung.



Auf dem dritten Bilde habe ich die Arme und Hände ganz fortgelassen, da ich mir sehr wohl vorstellen kann, daß man auch ohne Arme und Hände zu existieren vermag, wenn das Gehirn etwas besser und nachhaltiger arbeitet, als das Gehirn des Erdmenschen. Auf dem ersten Bilde habe ich dagegen kompliziertere Arme und Hände vorgeführt. Dieses Wesen mit den polypenartigen Gliedmaßen ist in einer Luft gedacht, die an Dicke dem irdischen Wasser nicht viel nachgibt. So entstehen besondere Organe, mit denen man in solchen Lüften ganz einfach fischartig schwimmen würde. Auf allen drei Bildern habe ich die menschlichen Augen festgehalten, da ich der Meinung bin, daß das menschliche Auge ein so großartiges Organ ist, daß seine vielfache Wiederholung auf andern Sternen nur natürlich wäre. Die menschlichen Ohren scheinen mir nicht so vollkommen, und der Tastsinn des Menschen kommt mir sehr unvollkommen vor. Da wäre das Lebewesen auf dem zweiten Bilde sicherlich mit reicheren Tastorganen zu denken.



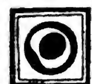
Auf dem zweiten Bilde wollte ich eine lustige Gestalt mit Röhren- oder Saugfußorganen vorführen. Ich habe mir diese Rüssel auch ohrartig durchgebildet gedacht, und ich möchte sie auch so denken, daß sie durch Einziehen von Luft zur Fortbewegung dienen.

Wenn man früher von den Gliedmaßen der Planetenbewohner sprach, so hat man dabei auch immer auf künstliche Gliedmaßen hingewiesen. So

hat Wells seine Marsbewohner auf drei riesig lange künstliche Beine gestellt, und Lasswitz läßt den Zukunftsmenschen hinten Schrauben anwachsen, durch deren rotierende Bewegung der ganze Körper fortbewegt wird. Es ist ja natürlich sehr reizvoll, den Planetenbewohnern die große Aufgabe zuzuschieben, ihre unvollkommenen Organe durch künstliche Organe zu ersetzen, die eben vollkommener sind als die natürlichen Organe. Aber ich glaube doch, man sollte weniger auf die Fortbewegung als auf die Organe, die wie Auge und Ohr zur Aufnahme von Eindrücken dienen, Rücksicht nehmen, wie ich das auch in meinen Bildern zu tun pflege."



# ERNST BRODA, WIEN: DRAMATISCHE MÖGLICHKEITEN.



B es denn wohl überhaupt einen Sinn haben kann, über kommende Kunstwerke nachzugrübeln? Die die Dichter der Zukunft ja dann doch jedenfalls ganz ohne alle Theorie aus den frei waltenden Kräften innerlicher Intuition heraus schaffen werden! Aber ich glaube, wir können nun einmal von solchem Grübeln nicht lassen, wenn wir echte Kinder unserer Zeit sein wollen: Einer Zeit, deren charakteristisches Merkmal das Streben nach tiefstgehender soziologischer Wertung aller in sie fallenden Vorgänge, Zustände und Möglichkeiten ist; deren entschiedener Zug zu einer immer sich steigernden Bewußtheit der Entwicklung in allen ihren Linien hinführt. Wir nehmen allerorten den außermenschlichen Kräften der Natur, die uns bisher ohne unsere bewußte Anteilnahme die Lichtbahn der Entwicklung von der Amöbe bis zu den Sonnenhöhen des Menschengeistes hinaufgeleitet haben, die Zügel aus der Hand. Auf allen Gebieten trachten wir, die weitere Steigerung unseres Gattungslebens — und damit, da wir die Kronprinzen der Welt sind, des gesamten Weltlebens in das Reich unsres Willens aufzunehmen. Und das ist es, was unserer Zeit den Stempel aufdrückt: daß sie in ihrem Drang nach bewußter Organisation den Kampf ums Dasein in der Wirtschaft durch den Staatssozialismus ersetzen will und den Kampf ums Dasein zwischen den Nationen durch Schiedsgerichte und einen Weltbund; daß sie in bewußter Wägung und Wertung aller Stimmungselemente in allen Baustilen baut und in allen Kunstformen dichtet und durch eingehende Betrachtung und Zergliederung die Bewußtheit unseres Innenlebens und damit die Objektivität unseres Urteils so sehr gesteigert hat, daß das „tout comprendre c'est tout pardonner" die Frage nach Recht und Unrecht unserer Handlungen in eine Frage nach dem Standpunkt aufgelöst hat, von dem aus wir eine Sache betrachten. Sollte uns all dies unser Nachdenken, das so unermüdlich ist in dem Aufspüren aller Tendenzen und Möglichkeiten, über die Zukuft unseres Dramas gar nichts sagen können? Einiges doch wohl!

Zuerst: Wovon soll dieses Drama handeln? Da müssen wir zwei Stoffkreise scheiden; die Probleme der Massenpsychologie auf der einen, die der Einzelpsychologie auf der andern Seite.

Die sozial-psychologischen Probleme unserer Zeit zeigen bis zu einem gewissen Grade einheitliche Prägung. Der philosophische Grundzug — wenn ich so sagen darf — der drei Hauptprobleme, als da sind: die Arbeiterfrage unserer Industrieländer, die Frage der Frauenemanzipation und die Frage der

unterdrückten Nationen, ist, daß sich in diesen drei Bewegungen die Grundforderung der Kantschen Ethik durchsetzt, die verlangt: daß der Mensch stets nur Zweck, nie Mittel sei. Die Proletarier, die Frauen und die Asiaten wissen nichts von Kant; aber all ihr stürmischer Ruf nach Befreiung klingt zusammen in das heiße, unstillbare Verlangen: in Zukunft selbst auch mit Zweck des Riesendomes menschlicher Kultur zu sein, nicht immer nur Baustein wie bisher. Der Durchbruch so großer Tendenzen führt zu ungeheuren Konflikten in der Welt draußen, und diese Konflikte spiegeln sich in dem Innenleben jedes einzelnen, wenn er in den Malstrom hineingezogen wird, den diese tosenden Sturmfluten bilden, wenn sie mit den naturgemäß auftauchenden Gegenströmungen zusammentreffen. Immer waren es die Übergangszeiten, die am meisten tragische Helden gezeugt haben. Auch diesmal kann aus der philosophischen und psychologischen Vertiefung dieser Konflikte noch manch gewaltiges Drama geboren werden.

Der Mittelpunkt der einzelpsychologischen Probleme des Dramas der nächsten Zukunft scheint mir die Stimmung, die man mit einem schon deplacierten Ausdruck die Müdigkeit, Ruhelosigkeit und innere Öde des „fin de siècle“ nennt. Das Jahrhundert ist ganz zu Ende gegangen, aber die Stimmung ist geblieben, und ich glaube auch nicht, daß sie die ganz vorübergehende Mode ist, für die man sie meistens hält. Denn sie wurzelt, meiner Meinung nach, ziemlich tief. Ihr Urgrund liegt in nichts Geringerem als in dem Fortschritt unserer Kenntnis von der Welt in und außer uns: All diese klare, vorurteilsfreie, bedächtig wertende und so oft desillusionierende Erkenntnis hat uns sehr viel von dem graden, unbeugsamen Willen geraubt, den die großen Kraftnaturen der Vergangenheit gerade aus der Einseitigkeit und Ungerechtigkeit ihres Innern gezogen haben. Vieles, was unsern Vorfahren ganz sicher und absolut schien, woran sie ruhig anknüpfen, worauf sie sicher den Bau ihres Lebens errichten zu können meinten, hat uns die mitleidslose Wissenschaft als relativ und bedingt erwiesen. Sie hat uns in Religion und Vaterland vergängliche Sozialphänomene sehen gelehrt und die Ideale von „gut“ und „schlecht“, „schön“ und „häßlich“ als Funktionen unserer psychischen Gesamtdisposition, die mit dieser von Grund aus wechseln. Das ist die wahre Tragik der „fin de siècle“-Stimmung, daß wir in einer ganz entgötterten Welt, wo alles relativ und begrenzt und bedingt ist und alles Geistige als Spiel unserer eigenen Phantasie erscheint, nicht den absoluten Maßstab finden können, Dinge und Handlungen danach zu werten. Ob und inwiefern die Entwicklungslehre uns aus all dieser Not retten wird können, will ich jetzt nicht untersuchen. Jedenfalls aber liegt hier das einzelpsychologische Hauptproblem der näheren Zukunft. Es heißt: Woraus wird der Mensch, der alle Ideen und Ideale seiner Väter als relativ und bedingt erkannt hat, neue absolute Ziele seines Hoffens und Strebens, Wertungen seiner Handlungen, Maßstäbe der Umwelt sich erschaffen? Dramen über Dramen liegen in diesen Fragen!

Soviel von den Stoffen, über die die Dichter zeitgemäßer Dramen schreiben werden. Läßt sich aber über die Art, wie sie mit diesen Stoffen umgehen werden, über das Formelle im weitesten Sinn nicht auch etwas sagen? Ich will auf die Gefahr, verwegen zu erscheinen, auch hier eine Anwendung allgemeiner Prinzipien versuchen. Ich meine, daß für unsere Zeit so sehr charakteristisch ist: die plastischere Auffassung und Verarbeitung des Begriffs von uns übergeordneten Kollektiveinheiten. Die vergangenen Zeiten haben in der menschlichen Psyche die Begriffe der Familie, des Stammes, des Staates und des Volkes gebildet; wir Modernen haben den Begriff der Gesamtmenschheit

hinzugefügt; wir sind dann mit Goethe und Darwin zu der Einheit des ganzen organischen, mit Haeckel und Fechner zu der Einheit der Allnatur vorgedrungen. Und der Begriff dieser Kollektiveinheiten ist in uns auch um vieles sinnlicher, konkreter, realer geworden. Wir haben sie mit Fechner als wirkliche Organismen betrachten gelernt, zu denen wir Einzelindividuen uns verhalten wie unsere Körperteile zu unserer menschlichen Gesamtpersönlichkeit. Und ich glaube nun an die Möglichkeit, daß sich auch das Drama dieser Tendenzen bemächtigen könnte; daß es, wenn es diese und andere übermenschliche Organismenformen in seinen Kreis zöge, in ein Reich ganz neuer ungeheurer Möglichkeiten eintreten könnte. Ich meine, daß die Zukunft uns auch ein Drama bringen wird, das uns nicht von den typischen Schicksalen einzelner Menschen erzählen wird, wie Thalia bisher ausschließlich getan, sondern vom Werden, Leben und Vergehen viel größerer, übermenschlicher Einheiten, wenn ich so sagen darf: übermenschlicher Persönlichkeiten. Ein Beispiel für viele: Solch ein übermenschlicher Organismus wäre etwa die „Idee". Die „Idee" als solche. Ideen leben und sterben wie einzelne Menschen; sie haben ein Jünglings-, ein Mannes- und ein Greisenalter, wie diese. Nur daß Himmel und Erde wanken, wenn sie über die Welt schreiten. Natürlich dürfte man nicht die „Idee" selbst auf die Bühne stellen. Man dürfte auch nicht zu abgeschmackten Allegorien seine Zuflucht nehmen. Nein, auf der Bühne sähe man nur Menschen wie bisher. Aber diese Menschen wären nicht die Helden des Dramas. Hinter ihnen stünde als der eigentliche Held eine ungeheure Riesengestalt, die sie durcheinanderzieht wie Marionetten. Die einzelnen Menschen wären nur da, damit man aus der Art, wie sie alle von der „Idee" beleuchtet werden, auf die Riesenflamme selbst zurückschließen kann. Es könnte da z. B. ein scheinbarer Held auftreten, dem die „Idee" zuerst Kraft und Stärke gibt, alles sich zu gewinnen: Freunde, die Geliebte, die höchste Macht; und dem dann die „Idee" spielerisch alles wieder nimmt: nicht nur die Freunde, die Geliebte, die Macht, sondern auch: die Kraft, die innere Möglichkeit, Freund zu sein, zu lieben, Macht auszustrahlen. Weil das rasende, sengende Feuer der „Idee", das in ihm aufgeflackert ist, alle die stillen, wärmenden Flammen des kleinen Menschenlebens in ihm aufgezehrt hat, bis aus dem jungen, blühenden Menschen ein leeres Schemen geworden ist, das als entseelte Hülle hinstürzt, wenn die „Idee" sich von ihm wendet.

Ein solches Drama böte andere Möglichkeiten, zu wirken, es böte aber auch ganz andere Schwierigkeiten als alle bisherige Kunst. Man müßte neue Hilfskräfte herbeirufen, um so Ungeheures ausdrücken zu können. Ich denke da vor allem an die Musik. Nicht in der Art, wie sie die bisherige Oper verwendet hat, die gleichzeitig und doch unabhängig voneinander durch zwei so heterogene Mittel, wie es Musik und Dramatik doch zweifellos sind, wirken wollte. Denn grundsätzlich verschieden ist der Weg der beiden Künste, und die auf die Dauer dieselbe Bahn zu leiten, ist ein Taschenspielerkunststück das nicht das Gefühl der notwendigen Einheit aufkommen läßt, das allein ästhetischen Genuß ermöglicht. Auch bei Wagner ist die Musik noch zu autonom, zu sehr Selbstzweck. Er hat, wie ich glaube, Musik und Dichtung viel zu parallel als Ausdrucksmittel seiner Gedanken verwendet. Er hat die Idee des „Gesamtkunstwerkes" zu leicht und zu einfach genommen, indem er geglaubt hat, daß es mehr als die einfache Summe der ästhetischen Werte ergibt, wenn man zum schönen Drama die schöne Musik fügt. Das Gesamtkunstwerk der Zukunft wird sich von diesem unkritischen Optimismus freihalten müssen; es wird, um die höchste Wirkung zu erzielen, ganz davon

absehen müssen, selbständig musikalischen Zwecken zu dienen. Die Musik wird sich darauf beschränken — nein! sie wird sich dazu aufschwingen müssen, die Lücken der Dichtung auszufüllen. Und dann warten ihrer noch ungeheure, herrliche Aufgaben. Denn man kann mit Worten nicht alles sagen. Alles das, was blitzartig uns durch den Sinn fährt, alles das, was nur träumend in uns auftaucht, alle die Gedanken und Gefühle, die auf einer der vielen Stufen des Halbbewußtseins stehen, die in unserm Innenleben eine so ungeheure Rolle spielen und durch den Dialog gar nicht zum Ausdruck gelangen können, weil das gesprochene Wort all das Schattenhafte sofort in das grelle Licht der Vollbewußtheit zerrt. All das kann nur die Musik darstellen; denn das gesprochene Wort kann uns in dem Gemälde unserer Seele, das uns das Drama geben soll, nur Konturen liefern; die Flächen, die kann es nicht ausfüllen; das kann nur die Musik mit ihrem unendlichen Reichtum an leuchtenden Farben und ihren ungezählten Nuancen und Übergängen zwischen dem hellsten Licht und der tiefsten Finsternis. Ein ganz Großer wird es sein, der dies herrliche Werk einst zu schaffen unternimmt, das uns mehr über uns selbst wird sagen können, als irgend ein Kunstwerk vorher: das Tondrama der Zukunft, neben dem alle Dichtung der Vergangenheit dürftig erscheinen wird, und alle Musik der Vergangenheit unsicher tastend und verschwommen.



## PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: ARBEITERPOESIE IN FRANKREICH.

DIE großen Probleme des sozialen Elends, die großen Kämpfe der modernen Arbeiterschaft haben in allen Ländern Dichter zu bedeutsamen Schöpfungen begeistert. Aber überwiegend sind es Männer gewesen, die nicht selbst der kämpfenden Arbeiterschaft angehörten, sondern nur von außenher Einblick in ihr Leben und Fühlen besaßen. Naturgemäß konnte ihre Auffassung stets nur eine mittelbare bleiben.

Eine andere Form von Arbeiterdichtung hat sich in jüngster Zeit in Paris entwickelt. In den Volksuniversitäten und Gewerkvereinen der Stadt Paris finden allwöchentlich festliche Veranstaltungen statt, in denen Poesie, Musik und dramatische Aufführungen nach der Arbeit der Woche einen schönen Festtagsabend füllen.

Zuerst waren es auch hier klassische Werke der französischen Poesie, die man rezitierte oder spielte. Bald aber begannen junge Arbeiter, Mitglieder der Vereine selbst, Gedichte zu verfassen, welche das Fühlen und Leiden ihrer eigenen Klassengenossen widerspiegeln sollten. Naturgemäß fanden diese Verse lebhaften Widerhall bei den Hörern, in deren eigener Brust sie ja verwandte Klänge anklingen ließen.

Möglich war all dies freilich nur infolge der spezifischen künstlerischen Begabung des französischen Volkes, die selbst diesen unerfahrenen Menschen, die tagsüber in der Werkstatt tätig sind, hinter der Maschine stehen, Form und Sprachgewandtheit und künstlerische Ausdrucksfähigkeit verlieh.

Von lyrischen Dichtungen ging man zu dramatischen Werken über, und diese wurden gleichfalls von Mitgliedern der Vereine bei deren Festaufführungen gespielt.

Eine Vereinigung der Arbeiterdichter, der „Club des chansoniers revolutionaires“, bildete sich, der in allwöchentlichen Sitzungen bestimmte, welche

seiner Mitglieder sich zu bestimmten Festen der Volksuniversitäten und Arbeitervereine zu begeben und dort ihre Werke zum Vortrag zu bringen hätten. Und mit der Regelmäßigkeit von Bedürfnis und Befriedigung kamen einzelne der genannten Arbeiterdichter selbst dazu, in mehr systematischer Weise ihre Werke zu verfassen, wenngleich sie stets jederzeit in ihrer Stellung als Arbeiter verharrten.

Immer blieben sie so in enger Verbindung mit dem täglichen Leben, mit den kleinen Leiden und der großen Tragik der Arbeiterklasse, sie blieben voll und ganz ihre Wortführer, ihre Verse waren und blieben ein getreuer Spiegel der Arbeiterseele.

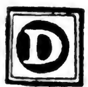
Streik und Hunger, Zukunftshoffen und Aufopferung für die großen Ideen des Sozialismus waren ihre Lieblingsthemen, und bedeutsame Klänge echter volkstümlicher Poesie strömten aus ihren Liedern.

Und eben durch dies poetische Schaffen wußten sie die schlummernden Gefühle ihrer Klassengenossen zu bewegtem Leben zu erwecken, gerade in diesen Dichtungen gewannen die latenten Energien der Arbeiterkultur Schärfe und klaren Ausdruck. Wie ein Vorahnen großer und gewaltiger Zukunft klingt es aus diesen Versen, wie die Stimme eines Riesen, der seiner Kraft noch halb unbewußt zur Sonne emporsteigt.

Noch lebt ihre Klasse im Elend. Noch geht die neue Kultur in Lumpen und lebt in ärmlichen Hütten. Aber im Aufwärtsgang der Arbeiterklasse zur Höhe des sozialen Seins mag aus diesen Keimen heraus die Kultur der neuen Geschichtsepoche erwachsen. Und darum sind ihre Dichtungen nicht bloß poetisch schön in ihrer schlichten Wahrheit, sie sind ein wertvolles Dokument für jeden, der einen Blick in die Zivilisation der Zukunft werfen will.



# CARLOS DE BATTLE, MADRID: DIE SOZIALE TENDENZ IM SPANISCHEN ROMAN DER GEGENWART.



DIE Revolution von 1868 übte in Spanien nicht nur einen großen politischen Einfluß aus, sie beseitigte auch die Hindernisse der Gedankenfreiheit. Neue Ideen machten sich in den verschiedensten Formen geltend, auch im Roman.

Verdienstvolle Schriftsteller bereiteten den Weg zu dem neuen Buch, das den Samen fortschrittlicher Ideen unter das spanische Volk ausstreut und seine Gesinnungsart langsam verändert. Schriftsteller, die vor der Revolution von 1868 unbekannt gewesen oder lediglich im Journalismus erwähnt worden waren, griffen nun die neuen Ideen auf und begannen Werke zu schaffen, in denen sie Ideen verbreiteten, die bei den meisten übrigen Nationen Europas längst bekannt waren.

Fast alle waren noch jung. Am meisten fanden Alarcon, Valera und Pereda Beachtung in der literarischen Welt.

Alarcon ist ein Nachkomme der Mauren von Granada. In der poetischen Prosa seiner Romane lebt die Seele der Alhambra wieder auf. Einige sehr schöne Werke sind ihm geglückt, aber mit aller seiner ästhetischen Vollendung gelangt er doch niemals über die Lokalstimmung und Heimatkunst hinaus.

Ganz ähnlich liegt der Fall bei Pereda, der aber nicht wie Alarcon dem Süden entstammt. Er wirkt vielmehr wüst und wild, wie die Brandung,

die an die alten Küsten von Kantabrien schlägt. Er wirkt neblig wie die Berglandschaft seiner Heimat, von der er in seinen Werken die wunderbarsten Schilderungen bietet. Diese Schriften haben etwas von dem herben Duft des Bergthymians und dem Salzhauch des Meeres.

Diese und manche andere Schriftsteller haben nun aber in späteren Jahren ihre persönlichsten Vorzüge und Lieblingsvorwürfe aufgegeben, um in ihren Romanen die Welt der modernen Ideen zu gestalten, jener Ideen, die das Volk umbilden und eine neue Gesellschaft gestalten könnten.

Von diesem Augenblick an sind sie aber künstlerisch gescheitert. Sie vermochten diese Ideen durchaus noch nicht zu bemeistern und kamen zu Resultaten, die ihrer ursprünglichen Absicht vollkommen entgegengesetzt waren.

So erging es vor allem Blasko Ibanez mit seinem Roman „Catedral“. Er wollte in diesem Werk einen Anarchismus schildern, der nicht einmal terroristisch auftritt, und er unternimmt diese Aufgabe mit den allerbesten Absichten. Aber er erreicht nur, daß uns seine Theorien und Utopien, obwohl in ihnen doch ein Ideal sozialer Erlösung steckt, dem man nicht seine Achtung versagen sollte, abstoßen.

Juan Valera, der glänzendste Stilist der kastilischen Sprache, dessen Werke durch tadellose Form und Reinheit des Stils ebenso bewundernswert sind wie durch ihren an Voltaire gemahnenden Humor und die unvergleichliche Eleganz der Diktion, hat niemals Bücher von sozialer Bedeutung geschrieben. Immerhin könnte man „Pepita Jimènez“, das Hauptwerk dieses glänzenden Stilisten, als soziales Tendenzwerk betrachten, insofern, als in diesem Roman das religiöse Vorurteil durch die Liebe bekämpft und überwunden wird. Aber die soziale und politische Verbindlichkeit dieses sehr fruchtbaren Schriftstellers verbot ihm volle Offenheit.

Spanien hat heute nur zwei Schriftsteller, die wahrhaft soziale Romane geschrieben haben. Beide muß man unter den größten Gestaltern nennen, beide schufen Charaktere aus dem Vollen und wurden Schöpfer literarischer Schulen, die in ihren Anfängen heftig bestritten waren, schließlich aber sich durchsetzten. Der erste ist Armando Palacio Valdės. Er begann mit einer Reihe mächtiger Werke, wie „Marta y Maria“, „La hermana de San Sulpicio“, „La Fe“ und einigen anderen. Plötzlich aber zog er sich ohne ersichtlichen Grund von allen Kämpfen zurück. Eine Anwandlung von Mystik schien seine Seele von nun an zu umwölken. Aber obwohl er sich von allem Lärm der Welt abwandte, um das Heiligtum des Friedens und der Seelenruhe zu finden, ist er doch ein rechtschaffener Künstler geblieben, ein starker Arbeiter, der in der Einsamkeit seines Arbeitszimmers Werke von höchster künstlerischer Vollendung, aber ohne alle soziale Tendenzen, schrieb.

Der andere, Pérez Galdos, ist viel nervöser und produktiver. Er allein hat die Aufgaben des sozialen Romans vollkommen begriffen und seine Werke sind in der ganzen Welt zu Ruhm gelangt. In seinem Werk „Episodios Nacionales“ hat er in historisch-kritischer, aber gleichwohl sehr liebenswürdiger Form die Kämpfe eines ganzen Volkes geschildert. In seinen Romanen hat er alle die Laster bekämpft, die auf die gegenwärtige spanische Gesellschaft drücken. Er führt diesen Kampf mit bewundernswerter Ausdauer. Er versucht, die Tugenden eines Volkes aus dem Schlummer zu wecken, das auch heute noch würdig ist, große Bestimmungen zu vollenden.



Verantwortlich für die Redaktion Dr. Hermann Beck. Berlin. — Druck von Georg Reimer in Berlin W.

# FÉLIX VÁLYI PARIS: DIE ZUKUNFT DER SOZIOLOGIE. EINE ENQUÊTE ÜBER IHRE AUSSICHTEN.

ZUR EINLEITUNG. — Die Probleme, die das zwanzigste Jahrhundert in erster Linie interessieren, sind zweifelsohne diejenigen der Soziologie. Daß diese Probleme für unser gesamtes Dasein eine gewaltige Bedeutung besitzen, ist für jeden offenbar. Ob sie jedoch das objektiv erforschbare Gebiet einer speziellen Wissenschaft ausmachen, wird trotz aller schon dagewesenen soziologischen Systeme vielfach verneint. Die Kompliziertheit der Probleme, die ihre klare Erfassung so schwierig macht, mag als Grund einer solchen Verneinung gelten: sicher ist jedoch, daß, wo Probleme von spezifischer Eigenart vorhanden sind, es eine Möglichkeit geben muß, dieselbe irgendwie zu bewältigen. Wenn die Soziologie als festbegründete Wissenschaft noch immer als Ideal hingestellt werden muß, ist sie als ein Postulat des menschlichen Denkens unbedingt gerechtfertigt, als ein Postulat, das sich notwendig aus der wissenschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte ergab. Ob dieses Postulat durch die soziologische Forschung der Gegenwart seiner Verwirklichung näher gerückt sei, erscheint uns als eine Frage von bedeutendem Interesse. Die Enquête, die wir unseren Lesern vorlegen, ist ein Versuch, diese Frage durch die bedeutendsten Vertreter der neueren Soziologie und der an der Soziologie interessierten Geschichtswissenschaft beantworten zu lassen, ein Versuch, der uns naturgemäß kein definitives Ergebnis brachte. Eine einstimmige Antwort konnte angesichts des Chaos innerhalb der Soziologie nicht erwartet werden. Wenn wir die nachfolgenden Antworten führender soziologischer Denker trotzdem als eine sehr interessante Spiegelung des Werdens einer neuen Wissenschaft hinstellen, geschieht es, weil neben aller Verschiedenheit über Grundprinzipien gemeinsame Forderungen uns die Richtung zeigen, in welcher sich die nächste Zukunft der soziologischen Forschung bewegen wird. Diese Richtung führt zur Vertiefung in die historische Genesis der Gesellschaften und der gesellschaftlichen Gebilde, kurz, sie wurzelt in der Neigung, die Soziologie durch sozialhistorische Analyse zu begründen, durch eine Analyse, die, von allen vorgefaßten Meinungen unabhängig, in die geschichtliche Entstehung sozialer Phänomene einzudringen vermag.

Die Fragen, die wir den Teilnehmern an unserer Enquête stellten, hatten folgende Fassung:

I. Eröffnet der bisherige Entwicklungsgang soziologischer Forschung Ausblicke auf einstige Aufdeckung der Entwicklungsgesetze und Kausalbeziehungen des sozialen Lebens?

II. Durch welche Methode vermag die Soziologie zu diesem Resultate zu gelangen?

Aus der Reihe der Antworten teilen wir folgende mit:

GEORG SIMMEL, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BERLIN:

Für Ihre Anfrage über das Wesen der Soziologie erlaube ich mir die nachfolgende, möglichst knappe Formulierung meiner Überzeugungen beizutragen. Es ist unmöglich, in so kurzer Form allen Einwendungen zu begegnen, die sich unvermeidlich gegen derartige prinzipielle Behauptungen erheben. Ich muß deshalb auf ein umfängliches Werk über Soziologie verweisen, das ich hoffentlich im nächsten Jahre publizieren und in dem ich versuchen werde, die Fruchtbarkeit des hier nur angedeuteten Grundgedankens an Einzeluntersuchungen zu erweisen.

Die hauptsächliche Veranlassung für die Vieldeutigkeit und Bestreitbarkeit der Soziologie als Wissenschaft scheint nur darin zu liegen, daß man innerhalb der Gesamtvorgänge, die das historisch-soziale Leben ausmachen, nicht hinreichend dasjenige, was daran „Gesellschaft" ist, von den andern Bestandteilen unterscheidet, die zwar auch nur in der Gesellschaft und durch sie realisiert werden, aber doch nicht an und für sich Gesellschaft sind. Weder Hunger noch Liebe, weder Habgier noch Arbeit, weder Technik noch Religion *sind* an und für sich etwas Soziales; sie *werden* es, indem sie — als Ursachen oder als Zwecke — die Individuen zu Wechselwirkungen miteinander veranlassen. Das ist natürlich nicht im Sinne eines zeitlichen Nacheinander gemeint; vielmehr, in der Wirklichkeit verlaufen die Wechselwirkungen der Menschen — d. h. ihre Vergesellschaftungen — immer nur um derartiger Triebe oder Absichten willen; die bestehende Gesellschaft lebt in der Einheit der gesellschaftsbildenden Wechselwirkungsformen und der Inhalte — ökonomischer oder erotischer, religiöser oder intellektueller, eudämonistischer oder sachlicher Art —, die sich in den sozialen Formen von Über- und Unterordnung, von Konkurrenz und Kooperation, von Parteibildung und Hierarchie, von Abschluß und Anschluß und unzähligen andern realisieren. Aber wenn es eine Wissenschaft von der *Gesellschaft* sensu strictissimo geben soll, so bedarf sie einer Zerlegung dieser realen Einheit, einer Abstraktion dessen, was an der Gesellschaft wirklich *Gesellschaft* ist — d. h. ihr Objekt sind jene Formen der gegenseitigen Beziehungen, gelöst einerseits von den *Inhalten*, die die Gegenstände der *Fach*-wissenschaften bilden, anderseits von der Entwicklung der Totalität der Gesellschaft, die, Inhalte und gesellschaftliche Formen in Eins schlingend, den Gegenstand der *Geschichte* im hergebrachten Sinne ausmacht. Soll die Soziologie also etwas anderes sein als ein unklares Durcheinander von Untersuchungen, die bereits hinlänglich in andern Wissenschaften geführt werden, so muß sie sich zu der konkreten historischen Gesellschaft in derselben abstrakten Weise verhalten, wie — unter Vorbehalt aller sonstigen Verschiedenheiten — die Geometrie sich zu den sinnlich gegebenen Raumgestaltungen verhält. Diese abstrahiert von dem Räumlichen den Raum als solchen und sucht dessen Formen und Gesetze auf und ist nicht weniger darum gültig, weil ihre Objekte nie in der Erfahrung rein gegeben sind. So hat die Soziologie aufzusuchen, was an den realen Vergesellschaftungen wirklich und rein „Gesellschaft" ist, die Arten der Vergesellschaftungen, die aus der Summe von Individuen Gesellschaft machen.

◈

ÉMILE DURKHEIM, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT PARIS:

Die erste Frage, die Sie an mich richten, brauche ich kaum zu beantworten. Ich glaube selbstverständlich, daß die heutige Entwicklung der Soziologie uns Aussichten auf eine künftige Auffindung von Gesetzen des sozialen Lebens eröffnet; denn ich kann nicht an dem Werte der Aufgabe zweifeln, der ich gleich vielen andern mein Leben gewidmet habe.

Was die Methode anbelangt, so genügen zwei Worte, um sie zu charakterisieren: sie muß historisch und objektiv sein.

Historisch: Das Ziel der Soziologie, ist, aus dem Verständnis der gegenwärtigen sozialen Institutionen erkennen zu lernen, was sie zu werden scheinen und welchen Werdegang wir für sie erstreben sollen. Um aber eine Institution zu verstehen, muß man zuerst wissen, aus was sie besteht. Das komplizierte Ganze besteht aus einzelnen Teilen, die man kennen muß, um jeden einzelnen erklären zu können. Um diese Teile zu entdecken, genügt es jedoch nicht, eine Institution in ihrer vollendeten und gegenwärtigen Form zu betrachten, denn nichts verrät hier die verschiedenen Elemente, aus denen sie zusammengesetzt ist. Ebensowenig wie wir mit bloßem Auge die Zellen zu erkennen vermögen, aus denen das lebende Gewebe sich zusammensetzt, oder die Moleküle, aus denen die tote Materie besteht. Man braucht hierzu das Instrument der Analyse. In der Soziologie nun spielt die Geschichte die Rolle des Instruments. Jede Institution ist Stück für Stück entstanden, ihre einzelnen Teile bildeten sich in der Aufeinanderfolge. Man muß somit die zeitliche Genesis verfolgen, d. h. die Geschichte aufrollen, um die verschiedenen Elemente getrennt zu erfassen. Die Geschichte vertritt somit in der Ordnung der sozialen Tatsachen die Stelle, die dem Mikroskop in der Ordnung physikalischer Tatsachen zukommt.

Sie läßt nicht nur die einzelnen Elemente in Erscheinung treten, sondern sie allein gestattet auch ihre Erklärung, indem sie Aufschluß über ihre Ursachen und Daseinsberechtigung gibt. Wie aber könnte man diese auffinden, ohne auf jenen Augenblick zurückzugreifen, wo sie in Wirksamkeit traten, d. h. wo sie die Tatsachen hervorbrachten, die man sich zu verstehen bemüht. Dieser Augenblick liegt in der Vergangenheit; die einzige Möglichkeit, zu wissen, wie jedes der Elemente entstand, ist die Untersuchung seiner Genesis, und da diese gleichfalls in der Vergangenheit liegt, kann nur die Geschichte uns Aufschluß geben.

Objektiv: Hierunter verstehe ich, daß der Soziologe sich in jene Geistesverfassung versetzen soll, in der Physiker, Chemiker, Biologen sich befinden, wenn sie an eine noch unerforschtes Gebiet ihrer Wissenschaft herantreten; er soll an das Studium der sozialen Tatsachen herantreten unter der Voraussetzung, daß er absolut unwissend ist in bezug auf ihr Wesen, ihre charakteristischen Eigenschaften, ihre Ursachen. Ausschließlich aus der Methode der vergleichenden Geschichtsforschung soll er seine Vorstellungen schöpfen. Allerdings bietet diese Stellungnahme Schwierigkeiten, denn sie steht in Widerspruch zu eingefleischten Gewohnheiten. Da wir das soziale Leben miterleben, haben wir davon stets irgendeine Vorstellung, und wir neigen zu dem Glauben, daß die üblichen Vorstellungen das Wesentliche der Dinge erfassen, auf die sie sich beziehen. Aber diese Vorstellungen, die ohne Methode lediglich aus dem praktischen Bedürfnisse hervorgingen, haben keinerlei wissenschaftlichen Wert. Sie kommen einer genauen Erkenntnis der sozialen Dinge um nichts näher als die Ideen, die der gewöhnliche Mensch von den Körpern

und ihren Eigenschaften (Licht, Wärme, Klang usw.) besitzt und die in keiner Weise die wissenschaftliche Erkenntnis dieser Dinge decken, die uns nur die Wissenschaft gibt. Wir haben es hier, wie Bacon sagt, mit lauter Götzen zu tun, von denen wir frei werden müssen.

Hieraus wird man die Bedeutungslosigkeit der Erklärungen erkennen, die die soziale Tatsachen direkt aus den allgemeinsten Eigenschaften der menschlichen Natur ableiten wollen. Es ist dies dieselbe Methode, die glaubt, die Familie aus dem Gefühl der Blutsverwandtschaft erklären zu können, die väterliche Gewalt aus den Gefühlen, die der Vater selbstverständlich für seine Nachkommenschaft empfindet, die Ehe aus dem sexuellen Instinkt, den Vertrag aus einem angeborenen Gerechtigkeitsgefühl usw. Wenn die Erscheinungen des Gemeinschaftslebens in so hohem Maße der Ausfluß der menschlichen Natur wären, müßten sie allenthalben und immer ähnlich sein, denn die Naturveranlagung des Menschen hat nur sehr geringe Wandlungen durchgemacht; in Wirklichkeit aber sind sie von größter Mannigfaltigkeit, wie wir aus der Geschichte zu erkennen vermögen. Darum betone ich auch immer wieder, daß die Psychologie des Individuums uns die sozialen Tatsachen nicht zu erklären vermag, die psychologischen Faktoren sind viel zu allgemein, um das Spezifische des sozialen Lebens zu erklären. Im Gegenteil, solche Erklärungen treffen, gerade weil man sie auf alles anwenden kann, auf nichts zu.

Meine Anschauung basiert jedoch keineswegs auf jenem Materialismus, den man mir so oft vorgeworfen hat; dieser Vorwurf beweist ein völliges Mißverstehen meines Gedankenganges. Im sozialen Leben ist alles Vorstellung, Idee, Gefühl, und nirgends kann man mehr die wirksame Kraft der Vorstellungen beobachten. Nur sind die Kollektivvorstellungen bei weitem komplizierter als die individuellen. Sie haben eine eigene Wesensart und erfordern eine besondere Wissenschaft. Die gesamte Soziologie ist Psychologie, aber eine Psychologie eigener Art.

Ich möchte hinzufügen, daß diese Psychologie dazu berufen ist, viele Probleme, die gegenwärtig die Individualpsychologie beschäftigen, wieder aufzurollen und durch eine Rückwirkung sogar die Erkenntnistheorie zu erneuern.



ARVID GROTENFELT, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT HELSINGFORS:

1. Schon seit alter Zeit hat der forschende Geist danach gestrebt, gewisse Kausalbeziehungen des sozialen Lebens zu enthüllen, und hat dabei einige Erfolge erreicht. Lange bevor die Soziologie als eine besondere Wissenschaft begründet wurde, haben Geschichtsschreiber und Philosophen einzelne soziale Kausalzusammenhänge unzweifelhaft nachgewiesen und auch gewisse Entwicklungsgesetze des sozialen Lebens einigermaßen aufgedeckt. Die Gestaltung der Soziologie zu einer besonderen Wissenschaft bedeutet, daß jene zum Teil sehr alten Ansätze zur Erkenntnis der Gesetze des sozialen Lebens einen zo beachtenswerten Umfang gewonnen hatten, daß es tunlich erschien, sie als ein besonderes, abgegrenztes Forschungsgebiet zu behandeln.

Seitdem ist die soziologische Forschung ein gutes Stück vorwärts gekommen. Eine bedeutende Anzahl sozialer Kausalzusammenhänge und Ent-

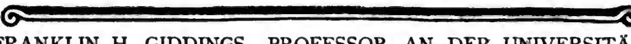
wicklungsgesetze sind gegenwärtig in mehr oder weniger genauer und exakter Form erkannt und nachgewiesen worden, allerdings befindet sich aber noch auf diesem Forschungsgebiete alles im Werden, in gleichsam halbreifem Gährungszustande. Der gegenwärtige Stand der Forschungsarbeit, die reichen Materialiensammlungen, worauf sie sich jetzt stützt, und der Eifer und die Umsicht, womit diese Materialien bearbeitet werden, geben uns eine wohlbegründete Überzeugung davon, daß die Soziologie in naher Zukunft rüstig fortschreiten und ihre Ziele in immer reicherem Maße erreichen wird; dabei wird besonders zu präziserer Fassung mancher ihrer Grundzüge nach schon ernannten Kausalbeziehungen und Entwicklungsgesetzen fortgeschritten werden.

2. Die eigentümliche Methode der Soziologie ist „gesetzeswissenschaftlich", verallgemeinernd. Sie sieht ihre Aufgabe darin, von der Betrachtung der einzelnen Erscheinungen und Objekte zur Aufstellung von Verallgemeinerungen und umfassenden Gesetzen fortzuschreiten.

Jedoch bewährt es sich auch an ihr, daß individualisierendes — d. h. die einzelnen Objekte in ihren individuellen Eigentümlichkeiten eingehend erforschendes — und verallgemeinerndes Denken nicht schroff voneinander abzutrennen sind, sondern sich gegenseitig durchdringen müssen. Auf dem jetzigen Standpunkte unseres soziologischen Wissens muss der Soziologe noch oft nach einer Forschungsmethode arbeiten, die mehr „historisch" als eigentlich soziologisch ist. Er muß zunächst sein Augenmerk darauf richten, die einmalige Entwicklung eines sozialen Ganzen im einzelnen zu verfolgen und zu untersuchen, z. B. die langsame Ausbildung der sozialen Verhältnisse und der Institutionen in einem einzelnen Lande; er muß sich damit begnügen, an jedem einzelnen Punkte den manigfach verschlungenen Ursachen jenes einmaligen Prozesses nachzuspüren, ohne viel von „Gesetzen" zu reden und ohne umfassende Verallgemeinerungen aufstellen zu können. Erst sehr allmählich kann die Soziologie zur Aufstellung grosser, allgemeiner Gesetze fortschreiten.

Hervorragende Forscher und Denker, die im begeisterten Glauben an die Zukunft und an die hohe Bedeutung der soziologischen Wissenschaft es unternahmen, in kühnem Anlauf auf einmal ein System allgemeinster, umfassendster soziologischer Gesetze aufzustellen, verirrten sich schon mehrmals in unhaltbare und willkürliche Theorien. Durch das Mißlingen solcher Versuche hat die Soziologie lernen müssen, daß sie vorläufig ein vorsichtigeres und bescheideneres Forschungsverfahren einzuschlagen hat, indem sie zunächst getreu im kleinen arbeitet, zur Aufklärung der Einzelheiten, manchmal nach einer Methode, die der rein historischen sehr ähnlich ist. Ein Unterschied zwischen Soziologie und Geschichte liegt aber immer in der Tendenz ihrer Forschung, in dem Endzwecke, den der einsichtsvolle Forscher immer als Leitstern im Auge behält. Die Soziologie strebt immer danach, aus einer bloß historisch untersuchenden und darstellenden zu einer systematischen Wissenschaft zu werden, während die reine Geschichte die getreue und genaue Erfassung des einmaligen Entwicklungsganges der Menschheit als ihren wissenschaftlichen Endzweck betrachten darf.

Wahrscheinlich wird sich die Soziologie in ihrer Methode allmählich immer mehr von der Geschichte entfernen und sich denjenigen Gesetzeswissenschaften annähern, die ohne weitläufige Voruntersuchungen sofort zu Verallgemeinerungen übergehen können und die ihre Schlüsse in rein exakter Weise begründen, z. B. durch zahlenmäßige Feststellungen und Vergleichungen der Tatsachen.



FRANKLIN H. GIDDINGS, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT NEW YORK:

Der gegenwärtige Stand der Soziologie gewährleistet zweifellos den Glauben, daß die sozialen Entwicklungsgesetze aufgedeckt werden können und daß es gelingen wird, die künftige Entwicklung des sozialen Fortschritts zu bestimmen.

2. Die Methoden, mittels deren diese Bestimmung möglich ist, sind induktive (historische und vergleichende), unter Berücksichtigung der schon vorgeschrittenen Systeme der statistischen Untersuchung, insbesondere derjenigen, welche die Häufung von Wiederholungen bestimmter Typen und Formen feststellt. Diese Methoden haben schon äußerst bedeutsame Resultate in der Biologie, Psychologie und Anthropologie ergeben und müssen auch für die Soziologie systematisch ausgestaltet werden.



ALBION W. SMALL, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT CHICAGO:

I. Es scheint mir keine Utopie, zu behaupten, daß die sozialen Entwicklungsgesetze mit genügender Genauigkeit klargelegt werden können, um die künftige Entwicklungslinie der menschlichen Gesellschaft mit Sicherheit vorauszuziehen. Meines Erachtens ist es die Aufgabe der Soziologie, die Gesetze von Ursache und Wirkung des menschlichen Handelns aufzudecken, um 1. die Mittel zu richtiger Bewertung verschiedenartigen Handelns zu erlangen, 2. Programme aufzustellen, die unter Berücksichtigung der so gewonnenen Wertungen jene sozialen Wechselbeziehungen fördern können, die am wertvollsten für die Menschheit erscheinen. Ich glaube, daß die Beschränkung der Soziologie auf diese bescheidenen Forderungen die Achtung vor ihr eher steigert, denn vermindert.

II. Man müßte eine ganze Abhandlung über soziologische Methode niederschreiben, um die zweite Frage zu beantworten. In meinem Werk über soziologische Methodologie habe ich meine Ansicht darüber niedergelegt, welche allgemeinen Vorgänge uns die Unterlage jener Resultate geben dürften, die schließlich glaubhaft sein werden. Die Hauptaufgabe ist, mit den verschiedenen typischen Formen der menschlichen Interessengegensätze vertraut zu werden. Die zweite Aufgabe besteht darin, die Technik des Bestimmens der relativen Kraft und der Gesetze des Kräftespiels in diesen Kämpfen auszubauen. Die dritte Aufgabe ist die Anwendung dieser Technik zur Erklärung der augenblicklichen Lage. Die vierte Aufgabe möchte ich die Entwicklung der Technik sozialer Beobachtung nennen, als eines Teiles der sozialen Pädagogik, die ich für die endgültige Form der Überwachung individueller und kleinerer Gruppen im Interesse der größeren Fortschritte der Gesellschaft halte.



ALFRED FOUILLÉE, MEMBRE DE L'INSTITUT, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT PARIS:

Nur mit zwei Worten kann ich die Fragen, die Sie an mich richten, beantworten. Ich behalte mir vor, sie anderweitig ausführlicher zu behandeln.

1. Darf man erhoffen, die Gesetze nicht nur der Entwicklung (dies ist zu allgemein), sondern die Gesetze der Entwicklung und der Kausalität des

sozialen Lebens aufzufinden? Ich glaube es. Unter den Gesetzen der Kausalität muß man meiner Ansicht nach zunächst die Rückwirkung berücksichtigen, die von der Gesellschaft selbst vermöge ihrer Ideen und Gefühle auf sich ausgeübt wird.

2. Welche Methode muß die Soziologie einschlagen, um zu den genannten Resultaten zu gelangen? Eine soziologische Methode, d. h. eine, die sich ganz speziell an das soziale Moment in den Tatsachen und Gesetzen wendet; die biologische Methode ist nur eine Vorbereitung, die psychologische Methode ist ein unerläßliches Hilfsmittel. Auch hier darf die ursächliche Wirkung der Kollektivideen und Gefühle nicht außer acht gelassen werden, mit einem Worte, jener Ideenkräfte, mit deren Hilfe sich die Gesellschaft zugleich zum Bewußtsein ihrer Realität und ihres Ideals erhebt.



RENÉ WORMS, SECRÉTAIRE GÉNERAL DE L'INSTITUT INTERNATIONAL DE SOCIOLOGIE, DIRECTEUR DE LA REVUE INTERNATIONALE DE SOCIOLOGIE, PARIS:

Sie wünschen zu wissen, ob ich an die künftige Aufhellung der sozialen Gesetze glaube? Dies beweist, daß Ihrer Ansicht nach diese Gesetze gegenwärtig noch nicht festgestellt sind. Ich meinerseits glaube gleich Ihnen, daß die Soziologie noch bei weitem keine vollendete Wissenschaft ist, sie hat noch große Fortschritte zu machen und ein unermeßliches Feld vor sich. Aber ich sehe die Gewähr ihrer künftigen Fortschritte in dem Werk, das sie schon vollbracht hat. Sie reicht höchstens dreiviertel Jahrhunderte zurück bis auf das Werk „Court de philosophie positive“ von Auguste Comte, und doch hat sie schon Gesetze von größter Tragweite entdeckt. Als solche nenne ich das Gesetz von den drei Stadien des Auguste Comte selbst, das Gesetz vom Übergang der ungeordneten Homogenität zur koordinierten Heterogenität des Herbert Spencer und die Gesetze der Nachahmung von Gabriel Tarde, um hier nur die Werke von drei großen Toten zu erwähnen. Es scheint mir sogar, daß man schon heute die allgemeinen Tendenzen der menschlichen Natur kennt, die charakteristischen Züge der hauptsächlichsten sozialen Formen (Entwicklung vom Stadium der Wildheit zur Barbarei und Zivilisation), die Art, wie die hauptsächlichsten Vorgänge des Gemeinschaftslebens sich vollziehen, die Regeln der Entwicklung und Verkettung sozialer Formen. Was noch zu tun bleibt, ist eine Vermehrung der Sonderstudien über konkrete, wichtige und gut gewählte Fälle, ist weiterhin die Herstellung einer Verbindung zwischen diesen Fällen und den allgemeinen Gesetzen durch ein enges Gewebe von Einzelgesetzen, die sogenannten sekundären Gesetze, die nur für eine beschränkte Zeitperiode und beschränkten Raum Gültigkeit haben. Es ist leicht zu erkennen, welche Methode hier erfolgreich sein wird. Die Methode verlangt als Grundlage aufmerksame und systematische Beobachtung der sozialen Gesetze an Einzelvorgängen, die den Volkswirtschaftlern in der Form von Monographien, Enqueten wohl bekannt sind; sie erfordert ferner die Klassifizierung der Tatsachen, die Untersuchung der Ursachen; — die Induktion und erst hiernach die Deduktion. Sie folgt in großen Zügen der Methode der physikalischen Wissenschaften und der Naturwissenschaften, übersieht jedoch in keiner Weise, was Neues und Besonderes im sozialen Leben vorhanden ist, und ersetzt niemals die Beobachtung durch Analogien und Hypothesen. Sie bemüht sich unter allen Umständen, sich auf die wirklichen Tatsachen zu stützen.



MELCHIOR PALÁGYI, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT KOLOZSVÁR:

Die verhältnismäßig junge Wissenschaft der Soziologie befindet sich trotz so mancher geistreicher und bedeutsamer Versuche in einem Zustande der Gärung, von wo sie noch immer nicht zur Feststellung ihres eigentümlichen Gegenstandes und ihrer eigentümlichen Methode durchzudringen vermochte. Solange ihre ausgezeichnetesten Vertreter vornehmlich und einseitig darauf ausgehen werden, Analogien oder Parallelen zwischen einem Organismus und der menschlichen Gesellschaft aufzudecken, besteht immer die Gefahr, daß die Begriffe einer Gesellschaft und eines Organismus miteinander verwechselt werden und der spezifische Gegenstand der soziologischen Forschung völlig verkannt wird. Es gibt meiner Auffassung nach eine eigentümliche Klasse von Beziehungen bezw. Tatsachen, die weder psychologischen, noch biologischen Charakter hat, sondern als interpsychisch und intervital (oder interbiologisch) bezeichnet werden und in dieser ihrer unvergleichlichen Eigentümlichkeit erfaßt werden muß, damit eine eigentliche Wissenschaft von der Gesellschaft zustande komme, die alsdann auch fähig sein wird die spezifischsozialen, d. i. die interpsychischen und intervitalen Gesetze der menschlichen Gesellschaft aufzudecken. Die Methoden, welche die Soziologie hierbei in Anspruch nehmen muß, sind sowohl naturwissenschaftlicher als auch geisteswissenschaftlicher Art, bezw. eine spezifische Verbindung und Vereinheitlichung beider Grundmethoden der menschlichen Forschung.



FERDINAND TÖNNIES, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT KIEL:

I. Die Frage kann füglich in die leichtere Frage übersetzt werden: ist eine solche Entdeckung selber in der Entwicklung begriffen? Können wir die Erkenntnis dieser Dinge in ihrem Wachstum beobachten? Wir werden so dem für den bestimmten gegenwärtigen Zeitpunkt schwerlich feststellbaren „Stande soziologischer Forschungen" am ehesten gerecht werden.

Ich bejahe aber diese Fragen, behaupte also, daß Sie wirklich diese Erkenntnisse in ihrem Wachstum beobachten können.

Die allgemeine Ansicht, daß Kultur im Laufe einer Zeit, die — verglichen etwa mit der Dauer des Weltkörpers, den wir bewohnen — nur eine kurze Spanne bedeutet, geworden sei, war schon dem 18. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, geläufig. Sie ist für wissenschaftliches Denken, das keine Wunder und Fabeln gelten läßt, schlechthin notwendig. Auch ist schon damals bemerkt und betont worden, daß das Werden der Kultur wesentlich bedingt ist durch 1. Arbeit, und zwar Kooperation, 2. durch Austausch der Arbeitsprodukte. Ungefähr zu gleicher Zeit definierte Benjamin Franklin den Menschen als das Werkzeug machende Tier und erblickte Adam Smith einen „der menschlichen Natur eigenen" Hang zum Tauschen und Auswechseln (to truck, to barter, and exchange one thing for another) für die Ursache der Teilung der Arbeit und diese für die Quelle alles Fortschrittes (advancement). In rohem Zusammenhange mit Betrachtungen dieser Art stehen andere Erkenntnisse, vor allem

wird die Bedeutung gewürdigt, die den Nahrungsmitteln, ihrer Menge und Qualität, und die der Dichtigkeit der Bevölkerung zugeschrieben werden muß. Sie befördern einander gegenseitig: Wachstum der Volksmenge drängt zum Aufsuchen und Schaffen neuer, vermehrter verbesserter Nahrungswege — der üppigere Boden und jede Erleichterung der Nahrung ermutigt zur Fortpflanzung, vermindert die Sterblichkeit, zieht Fremde nach den begünstigten Plätzen. In diesen Beziehungen verhält sich der Ackerbau zu den früheren mehr okkupatorischen Lebensweisen — die von ihm zurückgedrängt, aber teilweise auch ihm angegliedert werden — ebenso wie zum Ackerbau das Handwerk, die Vermehrung des Handels, der Schiffahrt und des Landverkehrs. Das Zusammenwohnen in Dörfern wird durch den unmittelbaren Erwerb der Nahrungsmittel, daher besonders durch den Ackerbau ebenso begünstigt, wie das Zusammenwohnen in Städten durch Künste, Handel, Verkehr. An diese schließt die eigentliche Bildung, die vom Bürger (civis) Zivilisation heißt, sich an; d. h. es gesellt sich zur Tradition Pietät und Treue, die das Leben in den einmal festgelegten Formen fortsetzt, ein Prinzip der Neuerung, des zweckmäßigen Denkens, der Umwälzung. —Bis hierher und in manche Folgerungen, die daraus gewonnen wurden, hatte, wie gesagt, schon vor etwa hundert Jahren die Philosophie der Geschichte geführt. In Schillers Distichen „Der Spaziergang" hat sie eine poetische Gestaltung erfahren. — Im 19. Jahrhundert erfolgte eine Restauration religiöser und theologischer Lehrmeinungen durch die romantische Schule und zum Teil durch die mit ihr vielfach sich berührende spekulative Philosophie. Aber eine dauernde Verdunkelung der wissenschaftlichen Erkenntnis ist nicht erreicht worden, vielmehr hat diese auch unter den ihr entgegengerichteten Einflüssen sich entwickelt. Der Ansicht, daß die Menschen aus rohen, tierischen Zuständen sich erhoben haben, kam die biologische Abstammungslehre mächtig zur Hülfe. Jene Erkenntnis aber ist in sich selber erweitert und vertieft worden. Sie hat gewonnen a) durch die prähistorischen (in Frankreich archäologisch genannten) Forschungen, die uns den Menschen vor der Zeit der Metalle und den Fortschritt von Steinwerkzeugen zu kupfernen und bronzenen, endlich zu eisernen Geräten und Waffen kennen gelehrt haben; b) durch das Studium der älteren Formen des Eigentums, insonderheit des Eigentums am Grund und Boden. Es ist zu fast allgemeiner Anerkennung gelangt, daß bis in späte Kulturzeitalter kommunistische Arten des Besitzes und der Wirtschaft normal gewesen sind und mit der Entwicklung des Privateigentums bis zu gewissen Grenzen sich wohl vertragen haben; c) durch die tiefere Einsicht in die grundlegenden und verändernden Wirkungen der Technik und ihrer Verbesserungen auf alle Gebiete des sozialen Lebens: auf Kriegführung und Handel, auf Industrie und Ackerbau. Das 19. Jahrhundert hat gerade in dieser Hinsicht so gewaltige Umwälzungen gesehen, daß dadurch auch für frühere unscheinbarere Wirkungen die Augen geöffnet werden mußten; d) durch Erforschung der frühen Gestalten der Ehe und der Familie, der darauf sich beziehenden Rechtssitten und moralischen Anschauungen: hier ist freilich vieles, namentlich die Fragen des Mutterrechts und der Gynäkokratie, überhaupt die soziale Position der Frauen in verschiedenen Phasen der Entwicklung noch zweifelhaft und angefochten geblieben, wie auch der Streit, ob uranfänglich dauerndes Zusammenleben der Menschen in Einzelpaaren anzunehmen sei, noch nicht endgültig entschieden ist; e) durch die Entdeckung — so darf man hier wohl sagen — der Gens oder der Klans, der

Geschlechtsgenossenschaft, als der aller höheren Kultur vorausgehenden, aber tief in sie hineinreichenden, stark organisierten Gruppe, auf wirklicher oder (bald auch) auf fingierter Blutnähe beruhend, ihre Mitglieder durch Verehrung eines gemeinsamen Ahnherrn verbunden, zu gegenseitiger Hülfe und Rache verpflichtet, in der Regel nicht zur Verheiratung miteinander zugelassen (das Gebot der Exogamie). Man kannte längst die große politische und kultliche Bedeutung des Genos oder der Gens und der gleichartigen weiteren Verbände, bei Griechen und Römern; aber man hielt sie für wesentlich „künstliche" Vereine von Familien. Erst neuerdings erschlossen wurde ihre Allgemeinheit und ihre naturwüchsige Ursprünglichkeit, wodurch sie der Einzelfamilie an Alter überlegen, also vorausgehend, erscheinen. Ferner ist mit ziemlich großer Sicherheit die frühere Ordnung der Mutterfolge in den Gens, festgestellt worden, und der Übergang zum Patriarchalismus läßt sich noch bei unzivilisierten Völkerschaften beobachten; f) Es ist ferner als die erste große Epoche in der sozialen Entwicklungsgeschichte die Ersetzung der konsanguinischen durch die territoriale und lokale Basis der Organisation erkannt worden, die sich als definitive Konsequenz der festen Siedelung und also des Ackerbaus darstellt; g) verstärkt und vertieft hat sich auch die Erkenntnis der Einflüsse, die Kampf und Krieg auf die gesamte Entwicklung gehabt haben. Die universale biologische Formel des Kampfes ums Dasein (struggle for existence) hat dazu mächtig beigetragen. Nicht nur blutige Schlachten, Feldzüge, Eroberungen, sondern auch Wettstreit und Konkurrenz, Meinungskämpfe und Debatten wirken fortwährend in dem Sinne, daß das jedesmal stärkere Element — freilich keineswegs immer das bessere oder für die gesamte Evolution günstigere — siegreich wird und wächst auf Kosten des unterliegenden. Im Zusammenhange mit diesen Erwägungen steht aber h) die Kritik der empirischen Kultur, ihres Charakters und Wertes, ihrer Vernunft und Zweckmäßigkeit; schon in Rousseau hatte diese Kritik einen wissenschaftlich denkenden Vertreter gefunden, durch die Autoren der Romantik war sie mit Leidenschaft zugunsten der alten Kirche und der älteren Lebensformen einer schon hoch entwickelten Kultur ausgebaut worden. Aber die Soziologen, an ihrer Spitze A. Comte und H. Spencer, haben versucht, die Gedanken jener Kritik aus der Rhetorik und Schwärmerei in das helle Licht einer objektiven Erkenntnis zu erheben. Diese beiden Häupter, sonst in der Richtung ihres Denkens weit auseinandergehend, stimmen darin überein, daß sie erwarten, eine wesentlich friedliche Kultur werde der bisherigen wesentlich kriegerischen Kultur folgen, wie sie schon begonnen habe, sich zu entwickeln. Aber teils zur Ergänzung, teils zur Widerlegung dieser Ansicht dient ein sehr wichtiges Element des heutigen soziologischen Denkens: i) die Analyse der kapitalistischen Produktions- und Austauschweise, von der aus die gesamte Geschichte, besonders aber die der großen Umwälzungen, von denen die letzten vier Jahrhunderte, vor allem das 19. Jahrhundert erfüllt sind, in einem neuen Lichte erscheinen. Und so verbindet sich damit k) die Theorie der Geschichte, die sich selber die materialistische nennt, obgleich sie mit dem naturwissenschaftlich-metaphysischen Materialismus nichts zu tun hat. Sie würde besser die voluntaristische heißen, in dem Sinn, wie sich die moderne Psychologie so nennt. Denn sie beruht in der Wahrheit, daß in der menschlichen Seele die elementaren Lebenstriebe zur Ernährung und zur Fortpflanzung die Bedeutung der Wur-

zeln oder (wenn man lieber will) des Stammes haben, woraus die bunte Fülle des geistigen Lebens wie eine Laubkrone hervorgeht. So verstanden ist die Lehre weniger schlechthin neu als richtig und wichtig. Alles, was ihr zufällig anhaftet, die von Marx angewandten Formeln und dergleichen, ist unwesentlich, der Streit darüber müßig. Daß das geistige Leben selber ein gewaltiger Faktor der Entwicklung ist, versteht sich von selbst. In ihm drückt ja eben das sich aus, was wir die „Blüte" der Kultur nennen; Blüte ist Organ der Fortpflanzung, also der generischen Erhaltung. In die Zusammenhänge der verschiedenen Seiten des Kulturlebens führt uns die Sozialstatistik, und ihre, wenn auch stark gehemmten Fortschritte im 19. Jahrhundert haben bedeutend dahin gewirkt, die Determination des menschlichen Wollens gleichsam handgreiflich zu machen und zu erweiterter Anerkennung zu bringen. Durch statistische Studien vorzugsweise angeregt, hat ein ausgezeichneter französischer Soziologe, J. Tarde, die große Bedeutung der Nachahmung für das geistige und sittliche Leben in ein helles, ja blendendes Licht gestellt. — Zum Schlusse möge noch des Einflusses gedacht werden, den ohne Zweifel in einigem Maße die angeborenen und ererbten Eigenschaften der Rasse, und den folglich die Rassemischungen auf die Entwicklung einer Kultur ausüben. Dies ist ein bedeutendes, aber in der Tat noch sehr wenig aufgeklärtes Moment, noch vielfach mißbraucht durch phantastische und tendenziöse Romantik. Um zu resümieren, so dürfen wir mit einiger Sicherheit sagen, daß der Embryo konzipiert und im Prozesse der Reifung ist, der bestimmt ist, als Wissenschaft der Kausalbeziehungen und Entwicklungsgesetze des sozialen Lebens das Licht der Welt zu erblicken. Die Soziologie ist „en marche", wenn auch noch im Mutterschoße. Helfen wir sie entbinden, so wird sie bald das Gehen erlernen!

II. Durch welche Methode? nicht durch eine Methode, sondern durch die Gesamtheit der Methoden, die überhaupt wissenschaftliches Denken und Erkennen fördern. Die Soziologie bedarf zunächst der logischen Fundierung. d. h. der kritischen Bearbeitung ihrer Begriffe; und diese ist bis jetzt noch sehr mangelhaft; was dafür getan worden ist, z. B. durch den Berichterstatter, ist nicht verstanden oder totgeschwiegen worden. Sie bedarf der deduktiven Methode, um im Anschlusse an die begriffliche Substruktion die möglichen und wahrscheinlichen Wirkungen suggerierter Ursachen in reinen Schematen darzustellen (zu konstruieren). In diesem Sinne hat der „historische Materialismus" sich selber als eine Methode, d. h. als einen Leitfaden der Forschung vorgestellt, und mit gutem Grunde, denn die Wirkungen bestimmter ökonomischer Zustände und Veränderungen sind so mannigfach wie tiefgehend, und viele davon lassen sich mit einem starken Grade von Gewißheit voraus (a priori) bestimmen. Die Soziologie bedarf aber ferner, und für ihre eigentlichen Zwecke, wie jede Naturwissenschaft, der Sammlung und Klassifikation aller für sie wichtigen Tatsachen, also der systematischen Beobachtung, und, soweit in diesen Gebieten anwendbar, des planmäßigen Versuches (Experimentes), kurz der induktiven Methode. Eben darum muß das größte Gewicht gelegt werden auf die Erkenntnisse, die durch die Statistik gewonnen werden. Statistik im modernen Sinne ist nichts als die auf exakte Maßstäbe gebrachte Induktion, wenn auch fortwährend der Begriff einer besonderen Wissenschaft, die besser Demographie oder Ethologie genannt wird, damit konkurriert. Als solche ist sie ein sehr wichtiger Zweig der Soziologie, in ihrer Anwendung auf Be-

schreibung und Erklärung präsenter oder periodisch wiederkehrender Erscheinungen des sozialen Lebens. Freilich ist dies ein eigentümliches und besonderes Gebiet. Es unterliegt auch dem, was ich einerseits als biologische, andererseits als psychologische Ansicht des menschlichen Zusammenlebens bezeichne, als die eigentlich soziologische. Aber diese Ansichten sind so eng miteinander verwoben, daß die Soziologie jene beiden früheren in sich aufnehmen und digerieren muß, wie sich schon in der Bevölkerungslehre an dem Punkte zeigt, wo ein so rein biologisches aber psychologisch bedingtes Phänomen wie die Geburten in Verbindung gebracht wird mit der Sozialinstitution der Ehe und mit den Eheschließungen, das ist mit Akten, die nur durch soziologische Begriffe verstanden werden müssen. Nur die immer tiefer dringende, immer genauer werdende Beobachtung und Auslegung des gegenwärtigen sozialen Lebens wird uns das vergangene verstehen lehren und eine Prognose des Zukünftigen wagen lassen. Dies Studium muß sich mit gleichem Eifer der Sitten und Lebensgewohnheiten der „wilden" wie der Kulturvölker bemächtigen.



RUDOLF STAMMLER, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT HALLE A. S.:

Wenn das Wort Soziologie die Lehre von der Gesellschaft in ihrer Eigenart bedeuten soll, so gehört diese als Bestandteil zu der Wissenschaft von den menschlichen Zwecken und nicht zu der von den Wahrnehmungen der äußeren Naturerscheinungen.

Die grundlegende Methode für eine wissenschaftliche Aufhellung des sozialen Daseins der Menschen vermag daher nur in der systematischen Durchdringung des menschlichen Zusammenwirkens im Sinne von Mittel und Zweck zu bestehen. Neben dem gesetzmäßigen Erkennen der äußeren Natur steht das gesetzmäßige Richten und Bestimmen der Zwecke. Die soziale Geschichte ist eine Geschichte von Zwecken.

Kausalbeziehungen und Entwicklungsgesetze im Sinne der Naturwissenschaft können also in der Sozialwissenschaft nur hilfsweise in Frage kommen, insoweit, als sie die Erwägung nach der Entstehung sozialer Zwecke und Mittel aufnehmen. Derartige Forschungen liegen innerhalb der Grenzen möglicher Erfahrung. Bis jetzt haben jedoch die ihnen entsprechenden Bemühungen noch keine Ergebnisse von exakt begründetem Werte gezeitigt; und da hier das Eingreifen von Mathematik und Experiment fast völlig versagt, so eröffnet sich in der genannten Richtung nur ein wenig weittragender Ausblick.



KURT BREYSIG, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BERLIN:

Die Gesellschaftslehre ist eine Wissenschaft, deren Vergangenheit noch sehr wenig, deren Zukunft alles bedeutet. Aller Leistung Comtes und Spencers zum Trotz ist bisher wenig mehr gelungen, als die Aufstellung einer schwer übersehbaren Fülle von Fragen, auf deren wenigste man Antwort zu finden

gewußt hat. Kaum daß Amt und Befugnisbezirk dieses noch immer um sein Dasein kämpfenden Forschungszweiges unzweifelhaft festgestellt sind. Trotzdem ist der Gesellschaftslehre im Bereich der Wissenschaften von Staat und Recht, Wirtschaft und Sitte nach Verlauf einiger Jahrzehnte eine Herrenstellung sicher, nur der vergleichbar, die der Biologie im Bezirk der organischen Naturforschung, d. h. der Tier- und Pflanzenlehre, der Kunde vom Leib und den Rassen des Menschen — Anatomie, Physiologie, Anthropologie — schon zugefallen ist oder noch zufallen wird, oder der, die der Physik von den organischen Naturwissenschaften, der Chemie, der Sternkunde, der Erdgeschichte, der Mineralien-, der Wetterlehre und aller Erdkunde bereits heute zugestanden wird. Die Gesellschaftslehre hat als die Wissenschaft von dem Verhalten der Menschen untereinander diesen Anspruch. Dabei ist belanglos, daß nach den Regeln unvermeidlicher Arbeitsteilung Rechts-, Staats- und Wirtschaftslehre seit langem eine eigene Ausbildung erfahren haben. Die junge Mutter wird diesen ihren viel älteren Töchtern ihr bisheriges Forschungsgebiet überlassen müssen und dürfen, ohne darauf zu verzichten, alle ihr dienlichen Ergebnisse von ihnen zu übernehmen, und ihnen ihrerseits Fragen zu stellen und später gar Regeln aufzuerlegen.

Die Aussichten der Gesellschaftslehre können recht nur dann erwogen werden, wenn zuvor die maßlosen Gebietserweiterungen, die man ihr hat zumuten wollen, abgewiesen werden. Man wird ihr nicht mit Herbert Spencer auch die Erkenntnis geistiger Äußerungen, etwa des Glaubens oder der Kunst aufbürden dürfen. Denn die Gesellschaftslehre wird zwar verpflichtet sein, den gesellschaftsseelischen Kern in allem Glauben, Bilden, Denken zu erkennen, aber sie würde in Gefahr geraten, eine Zusammenfassung aller Geisteswissenschaften darzustellen, wollte sie auch das geistige Leben der Menschheit als den Gegenstand ihrer Forschung ansehen. Es ist allerdings eine der auffälligsten Lücken in dem Aufbau unserer Wissenschaften, daß es an einem Forschungszweige fehlt, der sich in gleichem Sinne die Übersicht und Oberherrschaft über die einzelnen Wissenschaften vom geistigen Leben der Menschheit, über Glaubens-, Kunst-, Wissenschafts-, Sprachlehre zu erringen trachtet, wie es der Ehrgeiz der Gesellschaftslehre gegenüber den Einzelgattungen der Erforschung des handelnden Lebens ist. Denn die Erkenntnistheorie der Philosophen hat sich mit derlei Aufgaben nicht befaßt, noch auch dazu Anlaß gehabt; eine Lehre vom Geiste, vom glaubenden, bildenden, denkenden Geiste als Formenlehre des geistigen Schaffens und zugleich als Seelenkunde des Glaubensbildners, des Künstlers, des Forschers gedacht, aber als Einheit begriffen, ist noch nicht geboren. Der Gesellschaftslehre aber würde es nicht fruchten, sondern sie überlasten und ihr besonderes Gepräge in Frage stellen, wollte sie sich auch dies Amt noch anmaßen. Dagegen mag einer glücklicheren Zukunft die Aufgabe zuwachsen, diese geplante Geisteslehre mit unserer Gesellschaftslehre zu einer höheren Einheit zu verbinden, zu einer Wissenschaft vom Menschen als handelnden und geistigen Wesens, sowie vermutlich Biologie und Physik noch einmal von einer Naturlehre höchsten Ranges, einer Bewegungslehre etwa überdacht und geeint werden werden, sowie endlich auch jene Geistes-, diese Naturlehre in eine höchste Verbindung gebracht werden werden, die im Unterschiede von allen Philosophien ein Werk zwar bauender, aber von unten her, vom festen Boden der Wissenschaft her bauender Forschung sein wird.

Die so eingegrenzte Gesellschaftslehre bedarf gleichwohl noch einer zweiten Einschränkung, ebenfalls im Widerspruch zu Herbert Spencer:

Gesellschaftslehre ist nicht Gesellschaftsgeschichte. Die Aufdeckung der Entwicklungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens, nach deren Aussichten die hier zur Beantwortung stehende Umfrage sich erkundigt, wird deshalb, wie ich glaube, nicht der Gesellschaftslehre, sondern der Geschichtsphilosophie oder, wie ich sie einfacher, nicht anspruchsloser nennen möchte, der Geschichtslehre zufallen. Denn da es sich hier um ein Werden und um ein Überblicken langer Ereignisverkettungen handelt, so kann der Geschichtsforschung als der Wissenschaft vom Werden der menschlichen Dinge hier die Zuständigkeit nicht abgesprochen werden. Daß die Gesellschaftslehre sich dieser Fragen annahm, ist überhaupt nur daraus zu erklären, daß die Geschichtsforschung bis in die jüngste Vergangenheit in williger Hingabe an ihre lediglich darstellenden Aufgaben sich dieser Verpflichtung ganz entzogen hat, abgesehen von Buckles und einiger anderer mißglückten Versuchen. Sobald aber die entwickelnde Geschichtsauffassung, die heute in Deutschland fast alle Zweige der Kulturgeschichte, insbesondere Verfassungs- und Rechts-, Wirtschafts- und Kunstgeschichte erobert hat, die nur innerhalb der eigentlichen, der sogenannten politischen Geschichte die beschreibende Richtung noch nicht hat verdrängen können, ihrer selbst bewußt wurde, hat sie sich auch wieder auf dies letzte Ziel besonnen.

Zuletzt entscheidet nicht der Name über die Sache: die Geschichtslehre, wie ich sie verstehe, d. h. die Mechanik, die Kinematik, die Bewegungs-, die Entwicklungslehre des geschichtlichen Prozesses, die ich für eine Schwester der Gesellschaftslehre halte und als eine letzte höchste Form der Geschichtsforschung verwirklicht sehen möchte, mag anderen als ein Teil der Gesellschaftslehre gelten. In jedem Falle bin ich der Meinung, daß bei angestrengter Arbeit und falls man den wenigen auf diesem Wege vorwärts gehenden Forschern nicht auch noch den letzten Rest äußerer Ermöglichung ihres Wirkens entzieht, schon der heut lebenden Generation möglich sein wird, Entwicklungsgesetze wie des geistigen, so noch eher des gesellschaftlichen Lebens der Völker aufzudecken. Freilich bin ich in diesem Punkt durchaus Partei, denn das Büchlein: „Der Stufenbau und die Gesetze der Weltgeschichte", das ich 1905 herausgab, stellt einen ersten Versuch in dieser Richtung vorzudringen dar. Allein dieser Versuch, wenngleich er, mehr um die Erreichbarkeit des Zieles zu zeigen, als um seine Erreichung vorzuspiegeln, sogar Gesetze der Geschichte und vornehmlich der Gesellschaftsgeschichte aufstellte, will nur als ein Vorläufer endgültigerer Arbeiten gelten, deren Anfang ich im vergangenen Jahre in Gestalt des ersten Bandes einer Geschichte der Menschheit vorgelegt habe.

Den Weg, den ich zur Erreichung dieses Zieles der Erkenntnis der Entwicklungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens für den geeigneten halte, kann ich nicht besser beschreiben, als indem ich den Plan dieses größeren Werkes entwickle. Es soll ganz geschichtlich, ganz entwicklungsgeschichtlich vorgehen, es will einen Bau der Menschheitsgeschichte aufrichten, aber dies soll geschehen mit jeder erdenklichen Vorsicht und in einem ganz empirischen, ganz induktiven Sinne. Die Völker sind nicht nach der Chronologie, noch nach den Erdteilen geordnet, sondern nach Entwicklungsstufen, nach Lebensaltern der Menschheit. Zunächst ist die Urzeit, die Kindheit der Völker nach den Ordnungen ihrer gesellschaftlichen, den Formen ihres geistigen Lebens in Angriff genommen, also das Lieblingsfeld der bisherigen Gesellschaftslehre, namentlich Spencers. Aber ich glaube einen Fehler der bisherigen Behandlungsweise zu vermeiden, indem ich nicht ein Gesamtbild

der lebenden Urzeitvölker, wie ich sie nenne, der Naturvölker also oder der Wilden, wie man sie gewöhnlich bezeichnet, entwerfe, sondern von Rasse zu Rasse und sogar von Völkerfamilie zu Völkerfamilie fortschreite. Der erste und der in diesem Jahre auszugebende zweite Band behandeln allein die Urzeitvölker Amerikas in erdenklich genauer Wiedergabe und häufig in ganz spezialistischer Fortbildung der völkerkundlichen Forschung. Aber auch so wird das wirre Durcheinanderwerfen entwicklungsgeschichtlich ganz ungleichwertiger Einzeltatsachen vermieden, wie es noch das jüngste Werk Spencerscher Richtung, Westermarcks Origin and Development of Moral Ideas bei allen sonstigen Verdiensten aufweist. Und nur wenn Stein auf Stein, Stufe auf Stufe der Menschheitsentwicklung getürmt wird, kann schließlich, freilich erst nach jahrzehntelangem Mühen, Richtung und Mechanik dieser Entwicklung erkannt werden.

Der eigentlichen Gesellschaftslehre bleibt auch nach Abzug einer solchen Geschichtslehre ein ungeheures Feld der Betätigung. Wenngleich ich ihr bisher auch in Vorlesungen und in skizzenhaften Veröffentlichungen — so in dem ersten systematischen Bande einer Kulturgeschichte der Neuzeit von 1900 — habe dienen können, will ich auch für sie Grenzen und Arbeitsweisen so andeuten, wie sie mir vorschweben. Die Gesellschaftslehre dieses engeren und eigentlichen Sinnes soll zunächst eine Formenlehre aller menschlichen Gesellschaftsgebilde darbieten, d. h. sie soll eine Morphologie der Vereinigungen von Menschen aufstellen. Sie wird dabei von den festesten und stärksten Einungen, von Staat und Familie, Stand und Klasse auszugehen haben, aber bis zu den lockersten und flüchtigsten Bildungen geistigen Lebens, bis zu den Schulen der Künstler und Forscher, ja bis zu den geselligen Vereinen vordringen müssen. Sie wird weiter eine Mechanik der gesellschaftlichen Gebilde herstellen müssen, eine Lehre von der Ausdehnung und Festigkeit, von der Anziehung und Abstoßung, von den Mitteln der Zusammenschließung und Auflockerung der Gesellschaftskörper und so fort, kurz: eine Lehre von den Bewegungsvorgängen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaften. Sie wird endlich eine Seelenkunde des gesellschaftlichen Lebens schaffen müssen: eine Lehre von den gesellschaftlichen Triebkräften, von Persönlichkeitsdrang und Gemeinschaftstrieb, von Herrschaft und Unterordnung, von Ichstrieb und Hingabetrieb, von Neuerung und Nachahmung — dies im Sinne des allzufrüh uns entrissenen, teuren, tiefen Gabriel Tarde — von Abstufung und Ausgleichung und so fort, eine Lehre, die zugleich die einzelseelischen Wurzeln der gesellschaftlichen Gebilde ausgräbt und das gesellschaftliche Atom, den einzelnen erforscht, eine Lehre von der Persönlichkeit gibt. Dies alles darf nicht unternommen werden als ein geistreiches Jongleurspiel, als eine logische Belustigung des Verstandes vermittelst eines möglichst geringfügigen Erfahrungsstoffes und mit Hilfe eines möglichst scheidelustigen und dann wieder möglichst willkürlichen konstruktionsfreudigen Begriffsvermögens, sondern auf dem Grund der weitesten und breitesten erfahrungswissenschaftlichen Unterlagen und mit der bauenden Kraft derer, die nicht zersetzen, sondern gestalten wollen, die in der Wissenschaft auch dem Leben dienen und, wenn ihre Kraft ausreicht, seinem Wachstum neue Richtung geben wollen. Die Unterlagen werden einmal geschichtliche, völkerkundliche sein müssen: keine Formenlehre, keine Mechanik, keine Seelenkunde der Gesellschaft wird vollständig sein ohne die Kenntnis aller Stufen, aller Lebensalter, auch der kindlichsten, frühesten der Menschheit. Zum zweiten wird es einer umfassenden Erforschung des gegenwärtigen, blühenden

Lebens bedürfen, wobei an Statistik für die gröberen, an eindringliche Seelenkunde für alle feineren, zarteren Vorgänge zu denken ist. Für dieses zweite Mittel wird die Wissenschaft der Beihilfe der Dichter nicht entbehren können, deren Lebensseelenkunde so viel größere Erfolge aufzuweisen hat als sie selbst, noch weniger aber des bohrendsten Werkzeuges dieser Forschung: der geschärften Selbstbeobachtung.

Wie aber sollte es einer Wissenschaft an Zukunft, ja an Aussicht auf sicheren Erfolg fehlen, die so weite Bahnen, so gewisse Ziele vor sich sieht. Und zudem besitzt sie einen Adelsbrief, den keine andere Art und Gattung der Wissenschaft aufzuweisen hat: die Gesellschaftslehre ist nicht allein, wie jede andere Forschung, Beobachtung des Lebens, sondern zugleich ein Mittel der Leitung, der Regelung, der Prägung des Lebens. Sie ist ein Ereignis nicht der Wissenschaftsgeschichte allein, nein auch des Handelns der Menschheit selbst. Die Gesellschaftslehre ist die Selbstbesinnung unseres Geschlechts auf Lauf und Ziel seiner eigenen Entwicklung, derselben Entwicklung, die seit Anbeginn sich vollzogen hat, aber als ein Unbewußtes, als das Walten einer dumpfen Naturgewalt. Die Gesellschaftslehre ist der erste Versuch der Menschheit, fortan Richtung und Weg dieser Entwicklung selbst zu bestimmen!



## LESTER WARD, PROF. AN DER UNIVERSITÄT WASHINGTON:

Die Soziologie hat nicht nur die Gesetze der Gesellschaft entdeckt, sondern auch die Prinzipien, auf denen soziale Vorgänge sich aufbauen. Sie ist sogar weitergegangen als die Physik, welche zwar das Gesetz der Schwere entdeckt hat, nicht aber seine Ursachen oder seine Begründung. Die Soziologie hat nicht nur das Gesetz der sozialen Entwicklung festgestellt, sondern auch die Grundsätze, die dieses Gesetz erklären und ihm als Unterlage dienen. Genau so wie bezüglich der Biologie sich niemand mit dem Gesetz der organischen Entwicklung, so wie es Goethe und Lamarck zuerst verkündeten, zufrieden gab, ehe das Gesetz der natürlichen Auslese entdeckt war, durch welches die Entwicklung des Gesetzes erklärt erschien, so war es in der Soziologie nicht genug, das Gesetz der sozialen Evolution zu formulieren; mochte dies auch noch so klar geschehen, der nächste Schritt mußte die Aufhellung der soziologischen Homologie natürlicher Auslese sein, durch die der soziale Werdeprozeß erklärt wird. Dieses Prinzip ist nicht dasselbe, wie das der natürlichen Auslese, aber es dient demselben Zweck. Es gleicht dem letzten auch insofern, als es aus dem Daseinskampfe erwächst, eine Folge desselben ist. Aber es besteht nicht in der Auslese durch Vererbung der erfolgreichen Elemente in diesem Kampf, sondern aus der endlichen Vereinigung der entgegengesetzten Elemente, ihrer Verschmelzung und Assimilation. So werden nach und nach immer höhere soziale Strukturen durch einen Vorgang natürlicher Synthese gebildet, und die Gesellschaft schreitet von Stufe zu Stufe. Die kämpfenden Gruppen flößen sich gegenseitig die kräftigsten Eigenschaften jeder einzelnen ein, sie kreuzen alle Erbqualitäten, verdoppeln ihre soziale Wirksamkeit bei jeder solchen Kreuzung und erheben so jedes Produkt auf ein höheres Existenzniveau. Es ist ein Vorgang befruchtender Kreuzung von Kulturen.



# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS
## VON PROF·DR·RODOLPHE BRODA·PARIS

## III. MÖGLICHKEITEN SOZIALER WISSENSCHAFT.

DAS 19. Jahrhundert hat dem folgenden ein großes Erbe und eine große Aufgabe hinterlassen. Die gewaltigen Erfolge der Naturwissenschaft, die Aufdeckung der Entwicklungsgesetze in der Welt, die zum Menschen hinanführt, sind dieses Erbe. Die Kausalbeziehungen und Entwicklungsgesetze im Leben der Menschheit selbst klarzustellen, dies ungelöste Problem ging von ihm auf das 20. Jahrhundert als bedeutsamste wissenschaftliche Aufgabe über.

Dem nüchtern und vorurteilslos forschenden Geiste muß dieses Problem, glaube ich, als unmittelbar ans vorhergehende angrenzend erscheinen.

Darwin hat uns gezeigt, wie eine Tiergattung sich aus der andern entwickelt, wie die Formen des Lebens in stetem Fortschritt sich entfalten, wie ein großes Gesetz all die unendlich vielgestalten Erscheinungen des Tier- und Pflanzenlebens beherrscht.

Eben solch ein Gesetz, so liegt es nahe, per Analogie zu schließen, müßten wir auch für die überorganische Sphäre, für die Tatsachen des menschheitlichen Lebens, für die Entwicklung der sozialen Gebilde finden.

Und doch gibt es manch scheinbare und manch wirkliche Schwierigkeiten und Unterschiede. Zunächst sind wir selbst es und die Formen unsers eigenen Gemeinschaftslebens, welche Gegenstand der Beobachtung sein sollen. Das macht es uns schwerer, den richtigen Abstand und die notwendige rein objektive, vorurteilslose Betrachtungsweise zu gewinnen. Auch mag ein letzter Rest des Väterglaubens an einen freien, gesetzlos schaltenden Willen der Menschen, der all unsere Geschicke lenke, in uns fortleben und uns im Versuch, das Seelen- und Willensleben und damit auch die tatsächliche Entwicklung der Menschheitsgeschicke zu ergründen, zögern machen.

Aber all dies sind Gespenster, die vor dem klaren Blicke fliehen. Und gerade der Umstand, daß es unsere eigenen Schicksale sind, deren Gesetzmäßigkeit wir zu untersuchen haben, gibt dem Problemenkreise eine um so größere Wichtigkeit, ein um so leidenschaftlicheres Interesse. Denn wir dürfen hoffen, unsere eigene Umwelt, die Eigenart all der sozialen Institutionen, deren wir uns bedienen, all die Gefahren und die Möglichkeiten sozialer Entwicklung, die vor uns liegen, vermöge der Ergebnisse der neuen sozialen Wissenschaft klar zu begreifen. Erst durch sie werden wir in all unserm sozialen Denken und Tun festen Boden unter den Füßen gewinnen, aufhören, Kinder zu sein, die sich von all dem Neuen, das sie erleben, überraschen lassen, einen Überblick über all die Zusammenhänge zwischen den scheinbar heterogensten Erscheinungen und Problemen des kulturellen Lebens erlangen und aus der Erkenntnis der Richtungslinien des sozialen Fortschritts heraus unsere eigene Stellungnahme zu bestimmen vermögen. Und als leuchtendes Endziel mögen wir selbst davon träumen, die künftige Ent-

wicklung unserer Gattung vorausschauen zu können, gleichwwie die Astronomie Bewegungen und Entwicklungen der Sternwelt schon heute vorausberechnet.

Nur ein Moment ist es, welches tatsächlich der sozialen Forschung unvergleichlich größere Schwierigkeiten bereitet, als die älteren Disziplinen kannten, die sich mit den Entwicklungsgesetzen der anorganischen Welt und des Tier- und Pflanzenlebens befassen: die unvergleichlich größere Differenzierung der sozialen Erscheinungen, die unendliche Mannigfaltigkeit der sozialen Gemeinschaften und Institutionen, der Bildungen in Wirtschaft und Staat, der Ideen, Kunstformen und Religionen. Aber sofort erkennen wir, daß hier keineswegs eine Denkunmöglichkeit der Forschung vorliegt, sondern eben nur eine kompliziertere Forschungsmaterie, eine graduell bedeutsamere Schwierigkeit. Eben sie mag uns die Rückständigkeit der sozialen Wissenschaft gegenüber den biologischen Disziplinen erklären, aber sie kann uns im Glauben, daß auch diese ihre Aufgabe lösen werde, keineswegs erschüttern.

So weit nun aber die Horizonte der soziologischen Wissenschaft liegen, so wenig ist, bekennen wir es offen, bis nun erreicht. Eben erst, ja, nach Ansicht der Pessimisten kaum überhaupt, ist sie aus der Sphäre ganz systemloser Spekulationen, von rein persönlichen Stimmungen diktierter Kreuz- und Querzüge des menschlichen Geistes getreten. Und wenn wir trotzdem heute sagen können, daß diese Periode in Amerika völlig und im wesentlichen auch in Frankreich überwunden sei, so steht Deutschland zweifellos noch heute weit von jeder Klarheit hinsichtlich der Begrenzung und der Aufgaben der neuen Wissenschaft.

Eine wesentliche Ursache hierfür scheint mir in der Tatsache zu liegen, daß die Soziologie ihrem Wesen nach auf zwei Linien verschreiten muß: einerseits die allgemeinen Entwicklungsgesetze menschlicher Gemeinschaft aufdeckend und damit den philosophischen Wissenschaften verwandt, andrerseits sich mit den einzelnen menschlichen Institutionen (Wirtschaft, Politik, Recht, Sitte, Familie, Religion, Kunst usw.) und deren Entwicklungsgesetzen beschäftigend. Hierdurch erklärt es sich, daß diese spezielle Soziologie naturgemäß die Tendenz zeigt, in Einzelwissenschaften zu zerfallen, die allzu leicht den Zusammenhang mit den allgemeinen soziologischen Wissenschaften verlieren können. Noch bedenklicher wird dieser Zustand dadurch, daß diese konkreten Probleme, die unsern praktischen Interessen um soviel näher stehen als die allgemein soziologischen, schon viel früher spezielle Bearbeitung gefunden haben und daß sich spezielle Disziplinen unter eigenen im Lauf der Zeit sich einwurzelnden Bezeichnungen für all diese Forschungsgebiete konstituiert haben; so die Rechtsgeschichte und vergleichende Rechtswissenschaft, die Wirtschaftgeschichte, die Religionswissenschaft usw. So konnte das Mißverständnis entstehen (namentlich in Deutschland, wo diese Disziplinen einen so hervorragenden Aufschwung genommen haben), „daß für die Soziologie selbst eigentlich gar kein Forschungsziel mehr bleibe, weil ja alle Probleme ohnehin bereits von Einzeldisziplinen bearbeitet würden". Bei objektiverer Auffassung der Sachlage andrerseits ist es natürlich nur zu begrüßen, wenn einzelne Zweige spezieller Soziologie, die unter welchem Namen immer doch stets Soziologie bleiben, eine besonders sorgfältige Pflege gefunden haben; freilich werden wir hierdurch keineswegs der Notwendigkeit überhoben, nun erst recht den Entwicklungsgesetzen nachzuforschen, welche all diesen verschiedenartigen Sozialgebilden gemeinsam sind, d. h. allgemeine

Soziologie zu treiben. Und ebenso können wir erst von diesem Standpunkt aus nun systematisch alle sozialen Gebilde der speziell soziologischen Bearbeitung unterwerfen, unabhängig davon, ob sie speziell praktischen Interessen so nahe liegen wie etwa die Rechtsprobleme, oder nicht.

Wenn wir uns also klar sind, welch bedeutende Möglichkeiten, ja Notwendigkeiten auf dem Wege sowohl der speziellen wie der allgemeinen soziologischen Wissenschaft liegen, so wollen wir nunmehr untersuchen, was die einzelnen Kulturvölker bisher an Bausteinen zum Aufbau der neuen Wissenschaft zusammengetragen haben.

Das deutsche Volk hat sich bisher weniger als die andern großen Kulturvölker dem bewußten Aufbau der neuen Wissenschaft gewidmet. Trotzdem hat es derselben anbahnend die bedeutsamsten Dienste geleistet, indem es die Gesetze, welche das Wirtschaftsleben, das Rechtsleben, das religiöse und Kunstleben der Völker beherrschen, im Rahmen streng umschlossener Einzelwissenschaften, der politischen Ökonomie, der Rechtswissenschaft, der Religions- und Kunstwissenschaft in gründlichster und sachlichster Weise untersuchte. Vielfach sind seine Forscher, ohne sich dessen selbst bewußt zu sein, von der Betrachtung der Gesetze ihrer Spezialsphäre sogar zur Untersuchung der allgemeinen soziologischen Grundgesetze weitergeschritten und haben im Rahmen insbesondere von nationalökonomischen Werken als Einleitung oder allgemeinen Teil rein soziologische Betrachtungen vorgenommen. Ich erinnere insbesondere an die ausgezeichneten soziologischen Untersuchungen, die Prof. Schmoller seiner Volkswirtschaftslehre vorangestellt hat. Freilich müssen wir uns trotzdem darüber klar sein, welch schwerer erkenntniskritischer Irrtum es ist, die Forschungsgebiete der einzelnen Wissenszweige derart durcheinander zu schieben. Und eben weil die bedeutenden soziologischen Forscher Deutschlands ihre Werke stets unter anderer Flagge veröffentlichten, blieb der Name Soziologie ein Spiel in den Händen von Dilettanten und Schwärmern. Inwieweit sich dies in allerjüngster Zeit geändert, werden wir an Hand der Besprechung unserer Enqueteergebnisse im spätern darzutun Gelegenheit nehmen.

In ernster Weise hat man zuerst in Frankreich ver sucht, soziologische Forschung zu treiben. Zwei Stützpunkte vor allem boten sich der neuen Wissenschaft dar, einerseits die Anknüpfung an die ältere biologische Wissenschaft, die ja in gewissem Sinne als auch die Sozialerscheinungen umfassend angesehen werden konnte, sofern man die Erscheinungen des menschheitlichen Lebens als Spezialfall des gesamten organischen Lebens betrachtete. Andrerseits die Anknüpfung an die psychologische Wissenschaft, indem man nämlich alles soziale Geschehen als eine Resultierende aus den Einzelhandlungen der Menschen (die ihrerseits wieder der einzelpsychologischen Betrachtungsweise unterliegen) auffaßte.

Beide Richtungen traten naturgemäß in Gegensatz zueinander, und insbesondere ein Problem war es, in dessen Beurteilung sie sich scheiden mußten: Entsteht durch die Wechselbeziehung der Menschen, durch ihre Vereinigung zu sozialen Gemeinschaften etwas, das über das Einzelleben hinausragt und andern, eigenen Gesetzen unterliegt? Können diese „überorganischen Einheiten“ (wie sie der englische Soziologe Herbert Spencer genannt hat) etwa als ein dem natürlichen Individuum Analoges aufgefaßt werden? Können und müssen wir ihre Lebensfunktionen und die Gesetze, denen dieselben unterliegen, in spezifischer, von jeder Betrachtung der sie zusammensetzenden Einzelwesen abstrahierenden Weise untersuchen? All

diese Fragen wurden von der biologischen Schule französischer Soziologie bejaht, von der psychologischen verneint, welch letztere ihrerseits aus der Erfassung der Instinkte und Triebe des Einzelwesens all die vielgestaltigen Kombinationen des Soziallebens abzuleiten versuchte (so Gabriele Tarde aus den Trieben der Initiative und Nachahmung).

In Amerika wiederum knüpfte sich das Erwachen der Soziologie an das unmittelbare praktische Bedürfnis, einen klaren Überblick über das Werden der neuen Volksgemeinschaft, das Herauswachsen von sozialen Gemeinschaften und Institutionen aus dem einwandernden Völkerchaos zu gewinnen, die Entwicklungsgesetze der werdenden Nation wissenschaftlich zu erfassen. Da es sich somit zunächst um Vorgänge der Gegenwart handelte, mußte deren systematische Beobachtung auf statistischem Wege die Grundlage aller soziologischen Betrachtung liefern. So entstanden an all den führenden amerikanischen Hochschulen sog. statistische Laboratorien, in denen alle Daten über die Volksbewegung, über die Entwicklung der religiösen Verbände, der politischen Parteien, der wirtschaftlichen Institutionen usw. systematisch gesammelt werden. Ganz in der Weise der Naturwissenschaft ging die junge soziologische Forschung daran, dieses Material in induktiver Weise zu bearbeiten und die allgemeinen Entwicklungsgesetze menschlicher Gemeinschaft von ihm abzuleiten.

Und gerade diese objektiv sachliche Methode hat bereits in den wenigen Jahren ihrer Pflege schöne Ergebnisse geliefert und scheint mir zu den besten Hoffnungen für die Zukunft zu berechtigen.

Wollen wir nun auf Grund dieser allgemeinen Betrachtung des Entwicklungsganges soziologischer Wissenschaft an die Beurteilung der an unsere Zeitschrift gelangten Beantwortungen unserer Rundfrage nach Möglichkeit und Methode einer wissenschaftlichen Soziologie herantreten und aus ihnen ein Bild der lebenden, zukunfttragenden Kräfte, die für unsere Wissenschaft in Frage kommen, zu gewinnen suchen.

Was zunächst die Frage nach der Möglichkeit, eine wahrhaft wissenschaftliche Soziologie zu begründen, betrifft, können wir drei Tendenzen in den Antworten unterscheiden. Die Herren Prof. Lester Ward (Washington), und M. René Worms (Paris) sind der Ansicht, daß bereits heute eine wissenschaftliche Soziologie bestehe und wesentliche Gesetzmäßigkeiten des sozialen Lebens aufgedeckt habe. Andrerseits meinen Prof. Stammler (Halle) und Prof. Small (Chicago), daß wir auf eine solche Aufdeckung auch in Zukunft nicht rechnen dürfen. Diesen beiden extremen Richtungen gegenüber vertreten alle übrigen Herren, nämlich Prof. Durkheim (Paris), Prof. Simmel (Berlin), Prof. Fouillée (Paris), Prof. Giddings (New York), Prof. Breysig (Berlin), Prof. Tönnies (Eutin), Prof. Grotenfeld (Helsingfors), Prof. Palagyi (Koloszvar) in mehr oder minder entschiedener Weise die Ansicht, daß die soziologische Wissenschaft zwar erst im Werden begriffen sei, aber für die Zukunft die Aussicht auf Aufdeckung der Kausalbeziehungen und Entwicklungsgesetze des sozialen Lebens eröffne. Betrachten wir die drei Standpunkte näher.

Prof. Ward und M. René Worms sind die lebenden Hauptvertreter der ehedem so einflußreichen biologischen Schule, die aus ihrer Grundanschauung selbst den Glauben an den naturgesetzlichen Ablauf der sozialen Erscheinungen schöpfte. So ist derselben seit ihrem Beginn der Glaube, gewisse Gesetze des sozialen Lebens gefunden zu haben, eigen gewesen. Wenn wir uns der spezifischen Eigenheit der sozialen Vorgänge, die mit den biologischen

wohl Analogien, aber keinerlei Identität aufweisen, bewußt werden, so fällt mit dieser Verschiebung unserer gedanklichen Grundlage auch der Glaube an schon gefundene soziale Entwicklungsgesetze.

Andrerseits vertreten Prof. Stammler und Prof. Small im wesentlichen die Grundsätze der alten psychologischen Schule. Ersterer sieht in der sozialen Geschichte „eine Geschichte von Zwecken“ und läßt bloß Nachforschung nach den Entwicklungsgesetzen, die das Entstehen dieser Zwecke determinieren, in Frage kommen. Aber eben dieser letztere Gedanke, der ihn hoch über den alten common sense, für den ja alle sozialen Entwicklungen vom Zufall des Einzelwillens abhängen, emporhebt, raubt ihm die Basis eine Unmöglichkeit, die Entwicklungsgesetze der Gattung dereinst aufzudecken, aus diesem Gesichtspunkt abzuleiten. Den von hm angezogenen technischen Schwierigkeiten andrerseits gegenüber sprechen die positiven Erfolge soziologischer Forschung eine allzu beredte Sprache. Aus der Ablehnung beider Extreme ergibt sich von selbst unsere Zustimmung zur Ansicht derMehrheit, und wir freuen uns, zu konstatieren, daß sich derGlaube an die Zukunft der sozialen Wissenschaft nunmehr bei den Forschern aller Länder immer mehr durchzuringen beginnt. Eben dieser Glaube wird gewiß der schärfste Ansporn zu stets erneuter Bearbeitung der sozialen Probleme werden und in seinem Umsichgreifen der Soziologie jenes ernste Interesse der gebildeten Kreise sichern helfen, dessen jede geistige Potenz zu gedeihlicher Fortentwicklung bedarf.

Was unsere zweite Rundfrage nach den Methoden einer wissenschaftlichen Soziologie anlangt, so ergibt ein Überblick über die vorliegenden Antworten eine erfreuliche Konvergenz der Anschauungen. Die überwiegende Mehrheit aller Teilnehmer an unserer Enquete spricht sich dahin aus, daß man zunächst die einzelnen sozialen Institutionen in ihrem Entwicklungsgange untersuchen, die einzelnen Sphären des sozialen Lebens so klar als möglich erfassen müsse und daß erst nach einer Periode systematischer Aufdeckung all der einzelnen Kausalbeziehungen die Zeit für Erforschung der allgemeinen Entwicklungsgesetze der Sozialwelt gegeben sein werde. Besonders bemerkenswert scheint es mir, wie sehr in der Mehrheit der Antworten die spezifische Betonung der Soziologie als Gesellschaftswissenschaft, die solange herrschend gewesen, zurücktritt. Indem dieselbe die philosophische Untersuchung des Gesellschaftsbegriffes, der Wechselwirkung von Individuum und Gemeinschaft, nicht mehr als ihr Zentralproblem ansieht, sondern in induktiver Methode die Gesetzmäßigkeit der einzelnen Sozialerscheinungen zu erforschen strebt, tritt sie aus der Periode metaphysischer Spekulation in eine Epoche exakter Tatsachenforschung über.

Gewiß schließt dieser Gesichtspunkt gleich wie bei den Naturwissenschaften nicht aus, daß wir auf Grund einer Reihe von Einzelergebnissen uns Leithypothesen aufbauen, die uns bei einer weitern Forschungstätigkeit überaus nützlich sein können, aber nur so lange, als sie nicht von der weiter vorschreitenden Wissenschaft zurückgewiesen werden. In diesem Sinne wird gewiß auch in Zukunft der von Karl Marx begründete historische Materialismus uns wertvolle Dienste leisten, sofern wir aus seiner allzu exklusiven Auffassung den Gedanken herausschälen, daß die Entwicklung der Wirtschaftsformen auf Recht und Sitte einen ausschlaggebenden und auf Entfaltung des geistigen, wie des gesamten sozialen Lebens einen immerhin bedeutsamen Einfluß ausübe. Aber wir werden noch für lange nicht in dieser oder

einer andern analogen Theorie die endgültige Erklärung der sozialen Gesetzmäßigkeiten gefunden glauben, sondern dieses Hochgefühl getrost einer spätern Generation soziologischer Forscher gönnen.

Gewiß mag es auch für die Gegenwart und bei Anerkennung des Grundsatzes der Einzelforschung noch methodische Gegensätze geben, oder eigentlich nicht Gegensätze, sondern einander ergänzende Methoden. Wenn eine soziologische Schule mit Durkheim und Grotenfeld das geschichtliche Erwachsen der sozialen Institutionen erforscht, eine zweite mit Giddings und den amerikanischen Hochschulen die Gesetzmäßigkeiten des Soziallebens der Gegenwart auf statistischem Wege untersucht, und wieder andere, was gewiß unerläßlich, die Probleme der Sozialpsychologie bearbeiten (z. B. religionspsychologische Untersuchungen), dann können die Ergebnisse einer Schule den Mitgliedern der andern nur wertvollstes Material zuführen. Und ebenso hat die Soziologie gewiß auch weiterhin von den Ergebnissen der selbständig gewordenen Spezialdisziplinen (wie Rechtswissenschaft und Nationalökonomie), besonders wenn sie stets mehr in wahrhaft soziologischem Geiste betrieben werden, das Bedeutsamste zu erwarten. Mehr und mehr geht ja mit dem Vorschreiten der Einzelforschung auch eine Erweiterung unsers allgemeinen Gesichtskreises, unsers Überblicks über die gesetzmäßige Entwicklung des Menschheitslebens Hand in Hand, und auch heute schon, da wir auf exakte Erfassung der soziologischen Endprobleme noch nicht rechnen dürfen, werden wir doch dadurch befähigt, die soziale Umwelt und unsere eigene Stellung in derselben stets klarer und klarer zu begreifen.



# KORRESPONDENZEN

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

### DR. R. HENNIG, BERLIN: AMERIKANISCHE KANAL-PROJEKTE.

DER außerordentlich rege Schiffs- und Handelsverkehr im Bereich der sogenannten großen Seen auf der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ist bisher bekanntlich im Verkehr mit der handeltreibenden Außenwelt sehr starken Beschränkungen unterworfen und würde von ihr so gut wie vollständig abgeschnitten sein, wenn nicht zahlreiche Eisenbahnen den Waren eine Ein- und Ausfallspforte bieten würden. Man hat schon lange vor Einführung der Eisenbahnen versucht, künstlich zu schaffen, was die Natur versagt hatte, indem man zwischen den damals tatsächlich jedem Außen-Verkehr entzogenen vier oberen Seen und dem Atlantischen Ozean eine künstliche, schiffbare Straße anlegte, welche das auf dem natürlichen Abflußweg sich findende gewaltige Hindernis des Niagara-Falls umging. Diese Umgehung wurde erreicht durch den 585 km langen, sogenannten Erie-Kanal, der seit 1825 den Schiffsverkehr zwischen den Seen und dem Ozean vermittelt, indem er bei Buffalo am Erie-See beginnt und bei Albany in den schiffbaren Hudson, also bei New York in den Atlantischen Ozean mündet, wobei er vermittelst zahlreicher Schleusen insgesamt eine Niveaudifferenz von 174 Metern überwindet. So wertvoll diese Wasserstraße seit mehr als acht Jahrzehnten für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten ist, so ist es dennoch klar, daß die Anlage der 20er Jahre, trotz einiger seither vorgenommenen Erweiterungen und Vertiefungen, dem modernen Verkehrsbedürfnis in keiner Weise mehr entspricht. Die Benutzung des Kanals ist seit langer Zeit in rapidem Rückgang begriffen, und die Abwicklung des Güterverkehrs erfolgt zum weit überwiegenden Teil auf dem Schienenwege. Naturgemäß werden die Transportkosten dadurch ungebührlich hoch, und es besteht deshalb seit langer Zeit der Wunsch, einen wirklichen Großschiffahrtsweg zwischen dem Meere und den oberen Seen zu schaffen, an denen ja doch neben vielen anderen wichtigen und aufblühenden Orten Verkehrszentren wie Chicago, Milwaukee, Buffalo liegen.

Dieser großzügige Plan, mit dem sich die Gedanken weitblickender Männer schon oftmals beschäftigt haben, hat nun gegenwärtig die beste Aussicht, verwirklicht zu werden, und die Chancen des Projekts sind um so günstiger, da auch Präsident Roosevelt mit seiner bekannten Energie eine Ausführung der kühnen Idee zu fördern und zu unterstützen geneigt ist.

Es handelt sich bei diesem Plan nicht um eine Verbindung der Seen mit dem Atlantischen Ozean, sondern um eine solche mit dem Golf von Mexiko, und das Projekt führt daher auch den Namen Seen-Golf-Großschiffahrtsweg. Ein Blick auf die Karte zeigt den Weg, auf dem die Verbindung angestrebt werden muß. Etwas oberhalb von St. Louis mündet in der

Mississippi der Illinois, dessen Lauf in fast gerader Richtung auf den Michigan-See zuführt, den südlichsten der fünf großen Seen, an dem auch Chicago gelegen ist. Das Projekt läuft nun darauf hinaus, zwischen dem Südende des Michigan-Sees und dem Illinois einen Kanal herzustellen, der tief genug ist, um auch großen Schiffen die Durchfahrt zu ermöglichen. Andererseits muß man natürlich dafür sorgen, daß auch die zu befahrenden Flüsse überall ausreichend tief sind, um Seeschiffen eine Passage zu gestatten. In Verbindung mit jenem Plane denkt man deshalb daran, den Missouri und den Ohio sowie den Oberlauf des Mississippi auf weite Strecken gleichfalls so weit auszubauen, daß Seeschiffe zu vielen Orten gelangen können, die ihnen heute noch verschlossen sind.

Ein Teil des Projekts ist bereits durch den sogenannten Chicagoer Entwässerungskanal verwirklicht worden, der im Anschluß an die verheerende Typhusepidemie von 1891 gebaut wurde und den Abwässern der Millionenstadt durch einen Abzugskanal von 45 km Länge, 48 m Breite und 6,6 m Tiefe einen Abfluß zum Desplaines- und Illinois-River bietet, wodurch übrigens der Chicago-Fluß auf einen großen Teil seines Laufs in die umgekehrte Richtung gezwungen wurde. Diesem Kanal gedenkt man nunmehr eine Tiefe von 14 Fuß zu verschaffen, um ihn für größere Schiffe fahrbar zu machen. Die Gesamtkosten dieses großartigen Baus werden nach der Vollendung etwa 50 Millionen Dollars betragen. Hierzu kommen dann die Kosten der Schiffbarmachung des Illinois bis zur Einmündung in den Mississippi, die auf weitere 32 Millionen Dollars geschätzt werden. Am Mississippi selbst werden unterhalb von St. Louis nur noch relativ wenige Kanalisierungsarbeiten erforderlich sein; wohl aber will man flußaufwärts bis Minneapolis den Fluß durchweg auf 6 Fuß Tiefe bringen und ebenso den Missouri bis nach Sioux City und den Ohio bis nach Pittsburg flußaufwärts schiffbar machen, wobei z. B. der Ohio überall eine Tiefe von 9 Fuß aufweisen soll.

Gleichzeitig aber geht man in Amerika daran, auch den schon erwähnten Erie-Kanal besser den modernen Verkehrsbedürfnissen anzupassen und für größere Fahrzeuge als bisher schiffbar zu machen, wenngleich man ihm nicht dieselben Tiefendimensionen zu geben vermag, wie der vom Seengebiet zum Mexikanischen Golf führenden neuen Wasserstraße. Der Erie-Kanal, dessen ursprüngliche Anlage eine Summe von rund 30 Millionen Mark verschlang, war zunächst nur eine 1,21 m tiefe und 8,49 m breite Wasserstraße, die späterhin, in den Jahren 1836 und 1862, mit einem bedeutenden Kostenaufwand von 134 ½ Millionen Mark auf 2,12 m vertieft und auf 15,77 m Sohlenbreite gebracht wurde; auch sind die zahlreichen Schleusen, deren Gesamtzahl in Anbetracht des zu überwindenden hohen Gefälles anfangs 83 betrug, 1884 und 1891 vergrößert und an Zahl auf 72 verringert worden, aber wie wenig die Anlage dennoch dem modernen Bedürfnis entsprach, ging am besten daraus hervor, daß unter der Konkurrenz der Eisenbahnen im letzten Vierteljahrhundert das Gewicht der durch den Kanal beförderten Frachtgüter, das 1880 noch 4,6 Millionen Tons betrug, bis 1904 auf 2 Millionen Tons sank.

Jetzt ist man seit 2 ½ Jahren damit beschäftigt, den Kanal für Schiffe bis zu 1000 Tons Tragfähigkeit fahrbar zu machen. Das Repräsentantenhaus hat zu diesem Zwecke bereits im Jahre 1903 eine Summe von vollen 202 ½ Millionen Mark bewilligt. Nach seiner Vollendung wird die neue Fahrstraße einschließlich des Kanals Oswego, der dem Erie-Kanal einen Seitenweg zu dem untersten der fünf großen Seen, dem Ontario-See, und somit auch zum

St. Lorenzstrom schafft, ferner des Senecakanals (Tioga-Eriekanal) und des Champlainkanals (Whitehall am Champlainsee-Eriekanal), insgesamt 712 km lang sein, bei einer Tiefe von 3,64 m und einer Sohlenbreite von 22,8 m. 54 Schleusen, von denen 34 auf den Kanal selbst entfallen, werden den starken Niveauunterschied zwischen den oberen Seen und dem Atlantischen Ozean ausgleichen. Insgesamt sind 100 Millionen Kubikmeter Boden zu bewegen, wovon die Hälfte gebaggert werden muß. Ende Juli 1907 waren die Arbeiten so weit gediehen, daß 108,7 km Kanal in den erweiterten Dimensionen fertiggestellt waren, und es waren für diesen Zweck bis dahin rund 64 Millionen Mark aufgewendet worden.

Diesen beiden gewaltigen Projekten, die für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von einschneidendster Bedeutung sein werden, schließt sich ein drittes an, das zwar an Umfang wesentlich kleiner, aber dennoch imposant und kostspielig genug ist. Zwischen New York und Boston springt die amerikanische Ostküste etwa 100 km südlich von letztgenannter Stadt in Gestalt einer langgestreckten schmalen Halbinsel hakenförmig etwa 70 km weit nach Nordosten vor. Die nördlichste Spitze dieser Landzunge ist das bekannte Kap Cod, das auch als Endpunkt einiger transatlantischer Kabel eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Dieses Kap genießt nun in Schiffahrtskreisen einen ziemlich üblen Ruf wegen der sehr zahlreichen Schiffsunfälle, die sich in seiner Nähe, besonders häufig infolge von Nebel ereignen. Entfallen doch nicht weniger als 23 Prozent aller Schiffsverluste, die zwischen den Küsten des Staates Maine und der Stadt Norfolk überhaupt vorkommen, allein auf die Gegend des Kap Cod, und was diese Zahl zu bedeuten hat, mag man daran ermessen, daß von New York aus nach Boston und anderen Plätzen des Nordens alljährlich 18 Millionen Tons Fracht ums Kap Cod herum transportiert werden.

Es bestand nun seit geraumer Zeit der Plan, die genannte Halbinsel an ihrer Wurzel zu durchstechen und somit der Schiffahrt durch einen Kanal einen wesentlich sichereren und kürzeren Weg zwischen New York und Boston zu verschaffen. Bisher konnte dieser Gedanke jedoch nicht verwirklicht werden, da die großen Eisenbahn-Gesellschaften, deren Bahnen von Kap Cod ausgehen, sich ihm lebhaft widersetzten. Seitdem aber diese Gesellschaften neuerdings teilweise Mitbesitzer der in Betracht kommenden Schiffahrtslinien geworden sind, sind sie selbst aus Gegnern zu eifrigsten Freunden des Projekts geworden, und die Ausführung des Kanals erscheint jetzt endgültig gesichert, nachdem sie vom Staat Massachusetts bereits genehmigt worden ist und nachdem sich auch zu diesem Zweck bereits eine große Unternehmer-Gesellschaft gebildet hat, an deren Spitze die bekannte Firma Aug. Belmont & Co. steht.

Der Bau des 13 km langen Kanals dürfte drei Jahre dauern, und die Kosten sind auf 10 ½ Millionen Dollars veranschlagt worden, sollen aber durch Erhebung von Kanalgebühren verzinst werden. Zu diesem Zweck sind bereits Verträge mit dem Dampfergesellschaften abgeschlossen, die die Ertragsfähigkeit sichern. Der Kanal soll sich von der Buzzardbai nach Sandwich an der Barnstablebai erstrecken und eine Sohlenweite von 38 m, eine Breite von 75—90 m und bei Niedrigwasser noch eine Mindesttiefe von 7,6 m haben. Außerdem soll er vier erweiterte Ausweichstellen von mindestens 60 m Sohlenweite erhalten; überdies wird in der Buzzardbai noch eine 6,4 km lange Fahrrinne ausgebaggert. Ursprünglich glaubte man, da am Nordrande des Kanals die Flut wesentlich höher zu sein pflegt als am Südende, Flut-

schleusen anbringen zu müssen, doch ist man davon wieder abgekommen, denn man hofft, daß auch so eine nennenswert störende Strömung im Kanal nicht auftreten werde. Der Weg zwischen New York und Boston wird durch den Kanal um 113 km abgekürzt.

Ein Pendant zu dem letztbeschriebenen Projekt hat in neuester Zeit gleichfalls feste Gestalt gewonnen, nachdem es schon seit Jahrzehnten die Gemüter beschäftigt hat: eine Kanalverbindung zwischen der Delaware-Bai und der Chesapeake-Bai durch die schmalste Stelle der großen, 300 km langen Halbinsel hindurch, die aus dem Staate Delaware nach Südosten herausspringt. Wie beim Erie-Kanal handelt es sich hier nicht um eine vollständige Neuanlage, sondern um die Erweiterung und Vertiefung eines bestehenden Kanals; denn schon in den Jahren 1824 bis 1829 schuf man an der bezeichneten Stelle mit einem Kostenaufwand von 9½ Millionen Mark einen Kanal, der gegenüber der Stadt Salem an der Delaware-Bai beginnt und oberhalb von Baltimore in einen der äußersten Ausläufer der Chesapeake-Bai mündet. Der alte Kanal hat bei einer Länge von 21,8 km nur bescheidene Dimensionen aufzuweisen: die Tiefe beträgt 3 m, die Sohlenweite 10,8, die Wasserspiegelbreite 19,8 m. Für eigentliche Seeschiffe kommt er nicht in Betracht; dennoch sind jährlich durchschnittlich 650 000 bis 850 000 tons Güter auf ihm befördert worden.

Jetzt nun will man den alten Kanal in einer Art und Weise erweitern, daß er auch den größten Schiffen eine bequeme Durchfahrt ermöglicht: 10,6 m Tiefe bei mittlerem Niedrigwasser und 45 m Sohlenweite, die sich an den Krümmungen bis auf 105 m erhöht. Wie bei dem Kap-Cod-Kanal will man auch bei diesem auf Schleusen verzichten, obwohl der alte Kanal, wegen der verschiedenen Höhe des Flutwechsels auf beiden Seiten, deren 3 besitzt.

Die gesamten Kosten des neuen Kanals betragen, einschließlich des auf 10½ Millionen Mark veranschlagten Kaufpreises für den alten Kanal, etwa 87 Millionen, doch sind sie, angesichts der sehr großen Vorteile, die dem gesamten Lande und in erster Linie der Stadt Baltimore erwachsen, als sehr mäßig zu bezeichnen. Wird doch der Weg von Baltimore zur Delaware-Mündung für Segelschiffe um 298, nach Philadelphia sogar um volle 517 km verkürzt! Die Verkürzung der Reise von Baltimore zur Delaware-Mündung wird nicht weniger als 16¼ Stunden betragen und überdies naturgemäß ungleich sicherer sein als der alte Seeweg.

Vor allem aber wird dem neuen Kanal eine ungemein große strategische Bedeutung zukommen; schätzt man doch seinen Wert demjenigen von 15 Kriegsschiffen gleich! Er wird für Amerika ungefähr dieselbe Bedeutung haben, wie der Kaiser-Wilhelm-Kanal für Deutschland. Diese verschiedenen großartigen Kanalprojekte sind offenbar von ungewöhnlich großer wirtschaftlicher Bedeutung und wert, daß sie auch in Europa bekannt und beachtet werden.



# JAKOB H. EPSTEIN, FRANKFURT A. M.: DIE „AUTONOME FABRIK". ZUR FRAGE DER GEWINNBETEILIGUNG INDUSTRIELLER LOHNARBEITER.[1])



MEIN Versuch geht davon aus, auf der Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung ein industrielles Unternehmen derart zu organisieren, daß es ein System der Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter einschließt, welches geeignet ist, die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen, gleichzeitig die Anteilnahme der Arbeiter an ihrer Arbeit zu verstärken und dadurch ihren Lebenswert zu steigern. Der durch eine solche Organisation geschaffene Mehrwert, d. h. die sich aus der Gesamtleistung ergebende Erhöhung des Ertrages, soll den Arbeitern als Gewinnanteil zufließen.

Wie nun ist dies zu machen? In erster Linie formell durch die Buchhaltung. Die Fabrik muß ihre gesonderte, vollständige Buchhaltung, d. h. die Organisation als selbständiges Unternehmen, erhalten. Ich nenne deshalb mein System der Arbeitsorganisation, die „Autonome Fabrik" und habe in meinem so betitelten Buche für ihre Organisation ein vollständiges, wenn auch vereinfachtes Schema gegeben.

Es erscheint die Fabrik, die Produktionsstätte, als selbständiges Unternehmen innerhalb des Gesamtbetriebes, der dem Zwecke der Überführung der Rohstoffe in Fabrikate dient, und der sich aus der Fabrik und der „Firma", d. i. der kaufmännischen Abteilung, die für die Verwertung der Fabrikate sorgt, zusammensetzt. Die Firma übergibt ihr das konkrete Fabrikanwesen, d. h. Lokal und maschinelle Einrichtung, zur Benutzung, vertraut ihr den Rohstoff an und macht die Kapitalvorschüsse, deren sie zur Beschaffung der Hilfsmaterialien, zur Zahlung der Löhne, überhaupt zur Unterhaltung des Betriebes bedarf. Die Fabrik liefert die fertige Ware ab. Dann stellt sich die Abrechnung zwischen Firma und Fabrik wie folgt: die Firma bezahlt der Fabrik die Zurichtsätze. Sie bringt davon in Abzug: die geleisteten Barvorschüsse, die Miete für das Fabriklokal und die Vergütung für die Überlassung und die Abnutzung der maschinellen Einrichtung. Die Aufgabe ist gelöst, wenn sie dann noch einen Überschuß herauszubezahlen hat, welcher nach gewissen Normen an die Arbeiter zu verteilen ist.

Dieses System habe ich seit drei Jahren in der Lederfabrik, deren Begründer ich bin, mit gutem Erfolge eingeführt. Zur genaueren Darstellung konnte mir in diesen Blättern der Raum nicht gewährt werden; ich bin für den zugestandenen sehr dankbar, muß aber zum notwendigen besseren Verständnis auf mein genanntes kleines Werk (Dresden bei O. Böhmert 1907) hinweisen.

---

[1]) Herr Fabrikant J. H. Epstein hat in seiner Fabrik ein eigenartiges System der Beteiligung seiner Angestellten am Ertrage des Unternehmens seit drei Jahren erfolgreich durchgeführt. Seine „Autonome Fabrik", deren Theorie und Praxis er in dem nachstehenden Aufsatz gibt, — wenn auch nicht ganz einwandfrei und ohne weiteres zu verallgemeinern — scheint uns sehr der Nachahmung in geeigneten Fällen wert. Die Redaktion.

Meine Fabrik ist ein industrielles Unternehmen im engeren Sinne, d. h. ein solches, welches nicht die Gewinnung und erste Formung des Rohstoffs, sondern dessen weitere Verarbeitung bezweckt, bei dem also die Lohnarbeit und höhere geistige Arbeit den wesentlichen Faktor der Wertbildung abgibt: Jedes solches Unternehmen läßt einen kaufmännischen und einen technischen Teil erkennen; bezeichnen wir der Kürze halber den ersteren als Firma, den letzteren als Fabrik. Obwohl in der Regel beides ineinander fließt, soll hier eine Scheidung versucht werden, um genau das Gebiet zu umschreiben, in welchem Löhne bezahlt werden; denn nur auf diesem kann die Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter anwendbar sein. „Löhne" werden nicht bezahlt für die kaufmännischen formalen Funktionen des Ein- und Verkaufs, der Kapitalbeschaffung und des Kredits; ferner nicht für die geistig-produktiven Funktionen der Anpassung an Nachfrage und Angebot, an Konjunkturen und spezielle Verhältnisse, der Schaffung von Neuheiten und von technischen Fortschritten. Firma heißt hier der Unternehmer, dessen Begriff von dem des Kapitalisten streng zu trennen ist. Für die bezeichneten Funktionen, auf die der Arbeiter keinen Einfluß hat, gebühren dem Unternehmer die Erträgnisse der Unternehmung, wie er auch deren mannigfache Risiken zu tragen hat. Die Leistungen der Fabrik, d. h. der Arbeiter, werden dagegen zunächst durch die Löhne bezahlt.

Die Firma übergibt der Fabrik die Rohstoffe, um von ihr das fertige Fabrikat zurückzuerhalten; nennen wir diesen Prozeß die „Zurichtung." Dafür zahlt sie ihr eine Gebühr, den „Zurichtsatz." Die Höhe dieses Satzes (natürlich gibt es deren eine Anzahl nach der Mannigfaltigkeit der Produktion) wird bestimmt durch allgemeine und spezielle Verhältnisse, sagen wir: die Kalkulation. Am verständlichsten wird dies durch die Annahme, die Firma besitze keine eigne Fabrik, sondern lasse ihre Rohstoffe von einem ihr fremden Unternehmen zurichten. Dann werden die Sätze, kurz gefaßt, so hoch sein müssen, als sie diesem bezahlen müßte. Es würde dann das Gehalt des Fabrikleiters etwa dem Gewinne des fremden Unternehmens entsprechen. Es wird also auch auf diese Weise für die Arbeiter kein Überschuß als Ertragsbeteiligung übrig bleiben.

Anders aber, wenn nun die Arbeiter angeleitet werden, selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Nicht etwa, dies sei ausdrücklich betont, durch intensivere Arbeit, welche nur dem Einzelnen zugute kommen würde, da sie durch entsprechende Löhne zum Ausgleich kommen müßte, sondern durch das geweckte Interesse am Gesamterfolge; durch Verbesserung der Verfahren und Ersparnis an Kräften und Materialien, welche den Produktionsprozeß verbilligen würden. Hier haben wir den Überschuß und das Objekt der Gewinnbeteiligung.

Man rechnet die Gewinnbeteiligung zu den Wohlfahrtseinrichtungen, denen häufig der Vorwurf gemacht worden ist, die Freiheit der Lohnarbeiter zu beschränken und sie an die Unternehmung zu fesseln. Nun ja, das tun sie in gewissem Grade, und das sollen sie. Frei sein, in dem hier gemeinten Sinne, kann niemand, der an Pflichten gebunden ist. Die perhorreszierte bedingte „Fesselung" aber ist notwendig für die Stetigkeit und den Fortschritt der Industrie, welcher einer der wichtigsten Faktoren der Kultur ist; sie ist außerdem das beste, wenn nicht das einzige Mittel, der so oft und mit solcher Berechtigung beklagten Entfremdung zwischen dem Arbeiter und seiner Arbeit entgegenzuwirken. Mit dem Interesse, das der Arbeiter an dem Unternehmen gewinnt, wächst seine geistige Kraft

und Leistungsfähigkeit, und falsche Freunde sind es, die zu ihm sprechen: Unstet und flüchtig sollst du sein auf Erden.

Ferner möchte ich noch darauf hinweisen, daß meine „autonome Fabrik“ einen Weg zeigt, der zur endlichen Ermöglichung lebensfähiger Produktivgenossenschaften führen könnte, ja daß sie in gewissem Sinne bereits als eine Art derselben zu betrachten ist. Bis jetzt sind alle Versuche zur Bildung solcher unabhängigen Genossenschaften vielfach fehlgeschlagen, und sie mußten es, weil sie für den Kampf innerhalb des Unternehmertums nicht die Voraussetzungen haben. Aus der Scheidung der Funktionen, wie ich sie versucht habe, ließe sich vielleicht die Grundlage für eine Verbindung zwischen den beiden produktiven Funktionen, der händlerischen und der technischen, gewinnen.

# CHRONIK

**DIE Erschließung des oberen Brahmaputrastromes.** Dr. Sven Hedins neuester Versuch, am Saupoflusse entlang nach Hasa, der wenig bekannten Hauptstadt eines wenig bekannten Landes vorzudringen, hat die Aufmerksamkeit weitester geographischer Kreise wieder auf ein Problem hingelenkt, das nachgerade anfängt, zu einem Schmerzenskinde der internationalen Geographie auszuarten. Seit Jahren schon Gegenstand warmer Fürsorge namentlich seitens der einschlägigen englischen Kreise, ist dieses fachwissenschaftlich ebenso bedeutsame, wie populärwissenschaftlich recht interessante Dihongprojekt, d. i. die Erforschung des unteren Saupoflusses bezw. die Erschließung des oberen Brahmaputrastromes bekanntlich zum erstenmal in den Vordergrund allgemeinerer Beachtung gerückt worden, als seine Inangriffnahme anläßlich der zwei ersten großen Expeditionen des Tibetforschers von 1903 und 1904 zum Mittelpunkt einer angeregten Propaganda gemacht wurde. Das völlige Mißlingen aller damaligen Bemühungen und Hoffnungen war in der geographischen Welt recht schmerzlich bedauert worden, und dieses Bedauern hatte, wie man sich erinnern wird, seinen Ausdruck in einer längeren Eingabe gefunden, die von der Royal Scottish Geographical Society in Edinburgh angeregt und ausgefertigt; im Laufe des Jahres 1906 dem englischen Staatssekretariate für Indien unterbreitet wurde.

Leider sah sich die Regierung ganz außerstande, der in der Eingabe ausgedrückten Bitte um endliche energische Indiewegeleitung der wichtigen Untersuchung entsprechen zu können, da ihr die Hände durch den damals schon in Vorbereitung begriffenen und bald darauf auch zum Abschluß gelangenden Tibetvertrag mit Rußland vom 31. August 1907 gebunden waren, wo, wie erinnerlich, beiden Mächten die Entsendung und Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsreisen nach Tibet direkt untersagt wird. Naturgemäß blieb nach einem solchen Bescheide nichts anderes übrig, als private Hilfe für das Unternehmen zu interessieren und private Kräfte zu seiner Durchführung heranzuziehen. Beide Bemühungen blieben zunächst erfolglos. Die bedauerliche Folge davon war, daß das neu-

erwachte Interesse bald wieder zu erlahmen begann und die ganze Angelegenheit vorläufig ad acta gelegt wurde. Heute liegt nun ein kompetentes Angebot vor, und es darf erfreulicherweise registriert werden, daß sich auf Grund dieses Angebots zurzeit wieder in Londoner Kreisen eine Bewegung anzubahnen beginnt, die diesmal allem Anscheine nach von der echten Kraft getragen, begründete Hoffnung auf die endliche Realisierung dieses Problemes erstehen läßt — vorausgesetzt, daß ihr nicht das wenige Kapital noch versagt bleibt, das ihr über die letzten noch bestehenden Schwierigkeiten materieller Art hinweghilft.

Zur allseitigen Orientierung mag gestattet sein, die Umrisse dieses interessanten Projektes noch einmal in Erinnerung zurückzurufen. Dem Kartenkundigen wird nicht entgangen sein, daß der in der Nähe des Manasarowsees unweit der Indusquelle entspringende tibetanische Saupofluß etwa unter dem 94. Meridian aus seinem östlichen Laufe heraustritt, sich nach Süden wendet und in den seitlichen Schimangbergen des Himalayagebirges verschwindet. In der Fortsetzung dieser Umbiegung bricht nun etwa 1½ Breitegrad weiter südöstlich aus dem Gebirge ein mächtiger Strom heraus, der hier den Namen Dihong trägt, später aber zum Brahmaputra wird. Bildet nun der Saupo den Oberlauf des Brahmaputra? Das dürfte so gut wie zweifellos sein. Ein eigentlicher Beweis durch direkte Untersuchung ist aber noch nicht erbracht worden, da bis heute noch kein Europäer dieses Gebiet betreten hat und auch die indischen Eingeborenen, als sie von der britischen Regierung zur Durchquerung des Engpasses ausgesandt wurden, von den wilden Bergvölkern des Stromtales zurückgewiesen worden sind. Die Erschließung dieser geheimnisvollen Schlucht würde aber noch von einem weiteren wertvollen Interesse sein, da die Erdkunde wegen der großen Höhenunterschiede diesseits und jenseits des Himalaya annehmen muß, daß der Strom auf der Strecke seines Durchbruchs Wasserfälle von unerhörter Höhe bildet. Von dem Vorhandensein derartiger gigantischer Wasserfälle findet sich auch mehrfach Kunde in tibetanischen Sagen. Ferner dürften auch authentische Nachrichten über die Art und den Kulturzustand der Talbewohner von großer Bedeutung sein, und auch von der Beobachtung der uns noch ebenfalls unbekannten Tier-, Gesteins- und Pflanzenwelt kann man wichtige Resultate erwarten.

Die Bedeutung des Unternehmens ergibt sich also von selbst. Es würde daher freudig begrüßt werden können, wenn dem neuen Versuche, der sich in der Erwägung, daß mit einem Massenaufgebot gegenüber der leicht gereizten Talbewohnerschaft nichts auszurichten ist, auf das Singularprinzip stützt, möglichst allseitige Unterstützung zuteil würde. Die Vorbereitungen und Ausführung des Versuches ruhen in den Händen des Redakteurs M. Haw. Auch die Redaktion dieser Blätter ist gerne bereit, weitere Auskünfte zu erteilen und geeignete Vorschläge zu vermitteln.

**Eine neue Form des Warenhauses,** eine Vereinigung des Warenhausprinzips mit dem des Spezialgeschäftes, ein „Spezialwarenhaus“ größten Stils, gelangt im Herbst 1908 in Berlin zur Eröffnung. Das Passage-Kaufhaus, das an der Friedrichstraße eine Front von 57 Metern, an der Oranienburgerstraße eine Front von 67 m haben wird und die zwei Straßen durch eine etwa 13 m breite und fast 150 m lange, glasüberdeckte Passage verbinden soll, wird eines der gewal-

tigsten Bauwerke sein, die je von privater Seite errichtet worden sind. Es wird mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet sein, enthält drei Lichthöfe von bisher unbekannten Dimensionen, 47 Schaufenster, 14 Eingänge, Spiraltransportanlagen, mechanische Paket- und Warenbeförderungen, Tel-Autographen, pneumatisches Kassensystem usw. Die Tendenz des Unternehmens ist, eine Vereinigung von Fabrikanten und großen Detailhandelsfirmen an einem Platze konzentriert mit dem Publikum in Fühlung zu bringen, das Spezialgeschäft von seiner bisherigen Isolierung zu befreien und mit dem Interessenten in Verbindung zu setzen. So mußte für seine innere Geschäftsstruktur natürlich auch eine neue Form gefunden werden. Ein Zentralbureau leitet zunächst die Organisation des Ganzen. Es vermietet die Räumlichkeiten an die Firmen; es liefert Licht und Heizung, besorgt die Hausverwaltung, die Personalversorgung, die Expedition; es übernimmt das Inkasso der verkauften Waren. Ferner vertritt es allgemein die Interessen jeder Gruppe, organisiert das Reklamewesen, stellt ein Anwaltsbureau, besorgt die Katalogisierung, die Feuerversicherung usw.; kurz, bildet eine Art Syndikatsstelle der im Kaufhause vereinigten Firmen. Dabei behalten sämtliche Geschäfte ihre volle Selbständigkeit mit eigenem Kapital und eigenen, persönlich verantwortlichen Inhabern. Nur die allen gemeinsamen Funktionen übernimmt die Zentrale, so daß die Vereinigung einerseits eine intensivste Ausnutzung aller in Frage kommenden Umstände, andererseits Konzentrierung auf die engsten Geschäftszwecke des einzelnen Spezialgebietes ermöglicht. Selbstverständlich wird jede Gruppe in der Art ihrer Waren das Monopol im Passagekaufhaus haben, so daß jede Konkurrenz unter den einzelnen Gruppen vermieden wird; damit aber der Konsument möglichst direkt kaufen kann und der Zwischenhandel ausgeschaltet wird, sollen möglichst nur Fabrikanten und große Detailfirmen die einzelnen Gruppeninhaber bilden. Die Preise stellt jede Firma nach eigenem Gutdünken fest, nur wird die Verpflichtung übernommen, daß die Waren mindestens so billig wie handelsüblich sein müssen. Äußerlich soll das Ganze den Eindruck eines absolut einheitlichen Unternehmens bilden; die einzelnen Abteilungen gehen ineinander über, so daß der Eindruck eines einzigen Riesenkaufhauses festgehalten wird. Für den Verkehr dürfte es schließlich besonders wichtig werden, daß das Kaufhaus gleichzeitig Bahnhof wird, indem die Stadt Berlin den vor der Passage anzulegenden Untergrundbahnhof der städtischen Südnordbahn mit dem Gebäude verband. Die Fahrstühle des Kaufhauses werden nunmehr direkt zum Bahnhof hinunterführen.



**Die Ausnutzung der bayerischen Wasserkräfte.** Eine Denkschrift der bayerischen Regierung gibt an Hand zahlreicher topographischer und hydrometrischer Messungen und Karten zahlenmäßigen Aufschluß über die bayerischen Wasserkräfte. Das Hauptprojekt der Ausnutzung derselben ist das Walchenseeprojekt. Der Walchensee soll als Staubecken Isar- und Rißbachwasser aufsammeln. Etwa 20 m unterhalb des normalen Seespiegels soll dann ein Stollen nach dem Kochelsee getrieben werden, der das Walchenseewasser 200 m tief in den Kochelsee, d. h. in die dort aufgestellten Turbinen führt; 50 000 PS wären das Ergebnis dieses gewaltigen Baues. Vom November bis März würden die Zuflüsse aus Rißbach und Isar in den Walchensee allerdings ausbleiben; dem

Reservoir würde also das Wasser entzogen, der Seespiegel würde sich langsam bis zu 16 m senken. Von März bis Juni würden die Zuflüsse allmählich wieder Wasser bringen, und die Zeit von Juli bis Oktober würde einen normalen Seespiegel aufweisen.

Gegen diesen technisch großzügigen Plan wendet sich Professor Albert Schmidt mit gewichtigen wirtschaftlichen und ästhetischen Gründen: Die Schönheiten des Walchensees würden zum großen Teil verschwinden, Fischerei und Bootsverkehr erheblich leiden; auch in hygienischer Beziehung würde manches sich verschlechtern. Die Inanspruchnahme der Isar zur Speisung des Walchensee-Reservoirs würde die Flößerei fast völlig vernichten, die Isar von Vorderriß bis Lenggries, Tölz und Wolfratshausen würde von April bis November fast kein Wasser führen. Für die Anwohner wäre das ein beträchtlicher materieller Schaden (Flößerei) und für Orte wie Tölz (Luftkurort) obendrein auch ein ideeller. Bayern habe erst vor kurzem eine Kommission zur Erhaltung von Naturdenkmälern geschaffen und wolle nun selbst die dieser Schöpfung zugrunde liegenden einfachsten Prinzipien über Bord werfen. Ähnliche Bedenken macht Professor Gabriel von Seidel geltend: die Ableitung der Isar, die der Lebensnerv zahlreicher Orte sei, werde ganze Gebiete wirtschaftlich und seelisch veröden lassen, es sei nicht sicher, ob nicht beim Fehlen der Isar eine Senkung des Grundwasserspiegels Vegetation und Waldwuchs empfindlich schädigen werde.

Hauptsache bleibt aber bei aller schonenden Rücksichtnahme: Bayern muß seine Wasserkräfte möglichst ergiebig ausnutzen. Es ist kein reiches Land, seine Industrie ist verhältnismäßig noch wenig entwickelt und erwartet gerade von einer vernünftigen Handhabung der Wasserkraftausnutzung größe Förderung. Bayern hat nur geringe Kohlenschätze, es zahlt allein für Kohlenfrachten sehr große Summen, und eine Elektrisierung eines Teils seiner Bahnen wäre schon aus diesem Grunde wünschenswert, abgesehen davon, daß der Wegfall des lästigen Dampfbetriebes für bayerische Badeorte, wie z. B. Reichenhall und Berchtesgaden, große Vorteile brächte.

Die Denkschrift der Regierung hat noch eine andere Wirkung geübt: die Gründung eines Verbandes bayerischer Wasserkraftbesitzer, der die Bedeutung der staatlichen Wasserkraftanlagen für die Industrie besonders betont.



**Die jüngsten Tendenzen im Ausstellungswesen** traten in klarer Weise in der am 11. Januar d. J. in Düsseldorf tagenden Konferenz der ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie zutage, die im Einvernehmen mit den Reichsämtern und dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe zur Erörterung der bevorstehenden Ausstellungen von internationaler Bedeutung: Brüssel 1910, Buenos Aires 1910, Turin 1911 und Tokio 1912, einberufen war.

Es gehört zu den Aufgaben der ständigen Ausstellungskommission, die heimische Industrie um ihre Meinung über die Beteiligung an großen Ausstellungen, insbesondere Weltausstellungen, zu befragen.

Die Vertreter der Industrie erklärten sich gegen eine Beschickung der internationalen Ausstellungen. Internationale Ausstellungen könnten nur noch in Betracht kommen, wenn es sich um die Aufschließung ganz neuer Absatzgebiete handle. Weltausstellungen hätten sich überlebt, nur Provinz- und Fachausstellungen seien noch als fruchtbringend zu be-

zeichnen. Die deutsche, besonders rheinische Großindustrie scheue sich nicht, mit anderen Völkern in Wettbewerb zu treten. Dieser Vorwurf wäre allerdings erhoben worden, wenn Deutschland sich nicht an der Brüsseler Ausstellung beteiligte. Die rheinisch-westfälische Großindustrie habe keine Neigung, nach Brüssel zu gehen. Das gelte in erster Linie vom Bergbau, aber auch von der Stahl- und Eisenindustrie, ferner vom Maschinenbau, der chemischen und der Glasindustrie, um so weniger, als sich die Weltausstellungen in den letzten Jahren in einer die Industrie fortdauernd beunruhigenden Weise gehäuft haben. Insbesondere zeige Belgien einen ganz unverwüstlichen Ausstellungseifer.

Nach dem Ergebnis der Verhandlungen scheint in den Kreisen der deutschen Großindustriellen wenig Stimmung zu einer umfangreichen Beteiligung an den verschiedenen internationalen Ausstellungen vorhanden zu sein.

**Die Errichtung einer deutschen Handelskammer in Paris,** über die wir schon in Heft 2 berichteten, darf, nachdem die deutsche Reichsregierung ihre ursprünglichen Bedenken gegen das Projekt fallen gelassen hat, nunmehr für gesichert gelten. Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und den maßgebenden gewerblichen und industriellen Körperschaften haben bezüglich der Ausgestaltung der Handelskammer in den Hauptpunkten zu einer erfreulichen Übereinstimmung geführt. Die Reichsregierung hatte es von vornherein abgelehnt, die Errichtung aus Reichsmitteln vorzunehmen. So sympathisch auch vom politischen Standpunkt aus die Schaffung eines solchen Instituts als Mittel zur gegenseitigen Annäherung der beiden Nationen und Festigung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu begrüßen war, so hat die deutsche Regierung doch auch die Bedenken erwogen, die ihrer Ansicht nach der Errichtung einer amtlichen Handelsstelle im Zentrum von Frankreich auf beiden Seiten entgegenstehen müssen. Man ist sich daher darüber einig geworden, daß die Mittel zur Errichtung und Unterhaltung aus den beteiligten Kreisen selbst aufzubringen sind. Die bis jetzt vorliegenden Zeichnungen geben eine Garantie für die Durchführung. Bei der Besetzung des Präsidiums, für das in erster Linie Mitglieder der deutschen Kolonie in Paris in Betracht kommen werden, und des Sekretariats hat sich die deutsche Regierung ein Mitwirkungsrecht gesichert. Da auch die französische Regierung sich mit den bisherigen Maßnahmen einverstanden erklärt hat, wird eine in der deutschen Botschaft zu Paris zusammentretende Kommission die Einzelheiten für die Organisation feststellen.



**Für die Vereinfachung der Schreibarbeit** in der städtischen Verwaltung Berlins hat eine Magistratskommission einen städtischen Beamten mit dem Studium der Bureaueinrichtungen in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben betraut. Magistratsoffiziös wird zwar versichert, daß es nicht leicht sein werde, mit Rücksicht auf die Größe, Vielseitigkeit und Unübersichtlichkeit der städtischen Verwaltung sowie im Hinblick auf die Verantwortlichkeit den Aufsichtsbehörden gegenüber eine durchgreifende Reform des gesamten Geschäftsverkehrs der Gemeindebehörden durchzuführen. Jn Betracht kommen nicht nur Kassen, Bureaus, Verwaltungsabteilungen, Betriebs- und technische Verwaltungen, sondern auch noch andere Behörden, mit denen die städtische Verwaltung kon-

form gehen muß. Diese für alle Behörden wichtige Frage hat jetzt auch den Vorstand des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens beschäftigt. Dieser hat beschlossen, zur Lösung der Frage ein Preisausschreiben zu erlassen. Die drei besten Arbeiten sollen Preise erhalten. Zu Preisrichtern sind erwählt: Bureaudirektor Grützmacher (Berlin), Oberbürgermeister Körte (Königsberg), Bürgermeister Ludwig (Neunkirchen), Bürgermeister Neugebauer (Kattowitz) und Oberbürgermeister Voigt (Barmen).



**Zur Reform der deutschen Postverwaltung.** In der Presse sind jüngst verschiedene Vorträge über beabsichtigte Reformen der Reichspostverwaltung veröffentlicht worden. Es sollen zunächst zur Verringerung der Betriebsunkosten besser vorgebildete Unterbeamte mehr und mehr die einfacheren Arbeiten der teueren Assistentenkräfte übernehmen. Aus Ersparnisrücksichten soll fernerhin die Zahl der weiblichen Kräfte bedeutend vermehrt werden, und fortab dürften die Frauen nicht nur im Fernsprechamt, sondern auch in allen Zweigen des Telegraphendienstes beschäftigt werden.

Im Berliner Tageblatt wird aus dem Publikum heraus der Vorschlag gemacht, den Markenverkauf an den Postschaltern zu beseitigen. Diese radikale Umänderung hat sich in Neuseeland zur Zufriedenheit vollzogen, denn der Markenverkauf am Postschalter ist höchst unwirtschaftlich, da diese mechanische Leistung die Beamten unverhältnismäßig belastet. Die deutsche Postverwaltung ist die einzige, die keine Provisionen an Geschäftsleute, die sich mit dem Markenverkauf beschäftigen, zahlt, bei anderen Postverwaltungen werden 2 bis 5 % Provision gewährt. Im Interesse der Postverwaltung läge es, Inhabern von öffentlichen amtlichen Verkaufsstellen Provision zu geben. Das Publikum könnte durch Einrichtung zahlreicher solcher Stellen bequem bedient werden, eine Ersparnis an Beamtenkräften würde erzielt, und der geringere Andrang am Postschalter würde von allen wohltuend empfunden.



# POLITISCHE ENTWICKLUNG

## ANGELO VAZ, MADRID: DIE URSACHEN DER PORTUGIESISCHEN KRISE.[1]

Angelo Vaz hat zuerst als soziologischer Schriftsteller durch ein Werk über Neu-Malthusianismus Ansehen gewonnen. Durch diese Studien ward er zu politischer Betätigung geleitet, die ihm durch nahe Verwandtschaft mit dem einstigen Minister und jetzigen Führer der republikanischen Partei Bernhardino Machado auch persönlich nahegelegt war. In Gemeinschaft mit diesem nahm er an der Bewegung gegen die bisher in Portugal herrschende Diktatur führenden Anteil.


AHLREICHE Artikel über die politische Lage in Portugal sind in letzter Zeit durch die Presse gegangen. In den meisten wimmelt es von verwunderlichen Mystifikationen, unerhörten Lügen, tendenziösen Entstellungen, die wohl größtenteils vom Diktator Joao Franco geschrieben, inspiriert und mit unserem Geld bezahlt wurden. Nur wenige Schriftsteller, wie Louis Morode im Madrider „Heraldo", Dr. Magalhaes Lima in der „Action" haben in richtiger Weise das verbrecherische Werk des Zarismus in diesem kleinen Rußland des Occidents demaskiert.

Portugal ist zurzeit das unglückliche Opfer eines Komplotts, geschmiedet aus Lüge, Verleumdung und Verrat. In ganz falschem Lichte werden die Ereignisse der öffentlichen Meinung dargestellt. Das schöne Land wird von einer kleinlichen und gewinnsüchtigen Monarchie ausgebeutet. In den Zeitungen wird erklärt, daß Portugal keine parlamentarische Tradition habe, nicht genügend entwickelt sei, um durch eine gesetzgeberische Körperschaft die höchste Gewalt auszuüben, daß somit das Volk die Diktatur einer „sanften aber festen Hand" benötige, um späterhin für die eigene Macht vorbereitet zu sein. Dies alles ist ebenso falsch als verleumderisch. Gerechter als der Diktator, der solche Ausstreuungen in den Blättern erscheinen läßt und damit seine Mitschuld an dieser Kampagne gegen unser Vaterland beweist, zitiert Guizot immer wieder die portugiesischen Cortes, die ein unwiderlegbarer Beweis parlamentarischer Traditionen sind. Der Begründer der Dynastie von Braganza, der auch der gegenwärtige Herrscher, Karl I. angehört, Don Joao IV. wurde ebenso wie Don Joao I., der Begründer der zweiten Dynastie, von den versammelten Cortes bestätigt. Im Jahre 1840 haben somit die drei Stände, Geistlichkeit, Adel und Volk, durch einen feierlichen Akt die Souveränität der Nation bekundet, der auch, wenigstens ihrer Auffassung nach, das Recht zustand, den König zu entthronen, falls er sich unwürdig zeigen sollte. Die Revolution von 1820 war ein starker Beweis für den Widerhall, den die Ideen der Revolutionäre in unserem Land fanden. Wir hatten von da an bis 1846 Bürgerkriege für die Einführung konstitutioneller Regierung, und die Konstitution von 1822 stellt die souveräne Entscheidung des Volkes über die Königswürde. Aber schon im Jahre 1826 ist in dem Erlaß von Don Pietro IV. das Volk ausgeschaltet, und, ein förmlicher

[1] Die Ermordung des Königs Carlos von Portugal und des Thronfolgers hat das allgemeine Interesse auf die Zustände in Portugal gelenkt. Der vorliegende Aufsatz, kurz vor den dramatischen Ereignissen des 2. Februar geschrieben, deckt die Ursachen der tiefgehenden Gärung im portugiesischen Volke auf. Red.

Hohn auf das früher Erreichte, es werden wieder in der königlichen Gewalt Gesetzgebung, Exekutionsgewalt und höchstes Richteramt vereinigt.

Das Veto des Königs kann ein Gesetz, das die Kammer angenommen, ungültig machen. Da er frei ist, sein Ministerium zu wählen, kann er alle liberalen und ehrlichen Männer, die tyrannischen oder gewinnsüchtigen Motiven nicht dienen wollen, verabschieden. Als höchster Gerichtsherr ernennt er die Richter und kann sie als seine Werkzeuge gebrauchen.

So ist denn unsere Konstitution eine jesuitische Taschenspielerei. Natürlich hat es heiße Kämpfe und Debatten um die Konstitution gegeben. Der Bruderstreit von 1834—1846 bezeugt die Liebe der Portugiesen für ihre Freiheit. Die Heldenfigur von Passos Manoel ragt aus der Geschichte als die eines unbeugsamen Verfechters demokratischer Gesinnung hervor. Der schmähliche Verrat der Königin Maria II., die England und Spanien zur Hülfe rief, ist ein Beweis mehr dafür, daß die Dynastie der Braganzas weder der Rasse noch dem Herzen nach zu Portugal gehörte.

Joao Franco, ein skrupelloser, talentloser, unwissender Streber, verbreitet in fremden Ländern, daß die große Zahl der Analphabeten in Portugal zur Genüge eine Diktatur rechtfertige. In Wahrheit wird die Unwissenheit des Volkes absichtlich von der Monarchie, die alles Interesse daran hat, aufrechterhalten. Bekannt ist der Satz eines russischen Fürsten: „Jeder Russe, der lesen und schreiben lernt, ist ein Revolutionär.“ Die portugiesischen Braganzas denken ebenso und wollen die Volksbildung verhindern. Interessant sind die Berichte und Vorträge des ehemaligen Unterrichtsministers Dr. Bernardino Machado, die den bösen Willen der Monarchisten gegenüber der Frage der Volksbildung deutlich beweisen. Die für Unterrichtszwecke bestimmte Summe ist lächerlich klein. Erst kürzlich wurde durch ein Dekret des Diktators die Einschreibung von Schülern für die Lehrerseminare verboten. In die fremde Presse posaunt man hinaus, das Volk besteht aus Analphabeten, und zugleich verhindert man die Heranbildung künftiger Lehrkräfte!

Ähnliche Vorgänge waren schon früher beliebt; unter der absolutistischen Regierung von Don Miguel sind 200 Volksschulen geschlossen worden!

Joao Franco erwiderte auf den Entrüstungssturm, den das letzte Vorkommnis hervorrief, daß schon zuviel Lehrer für die Zahl der Schulen, die von der Regierung gebaut werden können, vorhanden seien. Die Zahl der Schulbauten ist in den letzten Jahren wahrhaftig gering genug und dürfte noch, so stellt der Diktator in Aussicht, zufolge der „augenblicklichen finanziellen Situation“ verringert werden.

Freilich sind während seiner Diktatur die Staatsausgaben wahnsinnig in die Höhe gegangen. Die Ausgaben für Armee und Beamtentum wurden erhöht, um die wankende Monarchie zu stützen und den bürgerlichen Klassen eine starke Militärmacht entgegenzusetzen. Aber trotzdem wird die Stellung der Braganzas täglich unsicherer, und unsere Armee, die sich in Afrika so tapfer bewährt hat, ist erfüllt von dem Bestreben, den Verdacht abzuwehren, daß sie dieses Königtum stützt.

Das Werk der Korruption des Joao Franco konnte die Seele der portugiesischen Nation noch nicht vergiften.

Es soll hier noch über die skandalösen und ungesetzlichen Kreditgewährungen an den Hof berichtet werden. Die Geschichte dieser Anleihe ist eine der schmählichsten Hofgeschichten, ohnegleichen in der Weltgeschichte. Die berühmte Halsbandaffäre der Königin Maria Antoinette verblaßt da-

neben. Der ehemalige Minister Dios Ferreira, der vor wenigen Monaten starb, hat schlankweg versichert, das Land sei ausgeplündert und von förmlichen Diebesbanden verwaltet worden. Allen voran hat der gegenwärtige Diktator die Vermehrung der königlichen Macht herbeigeführt. Zu diesem Zwecke wurde das Staatsvermögen Sr. Majestät Don Carlos zur freien Verfügung preisgegeben, oder vielmehr: das Staatsvermögen mit der königlichen Privatschatulle vermengt.

Als ehedem abwechselnd die Parteien der Fortschrittler und der Reformatoren am Ruder war, gaben sie dem König Geld in verschleierter Form als Anleihe. Joao Franco verurteilte diese Männer als unehrliche Schufte. Er hingegen, der unbestechliche Ehrenmann, der wahre Kato, häuft einfach die Schulden des Königs der Staatskasse auf, läßt sie daraus bezahlen und erhöht auf dem Wege der Diktatur die Zivilliste um 800000 Frcs. im Jahre. Jeder Widerstand des Volkes wurde auf dem Wege der Gewalt unterdrückt. In den Straßen von Porto und Lissabon fielen unschuldige Opfer. Unnütz wurde ihr Blut vergossen und frei fließt nun der Goldstrom in die Taschen des Königs.

Durch ein Dekret, das der König als Schuldner selbst unterzeichnet hat, vermeinte der Diktator die Sache mit den Gläubigern, also der Nation, abtun zu können. Dieses Dekret beginnt mit einem Berichte über die traurige Armut des Königs, mit unwahren und sentimentalen Schilderungen über die finanziellen Schwierigkeiten des Hofes. Dieser „bedauernswerten Armut“ stehen verschwenderische Ausgaben gegenüber: Reisen ins Ausland, glänzende Empfänge in Lissabon, Galaempfänge für fremde Herrscher. Der König hat ausgedehnte Güter angekauft, ebenso Yachten, Automobilboote, zwei prachtvolle Häuser in Lissabon, Luxusautomobile von Pariser Firmen usw. Die angeblich dem König vorgestreckte Summe beträgt 3855000 Frcs., ein Beweis und eine Verrechnung werden uns nicht erbracht. Wie hierbei verrechnet wird, mag die Geschichte der Yacht „Amalis“ zeigen: Sie wurde vom Staate angekauft und in der Liste der nationalen Flotte geführt; ihr Wert betrug ungefähr 1500000 Frcs. Der König reiste mit dem Schiff, aber es gehörte der Nation. Um dann dem Staat seine Schulden zu bezahlen, schenkte der König der Nation die Yacht „Amalis“, die ja ohnedies ihr Eigentum war. Die noch verbleibenden Schulden von 2 355 000 Frcs. sollen auf folgende geniale Weise getilgt werden. Der König bezieht seit Jahren unberechtigterweise die Einkünfte aus den Gebäuden, wo die Kasernen und die Militärakademie untergebracht sind. Diese Gebäude gehören aber dem Staat, und nun verzichtet der König auf die Rente, resp. er verkauft die Gebäude dem Staat für den Preis der erwähnten Restsumme.

Aber die Komödie geht noch weiter. In Anbetracht des bejammernswerten Elendes der königlichen Familie wird die Zivilliste um 800 000 Frcs. erhöht, so daß sie gegenwärtig 3 435 000 Frcs. beträgt. Außerdem werden immer neue Mittel gefunden, um die Bewilligung von Ausgaben zu erlangen. Bald erfordert der Königspalast teuere Reparaturen, bald sind Reisen zu zahlen, wie denn z. B. die Reise des Thronfolgers Louis Philipp nach Afrika rund eine Million Frcs. gekostet hat.

Die Dynastie der Braganzas ist für das Land ein furchtbarer Abgrund, der unermeßliche Summen verschlingt.

Die gegenwärtige Krise ist hervorgerufen durch eine Frage der Moral und der Freiheit! Unter dem Deckmantel der Religiosität herrschen Plutokratie und Zarismus. Untergang, Bankerott und Schande stehen bevor. Für Portugal ist dieser Moment entscheidend über Leben und Tod.

Dennoch verzweifeln die Republikaner nicht. Das portugiesische Volk hat große Eigenschaften; es ist arm, aber ehrlich, intelligent und von bewunderungswürdiger Arbeitsfähigkeit. Noch ist es nicht zugrunde gerichtet, in ihm leben latente Kräfte, die in dem sozialen Sturm zu einer Macht gestärkt werden können.

Und das Gewissen sowie die Erkenntnis des Volkes sind im Begriffe zu erwachen.



## H. VAMBÉRY, BUDAPEST: DIE KULTURBEWEGUNG IM ISLAM.



EX oriente lux! Ja, es beginnt im Osten zu grauen, und zwar sind es sonderbarerweise dieselben Lichtstrahlen, die wir seit mehr als hundert Jahren daselbst mit Gewalt verbreiten; Lichtstrahlen, gegen die der islamische Orient bisher Tür und Tor verrammt und verriegelt, und die nun nach hartem Kampfe Eingang gefunden, eine kaum geahnte Helle zu verbreiten beginnen. In der Türkei, wo ein tyrannisches Régime mit unerhörter Grausamkeit jede geistige Regung unterdrückt, hat demungeachtet in der Literatur, in der Denkungsweise und in der Sittenwelt ein ganz außerordentlicher Umschwung stattgefunden. Vor fünfzig Jahren habe ich in den Stambuler Efendikreisen einen typischen Orient vorgefunden mit allen Abnormitäten moslimisch-asiatischer Lebensanschauungen. Die neuere Generation der Türken hat sich Europa mit Riesenschritten genähert, sie hat ihre Sprache vereinfacht, sie studiert europäische Wissenschaften, sie produziert Künstler und Gelehrte, ihre Ingenieure bauen eben jetzt die Hedjor-Bahn, und nicht nur die Jugend, sondern sogar das reifere Alter ist voll Begeisterung für politische Freiheiten, so daß dem Großherrn heute die Jungtürken viel mehr zu schaffen geben als die am Bosporus tätigen Diplomaten der abendländischen Kabinette. Dieses Verlangen nach freiheitlichen Institutionen macht sich selbst beim schlichten Türken in Anatolien bemerkbar. Die guten Bürger von Kastamuni, Wan, Erzerum und anderen Orten haben ganz einfach ihre an der Spitze der Provinz befindlichen Gouverneure allein abgesetzt und gewaltsam entfernt. Überall will der freiheitliche Geist sich Wege bahnen, und wenn das gemeinsame Band des Islam und die Furcht vor den Folgen der westlichen Krankheit, Kilometritis genannt, die Untertanen des Sultans vorläufig im Zaume hält, auf die Dauer wird dies nicht möglich sein. Was heute in Jemen geschieht, das wird wohl bald auch anderswo eintreten.

In Ägypten, das durch englische Administration reich geworden, wie nie zuvor, geberden sich die jedenfalls viel zu früh erwachten Nationalisten mit einer Begeisterung, die gegen Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch niemand vorausgesehen hat. Auch hier hat modernes Wissen und moderne Denkungsart große Fortschritte gemacht. Der Herzog von Harcourt wird wahrscheinlich so manche seiner 1893 im Buche „L'Égypte et les Égyptiens“ gemachten Äußerungen modifizieren und seinem Gegner, Kassem Amin, in vielen Punkten recht geben, denn die Welt, ob buddhistisch, bramanistisch oder moslimisch, schreitet unaufhaltsam fort, und wenn die Wünsche meines

alten Bekannten, Mustapha Kamel Pascha, des Führers der Nationalisten, heute noch auf keiner soliden Basis beruhen, die nächsten Jahrzehnte werden derartige Ambitionen wohl zeitigen; denn in dem Maße, wie die Kultur den Unterschied zwischen Ost und West abschwächt, im selben Maße wird die europäische Vormundschaft über die Völker Asiens abnehmen müssen, ob wir es wollen oder nicht. Kein Lehrer vermag den Zögling ewig an die Schulbank zu fesseln. Was französischer Geist am Nil begonnen, das will britische Beharrlichkeit nun vollenden!

Was heute in Persien geschieht, ist eine ernste Mahnung für unseren Eigendünkel. Hier hat sich über Nacht eine Veränderung vollzogen, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist. Ein Volk, das Jahrhunderte lang unter dem schauerlichsten Despotismus geschmachtet, das keine Gesetze, keine Ordnung, keine Gerechtigkeit gehabt, ist urplötzlich zur Freiheit erwacht, hat sich selbst eine Konstitution geschaffen, dieselbe dem Tyrannen aufgedrungen. Und dieses Volk wird, wenn ihm Europa nicht in den Weg kommt, zu einem neuen Leben erwachen und kraft der im iranischen Elemente ruhenden großen Fähigkeiten solche Veränderungen hervorrufen, die uns so überraschen mögen wie die soeben stattgefundene politische Umwälzung. Was die englisch-russische Konvention bezüglich der Einteilung der Interessensphären entschieden, das mag die zukünftige kulturelle Evolution der Perser leicht über den Haufen werfen. Das Perservolk ist begabt, es sehnt sich nach Bildung, und Bildung wird in Asien ein Faktor werden, mit dem der übermütige Westen wohl zu rechnen haben wird.

Noch mehr befremdend sind die Zeichen des kulturellen Erwachens der unter russischer Herrschaft stehenden Mohammedaner. In meinem früher erschienenen Buche „Der westliche Einfluß im Osten" habe ich schon auf die Reformbestrebungen der Tataren hingedeutet, und die Rolle der Tataren in der Duma, wo sie ausschließlich den liberalen Standpunkt vertreten und den Kadetten sich angeschlossen haben, rechtfertigt ganz meine Vermutungen. Noch vor drei Tagen habe ich den Besuch einiger tatarischer Herren aus Kazan, Ufa, Orenburg und Bagtsche-Jarai erhalten. Sie waren auf einer Reise nach Ägypten begriffen, wo sie mit ihren dortigen Glaubensbrüdern über gewisse religiöse Fragen sich beraten wollen. Sie haben nichts weniger vor als den Versuch einer Reformation im Islam, d. h. sie trachten mit Hilfe und Genehmigung der Mollawelt jene Gesetze und Normen des Islam abzuändern, die dem Fortschritt auf der Bahn der neuern Welt störend im Wege stehen, folglich den ersten schüchternen Versuch zu einer Reformation des Islam herbeizuführen. Daß eine Verjüngung der Lehre Mohammeds, richtiger gesagt: eine Beseitigung der später geschaffenen Fesseln, für den Fortschritt im moslimischen Asien von großem Nutzen wäre, das unterliegt keinem Zweifel, aber eben so schwer ist auch die Realisierung dieses Vorhabens, zumal die asiatischen Despoten ebenso wie ihre westlichen Gesinnungsgenossen in der Religion ihre feste Burg finden und dieselbe auch verteidigen werden. Merkwürdigerweise genug findet der reformsüchtige Islam in den Lehren und im Beispiele der Christenwelt die beste Waffe gegen Europa, so daß wir selbst dazu beitragen, das Terrain unserer Eroberungen in Asien zu schmälern und zu erschweren.

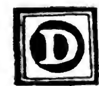
Nur noch einen Blick auf Indien und Mittelasien! Der Islam in Indien hat, dank dem Reformeifer der Briten, sich unserer Welt schon in vielen Beziehungen genähert, und nicht nur aus der Hochschule in Aligarh, sondern auch aus den anglo-indischen Universitäten treten jahraus jahrein zahlreiche

Moslimen als vollständig europäisch gebildete Männer hervor, und zwar als solche Männer, die in den Geschicken ihres Landes und in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Ost und West eine ganz ungeahnte Veränderung hervorrufen können. Selbst in Mittelasien, in dieses alte Nest religiöser Überspanntheit, will der Fortschritt sich einschleichen und fordert die dickbeturbanten Fanatiker, unter denen ich seinerzeit so viel zu leiden hatte, zum Kampfe heraus. Letztere haben die Zeitungen in Bann gelegt, weil diese die modernen Ideen verkünden; doch der Einfluß der Glaubensgenossen im Norden, d. h. der Tataren, ist viel zu mächtig, um die Aufklärung der Geister zu verhindern.

Die hier angeführten Momente sind bloß schwache Streiflichter zur Erhellung einer sich schon lange, aber still und ruhig vollziehenden Bewegung. Daß sie in der Neuzeit sich mehr unserer Aufmerksamkeit aufgedrängt, das liegt in den Erfolgen der Japaner über die Russen, folglich ein Beweis, daß ein asiatisches Volk der größten und mächtigsten europäischen Macht gewachsen sei. Der Umstand, daß das verhältnismäßig kleine, den Mohammedanern nur wenig bekannte Japan, eben Rußland, das Schreckensbild aller Mohammedaner, niederzuwerfen imstande war, hat im Osten einen unglaublich tiefen Eindruck gemacht. Dieser glänzende Sieg eines als gottlos geschilderten Volkes wird viel dazu beitragen, um an gewisse Satzungen des Islam sich mit Reformgedanken heranzuwagen. Das alte Prinzip: der Islam vermag alles, der *Koran ist feiner wie ein Haar und schärfer wie ein Schwert*, hat eine wesentliche Erschütterung erhalten, und die blinde Orthodoxie, die erbitterten Gegner aller Neuerungen werden schließlich nachgeben müssen. Wer mehr als fünfzig Jahre lang in verschiedenen Teilen der Islamwelt gelebt und mit den einzelnen Völkern dieser Glaubenswelt in regem Verkehr gestanden, wie ich, der wird in der heutigen Bewegung untrügliche Zeichen eines geistigen Erwachens entdecken müssen; eines Erwachens, das weder die heimischen Tyrannen der Moslimländer, noch die Übermacht des Abendlandes zu hemmen vermag. Wir tun daher jedenfalls besser, wenn wir den vorwärtsstrebenden Mohammedanern mit aufrichtiger Freundschaft entgegenkommen und in ihrem Kampfe um Freiheit und Menschenrechte unsere Unterstützung gewähren. Mit nationalen Sonderinteressen werden wir hier wenig ausrichten, denn Asien ist vollkommen berechtigt, diesen in diesem Auftreten einzelner Nationen zu mißtrauen und als erneuerte Ausbeutungsversuche anzusehen. Wenn Europa im Morgenlande ehrlich und mit offenem Visier auftreten will, so kann dies nur im internationalen Gewande, mit der Fahne der westlichen Kultur und nicht der westlichen Übermacht geschehen. Deshalb begrüße ich das Erscheinen dieser internationalen Zeitschrift mit wahrer Freude, schließe mich den Mitarbeitern gern an und hoffe, daß aus den *Documents du Progrès* ein *Victoire du Progrès* werden wird.



# DÉPUTÉ EMIL VANDERVELDE, LA HULPE: DAS BELGISCHE PARLAMENT UND KÖNIG LEOPOLDS KONGOSTAAT.


IE belgische Regierung hat den Kammern im November 1907 ein Projekt über die Annexion des Kongostaates vorgelegt. Zweifellos ist dies die ernsteste Frage, die seit 1830 in Belgien zur Entscheidung stand. Es ist an sich schon eine bedenkliche Sache, wenn ein Land mit sechs Millionen Einwohnern die Aufgabe übernimmt, eine Kolonie zu verwalten und zu verwerten, die etwa zwanzig Millionen Einwohner zählt. Aber abgesehen davon sind in der gegenwärtigen Lage die Grundprinzipien des belgischen Rechts durch das Regierungsprojekt in Mitleidenschaft gezogen.

Seit 25 Jahren regiert König Leopold II. als unabhängiger Herrscher den Kongostaat, so wie Abdul Hamid die Türkei regiert. Während internationale Konventionen ihm die Pflicht auferlegen, die kommerzielle Freiheit zu achten und die Existenzbedingungen der eingeborenen Völkerschaften zu verbessern, hat er um seines eigenen Vorteils oder um des Vorteils einiger ihm untergebener Gesellschaften willen die Kautschukernte, die Produktion des Kopal, des Elfenbeins fast vollständig monopolisiert, und dies für ein Gesamtgebiet, das etwa achtzigmal so groß ist wie ganz Belgien. Zur Lösung der Arbeiterfrage hat er die Neger, unter dem Vorwand, ihnen Naturalsteuern aufzuerlegen, zu einer Zwangsarbeit verurteilt, die einer wahren Sklaverei gleichkommt.

Nichtsdestoweniger haben wenigstens anfänglich die Einkünfte des Staates nicht genügt, um die Kosten zu decken, und das Werk hätte, auf sich selbst gestellt, einen Zusammenbruch erfahren. Da nahm der unabhängige Herrscher zuerst 1890, dann 1895 seine Zuflucht zu Belgien. Das Land, das ihm schon seine Offiziere, seine Verwaltungsbeamten und Diplomaten gegeben hatte, bewilligte ihm eine Anleihe von fünfundzwanzig Millionen, dann von weiteren sechs Millionen und erhielt dafür das Recht, den Kongostaat ohne jede Einschränkung an sich zu nehmen, auch zu Lebzeiten des Königs.

Scheinbar war nun die Frage der Wiederbesitzergreifung aufs einfachste und klarste gelöst. Aber im Juni 1906 richtete Leopold II. an seine Staatssekretäre einen offenen Brief, der tiefe Bewegung in den kolonialen und parlamentarischen Kreisen hervorrief. Die Tatsache scheinbar völlig vergessend, daß Belgien ein kontraktliches, durch klingende Münze erkauftes Recht auf den Kongostaat besaß, verhandelte der König über Bedingungen einer eventuellen Zurücknahme des Kongostaates seitens des Landes, von denen ehedem niemals die Rede gewesen. Belgien sollte das Recht haben, den Kongostaat zu übernehmen, aber zugleich sich verpflichten, die Stiftungen Leopolds II. unangetastet zu lassen, insbesondere die Stiftung der Krone, deren Ertrag dazu diente, die Presse zu korrumpieren, Favoritinnen zu unterhalten, öffentliche Arbeiten ohne Zustimmung des Parlaments ausführen zu lassen und Unternehmungen des Kolonialinteresses zu unterstützen.

Diese Stiftung der Krone, die mehrere Jahre zurückreicht, besitzt neben Realitäten in Belgien und Frankreich einen ausgedehnten Minendistrikt sowie die reichsten Kautschukwälder des Kongos, die ein Territorium, zehnmal so groß wie Belgien, bedecken und den neunten Teil der ganzen Kolonie ausmachen.

Würde nun das Land im Falle einer Zurücknahme der Kolonie die Nutznießung dieses ausgedehnten Besitztums dem Könige oder seinen Nachkommen überlassen, ihnen das Recht der Verwaltung ohne Kontrolle des Parlaments zugestehen, ihnen auf diese Art Unabhängigkeit und jährliche Einkünfte von gegenwärtig über sechs Millionen, die sich in Zukunft noch verdreifachen können, gewährleisten, so würde das eine Kolonie innerhalb der Kolonie bedeuten, zugleich auch die Duldung einer Machtherrschaft zugunsten der Krone, die in direktem Gegensatz zu den Grundsätzen des belgischen Rechtes stände.

So hat denn auch die Veröffentlichung des königlichen Briefes einen wahren Sturm im Parlament hervorgerufen. Der Liberale Huysmans und der Sozialist Vandervelde interpellierten und fragten die Regierung, ob sie im Einverständnis mit dem König stehe. Der Kabinettschef erwiderte, daß die Forderungen in dem königlichen Briefe tatsächlich nur „ernste Mahnungen“ darstellten, und anknüpfend an diese Erklärungen beschloß die Kammer einstimmig einen Erlaß, der den Willen des Parlaments aussprach, in kürzester Frist die einfache Übernahme des unabhängigen Kongostaates durch Belgien zu bewerkstelligen. Somit schien es, daß die Sache geordnet war, und man durfte annehmen, daß der Vertrag der Übernahme, den die Regierung niederzulegen sich bereit erklärte, den Beschlüssen der Kammer entsprechen würde. Allgemein war die Überraschung, als sich herausstellte, daß dem nicht so sei. Der Überlassungsvertrag, der am 26. November 1907 der Genehmigung des Parlaments vorgelegt wurde, verlangt Anerkennung der bestehenden Kongostiftungen sowie der gesetzlich zugestandenen Rechte an Dritte, gleichviel ob Eingeborene oder Nichteingeborene. Man ist somit einfach zu den Forderungen zurückgekehrt, die seinerzeit von der Kammer abgelehnt wurden. Es ist nicht verwunderlich, daß sich eine lebhafte Opposition gegen das Projekt geltend macht, welche die ganze Linke (sozialistisch und liberal) sowie einen Teil der Rechten, also die Majorität der Kammer, umfaßt.

Die Zurücknahme des Kongos unter Aufrechterhaltung der Krondomäne würde für das Land die Gefahr eines kolonialen Defizits bedeuten, während der König in der Lage wäre, reichliche Einkünfte aus seinen reservierten Ländereien zu ziehen. Er tut freilich so, als ob diese Einkünfte nur für Werke des Allgemeinwohls aufgewendet werden sollten, z. B. für die Schaffung einer belgischen Marine, die Ausführung bedeutsamer öffentlicher Arbeiten, die Begründung von Institutionen für Unterricht, Hygiene sowie von Wohlfahrtsanstalten. Aber die Gefahr, die in solch einer Stiftung für ein Volk, das sich selbst zu regieren beansprucht, liegt, tritt klar zutage. Während das belgische Parlament das Kongodefizit zu bezahlen hätte, würde der König eine Kriegsmarine schaffen, ohne das Parlament zu befragen, er könnte ebenso mit Umgehung desselben öffentliche Arbeiten ausführen lassen, die der Volksvertretung unerwünscht sind, und würde durch die Einkünfte der Krondomänen die Mittel besitzen, eine persönliche Macht auszuüben, die das belgische Volk unter keiner Bedingung wünscht. Es muß ferner hinzugefügt werden, daß unter den Werken für das Allgemeinwohl, dem die Einkünfte der Stiftung dienen sollen, in erster Linie große Dotationen für die Witwe des Herrschers, den präsumptiven Thronerben und jede Prinzessin bis zu ihrer Vermählung eingesetzt sind.

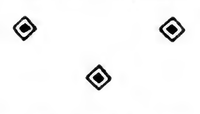
Der Gesetzentwurf betreffend den Kolonialbesitz, der zur Ergänzung des Übergabevorschlages vorliegt, gewährt ferner dem Könige, allerdings

unter Verantwortlichkeit des Kolonialministers, das Recht, das Budget festzustellen, Anleihen in beliebiger Höhe aufzunehmen, alle Mitglieder des Kolonialrates zu ernennen und, sofern nicht Einspruch im Parlament erhoben wird, die unbeschränkte gesetzgeberische Gewalt auszuüben.

Die Annexion wäre unter solchen Umständen nur eine Fortsetzung der absolutistischen Regierung zum Schaden der Unabhängigkeit des Landes, zum Schaden der eingeborenen Völker des Kongos, denen schon so viel Unbill widerfuhr. König und Minister haben bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge nicht mit dem Parlament gerechnet. Sie waren ausschließlich auf die Opposition der Radikalen und Sozialisten gefaßt und sahen doch nicht voraus, daß sie einem geeinigten Block aller derer gegenüberstehen würden, die um keinen Preis die nationale Unabhängigkeit durch eine persönliche Herrschaft verdrängt sehen möchten. Was immer die Gegner kolonialer Unternehmungen sagen mögen, die Mehrheit der Kammer scheint geneigt, den Kongo zurückzunehmen, der tatsächlich schon lange eine belgische Kolonie ist. Aber sie will ihn nur dann zurücknehmen, wenn keine Bedingungen gestellt werden, durch die parlamentarische Vorrechte bedroht werden. Das Projekt der Zurücknahme ist in seiner gegenwärtigen Fassung verurteilt, und die Regierung scheint sich hierüber auch klar zu sein.

Herr Schollaert, der als Ministerpräsident Herrn de Trooz gefolgt ist, erkennt in seiner ministeriellen Erklärung an, daß der Überlassungsvertrag der Abänderung bedarf. Welches werden diese Abänderungen sein? Inwieweit wird der König sich bereit zeigen, den Gegnern entgegenzukommen, und werden die gemachten Konzessionen genügen, um eine Mehrheit für das Projekt zu gewinnen?

Über all dies werden uns die bevorstehenden Debatten belehren. Mögen doch die gemäßigten Anhänger der Opposition sich von der Überzeugung leiten lassen, daß in seiner Lage zwischen England und der belgischen Kammer der König genötigt ist, nachzugeben, wenn er nicht auf die Schwäche oder auf die Gefälligkeit eines Teiles der Volksvertretung rechnen kann.



# CHRONIK

UEBER **die Entwicklung der Friedensbewegung** schreibt A. H. Fried in der Januarnummer seiner „Friedens-Warte“ unter dem Titel „Neue Bahnen des Pazifismus“ das folgende: „Keine Bewegung braucht sich zu schämen, auf Irrpfaden gewandelt zu haben. Wie jeder anderen großen Bewegung ist auch dem Pazifismus jenes Irren nicht erspart geblieben. Unser Kampf richtete sich gegen die Heere, die Waffen und ihre Träger. „Abrüstung“ war unsere Parole. Den Irrtum, durch Abrüstung zum Frieden zu gelangen, haben wir überwunden. Wir haben einen anderen noch zu überwinden. Wir legen noch immer den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Schiedsgerichtsbarkeit. . . Wir haben eine Kleinigkeit übersehen. . . Die Ursache der Gewaltanwendung im Völkerverkehr liegt in der Disharmonie des Zusammenlebens der Staaten. Bei dem Mangel einer Ordnung im Staatenleben ist jedes

Volk auf sich selbst gestellt; ist es gezwungen, im letzten Grunde auf seine Kraft zu bauen, sich mit Gewalt zu behaupten. In diesem Zustande muß jedes Volk des anderen Feind sein, jedes Volkes Fortschritt des anderen Volkes Niederlage, jedes Volkes Heil des anderen Volkes Unheil bedeuten. Alle Kräfte wirken da gegeneinander, und aus den Wirrnissen gibt es oft keinen anderen Ausweg als die Explosion, gibt es keine andere Rettung als die Katastrophe, den Krieg. Der Krieg kann dann notwendig sein, weil er erlöst, weil er Unhaltbares beseitigt, weil er einen Ausweg schafft; der Krieg ist dann Befreiung, ist vernünftig, ... so lange vernünftig, als die Verhältnisse, die ihn zeitigten, unvernünftig sind. Die Unvernunft liegt aber ... in der Staatenanarchie, die wir bekämpfen sollten.

Das Beobachten der Lebensbetätigung und Entwicklung der anderen, das Erwägen der Einflüsse dieser Erscheinungen auf den eigenen Staat und das Streben, jene Lebensäußerungen der anderen lahmzulegen, ihre Wirkungen vom eigenen Staat nach Möglichkeit abzuhalten, und wenn dies nicht möglich, sie mit Gewalt, das heißt durch Krieg abzulenken, zu unterbinden oder ganz zu vernichten, dieses kurzsichtige Lavieren und verzweifelte Umherblikken bildet den Inhalt unserer internationalen Politik, die Hauptbetätigung unserer modernen Diplomatie.

Der Krieg als solcher ist Auslösung von (durch die Anarchie) gehemmten Spannkräften; ein mechanisch eintretender Ersatz für die mangelnde Ordnung, ein bewußtes Herbeiführen der Erschütterung, von der man Luft und Licht erwartet, oder von der man glaubt, daß sie dazu beitragen wird, die Verengerung des Lebensraumes zu verhindern, in der Hoffnung bewußt herbeigeführt, augenblickliche günstigere Bedingungen für sich auszunützen, als sie bei der befürchteten späteren mechanischen Auslösung zu erwarten sind.

Es ist nun klar, daß ein solcher Gewaltausbruch gar nicht durch Vernunftspruch ersetzt, demnach durch Rechtseinrichtungen gar nicht gehindert werden kann, da ihm kein Vernunftkonflikt zugrunde liegt. Es liegt daher eine gewisse Naivität in dem Beginnen, den Krieg durch das Schiedsgericht ausrotten zu wollen.

Das ist ein Irrtum! Durch das Schiedsgericht gelangen wir ebensowenig zum Frieden, wie durch die Abrüstung. Beides sind Folgen, die uns als selbstverständlich in den Schoß fallen werden, wenn wir die Ursachen geändert haben werden. Irrungen. Über Bord damit!

Es kann sich für uns nur darum handeln, dem Kampf der Staaten seinen gefahrbringenden Charakter zu nehmen, den Konflikt anders zu gestalten, das mechanische Walten roher Kräfte dabei auszuschalten und der Vernunft die Herrschaft zu sichern. Damit wollen wir den Kampf nicht aus der Welt schaffen, der auch für uns der „Vater aller Dinge“, das Lebensprinzip ist; wir wollen ihm nur eine unserer Kultur entsprechende Form geben, die der Vernunft auch im Konflikt Raum gibt, und die so die Möglichkeit bietet, den Konflikt durch Vernunftmittel auszugleichen.

Andersgestaltung des Konfliktes der Staaten ist die Aufgabe des modernen Pazifismus.

An die Stelle der internationalen Anarchie muß eine internationale Ordnung treten. Wir brauchen sie nicht herzustellen; wir brauchen sie bloß zu erkennen, und wir haben sie....

Alle Staaten der Welt sind heute aufeinander angewiesen. Die Wirtschaft, die Wissenschaft und das Empfinden greifen über alle Grenzen

hinweg ineinander. Die gesamte Menschheit bildet bereits einen Organismus. Dadurch, daß die die Geschicke der Völker beeinflussenden Menschen den Zusammenhang, die Solidarität der Menschheit noch nicht erkennen, entsteht ein Konflikt zwischen den Einrichtungen der Menschen und den natürlichen Erscheinungen. Dieser Konflikt ist die Ursache allen Unheils, das die menschliche Gesellschaft bedrückt. Es ist daher die wichtigste Aufgabe des Pazifismus, den natürlich entwickelten Organismus der Menschheit und ihre Solidarität erkennbar zu machen, er hat die Erkenntnis der bereits wirkenden Weltorganisation zu erwecken, auf daß die Menschheit mitwirkt daran, die Welt zu organisieren."



**Aus der politischen Entwicklung Schwedens.** Nach der Auflösung der Union mit Norwegen im Jahre 1905 — und teilweise infolge dieser Auflösung — befindet sich Schweden in einem Zustande rastloser innerer Entwicklung. Auf den verschiedensten Gebieten werden Reformen geplant und durchgeführt, Industrie und Handel gewinnen größeren Umfang, alte bureaukratische Formen werden durch neue ersetzt. Auch auf sozialem Gebiete bemerkt man eine erheblich größere Lebendigkeit. Im Reichstag wurden 1906 u. a. neue Gesetze über Pacht- und Mietsverträge beschlossen, und das Bauordnungswesen wurde endgültig durch Gesetzgebung geregelt. Ebenso wurde ein neues Stadtbebauungsgesetz zur Regelung der Entstehung neuer Gemeinden durchgeführt und ein Bodenvermittlungsfonds begründet, der den Zweck hat, Vereinen Darlehen zu geben zwecks Schaffung kleinerer Landgüter. Verschiedene wichtige soziale Fragen werden gegenwärtig behandelt. So die Armenpflege, der gewerbliche Arbeiterschutz, das Lehrlingswesen, die Wertzuwachssteuer u. a. Ein großes Hindernis für die Lösung der sozialen Fragen waren bisher die beständigen Streitigkeiten wegen des politischen Stimmrechtes. Der letzte Reichstag nahm indessen eine Vorlage über die Einführung des allgemeinen Stimmrechts mit Proportionalwahlen und einem ziemlich erweiterten Stimmrecht der Gemeinden an. Dieser Vorschlag muß aber, um Gesetz zu werden, noch von einer neugewählten Zweiten Kammer angenommen werden. Man darf aber annehmen, daß diese langwierige Frage nunmehr für einige Zeit aus der Welt geschafft ist, womit sich das Interesse wieder der Sozialpolitik mehr zuwenden wird.

*v. Koch, Stockholm.*



**Fortschritte in Japan.** Ein demnächst erscheinendes umfangreiches Werk, vom Grafen Okuma herausgegeben, wird die fünfzig letzten Jahre japanischer Geschichte und japanischer Entwicklung in umfassender Weise zugänglich machen. Das Werk wird etwa 2000 Seiten stark sein und sowohl für Text und für Illustration Beiträge der besten Mitarbeiter bringen. Es erscheint im Laufe der nächsten Woche sowohl in japanischer wie in englischer Sprache. Unter den Mitarbeitern befinden sich die ersten Autoritäten Japans, Prinz Keiki Tokugawa hat Illustrationen beigesteuert, ebenso einen Beitrag aus seinen Erinnerungen an jene aufregenden Vorgänge, die zur Wiedereinsetzung des Mikados in die höchste Gewalt sowie zur Eröffnung Japans für das Eindringen der Zivilisation führten. Graf Okuma schildert das Wachstum Japans in den letzten

fünfzig Jahren, Prinz Ito, der Begründer der japanischen Konstitution, Marquis Matsukata, der bedeutendste Finanzmann der gegenwärtigen Regierung, Prinz Yamagata, der Begründer des demokratischen Wehrpflichtsystems der japanischen Armee, der aus dem letzten Kriege bekannte Admiral Graf Yamamoto sind gleichfalls mit Beiträgen vertreten. Die japanische Politik wird außer von dem Herausgeber vom Grafen Itagaki und vom Professor Ukita behandelt, so daß die bedeutsamsten Politiker Japans zu Worte kommen. Der um das Eisenbahnwesen Japans verdiente Graf Inuye und der auf dem Gebiete des Erziehungswesens maßgebende Marquis Saionji haben ihre Fachgebiete bearbeitet, als Verfasser des Abschnitts über Bankwesen zeichnet der zu den Finanzkönigen zählende Baron Shibusaba. Über den Fortschritt des Christentums in Japan haben sich Bischof Honga und Herr Yamaji geäußert. Als einziger Ausländer hat Dr. Baelz, ein Deutscher, Universitätsprofessor in Tokio über die physische Entwicklung der Japaner geschrieben. Das Werk wird in einer bisher einzig dastehenden Weise Einblick in die Entwicklung Japans zu einer Weltmacht gewähren.



**Zur intellektuellen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.** Anläßlich einer Rundfrage über diesen Gegenstand, die Ernest Tissot bei zwölf hervorragenden Wortführern französischen Geisteslebens veranstaltet und in der Deutschen Revue veröffentlicht hat, äußert sich auch der Frankfurter Romanist Prof. Dr. Heinrich Morf in der Frankfurter Zeitung zu dieser Frage. Morf führt aus, daß trotz aller Gegnerschaft und aller Bedenken, die Schwarzseher und Reaktionäre in Frankreich gegen den Austausch geistiger Dinge zwischen den beiden Ländern geltend machten, der germanische Einfluß in Frankreich bestehen blieb. Heines Bedeutung wurde jenseits des Rheins erst nach 1848 in vollem Umfange fühlbar. Auch der Krieg von 1870 hat keinen dauernden Abbruch der geistigen Beziehungen herbeizuführen vermocht. Die besten wissenschaftlichen Zeitschriften Frankreichs haben niemals aufgehört, der deutschen Forschung die ihr gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Deutschland hat einen tiefen Einfluß auf Frankreichs Geistesleben, seine Wissenschaft, seine Schule, seine literarische Kunst, seine Musik geübt. Und viel hat Deutschland dabei selbst von Frankreich zurückempfangen. In der schon erwähnten Rundfrage haben sich nun allerdings eine Anzahl von Germanophoren in feindseliger Weise geäußert, u. a. Paul Bourget, dessen Bedeutung übrigens, wie Prof. Morf meint, in Deutschland überschätzt wird, ferner die Deutschenfresser Herr de Vogué und Juliette Adam. Morf meint mit Recht, wer die wahre Ansicht Frankreichs über gemeinsame germanisch-romanische Kulturarbeit kennen will, darf sich nicht an diese nationalistischen Träger der alten Ranküne wenden, die längst aufgehört haben, Führer der öffentlichen Meinung zu sein, sondern an die jüngere Generation, der die Zukunft gehört. Die Deutschen sollten aufhören, Bourgets Sentimentalitäten zu bewundern, ihre Kinder Coppées Verse zu lehren und sich an das Frankreich der ernsten ehrlichen Arbeit halten, die versöhnt und verbindet. Unablässig vollzieht sich ein friedlicher Austausch von Schönem und Großem, auch wenn Unkundige, Ängstliche oder Böswillige ihn beschreien.

# SOZIALE ENTWICKLUNG.

## ALESSANDRO SCHIEDI, MAILAND: DIE SOCIETÂ UMANITARIA IN MAILAND.



ENN man Organisationen und Ziele von sozialen Vereinigungen, wie etwa das „Soziale Museum", die Gesellschaft der Fabier, die Gesellschaft für Soziale Reform kennt, kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, was die Società Umanitaria in Mailand erstrebt. Aber diese Gesellschaft ist, mehr denn jede andere imstande, ihre Theorien auch in der Praxis zu verwirklichen, denn sie verfügt über eine jährliche Rente von 600 000 Frs., die Zinsen eines Legates von 13 Millionen Frs.

Ihr Stifter, Prosper Moses Loria, hat bei seinem Tode, 1902, ein philanthropisches Programm hinterlassen, das nicht leicht zu verwirklichen ist.

Moses Loria hatte sein Vermögen durch einen ausgedehnten Holzhandel, namentlich in Ägypten, erworben. Späterhin zog er sich vom Geschäft zurück und ließ sich in Mailand nieder, wo er als wahrer Menschenfeind lebte und den Armen jegliche Unterstützung versagte. Er wollte die Ursachen des Elends nicht durch Almosen beseitigen, sondern dadurch, daß er die persönliche Tatkraft der Hilfsbedürftigen weckte. Den Hauptgrund der Not erblickte er mit Recht in der Arbeitslosigkeit, darum plante er die Stiftung von Arbeitshäusern, wo alle Beschäftigungslosen Arbeit finden sollten. Zugleich wünschte er die Begründung von Fachschulen und Genossenschaften.

Dies alles waren nur unklare Projekte mit unbestimmten Statuten. Die Umanitaria hat hieraus ein festes Programm kristallisiert, das sich verwirklichen läßt.

Wohl erkannte die Vereinigung, gleich Moses Loria, die Arbeitslosigkeits als ein Hauptübel an, aber durch die einfache Begründung künstlicher Arbeitsmöglichkeiten, ließ sich dieses Übel nicht aus der Welt schaffen. Hat doch die Arbeitslosigkeit die allerverschiedensten Ursachen. Und so muß sie denn auch in ganz verschiedener Weise bekämpft werden.

Zunächst galt es, all jenen Gefahren auszuweichen, denen Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsgesellschaften ausgesetzt sind. Man durfte auch nicht in wenigen Jahren die wirklich praktischen Ziele verlieren, um sich in eine erfolglose komplizierte Bureaukratie einzuspinnen. Daher war man bemüht, einen möglichst großen Mitgliederkreis zum geringen Beitrag von 1 Frc. jährlich zu erwerben. Den Mitgliedern steht das Recht zu, 10 Delegierte in das Direktorium zu entsenden; die fünf anderen Mitglieder der Direktion werden von der Stadtverwaltung ernannt. Außerdem haben die Mitglieder das Recht, 50 Delegierte für die Kontrolle der Geschäftsgebahrung zu ernennen. Fraglos hat dieses allgemeine Wahlrecht, das sich auch auf die Frauen erstreckt, gewisse Nachteile. So versuchten vor zwei Jahren z. B. die Klerikalen zu ihren eigenen Gunsten die Millionen von Moses Loria ihren Zwecken zuzuführen, indem sie zu den Wahlen durch Vermittlung der Geistlichkeit Hunderte von Arbeitern und Bauern aus Mailand und Umgebung anwerben ließen. Nichtsdestoweniger geht von dem System der Volksverwaltung der Hauch gesunden Lebens aus, und der Organismus dieser großen sozialen Gesellschaft wird ununterbrochen erneuert durch die Zufuhr frischen Blutes, durch den Pulsschlag des großen Lebens.

Die Methode, den Verwaltungsrat zusammenzusetzen, ist nicht nur von der Gesamtadministration der Gesellschaft akzeptiert worden, sondern auch von all ihren einzelnen Zweiggründungen. Auch diese werden von den Interessenten selbst mitgeleitet und stehen in steter Verbindung mit der Zentralverwaltung.

So hat das Arbeitsbureau in seinem Verwaltungsrat Vertreter der verschiedenen Arbeiterorganisationen, die ihrerseits wiederum der Arbeitsbörse in Mailand angegliedert sind. Das Arbeitsamt der Umanitaria hat dem staatlichen Arbeitsamt zum Muster gedient, und dessen Direktor ist aus ersterem hervorgegangen. Die Meister, die in den verschiedenen Fachschulen unterrichten, sind zumeist Leiter privater Werkstätten, die in den Abendstunden ihren Schülern zugleich Theorie und Praxis beibringen. Die Arbeitsvermittlungsämter sind den Gewerkschaften angeschlossen.

Auf diese Art bleibt die Umanitaria in stetem Kontakt mit der Arbeiterklasse; sie kennt deren Bedürfnisse und kann so an die Aufgabe herantreten, Lebenshaltung, geistiges und soziales Niveau derselben zu heben.

Zu diesem Zwecke hat sie ein Auskunfts- und Unterstützungsbureau begründet. Fremde Vorbilder, die Ratschläge ihrer eigenen Interessenten und selbstgemachte statistische Erhebungen sind beim Ausbau berücksichtigt worden. Es ist ferner eine Rechtsschutzstelle für Unbemittelte, eine Arbeitsvermittlung für Männer und Frauen, für industrielle Arbeiter und Arbeiterinnen begründet worden. Letztere hat im Jahre 1906 5089 Stellen vermittelt. Ebenso ist eine Stellenvermittlung für häusliche Angestellte vorhanden, dem ein Schlafheim angegliedert ist, wo man für 30 Cent. nächtigen kann. Ein eigenes Bureau dient dem Schutze der Auswanderer; eine Kasse für Arbeitslose ergänzt die Unterstützungen, die den Arbeitern von ihren Gewerkschaften gewährt werden. Es ist auch ein Arbeitshaus vorhanden, es werden Papiersäcke, Spielzeug, Kravatten, Bänder, Gegenstände der Korbflechterei angefertigt, und die Arbeiter, die im Akkord beschäftigt werden, können bis zu 2,80 Frs. per Tag verdienen, auch wird ihnen eine Mahlzeit in der Werkstatt selbst gewährt, für die ein geringer Betrag vom Arbeitslohn in Abrechnung gebracht wird. Weiterhin ist eine landwirtschaftliche Kolonie für jene Landbewohner, die in der vergeblichen Hoffnung, in Mailand eine bessere Existenz zu finden, nach der Stadt kamen, gegründet worden. Schuhmacherwerkstätten, Schneiderwerkstätten wurden geschaffen, damit solche Arbeiter, die sonst ihre Arbeit in ihren engen Wohnungen verrichten mußten, eine den Anforderungen der Gesundheit entsprechende Arbeitsstätte finden. Für 30 Centimes wöchentlich ist es ihnen so möglich, in wohlgelüfteten und beleuchteten, gut eingerichteten Werkstätten zu arbeiten, denen zugleich Bibliotheken, Speisesaal, Garderobe und Bäder angeschlossen sind.

Nach dem Grundsatze, daß Eintracht Macht ist, geht auch die Umanitaria in bezug auf die intellektuelle und soziale Förderung der Arbeiter vor. Sie hat ein eigenes Bureau für Auskünfte und Übersetzungen, wo die Arbeiter auf das genaueste die Arbeitsbedingungen in fremden Ländern und die sozialen Fortschritte im Auslande erfahren. Sie hat unentgeltliche ärztliche und chirurgische Sprechstunden, ein Arbeitersekretariat, eine Schule für praktische soziale Gesetzgebung, Klassen für den Elementarzeichenunterricht, Fachklassen für Kunstschmiede, Kunsttischler, Goldschmiede, Graveure, Töpfer, Dekorateure, Uhrmacher, Schneider usw. Sie hat eine schon bestehende Buchhaltungsschule übernommen, eine elektrotechnische Schule

und eine Fachschule für junge Mädchen begründet. Sie unterstützt fernerhin mit reichlichen Mitteln die Vereinigung der Volksbibliotheken und der Volkshochschulen. In der Überzeugung, daß genossenschaftliche Organisation ein treffliches Erziehungsmittel ist, hat die Umanitaria ein genossenschaftliches Kreditinstitut gegründet, das von 1904 bis Juni 1907 600 000 Frs. Darlehen gewährte. Gleichzeitig bestrebt sich die Gesellschaft durch ihre Zentrale, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu fördern und auszubauen, sowie durch ihre Produktions- und Konsumgenossenschaften der Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens einen mächtigen Rückhalt zu geben.

Die Bevölkerung Mailands wächst alljährlich um 3 %. Um dem steigenden Bedürfnis nach Wohnungen entgegenzukommen, hat die Umanitaria ein völlig neues Viertel geschaffen, das für 1200 Personen Raum hat. Es sind daselbst 240 Wohnungen von 1, 2 und 3 Räumen, insgesamt 480 Räume vorhanden. Der Flächeninhalt dieser Räume beträgt durchschnittlich 22 qm und 70 cbm, der Mietpreis stellt sich auf nur 100 Frs. jährlich. Jede Treppe dient 16 Mietsparteien, so daß in jedem Stockwerk 4 Parteien wohnen. Jede einzelne Wohnung, auch jede von nur einem Zimmer, besitzt ein eigenes Klosett, eigene Müllablage, Wasserleitung, Gas, Balkon; viele Wohnungen haben sogar große Terrassen. Alles ist hell und sauber, und jeder Besucher ist überrascht, wie sehr die reinliche Umgebung die Gewohnheiten der Mieter beeinflußt.

Die Umanitaria läßt sich von dem Grundsatz leiten, daß die Einwirkung des Guten und Schönen langsam aber sicher sowohl bei Erwachsenen wie bei Kindern Geschmack, inneres Gleichgewicht und seelische Harmonie hervorbringt.

Gegenwärtig läßt die Gesellschaft ein neues Arbeiterviertel aus lauter Einzelhäusern bauen, das wieder Unterkunft für 1000 Personen bieten soll und für das rund 1 Million Frcs. aufgewendet werden.

Nach dieser ausführlichen Aufzählung der von der Umanitaria geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen drängt sich die Frage auf, ob nicht die reichen Mittel auf diese Art allmählich versiegen werden? Sicherlich hat die Gesellschaft schon bisher einen Teil ihres Kapitals für Wohlfahrtseinrichtungen ausgegeben. Es liegt aber im Wesen der Vereinigung selbst, daß sie nur für eine begrenzte Zeit die Leitung der Wohlfahrtspflege innezuhaben wünscht. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, im Auslande die besten Institutionen zu studieren und ähnliche in Italien zu errichten, indem sie sich den besonderen Bedürfnissen des italienischen Volkes anpaßt. Wenn aber erst alle diese Institutionen tadellos funktionieren, so werden Staat und Gemeinde sie unterstützen und zum Teile ihre eigene Verwaltung übernehmen.

Schon von diesem Jahre an gewähren Staat und Gemeinde den Fachschulen Subventionen, die mit der Zeit steigen werden. Und so können die Gelder der Umanitaria anstatt unbeweglich für dieselben Gründungen festgelegt zu sein, stets wieder freigemacht werden, um Neues zu studieren und zu versuchen, das dann, wenn es sich bewährt, auch in anderen Städten Nachahmung findet.

Direkt und indirekt wird auf diese Art ein unausgesetzter Einfluß auf die geistige und soziale Erziehung des Volkes, auf die Gesamtkultur Italiens ausgeübt.

Man wird vielleicht einwenden, daß hier nirgends von den Irrtümern, Fehlern und Mißgriffen der Vereinigung die Rede war. Sicherlich

haben die Akten der Umanitaria, wie die jeder menschlichen Einrichtung, auch ihre Irrtümer aufzuweisen, vielleicht in großer Zahl, denn alles mußte auf unbebautem Boden neu geschaffen werden. Aber ich erachte es nicht als meine Aufgabe, hier von Irrtümern zu sprechen. Mögen doch die Fremden, die sich auf der Durchreise in Mailand aufhalten, die Umanitaria besuchen, sie mit ähnlichen Organisationen ihres Landes vergleichen und besser, als ich es vermöchte, Kritik üben.



## S. G. CHIOZZA MONEY, MITGLIED DES BRITISCHEN PARLAMENTS, LONDON: DER UMFANG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN ENGLAND.



KEIN Gebiet der Armut hat im Vereinigten Königreich mehr Beachtung erfahren als die Arbeitslosigkeit. Sie war in den letzten Jahren der Gegenstand unzähliger Reden, Bücher, Broschüren und Aufsätze. Die Panazeen gegen die Arbeitslosigkeit scheinen so zahlreich zu sein wie die für bestimmte organische Krankheiten; ich selbst vermag keine Panazee anzubieten, möchte lediglich darauf hindeuten, daß das große Problem nicht gelöst ist, und hoffe, daß besseres Verständnis der Frage die industrielle Organisation, ohne deren Entwicklung die Arbeitslosigkeit weiterbestehen muß, beschleunigen möge.

Obwohl so viel über das Thema geschrieben wurde, ist wenig geschehen, um die Ausdehnung des Übels festzustellen. Hier wie auf andern Gebieten bleibt man gern im Dunkeln. Wir haben keine ständige statistische Abteilung, bestimmt, der Regierung als Auge und Ohr zu dienen und die Gesetzgeber genau mit den Gegenständen, mit denen sie zu tun haben, vertraut zu machen. Es ist ein Arbeitslosengesetz angenommen worden, ohne daß versucht wurde, zu ermitteln, wie groß die Zahl der Menschen ist, die es betrifft; Gesetze werden gemacht ohne richtige Schätzung.

Die Veranstaltung von Erhebungen auf privaten Wegen begegnet mancher Schwierigkeit. Beim Versuch, die Zahl der Berufstätigen festzustellen, erkennt man, daß keine Zählung für das Vereinigte Königreich vorhanden ist. England, Schottland, Wales werden getrennt und in sehr verschiedener Weise für die Zählung bearbeitet, und das Vereinigte Königreich als Ganzes wird fast verächtlich mit ein paar unvollständigen Tafeln, die als Anhang der Zählung für England und Wales beigefügt sind, abgetan. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten soll hier der Versuch gemacht werden, annähernd die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien zu ermitteln.

Bezüglich der Arbeitslosenstatistik müssen wir uns hauptsächlich auf die offiziellen Zahlen der Trade Unions stützen. Das Board of Trade sammelt diese und veröffentlicht sie regelmäßig in der Labour Gazette. Diese Zahlen zeigen, wieviele Angehörige der Gewerkschaften jeweils am Ende des Monats in jenen Trade Unions, die Unterstützungen zahlen, vorhanden sind. Die Statistik erstreckt sich auf etwa 600 000 Angehörige der Gewerkschaften.

es waren Ende November 1907 32 010 Mitglieder von 639 678 arbeitslos. Diese Zahl betrifft nur Personen, die durch Arbeitsmangel beschäftigungslos waren, nicht solche, die durch Arbeitskämpfe, Krankheit oder andere Gründe sich außer Arbeit befanden. Für die zwanzig Jahre 1867 bis 1906 erhalten wir folgende Zahlen:

| Jahr | Prozente der arbeitslosen Mitglieder | Jahr | Prozente der arbeitslosen Mitglieder |
|---|---|---|---|
| 1887 | 7,5 | 1897 | 3,5 |
| 1888 | 4,9 | 1898 | 3,0 |
| 1889 | 2,1 | 1899 | 2,4 |
| 1890 | 2,1 | 1900 | 2,9 |
| 1891 | 3,5 | 1901 | 3,8 |
| 1892 | 6,3 | 1902 | 4,4 |
| 1893 | 7,5 | 1903 | 5,1 |
| 1894 | 6,9 | 1904 | 6,5 |
| 1895 | 5,8 | 1905 | 5,4 |
| 1896 | 3,4 | 1906 | 4,1 |

Diese zwanzig Jahre umfassen zwei blühende Geschäftsperioden, 1889 bis 1890 und 1899 bis 1900, die genau zehn Jahre auseinander liegen, und eine dritte Blütezeit, die 1906 begann, ihren Höhepunkt und ihr Ende 1907 erreichte. Der Durchschnitt dieser zwanzig Jahre beträgt 4,5 %.

Die dürftigen Erhebungen, die uns zu Gebote stehen, verkünden uns ferner, daß im Jahre 1901 12 951 000 männliche Berufstätige von über zehn Jahren (! Red.) vorhanden waren, die Zahl bezieht sich fast ausschließlich auf Berufstätige von über fünfzehn Jahren.

Für etwa ein Sechstel dieser 12 Millionen kommt Arbeitslosigkeit kaum in Betracht. In öffentlichen Diensten, inklusive der Soldaten und Matrosen, befanden sich 425 000, in freien Berufen 383 000, Kaufleute usw. waren 100 000, im Dienste der Eisenbahnen 458 000, Metallhändler 38 000, Wirte, Gasthausbesitzer, Restaurateure usw. 166 000, beim Gas-, Wasser- und Sanitätswesen waren 79 000, Ladeninhaber, Pfandleiher usw. 251 000; es ergibt sich somit eine Gesamtheit von 1 900 000. Daher verbleiben 11 951 000 Personen, für die das Problem der Arbeitslosigkeit in Betracht kommt.

Sie verteilen sich auf die folgenden Gruppen:

Tafel 2.

| | |
|---|---|
| In häuslichen Diensten | 144 000 |
| Kaufmännische Angestellte, Reisende usw. | 531 000 |
| Straßenarbeiter | 595 000 |
| Matrosen | 162 000 |
| Dockarbeiter | 116 000 |
| Boten, Laufburschen, Austräger | 276 000 |
| Landwirtschaftliche Arbeiter | 2 110 000 |
| Fischer | 61 000 |
| Bergarbeiter, Steinbrecher | 937 000 |
| Technische Arbeiter, Schiffbauer, Metallarbeit. | 1 152 000 |
| | 6 084 000 |

| | |
|---|---|
| | 6 048 000 |
| Bauarbeiter | 1 196 000 |
| Holz- und Möbelarbeiter | 277 000 |
| Ziegel- und Zementarbeiter | 378 000 |
| Töpfer und Glasarbeiter | 153 000 |
| Chemikalien-, Öle- und Seifenarbeiter | 118 000 |
| Fell- und Lederarbeiter | 91 000 |
| Papier, Bücher, Druckerei | 220 000 |
| Textilarbeiter | 396 000 |
| Schneider usw. | 492 000 |
| Lebensmittel, Tabak, Getränke und Wohnungsgewerbe | 763 000 |
| Händler | 52 000 |
| Allgemeine Arbeiter | 580 000 |
| Lokomotivführer usw. (nicht bei der Eisenbahn bedienstet) | 127 000 |
| Unbestimmte Berufe | 134 000 |
| Zusammen | 11 051 000 |

Wir haben mit einer großen Mannigfaltigkeit von Berufen zu tun, bei denen die Arbeitslosigkeit sehr verschiedene Formen annimmt. Zur Vereinfachung sollen zunächst die Landarbeiter, Matrosen, Fischer und Bergarbeiter zusammengefaßt und ausgeschieden werden. Bei diesen kommt natürlich Arbeitslosigkeit vor, aber nicht in Formen, die durch den von den Trade Unions ermittelten Prozentsatz bemessen werden können. So nimmt z. B. die Arbeitslosigkeit bei den Bergarbeitern nur die Form kurzer Zwischenräume an. Durch Ausscheiden der eben genannten Gruppen erhalten wir einen Rest von 7 781 000 Personen, die ich in drei Kategorien einteile. Die erste umfaßt die Arbeiter in häuslichen Diensten, die kaufmännischen Angestellten und Reisenden, die Arbeiter in der Nahrungsmittel-, Getränke-, Wohnungs- und Tabakindustrie. Unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit in geringerem Maße vorhanden als unter den Arbeitern, die von dem Board of Trade untersucht wurden. Ich nehme an, daß in dieser ersten Gruppe von 1 438 000 Personen die Arbeitslosigkeit 2 % nicht übersteigt.

Die nächste Gruppe wird aus Personen gebildet, deren Arbeitslosigkeit etwa derjenigen, die bei den 600 000 Gewerkschaftsmitgliedern erhoben wurde, gleichkommt. Hierher gehören Straßenarbeiter, technische Arbeiter, Schiffbauer, Holz- und Möbelarbeiter, Bauarbeiter, Metall-, Ziegel-, Zementarbeiter, Töpfer, Glasarbeiter, Schneider, Papierarbeiter und Drucker, sowie die Arbeiter in der Fell- und Lederindustrie, der chemischen, Öl- und Seifenindustrie, und die Textilarbeiter. Alles in allem 5 185 000. Nimmt man nun hier die von den Trade Unions ermittelten Durchschnittszahlen als Unterlage, die 4½ % betrugen, und korrigiert man diese ein wenig in Anbetracht, daß sie die Wahrheit nicht voll erfassen, weil bei den Trade Unions ein Teil der Mitglieder nicht unter die Vergünstigung der Unterstützung fiel, so erhält man die Zahl von 5 %

Die dritte Gruppe besteht aus Personen, die einer viel höheren Arbeitslosigkeit unterliegen als die Angehörigen der Trade Unions. Sie umfaßt die Dockarbeiter, Boten, Laufburschen, allgemeine ungelernte Arbeiter, im ganzen 1 158 000, und ich glaube, wir müssen unbedingt die Arbeitslosigkeit unter diesen bedauernswerten Klassen auf 9 % veranschlagen.

Diese Voraussetzungen ergeben nun folgendes Bild der Arbeitslosigkeit:

Tafel 3.

Schätzung der durchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen für die 20 Jahre 1887—1906

| Die Industrien | beschäftigen | Durchschnittliche Arbeitslosigkeit | Durchschnittliche Zahl d. Arbeitslosen |
|---|---|---|---|
| Gruppe 1 .... | 1 438 000 | 2 % | 28 760 |
| Gruppe 2 .... | 5 185 000 | 5 % | 259 250 |
| Gruppe 3 .... | 1 158 000 | 9 % | 104 220 |
| | 7 781 000 | 5 % | 392 230 |

Schlimm genug wäre die Arbeitslosigkeit in England, wenn diese Zahlen die Sachlage voll erfaßten. 390 000 männliche Arbeiter, von denen die meisten Erwachsene sind, repräsentieren mit den von ihnen abhängigen Familienmitgliedern etwa 1 ½ Millionen der Bevölkerung. Es ist müßig für den Staat, zu versuchen, mit einer so großen Zahl von Arbeitslosen fertig zu werden, so lange er sich das Recht abspricht, eigene industrielle Produktion zu betreiben. Aber die hier gegebenen Zahlen umfassen leider noch bei weitem nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit, und wir müssen noch tiefer in das Problem eindringen. Unsere Berechnung war auf der Feststellung eines einzigen Tages aufgestellt, und solch eine Tageszählung läßt die Bedürftigkeit der arbeitenden Klassen geringer erscheinen, sie ist ebensowenig ein verläßlicher Führer für die Zahl der im Laufe des Jahres arbeitslos werdenden, wie die Feststellung der Leute, die an einem bestimmten Tage Armenunterstützung erhalten, ein richtiges Bild über die nötige Armenpflege des Jahres liefert. Eine zutreffende Vorstellung nicht nur vom Umfang, sondern auch vom Wesen der Arbeitslosigkeit erhalten wir nur, wenn wir auch versuchen festzustellen, wieviele verschiedene Menschen das Jahr hindurch arbeitslos werden.

Glücklicherweise ist es möglich, diesen wichtigen Punkt einigermaßen aufzuhellen. Die Ergebnisse sind überaus trauriger Natur. Im Zusammenhang mit einer Enquete über die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1904 veröffentlicht wurde, hat der Board of Trade eine Untersuchung über den Zeitverlust, den die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit erlitten, veranstaltet, der die Arbeitslosenbücher der Zweigvereine Manchester und Leeds der „Amalgamated Society of Engeneers“ zugrunde liegen. Wir entnehmen ihr die folgenden Zahlen:

Tafel 4.

Almagamated Society of Engineers, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Zweigvereine Manchester und Leeds

| | Zahl der Mitglieder | Zahl der mindestens 3 Tage lang arbeitslosen Mitglieder | | Durchschnittszahl der zu dieser Zeit arbeitslosen Mitglieder | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Zahl | % | Zahl | % |
| 1887 | 5701 | 2251 | 39.5 | 460 | 8.1 |
| 1888 | 5637 | 1832 | 32.5 | 362 | 6.4 |
| 1889 | 5988 | 1079 | 18.0 | 128 | 2.1 |
| 1890 | 6344 | 1356 | 21.4 | 134 | 2.1 |

| | Zahl der Mitglieder | Zahl der mindestens 3 Tage lang arbeitslosen Mitglieder | | Durchschnittszahl der zu dieser Zeit arbeitslosen Mitglieder | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Zahl | % | Zahl | % |
| 1891 | 6690 | 2593 | 38.8 | 307 | 4.6 |
| 1892 | 6956 | 2770 | 39.8 | 520 | 7.5 |
| 1893 | 6934 | 1832 | 26.4 | 706 | 10.2 |
| 1894 | 7045 | 1939 | 27.5 | 627 | 8.9 |
| 1895 | 7265 | 1708 | 23.5 | 383 | 5.3 |
| Durchschnitt für 9 Jahre | 6507 | 1929 | 29.7 | 403 | 6.1 |

Es zeigt sich hieraus, daß die Arbeiter dieser führenden Gewerkschaft, die nicht Gelegenheitsarbeiter, sondern eine mit hoher Geschicklichkeit ausgerüstete Gruppe, die Blüte unserer Industriearbeiter sind, eine Arbeitslosigkeit zu erleiden hatten, die zwischen 18 % für das Jahr 1880 und 39.6 % für das Jahr 1892 schwankt. Als arbeitslos sind erst Fälle von drei Tagen aufwärts gezählt worden, als Durchschnitt läßt sich ermitteln, daß 16.68 % der Mitglieder vier Wochen, 9.27 % mehr als zwölf Wochen arbeitslos gewesen sind. Es sind somit auch unsere besten gelernten Arbeiter in hohem Maße von der Gelegenheit abhängig und immer in Gefahr, auf eigene Kosten feiern zu müssen. Davon berichten die Erhebungen eines Tages nichts.

Es gibt noch weitere Beweise für die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit unter den gegenwärtigen Zuständen. In Amerika wird durch Befragen aller Berufstätigen festgestellt, wie lange sie in den abgelaufenen zwölf Monaten arbeitslos waren. Der Zensus für 1900 ergibt folgende Daten für ein Jahr. Personen von über zehn Jahren (! Red.):

| | |
|---|---|
| Gesamtzahl der Erwerbstätigen | 29 073 233 |
| Zahl der Arbeitslosen......... | 6 468 964 |
| Prozentsatz der Arbeitslosen .. | 22.3. |

Es wurde festgestellt, daß von diesen 6 468 964 Arbeitslosen 3 177 753 ein bis drei Monate, 3 291 211 über vier Monate arbeitslos waren. In diese Zahlen sind alle Arten der Arbeitslosigkeit, einschließlich Krankheit, und Unfall eingerechnet, aber selbst wenn man dies in Betracht zieht (obgleich man ja auch nicht vergessen darf, daß aus Stolz viele Befragte ihre Schwierigkeiten in der Zählungsliste verschweigen dürften), so ergibt sich doch eine große Schar von Arbeitslosen für Amerika. Zudem war das Jahr 1900 ein Jahr industrieller Hochkonjunktur! Überdies scheinen die sehr kurzen Fälle von Arbeitslosigkeit in der Erhebung nicht berücksichtigt worden zu sein.

Genaueres war nicht zu ermitteln, aber obgleich wir keine exakten Zahlen über die Arbeitslosigkeit in England in einem durchschnittlichen Jahr besitzen, so ist doch immerhin der Beweis geliefert, daß es einer mindestens siebenstelligen Zahl bedarf. Wenn im Jahre 1900 das Verhältnis der Arbeitslosen in England und Amerika annähernd dasselbe war, dann hätten wir 3 000 000 Arbeitslose beider Geschlechter in dem Vereinigten Königreich. Die amerikanische Zählung weist eine viel größere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in den industriellen Gegenden als in den ländlichen auf. In der Fabrikation allein waren 27 % unbeschäftigt. Wir haben nun in England

einen viel geringeren Teil von Landarbeitern als Amerika und dürften daher im Verhältnis zur Bevölkerung eine höhere Zahl von Arbeitslosen besitzen.

Nur widerstrebend akzeptiert man solche Ziffern in all ihrer schrecklichen Bedeutung, aber wenn wir die Lage mancher unserer Industrien betrachten, so müssen wir es tun.

Im Baugewerbe sind ungefähr 1 250 000 Personen beschäftigt, in Anbetracht der Lage dieses Gewerbes dürften kaum weniger als 33 % arbeitslos sein, und zwar durchwegs für mehr als einen Monat im Laufe des Jahres. Dieses eine Gewerbe liefert mindestens 400 000 Arbeitslose in einem Durchschnittsjahr.

Die Metallindustrie, die technische Industrie und der Schiffbau beschäftigen 1 500 000 Personen. Wenden wir auf sie die Ergebnisse der „Amalgamated Society of Engineers", die hier schon erwähnt wurden, an, so erhalten wir in einem Durchschnittsjahr 500 000 mehr als drei Tage und 250 000 mehr als einen Monat lang Arbeitslose.

Zählen wir nun zusammen, wieviele männliche Arbeiter in dieser zwanzigjährigen Periode vier Wochen und darüber arbeitslos waren. In den neun Jahren hat die Amalgamated Society of Engeneers einen Jahresdurchschnitt von etwa 17 % ihrer Mitglieder, die durch länger als vier Wochen arbeitslos waren, aufgewiesen. Es ist billig anzunehmen, daß die Angehörigen der zweiten Berufskategorie etwa 15 % ausmachen. Für die erste soll nur eine Arbeitslosigkeit von 4 %, die alljährlich einen Monat übersteigt, angenommen werden, während für die letzte Gruppe stets einer von dreien, gleich je 1/3, im Jahre mehr als vier Wochen lang arbeitslos ist. Wir erhalten somit folgendes Ergebnis:

Tafel 6.

Durchschnittliche Zahlen der männlichen Arbeitslosen für länger als vier Wochen, berechnet nach dem Jahresdurchschnitt von 1887 bis 1906.

| | Beschäftigt in den Industrien | Durchschnittlicher Prozentsatz der Arbeitslosen | Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen |
|---|---|---|---|
| Gruppe 1 ... | 1 438 000 | 4 | 57 520 |
| Gruppe 2 ... | 5 185 000 | 15 | 777 750 |
| Gruppe 3 ... | 1 158 000 | 33 | 386 000 |
| | 7 781 000 | 15 | 1 221 270 |

Man mag mit Berechtigung einwenden, daß Tafel 6 auf größeren Unwahrscheinlichkeiten aufgebaut ist als Tafel 1 bis 5. Andererseits wurden die amerikanischen Zahlen für ein Jahr geschäftlicher Hochkonjunktur schon erwähnt. Gestützt auf diese und auf praktische Kenntnis der Lage unseres Arbeitsmarktes, kommt man zu der Überzeugung, daß die Zahl 1 221 270 eher eine Unterschätzung als eine Überschätzung bedeutet. Für das gegenwärtige Jahr liegt die Situation noch wesentlich ernster. Die Art der über das Jahr verteilten Erhebung ergibt ein weitaus deutlicheres Bild. Solange wir nicht den prekären Charakter der Arbeit für die große Menge unseres Volkes, die das Mark der Nation darstellt, erkennen, werden wir nie das Problem der Arbeitslosigkeit in seiner wahren Gestalt erfassen. Arbeitslosigkeit ist nur eine Phase jenes Problems sozialer Ungeordnetheit, das wir Armut nennen. Es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtige Regierung oder irgendeine Regierung diese ungeheure Verschwendung, die unsere industrielle Wirtschaftsordnung mit sich bringt, beseitigen kann, ohne diese Wirtschaftsordnung selbst umzugestalten.

# JOHS. DALHOFF, KOPENHAGEN: AUS DER ENTWICKLUNG DER DÄNISCHEN SOZIALGESETZGEBUNG.


BGESEHEN von einem Gesetz vom Jahre 1873, betreffend die Arbeit von Kindern und jungen Leuten in Fabriken, welches im Jahre 1901 durch ein neues Gesetz abgelöst wurde, das die Fabrikinspektion verbesserte und eine Reihe anderer Verbesserungen einführte und dadurch Dänemark mit den auf diesem Gebiete am meisten entwickelten Ländern gleichstellte, — abgesehen von diesem Gesetze ist die soziale Gesetzgebung Dänemarks in diesem und in dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts geschaffen.

Drei Hauptgesetze sind hier zu nennen: das Gesetz über die Altersversorgung, das Krankenkassengesetz und das ganz neue Gesetz über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, das bedeutsamste Ergebnis der letzten Reichstagssession.

Alle drei Gesetze sind charakteristisch für Dänemark, sowohl durch das Prinzip der Freiwilligkeit, das ihre Grundlage bildet, als auch durch die bedeutenden Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, die sie erheischen. Namentlich das erste und das letztgenannte Gesetz sind in der allgemeinen sozialen Gesetzgebung recht alleinstehend; so hat der Gedanke, der dem Gesetz über die Altersversorgung zugrunde liegt, nur noch in einem Lande Wurzel gefaßt, nämlich bei den Antipoden Dänemarks, auf Neuseeland. In der Frage der Arbeitslosigkeitsversicherung mit staatlicher Beihülfe hat nur ein Land vor Dänemark ein praktisches Ergebnis erreicht, nämlich Norwegen, wo ein solches Gesetz einige Monate vor der Annahme des dänischen, und mit verschiedenen wesentlichen Abweichungen von diesem, angenommen wurde.

Das Altersversorgungsgesetz vom Jahre 1891 (revidiert 1902) gibt den Männern und den Frauen, die das Alter von 60 Jahren erreicht haben, dänische Staatsbürger sind, in den letztvergangenen zehn Jahren keine Armenunterstützung erhalten haben und die nicht imstande sind, sich und den Ihrigen „das zum Lebensunterhalte Notwendige" zu verschaffen, das Recht, dies seitens der Öffentlichkeit zu erhalten, ohne daß diese Unterstützung irgendwie den Charakter von Armenunterstützung erhielte oder deren Wirkungen nach sich zieht; Einnahmen, freie Wohnung u. ähnl., die der Betreffende hat, werden unberücksichtigt gelassen, wenn der Gesamtbetrag derselben 100 Kronen[1]) nicht übersteigt. Die Kosten werden zu gleichen Teilen vom Staat und den Kommunen getragen.

Wie jeder neue und große Versuch hat auch dies Gesetz in gleichem Maße Kritik und Bewunderung hervorgerufen. Aber was man auch gegen dasselbe einwenden mag: daß es dem Staate und den Kommunen große Ausgaben auferlegt, daß es einen hemmenden Einfluß auf den Sparsinn ausüben kann, und daß es das natürliche Pflichtgefühl der Kinder ihren alten Eltern gegenüber abschwächt — man muß doch zugeben, daß es ein großer und schöner Gedanke ist, der dem Gesetze zugrunde liegt, nämlich: daß der, der ein langes Leben hindurch der Gesellschaft durch ehrliche Arbeit gedient hat, sich dadurch für seine alten Tage ein begründetes Anrecht auf Stützung durch die Gesellschaft erworben hat. Weder die Furcht vor dem schwarzen Stempel

[1]) 1 Kr. = 1,25 M. = 1,39 Fr.

des Armenhauses, noch die Furcht vor der Not darf heute den armen Alten das Dasein verbittern. — Daß dies Gesetz vielen zum Nutzen gereicht, läßt sich daraus ersehen, daß jetzt jährlich 6 bis 7 Millionen Kronen an Unterstützungen ausgezahlt werden, welche sich auf 34 000 alleinstehende Alte und über 14 000 Familienversorger mit 17 000 Angehörigen verteilen. Das bedeutet aber, das jede vierte bis fünfte Person von über 60 Jahren eine solche Unterstützung erhält; dieselbe beträgt jährlich durchschnittlich in Kopenhagen 190 Kronen, in den Provinzstädten 150 Kronen und in den Landgemeinden 130 Kronen.

Das Krankenkassengesetz vom Jahre 1892 gibt den freiwillig errichteten Krankenkassen, die entweder fachlich oder örtlich begrenzt sein sollen und nur Leute der minder bemittelten Bevölkerungsklassen, wie Arbeiter, kleinere Handwerker, Kätner u. a., als Mitglieder aufnehmen dürfen, das Recht der staatlichen Anerkennung und damit das Recht auf Staatsunterstützung. Ein Krankenkasseninspektor führt die Kontrolle über die Krankenkassen. Der Zuschuß seitens des Staates beträgt 2 Kr. pro Mitglied sowie ein Fünftel der gesamten Mitgliedsbeiträge jeder einzelnen Kasse. Außerdem genießen die Mitglieder Ermäßigung der Bezahlung für den Aufenthalt in den öffentlichen Krankenhäusern. Im Krankheitsfalle sind die Krankenkassen verpflichtet, den Mitgliedern sowie ihren Kindern unter 15 Jahren freie ärztliche Hilfe zu gewähren, sowie einen täglichen Geldzuschuß, in der Regel in Höhe von zwei Dritteln des Arbeitslohnes, doch nur während 13 Wochen. Die Bedeutung dieses Gesetzes erhellt am besten daraus, daß etwa 1400 Kassen mit einer halben Million Mitglieder registriert sind. Von der Bevölkerung Dänemarks ist ein verhältnismäßig ebenso großer Teil gegen Krankheit versichert wie in der Bevölkerung Deutschlands. Jährlich werden 5 Millionen Kronen als Krankenunterstützung in verschiedener Form ausbezahlt, und der Zuschuß des Staates beträgt jährlich 1,4 Millionen Kronen.

Das Krankenkassengesetz hat zum Teil als Vorbild für das oben genannte neue Gesetz über die Arbeitslosenkassen gedient, indem auch dieses auf dem Prinzip beruht: „Staatshülfe für die von Arbeitern freiwillig errichteten Vereine.“ Aus politischen Gründen ist in dem Gesetz die Bestimmung getroffen, daß diese Kassen nicht mit den Gewerkschaften verknüpft sein dürfen, eine Bestimmung, die sicher mehr von formaler als realer Bedeutung sein wird.

Der Staatszuschuß ist vorläufig auf 250 000 Kronen jährlich festgesetzt und soll den dritten Teil des gesamten Prämienbetrags ausmachen; er wird verteilt im Verhältnis zu der Größe der Prämienbeträge. Ferner hat jede Gemeinde das Recht, einen Zuschuß zu gewähren, und zwar darf dieser Zuschuß ein Sechstel des Prämienbetrages sein, den die in der betreffenden Gemeinde wohnenden Mitglieder bezahlen. Die übrigen Einnahmen müssen die Kassen sich durch Prämienzahlung seitens der Mitglieder verschaffen. Die Unterstützung soll zwei Drittel des allgemeinen Arbeitslohnes betragen und wird bis zu 70 Tagen jährlich gewährt.

In der Regel wird eine solche Kasse entweder ein bestimmtes Fach oder eine einzelne Gemeinde umfassen. Die Kassen müssen, um Unterstützung erhalten zu können, die verschiedenen Vorschriften des Gesetzes erfüllen und öffentliche Anerkennung erhalten haben. Die Mitglieder müssen Lohnarbeiter oder diesen gleichgestellte Personen sein und bei der Aufnahme zwischen 18 und 60 Jahre alt sein. Die Aufnahme in die Kasse kann demjenigen verweigert werden, „der aus körperlichen oder moralischen Gründen als nicht

geeignet für eine regelmäßige Erwerbstätigkeit oder für das Zusammenarbeiten mit Arbeitsleitern und Kameraden zu betrachten ist".

Man kann nur Mitglied einer Kasse sein und kann erst dann Unterstützung erhalten, wenn der Mitgliedsbeitrag für 12 Monate erlegt ist. Unterstützung wird nicht ausbezahlt, wenn die Ursachen der Arbeitslosigkeit Streik oder Lockout, Krankheit oder Unverträglichkeit Arbeitsleitern oder Kameraden gegenüber und andere ähnliche Gründe sind.



## MARIA V. STACH, BERLIN: ZUR REFORM DES HEBAMMENWESENS.



IE letzte Konferenz über die Reform des Hebammenwesens im preußischen Kultusministerium ließ leider den bereits gefaßten Beschluß, das Hebammenwesen gesetzlich zu regeln, wieder fallen und begnügte sich mit einigen praktisch ziemlich belanglosen Verbesserungen auf dem Verwaltungswege. Doch soll die nationalliberale Partei beabsichtigen, einen neuen diesbezüglichen Antrag im Abgeordnetenhause einzubringen und besonders eine Erhöhung des Hebammenfonds zu fordern.

Es sterben in Deutschland jährlich 8000 Frauen am Kindbettfieber. Dagegen ist in den Wöchnerinnenheimen und Entbindungsanstalten die Sterblichkeit fast auf Null heruntergegangen, ein Zeichen, wie sehr es sich hier um ein vermeidbares Übel handelt. Antiseptik und Aseptik in korrekter Anwendung beseitigen die Gefahr des Wochenbettfiebers fast absolut. Die hohe Sterblichkeit ist Folge der sozialen Zustände im allgemeinen und des Hebammenunwesens im besonderen. Ersteren wäre — soweit da an einem isolierten Punkt überhaupt etwas geschehen kann — am zweckmäßigsten durch eine durchgreifende Mutterschaftsversicherung zu begegnen, die der Frau einige Wochen vor und einige Wochen nach der Entbindung Unterstützung in der vollen Höhe ihres Lohnes und außerdem Hebamme, Hauspflege und Arzneimittel zu gewähren hätte. Dieser Gedanke der Mutterschaftsversicherung, der in Ansätzen verwirklicht ist, aber am besten in Form der Zwangsversicherung auf die gesamte Bevölkerung mit einer Jahreseinnahme unter 3000 M. auszudehnen wäre, gewinnt rapide an Popularität und dürfte bei seiner Realisierung wesentlich dazu beitragen, die Entbindungsverhältnisse und damit mittelbar auch das Hebammenwesen zu sanieren.

Zur Reform des Hebammenwesens selbst werden die verschiedensten Vorschläge diskutiert. Die beiden Hauptforderungen lauten: 1. bessere Vorbildung, 2. Hebung des ganzen Hebammenstandes.

Die Ausbildungskurse für Hebammen dauern längstens 3/4 Jahr, kürzestens 3 1/2 Monate, sind also schon in Bezug auf ihre Ausdehnung willkürlich gestaltet. Das gilt aber noch mehr im Hinblick auf den Gang des Unterrichts. Nur der kleinste Teil der Unterrichtszeit wird zu wirklichen Lernzwecken verwendet. Meist sind die Hebammenschülerinnen, die ganz in den Anstalten wohnen, die untergeordneten Arbeitskräfte der Lehranstalten, und ihre Beschäftigung besteht zu 90 % aus grober Hausarbeit. Hier wird von Kennern der Verhältnisse immer wieder dringend Abhilfe gefordert.

Für diese Abhilfe liegen nun die Schwierigkeiten vor Allem darin, daß die Hebammenlehranstalten in Preußen immer den einzelnen Provinzialverwaltungen unterstellt sind, die in medizinischen Unterrichtsfragen nicht sachverständig sind. So konnte es geschehen, daß Neuerungen für die Ausbildung der Hebammen, die der Staat als notwendig bezeichnet hatte, von den Provinzialverwaltungen abgelehnt wurden aus finanziellen Gründen. Es muß also vor Allem eine Verstaatlichung des Hebammenunterrichts gefordert werden, eine Unterstellung unter das Kultusministerium, um eine einheitliche Ausgestaltung nach dem fachmännischen Urteil der Medizinalverwaltung zu ermöglichen.

Die Hauptursache des niedrigen sozialen Niveaus des Hebammenstandes liegt aber in dem geringen Durchschnittseinkommen der Hebammen (300 bis 600 M. jährlich). Mit der platonischen Forderung, daß sich qualifiziertere Kräfte dem Hebammenberuf zuwenden sollten, ist hier gar nichts getan. Nur die Garantie einer sicheren, auskömmlichen Existenz kann einem Beruf bessere Elemente zuführen. Und nur diese wiederum können den erhöhten Anforderungen einer gediegenen Ausbildung genügen. Die Verhältnisse, denen heute durchschnittlich die Hebammen entstammen und in denen zu leben sie gezwungen sind, ermöglichen nur bei einem ganz außergewöhnlichen Grade von Energie und Gewissenhaftigkeit die primärsten Forderungen an Reinlichkeit, auf die die moderne Hygiene angewiesen ist. Nur eine breitere materielle Basis kann diejenigen Qualitäten entwickeln, die wir von der modernen Hebamme fordern müssen. Eine Erhöhung der Taxe scheint hier der einzige Ausweg, das Einkommen der Hebammen zu verbessern. Und die Einführung der Mutterschaftsversicherung würde diesen Weg auch sofort gangbar machen. Daneben ist natürlich eine Verschärfung der Kontrolle durch die Kreisärzte unerläßlich; ebenso wie die Einführung von obligatorischen Fortbildungs- und Wiederholungskursen in jedesmaligem Abstand von mehreren Jahren.

Freilich dürften auf diese Weise nur die gröbsten Schäden zu beheben sein. Prinzipiell werden wohl diejenigen Stimmen recht behalten, die nicht Hebung, sondern *Aufhebung* des Hebammenstandes fordern (Hulda Maurenbrecher, Dr. Adams-Lehmann, Marie v. Schmid), die den Geburtsakt nur vom Arzt oder der Ärztin, die Wochenpflege von der sog. Hauspflegerin geleitet wissen wollen, am liebsten aber das ganze Entbindungswesen in Anstalten überführen möchten. Unzulänglichkeit, Halbheit liegen im *Wesen* des Hebammenberufes. Um allen Eventualitäten des Geburtsaktes gerecht werden zu können, *bedarf* es der *ärztlichen* Vorbildung. Diese aber erfordert eine so breite Basis an Kenntnissen, daß die Vereinbarkeit mit der subalternen Arbeit der Pflegerin von selbst wegfällt. So scheint eine Differenzierung des Berufs in Arzt und Pflegerin das sachlich Natürliche und Wünschenswerte, was freilich den eminenten Gegenwartswert durchgreifender Reformen im Hebammenwesen nicht beeinträchtigt, da eine Neuregelung des gesamten Entbindungswesens in jenem absoluten Sinne noch lange praktisch undurchführbar sein dürfte.



# RENÉ MARTIAL, PARIS: ARBEITSUNFÄLLE UND BERUFSKRANKHEITEN.


IE Frage, ob die Berufskrankheiten unter den gleichen Gesichtspunkten beurteilt zu werden verdienen wie die Arbeitsunfälle, und in gleicher Weise Anspruch auf gesetzliche Entschädigung gewähren sollen, ist für die Arbeiterschaft Frankreichs bedeutsam. Ich vertrete, gleich verschiedenen Gewerkschaften, den Standpunkt, daß eine derartige gesetzliche Entschädigungspflicht gegenüber den Berufskrankheiten der Arbeiterschaft viel mehr Schaden als Nutzen brächte.

Zunächst fragt es sich, inwieweit unser Unfallentschädigungsgesetz seinen Zweck erfüllt. Große, gut fundierte Versicherungsgesellschaften übernehmen an Stelle des Arbeitgebers die Entschädigung des von einem Unfall betroffenen Arbeiters. Die Gesellschaften verlangen, um ihre Auslagen möglichst einzuschränken, daß der Verletzte unter ihrer Kontrolle und sogar durch ihren Arzt behandelt werde, obgleich das französische Gesetz jedem Staatsbürger die volle Freiheit der Arztwahl zusichert.

Der vom Verletzten gewählte Arzt erscheint den Gesellschaften als ihr Feind, hat er doch kein anderes Bestreben als das, den Patienten so gut wie möglich zu behandeln. Aus persönlichem wie aus humanitärem Interesse wird er, ohne Rücksicht auf die Dauer der Arbeitsunfähigkeit, bemüht sein, die endgültigen Folgen des Unfalles auf ihr Minimum zu reduzieren; wenn sie schwer sind, wird er ihren Ernst keineswegs als geringer darstellen, um die Höhe der Unfallrente herabzusetzen. Die Gesellschaften wenden daher alle nur erdenklichen, auch illegalen Mittel an, damit der Verletzte durch ihren Arzt behandelt werde. Dieser Arzt aber wird von der Gesellschaft besoldet, er bemüht sich selbstverständlich, die Behandlungszeit tunlichst abzukürzen, sobald als möglich den Patienten für geheilt zu erklären und die Folgen des Unfalles als möglichst gering darzustellen.

Wenn der Arbeiter sich nicht unterwerfen will, sondern auf dem Recht eigener Arztwahl besteht, so hungert ihn die Gesellschaft aus und bringt ihn ins Elend. Sie verweigert ihm die tägliche Entschädigung, zwingt ihn, sie einzuklagen, gebraucht alle Mittel, um ihn möglichst lange ohne Unterstützungen zu lassen, zieht die Klage in die Länge, erhebt Einspruch gegen die Höhe der Rente und entfaltet eine solche Zähigkeit, da sie ja in der Lage ist, zu warten, bis der Arbeiter ermüdet, um nur endlich zu Ende zu kommen und wieder an die Arbeit gehen zu können, eine Rente annimmt, die oftmals um $^2/_3$ geringer ist, als was er zu beanspruchen hätte.

Viele Ärzte besitzen über diesen Punkt unwiderlegliche Dokumente. Es befinden sich darunter Fälle, wo der Richter klar aufgedeckt hat, daß die Einwendungen der Gesellschaft nur den Zweck hatten, die Sache zu verschleppen und den Tod des Verletzten abzuwarten. Eine ganze Anzahl derartiger Prozesse hat sich abgespielt. Im Jahre 1903 betrugen die Einnahmen aus der Unfallversicherung 53 874 000 Francs, die Ausgaben 43 313 000 Francs, so daß ein Überschuß von mehr als 13 Millionen verblieb. Dabei lassen sich Unfälle immerhin noch als Tatsachen feststellen. Wie wäre es erst bei Berufskrankheiten?

Was ist überhaupt eine Berufskrankheit? Der Abgeordnete Breton hat im Jahre 1901 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine verhältnismäßig

hohe Zahl von Berufskrankheiten aufzählt, viele andere Krankheiten jedoch, die man ebensogut als Berufskrankheiten ansehen muß, übergeht. Am 16. Mai 1905 hat die Regierung einen anderen Entwurf vorgelegt, der sich lediglich auf die durch Quecksilber und Blei erworbenen Krankheiten bezieht. Die im Journal officiel erschienene Begründung bemerkt hierzu, daß es unmöglich sei, weiter zu gehen, ohne unlösbare Schwierigkeiten heraufzubeschwören. Nehmen wir nun an, daß ausschließlich die Quecksilber- und Bleikrankheiten als Berufskrankheiten angesehen werden. Wäre der Arbeiter wenigstens gegen diese geschützt? Keineswegs! Der bekannte Gerichtsarzt Dr. Thoinot bemerkt in seinem Gutachten an die Kommission für Gewerbehygiene, daß die verschiedenen Bleiwirkungen noch bei weitem nicht mit absoluter Sicherheit für die gerichtsärztliche Diagnose festgestellt sind. Mit Ausnahme der Bleikolik, der Lähmung des Unterarmes und des liséré guigival unterliegen die übrigen Symptome der Bleivergiftung noch in jedem Einzelfall der Diskussion. Er erinnert an die Einwirkung von Diätfehlern auf die Bleikolik, an die Schwierigkeit, das Blei als Erkrankungsursache für jene Krankheitsgruppe zu erkennen, die als Bleihysterie bezeichnet wird, und behauptet, daß bei den durch Blei erzeugten Gehirnleiden häufig erst die Sektion eine zweifellose Diagnose erlaube.

Die Gesetzgeber müßten also damit rechnen, daß in etwa 50 Fällen von 100 ein wissenschaftlicher Zweifel besteht.

Und was wird nun bei all jenen Krankheiten, die von den zahlreichen anderen industriellen Giften herrühren, geschehen? Wie steht es mit den zahllosen chronischen Vergiftungen, von denen nirgends die Rede ist?

Und schließlich, sind nicht selbst Tuberkulose und Syphilis den Berufskrankheiten einzurechnen? Es gibt kaum eine Krankheit, von der Lungenentzündung bis zur Grippe, die nicht zuweilen ihren Ursprung in der Berufsarbeit haben kann. Warum sollte der Arbeiter hier nicht ebensogut versichert sein?

Das vorliegende Projekt ist sonach nicht nur höchst unvollständig, sondern selbst, wenn es vollständiger wäre, könnte es in keiner Weise die Arbeiter befriedigen. Eine derartige Zusammenlegung der Berufskrankheiten mit den Arbeitsunfällen würde nur der Ausgangspunkt zahlreicher unlösbarer Konflikte werden.

Überdies hätte ein solches Gesetz, das den Arbeiter um höchst zweifelhafter Vorteile willen benachteiligen würde, noch eine sehr unangenehme, schwerwiegende Nebenwirkung. Sicherlich würde man versuchen, durch eine ärztliche Untersuchung bei der Einstellung der Arbeiter alle Schwächlichen, Kränklichen, mit irgendeinem Defekt Belasteten auszuscheiden, sie wären zur Arbeitslosigkeit, zum Hunger verurteilt, und unermeßliches Elend wäre die Folge.

Der einzig gangbare Weg ist die Versicherung der Arbeiterschaft gegen alle vorübergehenden oder dauernden Erkrankungen, gleichviel ob auf beruflichem oder anderem Wege erworben. Wir brauchen Krankenkassen! Unser erster gewerbehygienischer Kongreß im Jahre 1904 ergab eine Resolution, daß die Entscheidung der von Berufskrankheiten betroffenen Arbeiter den Arbeitgebern zur Last fallen, daß aber Arbeiterkrankenkassen die Entschädigung aller anderen erkrankten Arbeiter übernehmen sollen.

Auf diese Art wäre der Arbeiter gegen jede Form der Krankheit geschützt, und die neue Institution sozialer Fürsorge wäre der Gewinnsucht privater Unternehmer entrückt.

# TIXERAND, PARIS: ZUR SOZIALPSYCHOLOGIE DER FRANZÖSISCHEN WINZERBEWEGUNG.

DIE letzte Winzerkrise, die sich im Süden Frankreichs abspielte und berechtigter Weise die Aufmerksamkeit der Nationalökonomen erregte, verdient zufolge gewisser Erscheinungen die Beachtung der Psychologen. In den Zusammenkünften zu Béziers, Perpignan, Carcassonne, Montpellier verlangte die Menge von der Regierung Mittel, um die Krise einzudämmen. Die Not einte sie alle, und in manchen Gegenden, wie in Béziers, wo ehedem ein scharfer Klassenkampf geherrscht, schritten nun Unternehmer und Arbeiter, Großgrundbesitzer und Bauern, Seite an Seite, erfüllt von einem einzigen Gedanken: das Unrecht, das ihnen geschah, zu bekämpfen.

Solche Einigkeit in Geist und Tat ist heute eine Ausnahme. Zu unserer Zeit, wo die öffentliche Meinung sich vor allem in der Presse ausspricht, gemahnen derartige Monstreversammlungen von Hunderttausenden von Menschen, die einem gleichen Ziel entgegenstreben, an jene feierlichen Ereignisse der Geschichte, die ehemals die Bevölkerung ganzer Landstriche nach einer Stadt führten. Dieser Charakter der Demonstrationen der Weinbauerkrise verschärft sich noch durch bestimmte Nebenumstände. Man sah, wie in alten Zeiten, wo keine Transportmittel bestanden, Bewohner der Pyrenäendörfer zu Fuß oder im Karren zweihundert Kilometer, die sie von Montpellier trennten, zurücklegten. Mit einer Geste, die an einen der großen Kirchenfürsten des Mittelalters erinnerte, öffnete der Bischof dieser Stadt den obdachlosen Manifestanten die Kathedrale und gestattete ihnen, dort zu nächtigen.

Die altertümliche Eigenart der Winzerbewegung ward von ihren Führern wohl erkannt, sie kehrten mit Stolz hervor, die Fortsetzer einer Tradition zu sein.

„Soweit wir unsere geschichtlichen Erinnerungen zurückverfolgen, finden wir darin kein Beispiel eines gleichen Exodus von Völkerschaften, die sich gegenseitig aufsuchen, um die Kraft zum Kampfe zu stärken", so rief Herr Ferroul zu Perpignan aus, und in Carcassonne äußerte er: „Wie zu den Zeiten der alten Kreuzzüge, da die Albigenser unter den Mauern von Carcassonne ihr Land und ihren Glauben verteidigen, so ist das Heer der Winzer heute gegekommen, um zu Füßen der alten Hauptstadt des Carcassés zu lagern. Es führt sie ein ebenso hoher, ebenso heiliger Zweck. Unsere Vorfahren im dreizehnten Jahrhundert fielen als Helden, ihre Sache verteidigend. Ihr Winzer, meine Brüder, werdet ihrer würdig sein! Rufen wir es laut hinaus, vorwärts zur Verteidigung unseres Rechts; der Süden will es — der Süden wird siegen!" Und diese Worte, die einem nicht vorbereiteten Leser eine Parodie berühmter Worte erscheinen könnten, begeisterten die Menge. Als neue Kreuzritter zogen die Südfranzosen in den Krieg gegen die Betrüger mit derselben Überzeugung, mit der ihre Vorfahren die Ungläubigen bekämpften. Sie riefen: „Es lebe der Naturwein!" so wie sie einige Jahrhunderte früher gerufen hätten: „Gott will es!" Zum Unterschiede war derjenige, der den neuen Kreuzzug predigte, kein Mönch, sondern ein Laie. Er hieß nicht Peter der Einsiedler, sondern Marcelin Albert.

Marcelin Albert hatte die Kreuzzüge heraufbeschworen, Herr Ferroul rief die Erinnerung an nicht minder alte Vorgänge wach: „Die bemerkenswerte Bewegung im Languedoc und in Französisch-Katalonien, die seit

zehn Jahren vergebens ihr Recht verlangen, erwecken in mir die Erinnerung eines anderen großen Elends, das achthundert Jahre nicht auszulöschen vermochten. Ich meine, das Elend des albigensischen Südens, der von feudalen Baronen des Nordens ausgesaugt und beraubt wird.“ Das Publikum jubelte Beifall. Mit den feudalen Baronen des Nordens sind die Rübenproduzenten und Zuckerfabrikanten gemeint. Bemerkenswert ist hier der Ausdruck „Französisch-Katalonien“, der separatistische Gedanken erweckt. Die Verschleuderung der Weine hat genügt, um die Einigkeit Frankreichs, die so festgefügt, so unerschütterlich begründet schien, erkauft ist durch soviel gemeinsame Leiden, Hoffnungen, Siege, in den Gemütern zu erschüttern!

Und wieder eine historische Erinnerung, wenn auch weniger alt, hat den Südländern folgenden seltsamen Verbündungsschwur eingegeben: „Wir schwören, uns zur Verteidigung des Weinbaus zu verbünden und ihn durch alle Mittel zu schützen. Wer immer aus politischem oder persönlichem Interesse diesen Bestrebungen entgegenwirkt und dem Weinbau Schaden bringt, soll sofort gerichtet, verurteilt und das Urteil sofort vollstreckt werden!“

Mirabeaus Wort, das er im Saale des Ballhauses sprach: „Wir sind hier durch den Willen des Volkes und werden nur der Gewalt der Bajonette weichen“, variierte Herr Ferroul, als er das Rathaus von Narbonne verließ: „Wir werden hier nur wieder einziehen durch den Willen des Volkes!“

Diese Sucht nach Wiedererneuerung historischer Aussprüche war begleitet von der Sucht nach theatralischer Geste. Als die Mitglieder der Gemeinderäte am 10. Juni ihren Wählern ihre Demission verkündeten, warfen sie, um diese Erklärung wirksamer zu machen, ihre Schärpen in die Menge oder verbrannten sie auf dem Marktplatz.

Am sorgsamsten wurden die Vorgänge in Narbonne in Szene gesetzt. Ein Augenzeuge berichtet: „Die Zeremonie ging nachmittags Punkt für Punkt vor sich. Alles war vorbereitet, man wußte, zu welcher Stunde der Bürgermeister von Narbonne auf dem Balkon des Rathauses erscheinen würde, und darum versammelte sich bei anbrechender Dunkelheit die ganze Bevölkerung vor dem Bürgermeisteramt. Im zweiten Stockwerk der großen Fassade flatterte die Trikolore des Rathauses. Der Platz und die ihn umgebenden Häuser blieben im Dunkel, nur zwei elektrische Bogenlampen beleuchteten den Balkon im zweiten Stock, von wo aus Herr Ferroul die Menge ansprechen sollte. Punkt 8 Uhr begann die Glocke ihre klagenden Töne in das Gemurmel der Menge zu senden, die auf dem Platz versammelt war.“ Die Sucht nach Inszenierung und historischen Reminiszenzen erklärt sich aus den Charakter der Südländer, die eine Vorliebe für tönende Phrasen und große Posen haben. Dieses ästhetische Gefühl ist ihnen angeboren und verläßt sie nicht einmal im tiefsten Elend. Hungernde kamen in Festkleidern, Fahnen vorantragend, um ihr Elend in den Städten laut auszuschreien, die geschmückt waren, wie zu Ehren eines Freudenfestes.

„Carcassonne“, so erzählt ein Zuschauer, „ist geschmückt wie es niemals war, eine verschwenderische Fülle von Fahnen und Oriflammen läßt ihre leuchtenden Farben in der Sonne flattern. Nur ganz vereinzelt sieht man einen Krepflor, der daran gemahnt, daß dieses Fest eine Kundgebung des Elends ist. Am Eingang der Stadt ist ein Triumphbogen errichtet mit der Inschrift: „Ein Willkommgruß unseren Brüdern im Elend!“ Der Ausspruch hat Recht: im Norden ist das Elend schwarz, im Süden bewahrt es stets etwas von der Heiterkeit des Himmels, es ist das blaue Elend.




# CHRONIK

**UEBER Eisenbahnhygiene.** Die Waggons unserer Bahnen werden wohl gelüftet und gereinigt, aber nicht desinfiziert, die Betten der Schlafwagen kommen sogar erst nach 20 Tagen (30000 km Fahrt) zum Putzen, und wenn man bedenkt, wie viele Kranke alljährlich nach dem Süden geschickt werden und daß auch bei Ausbruch von Epidemien sich viele bereits infizierte Personen flüchten, so ist es wohl nicht zu bezweifeln, daß die Ansteckungsgefahr in der Eisenbahn eine verhältnismäßig große ist. Dazu kommt, daß die Empfänglichkeit geschwächter Personen, welche eine Erholungsreise unternehmen, sowie die abgehetzt zum Bahnhof kommender Passagiere erhöht ist und die Menschen eng zusammengepfercht sind.

Man vergegenwärtige sich diesen Tatsachen gegenüber die zweckmäßige Einrichtung moderner Sanatorien. Auch in der Eisenbahn könnte man waschbare Wandbeläge und Polsterbezüge anbringen. Auf voneinander getrennten Rohr- oder Holzfauteuils (wie sie einige französische Waggons haben) könnten Kissen aufgebunden werden, welche bei großer Wärme sowie zum Klopfen und Wechseln der waschbaren Bezüge leicht abzunehmen sind. Bei solcher Einrichtung wäre auch eine Desinfektion leichter durchführbar und sollte eigentlich vor jeder größeren Fahrt geschehen. Am wichtigsten wäre dieselbe jedoch an den Grenzstationen.

In den Schlafwagen müßte außerdem die Trennung der Betten durchgeführt werden. Nach den bereits überwundenen Schwierigkeiten würde es geschickten Konstrukteuren bei rationeller Einteilung des Grundrisses und Aufbaues auch gelingen, Einkabinen mit möglichster Raumausnützung herzustellen. Jedenfalls wäre eine generelle Untersuchung des heutigen Standes der Dinge geeignet, als Ausgangspunkt für eine rationelle Ausgestaltung der Eisenbahnhygiene zu dienen. — Diese beachtenswerten Vorschläge führt Dr. Wilhelm Dogré in einem Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse" näher aus. — Die preußische Staatsbahn beabsichtigt übrigens, den Reisenden Gelegenheit zu bieten, außer einem Kopfkissen auch eine Schlafdecke leihweise entnehmen zu können. Die Leihgebühr soll je 75 Pfg. betragen. Ein Unternehmer will diese notwendigen Reiserequisiten auf den Ausgangsstationen der Nachtschnellzüge stellen. Die Reisenden können beide Leihgegenstände während der ganzen Reise bestimmungsgemäß benutzen, natürlich nur im Zuge, aus dem sie nicht entfernt werden dürfen. Wie in Frankreich, so wird auch bei uns auf die formelle Rücklieferung der Sachen verzichtet: der Reisende läßt sie einfach im Abteil liegen. Mit diesem praktischen Versuche soll noch im Laufe dieses Winters begonnen werden, zunächst auf der Strecke Berlin-Köln, dann Berlin-Frankfurt a. M.



**Zur Gründung einer Gartenstadt bei Berlin** erläßt die deutsche Gartenstadtgesellschaft, der erste Namen aus Wissenschaft und Kunst angehören, einen Aufruf. Sie wendet sich damit nicht nur an solche, die aus sozialem oder ästhetischem Interesse ein derartiges Unternehmen zu fördern bereit sind, sondern vor allem auch an die Industriellen selbst, besonders an diejenigen Vertreter des Gewerbelebens, die eine Neugründung oder auch Verlegung von Betrieben planen. Für den Fall ausreichender

Übersiedlungen sind größere Geldmittel zur Verfügung gestellt. Bei der Wahl des Geländes sollen Wünsche der Hauptinteressenten Berücksichtigung finden.

Die Gartenstadtgesellschaft will ähnlich verfahren, wie heute die Terraingesellschaften der Vororte mit ihrer planmäßigen Erschließung von Gelände zu Wohn- und Industriezwecken. Nur will sie ihr Ziel in gesunderer Form verwirklichen, unter Ausschließung jeder Bodenspekulation, so daß die Vorteile solcher Ansiedlungen dauernd der Gesamtheit der Bewohnerschaft gesichert bleiben. Und sie will es in größerem Maßstabe tun, um alle die Nachteile zu vermeiden, welche isolierte Ansiedlungskomplexe zuweilen gezeitigt haben.

Anknüpfend an die immer mehr hervortretende Tendenz der Abwanderung gewerblicher Betriebe aus der Großstadt, in der die Industrie unter zu hohen Mieten sowie unter Produktions- und Transportschwierigkeiten leidet, will die Gartenstadtbewegung die gemeinschaftliche Ansiedlung zahlreicherer Betriebe auf billigstem Neuland in geeigneter Verkehrslage organisieren und so eine allen Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens einerseits wie der Volksgesundheit und ästhetischen Kultur andrerseits entsprechende Wohnungsreform anbahnen.

In England ist das Experiment bereits geglückt. 53 km nördlich von London ist vor drei Jahren auf einem Gelände von 6400 Morgen eine solche Ansiedlung geschaffen worden, die sich bereits heute zur Stadt von 5000 Einwohnern ausgewachsen hat, bei Sicherung einer weitläufigen gartenmäßigen Bebauung bis zu 30 000 Einwohnern.

**200 000 Handlungsgehilfen organisiert.** Einen Aufruf, der dazu dienen soll, eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden größten deutschen Handlungsgehilfen-Verbänden anzubahnen und damit annähernd 200 000 Handlungsgehilfen zu vereinigen, erläßt unter dem 26. Januar 1908 der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (Sitz und Verwaltung: Hamburg, Holstenwall 4). „In der klaren Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Handlungsgehilfen und die ihrem Stande drohenden Gefahren ein einheitlicheres Zusammenfassen der in der Handlungsgehilfen - Bewegung vorhandenen Kräfte gebieterisch verlangen, haben die unterzeichneten Mitglieder des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen (Sitz Leipzig) und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen - Verbandes (Sitz Hamburg) einmütig beschlossen, als Ergebnis einer von beiden Seiten zwanglos eingeleiteten und am 26. Januar 1908 in Berlin abgehaltenen Besprechung, die leitenden Körperschaften der beiden Verbände aufzufordern, ohne Verzug die erforderlichen Schritte zur Bildung einer Interessengemeinschaft mit dem so bald als möglich zu erstrebenden Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände vorzunehmen. Wir sind überzeugt, daß die Beseitigung der diesem Ziel entgegenstehenden Schwierigkeiten gelingen wird, wenn die leitenden Körperschaften und die Mitglieder beider Verbände überall das gleiche Maß von Verantwortlichkeitsgefühl für die Interessen des ganzen Standes an den Tag legen werden, das uns bei der Abfassung und Unterzeichnung dieses Aufrufes geleitet hat."

# ARBEITERBEWEGUNG

## J. HUTCHINSON, WELLINGTON (NEW-ZEALAND): DIE ERSTARKUNG KLASSENBEWUSSTER ARBEITERBEWEGUNG.

**Hutchinson**, früher Mitglied des Parlaments von Neuseeland und einziger Sozialist in demselben, widmet sich heute der Begründung einer sozialistischen Partei im Lande.



UCH in Neuseeland ist die Arbeiterbewegung in ein neues Stadium eingetreten. Seit 1890 (dem Zeitpunkt der großen Streiks) hat der Liberalismus ununterbrochen die Führerrolle innegehabt; hauptsächlich, weil er von den Arbeiterassoziationen unterstützt wurde. Dafür haben diese ihre Remunerationen empfangen in Gestalt von allerlei Arbeitergesetzen, wie z. B. dem sog. Schieds- und Sühnegerichtsgesetz, dem Arbeiterunfallversicherungsgesetz, dem Gesetz über Verbesserung der Fabrikanlagen u. dgl. m.

Heute aber begnügt sich der Arbeiter damit nicht länger. Auf der Jahresversammlung der Arbeiterdelegierten wurde eine Parteiverfassung angenommen, für die unter anderm folgende Klausel bezeichnend ist: „Die Föderation soll jeden Zusammenhang mit andern als ausschließlichen Arbeiterparteien vermeiden. Sie kann künftig nur eine solche Politik unterstützen, die mit der Politik der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen sich auf derselben Linie bewegt." — Die Beschlüsse der Jahresversammlung müssen den Trade Unions zur Bestätigung vorgelegt werden; sie dürften aber zweifellos bestätigt werden.

Obwohl oder gerade weil der gegenwärtige Arbeitsminister ein früherer Streikführer ist, wird der Bruch zwischen den Arbeiterkörperschaften und der Regierung täglich klaffender.

Das Streikschlichtungsgesetz (dieser angebliche Rettungsanker der arbeitenden Klassen), ist vollkommen entzwei gebrochen und das wracke Schiff „Industrielle Einigkeit" treibt mit jedem Wellenschlag auf die Felsen zu. Allerlei Gerüchte von drohender Revision der Wahlordnung tauchen auf.

Im vorigen Februar forderten verschiedene Arbeiterkörperschaften aus der Branche der Fleischkonservierungs- und -Exportindustrie durch ganz Neuseeland, obschon sie doch an die Abmachungen der Schiedsgerichte gebunden sind, Erhöhung der Löhne und eine Reihe weiterer Konzessionen. Die Streikenden wurden vor das Schiedsgericht zitiert und für ihren Gesetzesbruch in gebührende Geldstrafen genommen. Einige weigerten sich zu zahlen. Bis Juni hin hatte die Tarifinspektion nichts anderes zu tun, als von Gerichts wegen Haftbefehle gegen die widerspenstigen Streiker zu erwirken. Die Staatsgerichte lehnten jedoch ab, solche Haftbefehle ergehen zu lassen, mit der Begründung, daß das Gesetz keine klare Handhabe biete, um im vorliegenden Fall einen Eingriff in die persönliche Freiheit zu gestatten. Die Tarifinspektion brachte die Sache schließlich vor das Plenum des Appellationsgerichts. Dieses hat sie in voriger Woche zur Kenntnis genommen und sein Urteil vorerst suspendiert.

Wie immer dieses Urteil ausfallen mag, es besteht keine Aussicht, den Arbeitern das Vertrauen zurückzugeben, daß die Schiedsgesetzgebung zur Sanierung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ausreicht.

In verschiedenen Fällen haben die Vertreter der Trade Unions den Boden des Mindestlohnsystems überhaupt verlassen und kurz und bündig Schiedsgerichte auf der Basis der Gewinnteilhaberschaft gefordert. Sie erklärten, daß es ihr gutes Recht sei, am Unternehmergewinn Anteil zu erhalten. Die Gerichte lehnten freilich ab, die Unternehmer zur Vorzeigung ihrer Bilanzen zu zwingen. Sie weigern sich, der Frage der Teilhaberschaft überhaupt näherzutreten. Inzwischen hat der Arbeitsminister öffentlich die Absicht einer Gesetzesreform kundgegeben. Er schlägt vor, Provinzial-Tarifgerichte einzuführen. Nur in bestimmten Fällen sollen die allgemeinen Schiedsgerichte in Anspruch genommen werden.

Jedenfalls ist im Augenblick der Stand der Arbeiterbewegung für den Soziologen von höchstem Interesse. Der unmittelbare Ausgang wird der sein, daß die Arbeiterpartei sich vollends von der Allianz mit dem Liberalismus ablöst, sich, wie im ganzen übrigen Australien, fest zusammenschließen und versuchen wird, die politische Macht an sich zu reißen.



## J. A. TEIT, SPENCES-BRIDGE, B. C.: SOZIALISMUS AUF DEN SHETLANDSINSELN.

**Teit wanderte von den Shetland Islands nach British Columbia aus, lebte dort 20 Jahre mit den Indianern, heiratete ein Indianermädchen und wurde als Stammesmitglied aufgenommen. In jüngster Zeit kehrte er zu europäischer Lebensweise zurück und verfaßt wissenschaftliche Abhandlungen über den Urkomanismus.**



ES ist von hohem Interesse, zu beobachten, wie der Sozialismus auch bei der Bewohnerschaft der entlegenen Shetlandsinseln an Boden gewinnt. Dies muß um so mehr überraschen, als das Fischereigewerbe fast der einzige Erwerbszweig des Landes ist. Die meisten Fischer sind zudem kleine Kätner und Ackerbesitzer, die bis zum letzten Jahre ebensowenig wie die Handel- und Gewerbetreibenden irgendwie organisiert waren. Eben jetzt fangen die Trade-Unions an, mühsam auf diesen Inseln aufzukommen. Noch vor fünf Jahren war in Shetland der Sozialismus völlig unbekannt. Seine einzigen Anhänger waren einige „Intellektuelle" in Lerwick. Seither aber hat er mächtige Fortschritte gemacht. Ein Zweigverein der Sozialistischen Föderation wurde gebildet; seine mächtig anwachsende Anhängerschaft setzt sich größtenteils aus Fischern und Gewerbetreibenden zusammen. Bei den letzten Schul- und Stadtratswahlen in Lerwick stellten die Sozialisten ihre eigenen Kandidaten auf, und es gelang ihnen auch, einige von ihnen nach einem schweren Wahlkampf durchzudrücken. Nicht nur in Lerwick (der einzigen Stadt mit 5000 Einwohnern), sondern auf den ganzen Shetlandsinseln schreitet der Sozialismus stetig voran. In Edinburgh und Leith (in Schottland), wo etwa 5000 Shetländer wohnen, haben sie einen Klub, die sog. „Shetländer Sozialistengruppe", gebildet, der freilich erst im letzten Winter ins Leben trat, aber bereits eine große Mitgliederzahl aufweist. Das Hauptziel dieser Vereinigung ist die Propaganda unter ihren Landsleuten daheim und in der Fremde. Die Führer der Bewegung in Shetland sind Sozialisten von ausgesprochen Marxistischer Richtung. Die Empfänglichkeit des Shetländers für den Sozialismus

macht sich auch in Westkanada und den Staaten des Westens bemerkbar, wo die Mehrzahl der eingewanderten Shetländer die sozialistische Bewegung fast ausschließlich rekrutiert. Diese Richtung bildet einen bemerkenswerten Kontrast zur Stellung des durchschnittlichen Schotten zum Sozialismus. Vielleicht könnte man diesen Unterschied aus der Verschiedenheit der Rassen erklären; die Shetländer stammen fast ganz aus norwegischem Blut.



# H. SCOTT-BENNET, MELBOURNE: AUS DER AUSTRALISCHEN ARBEITERBEWEGUNG.

Scott-Bennet, früher Mitglied des Staatsparlaments von Viktoria und Mitglied der Arbeiterpartei, trat aus beiden aus, um sich der Begründung einer unabhängigen sozialistischen Partei zu widmen.



IE australische Arbeiterbewegung ist keine revolutionär-radikale. Bis vor ganz kurzem haben sich die mannigfachen sozialistischen Körperschaften (mit einer einzigen Ausnahme) darauf beschränkt, zur Wahlzeit für die Arbeiterkandidaten zu agitieren. Auf den vielen Arbeiterkongressen der australischen Haupt- und Unterstaaten haben die Delegierten in den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung unablässig dahin gewirkt, die Bewegung auf die Basis entschieden sozialistischer Prinzipien zu stellen. Aber die Arbeiterbewegung blieb im wesentlichen eine Bewegung liberalistischer Natur. Im Juli 1907 aber wurde auf einer Konferenz, die abgehalten wurde, um die verschiedenen Richtungen des Sozialismus in den Staaten zu vereinigen, mit großer Majorität der Beschluß gefaßt, daß sich in Zukunft kein Mitglied der sozialdemokratischen Föderation als Kandidat der sogenannten „Arbeiterpartei“ oder einer andern nichtsozialistischen Partei aufstellen lassen dürfe, weder für das Parlament noch zu den Munizipalämtern. Die Konsequenzen dieser Resolution sind noch nicht abzusehen. Viele hervorragende Vertreter der Arbeiterbewegung sind der Ansicht, daß ein großer Zustrom all jener liberalen Elemente, die früher eine Vermengung mit dem Sozialismus gescheut hätten, die Folge sein wird.



Die öffentliche Meinung glaubt, daß alle Elemente der Arbeiterbewegung, in denen das proletarische Klassenbewußtsein lebendig ist, künftig ihr Heil im Sozialismus suchen werden. Sollten sich diese Voraussetzungen erfüllen, dann wird in relativ kurzer Zeit die sozialistische Bewegung den Platz einnehmen, den gegenwärtig noch die „Arbeiterpartei“ okkupiert. Nur mit dem Unterschied, daß von da an die Arbeiterbewegung sich mit den radikalen Forderungen des Proletariats identifizieren wird.

Bemerkenswert ist auch die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der sog. Sozialgesetzgebung. Tausenderlei Reformen, wie etwa die Zwangsschiedsgerichte, die man mit ungeheurem Aufwand von Zeit und Energie eingerichtet hat, haben die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht im mindesten gerechtfertigt. So kommt es, daß die vom Sozialismus eingenommenen Po-

sitionen in den Augen der Arbeiter immer mehr an Wert gewinnen. Ein Beweis dafür sind die merkwürdig zahlreich besuchten Arbeiterversammlungen, in denen die revolutionären Prinzipien erörtert werden. Jedenfalls sind im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus und die Arbeiterbewegung in Australien in eine kritische Periode eingetreten. Schon die nächsten Monate werden es zeigen, wohin die demokratische Bewegung Australiens künftig steuert.



# CHRONIK

**DIE Inder in Transvaal.** Die Transvaalkolonie hat durch ein einstimmig angenommenes Gesetz entschieden, daß alle in Transvaal lebenden Inder über 16 Jahren angemeldet und registriert werden müssen. Ein Verfehlen gegen diese Bestimmungen zieht Gefängnisstrafe und Landesverweisung nach sich. Die Identität des einzelnen wird durch den Abdruck der zehn Fingerspitzen erlangt, eine in Indien übliche Methode. Der Abdruck des Daumens wird dort angewandt bei der Legalisierung von Dokumenten, als Handzeichen für die Unterschrift des Empfängers auf Quittungen, bei Kontrakten, ärztlichen Attesten und anderen Akten bürgerlicher Gerichtsbarkeit. Die Zehnfingerabdrücke sind aber in Indien nur für die genauere Registrierung von Verbrechern in Anwendung gekommen, und es ist begreiflich, daß sich jeder anständige Inder dagegen sträubt.

Die britische Regierung hat sich früher geweigert, diese Maßregel zu sanktionieren. Nachdem aber Transvaal seine Selbstregierung erhalten hat, wünscht die Zentralregierung, sich so wenig wie möglich in die inneren Angelegenheiten Transvaals zu mischen.

Die Opposition gegen die Inder in Transvaal mag im allgemeinen aus ökonomischen Gründen herrühren. Vielleicht weil ihre einfache Lebensweise sie zu gefährlichen Konkurrenten der Europäer macht. Dagegen wird der indische Händler für achtenswert gehalten, und es ist ein offenes Geheimnis, daß Händler in Pretoria und Durban von europäischen Häusern Kredit erhalten, der den von Weißen geführten Geschäften vielfach versagt bleibt. Aber die Inder in Transvaal saugen durch wucherisches Kreditgeben Weiße und Schwarze aus und fügen dadurch dem Lande großen Schaden zu. Es ist daher schließlich verständlich, daß die Transvaalregierung, die nicht die Rücksichten auf die indischen Gefühle wie die britische Regierung zu nehmen hat, ihre wirtschaftliche Reorganisationsarbeit nicht für die Inder tun will.



**Antiasiatische Bewegungen.** Anfang September 1907 kam es in Vancouver (British-Columbia); dem wichtigsten Hafen Kanadas an der pazifischen Küste, zu gewalttätigen Ausschreitungen der einheimischen Bevölkerung gegen Japaner und Chinesen. Nach Schluß einer Versammlung der „Antiasiatischen Liga“, welch’ letztere von jeher gegen die

asiatische Einwanderung agitiert, drang eine 500 Mann starke Menge in das japanische und chinesische Viertel ein, um die Kaufläden der Asiaten zu zerstören. Die inzwischen erschienene Polizei war ohnmächtig. Sie machte einige Verhaftungen, aber die Menge befreite die Verhafteten mit Gewalt. Etwa dreitausend Chinesen und Japaner mußten zunächst aus der Stadt fliehen. — Einige Tage später nahmen die antiasiatischen Krawalle einen noch gefährlicheren Charakter an. Es beteiligten sich daran an die 7000 Menschen. Die Japaner leisteten energischen Widerstand. Es fielen Verwundete auf beiden Seiten. Die Krawallanten fielen auch über den Vertreter des japanischen Ministeriums des Auswärtigen her, der nach Amerika beordert war, um Erhebungen über die japanische Einwanderung an Ort und Stelle vorzunehmen. Mit großer Mühe gelang es ihm, sich ins Gebäude des japanischen Konsulats zu flüchten. . . Der den Japanern allein aus den Krawallen entstandene Gesamtschaden wurde von Japan auf 1500 Pfund Sterling eingeschätzt, welcher Betrag von der Regierung unverzüglich als Entschädigung entrichtet werden mußte.

Diese blutigen Vorgänge sind ein Ausfluß jener gegen die asiatische Einwanderung gerichteten Bestrebungen, die in allen davon betroffenen Teilen des britischen Reiches, sowie namentlich auch in Kalifornien sich immer stärker geltend machen. Es sei erinnert an den amerikanisch-japanischen Konflikt, der durch den Ausschluß der japanischen Kinder aus den öffentlichen „weißen" Schulen in San Franzisko veranlaßt wurde. Seither hat sich die Spannung zwischen den beiden Ländern bedenklich verschärft infolge der Weigerung Japans, einer Abänderung des Einwanderungsgesetzes zuzustimmen, welche die Beschränkung der japanischen Einwanderung bezweckt.

In San Franzisko war es im Sommer 1907 zu Krawallen wider die Gelben gekommen. Die letzten Tage brachten aus derselben Stadt die Nachricht von einer neuen Hetze gegen Japaner: am 15. Oktober wurde dort eine japanische Waschanstalt angegriffen, wobei zwei Japaner Verletzungen erlitten.

Wie groß ist nun die asiatische Einwanderung in Kanada? Die Zahl der Chinesen beträgt ca. 17 000, davon in Britisch-Columbia allein 14 376. Um die chinesische Einwanderung zu hemmen, begann man damit, die Chinesen mit einer Kopfsteuer von 10 Pf. Sterling zu belegen. Dann wurde die Steuer auf 20 und schließlich auf 100 Pfund erhöht! Es half aber nichts. Die Japaner, deren Registrierung 1896 begonnen wurde, wanderten bis 1901 in Britisch-Columbia in der Zahl von 14 000 ein. In Vancouver, wo ein Viertel der gesamten weißen Bevölkerung von Britisch-Columbia konzentriert ist, zählt man 17 Proz. Asiaten. Der Zustrom der Japaner hat im letzten Jahre erheblich zugenommen. Während früher 500—600 Japaner in kanadischen Häfen landeten, sind in diesem Jahre schon über 4000 gekommen, von denen 2000 in Kanada bleiben wollten.

Die Ursachen der antiasiatischen Bewegung sind in Kanada wie anderwärts teils wirtschaftlicher, teils aber auch ethnischer Natur. In wirtschaftlicher Beziehung sind es die Arbeiter, die von der Einwanderung asiatischer Lohndrücker in ihrer Lebenshaltung bedroht sind. So ist die „Antiasiatische Liga" in Kanada auf die Initiative der Gewerkschaften entstanden. Seither aber haben sich ihr auch Mitglieder aus allen anderen Bevölkerungsklassen angeschlossen, um für ein „Weißes Kanada" zu kämpfen. Desgleichen hat der jüngste kanadische Gewerkschaftskongreß die Aufhebung des

Vertrages mit Japan gefordert, der den Japanern eine Behandlung auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit anderen zivilisierten Fremden sichert. Hingegen sind die Unternehmer an der Einwanderung der billigen Arbeitskräfte interessiert. Anderseits treten die Industriellen gegen die Kündigung eines Vertrages auf, der für die Entwickelung der Handelsbeziehungen mit Japan sich sehr vorteilhaft erwiesen hat. Aus diesem Grunde hat es die Regierung vorerst wenigstens abgelehnt, den Vertrag zu kündigen.

In Unternehmerkreisen ist man übrigens der Meinung, daß British-Columbia zu seiner Entwicklung der asiatischen Arbeiter bedürfe, da die einheimischen Arbeiter nicht zahlreich genug wären und durch ihre Gewerkschaften den Arbeitslohn viel zu hoch hinaufgeschraubt hätten. Demgegenüber bestreiten die Gewerkschaftsführer, daß von Arbeitermangel nicht die Rede sein könne. Die Unternehmer strebten eben nur nach möglichst billiger Arbeit.

In *Neu-Seeland* will man dem Beispiel von Australien folgen, wo die Arbeiterpartei die Ausschließung asiatischer Einwanderer vom australischen Kontinent tatsächlich durchgeführt hat. Besonders stark richtet sich die öffentliche Meinung in Neu-Seeland gegen die Chinesen. Nach der Volkszählung von 1906 gibt es dort 1372 Chinesen, davon nur 68 Frauen; dem Berufe nach sind sie meistenteils Kaufleute, Krämer, Gemüse- und Obstverkäufer, Wäscher und Bergarbeiter. Die bisherige von den Chinesen (nur von den Männern) zu entrichtende Kopfsteuer beträgt 100 Pfund Sterling. Doch wurde dadurch die Einwanderung nicht wesentlich gehemmt. In den letzten Jahren forderten nun die Anhänger eines „weißen Neu-Seeland“ eine Erhöhung der Steuer auf 1000 Pfund! Die Regierung hat sich jedoch dafür entschieden, von den Einwandernden einen höheren Bildungszensus zu verlangen.

Auch die *Hindus*, obwohl britische Untertanen, haben unter der antiasiatischen Strömung zu leiden. In Billingham, an der amerikanischen Westküste, wurden ein paar Tage vor den Vancouver-Unruhen 600 ostindische Arbeiter von amerikanischen Arbeitern schwer mißhandelt: sie mußten Rettung suchen in der Flucht nach dem benachbarten British-Columbia. Sogar in Natal und Transvaal, in britischen Kolonien, werden die Hindus unter Ausnahmegesetze gestellt. Ihre Lage hat sich dort verschlimmert unter der Wirkung der Ereignisse in Billingham und Vancouver.

Die richtige Lösung der komplizierten Asiatenfrage hat wohl der diesjährige internationale sozialistische Kongreß vorgezeichnet. Ein Einwanderungsverbot ist zulässig nur in bezug auf die auf grund von Verträgen mit Unternehmern eingeführten Kulis. Sonst darf an die Freizügigkeit der Arbeiter, ob weiß oder farbig, nicht gerührt werden. Sache der Gewerkschaften ist es dann, die einwandernden farbigen Arbeiter aus Lohndrückern zu Mitkämpfern zu machen. Hat doch die nordamerikanische Bergarbeiter-Organisation es dahin gebracht, 12000 Japaner und Chinesen anzugliedern.



# MORALISCHE & RECHTS-ENTWICKLUNG

## HYPATIA BRADLAUGH BONNER, LONDON: DIE VERHÜTUNG VON VERBRECHEN.



UFGABE einer weisen Regierung ist es, weit mehr die Verbrechen zu verhüten, als zu bestrafen.“ Vor 2500 Jahren hat Periander diese Weisheit ausgesprochen, aber erst in allerjüngster Zeit werden Versuche gemacht, sie zu verwirklichen. Mit auffallend geringen Abweichungen bleibt sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Verbrechen in den Kulturländern gleich, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Methoden, die den Verbrechern gegenüber in Anwendung gebracht werden. Die Natur der Verbrechen wird bestimmt durch die örtlichen Verhältnisse, aber kein einziges Land zeichnet sich bisher durch eine Lösung der Verbrecherfrage aus, macht sich bemerkbar durch eine derart wirksame Gesetzgebung, daß eine auffällige Abnahme des Verbrechens erkennbar wäre.

Diese bedauerlichen Tatsachen verdienen nähere Untersuchung. Die wachsende Kompliziertheit der Kultur und der schärfer werdende Daseinskampf haben einen vermehrten Antrieb zum Verbrechen geschaffen, ohne daß zugleich die mit der steigenden Kultur verknüpfte Vermehrung von Kräften und Kenntnissen als wirksame Gegengewichte die üblen Folgen kompensieren.

Die Ursache ist eine naheliegende. Wir haben eine neue Bewegung für Gefängnisreform, der freilich schon einst eine herrliche alte Bewegung, begründet durch John Howard vor 130 Jahren, wieder aufgenommen durch Elisabeth Fry vor 40 Jahren, voranging. Schon damals haben die Genannten die schreienden Mißstände und die unmenschliche Bestrafung der Gefangenen bekämpft. Unsere neue Bewegung verlangt, im Gegensatz zum alten System, das sich auf der Vergeltung aufbaut und die Strafe nach dem Verbrechen bemißt, daß der Strafvollzug individuell dem Verbrecher angepaßt werde.

Die allgemeine Idee war bisher, die Gefängnisstrafe abschreckend zu gestalten. Freilich, das Opfer eines Diebstahls wird der Ansicht sein, daß Prügel das richtige Heilmittel für solches Vergehen darstellen, und bei dem letzten Quartalbericht der obersten Gerichtsbehörde verkündete Sir Ralph Littler, daß die „Abnahme von Vergehen gegen das Eigentum der großen Strenge zuzuschreiben sei, mit der man nunmehr vorgehe, und daß bei gleichmäßiger Handhabung solchen Vorgehens die Verbrechen bald in London zum Verschwinden gebracht würden“. Sir Ralph Littler wagte hierbei freilich nicht, die Hoffnung auszusprechen, daß dieses System zugleich eine moralische Verbesserung, insbesondere der rückfälligen Verbrecher, mit sich bringen dürfte. Im Gegenteil, er fügte hinzu, „wir vermögen nicht zu beurteilen, ob die Wirkung unserer Strenge sich dahin fühlbar machte, daß die Verbrecher sich nach anderen Gegenden wandten. Aber es war Aufgabe des Gerichtshofes von Middlesex, für Frieden innerhalb der Grafschaft zu sorgen“. Dies ist freilich eine etwas enge Anschauung. Es genügt nicht, eine Eiterbeule an einer Stelle zum Verheilen zu bringen, damit sie an einer anderen Stelle aufbricht; dies gilt sowohl für physische wie für moralische Krankheiten.

Die Verfechter der strengen Strafe vergessen ganz, daß Jahrhunderte lang in den verschiedensten Ländern Strafen von unübertrefflicher Schwere üblich waren, ohne sich erfolgreich zu erweisen. Zu einer Zeit, wo Taschendiebstahl mit der Todesstrafe belegt wurde, trieben Taschendiebe in unmittelbarer Nähe der Galgen ihr Wesen.

Die neue Reformbewegung verwirft die Idee der Abschreckung durch die Strafe und somit auch natürlich die Anwendung der äußersten Strenge. Keine Strafe hat es noch vermocht, abzuschrecken, und die Kriminalisten haben unter diesem Gesichtspunkt stets in einer falschen Richtung gearbeitet. Das ganze Streben muß vielmehr dahin gehen, das Menschliche im Verbrecher zu suchen und die Strafe hiermit im Einklang zu bringen.

Nur zwei Wege erscheinen als hoffnungsvoll, um das Verbrechen zu vermindern und den Gewohnheitsverbrecher allmählich zu beseitigen.

Zu allererst bietet richtige Behandlung der jugendlichen Verbrecher die Möglichkeit wirklich vorbeugender Tätigkeit. Wir haben glücklicherweise auch in unserem Lande schon erfreuliche Ansätze hierzu, die freilich noch zu jungen Datums sind, um beurteilen zu können, inwieweit sie verbesserungs- und abänderungsbedürftig sind. Die grundlegende Idee des Besserungssystems gegenüber den jugendlichen Verbrechern, jenen Tausenden von jungen Menschen zwischen dem 16. und 21. Lebensjahre, die alljährlich durch unsere Gefängnisse wandern, besteht darin, sie ein Handwerk zu lehren. Man bildet sie aus in Tischlerei, Bäckerei, Gärtnerei, Schmiede- oder Bauhandwerk usw., beeinflußt sie durch tägliche Unterweisung und Erziehung, durch körperliche Ausbildung, Prämien für Fleiß und gute Führung. Die Sträflinge werden für gute Führung befördert, für schlechte degradiert. Die Beförderung bringt verschiedene Vorteile mit sich, wie z. B. die Abhaltung einer täglichen Freistunde im Lesesaal, um dort zu lesen, zu spielen, zu plaudern. Dieses sogen. Borstalsystem ist gegenwärtig im Gebrauch in Borstal, Lincoln, Dartmoor und in einer etwas modifizierten Form in 36 anderen Gefängnissen. Die einstweiligen Resultate sind durchaus ermutigend.

Noch jüngeren Datums ist die Bewegung zugunsten besonderer Jugendgerichtshöfe. Sie ist rasch vorwärts geschritten, und schon bestehen hierzulande 400 bis 500 derartige Jugendgerichte. Diese Gerichtshöfe können mit Hilfe des „Probation Officers", einer Beamtenkategorie, die vor wenigen Wochen gesetzlich eingeführt worden ist, sehr viel tun, um Kinder überhaupt vor dem Gefängnis zu bewahren.

Nichtsdestoweniger haben wir auf absehbare Zeit hinaus noch mit großen Zahlen von Verbrechern, insbesondere von Gewohnheitsverbrechern, zu rechnen. Als einziges wirksames Mittel erscheint hier nun die unbestimmte Verurteilung, eine Verurteilung ohne vorher festgesetztes Minimum oder Maximum. Unter humanen Bedingungen durchgeführt, unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Erkenntnis, soll der Verbrecher auf unbestimmte Zeit als Heilbedürftiger angesehen und der Freiheit erst wiedergegeben werden, wenn er befriedigende Beweise von Heilung zeigt. Stellt es sich nach langer, sorgsamer Behandlung und Beobachtung heraus, daß man es mit einem Unheilbaren zu tun hat, so zögere ich nicht, zu erklären, er solle für den Rest seines Lebens interniert werden, genau wie wir unheilbare Geisteskranke dauernd einsperren. Die Internierung soll nicht eine Strafe für begangene Verbrechen darstellen, sondern eine Verhütung künftiger; darum müssen ihre Härten so sehr gemildert werden, als es mit der sicheren Bewachung der Gefangenen vereinbar ist. Sobald man einsehen wird, ein wie großer

Teil der Personen, die ununterbrochen in unsere Gefängnisse eingebracht und aus diesen wieder entlassen werden, geistig in höherem oder geringerem Grade abnorm ist, wird die Idee der Heilbehandlung, die nur unter dem System der unbestimmten Verurteilung durchgeführt werden kann, immer mehr maßgebend werden. Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß derartige Bestrebungen die Gefängnisse „zu anziehend" gestalten würden. Aber diese Befürchtung scheint mir denn doch stark übertrieben. Ich glaube nicht, daß andere als Geistesschwache bereit sein würden, Asyl im Gefängnis zu suchen, ihre Freiheit zu opfern, zugunsten der „Annehmlichkeiten", die ihnen im Gefängnis geboten werden. Die Verfechter der Gefängnisreformen im präventiven Sinne werden gern mit dem Vorwurf der Gefühlsduselei belegt. Aber die strenge Bestrafung, die ertötende Sklaverei, die abstumpfende Eintönigkeit des Gefängnislebens, das in seiner minutiösen Einteilung und Strenge jede Selbständigkeit des Internierten vernichtet, haben wohl schon zur Genüge ihre absolute Unwirksamkeit bewiesen. Es ist daher an der Zeit, einmal eine von höheren Gedanken getragene Methode zu versuchen.



# DR. LEO BAHR, MÜNCHEN: DIE VORBILDLICHEN EINRICHTUNGEN DER AMERIKANISCHEN JUGENDSTRAFRECHTSPFLEGE.



IE amerikanische Jugendstrafrechtspflege, die in einer Anzahl der größten Bundesstaaten ziemlich einheitlich durchgeführt ist, in den übrigen wenigstens teilweise besteht, enthält drei Elemente, die für die Strafrechtspflege der alten Welt als Vorbilder anzusprechen sind. Es sind dies

1. die Besserungsanstalten (Reformatory Schools and Reform Schools), von denen eine ganze Reihe von Typen existieren. In diese Besserungsanstalten werden jugendliche Missetäter (in der Regel bis zum 18. Lebensjahre), die in der alten Welt entweder mit Gefängnisstrafe belegt oder in eine Strafanstaltscharakter tragende Korrektions- oder Zwangserziehungsanstalt überwiesen würden, eingeliefert. Und zwar wird die Einrichtung so gehandhabt, daß der jugendliche Missetäter, sobald er für schuldig befunden wird, vom Richter nicht zu Strafe verurteilt, sondern einer solchen Anstalt überwiesen wird, wobei die Dauer des Verbleibens in der Anstalt nicht vom Richter von vornherein festgesetzt, sondern von der Anstaltsleitung, in deren Händen der Strafvollzug liegt, derart bemessen wird, daß die Aufenthaltsdauer je nach dem Verhalten des Zöglings abgekürzt oder verlängert wird. In diesen Anstalten finden sich nicht selten sog. republikanische Eigenverwaltungen der Zöglinge, d. h. ganze Systeme der Selbstverwaltung der Internierten, innerhalb deren sie ihre eigenen Richter, Präsidenten, Polizeibeamte usw. wählen. Dann hat man die Einrichtung verschiedener Grade getroffen, denen der Zögling zugewiesen wird. Beim Eintreten in die Anstalt erhält er den Grad 2, und er hat es nun in der Hand, durch sein Verhalten in den 1. Grad aufzurücken oder in den 3. Grad zurückversetzt zu werden. Praktisch hat das die Bedeutung, daß viele Disziplinarstrafen auf diese

Weise vermieden werden und daß Zöglinge, die sich mindestens sechs Monate im 1. Grad befanden, endgültig oder vorläufig entlassen werden können.

2. Die zweite vorbildliche Einrichtung besteht in dem System des sog. Probation-Officers. Diese Officers sind Fürsorgepfleger, die aber im Gegensatz zur deutschen Einrichtung der Pfleger mit strafrechtlichen und zivilrechtlichen Funktionen ausgestattet sind, so daß nicht, wie z. B. in Deutschland, die Verfolgung des jugendlichen Missetäters durch den Staatsanwalt, seine Verhaftung durch die Polizeiorgane erfolgt. Vielmehr verfügt der Probation-Officer, der die näheren Verhältnisse des Zöglings, dessen ganzes Leben während der Zeit nach der Entlassung aus der Besserungsanstalt, genau kennt. Er kann ihn u. a. veranlassen, sich in bestimmten Zwischenräumen bei ihm zu melden, an einer bestimmten Arbeitsstätte zu verbleiben, alkoholische Getränke zu meiden, das Zigarettenrauchen (!) zu lassen usw.

3. Die dritte charakteristische Einrichtung der amerikanischen Jugendstrafrechtspflege sind die Jugendgerichtshöfe (juvenile courts). Diese Behörden sind nicht Gerichtshöfe im kontinalen Sinne, d. h. entbehren des Reliefs des feierlichen Gerichtssaales; vielmehr tritt der Richter hier dem Kinde auf dem Niveau des kindlichen Vorstellungslebens als mahnender, verwarnender und durch die eventuelle Überweisung in eine Besserungsanstalt nicht strafender, sondern die Besserung einleitender Erzieher gegenüber. Die Funktionen des Richters liegen also nicht wie auf dem Kontinent in der eigentlichen Strafzumessung, vielmehr in einer Untersuchung und Feststellung der Straftat und in der Bestimmung einer geeignet erscheinenden Besserungsanstalt, deren es naturgemäß verschiedene Grade mit einer gewissen teilweisen Annäherung an den Strafanstaltscharakter gibt. Der amerikanische Strafrichter richtet sein Augenmerk also nicht so sehr auf die Straftat und deren Vergeltung, sondern vielmehr auf den Täter und dessen Besserung. Die Einrichtung des Verzichtes auf eine zeitliche Begrenzung der Besserungszeit übt einen starken Druck auf den Zögling aus, sich durch Wohlverhalten, Fleiß und gute Führung sehr bald die Freiheit wieder zu erringen.

Jugendgerichtshöfe bestehen seit neun Jahren in den Vereinigten Staaten; der erste wurde 1898 in Chicago ins Leben gerufen. Heute besitzen 22 Staaten der Union besondere mildere Strafgesetze für Kinder, in 40 Staaten der Union bestehen Jugendgerichtshöfe in verschiedenen Graden der Vollkommenheit. In fast sämtlichen anderen Staaten der Union sind Gesetze für die Einführung von Kindergerichtshöfen in Vorbereitung. Die Anregung für Schaffung solcher Gerichtshöfe greift neuerdings auch nach Kanada und Australien über, ebenso wurden auch in Irland, Schottland und England erfolgreiche Anstrengungen gemacht, das System der Kindergerichtshöfe einzuführen. — In Chicago tritt die Entwicklung der Kindergerichtshöfe gegenwärtig dadurch in ein neues Stadium, daß für den Kindergerichtshof ein eigenes Gebäude errichtet wird. Die Errichtung und die Unterhaltung geschieht auf gemeinschaftliche Kosten der Stadt und des Kreises. Außer den Gerichtszimmern wird das Gebäude Räume erhalten, in denen die Kinder, die unter Anklage gestellt sind, untergebracht werden können. Die Bezeichnung „Gefängnis“ vermeidet man absichtlich, um die Kinder nicht dadurch von vornherein zu verhärten und auf eine abschüssige Bahn zu stoßen. In unmittelbarer Nähe des neuen Kindergerichtsgebäudes wird die Schulabteilung des Chicagoer Magistrats eine Schule für moralisch zurückgebliebene Kinder errichten.

Die in jüngster Zeit in Deutschland zutage getretenen Bestrebungen, die zu der Einrichtung sog. Jugendgerichtshöfe in Frankfurt a. M., Breslau und Stuttgart geführt haben, sind auf diese amerikanischen Vorbilder zurückzuführen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß diese deutschen Jugendgerichte tatsächlich etwas ganz anderes sind als das amerikanische Vorbild. Denn in Deutschland handelt es sich nur darum, daß das Dezernat für Vormundschaftssachen vereinigt ist mit den Funktionen des Strafrichters für Jugendliche. Eine solche Vereinigung hat aber bisher schon immer bei den kleinen deutschen Gerichten mit einem oder nur zwei Amtsrichtern in Wirklichkeit bestanden, so daß die Neuerung als solche nicht überschätzt werden darf. Immerhin ist zu begrüßen, daß auf diesem Wege ein Zusammenarbeiten mit der privaten Wohlfahrtspflege, insbesondere den Zentralen für private Fürsorge, angebahnt worden ist; während es bisher üblich war, daß der Staatsanwalt und die Polizei die Verfolgung und die Beobachtung der jugendlichen Missetäter ausübten, liegen diese Funktionen nunmehr zum Teil in den Händen der Rechercheure der Zentralen für private Fürsorge. Diese Personen können also schon in Deutschland ähnlich wirken wie die amerikanischen Probation-Officers, wenngleich ihnen — und das macht den wesentlichen Unterschied aus — alle strafrechtlichen und zivilrechtlichen Funktionen fehlen. Immerhin kann auch in Deutschland der Vormundschaftsrichter einen Pfleger bestellen und ihn mit gewissen Machtbefugnissen ausrüsten. Er kann außerdem die Strafverfolgung für einige Monate, während deren der Pfleger den Zögling beobachtet und zur Besserung anhält, aussetzen und auf diese Weise ähnlich wirken, wie dies die amerikanische Einrichtung tut.

Jedenfalls muß aber betont werden, daß das Wesentlichste der amerikanischen Strafrechtspflege für Jugendliche nicht die Jugendgerichtshöfe sind, vielmehr die humanen und auf demokratischer Grundlage aufgebauten Einrichtungen der Reformatory Schools, der Reform Schools und der mit straf- und zivilrechtlichen Funktionen ausgestatteten Probation-Officers. An Nachbildungen dieser Einrichtungen fehlt es in Deutschland noch vollständig. Aber die günstigen Erfahrungen, die man mit ihnen in Amerika gemacht hat, insbesondere die großen moralischen Erfolge (man spricht von 60 bis 80 % Gebesserten), sollten auch in Deutschland dazu führen, derartige, wenn auch finanziell sehr kostspielige, so doch moralisch und sozial sehr segensreich wirkende Institutionen zu schaffen.



# CHRONIK

**Die Reform der französischen Kriegsgerichte.** Die Chambre des Députés wird sich gleich im Beginne der ordentlichen Tagung mit der Regierungsvorlage, betreffend die Reform der Kriegsgerichte, befassen. Die Vorlage wird im Namen der Regierung von dem Kriegsminister Picquart und von dem Berichterstatter Abg. Labori vertreten werden, die aus eigener Erfahrung die Amtswaltung der bisherigen Kriegsgerichte kennen. Der wichtigste Punkt dieser Reform besteht darin, daß die Kriegs-

gerichte in Friedenszeiten für alle Vergehen und Verbrechen des Gemeinrechts vollständig abgeschafft und für die rein militärischen Vergehen durch gemischte Gerichte ersetzt werden, die aus bürgerlichen und militärischen Richtern bestehen. Folgende Eigenheiten sind hervorzuheben:

Die gemischten Gerichte umfassen sieben Mitglieder, vier Berufsrichter von Appellhöfen und drei Offiziere. Den Vorsitz führt ein Kammerpräsident oder in Ermangelung dieses der älteste Gerichtsrat. Falls der Angeklagte den Rang eines Divisionsgenerals oder eines Vizeadmirals hat, so wird der Vorsitz von dem ersten Präsidenten des zuständigen Appellhofes geführt, und haben die militärischen Beisitzer mindestens den Rang des Angeklagten. In gewöhnlichen Fällen haben die militärischen Mitglieder der gemischten Gerichte den Rang eines Hauptmannes oder Leutnants zur See. Bürgerliche und militärische Richter beraten gemeinsam sowohl über die Schuldfragen als über die zu verhängende Strafe. Die Abstimmung erfolgt gesondert über jeden einzelnen Punkt, so namentlich auch über die mildernden oder erschwerenden Umstände, stets mittels Stimmzettel. Die Vergehen und Verbrechen des Gemeinrechts werden den bürgerlichen Untersuchungsrichtern überwiesen, die jedoch die Angelegenheit an die gemischten Gerichte abtreten können, falls sie zu der Überzeugung gelangt sind, daß auch eine rein militärische Sache vorliege.

Eine gründliche Veränderung erfahren die Strafen, die über Angehörige des Land- und Seeheeres in Friedenszeiten verhängt werden können. Die Todesstrafe, sowie die „öffentlichen Arbeiten", d. i. die Zwangsarbeiten in den algerischen Strafkompagnien, werden völlig aufgehoben und mit ihnen auch die militärischen Degradierungsparaden abgeschafft. Stellungsflucht wird mit zwei Monaten bis zu einem Jahre, Fahnenflucht im Inlande mit sechs Monaten bis zu drei Jahren, Fahnenflucht ins Ausland mit zwei bis fünf Jahren, Entwendung von Waffen, Munitionen oder Militäreffekten mit drei Monaten bis zu einem Jahre Gefängnis, falsche Buchungen mit Zwangsarbeit, Verlassen des Postens mit zwei Monaten bis zu einem Jahre Gefängnis, bewaffnete Revolte mit fünf bis zehn Jahren, Schmähungen oder Drohungen gegen einen Vorgesetzten im Dienste mit sechs Monaten bis fünf Jahren Gefängnis bestraft usw. Die militärische Degradierung, die in Friedenszeiten eine Zusatzstrafe zu Verurteilungen zu Zwangsarbeit, Deportierung, Zuchthaus und Verbannung ist, erfolgt nicht mehr vor den versammelten Truppen, zieht aber den Verlust des Grades und des Rechtes zum Tragen der Uniform, die absolute Unfähigkeit, in der Armee zu dienen, den Verlust der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, alle Ansprüche auf Pension und Belohnung früherer Dienste nach sich. Die Absetzung, eine gelindere Strafe, zieht den Verlust des Grades, des Rechts, die Uniform zu tragen, der Pension und der Belohnung für frühere Dienste nach sich.

Die Bestimmung der Vorlage, daß die Offiziere entweder zu einer Freiheitsstrafe oder zur Absetzung verurteilt werden können, wird von den Sozialisten als ungerechtfertigtes Vorrecht sehr heftig bekämpft. Diese befürworten die vollständige Abschaffung der Kriegsgerichte und die Verweisung aller von Militärs begangenen Vergehen und Verbrechen an die bürgerlichen Gerichte, erklären sich aber mit den gemischten Gerichtshöfen einverstanden, die sie als ein Übergangsstadium ansehen.

◈

**Die Kastration als Strafmittel.** Die gesetzgebende Körperschaft des nordamerikanischen Staates Indiana hat am 9. März 1907 folgendes Gesetz angenommen:

Da bei der Fortpflanzung die Vererbung des Verbrechens, des Blödsinns und der Geistesschwäche eine höchst wichtige Rolle spielt, wird vom Kongreß des Staates Indiana beschlossen: daß mit und nach Annahme dieses Gesetzes es für eine jede in diesem Staate bestehende Anstalt, die mit der Obhut über unverbesserliche Verbrecher, Blödsinnige, Notzüchter und Schwachsinnige betraut ist, zwingende Vorschrift sein soll, in ihre Beamtenschaft, nebst dem regulären Anstaltsarzt, zwei erfahrene Chirurgen von anerkannter Tüchtigkeit aufzunehmen, deren Pflicht es sein soll, im Verein mit dem Anstaltschefarzt den geistigen und körperlichen Zustand derjenigen Insassen zu prüfen, die von dem Anstaltsarzte und dem Verwaltungsrat hierzu bezeichnet werden. Wenn es nach dem Urteile dieses Sachverständigenkollegiums und des Verwaltungsrates nicht ratsam ist, eine Zeugung zuzulassen und keine Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich der geistige Zustand des betreffenden Insassen bessern werde, dann sollen die Chirurgen berechtigt sein, eine Operation zur Verhütung der Zeugung vorzunehmen, die nach ihrer Entscheidung am sichersten und wirksamsten ist. Aber diese Operation soll lediglich in den Fällen vorgenommen werden, die als nicht besserungsfähig erklärt worden sind.

Etwa zur gleichen Zeit mit diesem Gesetz hat der Staat Indiana noch beschlossen, daß das Strafmaximum für Kleindiebstahl (Wert nur 25 Dollars) von drei Jahren auf acht Jahre erhöht und bei der zweiten Verurteilung wegen Kleindiebstahls die für Großdiebstahl vorgeschriebene Strafe verhängt werden soll und ferner, daß ein Angeklagter bei seiner dritten Verurteilung wegen eines Verbrechens als dauernd verbrecherisch erklärt und zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt werden kann. Von dieser Gesetzgebung sagt Dr. Lederer in Heft 4 des 28. Bandes der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Berlin, Guttentag): „Diese Gesetze zeigen deutlich, daß nicht Sentimentalität die Kriminalpolitik der neueren Zeit leitet, sondern daß man in völlig richtiger Weise mit Verständnis und mit Strenge, durch Besserung, Abschreckung und Unschädlichmachung gegen das Verbrechertum vorgeht."



**Zur Reform des chinesischen Rechts.** Der Pekinger Reichsrat berät zurzeit über die Abschaffung des Zensorrats und die Vorschläge neuer Gesetzbücher, wie der ostasiatische Mitarbeiter der Leipziger N. Nachr. mitteilt. Die Zensoren sind eine Behörde, die aus vier Beamten und einem Vorsitzenden in Peking besteht. Jedem der vier Reichsministerien ist ein Zensor beigegeben, und wenn ein Zensor im Bereich seines Ministeriums irgend etwas Anstößiges wahrnimmt, hat er die Pflicht, dem Thron durch den Vorsitzenden davon Mitteilung zu machen. Gegen die Beseitigung ihrer Macht machen die Zensoren selbst geltend, daß der Thron in bezug auf die Beaufsichtigung der Beamten auf sie allein angewiesen sei. Bis also die zu erwartende Verfassung in Kraft getreten sei und das Parlament alle Ungesetzlichkeiten rügen könne, seien die Zensoren dem Throne unentbehrlich. Und nach den letzten aus Peking erhaltenen Nachrichten scheint es, als ob diese Auffassung der Zensoren

den Ausschlag geben wird. Die Frage wird für uns erst verständlich, wenn wir bedenken, daß China, wenn auch der Form nach ein einheitliches Reich unter einem allmächtigen unbeschränkten Kaiser, doch tatsächlich in den meisten Beziehungen einem Staatenbund mit monarchischer Spitze gleichkommt. Die Generalgouverneure an der Spitze ihrer Provinzen sind während der Dauer ihrer Amtszeit so gut wie unabhängig und würden ohne die Einrichtung der Zensoren für die Pekinger Regierung fast unkontrollierbar sein.

Die Generalgouverneure und ihre Beamten, nämlich der Gouverneur einer Provinz mit seinem Provinzschatzmeister und Provinzrichter, und den diesen unterstehenden Regierungspräsidenten, Taotai, Kreis- und Amtsrichtern, sind in China keine reinen Verwaltungsbeamten. Gesetzgebende Kraft hat nur der Kaiser und seine Regierung in Peking, aber die Rechtsprechung in den Provinzen ist von der Verwaltung und den Finanzen noch ungetrennt. Diese Trennung herbeizuführen, durch die Schaffung eines modernen Staatsrechts wirkliche Richterstellen zu schaffen, deren Inhaber in Ausübung ihrer Ämter völlig unabhängig und unabsetzbar sind, ist ein weiterer wichtiger Gegenstand der Verhandlungen des Reichsrates. Auch die Kodifizierung eines neuen Strafgesetzbuches für das ganze Reich wird behandelt. Jetzt gilt in China noch ein uraltes Strafgesetzbuch, das aufgezeichnet wurde, als die Mandschukaiser im 17. Jahrhundert China eroberten und die Regierung übernahmen. Dies Gesetzbuch ist in mancher Beziehung veraltet, barbarisch streng und den Reformern unter den Chinesen nicht freiheitlich genug, weil es die Rechte und die Autorität des Thrones über alles Maß sichert. Die Vorbereitung eines modernen Strafrechts hat seit mehreren Jahren so gut wie gar keine Fortschritte gemacht. Erst vor ganz kurzem ist die Arbeit wieder um einen Schritt vorwärts gekommen, insofern der frühere Gouverneur der Provinz Hunan, Yü-Lien-San, mit dem Range eines Reichsministers zum Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung des Strafgesetzbuches ernannt worden ist. Yü, der eine lange Beamtenlaufbahn hinter sich hat, bereits Gouverneur und Präfekt von Shansi und zuletzt von Hunan gewesen ist, dürfte der geeignete Mann für diese Aufgabe sein, so daß die Arbeiten unter seiner Leitung wohl rascheren Fortgang nehmen werden als bisher.



**Der 2. Entwurf eines deutschen Scheckgesetzes,** der im Januar d. J. dem Reichstage zuging, berücksichtigt in erfreulichem Maße die aus den Kreisen der Sachverständigenpraxis heraus ergangenen Vorschläge. Vor allem hält er fest an der Stempelfreiheit und der Straffreiheit für Überziehungen und für unrichtige Datierung. Auch von der Einführung besonderer zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche, die der erste Entwurf noch vorsah, sieht der endgültige Entwurf ab. Als notwendige Eigenschaften des Schecks, ohne die eine Urkunde nicht als Scheck anzusehen ist, statuiert der § 1 die in den Text aufzunehmende Bezeichnung als Scheck (bei Schecks in fremder Sprache die entsprechende Bezeichnung in dieser), die an den Bezogenen gerichtete Anweisung des Ausstellers, aus seinem Guthaben eine bestimmte Summe zu zahlen, ferner die Unterschrift des Ausstellers und die Angabe von Ort und Tag der Ausstellung. Vordatierte Schecks sind gültig, doch unterliegen sie, wie erwähnt, der Stempelpflicht,

womit der Unsitte des Vordatierens Einhalt getan werden soll. Nicht zu den notwendigen Erfordernissen des Schecks gehört die Bezeichnung des Zahlungsempfängers; fehlt sie, so gilt (nach § 4) der Scheck als auf den Inhaber gestellt, was auch ausdrücklich geschehen kann; auch der Aussteller kann sich als Zahlungsempfänger bezeichnen. Berechtigt zur Einlösung des Schecks ist der Bezogene auch nach Ablauf der Vorlegungsfrist. Dagegen wird dem Scheckinhaber nicht mehr ein unmittelbares Klagerecht gegen den Bezogenen auf Zahlung aus dem vorhandenen Guthaben zuerkannt, was damit begründet wird, daß ein solches Klagerecht bei dem Bezogenen die Neigung zur Einräumung von Scheckkonten abzuschwächen, bei dem großen Publikum andererseits den Scheck in Mißkredit zu bringen geeignet wäre, daß es also zur Förderung des Scheckverkehrs nicht beitragen, sondern ihn möglicherweise diskreditieren könne, während der Scheckinhaber durch den Sprungregreß viel wirksamere und rascher zum Ziele führende Rechtsmittel habe.

Alles in allem kann man sagen, daß die bisher fehlende rechtliche Sicherung des Scheckverkehrs in glücklicher Weise geregelt ist. Wird der Entwurf, wie zu hoffen, auch Gesetz, so ist damit eine wichtige Vorbedingung für die Entfaltung des Scheckverkehrs erfüllt.



**Schwedische Antialkoholbewegung.** Der im Sommer 1907 in Stockholm abgehaltene internationale Antialkoholkongreß, an dem Repräsentanten von 22 Nationen teilnahmen, lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf die schwedische Temperenzbewegung, der sich in unserem 5-Millionenlande fast ½ Million aktive Mitglieder angeschlossen haben. Im Reichstag ist vorgeschlagen worden, zu untersuchen, wie die finanziellen Verhältnisse des Landes sich stellen würden im Falle des gesetzlichen Alkoholverbotes und auch im Falle der Einführung eines Vetorechtes der Gemeinden. Beide Vorschläge sind von der Ersten Kammer zurückgewiesen worden, aber die Zweite Kammer hat sich im Prinzip für das Verbot ausgesprochen.

*v. Koch, Stockholm.*



**Zur Bekämpfung des Alkoholismus.** Neuerdings versucht man mehr und mehr den Alkoholismus auf dem Wege hypnotischer Suggestion zu heilen. Insbesondere Dr. Berillon hat diese Methode in seinem hypnotischen Institut ausgebaut und gute Erfolge damit errungen. Ein anderer Arzt, Dr. Jaguaribe, hat in San Paolo (Brasilien) eine antialkoholische Fürsorgestelle gegründet, deren Erfolge, nach einem von ihm herausgegebenen Berichte, bemerkenswerte sind. Solche antialkoholische Fürsorgestellen sind auch in Rußland schon vielfach errichtet worden, so in St. Petersburg, Moskau, Ekaterinnoslaw, Jaroslaw, Kiew, Saratow, Astrachan etc. Durch behördlichen Anschlag wurde der gesamten Bevölkerung die Wirksamkeit der hypnotischen Behandlung der Trunksucht bekannt gegeben, und sofort wurden die Sprechstunden von einer großen Zahl Kranker besucht, die Heilung wünschten. Die Begründung derartiger Fürsorgestellen war für Rußland ein dringendes Bedürfnis.



# TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

## SIMON KATZENSTEIN, CHARLOTTENBURG: EIN VORSCHLAG ZUR VERBESSERUNG DES KALENDERS.



IE die Zahl und das Zahlensystem überhaupt dem Zwecke dienen, durch schematische Zusammenfassung und Einordnung des Gleichartigen die unendliche Mannigfaltigkeit der Dinge nach Möglichkeit zu vereinfachen und so dem Menschen die Erkenntnis wie die praktische Beherrschung der Welt zu erleichtern, so ist es im besonderen die Aufgabe der Zeitrechnung, die Orientierung in der zeitlichen Ordnung der Erscheinungen leichter zu machen. Sie soll durch einmalige Festlegung stets sich wiederholender Zusammenhänge eine Unzahl immer erneuter, meist langwieriger und oft ungenauer Rechnungen ersparen und dadurch den Geist für neue und wechselnde Aufgaben frei machen. Dazu bedarf es neben der Genauigkeit, die, soweit es menschlicher Berechnung möglich ist, heute erreicht sein dürfte, hauptsächlich zweier Eigenschaften: der Einfachheit und der Gleichmäßigkeit. Sie beide sollen nach Möglichkeit die Denkarbeit vereinfachen oder ganz ersparen, um durch Schematisierung stets gleichbleibender Erscheinungsformen den Geist für deren Erfüllung mit reicherem und wertvollerem Inhalt frei zu machen. Unser bestehendes Kalendersystem erfüllt diese Forderungen nicht. Ihm eignen weder Einfachheit noch Gleichmäßigkeit. Wir gruppieren die Tage nach Wochen, Monaten und Jahren. Aber die Wochen stimmen weder mit den Monaten oder den Quartalen, noch mit den Jahren überein. Wir können nie ohne Nachschlagen oder langwierige Berechnung die Stellung eines Tages im Wochen- und Monatszusammenhang feststellen, und innerhalb der einzelnen Jahre unterliegt die Stellung der verschiedenen Tage ständigem Wechsel. Nur daß gewöhnlich, jedoch nicht immer, jeweils von sechs zu sechs Jahren die Tage übereinstimmen — gibt es doch Jahrsechste mit zwei und — um die Jahrhundertwende — solche ohne Schalttage. Wer wüßte z. B. ohne weiteres, welcher Wochentag der 7. Juni 1908 sein wird, oder auf welches Datum der dritte Freitag im Oktober 1910 fällt. Und doch ist es oft recht wünschenswert und selbst notwendig, solche Beziehungen zu kennen. Selbst für das laufende Jahr, wo diese Notwendigkeit alle Augenblicke eintritt, bedarf es zur Feststellung solcher Daten langwieriger Rechnung, die nicht jeder versteht. Da hilft dann der Kalender, und wir haben selbst die auf viele Jahre vorausrechnenden Kalender. Aber das ist nur ein schwacher Notbehelf, da das Nachschlagen immer umständlich, namentlich im letzterwähnten Falle die Beschaffung oft schwierig, die Benutzung nicht ganz einfach ist. Überhaupt sollte man für solche Notwendigkeiten des täglichen Lebens nicht auf ein Hilfsmittel angewiesen sein. Jeder müßte diese Dinge im Kopfe haben. Aber wer kann das bei dem wirren Durcheinander unsers Kalendersystems?

Unsere Monate sind von ganz verschiedener Länge und stehen ohne Ordnung durcheinander. Zwischen ihnen und den Wochen besteht keinerlei Zusammenhang. Das Jahr hat einen Tag mehr als das Vielfache der Woche,

im Schaltjahr sogar zwei. Das sind schwere Mängel. Nun hat man schon radikale Reformvorschläge gemacht, Dekaden statt der Siebentagewoche eingeführt usw. Aber die Schwierigkeiten wurden damit nicht beseitigt. Das Jahr läßt sich auch in Dekaden nicht auflösen, und man müßte sich da schon mit einer „Halbwoche" helfen oder ganz und gar die Fünftagewoche einführen, um einen Ausweg zu haben. Und über die Verschiedenheit der Monate, die Schwierigkeit mit den Schaltjahren käme man auch damit nicht hinaus. Zudem ist es ein Mangel, wenn ohne zwingenden Grund eine Neuerung einen so völligen Bruch mit der ganzen Überlieferung der seit Jahrtausenden eingewurzelten Zeitordnung in sich schließt, wie es hier der Fall wäre. Abgesehen von den angeführten Fehlern ist unsere babylonische Zeitrechnung eine ganz vorzügliche, meines Erachtens auch die herkömmliche Woche den menschlichen Bedürfnissen gut angepaßt. Vor allem aber: je geringere Abweichungen vom Bestehenden, bei voller Erreichung ihres Zweckes, eine Reform vorausgesetzt, um so eher hat sie Aussicht auf Verwirklichung, um so geringere Schwierigkeiten und Verwirrung wird ihre Durchführung mit sich bringen. Entgegenstehende Interessen, das größte Hemmnis des Fortschritts, sind hier ja glücklicherweise nur in verschwindend geringem Umfange vorhanden.

Mein Vorschlag ist sehr einfach. Er bedeutet eine verhältnismäßig sehr kleine, mit Leichtigkeit durchzuführende Änderung des bestehenden Kalenders. Dabei dürfte er, wenn er auch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt und nicht den Idealzustand bringt, den der Eigensinn von Sonne und Erde uns nun einmal für immer versagt, den berechtigten Anforderungen entsprechen, die zum Eingang aufgestellten Forderungen der Einfachheit und der Gleichmäßigkeit durchaus erfüllen.

Er bezweckt einfach die Ausgleichung der Jahresrechnung und, wenn auch nicht der Monate (was unmöglich ist), so doch der Vierteljahre mit der Wocheneinteilung, damit die vollkommene, dauernde Gleichmäßigkeit innerhalb der Vierteljahre und zwischen allen einzelnen Jahren. Und er erreicht das in der Hauptsache durch die Ausscheidung des über die volle Wocheneinteilung überschießenden 365., in Schaltjahren auch des 366. Tages aus dem Wochen- und Monatsverbande.

Danach würde das Jahr 52 Wochen zu 7 Tagen zählen, dazu einen überschießenden Tag, der weder in der Woche noch im Monat mitzählt. Nennen wir ihn Silvester. Das Schaltjahr hätte dann einen ersten und einen zweiten Silvester. Im Jahre 1908 z. B. hätten wir zwei Silvestertage, die ohne Wochentagsbezeichnung zwischen dem 30. Dezember und dem 1. Januar 1909 liegen würden. Oder man könnte diesen übrigen Tag als Neujahrstag ohne Wochennamen vor den 1. Januar legen und hätte dann im Schaltjahr zwei Neujahrstage. Das Jahr mit seinen gezählten 364 Tagen zerfiele dann in genau 52 Wochen zu 7 Tagen. Jedes Quartal könnte genau 13 Wochen = 91 Tage zählen. Um diese Gleichheit und eine völlige Gleichmäßigkeit der Reihenfolge der Tage herbeizuführen, wäre — nicht als notwendige Konsequenz aus dem ersten Vorschlag, der auch für sich allein durchführbar wäre und praktischen Wert behielte, wohl aber als Bedingung einer ganzen Reihe weiterer Vorteile — eine gleichmäßige Anordnung der Monate vorzunehmen. Man würde etwa den ersten Monat jedes Quartals zu 31, die beiden folgenden zu 30 Tagen rechnen.

Nehmen wir als Beispiel das Jahr 1905, im dem der 1. Januar ein Sonntag war — eine nicht durchaus notwendige, aber sehr vorteilhafte Vor-

aussetzung der neuen Einteilung. Dann haben wir: Januar mit 31, Februar mit 30, März mit 30 Tagen — April (31), Mai und Juni (30) — Juli (31), August, September (30) — Oktober (31), November, Dezember (30). Dann noch einen Tag, der zwischen Sonnabend, 30 Dezember, und Sonntag, 1. Januar 1906, liegt und Silvester heißt, im Schaltjahr deren zwei.

Die Vorteile dieser Neuordnung wären folgende:

1. Jedes Quartal wäre den anderen genau gleich.

2. Die Monate zu 31 und die zu 30 Tagen hätten eine gleichmäßige, leicht zu übersehende und zu erkennende Stellung.

3. Für jedes Quartal ergäbe sich eine genau gleiche Anordnung der Wochentage, beginnend jeweilig mit Sonntag (1. Januar, April, Juli, Oktober), schließend mit Sonnabend (30. März, Juni, September, Dezember). Wie vorteilhaft für Dienst- und Mietverträge!

4. Die gleiche Anordnung bestände für alle Jahre, so daß jedermann für das laufende wie für jedes andere Jahr eine klare Übersicht über Wochen und Monate wie über die Stellung jedes einzelnen Tages im Quartal haben würde. Hat man sich die Ordnung von Wochentag und Datum für ein Quartal, also 91 Tage, erst eingeprägt bzw. sie in der Schule gelernt, so bedarf es für alle Zeiten keines weiteren Hilfsmittels mehr. Das einzige, was wechselte, wäre der zweite Schalttag im Schaltjahr.

5. Alle durch Gesetz oder Verwaltung zu bestimmende Termine: Wahl-, Gerichts-, Steuertage usw. könnten mit Rücksicht auf den Wochentag dauernd festgelegt werden. Ebenso Schul- und Gerichtsferien. Letztere würden stets an einem Sonntag (15. Juli) beginnen und am Freitag, 15. September (da der August nur 30 Tage hätte) enden. Würde man, um die jetzige Zahl der Tage zu erhalten, den 16. September als Schlußtag nehmen, so wären es alljährlich neun gleichliegende, volle Wochen, umschlossen von Sonntagen. Auch Messen und Märkte, periodische Sitzungs- und Versammlungstage usw. wären gleichmäßig zu bestimmen.

6. Man brauchte nicht mehr für jedes Jahr neue Kalender, für die einzelnen Jahre verschiedene Notiz- und Rechnungsbücher herauszugeben. Nichtverbrauchte wären im nächsten Jahre ohne weiteres zu benutzen, während sie heute wertlos oder doch nur mit Änderungen oder unvollkommen verwendbar werden. Nur die Fabrikanten und Verkäufer dieser Artikel würden eine Einbuße erleiden, wie das bei jeder Änderung des Herkömmlichen einigen Interessenten widerfährt; um so größer wäre der Vorteil für die Gesamtheit.

7. Auch für die schon lange bestehenden Bestrebungen nach Festlegung von Ostern und Pfingsten wäre eine bequeme Unterlage gegeben. Wenn man z. B. Ostern auf Sonntag, 1. April, legte, so würde ebenso fest Pfingsten immer auf den 20., Himmelfahrt auf den 10. Mai fallen. Gewiß stehen immer solchen Änderungen tausendjähriger kirchlicher Überlieferungen starke Schwierigkeiten entgegen. Ihre Überwindung, die im freien Ermessen der kirchlichen Organe liegt, wäre sicher leichter, wenn sie mit einer allgemeinen Kalenderreform zusammenfiele. Weihnachten fiele immer auf Montag, der 1. Mai auf Mittwoch.

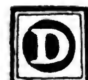
8. Und schließlich ist es nur eine Frage der Zeit, daß auch die griechisch-katholischen Länder den gregorianischen Kalender einführen. Sicher würde eine Neuerung wie die vorgeschlagene, die erhebliche Vorteile bietet, diesen Fortschritt beschleunigen und nutzbar machen. Der internationalen Kulturgemeinschaft wäre auch damit ein Dienst geleistet.

Allen diesen Vorteilen steht kein ernsthaftes Bedenken entgegen. Man muß nur einmal sich die Mühe nehmen, das Bestehende kritisch zu betrachten und einen Vorschlag durchzudenken. So einfach, wie sich vor 15 Jahren die Einführung der mitteleuropäischen Zeit vollzog, ließe auch der neue vereinfachte Kalender sich einbürgern. Geeignet zur Einführung wäre nur ein Jahr, dessen erster Tag ein Sonntag ist — wollte man den alljährlichen Schalttag als Neujahr vorwegnehmen, müßte es ein Montag sein. Der 1. Januar fällt 1911 auf Sonntag, dann erst wieder im Jahre 1922. Bis 1911 aber wäre schon Zeit genug, den Vorschlag, der gewiß noch verbesserungsfähig ist, zu erörtern, den endgültig vereinbarten Kalender dann zu propagieren und gesetzlich zu beschließen — politische oder sonstige Interessengegensätze sind ja dabei nicht vorhanden. Und für die notwendigen Vorbereitungen in Verwaltung und Unterricht, Verkehr und Industrie wäre auch noch Zeit genug.

Der Kalender ist gewiß ein äußerliches Ding. Aber je mehr wir solche Äußerlichkeiten vereinfachen, sie aus unseren Herren zu unseren Dienern machen, um so mehr Zeit und innere Ruhe bleibt für Kulturarbeit wirtschaftlicher und geistiger Art. Die hier gegebene Anregung, so einfach und unscheinbar sie ist, birgt in sich einen praktischen Fortschritt, der nicht ganz unerheblich ist. Möchte sie Beachtung und Erfolg sich erringen.



# DR. W. SCHALLMAYER, MÜNCHEN: ZUR SOZIOLOGIE DER TIERGESELLSCHAFTEN.



DAS Institut de Sociologie in Brüssel veröffentlichte als Band 7 seiner Memoiren Untersuchungen R. Petruccis[1]) über die Tiergesellschaften, deren Ergebnisse im Nachstehenden dargelegt und kritisch beleuchtet werden mögen.

Der Körperbau des Menschen repräsentiere, sagt P., in manchen seiner Eigenschaften einen älteren Typus als z. B. der des Huftieres oder sogar des Vogels. Seine Fünffingrigkeit reiche bis zu einem Stadium zurück, wo die Strahlen der Flossen des Fischtypus auf die konstante Zahl Fünf verringert und festgelegt waren. Auch an Zahl und Formen der Zähne stehe der Mensch den Vorfahren der Säugetiere näher als die übrigen Säugetiere. Sogar die aufrechte Haltung, die man so oft als Neuerwerbung des Menschen erwähne, sei doch schon bei den Reptilien und Vögeln verwirklicht gewesen. Der Mensch habe sich mehr als irgendeine andere Säugetierart der Außenwelt als Mittel bedient, um sich den geänderten Anforderungen des Daseinskampfes anzupassen, und habe so in seinem Körperbau den alten Typus mehr zu behaupten vermocht. Ein solches Zurückbleiben in der phyletischen Entwicklung habe aber nichts zu tun mit Inferiorität oder Superiorität, wie überhaupt

1) R. Petrucci, Origine polyphylétique, Homotypie et Non Comparabilité directe des Société animales. Institut Solvay. Travaux de l'institut de Sociologie. Fasc. 7 des Notes et mémoires. 4°, VIII & 126 p. Bruxe les & Leipzig. 1907. Misch & Thron, éditeurs. Frcs. 12.—.

die Vorstellung von Superioritätsverhältnissen zwischen den verschiedenen Typen der organischen Welt nach P. wissenschaftlich unhaltbar ist. Die Entwicklung der Arten entspreche nicht einer linearen Reihe, sondern mehrfachen und auseinandergehenden Reihen. Der Mensch stehe nicht auf der obersten Stufe einer in der Richtung nach oben fortschreitenden Entwicklung. Und ebenso wie in seinem Körperbau stehe er auch hinsichtlich der beim primitiven Menschen vorkommenden Gesellschaftsformen nicht über der Tierwelt. So zeige z. B., wie P. ausführlich dartut, die Taktik der von einem männlichen oder von einem alten weiblichen Tier geführten Pflanzenfressertrupps die Verwendung aller der Mittel, deren sich der primitive Mensch zu denselben Zwecken bediene. Höhere Intelligenz habe keine direkte Beziehung zu einer höheren sozialen Entwicklung. Letztere hänge von äußeren Umständen ab, an die das soziale Leben sich anpasse. Die verschiedenen sozialen Erwerbungen seien mehr auf Rechnung verschiedener Milieueinflüsse als auf Rechnung wesentlicher Verschiedenheiten in der Entwicklung des Zentralnervensystems zu setzen. An den verschiedensten Punkten der Tierreihe seien ungeachtet aller Unterschiede im Körperbau und in den psychischen Eigenschaften gleiche soziale Erscheinungen zustande gekommen, während von sehr nahe verwandten Tierarten ganz entgegengesetzte soziale Formen erworben wurden. So habe sich z. B., wie P. in einem besonderen Werk dargetan hat, identische Eigentumsformen an so sehr verschiedenen Punkten der Tierwelt verwirklicht, daß man sie nicht als ererbte Erscheinungen, sondern als Anpassungen betrachten müsse. (Aber Anpassung und Vererbung schließen sich doch nicht aus. D. Ref.) Bei jeder Tiergattung, die ein soziales Leben zeige, habe sich dieses auf neuen Grundlagen gebildet, mit andern Worten, das soziale Leben der Tierwelt sei polyphyletischen Ursprungs. Auch der Mensch habe seine soziale Entwicklung auf seine eigene Rechnung neu begonnen und verdanke deren komplizierte Elemente lediglich sich selbst. Das einzige, was als ererbter Bestand bei den verschiedenen sozialen Betätigungen in der Tierwelt (natürlich mit Einschluß des Menschen) gelten könne, bestehe in der Tendenz zur Gruppenbildung, die man bei allen Lebewesen finde, soweit ihr die äußeren Umstände hierzu die Möglichkeit lassen; ja sie beherrsche als universales Strukturgesetz auch die molekularen Assoziationen der anorganischen Welt.

Abgesehen davon ist nach P. in den Tiergesellschaften nichts Ererbtes (S. 72, 121 usw.). Es gibt folglich keine genetische Soziologie, d. h. es gibt keine gemeinsame Entwicklung des sozialen Lebens im Tierreich, so daß man die einen Tiergesellschaften als niedriger, die anderen, bis hin zu denen des Menschen, als stufenweise höher entwickelt betrachten könnte, und die an den verschiedenen Zweigen der Tierwelt verwirklichten sozialen Erscheinungen lassen sich nicht direkt miteinander vergleichen, wenn diese Vergleichbarkeit irgendein auf einen biologischen Charakter gestütztes Verhältnis verlangt (S. 67). Es gebe eine Soziologie des Menschen, wie es eine Soziologie des Bibers usw. gebe. Auch könne man nicht soziale Erscheinungen, wie z. B. Familie, Horde, Volksstamm, Familien- oder Kollektiveigentum, in eine lineare Reihe bringen. Diese verschiedenen Formen finden sich in der Tierwelt durch verschiedene Anpassungen verwirklicht, sie sind unter verwickelten Bedingungen erworben, auf divergenten, parallelen oder konvergenten Wegen, jedenfalls aber auf verschiedenen Wegen. Sie können nur „in abstracto" verglichen werden, d. h. unter Loslösung von den Tiergruppen, bei denen sie sich verwirklicht finden. Die scheinbar identischen sozialen

Modalitäten, die man bei verschiedenen Zweigen der Tierwelt finde, lassen also nicht auf identische oder ähnliche Mittel und Wege der Erwerbung schließen, sie sind demnach nicht analog, sondern homotypisch. Aber gerade weil die Vergleichung der sozialen Erscheinungen in dem Tierreiche jedes biologische Band, jede ererbte und gemeinschaftliche Eigenschaft beiseite lasse, gerade deshalb sei die vergleichende Soziologie möglich, welche zeige, daß es ein Gebiet soziologischer Erscheinungen für sich gebe, spezifisch verschieden von dem Gebiet biologischer Erscheinungen und unvermengbar mit ihm.

Dem Ref. scheint mindestens die Formulierung der Ergebnisse dieser Arbeit teilweise nicht zutreffend. Wenn P. z. B. S. 121 sagt: „Das einzige, was es an Ererbtem in den sozialen Betätigungen des Tieres gibt, ist die Tendenz zur Gruppenbildung", so ist dieser Satz — und mit ihm die auf ihn gegründete so reinliche Scheidung zwischen dem biologischen und dem soziologischen Gebiet — sicher hinfällig. Denn niemand kann bestreiten wollen, daß viele Tierarten, insbesondere die „staatenbildenden" Insekten, mit sehr speziellen sozialen Erbanlagen begabt sind. Will denn P. den Begriff „ererbt" auf die generative Überlieferug von älteren Tierkreisen, -Klassen, -Ordnungen und -Arten auf jüngere Kreise, Klassen usw. beschränken? Das wäre nicht nur völlig unvereinbar mit dem allgemeinen Sprachgebrauch, sondern ließe sich auch wissenschaftlich sicher nicht rechtfertigen. Denn der Vererbungsvorgang ist für sehr alte Elementgruppen des Erbplasma ganz derselbe wie für neuere, einschließlich derer, durch welche die Arten derselben Ordnung sich voneinander unterscheiden — ganz abgesehen von der Frage, ob nicht die Ähnlichkeit des sozialen Lebens bei den verschiedenen Arten der Ameisen, Hummeln und Bienen auf der nahen Stammverwandtschaft dieser sämtlich zur Ordnung der Hautflügler gehörenden Tiere beruht, d. h. auf Erbschaft in jenem engen und neuen Sinne. Gewiß hängt die phyletische Entwicklung der sozialen Erbanlagen schließlich von den Milieuverhältnissen ab. Wird sie doch hauptsächlich durch die vom Milieu abhängigen Bedingungen der natürlichen Auslese geleitet. Indirekt sind also die sozialen Anpassungen des Tierreiches durch das Milieu bedingt, direkt aber durch die sozialen Erbanlagen, während P. nur für ersteren Faktor Augen hat und ihn irrigerweise den Erbanlagen so gegenüberstellt, als ob die Wirksamkeit des Milieus mit dem Vorhandensein wirksamer Erbanlagen unvereinbar wäre (S. 42, 103).

Vielleicht beruht es auf jener Nichtbeachtung der Vererbung innerhalb der Arten, wenn P. keinen wesentlichen Unterschied gelten lassen will zwischen solchen sozialen Erscheinungen, die bei Tieren durch spezielle soziale Triebe, also Erbanlagen, bedingt sind, und den nur kulturell bedingten sozialen Gestaltungen, wie sie beim Menschen vorkommen (S. 81, 85, 89, 115). P. meint, es habe wenig zu bedeuten, daß z. B. die Sitte der Gruppenehe oder der Trennung der Geschlechter nach gewissen Kategorien beim primitiven Menschen oder die des Frauenhauses oder des Harems in vergangenen und gegenwärtigen Zivilisationen sich für uns durch allerlei Arten von religiösen und sittlichen Vorschriften erkläre; denn diese seien nur als nachträgliche Erklärungen tatsächlicher Verhältnisse zu betrachten. Dieser Anschauung kann Ref. sich nicht anschließen. Denn Tatsachen zeigen, daß der Mensch nur mit passiven Sozialanlagen geboren wird, d. h. mit solchen, die der Ergänzung und einer bestimmten Gestaltung durch Erziehung und äußere Gebote bedürfen, um funktionsfähig zu werden, im Unterschied von den ganz selbständig

entwicklungsfähigen sozialen Trieben der Tiere, die auch ohne jede Erziehung und ohne äußere Gebote sich zu voller Funktionsfähigkeit entwickeln. Diese Anschauung gestattet auch eine einfachere Auffassung des Verhältnisses des Menschen zu den anthropoiden und den andern Affen, als der Autor S. 46 und 47 es darstellt.



# CHRONIK

EINEN **Plan zur Errichtung eines Institutes für exakte Wirtschaftsforschung** entwirft der Herausgeber des „Thünenarchivs" (1907, 2) Prof. R. Ehrenberg. Das Bedürfnis eines solchen Institutes liege in der Notwendigkeit einer klaren und objektiven Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Dazu müsse ein neutraler Boden geschaffen werden, auf dem weder wirtschaftliche Kämpfe, noch ethische oder politische Tendenzen Einlaß finden. J. H. von Thünen habe zuerst die „exakt vergleichende" Methode in der Sozialwissenschaft angewendet. Das „Thünenarchiv" verfolge diese Methode und sei bereits mit ihrer Hilfe zu wertvollen Resultaten gekommen. Diese Forschungsrichtung soll nun ein breiteres Fundament erhalten in einem Institut, das ein Zusammenwirken von Arbeitskräften der verschiedensten Forschungsgebiete ermöglichen soll. An der Spitze der Institution steht ihr Begründer, dem eine Reihe von Mitarbeitern zur Verfügung stehen. Diese „Assistenten" müssen schon auf irgend einem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens als Landwirte, Ingenieure, Kaufleute usw. tätig gewesen sein. Nach 1—2 jähriger Tätigkeit sollen sie wieder in das praktische Leben zurückkehren, nur die besonders begabten sollen als Leiter besonderer Abteilungen im Institut zurückbleiben. Neben diesen bezahlten aktiven Hilfskräften sollen „Praktikanten" zur Verfügung stehen: reifere Studenten, die leichtere Arbeiten in dem Institute anfertigen lernen, um sich wirtschaftliches Verständnis anzueignen. Die Aufgabe des Institutes wird dadurch eine doppelte: Forschungs- und Lehrbetrieb. Es wird in mancher Hinsicht sich mit der Frankfurter „Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung" oder dem Brüsseler „Institut de Sociologie" (Solvay) berühren. Die Materialbeschaffung kann in der Weise vor sich gehen, daß man wirtschaftliche Unternehmungen zur Bildung von Betriebsarchiven anregt und sie dabei mit Rat und Tat unterstützt. Diese Archive würden nicht allein der Wissenschaft, sondern auch den Betrieben selbst zugute kommen. Auch kleine Unternehmungen, welche bis jetzt keine Bücher führen, könnten dazu angeregt werden. Zur Kostendeckung müßte jährlich ein Kapital von 30000—40000 Mark verwendet werden. Um die Unabhängigkeit des Instituts zu sichern, müßte eine Stiftung gebildet und dem Reiche oder der Regierung eines Einzelstaates überwiesen werden.



**Die Gründung eines „Archivs für Zeitungskunde"** wird von Dr. Robert

Brunhuber-Köln in der Frankfurter Zeitung angeregt. Mit der Entwicklung der Zeitungskunde zu einem Zweige wissenschaftlicher Forschung hat die wissenschaftliche Literatur über diese Materie nicht gleichen Schritt gehalten. Weite Strecken der Zeitungskunde haben bis jetzt so gut wie keine Beachtung gefunden. Noch fehlen über den Stand des Zeitungsgewerbes die notdürftigsten Nachrichten in wirtschaftlicher sowohl wie in sozialer Beziehung. In Deutschland wäre die zuständige Stelle der Verein deutscher Zeitungsverleger, der aber mehr rein geschäftliche Zwecke verfolgt. Das für wissenschaftliche Untersuchungen nötige Organ fehlt aber noch. Ähnlich dem wissenschaftlichen Organ der Buchhändler, dem „Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels", müßte ein Organ geschaffen werden, das von der Gesamtheit der deutschen Zeitungsverleger unterstützt werden, den wissenschaftlichen Untersuchungen, Spezialuntersuchungen und Enqueten über das Zeitungswesen dienen könnte.

Die Kostenfrage dürfte kaum ein Hindernis bilden. Als Abnehmer würden der Verlegerstand selbst, dann aber der weite Kreis der Redakteure, Zeitungsmitarbeiter, Literaten und Gelehrten in Frage kommen. Auch an Mitarbeitern würde kein Mangel sein. Die heute schon zahlreichen Dozenten der Zeitungskunde und die Redakteure usw. würden eine solche Zentralstelle gern als Publikationsorgan benutzen.



**Die erste deutsche Hochschule für Physik** ist im Januar d. J. in Frankfurt a. M. begründet worden. Die Stadt gab eine 3000 qm große Fläche mit 100 m Straßenfront kostenlos her, während das Institut selbst dem physikalischen Verein gehört. Man muß die bedeutsame Entwicklungsgeschichte dieses Vereins kennen, um zu begreifen, daß an dem Tage der Einweihung der neuen Hochschule Gelehrte von Ost und West, von Nord und Süd den Weg nach der alten Kaiserstadt am Main angetreten hatten. Fast alle Universitäten Deutschlands waren vertreten, fast alle Akademien und wissenschaftlichen Korporationen. Auch Handels- und Kultusministerien fehlten nicht. Dreiundachtzig Jahre hat bis heute der Physikalische Verein gewirkt, zwanzig Jahre betätigt er sich als fruchtbringender Lehrkörper. Im alten Heim des Vereins haben als Dozenten Männer gewirkt, die heute Koryphäen der Physik sind; es sei nur an einen Mann erinnert: Böttcher, den Erfinder der Schießbaumwolle und der schwedischen Zündhölzer. In Frankfurt war es auch, wo nach Entdeckung der Röntgenstrahlen das erste Röntgenlaboratorium für die ärztliche Praxis erstanden ist. Zur Physik gesellten sich bald Elektrotechnik, Chemie, Astronomie und Meteorologie.

So war von selbst das gesteckte Ziel immer weiter und weiter geworden, der Weg zur Hochschule war geebnet. Da trat im richtigen Moment Frankfurts Oberbürgermeister Dr. Adickes auf den Plan, binnen wenigen Wochen war eine Million Mark von opferfreudigen, freigebigen Händen gespendet. Am 1. Mai 1904 wurde der erste Spatenstich getan, am 13. Mai 1906 der Schlußstein eingefügt. Zur Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaft, zum neuen Senkenbergianum, dem bedeutendsten deutschen naturwissenschaftlichen Museum, hat sich als Dritte im Bunde die Hochschule für Physik gesellt.



Eine **französisch-chinesische Universität** soll in diesen Wochen in Hanoi errichtet werden. Die fran-

zösische Regierung hofft, mit Hilfe dieser Anstalt auf die Ausbildung der Chinesen, wenigstens in Südchina, einen größeren Einfluß zu gewinnen, da der Besuch Hanois mit weniger Kosten verknüpft ist als selbst der der japanischen Universitäten, von denen Europas oder Amerikas ganz zu schweigen. Dementsprechend haben die Behörden Indochinas sich an den Generalgouverneur in Canton mit der Bitte gewandt, die Gründung der Hanoier Hochschule in allen Schulen der Kwangprovinzen bekanntzugeben.



**Die Gründung einer Kolonialakademie für Deutschland** steht demnächst bevor. Die Anregung dazu geht von Hamburg aus, wo dem Staate 4 Millionen Mark für besondere wissenschaftliche Zwecke von gemeinnützigen Bürgern geschenkt worden waren und jetzt ein Hamburger Bürger dem Senat wieder die erforderlichen Mittel zur Errichtung eines monumentalen Vorlesungsgebäudes zur Verfügung gestellt hat. Die offizielle Annahme dieser Schenkung ist bereits erfolgt, so daß die Errichtung der Kolonialakademie der Verwirklichung unmittelbar bevorsteht. Die ersten Verhandlungen zwischen Staatssekretär Dernburg und den Vertretern Hamburgs waren dadurch erschwert, daß die Stadt Hamburg, die ein lebhaftes Interesse an der Angelegenheit bekundete, zur Bedingung machte, daß das neue Institut seinen Sitz in Hamburg habe, während die Reichsinteressen dagegen Berlin als den berufenen Sitz der neuen Zentralstelle erscheinen ließen.

Wie verlautet, sollen bereits im nächsten Frühling offiziell die ersten Kolonialbeamten zur Ausbildung nach Hamburg entsandt werden.



Die **Waseda-Universität zu Tokio,** eine der bedeutendsten Privathochschulen Japans, feierte Ende Oktober 1907 das Fest ihres 25 jährigen Bestehens. Sie verdankt ihr Entstehen dem Grafen Okuma, der bis 1881 Finanzminister war. Er gründete 1882 aus eigenen Mitteln die sog. Waseda Semmen Gakko, eine Fachschule für Politik und Staatswissenschaft. Die Institution wuchs von Jahr zu Jahr, 1902 erhielt sie ihren jetzigen Namen. Der Lehrplan besteht seitdem aus abgeschlossenen Kursen für Jurisprudenz, Staatswissenschaften, Literatur und Handelswissenschaften. Der Lehrkörper, zu dem teils die bedeutendsten japanischen Gelehrten gehören, besteht aus drei Professoren und Lektoren, darunter einem deutsch-evangelischen Geistlichen und einem deutsch-russischen Philosophieprofessor. Die Gesamtzahl der Studierenden betrug am Ende des Sommersemesters über 700.



Die **deutsche theologische Schule in Tokio,** die sog. Schinkio Schingakko, die von der deutschen Mission in Japan unterhalten wird, hat soeben eine durchgreifende Reform erfahren. Danach soll die Schule ihrem Lehrplane nach den Rang einer den Universitäten gleichwertigen theologischen Akademie einnehmen. Der Direktor, Pfarrer Ostwald, ist mit der japanischen Hauptkirche, der Kumiai Kiokwai (Kongregationalisten), eine enge Verbindung eingegangen. Die berühmtesten japanischen Geistlichen, wie Pastor Kozaki und Professor Hatano, werden an der Schule Vorlesungen halten.

Bis jetzt hat die deutsche, wie überhaupt die christliche Mission, in Japan keinen wahrnehmbaren Einfluß ausgeübt. Von den 50 Millionen japanischer Staatsangehöriger bilden die 150 000 zum Christentum über-

gegangenen Japaner einen verschwindenden Bruchteil. Die neuorganisierte Schule in Tokio will auch der deutschen Theologie die führende Stellung einräumen, wie sie der Wissenschaft, der Medizin oder Philosophie zukommt.



Als **internationale Verkehrssprache** ist vor kurzem von einer hierzu autorisierten Kommission im Collège de France zu Paris das Esperanto angenommen worden. Die Kommission erkannte an, daß die vor etwa 20 Jahren von dem Warschauer Arzte Dr. Zamenhof geschaffene künstliche Sprache am meisten den Zwecken einer Welthilfssprache entspreche. Die Kommission setzte sich aus bedeutenden Gelehrten der verschiedenen Länder zusammen, darunter: Geheimrat Prof. Ostwald, Leipzig, Le Paige, Direktor der königlichen Akademie zu Brüssel, Prof. Dr. Jespersen, Kopenhagen, T. W. Stead, der Herausgeber der „Review of Reviews“ usf. Ihre Mandate hatten die Genannten von der seit 1900 in Paris bestehenden Délégation pour l’adoption d’une langue universelle auxiliaire erhalten, der 357 gelehrte und andere Gesellschaften und 1011 Männer der Wissenschaft aus allen Nationen angehören. Diese Delegation hatte sich im Mai d. J. an die in Wien tagende Assoziation der wissenschaftlichen Akademien mit dem Ersuchen gewendet, die Frage der Entscheidung über eine internationale Hilfssprache auf die Tagesordnung ihrer Beratungen setzen zu wollen. Die Akademien haben sich jedoch als hierfür inkompetent erklärt, und nun nahm die Delegation die Entscheidung selbst in die Hand.



**Der „Mezzofantibund“** (Sprachenbund), der vor Jahresfrist von Ernst Morgenstern in Wiesbaden begründet wurde, hat sich schnell entwickelt und entfaltet jetzt an verschiedenen Orten seine Tätigkeit. Der Zweck des Bundes ist der, die Erlernung des Sprechens der modernen Sprachen zu fördern, die Methode und Pädagogik des Unterrichtes zu vereinheitlichen. Den Schülern soll Gewähr gegeben werden, daß sie sich in guten, erfahrenen Händen befinden, daß ihnen die Sprache rein und in richtigster Form gegeben wird, womit es bei dem heute üblichen Privatunterricht durch bedürftige Ausländer ja leider recht traurig aussieht. Die erste Aufgabe ist also Organisation von gemeinsamen Kursen, Lektüre, Konversation, Diskussionen. Wie in anderen Städten, hat auch die Berliner Ortsgruppe die Erreichung dieses Zieles gefördert, indem die Mitglieder der bedeutendsten hiesigen Fremdsprachenvereine gemeinsame Zusammenkünfte mit Vorträgen, Rezitationen usw. veranstalten. Das weitere Hauptziel ist die Pflege von Beziehungen unter den einzelnen Gruppen. Nicht nur innerhalb Deutschlands selbst, sondern vorzüglich auch mit dem Auslande. Der einzelne, der in ein fremdes Land kommt, soll leicht und schnell Gelegenheit finden, seine Interessen weiter zu fördern. Aus der Verbindung mit ausländischen Vereinigungen ist eine höchst erfreuliche Einrichtung hervorgegangen, die Vermittelung von Korrespondenz zwischen den einzelnen Mitgliedern der verschiedenen Nationen und, allerdings noch in bescheideneren Anfängen, der Austausch von Mitgliedern selbst, die sich sonst eine Auslandsreise für die Ferien oder die Urlaubszeit nicht leisten könnten. Der Zusammenschluß steigert die Lei-

stungsfähigkeit der Gruppen zur Ermöglichung von Veranstaltungen, zu denen eine Gruppe oder ein Verein allein zu schwach wäre: von Vorträgen, Aufführungen angefangen bis zur Einrichtung von Bibliotheken, einer Stellenvermittlungszentrale und der Erhaltung eines eigenen Organs, der Monatsschrift „Die Weltwarte".

Die Organisation des Bundes ist zunächst ein Zusammenschluß der Interessenten in den einzelnen Orten — so haben sich in Berlin die englischen und französischen Societies, Réunions usw. mit den verschiedensten Interessen zusammengetan mit den Sprachlehrvereinen zu einer Verbindung von über 500 Mitgliedern — diese Ortsgruppen schließen sich zusammen zu großen Gebieten, in deren fünf Deutschland geteilt ist, und diese wiederum haben ihre Zentrale in Wiesbaden unter der Leitung des Gründers.



**Unter dem Namen Keplerbund** ist eine Vereinigung von Gelehrten und Laien in Frankfurt a. M. begründet worden, die im Gegensatz zum Monismus eine Versöhnung vertiefter Naturerkenntnis mit philosophischer Einsicht und religiöser Erfahrung für möglich hält und sie darum erstrebt. Der neue Bund erläßt einen Aufruf, der von über 200 Namen guten Klanges unterzeichnet ist. Die Namen umfassen 82 Naturwissenschaftler und Angehörige der philosophischen Fakultät, 33 Mediziner, 30 Juristen, 29 Theologen, 21 Industrielle und Kaufleute, 14 andere Berufe; darunter sind 41 Hochschulprofessoren. In dem Aufruf heißt es: „Die Fortschritte der Naturwissenschaft erwecken andauernd und in wachsendem Maße die Aufmerksamkeit und Bewunderung unserer Zeit. In das Verständnis ihrer Ergebnisse einzudringen und sie zur Ausgestaltung unseres Weltbildes zu verwerten, ist nicht nur eine unerläßliche Aufgabe aller gebildeten und aller denkenden Menschen, sondern zugleich eine Quelle immer neuer Freuden. Und wie eng hängt die Auffassung der Natur mit unserer Weltanschauung, der Grundlage unseres geistigen, sittlichen und religiösen Lebens zusammen! Es ist daher ein hochbedeutsames und zugleich ideales Werk, an welches der neugegründete Keplerbund herantritt, wenn er sich die Förderung der Naturerkenntnis in der Gesamtheit unseres Volkes zum Ziele setzt. Was die Forscher in emsiger Arbeit gefunden haben, das soll in Wort und Schrift durch Männer der Wissenschaft in gemeinverständlicher, übersichtlicher Form dargeboten und unter Beobachtung der Grenzen des Naturerkennens mehr und mehr zu einem Bestandteil des allgemeinen Wissens gemacht werden. Der Keplerbund steht auf dem Boden der Freiheit der Wissenschaft und erkennt als einzige Tendenz die Ergründung und den Dienst der Wahrheit an. Er ist dabei der Überzeugung, daß die Wahrheit in sich die Harmonie der naturwissenschaftlichen Tatsachen mit dem philosophischen Erkennen und der religiösen Erfahrung trägt. Dadurch unterscheidet sich der Keplerbund bewußterweise von dem im materialistischen Dogma befangenen Monismus und bekämpft die von ihm ausgehende atheistische Propaganda, welche sich zu Unrecht auf Ergebnisse der Naturwissenschaft beruft. Wie einst Kepler, dem die Wissenschaft die Kenntnis der wichtigsten in der Bewegung der Sternenwelt geltenden Gesetze verdankt, gerade durch die Erforschung der Natur keine Einbuße, sondern einen reichen Gewinn für seine tiefreligiöse Persönlichkeit erlangt hat, so glaubt der Bund, der sich nach dem Namen

dieses großen Astronomen nennt, in eben diesen Bahnen der Wahrheit den größten Dienst zu leisten. Die mancherlei zur Erfüllung der großen Aufgaben dienenden Mittel und Wege sind u. a. folgende: literarische Veröffentlichungen und Büchervertrieb, Veranstaltung von Lehrkursen, Vorlesungen und Vorträgen, Darbietung von Lehrmitteln, Unterstützung der Forschung durch Stipendien usw. Zur tatkräftigen Ausführung der Arbeit soll die Berufung und Anstellung von Männern der Wissenschaft sowie die Schaffung einer Zentralstelle für die Arbeit des Bundes dienen. Wir sind des Einverständnisses aller derer gewiß, welche mit weitem Blick die Erfordernisse unserer Zeit erkennen und denen die Förderung echter Naturerkenntnis in unserm Volk am Herzen liegt; alle diese aber bitten wir, der Zustimmung die Tat unverzüglich folgen zu lassen, und fordern hierdurch zum Eintritt in den Keplerbund auf." Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle des Bundes (Frankfurt a. M., Neue Mainzer Straße 41) entgegen. Die konstituierende Versammlung des Keplerbundes wurde am 25. November in Frankfurt a. M. abgehalten.



**Windmotoren in Dänemark.** Die Verwendung des Windes als Kraftquelle hat besonders in Dänemark einen bedeutenden Aufschwung genommen. Vor kurzem ist, laut der Zeitschrift für Agrarpolitik, in Askoo auf Jütland eine Versuchsstation zu diesem Zwecke errichtet worden. Am besten haben sich die Motoren mit 4 Flügeln bewährt. Bei einem Windmotor von etwa 48 qm Flügelfläche und einer Windgeschwindigkeit von etwa 6 m in der Sekunde erhält man eine Arbeitsleistung von 8 Pferdestärken.

Seit dem Jahre 1903 besteht auch in Dänemark die sog. „Dänische Wind - Elektrizitäts - Gesellschaft", deren Wirken es zu verdanken ist, daß bereits 30 Windelektrizitätswerke im Betrieb sind.



Die erste **chinesische Universität** nach europäischem Muster soll nach dem Beschlusse des Unterrichtsministeriums in Peking gegründet werden. In derselben sollen die verschiedenen Lehrfächer durch fremde Professoren gelehrt werden. Die Studenten, die jetzt in fremden Ländern studieren, sollen zurückgerufen werden, um ihre Studien in der Heimat zu vollenden.



**Die Entwicklung der Gleitflieger,** der „Flugmaschinen, schwerer als Luft", nimmt einen erfreulichen Lauf. Am 13. Januar 1908 erst war es, daß es dem Franzosen Henry Farman gelang, zum ersten Male ohne tragenden Ballon die Erde zu verlassen und im längeren Gleitflug in vorgeschriebener Bahn zur Ausgangsstelle zurückzukehren. Farman gewann damit den auf den Kilometerkreisflug ausgesetzten Deutsch - Archdeaconpreis von 50 000 frcs. Damit ist die Lösung des Problems der Flugmaschine zum ersten wichtigsten Abschluß gelangt.

Farmans Gleitflieger besteht aus zwei übereinander, in einem Abstand von 1,5 m angeordneten flachgewölbten schmalen Flächen von 2 m Breite und etwa 10 m Länge, er hat die Form eines länglichen Kastens ohne senkrechte Wände, bei dem Boden und Dachfläche nur durch eine Reihe senkrechter Pfosten verbunden sind. In der Mitte der durchbrochenen Bodenfläche ist der 50 PS-Antoinette-Motor, der eine große zweigliedrige Schraube direkt antreibt, vor ihm ist

der Führersitz. An dem Haupttragflächengebilde ist nach hinten an einem Rohrrahmen 4,5 m weit ausladend das Seitensteuer angebaut, das ebenfalls durch einen Kastendrachen, den zwei vertikale Wände in zwei Zellen teilen, gebildet wird. Das vorn befindliche Höhensteuer besteht aus zwei kleinen, übereinander befestigten Tragflächen, deren veränderter Neigung der ganze Apparat folgt. Der ganze Drachenflieger ruht auf fünf Rädern, die zwei größeren Vorderräder sind wie Vogelbeine an der Haupttragfläche angebracht, der hintere Schwanzdrachen trägt die Hinterräder. Auf diesen Rädern nimmt der Drachenflieger seinen Anlauf mit etwa 60 km Stundengeschwindigkeit und erhebt sich meistens schon nach 100 bis 200 m vom Boden und geht in den Flug über.

In Spa wird in Kürze ein Aerodrom, das erste der Welt, errichtet werden. Die Bahn für Flugschiffe wird auf dem 2300 m im Umfang messenden Hippodrom de la Sauvenière errichtet werden. Auf diesem Aerodrom werden am 9., 16. und 23. Juli Rennen von Flugmaschinen stattfinden. Im ganzen sind für 70 000 frcs. Preise ausgesetzt. Das größte Rennen soll über zehn Runden, also 23 km führen. Die Konkurrenzen sind offen für Flieger aller Länder. Doch dürfte sich kaum eine nichtfranzösische Flugmaschine zum Start einfinden. Genannt haben bisher: Henri Farman, der als Favorit gilt: Blériot, dessen Maschine zwar sehr schnell ist, da sie 90 km in der Stunde leistet, die der Fahrer Blériot aber nicht zu steuern versteht, Delagrange, der bisher noch nichts geleistet hat als kleinere Sprünge, die Gebrüder Voisin, die schon zwanzig Flieger für andere gebaut haben und nun für sich selbst einen Aeroplan konstruieren, Esnault Pelterie, der ein hoffnungsvoller Anfänger ist, und Kapitän Ferber mit seiner Tandemflugmaschine. Möglicherweise beteiligt sich auch der Belgier Miette an der Fliegerkonkurrenz. Er hat einen einwandfreien Motor konstruiert und wird einen neuen Aeroplan bauen.

Auch Deutschland tritt aus seiner Reserve der Flugmaschine gegenüber heraus. Auf der diesjährigen großen Ausstellung in München wird auch eine Abteilung für Flugmaschinen eingerichtet werden. Mit dieser Ausstellung soll ein Gleitflug-Wettbewerb verbunden sein. Dr. Ganz, der Vorsitzende der Abteilung für Flugschiffahrt im Bayerischen Automobilklub, hat einen Preis von 10 000 Mark für den Gleitflug-Wettbewerb auf der Ausstellung München 1908 gestiftet. Zur Bewerbung sind Modelle mit und ohne Motor zugelassen, zum Wettflug nur solche ohne Motor. Die tragenden Flächen eines Modelles müssen mindestens 1 qm und dürfen höchstens 2 qm Gesamtinhalt aufweisen. Das Gesamtgewicht eines zum Wettflug zuzulassenden Gleitfliegermodells muß pro qm Tragfläche mindestens 0,5 kg betragen; für Modelle mit Motor ist das Gewichtsverhältnis freigegeben. Der Wettflug der Gleitflieger findet während der Ausstellung in einem geeigneten Raum statt. Mindestleistung für Preisanspruch ist Erreichung von 15 m horizontaler Entfernung von 2 m hoher Abflugsstelle. Der Flug darf zweimal wiederholt werden. Sämtliche Preiswerber haben ihre Modelle auch einem größeren Publikum vorzuführen. Erbauer von Gleitfliegern oder Flugmaschinen, die nicht in den Rahmen des Wettbewerbes fallen, können ihre Apparate während der Ausstellung ebenfalls öffentlich vorführen. Anmeldungen müssen bis zum 1. März an die Geschäftsstelle des Sportausschusses, München, Neuhauserstraße 10, gerichtet werden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß das Kuratorium der Jubiläumsstiftung der

deutschen Industrie einen Ausschuß berufen hat für das Studium des dynamischen Fliegens und die Bewilligung von je 25 000 Mark für eine Reihe von Jahren in Aussicht genommen hat. Zunächst ist mit dem Studium von Luftschrauben begonnen worden.



**Die Fortschritte der Bildtelegraphie.** In einem Vortrag über die Fortschritte der Bildtelegraphie, den Prof. Dr. F. Korn-München im Bayerischen Bezirksverein deutscher Ingenieure hielt, entwickelte der bekannte Erfinder, dessen erste Versuche der Bildübertragung in das Jahr 1902 fallen, seine Gedanken und Erfahrungen auf diesem Gebiete. Im ersten Teil des Vortrages wurden die technischen Details der Kornschen Methode der telegraphischen Übertragung von Photographien gegeben, während der zweite Teil unter Vorführung einer größeren Zahl telegraphierter Photographien die mannigfachen Verbesserungen, die das Kornsche System der Fernphotographie in der letzten Zeit erfahren hat, und vor allem die erzielten Resultate, die möglichen Anwendungen mit einem weiten Ausblick in die Zukunft behandelte.

Im Frühjahr 1907 wurden zum erstenmal Versuche zwischen zwei entfernten Stationen vorgenommen. Die ersten Bilder wurden zwischen Berlin und München am 16. April 1907 übermittelt, eine Entfernung von etwa 600 km. Es fanden eine Anzahl von Versuchen statt, durch welche es möglich war, gleichzeitig über die Linie zu sprechen und ein Bild zu übertragen. Im Oktober wurden die beiden nächsten fernphotographischen Apparate, die für Paris und London bestimmt waren, fertiggestellt, und die Versuche mit den Stationen Paris und London konnten beginnen; am 28. Oktober traf das erste Bild aus Berlin in Paris ein und am 8. November das erste Bild von Paris in London, das erste Bild, das seinen Weg durch ein unterseeisches Kabel genommen hat. Bei den nächsten Versuchen, die zwischen Berlin und London über Paris stattfinden sollen, werden die beiden Telephonleitungen Berlin-Paris und Paris-London in der Pariser Station zusammengeschaltet werden, und es ist möglich, in Paris ein von Berlin nach London gesandtes Bild gleichzeitig mitaufzunehmen. Die Münchener Station, die ja bereits mit Berlin zusammen gearbeitet hat, wird für einen regelmäßigen Verkehr mit Berlin fest installiert, und es wird vielleicht noch in diesem Winter möglich sein, Bilder auch zwischen München und Paris über Berlin und selbst zwischen München und London über Berlin und Paris auszutauschen. In diesem Jahre sollen sich an die bisher bereits bestehenden vier Stationen noch Stationen in Kopenhagen und Stockholm anschließen, und es werden jedenfalls noch weitere europäische Städte hinzukommen.

Prof. Korn dachte natürlich von Anfang an an die möglichen Anwendungen für die Kriminalpolizei und auch an die für die illustrierte Presse. Beide bedienen sich bereits der Bildtelegraphie, und ausgedehntere Verwendungen sind noch zu erwarten. Es ergeben sich aber auch noch andere Möglichkeiten mehr privater Natur: in dem Falle eines Schiffs- oder Eisenbahnunglücks können z. B. die Photographien Verunglückter von der nächsten fernphotographischen Station auf telegraphischem Wege weitergegeben werden, so daß die Familien der Verunglückten, rascher benachrichtigt, zur Hilfe herbeieilen können. Vielleicht werden wir einmal als Seitenstück zu der bunten Postkarte die telegraphische Ansichts-

karte haben, vielleicht ergeben sich einmal Anwendungen, an die wir jetzt noch gar nicht denken.

Das nächste Problem, welches durch die Vervollkommnung der Methoden zu lösen sein wird, ist es, mehr Details in die übertragenen Photographien hineinzubringen, so daß man nicht bloß Porträts, sondern auch Gruppen und Landschaften in genügend scharfer Weise übertragen kann; dann wird das Problem der langen Kabel zu lösen sein, damit man auch Bilder zwischen Europa und Amerika austauschen kann; dann erst wird an eine Verschnellerung der Methoden zu schreiten sein, so daß weniger als sechs Minuten für die Übertragung eines Bildes nötig werden. In weiter Ferne erst, wenn auch nicht ganz ohne Hoffnung, wenn man die Benutzung einer größeren Anzahl von Drähten zuläßt, erscheint die Schimäre des elektrischen Fernsehens am Horizonte der technischen Möglichkeiten.



Eine **Silbenschreibmaschine** wird jetzt von der Universal-Silbenschreibmaschinen - Gesellschaft hergestellt. Nach Berichten der Tagespresse ist von der Gesellschaft ein Modell hergestellt, das, wenn auch noch nicht für den Gebrauch, so doch im Prinzip das Problem löst, die oft vorkommenden Silben, wie z. B. im Deutschen die „heit", „ung", „schaft „ver" zu reproduzieren. Die Hauptschwierigkeit lag bisher darin, daß der das Papier führende Schlitten bei dem Niederdrücken der Silbentasten ebenso exakt um einige Intervalle weiter springen muß, wie bei einem einzelnen Buchstaben. In dem Modell ist diese Schwierigkeit vollständig überwunden. Dabei überschreiten die Maße des Modells (Höhe 70,7, Breite 30 und Länge 43,7 cm.) die für einen transportablen Gegenstand zulässigen Grenzen nicht. Das Griffbrett enthält außer den Tasten für die Einzelbuchstaben 35 Tasten mit Silben. Das Griffbrett ist also sehr ausgedehnt, und es wird für den Schreiber langer Übung bedürfen, bis er auf dieser Maschine sicher arbeiten kann.



**Zwecks Einführung des Fernschreibers im Postdienst** ist sein Erfinder Grzanna mit der deutschen Reichspostbehörde in Verhandlungen eingetreten. Die Vorrichtung ermöglicht es, handschriftliche Telegramme im Original zu übertragen. Der Vorteil des Systems Grzanna besteht gegenüber anderen ähnlichen Erfindungen darin, daß sich in der Empfängerstation eine kleine Dunkelkammer befindet, in welcher automatisch auf lichtempfindlichem Papier die gesandten Schriftzüge entwickelt werden, so daß der Empfänger des Telegramms 10 Sekunden nach Aufgabe die geschriebene Sendung in der Hand hält. Da sich auch Skizzen, Zeichnungen, Pläne auf diesem Wege übermitteln lassen, so erhellt ohne weiteres, welch weittragende Bedeutung die Erfindung für Industrie, Handel, Kriminalistik hat. Die Polizeibehörden werden künftighin in der Lage sein, Steckbriefe wenigstens skizzenhaft in verschwindend kurzer Zeit nach allen in Frage kommenden Stationen zu senden, um so mehr, als der Grzannasche Fernschreiber, welcher eines nur 12 Volt starken Stromes bedarf, an jeden beliebigen Telephonapparat angeschlossen werden kann und ausgezeichnet funktioniert, ohne daß deswegen das telephonische Gespräch auf der betreffenden Leitung unterbrochen zu werden braucht.

Durch vierzehntägige Versuche auf der staatlichen Telephonleitung Berlin-

Dresden (180 km) sind recht befriedigende Resultate mit diesem Apparat erzielt worden, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß er ähnlich wie das Telephon und auf Wunsch in Verbindung mit diesem zur allgemeinen Einführung durch die Post gelangt. Leider hat die Deutsche Reichspost zurzeit noch derartig mit den Umbauschwierigkeiten für das neue Fernsprechsystem zu kämpfen, daß eine baldige Einführung des Fernschreibers in den öffentlichen Dienst nicht wahrscheinlich ist. Der Apparat ist aber schon jetzt für große Privatbetriebe, Banken und industrielle Etablissements ein wertvolles Hilfsmittel. Er gestattet den Fabriken, für einen Maschinenteil in schnellster und alle Mißverständnisse ausschließender Weise durch Übersendung einer Skizze einen Ersatzteil zu bestellen, den Banken, die Zahlungsanweisungen nachzuprüfen.





# NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

## ADELE SCHREIBER, BERLIN: JUNG-WIENER TANZKUNST.



Ein halbes Jahrzehnt ist verflossen, seit Isadora Duncan in Europa auftauchte, viel bewundert — viel umstritten. Die einen sprachen von krassem Dilettantismus — die andern von vollendeter Künstlerschaft, die einen tadelten die „unerhörte Reklame“ — die andern priesen die klassische Schönheit. Auf Seite der Tadler standen großenteils die zünftigen Musikkritiker, die sich dagegen wehrten, daß man Chopin oder Gluck tanze, auf Seite der Begeisterten die Maler und Bildhauer hingerissen, von dem Adel der Bewegungen, entzückt darüber, nackte Schönheit bei einem Weibe, das nicht berufsmäßiges Modell war, sehen zu dürfen. Abseits aber von diesen beiden Gruppen fachmännisch Urteilender standen einige andere, die hier mehr sahen, als nur eine Reform des Tanzes, die, in die Tiefe der Erscheinungen blickend, ein Stück Kulturarbeit, ein Stück neues Menschtum und Weibtum erkannten. Nicht in der Frage, ob die Duncanschen Darbietungen schon vollendet waren oder nicht, lag das wesentliche ihres Wertes, sondern in dem großen Wollen, das die Reformatorin beseelte, in dem Sieg, der erfochten wurde über eine stereotype entartete Tanzkunst einerseits und eine engherzig lügnerische Moral andererseits. In denselben Jahren, da die Berliner Zensur ernste Bühnendichtungen, darunter Paul Heyses Maria von Magdala verbot, da als Protestkundgebung gegen die Einschnürung freien künstlerischen und geistigen Lebens der Goethebund entstanden war, bedeutete es auch einen beweiskräftigen Protest, daß ein junges blühendes Weib es wagte und wagen durfte, fast unbekleidet auf der



Bühne des Königlichen Opernhauses vor ein tausendköpfiges Publikum zu treten und durch den Jubel, den sie erweckte, unwiderleglich die Reinheit und Schönheit des Nackten, der Natürlichkeit, darzutun. In einer etwas dithyrambischen Schrift hat Isadora Duncan seinerzeit ihre Hoffnungen für die Tänzerin der Zukunft ausgesprochen: „Ihr Leib und ihre Seele werden in Harmonien zusammenklingen, die Sprache ihrer Seele wird sich kundtun in dem Reigen ihrer Glieder. Sie wird die Tänzerin keiner Nation sein, sondern die der ganzen Menschheit, sie wird frei sein von Koketterie und Gefallsucht, Verkörperung des Weibwesens in seinem reinsten Ausdrucke —, ihre Mission ist es, die Heiligkeit des weiblichen Leibes zu verkünden und das Leben der Natur. Sie wird den Frauen, ihren Schwestern, den Weg weisen zur Schönheit und Natürlichkeit und sie lehren die Schönheit ihrer Kinder hochhalten. Da werden die Frauen ihre Schnürleiber von sich reißen und ihre engen, verkrüppelnden Schuhe. Dann sind sie reif für das Ideal: den freiesten, reinsten Geist im freiesten, reinsten Körper."

Ein halbes Jahrzehnt erst, und schon, während draußen in der Duncanschen Grunewaldtanzschule zwanzig kleine Mädchen durch harmonische Ausbildung von Körper und Geist zu Tänzerinnen der Zukunft heranblühen, sind eine ganze Anzahl neuer Verfechterinnen künstlerischer Tanzideen aufgetaucht. Jede der bekannter gewordenen, wie Ruth Saint Denis, Maud Allan, Irene Sanden hat ihr Teil dazu beigetragen, der Tanzkunst wieder ein Stück des Verlorenen zurückzuerobern, denn einst war sie nicht leere Form ohne innere Logik, eine akrobatische Bravourleistung, sondern die Verkörperung von Natur und Empfindung, von Daseinswonne und Trauer, von heiliger Ehrfurcht und bacchantischem Glücksrausch. Sie entlehnte ihre Bewegungen urewigen Vorgängen, dem Wellenspiel des Ozeans, dem Segel der Wolken, dem Schwanken der im Winde sich beugenden Halme und Blüten, dem Kreisen der Gestirne. Im Tanze lag zugleich Gebet und Freiheit, Ethik und Ästhetik.

Wieder ist die Kultur des Tanzes um ein Stück vorwärts geschritten. Wien, die Stadt alter Tradition auf dem Gebiete des Tanzes, die Stadt unübertroffener Walzerkomponisten, die Stadt einer schon historisch gewordenen Ästhetik, wo durch alles Moderne hindurch immer noch leise Anklänge an jenes reizvoll vornehme Alt-Wien geweckt werden, das durchtränkt war von Anmut und Grazie — auf solchen Boden ausgestreut, mußte die Saat der Tanzreform ganz besonders eigenartige und köstliche Blütenzeitigen. Ein Schwesterntrio Grete, Elsa und Berta Wiesenthal ist vor wenigen Wochen zum ersten Male vor das verwöhnte Wiener Publikum getreten und hat enthusiastischen Beifall geerntet. Was die Schwestern Wiesenthal bringen, ist unzweifelhaft eine Weiterentwicklung der von der Duncan gegebenen Anregungen, aber sie haben darüber hinaus gebaut. Ein wundervolles Mate-



rial, eine grundlegend sichere Technik, eine seltene mimische Ausdrucksfähigkeit sind ihnen zueigen. Als Elevinnen des Wiener Opernballets haben sie eine Vorschule durchgemacht, die, wenngleich sie später all jene verrenkenden, unnatürlichen Bewegungen, all jene Verzerrtheit und Disharmonie, die im heutigen Ballett bekämpft werden, von sich warfen, ihnen doch ein technisches Rüstzeug hinterließ, das ihnen zustatten kommt. Sie haben auch aus dem „Kunsttanz" in den „künstlerischen Tanz" herübergerettet, was dessen wert erschien. Dadurch sind sie vielseitig gegenüber der stark betonten, lediglich antikisierenden Einseitigkeit der Duncan. In den historischen, in den nationalen Tänzen stecken allenthalben Elemente, die künstlerische Veredlung und Erhaltung verdienen. Die entzückende Grazie der Rokokozeit, der Reiz dieser gebrechlich zarten Frauengestalten, den wir in den Figurinen aus Sèvresporzellan bewundern, ist von den Wiesenthals neu belebt worden in ihrem „Tanz aus Manon". Hier erkennt man, welch eigentümlicher Zauber dem Wiegen und Schweben des Reifrocks ja selbst der ganzen Geziertheit von Haltung und Gebärde innewohnen kann.

Zeigt dieser Rokokotanz immer noch leise, wenn auch durchaus veredelte Anklänge an das Konventionelle, so bewegen sich die andern Darbietungen völlig auf dem neuen Boden. In mannigfachen Kostümen erscheinen die Tänzerinnen, im langen, fließenden fliederfarbenen Gewande, im weißen Pierrotkostüme, im kurzen, den Körper fast völlig entblößt lassenden leichten Überwurf — immer anders, immer vollkommene Bilder, die das Auge entzücken. Die beiden älteren Schwestern (die jüngste kaum der Schule entwachsen, wirkt nur in zwei Tanznummern zu dritt mit) bieten wirksame Kontraste. Grete, obgleich die ältere, gemahnt in ihrer knabenhaft schlanken Gestalt zuweilen an Fidus, zuweilen an eine Erscheinung der präraphaelitischen Schule. Das schmale Gesichtchen, umrahmt von dunkelgoldblondem Haar, hat ein ergreifendes Mienenspiel; Trauer, Leid, Entsetzen, Sehnsucht verkörpern sich in diesen jungen Zügen mit erstaunlicher Überzeugungskraft. Ausdrucksvoll wie das Gesicht sind Arme und Hände, wie denn überhaupt die Tänzerinnen neuer Tanzkunst jedes Glied ihres Körpers, jede Linie ihrer Bewegung zur stummen Sprache gebrauchen. Diese mimische Ausdrucksfähigkeit, die der Duncan versagt war, ist eine Hauptgabe der ältesten Wiesenthal, und so ist sie vielleicht berufen, die Tanzkunst wieder in der Richtung zu beleben, die sie einst einschlug, da Pantomimen und rhythmische Körperbewegung gemeinsam den Tanz bildete, zu einer Zeit, wo er eine Gebärdensprache darstellte, mit symbolischem Inhalt, einen Bestandteil der höchsten Gottesverehrung.

Die zweite Schwester Elsa ist ausgezeichnet durch die besondere Schönheit ihres jugendlich weichen und doch so schlanken Frauenkörpers, durch Augen von wunderbarem Glanz. Sie ist die wundervollste Inkarnation aller Lebensfreude, alles lockend Berauschenden im Tanze. Dieser Eigenart entspricht es auch, wenn sie Schumanns Szenen aus dem Karneval und Straußsche Walzer auf ihr Programm setzt, während Grete ihre rhythmischen Bewegungen verschiedentlich von Beethovenschen Tonschöpfungen begleiten läßt.

Am reizvollsten, unwiderstehlichsten ist diese Jung-Wiener Kunst, wo sie sich an die Alt-Wiener Kunst anlehnt, wo sie diese in sich aufnimmt, mit neuem Leben durchtränkt, in eine neue Form gießt. Wenn zum Schluß der Vorstellung alle drei Schwestern in zart maiengrünen Alt-Wiener Kleidchen mit apfelgrünen Schärpen um die knospenhaften Gestalten, mit rotem, veilchenblauem, weißem Blütenkranz im Haar Lanner-Schubert Walzer

tanzen, alle drei selbst lachender Frühling, in jeder Bewegung Musik, unbefangene, reine, süße Kindlichkeit, mit jener echten Keuschheit, die nichts zu verbergen hat, mit jener Selbstverständlichkeit, die nichts von Unlauterkeit ahnt, da schweigt jeder Wunsch, solchen Zauber kritisch zu zerpflücken. Jedem, der überhaupt das Gefühl für das Verhältnis der Erscheinungen untereinander hat, scheint die neue Tanzkunst aufs engste zusammenhängend mit all jenen großen Reformen, die im Werden sind, um geistige und seelische Fesseln zu sprengen. Sie ist ein Ring in einer Kette von Entwicklungen, die tatsächlich zum Ziel haben, „starke freie Seelen in starken, freien Körpern“ zum Leben erwachen zu lassen. In seinen Ideen über Tempelkunst träumt Fidus, der Maler und Zeichner, von großen Ringelreihen, Hallen, wo die Jugend in nackter Schönheit sich zu Reigentanz und Körperkultur zusammenfindet. Tänzerinnen, wie die Wiesenthals, sind schon heute solche lebendig gewordene künstlerische Zukunftsideale. Wir aber, von denen die „priviligierten“ Ästheten so gerne glauben, daß wir in „unästhetischer“ sozialer Arbeit keinen Sinn für Schönheit betätigen, wir meinen eben, daß zur Befriedigung wirklichen Schönheitsgefühls andere soziale Grundbedingungen notwendig sind, damit allenthalben in Freiheit Schönheit werde. Tausend Tore von tausend Gefängnissen sind zu öffnen, wir freuen uns über jedes, das gesprengt wird.



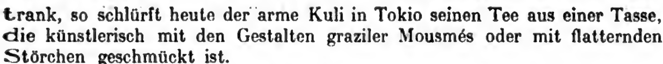
# FERNAND MAZADE, PARIS: DIE KUNST IM ALLTAG.



SEIT einigen Jahren erzeugt man in Frankreich Gebrauchsgegenstände von eigenartigem künstlerischen Reiz, die eine Fülle von Erfindungsgeist verraten. Nach dem Beispiele von Jean Carrière haben viele junge Keramiker entzückende Muster für Krüge, Töpfe, Schalen, Gefäße usw. geschaffen, künstlerische Glasbläser liefern Kelche von seltener, graziöser Linie, Vasen von berückendem, irisierendem Kolorit. Auch Körbe in originellen Formen, aus Weiden geflochten, bestimmt als Handarbeitskörbe, Brotkörbe, Konfekt behälter zu dienen oder mit Blumen gefüllt zu werden, wurden ersonnen, und sicher, alle diese Gegenstände häuslicher Kunst müssen in den Läden und Ausstellungen ihre Käufer finden. Wo sie aber hinkommen, bleibt rätselhaft, denn wenn man ein französisches Haus betritt, wird man erstaunt sein über die Geschmacklosigkeit und Banalität der dort befindlichen Gebrauchsgegenstände. Das Porzellan ist entweder von gewöhnlichster weißer Gattung oder mit albernen Blümchen verziert, die Lampe zeigt sich von schwerfälliger, trauriger Mißgestalt, das Tintenfaß erscheint in so banaler, wenig anziehender Form, daß man die Empfindung hat, aus solchem Tintenfaß kann unmöglich der Saft geschöpft werden, um feine Gedanken oder wunderbare Rhythmen zu schreiben. Die häßlichen Vasen auf dem Kamin schänden fast die Blumen, die man hineinstellt, und sieht man dennoch zufällig eine schöne Fayence, ein Elfenbeinfigürchen, eine Bronze, so stehen sie auf einer Etagère oder in einem Glasschrank, wo man sie ja nicht anrühren darf. Wurde jemals eine Schale mit schöner Zeichnung, eine gute geschmückte Teekanne erstanden, dann kommen sie sicherlich nicht in Gebrauch. Sie könnten ja zerbrochen werden, und das wäre schade, weil sie hübsch sind, weil es Kunstgegenstände sind! Die meisten Leute bei uns scheinen zu denken, daß Kunstgegenstände nur den Zweck haben, von Zeit zu Zeit besehen und möglichst sicher aufbewahrt zu werden. Diese Ansicht beweist, daß die Franzosen der Kunst im Leben noch keinen Platz eingeräumt haben. Deshalb besitzen auch nur so wenige wirkliches, echtes Kunstgefühl.

Wie anders war es im antiken Griechenland! Alle täglichen Gebrauchsgegenstände, die uns Hellas hinterließ, sind Kunstwerke. Alle, von den ernsten Instrumenten, die dem Chirurgen dienten, bis zum Kinderspielzeug. Der einfachste Fischer bediente sich, um seinen Fang vom Ufer des saronischen Meeres zu Markt zu bringen, eines künstlerischen Korbes, und der gewöhnliche Schlächter, der eine Wurst herstellte, beleuchtete den Schauplatz seiner Arbeit mit einer Lampe, die künstlerische und anziehende Formen aufwies.

Ist der Kreis geschlossen? War dies ein einzigartig Volk? Nicht doch! Diese beständige Sorge, alles mit Schönheit zu erfüllen, dieses unablässige Suchen nach Schönheit, das einst den Griechen innewohnte, finden wir heutigen Tages bei den Japanern. In Japan ist ein Jeder Künstler, einem Jeden ist die Leidenschaft für originelle Formen, für leuchtende Farben angeboren. Die alltäglichen Gebrauchsgegenstände, die Tintenzeuge mit Lackbezug, die Fächer, Teekannen, Haarnadeln sind wie alles, was man zur Hand nimmt, kleine Kunstwerke. Und wenn einst vor 2000 Jahren der einfache Handwerker in Athen seinen Wein aus einem wunderbar geformten Horn



trank, so schlürft heute der arme Kuli in Tokio seinen Tee aus einer Tasse, die künstlerisch mit den Gestalten graziler Mousmés oder mit flatternden Störchen geschmückt ist.

Warum kann es bei uns nicht ebenso sein? Geben wir den Kindern Frankreichs eine künstlerische Erziehung. Sorgen wir für die Verbreitung der Kunst im ganzen Volke! Man muß den Herzen Aller Schönheitsliebe und Schönheitssehnsucht einimpfen. Die Kunst ist eine unversiegbare Quelle des Glücks. Köstlicher mundet ein Trunk aus schöner Schale. Leuchtender noch strahlt eine Blume aus kostbarer Vase. Und heller glänzt das Licht einer Lampe, die schöne Formen aufweist.



# CHRONIK

**VOM Erwachen australischen Heimatsgefühls.** Seltsamerweise sind die meisten Mißverständnisse über Australien von frühen australischen Schriftstellern selbst verbreitet worden. Sie waren Verbannte und in diesem Gefühl verglichen sie unablässig das neue Land mit dem alten, stets zuungunsten des ersteren. In ihrer ganzen Auffassung waren sie durch und durch unaustralisch und so sehen sie den großen südlichen Kontinent immer durch englische Brillen. Ihre Beurteilung Australiens bringt jeden intensiv modern Fühlenden in Harnisch. Einige ihrer Behauptungen sind sprichwörtlich geworden und haben den verdienten Fluch der Lächerlichkeit an sich geheftet. Dies trifft z. B. zu auf jene Schilderungen, welche die australische Vogelwelt als bar der Sangeskunst, die australischen Blumen als duftlos hinstellen. Wollte heute ein Autor dergleichen nachbeten, so würde er von jedem Patrioten in Grund und Boden gedonnert und ins Herz der Gippslandwälder geschleppt werden, die geschwängert sind mit dem berauschenden Duft wilder Blumen und wo die Luft erfüllt ist vom Gesang der gefiederten Welt. Ein anderer derartiger weit verbreiteter unsinniger Irrtum ist die Darstellung, daß wir die Bewohner eines Gürtels sind, der eine für Mensch und Tier unbewohnbare ausgedehnte Wüste umgibt. Ganz im Gegenteil beweist Professor Spencers Buch über Central-Australien, das kürzlich erschien, daß, obgleich eintönig, das Innere Australiens keineswegs so verödet ist, wie die Geographen es ehedem annahmen. Es ist bevölkert von eigeborenen Stämmen, die ihren Unterhalt aus den Pflanzen und wilden Tieren gewinnen, die gleichfalls dort zu bestehen vermögen. Große Länderstrecken dienen als Schafweiden, und obgleich viele Gegenden der Trockenheit halber brach liegen, verwandelt doch die Regenzeit das ausgedörrte Land zeitweise in lachende Prärien.

„Nichts ist schön an einem Gummibaum, er sieht aus wie ein Überbleibsel antidiluvianischer Periode". Auch diese Bemerkung kurzsichtiger Schilderung ist offenbar von einem, der nicht in australischer Luft lebte, ersonnen und von Leuten, die dem australischen Denken fernstanden, aus den Aufzeichnungen jener früheren Zeit gedankenlos übernommen worden,

aus jener Zeit, wo die Eingewanderten, erfüllt von feindlichen Gefühlen, entschlossen waren, nichts in Australien zu bewundern. Die heutigen Erforscher unserer Naturschönheiten urteilen auch über den Gummibaum wesentlich anders. Heute wird der Gummibaum um seiner vornehmen Form, seiner Schönheit und Färbung willen gepriesen, man singt ein Loblied auf die eigenartigen Eukalyptus-Bäume, die wie „Säulenreihen von lebendem Marmor die Wälder durchziehen, mit ihrem silbernen Grau, ihren korallenfarbenen Flecken, gekrönt von immergrünem Blattwerk". Fraglos wurde die Schönheit unseres großen jungfräulichen Landes von der idealisierenden Leidenschaft der ersten Einwanderer für ihre Heimat in den Schatten gestellt. Die jetzige Generation aber, die schon eine eingeborene ist, ergreift mit tiefem Enthusiasmus die Verteidigung ihres Geburtslandes. Über die Meere hinweg tönt ihr Kampfruf: „Auf zu der Feder!" Novellisten und Dichter sind erfüllt von Bewunderung und Ehrfurcht des neuen Landes. Liebe zur Heimat belebt das literarische Schaffen der jüngsten Zeit.

Katharine Pritchard, Melbourne.



**Mit der Hebung der Studentenkunst** befaßte sich eine in Tübingen am 23. Dezember 1907 tagende allgemeine Studentenversammlung, nachdem das Stuttgarter Landesmuseum im Jahre 1906 in Fluß gebracht hatte.

Es handelt sich bei der „Studentenkunst" um eine Verbesserung der vielen Studenten- (Dedikations-) Artikel hinsichtlich ihrer künstlerischen Gestaltung. Die Bewegung wurde seinerzeit eingeleitet mit einem Preisausschreiben an Künstler, Kunsthandwerker und Studenten-Korporationen zur Erreichung von Entwürfen im Sinne der heutigen Anforderungen an das deutsche Kunstgewerbe; im Frühjahr dieses Jahres wird in Stuttgart eine Ausstellung der Ergebnisse veranstaltet.



**Neue Marionettenspiele**[1]) finden jetzt in Berlin im Café Splendid (äußere Kurfürstenstraße) und in den Räumen der Kunstausstellung der Sezession statt. In der Kurfürstenstraße spielt Waldemar Hecker (von den elf Scharfrichtern) Märchen der Brüder Grimm. Die Sage vom tapferen Hans, der auszieht, das Gruseln zu lernen, wird in einer guten Bearbeitung von Walter-Horst gegeben. Heckers Marionettentheater spielt im süddeutschen Stil des Grafen Pocci und Papa Schmidt in München. Hecker verwirklicht seine Ziele mit Phantasie und Feinheit. Seine Bühne hat mehrere Gassen, die Beleuchtungstechnik ist fehlerlos. Die Marionetten haben kunstvollen Ausdruck; König, Bauern, Weiber, Räuber, Gehängte und Spukgestalten sind aufs zierlichste unterschieden.

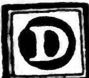
In der Sezession findet sich dasselbe Publikum, das sich um Scheerbart bemüht hatte. Jetzt versuchen sie sich an einem Hanswurstspiel aus dem Altenglischen, das Achim v. Arnim frei verdeutscht hat, „Herr Hanrei und Maria vom langen Markte". Man agiert von einem richtigen Kasperltheater herab, mit grob behauenen Figuren. Geplant ist auch die Pflege der Tagessatire.

---

[1]) Vgl. den Aufsatz von Dr. Frida Schak in Heft 2, S. 205.

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Hermann Beck, Berlin. — Druck von Georg Reimer in BerlinW.

# MAXIM GORKI: ZYNISMUS UND ZYNIKER.

AS Lebenstempo der Welt wird immer schneller, denn immer tiefer wird sie bis in ihr Innerstes durch die mächtigen Schauer des anbrechenden Frühlings durchzittert, überall wird das unruhige Beben deutlich empfunden — die potentielle Energie kommt zum Bewußtsein ihrer schöpferischen Kraft und holt zur Tat aus.

Langsam aber stetig wächst im Volke das Selbstbewußtsein, leuchtet die Sonne der sozialen Gerechtigkeit auf; vor dem Hauche des kommenden Frühlings taut merklich die kalte und schwere Hülle der Heuchelei und des Vorurteils, das mißgestaltete Gerippe der bestehenden Gesellschaft — des Gefängnisses des Menschengeistes — schamlos entblößend.

In Millionen Augen blitzt ein frohes Feuer auf, überall sieht man Zornesblitze funkeln, die jahrhundertelang angehäuften Wolken der Torheit und des Irrtums, der Voreingenommenheit und der Lüge mit lichter Spur durchzuckend: wir stehen am Vorabend der universellen Wiedergeburt der Volksmassen.

Zum Boden niedergedrückt, mit Ketten sklavischer Arbeit gefesselt, erhebt das Volk sein Haupt, — schon erblickt man die Züge seines ewig jungen Antlitzes.

Menschen, die wissen, daß das Volk ein unerschöpflicher Born jener Energie ist, die allein imstande, alles Mögliche ins Notwendige, alle Träume in Wirklichkeit zu wandeln, — diese Menschen sind glücklich. Denn in ihnen lebte stets das Gefühl ihrer organischen Verbindung mit dem Volke; heute aber muß dieses Gefühl erstarken und ihre Seele erfüllen mit großer Freude und großer Sehnsucht nach Erschaffung neuer Formen für eine neue Kultur.



Die Anzeichen der Wiedergeburt der Menschheit sind deutlich, aber die „Kulturmenschen" wollen sie nicht sehen, was übrigens die Spießbürger nicht hindert, das unabwendbare Nahen des Weltenbrandes zu empfinden.

Stumpfe Werkzeuge im Prozeß der Anhäufung von Reichtum, bewußte Teilnehmer an der Vergewaltigung des Volkswillens, sind sie zur Verteidigung ihrer hoffnungslosen Positionen verurteilt, und so verkriechen sie sich denn in den engen Käfig ihrer Kultur — so nennen sie die ihnen eingetrichterte und ihre Seelen abtötende Überzeugung, daß die Macht des Kapitals ewig legitim, ewig unerschütterlich sei. Sie sind nunmehr nicht einmal die Sklaven ihres Herrn, sie sind dessen Haustiere.

Sklaven wandeln sich in Menschen um — das ist der neue Sinn des Lebens! Daher müssen die Herren verschwinden, denn der Herr ist nichts als des Sklaven Schmarotzer.

Das ist keine paradoxe Behauptung: Sklave und Herr sind zwei Enden derselben psychologischen Linie; der Lebensinhalt des einen ist ein dunkles Schwärmen von Macht, der des anderen die Sorge um seine Macht. Hat aber der Sklave den Wert der Freiheit erfaßt, hat er sich sein Recht auf Freiheit vergegenwärtigt, so wird er zum Menschen; der Mensch aber ist furchtlos, und die Macht über seinesgleichen ist ihm zuwider.

Die Zeit ist gekommen, wo es vernünftiger ist, dem Zwang der Notwendigkeit zu weichen, als gerechten Zorn und von diesem möglicherweise gezeugte Grausamkeit anschwellen zu machen . . .

Doch — es wäre nutzlos, Blindgeborenen von dem Farbenspiel der See erzählen zu wollen. Noch nutzloser wäre es, die Herren des Lebens und ihr Heer, das Spießbürgertum, davon überzeugen zu wollen, daß sie ihre eigenen Feinde sind.

Die ehernen Köpfe dieser Leute verstehen keine anderen Beweisgründe als Gold und Eisen, Blei und sonstige Metalle, aus denen die Ketten ihrer Herrschaft geschmiedet sind.



Das Leben wächst an und die moderne Gesellschaft fühlt den Boden unter ihren Füßen erzittern —. Das hört man deutlich aus ihrer ganzen Psychologie heraus, am deutlichsten aber aus der allgemeinen Furcht vor dem morgenden Tag.

Die Seele des Menschen von heute ist eine Wüste, und gegen seinen Willen packt ihn die Furcht, morgen möchte in ihr etwas Unbekanntes, Feindseliges auftauchen und an ihn wie eine Sphinx herantreten mit der gebieterischen Forderung, das reif gewordene soziale Problem zu lösen.

In der Vorahnung dieses verhängnisvollen Kommens der Notwendigkeit, im Gefühl seiner Nichtigkeit ihr gegenüber sucht der Spießbürger sich irgendwohin zu verkriechen, irgendwie den Abgrund in seinem Innern auszufüllen, — es graut ihm davor, die liebgewordene Ruhe und Bequemlichkeit zu verlieren, obwohl diese Ruhe eher ein Werk der Selbsthypnose als Wirklichkeit ist.

Die Schlupfwinkel, wo sich das Spießbürgertum am liebsten vor dem Leben versteckt, sind längst bekannt. Es sind das: Gott, Metaphysik und Zynismus.

Doch — Gott ist nur für denjenigen da, der ihn in der eigenen Seele durch die Macht des Glaubens zu schaffen und durch ihr Feuer zu beleben vermag. In der kleinen Seele des modernen Menschen aber ist alles Feuer erloschen, in ihrer Finsternis ist es selbst einem Götzen zu eng, geschweige denn Gott.

Die Metaphysik ist erst nach dem Siege am Platze, vor der Schlacht tut exaktes Wissen not. Herzen, die die Vorahnung der Niederlage verwirrt, können in der Metaphysik eine Beruhigung finden.

Wenn der Mensch lernen will, forscht er; will er sich aber vor den Bedrängnissen des Lebens verbergen, so verlegt er sich aufs Ersinnen.

Unsere harte Gegenwart läßt keine Zeit zum Ersinnen übrig; die Versuche des Spießbürgertums, sich in dem Nebel der Metaphysik zu verstecken. müssen scheitern.

Und schließlich ist die Metaphysik schöpferische Arbeit. Wie jede Tat, fordert sie Begeisterung und Kraft — Kraft der Liebe oder des Hasses: das Spießbürgertum aber liebt nichts und hat keine Kraft, zu hassen.

Es wird schwer fallen, das zu leugnen. Denn durch den Mund unserer Dichter und Schriftsteller hat es selbst mehr als einmal das Geständnis abgelegt, das es immer häufiger wiederholt, eine geistige Krise durchzumachen, den Bankerott des Geistes, — es sollte heißen: den Todeskampf des Geistes.



Als Abwehrmittel gegen das Drängen der historischen Gerechtigkeit hat das Spießbürgertum den Zynismus auserwählt.

Offiziere, Teilnehmer des letzten Krieges, erzählen, daß jedesmal, wenn die russischen Soldaten ihre Stellungen dem Feinde übergeben mußten, sie sich bemühten, nicht nur alles Zerstörbare zu zerstören, sondern auch den Boden selbst, der sie beschützt hatte, zu beschmutzen und zu besudeln.

Dieselbe Erscheinung kann man in der Literatur und im Leben der Gegenwart beobachten: in der Vorahnung des herannahenden Momentes, wo sie dem Volke ihre Stellungen werden übergeben müssen, suchen die künftigen Besiegten mit Eifer alles, was sie können, zu besudeln.

Unter dem, was zerstört wird, giebt es freilich viel Hinfälliges, Überlebtes, was schon längst hätte vernichtet werden sollen. Das Spießbürgertum verrichtet demnach insofern einen Teil jener notwendigen Schmutzarbeit, die von den Siegern zu verrichten sein wird, wenn sie daran gehen werden, den Platz zu säubern, wo die Herren Kulturmenschen einander vergewaltigten.

Ich behaupte nicht, daß die Spießbürger das Leben absichtlich beschmutzen. Die Ausschweifungen eines kranken Geistes und eines abgenutzten Körpers sind einerseits ein Ergebnis der Entartung und der Übersättigung durch die Lebensgüter, andererseits der Ausdruck der bangen Verzweiflung angesichts der herannahenden gesellschaftlichen Katastrophe.

Der Mensch ist vor Schrecken toll geworden, er hat die in ihm steckende Bestie bloßgelegt und er zerreißt nun wütend die sozialen Bande.

Doch, absichtlich oder nicht, jedenfalls aber wird die Luft durch die in der Selbstzersetzung begriffenen Zyniker merklich verpestet. Und — kann man denn sagen, daß ihnen der dunkle Drang fremd sei, dem Sieger alle Krankheiten ihrer Seele und ihres Körpers einzuimpfen, um ihn so zu vergiften?

Es mag da vielleicht der bis zum Bewußtsein noch nicht vorgedrungene Gedanke wirksam sein: — Ihr habt gesiegt, aber ihr werdet im Schmutz zugrunde gehen, den wir euch hinterlassen haben. . . .

◈

Der moderne Zynismus verkleidet sich verschiedenartig, am gröbsten und am unklugsten — in den schwarzen Mantel des Pessimismus.

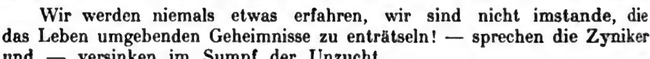
„Es ist alles eitel!“ — so murmelt der Spießbürger tote Worte, indem er sich romantisch in die Lumpen seiner Gebrechlichkeit hüllt.

Das Leben erbebt in der Sehnsucht nach freien Schöpfungen, Tausende von Helden gehen heilig und stolz zugrunde im Kampfe um die Verwirklichung des hehren Traumes der allgemeinen Brüderlichkeit, — der Zyniker weiß das.

„Ein Geschlecht vergehet, das andre kommt!“ — spricht er, das Gesicht in jenes alte Buch vergraben, in welchem der unruhige Menschengedanke die Macht des von ihm erschaffenen Gottes auf die Probe stellte und — an dessen Macht und Schönheit bitter zweifelte.

Wenn man sieht, wie sich hinter jenem ewig schönen, stolzen Buche das elende Gestaltchen des feigen Zynikers zu verbergen sucht und dazu stumpfsinnig den Weisen verleumdet, um seine Faulheit oder seine Ohnmacht zu rechtfertigen, — dann dauert einen das Buch!

Einst schön und rund, aus der Liebe und dem Zorn aufrichtiger Menschen geboren, ist der Pessimismus heutzutage von Schwätzern zerkaut, durch den Speichel der Spießer besudelt, durch ihre schmutzigen Finger befleckt und zu einem unförmgien Brei landläufiger Trivialitäten herabgesunken, die zu hören man sich schämt.



Wir werden niemals etwas erfahren, wir sind nicht imstande, die das Leben umgebenden Geheimnisse zu enträtseln! — sprechen die Zyniker und — versinken im Sumpf der Unzucht.

Hören aber die Zyniker, daß jemand in unermüdlicher Erforschung der Lebensgeheimnisse das Denken der Menschheit durch eine neue Vermutung bereichert, die auf die Erforschung der Natur gerichtete Arbeit mit neuer Energie beflügelt hat, so ärgern sie sich darob sichtlich:

All eure Anstrengungen sind nutzlos, ihr wißt nichts, euer erkennendes Werkzeug ist für immer unvollkommen! — so argumentieren sie ärgerlich und seltsamerweise aufgeregt.

Der Zyniker erinnert da an jenen einäugigen Bettler, der dem Schmied, der ihn einen Einäugigen genannt, versetzte:

Auch du bist ein Krüppel, — du hast zwei Augen! . .

Ist es der Mühe wert, zu leben? fragt der Zyniker.

Hierauf läßt er eine Menge Beweise in Versen und in Prosa aufmarschieren für den Satz, daß es nicht der Mühe wert ist zu leben, und — lebt weiter, lebt lange, gerne, satt und ruhig.

Denn — steht es einmal fest, daß das Leben nicht lebenswert ist, dann liegt umsoweniger Anlaß vor, irgend etwas zu tun für die Beschleunigung des Lebensprozesses, für die Vermehrung seiner anmutigen Schönheit und seiner einfachen, lichten Wahrheit. Dann kann man nur bloß leben, bloß die Säfte anderer saugen, eine Menge Fehler machen zur Verteidigung seines eigenen Daseins und seines Eigentums, — des Eigentums vor allem! — Die alten Vorurteile stärken und einige neue in die Welt setzen, Frauen verführen, alles und jedes verrunglimpfen und besudeln; sodann — im kalten Schrecken vor dem Unvermeidlichen die Leere der eigenen Seele mit derjenigen der Ewigkeit verschmelzen, langsam, in feigen Krämpfen und unter jämmerlichem Gezeter sterben, um endlich die Erdoberfläche von seiner Anwesenheit zu säubern, nachdem man dem Volke einen durch das eigene Leben noch verworrener gewordenen Węichselzopf von klebrigen Lügen, toten Worten, elenden Vorurteilen und einen Haufen sonstigen Gerümpels hinterlassen hat.

Ist es für die Menschheit der Mühe wert zu leben? fragt der Zyniker und antwortet rasch, nach allen möglichen von ihm verstümmelten Gedanken greifend, auf die Gebeine der Toten gestützt:

Nein . . .

Das heißt die Frage etwas voreilig lösen. Sie kann — so oder anders — erst dann gelöst werden, wenn die ganze Masse der weißen, gelben und schwarzen Menschen sämtlicher Lebensgüter teilhaftig geworden ist, alle geistigen und körperlichen Genüsse ausgekostet, die gesamte Riesenarbeit der Menschheit während ihrer ganzen Lebensdauer geprüft, die ganze Kraft der Liebe, der Leiden und der Heldentaten der Vergangenheit erfaßt, das gesamte große Vermächtnis der Vorfahren gewürdigt, ihre unermeßliche Erfahrung unter alle gleichmäßig verteilt hat!

Die Menschen mögen dann vielleicht einmütig beschließen, den Erdball in die Luft zu sprengen — sie werden dazu das Recht haben.

Wenn aber Schmarotzer am Körper des stummen Riesen die Frage nach dem Werte seines Daseins lösen wollen, so ist das widrig und lächerlich, so ist das eben — Zynismus!

Der Mensch vermag beinahe alles, was zu seinem Wesen gehört, schön zu gestalten. Einst hat er selbst seinen Zynismus der Welt in blendenden, kräftigen Umrissen gezeigt; der Zynismus der Gegenwart aber ist unsäglich krüppelhaft und abgeschmackt.

Die Herodes schlafen vor Angst um ihre Macht. Da sie wissen, daß eine neue Religion enstanden ist, so beeilen sie sich, all diejenigen zu vernichten, die an die Möglichkeit eines Menschenreiches auf Erden glauben. Sie sind ja gewohnt, die Erde in alle Ewigkeit als das Reich ihrer Greuel zu betrachten.

Der Tod verschlingt Tausende von Opfern, es gehen zugrunde gerade die für die Lebenszwecke unentbehrlichsten Menschen, — die Gläubigen. Von dieser Menschenvernichtung kann man nur mit Zorn reden, nur mit Abscheu, oder aber — eingedenk, daß das Volk unsterblich ist — tapfer schweigen. Klagen wären hier unangebracht, und das Mitleid wäre ebenso beleidigend wie die Rache notwendig ist.

Indes ist es nicht der Tod, der an den Morden die Schuld trägt, sondern der Wahnsinn derer, die vor Schrecken vertiert sind.

Kommt aber der Tod rechtmäßig, zur rechten Zeit, um schlicht und ruhig vom Wege des Lebens das Hinfällige, Abgelebte, bereits Halbtote wegzuschaffen, — was anderes als Dankbarkeit kann man ihm entgegenbringen?

Mitunter verdient er vielleicht einen Tadel, insofern er hie und da sein Werk nachläßig verrichtet — manche Menschen leben zu lange, des Satzes offensichtlich nicht eingedenk, daß der Weise zur rechten Zeit sterben muß.

Den Zynikern jedoch ist alles Gesunde und Schlichte fremd, und sie haben natürlich keine Ahnung davon, wie unerträglich das Leben wäre, wäre das Spießbürgertum unsterblich.

Die Angst vor dem Leben zwingt sie, viel vom Tode zu sprechen, und viel an ihn zu denken; sie lecken eifrig seine Gebeine mit feiger Zunge und — gleichsam wie Bettler! — betteln sie bei ihm um ein klein wenig Aufmerksamkeit. Ihre Urteile über den Tod klingen immer servil. Sie benehmen sich wie ein Lakai, der aus Furcht, daß die Gnädige ihn des Zuckerdiebstahls überführen möchte, im voraus ihren Zorn durch grobe Schmeicheleien zu besänftigen sucht.

Sie fürchten den Tod, und das wahrscheinlich aufrichtig. Wohl Tag und Nacht werden die Spießbürger den schweren Druck der bangen Furcht vor dem Tode nicht los, und doch dichten sie zu dessen Ehren lügenhafte Lobgesänge, bestreuen sie sein Gerippe mit papierenen Blumen ihrer kalten Phantasie, verbeugen sie sich vor ihm in einem fort und kriechen vor ihm auf dem Bauche, ohne es zu wagen, zu seinem ruhigen und weisen Antlitz aufzublicken, — murmeln sie etwas von der hehren Gewalt und der düstern Schönheit des Todes, während sein Bild in ihrer Vorstellung häßlich ist.

Sie sagen zu ihm:

— Wir harren deiner, du bist uns willkommen!

Sie denken aber:

— O, warte doch, du Guter! Nur noch einen Tag, nur noch ein bißchen!

Und der Tod wendet sich von ihnen mit Verachtung ab. Er muß wohl ein Feinschmecker sein, danach zu urteilen, wie lange er die ekelhaften Leiden der von Syphilis, Aussatz und Gehirnerweichung Befallenen andauern läßt, wie zögernd er den kautschukartigen, klebrigen Lebensfaden der Gemeinen abreißt.

Die Zyniker fürchten den Tod, aber noch mehr spielen sie mit ihm — es ist dasselbe Blindekuhspiel, das sie mit dem Leben treiben!

Das Leben fordert vom Menschen Taten, Heldenmut, Kraft, Schönheit. Worauf die Zyniker:

— Es gibt kein Leben, es gibt nur den Tod ...

Die Ideale sind hin, kein Wille ist da, um sie zu erschaffen, aber es lebt fort die sklavische Gewohnheit, das Knie zu beugen; sie schafft Götzen, zu denen die Zyniker beten, um so sich bequem verstecken zu können ...

Zuweilen stöhnt der Zyniker, aufrichtiges Leiden mimend:

— „Genießend, habe ich so wenig Honig genossen, und nun muß ich sterben! ...“

Er lügt! Er sollte sagen:

— Ich habe von allem gefressen, was mir süß schmeckte, und nun bin ich durch Übersättigung vergiftet.

„Leben und Tod sind zwei treue Gefährten, zwei leibliche Geschwister, der unsterblichen Zeit unsterbliche Söhne.“ Der eine ist ganz von Sonnenstrahlen, umwoben auf den Flügeln wundervoller und geheimer Träume rauscht er daher, ewig glüht er im Feuer der schöpferischen Tat, wahnsinnig verschwenderisch, immer verliebt. Der andere — nebenan — nachsinnend, bescheiden, ganz weiß und in stolzer Reinheit dastehend, wie das Meer in stiller Nacht majestätisch streng, mit tiefen Augen von der Farbe des reinen sommerlichen Abendhimmels, in denen ein liebender Gedanke an das Leben sanft schimmert und ein holdes Lächeln für dessen Werke.

Das Leben säet ohne Unterlaß auf der ganzen Erde seine Samen, und alles erbebt vor Freude auf seinen Wegen, alles gedeiht, blüht mit verschiedenartig hellen Farben, singt und lacht, von der Sonne betrunken. Aber in seinem Schaffen ist das Leben stets ein Suchender, es will nur Großes, Kraftvolles, Ewiges schaffen. Sieht es nun einen Überfluß an Kleinlichem, an Schwächlichem, so sagt es zu seinem Bruder:

— Starker, hilf! Das ist Sterbliches ...

„Der Tod dient gehorsam dem Werke des Lebens ...“



Der Zynismus tritt vor den Menschen auf im bunten Gewande der „neuen Schönheit“.

— Des Lebens Maß ist die Schönheit! ruft der Zyniker mit fremden Worten, deren tiefer Sinn sich gegen den Zynismus kehrt.

Rund herum verkrüppelte Kinder des entarteten Spießbürgertums, — Kinder ohne Blut in den Adern, — halbkranke Frauen, in denen das Schönheitsgefühl erstorben ist, durch Ausschweifung abgezehrte Jünglinge, von Rheumatismus geplagte, durch Podagra verkrüppelte, verrückte Greise ...

Auf den Straßen — die lebendigen Denkmäler der Schaffenskraft der Spießer: blöde Hooligans — ihre Kinder, verfaulte Dirnen — ihre Opfer ... Schönheit!

Und von überallher blicken die halbblinden, eiternden Augen der Armut, überall flattern ihre pestbringenden Lumpen, von allen Seiten strecken sich nach Almosen Tausende von schmutzigen, knochigen Händen ... Welche Schönheit!

Im Chaos vor Hunger halbtoter Körper, im schwarzen Strudel von Lumpen wirbelt der in Ausschweifungen und Krankheiten verdorrte Zyniker mit kraftlosen Muskeln, mit erweichten Knochen, mit einem wahnsinnigen,

todesängstlichen Durst nach scharfen Genüssen, mit trüben Augen auf dem fahlen Gesicht, unter dem nackten Schädel ... Ist das die „neue Schönheit“?

Er geht durch die Städte, wie der Marodeur auf dem Schlachtfelde, wie der Grabschänder auf dem Friedhof, und spricht:

— Ich diene der Schönheit.

Und er kniet vor einem Haufen bunter Kleinigkeiten nieder, er verkriecht sich vor der Häßlichkeit der Umgebung hinter Massen aufgetürmten elenden Tandes: da sind Bildchen, Spielzeug, Statuettchen, zierliche Büchlein — kleinliche Erzeugnisse der angestrengten Arbeit kleinlicher Seelen. All dieser Tand, infolge der starken Nachfrage hastig verfertigt, erfüllt die Wohnungen und die Seelen der Zyniker, die Augen durch die bunten Farben blendend, die Ohren durch den Klang hohler Phrasen betäubend, die stumpfen Nerven durch seine Pikanterie angenehm kitzelnd. Hinter diesem Tand aber verschwinden unmerklich, verschwimmen die Gestalten der großen Schöpfer ewiger Schönheit, verhallen die heiligen Hymnen der Dichter von ehemals, geraten ihre Namen in Vergessenheit, übertäubt vom lauten Marktgeschrei der Priester der „neuen Schönheit“, der gehorsamsten Diener des Spießbürgertums.

— Neue Schönheit! rufen die Zyniker, indem sie sich in die Bewunderung von Tand vertiefen und zu vergessen suchen, daß die unsterbliche Schönheit in der Liebe ist, nicht in der Lüsternheit; in der Tat, nicht in der Ruhe; im Wachstum des Menschengeistes, in der Verkörperung des Ideals.

Die Spießer haben ihre kleinen Seelen in kleine Stücke gespalten, die sie immer weiter zerstückeln, und leben so stückweise im Bann ihres zwerghaften Zeitvertreibs.

Unterdessen fließt um sie herum überall immer häufiger, immer reichlicher das rote Blut jenes Riesendichters, der sämtliche Götter erschaffen nebst Prometheus, Moira und dem Phönixvogel, Christus und Satan, Faust und Ahasverus, Tausende von Märchen, Sagen, Legenden, Liedern! Es fließt das Blut desjenigen, dessen Schaffenskraft bis heute noch nicht übertroffen ist.

Wir haben diejenigen unsterblich genannt, die es verstanden, uns in schöner und schlichter Wiedergabe die großen Schöpfungen des Volkes zu vermitteln. Das Volk aber — diesen an Kraft und Zeit allerersten Schönheitsbildner! — haben wir zu einem Werkzeug unserer Habgier entwürdigt, seine Kraft haben wir geraubt, seine unsterbliche Seele entstellt — und nun kommen die Zyniker mit der Behauptung:

— Das Volk ist grob und dumm, grausam und verdorben!

Man hat richtig bemerkt, daß in einem fremden Lande ein jeder nur das sieht, was er in seinem Innern mitgebracht hat.

Die Zyniker, die so vom Volke sprechen, haben im Auge jene Menge von Entarteten, die sie selbst im Leben massenhaft gezüchtet haben und die ihnen viel näher stehen, psychologisch verständlicher sind als das Volk, das ihnen fern und in seinem tief verborgenen, jungfräulichen Geistesleben unfaßbar ist...

Das Volk könnte den Zynikern mit Hiob antworten:

— „Was ihr wisset, das weiß ich auch; und bin nicht geringer denn ihr. Doch wollte ich gern zu dem Allmächtigen reden und wollte gern mit Gott rechten.“

Heute beginnt nun das Volk, seiner Kraft und seines Rechtes auf Freiheit sich bewußt zu werden, es richtet sich auf, sucht seine Fesseln zu brechen, während die Zyniker vor seinem Angesicht den Kopf verstecken und mit vor Schreck stotternder Zunge zueinander sagen:

Die Barbaren kommen ... Die Kultur ist in Gefahr ... unsre Kultur...

Jedes Wort eine Lüge und eine Verleumdung, nichts als Zynismus!

Ist denn die Kultur eure Liebe und Leidenschaft, ist sie denn eure Religion, euer Heiligtum?

Seht, das Volk dürstet nach Kultur, es kämpft eben um ihren Besitz. Wo aber seid ihr?

Entweder kneift ihr aus vor der Teilnahme am Kampfe um die Wiedergeburt und die Freiheit des Geistes, oder aber ihr macht gemeinsame Sache mit den Volksfeinden gegen die Kultur.

Ihr lügt, wenn ihr sagt, daß ihr sie liebet; ihr liebt nichts, ihr wißt nicht einmal euch selbst zu lieben.

Nackt seid ihr allesamt geboren und nackt lebt ihr, keine Lüge könnte eure häßliche Nacktheit verdecken.

Wäret ihr doch als rechtschaffene Menschen geboren oder dann lieber gar nicht geboren, um nicht die erhabene Tragödie des Lebens durch eure Dazwischenkunft zu schänden!

Und sprecht doch lieber nicht von Schönheit: ihr könnt vergewaltigen, aber nicht befruchten!

Die Freiheit liebt die Schönheit, und die Schönheit liebt die Freiheit.

Ihr aber — seid ihr denn frei?

Seid ihr denn schön?



Der Zynismus hüllt sich auch gern in den Mantel der Freiheit, er gibt vor, nach voller Freiheit suchen zu wollen — dies ist seine niederträchtigste Maske!

Durch die Feder der begabtesten Schriftsteller zeugt die Literatur einmütig davon, daß, wenn der Spießer im Streben nach Freiheit sein „Ich" entblößt, vor der modernen Gesellschaft eine — Bestie zum Vorschein kommt.

Dies ist offenbar eine unvermeidliche, vom Willen der Autoren unabhängige Erscheinung. Ihre Bestrebungen sind ehrenwert und klar. Sie wollen das erbauliche Bild eines Menschen zeichnen, der von den Vorurteilen und Überlieferungen ganz frei ist, welche die Spießbürger zu einem Ganzen, zu einer die Entwicklung der Persönlichkeit beengenden Gesellschaft vereinigen. Sie wollen einen „positiven Typus" schaffen, einen Helden, der vom Leben alles nimmt und ihm nichts zurückgibt.

Im Roman sucht nun der Held mehr oder minder geistreich nachzuweisen, daß er das Recht hat, das zu sein, was er ist, führt eine Reihe Großtaten aus zum Zwecke der Selbstbefreiung aus dem Banne sozialer Gefühle und Gedanken und, falls die ihn umgebenden Personen ihn nicht rechtzeitig erdrosselt oder er keinen Selbstmord begangen, so entpuppt er sich am Ende des Buches vor dem spießbürgerlichen Leser unbedingt als ein neugeborenes Ferkel, und das im besten Falle!

Der Leser runzelt die Stirn, er ist unzufrieden. Da, wo es ein „Mein" gibt, muß es unbedingt auch ein vollständig selbstherrliches „Ich" geben. Der Leser sieht jedoch ein, daß die volle Freiheit des einen „Ich" notwendig die Sklaverei aller anderen Fürwörter voraussetzt — eine alte Wahrheit, die aber jedermann eifrig zu vergessen sucht.

Der Spießbürger merkt es allzu häufig, denn in der Praxis des Lebens, im alltäglichen grausamen Kampf um ein bequemliches Dasein wird der Mensch immer härter und furchtbarer, immer weniger menschlich.

Und doch sind solche Bestien zur Verteidigung des sakrosankten und gesegneten Eigentums unentbehrlich.

Der Spießbürger liebt es, die Menschen in Helden und Menge zu spalten. Indes verschwindet die Menge, indem sie sich in sozialistische Parteien verwandelt, welch letztere aber das kleine spießbürgerliche „Ich" auszutilgen drohen. Da ruft der Spießbürger den Helden zu Hilfe — es tritt auf ein diebisches und habgieriges Wesen von der Geistesverfassung eines tollwütigen Wildschweins oder eines russischen Generalgouverneurs.

Aber dieses zur Verteidigung des heiligen Privateigentumrechtes herbeigerufene Ungeheuer kennt die heiligen Rechte der menschlichen Person nicht, ja es betrachtet sogar das Privateigentum selbst mit den Augen eines Eroberers.

Auf der einen Seite also die vielköpfige rote Hydra, auf der andern — der Feuerdrache mit aufgerissenem unersättlichen Rachen, und zwischen beiden zappelt liederlich ein kleines Menschlein mit seinem elenden bißchen Eigentum.

Und wenn auch dasselbe ihn drückt, wie die Ketten den Zuchthäusler, wie das Joch den Sklaven, er liebt es doch, er dient ihm treu und ist stets bereit, für dessen Unverletzlichkeit und Macht einzutreten mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft der Lüge und der List, stets bereit, dessen Dasein mit allen Mitteln zu rechtfertigen — von Gott und Philosophie bis zu Gefängnis und Bajonetten!

Doch das hilft wenig, und so wird der bescheidene Spießer im Gefühl seines nahenden Endes, aus vielleicht unbewußter Verzweiflung, zum streitenden Zyniker.

— So will ich denn mir gütlich tun!

Er lebt aber nicht, wie er will, sondern wie er kann. Als soziales Tier ist er ja im Besitz des „Artgedächtnisses", der komplizierten Schichtung sozialer Instinkte, des dunklen Gefühls seines Zusammenhanges mit den Menschen, welches er zuweilen Gewissen oder Scham nennt und welches ihn stets verhindert, so ungezügelt schändlich zu leben, wie er es gern möchte.

Um dann am Lebensabend alle Begierden seiner zerfressenen Seele, alle Gelüste und Laster seines zerrütteten Körpers frei äußern zu können, hält er es unter dem Zwang des Gewissens für nötig, seine Schandtaten mit dem Schleier einiger höherer Erwägungen zu verdecken.

— Ich suche nach der letzten Freiheit! verkündet er feierlich, indem er die homosexuelle Liebe predigt und betätigt.

Und wenn er Knaben vergewaltigt, proklamiert er die Wiedergeburt der hellenischen Schönheit und ergeht sich in philosophischen Betrachtungen des Inhalts, daß die Natur das Weib um ihrer eigenen Zwecke willen erschaffen habe, daß diese Zwecke aber für den Menschen Fesseln und Ketten seien, daher ...

— Nieder mit den Fesseln!

Er verschmäht aber auch die Frau nicht, er verdirbt auch sie, soweit er kann.

Die Frau aber vermag noch immer nicht die auf ihr schwer lastende geschichtliche Hypnose loszuwerden, aus ihrem Blute die Erinnerungen an die ehemalige Sklaverei auszumerzen.

Die Natur hat den Menschen mit dem geschlechtlichen Triebe ausgestattet, die Frau hat die Liebe erschaffen; aber sie scheint sich dessen nicht zu erinnern, ihre Selbstachtung tritt noch immer allzusehr gegenüber den atavistischen Rückerinnerungen der Sklavin zurück.

Die Zyniker wissen es und verstehen daraus Vorteil zu ziehen. Sie spiegeln ihr ungekannte Genüsse vor, versprechen, in der Liebe die erhabensten Geheimnisse zu enthüllen, faseln von Freiheit und wieder von Freiheit, — mit Illusionen, die sie ebenso leidenschaftlich liebt wie glitzernden Tand, locken sie die Frau in die schmutzige Finsternis, wo sie ihrer perversen Lüsternheit freien Lauf lassen.

Unbesiegbar stark durch ihre Fähigkeit zum Lieben, im steten heißen Drang, die Liebe noch tiefer und erhabener zu empfinden, unterliegt sie leicht dem scharfen Reiz, und wenn die Zyniker ihr in einer schönen Schale Gift reichen, so trinkt sie es gern.

Mit der größten Energie betätigen sich die Zyniker auf dem Gebiete des geschlechtlichen Verkehrs. Zur Ausschweifung bedarf man ja keiner besonderen Fähigkeiten! Auf diesem Gebiet arbeiten sie mit Erfolg. Sie haben es da bekanntlich zu glänzenden Leistungen gebracht. Davon zeugt u. a. die „Milit.-Polit. Korrespondenz", wo zu lesen ist, daß in mehreren deutschen Garderegimentern als Unterrichtsgegenstand die Aufklärung der Rekruten über die Gefahren und Ärgernisse des homosexuellen Verkehrs eingeführt werde. Ist das kein Erfolg?

— Ich gehe zugrunde, aber vorher will ich noch alles, was ich kann, restlos besudeln!

Noch einmal, — mag sein, daß dieser Gedanke den Zynikern nicht in solcher Klarheit vorschwebt; indem sie aber das Leben so eifrig, wo immer sie nur können, schänden, zwingen sie den Beobachter unwillkürlich zur Annahme, daß ihre Schmutzereien nicht nur auf ihre Genußbegier zurückzuführen sind, sondern auch auf die Absicht, alles, was sie können, zu verderben.

Ich bin kein Sittenrichter. Wäre dieser ganze Hexensabbath nichtsnutziger Triebe und eines kranken Geistes, all diese Fäulnis und all dieser Schmutz auf die Kreise der Spießergesellschaft beschränkt, — sie erschienen mir nur als ein Prozeß der Selbstvernichtung innerhalb einer Schicht, deren das Leben nicht bedarf und die ihm feindlich ist.

Aber der Sturm bestialischer Zuchtlosigkeit, ein Aufruhr Tollgewordener, kann auch das wertvollste Kleinod des Lebens wegschwemmen, — einen Teil jener Jugend, die zu den Gipfeln des Geistes aus dessen Nährboden, aus den Tiefen des Volkes emporwächst.

Deshalb muß man die widerliche Aufgabe übernehmen, jenen Zersetzungsprozeß des Menshcen nach Kräften zu beleuchten, den die Schmeichler mit dem Namen „Psychologie der modernen Kulturgesellschaft" belegen.



Zuweilen erklärt der Zyniker stolz:

— Ich strebe nach geistiger Harmonie, nach Vollkommenheit! ...

Er lügt natürlich, doch kann er Gläubige finden. Es ist ja so schön, von geistiger Harmonie zu schwärmen.

Aber unter der Etikette des Individualismus wird immer derselbe, nur mehr oder minder geschickt zugestutzte soziale Zynismus angeboten.

Stellen wir uns einen harmonischen Menschen als ein Wesen vor, dessen sämtliche gesunden seelischen und körperlichen Eigenschaften sich harmonisch entwickeln, ohne einander zu durchkreuzen.

Ist nun ein solcher Mensch unter den Bedingungen der Schlacht um das Sattsein denkbar? Ist doch da die Entwicklung eines jeden „Ich" not-

wendig beschränkt durch die Verwendung aller Kräfte auf den Erwerb und die Erhaltung von Eigentum.

Im Kampfe für die Unversehrtheit des Eigentums kann das „Ich" sich nur verengern, es kann sich nur einseitig aufs Erfinden von Kriegslisten verlegen, seinen Stolz erniedrigen anstatt ihn zu erhöhen, sich ganz der Habgier, dem Neid, der Bosheit ergeben anstatt in die Freiheit zu entrinnen!

Selbst um kleine Bequemlichkeiten zu erlangen, muß der Mensch große Infamien begehen, und nur in der Infamie erreicht er die Vollkommenheit.

Die Zyniker sind gar nicht so dumm, sie wissen, daß der Mensch unter den modernen Bedingungen des Krieges aller gegen alle zerstückelt wird, ob er es will oder nicht.

Sie wissen, daß geistige Harmonie unmöglich und das Streben, sein „Ich" zu einem harmonischen Ganzen zu gestalten, nicht zu verwirklichen ist — der Mensch hat dazu weder Zeit noch Raum.

Dennoch aber rufen, locken und stoßen sie nach dieser Richtung hin — es ist eben eines ihrer Kampfmittel gegen das Unvermeidliche.

— Die Freiheit ist dort! sagen sie und zeigen auf eine Stelle in ihrer Nähe. Indem sie so die Menschen in die Irre treiben, mögen sie vielleicht an Zahl zunehmen.

Die Freiheit ist immer vorn und immer — fern!

Der wahre Individualismus liegt in der Zukunft, hinter dem Sozialismus. Dem Menschen der Gegenwart ist er unzugänglich, und er steht ihm so wenig an wie der Ritterharnisch dem Buckligen.

Nicht „Ich", sondern „Wir" — das ist der Anfang der Befreiung der Persönlichkeit. Solange ein „Mein" fortbestehen wird, wird das „Ich" aus den starken Krallen dieses Ungeheuers nicht entkommen, — nicht, bis es im Volke die hinreichende Kraft geschöpft hat, um der ganzen Welt zurufen zu können:

— Du bist mein!

Dann endlich wird im Menschen das Gefühl aufkommen, die Verkörperung allen Reichtums, aller Schönheit der Welt, aller Erfahrung der Menschheit und — allen seinen Brüdern geistig ebenbürtig zu sein.

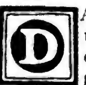
Eine harmonische Persönlichkeit ist nur dann möglich, wenn die Helden verschwunden sind und die Menge gewesen ist, wenn Menschen erschienen sind, die das Gefühl gegenseitiger Achtung miteinander verbindet.

Dieses Gefühl muß erstehen aus der Erinnerung an die große Kollektivarbeit, die das Volk in der Vergangenheit zum Zwecke seiner Wiedergeburt vollbracht hat; dieses Gefühl muß erstarken durch das Bewußtsein der einheitlichen Erfahrung des einzelnen und der Gesamtheit sowie der Solidarität der allen und jedem zukommenden Aufgaben.

Mit der Zeit aber wird dies Gefühl der Achtung von Mensch zu Mensch sich zu einer Religion wandeln. Denn die Religion der Menschheit muß sein die erhabene und tragische Geschichte ihrer Taten und Leiden im unendlichen, großartigen Kampfe um die Freiheit des Geistes und die Herrschaft über die Naturkräfte!



# ABBÉ P. NAUDET, PARIS: EIN JAHR NACH DER TRENNUNG.



DAS Gesetz vom 9. Dezember 1905, das die Trennung von Kirche und Staat vollzog, ließ den Katholiken ein Jahr Zeit, um kultuelle Vereinigungen zu bilden, als Hauptstützen des von ihm eingeleiteten Systems. Auf diese Art sollte die französische Kirche in der neuen Ordnung Platz finden. Dieses vielumstrittene Gesetz schien alles vorhergesehen zu haben, mit Ausnahme einer einzigen Sache, auf die Clémenceau in einer Parlamentsrede hinwies, und zwar folgendes. Das Jahr ist verstrichen, die Katholiken haben keine Vereinigungen gebildet, haben sich nicht in die neue Ordnung eingefügt, und so lebt seit nunmehr 13 Monaten die Kirche Frankreichs ohne jede Rechtsgrundlage, sie führt eine tatsächliche Existenz, gesetzlich aber ist sie sozusagen nicht vorhanden.

Obwohl eine solche Lage nur eine vorübergehende sein kann, verdient sie dennoch Beachtung. Es ist an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, wie dieser Situation ein Ende gemacht werden, was für die allgemeine Entwicklung dabei herauskommen kann, welche positive oder negative Wirkung diese Sachlage für den Fortschritt zu haben vermag.

## I.

Sieht man die Lage unter historischen Gesichtspunkten an, so erscheint die Trennung als unvermeidlich und das Gesetz vom 9. Dezember 1905 nur als letzter Schritt (wer weiß, ob es der letzte ist) einer schon weit zurückreichenden Bewegung.

Nach einer ersten Phase, wo Kirche und Staat dermaßen vereint waren, daß sie verschmolzen, nach einer zweiten Phase, während der es ununterbrochene Kämpfe gab, schließlich nach einer dritten Phase, in der versucht wurde, die Schwierigkeiten durch Konkordate zu verhüten und zu regeln, fühlten sich beide Mächte einander immer mehr entfremdet und sie mußten dahin kommen, sich definitiv voneinander zu trennen. Es wäre irrig, das Gesetz von 1905 nur als eine Episode des Religionskampfes anzusehen. Es bereitete sich ein volles Jahrhundert hindurch vor. Eine wachsende Zahl von Loslösungen auf Teilgebieten beseitigte viele jener Dinge, die von den Vertretern der Kirche als Recht beansprucht, von den Vertretern des Staates jedoch als ein ungenügend gerechtfertigtes Privilegium angesehen wurden. Die Trennung hätte sich somit unter andern Umständen völlig friedlich vollziehen können. Unmittelbar nach dem Kriege von 1871 war eine kleine Gruppe von Katholiken dieser Meinung, und Herr Pradié, Abgeordneter des Departements Aveyron, war als ihr Sprecher aufgetreten. Sie wollten diese Periode freundlichen Verständnisses zwischen Kirche und Staat benützen, um das Verhältnis zu regeln, da doch über kurz oder lang die Umstände Veränderungen herbeiführen mußten. Das Projekt Pradié fand, obgleich es wohldurchdacht war und sich in liberaler und gerechter Weise bemühte, die Ansprüche beider Mächte zu wahren, weder bei den Monarchisten noch bei den Republikanern Beifall. Immerhin, wenn damals die Zeit für diese Idee noch nicht reif war, so durfte man erhoffen, daß sie im entscheidenden Moment wieder aufgenommen würde. Es ist bedauerlich, daß gegenwärtig die Lage des Landes nicht eine andere war und daß die Trennung den Sieg einer Partei herbeigeführt hat, einen nur zufälligen Sieg, der aber nichtsdestoweniger eine Tatsache bleibt.

Was man bisher als ein amerikanisches und protestantisches Phänomen angesehen hatte, das sich niemals in Frankreich wiederholen könne, ist nun doch Tatsache geworden. Man darf dennoch nicht annehmen, daß jedes Band zwischen Kirche und Staat zerschnitten sei, eine derartige völlige Trennung ist unmöglich und besteht weder in Amerika noch irgendwo sonst, man muß immer mit den Tatsachen des praktischen Lebens rechnen. Man kann bestimmte historische Zusammenhänge zwischen Kirche und Staat unter gewissen Umständen lösen, wenn diese Zusammenhänge weder diesem noch jenem zusagen, aber ein völliges Fehlen von Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die beide auf die menschliche Gemeinschaft und das menschliche Gewissen einwirken und sich darum notwendigerweise immer wieder begegnen müssen, ist undenkbar. Um so mehr, als hinter dem Kampfe der Parteien eine ungeheure Masse von Männern, Frauen, Kindern steht, deren Glauben vielleicht sehr schwach ist, die aber religiöse Bedürfnisse haben und in denen Traditionen des Katholizismus immer noch lebendig sind. Diese Masse übt vielleicht, selbst dessen unbewußt, einen mächtigen Druck auf das Gleichgewicht des Landes aus.

Gibt es aber auch keine absolute Trennung, so ist es doch Tatsache, daß das Konkordat nicht mehr besteht und die französische Kirche in ein neues Stadium getreten ist. Was nunmehr kommen wird? Noch ist es Geheimnis der Zukunft. Man hofft, wenigstens eine große Zahl der Katholiken tut dies, daß der Katholizismus unter diesen neuen Bedingungen seine fruchtbare Lebenskraft bekunden und eine neue Stufe des Fortschritts erreichen wird.

## II.

Nachdem sich nunmehr die Trennung auf dem Kriegsfuße vollzogen hat, ist es begreiflich, daß die Kirche den Zusammenprall nicht ohne Wunden ertragen hat. In freiem, aber unerschütterlichem Gehorsam gegen den Papst, das Oberhaupt der katholischen Kirche, hat sie sich geweigert, Vereinigungen zu bilden, die zum Schisma hätten führen können, und sie hat, ohne zu zögern, diesen Beweis unzerstörbarer Treue aus ihrem Vermögen, das auf nahezu 500 Millionen geschätzt wird, bezahlt. Dies war ein schöner Zug, der unbedingt Bewunderung hervorruft. Aber Schönheit allein tut es nicht, denn zugleich erweckte dieser Zug das bedrohliche Gespenst der Not und des Kampfes ums tägliche Brot. Immerhin scheint es, als sei dieses Problem nunmehr größtenteils gelöst, wenigstens sind die schlimmsten Sorgen für die nächste Zukunft gebannt. Es ist nicht unsere Sache, hier die Mittel und die Organisation des Kultuspfennigs auseinanderzusetzen, es genügt, darauf hinzuweisen.

Bisher scheint diese Organisation das Charakteristische des neuen Regimes zu sein, und wenngleich andere Anstrengungen gemacht worden sind, haben diese noch zu keinem Resultate geführt. Es war von Versammlungen des Episkopats die Rede, aber es ist bekannt, daß die stattgehabten nicht viel zuwege brachten, auch legt Rom keinen Wert auf Wiederholung solcher Versuche, und die schon anberaumten Versammlungen sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Man hat auch von einer Wiederherstellung des Kanonischen Rechts, von einer Unabsetzbarkeit der Würdenträger usw. gesprochen, aber man hat nach dieser Richtung nicht einmal einen Versuch unternommen. Zu viele schon errungene Stellungen, zu viele mit der Konkordatszeit verknüpfte Interessen stehen, wie man behauptet, dem entgegen. Man hatte gehofft, daß bei der Wahl der Kandidaten für freie Plätze die Bischöfe und die Geistlichkeit in großem Maße intervenieren würden. Wenn jemals eine

solche Idee in Rom bestand, so scheint man sie heute völlig fallengelassen zu haben. Mehr und mehr ernennt der Vatikan direkt, wen und wie es ihm beliebt, so daß unter diesen Gesichtspunkten die Kirche Frankreichs noch nicht organisiert ist. Nur zwei Dinge sind gewonnen: die Überzeugung, daß die französischen Katholiken immer noch opferbereit sind, und daß die Macht des Papstes stärker denn je, umfassender denn je erscheint und mehr denn je anerkannt wird.

III.

Dennoch ist alles noch nicht gesagt worden. Denn wenn auch die Trennung gezeigt hat, wie widerstandsfähig die Konstitution der Kirche ist, so gestattet sie zugleich festzustellen, daß die Katholiken Frankreichs eine sehr schwere Krise durchmachen, die freilich schon lange begonnen hatte, deren Fortgang aber durch die jüngsten Ereignisse beschleunigt wurde und die täglich eine größere Ausdehnung annimmt.

In dieser innerlichen, tiefen Krise nimmt die Politik zweifellos einen gewissen Raum ein, aber die Hauptgrundlagen sind der Kampf zwischen zwei Tendenzen, zwei geistigen Richtungen. Die eine klammert sich verzweifelt an die Formeln der Vergangenheit, ohne richtig zu erkennen, was vergänglich ist und was dauernd sein kann, die andere will die Unbeweglichkeit nicht mit der Tradition verwechseln, sie findet, daß es nutzlos ist, Gräber zu beweinen, die doch ihre Toten nicht wieder herausgeben, sie akzeptiert daher die nötigen Veränderungen und ist ohne allzu großes Bedauern bereit, die Vergangenheit den Wirklichkeiten der Gegenwart und den Hoffnungen der Zukunft zu opfern.

Die Anhänger der ersten Richtung — wir wollen sie zur einfacheren Bezeichnung die katholische Rechte nennen — glauben noch immer, in der Zeit zu leben, wo die Kirche allein die soziale Ordnung regierte und bis zu einem gewissen Grade die Intelligenzen nach ihrem Gutdünken modeln konnte. Sie haben nicht bemerkt, daß sich ein Abgrund aufgetan hat, und daß für die Mehrzahl der Intellektuellen der Katholizismus, seine Anhänger seine Doktrinen unter wissenschaftlichem Gesichtspunkte (und man kennt die Rolle der Wissenschaft in unserem Zeitalter) als nicht vorhanden angesehen werden. Man gibt zu, daß unter den Meistern zeitgenössischer Wissenschaft sich Katholiken befinden, aber wenn diese Meister gelehrte Katholiken sind, so kennt man doch nicht mehr den katholischen Gelehrten. Der Mißkredit, in den die Theologie und die Theologen geraten sind, ist ein Beweis — und nicht der einzige —, daß wir fortschreiten. Die Katholiken ließen bis in die jüngste Zeit das Studium der Religionspsychologie, der Religionsgeschichte und der biblischen Exegese, für die unsere Zeitgenossen sich begeistert haben, das Monopol von Gelehrten, die dem Katholizismus feindlich oder mindestens fremd gegenüberstanden, werden. Gewiß hatten letztere guten Glauben, vor dem ich mich beuge oder den ich hier nicht diskutieren will, sie bemühten sich vielleicht auch unbewußt, eine nahezu vollkommene Unabhängigkeit zwischen den Tatsachen, die keiner leugnen kann, und den Auslegungen einer besonderen Philosophie, die es ihnen mitunter gelang, an die Stelle der Tatsachen zu setzen, festzustellen. Aber hätte man nicht lieber einen oder den anderen der Unsrigen straucheln oder Irrtümer begehen sehen, als derart, fast von der Gesamtheit der Gelehrten als quantité négligeable betrachtet zu werden.

Die Männer der anderen Richtung, der katholischen Linken, haben dies verstanden und erkannten, daß der Katholizismus in der allgemeinen Bewegung des modernen Geistes nicht mehr zu zählen schien. Man mag

mit Recht einwenden, daß seit zwanzig Jahren ein besseres Verständnis der gegenwärtigen Bedürfnisse die Geistlichkeit zu hoher wissenschaftlicher Kultur anspornt. Zahlreiche Ermutigungen sind hierzu von der Hierarchie ausgegangen, zahlreiche praktische Maßnahmen sind dazu bestimmt, diese Bewegung zu beleben. Aber abgesehen davon, daß einige weniger glückliche Eingriffe von vielen als Zeichen des Stillstandes oder selbst des Rückschrittes aufgefaßt wurden, hat die intellektuelle Welt noch nicht vergessen können, daß seit der protestantischen Sezession die Wissenschaft von vielen Männern der Kirche übel angesehen wurde, da sie in ihr die Bundesgenossin des religiösen Individualismus und das Instrument der freien Forschung erblickten. Eine zwanzigjährige Anstrengung nach der entgegengesetzten Richtung hat noch nicht vermocht den schlechten Eindruck zu verwischen, und es erscheint sogar zweifelhaft, ob dies jemals gelingen wird, wenn man nicht gewisse Methoden modifiziert, auf gewisse Verfahren verzichtet, diese und jene Hindernisse beseitigt, die dem Fortschritt im Wege stehen.

Es handelt sich sonach um den Kampf dieser beiden Anschauungen innerhalb der Gesellschaft. Einige erschrecken darüber, weil sie hierin einen Verfall sehen, der zum Ende führt, andere im Gegenteil freuen sich, weil sie hierin eine Wirkung des Wachstums, Ansätze zu weiterem, reicherem Leben erkennen. Die Rechte verteidigt ihre Position und wirft der Linken ihren Unabhängigkeitssinn und ihre „protestantischen Infiltrationen“ vor, die Linke — überzeugt, daß gerade in ihr der Protestantismus seine gefährlichsten intellektuellen Gegner finden wird — will an Stelle des passiven Gehorsams, der nur intellektuellen Verzicht bedeutet, den aktiven Gehorsam setzen, der das Leben bejaht und die Kräfte aller derer vervielfältigt, die Anhänger werben wollen. Die konservierende Methode hätte wenigstens in Frankreich den Katholizismus in eine Sekte verwandelt, ihre Kirche war im Begriff, nur noch eine kleine Kapelle zu sein, von der alles intellektuelle Leben ausgeschlossen war. Die Progressisten hatten einen festeren Glauben. Weder Aufständische noch Revolutionäre, nehmen sie gleich den anderen das Erbe der Vergangenheit an, aber sie sind entschlossen, ihre Ländereien nicht veröden zu lassen, sie wollen sie bearbeiten und der Zukunft reiche Ernten vorbereiten. Zu allen Zeiten hat die Kirche solche Kämpfe, von denen übrigens sehr wenige zum Schisma oder zur Ketzerei entarten, gekannt, und sie haben sie häufig geschwächt. Dennoch kann man behaupten, daß niemals der Konflikt so zugespitzt war, niemals die beiden Methoden zu entgegengesetzteren Zielen führten. Die Trennung schien beiden Parteien eine unvergleichliche Gelegenheit, ihre Prinzipien zu bestätigen. Die Rechte träumte von der Begründung einer großen katholischen Partei, die alle anderen Gruppen in sich aufnehmen sollte, die Linke hielt diesen Plan zugleich für sehr gefährlich und undurchführbar.

Wir stehen vor zwei entgegengesetzten Weltanschauungen. Die eine knüpft sich an Traditionen, die sterben, die andere stützt sich auf eine Tradition, die bestehen bleibt. Morsches fällt und muß abgeschüttelt werden, wenn man vom Sturz dessen, was zum Untergang gestimmt ist, nicht mitgerissen werden will.

## IV.

Wem wird der Sieg gehören? Die Antwort ist zweifellos: Der Sieg gehört jenen, die furchtlos in die Zukunft schreiten! Wir sind Zeugen einer wahren Verwandlung, ich sage nicht — des Katholizismus, aber des katholischen Gewissens oder noch besser der katholischen Geistesart. Die Jugend, insbesondere

die junge Geistlichkeit, hat Brücken hinter sich gelassen, über die sie nie wieder zurückschreiten wird. Was immer man sagen oder tun mag, die neue Generation, die mit ganzer Seele die Wahrheit liebt, setzt sich mit voller Kraft ein, um jene persönliche Mitarbeit, für die sie das Verständnis erlangt hat, auszuüben. Der „Glaube des Köhlers“ hat sich überlebt. Die berechtigte Betätigung des Verstandes ist wieder in ihre Rechte getreten, die Vertiefung des Glaubens ist nunmehr freies Recht jedes Menschen, dessen Intellekt diese Arbeit vollbringon kann, und es bedarf hierzu nicht mehr eines theologischen Patentes.

Soll dies heißen, daß die katholische Linke sich anmaßt, alle Fragen zu lösen? Gewiß nicht, und jeder, der ihre Revuen, Zeitungen oder sonstigen Veröffentlchungen liest, kann sich davon überzeugen. Ihr Ehrgeiz ist nicht so groß, sie würde es sich daran genügen lassen, die Rolle jener Weichenwärter zu spielen, die an den Geleisen der Eisenbahn den Arm erheben um mit stummer Sprache zu sagen: „Es ist gestattet, hier hinüberzuschreiten“. Die Aufgabe der Progressisten ist nicht die, Ideen oder Glaubenssätze aufzudrängen, noch weniger die Formeln festzustellen oder Definitionen zu geben. Ihre Arbeit ist es, Entdeckungsfahrten nach dem Horizont zu unternehmen, zu sondieren. Sie wollen all jenen Seelen entgegengehen, die sich mit gewissen Problemen abquälen und all jene Wege beschreiten, wohin die Ungewißheit des Lebens die Menschheit führt. So werden sie mächtige Faktoren des Fortschritts, Apologisten und nicht Theologen, Suchende, die irren dürfen, und nicht Gelehrte, die — mit Autorität ausgerüstet — lehren. Wenngleich sie die Bedenken derjenigen begreifen, die es vorziehen würden, daß alle diese Fragen nicht gestellt würden, betätigen sie sich doch, sobald eine Frage aufgeworfen wurde, weil sie meinen, nicht ohne Nachteil gleichgültig bleiben zu können. Dem Einwande, daß der Glaube der Einfältigen darunter leiden könne, begegnen sie mit der Überzeugung, daß es in unserer gegenwärtigen sozialen und religiösen Lage weniger schlimm ist, die Unwissenden zurückzuschrecken als die Wissenden. Schließlich kann die Schädigung, die der Einfalt der Gevatterinnen zuteil wird, wenn man sagt, daß Josua die Sonne nicht stillestehen ließ, und daß die Erde nur ein winziges Pünktchen im Weltenraum ist, keineswegs als Unglück angesehen werden. Sie wissen, daß die meisten wissenschaftlichen Erklärungen, deren Ziel es ist, die Tatsachen in den Köpfen der Gebildeten zu entwirren, stets zuerst eine Verwirrung in den Köpfen der Unwissenden anrichten. Sie halten dies aber für keinen genügenden Grund, um Erklärungen aus dem Wege zu gehen.

Liest man die Zeitungen, Zeitschriften oder Veröffentlichungen, die als Organ der katholischen Linken gelten, die heute verschwundene „Quinsaine“, die „Annales de Philosophie chrétienne“, die „Revue catholique des Eglises“, das „Bulletin de l'Institut Catholique, de de Tolouse“, „Demain“, (eine Zeitschrift, die angeblich demnächst wieder erscheinen soll) die „Justice Sociale“, die „Vie Catholique“, das „Bulletin de la Lemaine“ etc. so wird man zweifellos hie und da Sätze finden, die zurückgenommen werden sollten, oder Ideen, die eine skrupulöse Orthodoxie modifizieren würde, aber in der Gesamtheit muß man erkennen, daß aus ihnen ein durchaus orthodoxer Katholizismus hervorgeht, der dennoch vor der zeitgenössischen Kritik bestehen kann, ohne Angst, zusammenzubrechen. Vor gewissen dogmatischen Schwierigkeiten begnügten sich ehedem zahlreiche Gläubige, sich selbst oder andern zu antworten: „Dies ist ein Mysterium.“ Wenn es Geister gibt, denen solche Antwort genügt, so kommt es weder mir noch irgendeinem andern zu, ihnen dies vorzuwerfen. Aber da die Welt vorwärts-

gegangen ist, so begegnet man heute vielen Geistern, die anspruchsvoller sind, und diese beabsichtigen nicht, von Anfang an ihr Dogma an eine mehr oder weniger hypothetische Theorie zu ketten, sich mit dieser solidarisch zu erklären; sie sind vielmehr bereit, ihre Argumente aufzugeben, sobald man ihnen bessere bringt. Sie wollen sich nicht im vornherein besiegt erklären und treten hiermit in die Fußstapfen von Männern wie Sankt Anselmus, Scott, Albert der Große, Thomas Aquinus, Suarez und so vieler anderer, deren Werke Zeugnis von einem großen Vertrauen in ihren Verstand und hoher Bewertung desselben geben.

Dies ist ein Charakteristikon der Geistigkeit, von der ich spreche. Denn diese Geistigkeit stammt nicht von gestern; aber der reaktionäre Wind, der im Moment der Trennung fühlbar wurde und seither fortfährt, wütende Attacken zu zeitigen, kennzeichnet den Geist, der ehedem schon viel mächtigere und zahlreichere Positionen einnahm, als man voraussetzte, und den man wohl kaum jemals wieder vertreiben wird.

## V.

Wenn man die Geschichte zurückgeht, so findet man in andern Zeiten dieselben Schwierigkeiten. Ungeachtet der großen Geister, die es hervorbrachte, kannte auch das Mittelalter diese Angst vor der Kühnheit des Intellektes, und die Inquisition hat es in blutiger Weise bewiesen. Im 17. Jahrhundert lebte die Bewegung wieder auf, und Intelligenzen von großer Bedeutung widmeten sich dem Studium religiöser Probleme mit einer Weite der Anschauung und einer Ehrlichkeit der Überzeugung, die Achtung und Bewunderung verdienten. Aber nach der Revokation des Ediktes von Nantes und bei Gelegenheit der Jansenistischen Kontroverse begann neuerdings der scharfe Kampf gegen alles, was als neue Lehre erschien.

Man nannte häufig Doktrin, was nur eine Erklärung war, und wiederum war das Niveau heruntergegangen. Man bemerkte dies bald, als im 18. Jahrhundert jene, die man als Philosophen bezeichnete, den mächtigen Feldzug gegen den katholischen Gedanken unternahmen. Und die Kirche Frankreichs zeigte sich damals zweifellos ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Beim Anbrechen des 20. Jahrhunderts waren wir Zeuge derselben Versuche, aber wir haben Ursache, zu glauben, daß fortab der wissenschaftliche Geist nicht wird erstickt werden können. Das Problem stellt sich nunmehr folgendermaßen dar. Wenn der Katholizismus die Wahrheit ist, wie er es behauptet und wie wir es glauben, so hat er von den Konflikten und Komplikationen, die durch Verschiedenartigkeit menschlicher Meinungen geschaffen wurden, nichts zu befürchten. Er darf nicht abwarten, bis andere sich der Fragen bemächtigen und lediglich darauf sich beschränken, auf jeden geführten Schlag zu antworten, sondern er muß aller Arbeit vorausschreiten, in die Gedankenwelt der Forscher eindringen, nicht weil er dazu wider Willen gezwungen ist, sondern weil alles die unbedingte Notwendigkeit beweist und es Gesetze für den menschlichen Geist gibt. Man hat sich in katholischen Kreisen viel mit der Wohltätigkeit beschäftigt, mit Recht; dennoch hat man vielleicht vergessen, daß die Wahrheit das andere Brot des Menschen ist, und man hat zu wenig verstanden, daß der „Glaube des Köhlers“ ohne genügende Erklärungen den Hunger eines großen Teiles der Menschheit nicht zu befriedigen vermag. Trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten und wie immer man die Trennung einschätzen mag, es bereitet sich nunmehr ein neues Régime vor. Wenn die Kirche sich nicht mehr auf die Macht stützen kann, muß sie ihren Wert aus sich selbst schöpfen; die Katholiken werden so mehr zum Bewußtsein ihrer Kraft kommen und stolzer auf ihren Glauben sein.

VI.

Aber der Fortschritt besteht nicht nur unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten, er bereitet sich auch auf sozialem Gebiet vor. Seit zwanzig Jahren führt eine großherzige Erkenntnis unsere Gesellschaft einem Werke der Gerechtigkeit zugunsten der Erhebung der arbeitenden Klassen und der Massen, die vielleicht so genannt sind, weil unter einer zu schweren Bürde erdrückt, das Bewußtsein des Individuums sich zu schwer entwickeln konnte, entgegen. Und es muß hier bezeugt werden, daß seit zwanzig Jahren die katholische Rechte direkt oder indirekt alle jene unter uns bekämpft hat, die da wollten, daß die gerechten Grundsätze, die im Evangelium geschrieben stehen, eine Auferstehung in unserer sozialen Ordnung erlangen. Man übte Wohltätigkeit, die man übrigens zu Unrecht mit dem Almosen verwechselte, aber man verstand die Forderungen der Gerechtigkeit nicht. Man wollte, daß die Gesellschaft religiös sei, aber man erlaubte der Religion nicht, sozial zu sein, und von hier aus ging jener wütende Widerstand gegen das aus, was die Politik Leos XIII. genannt wurde. Die Rechte bekämpfte alle volkstümlichen Bestrebungen. Trotz der schönen Vorträge der Redner auf ihren Kongressen war sie, abgesehen von einigen wenigen löblichen Ausnahmen, im vorhinein gegen die Rechte der Arbeiterschaft, gegen soziale Gesetzgebung, die zugunsten der Schwachen geschaffen wurde, gegen die Demokratie. Auch hier hatte die Trennung schon begonnen, und das Gesetz vom 9. Dezember erschien wie eine Gegenwirkung gegen diese Haltung.

Die Geistlichkeit ist auch mit verantwortlich dafür. Ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, schien sie sich mit den Beati possidentes zu verbünden, und das Volk mußte glauben, daß die Kirche diesen dauernd untertan sei. Die Geistlichkeit übte in ausgedehntem Maße das Almosengeben, aber das Almosen ist kein Heilmittel, es ist ein Palliativ. Und wenn das Almosen den Elenden zu helfen vermag, so zerstört es doch nicht das Elend. Dazu bedarf es der sozialen Gerechtigkeit, und das hatte man zu sehr vergessen. Von der Kanzel, in der Christenlehre, im Beichtstuhle lehrte man nur individuelle Moral, man übersah den großen Anteil der Soziologie, und im Bestreben, Einzelleiden zu heilen, überging man das Vorhandensein sozialer Forderungen. Auf dem Kampffelde der Arbeit bekümmerte man sich um die Verwundeten, eine löbliche Sache, aber man vergaß zu Unrecht die Kämpfenden. All dies ist mehr eine Konstatierung als ein Vorwurf, denn es sind mancherlei mildernde Umstände vorhanden, aber die Tatsachen bleiben doch bestehen.

Heute erleben wir ungeheuere Anstrengungen, gegen diese Strömung anzukämpfen. Die wohllautenden Phrasen und tönenden Reden machten Taten Platz, es ist eine Freude zu sehen, daß auf diesem Gebiete selbst die Rechte wankend geworden ist. Männer, die gestern noch jeder sozialen Betätigung ablehnend gegenüberstanden, sind heute Mithelfer derselben demokratischer Institutionen, die sie ehedem vielleicht bekämpft hätten und die bisweilen unter ihrem mangelnden Verständnis leiden mußten.

VII.

Wir müssen mit Freude noch ein anderes erfreuliches Symptom nennen: das Bestreben gewisser Katholiken, sich Menschen anderen Glaubens, die jedoch zu den besten Elementen der Gesellschaft zählen, zu nähern. Vor 15 Jahren hat Leo XIII. in einem berühmten Schreiben an den Bischof von Grenoble verlangt, „daß die Katholiken es verstehen möchten, sich in der Verfolgung guter Ziele, seien es individuelle, oder aber insbesondere soziale, die Mitwirkung aller ehrlich Denkenden zu sichern“. Der große Papst hatte erkannt, wieviel

Gutes gemeinsamer Arbeit entspringen könnte, aber diejenigen, an die er sich wandte, hatten dies nicht verstanden oder hielten die Sache für unmöglich. Die Trennung hat nunmehr den nötigen Anstoß gegeben und den Gesichtskreis erweitert. Vor zehn Jahren hätte der Schreiber dieser Zeilen seinen Namen nicht in dieser Zeitschrift neben Männern anderer Konfessionen, anderer philosophischer Anschauungen zeichnen dürfen, ohne in seinen Kreisen allgemeine Entrüstung zu erregen. Heute aber, wenngleich noch Klerikale dagegen protestieren mögen, findet es doch die Billigung der Katholiken, und das ist ein unzweifelhafter Fortschritt. Vor zehn Jahren hätten weder der Schreiber dieser Zeilen, noch Marc Sanguier, Abbé Lemire, Abbé Dabry, Abbé Roblet in öffentlichen Versammlungen sprechen dürfen, wenn sie nicht als Widersacher auftraten, sondern wo sie neben Protestanten, Juden, Freidenkern ihren Anteil mitbrachten zum großen Kampf, der heute alle sozial Denkenden eint, zum Kampf gegen gewisse Geißeln der Gesellschaft, wie Alkoholismus und Unsittlichkeit!

## VIII.

Wenn es aber auch gut ist, die errungenen Fortschritte festzustellen, so darf man sich nicht verhehlen, wie groß die noch harrende Arbeit ist. Lange Zeit haben sich die Katholiken bemüht, den Beweis zu erbringen (und dies war leicht), daß die Kirche in der Vergangenheit viel Gutes gewirkt hat; nunmehr gilt es zu beweisen, daß sie ihre Mittel den Menschen und Zuständen der Zeit anzupassen versteht. Die Schwäche der Verteidiger von gestern war allzuoft, daß sie die Mängel und Irrtümer verbergen wollten, daß sie die Form, deren sich die Kirche in irgendeiner bestimmten Zeit bediente und die unter mannigfachen Gesichtspunkten mangelhaft ist, mit der Kirche selbst verwechselten. Allzulange hat man in dieser Beziehung bisher in Unklarheit gelebt, und manche Männer des verflossenen Jahrhunderts tragen hier vor der Geschichte eine schwere Verantwortung. Sie und ihre Jünger haben in unvergeßlicher Ungeschicklichkeit die Katholiken in jenen Klerikalismus hineingetrieben, der uns heute so behindert. Die Blocktheorie mag mitunter bequem sein, sie ist stets unvorsichtig. Unsere Doktrin, die sich immer bemüht hat, sich dieser oder jener historischen Epoche anzupassen, hat niemals gelehrt, daß sie in all ihren Teilen feststehend, unverrückbar, unveränderlich ist. Erinnern wir uns nur, daß das Konzil von Trient zusammenberufen wurde, um die Kirche sowohl bezüglich ihres Oberhauptes wie ihrer Glieder zu reformieren. Was damals geschah, kann wieder geschehen. Man macht dem Katholizismus viele und zum Teil nicht unberechtigte Vorwürfe, aber die Fehler, die man ihm vorhält, sind nicht untrennbar mit seinen Prinzipien verknüpft und nicht Folgen seines eigentlichen Wesens. Sie sind vielleicht das Werk von Kirchenmännern, aber man darf die Kirche nicht mit ihren Vertretern verwechseln, wie man heute in loyaler Weise einzusehen beginnt.

Eine immer wachsende Gruppe hat beschlossen, die Kluft zu überbrücken, die sie von so vielen vernünftigen, auf hoher moralischer Stufe stehenden Menschen, die nicht unsere christlichen Anschauungen teilen, trennt. Man versucht nicht mehr das hervorzukehren, was trennt, sondern was bindet, und zuweilen ergibt sich als Lohn dieser Bestrebungen, da, wo man es am wenigsten erwartet hätte, ein Suchen religiöser Wahrheit, ein Eifer für das Gute, Tugenden jeder Art, die uns Jesu Wort in Erinnerung bringen, der seinen Jüngern verkündete: „Die Letzten werden die Ersten sein."

# GRAF VON HOENSBROECH, GROSSLICHTERFELDE: EIN LEICHENFELD.

Paul Reichsgraf von Hoensbroech, geboren 1852, gehörte 14 Jahre dem Jesuitenorden an. Seit seinem Austritte aus dem Orden und aus der römischen Kirche im Jahre 1892 ist er der Vorkämpfer gegen den weltlich-politischen, anti-kulturellen Ultramontanismus. Sein Hauptwerk, das schon in 5. Auflage vorliegt, betitelt sich: „Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit" (Leipzig, Breitkopf und Härtel).

DIE Schlacht ist geschlagen, Rom hat gesiegt! Das ist das Fazit der modernistischen Bewegung. Daran ist nicht mehr zu zweifeln. Ich habe an diesem Ergebnisse nie gezweifelt. Schon gleich beim eigentlichen Einsetzen des „Modernismus" warnte ich in Zeitungen und Zeitschriften vor Hoffnungen. Deutlich gab ich auch den Grund an, weshalb der „Modernismus", d. h. seine Wortführer in Deutschland, sich unterwerfen würden.

Auch sie, wie alle Katholiken, sind in dem folgenschweren Irrtume befangen, daß, wann und worüber auch immer der Papst autoritativ spricht, ihm religiöser Gehorsam gebührt; jedes autoritative Papstwort ist für sie ein Gotteswort. „Dir übergebe ich die Schlüssel des Himmels, was immer du auf Erden binden wirst, wird auch im Himmel gebunden sein." Dies schrankenlose Bibelwort, gerichtet an den „ersten Papst", an Petrus, ist auch die schrankenlose „göttliche" Urkunde für die Allgewalt eines jeden seiner Nachfolger. Religion, Wissenschaft, Politik sind dem „Statthalter Christi" in bezug auf die Wirkung seiner Worte und Befehle in gleicher Weise unterworfen: Religion „direkt", Wissenschaft, Politik und jedes andere menschliche Tätigkeitsgebiet „indirekt". So lange der Irrglaube bestehen bleibt, daß Religion auch alles übrige auf der Welt umschließt, daß somit „der von Gott selbst gesetzte Hüter der Religion", der Papst, für alles die höchste Instanz bildet, so lange ist lebensfähiger „Modernismus" innerhalb der katholischen Kirche eine Unmöglichkeit, so lange ist auch „modernistischer" Widerstand gegen Rom unmöglich.

Vor mehr als einem halben Jahre schrieb ich schon: „Arme modernistische Hälmchen! Mit einem Sensenhieb gibt der große römische Sensenmann euch der Verdorrung anheim, sobald es ihm gutdünkt". Der Sensenhieb ist erfolgt, und verwelkt liegen Sprossen und Blüten. Statt des Lebens ein Leichenfeld! *)

Einige Erschlagene verdienen unsere besondere Beachtung. Zunächst der Straßburger Professor Ehrhard, Verfasser des vielgenannten Buches: „Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert."

Wie wurde er gepriesen als ein anderer Reformator, als der Mann, der Katholizismus und Wissenschaft, Katholizismus und Kultur, Katholizismus und Fortschritt vereinigen werde! Jetzt liegt er auf der Strecke; tot in wissenschaftlicher und moralischer Hinsicht. Schimpflich tot, denn in schmachvoller Weise hat er von heute auf morgen seine Überzeugung verleugnet.

---

*) An dieser betrübenden Tatsache ändert nichts die augenblicklich noch feste Haltung des Münchener Professor Schnitzer. Schnitzer ist in keiner Weise ein „modernistischer" Führer.

Auf sein erwähntes Buch mit dem Bombast an freiheitlichen Phrasen, an tönenden Redensarten über Forschung und Wissenschaft will ich nicht eingehen. Ein zeitlich näherliegendes Schriftstück dieses „modernistischen" Helden möge uns beschäftigen. Am 18. Januar d. J. veröffentlichte Prof. Ehrhard in der „Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik" einen Aufsatz: „Die neue Lage der katholischen Theologie", der eine in den abfälligsten Ausdrücken gehaltene Kritik der päpstlichen Enzyklika gegen den „Modernismus" enthält. Ehrhard beklagt Ton und Inhalt der päpstlichen Kundgebung. Mit dem „Mute der Überzeugung" ruft er aus: „Es gibt Augenblicke im Leben, in denen das Gewissen mit klarer und gebieterischer Stimme verkündet, was man zu tun hat." Er bestreitet, daß der Papst das Wesen des „Modernismus" überhaupt erfaßt und in seiner Enzyklika richtig wiedergegeben habe. Würde, was die Enzyklika in bezug auf Zensur und Überwachung der Wissenschaft verlangt, zur Tat, so sei „jede historisch-kritische Behandlung der katholischen Theologie verpönt." Die „Maßregeln" der Enzyklika ständen in „schreiendem Widerspruche teils mit der allgemein gültigen Auffassung des Lehramtes an der Universität, teils mit dem sittlichen Empfinden von Dozenten und Studenten, teils sogar mit der persönlichen Ehre des katholischen Theologieprofessors"; durch die Enzyklika werden „Denunzianten" gezüchtet und „die katholische Theologie unter geistige Kuratel gestellt". Wer sich nicht „einer Sünde wider den heiligen Geist schuldig machen will", muß gerade die Wege gehen, die zu beschreiten dem katholischen Theologen durch die Enzyklika verboten werden. Der Papst unterbinde „der katholischen Forschung die Lebensadern". Daher sei es „heilige Pflicht, die Stimme zu erheben"; denn wenn die Enzyklika zur Durchführung käme, dann „wird der Tag nicht ausbleiben, an dem die katholisch-theologischen Universitätsfakultäten Deutschlands in das Grab hinabsteigen werden: „Siehe die Füße derer, die sie begraben wollen, stehen schon vor der Türe." Dann wird aber auch eine Tatsache verwirklicht sein, die nichts mehr und nichts weniger bedeutet als den Anfang vom Ende".

Mit diesen pathetischen Worten schließt Professor Ehrhard seine Philippika gegen die Enzyklika. Ahnte der Mann, daß er über sich und seinen eigenen „Überzeugungsmut" prophezeite; daß die Füße derer vor der Türe standen, die ihn selbst mit all seinen hohen Worten von Freiheit und Wissenschaft zu den Toten werfen würden; daß der Anfang seines Endes bevorstand?

Die „Corrispondenza Romana", das für die Öffentlichkeit nicht-offizielle, aber in Wahrheit offizielle Organ des Papstes, erklärte den Artikel Ehrhards für eine „bedauerliche Veröffentlichung, die von allen korrekten Katholiken wegen ihres unkorrekten Tones gegen den Papst gebrandmarkt werden müsse"; der Artikel sei „eine Auflehnung eines Dilettanten, der mehr oder minder modernisierenden Wissenschaften". Das schrieb die „Corrispondenza" am 28. Januar; und dies Geschreibsel war kaum über die Alpen nach Straßburg gelangt, da veröffentlichte Professor Ehrhard am 31. Januar auch schon folgende Erklärung:

„Als ich den Artikel abfaßte, glaubte ich nicht, daß er geeignet sei, in weiteren katholischen Kreisen Beunruhigung hervorzurufen. Um jeden Zweifel in bezug auf meine kirchliche Gesinnung auszuschließen, spreche ich hiermit mein aufrichtiges Bedauern aus, daß meine Ausführungen, die den Interessen der katholischen Theologie in Deutschland dienen wollten, zu Schlußfolgerungen veranlaßt haben, zu denen ich mich nicht bekenne. Besonders schmerzlich empfinde ich es, daß eine Verletzung der Pietät gegen

die ehrwürdige Person des hl. Vaters darin erblickt wurde. Daß ich die von der Enzyklika verworfenen dogmatischen Irrtümer des Modernismus zurückweise, geht aus dem Artikel klar hervor. Ich stehe durchaus auf dem Boden des katholischen Dogmas u n d (!) der Anerkennung der kirchlichen Autorität und bin gewillt, u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n ein treuer Sohn der katholischen Kirche zu bleiben."

Kaum jemals ist ein Widerruf in hochernster Sache so prompt, so vollständig erfolgt. Niemals wohl ist ein wissenschaftliches und moralisches Harakiri gründlicher vollzogen worden. Am 18. Januar rief Professor Ehrhard ein durch „das Gewissen" diktiertes „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" in die Welt hinaus; am 31. desselben Monats erklang von denselben Lippen das reumütige Pater peccavi, ich kann wohl anders!

Neben Ehrhard liegen noch zwei andere „Leichen" auf dem Schlachtfelde, die in gewisser Weise noch höheres Interesse beanspruchen als die des Straßburger Professors: die „Leichen" der zwei führenden Zentrumsorgane Deutschlands, der „G e r m a n i a" und der „K ö l n i s c h e n V o l k s z e i t u n g".

Beide Blätter „machten so etwas in Modernismus"; sie wollten den Schein erwecken, doch nicht ganz rückständig zu sein. So begrüßten sie denn auch den Ehrhardschen Artikel mit merkbarer Freude und druckten ihn in seinen Hauptstellen ab mit ehrenden Einleitungsworten: „Da es für unsere Leser von Interesse sein dürfte, zu hören, was dieser angesehene und allgemein bekannte katholische Gelehrte zu sagen hat, so geben wir das Wichtigste aus seinen Ausführungen hier wieder" („Germania" vom 22. Januar 1908). Auch noch am 29. Januar kommt die „Germania" auf „die Auslassungen des namhaften Gelehrten (Ehrhard) zurück, der auch wiederholt als Redner auf Katholikentagen Beifall gefunden hat".

Sofort fiel die „Corrispondenza" auch über die „Germania" her: „sie erweise sich unwürdig ihrer Vergangenheit, jetzt mache sie das Maß voll, indem sie, mit lobenden Worten für den Verfasser, gerade die anstößigsten Partien des Ehrhardschen Artikels abdrucke". Und sofort auch trat der Umfall ein, rasch und allseitig. Am 2. Februar erklärte die Redaktion der „Germania": „Mit dem Abdruck eines Auszuges aus dem Artikel wollten wir keineswegs unsere Zustimmung dazu aussprechen. W i r b e d a u e r n l e b h a f t, d a s n i c h t s o f o r t n o c h d e u t l i c h e r a u s g e s p r o c h e n und dadurch zu Mißverständnissen über unsere Meinung Anlaß gegeben zu haben, und e r k l ä r e n a u s d r ü c k l i c h, d a ß w i r d e n A r t i k e l n a c h F o r m u n d I n h a l t m i ß b i l l i g e n u n d d e n A b d r u c k b e s s e r g a n z u n t e r l a s s e n h ä t t e n." Auch die „K ö l n i s c h e V o l k s z e i t u n g", die von der „Corrispondenza" nicht einmal genannt worden war, die sich aber mit der „Germania" in eadem damnatione fühlte und die ahnte, was kommen würde, „bedauerte" gleichfalls schleunigst den Ehrhardschen Aufsatz.

Warum sind die „Leichen" von „Germania" und „Kölnischer Volkszeitung" so beachtenswert? Sie lehren uns die für unser politisches und kulturelles Leben wichtige Lehre, daß die führenden Blätter der größten „politischen" Partei Deutschlands, einer Partei, welche die Geschicke des zweitgrößten Bundesstaates, Bayern, v o l l s t ä n d i g in Händen hat, auf einen Wink Roms hin einschwenken, daß sie, sobald der transalpinische Ultramontanismus es will, ihre Überzeugung verleugnen. Für näheres über diesen wichtigen Gegenstand verweise ich auf mein kürzlich erschienenes Buch: „Rom und das Zentrum" (Leipzig, Breitkopf und Härtel), worin der

dokumentarische Nachweis der politischen und kulturellen Abhängigkeit des Zentrums von Rom erbracht ist.

L'ordre règne à Varsovie! denkt und sagt Rom, wenn es die „modernistische“ Bewegung überblickt. Es denkt und sagt es nicht nur, nein, in Gold, Silber und Bronze prägt es seinen Sieg, seine „Ordnung“ ein. Der Papst läßt für das Jahr 1908 eine „Pontifikatsmedaille“ prägen, welche die „Germania“ (vom 19. Januar) also beschreibt:

„Die eine Seite zeigt das Brustbild Pius' X. Die andere Seite zeigt den Kampf des Papstes gegen die Modernisten. Rechts vom Beschauer steht der hl. Vater vor seinem Thron. Er ist in gewöhnlicher Kleidung, ohne Tiara oder Mitra, dargestellt. In der rechten vorgestreckten Hand hält er eine Rolle (die Enzyklika), auf deren abgerolltem Ende das Wort Pascendi zu lesen ist. Oben in den Wolken erscheint eine Hand, welche Blitze auf eine vielköpfige Hydra schleudert, die sich zu den Füßen des Thrones windet. Vor dem hl. Vater ist eine Gruppe von allegorischen Frauenfiguren abgebildet, welche die verschiedenen Nationen darstellen: Deutschland ist erkennbar an dem walkürenartigen Helmaufputz, Frankreich an der Kopfbedeckung in Form einer Lilienkrone, Österreich an den Emblemen des Doppeladlers usw. Die Umschrift lautet: Modernismi. Errore. Damnato. VI ID. Sept. MCMVII. Das Papstporträt der Medaille ist bereits im großen Wachsmodell fertig; die allegorische Seite dagegen wird im Wachsmodell erst in etwa drei Wochen fertig sein.“

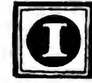
Römische Frechheit — daß vor dem Papste die Nationen stehen — und deutsche Schande — daß ein in Deutschland erscheinendes Blatt so etwas rühmend hervorhebt — vereinigen sich hier.

Wie lange noch? So lange, bis die nicht-ultramontane Welt sich geschlossen zum Kampfe erhebt gegen die größte antikulturelle Macht, welche die Geschichte kennt. Freilich mit dieser Erhebung sieht es einstweilen betrübend aus. Auch der „Modernismus“ könnte eine Zukunft haben, wenn ihm Hilfe würde von außen; wenn die in ihm sich zaghaft ausstreckenden Hände ergriffen würden von starken Bruderhänden. Aber wo sind diese Hände?

Heute will ich darauf nicht näher eingehen. Ich müßte schwere Anklage erheben und begründen gegen Regierung, Parlament und Presse.



# PAUL GÖHRE, BERLIN-ZEHLENDORF: RELIGIÖSE WERTE IM SOZIALISMUS.



HREN tiefsten Wurzeln und innerstem Wesenskern nach haben Religion und Sozialismus zunächst so gut wie nichts miteinander zu schaffen. Religion ist das heimliche Verhältnis eines gläubigen Menschen zu Gott, Sozialismus ist eine wirtschaftliche Theorie. Jene ist die persönlichste Angelegenheit, die sich denken läßt, dieser etwas durchaus Unpersönliches und Materielles. Jene ist transzendental, dieser völlig innerweltlich, irdisch, erdig. Jene hat mit der für den Gläubigen unver-

gänglichsten Potenz, dem Ewigen selbst, Gott, zu tun; dieser mit den ewig wechselnden Problemen von Mein und Dein, den Schätzen, die „Rost und Motten zerfressen“, die vergänglich sind, wie alles Irdische.

Aber von beiden, der Religion wie dem Sozialismus, gilt, daß sie, außer für eine verhältnismäßig sehr kleine Minderheit von Menschen, niemals auf ihren innerlichsten und eigentümlichsten Wesensinhalt beschränkt geblieben sind. Beide wuchsen sich noch stets und überall zu Mächten aus, die das ganze Leben von Massen von Menschen ergriffen und erfüllten. Auf seiten der Religion verzichtete man aus sehr naheliegenden Gründen stets sehr schnell darauf, den „Unerforschlichen“ unerforscht zu lassen. Im Gegenteil, man erfand und verbreitete sehr genaue Vorstellung von Gott und seinem Wirken. Man stellte Regeln auf, nach denen die Gläubigen auf dies Wirken Gottes angeblich am besten und für sie am nutzbringendsten zu reagieren hatten. Man verhieß Lohn für den Gehorsamen, Strafe für den Sünder. Man spann das ganze Leben ein in ein dichtes, wenn auch stets höchst widerspruchsvolles Gewebe göttlichen Waltens. Und man postulierte als höchstes Lebensziel und allen Erdenwandels Geheimnis das ewige Leben, das aller Gläubigen überweltliches Endziel wurde. Und je genauer, gewisser und unbezweifelbarer dieses Wesen und dieser Wille Gottes, seine sittlichen Vorschriften für die Menschen, Lohn, Strafe, ewiges Leben formuliert wurden, desto fester verkettete sich das Leben der Massen, die ökonomisch und darum auch geistig abhängig blieben, mit dieser Welt religiöser „Wahrheiten“, desto konsequenter und allgemeiner wurden alle Lebensbeziehungen dieser Massen unter ihren Einfluß und ihre Beleuchtung gestellt, desto mehr erhielt ihre ganze Art, das Leben anzuschauen und zu führen, religiöse Motivierung. Bis eine Fülle rein natürlicher seelischer und geistiger Betätigungen des Menschen zugleich als religiöse erschienen und zu religiösen wurden. Die Religion, ursprünglich und eigentlich als unaussprechbares geistiges und innerliches Beieinander eines Menschen mit seinem Gotte ein einziger und unteilbarer Lebenswert, umschloß so und umschließt noch immer in dem Reichtum ihrer zergliederten und nach allen Seiten gerichteten Lebensäußerungen unzählige religiöse Einzelwerte. Als da sind vor allem Trost, Erhebung, Frieden, Geduld, Demut, Stolz, Furcht, Gehorsam, Freudigkeit, Dankbarkeit, Schuldgefühl, Opferwilligkeit, Sühne, Ergebung, Hoffnung, Liebe, Begeisterung, Verzückung, Fanatismus, Hingebung, Innigkeit, Gemeinschaftsgefühl, Vertrauen und Brüderlichkeit.

Und ebenso blieb auch der Sozialismus nirgendwo lange eine isolierte wirtschaftliche Theorie. Denn sowie einer sie als Wahrheit erkennt, muß sie ihm auch sofort ein Ziel werden, das verwirklicht werden muß. Aus dem bloßen Prinzip wird damit ein Programm. Da es wirtschaftlicher Natur ist, wächst es von selbst auf das Gebiet der Politik hinüber, drängt zur Schöpfung einer Partei, die das Instrument zur Verwirklichung des Zieles bildet. Und in diesem Stadium wird die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der ursprünglich reinen Theorie noch stärker. Man besinnt sich auf die philosophischen, historischen und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, die mit ihr wesensverwandt sind oder parallel laufen, und verschmilzt sie mit ihr, ihrem Programm, ihren Parteigrundsätzen. Man verschmilzt sie nicht nur, man befruchtet sie gegenseitig durcheinander, entwickelt sie, gestaltet sie weiter aus. Die reine Theorie, das bloße Prinzip, das soziale und politische Programm wird so zu einer ganzen Weltanschauung, die alle wichtigen Lebensbeziehungen der menschlichen Gesellschaft zu sich in meist neuartige Be-

ziehungen setzt, auf diese selbst schöpferisch umgestaltend einwirkt. Und die Partei gibt das Menschenmaterial, das diesen ganzen Bereich neuer Weltanschauungs- und Lebensgrundsätze dankbar in sich aufnimmt, mehr oder weniger bewußt anwendet und zu seinem Lebensinhalte macht. Damit ist auch der Sozialismus zu dem geworden, was die historische Religion längst ward: eine Weltanschauung, eine Lebenslehre und ein gesellschaftliches Gefüge zugleich, das alle geistigen und seelischen Funktionen von Massen von Menschen genau so stark und fest in seinen Bann zieht, sich dienstbar macht, neu belebt und färbt wie die religiöse Gesamtorganisation, die Kirche. Ja die Ähnlichkeit zwischen beiden so entfalteten und zur Gestaltung gebrachten Mächten ist teilweise geradezu bis zur Verwechselung groß. Nur daß dort die Idee Gottes, hier die Idee des Sozialismus der alles bestimmende Mittelpunkt ist, daß dort das himmlische Reich Gottes, hier der irdische Zukunftsstaat das Endziel bildet.

Sicher darf man heute auch schon behaupten, daß in dem Konkurrenzkampf, den Religion und Sozialismus um die Herrschaft über die Mehrheit der Kulturmenschheit gegenwärtig miteinander kämpfen, der letztere den Sieg davontragen muß. Das wird durch eine einzige Tatsache verbürgt, vor der alle Kirchen und alle Herren der Kirche bisher die Augen verschlossen, die sie bisher meist gar in ihr Gegenteil verkehrten: daß nämlich zu allen Zeiten nur eine Minderheit von Menschen wirkliche, ernsthafte und unzerstörbare religiöse Bedürfnisse hat. Der Rest, die erdrückende Masse der Menschen, ist religiös ebenso unbegabt wie bedürfnislos. Sie ist je und je zur Religion nur mit Gewalt gezwungen worden. Und freudig und schnell schüttelt sie deshalb auch die nur schwer und widerwillig ertragene religiöse Fessel ab, wo sich eine Macht zeigt, die sie von dem ihr widersinnigen und toten religiösen Ballast befreit und ihr zugleich alle diejenigen Stimmungen, Gefühle, Wollungen und Erregungen bietet, um derentwillen ihr Religion überhaupt nur erträglich ist. Und so fallen, seit der Sozialismus sein Haupt erhoben und seine ebenbürtige Macht entfaltet und gezeigt hat, mit Notwendigkeit allmählich alle religiös Unbegabten, ja oft, aber aus anderm Grunde, auch die religiös Bedürftigen ihm freudig zu, als reife Früchte in seinen Schoß. Denn hier ist, was nicht ewig unverstehbar in den Lüften des Himmels schwebt, sondern fest auf dem Boden dieser Erde ruht; hier ist, was den Kräften dieser Erde entwuchs, wie der Baum und der Halm des Feldes; hier ist ein Ziel, dem Herzen gleich heiß ersehnt, dem Auge aber näher, dem denkenden Verstand als logische Notwendigkeit tausendmal greifbarer als das ganze ewige Leben, die ganze Idee Gottes: Wirklichkeit, Möglichkeit und höchstes Ideal in Einem.

Und aus dem Glauben daran strömen nun dem Sozialisten, dem Arbeiter Werte, die den alten religiösen mindestens gleich sind an beseligender, befreiender, erhebender, vorwärts drängender Wirkung.

Ein neuer Sinn des Daseins enthüllt sich ihm. Denn der Sozialismus wird ja — so weiß er — eine neue Erde und eine neue Menschheit schaffen. Eine Erde, auf der auch der letzte Mann, das gedrückteste Weib einst seinen gekrümmten Rücken wird aufrichten und frei sein Haupt der Sonne entgegenwenden können. Eine Zeit, wo alle guten Kräfte der Menschen frei entfaltet, alle dunkeln Mächte gebändigt sein werden. Und heute schon ist die Stunde da, wo es gilt, diese neue Zeit, diese neue Erde, diese neue Menschheit vorzubereiten, ihrem Kommen den Weg zu öffnen und zu ebnen. Heute schon ist jeder Sozialist zugleich ein Mitarbeiter an der neuen herrlichen Gesellschaft.

Je treuer er mittut, je emsiger er mitbaut, desto schneller, sicherer, herrlicher wird sie heraufziehn. Siehe, so ist auch das einfachste Arbeiterleben nicht mehr überflüssig, zwecklos, wertlos: vielmehr ist es eine Kraft, unentbehrlich und sinnvoll. Ein tiefes Glücksgefühl ist die Folge, desto tiefer, klarer, unerschütterlicher, je sicherer die sozialistische Überzeugung wurzelt, je tiefer die Einsicht ist in die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, je klarer die Erkenntnis ihrer naturnotwendigen Entwicklung. Alle Leiden und Entbehrungen des Alltags verschwinden zwar noch immer nicht, aber sie können auch nicht mehr erdrücken. Und jeder Ruck vorwärts, jeder Schritt auf das Zukunftsziel hin ist zugleich eine tatsächliche Erleichterung von ihnen. Verzweiflung ist nicht mehr denkbar; Hoffnung, Ergebung, Geduld, zähes Ausharren lebt und trägt: alle die Tugenden also, die dem Gläubigen erblühen aus seinem Glauben an Gottes väterliche Führung, sie leben hier, durch den Glauben an die erlösende Kraft des Sozialismus, wieder auf, stärker, feuriger, freudiger und lebhafter sogar als dort, so viel lebhafter und gewisser, wie die Idee des Sozialismus dem natürlichen Menschen näher und verständlicher erscheint als die Idee Gottes und des ewigen Lebens.

Aber nicht genug damit. Der Sozialismus von heute ist nicht nur ein neues Lebensziel, sondern auch schon eine neue große menschliche Gemeinschaft, so gut wie die religiöse, kirchliche. Und auch als solche, genau wie diese kirchliche, erweckt er abermals eine ganze Folge neuer, religiös gearteter Werte. Vor allem zerstört er dem Arbeiter das lähmende Bewußtsein seiner Isoliertheit im Leben. Der Arbeiter, der Sozialist ist und seine Gesinnung als Sozialist betätigt, ist niemals mehr allein. Heute schon, wohin er kommt, trifft er überall Gesinnungsgenossen, Kampfgenossen, Brüder. Überall findet er sozialistische Organisationen, den Wahlverein, die Gewerkschaft, die Genossenschaft, den Bildungsverein, den Sportklub. Überall in ihnen ist er zu Hause. Er ruht in ihnen wie in einem sicheren Geflecht von Rechten, Pflichten, Verbindungen, gemeinsamen Interessen. Seine Einzelpersönlichkeit sieht und fühlt er allenthalben verknüpft mit denen seiner Genossen, sein Einzelschicksal schon eng verwoben mit dem seiner Mitorganisierten. Und abermals löst dies Bewußtsein des geschützten Umfangenseins Gefühle freudiger Sicherheit und freien Stolzes aus, die denjenigen Religiöser durchaus gleichgeartet und gleichwertig sind. Dankgefühle gesellen sich dazu, und können sich gelegentlich selbst in einem Frohlocken äußern, das wenigstens von ferne an das Dankgebet der Christen erinnert. Jedenfalls lösten sie gleicherweise Opferfreudigkeit und Kampffreudigkeit aus, lösten sie auf seiten der Sozialisten heutzutage schon mehr und gewaltiger aus als unter Gläubigen: auch der Sozialismus hat schon seine Märtyrer, die ihm getreu gewesen sind bis zum Tode, die ihm Existenz und Leben freudig und wie selbstverständlich zum Opfer gebracht haben. Selbst Schuld- und Sündenbewußtsein sind dem Sozialisten so wenig fremd wie einem religiösen Menschen. Nur daß er es immer da empfindet, wo er dem großen Ziel seines Lebens gegenüber lässig, der großen Gemeinschaft seiner Klasse gegenüber gleichgültig und zurückhaltend gewesen. Was aber im Lager der Frommen als Gottesfurcht geht, das gilt im Lager der ehrlichen Sozialisten als Disziplin. Denn die demokratisch gegründete, das heißt auf dem Boden gemeinsam gefaßter Beschlüsse ruhende Disziplin ist ja doch im Grunde nichts anderes wie der Ausdruck tiefer Ehrfurcht vor der Macht des sozialistischen Ideals, das nur durch gemeinsame Anstrengung verwirklicht werden kann: die aber ist wieder nur erfolgreich durch gemeinsame gegenseitige Unterordnung unter gemeinsam gefaßte

Willensentschlüsse, gemeinsam sanktionierte Befehle und Anordnungen. Und noch mehr. Was in den ersten Christengemeinden Nächstenliebe hieß, heißt hier, bei den Sozialisten, Solidarität. Der Grundsatz der Gleichberechtigkeit aller vor dem Angesichte Gottes dort, lebt hier wieder auf in der Forderung der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit und in dem Gedanken der Internationalität. Die Höherstellung der Frau aber in den ersten Christengemeinden wird in den Reihen der modernen Sozialisten sogar überboten, zehnfach überboten durch die ihnen selbstverständliche Forderung der Emanzipation der Frau. Selbst in mehr äußerlichen Dingen ist die Ähnlichkeit der sozialistischen mit den religiösen Bewegungen oft überraschend groß. Hier wie dort gibts Versammlungen, Unterricht, Jugendbeeinflussung; Programme, Richtungen, Schlagworte, Symbole; Feste und Lieder, Hallen und Säle, Fanatiker, Propheten, priesterliche Persönlichkeiten. . . . .

Der höchste und letzte religiöse Wert des Sozialismus aber liegt darin, daß er einer gereinigten und fortentwickelten Religion der Zukunft die Bahn frei macht. Denn indem er seinerseits der Masse der religiös Unbegabten und Gleichgültigen gerade soviele religiöse Werte in ebenso modernem als profanem Gewande bietet, als sie verstehen und brauchen, erlöst er sie damit aus den Fesseln einer erzwungenen Religiosität. Und er befreit damit die Religion, die allein Anspruch auf diesen Namen hat, von dem Ballast der religionslosen Masse. Er befreit sie wirklich endlich zu dem, was sie ihrem Wesen nach stets nur war, zu einer Angelegenheit einer Minderheit von Menschen, die ohne Befriedigung ihrer angeborenen heißen religiösen Bedürfnisse nicht leben können. Und er verweist sie damit dorthin, wohin allein sie gehört, in das Kämmerlein, wo der Mensch wirklich allein ist mit dem Gott, von dessen waltendem Sein er als Gläubiger unerschütterlich durchdrungen ist. So ist der Sozialismus zugleich der Fels, auf dem einst auch die Kirche der Zukunft erstehen wird.



# ERNST BRODA, WIEN: DER RELIGIÖSE GEHALT DER ENTWICKLUNGSLEHRE.



EIN paar kurze, abgerissene Bemerkungen nur über einen Stoff, dessen systematische Behandlung wohl die größte philosophische Aufgabe der nächsten Zukunft ausmacht.

Die geistige Weltherrschaft des positiven Christentums ist gebrochen, und kein Breve und keine Enzyklika der Welt kann sie wiederherstellen. Seit vielen hundert Jahren ist die christliche Kirche, eine ragende Gralsburg, im Mittelpunkt der geistigen Welt gestanden. Und, wenn wir die Lebenszeit aller ihrer Vorgängerinnen, von denen sie Ziele, Aufgaben und manches andere übernommen hat, hinzurechnen, so kann man wohl sagen: es war so, seit Menschen denken, fühlen und sich Rechenschaft geben über ihr Wollen. Nun liegen die himmelstrebenden Mauern in Schutt und Trümmern; ein mächtiger Feind, der von allen Seiten zugleich stürmend vordrang, hat sie Stück für Stück untergraben, zum Wanken und Stürzen gebracht. Der Feind war unsere fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnis. — Der Krieg hat so recht begonnen mit Columbus und Copernicus. Indem sie uns gezeigt haben, daß unser alter „orbis terrarum“ nur ein kleiner Teil der be-

wohnten Erde, daß diese ganze schöne, große Menschenerde wieder nur ein winziges Stäubchen unter Tausenden im unendlichen All ist, haben sie an den Grundanschauungen gerüttelt, auf denen das christliche Weltbild aufgebaut war. Die Kardinäle vom Sanctum Officium wußten wohl, was sie taten, als sie Galileo Galilei so drakonisch zum Widerruf seiner Lehren zwangen: Man kann allenfalls annehmen, daß Gott zur Entsühnung des schuldig gewordenen Menschengeschlechts seinen Sohn auf die Erde gesandt hat, wenn man die Erde mit allen ihren hoffenden, strebenden, sündigenden Evasöhnen wirklich für den Mittelpunkt der Welt hält; hat man sie als einen unter Millionen gleichwertigen Himmelskörper erkannt, so werden wir unwiderstehlich zu der fast travestierenden Frage gedrängt: ob denn wohl auf jeder dieser Welten sich auch ein Gottessohn geopfert habe. — Die Wissenschaft ist auch sonst unerbittlich. Thomas von Aquins Gottesbeweise verflattern vor dem kühl prüfenden Auge, das sich mit Kantscher Erkenntniskritik bewaffnet hat. Die Schöpfungsmythen und historischen Erzählungen der Bibel sind widerlegt von Geschichte und Naturwissenschaft. — Und was, meiner Ansicht nach, der wuchtigste Schlag ist: Wir wissen durch die moderne vergleichende soziologische Forschung zuviel über die eigentliche Wesenheit der Religionen als relative und bedingte Sozialphänomene, die aus der psychischen Gesamtdisposition einer Zeit organisch herauswachsen und mit ihr Inhalt und Form wechseln, als daß wir uns mit unbedingtem, gläubigem Zutrauen den Lehren desjenigen Glaubens hingeben könnten, in dessen momentanes Herrschaftsgebiet wir durch die Zufälligkeit, die in Zeit und Ort unserer Geburt liegt, hineingeraten sind.

Und so schwindet denn mehr und mehr Kraft und Macht der bestehenden kirchlichen Organisationen, ohne daß es denkbar wäre, daß aus dem Schutt je wieder ähnliche Gebilde sich erheben könnten, wie es die großen, kirchenbildenden Religionen der Vergangenheit gewesen sind. Und mehr und mehr nimmt der moderne Staat diejenigen Gebiete kirchlicher Tätigkeit selbst in die Hand, die ihm für das Gemeinwesen von Wichtigkeit scheinen. Aber das, was mit dieser Auflösung und Zersetzung der Religionen in uns selbst gefallen ist, das kann uns kein staatliches Dekret wiedergeben oder ersetzen. Eine große, trostlos gähnende Lücke klafft in manchen von uns, wenn wir uns vom Kinderglauben losgerungen. Gibt es da keine Rettung? Vielleicht doch! Ich glaube, die Wissenschaft, dieselbe grausame Wissenschaft, die uns die Religion geraubt und uns dadurch in all dies Elend gestürzt hat, sie gibt uns auch wieder die Möglichkeit, uns daraus hervorzuarbeiten. Es ist zum Dogma geworden, zu sagen, daß die Wissenschaft uns die Religion nicht ersetzen kann; und das ist für die Wissenschaft so ganz im allgemeinen auch ganz gewiß wahr. Ich meine aber, daß es eine ganz bestimmte wissenschaftliche Grundlehre gibt, die, wenn wir sie mit allen ihren Möglichkeiten und Ausblicken nur recht in uns aufnehmen und verarbeiten, uns ganz in sie hineinleben, allerdings geeignet ist, vieles von dem zu ersetzen, was den Menschen vergangener Zeiten nur die Religion geben konnte. Ich meine die Entwicklungslehre. — Wie das?

Drei Richtungen sind es, in denen wir hauptsächlich nach Religion dürsten. Man kann darnach unterscheiden die intellektuelle, die ethische und die ästhetische Seite des religiösen Bedürfnisses. Vor allem die intellektuelle Seite. Was hat uns da die Religion gegeben? Was fehlt uns nun? Aufgabe der Religion war es nie, uns positives Detailwissen zu geben; wo sie das doch versucht hat, wie in der biblischen Schöpfungsgeschichte, war das

eine Grenzüberschreitung, eine Verirrung auf ein Gebiet, wo nicht ihre eigentlichen Ziele und Aufgaben liegen. Die eigentliche Aufgabe der Religion war hier eine viel größere und schönere: sie lag darin, dem wissenschaftlichen Fortschritt ein Ziel zu geben, dem Forschen nach Wahrheit und Erkenntnis seine Bahnen zu weisen. Denn eine Wissenschaft, die von nichts ausgeht und nirgends hinkommen will, die nur wahllos Details aufstapelt, ohne zu wissen, wozu, ist, wenn überhaupt denkbar, ein trostloser kaleidoskopischer Wirrwarr. Die Wissenschaft — das ist: unser organisiertes Wahrheitssuchen — braucht ein ordnendes, formelles Grundmotiv, um das alle diese tausendfältigen minutiösen Beobachtungen und deren symbolische, ideelle Verknüpfungen, die wir „Hypothesen" nennen, sich herumranken können, durch die all das erst Sinn und Leben bekommt. Das starre katholische Dogma war solch ein Rückgrat der Wissenschaft. In der Zeit, da die Kirche die Wissenschaft am vollständigsten beherrschte, zur Zeit der Scholastik, da mußte alle Forschung vom Dogma ausgehen und zum Dogma zurückkehren. Wohl wahr: die Wissenschaft ächzte unter diesem Zwang, und weil sie den Druck schließlich nicht mehr vertrug, zerbrach sie das Dogma; man darf darum auch durchaus nicht fordern, daß dies ordnende Grundmotiv, das wir benötigen und das wir wiederfinden müssen, selbst unantastbar, jeder Kritik entrückt sei, wie die Kirche das damals für ihre Lehren verlangt hat. Oh nein! Wir können solch ordnendes Grundmotiv nur so lange mit Nutzen verwenden, als wir die betreffende Lehre wirklich für wahr und richtig halten; aber ein derartiges, wenn auch mit jedem nötigen Vorbehalt akzeptiertes Grundmotiv brauchen wir, um damit aus den nunmehr in ungeheuren Massen gesammelten, hoch aufgehäuften Materialien endlich einmal den Riesendom einer Weltanschauung aufrichten zu können, ohne den sie ja alle keinen Zweck haben. Solch ein mögliches, ordnendes Grundmotiv aber sehe ich in der Entwicklungslehre. Denn sie verknüpft die letzten Resultate aller Wissenschaften zu einer Einheit. Durch sie gewinnt alles das ein einheitliches Gepräge, was uns Astronomie, Geologie, Biologie und Soziologie zu allerhöchst zu sagen haben. Sie vermag uns durch die ungeheure, vollgepfropfte Vorratskammer unseres Wissens so zu leiten, daß wir nicht ersticken in den Details, sondern jedes einzelne Ergebnis nach seinem Werte nutzen lernen.

Nun zum ethischen Moment. Wir haben das Bedürfnis, nach Zwecken zu handeln. Wir fragen bei allem, was wir tun sollen: warum? und wenn wir im einzelnen Falle die Antwort gefunden haben, so fragen wir wieder nach dem Zweck dieses Zwecks und so immer weiter, bis wir alle täglichen Zwecke auf einen höchsten und letzten, absoluten Zweck zurückgeführt haben. Die grob eudämonistische Zwecksetzung — letztes Ziel alles Lebens sei: möglichst viel Lust zusammenzuraffen — genügt diesem unserem teleologischen Unendlichkeitsdrang nicht, weil immer die Frage offen bleibt, warum wir denn eigentlich nach dem Glück streben sollen. Nach dem Glück zu streben, heißt aber nur die durch uns Menschen in die Sphäre der Bewußtheit und des Wollens geworfene Projektion des überall in der ganzen organischen Natur vorhandenen Dranges zum Leben, zur Selbsterhaltung und allseitigen Entwicklung: ein Drang, an den unser ganzer Organismus angepaßt ist. Indem nun dieser Drang, wie erwähnt, von der Logik nicht approbiert wird, entsteht in uns ein Konflikt, der, wie jeder in einem gesunden Organismus bestehende Konflikt, das Bedürfnis nach Lösung in sich trägt. Dies ist das religiöse Bedürfnis nach seiner ethischen Seite hin. Es wurde von den alten Religionen durch die Statuierung einer „göttlichen Weltordnung" gelöst,

die zu den Menschen sagt: „Handle nach den und den Vorschriften, deren Sinn Du allerdings nicht verstehst. Im übrigen kannst Du Deinen Instinkten folgen. Ich, Dein Gott, werde dann alles lenken und weiterführen.“ Die Verknüpfung der täglichen Zwecke mit einem zwar bestehenden, den Menschen aber allerdings unbekannten, höchsten Zwecke geschieht durch Gott, eine von vornherein als unerklärbar gedachte Macht, an die man nur glauben, die man aber nicht begreifen kann. Alle Philosophien, die auf diesen Gott verzichten, besonders der moderne Materialismus samt dem „Aufkläricht“, können dies religiös-ethische Bedürfnis nicht befriedigen, weil es ja tatsächlich vom Standpunkte dieser Philosophien keine zweifellos sichergesellten höchsten Zwecke gibt oder, wenn ja, wir sie nicht kennen. Wir können also auch nicht rein logisch an solche anknüpfen, um Erlaubtheit und Zweckmäßigkeit aller Handlungen unseres täglichen Lebens abzuleiten. Wir brauchen also etwas, das an Stelle Gottes uns diese logisch unausführbare Arbeit abnimmt und uns dadurch Mut zum kleinen Leben giebt. Und hier nun wäre der Entwicklungsgedanke fruchtbar zu verwerten. Diese der ganzen Natur innewohnende Tendenz zur Höherentwicklung, wie sie uns von der modernen Biologie und Soziologie als überall und ausnahmslos wirksam gezeigt wurde, hat nämlich mit der alten „göttlichen Weltordnung“ einen gerade hier sehr relevanten Punkt gemeinsam. Wir sehen nämlich hier wie dort ein einheitliches, konsequentes Hinstreben nach einem uns unbekannten Ziel, ein Hinstreben, ein Vorwärtsschreiten, das wir Menschen nicht aufhalten können, das unserer zielbewußten Anteilnahme zur Erreichung des Endzieles, von dessen Existenz uns diese ungeheure, sicher bestehende Tendenz überhaupt erst eine unwiderlegliche Kunde gibt, nicht unbedingt bedarf und das, soweit es die Menschen zur Erreichung dieses Zieles benötigen, von ihnen dann auch noch ausreichend unterstützt wird, wenn sie ruhig weiter ihren irdischen Bedürfnissen leben, die allerdings, wenn wohl verstanden, stets im Einklang mit der momentan uns sichtbaren Phase der Entwicklung stehen. Die Bedeutung dieser Lehre von der unendlichen Entwicklung, die mit, ohne oder gegen unser bewußt an ihr teilnehmendes Wollen unaufhaltsam ihren Gang geht, ist die, daß wir von der kosmischen Verantwortlichkeit entlastet werden, die uns niedergedrückt hat, so lange eine Lehre, die jede über und außer uns stehende, den Weltgang ohne uns regelnde Macht leugnete, der Freiheit unseres Willens einen phantastischen Grad und ihrer Ausnutzung eine phantastische Bedeutung zuschrieb. Noch drückender wurde dieser Alp durch die Philosophie des Determinismus, die all unser Tun von der ewig stillstehenden, unbeweglichen Grundlage der Vergangenheit aus nach der unerbittlichen Schablone einer blinden Kausalität in eine sinnlose Zukunft hinein sich abhaspeln ließ. Nicht daß die Entwicklungslehre mit irgendeiner ihrer Konsequenzen mit dem Determinismus irgendwie im Widerspruch stünde! O nein, sie läßt ihn vollständig zu Recht bestehen. Was sie uns sagt, ist nur, daß er nicht die ganze Wahrheit, nicht die einzige Möglichkeit ist, die Dinge zu betrachten. Das Bestehen dieser ungeheuren, unaufhaltsam und unbeirrbar in ihrer Richtung fortstrebenden Linie zeigt, daß es neben der für ewig fixierten Vergangenheit nicht nur einen sinnlosen Wirrwarr der Zukunft gebe. Diese klar bezeichnete, eindeutig verlaufende Linie muß ja doch wie einen unendlich weit zurückliegenden Anfang, so auch einen unendlich weit vorne liegenden Endpunkt haben. Es gibt also nicht nur eine starre Vergangenheit, von der alles Weltgeschehen ausgeht, sondern auch eine sichere Zukunft, der alles zustrebt. Und das, das ist ein wunderbar beruhigen-

der Gedanke, der uns über manchen verlorenen christlichen Himmel trösten kann. — So gibt uns die Entwicklungslehre wieder Mut zum täglichen Leben, indem sie uns die beruhigende Sicherheit einflößt, daß wir keine Sisyphusarbeit tun, wenn wir dem Drang in uns folgen, der uns unaufhaltsam vorwärts und hinauf weist; indem sie den teleologischen Zusammenhang herstellt zwischen den weitesten Zwecken, auf die uns die irdischen Bedürfnisse noch hinweisen und die mit den weitest uns noch erkennbaren Stadien der Entwicklung zusammenfallen — weil nur diejenigen irdischen Bedürfnisse dauernd erfolgreich befriedigt werden können, die mit der Entwicklung im Einklange stehen und anderseits all das uns Möglichkeit zur Lusterlangung und damit bald auch Bedürfnis wird, dessen Ausführung dadurch, daß es mit der Entwicklung übereinstimmt, die Freude des Erfolges verheißt — zwischen diesen weitesten, eben noch sichtbaren Zielen den Zusammenhang herstellt und jenem Endziel, dessen Existenz uns, wie früher gezeigt, überhaupt erst durch die Entwicklung sichergestellt wird. Das Fehlen dieser Verknüpfung aber habe ich früher als eine Hauptursache der Trostlosigkeit des religionslosen Zustandes nachgewiesen. Womit der Kreis geschlossen ist: die Forderungen unseres Lebens- und Glücksdrangs, von dem wir uns nun einmal nicht losringen können, sind versöhnt mit den letzten Zwecken alles Seins; die Richtung unseres Wollens ist eingeordnet und aufgenommen in den Weltwillen. Das aber ist, glaube ich, alles, was ein ethisches System nur tun kann; und mehr hat ja auch die Ethik des Christentums nicht geleistet, die ja auch erst die Seligkeiten des Himmels und die Schrecknisse der Hölle gebraucht hat, um uns zum „Guten" zu bewegen.

So können wir, glaube ich, aus der Entwicklungslehre eine Ethik bauen. Aber mehr noch: Ich glaube, daß dies die einzige Möglichkeit zur Ethik ist, die für uns überhaupt noch besteht. Denn wenn wir den Grundstein zu einem ethischen System legen wollen, so rufen wir allesamt mit Archimedes: „Δός μοι που στῶ καὶ κινήσω τὴν γῆν!" *) Wir wollen hinter alle die einzelnen, relativen Zwecke unseres Handelns einen einzigen, absoluten, höchsten setzen. Etwas Absolutes, unwandelbar Feststehendes brauchen wir, worauf wir uns stützen können, um von dorther all unser Wollen und Sollen zu regeln. Wo aber finden wir heute solch festen Punkt? Alles, was unsere Vorfahren absolut und sicher glaubten, hat uns die Wissenschaft als relativ und bedingt und schwankend erwiesen: in der ganzen Welt nur Bewegung und gegenseitige Abhängigkeit und trügerisches, labiles Gleichgewicht, wo ehedem alles so fest und stabil schien. Nur in einem Punkt war diese ewig negative, alles zerstörende Wissenschaft entschieden aufbauend. In all der schwankenden, fließenden Welt hat sie uns ein Festes, Unwandelbares, Absolutes schauen gelehrt: die Linie der unendlichen Entwicklung als einzig Fixes im All. Darum liegen hier alle Zukunftsmöglichkeiten der Ethik. Weil es außer dieser Linie überhaupt nichts Bleibendes und Absolutes gibt, woran wir die Maximen unseres Handelns knüpfen könnten.

Und nun zur ästhetischen Seite. Es würde weit den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten, wollte ich hier auch noch meine ästhetischen Ansichten entwickeln; davon also nur so viel: daß ich für die letzte Grundlage aller ästhetischen Lust die durch irgendein Objekt in uns bewirkte Illusion einer Steigerung, einer Intensifikation unseres Lebens erblicke. Wer wollte

*) Gib mir einen Punkt, darauf zu stehen, und ich bewege von dort aus die Erde.

leugnen, wie viel, wie unendlich viel Werte uns die Religion da gegeben hat? Die Schöpfung und Ausgestaltung der verschiedenen Gottestypen war vielleicht die größte künstlerische Tat der Menschheit seit Anbeginn. Denn nicht Gott hat uns nach seinem Ebenbild erschaffen, wie die Bibel lehrt, sondern wir Menschen haben uns seit jeher nach unserm Ebenbild unsern Gott geschaffen. Nur daß wir in diesen selbstgeschaffenen Göttern unser Innenleben und alle unsere Eigenschaften ins Unendliche gesteigert haben. Und diese große künstlerische Tat, die die Menschheit in Jahrtausenden vollzogen, sie schafft jeder einzelne von uns selbständig nach in den Stunden andächtigen Gebetes: wenn wir in heiliger Hingebung und Sehnsucht in Anschauung Gottes verharren und unsere eigene Seele in seine Unendlichkeit sich ausweiten fühlen. Nichts anderes als die Vorstellung unseres gesteigerten eigenen täglichen Lebens ist auch das Bild des Lebens im Jenseits: des griechischen Elysiums, der ewigen Jagdgründe der Indianer, des christlichen Himmels. Aber müssen alle diese zweifellos ganz ungeheuren ästhetischen Werte wirklich mit den alten Religionen so vollständig aus unserm Leben verschwinden? Kann nichts dies religionslose Leben vor der entsetzlichen Nüchternheit eines Daseins ohne Gottesbegriff und Jenseitshoffnung befreien? Ich meine, die Entwicklungslehre schafft auch hier Rat. Die Entwicklungslehre nimmt uns den Gottesbegriff nicht vollständig; sie rückt ihn nur in unsere eigene Zukunft; sie lehrt uns das Evangelium von unserm steten Fortschreiten zu immer höherer Vervollkommnung und gibt uns damit die Hoffnung einer immer größeren Annäherung an das Ideal der absoluten Vollkommenheit, das wir „Gott“ nennen! Und auch das gesteigerte Leben des Jenseits, das die alten Religionen jedem einzelnen Individuum als Möglichkeit vorbehielten, stellt die Entwicklungslehre uns als Zukunft unserer ganzen Gattung auf ihrem Wege zu immer höheren Formen des Daseins vor Augen. Aber mehr noch: Ich meine, daß die Entwicklungslehre nicht nur die ästhetischen Werte der alten Religionen voll zu ersetzen vermag; ich glaube, daß sie auch selbst imstande ist, mit einigen Gedanken ihres Vorstellungskreises uns ganz neue, gewaltige Werte zu geben. Sind es nicht Vorstellungen von herrlicher, lebensteigernder Erhabenheit, wenn sie uns lehrt, daß wir auf unserer lieben alten Erde nicht Fremdlinge sind, die irgendwann vom Himmel gefallen sind, sondern eingeborene, erbberechtigte Söhne, daß uns eine große Einheit der Abstammung und der Ziele mit der ganzen organischen Natur verbindet, daß Tier und Blume uns Bruder und Schwester sind? Die Künstler der Zukunft werden entscheiden, ob diese und ähnliche Vorstellungen uns ästhetischen Ersatz werden geben können für das wegfallende jüngste Gericht, für himmlische Posaunen und höllische Siedekessel. Ich glaube wohl! Es ist wahr, die Entwicklungslehre hat uns aus Kindern Gottes zu Kindern der Affen gemacht. Aber, ich muß gestehen, es scheint mir tausendmal schöner, Ziel und Erfüllung der gewaltigen Höhensehnsucht zu sein, die in der ganzen großen Natur von Ewigkeit her bestanden und gewirkt und gezeugt hat, die herrlichste letzte Blüte an ihrem alten Stamm, die sie nur sprießen lassen konnte, indem sie tausend andere lachende, grüne Zweige und Blüten welken und fallen ließ, tausendmal schöner scheint es mir so, Krönung und Schlußstein des türmenden Weltbaus zu sein und Grundstein zugleich für einen kommenden, noch herrlicheren, als ein letzter, degenerierter Abkömmling aus irgendwelcher Geisterwelt, der allerunterste Schemel von Göttern und Engeln und Heiligen. Und ich bin anmaßend genug, zu glauben, daß meine Ansicht die stolzere ist.

# DR. BRUNO WILLE, BERLIN-FRIEDRICHSHAGEN: FREIRELIGIÖSE GEMEINDEN IN DEUTSCHLAND.


ELIGION und Religionen" betitelt Prof. Pfleiderer ein neues Werk, und darin heißt es: „Die religiösen Vorstellungen können den tiefgreifendsten Wandlungen unterliegen, und doch kann die Religion als Grundstimmung der Seele wesentlich dieselbe bleiben. Daraus folgt, daß Konflikte zwischen der weltlichen Wissenschaft und den überlieferten religiösen Vorstellungen nicht das Recht der Religion selbst in Frage stellen, sondern nur ein Anzeichen dafür sind, daß die bisherige Vorstellungsweise nicht mehr die zureichende Form für das religiöse Leben ist und sonach mehr oder weniger einer Verbesserung und Erneuerung bedarf." Dies religionswissenschaftliche Streiflicht hellt auch das Wesen der freireligiösen Bewegung auf. Im engeren Sinne des Namens erst ein halbes Jahrhundert alt, bedeutet sie dem tiefer Forschenden ein neues Reis jenes ehrwürdigen Baumes, den man „lebendige Religion" nennen darf im Gegensatz zur dogmatischen Erstarrung. Zwar waltet in allem, was sich entwickelt, neben dem Werdenden und Fortschrittlichen auch eine konservative Macht und ist da im Rechte, wo es gilt, alterprobte Werte festzuhalten und zu verteidigen gegen Umsturzversuche seitens neuer Tendenzen, die in mancher Hinsicht noch problematisch sind; indessen kann das Moment der Beharrung ausarten, und besonders droht diese Gefahr, wo Sitte und Pietät mit einer mächtigen, reichen Organisation zur Erhaltung des Hergebrachten verbunden sind. Ich meine die Kirche; gleichviel ob „katholisch" oder „protestantisch", — sobald sie Glaubenssätze der Vergangenheit, die von der fortgeschrittenen Wissenschaft, Vernunft und Sittlichkeit als veraltet empfunden werden, dogmatisch zu behaupten sucht, wird sie dem Geiste der neuen Zeit immer fremder, und die Vorwärtsdrängenden unter den Modernen werden die Kirche verlassen, um entweder geringschätzig die Achsel zu zucken über den „Wahn des Glaubens" oder unabhängig von Kirche und Staat ihre „freie" Religion auszuüben.

Diesem Entwicklungsgesetze gemäß entstanden im Jahre 1844 die ersten freireligiösen Gemeinden Deutschlands. Damals, als die Regierungen das Drängen des Volkes nach demokratischer Selbstbestimmung reaktionär zu lähmen suchten und mit der religiösen Orthodoxie eine „heilige Allianz" schlossen, — damals, als der Bischof von Trier den angeblichen Rock Christi einer Anbetung preisgab, die Hunderttausenden von Wallfahrern die Worte entlockte: „Heiliger Rock, bitte für uns!" — damals schleuderte ein katholischer Priester, Johannes Ronge, im „offenen Briefe" Flammenworte der Empörung gegen pfäffische Volksverdummung, und eine Freiheitswoge bewegte das Nationalgemüt so machtvoll, als solle eine neue Reformation erstehen. Von protestantischer Seite kam den „Deutschkatholischen" und „Christkatholischen" Unterstützung in Gestalt mehrerer Prediger, die, unzufrieden mit dem orthodoxen Regime, das Kirchen- und Staatsleiter streng übten, nebst ihren anhänglichen Gemeinden aus der „Landeskirche" austraten. Im Jahre 1848 durch die Demokratie begünstigt, erreichten die freireligiösen Gemeinden damals ihren numerischen Höhepunkt mit ein paar Hunderttausenden. Der Polizeisäbel der darauf folgenden Reaktion aber zersprengte die jungen Organisationen, Prediger wurden ausgewiesen, Beamte wegen ihres freireligiösen Bekenntnisses gemaßregelt, Versammlungen aufgelöst und verboten, Rechte verweigert. Kein Wunder, daß die Bewegung

in den fünfziger Jahren zusammenschmolz. Anfangs auch vom Großbürgertum unterstützt und selbst Offiziere und höhere Beamte zu Mitgliedern zählend, beschränkten sich die freireligiösen Gemeinden mehr und mehr auf das Kleinbürgertum, unter der Führung idealistischer Akademiker und abgefallener Theologen. Neues Blut brachten sozialdemokratische Arbeiter in den achtziger und neunziger Jahren. Gegenwärtig gibt es in Deutschland 30—40 000 Freigemeindler. Am stärksten ist natürlich die Berliner Gemeinde, die 12 000 Personen, zumeist Proletarier, zählt. Große Gemeinden sind noch in Breslau, Görlitz, Magdeburg, Nordhausen, Mannheim, Offenbach, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz, Nürnberg, München, Stettin, Königsberg. Elf Gemeinden haben Grundbesitz, neun darunter einen eigenen Vortragssaal, die Berliner Gemeinde einen eigenen Friedhof. Schulsäle oder städtische Räume stehen sieben Gemeinden zur Verfügung; sonst behilft man sich mit Konzert- und Restauranthallen oder auch mit Privaträumen begüterter Mitglieder. Berufsmäßig angestellt haben die freien Gemeinden folgende 14 Prediger, auch „Sprecher" genannt: Dr. Friedrichs-Königsberg i. Pr., Prof. Dr. Schieler-Danzig, Tschirn-Breslau, Kippenberger-Leipzig, Bursche-Nordhausen, Dr. Kramer-Magdeburg, Dr. Peters-Nürnberg, G. Schneider-Mannheim, K. Voigt und O. Bloch-Offenbach a. M., W. Klauke-Frankfurt a. M., Welker-Wiesbaden, Rieber-Mainz, Bucksath-Alzei (Rheinhessen), dazu Dr. Penzig als Vortragenden und Lehrer an der humanistischen Gemeinde zu Berlin. Außerdem halten im Nebenberufe regelmäßig Vorträge in der Gemeinde Berlin I und Stettin: Dr. Wille, E. Vogtherr, Fräulein Ida Altmann, Prof. Gehrke, A. Stern, W. Manasse, M. H. Baege, gelegentlich auch Wilh. Bölsche; ferner L. Aub und andere in Nürnberg; d. h. also, die freien Gemeinden geben einem Viertelhundert geschulter Redner vollen Beruf oder Gelegenheit zu regelmäßiger Wirksamkeit für entschiedene Volksaufklärung. Diese Redner halten *jedes Jahr in Deutschland 6—700 freireligiöse Vorträge*, abgesehen noch von Gelegenheitsreden bei Beerdigungen usw. Die freireligiösen Flugblätter, die seit 60 Jahren ins Volk schwirren, Aufrufe, Zeitschriften, Broschüren zählen nach Millionen und haben neben den Vorträgen der oft zündenden Redner unter Handwerkern, Arbeitern und Bauern, auch unter Kaufleuten und Studenten sowie unter nachdenkenden Frauen verschiedener Stände eine ansehnliche Bildungsarbeit in der modernen Geistesgeschichte geleistet.

Die Religionsübung der Freigemeindler besteht in Sonntagsvorträgen, gewöhnlich durch Gemeindegesang eingeleitet und geschlossen, außerdem in Feiern zu Weihnachten, Neujahr, Ostern, Pfingsten, beim Totenfest und bei der Entlassung der Jugend aus den freireligiösen Unterweisungen, gelegentlich auch beim Eheschluß, bei der Hochzeit und am Grabe. Um den freireligiösen Jugendunterricht wird in Preußen ein hartnäckiger Kampf geführt. Nur da, wo für „ausreichenden Ersatz" der schulplanmäßigen (evangelischen, katholischen oder jüdischen) Religionsstunde gesorgt ist, sind Dissidentenkinder der Volksschulen von diesem konfessionellen Unterrichte befreit. Dabei gelten die Unterweisungen der freireligiösen Sprecher nicht in allen Städten als ausreichender Ersatz. Vor allem nicht in Berlin, wo die Regierung unter dem Einflusse orthodoxer Seelenhirten den überhandnehmenden „Unglauben" fürchtet. Verfasser dieser Zeilen wurde vor zwölf Jahren auf Betreiben des preußischen Kultusministers für ungeeignet zum Jugendunterrichte erklärt, weil er „das Dasein eines persönlichen Gottes in Abrede stelle und es mit einer Partei halte, die den Umsturz alles Be-

stehenden erstrebe". Gestützt auf die von der preußischen Verfassung versprochene Gewissens- und Religionsfreiheit fuhr ich gleichwohl jahrelang in den freireligiösen Jugendunterweisungen fort und sollte deshalb eine Strafe von je 100 M. für jede Unterrichtsstunde, also mehrere Tausende, zahlen. Da ich nicht zahlte, wurde ich auf administrativem Wege, wie die Russen dies Verfahren nennen, das heißt ohne Richterspruch, selbst ohne Initiative der Polizei, bloß auf Anordnung der staatlichen Schulleitung ins Gefängnis eingesperrt, ohne daß nach Lage der Staatsverfassung ein Gericht oder die Volksvertretung zu meinem Schutze etwas tun konnte; alle angerufenen Instanzen erklärten sich für unzuständig. Die Regierung selber fühlte sich schließlich in Verlegenheit, da die Situation von den Freireligiösen zu starker Agitation benutzt wurde; so entließ man mich aus dem Gefängnis „auf Urlaub", und dieser „Urlaub" — dauert jetzt, nach zwölf Jahren noch, fort. Es wäre zwecklos, wollte ich die Staatsbehörde zu abermaligem Einschreiten gegen mich herausfordern; drum erteile ich nicht mehr persönlich den freireligiösen Jugendunterricht, wohl aber in Form von Vorträgen, die ich schriftlich verfaßt habe und die von rednerisch geschulten Personen den Kindern vorgelesen werden, außerdem mittels einer von mir redigierten Jugendzeitschrift. Die Zahl der freireligiösen Zöglinge hat sich unter dieser Praxis verdoppelt und verdreifacht.

Geistig läßt sich das Freigemeindlertum als eine undogmatische Religiosität moderner Richtung bezeichnen. Der leitende Grundsatz ist die „freie Selbstbestimmung" sowohl der Gemeinde wie des einzelnen Gemeindemitglieds, soweit es sich um religiöse Weltanschauung handelt. Es mag also, wie Friedrich der Große sagte, „jeder nach seiner Fasson selig werden". Die Vorträge der Prediger gelten nur als Anregungen von Persönlichkeiten, die, wissenschaftlich und rednerisch gebildet, ihr bestes religiöses Suchen und Erleben mitteilen. Demnach läßt sich nicht behaupten, daß die freireligiösen Gemeinden einer bestimmten Weltanschauung huldigen — wiewohl sie einig sind in der Zurückweisung von Glaubenssätzen und Priestern, die durch Autorität für maßgebend oder unfehlbar erklärt werden. Nahezu einig lehnen sie auch den Supranaturalismus ab, insofern er Eingriffe einer übernatürlichen Macht in die naturgesetzliche Weltentwicklung, Wunder, Inspiration, Inkarnation und dergleichen lehrt. Allerdings gibt es eine Zahl Freireligiöser, besonders in der Stadt der „reinen Vernunft", die, durch Kants Philosophie geschult, ihre Gewissensfreiheit in der Art des Mystikers betätigen und religiös ein Wesen jenseits von Raum, Zeit und Kausalität verehren. Den entgegengesetzten Flügel bilden jene Atheisten und Materialisten, die sich in der Negation gefallen, das Weltwesen als Kraft und Stoff bezeichnen, einen ewigen Sinn des Lebens leugnen, gegen das Pfaffentum donnern, hauptsächlich für den Austritt aus der Kirche agitieren und mehr oder minder ausgesprochen der Ansicht sind, der radikale Freireligiöse sei frei von aller Religion. Als eine Art Mittelpartei dürfen jene Monisten gelten, die ein höchstes Wesen verehren, aber nicht im Jenseits suchen, sondern nach Art eines Giordano Bruno und Spinoza, eines Goethe und Haeckel innerhalb der Natur, vorwiegend also im Innenleben der Menschheit; kein brutales Wesen ist ihnen das All, sondern ein geistiger Urgrund, dem sie eine sinnvolle Entfaltung zutrauen und im Kultus des Idealen jene Hingabe widmen, die das Evangeliumwort „πιστεύειν" meint.

Hilfstruppen der „Freireligiösen" sind die „Freidenker" — Materialisten, Mechanisten, Monisten, Idealisten, die für Gedanken- und Ge-

wissensfreiheit auf allen Gebieten des Lebens fechten und im „Deutschen Freidenkerbunde“ seit 27 Jahren eine Organisation haben, die durch Vorträge, Schriften und Kongresse wirkt und dem „Internationalen Freidenkerbunde“ angeschlossen ist. Ihre Hauptzeitschrift ist „Der Freidenker“, von mir geleitet. — Seit drei Jahren gibt es auch einen „Deutschen Monistenbund“, der monistische Weltanschauung pflegt, unter dem Ehrenpräsidium von Ernst Haeckel, jedoch ohne sich auf dessen Richtung zu beschränken. Diese Monisten sind keineswegs bloß naturwissenschaftlich tätig, sondern suchen die Naturforschung philosophisch und religiös zu ergänzen. Angefeindet werden sie neuerdings vom „Keplerbunde“, der ihnen Dogmatismus und Materialismus vorwirft, dabei aber zu dem Dogma sich bekennt, daß „die Wahrheit in sich die Harmonie der naturwissenschaftlichen Tatsachen mit der religiösen Erfahrung trägt“, wobei unter „religiöser Erfahrung“ die wichtigsten Kirchenlehren verstanden werden, wie schon die Zugehörigkeit zahlreicher Theologen sowie des theologisierenden Professors Reinke erwarten läßt, der die Paragraphen der preußischen Verfassung gegen den Monismus ausspielte. — Eine gewisse Verwandtschaft mit den freireligiösen Gemeinden haben die „Gesellschaften für ethische Kultur“. Nach dem Vorbilde der Organisationen in Nordamerika und England, wo Salter, Adler, Coit wirkten, wurde die ethische Bewegung in Deutschland vor 17 Jahren von den Universitätsprofessoren Georg von Gizycki und Wilhelm Förster inszeniert und später besonders von Dr. Rudolf Penzig, dem Herausgeber des Blattes „Ethische Kultur“, geleitet. Diese Ethiker glauben an eine von Weltanschauung unabhängige Sittlichkeit und suchen rein ethisch Jugend und Volk zu erziehen, wobei sie peinlich das Gebiet der Weltanschauung vermeiden. Freireligiöse und Freidenker sagen ihnen nach, daß sie der Kirche den Pelz waschen wollen, ohne ihn naß zu machen.

Die genannten Organisationen freiheitlichen Charakters haben sich vor ein paar Monaten im Athen der deutschem Denker und Dichter zum Weimarer Kartell zusammengeschlossen. Nach längerem Zaudern kam dies Werk zustande; der deutsche Individualismus wußte zwar, daß Einigkeit stark macht, besorgte aber, die Einheit könne die Freiheit schmälern. Schließlich fühlte man sich durch die Macht und Einigkeit der gemeinsamen Gegner zum Schutz- und Trutzbündnisse gedrängt und bildete eine Art Kulturblock, dessen vorläufige Tendenzen in folgenden Beschlüssen angedeutet sind:

„Die in Weimar versammelten Vertreter und Mitglieder folgender Vereine: Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands, Bund für persönliche Religion—Kassel, Deutscher Bund für weltliche Schule und Moralunterricht, Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, Deutscher Monistenbund, Freidenkerbund, Freie ethische Gesellschaft—Jena, Giordano Bruno-Bund, Jungdeutscher Kulturbund und Kartell der freiheitlichen Vereine Münchens — beschließen einstimmig, an der Verwirklichung folgender Forderungen mit gemeinsamen Kräften zu arbeiten:

1. freie Entwicklung des geistigen Lebens und Abwehr aller Unterdrückung;
2. Trennung von Kirche und Staat;
3. Trennung von Kirche und Schule.

Völlige Einstimmigkeit wurde ferner erzielt über eine Reihe wichtiger praktischer Einzelforderungen, die, sobald die endgültige Redaktion vorliegt, in einem Aufruf bekannt gegeben werden.

Zum Zwecke eines dauernden Zusammenarbeitens beschließt die Weimarer Konferenz:

1. die Einrichtung eines ständigen Ausschusses aus den beteiligten Vereinen;
2. Abhaltung regelmäßig wiederkehrender Kongresse.

Die Konferenz empfiehlt ferner nachdrücklich:

3. örtliche Kartellierung;
4. Förderung der die Ziele des Kartells vertretenden Presse, insbesondere gegenseitige Unterstützung der Zeitungen und Zeitschriften der beteiligten Vereine;
5. einheitliche und planvolle Organisation des Vortragswesens."

Was den freien Gemeinden in Deutschland, gleichviel, wie sie ihre Namen und Grundsätze formulieren, noch übermächtig im Wege steht, sind die verbündeten Mächte Kirche und Staat sowie die Neigung der Menge, besonders der begüterten und einflußreichen Stände, dem Hergebrachten, äußerlich Starken und durch Autorität Geheiligten recht zu geben, den Gott in der eigenen Brust aber zu überhören. Die freien Gemeinden hoffen, in günstigeren Zeiten werde ihre Saat aufgehen.



# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

VON PROF·DR·RODOLPHE BRODA·PARIS

## IV. DIE RELIGIÖSE WELTKRISE.

WENN wir die gegenwärtige Kulturepoche der Menschheit mit all den vorausgegangenen Vergleichen und ihr charakteristisches Unterscheidungsmerkmal festzustellen suchen, dann tritt uns als eines der bedeutungsvollsten Momente die religiöse Krise entgegen, durch die all die hauptsächlichsten Kulturvölker der Gegenwart hindurchgehen. In den romanischen Ländern hat sich ein großer Teil der Gebildeten von der einst allmächtigen katholischen Kirche getrennt, Frankreich kann bereits heute kaum mehr als ein christliches Land gelten, Italien und im weitern Abstand Spanien und Südamerika folgen. Auch die germanischen und slavischen Völker des europäischen Festlandes sind in ihren gebildeten Schichten überwiegend zum Agnostizismus übergegangen. Von all den Gliedern der weißen Rasse haben bloß die Anglosachsen in England, Amerika Südafrika und Australien das Christentum als beherrschende Macht ihres geistigen Lebens bewahrt. Aber in all diesen Gebieten hat der christliche Glaube selbst derart viel von modernen wissenschaftlichen und sozialen Auffassungen in sich aufgenommen, lösen sich von ihm derart viele liberale Sekten los, daß wir mit Recht von völliger Umwertung aller religiösen Werte auch bei den Anglosachsen sprechen können.

Selbst im Schoß der Kulturvölker Asiens hat die religiöse Krise begonnen. Die Gebildeten Japans sind in ihrer Mehrheit zur agnostischen Weltanschauung übergegangen.

Eigenartig muß all dies den Soziologen berühren. Noch niemals in der Geschichte der Menschheit sind derart alle religiösen Mächte ins Wanken gekommen. Denn die einzige agnostische Periode, von der uns die Geschichte meldet, die Epoche der hellenistisch-römischen Kultur, hat doch niemals über die Küstenländer des Mittelmeers hinausgegriffen. Wie erklärt sich dieses neugeartete Phänomen? Auf welche Faktoren ist es zurückzuführen? Als wichtigste derselben müssen wohl die bahnbrechenden Forschungsergebnisse der exakten Naturwissenschaften bezeichnet werden, welche die religiösen Legenden von der Erschaffung der Welt und des Menschen, und mit ihnen den Glauben an die göttliche Inspiration der heiligen Bücher, welche die Grundlage der großen positiven Weltreligionen bilden, im Gedankenleben der gebildeten Kreise entwurzelten. Dazu traten dann die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft, welche das Leben der Religionsstifter selbst, das Erwachsen der religiösen Dogmen und Gemeinden, die Entwicklungsgrundlagen des Priestertums in ganz neuem, vermenschlichtem Bilde erscheinen ließen. Aber es wäre ein Irrtum, zu meinen, daß die Auffindung dieser Wahrheiten allein in rein logischer Weise die Entwurzelung der positiven Religionen erkläre. Sehr wesentlich trug hierzu auch der autoritätsfeindliche Zug

einer Zeitepoche bei, die von überlieferten politischen Zuständen zur freien Demokratie, von ererbten Sitten, Gebräuchen und Beziehungen zur freien Selbstbestimmung des Individuums überzugehen im Begriff ist. Und sehr wesentlich scheint mir noch ein dritter Faktor in Frage zu kommen, der nur zu oft übersehen wird, daß nämlich aus den Söhnen einer religiösen, von den mystischen Schauern unerklärter freundlicher oder böser Naturmächte umfangenen Bauernschaft eine städtische Arbeiterschaft erwachsen ist, die in dem aller Mystik baren, rein menschlich rationellen Fabrikmilieu selbst rationalistisch geworden und in ihrem Kampfe gegen alle herrschenden Gewalten und Traditionen zum Träger der politischen Gegnerschaft gegen die sozial-religiösen Mächte der Vergangenheit werden mußte.

So erklärt es sich, daß sich in allen genannten Kulturvölkern die Bevölkerung in zwei große, einander bekämpfende Gruppen scheidet: die konservativen Massen des Bauernstandes, zum Teil auch des Kleinbürgertums, einerseits, welche an den ererbten religiösen Idealen festhalten, die Intellektuellen und die städtische Arbeiterschaft andrerseits, welche religionslos geworden sind. Unzählige aber schwanken zwischen beiden Lagern hin und her, sie fühlen sich von beiden gleichzeitig angezogen und abgestoßen. Das logische Bedürfnis nach Wahrheitsfolge zieht sie fort von den religiösen Legenden zur Seite der modernen Wissenschaft, und das psychische Bedürfnis nach Erhebung über den Alltag, nach Trost im Leid, nach einem festen Halt im Leben und tiefem Erfassen seiner letzten Zwecke läßt sie in Unbefriedigung wieder von dort heimkehren zu den erquickenden Quellen des Glaubens. So setzt sich die große Weltkrise im Gemüt ungezählter einzelner und gerade der besten unserer Gattung fort, so geht ein großer Riß durch die Seelen. So könnte es fast scheinen, als ob wir entweder auf die stolze Wahrheitsforderung des Geistes oder auf den Frieden unseres Gemütes verzichten müßten. Viele meinen, daß dem wirklich so sei, daß hier ein Gegeneinander zweier Imperative vorliege, über dem es keine höhere Synthese gebe. Theoretische Lösungen der Antinomie zu finden, wäre auch von zweifelhaftem Werte. Denn hier liegt ja ein großes Problem der Massenpsychologie vor, dessen Lösung bloß von großen Strömungen in der Massenseele, von geschichtlichen Entwicklungen kommen kann.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Aber ein tieferdringender Blick zeigt uns allerdings, daß der große Wahrheitsimperativ bedeutsame Veränderungen im Schoß der bestehenden Religionen, eine Fortentwicklung in der Richtung zur wissenschaftlichen Weltauffassung zu bewirken im Begriffe ist, daß andererseits inmitten des agnostischen Milieus neue religiöse Bildungen erwachsen, die in strenger Festhaltung aller wissenschaftlichen Werte eine neue, harmonische Lebensauffassung zu begründen streben. Unser Überblick wird nun zeigen, wie gerade in den Ländern mit noch lebenskräftiger religiöser Kultur die erstere Entwicklung bedeutsam einsetzt, während dort, wo konservative Kirchen, wie die griechische und katholische, diesen Weg versperren, der Schwerpunkt der fortschrittlichen Entwicklung in den Bildungen von der Seite des Freidenkertums her liegt. Fassen wir alle diese Entwicklungsansätze in den einzelnen Ländern ihres Werdens gesondert ins Auge.

Selbst in der katholischen Kirche traten in jüngster Zeit Strömungen in die Erscheinung, welche die Versöhnung ihrer Dogmen mit moderner Wissenschaft und Kultur anstreben. Insbesondere in jenen Ländern, in denen protestantische Sekten so gut wie gänzlich fehlen und somit jede

freiere religiöse Stimmung notwendigerweise zunächst im Innern der Kirche sich zur Geltung bringen muß. An erster Stelle scheint hier Italien zu stehen, dessen lebensvolle modernistische Strömung sich durch keine Enzykliken des Papstes ersticken läßt. (Siehe Bericht von M. Duprat: „Das Programm der italienischen Modernisten“ auf Seite 405.) In Frankreich mit seinem völligen Abfall so vieler fortgeschrittener Elemente von der Kirche war ein minder günstiger Boden für diese Bestrebungen vorhanden, wenngleich sie auch hier mit edlem Enthusiasmus vertreten werden (siehe Artikel von Abbé Naudet in Heft 1, und Seite 334). Vorsichtiger und doch im Wesen gleichgerichtet sind die fortschrittlichen Katholiken Deutschlands tätig (siehe Artikel von Prof. Rade in Heft 1 und Graf v. Hoensbroech, Seite 342), und in Amerika mit seiner fortschrittlich religiösen Gesamtstimmung haben die katholischen Gemeinden offen die Leitsätze moderner Wissenschaft, so die Entwicklungslehre, akzeptiert. Noch weit lebhafter ist die gleiche moderne Strömung in den protestantischen Kirchen. In Deutschland gewinnt die liberale Richtung immer mehr Raum (siehe Artikel von Prof. Rade, Heft 1), in Amerika vollzieht sich die große Umbildung des historischen Christentums zu einer modernen Moral- und Soziallehre, in der die Dogmen und religiösen Geschichtsberichte stets mehr und mehr nur als Erbauungslegenden aufgefaßt werden (siehe Bericht von Rev. Dr. Martin auf Seite 396). Zu ganz freien Auffassungen endlich gelangte der Protestantismus in Frankreich (siehe Bericht über „Der liberale Protestantismus in Frankreich“ auf Seite 407) und ebenso das Judentum (siehe Bericht „Das liberale Judentum in Frankreich“ auf Seite 411).

Noch weiter geht die Bewegung in England und Amerika, wo an der äußersten Linken der bestehenden Religionen die ethischen Gemeinden erwachsen. In ihnen werden alle kirchlichen Dogmen und positiv religiösen Glaubenssätze bewußt beiseite gestellt, das Interesse der Gemeinde wendet sich ausschließlich moralischen und sozialen Fragen zu (siehe Bericht von McCabe über Freidenkertum in England auf Seite 398). Freilich ist es trotz alledem die traditionelle christliche Moral, welche in den ethischen Gemeinden das Leitmotiv bildet. Keinerlei neue wie auch keine bestehende philosophische Auffassung eint die Mitglieder dieser Gemeinden, sie glauben eine selbstverständliche, jedermann unmittelbar evidente Moralanschauung zu vertreten und vergessen dabei, daß es eine solche nicht gibt, daß alle moralischen Werte relativ, für jedes Volk, jede Kultur, jede soziale Klasse und jede freie Persönlichkeit verschieden sind und daß es eben nur die gewaltige Nachwirkung einer Jahrtausende lang allmächtigen jüdisch-christlichen Kultur ist, welche die Übereinstimmung ihrer Mitglieder in allen moralischen Fragen bis zu einem gewissen Grade ermöglicht. Sie vergessen, daß sie mit dem Verlassen dieser christlichen Traditionen den festen Boden unter den Füßen verlieren, und daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, bis auch die traditionelle christliche Moral ihrer philosophisch-dogmatischen Grundlage beraubt in ihrem Kreise zusammenbricht. Sie vergessen auch in ihrem anglosächsischen Utilitarismus, daß ihre Aufstellung moralischer Grundsätze und solidaristischer Normen für das soziale Gemeinschaftsleben wohl eine wesentliche, aber nicht die einzige Funktion des religiösen Lebens bilde; daß auch der Versuch einer Beantwortung der Frage nach den letzten Zielen des Lebens, daß auch die Schaffung seelischer Weihestimmungen stets wesentliche Daseinszwecke der Religion gewesen sind. Mehr entsprechen diesen Imperativen die freireligiösen Gemeinden Deutschlands (siehe Bericht von Dr.

Wille auf Seite 355), noch mehr die freien Kirchen Australiens, welche sich den Bestrebungen nach Schaffung eines neuen wissenschaftlichen Weltbilds, der Verwirklichung positiver sozialer Reformen einer ihnen kongenialen sozialen Moral und der bewußten Förderung aller Kulturbestrebungen als neuer Quelle wahrer Begeisterung und seelischer Erhebung widmen.

Auch von den Religionen des Ostens lösen sich freireligiöse Gemeinden los. In Persien sucht der Beahismus aus Islam, Judentum und Christentum eine höhere Einheit, eine wahrhaft monotheistische Weltreligion zu gründen (siehe Bericht in Heft 1, Seite 100). In Indien entwickeln die Brahma-Samaj ein soziales und religiöses Reformprogramm und nehmen Fühlung mit den Unitariern, der liberalsten Richtung des Christentums.

Beider Grundsätze konsequent weiterführend, strebt die universalistische Sekte in den Weststaaten Amerikas nach Schaffung einer höheren Einheit all der großen Kulturreligionen, derart, daß aller Völker geistiger Besitz und geistige Führer zur neuen Weltreligion beitragen sollen (siehe Bericht von Rev. Martin auf Seite 396). Den gleichen Gedanken in etwas mystischer Fassung sucht die Theosophische Lehre zu verwirklichen, die, vom indischen Pantheismus ihren Ausgang nehmend, blühende Zweiggemeinden in allen christlichen Ländern begründet und eine eigenartige Synthese beider religiösen Kulturen herbeigeführt hat. In Siam wieder will man zum ursprünglichen reinen Buddhismus zurückkehren, den man aus europäischen Forschungen neu kennen gelernt hat, und ruft so eine eigengeartete religiös-soziale Stimmung ins Leben (siehe Chronik auf Seite 421). Die gleiche Reformation des Buddhismus, aber auf anderen Wegen, vollzieht sich auch in Japan. Man entlehnt dort dem fortgeschrittenen Christentum die sozialen Ideen und Institutionen und baut sie in buddhistischem Geiste wieder auf. So wurde jüngst nach dem Muster der amerikanischen Young Mens Christian Association eine Young Mens Buddhist Association begründet und damit der Weg der Entwicklung zur neuen Moral und Soziallehre gleichwie in Amerika eingeschlagen.

So entstehen vom Boden der positiven Religionen, des Christentums wie des Islam, des Brahmanentums wie des Buddhismus neue freireligiöse Gemeinden, die modernen wissenschaftlichen Geist, moderne soziale Moral und enthusiastische Hingabe an den modernen Entwicklungsgedanken im altererbten religiösen Geiste, in religiöser Weihestimmung pflegen.

Von ganz anderer Seite unseres Kulturlebens kommend, vermittelt der Sozialismus den Arbeitermassen neue Lebens- und Zukunftsideale, läßt sie im Mitleben der Massenbewegung des eigenen individuellen Seins bedrückende Enge vergessen, gibt ihnen neue psychische Werte, die den religiösen nur allzu verwandt sind (siehe Artikel von Paul Goehre auf Seite 345).

Gleichzeitig sind in jüngster Zeit aus agnostischen Kreisen heraus Gemeinden erwachsen, die sich der bewußten Neubelebung religiöser Stimmungen widmen wollen. In Deutschland waren es Männer der Wissenschaft, die die eminente Notwendigkeit religiöser Werte für unser Geistesleben erkannten (siehe Chronik über Gründung des Keplerbundes Heft 3, Seite 309). In Frankreich wurde in jüngster Zeit eine Vereinigung von Freidenkern und Freireligiösen gegründet, welche beide Richtungen auf dem Boden sozialer Moral und sozialer Reformtätigkeit vereinen will. Der neue Verein steht den ethischen Gesellschaften Englands und Amerikas, ohne mit ihnen äußerlich irgendwelche Fühlung zu besitzen, innerlich sehr nahe, doch faßt er die philosophischen Grundlagen von Moral und Reform mit größerm Ernst ins Auge und mag

sehr wohl später zu einer wahrhaft freireligiösen Gemeinde erwachsen. Ebenfalls in dieser Reihe sind die positivistischen Gemeinden zu erwähnen, die auf Grund positiver Weltanschauung neue seelische Werte, den religiösen wesensverwandt, erprießen ließen (siehe Bericht von Dr. Delbet auf Seite 418). Ähnlich sucht der Monistenbund in Deutschland neureligiöse Werte aus der modernen naturwissenschaftlichen Weltanschauung zu schöpfen (siehe Bericht von Dr. Wille auf Seite 355), und dies Unternehmen könnte ungemein hoffnungsreich sein, würde es nicht den augenblicklichen Stand naturwissenschaftlicher Forschung allzusehr in den Vordergrund stellen und die Möglichkeit ganz neuer wissenschaftlicher Horizonte, die sich jenseits der materialistischen Auffassung eröffnen mögen, wie auch die philosophische Relativität dieser naturwissenschaftlichen Hypothese allzu wenig berücksichtigen.

Jedenfalls zeigen alle diese Gründungen aufs klarste, daß auch im Lager der Agnostik immer mehr das Sehnen nach Schaffung neuer religiöser Werte, nach Begründung einer neuen religiösen Weltanschauung mit den Bausteinen wissenschaftlicher Erkenntnis und sozialer Imperative um sich greift. Und diese Entwicklungstendenz muß immermehr jener andern, die, von den verschiedenen positiven Religionen ausgehend, dem modernen wissenschaftlichen Weltbild zustrebt, die Hand reichen; dort wo sich beide treffen, liegt die Zukunft.

Aus der Richtung all dieser Entwicklungsansätze läßt sich wohl mit Sicherheit schließen, daß das werdende freireligiöse Milieu auf dem Boden wissenschaftlicher Erkenntnis und moderner sozialer Gesinnung erwachsen wird. Nur ein Problem scheint mir hierbei noch von einschneidendster Bedeutung. Nicht alle wissenschaftlichen Lehren sind in gleicher Weise zum Aufbau religiöser Werte geeignet; nur eine ist es von allen, aus der Enthusiasmus, Weihestimmung und neue Moral erwachsen können: die Entwicklungslehre (siehe Artikel von Ernst Broda auf Seite 349). Ihr großer Leitgedanke, daß es der Daseinszweck aller Naturwesen und somit auch von uns Menschen ist, der Aufwärtsentwicklung der organischen Schöpfung zu immer höheren vergeistigteren Formen zu dienen, gibt uns einen neuen Lebensinhalt und Lebenszweck, läßt uns im Mitleben der gewaltigen Fortschritte der Menschheit, im Ausblick auf deren endlichen Sieg über all die widerstrebenden Kräfte der Stoffwelt ein edles Glück empfinden; die Welt und unsere Bruderwesen in der Natur nicht mehr vom menschlichen Nützlichkeitsstandpunkt, sondern von dem der All-Einheit der Natur und der Solidarität des Lebens aus betrachten, läßt uns eine neue evolutionistische Moral begreifen, deren kategorischer Imperativ es ist, uns in den Dienst des Gattungsfortschritts zu stellen, alles zu tun, was die Menschheitskultur zu förderen und zu bereichern geeignet ist, alles zu unterlassen, was dem Fortschritt hinderlich oder der sozialen Gemeinschaft, die als sein Träger unentbehrlich ist, schädlich wirken kann (siehe Artikel von Professor Reich in Heft 5). So erwachsen aus der Entwicklungslehre eine neue Weltanschauung, eine neue Ansicht vom Zweck des Lebens und eine neue Moral. Sie ist im eminentesten Sinne geeignet, Grundlage einer neuen religiösen Stimmungswelt zu werden.

In welch äußeren Formen sie sich entwickeln wird, dafür gibt uns die Entwicklungstendenz namentlich Amerikas und Australiens klare Fingerzeige. Die christliche Sitte sonntäglicher Religionsversammlungen hat sich sozial wohl bewährt, ebenso die durch den Protestantismus ausgebildete

Teilung in einen musikalisch-gesanglichen, der Erweckung harmonisch-religiöser Stimmung gewidmeten Abschnitt und einen Vortrag des Erwählten der Gemeinde, der die Anwesenden wie in Australien mit den neuen Kulturbegebenheiten, mit den neuen Problemen der Wissenschaft und des Soziallebens Fühlung gewinnen und behalten läßt. Und so wie es schon heute bei allen freieren Richtungen des Protestantismus in Übung, werden sich wohl hieran Vereinigungen der Gemeindemitglieder zur Förderung konkreter sozialer und kultureller Reformen (jeder in der Richtung seiner persönlichen Neigungen und Begabungen) anschließen.

Wohl mögen bei den verschiedenen Völkern und in den verschiedenen Kulturgebieten von verschiedenen historischen Voraussetzungen aus sich verschiedene Typen freireligiöser Bildungen entwickeln. Aber mehr und mehr werden sie gewiß im Laufe der Zeit ihre gemeinsamen Richtunglinien erkennen, sich zum Zweck gemeinsamer Arbeit im Dienst des Menschheitsfortschritts zu immer größeren Verbänden zusammenschließen. Und so mag die Zeit kommen, da eine neue Weltreligion aus den Trümmern der alten Glaubenssysteme emporwächst, die religiöse Weltkrise beendet und den Gegensatz zwischen der logischen Notwendigkeit des modernen wissenschaftlichen Weltbildes und der psychischen Notwendigkeit der Religion in höherer Synthese beider überwindet.



# KORRESPONDENZEN

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

### EMIL SCHIFF, BERLIN: EIN ELEKTRIZITÄTS-MONOPOL.

IN den letzten Monaten wurde der Plan eines Reichs-Elektrizitätsmonopols in der deutschen Presse erörtert. Nach Zeitungsmeldungen wurde er neben andern auf die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich gerichteten Plänen von den zuständigen Reichsämtern erwogen. Sofort wurden die auf manchesterlicher Abneigung gegen jede staatliche Wettbewerbsbeschränkung beruhenden Einwände laut, die in solchen Fällen ohne Ansehung der besonderen Sachlage stets vorgebracht werden; auch eine Doktordissertation bemächtigte sich der Frage und suchte sie auf der Grundlage eines — nicht vorhandenen — Reichsbesitzes an Kohlenlagern zu lösen.

Um einem solchen Plane gerecht zu werden, darf man sich weder auf den rein fiskalischen, noch auf einen Parteistandpunkt stellen: weder darf allein der Wunsch, dem Reiche Einnahmen zu schaffen, noch der Grundsatz, man dürfe die Privatwirtschaft nicht beschränken, noch endlich die blinde Angst, man treibe dem sozialdemokratischen Staate entgegen, maßgebend sein. Vielmehr müssen die Vorteile und Nachteile des Planes auf Grund der wirklichen Verhältnisse gegeneinander abgewogen werden. Gewiß ist ein Staatsmonopol eine kollektivistische Einrichtung, aber solche Einrichtungen hat es gegeben, ehe an eine Sozialdemokratie gedacht wurde, und wird es geben, wenn die absonderlichen Hirngespinste, die auf der falschen Voraussetzung der Gleichheit menschlicher Anlagen und Bedürfnisse fußen, überwunden sein werden. Gewiß kann eine Einschränkung der Privatwirtschaft die Entwicklung hemmen, sie kann aber auch begründet sein und günstig wirken. Das wird hinsichtlich der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenregale fast allgemein in Deutschland anerkannt; nur wenige möchten hier die einheitliche, öffentliche Organisation missen, möchten Privatunternehmern den Gewinn aus diesen Unternehmungen gönnen. Der technische Fortschritt und der wirtschaftliche Erfolg auf diesen Gebieten sind auch nicht lahmgelegt worden. Im allgemeinen aber sind Monopole in Deutschland nicht beliebt. Ist man sich auch kaum mehr bewußt, wie schwer einst fürstliche und staatliche Regalien auf Deutschland gelastet haben — Klock stellt für die Mitte des 17. Jahrhunderts etwa 400 Finanzregale fest, und ein mittelhochdeutsches Gedicht klagt beweglich, daß kaum noch die Luft frei sei —, so liegt doch der stark persönlichen Sinnesart des Deutschen die Gleichmacherei monopolistischer Wirtschaftsweise nicht. Wenigstens verlangt der Deutsche als Gegenwert offensichtliche Allgemeinvorteile, wie die Betriebssicherheit, die Pünktlichkeit und den militärischen Nutzen im öffentlichen Eisenbahndienste, die Verläßlichkeit im Postwesen. Indem er gern die Vorstellung, neuzeitliche Staatswesen seien Rechts-, nicht Machtgebilde,

gewahrt sieht, verlangt er nicht nur eine fiskalische, sondern auch eine moralische Begründung eines Monopols. Er verschließt sich sogar oft noch der Erkenntnis, daß es sehr viel vorteilhafter wäre, wenn der Kohlenbergbau ganz oder wesentlich im Staatsbetriebe wäre, als daß einige wenige Männer im Deutschen Reiche die Kohlenpreise vorschreiben. Der Fiskus ist vielen ein verhaßter Begriff, obschon er die Allgemeinheit vorstellt.

Die Frage eines Elektrizitätsmonopols ist aber zu wichtig, um mit den üblichen Gemeinplätzen über Monopole abgetan zu sein, und auch der Industrielle, selbst der Elektrizitätsindustrielle, sollte sie unvoreingenommen prüfen.

Zunächst handelt es sich darum, worauf sich das Monopol erstrecken würde. Mit der infolge unseres Bildungswesens in nichttechnischen Kreisen herrschenden Unklarheit über technische Verhältnisse wurde vielfach von einer Verstaatlichung der elektrotechnischen Industrie schlechthin gesprochen, obschon es sich nach der Natur der Sache nicht um die eigentliche, erzeugende Industrie, sondern um um die Lieferung elektrischer Energie handeln konnte. Auch ist kaum anzunehmen, daß jede Art der privaten Erzeugung elektrischen Stromes unterbunden, sondern nur, daß die gewerbsmäßige Stromlieferung, insbesondere die unter Benutzung öffentlicher Wege erfolgende, monopolisiert gedacht wurde. Danach würden nicht nur die sehr zahlreichen „isolierten" Anlagen, die von Fabriken und andern Verbrauchern betrieben werden, sondern vielleicht auch die nach Tausenden zählenden „Blockstationen", die innerhalb von Häuserblocken, also ohne Benutzung öffentlicher Wege und somit unkonzessioniert, gewerbsmäßig Strom abgeben, privatwirtschaftlich bestehen bleiben. Die Waren erzeugende Industrie bliebe privatwirtschaftlich (sofern nicht die für große Unternehmen heute fast ausschließlich in Betracht kommende Form der Aktiengesellschaft ohnedies einen Übergang zur Kollektivwirtschaft darstellt). Nur würde das Reich an Stelle von Gemeinden und Konzessionären Auftraggeber für Elektrizitätswerke werden, was in bezug auf die Kreditwürdigkeit des Bestellers sogar eine Verbesserung bedeuten würde. Unmittelbar würden nur die Gemeinden, das Finanzgewerbe und das Privatkapital betroffen werden (die Finanzierungstätigkeit elektrotechnischer Firmen ist hierbei unter den Begriff des Finanzgewerbes mitgefaßt). Zwar ist heute noch der nach Zahl und Anlagekapital größere Teil der Elektrizitätswerke in Privatbetrieb — zumeist im Besitze besonderer Betriebsgesellschaften —, dieses Bild verschiebt sich aber schon in dem voraussichtlich nicht fernen Zeitpunkte des Überganges der Berliner Elektrizitätswerke in Gemeindebesitz erheblich zugunsten des Gemeindebesitzes. Überhaupt gehen dauernd Anlagen durch Kauf und Heimfall an Gemeinden über; neue Konzessionen sind aber nicht mehr annähernd im früheren Umfange zu vergeben. Somit hätte der Wegfall des Wettbewerbes um Konzessionen, falls das Reich solche nicht vergäbe, nicht die Bedeutung, die er sonst haben würde. Das Monopol wäre also in erster Reihe eine Beschränkung von Rechten der Gemeinden. Diese würden — von dem politischen Eingriffe abgesehen — höchstens die etwaige Mehrverzinsung, die sie aus dem Betriebe von Elektrizitätswerken gegenüber den von ihnen zu zahlenden Anleihezinsen erzielen, oder die Abgaben kon-

zessionierter Unternehmer, die nur bei den größten Werken von Belang sind, einbüßen. Kauft das Reich die vorhandenen Werke zu den Werten der kapitalisierten Renten, mindestens aber den Buchwerten, und gewährt auch Entschädigungen für die gedachten Abgaben, so entsteht den Gemeinden überhaupt kein Verlust. Im allgemeinen erzielen diese übrigens keine große Mehrverzinsung, wenn man eine genügende Entwertungsabschreibung berücksichtigt. Allerdings besteht die Möglichkeit späterer erheblicher Gewinnsteigerungen. Für die Gemeindeangehörigen entstünde durch den Besitzwechsel selbst bei Einbuße der Mehrverzinsung kein Schaden, weil eine etwa nötig werdende Mehrleistung an die Gemeinde durch einen Minderanspruch des Reiches ausgeglichen würde. Freilich wäre hierbei eine Verschiebung in der Verteilung der Lasten möglich; denn der Berliner Bürger hat beispielsweise jetzt einen größeren Nutzen aus dem Elektrizitätsgewinne als der Göttinger; bei der Monopolisierung würde sich das ausgleichen. Vom allgemeinen Standpunkte ist das aber kein Verlust. Geldwirtschaftlich hätten die Gemeinden den Vorteil, daß ihre — zum Teil übergroße — Verschuldung sich verringern und ihr Anleihenkurs sich vielleicht heben würde. Der Strombezieher brauchte keinen Nachteil dadurch zu erleiden, daß ihm das Reich statt der Gemeinde Elektrizität liefert; für ihn wären im Gegenteil Vorteile möglich. Das beruht auf den wichtigen natürlichen Vorbedingungen für die Zentralisierung der Stromerzeugung. Die Elektrizität eignet sich in hohem Grade zur Übertragung auf große Entfernungen und gestattet deshalb die Ausnutzung der großen wirtschaftlichen Vorteile, die mit der Zentralisierung des Betriebes und der Verlegung der Kraftwerke an die geeignetsten Punkte verbunden sind. Man hat gelernt, hohe Spannungen zu beherrschen: arbeitete man anfangs mit 75 und 100 Volt, so schrickt man heute vor 30 000 und 50 000 Volt nicht zurück. Diese Tatsache ist deshalb so bedeutungsvoll, weil das Kupfergewicht einer elektrischen Leitung für die Übertragung der gleichen Energiemenge bei gleichem Wirkungsgrade nicht umgekehrt proportional, sondern sogar quadratisch zur Spannung abnimmt. Daraus ergeben sich die Möglichkeiten, Gebiete, die allein keinen wirtschaftlichen Elektrizitätsbetrieb ermöglichen, zusammen wirtschaftlich zu versorgen und entfernte Wasserkräfte und Brennstofflager auszunutzen. Demgemäß werden heute vielfach Überlandzentralen gebaut. In vielen Fällen aber kommen infolge des heutigen Rechtszustandes und — um es deutsch zu sagen — infolge der Krähwinkelei vieler Gemeinden gemeinsame Werke nicht zustande oder werden Werke gebaut, die schwach oder gar nicht rentieren. Dieser Zustand ist keine Ausnahme, sondern sehr verbreitet. So besitzt nicht nur fast jede größere Gemeinde Groß-Berlins ihr eigenes Elektrizitätswerk — was immerhin noch wirtschaftlich möglich ist —, sondern manche kleinere Gemeinde verzichtet lieber ganz auf die großen Vorteile der Versorgung mit Licht und Kraft, als daß sie durch ihren Anschluß die Errichtung eines Elektrizitätswerks in einer Nachbargemeinde ermöglicht. Aus diesen Zuständen folgt auch ein Wirrsal von Systemen und Betriebsspannungen, das der technischen Begründung entbehrt und der Fabrikation und den Verbrauchern Schwierigkeiten bereitet. Obwohl die Industrie von der Herstellung möglich vieler Werke Vorteil hat, spricht ein Kölner Elektrizitätsindustrieller als Berichterstatter der Handelskammer offen aus, daß sich diese „Kirchturmpolitik“ der Gemeinden rächen müsse. Freilich stehen dem auch großzügige Zusammenfassungsversuche — besonders in Rheinland und Westfalen — gegenüber; diese aber sind mit der — in den gedachten Gebieten nur knapp ver-

miedenen — Gefahr privater Truste verbunden. Dem ist im Sinne der Allgemeinheit natürlich der Staatsbetrieb vorzuziehen. Die Aufgabe, im ganzen Reiche die Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie unbehindert durch Gemeinde- und Staatsgrenzen und durch Sonderpolitik lediglich nach dem Gesichtspunkte des höchsten technischen und wirtschaftlichen Wirkungsgrades einheitlich zu regeln, wäre eine gewaltige. Ist die Versorgungsfrage im Hinblick auf den gegenwärtigen Bedarf auch zum großen Teile erledigt, so bleibt doch noch Großes zu tun. Das gilt sowohl für die elektrische Beleuchtung, die in absehbarer Zeit durch die Einführung sparsamer Lampen — der Anfang ist durch die Metallfadenlampe gemacht — einen mächtigen Aufschwung nehmen wird, wie für den großen, noch zu befriedigenden Bedarf an Betriebskraft und für Heizzwecke. An sich ist die elektrische Heizung, von den großen Nebenvorteilen der Gefahrlosigkeit, Reinlichkeit und Bequemlichkeit ganz abgesehen, deshalb ideal, weil bei ihr der gesamte Energieaufwand in Wärme umgesetzt wird, wogegen andere Heizverfahren einen sehr schlechten Wirkungsgrad haben. Wenn also die Stromerzeugung einmal wirklich wesentlich verbilligt sein wird, was neben technischen Verbesserungen besonders von der Größe, örtlichen Lage und dem Ausnutzungskoeffizienten der Werke abhängt, wird sich hier ein bedeutender Neubedarf ergeben. Wie groß die wirtschaftlichen Möglichkeiten in bezug auf die Stromerzeugung schon heute sind, wird dadurch beleuchtet, daß die Strompreise in Deutschland zwischen 12 und 60 Pfg. für die Kilowattstunde schwanken. Wenn sich auch die Unterschiede, die sich aus natürlichen Verhältnissen — Nähe von Wasserkräften oder Brennstofflagern — und aus der Bevölkerungsdichte und dem Nutzungsfaktor ergeben, nicht aus der Welt schaffen lassen, so würde doch die technische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Dezentralisierung und die engherzige Tarifpolitik vieler Werke gebrochen werden können, würden Werke von einer technischen und wirtschaftlichen Großzügigkeit entstehen, wie sie heute nur als Ausnahmen möglich sind. Namentlich wäre das in Verbindung mit Talsperren, Kohlen- und Torflagern möglich, wenn hier nicht ein schwacher Punkt des Reichsmonopols wäre: das Reich ist nicht im Besitze von Kohlenbergwerken, sondern nur der Preußische Staat verfügt in größerem Umfange, andere Bundesstaaten verfügen in kleinerem über solchen Besitz; auch die Wasserkräfte — soweit solche überhaupt in Frage kommen — sind kein Reichsbesitz. Ist dieser Umstand auch kein unbedingtes Hindernis, so wäre doch vor Monopolisierung der Elektrizitätswerke eine Beseitigung dieses Mangels wichtig. Auch die Eisenbahnen sind bei uns im Besitze der Einzelstaaten, und somit würden es auch die von den Eisenbahnbehörden zum Betriebe elektrischer Vollbahnen zu bauenden großen Stromlieferungswerke sein. Es ist nicht angängig, wie es vielfach geschieht, diese Sachlage zu übersehen und das Reichsmonopol ohne weiteres mit der Elektrifizierung der Vollbahnen (die Presse wendet dafür meist den falschen Ausdruck „Elektrisierung" an) in Verbindung zu bringen. Wenn aber das Reich auch auf diese Anlagen, die nicht zur Stromlieferung an Dritte gebaut würden, ein Monopol erlangte, entstünde die unnatürliche Sachlage, daß die Einzelstaaten den Strombedarf für ihre Eisenbahnen vom Reiche beziehen müßten — also auch die kohlenfördernden Staaten, die — nach Fortfall des Bedarfs für Dampfbahnen — in erster Reihe als Kohlenlieferer des Reiches in Frage kämen. Bliebe hingegen das Recht der Bundesstaaten zur eigenen Stromerzeugung bestehen, so entstünde der große Nachteil, daß aus diesen Werken kein Strom an Dritte abgegeben werden könnte. Ist nun auch die

Laienansicht, als ob die Betriebsnetze der Eisenbahnen ohne weiteres auch die Versorgung der Anlieger übernehmen könnten, irrig, so wird diese Versorgung doch in vielen Fällen in wirtschaftlicher Weise mit dem Hauptzwecke zu verbinden sein. Hier liegen also schwer zu überwindende Hemmnisse vor.

Die Wirkung auf die Fabrikationsindustrie ergibt sich schon aus dem Gesagten: sie braucht nicht schädlich zu sein, wofern das Reich nicht seinen Bedarf an elektrotechnischen Erzeugnissen in erheblichem Umfange selbst herstellt; das wäre durch ein Stromlieferungsmonopol aber nicht bedingt. Denkbar wäre, daß das Reich den Bedürfnissen der Gemeinden kühler gegenübersteht und darum weniger baut als diese, trotzdem aber auch keine Konzessionen an Privatunternehmer vergibt. Nicht einzusehen ist hingegen, daß Reichsbehörden an sich weniger Unternehmungsgeist als Gemeindebehörden zeigen sollten. Beeinträchtigt würde das Unternehmertum für den konzessionsmäßigen Bau und Betrieb von Elektrizitätswerken. Das wäre aber nicht in jeder Hinsicht ein Schaden, denn der ungesunde Teil der Entwicklung der Elektrizitätsindustrie hängt mit dieser Betätigung eng zusammen. Die wohl 100 Millionen betragenden Verluste aus der bekannten Krise der Elektrizitätsindustrie beruhten zumeist auf unvorsichtigen Finanzierungen. Wenn solche verhindert, wenn ferner weniger Werke gebaut würden, die selbst bei gleicher Gesamtleistung billiger als eine größere Zahl kleinerer Werke wären, so bedeutete das zwar einen geringeren Umsatz für die Industrie, aber einen Vorteil für das Volksvermögen. Auch der Handel und die Installationstätigkeit brauchen durch ein Monopol nicht zu leiden; sie können im Gegenteil infolge der Schaffung besonders ausgedehnter Anlagen an Aufträgen des Reiches und der Anschließer gewinnen. Da ferner der technische Fortschritt mehr mit der erzeugenden als der verwaltenden Industrie zusammenhängt, ist die Befürchtung eines Stillstandes — von den Anregungen des Weltmarktes ganz abgesehen — unbegründet. Im Gegenteil hat — wie der erwähnte Handelskammerberichterstatter ebenfalls gelegentlich aussprach — die Industrie kein Interesse daran, nur zu verwalten. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Verwaltung in die Hände anderer als industriell geschulter Personen gelegt werden dürfte. Überhaupt wäre die Auswahl der Persönlichkeiten für die Durchführung des Planes und die spätere Verwaltung ein springender Punkt. Mit Recht wird bemängelt, daß die behördliche Verwaltung oft schwerfälliger und unwirtschaftlicher als die private. Soweit das damit zusammenhängt, daß der Wirtschaftserfolg bei Staatsunternehmen weniger als bei Privatbetrieben eine Lebensfrage für die Beteiligten ist, hat dieser Einwand grundsätzliche Bedeutung. Trotzdem könnte durch Änderung der Anstellungsverhältnisse und sorgsame Überwachung durch die parlamentarischen Körperschaften eine Besserung erreicht werden. Zum großen Teil handelt es sich aber nicht einmal um eine der Sache notwendig anhaftende Unvollkommenheit, sondern um eine Folge der falschen Ausbildung und Auswahl der Beamten. Würden, wie es natürlich wäre, für wirtschaftliche Aufgaben kaufmännische und technische Fachleute mit entsprechendem Einkommen, nicht zumeist Juristen, gewählt, so würden ein höherer Wirkungsgrad, d. i. ein günstigeres Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen, und ein schnellerer Geschäftsgang nicht ausbleiben. Überhaupt aber kommt dieser Einwand nur für die in Privatbetrieb befindlichen Elektrizitätswerke in Betracht. Ein großer Teil ist in gemeindebehördlichem Betriebe,

und es liegt kein Grund für die Annahme vor, daß Reichsbehörden hinter diesen zurückstehen sollten. Ja zumeist werden die über Staatsbetriebe oft gehörten Klagen auch gegen private Monopolverwaltungen erhoben; dabei fehlt sogar der Trost, daß die Gewinne der Allgemeinheit zufließen. Die fraglichen Privatbetriebe sind aber in Deutschland, wie es der technischen und wirtschaftlichen Natur der Sache entspricht, ebenfalls Monopole. Ein Wettbewerb kommt nur bei der Vergebung der Bauaufträge oder Konzessionen in Frage. Ist die Vergebung erfolgt, so liegt auch heute ein Monopolbetrieb vor, und es gibt kaum ein Elektrizitätswerk oder eine Straßenbahn in Privatbesitz, über die nicht gerade so wie über Staatsbetriebe gescholten würde. Es kann aber auch nicht einmal behauptet werden, daß die behördlich verwalteten Elektrizitätswerke im allgemeinen schlechtere Ergebnisse zeitigten oder höhere Strompreise hätten — Berlin ist natürlich eine Ausnahme — als die privaten. Hier wie dort hängt der Erfolg von der Verwaltungspolitik, letzten Endes also von den maßgebenden Personen ab; dabei ist naturgemäß in Gemeindekörperschaften noch weniger als im Reichstage auf das Vorhandensein sachverständiger Beurteiler zu rechnen.

Die Durchführung des Monopolplanes wäre schwierig, aber nicht unmöglich. Die Technik des Baues und Betriebes von Elektrizitätswerken ist dazu reif, die wirtschaftlichen Erfahrungen sind reich genug. Die Ansicht, es müsse die weitere Entwicklung der Elektrotechnik abgewartet werden, ist irrig: je mehr Werke gebaut sind, desto schwieriger wird die Aufgabe, desto weniger kommt der Vorteil der Zentralisierung zur Geltung. Auch die Ansicht, daß der staatliche Bau von Stromerzeugungsanlagen für Vollbahnen zu einer Art natürlichen Monopols führen würde, hinkt insofern, als von einem Reichsmonopol die Rede ist, diese Werke aber im wesentlichen Einzelstaatsbetriebe sein werden; eine Überführung der Staatsbahnen in Reichsbesitz ist aber aus höheren politischen Gründen nicht zu erwarten.

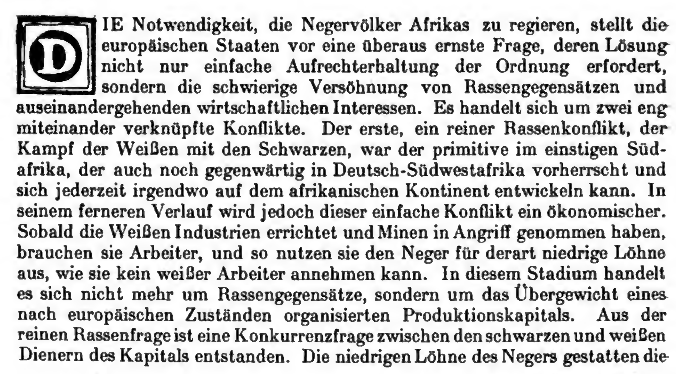
Auch in geldwirtschaftlicher Hinsicht wird Unrichtiges behauptet, wenn schlechtweg von der Notwendigkeit der Neuaufbringung von Mitteln gesprochen wird. Das für den Erwerb der vorhandenen etwa 2000 Werke mit schätzungsweise einer Milliarde Anlagekapital aufzuwendende Kapital flösse den jetzigen Werksbesitzern zu; was auf der einen Seite an Mitteln gebunden würde, würde auf der andern frei. Dieser Vorgang liefe auf eine Umwandlung von Stadtanleihen und Privatanlagen in Reichsanleihen hinaus, wobei natürlich, auf die Einzelbesitzer bezogen, Verschiebungen stattfinden würden und die Mehrverzinsung der Allgemeinheit zugute käme. Möglich wäre freilich, daß sich wegen der Aussicht auf höhere Verzinsung mehr freiwerdendes Kapital anderen Zwecken, auch ausländischen, zuwendete als den auszugebenden Reichsanleihen, und daß dadurch der Kurs dieser — auch der älteren — litte. Demgegenüber aber wäre auch eine Befruchtung anderer Industrien durch freiwerdende Kapital- und Unternehmerkräfte denkbar. Zweifellos würde das Monopol Gemeinden und Unternehmer zur besonderen Förderung anderer Mittel für Beleuchtung, Heizung und Krafterzeugung, zunächst also der herrschenden Gasbeleuchtung, anspornen. Für eine Monopolisierung der Leuchtgasanlagen würden die für die Elektrizität bestehenden technischen Vorbedingungen fehlen, auch wäre ein noch älterer und größerer Gemeinde- und Privatbesitz zu überwinden. Eine Gesamtmonopolisierung aller zentral zu erzeugenden Beleuchtungs- und Kraftübertragungsmittel kann als zu unbestimmt und weitgehend praktisch nicht in Frage kommen, ebensowenig die Monopolisierung jeder Art Stromerzeugung, auch der zum eigenen Ge-

brauche der Anlagenbesitzer bestimmten, oder gar der elektrotechnischen Fabrikation. Die Frage, ob das Reich mit Rücksicht auf künftig in Wettbewerb tretende Neuerungen ein allzu großes Wagnis laufen würde, ist müßig; einmal ist das nach dem Stande unserer Erkenntnis für absehbare Zeit nicht zu erwarten, dann aber könnte sich das Reich gegen dadurch drohende Verluste eher — z. B. durch neue Monopolisierungen — schützen als das Gemeinde- und Privatkapital. Die Befürchtungen wegen der „Vergrößerung des Beamtenheeres“ sind auch nicht stichhaltig, denn die in Frage kommenden Personen sind schon heute zum großen Teile Gemeindebeamte und werden es mit Ablauf der Konzessionen oder meistens schon früher durch Erwerb der Konzessionswerke seitens der Gemeinden mehr und mehr. Auch erfordern derartige Betriebe nicht annähernd solche Personalziffern, wie die erzeugende Industrie. Zugegeben, daß Reichsbeamte im allgemeinen zur Regierungspartei gehören, Gemeindebeamte zu den liberalen Parteien.

Diese Darlegungen sind von einer rein sachlichen Absicht eingegeben; es galt weder, die Möglichkeit, noch, die Unmöglichkeit des Planes darzutun. Die angestellten Erwägungen zeigen, daß die Durchführung mit Nutzen denkbar ist, daß aber große Schwierigkeiten zu überwinden und auch gewisse Nachteile in Kauf zu nehmen wären. Da überdies, was denkbar, noch nicht sicher ist, und bei unserem Verwaltungssysteme Zweifel an der guten praktischen Durchführung berechtigt scheinen, eine unbedingte Notwendigkeit aber nicht — auch vom fiskalischen Standpunkte nicht — vorliegt, kann der Plan trotz einigen bestechenden Vorteilen, die er bietet, nicht ohne weiteres empfohlen werden.



# L. HADON-GUEST, LONDON: DER KAMPF ZWISCHEN DER WEISSEN RASSE UND DER NEGERRASSE.



DIE Notwendigkeit, die Negervölker Afrikas zu regieren, stellt die europäischen Staaten vor eine überaus ernste Frage, deren Lösung nicht nur einfache Aufrechterhaltung der Ordnung erfordert, sondern die schwierige Versöhnung von Rassengegensätzen und auseinandergehenden wirtschaftlichen Interessen. Es handelt sich um zwei eng miteinander verknüpfte Konflikte. Der erste, ein reiner Rassenkonflikt, der Kampf der Weißen mit den Schwarzen, war der primitive im einstigen Südafrika, der auch noch gegenwärtig in Deutsch-Südwestafrika vorherrscht und sich jederzeit irgendwo auf dem afrikanischen Kontinent entwickeln kann. In seinem ferneren Verlauf wird jedoch dieser einfache Konflikt ein ökonomischer. Sobald die Weißen Industrien errichtet und Minen in Angriff genommen haben, brauchen sie Arbeiter, und so nutzen sie den Neger für derart niedrige Löhne aus, wie sie kein weißer Arbeiter annehmen kann. In diesem Stadium handelt es sich nicht mehr um Rassengegensätze, sondern um das Übergewicht eines nach europäischen Zuständen organisierten Produktionskapitals. Aus der reinen Rassenfrage ist eine Konkurrenzfrage zwischen den schwarzen und weißen Dienern des Kapitals entstanden. Die niedrigen Löhne des Negers gestatten die

Verwendung einer großen Zahl von Arbeitskräften. Aber die weiße Rasse hat sich auch in der Wildnis der schwarzen überlegen gezeigt und diese derart gezwungen, alle niederen Arbeiten für die Weißen zu verrichten, daß sich allmählich der feste Begriff entwickelt hat, die Schwarzen müßten Arbeit tun, die unter der Würde der Weißen ist. Sehr rasch nehmen die neuen Kolonisten solche Ansichten in sich auf und betrachten sich um ihrer Farbe willen allein für die Höherstehenden. Viele Arbeit, die durchaus von Weißen verrichtet werden könnte, so z. B. in den Gold-, Diamanten- oder Kohlenminen von Südafrika, bei den Bahnen und Häfen, in Landwirtschaft und Industrie, wird den Schwarzen überlassen, und die Weißen sehen der vermehrten Einstellung schwarzer Arbeiter ruhig zu, vorausgesetzt, daß ihnen die leitenden Posten übertragen werden. Die Frage ist jedoch komplizierter. Die Neger sind durchaus bildungsfähig und treten mehr und mehr in Wettbewerb auch für die höheren Tätigkeiten. Überdies sind Mischlinge verschiedener Art und Asiaten vorhanden, die ebensoviel wie die Weißen, nur zu niedrigerem Lohn leisten. Das Kapital ist sonach bestrebt, die Arbeit der Neger völlig für seine Zwecke zu organisieren, die Weißen allmählich ganz durch die schwarze und gelbe Rasse zu ersetzen. Zugleich sollen die Neger in politischer Abhängigkeit erhalten und zum Proletariat herabgedrückt werden. Schon haben weiße Grubenarbeiter in Johannisburg die Rückwanderung der Chinesen gefordert, und die letzte Kampagne in Natal war getragen von der Idee, die Länder der Einheimischen zu konfiszieren, sie unter die Herrschaft des Kapitels zu bringen, und so ein für die industrielle Ausbeutung geeignetes Proletariat zu schaffen.

Wie verhält sich Europa diesen Vorgängen gegenüber? Unsere Pflicht ist es, eine friedliche Entwicklung Afrikas zu fördern, die Interessen beider Rassen zu wahren, Gegensätze zu versöhnen, gemeinsame Arbeit beider zu erzielen. Gesetze, Gebräuche und Zustände der verschiedenen afrikanischen Kolonien zeigen, daß diese Prinzipien nicht gewahrt werden. Jeder Staat verfolgt seine eigene Politik nach eigenem Gutdünken, und es herrscht kein übereinstimmendes Vorgehen gegenüber den Eingeborenen. In der Kapkolonie haben viele, in Natal alle Eingeborenen das Wahlrecht. In Transvaal haben sie keinerlei politische Rechte; in dem einen Lande können die Eingeborenen Land kaufen, im anderen nicht. Trotz aller Versuche, die Eingeborenen auf niederer Stufe zu erhalten, genießen sie in der Kapkolonie ziemlich weitgehende Freiheiten, und es wird viel für ihre Erziehung getan. Die Macht des Kapitals verfolgt allenthalben ihre einzige Politik, den größten Profit aus Afrika zu ziehen ohne Rücksicht auf Moral, soziales oder nationales Empfinden. Dies beweist sowohl die Geschichte des Jamesonschen Aufstandes, des Burenkrieges, wie der Natalkampagne. Die Herrschaft des Kapitals geht darauf aus, Südafrika zu einem Mittelding zwischen einem Sklavenstaat und einem europäischen „Slum“[1]) zu machen. Ohne Rücksicht darauf, ob es sich im Einklang oder im Gegensatz zur Politik der verschiedenen Staaten, zu den verschiedenen Missionsbestrebungen befindet, geht das Kapital darauf aus, Millionen schwarzer Afrikaner zu gefügigen Werkzeugen der industriellen Unternehmungen zu machen. Darum werden ununterbrochen der Landbesitz und die Stammesverbände der Eingeborenen bekämpft, natürlich stets im Namen der Moral,

---

[1]) Mit diesem Wort bezeichnet man in England die verfallenen, schmutzigen, elenden Gegenden des Proletariats.

Religion und politischen Notwendigkeit. Weil die Gebräuche der Einheimischen die Polygamie sanktionieren, muß sie im Namen der Religion und Moral (der Moral von Johannisburg!) zerstört werden. Weil der Besitz von Land den Eingeborenen frei macht, so daß er keine Lohnarbeit nötig hat, ist er zu bekämpfen; weil die heidnischen Gebräuche ein starkes Zusammenhalten der Stämme mit sich bringen, sind sie als gefährlich abzuschaffen. Volkssitten und Gewohnheiten müssen aus politischen Gründen angegriffen werden. Und was gibt man den Eingeborenen an Stelle ihres eigenen Lebens? Man bietet ihnen eine gesetzlich und wirtschaftlich benachteiligte Stellung im Staate, elende Löhne, ein minderwertiges Moralsystem und ein verfälschtes Christentum, dessen geringen Wert jeder unparteiische Kenner der Kolonialfragen zugeben wird. Wohin diese Zivilisation führt, das kann man in der „Lokation“ sehen, die in jeder afrikanischen Stadt zu finden ist, einem elenden, schmutzigen Viertel, bestehend aus Einzimmerwohnungen, verfallen und gesundheitswidrig, erfüllt von Armut, Niedrigkeit und Gemeinheit. Ein äußerliches Christentum soll die unverdorbene, gesunde Empfindung traditioneller Stammesvorschriften austreiben. Aber die Weißen in Afrika suchen für ihre sexuellen Bedürfnisse nicht die ursprüngliche Wilde, sondern das Missionsmädchen.

Wenig ist bis nun gegen all dies geschehen. Der Lösung des großen Problems stehen Rassenantipathien und die Sonderbestrebungen der einzelnen Staaten für ihre politischen Sonderzwecke entgegen. Auf dem bisherigen Wege aber, auf dem Afrika derart zu einer Proletarieransammlung gemacht wird, sind schlechte Aussichten für eine soziale Entwicklung und intellektuelle Kultur vorhanden. Noch aber herrscht fast ausschließlich die Mißstimmung gegen den Neger mit dem Bestreben, die schwarze Rasse niederzuhalten. Auch in Deutsch-Südwestafrika dürfen Eingeborene kein Land erwerben, keine Reittiere, keinen Viehstand besitzen; jeder Schwarze muß einen Paß aufweisen und untersteht der Aufsicht jedes Weißen. Diese Vorschriften dürften Scharen von Negern aus deutschem Gebiet ins englische vertreiben, endlose Reibung und ständigen Aufruhr erzeugen. Mögen auch die niedergedrückten, proletarisierten Eingeborenen der Städte unfähig zur Revolte sein, die noch in Stämmen organisierten Landbewohner werden sich ohne große Schwierigkeiten nicht derart unterjochen lassen. Der Natalkrieg war nur ein Vorspiel der Kämpfe, die durch die Ausbeutung des Kapitalismus in Afrika erzeugt werden und deren Ende noch unabsehbar ist. Angesichts einer schnell anwachsenden schwarzen und nur langsam sich vermehrenden weißen Bevölkerung, deren wirtschaftliche Entfaltung überdies mehr und mehr eingeschränkt wird, bietet die Zukunft Afrikas wenig Raum für den weißen Mann, keinen für den weißen Arbeiter. In Deutsch-Südwestafrika werden nur Ansiedler zugelassen, die genügend Kapital für eine große Farm besitzen. Wollen wir Zusammenstöße vermeiden, so muß der Erziehung und Mitarbeit der schwarzen Rasse Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die bequeme Taktik der Kapitalisten, Afrika zu einem Reservoir für billige desorganisierte Arbeit zu gestalten, würde für die übrige Welt nur Unheil mit sich bringen. Gesunde Kolonialpolitik sollte darauf ausgehen, die Stammesorganisationen der afrikanischen Rassen zu stärken, den Landbesitz der Gemeinden zu erhalten und nur allmählich Reformen für die Heranziehung der Eingeborenen zur Zivilisation einzuführen. Ferner bedürfen auch die Neger einer Arbeiterschutzgesetzgebung, und es sollte für jeden Eingeborenen, ehe er Lohnarbeit verrichten darf, das Zeugnis einer bestimmten Vorbildung

verlangt werden. Soll der weiße Mann in Zukunft irgendwelche Aussichten in Afrika haben, so muß auch die Lohnfrage für die schwarze Arbeiterschaft gelöst werden. Mindestlöhne, hoch genug, daß auch ein weißer Arbeiter sie annehmen könnte, wären festzusetzen.

Die hier vorgeschlagene Politik mag mit Hinsicht auf tropische Kolonien noch utopisch erscheinen, für die Kapkolonie aber z. B. ist sie jetzt schon durchaus im Sinne gesunder Arbeitsentwicklung geboten. Ist nun aber auch die Lage tropischer Kolonien noch sehr verschieden von der in Transvaal, so schreiten sie doch nach derselben Richtung vorwärts. Eine Politik allgemeiner Volksbildung für alle jene eingeborenen Stämme Afrikas, die mit der Zivilisation in Berührung kommen, ist dringend nötig. Durch einsichtige Stärkung nationaler Sitten und Moral würde ein großer Teil der einschränkenden Gesetzgebung und Administration überflüssig werden. Auf diese Art würden die Eingeborenen die Überzeugung gewinnen, daß sie ihren berechtigten Anteil an der Zukunft ihres Landes erhalten sollen, und je mehr freie Entfaltung ihnen gegeben wäre, um so seltener würden die Gelegenheiten für Unruhen und Aufruhr. Afrika wird niemals ein Land für die Vorherrschaft der Weißen werden, sondern bleibt der Überzahl der Neger vorbehalten. Soll es gleichmäßigen Anteil am industriellen und geistigen Fortschritt der Welt nehmen, so kann dies nur durch Erziehung des Negers und friedliche Zusammenarbeit mit ihm geschehen, nicht durch seine Demoralisierung und Ausbeutung.



# CHRONIK

**DIE Verwirklichung der Außenhandelsstelle Deutschlands.** In fast allen Industriestaaten sind jetzt Regierungsämter vorhanden, welche ihre Tätigkeit dem Außenhandel widmen. Sie lassen die industriellen und Handelsangelegenheiten durch ihre Beamten im Auslande feststellen und orientieren sich über den Wert und die Sicherheit der Industrie- und Handelskreise des Auslandes.

Sehr häufig sind diese Ämter mit ständigen Ausstellungen verbunden, in denen die Landes- und Industrieprodukte der Staaten praktisch angeschaut werden können. Man hat diesen Ämtern ursprünglich den etwas zu engen Namen Handelsmuseen gegeben. Das sogenannte Handelsmuseum in Philadelphia ist eines der größten und am besten eingerichteten Institute dieser Art.

In Deutschland sind Handelsmuseen von Reichs wegen nicht vorhanden; ein Mangel, der von der Industrie lebhaft beklagt wird.

Es war zuerst der Bund der Industriellen in Deutschland, der mit Eifer für die Errichtung einer sogenannten Reichshandelsstelle (wie er besser die Handelsmuseen bezeichnet) eingetreten ist. Schon im Jahre 1901 unterbreitete der Bund der Industriellen einen ausführlichen Plan über diese Angelegenheit dem Reichstag und dem Deutschen Handelstage. Er wurde fast einstimmig als vortrefflich

begrüßt, und der Deutsche Reichstag faßte den Beschluß, daß die erforderlichen Mittel in den Reichshaushaltsetat eingestellt werden sollten. Dieser Beschluß ist gewissermaßen hängengeblieben, weil man zu lange auf eine Subvention der Regierung wartete. Wie man zu spät erkannte, hätte die Industrie zunächst aus ihrer Mitte die nötigen Mittel aufbringen müssen. Übrigens hat damals auch der Staatssekretär Graf Posadowsky ein selbständiges, privates, energisches Vorgehen der Industrie in der Angelegenheit Reichshandelsstelle lebhaft empfohlen und angepriesen. Inzwischen hatte sich in Deutschland zur Förderung akuter industrieller und technischer Angelegenheiten — wie der Reichshandelsstelle, einer Technisch-Gewerblichen Reichsbehörde und dergleichen mehr — die sogenannte Interessengemeinschaft der zentralen Industrieverbände gebildet, die sich aus dem Zentralverband deutscher Industrieller, der Zentralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen und dem Bund der Industriellen zusammensetzt.

Die Interessengemeinschaft hat im Beginn dieses Jahres den Beschluß gefaßt, ihren ganzen Einfluß auf die ihnen anhängenden Kreise — und das ist fast die gesamte deutsche Industrie — aufzubieten und die Mittel einzustellen und zusammenzubringen, um die „Außenhandelsstelle“, wie man jetzt die Reichshandelsstelle nennen will, ins Leben zu rufen und zu verwirklichen.

Da der Reichstag und das Reichsamt des Innern sich schon vor sieben Jahren zustimmend geäußert haben, so steht der Verwirklichung der Außenhandelsstelle nichts mehr im Wege.

Deutschland, das werden die Verhandlungen des Reichstages wahrscheinlich schon während dieser Session erweisen, kommt damit auf diejenige höhere Stufe der Weltwirtschaft, die von den übrigen Welthandelsmächten bereits erstiegen wurde.

Ingenieur *Franz Bendt*, Berlin.



**Elektrizitätsmonopol und elektrische Bahnen.** Im Sommer 1907 wurde ein Erlaß des Ministers Breitenbach an die Eisenbahndirektion Berlin bekannt, wonach der elektrische Betrieb auf der Berliner Stadt- und Ringbahn, sowie auf den Vorortstrecken eingerichtet werden sollte. Die Stromversorgung dieser Strecken und die Stromlieferung für alle Bahnhofs- und Werkstättenanlagen Groß-Berlins, zu Beleuchtungs- und maschinellen Zwecken, sollte durch staatsbahneigene Kraftwerke erfolgen. Jetzt kommt von der elektrischen Staatsbahnstrecke Krefeld die Nachricht, daß dort die Umwandlung der ersten Staatsbahnstrecke für elektrischen Betrieb zur Ausführung gelangt. Man sieht hier den ersten Schritt zum Elektrizitätsmonopol. Aber es wird kein Reichs-, sondern ein Einzelstaatsmonopol werden.



**Der deutsche Kronprinz als Student der Technik.** Bei der Abteilung für Maschineningenieurwesen der Technischen Hochschule Charlottenburg hat sich der deutsche Kronprinz als Hörer angemeldet und seine Studien am 13. Februar d. J. begonnen. Aus der Wahl der Abteilung (Fakultät) läßt sich ersehen, daß es sich bei diesem Studium um denjenigen Teil der Staatswissenschaften handelt, der das große Gebiet der Maschinenbetriebe und Energieumsetzungen umfaßt, um eine Wissenschaft, die für die Staatsleitung der Zukunft unentbehrlich sein wird, oder vielmehr schon jetzt unentbehrlich ist. Der zukünftige

Träger der Krone Preußens wendet sich — nachdem er die Universität besucht hat — an die zweite Hochschule, um hier seine Vorbildung zu ergänzen und zu erweitern. Zu diesem ungewöhnlichen Schritt mag das von seinem Vater bekundete Interesse an den technischen Wissenschaften die erste Veranlassung sein; er zeigt aber auch den weitern Blick derjenigen Personen, die dem Prinzen beratend zur Seite stehen. Daß es sich darum handelt, dem zukünftigen Herrscher Wissensgebiete zu erschließen, ohne die das vergangene Jahrhundert nicht zu verstehen ist, darin liegt die tiefere Bedeutung des Vorganges, den wir wohl richtig würdigen, wenn wir ihn als den Ausgangspunkt für eine Wandlung in der Erziehung der Staatsbeamten erkennen.



# SOZIALE ENTWICKLUNG

## H. VAMBERY, BUDAPEST: DAS KULTURELLE ERWACHEN DER MOHAMMEDANERINNEN.

WER vom Erwachen des Islams spricht, der darf nicht vergessen, daß die Gesellschaft, die zu dieser Religion sich bekennt, aus zwei streng voneinander getrennten Fraktionen besteht, nämlich aus der Männer- und der Frauenwelt, deren gegenseitige Beziehungen anderer Natur sind, wie bei uns im Abendlande. Das schöne Geschlecht zeichnet sich wohl auch bei uns durch stärkeren Konservatismus aus und trennt sich viel schwerer von der lieben alten Gewohnheit als die Männerwelt. Im moslimischen Asien ist dies natürlich noch mehr der Fall, denn hier artet die Anhänglichkeit an das Althergebrachte in wilde Leidenschaft aus.

Während meiner Lehrerschaft in einer der vornehmsten türkischen Familien Konstantinopels redete mich mein Zögling eines Tages folgendermaßen an: „Herr Lehrer! Ich kann bei Ihnen keinen Unterricht mehr nehmen, denn Mama und Tante sagen mir, Ihre Erklärungen über Donner, Blitz und sonstige Naturerscheinungen wären falsch und im Widerspruch mit unserer von der Religion gebilligten Auffassung.“ So sprach der Sproß einer Familie, dessen Vater der französischen Sprache in Schrift und Wort mächtig gewesen; ein Kind, auf dessen Bildung und Erziehung aber die Insassen des Harems viel mehr Einfluß ausübten als die männlichen Mitglieder. Ich habe demzufolge mein Bemühen, dem jungen Türken die Elementarbegriffe der Physik nach dem französischen Buche „Les pourquois et les parceques“ beizubringen, aufgegeben. Meine Stellung in den türkischen Häusern gegenüber den Frauen war übrigens immer die schwierigste, denn freundlich und gutmütig, wie der Türke gewöhnlich ist, hat der unbändige Fanatismus der Türkin alle meine Kunst einer Umstimmung vereitelt. Der Mohammedanerin, ob im nahen oder im fernen Osten, war zu meiner Zeit der Andersgläubige das größte Scheusal auf Gottes Erde, und während die männlichen Mitglieder

der Familie durch Berührung mit der Außenwelt so manche Vorurteile abgestreift und den Einflüssen des Abendlandes zugänglicher wurden, klammerte die Frau sich krampfhaft an die alte Sittenwelt an und wollte von Neuerungen absolut nichts wissen. Man legte gern die Kleider an, die aus den von den Händen der Ungläubigen erzeugten rauschenden Seidenstoffen verfertigt waren, man bestieg die aus Paris gebrachten prachtvollen Karossen, doch von Ungläubigen selbst wollte man nichts wissen. Eines Tages ertönte ein erbärmliches Klagegeschrei aus dem Harem in meine im Selamlik gelegene Wohnung, und als ich nach dessen Ursache mich erkundigte, da hörte ich, eine Dame hätte von ihrem in Paris studierenden Sohne einen Brief und Photographie erhalten. Die Frau war untröstlich über die Gottlosigkeit ihres Kindes, denn damals galt das Sich-photographieren-lassen noch für eine Todsünde, und die Frau hat wochenlang geweint. In ähnlicher Weise war es ein Gegenstand allgemeinen Entsetzens, als ein hoher Pfortenbeamter für seine Tochter aus Europa eine Bonne kommen ließ, um Sprachen- und Musikunterricht zu erteilen. Die Efendis und Paschas waren auf der Bahn der modernen Bildung rasch fortgeschritten, a l a f r a n c a war das Losungswort aller Welt, und nur der Harem verhielt sich eiskalt der modernen Bewegung gegenüber. Nichts vermochte diesen Trotz zu brechen, und als die Regierung sich anschickte, Mädchenschulen zu eröffnen und den Schulzwang einzuführen, da hatten sich Eltern gefunden, die ihre Töchter lieber in Männerkleider steckten und in die Knabenschule schickten, nur um dem gottlosen Bildungsinstitute der Frauen aus dem Wege zu gehen.

Auf die lange Dauer natürlich konnte der Widerwille gegen die neue Weltordnung sich dennoch nicht halten. Auf die Annahme europäischer Kleider seitens der Männerwelt war bald die Einführung europäischer Möbel und europäischer Tafelsitten gefolgt, und da die Veränderungen bei den Frauen nicht spurlos vorübergehen konnten, so merkte man gar bald, wie die weite, plumpe und schmucklose Feradsche (Frauenmantel) enger, zierlicher und kürzer geworden, und wie an der Stelle der großen gelben Pantoffeln und Stiefel elegante europäische Frauenschuhe in die Mode kamen. Eine Veränderung in der Toilette hatte auch eine Veränderung der Bildungsbegriffe nach sich gezogen. Man nahm Klavierstunden, man lernte Französisch, der Schleier ward immer dünner und durchsichtiger, man besuchte frank und frei die Kaufläden in Pera, und die auf Äußerlichkeiten sich erstreckende Evolution hätte auch auf weitere innere Umgestaltungen übergeschlagen, wenn der absolutistisch autokratische Herrscher nicht in der fortschrittlichen Frauenbildung die Gefahr einer Beeinträchtigung des Haremslebens, eines Erwachens freiheitlicher Ideen und einer Schwächung der Herrscherallmacht entdeckt hätte. Sultan Abdul Hamid hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als mit einer ganzen Liste von Erlässen gegen die Neuerungen aufzutreten.

Mit Hinweisung auf die Lehre des Propheten ward daher der Kulturbewegung der Frauen ein mächtiges Halt! entgegengedonnert. Den Unterricht und die Bildung zu verbieten, war unmöglich, doch man bemühte sich, die geistige Richtung auf eine streng moslimisch-religiöse Bahn zu lenken, und so entstand auch jene modern moslimisch-türkische Frauenschule, die einerseits in Modesachen, in Lektüre und auch in manchen gesellschaftlichen Sitten das Abendland nachahmt, andererseits aber krampfhaft an den irrtümlichen Auslegungen des Korans sich halten und die Trennung der Geschlechter nicht um ein Jota verringern will. Diese Tendenz wird von der

türkischen Frauenzeitung „Khanimlara makhsus Gazeta“ befolgt, und literarisch begabte türkische Damen, als Frau Fatima Aliya, Hamiyat Zehra, Nedjiba, Nigiar Khanim und andere verleihen derselben Ausdruck. Diese Damen, von denen einige sich eines gewissen Grades abendländischer Bildung erfreuen, wären im Innern ihres Herzens wohl nicht abgeneigt, die zwischen den beiden Geschlechtern bestehende Kluft zu verringern. Ich habe mich hiervon persönlich überzeugt, doch die Allmacht der wild despotischen Regierung, die in jeder Aufklärung und freiheitlichen Bewegung Gefahr wittert, wird es nie erlauben, an diese mit dieser irrtümlicherweise mit der Religion in Zusammenhang gebrachten Sitte zu rütteln. Natürlich ist das Vorgehen der Regierung wie auch das religiöse Bedenken der Mohammedaner grundfalsch. Vor allem hat der Koran nie die strenge Absonderung beider Geschlechter verordnet; denn wie die Geschichte uns zeigt, haben Frauen früher öffentliche Rollen gespielt, sie haben als Lehrer von der Kanzel der Hochschulen Wissenschaft vorgetragen; ja sogar als Heerführer hat eine Mohammedanerin unter Musa ben Tarik, dem Eroberer Spaniens, gewirkt. Dort, wo die Regierung kein Hindernis in den Weg setzt, wie z. B. in christlichen Ländern, dort gebärdet sich die moslimische Frau viel freier. In Rußland z. B. gibt es Tatarinnen, die nicht nur das Gymnasium mit Erfolg absolvierten, sondern in verschiedenen Fächern den Doktortitel erhielten und als Ärzte, Advokaten usw. tätig sind. In Indien präsidiert die Fürstin von Bhopal so manchem Banquet und toastiert in gelungenen Reden, und in Südrußland veröffentlichen die tatarischen Schönen fulminante Leitartikel im Interesse der Gleichberechtigung des Frauengeschlechtes und greifen schonungslos die usurpierten Vorrechte des starken Geschlechtes an. In der Türkei würde selbst die leiseste Bewegung auf diesem Gebiete strengstens bestraft werden, denn das Gesetz ordnet die Zahl der Knöpfe auf den Halbschuhen, die Farbe, Weite und Schnitt des Oberkleides, und Weh der schönen Fürstin, die mit einem Seitenblick ihr Interesse für einen vorübergehenden Europäer bekundet!

So tief hat sich leider das diesbezügliche Vorurteil in der Islamwelt eingewurzelt, daß selbst ganz aufgeklärte, unsere Welt genau kennende Türken der Haremfrage gegenüber eine gewisse Befangenheit zur Schau tragen und mitunter für die Aufrechthaltung des Harems eine Lanze brechen. Ahmed Riza Bey, der jahrelang in Paris lebende, hochgebildete und patriotisch gesinnte Chef der Partei der Jungtürken, sagt in seinem jüngst erschienenen Buche — La Crise de l'Orient (Seite 117) — „On a tort aussi de croire que l'existence du Harem l'isolement des femmes, paralysent le progrès et empêchent la moirtié du genre humain d'être utile à la société — “ Einige Blätter weiter sagt er — „Cet isolement permet à la femme de remplir plus dignement la mission glorieuse de la maternité ..... — Le gout du ménage es des soins domestiques se developpe mieux chez elle et lui évite l'écueil des luxes excessifs et des intrigues du dehors, qui trouble les moeurs et qui irritent si justement le mari européen (Seite 121). Dr. Halil Halid Efendi, ein nicht minder gebildeter Türke, der in Cambridge mit Auszeichnung doktoriert hat, stellt in seinem Buche — „The Crescent versus the Cross“ — die Behauptung auf, daß die Bibel ebenfalls den Frauen unbedingten Gehorsam gegenüber den Männern gebietet, daß das Gebot der Verschleierung auch im Evangelium vorkommt und daß die Haremsitte kein so großes Übel wäre, wie wir annehmen. Dies verhindert ihn aber doch nicht zu schreiben — „There will, Nowever come a time when the status of secluded

women will be reconsidered and a wiser extension of women's liberty of action may be made in accordance with the true spirit of Islamic law. Already there are indications of a change for the better in the position of women in the more progressive parts of the Mussulman East —" (S. 113).

Nun, es ist diese Veränderung zum Bessern in der Lage der Frauen im Osten, die jeder Freund des Fortschrittes der muselmanischen Gesellschaft als den eigentlichen Wendepunkt in der geistigen Evolution des Islam ansieht und dessen Verwirklichung sehnlichst herbeiwünscht. Schon im Anfang des XIX. Jahrhunderts hat man in Europa die Ansicht verbreitet, daß die Türken sich nur dann zivilisieren werden, wenn sie den Koran schließen und den Harem öffnen werden —. Diese Annahme ist nicht ganz richtig. Was den Koran anbelangt, so besitzt er denselben Grad der Elastizität wie alle übrigen Religionsbücher, und den etwa auftretenden mohammedanischen Reformator würden minder harte Kämpfe erwarten, als dies im Christentume der Fall gewesen. Einer Adaptierung des Korans an die Zeitbedürfnisse der modernen Welt würden nur die weltlichen Herrscher, die in den Auswüchsen der Lehre Mohammeds die Hauptstütze ihrer despotischen Regierung finden, sich widersetzen. Mit dem Öffnen des Harems verhält es sich jedoch ganz anders. Hier befindet sich die eigentliche Quelle aller Übelstände und aller Hindernisse auf dem Wege des Fortschrittes. Alle Bestrebungen des Staates zerschellen an der Indolenz, oder was noch ärger ist, an der Opposition der Familie. Ich war jahrelang Augenzeuge, wie die Männerwelt auf der Bahn des Fortschritts rüstig vorwärts ging, während die Frauenwelt um keine Haarbreite sich vorwärts bewegen wollte; ja vielmehr den Retrogradismus unterstützte. Man mag über die Entartung und Auswüchse unserer Gesellschaft noch so arg denken wie man will, den Einfluß der Frauen auf unser öffentliches, geistiges und politisches Leben wird niemand bestreiten können. Im moslimischen Osten geht der Einfluß der Frauen nicht über die Kinderstube hinaus, und wenn die Gesellschaft sich reformieren und die Prinzipien einer altverkommenen Welt abstreifen will, so muß bei der Aufklärung der Frauen und bei der Bildung des weiblichen Geschlechtes begonnen werden. So hat Japan gehandelt, indem es im Beginn der Reformära eine Anzahl von Mädchen nach Amerika geschickt, die dann später daheim an den Mädchenschulen heilsam gewirkt und der Umgestaltung kräftigen Vorschub geleistet haben.

Was soll ich auch vom gesellschaftlichen Ton in der Islamwelt sagen? Ich erinnere mich mit Schrecken und Schaudern jener langen Winterabende, die ich in der vornehmen Gesellschaft Konstantinopels, Teherans und anderer Orte zugebracht. Infolge der Abwesenheit der Frauen herrscht nicht nur ein frivoler Ton, der einem die Schamröte ins Gesicht treibt, sondern die Konversation wird banal und langweilig; man vermißt jede geistige Anregung, jedes Zartgefühl und namentlich jene Würze der echten Poesie, die doch nur im gegenseitigen Verkehr beider Geschlechter zutage tritt. Wenn ich daher vor einem halben Jahrhundert, auf dem Höhepunkt jugendlicher Phantasie stehend, zur Überzeugung gelangte, daß von einem gesellschaftlichen Leben in der Islamwelt keine Rede sein kann, so kann ich heute im Greisenalter hinzufügen, daß eine Regeneration und ein geistiger Fortschritt bei der strengen Isolierung beider Geschlechter gar nicht denkbar ist. Wenn daher die Reformatoren der heutigen Islamwelt, an deren Ernst ich nie gezweifelt, dem alten Übel abhelfen und ihr Volk einer besseren Zukunft entgegenführen

wollen, so dürfen sie nicht für den weiteren Bestand des Harems eine Lanze brechen, sondern zur Niederreißung jener unnatürlichen und schädlichen Schranken mitwirken. Urplötzlich kann mit der alten Sitte wohl nicht aufgeräumt werden, doch jeder Schritt in dieser Richtung wird das große Werk der Evolution beschleunigen, denn nur aus der gründlich modernisierten Familie kann eine moderne Gesellschaft und ein moderner Staat sich herausbilden.



# CHRONIK

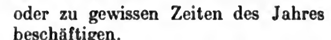
EINE **„Hochschule für Menschlichkeit“** plant der „General“ der Heilsarmee, Mr. Booth. Sie soll aus zwei Hauptanstalten bestehen, von denen die eine diesseits, die andere jenseitsdes Atlantischen Ozeans sich befinden würde. An die beiden Anstalten sollen in allen Ländern Schulen angegliedert werden mit dem Zweck, die Schüler zu lehren, die Not des Volkes zu lindern. Es gilt, eine Hochschule zu errichten, wo Männer und Frauen den Umgang mit gebrochenen Existenzen lernen sollen, die Kunst, Verbrecher und Säufer zu bessern, den Kindern verführter Mädchen und allen Elenden aufzuhelfen. Was den Kostenpunkt betrifft, so hofft „General“ Booth auf die Freigebigkeit der Millionäre.



**Frauenfortschritt in Japan.** Wie aus Japan berichtet wird, erscheint dort seit kurzem eine Frauenzeitung „Die Frau des 20. Jahrhunderts“, deren Herausgeberin die sozialistische Schriftstellerin Uta Imai ist. Gleichzeitig kommt eine zweite Meldung, die einer erfreulichen Beweis des Fortschrittes der Frauenbewegung in Japan gibt: Die japanische Regierung hat eine Frau zum Professor *honoris causa* ernannt. Es ist dies Frau Tada Urata, die vor einigen Jahren in Deutschland Medizin studierte und den Doktorgrad erwarb.

**Der deutsche Arbeitskammergesetzentwurf** geht der beigegebenen Begründung zufolge von folgenden grundsätzlichen Erwägungen aus:

„Nachdem den Gehilfen im Handwerk durch die Errichtung des Gesellenausschusses eine ausreichende Vertretung gegeben ist, waren in erster Linie die übrigen gewerblichen Arbeiter im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung zu berücksichtigen. Hierzu sollen auch solche Personen gerechnet werden, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letztern mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, denn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen. Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes sollen, abgesehen von den Inhabern von Handelsgeschäften, Apotheken und solchen Betrieben, welche den Organisationen des Handwerks angehören, die Unternehmer solcher Betriebe gelten, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, sofern sie mindestens eine als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes zu betrachtende Person regelmäßig das Jahr hindurch



oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

Für die Gestaltung der Arbeitskammern mußte ihre grundlegende Zweckbestimmung maßgebend sein, wonach sie zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen sollen. Danach war zunächst von der Errichtung einseitiger Arbeitervertretungen abzusehen. Nur auf dem Wege gemeinsamer Vertretungen kann es gelingen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in engere Fühlung zu bringen, und nur bei einer gemeinsamen Tätigkeit ist die Möglichkeit gegeben, daß der eine Teil die Ansichten des andern Teils kennen und sie auch von seinem Standpunkt aus verstehen und würdigen lernt. Damit ist aber eine wesentliche Vorbedingung zur Milderung und Ausgleichung der bestehenden Gegensätze geschaffen. Hierfür mußte also in erster Linie Sorge getragen und die Einrichtung von Vertretungen vorgesehen werden, die aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind. Dementsprechend war der Wirkungskreis der Kammern dahin zu bestimmen, daß sie den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen und die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besondern Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen haben. Für die Gliederung der Arbeitskammern kam zunächst in Frage, ob nach örtlichen Bezirken Kammern zu errichten sind, die alle Gewerbezweige umfassen, oder ob eine fachliche Gliederung den Vorzug verdient. Der Entwurf hat sich für die letztere Regelung entschieden. Wenn eine lebenskräftige Organisation geschaffen werden soll, so muß dafür gesorgt werden, daß sie sich praktischer Arbeit widmet und mit ihren Beratungen und Beschlüssen auf tatsächlichen, ihren Mitgliedern aus eigener Erfahrung vertrauten Verhältnissen fußt.

Bei der gesetzlichen Festlegung des Gebiets, auf welchem die Arbeitskammern sich betätigen sollen, sind zwei Gesichtspunkte in erster Reihe maßgebend, nämlich einmal die Wahrnehmung und Geltendmachung berechtigter Interessen der Arbeiter auf gewerblichem und wirtschaftlichem Gebiet und sodann die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Beide Funktionen dienen zur Förderung des Gewerbes, sie bedingen und begrenzen sich wechselseitig. Wie die rechtzeitige Kenntnis und billige Berücksichtigung berechtigter Wünsche der Arbeiter die Arbeitgeber und, soweit erforderlich, in höherer Instanz die Organe der Obrigkeit und der Gesetzgebung in den Stand setzt, das Erreichbare zur Besserung der Arbeiterverhältnisse zu verwirklichen und dadurch die Zufriedenheit der Arbeiter zu gewinnen, so sollen auf der andern Seite die Wünsche und Forderungen zugunsten der Arbeiter ihr Maß finden in der Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Lage des Gewerbezweiges und die in gleich hohem Grade berechtigten Interessen der Arbeitgeber. Die gemeinsamen Beratungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Arbeitskammer führen naturgemäß zu einer persönlichen Fühlung zwischen den Angehörigen beider Gruppen. Man darf der Hoffnung Raum geben, daß diese persönliche Annäherung nicht selten eine Abschwächung bestehender Gegensätze ermöglichen wird. Eine unmittelbare Betätigung auf diesem Gebiete soll den Arbeitskammern dadurch ermöglicht werden, daß ihnen die Zuständigkeit als Einigungsamt für solche Fälle übertragen wird, in welchen es an einem zuständigen Gewerbegerichte fehlt, oder die

beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt, oder die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.“

Nach diesen Darlegungen über den Grundgedanken des ganzen Entwurfs, die Einrichtung paritätischer Arbeits- nicht reiner Arbeiterkammern, wendet sich die Begründung einzelnen Bestimmungen und Aufgaben zu, so der Erstattung von Gutachten an Staats- und Gemeindebehörden sowie Erhebungen und Umfragen, ferner der Einrichtung von Arbeitsnachweisen, von Rechtsauskunftsstellen, Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit und sonstiger Hilfskassen, sowie von Arbeiterzügen, der Errichtung von Arbeiterwohnungen, der grundsätzlichen Regelung der Arbeitsbedingungen, wie derjenigen der Lohnzahlungstage, der Akkordarbeit, der Arbeit am Sonnabend Nachmittag, der Gewährung von Urlaub u. dgl..



**Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer,** die vom Deutschen Reiche erst vor fünf Jahren geschaffen worden ist, hat seit dem vergangenen Jahre ihre Tätigkeit mehr als verdoppelt. Wie aus dem dem Reichstage erstatteten Bericht hervorgeht, sind in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis Ende September 1907 nicht weniger als 7460, davon nur 1803 mündliche Auskünfte erteilt worden. In demselben Zeitraum des Vorjahres betrug die Zahl der Auskünfte aber nur 3180. Über die persönlichen Verhältnisse der Auskunftsuchenden werden folgende Angaben gemacht: Von 4462 waren 2921 ledig, 1521 verheiratet, 20 verwitwet. Aus den Altersangaben, die in 4173 Fällen vorliegen, ergibt sich, daß unter den Auskunftbegehrenden die Altersklasse von 20 bis 30 Jahren weitaus am stärksten vertreten ist, da ihr von den erwähnten 4173 Anfragen nicht weniger als 2558 oder 61,2 % angehörten. An zweiter Stelle folgt die Altersklasse von 30 bis 40 Jahren, die mit 902 Anfragen beteiligt ist, während für die höhern Altersklassen die Ziffern rasch abnahmen. Dem Berufe nach standen die Kaufleute mit 1595 und die Landwirte mit 1423 voran. Dann folgten die Handwerker mit 1235, die Ingenieure, Techniker und Architekten mit 380, die Arbeiter mit 157, die Lehrer mit 63, die Ärzte mit 32. Auf „verschiedene Berufszweige“ (Offiziere, Beamte, Studenten usw.) entfielen 769 Personen. Im Berichtsjahre sind zum ersten Male statistische Aufzeichnungen über die den Auswanderungslustigen zur Verfügung stehenden Mittel gemacht worden. Danach schwankten diese Mittel zwischen Beträgen von weniger als 1000 M. und 500 000 M. Weniger als 1000 M. besaßen 185, 1000 bis 3000 M. 343, 3000 bis 5000 M. 198, 5000 bis 10 000 M. 248, 10 000 bis 20 000 M. 243, 20 000 bis 50 000 M. 211, von 50 000 bis 100 000 M. 45, von 100 000 bis 500 000 M. 13 Personen. Die Anfragen der Auskunft Begehrenden haben sich im Berichtsjahre in steigendem Maße auf die Auswanderungsgebiete in den deutschen Kolonien bezogen, nämlich von insgesamt 13 534 Anfragen 10 508 gegen nur 2979 im Vorjahre. Das bedeutet eine Vermehrung um nicht weniger als 253 %, die deutlich erkennen läßt, in welch hohem Grade sich das Interesse der Auswanderungslustigen den Kolonien zugewandt hat. An erster Stelle stand unter den deutschen Schutzgebieten Deutsch-Südwestafrika mit 4286 Anfragen gegen 1005 im Vorjahre. Was die Herkunft der Anfragen betrifft, so stand Preußen mit 4544 gegen 1897 im Vorjahre an der Spitze, nach Preußen folgt das Königreich Sach-

sen mit 721, dann Bayern mit 284, Baden mit 254 und Württemberg mit 218, Hamburg mit 178 usw. Anfragenden. Aus dem Auslande kamen 317 Anfragen, gegen 197 im Vorjahre; diese rühren meist von Reichsangehörigen her. So waren etwa 40 aus Rußland eingezogene Auskunftsbegehren von deutsch-russischen Landwirten gestellt und bezogen sich der Mehrzahl nach auf deutsche Schutzgebiete. Aus dem ganzen Bericht, der vom Grafen Pfeil verfaßt ist, ergibt sich, daß die Reichsauskunftsstelle für Auswanderer eine sehr erhebliche und wichtige Tätigkeit entfaltet und sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon zu einer Einrichtung von hoher Bedeutung entwickelt hat.



**Soziale Ausbildungskurse.** In Leipzig hat sich unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Justizrat Dr. Junck ein Ausschuß für soziale Ausbildungskurse gebildet. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß tätige Sozialpolitik zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit gehört, und daß zur Mitwirkung alle Volkskreise, nicht zuletzt die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter und Gehilfen berufen sind, will er Kurse veranstalten, die, frei von jedem Parteigetriebe, die Einführung in die schwierigen Fragen des heutigen innerpolitischen Lebens, der sozialen Gesetzgebung, der Wirtschaftspolitik, der Verfassung und ähnlicher Gebiete vermitteln sollen. Der erste Kursus soll in Leipzig zu Beginn des Jahres 1909 veranstaltet und hierzu etwa 100 befähigte Arbeiter und Gehilfen, die nationalen Organisationen angehören, aus ganz Sachsen herangezogen werden. Der auf sechs Wochen berechnete Kursus soll umfassen: 1. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, 2. Allgemeine Rechtslehre, 3. Reichs-, Staats- und Gemeindeverfassung, 4. Wirtschaftspolitik im Deutschen Reiche, 5. Arbeitergesetzgebung, 6. Wohnungswesen. Um die Kosten des Unternehmens aufzubringen, hat sich der Ausschuß in einem Aufruf an die nationale Bürgerschaft Sachsens gewandt.



**Zur Lösung der Landarbeiter- und Dienstbotenfrage.** Im Oktober 1907 hat der Bund der Landwirte in Bayern eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Landarbeiter- und Dienstbotenfrage, welche durch Beiziehung von Nichtmitgliedern verstärkt wurde und in einer Reihe von Sitzungen sich eingehend mit der ihr übertragenen Aufgabe beschäftigte. Die Kommission ist nun zu einem vorläufigen Abschluß ihrer Arbeiten gelangt.

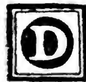
Ihre Vorschläge bewegen sich in der Richtung, dem ländlichen Dienstboten und Arbeiter weitere Annehmlichkeiten und Vorteile an die Hand zu geben, die ihm seinen Beruf und seine Stellung in höherm Maße als dies in neuerer Zeit der Fall gewesen ist, lieb und wünschenswert erscheinen lassen sollen. Diesem erstrebenswerten Ziele sollen erhöhte Fürsorge im Krankheitsfalle, bei Unfällen usw. dienen, ferner die Ermöglichung rechtzeitiger Verheiratung und späterer Gründung eines eigenen Heims usw. Zu diesem Zwecke soll eine zeitgemäße und die besondern Verhältnisse der Landwirtschaft besser als bisher berücksichtigende Gestaltung der sozialen Versicherungsgesetze dienen. Es wird angeregt, die Krankenversicherung in einer der Landwirtschaft angepaßten Form obligatorisch einzuführen und gleichzeitig die landwirtschaftlichen Unfallgenossenschaften zu einer einheitlichen Anstalt für die gesamte Sozialversicherung der ländlichen Arbeiter des ganzen Reiches auszubauen. Diese

Sonderkasse soll in den Stand gesetzt werden, den der Landwirtschaft treugebliebenen Arbeitern und Dienstboten besondere Vorteile zu verschaffen durch Dienstprämien, Beihilfe zur Ansiedlung u. dgl. Die Beiträge zu dieser Sozialversicherungsanstalt sollen zu je $^1/_3$ von dem Arbeitgeber, dem Arbeitnehmer und dem Reich erhoben werden. Die Verwaltung ist paritätisch gedacht unter dem Vorsitze staatlicher Beamten. Die Berufsgenossenschaften, die bestehen bleiben, sollen weitgehende Vorbehalte eingeräumt werden zwecks Berücksichtigung der verschiedenartigen Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Reiches. Der Organisation sei die Befugnis zu verleihen, die für die Landwirtschaft besonders wichtigen Zweige der Privatversicherung durch eigene Gegenseitigkeitsanstalten zu pflegen.



# ARBEITERBEWEGUNG

## AUS DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG.



IE deutschen Arbeiterorganisationen zählen heute mindestens 2½ Million Köpfe, womit Deutschland an die Spitze der Industrieländer getreten ist. Ende 1906 waren es 2215165, von denen 1799293 auf die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften entfielen, während die Hirsch-Dunckersche Richtung mit 118508 und die christlichen Gewerkschaften mit 335247 Mitgliedern vertreten waren. Die freien Gewerkschaften hatten 1906 eine Jahreseinnahme von 41602939 M. und eine Jahresausgabe von 36963413 M., von denen etwa 13 Millionen für Streiks und je 3 Millionen für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurden. Die durchschnittlichen Jahresbeiträge der Mitglieder schwankten zwischen 5,44 M. (bei den Wäschearbeitern) und 84,11 M. (bei den Lithographen). Für die Propaganda der Ideen der freien Gewerkschaften sorgen 64 Blätter mit einer Auflage von 1920250 Exemplaren. Die äußere Entwicklungstendenz der freien Gewerkschaften geht aber am besten aus den Zahlen des Anwachsens der Mitglieder hervor. Die Mitgliederzahl betrug 1890 noch 227733, sie nahm bis zum Jahre 1903 jährlich um etwa 100000 zu und stieg im Jahre 1906 um 344909 Mitglieder. Auch die christlichen Gewerkschaften nahmen im Jahre 1906 außerordentlich zu, nämlich um 68350 = 35,7%. Aber während Frankreich seine 500000—600000 „jaunes“ hat, spielen in Deutschland die gelben Gewerkschaften überhaupt keine Rolle. Zwar wurde zu Pfingsten 1907 ein „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ gegründet, dem Kaiser und Reichskanzler warme Glückwünsche sandten, aber diese Gründung ist wenig aussichtsreich. Vertreten waren in dieser Versammlung durch 71 Delegierte 76 Vereine, von denen sich 37 mit 7000 Mitgliedern dem Bund anschlossen. Die Leitung der Gründung lag in den Händen des Geschäftsführers eines Hamburger Arbeitgeberverbandes und nichts charakterisiert diesen Arbeiterbund besser als seine Resolution, „der grassierenden Streiklust Abbruch tun zu wollen“.

Diese Gelben stellen aber eine psychologisch verständliche Reaktion gegen die deutschen freien Gewerkschaften dar, deren Charakter im Gegensatze zu England ein ökonomisch-parteipolitischer ist. Eine weitere Reaktionserscheinung ist auch der am 22. Oktober 1907 zusammengetretene „Zweite deutsche Arbeiterkongreß“, an dem nur Delegierte von Organisationen teilnehmen durften, die „auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen“.

Obwohl das Fehlen der Gelben, die in Frankreich die Hauptschuld an den bösartigen, oft nur mit Militärgewalt zu unterdrückenden Streikunruhen tragen, in Deutschland der Ausartung von Streiks entgegengewirkt, und obwohl durch die ständige Zunahme der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zahllose Streiks vermieden werden, war das Jahr 1906 das kampfreichste. Es fanden 3328 Streiks und 298 Aussperrungen mit 272218 Streikenden bzw. 77109 Ausgesperrten statt.

Die Arbeit*geber*organisationen sind weit weniger entwickelt. Die im Verein deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Unternehmer beschäftigten Ende 1906 zusammen 1 ¼ Million Arbeiter. Dagegen ist in Deutschland eine ökonomisch und sozial ziemlich indifferente Arbeitergruppe recht entwickelt: die evangelischen Arbeitervereine, deren Gesamtverband Ende 1906 in 475 Vereinen rund 92000 Mitglieder vereinigte, während in weiteren 175 nichtzentralisierten Vereinen noch etwa 33000 Mitglieder zu finden sind.

Das Reichs-Arbeitsblatt geht in seiner Nr. 1 (1908) auf die Entstehung, die Namengebung und die Unterschiede der französischen und deutschen gelben Gewerkschaften näher ein. Während in Deutschland diese Bewegung erst gegen Ausgang des Jahres 1905 einsetzte, fällt das Geburtsjahr der französischen „gelben“ Gewerkschaften in das Jahr 1901. Das Blatt schreibt:

„Gelegentlich der Arbeiterkämpfe bei Creusot und im Bergrevier um Monceau les Mines kam es zu einer Spaltung in der Arbeiterschaft. Ein Teil der Streikenden wollte sich dem Terrorismus der Übrigen nicht mehr unterwerfen und bildete einen Bund für sich. Während diese Gemäßigten sich berieten, wurden die Fenster des Lokals, in dem sie ihre Versammlung abhielten, von den Streikenden durch Steinwürfe zertrümmert. Man half sich innen dadurch, daß man die Fenster mit gelbem Papier beklebte. So hat dieser geringfügige äußere Anlaß der ganzen Bewegung den Namen gegeben; denn fortan bezeichnete man diese Gemäßigten als „Gelbe“. Der springende Punkt im Programm der Gelben ist die Erhebung „der Handarbeit zum Kapital und zum Eigentum“. Das heißt, die Arbeiter sollen sparen, um in dieser oder jener Form Anteil am Unternehmen zu gewinnen. Als Unternehmer werden die Arbeiter dann das größte Interesse an dem Blühen und Gedeihen des Unternehmens haben, was wieder zur Folge hat, daß sie zu Feinden aller Streiks werden. Die „gelbe“ Bewegung hat in Frankreich erhebliche Fortschritte gemacht. Wie die deutsche Zeitschrift „Der Bund“ berichtet, gehören heute 439 Gewerkschaften und 87 Arbeitgebervereine dem Verbande an. Auf dem dritten Kongreß dieser Gewerkschaften, der in Paris vom 11. bis 14. April 1907 tagte, vertraten 150 Delegierte angeblich 600 000 Industriearbeiter.

Wie oben angeführt wurde, hat auch Deutschland seit zwei Jahren solche Vereine aufzuweisen. Doch wird sich gleich zeigen, daß man es hier mit einem andern Typus zu tun hat. Gemeinsam an der Bewegung in beiden Ländern ist die Tatsache, daß in Frankreich wie in Deutschland die sogenannten Gelben in einen Gegensatz zu der übrigen Arbeiterbewegung insofern treten,

als sie mit der Streikpolitik der gegenwärtig bestehenden Arbeiterverbände nicht einverstanden sind und ein möglichst friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anstreben. Das hauptsächlichste Moment, auf das bei der Heranziehung des Programms der „Gelben" in Frankreich besonders hingewiesen wurde, die Arbeiter zu Kapitalisten zu machen, fehlt in der deutschen Bewegung. Während sie in Frankreich zentralisiert sind und zentrale Verwaltung haben, beschränken sich in Deutschland in der Hauptsache derartige Organisationen auf nur einen Betrieb. Ein Schritt zur Zentralisation liegt in dem im Frühjahr 1907 in Hamburg gegründeten „Bund vaterländischer Arbeitervereine" vor. Verschiedene Gebilde werden in Deutschland vielfach mit dem Namen „gelber Verbände" von gegnerischer Seite bezeichnet. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Fabrik- oder Werkvereine, in welche nur Arbeiter ein und desselben Werkes aufgenommen werden können. Als erster Fabrikverein wurde im Anschluß an die große Aussperrung in der bayrischen Metallindustrie am 14. Oktober 1905 der „Verein vom Werk Augsburg" gegründet. Diesem Verein traten sofort 601 Arbeiter bei, welche Zahl inzwischen auf 2116 gestiegen ist. Beachtenswert ist noch, daß auf Wunsch der Mitglieder vom Werk Augsburg Lebensmittel im großen eingekauft und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden, und daß damit umgegangen wird, einen eigenen Konsumverein zu gründen.

In kurzer Folge entstanden um und in Augsburg mehr als ein Dutzend solcher Vereine. Es seien hier genannt „Arbeiter- und Arbeiterinnenverein der G. Haindl'schen Papierfabrik"; Mitgliederzahl bei Gründung 60, jetzt 242 von 274 überhaupt Beschäftigten; „Arbeiterverein für die mechanische Baumwollspinnerei und Weberei"; Mitgliederzahl bei Gründung 600, Mitte März 1907 860; „Arbeiterverein der Zwirnerei und Nähfadenfabrik in Göggingen"; Mitgliederzahl bei Gründung 200, Mitte März 1907 650; „Arbeiter- und Arbeiterinnenverein der Spinnerei und Weberei Haunstetten"; Mitgliederzahl bei Gründung 102, Mitte März 1907 177; „Arbeiterverein der neuen Augsburger Kattunfabrik", Mitgliederzahl bei Gründung 601, Mitte März 1907 2116.

Im Jahre 1906 wurde auch die Gründung solcher Bergarbeitervereine im Saarrevier bekannt. Von hier sprang die Bewegung nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete über. Heute sind von den Gegnern als „gelbe" bezeichnete Gewerkschaften in allen größeren Industriezentren, wie Augsburg, Nürnberg, Magdeburg, Dresden, Berlin, Hamburg, Gera, Crimmitschau usw. anzutreffen. Von größern Werkvereinen seien hier noch genannt: „Arbeiterverein von Friedr. Krupp A.-G. Grusonwerk" in Magdeburg, „Unterstützungsverein für Sterbe-, Krankheits- und Notfälle Siemens-Schuckertscher Arbeiter und Arbeiterinnen" in Nürnberg, „Arbeiterverein vom Eisenwerk Nürnberg", „Arbeiterverein der R. Wolffschen Werke in Magdeburg-Buckau und Salbke". Die Mitgliedschaft der genannten Vereine kann nur erworben werden, wenn die betreffenden keiner sozialdemokratischen Organisation angehören.

Eine neue Art von Werkvereinen, sog. Spar- und Prämienvereine, sind in jüngster Zeit in und um Berlin ins Leben getreten, so z. B.: der „Spar- und Prämienverein" der Eckert-Werke in Lichtenberg, der Firma Ludwig Löwe & Co., der Rolandwerke in Weißensee.

Wenn es sich bisher nur um Werkvereine handelte, so finden sich in Deutschland auch Verbände von nationalen Arbeitern mehrerer Berufsarten innerhalb größerer Bezirke. Solche unabhängigen Arbeiterverbände finden

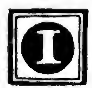
sich in Dresden (Freie Vereinigung der deutschen Metallarbeiter), Offenbach und Berlin. Der § 4 des Statuts der „Freien Vereinigung der deutschen Metallarbeiter" besagt: „Als oberstes Prinzip stellt der Verein an die Spitze, daß seinen Mitgliedern untersagt ist, sich an Streiks zu beteiligen, die den Unternehmern gegenüber als provokatorisch zu bezeichnen sind. Im übrigen ist die Beteiligung an Streiks, die lediglich zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen und zur etwaigen Abwehr gegen Auflagen der Unternehmer eingeleitet werden, nur dann gestattet, wenn der Vorstand eingehend den Anlaß zu dem betreffenden Streik geprüft, hierbei sowohl Unternehmer wie Arbeiter um Auskunft ersucht hat und eine gütliche Einigung gescheitert ist."

Die jüngste Berliner derartige Vereinigung ist der „Bauhandwerkerbund von Groß-Berlin und Umgegend"; er ist das Ergebnis des letzten großen Streiks im Berliner Baugewerbe. Der § 1 der Satzungen dieses Vereins lautet in seinem ersten Absatz: „Der Zweck des Vereins ist die Förderung gedeihlicher Arbeiterverhältnisse, die Pflege des Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die Unterstützung der Kollegen in Krankheits- und Sterbefällen, sowie die soziale und wissenschaftliche Aufklärung der Mitglieder."

Eine gewisse Zusammenfassung der hier in Betracht kommenden Vereine bedeutet der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der 1907 in Hamburg gegründet wurde und im Bäckergewerbe der 1906 gegründete Bund der Bäcker- (Konditor-) Gesellen Deutschlands, Sitz Berlin. Am 1. bis 3. September 1907 wurde der 2. Bundestag der Bäcker in Erfurt abgehalten, auf dem bekannt gegeben wurde, daß 89 Bundesmitgliedschaften fest beständen, 12 angemeldet wären. Hierzu kämen noch etwa 40 Mitgliedschaften mit Anschluß an die Zweigbünde, so daß der Bund insgesamt in mehr als 140 Städten Bundesvereine besitze. Für Mitte Januar 1908 wird die Zahl der Mitglieder auf 9000 geschätzt.



# DIE BRITISCHE ARBEITERPARTEI UND DER SOZIALISMUS.



IN Hull tagte im Januar die achte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei, deren Beschlüssen man im ganzen Lande mit der größten Spannung entgegensah. Namentlich richtete sich das Interesse auf die Frage, ob die Prophezeiungen derjenigen in Erfüllung gehen würden, die verkündeten, daß die Partei, in der die reinen Trade Unions-Bestrebungen noch immer die Oberhand haben, notwendig ins sozialistische Fahrwasser geraten müsse. Der Erfolg der Verhandlung hat ihnen Unrecht gegeben. Die Konferenz lehnte mit großer Majorität einen Antrag auf Abänderung der Statuten ab, der die Partei auf den Sozialismus, das will heißen auf die rein Marxistischen Lehren verpflichten wollte und die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Beseitigung des Kapitalismus als letztes Ziel der Partei erklärte.

Die Abstimmung hat große Bedeutung als Symptom für die die Mehrheit der englischen Arbeiterschaft beherrschende Stimmung. 951 000 der ver-

tretenen Stimmen wurden gegen den Sozialismus abgegeben und nur 91 000 dafür. Die Abstimmung und die Diskussion, welche ihr voranging, waren aber keineswegs eine Kraftprobe zwischen Sozialisten und Gewerkschaftlern, vielmehr handelte es sich darum, ob es opportun sei, sich für den Sozialismus zu erklären. Nur ein Redner nahm an der Debatte teil, der sich überhaupt gegen den Sozialismus aussprach, alle anderen Redner bekannten sich als Sozialisten, die sich meist aus Gründen der Opportunität gegen ein offen sozialistisches Programm erklärten. Der englische Sozialismus ist, wie bemerkt wurde, in der parlamentarischen Arbeiterpartei mit den Gewerkschaften alliiert, und ein Hervorkehren der sozialistischen Anschauungen würde diese Allianz stören. Daß in dieser Frage der Opportunismus das ausschlaggebende Prinzip sein müsse, wurde am entschiedensten von den der „Independent Labour Party" angehörenden Rednern betont. Der Delegierte Bruce Glasier erklärte im Namen dieser Partei, die er als die enthusiastischste und die erfolgreichste sozialistische Organisation in England bezeichnete, daß der Sozialismus niemandem aufgezwungen werden solle, der nicht dafür vorbereitet sei.

Die Konferenz hat aber mit 514000 gegen 469000 der vertretenen Stimmen eine von den Maschinenbauern eingebrachte Resolution angenommen, welche erklärt, die Zeit sei gekommen, in der die Arbeiterpartei den Sozialismus zum endgültigen Ziele haben solle. Solche allgemein sozialistischen und kommunistischen Resolutionen sind auf englischen Arbeiterkongressen nichts Neues. Seit dem Gewerkschaftskongresse in Norwich 1895 sind solche Resolutionen immer wieder auf den Kongressen eingebracht und manchmal gedankenlos angenommen worden, und es ist trotzdem alles beim Alten geblieben. Diesmal dagegen wußte der Kongreß ganz genau, was er tat. Es kommt weniger auf die Resolution selbst an, als auf die Abstimmung, d. h. auf die Tatsache, daß sich der Kongreß mit entschiedener Mehrheit für den Sozialismus erklärt hat, obwohl er weiß, was das unter den gegenwärtigen Umständen zu sagen hat. Die Sozialisten wurden sich sofort der Bedeutung ihres Sieges bewußt. Die Arbeiterpartei schien sich im Augenblicke in die „Social democratic federation" verwandelt zu haben. Das Kampflied der englischen Sozialdemokraten „The red flag" wurde im Saale gesungen, Hüte und rote Taschentücher wurden erhoben, und der Jubellärm wollte kein Ende nehmen. Die Gewerkschaftler verhielten sich auffallend still, und in der Debatte, welche der Abstimmung voranging, schlug Shackleton, der bedeutendste unter den Gewerkschaftlern, einen besorgten, fast klagenden Ton an. Er sagte, daß nach Annahme dieser Resolution jeder Arbeiterkandidat gefragt werden könne, ob er Sozialist sei, und wenn er dies verneine, könne man erwidern, daß er nicht in die Partei hineingehöre. Shackleton führte weiter aus, daß die vorliegende Resolution zwar nicht das Programm der Partei, sondern nur das Ziel zum Gegenstande habe, aber das Publikum werde den feinen Unterschied zwischen Ziel und Programm nicht erfassen. Am Tage vorher habe man mit überwältigender Mehrheit das sozialistische Programm verworfen, die vorliegende Resolution sei aber ein Programm.

# TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

## DR. RUDOLF EISLER, WIEN: DIE VOLUNTARISTISCHE RICHTUNG IN DER MODERNEN PHILOSOPHIE.

DER Voluntarismus, jene philosophische Richtung, welche im Willen das Zentrum des Seins und den Quellpunkt des Denkens und Handelns erblickt, wird im 19. Jahrhundert zum erstenmal durch Schopenhauer kraftvoll und genial verfochten. Er bildete die notwendige Reaktion gegen den Intellektualismus, wie er im „Panlogismus" Hegels, für den „alles Wirkliche vernünftig" ist, seinen Höhepunkt erreicht. Bei Schopenhauer ist der Voluntarismus durchaus romantisch gefärbt, er ist metaphysisch, ja mystisch. Der Wille, der nach ihm der zeitlose Urgrund alles Seins, das „Ding an sich" ist, ist keineswegs mit dem konkreten, unmittelbar zu erlebenden Wollen des Menschen identisch, er ist vielmehr eine einheitliche, die ganze Natur durchwaltende, im Körperlichen wie im Seelischen zur Erscheinung gelangende Urkraft, ein dunkles, blindes, an sich bewußtloses Streben zum Dasein, ein „Wille zum Leben".

Von einem an sich unbewußten Willen als metaphysischer Realität ist auch im philosophischen System Ed. v. Hartmanns die Rede, nur daß hier der Wille nicht mehr Alleinherrscher ist; er bildet mit der „Idee", der unbewußten Vernunft, ein Attribut des Absoluten, des Unbewußten. Er bestimmt das „Das", die Idee das „Was" des Seins, die Idee ist das Logische, der Wille das „Alogische" in der Welt.

Einen metaphysischen Charakter hat auch der Wille bei Nietzsche, so sehr dieser auch die Metaphysik verdammt. Denn der „Wille zur Macht", der in Natur und Geist sich entfaltet, ist der Träger des gesamten Seins, ist dieses Sein selbst, wie es an sich, gleichsam von innen gesehen, existiert. Dieser Wille zur Macht ist mit dem Schopenhauerschen Lebenswillen sehr verwandt, nur daß an Stelle des Pessimismus, der diesen Willen verneint, ein „dionysischer", lebenstrunkener Optimismus tritt.

Ist diese Art des Voluntarismus als ein Ausfluß einer durch die Kulturentwicklung und deren Gesetzlichkeit bestimmten Reaktion gegen die Überschätzung der Rolle, welche die Vernunft, das Logische in der Welt spielt, zu verstehen, so ist die zweite Art des Voluntarismus, jene, welche erst jetzt sich immer mehr Bahn bricht, auf dem Boden der Psychologie erstanden, um sich von hier aus auf alle Gebiete der Geisteswissenschaften zu verbreiten. Der Urheber dieser Bewegung ist Wilhelm Wundt, der freilich, wie auch andere Vertreter des Voluntarismus, vor einer metaphysischen Ausdeutung der Willenstheorie sich nicht gescheut hat, aber — und das ist für die Richtung charakteristisch — nicht umgekehrt aus metaphysischen Voraussetzungen die Tatsachen der Erfahrung zu erklären unternommen hat. Auch wird hier der Wille nicht mehr als eine einfache, blinde Wesenheit aufgefaßt,

*) Vgl. Eisler, Wörterbuch d. philos. Begriffe, 2. Aufl. Berlin 1904; Krit. Einführ. in d. Philos., Berlin 1905; Grundlage der Philos. d. Geisteslebens, Leipzig 1908.

sondern als ein vom Triebleben zum Vernunftwillen sich entwickelndes Streben, welches das Vorstellen und das Logische — durch die Beziehung zu anderen Willensfaktoren — teils schon in sich birgt, teils aktiv aus sich heraus entfaltet. Der Wille ist, empirisch, keine Kraft hinter dem Bewußtsein, sondern ein eigenartiger Bewußtseinszusammenhang. Er ist aber nicht sekundär, nicht (wie bei Herbart und den Assoziationspsychologen) ein Produkt von Beziehungen zwischen willenlosen psychischen Elementen (Vorstellungen, Empfindungen), sondern ursprünglich („autogenetische Willenstheorie"). Das primitivste seelische Erleben ist schon (Gefühl und Empfindung einschließende) triebartige Willenshandlung, die später komplizierter, zur „Willkürhandlung" wird. Der Wille ist das Triebwerk des gesamten Seelenlebens. Schon die Assoziationen der Vorstellungen sind ohne Gefühl und Triebe nicht denkbar, die Aufmerksamkeit kann ohne diese Faktoren nicht rege werden. In der „aktiven Apperzeption", in dem Klarmachen von Bewußtseinsinhalten durch Begünstigung und Fixierung seitens des Willens, in der Bildung „apperzeptiver Verbindungen", kurz in der Denk- und Phantasietätigkeit erweist sich der Wille als der Motor des Intellekts. Die voluntaristische Psychologie leistet dreierlei: erstens berücksichtigt und wertet sie die nicht intellektuelle Seiten des Seelenlebens viel mehr als die ältere Psychologie; zweitens zeigt sie den Intellektuellen selbst überall den Anteil des Willens (und Gefühls); drittens kommt hier die Aktivität des Subjekts gebührend zur Geltung.

Nun ist man auch am Werke, den Voluntarismus für das Gesamtgebiet der Geisteswissenschaften fruchtbar zu machen, wobei Wundt selbst für die Ethik u. a. Wertvolles geleistet hat *). In der Ethik, Soziologie, Rechtsphilosophie, in der Philosophie der Geschichte, ja selbst in der Erkenntnistheorie und Ästhetik tritt, wenn auch erst nur bei einer Reihe von Forschern, der Voluntarismus kräftig hervor. Schon wurde auch (von Rud. Goldscheid) auf die Notwendigkeit einer (der Vernunftskritik analogen) „Willenskritik" hingewiesen. In den „Ideen" beginnt man typische Willensziele zu sehen, die in Natur und Geschichte, in allen Kulturgebieten besonders, mit immer größerem Erfolge realisiert werden. Zugleich erwacht die Einsicht, daß die „immanente Teleologie" nur dahin zu deuten ist, daß die Zwecke, die in Natur und Geschichte bestehen, Inhalte von Willenstendenzen sind, die eben durch den Willen, wenn auch in gesetzlicher Reaktion auf Milieu-Einflüsse jeder Art, allmählich, ohne Voraussicht aller Enderfolge, verwirklicht werden. Aus Willensmotiven und deren Konflikten, aus dem Zusammenwirken vieler Willenseinheiten mit uns in einem Gesamtwillen beginnt man das Werden und Wachsen des Gesellschaftslebens zu verstehen. Und der „Einheitswille" erweist sich als die apriorische Grundvoraussetzung im Erkennen, im Handeln und im ästhetischen Schauen.



*) Aus der Reihe moderner Voluntaristen nennen wir Paulsen, Toennies, Münsterberg, Höffding, Lipps, Fouillée, J. Ward, James, Giddings.

# CHRONIK

**ZUM Kampf gegen den Lärm.** Der Einfluß des Lärms auf das Nervenleben ist ein noch vielfach übersehenes Gebiet psychologischer und psychopathischer Forschung. Und zwar handelt es sich hier nicht allein um die apperzipierten, d. h. bereits bewußt als störend empfundenen Geräusche des Tages, sondern vielmehr um all jene zahllosen, nur perzipierten, unter der Schwelle des Bewußtseins verbleibenden Reizungen unserer Hörnerven, die ein erstaunliches Maß von Nervenenergie verbrauchen. Professor Rubner, der Leiter des hygienischen Instituts an der Berliner Universität hat eine Art von Lärmmesser ersonnen, um die Zahl der Stoßwellen zu bestimmen, die in einer Zeiteinheit unser Gehörorgan treffen. Was danach besonders in einer Großstadt täglich unserem Hörzentrum zu verarbeiten zugemutet wird, erreicht ein solches Maß, daß es nicht wunder nehmen kann, wenn das Nervensystem der Kultur- und Großstadtmenschen auf diese ständigen Irritierungen schließlich mit allgemeinen Überreizungszuständen, Funktionsstörungen und Krankheiten aller Art reagiert, wie sie heute geradezu zur Zeitkrankheit geworden sind.

In den „Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens", hrsg. von Dr. Loewenfeld-München, veröffentlicht nun Theodor Lessing eine Monographie über den Lärm, die er eine „Kampfschrift gegen die Geräusche unseres Lebens" nennt und — charakteristischerweise — „Allen seinen Hauswirten" widmet. Lessing faßt das Problem zunächst psychologisch und psychiatrisch. Psychologisch auch insofern, als er den Wurzeln der Lärmentstehung nachgeht; der sachlich gerechtfertigen Lärmentstehung sowohl, wie der objektiv vermeidbaren, nur in einem subjektiven Hange zu robuster Lebensbetätigung oder auch nervöser Lebensbetäubung begründeten. Sodann bringt er in einem Kapitel „Blutzeugen wider den Lärm" eine Zusammenstellung der zahlreichen Äußerungen berühmter Männer und Frauen zu dem Problem, natürlich mit besonderer Berücksichtigung der bekannten großen Philippika Schopenhauers. Der Schwerpunkt der Arbeit aber liegt auf positiven sozialpolitischen und juristischen Erörterungen über die Möglichkeiten einer Lärmbekämpfung. Er weist nach, wie unentwickelt der Rechtsschutz gegen den Lärm heute noch ist, analysiert die verschiedenen diesbezüglichen Paragraphen und die entsprechenden — z. T. sehr erheiternden — Reichsgerichtsentscheidungen, woraus allerdings die prinzipielle Unklarheit gegenüber den hier vorhandenen Problemen scharf hervortritt. Der Autor möchte eine neue Gruppe von Delikten schaffen, denen auch die Störung durch den Lärm zuzurechnen sei und hat sie „hygienische Delikte" genannt, ist sich jedoch all der Schwierigkeiten bewußt, die hier gesetzgebungstechnisch zu überwinden sein werden. Im ganzen glaubt er aber doch einen anwachsenden Fortschritt der modernen Rechtspflege in der Behandlung der Negatorienklagen gegen Lärm konstatieren zu können. Das wachsende Bedürfnis nach Ruhe und die steigende Unrast und Unruhe des modernen Lebens hätten ganz von selbst dazu geführt, daß der Lärm in die Reihe der klagbaren Delikte aufgenommen worden sei, und diese Tendenz müsse fortwirken. Verdienst des Autors aber bleibt, das Problem in einer Weise formuliert zu haben, daß es zu ebenso ernster

wie lebhafter Diskussion in der Presse gelangt ist und die Aufmerksamkeit in dieser Richtung einstellte.



**Eine amerikanische Städtegründung.** Ein Bild von der großzügigen Umsetzung amerikanischen Unternehmungsgeistes in die Tat bietet die vor ungefähr 1½ Jahren erfolgte Gründung der Stadt Gary durch die United States Steel Corporation, die an der Südspitze des Michigansees ausgedehnte neue Werke errichtet und das mit den Kohlenfeldern von Illinois und Indiana durch mehrere Bahnlinien verbundene, sandige und unfruchtbare Gebiet von Nord-Indiana in ein gewaltiges Industriezentrum umzuwandeln beabsichtigt. Die im Bau begriffenen Werke der Gesellschaft bestehen aus 16 Hochöfen zur Verhüttung der aus den reichen Lagern des Oberen-Sees zu Schiff herangebrachten Eisenerze, aus einem Stahlwerk für eine jährliche Leistung von 2500000 t, sowie aus einem Block- und einem Schienenwalzwerk. Vom maschinentechnischen Standpunkte aus ist die Anlage außer durch ihre Größe dadurch besonders bemerkenswert, daß in ihr zum ersten Male in Amerika die Gichtgase der Hochöfen nach deutschem Vorbilde in weitestgehendem Maße in Großgasmaschinen zum Antrieb der Gebläse und zur elektrischen Licht- und Krafterzeugung ausgenutzt werden. Gleich nach der Inbetriebsetzung sollen auf den Werken 12 000 bis 15 000 Arbeiter beschäftigt werden, und demgemäß wird die auf der anderen Seite des Calumet River gelegene Stadt, die natürlich in erster Linie den Arbeitern und ihren Familien Unterkunft bieten soll, vorläufig für 50 000 Einwohner ausgebaut. Die aufgestellten Gesamtpläne, die Zahl und Breite der Straßen, die öffentlichen Gebäude usw. tragen jedoch infolge des erwarteten starken Zuzuges von verwandten und Hilfsindustrien einem schnellen Anwachsen der Bevölkerung auf 300 000 Rechnung und gestatten so einen interessanten Ausblick auf die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens. Die Stadt, die in keiner Hinsicht den einförmigen oder düsteren Eindruck von anderen Arbeiterstädten und Industriezentren machen wird, soll im Charakter ihrer Straßen und Bauten einer hübschen Vorstadt gleichen und dabei ihren Bewohnern außer gesunden und preiswürdigen Wohnungen alle Vorzüge und Bequemlichkeiten einer modernen Großstadt gewähren. Zu diesem Zwecke sind alle Straßen, auch die noch nicht ausgebauten, an ein reichlich bemessenes Kanalisationsnetz angeschlossen, ein Gaswerk liefert Koch- und Leuchtgas, ein Wasser- und ein Elektrizitätswerk sind im Bau begriffen, und außerdem ist auch der Bau einer elektrischen Straßenbahn durch die Hauptstraßen vorgesehen. Die Arbeiterwohnungen selbst bestehen aus zweistöckigen Einzelhäusern, die in größeren Abständen voneinander errichtet und villenartig ringsum von Rasen umgeben sind; der Bau von Arbeiterkasernen ist völlig vermieden. Die Häuser, die nach 50 verschiedenen Entwürfen ausgeführt werden, wechseln in den einzelnen Straßenzügen, um den Eindruck der Einförmigkeit zu vermeiden, unregelmäßig miteinander ab und können von den Arbeitern von der Gesellschaft zum Selbstkostenpreis erworben werden, der zwischen 2000 und 15 000 Doll. beträgt. Während alle andern Straßen 18 m breit sind, weist der 8 km lange, von Norden nach Süden laufende Broadway eine Breite von 30 m und die doppelt so lange, von Osten nach Westen laufende Fifth Avenue eine solche von 25 m auf. Broadway und Fifth Avenue, an denen Bauplätze

für städtische und andere öffentliche Gebäude freigehalten werden, sind die einzigen Geschäftsstraßen der Stadt, an ihnen werden sich auch die Hotels, Bankgebäude und das Theater erheben. Die an diesen Straßen gelegenen Bauplätze wurden von der Gesellschaft zu solchen Preisen und einem entsprechenden Vorbehalt verkauft, daß Bodenspekulationen ausgeschlossen waren. Auch die Käufer von den an anderen Straßen gelegenen Bauplätzen mußten sich verpflichten, mit dem Bau innerhalb sechs Monaten zu beginnen und das Gebäude nach den Vorschriften der Gesellschaft bezüglich Grundrißausnützung, Höhe und Baumaterial innerhalb 18 Monaten fertigzustellen. Eine größere Garten- und Wiesenanlage ist westlich, eine kleinere östlich vom Broadway vorgesehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß, um den 20 000 bis 30 000 nach Gary verpflanzten Bäumen, die auch über die Straßen der Stadt verteilt werden, die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben, auf den sandigen Boden zunächst eine Tonschicht und dann eine genügend hohe Lage Muttererde aufgebracht werden mußte.



**Philosophie in Japan.** Einen eigenartigen Ausblick auf Kultursynthese eröffnen die Vorlesungen an der Universität Kyoto in Japan. An derselben gibt es Lehrstühle für europäische Philosophie, für indische Philosophie (Buddhismus) und für chinesische Philosophie (Konfuzianismus).

Indem so die drei großen voneinander bisher gänzlich unabhängigen Geistessysteme der Menschheit in Kontakt treten, mag sich in Japan, dem klassischen Lande der Kulturassimilation, eine eigen geartete syntethische Philosophie entwickeln.



**Die Psychopaidologie als selbständiges Wissensgebiet.** Das vor kurzem in St. Petersburg gegründete P s y c h o n e u r o l o g i s c h e  I n s t i t u t wendet sich an die Öffentlichkeit mit einem Aufruf, eine Zweiginstitution zu begründen, die sich ausschließlich der Psychopaidologie, d. h. der Erforschung des Seelenlebens des Kindes widmen soll. „Unser Zweck“, heißt es im Aufruf, „ist, den Menschen als Erziehungsobjekt zu studieren, und zwar vom Tage seiner Geburt an, und dementsprechend seine Erziehung durch Spezialisten zu leiten. Das Internat des Institutes wird neugeborene Kinder in volle Pension nehmen; alle Manifestationen des erwachenden Seelenlebens sollen beobachtet und studiert werden, ebenso die fernere seelische Entwicklung bis zur Absolvierung der Schulzeit und, wenn möglich, sogar bis zur Volljährigkeit. Diese Anstalt wird die e r s t e ihrer Art in der Welt sein; sie wird auch, wie zu hoffen ist, eine Pflanzschule für ähnliche Institute an anderen Orten werden.“ In finanzieller Hinsicht steht das Unternehmen noch auf schwacher Basis. Trotz des Pensionspreises von 30—60 Rubel monatlich für jedes Kind, konnte man bis jetzt nur 3 Kinder aufnehmen, während das Internat 10 bis 15 beherbergen will, um fruchtbringende wissenschaftliche Resultate zu ermöglichen.



**Kongreß der Kongresse.** In der unter dem Vorsitz des Generaldirektors im Ministerium für Kunst und Wissenschaft Cyrill Van Overbergh abgehaltenen Generalversammlung des Zentralamts der Internationalen Institute in Brüssel wurde beschlossen, im Jahre 1910 einen Kongreß der Kongresse abzuhalten. Die Veranstaltung einer periodisch wiederkehrenden Konferenz der Internationalen Gesellschaften als Abschluß der

im Laufe des Jahres abgehaltenen Kongresse ist bereits 1905 angeregt worden. Die Aufgabe dieses Kongresses soll darin bestehen, zu der analytischen Arbeit der einzelnen Kongresse die ergänzende synthetische Arbeit zu leisten. Die Vereinheitlichung der Methoden, die Organisation der Kongreßarbeit und gemeinschaftlicher Arbeit, sowie die Darlegung der jüngsten allgemeinen Fortschritte in Kunst und Wissenschaft nach allgemeinen Gesichtspunkten sind die Hauptgegenstände, mit denen sich der Kongreß befassen soll. Ferner wurde beschlossen, ein internationales Übersetzungsbureau zu begründen.



**Internationaler Straßen-Kongreß.** In Paris findet vom 11. bis 18. Oktober 1908 ein Internationaler Straßen-Kongreß statt, dem sich die große alljährliche Automobilausstellung anschließen wird. Gegenstand der Kongreßberatungen ist die Anpassung der Straßen an die modernen Verkehrsmittel. Der Verkehr auf der Landstraße, der durch die Eisenbahn verödete, ist dank der raschen Beförderungsweise durch Automobile und Fahrräder wieder reger geworden.

Die rasch fahrenden Automobile wirbeln aber den Staub auf, den die schweren Lastfuhrwerke durch Abnützung der Straßenoberfläche erzeugen. Dieser Staub wird als große Belästigung und als gesundheitsschädigend empfunden. Hierzu kommt, daß die Straßen durch die vermehrte Staubbildung verdorben werden, ihre Unterhaltung daher kostspieliger wird. Rücksicht auf Ökonomie zwingt, zu einem Straßenbefestigungsmittel, wie es u. a. der Teer bietet, zu greifen. Ein italienischer Arzt, Dr. Guglilminetti aus Monaco, machte zuerst auf den Erfolg der Straßenteerung aufmerksam und gründete die erste Staubbekämpfungsgesellschaft in Paris. Die französische Regierung, in deren Hand die Verwaltung der Hauptstraßen zentralisiert ist, hat die Versuche mit Straßenteerungen begünstigt. In England wird statt Teerung der Straßenoberfläche das Material, das für Herstellung der Straßendecke bestimmt ist, so behandelt, daß jeder einzelne Stein von einer Teerschicht umgeben und dadurch von den andern Steinen getrennt wird. Durch Festwalzen läßt sich eine feste Straßenoberfläche erzielen, in der die Steine vor Zertrümmerung geschützt sind und die wasserundurchlässig ist. Es wird also kein Staub gebildet, und das Bindemittel kann nicht, wie bei der Macadamstraße, weggeschwemmt werden. Dies englische Verfahren findet auch vereinzelt in Deutschland Anwendung.

Diese neuen Arten von Straßenbehandlung bedingen Anwendung von neuen Materialien, wie destillierten Teersorten mit Zusätzen für Erhärtung, Kesseln zur Erwärmung des Teers, der mit Druck in den Straßenkörper gepreßt wird. Mit dem Pariser Kongreß wird daher eine Ausstellung verbunden sein für alle dem Unterhalt der Reinigung und dem Bau der Straßen dienenden Maschinen und Materialien. Das Protektorat werden der Minister des Innern und der Minister der öffentlichen Arbeiten Frankreichs übernehmen. Alle Nationen sind zur Teilnahme eingeladen und ersucht worden, Delegierte zu senden. Anfragen sind an das Generalsekretariat des 1. Straßen-Kongresses, Ministère des travaux Publics, Boulevard St. Germain, Paris, zu richten. 50 Prozent Preisermäßigung für die Bahnfahrt sind in Aussicht gestellt; Diskussionen finden in französischer, englischer und deutscher Sprache statt.

Der Straßen-Kongreß wird sicher die Anregung zu einer Verbesserung der Straßen geben, so daß es hoffent-

lich gelingen wird, einen Hauptnachteil der mechanischen Fortbewegung durch das Automobil, die vermehrte Staubbildung, zu beseitigen.



# NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

## REV. A. MARTIN, SUMMET, SEATTLE, WASH: RELIGIÖSE FORTSCHRITTE IN AMERIKA.

INE Anzahl bedeutsamer Erscheinungen auf religiösem Gebiete verdient Erwähnung. Zunächst sind zahlreiche orthodoxe protestantische Geistliche zum unitarischen, zum universalistischen oder unabhängigen Bekenntnis übergegangen. Neue Gemeinden haben sich gebildet und sowohl die religiösen Blätter wie auch die Tagespresse berichten über die häufiger werdende Begründung solcher Sezessionen.

Des weiteren ist der Fall des hochwürdigen Herrn Algernon Crapsey, der kürzlich seines Amtes als Geistlicher der bischöflichen Kirche wegen der Freiheit, mit der er deren Glaubenssätze auslegte, entsetzt wurde, beachtenswert. Es fanden sich nämlich in nicht geringer Zahl andere Geistliche derselben bischöflichen Kirche, die dem Abgesetzten ihre Sympathie aussprachen. Und so hat denn auch kein weiteres Vorgehen und keine Exkommunikation gegen den Genannten stattgefunden. Dr. Crapsey begründete eine freie Gemeinde in Rochester und spricht jetzt allsonntäglich zu einer außerordentlich großen Hörerschar.

Ein drittes Zeichen der Zeit ist die Tatsache, daß kürzlich 18 Geistliche sich meldeten, als durch Inserat in einem Chicagoer Blatt ein Geistlicher für die erste freie Kirchengemeinde in Seattle (Washington) gesucht wurde. Diese ist, wie ausdrücklich bemerkt war, eine völlig freie religiöse Vereinigung, unabhängig von Christentum, Judentum oder Buddhismus, lediglich auf der ewigen Wahrheit in allen Glaubenssystemen aufgebaut. Diese freie Kirche stellt einen Fortschritt vom unitarischen Bekenntnis zur universalistischen Religion dar. Allen 18 Bewerbern, die aus den verschiedensten Richtungen des Protestantismus hervorgingen, war bekannt, daß die ausgeschriebene Stellung Anerkennung der wissenschaftlichen Forschung im Gegensatz zur dogmatischen Methode der Offenbarung erforderte und zugleich völlig außerhalb des Christentums stand.

Fernerhin muß der Versuch zur Begründung einer „christlichen Einigkeit", der jüngst in Dayton (Ohio) begonnen wurde, erwähnt werden. Die geistlichen Vertreter von fünf oder sechs verschiedenen Bekenntnissen beschlossen, sich auf einer gemeinsamen Basis von Glauben und Wirken zu einigen, ohne ihre Stellungen bei den verschiedenen Kirchen aufzugeben. Noch läßt sich freilich das Resultat nicht beurteilen, aber selbst dieser Ansatz zur Einigkeit innerhalb des Christentums ist bemerkenswert.

Viel weiter gehende Ziele traten auf der in Boston abgehaltenen vierten Versammlung der Unitarier und anderer Anhänger freien Denkens und Wirkens zutage. Der Zweck dieses Kongresses war, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Menschen aller Länder, die bestrebt sind, reine Religion mit vollkommener Freiheit zu verbinden und ihre Gefolgschaft zu vermehren. Dieser Kongreß ist ein großes Unternehmen mit der Aufgabe, den Blick der Nationen zu erweitern, eine Verbrüderung zwischen ihnen herbeizuführen. In Boston waren Vertreter des Judentums, des Christentums, des Islam, des Brahmanentums anwesend. Ebenso die Vertreter von 16 verschiedenen Nationen und 33 verschiedenen Bekenntnissen neben 57 einzelnen Religionsgemeinschaften und Sonderkirchen. Nahezu 1600 Teilnehmer hatten sich angemeldet. Eine der besten Wirkungen solcher Versammlungen ist es, daß die Besucher gestärkt in ihrem Kampf für religiöse Freiheit auf ihre oft schwierigen Posten zurückkehren. Ein interessanter Gegensatz konnte anläßlich dieses Kongresses zwischen der religiösen Lage Amerikas und der des Auslandes festgestellt werden. Alle Berichte der Ausländer gipfelten in heißer Sehnsucht nach einer Freiheit, die noch erobert werden muß. Die Amerikaner hingegen besitzen diese Freiheit, für sie lautet daher die Hauptfrage: „Wie sollen wir unsere Freiheit am besten anwenden, den gewissenhaftesten Gebrauch davon machen?"

Die bedeutsamste Rede, die des hochwürdigen Marion D. Shutter behandelte die Verschmelzung des universalistischen und unitarischen Bekenntnisses und trat warm dafür ein, daß die Anhänger beider Richtungen Schulter an Schulter kämpfen mögen.

Schließlich soll noch die neuere Entwicklung der Ethischen Kulturbewegung (begründet von Professor Felix Adler in New York) besprochen werden.

Diese ethische Bewegung ist nicht, wie vielfach angenommen wird, eine antireligiöse Bewegung. Sie nimmt weder für noch gegen religiöse Lehren Stellung. Jedes Mitglied ist frei, seine eigene Überzeugung zu haben, sich jeder ihm zusagenden Gruppe anzuschließen. Angehörige der Ethischen Kulturbewegung können ebensowohl Atheisten sein, als auch, ohne im geringsten in ihrer freien Meinung gestört zu werden, eine Gruppe für theistischen Gottesdienst bilden. Die Ethische Gesellschaft nimmt eine neutrale Stellung ein. Wenn erst das Verständnis und der ideale Charakter dieser freien Brüderschaft mehr ins allgemeine Bewußtsein übergegangen sein wird, ist ein großes Anwachsen der Ethischen Gesellschaft zu erwarten.

Auch innerhalb des Judentums sind bemerkenswerte, nicht zu übersehende religiöse Fortschritte zu verzeichnen. Eine freie religiöse Gemeinschaft ist begründet worden. Sie trägt einen jüdischen Namen und sucht alles dasjenige zu erhalten, was lebenskräftig, unvergänglich und von allgemeiner Wahrheit im Judentume ist, während sie zugleich philosophische, theologische und ethische Gedankenfreiheit gewährt. Diese Bewegung wurde von Rabbi Stefan Wise in Portland (Oregon) gegründet. Im verflossenen Jahre erhielt er eine Berufung als Prediger an die bedeutendste Synagoge von New York, aber er beschloß, sie abzulehnen, da ihm klar wurde, daß völlige Gedanken- und Redefreiheit ihm dort nicht zugesichert werden konnten. Zugleich aber beschloß er nach New York zu gehen, um daselbst eine wahrhaft freie, jüdische Gemeinde zu begründen, deren Ziele: Fortschritt, Wahrheit, Freiheit und soziale Arbeit sein sollten. Erst kürzlich hat Dr. Wise seine Arbeit begonnen. Er hält den Gottesdienst Sonntag morgens in einer ehemaligen universa-

listischen Kirche ab, die nunmehr unter dem Namen „Die freie Synagoge" bekannt ist. Schon haben sich über 250 Mitglieder für die Gemeinde angemeldet und es sind 11 000 Dollar gezeichnet worden.

Dr. Wise gehört zu den fähigsten Rednern des modernen Judentums, und die unter so günstigen Auspizien von ihm ins Leben gerufene Gründung geht einer bedeutsamen Zukunft entgegen.



# JOSEPH MC CABE, LONDON: FREIDENKERTUM UND ETHISCHE BEWEGUNG IN ENGLAND.



ENN dereinst die vollständige Geschichte der kosmopolitischen Freidenkerbewegung unserer Zeit geschrieben werden wird, dürfte man erkennen, daß England darin eine eigenartige Stellung einnimmt. Die rationalistische Bewegung in Deutschland, sowohl die in der Theologie als die in der Philosophie, und die Voltaire-Diderot-Schule von Frankreich, die einen tiefen Einfluß auf die kulturelle Entwicklung Europas ausübten, waren von England inspiriert. Sicherlich würde die normale Richtung der intellektuellen Entwicklung in beiden Ländern in derselben Schule kulminiert haben, denn zweifellos bauten sich die frühen Fragmente von Wolfenbüttel, welche die Bibelkritik in Deutschland einleiteten, und die frühen theistischen Schriftsteller Frankreichs auf die Werke englischer Theisten auf. In der verhältnismäßig freien Atmosphäre Englands entwickelte sich der Rationalismus schneller als er es in Frankreich oder Preußen konnte. Die deutsche Geistesart gab der neuen Richtung einen tieferen und bleibenderen Charakter, und der leichte kühne Sinn Frankreichs trieb sie rasch zum Extrem in den Artikeln der Enzyklopädisten.

Das Seltsame ist, daß zugleich der Rationalismus in England an Lebenskraft einbüßte und in letzter Zeit auf die Belebung von seiten Deutschlands und Frankreichs angewiesen war. Selbst im 20. Jahrhundert steht der kollektivistische Rationalismus Englands völlig im Mißverhältnis zu seinen früheren Versprechungen, und einige seiner Hauptzweige sind außerordentlich zurückgegangen. Die National-Secular-Society z. B., die vor zwanzig Jahren mehr als 60 Zweige zählte, ist auf 1/3 dieser Zahl zusammengeschmolzen. Aber das Wesen dieser Körperschaften muß genau studiert werden, wenn der soziale Beobachter eine wirkliche Schätzung der Stärke des Freidenkertums in England erzielen will.

Das organisierte Freidenkertum trat in England zuerst zu Beginn der 50iger Jahre in Erscheinung. Die Werke von Gibbon und Hume und die Utilitarier hatten seit Jahrzehnten in den gebildeten Klassen gewirkt, aber es war keine populäre Propaganda gemacht worden. Cobbette, der große Führer der arbeitenden Klassen, war ein strenger Protestant. Die Schriften von Paine waren erfüllt von dem Haß, den die arbeitenden Klassen während der Napoleonischen Periode allem, was französisch und revolutionär schien, entgegenbrachten. Robert Owen, der große Sozialreformer aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts, pflügte den Boden für die kommenden Geschlechter, aber er und die meisten seiner Anhänger waren Theisten, und als große ökonomische Interessen in ihren Kolonien auf dem Spiel standen, entmutigten sie

direkt alle rationalistischen Bestrebungen von seiten ihrer jüngeren Apostel. Andere Redner und Publizisten, die gleichfalls durch ihren Kampf für freie Kritik die Wege vorbereiteten, Julian Hibbert, Richard Carlile, William Watson und Henry Hetherington, waren gleichfalls Theisten und begründeten keine bedeutsamen Parteien.

### Das Aufblühen des Sekularismus.

Im Jahre 1842 führten Ketzergerichte seitens der Bigotten zur Begründung einer Gruppe radikaler Ungläubiger, und der organisierte Atheismus erschien auf der Bildfläche. Der Führer dieser jungen Owenistischen Missionare, von denen die atheistische Bewegung ausging, war Georg Jakob Holyoake, später ein berühmter Führer des Genossenschaftswesens und Sozialreformer. Durch zehn Jahre wurde mit vielem Eifer aber ohne erheblichen Erfolg gekämpft. Zeitschrift folgte auf Zeitschrift — „Das Orakel", „Die Bewegung", „Der Denker" usw. —, Herausgeber um Herausgeber kam ins Gefängnis. Aber die chartistische Bewegung zog die größte Energie der arbeitenden Klassen ab, und erst mit dem Untergang dieser Körperschaft, zu Beginn der 50iger Jahre, mehrten sich die Freidenkergesellschaften. Robert Cooper führte die Bewegung im Norden Englands, Holyoak im Süden. Bald jedoch wurden Holyoaks überlegene Fähigkeiten und Charaktereigenschaften erkannt, und er wurde der Führer. Er begründete ein Zentralinstitut in London, gab eine gute Wochenschrift (The Reasonner) heraus und führte den Namen Sekularist als Benennung der neuen Partei ein. Zwischen 1853 und 1857 wurden 35 Sekulargesellschaften unter seiner Leitung begründet, die zumeist durch das Londoner Institut mit einander verbunden waren. Seine Ziele waren die weitesten, zu weit, um praktisch und haltbar zu sein. Sie waren aufbauende, und die Kritik wurde der sozialen und politischen Erziehung untergeordnet. Es sei noch erwähnt, daß er zu allen fremden Demokraten, die nach 1848 nach England flohen, in Beziehungen trat und sowohl Frankreich wie Ungarn, Italien und Polen wertvolle Dienste leistete.

Aber unter den älteren Männern wie Cooper herrschte Eifersucht auf seine Autorität, und als Charles Bradlaugh (zwanzig Jahre jünger als Holyoak) 1858 seine große Begabung ins gegnerische Lager trug, wurde die wachsende Bewegung entzweit. Bradlaugh verfolgte das populäre Ideal, sich auf die atheistische Propaganda zu konzentrieren, seine große Energie und kräftige Rhetorik gewann ihm bald die Führerschaft. Er begründete 1860 den historischen „Nationalreformer" und entwarf den Plan der Nationale Secular-Gesellschaft, deren Präsident er fast ununterbrochen bis zu seinem Tode war. Die Nationale Secular-Gesellschaft scheint zu keiner Zeit mehr als 1500 Mitglieder besessen zu haben, aber dies ist ein irreführender Maßstab für ihre Macht. 1880 hatte sie 61 Zweigvereine um London und in den meisten dieser Orte sowie auch in 'anderen konnte Bradlaugh immer auf die Hörerschaft von 2000 bis 5000 Menschen zählen.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts beschäftigte sich Holyoak hauptsächlich mit sozialer und politischer Arbeit, obwohl er gelegentlich Versuche machte, die sekularistische Bewegung zu ihrem ursprünglichen Ideal zu erweitern. Aber neue Menschen traten auf den Plan und gaben der Bewegung einen neuen Ansporn. Mrs. Besant, die 1873 in die Bewegung eintrat, arbeitete einträchtig mit Bradlaugh, bis sie zum Sozialismus und zur Theosophie überging. Gemeinsam mit ihm wurde sie 1874 angeklagt, wegen Veröffent-

lichung eines malthusianischen Werkes, Dr. Knowtens „Früchte der Philosophie“. G. W. Foote. der gegenwärtige Präsident der National Secular Society, begann seine öffentliche Arbeit zu Beginn der siebziger Jahre, etwa zugleich erschien Charles Watts. 1878 trennten sie sich von Bradlaugh und begründeten die „Secular Review“, der 1881 Footes „Freidenker“ folgte. Zwei Jahre später wurden Foote, sein Drucker und sein Verleger wegen Gotteslästerung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Steward Ross, allgemein bekannt unter dem Namen Saladin, hatte inzwischen eine weitere Sektion der Freidenker in seine agnostische Schule herübergezogen, und ihr Organ wurde das „Agnostic Journal“.

Im letzten Jahrzehnt seines Lebens vernachlässigte Bradlaugh die atheistische Propaganda zugunsten seiner politischen Arbeit, und dies führte allmählich einen Verfall der Bewegung herbei. Bradlaugh starb 1891, sein Nachfolger als Präsident der National Secular Society wurde Foote. Aber die organisierte sekularistische Bewegung ist ständig zurückgegangen. Nur drei oder vier Zweigvereine besitzen jetzt eigene Hallen, und der Besuch ist gewöhnlich ein dürftiger. Etwa ein Dutzend Zweigvereine halten regelmäßige Wochenversammlungen mit einem Besuch von 200 oder 300 Personen ab, und etwa ein Dutzend Vereine üben eine Betätigung von ungleicher Intensität aus. Daneben gibt es noch einige Sekulargesellschaften (Liverpool, Falesworth, Bradford), die nicht der National Society angehören, aber die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt kaum 2000 und der Besuch der Sonntagsversammlungen weniger als 10 000. Das allgemeine Interesse hat zugleich mit den Wandlungen der Theologie und der allgemeinen Vertrautheit mit antitheologischer Kritik stark nachgelassen. Es ist auch durch den ungeheuren Aufschwung des Sozialismus und anderer neuer Organisationen abgelenkt worden.

### Die rationalistische Presseassoziation.

Aus dem Fortschritt der rationalistischen Presseassoziation ist leicht zu ersehen, daß der Verfall des Sekularismus nicht einen Rückschritt des allgemeinen Gefühls gegenüber der Theologie mit sich brachte. Tatsächlich vermag auch die Kirche nicht zu behaupten, daß sie den verlorenen Boden wiedergewonnen hat, besonders angesichts der jüngsten Erhebungen könnte sie dies auch nicht tun. Vor zwei Jahren wurde durch die „Daily News“, das Organ der Nonkonformisten, eine Zählung der Kirchenbesucher in London veranstaltet. Aus dieser sorgfältigen Zählung ging hervor, daß in London je vier Menschen von fünf nicht in die Kirche gehen. Ähnliche Untersuchungen wurden in konservativen Städten, wie Chester, Torquai, gemacht, und das allgemeine Resultat war die Feststellung, daß mindestens zwei Drittel der städtischen Bevölkerung Englands aufgehört haben, die Kirche regelmäßig zu besuchen.

Die in den letzten Jahren von der rationalistischen Presseassoziation geleistete Arbeit bestätigt diese Resultate. Die Assoziation wurde 1890 unter dem Namen „Propagandistisches Pressekomitee“ von Holyoak gegründet, der stets darauf bedacht war, eine Verkörperung seiner aufbauenden Ideen des Sekularismus zu finden, und von C. A. Watts, einem Sohne von Charles Watts. Ihr Ziel war lediglich, Gelder für die Veröffentlichung kritischer Arbeiten, die ein gewöhnlicher Verleger nicht angenommen hätte, zu sammeln. Der gegenwärtige Name wurde später angenommen und gesetzlich im Jahre 1899, nach neun Jahren langsamen Wachstums und ruhiger Arbeit,

inkorporiert. 1907 lenkte sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, da sie begann, die Klassiker der englischen Freidenkerliteratur für 6 Pence (etwa 50 Pfennige) herauszugeben, ein Preis, der sich durch den in England üblichen Buchhändlerrabatt auf 4 ½ Pence ermäßigte. Die Herausgabe großer Werke zu diesem Preise war in England nahezu neu und der Verkauf ein ungewöhnlicher. Eine Übersetzung von Häckels „Welträtseln" gelangte in einer Auflage von 120 000 zur Verbreitung, von andern Werken, Huxley, Spencer, Darwin usw., wurden nahezu 100 000 Exemplare verkauft. Im ganzen wurde in fünf Jahren mehr als eine Million Bücher verkauft, und die Assoziation konnte außerdem jährlich eine große Anzahl von Originalstudien veröffentlichen. Die religiösen Körperschaften ahmten bald in allen Einzelheiten diese Tätigkeit ihrer Hauptgegner nach, aber eine Untersuchung scheint zu beweisen, daß die Verbreitung dieser Schriften noch nicht ein Fünftel derjenigen der rationalistischen Presseassoziation erreicht. Die National Secular Society gab gleichfalls mehrere Werke heraus, die zum Preise von 6 Pence große Verbreitung fanden.

Die Augen der englischen Verleger sind hierdurch für die Möglichkeit der 6 Penny-Bücher geöffnet worden, eine Flut billiger Literatur hat den Büchermarkt überschwemmt und einigermaßen den Erfolg der rationalistischen 6 Penny-Bücher beeinträchtigt. Aber die R. P. A. (wie die Gesellschaft im Volksmunde heißt) setzte ihre Arbeit fort, ebenso ihre große Veröffentlichungstätigkeit, und neue Unternehmungen sind in Vorbereitung. Ihre Mitgliederzahl, die alljährlich um Hunderte wächst, erreicht nahezu 21 000. Die Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 5 Schilling und erhalten dafür unentgeltlich in der Höhe ihres Beitrages die Veröffentlichungen der Gesellschaft. Auf diese Art ist im Voraus für die meisten der Werke der Absatz gesichert. Das Ziel der Gesellschaft ist in erster Reihe die Veröffentlichung von rationalistischen Werken, aber sie bewahrt einen eigenen Fonds für die Veranstaltung gelegentlicher Vorträge in verschiedenen Teilen des Landes. Sie hat in den letzten Jahren mehrere Serien von Lichtbildvorträgen über die Entwicklungslehre und ähnliche Gegenstände organisiert. Sie hat Lokalsekretäre in vielen Teilen Englands und des Kontinents und scheint auf dem Wege zu sein, ein größeres Netzwerk lokaler Vortragsgesellschaften und sozialer Gruppen auszubauen. Ihr monatliches (zugleich offizielles) Organ ist der „Literarische Führer". Auf diese Art hat das Freidenkertum in England eine mächtige Körperschaft begründet, berufen im 20. Jahrhundert seine Arbeit zu tragen. Eine Anzahl der weltbekannten englischen Autoren, wie George Meredith, Thomas Hardy, John Morley, Eden Philpotts, H. G. Wells usw., sind entweder Mitglieder oder erklärte Gönner der Vereinigung. Obwohl ihre Mitglieder fast alle Atheisten sind, erlegt sie niemandem ein negatives Glaubensbekenntnis auf. Ihre Ziele sind, den Gebrauch der Vernunft in religiösen Dingen zu fördern, eine gesunde Kultur, zumeist eine solche, die einen Gegeneinfluß zur Theologie bildet, unter den Massen zu verbreiten.

Diese Assoziation und die Secular Societies umfassen gegenwärtig — seit dem Tode von Steward Ross, 1907 — die gesamte Organisation des Freidenkertums in England. Aber eine Anzahl anderer Organisationen verdient hier noch Beachtung. Viele der sozialistischen Gesellschaften sind fast gänzlich rationalistisch und helfen eifrig be der Ausbreitung des Freidenkertums und seiner Literatur, und sie bieten einen günstigen Boden für rationalistische Redner.

Die Labour Churches und Clarion Societies sind hierin besonders hervorragend, namentlich, seit der Herausgeber des „Clarion", R. Blatchford,

einen besonderen antichristlichen Kreuzzug in seiner Zeitschrift eröffnete. Es soll auch erwähnt werden, daß einige Sonntagsgesellschaften dabei behülflich sind, die wissenschaftliche Kultur zu verbreiten, die von der Kirche noch größtenteils scheel angesehen wird. Schließlich sind die ethischen Gesellschaften nahezu alle durchaus rationalistisch, und sie schließen zahlreiche Vorträge über Freidenkertum in ihre Tätigkeit ein.

## Die Ethische Bewegung.

Gesellschaften zur Verbreitung ethischer Kultur auf humanitärer Basis sind jetzt in jedem Lande so üblich, daß eine kurze historische Darstellung ihres Wachstums in England hier genügen wird. Die zentrale Ursprungsinstitution ist die wohlbekannte South Place Chapel in London. Ihre Geschichte ist die Geschichte kultureller Entwicklung im 19. Jahrhundert. Zu Anfang des verflossenen Jahrhunderts eine Baptistenkapelle, hatte sie das Glück, unter die Obhut von Mr. J. Fox zu kommen, eines der glänzendsten Redner der Korngesetzbewegung und der frühen Erziehungsbewegung. Unter seiner freien Führung verließ sie ihr Dogma und ging in eine reintheistische oder unitarische Phase über. Als Fox 1864 starb, bot die Kongregation Moncure D. Conway, der England im Zusammenhang mit der Antisklavereibewegung besucht hatte, den Posten des Seelsorgers an. Conway brachte aus Amerika den Geist von Emerson und der Bostoner Schule, deren junges Mitglied er war, aber im Verlauf der Zeit bröckelte sein Theismus ab, und er brachte die South-Place-Gemeinde in eine vorwiegend humanitarische Stellung. Unter ihm nahm sie den Namen der South Place Ethischen Gesellschaft an, und der Gottesdienst verlor allmählich jede theologische Färbung. Seit Conway vor etwa zehn Jahren sein Predigeramt aufgab, hat die Gemeinde an Stelle eines bestimmten Predigers eine Gruppe von Vortragenden gehabt und sich ausschließlich sozialer Arbeit gewidmet, ohne sich weiterhin mit ethischer Kultur zu beschäftigen. Die größere Verbreitung der ethischen Bewegung auf England ist jedoch zweifellos Dr. Stanton Coit, einem Schüler Dr. Adlers von New York, zu verdanken. Nachdem sich Dr. Coit kurze Zeit hindurch in South Place betätigt hatte, begründete er eine neue ethische Gesellschaft in West-London, und weitere Zweige, etwa ein halbes Dutzend oder mehr, entstanden innerhalb weniger Jahre in der Hauptstadt. Die Idee verbreitete sich in die Provinz, Bristol, Belfast, Chatham usw., und zu Ende des Jahrhunderts hielten 15 ethische Gesellschaften ihre wöchentliche Versammlung ab. Die meisten waren dem Bund ethischer Gesellschaften angeschlossen und hatten eine Wochenschrift, die hintereinander verschiedene Namen trug: „Die ethische Welt", „Die Demokratie", „Die Ethik". Diese Union, die eine ethische Schule und eine Bibliothek in London besitzt, umfaßt heute etwa 25 Vereine in verschiedenen Teilen Englands, obwohl die South Place Society und die Gesellschaft für ethische Religion, die von Dr. Washington Sullivan auf mehr oder weniger theistischer Basis begründet wurde, immer außerhalb der Union bleiben.

Das Vorgehen der sekularistischen und rationalistischen Gesellschaften ist so einfach, daß wenig darüber zu sagen ist. Eine oder zwei Sekulargesellschaften, insbesondere Leicester und Failsworth, haben eigene Hallen und mehr oder weniger den Anstrich einer Kirchengemeinde. Sie haben Sonntagsschulen und singen vor und nach den Vorträgen Hymnen (humanitarische oder ethische Gedichte, denen die Melodien von Hymnen unterlegt werden),

so wie es die alten owenistischen Gesellschaften zu tun pflegten, die auch die eigentlichen Vorläufer der ethischen Gesellschaften sind. Aber die meisten Secular-Gesellschaften und die wenigen rationalistischen Gesellschaften begnügen sich mit Vortrag und Diskussion. Die ethischen Gesellschaften andererseits haben ihre religiösen Feiern, von denen jedoch jeder Theismus ausgeschlossen ist. Es herrscht eine gewisse Meinungsverschiedenheit innerhalb der ethischen Bewegung in bezug auf Ausdehnung und Art der Sonntagsfeiern. Dr. Stanton Coit und eine oder die andere ethische Gesellschaft, die unter seiner direkten Leitung stehen, treten für eine weitgehende Annahme kirchlicher Formen und Sätze ein. Sie haben Hymnen, Antiphone, Ruhepausen zur stillen Sammlung und ein ziemlich kompliziertes Programm. Ihr Ziel ist eingestandenermaßen, anerkannte religiöse Erbauungsstunden mit Predigten zu haben, ihre endgültige Hoffnung, in die Church of England aufgenommen zu werden, sobald diese aufhört, dogmatische Forderungen zu stellen. Die große Mehrzahl der ethischen Gesellschaften hat dieser Tendenz widerstanden, und ihre Sonntagsfeiern bestehen gewöhnlich aus rein humanitarischen Hymnen, Musik und Vorlesung von Bruchstücken aus Emerson, Carlyle oder anderen Schriftstellern, sowie einer Ansprache. Manche haben auch nach der Ansprache eine freie Diskussion über dieselbe.

Trotz der nominellen Zunahme der Zahl an Vereinen macht die ethische Bewegung wenig Fortschritte in England. Zwei amerikanische Gesellschaften, die von Dr. Adler und Mr. Mangasarian, haben jeden Sonntag eine größere Hörerschaft als alle englischen Gesellschaften Englands zusammengenommen. Die Gesamtzahl der englischen Secular-Gesellschaften ist selbst unter Außerachtlassung des Umstandes, daß vielfach dieselben Personen zugleich in mehreren Vereinigungen als Mitglieder figurieren, kaum mehr als 2000, und von den 25 Vereinen haben etwa 15 eine Hörerschaft, die von 20 oder noch weniger Personen bis auf 70 oder 80 wechselt. Möglicherweise dürften 3000 oder 4000 Personen in ganz England des Sonntags den ethischen Zeremonien beiwohnen. Die religiöse Form derselben scheint den Rationalisten nicht zu behagen, und obwohl sie sowohl Theisten als Atheisten offenstehen, mißbilligen hierwiederum die Theisten den humanitarischen Gehalt der moralischen Kultur. Sie haben mit denselben Mißständen zu kämpfen wie die wenigen unscheinbaren positivistischen Gesellschaften Englands. Jene Engländer, die religiöse Veranstaltungen brauchen, gehen in die Kirche, jene aber, die vorm Kirchenbesuch zurückscheuen, brauchen keine religiösen Veranstaltungen. Dies ist das Ergebnis zwanzigjähriger Erfahrung der positivistischen und ethischen Gesellschaft.

Schließlich muß noch die Liga für Moralunterricht, die aus der ethischen Bewegung erwuchs, erwähnt werden. Diese Liga ward ursprünglich begründet, um den Ersatz der biblischen Stunden in den Volksschulen durch Moralunterricht zu fördern. Sie hat jedoch inzwischen ihre feindliche Haltung gegen die Bibelstunden eingestellt und arbeitet nur für die Einführung des Moralunterrichts. Dieser Wechsel hat sehr viel zu ihren Fortschritten beigetragen. Etwa 30 Unterrichtsbehörden konnten veranlaßt werden, einen Syllabus des Moralunterrichts in den ihnen unterstehenden Schulen anzunehmen und zahlreiche einflußreiche Männer treten dafür ein. Aber es ist zweifelhaft, ob der Gewinn die Opfer wert ist. Einige der Führer der Bewegung, wie Professor Muirhaed, verfechten ganz offen Moralunterricht auf religiöser Basis, das genaue Gegenteil des Ideals, mit dem die Liga begründet wurde. In jüngster Zeit hat die ethische Bewegung eine Liga für Sekularerziehung hervorgebracht, die besonders auf Abschaffung der Bibelstunden

ausgeht. Die Liga besteht seit einem Jahre, dürfte aber noch nicht 1000 Mitglieder umfassen. Sie wird voraussichtlich an Zahl zu gering sein, um es zu unternehmen, die erziehliche Schwierigkeit in England zu regeln.



# PROF. RODOLPHE BRODA, PARIS: FREIRELIGIÖSE BEWEGUNG IN AUSTRALIEN.

IN Australien wie in allen Ländern englischer Kultur macht sich innerhalb der protestantischen Sekten ein Zug nach links zu einer freieren, moderneren Auffassung des religiösen Lebens bemerkbar. Einerseits erfüllen sich die gottesdienstlichen Versammlungen auch der konservativen Gemeinden (der englischen Kirche, der Presbyterianer und Methodisten) stets mehr mit modernen wissenschaftlichen Auffassungen, den theologischen Problemen, immer mehr tritt in ihnen die Fühlungnahme mit den konkreten Fragen des sozialen Lebens in den Vordergrund der Predigt. Anderseits wachsen die ausgesprochen fortschrittlichen Gemeinen, insbesondere die Unitarier, welche die Aufwärtsentwicklung der Menschheit in den Bahnen des großen vorbildlichen Menschen Christus als religiöses Ziel betrachten, an Einfluß und Ansehen. Aber auch bei ihnen bleibt die Entwicklung nicht stehen, freisinnige unitarische Prediger haben bald, gleichwie ihre Gesinnungsgenossen in den Weststaaten Amerikas, sich zur Auffassung durchgerungen, daß nicht Christus allein, daß auch alle andern geistigen Bahnbrecher der Menschheit als Vorbild von Leben und Denken betrachtet werden müssen, daß all die geistigen Errungenschaften der Menschheit, all die große Offenbarung der Natur Inhalt und Weihe des religiösen Lebens moderner Menschen bilden sollen.

Insbesondere in Sidney unter Führung von Rev. A. Walters, in Melbourne unter Leitung des aus der presbyterianischen Reihe geschiedenen geistvollen Rev. Dr. Charles Strong und in Wellington (Neu-Seeland) mit Rev. Dr. Tudor Jones haben sich solche freireligiöse Gemeinden gebildet, die in voller Aufrechthaltung der religiösen Formen des liberalen Protestantismus in Wahrheit Strahlungspunkte moderner wissenschaftlicher Weltauffassung geworden sind. Fassen wir die Art ihrer Tätigkeit näher ins Auge.

Mittelpunkt des religiösen Lebens ist wie bei allen andern protestantischen Gemeinden der Sonntags zweimal um 11 Uhr früh und 7 Uhr abends im großen Saal der Kirche abgehaltene Gottesdienst. Er wird eingeleitet durch Musik und Gesangsvorträge sowie Hymnengesang der Gemeinde selbst, deren Texte den fortschrittlichen Ideen derselben angepaßt sind. So erwächst in den Seelen der Mitglieder ernste, dem Lärm des Tages abgekehrte Stimmung, die sie zu innerer Erfassung der anschließenden Rede des Predigers befähigt. Das Thema derselben wird entweder aus den Reihen der großen Weltanschauungsfragen oder aber der sozialen und geistigen Fortschrittsprobleme gewählt. In den fortgeschrittensten Gemeinden (zu Sidney und Wellington) fehlt hierbei jede Beziehung auf speziell christliche Vorstellungsinhalte, nur das Ringen des Menschengeistes selbst mit den Mitteln moderner exakter Wissenschaft wird als Führer zur fernherwirkenden Wahrheit anerkannt. All die Fortschritte der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen, all die Ent-

wicklungstatsachen und Reformen auf sozialem und politischem Gebiete werden so den Hörern vorgeführt. Diese gewinnen Fühlung mit der Gesamtentwicklung unserer Gattung, Mitfreude an all den Siegen des Menschheitsgeistes über Rätsel und Elend, Erhebung und Trost über all die vorüberziehenden Sorgen des Einzellebens. Immer mehr erschauen sie im Mitleben und Mitarbeiten an all diesen großen Gattungsfragen den höchsten Inhalt ihres eigenen Lebens. Und all dies gibt ihnen eine sammlungsreiche, ernste, religiöse Stimmung.

Außer den genannten gottesdienstlichen Versammlungen versammeln sich dann die einzelnen Gruppen der Gemeinde, Männer, Frauen und Kinder, in Nebenräumen der Kirche zu gesonderten Veranstaltungen. Die letztern nehmen wie in all den protestantischen Gemeinden an der Sonntagsschule Anteil, nur daß eben Lebensauffassung und Moral nicht des Christentums, sondern die modernen Auffassungen des Predigers den Kindern geboten werden. Die Frauen vereinigen sich wiederum zu Komitees für soziale Hilfeleistung, die Männer zu Vereinen für politische und soziale Reformen. So wird allen neben der Weihestimmung der sonntäglichen Versammlung auch die Freude am tatkräftigen Schaffen im sozialen Geiste.



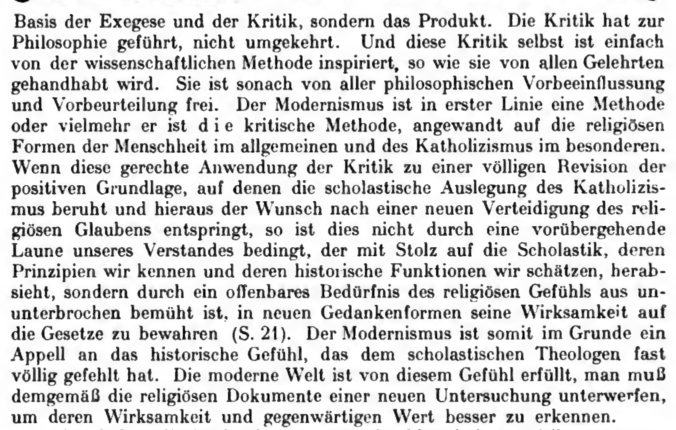
# M. DUPRAT, PARIS: DAS PROGRAMM DER MODERNISTEN IN ITALIEN.



IE Vertreter der neuen religiösen Tendenzen, die Pius X. soeben durch die Enzyklika Pascendi verdammt hat, bilden in Italien eine intellektuelle Elite, deren Tätigkeit täglich fühlbarer wird. Der Tadel, der ihnen seitens der höchsten Autorität zuteil wurde, beunruhigt sie nicht übermäßig, sie sind weit entfernt davon, sich als geschlagen zu betrachten. Soeben ist eine anonyme Erwiderung auf die päpstliche Enzyklika unter dem Titel: „Das Programm der Modernisten" erschienen. Das Dokument ist für jeden, der sich für Geschichte und Fortschritt der reformistischen Bewegung interessiert, von größter Bedeutung. Es soll hier kurz gewürdigt werden.

Zunächst betrachten sich die Modernisten nicht als Aufwiegler. Ihre Entgegnung ist keineswegs anmaßend, sie üben nur das Recht der Verteidigung, das jedem Angeklagten zusteht, umsomehr als die Enzyklika unter dem Namen Modernismus eine völlige Mißdeutung der neuen Ideen auseinandersetzt. Es handelt sich zunächst darum, die Lehren der Reformisten in wahrer Beleuchtung zu zeigen.

Zuerst behauptet die Enzyklika, daß die Irrtümer der Modernisten in der Exegese, der Geschichte, der Theologie, der Apologetik, einer philosophischen Anschauung entspringe. Der Agnostizismus ist die angebliche Grundlage und der Mittelpunkt der neuen Ketzereien. In Wirklichkeit jedoch gibt es kein modernistisches System, im Gegenteil, die Philosophie der Reformisten ist weit entfernt davon, eine feste Doktrin von endgültiger, definitiver Fassung zu sein, vielmehr ein Versuch, ein Ansatz, eine Tendenz, eine Bewegung, sie ist weit mehr eine Orientierung als ein System von Vorstellungen. Überdies ist für die Jungkatholiken die Philosophie nicht der Ausgangspunkt, sondern ein Resultat, ein Ziel, zu dem sie gelangt sind. Sie ist nicht die



Basis der Exegese und der Kritik, sondern das Produkt. Die Kritik hat zur Philosophie geführt, nicht umgekehrt. Und diese Kritik selbst ist einfach von der wissenschaftlichen Methode inspiriert, so wie sie von allen Gelehrten gehandhabt wird. Sie ist sonach von aller philosophischen Vorbeeinflussung und Vorbeurteilung frei. Der Modernismus ist in erster Linie eine Methode oder vielmehr er ist die kritische Methode, angewandt auf die religiösen Formen der Menschheit im allgemeinen und des Katholizismus im besonderen. Wenn diese gerechte Anwendung der Kritik zu einer völligen Revision der positiven Grundlage, auf denen die scholastische Auslegung des Katholizismus beruht und hieraus der Wunsch nach einer neuen Verteidigung des religiösen Glaubens entspringt, so ist dies nicht durch eine vorübergehende Laune unseres Verstandes bedingt, der mit Stolz auf die Scholastik, deren Prinzipien wir kennen und deren historische Funktionen wir schätzen, herabsieht, sondern durch ein offenbares Bedürfnis des religiösen Gefühls aus ununterbrochen bemüht ist, in neuen Gedankenformen seine Wirksamkeit auf die Gesetze zu bewahren (S. 21). Der Modernismus ist somit im Grunde ein Appell an das historische Gefühl, das dem scholastischen Theologen fast völlig gefehlt hat. Die moderne Welt ist von diesem Gefühl erfüllt, man muß demgemäß die religiösen Dokumente einer neuen Untersuchung unterwerfen, um deren Wirksamkeit und gegenwärtigen Wert besser zu erkennen.

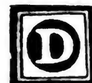
Aber indem die Modernisten so von der historischen Kritik, sozusagen frei von allen Vorurteilen ausgingen, sind sie auf eine Grundtendenz der modernen Philosophie gestoßen, auf den Immanentismus. Das Prinzip der Immanenz bietet, auf die christliche Geschichte angewandt, die beste Apologie des Katholizismus und der Kirche. Aber wenngleich die Modernisten die Methode der Immanenz annehmen, so lehnen sie doch den Agnostizismus ab. Die neue Apologetik ist gerade „ein Versuch, über den Agnostizismus als Erkenntnislehre hinaus zu gelangen“. Der Agnostizismus ist gleich dem Positivismus, den er zu ersetzen versucht, eine alte Philosophie. Die psychologischen Studien und die Kritik der Wissenschaften beweisen zur Genüge das Unzureichende des Spencerschen Standpunktes. Von hier aus gelangen die Modernisten zur Psychologie eines William James und eines Newman, zu den wissenschaftlich kritischen Studien eines Poincaré und eines Le Roy.

Man hat weiterhin die Modernisten beschuldigt, daß sie mit der Tradition gebrochen haben. Ganz im Gegenteil geht vielmehr aus den Texten hervor, daß, wenn der Modernismus eine Reaktion gegen die überlebte Scholastik ist, er wieder Fühlung nimmt mit den Doktrinen von Sankt Augustin, Tertullian, Origenes, Clemens von Alexandrien und von Sankt Thomas, der selbst ein Modernist seiner Zeit war und alle Bitterkeiten der Verurteilung kennen lernte. Es ist auch nicht wahr, daß die Jungkatholiken alle Religionen auf dieselbe Stufe stellen und somit ihren gleichen geistigen Wert zugeben. Sie haben lediglich behauptet, daß alle Religionen mit Hinsicht auf den Kulturgrad und die soziale Entwicklung der Völker, aus denen sie hervorgingen, eine nützliche und gesunde Erfahrung mit sich brachten. Wir sagten überdies, daß die Beziehungen zwischen den gegenwärtigen und vergangenen religiösen Formen und der christlichen Religion nicht die der Gleichheit, sondern nur die einer mehr oder weniger vollkommenen Beziehung sind. Auch dies widerspricht nicht der Tradition. Sankt Justinus, Altemagores, Clemens von Alexandrien, Sankt Augustinus, haben dieselben Ideen verfochten. Überzeugt davon, daß die Kirche eine geistige Macht ist, vertreten die Anhänger des modernistischen Programms die Trennung zwischen Kirche

und Staat. Zum Schluß unterziehen sie die Diziplinarmaßregeln, die von der Enzyklika verkündet wurden, einer scharfsinnigen Kritik. Die Modernisten erstreben lediglich, an dem Werk der Versöhnung zwischen dem modernen Geist und der religiösen Idee zu arbeiten. Sie sind im übrigen keineswegs entmutigt und erwarten bessere Tage. Was wird sich aus ihrer Arbeit ergeben? Wird der Modernismus unter den Schlägen der autoritativen Macht ertötet werden, oder wird es ihm gelingen, eine religiöse Wiedergeburt vorzubereiten? Die Frage ist heute unlösbar. Auf jeden Fall ist es interessant, die charakteristischen Zeichen der augenblicklichen religiösen Krise zu verfolgen. Der alte Rahmen ist rissig geworden, eine neue Saat keimt heran, um alte Formen zu ersetzen. Wenn das Christentum sich noch einmal erneuern sollte, so haben die Modernisten viel dazu getan, um diese Entwicklung vorzubereiten.



## C. DAUFRESNE, PARIS: DER LIBERALE PROTESTANTISMUS IN FRANKREICH.



URCH seine Geschichte war der Protestantismus mehr als jede andere Religion dazu bestimmt, sich nach modernen Ideen zu entwickeln. War doch die Reformation eine Manifestation freiheitlichen Geistes gegenüber der Autorität, auf die sich die katholische Kirche stützt. Aber die freie Auslegung der Schrift brachte bei den Protestanten die Neigung zur Kontroverse zur Entwicklung, und zahlreiche dissidentische Sekten bildeten sich, gleichsam ebensoviele getrennte Religionen, wo nach und nach, unter Beihilfe der Politik, der dogmatische Geist wieder erschien, gegen den Luther, Zwingli uud Calvin gepredigt hatten.

Schon gegen 1848 hatten sich die Pastoren Athanasius Coquerel der Ältere und Rouville in zahlreichen Predigten gegen das Sektiererwesen der reformierten Kirche gewandt und die Notwendigkeit gezeigt, den religiösen Glauben neu zu beleben, ihn den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen.

Im Jahre 1882 betraute das Zentralkomitee der Pariser reformierten Kirche den Pastor Wagner mit der Leitung der Sonntagsschule, und er hielt dort zahlreiche evangelische Predigten ab. Das kleine Lokal, wo er seine Freunde vereinigte, wurde gegenüber dem wachsenden Besuch bald zu klein, und 1906 konnte Wagner mit seinen zahlreichen Jüngern eine absolut unabhängige religiöse Vereinigung bilden, die ausschließlich von den Beiträgen der Mitglieder erhalten wurde. Die neue freie reformierte Kirche wurde in der Rue Daval erbaut, über ihrem Portal steht die Inschrift: „Hort der Seele“, gleichsam um den Vorübergehenden zu sagen, daß er hier die nötige Energie im täglichen Kampf und die moralische Wärme, durch die sich die Seele zu den reinsten religiösen Empfindungen erhebt, finden kann.

Die neue Kirche weist die Dogmen zurück, sie sucht ihre Einigkeit nicht in der Uniformität eines Credos, sondern in der freien Zustimmung guter Willens zu einem gemeinsamen Ziel ethischer Kultur. Die Übereinstimmung all ihrer Glieder entspringt dem gemeinsamen Wunsch, jene Kraft zu erhalten, die dem Menschen den lebenden Glauben verleiht, und ein Ideal zu pflegen, das sowohl den praktischen Bedürfnissen als der Geistigkeit der Zeit ange-

paßt ist. Sie soll nichts vom moralischen Schatze der Vergangenheit verlieren und nichts von den neuen Errungenschaften vernachlässigen.

Wagner wünscht, daß im „Hort der Seele“ die religiöse Vergangenheit der Menschheit geachtet werde, denn „auch in jedem menschlichem Heim lebt die tiefste kindliche Pietät für die Ahnen“, insbesondere empfiehlt er die Achtung vor der Religion Israels, der Mutter aller christlichen Religionen, die noch eine Macht der Zukunft ist. Der Katholizismus wird in allem, was er wahrhaft Menschliches enthält, verehrt werden, in seiner schmerzhaften Gottesmutter, dem Symbol des unsterblichen Leidens der Menschheit.

Die neue Gemeinschaft will mit allen Parteien des Protestantismus durch brüderliche Bande verbunden bleiben, sogar mit den Freidenkern, wenn sie toleranten Geistes sind, sie will Wahrheit und Gerechtigkeit über alles stellen. Aber der „Hort der Seele“ will besonders den Geist Christi widerspiegeln, „der alle Menschen ohne Unterschied liebte, mit seinem Herzen, unmeßbar wie der Himmel, tief wie das Meer, den Schatten, der uns umgibt, mit so viel Güte, Einfachheit und himmlischer Klarheit erfüllend, daß die Spuren seiner Schriften noch nicht von den bewegten Wellen der Zeit verwischt wurden“. In unserem Leben ständigen Kampfes hat er uns gelehrt, daß die Liebe die beste Kampfwaffe ist. In ihr finden wir die reinste Flamme und die heilsamsten Kräfte der Seele. Sie ist der festeste und der beste Grund, auf dem eine Gesellschaft aufgebaut werden kann, der Eckpfeiler der neuen freienVereinigung.

Im Verlauf der Versammlungen wird man Meinungsaustausch über die Gegenstände pflegen, über Tagesereignisse, religiöse Gedanken, moralische Kämpfe, über Schäden und Schönheiten. Ist dies nicht der Weg, den religiösen Glauben so lebendig als möglich zu erhalten, indem man ihn in alle Ereignisse des Lebens, in alle Momente des Daseins mengt, aus ihm die Quelle macht, aus der der Mensch Kraft und Trost schöpfen kann, so oft er sich schwach fühlt? Insbesondere der Jugend will Wagner dienen, und dies ist der eigenartigste Teil seines Werkes. Er will die Seele der Jugend stark und gut machen und sie zugleich mit jenem Wirklichkeitssinn durchtränken, der nötig ist, um im Diesseits glücklich zu sein. Die neue Erziehung soll sich auf der Menschenliebe aufbauen. Ist es nicht das Ziel wahrer Belehrung, das unbekannte, das in jedem von uns lebt, zur Entwicklung zu bringen, jene Schätze der Seele, die alles verwandeln und jene Enttäuschungen von uns fernhalten, an denen so oft die Jugend unserer Zeit scheitert, der dann alles leer und bedeutungslos scheint. Es gibt eine Art, das Leben so anzuschauen und zu verwenden, die jedwedes wertvoll erscheinen läßt. Das Übel unserer Zeit geht vom Mißbrauch der metaphysischen Ideen aus, vom Geiste des Mißtrauens, insbesondere von jener Horde böser Furien, die man „Rabies theologica“ nennen kann.

Wir sind auf der Erde, um zu leben, alle unsere Mühe muß dahin gehen, richtig zu leben, das richtigste Leben ist das, welches Christus lehrte, das einfache Leben. Um die Jugend das einfache Leben zu lehren und ihre Liebe zu erringen, hat Wagner im Anschluß an den Hort der Seele eine praktische Lebenslehre eingerichtet, neben dem großen Saal für den Gottesdienst, neben der Einsamkeit, wo man betet, wird sich der emsige Bienenstock befinden, wo man arbeitet.

Im ersten Stock ist eine Ambulanz vorgesehen, wo die Armen Beratung und Pflege erhalten. Im Versammlungslokal ist ein zweiter Saal den Vereinigungen junger Leute und junger Mädchen gewidmet, der Vereinigung der

Katechumenen, der Vereinigung zu gegenseitiger Hilfeleistung, der Donnerstagsschule. Dort werden Vorträge stattfinden, der Gesang soll gepflegt werden und insbesondere die Freude gemeinsamer Geselligkeit.

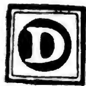
Im 3. Stock befindet sich eine Haushaltungsschule für den Arbeiterstand, wo die jungen Mädchen unter Leitung von Vereinsdamen Haushaltung, Herstellung einfacher Kost und Nahrungsmittelkunde erlernen. Sie sollen dort zum Verständnis des bescheidenen Lebens, aus dem gesunde Freude, lebenserhaltende Glücksmomente erblühen, gelangen.

Inmitten der Unruhe und Kompliziertheit unseres Lebens stellt dieses Werk einen Ruf zur Ordnung und Einsamkeit dar. Unter Zurückweisung von Dogmen bildet es keine neue Sekte im Herzen des Protestantismus. Der „Hort der Seele" will Charaktere, tüchtige Menschen, die guten Willens sind, bilden, wie sie jede wahre Demokratie braucht, wo jeder dem andern sein Bestes gibt, von ihnen ihr Bestes empfängt. Alle, welcher Überzeugung immer, können der neuen Vereinigung angehören, wenn sie nur als Grundsatz den Geist Christi annehmen, der die Menschen am tiefsten liebte. Dennoch unterscheidet sich Wagner in manchen Punkten von Christus. Er predigt die Liebe zum irdischen Dasein und lehrt das praktische Leben, dies sind nicht ganz christliche Grundsätze. Wagner ist mehr weltlich als religiös, er hat dem Geist des Christentums ein Lebensideal zugesellt, das namentlich die angelsächsischen Rassen anziehen müßte und das auch der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, seinen Mitbürgern empfohlen hat.



# C. DAUFRESNE, PARIS: RELIGIÖSE BEWEGUNG IN FRANKREICH.

(Gründung eines Vereins für ethische Kultur.)



DER Konflikt zwischen Staat und Kirche Frankreichs veranlaßte viele Personen von tiefinnerlicher religiöser Veranlagung zur Abkehr von der katholischen Kirche, die allen modernen Bestrebungen gegenüber unversöhnlich geblieben ist. Leicht ist es so zu verstehen, daß in diesen Kreisen der lebhafte Wunsch besteht, in einem neuen, fortschrittlichen religiösen Milieu Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse zu suchen.

Aus diesem Wunsche heraus hat sich kürzlich eine Reihe von Männern verschiedener philosophischer Überzeugungen (Freidenker sowohl wie liberale Christen) zu einem Verein für ethische Kultur zusammengeschlossen. Eine Reihe von hervorragenden Gelehrten (so Frederic Passy und Gabriel Sevilles) und Parlamentsmitgliedern (so der radikale Führer Buisson) übernahmen der Reihe nach den Vorsitz der Verbandsversammlungen, die stets von Hunderten, wiederholt von Tausenden von Teilnehmern besucht werden.

Der Verein hat den Zweck, alle Freidenker und Freireligiösen unter einer Flagge zu vereinen, die in der moralischen Stagnation die größte Gefahr unseres Zeitalters erblicken. Da die Forderung des freien Denkens ihnen gemeinsam ist, so können und werden sie alle religiösen

oder philosophischen Streitigkeiten vergessen, um gemeinsam an der Entwicklung der moralischen Kultur und am Fortschritt der Gesellschaft zu arbeiten. In der Tat ist ja ihnen allen dieses gemein, daß der Mensch keinerlei Autorität anerkennen soll. Auch der „Freireligiöse“ gewinnt seinen Glauben lediglich durch eigenste Überlegung. Er gibt sich selbst seine Lebensmoral und bildet sich sein Weltbild, genau wie der Freidenker, ohne jedes absolute Dogma.

Eine solche Vereinigung ist aber nicht nur möglich und wünschenswert, sondern sie ist im modernen Leben direkt zur praktischen Notwendigkeit geworden. Es scheint am wünschenswertesten, daß aus dem ethischen Schatze des Menschengeschlechts alles entnommen wird, was nur irgendwie gut und nützlich für den Fortschritt ist.

Das Freidenkertum trägt seinerseits den Religiösen „die berechtigten Ansprüche des modernen Geistes“ zu. Umgekehrt ergänzen jene das wissenschaftliche Denken durch das religiöse Gefühl mit seinen ganz persönlichen Erhebungen, seiner tiefen Intuition, seinem Liebesüberschwang und seiner Hoffnungsseligkeit. „Auf diese Weise“ (so sagte der Gründer des Vereins M. Kaspar) „wird sich aus einer höheren Einheit von Glauben und Wissen eine religiöse Revolution erheben, die mit einem Schlage das 20. Jahrhundert vom Klerikalismus befreit, das Gewissen der Menschen erweckt und den Sieg des Rechtes vollendet“. Das ist der Zweck und der wesentliche Sinn des von M. Kaspar inaugurierten Werkes. Es bietet freilich keinerlei neue philosophische Gesichtspunkte, aber es ist wenigstens ein Versuch, zwei ganz entgegengesetzte moralische Strömungen zu vereinigen. Freilich scheint es schwierig, ihren Anhängern gemeinsame praktische Zwecke zu geben. Aus zwei prinzipiell entgegengesetzten philosophischen Richtungen läßt sich schwer eine gemeinsame Moral abstrahieren. Denn alle Moral muß aus einer einzigen Quelle entstammen, aus der sich die Wertungsprinzipien mit Evidenz ergeben.

Die christliche Moral und die Moral des Freidenkertums aber haben so vollständig verschiedene Quellen, daß es ganz unmöglich scheint, sie zu einer gemeinsamen Ethik zu verbinden. Das Christentum wird durch eine Gefühlsgemeinschaft getragen. Die „Religion der Liebe“ steigert den Altruismus bis zur Selbstverleugnung. Sie verführt leicht zur Mystik. Sie verachtet leicht das praktische Leben, indem sie es nur als eine Prüfungsstation auf der Pilgerschaft zum w a h r e n Leben gelten läßt.

Der freie geistige Gedanke dagegen lehrt die Menschen, daß sich immer nur das Relative erkennen läßt. Nach ihm ist es unmöglich, das Unendliche oder Absolute zu erkennen. Das Leben hat allein seinen Zweck in sich selbst. Man soll im Dienst des sozialen Fortschritts handeln, fühlen und denken, — das ist seine ganze Moral, die jede Hoffnung auf eine a n d e r e Belohnung verbietet als das Bewußtsein, auf der Erde nützlich gewirkt im Sinne der Fortentwicklung und im Geiste der Zukunft gearbeitet zu haben.

Jedenfalls bietet die Gründung des „Vereins der Freidenker und Freireligiösen für ethische Kultur“ einen Beweis, daß das religiöse Bedürfnis in der Seele des Menschen noch lebendig ist. Die Wissenschaft befriedigt keineswegs alle Bedürfnisse des Geistes und Herzens. Sie kennt kein Mitleid, keine Liebe, keinen Haß und keinen Gott. Dennoch dürstet der Mensch nach dem Unendlichen. Dunkle Gewalten bewegen ihn, und er spürt die religiöse Glut, die aus den letzten Tiefen des Innenlebens hervorbricht.

◈

# C. DAUFRESNE, PARIS: DAS FREIE JUDENTUM.

N England, Deutschland und Amerika haben sich die ersten liberalen Tendenzen im Herzen des Judentums entwickelt. In Frankreich sind sie erst ganz kürzlich durch die Begründung der freien israelitischen Vereinigung in Erscheinung getreten.

Die neue religiöse Gemeinschaft beruht auf einer Gesamtheit philosophischer Ideen, die hier in möglichst gedrängter Form resümiert werden sollen. Es sollen sonach die Reformen gekennzeichnet werden, denen zufolge das Judentum von allem Traditionellen befreit, nach Ansicht des Begründers dieser Bewegung, Herrn Levy, die endgültige Religion des Jahrhunderts zu sein bestimmt ist, die einzige, die neben der Wissenschaft bestehen kann.

„Die Wissenschaft und die Moral", so schreibt Levy, „genügen nicht, um die menschliche Seele auszufüllen, sie vermögen nicht den logischen Durst der Vernunft zu löschen, die Unruhe des Gewissens zu beruhigen und befriedigen nie völlig die Wünsche des Herzens." Die Wissenschaft schließt sich in das Studium der Phänomene und der Beziehungen, die sie untereinander darstellen, ein. Die Moral benötigt eine metaphysische Basis, ein höheres Prinzip, das sie aus einer allgemeinen Weltanschauung ableitet. Die Religion behält ihre Berechtigung neben der Wissenschaft und der Moral, sie ist das Streben des Menschen nach Maßgabe seiner Fähigkeiten die absolute Essenz der Gesamtordnung der Dinge zu erfassen und eine Übereinstimmung seiner Handlungen mit der Wirklichkeit dieser Weltordnung herbeizuführen. Aber der Mensch kann die Quintessenz der Dinge nur durch Kenntnis seiner eigenen Essenz erlangen, die zugleich Gedanke, Liebe, Wollen, d. i. Geist, ist. Der Geist aber kann nur gezeugt werden durch den Geist, der in aller Ewigkeit allen Dingen innewohnt. Herr Levy nennt ihn Gott: „Das ewige Lebensprinzip der Ordnung, der Schönheit, der Liebe!" Als Geist ist der Mensch ewig, nur ist die besondere Form des Geistes, die er darstellt, vergänglich. Der Tod ist nur ein Wechsel der Geistesart. Der Geist ist frei in unendlicher schöpferischer Tätigkeit. Dies spricht sich zum Beispiel am deutlichsten in den großen Genies, in den Propheten Israels aus.

Aber der immer tätige Geist entwickelt sich unablässig im Herzen der Welt, indem er sich den Bedingungen der Zeit, des Raumes, der Individualisierung unterwirft. Es besteht somit die Notwendigkeit eines Kultus, um das religiöse Bedürfnis zu befriedigen, und die Notwendigkeit, diesen Kultus unausgesetzt in Harmonie mit den Bestrebungen und Bedürfnissen, die in der Entwicklung begriffen sind, zu setzen, indes der Geist unablässig ein klareres Bewußtsein seiner selbst gewinnt. So muß die Religion des 20. Jahrhunderts beschaffen sein, sie muß das reinste religiöse Gefühl enthalten, in völliger Übereinstimmung mit der Wissenschaft bleiben und den Anforderungen des modernen Gewissens entsprechen. Dies ist der Fall bei jenem Judentum, das Herr Levy im Sinne hat, und er gibt eine fest aufgebaute Vorführung seiner Idee.

Das Judentum hat nur einen einzigen fundamentalen Glaubensartikel, den Glauben an Gott, über den die Wissenschaft inkompetent ist, und über den sie sich nicht zu äußern vermag. Das Judentum hat ganz wie das moderne Gewissen einen Abscheu vor dem Aberglauben. Die jüdische Gesetzgebung und die Predigten der Propheten hatten keinen anderen Zweck, als Israel dem Götzendienst und Zauberglauben zu entreißen.

Die Lehre Israels ist eine rationelle, sie gibt nicht vor, eine Offenbarung zu sein, sondern ihr Vorzug ist, daß sie der Vernunft entspricht. Gott lieben, heißt die Wahrheit lieben. Es kann somit keinen möglichen Konflikt zwischen Religion und Wissenschaft geben, sondern im Gegenteil, es besteht für die Religion die Notwendigkeit, die erkannten Ergebnisse der Wissenschaft anzunehmen.

Das Judentum lehnt die Wunder ab. Es hat keine offizielle Theologie und keine Dogmen. Es erkennt keine andere Autorität an als die der Vernunft, die durch freie Forschung zu Gott gelangt und keine geoffenbarten Ideen voraussetzt. Das Judentum ist im wesentlichen eine praktische Lebensmoral. Das jüdische Gesetz enthält keine Vorschriften, die da sagen, „du sollst glauben oder Du sollst nicht glauben", sondern sie lauten, „du sollst tun oder du sollst nicht tun". Selbst der Glaube an einen einzigen Gott wird vom Talmud nicht als eine Offenbarung Abrahams hingestellt, sondern als das Resultat der persönlichen Reflexion des Patriarchen.

Die israelitische Moral ist tolerant. „Die Gerechten aller Nationen und Religionen haben Anteil an der ewigen Seligkeit." Sie verwirft die Askese, die Bigotterie, den übertriebenen Pietismus. Sie ist sich selbst Zweck und gestattet nicht, daß man einem Hintergedanken der Furcht oder der Belohnung folge. Die Strafe ist eine rein innerliche und unsere Handlungen tragen ihre Rechtfertigung in sich selbst.

Das Judentum sucht nicht die natürlichen Triebe zu zerstören. Es erkennt die Berechtigung anständiger Freuden und legitimer Genüsse an.

Schließlich ist das Gemeinsamkeitsgefühl ein stark und klar ausgesprochenes. Das Gesetz ist für die menschliche Gesellschaft geschrieben worden. „Im Augenblick, da das Volk Israels das Gesetz erhielt, bildete es nur noch einen Bund, und am Ende der Zeiten wird die ganze Erde so geeinigt sein." So hat das Judentum schon seit langem die soziale Tat, das Solidaritätsgefühl, Gerechtigkeit, Fortschritt, Brüderlichkeit, alle diese Forderungen des modernen Gewissens bejaht.

Dies sind die Grundzüge der freien israelitischen Union. In der neuen Synagoge (in der Kopernikus-Straße) werden der Sabbat und die Festtage gefeiert, aber man hat sie von allen Formen eines übertriebenen Pietismus befreit. Es wird überdies ein Sonntagsgottesdienst abgehalten, um denen, die Sonnabends beschäftigt sind, Gelegenheit zur Belehrung und seelischen Erhebung zu geben.

Die Dauer des Gottesdienstes übersteigt niemals eine Stunde, deren größter Teil der Predigt gewidmet ist. Die Gebete werden vor allem auf Französisch abgehalten, nur die schönsten werden Hebräisch gesprochen. Aber das Hebräische ist nicht abgeschafft, aus Achtung für die Tradition wird es bewahrt und den Kindern gelehrt, so daß jeder unmittelbaren Zugang zu den Texten hat, sich nach eigenem Gewissen und freiem Ermessen ein Urteil bilden kann.

Man verweilt im Tempel unbedeckten Hauptes, und es gibt dort keine Trennung der Geschlechter. Der Rabbiner, der sonst sozusagen keine Bedeutung hat, übernimmt hier eine wichtige Rolle und hat fast stets das Wort. Die Predigt kann jedoch von jeder Person, die der Direktionsrat als geeignet ansieht, abgehalten werden.

Der Religionsunterricht entspricht den Ergebnissen der Wissenschaft. Die Legende heißt Legende, Geschichte und Literatur des Judentums werden nach dem Originale unterrichtet.

Die Ausstattung der neuen Synagoge ist von großer Einfachheit und strengem Geschmack. Der Saal im Erdgeschoß ist für den Gottesdienst bestimmt, er enthält nur den traditionellen Leuchter, das ewige Licht und die Thora. Einige Bibelzitate an den Wänden, die sonst schmucklos sind, tragen zur Erweckung echten und tieferen religiösen Gefühls bei. Die freie israelitische Union tritt nicht als Gegnerin der konsistorialen Union auf. Sie sucht sich nicht durch ein gewaltsames Schisma von ihr loszutrennen, sondern möchte sie vielmehr zu den toleranteren Ideen und dem weiteren Gesichtskreis umformen.

Bei der Einweihungsfeier am 1. Dezember 1907 fand sich ein zahlreiches Publikum ein, vielleicht ein wenig durch Neugierde getrieben, aber sicherlich auch zum Teil in voller Übereinstimmung mit den Ideen und Gefühlen Levys. Dies ist ein neuer Beweis für die Dauer des religiösen Gefühls. Es behält als ein eingeborenes Bedürfnis unserer Natur, das sich gleich der menschlichen Seele unablässig entwickelt, eine Berechtigung neben Wissenschaft und Moral.

Das neue Werk scheint uns nicht ein neuer Zweig des alten Judentums zu sein, der nun reich befruchtet wachsen wird, um die ganze moderne Seele zu überschatten. Es will mir logischer dünken, diese Bewegung vielmehr den verschiedenen liberalen Tendenzen zuzuzählen, die im Herzen aller Religionen bei der Berührung mit der Wissenschaft, die allein die Wahrheit enthält, ersprießen. Nach und nach baut sich im Laufe der Jahrhunderte „die wahre Religion“ auf, mit ihrem echten Gefühl, das Band zwischen allen Menschen, beseelt von gleicher Liebe zur Wahrheit, von brüderlicher Güte, des geheimnisvollen Fortschritts und der göttlichen Lebenskraft bewußt, durch welche die Entwicklung der Menschheit einem Ideal zugeführt wird, dem sie täglich inniger entgegenstrebt.



# EMILE BOUTROUX, PARIS: DIE ZUKUNFT DES RELIGIÖSEN GEISTES.

I.



ES gibt eine einfache Art, um wenigstens in der Theorie vorherzusagen, wie die künftigen Gesellschaften beschaffen sein werden. Die Methode besteht darin, vergangene Entwicklungen festzustellen, aus den Mäanderlinien dieser Kurven eine bestimmte Richtung zu entwirren oder zu erraten und die Linie nach dieser Richtung zu verlängern. Die Methode ist durch ihre relative Objektivität verführerisch, aber zu empirisch, um wirklichen Wert zu haben, sobald es sich um Tatsachen handelt, deren Form so verschieden und deren Bedingungen so vielfältig sind wie bei religiösen Vorgängen. Darf man etwa behaupten, daß es nicht mehr regnen wird, weil sich die Trockenheit täglich intensiver fühlbar macht?

Eine mehr wissenschaftliche Methode besteht darin, die gegenwärtig wirksamen Ursachen festzustellen und ihre Ergebnisse nach bekannten Gesetzen zu berechnen. Ein rein mechanisches Problem! Leider ist es unmöglich zu wissen, ob man alle Ursachen kennt und ob nicht neue Ursachen auftauchen werden, ob die Gesetze, die man zuhilfe nimmt, wirklich ganz

fest stehen, ob sie tatsächlich dem vorliegenden Fall angepaßt sind, wie sich wirklich die lebenden Faktoren zusammensetzen, die den religiösen Phänomenen zugrunde liegen und die so verschieden von den mechanischen Kräften sind. In solchen Fragen kann man erst, nachdem ein Ereignis eingetreten ist, versuchen, eine kausale Konstruktion zu finden.

Wer beweist uns übrigens, daß Michelet sich irrte, als er schrieb: „Die Zukunft ist keine gemachte Sache, die wir abzuwarten haben, wir müssen sie in uns selbst vorbereiten.“ Das menschliche Leben ruht auf der Hypothese, daß es dem Menschen möglich ist, sein Schicksal zu beeinflussen. Dank dieser Hypothese will und handelt der Mensch, und alles geht so vor sich, als ob sein Glauben selbst ein Faktor der Wirklichkeit wäre.

Die Methode, wenn es sich um Fragen gleich der der religiösen Zukunft handelt, scheint die zu sein, die Descartes andeutete, als er sagte: „Für alle Ansichten, die ich bisher in meinem Glauben erhalten hatte, konnte ich nichts Besseres tun, als sie abzulegen, um sie entweder später durch bessere ersetzen oder auch sie selbst wieder anzunehmen, sobald ich sie auf der Grundlage des Verstandes wiedergefunden hatte.“ Je weiter die Menschen das Nachdenken treiben, um so mehr fragen sie sich nicht nur, ob die Religion ein vorübergehender oder allgemeiner Vorgang ist, nicht nur, ob die Religion notwendig aus diesen und den augenblicklichen Bedingungen hervorgehen muß, sondern ob sie sich mit der Vernunft in Einklang bringen läßt, ob es berechtigt ist oder nicht, gut oder schlecht an ihrer Aufrechterhaltung zu arbeiten. Man muß auch die Vernunft entsprechend den Ansichten des Autors des „Discours de la Methode“ nicht nur definieren als Fähigkeit, vernünftig zu denken oder sogar wissenschaftlich zu demonstrieren, sondern auch als Fähigkeit, den Menschen und die Fortschritte der Lebenserkenntnis und die Lebenserfahrung im allgemeinen zu beurteilen.

## II.

Sicherlich, unter den Formen, in denen heute die Religion auftritt, ist viel, was der Verstand nicht zugeben kann. Aber es ist nur gerecht, bei den Religionen den religiösen Geist gesondert zu betrachten, so wie man in einem großen politischen System die allgemeine Idee der menschlichen Gesellschaft oder bei den verschiedenen Moralsystemen die Idee und Moral an sich unterscheiden muß. Die Verurteilung dieser oder jener Form einer menschlichen Institution trifft nicht notwendigerweise alles, was die Institution enthält, es findet sich mitunter auf dem Grunde der Dinge ein unsichtbares Prinzip, das ihre scheinbare Auflösung überlebt. Mehr noch, es kann geschehen, daß der Fortschritt dieses Prinzips selbst die alte, ungeeignet gewordene Form sprengt. Wenn eine Kunstform sich überlebt hat, stirbt nicht die Kunst. Wohl aber macht die Kunst sich von einer für sie nicht mehr passenden Form frei, um eine andere zu suchen, die ihren neuen Anschauungen besser entspricht.

In den schärfsten Kämpfen gegen die bestehenden Religionen hat doch wohl die Vernunft niemals den religiösen Geist als solchen bekämpft. Denn dieser Geist erscheint heutzutage lebendiger denn je und nicht nur in den eigentlichen Religionen, sondern in mannigfachen Äußerungen menschlicher Tätigkeit, die nur unter ihren Motiven und unter dem Gesichtspunkte des Seelenzustandes, den sie voraussetzen, angesehen zu werden brauchen, um Religion genannt zu werden.

Was ist die Empfindung, die sich heute von einem Ende der Welt zum anderen für die Schwachen, Armen, Enterbten kundgiebt anders als das Be-

streben, das göttliche Gebot „Liebet euch untereinander" zu verwirklichen? Erkennen wir im Glauben an eine Weltordnung, wo die Gerechtigkeit herrschen würde, nicht den Glauben an das Reich Gottes? Und jene andere Überzeugung, daß solch Reich nahe ist, daß morgen sein Tag anbricht, die Kraft, die von solcher Überzeugung in die Herzen strömt, ist dies anderes als die Erwartung des tausendjährigen Reiches?

Und wenn jetzt, wo die Nationen mehr und mehr zu Zerstörung und Eroberung bewaffnet sind, dennoch ein Hauch allgemeiner Brüderschaft durch die Welt geht, ist dies eine einfache mechanische Folge der Ereignisse oder nicht vielmehr eine ideale Forderung von tiefster Religion?

Die Wissenschaft selbst, so wie sie heute verstanden wird, als schön, gut und heilig, was immer sie beweisen mag, welches immer ihre praktischen Folgen sein mögen, selbst wenn sie die teuersten Götzen und hundertjährige Hoffnungen zerstört, ist sie nicht dennoch die Religion des Mystischen, bereit alles zu verlieren, ewig zu leiden aus Liebe für ihre Gottheit?

## III.

Worin besteht somit dieser religiöse Geist, der sich merkwürdig übereinstimmend in den Religionen, so wie die Zeit sie entstehen ließ und in den Äußerungen menschlicher Tätigkeit, selbst denen, die scheinbar der Religion fremd oder feindlich gegenüberstehen, wiederfindet? Man kann zunächst ein Element des Glaubens und der Begeisterung unterscheiden. Der religiöse Mensch glaubt an den Wert, an die mögliche Verwirklichung, an die Kraft, an die Wirksamkeit einer Sache, die nicht gegeben ist, deren Existenz nicht beweisbar ist. Der religiöse Geist verlangt fernerhin die Vorstellung eines Ideals. Von Anbeginn scheint es, daß dieses Ideal die Unterordnung des Individuums unter eine Gemeinschaft war. Diese Gemeinschaft hat sich mehr und mehr erweitert, und das religiöse Ideal ist heute der Universalismus. Die Aufopferung des einzelnen nicht nur für seine Familie, sein Land, seine Nation, seine Rasse, sondern die Menschheit, das Weltall, das höchste Wesen, die sich in allen Dingen ergänzen und harmonisieren. Diese Aufopferung ist im übrigen nicht als eine Entäußerung desjenigen, der sich ihr hingibt, gedacht. Ganz im Gegenteil, das Individuum soll in seiner Vereinigung mit anderen Individuen die Bedingungen einer reicheren, stärkeren, freieren, individuellen Existenz finden. Dieses Ideal der Unterordnung und zugleich der Befreiung, scheinbar ein widerspruchsvolles, gilt dem religiösen Geist als ein zu verwirklichendes, dank einer dritten Macht, die jeder in sich trägt und die keine andere ist als die Liebe, die Liebe auf dem Höhepunkt der Vollendung. Wirklich lieben heißt zugleich sich schenken und sein eigenes Glück in dieser Hingabe finden. Die Liebe macht aus zwei Menschen ein Einziges, und durch ihre Teilnahme an dieser höchsten Einigkeit verwirklicht sie dennoch die Individualität jedes einzelnen.

Wenn der religiöse Geist derart beschaffen ist, so ist es klar, daß er eine unzerstörbare Lebenskraft in sich trägt, und dies allein ist eine Berechtigung in den Augen der Vernunft, die das Leben über die Form stellt. Die wirkliche und tätige Vernunft bekümmert sich nicht darum, daß abstrakte und scholastische Definitionen der beiden gegebenen Wirklichkeiten sich zu widersprechen scheinen, wenn diese Wirklichkeiten selbst nebeneinander bestehen und eine starke Tendenz aufweisen, sich in ihrem Wesen gegenseitig zu durchdringen. Die Vorstellungen müssen sich dem Leben anpassen, nicht das Leben den Vorstellungen. Übrigens, in was vermöchte der religiöse Geist,

so wie er sich in seiner Quintessenz aus der Analyse menschlicher Dinge ergibt, eine von der Wissenschaft und dem Leben gebildete Vernunft zu verletzen?

Man spricht viel vom Konflikt der Wissenschaft und der Religion, und sicherlich sind die Streitigkeiten der Gelehrten und der Gläubigen mitunter sehr heiße. Der Kampf wäre zweifellos viel weniger scharf, wenn man auf beiden Seiten mehr zwischen Geist und Buchstaben unterscheiden wollte.

Die Wissenschaft scheint die Dinge gänzlich aufzusaugen, und sie bis in den Grund ihres Wesens rein mechanischen Gesetzen zu unterstellen. Aber in Wirklichkeit betrachtet sie sie nur in der Manifestation ihrer Phänomene und bekümmert sich nicht darum, was die gegebenen Dinge und das denkende Subjekt an sich sind, ohne die sie nicht bestehen würden.

Die Religion ihrerseits beruht hauptsächlich im religiösen Geist mehr als in den Dogmen, die diesen Geist in die Sprache der Philosophie dieser oder jener Epoche übersetzen. Was man den Konflikt der Wissenschaft und der Religion nennt, ist im Grunde nur der Konflikt der Wissenschaft von heute mit der Wissenschaft von gestern, deren Form die Religion mehr oder weniger bewahrt hat.

Der religiöse Geist ist nicht nur mit den Anforderungen der Vernunft vereinbar, er ist unerläßlich für die Vollendung der menschlichen Schicksale.

Die Philosophie, die Reflexion, die Beobachtungen lehren uns auf abstrakte Art die Ziele kennen, deren Verfolgung den Menschen kennzeichnet und ihm seinen ganzen Wert, seine volle Würde verleiht. Die Religion ist ein Spiegel jenes inneren Lebens der Individuen und der Gesellschaften, die ideale Anschauungen in den Geist der Wirklichkeit übersetzt. Zu allen Zeiten haben die Denker mit Staunen den Abgrund erkannt, der die Theorie von der Praxis trennt. Die Theorie ist ein Gedanke, die Praxis erfordert ein Gefühl. Und das Gefühl hat Gesetze, die nicht dieselben sind, wie die des Verstandes. Daher das ewige: Video meliora proboque, deteriora sequor.*) Es gibt ein Gefühl, das alle Intensität, alle Macht, alle Wirksamkeit besitzt, deren das Gefühl überhaupt fähig ist und das zugleich das Glück des Anderen, die Pflicht, das Gute, das Schöne, das Wahre eine Art Synthese oder vielmehr primitive Vereinigung von Tat und Intelligenz darstellt, das ist die religiöse Begeisterung.

## IV.

Wie jedes Gefühl, neigt das religiöse Gefühl dazu, Gedanken durch Bilder und Symbole auszudrücken, die es uns zum Bewußtsein kommen lassen. Diese Ausdrücke sind ihm nötig, um sich in einer seines Gegenstandes würdigen Weise zu determinieren, um sich von Seele zu Seele fortzupflanzen und sie untereinander in Verbindung zu bringen.

Darum sind die religiösen Symbole nicht nur schätzenswert, sondern überaus wertvoll. „Die Formel ist die größte Wohltat für den Menschen" sagte Fichte. Die Symbole sind erfüllt mit dem Gedanken der Jahrhunderte, Ausdruck und Ansporn ihrer Träume, ihres Strebens, ihrer tiefsten und vornehmsten Bewegungen, Zeugnis und Bindemittel der Einheit des Menschengeschlechtes.

Es ist wahr, sie sind untereinander verschieden und dieser Unterschied geht bis zur Opposition und zum Widerspruch. Aber selbst in dieser Verschiedenheit vermag der religiöse Geist, der Liebe und Universalismus ist,

*) Ich sehe Besseres und erprobe es, ich folge.

eine geheime Übereinstimmung zu entwirren. Der religiöse Geist ist nicht ein Geist abstrakter Einheit und Gleichheit, er schätzt sowohl die Individualität und die Verschiedenartigkeit, als auch die Unterordnung aller unter gemeinsame Ziele. Er legt allem, was besteht, Wert und einen idealen Sinn bei, den religiösen Formen im engeren Sinne, der Kunst, der Wissenschaft, den bürgerlichen Gesetzen, der Arbeit, den menschlichen Gemeinschaften, dem moralischen und physischen Leben.

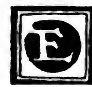
Der religiöse Geist ist nicht jene mehr oder weniger oberflächliche Achtung der Überzeugungen anderer, die man Toleranz nennt. Er liebt und begünstigt in anderen, was ihm eigen ist und seine Individualität ausmacht. Die Vollkommenheit, nach der er strebt, ist gerade jenes unerschöpflich reiche und verschiedenartige Wesen in seiner reinen Harmonie und seiner Einheitlichkeit.

V.

Wird der religiöse Geist, also aufgefaßt, fortdauern und einen Einfluß auf die Welt ausüben? Sicherlich, nichts steht dem entgegen und der Verstand kann es nur wünschen und daran arbeiten. Aber dies ist kein Werk, das sich von selbst verwirklichen oder das aus einer einfachen passiven Anpassung der Menschen an die sie umgebenden Lebensbedingungen hervorgehen wird. Dieses Werk verlangt Glauben, Streben, Kampf, tätige großmütige Liebe, den Sieg des Geistes über das Gesetz der Trägheit und der Auflösung. Der Erfolg hängt ab von der Summe der Tugenden, die der Mensch in sich nähren wird.



## DÉPUTÉ DR. E. P. DELBET, PRÉSIDENT DU CONSEIL GÉNÉRAL, PARIS: VOM POSITIVISMUS.


S gibt eine Formel, die zugleich für den Glauben an Ideen wie an Tatsachen gilt. Sie drückt, wie August Comte sagte, die einzig absolute Wahrheit aus, die es gibt. Es ist das Bewußtsein: „Alles ist relativ". Wer kennt sie nicht, wer begreift sie nicht, wer hätte sie nicht schon einmal ausgesprochen? Indessen ist das „Alles ist relativ" doch selbst eine positive Affirmation. Es ist der Ausdruck einer Bejahung, die schlechterdings n o t w e n d i g ist, um den Dingen auf den Grund sehen, beginnen und schließen zu können. Ohne Zweifel legen sich die vielen, die den Ausspruch im Munde führen, keine Rechenschaft ab von seiner Tragweite. Niemand durchschaut, daß diese Formel für uns dasselbe umgreift, was die Voraussetzung einer Gottesexistenz bei den Monotheisten, bei Christen oder Muselmännern umschloß. Und dennoch verhält es sich so! Diese Formel macht dem Absoluten endgültig ein Ende. Die Verbreitung dieser Formel ist ein Zeichen der Zeit, ein eklatanter Beweis dafür, daß der Positivismus künftig die Menschheit beherrschen wird. Sie versieht in der Religion der Humanität die gleiche Rolle, die einst die an Christus geknüpfte Formel „Christus regnat, Christus imperat" versehen hat. Sie umschließt die Erkenntnis, daß wir lediglich einfache Beobachter und Zuschauer der Erscheinungen sind, die unabhängig von unserm Willen

festen Naturgesetzen unterworfen bleiben. Sie umschließt auch dies, daß wir die Phänomene lediglich dadurch zu unserm Besten wenden können, daß wir uns ihnen unterwerfen, ohne daß es uns fürderhin gestattet sei, zu Gebet und Bitte Zuflucht zu nehmen. — „Alles ist relativ", diese drei Worte, die Comte nicht erfunden, aber denen er eine ganz neue Bedeutung gegeben hat, zeigen an, daß sich alles an unserer Art zu denken ändert und daß eine neue Ordnung der Dinge beginnen will. Sie sind gewissermaßen der Eckstein des positivistischen Dogmas, das diejenigen, die sie nachsprechen, mehr oder minder gewissenhaft anerkennen. Diese Formel ist gewaltig. Aber noch weit gewaltiger sind die Folgen, die sie notwendig in den Geistern und Herzen zeitigen muß.

Wenn man darauf verzichtet, die Phänomene anders als durch Gesetze zu erklären, so umschließt das den Verzicht auf alles Grübeln nach Anfangs- oder Endursachen. Man gelangt somit zu einer weisen Resignation gegenüber dem Unvermeidlichen, die weit davon entfernt, die menschliche Tatkraft zu hemmen, sie vielmehr auf die einzigen Erscheinungen konzentriert, die einer Beeinflussung zugänglich sind und eben darum den eigentlichen Zielpunkt des Menschenlebens bilden sollten.

Hieraus ergibt sich die Idee einer wahren Vorsehung, eines Menschheitswerkes, das man den Menschen Paskals vergleichen kann, „der ewig leben und niemals aufhören kann, zum Heile der unbegrenzten Reihe seiner Nachkommen zu sorgen".

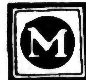
Aber der Positivismus umfaßt das Leben in der Gesamtheit seiner Interessen, und so hat Comte auch auf moralischem und sozialem Gebiete seine Ideen in den treffendsten Formeln zusammengefaßt. — Die Worte „Ordnung und Fortschritt", die er als Devise der Politik bezeichnet, weisen auf die zwiefache Bedingung alles Lebens und aller Entwicklung hin. Sie binden Statik und Dynamik zusammen, indem gezeigt wird, daß Fortschritt nur eine Fortentwicklung der Ordnung sein kann, die sich den Notwendigkeiten des Milieus immer besser anpaßt. Diese Auffassung begegnet einem lebhaften Widerspruch auf seiten der revolutionären Geister, welche glauben, daß in der Politik Veränderungen radikal und spontan hervorgerufen werden können. Ein schwerer Irrtum, der ad absurdum geführt wird durch Comtes andere Formel „Man zerstört nur, was man ersetzt". Diese beiden Aussprüche bilden in ihrer Verbindung die beste Regel und Richtschnur für unser Verhältnis zum politischen Leben.

„Handeln aus Liebe und denken, um zu handeln" das ist die Formel, in der August Comte die Hauptbedingungen alles sozialen und moralischen Lebens zusammengefaßt hat. Sie wird aufs glücklichste durch den Ausspruch „Lebe für den Nächsten" ergänzt.

Beide Aussprüche weisen dem Menschenleben ein Ideal zu, wie es vornehmer und edler noch nie bestanden hat. Es schließt auch dies in sich, daß der Begriff der Pflicht dem des Rechtes überzuordnen sei, ein Gedanke vom höchsten gesellschaftlichen Wert, von dem bereits alle gebildeten Nationen durchdrungen sind.



# DR. KARL AAS, TROMSOE: DER LAESTADIANISMUS.



MIT Læstadianismus bezeichnet man eine eigentümliche religiöse Bewegung, die, vom nördlichen Schweden ausgehend, sich nach dem nördlichen Finland und Norwegen, ja bis nach Amerika verbreitet hat. Ihren Namen hat sie nach dem sehr begabten schwedischen Pfarrer, Lars Lewi Læstadius († 1861) erhalten.

Lars Læstadius war eine außerordentlich reich begabte Persönlichkeit. Er hatte die Energie des Vaters, die Melancholie und die lebendige Phantasie der Mutter geerbt. Von Kindheit an an unregelmäßige Lebensweise gewöhnt, wanderte er auf seinen botanischen Ausflügen barfuß, zerrissen und schmutzig umher. Nach einer seelischen Krise, die er erlebte, arteten diese Eigenschaften zu Zynismen aus.

Diese Krise fällt in sein 40. Lebensjahr. Sein vielversprechender Sohn starb, er selbst wurde totkrank. Wieder genesen, begann er sein ganzes bisheriges Leben als eine einzige große Torheit zu betrachten. Er verbrannte seine botanischen Sammlungen und trat als Bußprediger auf. Auf seinen Wanderungen traf er 1842 mit einer lappländischen Frau zusammen, die, nach seiner späteren Aussage, so tiefe religiöse Erfahrungen besaß, wie er sie nie gekannt hatte, und die großen Einfluß auf sein Leben gewann.

Es gibt nach Laestadius nur zwei Reiche auf Erden: das Reich des Gesetzes, der Sünde und des Todes und das Reich Christi, der Sündenvergebung und der Gnade, vor allem durch die Gesellschaft der Læstadianer vertreten. Die Heilige Schrift sei toter Buchstabe, wenn sie nicht von dem bekehrten, durch Gottes Geist erhellten Bruder ausgelegt wird. Das Lesen der Heiligen Schrift könne höchstens Erweckung bewirken; aber der wahre Glaube werde nur durch mündliche Absolution und Zusprache eines Bruders geschaffen. Die Lehre vom Sündenbekenntnis ist der Hauptartikel der Læstadianer. „Wenn ein Mensch erweckt ist, muß er, um ein gläubiger Bruder zu werden, in einer Læstadianischen Gemeinde zur Beichte gehen und alle seine Sünden laut aufzählen. Darauf wird ihm von einem der Leiter der Gemeinde Absolution erteilt.“

Der Læstadianismus hat sich besonders unter den Lappen und den Quänen verbreitet, und er hat hier eine Form angenommen, die dem geistigen Niveau dieser Stämme entspricht. Die Lappen, die entweder als Nomaden in den Gebirgen leben oder als Fischer an den Küsten, sind eine wenig entwickelte, kindliche Rasse mit allen den guten und schlechten Eigenschaften des Naturmenschen. Gutmütig, freundlich, sorglos, aus der Hand in den Mund lebend, können sie mit Geduld sich in die schlechtesten Verhältnisse schicken. Trunksucht, Unehrlichkeit, Unzuverlässigkeit, Unreinlichkeit und geistige Stumpfheit sind ihre Fehler. Sie sind leicht bewegt, aber ohne Tiefe, materialistisch ohne besonderen Sinn für Geistiges. Aberglaube und Furcht vor Gespenstern und Spuk kommt allgemein vor, und durch die Runentrommel haben sie bis in die letzte Zeit das Anbeten ihrer alten Götter behalten.

Die Quänen (von Kainulainen=Flechtenlandbewohner) sind eine vom nordwestlichen Finland nach dem nördlichen Norwegen eingewanderte Rasse, die sich von der übrigen Bevölkerung Finlands etwas unterscheidet. Aufgeweckt und lebhaft, haben sie in Norwegen, wo sie sich in kleinen Gruppen angesiedelt und kleine Dörfer geschaffen haben, hartnäckig ihre Volkseigen-

tümlichkeiten, ihre Sprache und ihre Sitten bewahrt. Sie haben ein lebendiges religiöses Gemüt, sind gesetzestreu und haben einen ausgeprägten gesellschaftlichen Geist.

Um ein Volk dieser Art aus dem geistigen Schlafe zu wecken, waren außergewöhnliche Mittel von Nöten. Und Læstadius benutzte auch solche. Seine gewaltigen Bußpredigten erschütterten auch seine Zuhörer. Besonders packte er sie durch die eigentümliche Weise, in der er seine Rede formte und sie dem ganzen Kulturniveau des Volkes anpaßte. Mit seiner gigantischen Phantasie schuf nämlich Læstadius tatsächlich eine ganz neue religiöse Sprache mit neuen Symbolen und neuen Bildern. Die morgenländische Bildersprache der Bibel wandelte er in entsprechende Bilder aus dem Leben des Nomadenvolkes in diesen ungastlichen Gegenden um. Er spricht nicht von Christus als „dem guten Hirten“, sondern er vergleicht ihn mit dem Hunde, der gewöhnt ist, der Renntierherde voranzugehen, um sie zu führen und über sie zu wachen. Er spricht von Gottes Kindern wie von geistig kleinen Hündchen, die um die Zelte herumlaufen und sich um die Brotkrümchen reißen, er spricht von unterirdischen Geschöpfen und Erdtrollen; von heimlich geborenen und ermordeten Kindern, die ruhelos in den Wäldern herumirren und wehklagen und nach der Mutter schreien, einem allgemeinen Aberglauben Rechnung tragend. Alle Unbußfertigen werden in solche Dämone und Erdtrolle verwandelt. Er spricht von den kleinen Vögeln, die im Sommer die Wüsten und Wälder von Lappland besuchen, von der sylvia svecica, der Nachtigall des Nordens; von den geistig Wiedergeborenen, die auf dem harten Boden des Zeltes liegen müssen (die böse Welt): er spricht von den „Gnadendieben“, die „die geistige Butter“ stehlen wie „gefräßige Hunde, deren Maul man die Butter nicht mehr entreissen kann“. usw.

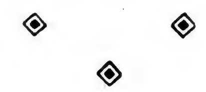
Auf die unwissende, naive, leicht aufgeregte Bevölkerung machten Læstadius eigentümliche Verkündigungen einen mächtigen Eindruck. Große Scharen sammelten sich um ihn, und allmählich konnte man einen versittlichenden Einfluß spüren. Das Trinken hörte auf, die Diebe brachten ihre gestohlenen Sachen wieder, die Anzahl der Gerichtshändel nahm ab. — Aber die Bewegung trug auch Früchte anderer Art. Die Bekehrung kam auch in exaltierten und hysterischen Formen zum Ausdruck: in krankhaftem Schluchzen, lautem Geschrei, Händeklatschen, Stampfen, Springen und Tanzen. In der Kirche konnten oft nur die Nächststehenden die Worte des Redners hören. Die Bewegung griff um sich wie eine geistige Epidemie. In Scharen zogen die „Erweckten“, Männer, Frauen und Kinder, im Lande herum, drangen in Häuser und Zelte, zu Kranken und Sterbenden hinein und wollten Beichtväter und Bekehrer der Gottlosen sein.

Von Schweden aus verbreitete sich der Læstadianismus auch nach Norwegen. Ihm in den Spuren folgten leider auch viele Übelstände. Der schlimmste dieser Übelstände war die Schwärmerei, die in dem norwegischen Lappendorf Kautokaino entstand, wo der geistige Leiter der Læstadianer den Teufel aus den Unbekehrten peitschen wollte. Hier wurde das Haus eines Kaufmanns verbrannt und er selbst halb totgeschlagen und dann mit Messern totgestochen. Auch der Pfarrer des Ortes, der spätere norwegische Bischof Hwoslef, wurde gepeitscht, aber entkam mit dem Leben. Seitdem hat sich die Bewegung immer weiter fortgepflanzt, und man findet sie jetzt an vielen Stellen im nördlichen Norwegen, bis zu den Lofoten-Inseln. —

Ausschreitungen sind sehr selten. Dagegen ist die Bewegung noch immer

von fanatischer Traumkrankheit, von geistigem Hochmut und von extatischen und exaltierten physiologischen Phänomenen begleitet.

Es mag widersinnig scheinen, den Læstadianismus unter die „Dokumente des Fortschritts“ der Menschheit einzureihen. Aber diese Religionsform ist für jene Völker ein Mittel zu geistiger Entwicklung, und auch in sittlicher Hinsicht hat die Bewegung im großen und ganzen einen guten Einfluß ausgeübt.



# CHRONIK

**REFORM-BUDDHISMUS.** Selbst die anscheinend starrsten Religionen, sind in der Entwicklung begriffen. Auch der Buddhismus bleibt davon nicht unberührt. Im siamesischen Buddhismus vollzieht sich eine bemerkenswerte Reformation. Den Königen von Siam, in deren Umgebung Europäer leben, die die geschichtliche Entwicklung von Europa beobachtet und studiert haben, ist durch diese ferne Übermittlung das richtige Verständnis für den ursprünglichen Buddhismus aufgegangen.

Wir haben in Europa christliche Reformatoren, die bestrebt sind, das Christentum auf seine ursprüngliche Einfachheit zurückzuführen. So haben auch die Könige von Siam den buddhistischen Gottesdienst auf seine ursprüngliche Reinheit zurückgeführt Sie haben allen abergläubischen Götzendienst, alle Nebengötter sowie die mit der Zeit aufgepfropfte Heilgötterei aus ihren Tempeln verbannt, und unter ihrem machtvollen Einfluß ist der Buddhismus wieder das geworden, was er ursprünglich gewesen ist, eine rein moralische Religion, die Herz und Gemüt auf das Übersinnliche lenkt und dem bekümmerten, gequälten Menschenherzen Ruhe zu geben bemüht ist.

Auch in Japan hat der Buddhismus eine Reformation erfahren, und von diesen beiden Völkern aus erstreckt sich die reformatorische Bewegung auf andere, dem Aberglauben verfallene Völker.

In den buddhistischen Ländern des äußersten Ostens macht sich eine religiöse Bewegung fühlbar, die nur mit der christlichen Reformation des 16. Jahrhunderts vergleichbar ist. Selbst Thibet, diese Zitadelle der Orthodoxie und des buddhistischen Papsttums, fängt an, sich dem reformatorischen Einfluß Japans zu erschließen. Der buddhistische Katholizismus wird dem modernen Geist vielleicht schneller und in kürzerer Frist zugänglich werden als der christliche Katholizismus.



**Wiederanschluß Abbessiniens an die christliche Kultur.** Ein eigenartiger Prozeß der Rückbildung vollzieht sich derzeit im religiösen Leben Abessiniens. Dieses Land stand bekanntlich am Beginne der christlichen Ära in lebhafter Verbindung mit den christlichen Gemeinden am Mittelmeer und hat von ihnen den christlichen Glauben empfangen. Später wurde es durch die islamische Flut vom Reste der Christenheit abgeschlossen, und durch Jahrhunderte verteidigten die Abessinier in der großartigen Felsenfestung die ihr

Land bildet, das Christentum als nationalen Glauben gegen die Mohammedaner.

Aber in diesen Jahrhunderten nahm die christliche Liebesreligion die psychologischen Züge des alttestamentlichen Judentums an, das ja gleichfalls ein nationaler Glaube der kämpfenden Juden gewesen, und auch in seinen Zeremonien kehrte es mehr und mehr zu altjüdischen Traditionen zurück.

Die jüngste Zeit aber hat nunmehr die Verbindung zwischen Abessinien und den Ländern der abendländischen Christenheit wieder hergestellt.

An den Grenzen Abessiniens wehen Fahnen christlicher Mächte: Italien hat die Erythräa und England den Sudan besetzt. Die Herrscher Abessiniens haben gerne, schon aus gefühlsmäßigen Gründen der Glaubenssolidarität heraus, die Anknüpfung reger Beziehungen mit dem Abendlande betrieben, und unter dem Einflusse derselben kehrt nun allmählich echt christlicher Geist in die Kirchen Abessiniens wieder; Jehova, der Kampfgott eines um seinen Glauben kämpfenden Volkes, macht im Seelenleben der Abessinier dem Verkünder der Menschenliebe, Jesus Christus, Platz.



**Modernismus in der griechisch-orientalischen Kirche.** Auch in den autokephalen christlichen Kirchen des Orients regt sich der Geist der Neuerungen. So berät die Heil. Synode Griechenlands gegenwärtig die Frage des „geschlossenen Sarges". Bekanntlich herrscht in dieser Kirche der Brauch, die Leichen in offenem Sarg zu Grabe zu tragen und sie nach vielen Abschiedsküssen — oft trotz vorgeschrittener Verwesung — erst im Grabe zu verschließen. Dieser bedenkliche Brauch dürfte jetzt auf die Vorstellungen des griechischen Sanitätsrates hin wenigstens im Königreich abgeschafft werden. Auch die Kirchenmusik wird reformiert. Bisher herrscht noch überall der byzantinische Stil. Am 2. Februar waren die Besucher der Kathedrale zu Athen nicht wenig überrascht, den Domchor zum erstenmal nicht im byzantinischen, sondern im europäischen Stil singen zu hören. Bei all diesen modernistischen Bestrebungen, die ebenso sehr rein praktischen wie pastoralen Erwägungen entspringen, scheint eine panhellenistische Tendenz unter Anlehnung an Westeuropa die nationale Grundtriebkraft zu sein.



**Einigungsbestrebungen der Missionsgesellschaften in China.** Unter dem Einflusse der Einigungsbestrebungen der presbyterianischen Missionen Englands, Schottlands und Amerikas ist jetzt auch in China der Versuch unternommen worden, die verschiedenen protestantisch-christlichen Missionen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. In jeder Provinz soll ein gemeinsamer Rat, eine gemeinsame Synode gebildet werden. Abgeordnete der Provinzialräte treten dann nach einer bestimmten Reihe von Jahren zu einem Nationalrat — einer Generalsynode — zusammen, der dann an die Stelle der jetzt zum dritten Male tagenden Hauptkonferenz tritt. Der Unterschied ist nur der, daß nicht mehr die einzelnen Missionsgesellschaften ihre nach ihrer Größe bestimmte Anzahl von Vertretern schicken, sondern die Provinzialräte. Trotz vielseitigem Widerspruch wurde dieser Beschluß durch Stimmenmehrheit angenommen. Der Berichterstatter der „Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft", des Organs des liberalen evangelisch-prote-

stantischen Missionsvereins, schreibt hierzu:

„Eines definitiven Urteils über diesen Beschluß muß ich mich vorläufig noch enthalten; einmal begrüße ich ihn, denn er verspricht ein engeres Zusammenarbeiten der evangelischen Missionen, auf der anderen Seite halte ich die Ausführung dieses Beschlusses noch für eine Unmöglichkeit, denn die internen Gegensätze zwischen den einzelnen Missionsgesellschaften lassen jetzt noch nicht ein derartiges segensreiches Zusammenarbeiten zu. Erst müßten größere Vereinigungen geschaffen werden. Was die presbyterianischen Missionen Englands, Schottlands und Amerikas vermögen, die sich wohl in Kürze zu einer gemeinschaftlichen großen Kirche zusammenschließen, eine solche Vereinigung sollten auch erst die anderen Missionen in die Wege zu leiten suchen. Auf dieser Basis könnte vielleicht dann, aber erst dann, eine größere allgemeine Einigung erzielt werden. Jahrzehnte freilich würden dann noch nötig sein; wie sehr müssen wir Evangelischen doch unter unserer inneren Zerrissenheit leiden!"



**Ein Katholikentag in England.** In England werden die Vorbereitungen für den 19. internationalen eucharistischen Kongreß getroffen. Dieser Kongreß wird die größte internationale Katholikenversammlung sein, die in England seit der Reformation stattfand. Der Papst beschloß, einen Kardinallegaten zu senden. Es wird dies der erste päpstliche offizielle Legat sein, der seit mehreren hundert Jahren nach England kommt. An der Versammlung werden ferner sehr wahrscheinlich außerdem zwei oder drei Kardinäle, neben zweihundert Bischöfen aus allen Teilen der Welt und tausend sonstigen Geistlichen, teilnehmen. Der Kongreß beginnt am 9. September und wird fünf Tage dauern. Man behauptet, daß er noch imposanter sein wird, als der eucharistische Kongreß, der im vorigen Jahre in Metz stattfand.



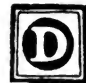
**Die Wiedertäufer,** denen ihre Religion, im buchstabengetreuen Anschlusse an die Evangelien, verbietet, Kindern die Taufe zu erteilen, einen Eid zu schwören und Waffen zu ergreifen, beschäftigen wegen ihrer Eigenart seit langem die gelehrte Welt. Man konnte sich nicht erklären, wohin eine der namhaftesten Sekten der Wiedertäufer, die Mährischen Brüder — nach ihrem Reformator Jakob Huter, der 1536 lebendig begraben wurde, auch Huterer genannt — verschwunden war. Dem österreichischen Forscher Dr. Rudolf Wolken ist die Klärung dieser Frage gelungen, wie er in der „Österreichischen Rundschau" berichtet. Die Huterer leben in Amerika, wohin sie Anfang der Siebzigerjahre verflossenen Jahrhunderts ausgewandert waren. Die Huterer, die nun heute in Amerika leben, stammen fast alle aus Kärnten, wo sich die Lehre Huters trotz aller Anfeindungen seit dem 16. Jahrhundert dauernd, wenn auch nur heimlich erhalten hatte. Als aber im Jahre 1752 auch der Protestantismus in Kärten wieder stärker um sich griff, wurden die Huterer verfolgt, schließlich nach Siebenbürgen gebracht, wo sie über das ganze Land zerstreut wurden. Aber schon nach kurzer Frist hatten sie sich wieder untereinander verständigt und hielten fester zusammen denn je. Wegen neuer Angriffe, die diesmal von der katholischen Geistlichkeit ausgingen, beschlossen sie im Jahre 1768, nach Rumänien auszuwandern. Aber auch hier war ihres Bleibens nicht lange; der größte Teil zog in die Ukraine zu

Grafen Romanzow, der sie auf seinem Gute Wischinka ansiedelte. Es bildeten sich später in Rußland zahlreiche Kolonien wie Johannesruh, Hutersdorf und Neu-Hutertal. Als aber 1874 die allgemeine Wehrpflicht in Rußland eingeführt wurde, die den Glaubensgrundsätzen der Brüder widersprach, entschlossen sie sich, das ihnen lieb gewordene Land zu verlassen und nach dem freien Amerika auszuwandern. Die ersten, die sich zu dem schweren Schritte entschlossen, waren die von Hutersdorf: Michael Waldner und Jakob Hofer mit ihren Familien ließen sich am Missouri nieder; ihre Gemeinde wuchs so rasch, daß sie schon nach kurzer Zeit einen neuen Bruderhof, Miltown, und drei Jahre später einen dritten, Rosedal, 1900 endlich einen vierten, Maxwell, alle am James River, einem Nebenflusse des Missouri, anlegen konnten; die Gründung eines fünften Bruderhofes wurde 1906 in Angriff genommen. Ein anderer Teil der Brüder, unter Führung von Darius Walter und Georg Hofer, mit 16 Familien, gründete 1894 am James River den Bruderhof Wolfs Creek. Auch diese Gemeinde wuchs durch immer neuen Zuzug aus Rußland rasch an. Eine dritte Gründung endlich entstand 1877 durch Jakob Steiff und Peter Hofer, die mit 17 Familien den Hof Alm-Spring gründeten. Hier nun leben die Huterer ein weltabgeschiedenes Dasein. Das Prinzip der Gütergemeinschaft haben sie bis zum heutigen Tage streng durchgeführt und bieten damit das einzige Beispiel der Weltgeschichte, daß ein auf rein kommunistischer Grundlage aufgebautes Gemeinwesen sich durch Jahrhunderte behauptet hat. Noch immer bekennen sie sich als Deutsche, wie ihre Väter es waren, deren Satzungen sie treu geblieben waren. Doch ist ihrer Sprache manches Altertümliche in Wortformen und Satzwendungen geblieben, und so sehr halten sie am ererbten alten Gute fest, daß sich nur wenige in Amerika die englische Sprache angeeignet haben. Auch in ihrer Kleidung haben sie den alten einfachen Schnitt der Vorfahren beibehalten. In religiöser Hinsicht halten die Huterer fest an den Überzeugungen ihrer Väter im 16. Jahrhundert; auch die alten Kirchenlieder sind noch im Gebrauche und noch heute ist keines von ihnen gedruckt.



Verantwortlich für die Redaktion Dr. Hermann Beck, Berlin. — Druck von Georg Reimer in Berlin W.

# PROF. PAUL NATORP, MARBURG: SOZIALPÄDAGOGIK. IHRE GRUNDIDEE UND IHRE KONSEQUENZEN.

AS Programmwort „Sozialpädagogik“ besagt in allgemeinster Bedeutung, daß die Fragen der Erziehung im Zusammenhang der sozialen Fragen wissenschaftlich zu behandeln, oder in verschärfter Fassung, daß die Wissenschaft der Erziehung auf die Wissenschaft vom sozialen Leben zu begründen sei.

Dieser allgemeinste Grundgedanke der Sozialpädagogik kann auf Neuheit allerdings keinen Anspruch machen. Die klassischen Begründer einer Wissenschaft von der Erziehung, Plato und Aristoteles, wie übrigens schon ihre Vorgänger, die Sophisten, haben die Erziehungsfragen in den Zusammenhang der Fragen des sozialen Lebens mitten hinein gestellt; die Pädagogik war für sie nur ein Teil der Staatslehre. Sie waren ganz davon durchdrungen, daß der entscheidende Faktor der Erziehung und zugleich ihr wesentliches Ziel die Gemeinschaft sei; es kam ihnen gar nicht in den Sinn, daß eine andere Auffassung überhaupt denkbar sei. Das Mittelalter hielt an dieser Voraussetzung fest; es verfuhr jedenfalls praktisch danach, indem es der Kirche, als der Organisation der geistigen Gemeinschaft, einen unbedingten Einfluß auf die Erziehung gab. Individualistisch dagegen dachten die Humanisten, und auch die älteren unter den Führern der Aufklärung, wie Locke und Voltaire. Aber die großen Theoretiker der Erziehung auch in der Neuzeit, wie Vives, Morus und Campanella, so Comenius und Pestalozzi, wie Fichte, so Schleiermacher und in seiner Weise auch Herbart, mit einem Wort die führenden Theoretiker der Erziehung in allen Zeitaltern, haben die soziale Grundlage der Erziehung in irgendeiner Form, wenn auch mit ungleichem Gewicht, wenigstens mitbeachtet. Auch Rousseau macht nur scheinbar eine Ausnahme. An sich sollte die Erziehung auch nach ihm auf sozialem Grunde stehen; das beste Buch über Erziehung, sagt er, hat Plato geschrieben; nur zur Zeit gebe es keine Gemeinschaft, von der man eine humane Erziehung erwarten könne; deshalb beschränkt er seine pädagogische Untersuchung im „Emil“ auf den individualen Standpunkt. Hätte man es aber in der Hand, die Gemeinschaft richtig zu organisieren, so würde ihr die Aufgabe der Erziehung bedingungslos zufallen müssen. In seinem Entwurf einer Verfassung Polens vertritt er daher, sogar in schroffer Form, die Idee der Nationalerziehung, die denn auch, in engster Verbindung mit den übrigen, entschieden sozialistischen Grundideen Rousseaus, zur Losung der Revolution wurde und zum Beispiel in Condorcets großem Entwurf einen scharfen und vollen Ausdruck fand.

Angesichts dieser genugsam bekannten Tatsachen hieße es offene Türen einrennen, wenn man heute als eine große neue Sache verkündete, die Pädagogik müsse „sozial“ werden. Zwar war jene uralte und bekannte Wahrheit gerade bei einigen neueren Pädagogen sehr in Vergessenheit geraten; sie wurde von einem so einflußreichen Theoretiker wie Tuiskon Ziller sogar schroff geleugnet; man dürfe nicht daran denken, den Zweck der Erziehung außerhalb des Einzelnen zu suchen; die erziehende Tätigkeit müsse in dem Einzelnen ihren Ausgangspunkt, ihren Verlauf und ihr Ende haben usw. Aber der vereinzelte Widerspruch eines so eigenwilligen Denkers hätte die offenkundige Wahrheit jener längst erkannten Grundbeziehung der Begriffe Erziehung und Gemeinschaft unmöglich auf die Dauer verdunkeln können.

Auch in der Herbartschen Schule, die sich eine Zeitlang in die Einseitigkeiten Zillers nur zu sehr hat fortreißen lassen, wurde der soziale Charakter der Erziehung kräftig betont von Willmann im katholisierenden, von Dörpfeld im konservativ-protestantischen Sinne.

Immerhin enthielt schon diese auffallende Meinungsverschiedenheit unter den in Deutschland zeitweilig meistbeachteten pädagogischen Theorien die Aufforderung, die Beziehung zwischen Erziehung und Gemeinschaft von neuem in gründliche Untersuchung zu nehmen. Eine weit stärkere Aufforderung dazu aber lag in der sozialistischen Zeitströmung, und, was damit eng zusammenhängt, in dem mächtigen Aufschwung der Sozialwissenschaften.

Faßte man aber diese Frage einmal ernstlich ins Auge, so war natürlich nicht stehen zu bleiben bei der zwar unanfechtbaren, aber auch hinlänglich unbestimmten allgemeinen Wahrheit, daß überhaupt eine Beziehung wesentlicher Art zwischen den Begriffen Erziehung und Gemeinschaft obwalte, sondern es mußte diese Beziehung in prinzipieller Tiefe erfaßt, sie mußte methodisch durch alle Fragen der Erziehung durchgeführt und nach allen Seiten in ihre Konsequenzen entwickelt werden. Das ist es, was meine Sozialpädagogik[1]) sich zur Aufgabe stellt; und man wird nicht sagen dürfen, daß damit nicht eine neue Aufgabe gestellt sei. Es war mindestens seit Plato nicht wieder versucht worden, in diesem Sinne eine Sozialpädagogik als Wissenschaft zu begründen; und es war hohe Zeit, daß dieser Versuch von neuem gemacht wurde.

Man wird diesen ernsteren Sinn des Problems einer sozialen Pädagogik mit der trivialen Allgemeinheit, daß überhaupt die Erziehungsfrage eine soziale Seite habe, oder daß man „sozial" erziehen müsse, nicht leicht mehr verwechseln, wenn man zwei wesentlich unterscheidende Merkmale beachtet. Die Sozialpädagogik, in meinem Sinne als Wissenschaft verstanden, betrachtet erstens nicht Individualität und Gemeinschaft von Haus aus als Gegensätze, zwischen denen erst nachträglich ein Ausgleich zu suchen sei; sondern sie sieht beide Begriffe zueinander in ursprünglicher, unaufheblicher Korrelation. Die echte Erziehung zur Individualität fordert die Erziehung zur Gemeinschaft, die echte Erziehung zur Gemeinschaft die zur Individualität. Die soziale Erziehung ist also zugleich individuale, die individuale muß zugleich soziale sein. Aber der Begriff der Gemeinschaft ist an sich der umfassende und zentrale; also ist die Pädagogik, die auf der Voraussetzung der ursprünglichen Korrelation von Individualität und Gemeinschaft fußt, nicht etwa ebensogut individuale wie soziale Pädagogik zu nennen. Und hierbei betrachtet die soziale Pädagogik zweitens beide, die Gemeinschaft und die Individualität, nicht bloß als gegebene, empirische Faktoren, sondern in Hinsicht ihrer Entwicklung; und zwar, da diese Entwicklung nicht einem blinden Naturgesetz folgt, sondern vom Willen des Menschen abhängt, so gewinnen beide für sie die Bedeutung von „Ideen". Das heißt: die Sozialpädagogik als Wissenschaft bleibt nicht stehen bei der Anerkennung des unzweifelhaften Faktums, daß die jeweils bestehende Gemeinschaft auf die Erziehung der Einzelnen einen starken Einfluß übt und immer geübt hat, um etwa von da zu der Verallgemeinerung fortzuschreiten, daß

[1]) Sozialpädagogik. Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft, Stuttgart 1898, 2. Aufl. 1904. Vgl. ferner: Gesammelte Abhandlungen zur Sozialpädagogik, Stuttgart 1907 ff. Allgemeine Pädagogik in Leitsätzen, Marburg 1905.

dieser Einfluß voraussichtlich immer fortbestehen werde; sondern sie erlaubt sich die jeweils gegebene Gemeinschaft zu messen an der Idee der Gemeinschaft, so wie das gegebene Individuum an der Idee des Individuums; mithin zugleich die Linie des Fortschritts voraus zu bestimmen, in welcher sie sich weiter entwickeln müsse; um damit der ganzen Arbeit der Erziehung die Richtung zu geben, die sie unausweichlich wird innehalten müssen, wenn sie ihren eigenen Sinn erfüllen, wenn sie überhaupt Erziehung, das heißt Förderung des Menschentums im Menschen, und nicht das Gegenteil sein soll. Die Sozialpädagogik in wissenschaftlicher Bedeutung ist also notwendig evolutionistisch und kritisch. Sie geht — wie übrigens jede echte Theorie — nicht in bloßer Betrachtung auf; sie will das, was vorliegt, vom Grunde, von der Wurzel aus erkennen, um es vom Grunde, von der Wurzel aus umzugestalten. Sie ist in diesem unanfechtbaren Sinne radikal.

Beide Unterscheidungsmerkale verdienen wohl und fordern noch eine nähere Beleuchtung. Es ist eine sehr verbreitete Auffassung — sie ist kürzlich wieder in instruktiver Weise vertreten worden durch W. Reins „Pädagogik in systematischer Darstellung", ein Werk, das wohl als eine Art Kodifikation der zurzeit bei uns herrschenden Pädagogik Herbartscher Richtung angesehen werden darf und als solche vortrefflich ist — welche in Individualität und Gemeinschaft zwei mit- und eigentlich gegeneinander wirkende, sich gegenseitig beschränkende Faktoren sieht, deren berechtigten Anteil an der Erziehung zu bestimmen nun die Aufgabe sei. Die Entscheidung fällt dann regelmäßig so, daß nicht der soziale Faktor allein zu beachten sei, noch der individuale allein, sondern beide miteinander.

Diese äußerliche Nebeneinanderstellung und nur nachträgliche Verbindung ist von Anfang an falsch. Die Gemeinschaft ist überhaupt nichts außer den Individuen, sie ist nur Gemeinschaft der Individuen; sie besteht nur im Verein der Individuen, und dieser Verein nur im Bewußtsein der Einzelnen, die daran teilnehmen. Aber auch umgekehrt gibt es kein menschliches Individuum anders als in menschlicher Gemeinschaft und durch sie. Ohne den Menschen wird der Mensch gar nicht Mensch. Nur durch Abstraktion kann man vom Individuum reden ohne ausdrückliche Rücksicht auf die Gemeinschaft. Der Fehler des Individualismus ist, daß er diese in ihren Grenzen berechtigte und notwendige Abstraktion verwechselt mit einer abgesondert möglichen Existenz des Individuums. Diesen Fehler möchte die Sozialpädagogik vermeiden. Daher läßt sie nicht bloß nachträglich die erst für sich bestehenden Individuen in die Gemeinschaft eintreten und zu ihr ein mehr oder minder enges Verhältnis gewinnen; sondern die Gemeinschaft ist ihr das Erste; Individualität, Individuation ist nur Besonderung innerhalb der Gemeinschaft, die immer das Umfassende und Zugrundeliegende bleibt. Nach dieser Auffassung ist es von Anfang an verkehrt, die Gemeinschaft an sich der Individualität feindlich zu denken. Es ist nicht der Fehler der Gemeinschaft überhaupt, sondern der falschen Organisation, ja eines Mangels an Gemeinschaft, wenn die Besonderung in ihr nicht zu ihrem Recht kommt. Mangel an Individualität beweist immer zugleich Mangel an Gemeinschaft, Krankheit der Individualität Krankheit der Gemeinschaft. Also darf man nicht sagen: die Gemeinschaft sei zwar zu pflegen, aber nicht auf Kosten der Individualität, oder umgekehrt, als ob an sich beide die Tendenz hätten, sich gegenseitig zu schädigen. Sie beschränken einander nicht, wie Rein es darstellt, sondern was die eine fördert und schädigt, eben dasselbe fördert und schädigt auch die andere.

Wer mathematischen Denkens gewohnt ist, mag sich das Verhältnis klar machen als das von Kontinuität und Diskretion. Eine Kontinuität, die nicht Kontinuität des Diskreten wäre, ist sinnlos; aber auch Diskretion hat für ein geklärtes Denken nur Sinn als Diskretion eines Kontinuierlichen. Darum ist es doch nicht gleichgültig, ob man zum Beispiel die Zahl ein diskretes Gebilde nennt oder ein stetiges. Wer das erstere sagt (und die ältere Mathematik betrachtete die Zahl ausschließlich so), will damit die Kontinuität verneinen; während dem, der die Kontinuität behauptet, es gar nicht in den Sinn kommen kann, die Diskretion zu verneinen, da er unter Kontinuität nichts anders versteht und verstehen kann als die Kontinuität des Diskreten.

Der Sozialismus der Pädagogik schließt also die Individualität nicht aus, aber weist ihr auch nicht ein eigenes abgesondertes Feld neben der Gemeinschaft an — was bedeuten würde, daß umgekehrt dieser nur ein Feld neben der Individualität zugehörte — sondern er schließt den Individualismus echter Bedeutung gänzlich ein, wie eben die Gemeinschaft das Individuum, die Kontinuität die Diskretion einschließt. Also hat die Pädagogik, welche den Begriff der Gemeinschaft an die Spitze stellt, damit *ein* Prinzip und nicht ihrer zwei; die Individualität kommt nicht als ein zweites Prinzip hinzu, um etwa gar das erstere zu beschränken, sondern ist im Prinzip der Gemeinschaft von Anfang an mitgesetzt.

Stärker noch und schädlicher ist das gewöhnliche Mißverständnis des zweiten Punktes. Es hängt mit der unzulänglichen Auffassung des Verhältnisses von Individualität und Gemeinschaft übrigens eng zusammen. Sieht man in diesen nebeneinander stehende und nur dann auch zusammenwirkende Faktoren, so denkt man ihr Verhältnis leicht als ein sozusagen mechanisches, und fragt nur, auf welcher Seite das stärkere Gewicht sei. Das heißt, man zieht beide nur als empirisch gegebene Faktoren in Betracht. Gewiß müssen sie sich empirisch irgendwie darstellen. Aber die Theorie darf hierbei nicht stehen bleiben. Was die in der Erfahrung gegebenen Faktoren uns zu gelten haben, welcher Einfluß in der Erziehung ihnen rechtmäßig zukomme, dafür gerade sucht sie den Maßstab. Diesen kann sie den empirischen Faktoren so wenig entnehmen, wie der Richter das Gesetz, nach dem er zu richten hat, in das Belieben der streitenden Parteien stellen kann. Das Gesetz muß vielmehr in voller Unabhängigkeit den empirischen Gegebenheiten gegenüberstehen. Wo ist dies unabhängige Gesetz, nicht des Seins, sondern des Sollens, zu suchen?

Im Grunde ist es schon gesagt. Gemeinschaft — so wurde gesagt — bestehe nur im Bewußtsein der in Gemeinschaft stehenden Einzelnen. Wie aber besteht es darin? Nicht bloß als Bewußtsein von etwas das ist, sondern das sein soll, das heißt als Bewußtsein nicht bloß eines gegebenen Faktors, sondern eines solchen, der der Entwicklung unterliegt, einer Entwicklung, die an sich keine Beschränkung kennt; einer Entwicklung zugleich, die nicht außerhalb unseres Willens verläuft, sondern in unser Wollen gestellt ist, ja deren Gesetz zuletzt kein anderes als das Gesetz unseres Wollens selbst ist.

Daß es Gesetze solcher Art gibt, könnte nur bestreiten, wer überhaupt den Unterschied von Sein und Sollen nicht anerkennen würde, was gleichbedeutend damit wäre, die Existenz eines Wollens zu leugnen; wer nicht sähe, nicht sehen wollte, daß es, wie ein Bewußtsein des Seins, so auch ein Bewußtsein des Sollens gibt; daß das Bewußtsein nicht notwendig an

den festen Punkten, die wir „Sein“ nennen, haftet, sondern auch eine Richtung nehmen und innehalten kann. Ein solcher wäre etwa darauf aufmerksam zu machen, daß auch das Denken der Wissenschaft selbst, welches auf Feststellung dessen, was „ist“, gerichtet ist, hierauf eben gerichtet ist, daß es also, eben als Denken, das Moment der Richtung einschließt. Ihre Aufstellungen sollen wahr sein, sollen darstellen was ist; also erkennt dies Denken selbst das Sollen an, so gewiß es sich selber anerkennt. Gibt es aber ein Sollen, so muß es auch ein Gesetz des Sollens geben, überall, wo es um ein Bewußtsein sich handelt, wie wahrlich doch in der Erziehungslehre. Hat diese also gewiß von einem Sein zu handeln, so doch nur, indem sie es zurückbezieht auf das, was sein soll.

In Hinsicht der Gemeinschaft bedeutet dies: die Wissenschaft der Erziehung hat nicht dem gegebenen Staat, der gegebenen Kirche oder Familie oder sonstigen einmal bestehenden Gemeinschaft, bloß weil und wie sie tatsächlich besteht, ein Recht einzuräumen, die Erziehung des Einzelnen in Rücksicht auf ihren Bestand und Fortbestand zu bestimmen — so hat man am häufigsten und am ungerechtesten die Sozialpädagogik mißverstanden —, sondern sie hat ihnen ein Recht genau nur soweit zuzugestehen, als sie einen Fortschritt darstellen auf der unendlichen Bahn der Entwicklung menschlicher Gemeinschaft überhaupt, von der dann auch die Höherbildung der Einzelnen abhängt.

Erziehung heißt überhaupt Entwicklung. Also hätte von vornherein als selbstverständlich gelten müssen, daß, wer den Begriff der Erziehung in fundamentaler Weise auf den der Gemeinschaft bezog, den Begriff der Entwicklung ebensowohl auf diese wie auf jene habe anwenden wollen. Dagegen haben die Kritiker der Sozialpädagogik regelmäßig als deren Absicht angenommen, es solle die jedesmal gegebene Gemeinschaft die Erziehung der Einzelnen schlechthin bestimmen. Das Individuum habe kein Recht in der Erziehung, sondern nur die Gemeinschaft — nein, vielmehr die „Gesellschaft“; nämlich die jedesmal bestehende. Diese Vertauschung der Wörter „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ ist nicht ein bloßer Wechsel des Ausdrucks. Sondern indem man aufhört, den sozialen Faktor der Erziehung als „Idee“ zu denken, verwandelt man das Kontinuum, welches das Wort Gemeinschaft bezeichnen wollte, in das zufällige, jederzeit auflösbare Aggregat diskreter Individuen, das heißt, man hebt den Begriff „Gemeinschaft“ überhaupt auf. Die Individuen bilden in der Tat das Kontinuum der Gemeinschaft nicht, wenn man sie nur in ihrer empirischen Existenz betrachtet, sondern erst wenn man sie in den Zusammenhang der Entwicklung stellt, das heißt aber, sie dem Gesetze der Idee unterstellt. Der Denkzusammenhang, der das Einzelne unter die Allheit des Gesetzes, und zwar hier des Gesetzes der Idee, bringt, macht erst aus den sonst diskret bleibenden Einzelnen eine Gemeinschaft.

Mit Recht unterscheidet die Soziologie zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. In der Gesellschaft werden die Individuen als das Erste und Unabhängige gedacht, die dann zu irgendeinem zufällig gemeinsamen, für jeden aber individuellen Zweck untereinander in Verbindung treten; in eine Verbindung, die eben deshalb jederzeit sich wieder auflösen kann, wenn eben jene Gemeinsamkeit der Zwecke der Einzelnen wegfällt. In der Gemeinschaft wird vielmehr der Verein als das Erste und Unabhängige gedacht; das Individuum besteht als Glied der Gemeinschaft nur durch sie. So unterscheidet Rousseau in aller Schärfe den bloß zufällig zusammentreffenden „Willen

aller" (volonté de tous) von dem Gemeinwillen (volonté générale), der geradezu ein „gemeinsames Ich" (Moi commun) herstelle. Diese Überordnung ist nur möglich als Überordnung der Idee über das Faktum. Eben diese aber vollzieht sich wirklich im Bewußtsein der in Gemeinschaft Stehenden. Dies Bewußtsein ist die einzige Existenz der Gemeinschaft; somit existiert sie überhaupt bloß als Idee, und das heißt weit mehr, als daß sie nur als Faktum existiere. Wer nun aber in der These der Sozialpädagogik für Gemeinschaft Gesellschaft setzt, der setzt damit stillschweigend seinen individualistischen Begriff des erziehenden Vereins an die Stelle des gemeinten sozialistischen; und nachdem er so gerade den wesentlichen Grundbegriff der sozialen Pädagogik verfehlt hat, so hat er es hernach freilich leicht, zu beweisen, daß es falsch sei, die Gemeinschaft den Individuen, die doch allein eine Gemeinschaft konstituieren, voranzustellen; daß man die Individualität töte, wenn man verlange, daß sie ihrem Geschöpf, der Gemeinschaft, sich unterordne.

Man hat sich mitunter gegen die Sozialpädagogik auf Kant berufen wollen, welcher lehre, das Individuum dürfe nicht geopfert werden, denn jeder Einzelne sei nicht bloß Mittel für fremde Zwecke, sondern Selbstzweck. Aber wie lautet in Wahrheit der große Grundsatz der Ethik Kants? „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst." Also Kant spricht erstens nicht vom Einzelnen als für sich stehend, im Unterschied von jedem andern, sondern von der „Menschheit" (das heißt in damaliger Sprache: vom Menschentum, von dem, was überhaupt den Menschen Menschen macht), sowohl in der eigenen Person als in der jedes andern. Also gerade nicht der Einzelne, als dieser und nicht der, ist ihm Selbstzweck, sondern der Mensch in ihm. Und zweitens: auch von diesem wird nicht gesagt, daß er als Zweck und nicht als Mittel zu brauchen sei, sondern nur niemals bloß als Mittel, sondern jederzeit zugleich als Zweck. Also ganz gewiß auch als Mittel; jeder diene dem andern, das heißt, weigere sich nicht, auch Mittel zu sein zur Förderung seiner wahren Zwecke; nur nicht bloß Mittel, sondern wiederum auch Zweck, nämlich wechselseitig jeder für die andern. Genau das ist der Begriff der Gemeinschaft, die ja nur Gemeinschaft der Individuen ist, in der jeder Einzelne Mittel für die Zwecke aller, aber eben damit, weil in diesem Zweck mit einbegriffen, zugleich auch selbst Zweck, und zwar für alle andern, ist. Von einer Opferung kann danach keine Rede sein; würde der Einzelne geopfert, so würde er es nicht für die Gesamtheit (ihn selbst eingeschlossen), sondern für die übrigen (ihn ausgeschlossen); gälte das aber für alle, so bliebe gar nicht das übrig, dem der Einzelne geopfert würde, die Gesamtheit der Einzelnen. Wo also die Gefahr einer Opferung besteht, da ist genau so weit nicht Gemeinschaft, sondern ihr Gegenteil. Also ist gegenüber dem recht verstandenen Begriff der Gemeinschaft die ganze Sorge grundlos, daß die Individualität gegenüber der Gemeinschaft zu kurz käme.

Die Freiheit des Einzelnen, meint man, werde durch die Vorherrschaft der Gemeinschaft bedroht. Aber was kann denn Freiheit Ernsteres und Größeres bedeuten, als daß der Geist durch keine bloße Gegebenheit gefesselt, sondern frei ist über jedes Gegebene zur Höhe der Idee, der unendlichen Aufgabe sich zu erheben? Welche unabhängigere Haltung kann der Einzelne gegenüber der Gemeinschaft, in die er hinein geboren und gewachsen ist, einnehmen, als daß er sie richten darf, richten soll aus dem Standpunkt der ewigen Idee? Ist etwa

die Freiheit beneidenswerter, in der der Einzelne sich aus der Gemeinschaft lösen und auf sich stehen möchte? Aber das ist nicht Erweiterung des Selbst, sondern Verengung. Ich habe es verglichen einer egozentrischen Ansicht des Kosmos, die sich groß dünkte in der Einbildung, daß die ganze Welt sich um den Beschauer drehen müsse. Aber so wäre er in seinen Ort festgebannt durch die erdrückende Wucht der umschwingenden Welt; statt daß der befreite Blick in die Unendlichkeit wandern darf, wo es kein Zentrum gibt und keinen Umkreis; nichts, das ihn einzwängen oder halten könnte. Ich habe es verglichen dem kindischen Wahne dessen, der, in seine vier Wände eingesperrt, die ganze Welt draußen nur als Gemälde auf seinen Fensterscheiben ansähe, um sich sagen zu dürfen: das alles ist mein. Die Erhebung zur Idee weitet den Blick, weitet das Herz, gibt dem Willen den mächtigen Aufschwung, durch den er, nach dem Worte Friedrich Albert Langes, mit der Forderung des Unmöglichen die Wirklichkeit aus den Angeln reißt. Gemeinschaft heißt Allheit, und so gewiß Allheit, Universalität weiter ist als Einzelheit, so gewiß ist der Geist, der sich zur Universalität der Gemeinschaft erhebt, eben damit hoch erhaben über den, der sich in die Enge der Individualität einschließt.

Das Prinzip der Individualität hat den gesunden Sinn, daß, was an sich geistiges Gemeingut der Menschheit ist, dem Einzelnen ganz zu eigen werden, ja in ihm sich aus seinen eigenen Entwicklungsgesetzen wieder erzeugen soll. In diesem Sinne ist das Prinzip der Individualität für die Erziehung gewiß nicht weniger fundamental als das der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft selbst soll und kann in diesem Sinne sich in der Erziehung nur individual gestalten; sonst wäre sie nicht lebendige Wirklichkeit, sondern bliebe ein totes Wort, bestenfalls eine unrealisierte Forderung. Aber damit ist schon gesagt, daß die Individualität echter Bedeutung mit der Gemeinschaft nicht streitet, sondern ihr genaues Korrelat ist. Es hätte keinen Sinn, dieses Prinzip der Individualität gegen das der Gemeinschaft auszuspielen, da es in diesem als Voraussetzung mit eingeschlossen ist. Von einer anderen Gemeinschaft, als die im Bewußtsein der Einzelnen sich aufbaut, war von Anfang an nicht die Rede.

In der Tat nichts, das im individuellen Bewußtsein sich gestaltet, gestaltet sich ohne die Gemeinschaft, außer ihr, noch kann es, wenn es bis auf den letzten Grund des Bewußtseins durchdringt, umhin, auf die Gemeinschaft zugleich bezogen zu werden. Diese Behauptung mag sehr weitgehend scheinen. Wenigstens nicht für alle Gebiete des Bewußtseins wird man geneigt sein, sie ohne Einschränkung gelten zu lassen. Dem Willen mag sie gelten; jeder erkennt an, daß das Gebot der Sittlichkeit, das heißt, das Gebot für den Willen, das Gebot der Gemeinschaft ist, nenne man sie nun Liebe oder Gerechtigkeit. Aber daß ein Gleiches für die Einsicht des Verstandes gelten solle und gar für das künstlerische Schaffen, für das religiöse Gefühl, das wird wohl manchem weniger einleuchten.

Und doch wird man sich bei einigem Besinnen überzeugen, daß wenigstens der Verstand der Wissenschaft überhaupt mit nichts anderem beschäftigt ist, als eine gemeinsame Welt aufzubauen im Unterschied von der, die jeder nur für sich allein bewohnt, nicht im Traume bloß, sondern in jedem naiven, nur seiner selbst bewußten, nicht auf Erkenntnis des „Gegenstandes" gerichteten Vorstellen. Verstehen heißt Einheit schaffen, Einheit nicht bloß im Bereich des eigenen, zufälligen, beschränkten Vorstellens, sondern in jedem Bereich, zu dem man sich überhaupt nur denkend erheben mag;

Einheit nicht bloß im eigenen Vorstellen, sondern der Idee nach unter allen Vorstellenden; eine Ansicht der Dinge also zu gewinnen streben, auf die alle Einheitsuchenden sich sollen vereinigen können. Die Grundbegriffe alles Unterrichts: Lehren und Lernen, sind nur Ausdrücke dieser Erarbeitung einer Gemeinschaft des Verstehens. Ich mag mich allein, etwa durch Bücher, unterrichten, so ist der Autor des Buches mein Lehrmeister, das heißt, der Vertreter jener Einheit der Vorstellung, die ich suche, indem ich mich „unterrichten" will. Selbst im stillen einsamen Nachdenken bediene ich mich des Wortes einer menschlichen Sprache, jedes Wort aber gibt Zeugnis von der unaufheblichen Gemeinschaft der Gedankenarbeit der ganzen Menschheit. Das Wort ist der greifbare Ausdruck der Gemeinschaft des Vorstellens; es dient der „Verständigung". Auch indem ich nur mit mir selbst ins reine zu kommen, mich mit mir selbst zu „verständigen" suche, mit mir selbst Zwiesprache halte, mich frage und mir antworte, fingiere ich wenigstens ein Verkehrsverhältnis, eine Gemeinschaft; warum anders, als weil ich gar nicht umhin kann, alle Arbeit meines auf „Wahrheit" gerichteten Denkens zugleich auf die Gemeinschaft wenigstens der Idee nach zu beziehen. Eine „Wissenschaft" aber besteht überhaupt nicht allein im Gedanken des Einzelnen, sondern in der Kette zusammenhängender und fortschreitender Gedankenarbeit, in der, nach dem schönen Vergleich des Fackeltanzes, jeder die brennende Fackel vom andern empfängt, um sie wieder einem andern weiterzugeben, und dabei nur zu sorgen hat, daß sie, solange sie in seiner Hand ist, nicht verlösche. Also ist eine „Wissenschaft" selbst ein soziales Gebilde, Bildung zur Wissenschaft also eine soziale Aufgabe. Daß es aber selbst mit der Kunst nicht anders ist, daß der Künstler, wenn irgend wer, sich bewußt sein darf, Gemeinschaftswerte, zuletzt Menschheitswerte zu schaffen und nicht nur an seinem Eigenwert zu arbeiten, wird hiernach schon eher einleuchten. Es mag gelten: die Kunst für die Kunst; nur mit dem Beding, daß an Kunst, an echtem Kunstverständnis und selbst an einem bescheidenen Kunstschaffen oder doch Nachschaffen jeder teilhaben sollte. Mag heute dies Ziel noch sehr fern stehen, die Idee existiert und ist nicht wieder aus der Welt zu schaffen. Sie ist lebendig gerade in den großen schaffenden Künstlern. Auch liegen immerhin Anfänge zu ihrer Verwirklichung vor. Was Schiller, Goethe, W. v. Humboldt und alle Großen vor hundert Jahren gefordert haben: daß auch auf die niederste Arbeit ein Strahl von Kunst fallen müsse (denn der Arbeiter solle doch Mensch sein), dessen hat unsere Zeit sich zu besinnen angefangen, und schon sind rüstige und begeisterte Männer an der Tat, es zur Wahrheit zu machen, so ungeheuer die Forderung ist. — Religion am ehesten kann scheinen sich ganz in die Tiefen der Individualität zurückzuziehen. Wenigstens als protestantische Idee gilt vielfach ein absoluter Individualismus der Religion. Aber doch sucht wiederum alle Religion Gemeinschaft, Gemeinschaft mit „Gott" — einem Gott, von dem man uns sagt, daß er die Liebe bedeute, also — die Gemeinschaft. Ist Religion nicht am Ende nur ein anderer Ausdruck für Ideenerkenntnis? Der Standpunkt der Idee aber ist der der Allheit, und diese Allheit bedeutet, gerade wo es sich — wie jedenfalls in der Religion — um das Persönliche handelt, die Gemeinschaft. Der zusammenfassende Ausdruck alles Inhalts der Religion ist „Gott"; wer aber wollte leugnen, daß „Gott" der Ausdruck der Allheit, der Universalität, und also der höchsten Gemeinschaft, der Gemeinschaft der Idee in ihrer letzten Sublimierung ist? —

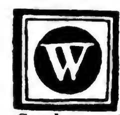
Die Grundidee der Sozialpädagogik dürfte durch diese Betrachtungen unmißverständlich klar geworden sein. Ihre Wege, ihren Arbeitsplan darzulegen, ist in der hier gebotenen Kürze kaum möglich. Was sich in wenigen Sätzen darüber sagen ließe, würde zu beweislos dastehen müssen, um überzeugend zu wirken. Soviel aber ist sofort klar: soll die dargelegte Idee der Sozialpädagogik irgend erfüllt werden, so gehören dazu große Vorbedingungen. Es muß der Aufbau, die Struktur einer menschlichen Gemeinschaft in streng allgemeiner Gesetzlichkeit dargestellt werden. Und das Gesetz für die Gemeinschaft muß sich als eins und dasselbe erweisen mit dem Grundgesetze der Gestaltung auch des individualen menschlichen, das heißt geistigen Lebens, das Gesetz der Bildung (Formation) des Individuums und das der Bildung (Formation) der Gemeinschaft muß im letzten Grunde eines sein. Diese Idee eines strengen Parallelismus von Individuum und Gemeinschaft ist aus Plato bekannt; in ihr eben hatte er das wahre Fundament der sozialen Pädagogik als Wissenschaft erreicht. Diese Platonische Idee ist mindestens in gleicher Strenge und Umfassung, ja in noch reinerer logischer Konsequenz durchzuführen. Namentlich aber, während Platos Betrachtung gleichsam statisch bleibt, die „Genesis" des Staats allenfalls nur als Darstellungsmittel benutzt wird, um ewig „seiende", stehend, fix gedachte Grundverhältnisse bloß für das Verständnis zu entwickeln, muß es uns dagegen auf eine echt „genetische" Darstellung, auf wahre „Entwicklung", auf ein Werdensgesetz der geistigen Gestalt des Individuums einerseits, der Gemeinschaft andererseits ankommen. Entwicklung aber fordert vor allem und bedeutet Gliederung, Differenzierung. Auch das hat Plato nicht ganz verkannt, und schon er ist einer sehr fundamentalen, alle menschlichen Verhältnisse durchwaltenden Urgliederung auf der Spur, die er nur viel zu wenig in die Genesis selbst einführt, sondern eben nur statisch verwendet. Aber ganz entgehen konnte das Urgesetz der Gestaltung alles geistigen Lebens unmöglich einem Denken, das auf die Gründe zurückzugehen gelernt hatte; und Plato wenigstens hat es an dem Radikalismus der Wissenschaft wahrlich nicht gefehlt. Überhaupt alle echte Philosophie kennt in irgendeiner Gestalt die fundamentale Gliederung, die zugleich den gesetzmäßigen Stufengang der individualen und der sozialen Entwicklung einschließt. Am bekanntesten ist sie in ihrer logischen Grundform, die wiederum am durchsichtigsten in dem Wunderbau der Zahl zutage tritt als Entwicklung vom Einzelnen durch die Reihe gleichartiger Glieder zum Zusammenschluß in einem Ganzen; welche dreigliedrige Folge dann auf immer höheren Stufen sich wiederholt, an sich ohne Schranken. Wie aber alle Entwicklung des Verstehens, des Wollens, des Arbeitens, selbst des künstlerischen Gestaltens in ihren tausend Abwandlungen doch diesem letzten Grundgesetz gehorcht; wie die Gemeinschaft in allen ihren Gestaltungen, in Wirtschaft und Recht, in Arbeits- und Bildungsorganisationen jeder Art, sich nach analogem Gesetz aufbaut, wie alle Bildungsarbeit ihm notwendig unterliegt, wie im ganzen so in jeder Gliederung bis zur letzten herab, im allgemeinen der geistigen Entwicklung wie in jedem besonderen Felde, in jedem begrenzten Umkreis, sei es des Verstehens oder des Wollens oder der Kunstgestaltung, bis zum einzelnen Schritt des Lehrens und Lernens, des Leitens und Folgens überhaupt; wie mit allen Formen der Gemeinschaft auch die der bildenden Gemeinschaft, von der Familie durch alle Ordnungen der öffentlichen Erziehung im umfassendsten Sinn bis zur idealen Gemeinschaft des Menschengeschlechts hinauf, deren wissenschaftliche Darstellung „Geschichte" heißt, in entsprechender Stufen-

ordnung sich entwickeln, das alles kann hier nur angedeutet werden. Wer aber dem oben entwickelten Gedankengang gefolgt und zugleich mit dem Konkreten der Erziehungsfragen selbst vertraut ist, mag an diesen Andeutungen genug haben, um wenigstens im allgemeinen abzusehen, wie alle Probleme der Erziehung, die Probleme des Bildungsinhalts, der Bildungstätigkeit wie der Bildungsorganisation, so unter e i n e n gemeinsamen Gesichtspunkt kommen und nach e i n e m fundamentalen Gesetz sich normieren müssen.

Von der größten Tragweite für die Praxis aber sind die Folgerungen, die sich auf die heutige Lage im besonderen beziehen. Man wird an der Hand dieser Grundsätze vor allem die gegebene Lage scharf erkennen, nämlich als eine bestimmte, notwendig zu durchlaufende Stufe einer Entwicklung, die in gesunden Bahnen zu erhalten oder darin zurückzuführen die gewaltige Aufgabe einer wahren „sozialen" Erziehung ist. Soll ein Schlagwort die allgemeine Richtung der praktischen Konsequenzen der Sozialpädagogik bezeichnen, so ist das Schlagwort „Demokratisierung der Bildung" zwar nicht nach jeder Seite scharf genug bezeichnend, aber dem allgemeinen Verständnis am ehesten zugänglich. Um naheliegenden Irrungen zu begegnen, mag sogleich hinzugesetzt sein, daß Demokratisierung nicht Plebejisierung bedeutet; eine Verwechselung, die freilich dem nicht begegnen kann, der verstanden hat, wie vollständig nach unseren Begriffen die Bildung zur Individualität eins ist mit der zur Gemeinschaft. Wir wollen, daß eine tiefgründige, der vollständigen Idee des Menschentums entsprechende Bildung allen zuteil werde, einzig nach dem Maße ihrer Fähigkeit, ja daß an die mindere Fähigkeit um so mehr Arbeit gewendet werde, damit womöglich keine Fähigkeit verloren gehe; denn jede Fähigkeit zu einer menschlichen Bildung, die kleinste wie die größte, ist Gemeingut der Menschheit, keine ist entbehrlich, keine also darf vergeudet werden. Ein sehr ernster Ersatz der häuslichen Erziehung für die Schichten des Volkes, denen heute eine solche nach ihrer sozialen Lage nicht oder so gut wie nicht zuteil werden kann, eine streng demokratische Organisation des nationalen Unterrichts auf allen Stufen, eine sehr umfassende Organisation freier, wissenschaftlicher, sittlicher und künstlerischen Bildung der Erwachsenen aller und besonders der untersten Volksklassen (Volkshochschule), das sind einige der wichtigsten und nächstliegenden praktischen Folgerungen, die aus den Grundsätzen der Sozialpädagogik fließen. Man mag glauben diese Forderungen stellen zu dürfen auch ohne die theoretischen Grundlagen, welche die neue Wissenschaft anzubieten hat. Aber nur was auf dem Grunde der Wahrheit steht, hat Aussicht, sich in der Menschheit dauernd durchzusetzen; also ist für den, dem diese praktischen Ziele am Herzen liegen, es wahrlich nicht gleichgültig, ob eine bis zum letzten Grunde, bis zum Grunde des Gesetzes zurückgehende Theorie diesen Forderungen recht gibt oder nicht.



# DR. THEODOR LESSING, DRESDEN: DIE LANDERZIEHUNGSHEIM-BEWEGUNG.



IE die meisten pädagogischen Reformen ist auch die Landerziehungsheimbewegung zuerst in England und Amerika aufgekommen. Sie nahm ihren Anfang in der Begründung der amerikanischen Schul-Settlements und Colleges, die in einsamer, ländlicher Gegend, fern dem Städtegewühl, einen Schulstaat im kleinen bilden, der nicht Unterrichtszwecke, sondern vor allem Erziehungszwecke an seine Schulbürger heranträgt.

Schon seit dreißig Jahren gibt es amerikanische Schulinstitute, die durchaus nach dem Muster eines Staatengebildes organisiert und gegliedert sind. Die Kinder haben z. B. einen Teil der Kontrolle und der Überwachung selber zu übernehmen, größere Schüler werden zu Lehrern und Freunden der jüngeren; bei Schulstrafen und Verdikten wird ein Schülergericht zusammengesetzt, das selbst seine Meinungen abzugeben hat; auch gibt es eine regelrecht organisierte Polizei, deren Mitglieder beständig wechseln. Alle diese Funktionen werden wie ein Spiel und zur Freude der Kinder schon in früher Jugend geübt. — Hierzu kommt der außerordentliche Wert, den die Amerikaner schon früh der körperlichen Ausbildung und Leibespflege einzuräumen pflegen. Der Sport, insbesondere das geliebte Footballspiel oder das Cricketspiel stehen gleichwertig in der Reihe der Unterrichtsgegenstände. Die Schüler mancher Colleges lernen neben ihrer wissenschaftlichen und humanitären Ausbildung ein jeder ein praktisches Handwerk. Sie haben die Wahl, ihrer eigenen Neigung gemäß, bei einem Buchbinder, Schlosser, Tischler, Gärtner usw. ihre Lehrzeit während der Freistunden zu absolvieren, da alle diese Handwerke im Schulstaate vertreten sind und die Handwerker mit zum Lehrkörper der Anstalt gerechnet werden.

Man hat ferner in Amerika schon sehr frühzeitig erkannt, daß der Sprachunterricht nur auf dem Wege des Sprechens, nicht aber auf dem Umwege der Tinte und des Buchdrucks erteilt werden kann. Darum werden die Vertreter anderer Nationen als Lehrer herbeigezogen, damit das Kind möglichst schon im frühen Alter das Englische, Französische und Deutsche gleichmäßig im Ohre hat. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der gesamte Unterricht auf das moderne Prinzip der Anschauung basiert wird, und daß amerikanische Pädagogen und Psychologen in den zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften für Erziehung und Unterricht gegen nichts so sehr zu Felde ziehen wie gegen die Gewohnheit, daß dem Kinde Begriffe an Stelle von Erfahrungen und Worte an Stelle von Anschauungen übermittelt werden. Die Natur der amerikanischen Colleges ist freilich außerordentlich mannigfach und verschieden. Manche tragen den Charakter von Hochschulen, die mit Internat und Seminarien verbunden sind; andere übermitteln eine Bildung, die man nur der Realschul- oder Oberrealschulbildung deutscher Anstalten vergleichen kann.

Noch zwei weitere Momente sind frühzeitig im amerikanischen Erziehungsleben zum Ausdruck gelangt. Einmal die Verbindung von Schul- und Familienerziehung, von Schulniederlassung und Siedelungsgenossenschaft, sodann die Forderung der Koedukation beider Ge-

schlechter. Was das erstere Moment anbelangt, so geschieht es bereits nicht selten, daß eine Reihe wohlhabender Familien sich zu einem Schulsettlement vereinigt. In diesem Fall verbindet man die neuen pädagogischen mit neuen hauswirtschaftlichen und lebenspolitischen Idealen. Die vereinigte Familiengruppe bildet eine Siedelung mit unifiziertem Konsum und Zentralisation der Kochwirtschaft und oft fast der gesamten Hauswirtschaft. Gleichzeitig aber engagiert sich dieser kleine Familienstaat eine Reihe geeigneter Lehrkräfte, welche die Kinder in früher Jugend gemeinsam überwachen und beschäftigen oder späterhin unterrichten müssen. In dieser Hinsicht sind gerade im Augenblick, zumal in der nächsten Umgebung von New York die verschiedensten Versuche im Entstehen.

Es ist natürlich, daß derartige Reformen sich mit ganz andersartigen neuen Idealen noch verknüpfen lassen. So ist oftmals die Gartenstadt- oder Bodenreformbewegung in Amerika mit pädagogischen Interessen verbunden worden. Vor allem aber erhob sich frühzeitig die Forderung der Koedukation. Dort, wo Knaben und Mädchen von frühester Jugend an in einer großen Familie miteinander aufwachsen, ist der gemeinsame Unterricht ganz selbstverständlich. Indessen glaube man nicht, daß der Amerikaner die Koedukation und andere pädagogische Reformen aus Prinzip und bewußter Überlegung eingeführt hat, so wie es heute, zumal von der Frauenbewegung, in Deutschland gefordert wird. In Amerika waren diese Reformen nur das Produkt der Not und des äußeren Zwangs, während pädagogische Debatten und Prinzipienfragen dem praktischen Amerikaner wie dem Engländer von vornherein viel ferner liegen als dem Deutschen.

Der erste Versuch gemeinsamer Erziehung, der einen prinzipiellen Charakter trug, wurde in Ohio vom Oberlin-College unternommen. Aber schon lange zuvor waren in den freien Normalschulen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet worden. Dieses geschah, weil der Staat kein Geld für Mädchenschullehrer hergeben wollte und weil überhaupt die amerikanische Mädchenschulbildung außerordentlich vernachlässigt war. Es blieb daher aus Sparsamkeitsgründen nichts übrig, als die Mädchen in die Klassen der Knaben mithineinzustecken, und hierbei machte man die Erfahrung, daß dieser gemeinsame Unterricht für beide Geschlechter von außerordentlichem Vorteile war. So wurde das, was die Not des Zufalls geboren hatte, schließlich zu einem bewußten pädagogischen Prinzip.

* * *

Fragen wir uns, wie sich das amerikanische Koedukationssystem bisher bewährte, so sehen wir, daß heute etwa 75 % aller amerikanischen Oberschulen zur gemeinsamen Erziehung der Geschlechter übergegangen sind. Wo sich eine Gegentendenz heute in Amerika geltend macht, da geschieht es ausschließlich dort, wo der Andrang der Frauen zum Studium bereits so groß geworden ist, daß sich die männlichen Schüler der koedukationalen Institute in der Minderzahl befinden, wie z. B. in Chicago-, Leland Stanford- und Wesleyan-University.

Das, was sich in Deutschland gegenwärtig als sogenannte „Landerziehungsheimbewegung" geltend macht, ist nun nicht im mindesten neu. Die pädagogischen Ideale, die hier zum Siege gelangen, stammen

wesentlich aus der durch Rousseau inaugurierten Bewegung. Schon Rousseaus „Emile“ forderte prinzipiell, daß das Kind fern vom Dunst und Lärm großer Städte in Gottes freier Natur aufwachsen solle. Auch die Idee des „geschlossenen Erziehungsstaates“ ist schon seit über hundert Jahren in der gesamten Pädagogik lebendig. Wir wollen nunmehr betrachten, welche modernen Institute in den drei Kulturländern Frankreich, Deutschland und England sich vornehmlich die Ideen der Landerziehung zu eigen gemacht haben, obwohl wir uns dabei klar sein müssen, daß alle diese Bestrebungen auch von einer Reihe älterer Institute längst kultiviert sind, während den hier aufgeführten lediglich das Verdienst zukommt, die Landerziehungsbewegung durch eine starke Propaganda neuerdings dem Interesse weiter Kreise nahegerückt zu haben.

In Frankreich wurde für die moderne Erziehungsbewegung vor allem die Schule von Cempuis vorbildlich, die ursprünglich auf radikal sozialistischen Prinzipien aufgebaut wurde, dann aber vollkommen dem Klerikalismus zufiel. Auch hier wurde neben den Ideen der Landerziehung und des geschlossenen Schulstaates schon die Koedukation beider Geschlechter durchgeführt, und eine kurze Zeit hindurch muß sich, den Berichten ehemaliger Zöglinge zufolge, die Schule auf einer Höhe befunden haben, wie sie wohl kaum jemals ein anderes Institut erreicht hat. Gegenwärtig stehen jedoch in Frankreich andere Institute im Vordergrund des Interesses, die zumeist unter dem Namen einer „École nouvelle“ aufgetan werden und mit den deutschen und englischen sogenannten Landerziehungsheimen eine Art Ringbildung anstreben, die sich unter anderem auch im Austausch der Lehrer und Schüler äußert.

Am bekanntesten ist die von Ed. Démolins gegründete École des roches in Verneuil bei Paris, ein Institut, das fast ausschließlich von den Söhnen reicher Pariser Familien besucht ist und an Komfort und Zweckmäßigkeit der Ausstattung vielleicht allen anderen Landerziehungsheimen überlegen ist. Sein Begründer ist sehr wesentlich von englischen und amerikanischen Idealen beeinflußt, und obwohl die Anstalt durchaus französisches Gepräge hat, ist sie doch in den Ideen Gobineaus befangen, daß die angloamerikanische Eigenart jeder andern überlegen sei. Neben der seit 1899 bestehenden École des roches sind in andern Teilen Frankreichs während der letzten Jahre eine Reihe anderer Landerziehungsinstitute gegründet worden. Zunächst die École de Liaucourt, sodann die École de l'isle de France, die seit 1901 von zwei Engländern und einem Franzosen geleitet wird. Hierzu kommt das 1902 von Monsieur Duhamel begründete Collège de Normandie und die von Abbé Cayla geleitete École de l'Estrelle. Die neuesten Gründungen sind die seit 1903 bei Lyon bestehende École du Sud-Est und die bei Chalais Pfingsten 1905 von Ernest Contou begründete École d'Aquitaine.

In England wurde das Institut der New School Abbotsholme bei Rocester in Derbyshire, die 1889 gegründet wurde, für die Geschichte der Landerziehungsheime einflußreich. Ihr Leiter Cecil Reddie, der seine Erfahrungen in einem umfangreichen, in London 1900 erschienenen pädagogischen Werk niedergelegt hat, empfing seine Ausbildung an deutschen Universitäten und wurde indirekt auch für das deutsche Landerziehungsheimwesen vorbildlich. Eine auf radikaleren Prinzipien

basierte Anstalt ist die New School Bedales bei Petersfield in Sussex, in der seit zehn Jahren die Zusammenerziehung von Knaben und Mädchen durchgeführt ist, womit ihr Leiter, Mister Badley, die besten Erfahrungen gemacht hat. Auch die Claysmore School erfreut sich in England begründeten Ansehens. Nach Deutschland wurde der Landerziehungsheimgedanke von einem Lehrer an der Schule von Abbotsholme übertragen, Hermann Lietz, der ein Buch unter dem Titel „Emlohstobba“ veröffentlichte. Dies Wort bildet die Umkehrung des Namens Abbotsholme und schilderte die Eindrücke, die der Verfasser in England gewonnen hatte. Er begründete selber in der Nähe von Ilsenburg im Harz im Jahre 1897 ein ähnliches Institut, das sich aus den kleinsten Anfängen blühend entwickelte, indem eine Reihe weiterer vortrefflicher Pädagogen den von Herman Lietz organisierten Gedanken aufnahmen und zum Siege brachten. Unter den gegenwärtigen Landerziehungsheimen in Deutschland steht wohl die von Paul Geheeb geleitete freie Schulgemeinde in Wickersdorf bei Salfeld in Thüringen an der Spitze, die sowohl das Prinzip der Schulfamilien wie das der beweglichen Klassen und der Koedukation zur Wirklichkeit machte und im Laufe von 1½ Jahren eine erstaunliche Blüte erlangt hat. Dem Institut in Ilsenburg gliederte sich ein zweites in Haubinda in Thüringen und ein drittes in Biederstein in der Rhön an. Alle drei bildeten ursprünglich eine einzige von Herman Lietz begründete Einheit, während heute der Begründer ausschließlich die Leitung der Oberstufe in Bieberstein in Händen behielt, die Institute Ilsenburg und Haubinda dagegen unter selbständiger pädagogischer Leitung in einer Art Unionierung mit der Oberstufe verblieben. Die in Ilsenburg zuerst erprobten Ideale wurden alsbald in allen Teilen Deutschlands von einer Reihe mehr oder minder vortrefflicher neuer Erziehungsanstalten aufgenommen. In der Schweiz wurde am Bodensee das Erziehungsheim Glariseck gegründet, dessen Leiter Herr Zuberbühler Lehrer in Ilsenburg gewesen war; ein anderes schweizerisches Jugendheim gründete Herr Loser in Grünau bei Bern, eine für die französische Schweiz bestimmte École nouvelle Herr Vittoz in der Nähe von Lausanne. Daneben bestehen bereits eine ganze Reihe größerer und kleinerer Landerziehungsheime für Mädchen in Gaienhofen am Bodensee, Rieversdorf in der Mark und an anderen Orten. Auch das von Dr. Lohmann geleitete Landerziehungsheim am Ammersee in Oberbayern mag hier Erwähnung finden und endlich auch darauf hingewiesen sein, daß zurzeit auch in Österreich die Landerziehungsheimbewegung Boden gewinnt, wie ein in der Nähe Wiens entstehendes und ein zweites in der Steiermark begründetes Landerziehungsheim beweisen.

Wir wollen nunmehr das Wesen dieser modernen Anstalten, die unter dem Namen der Landerziehungsheimbewegung in vielen Ländern eine Art Vertrustung anstrebten, nach ihren guten wie schwachen Seiten hin näher betrachten.

Zunächst ist es allen diesen Anstalten wesentlich, daß sie keine Unterrichts-, sondern ausgesprochen Erziehungsideale im Auge haben. Die Erziehung der Jugend soll in körperlicher, seelischer und geistiger Hinsicht gleich gut gewährleistet sein. Der Unterricht schließt sich im allgemeinen an das Programm der deutschen Oberrealschule an. Überall aber erscheint nicht das erlernbare Wissensmaterial, sondern

die charakterische, körperliche und seelische Bildung als das Ziel der Jugenderziehung. Darum emanzipieren sich diese Anstalten prinzipiell von dem Examenwesen, das zumal in Deutschland allen Schulunterricht ausschließlich in den Dienst der Prüfungszwecke zwingt. Man betrachtet das Examen als ein notwendiges Übel, aber man verwahrt sich dagegen, daß die Jugendzeit kein höheres Ziel im Auge haben solle als die Absolvierung jener Prüfungsakte, durch die man Titel und Staatsberechtigungen erlangt. In allen Unterrichts- und Erziehungsfragen wird womöglich die Aktivität und Selbsttätigkeit der Schüler angestrebt. Darum haben auch diese die Ordnung und Harmonie des Schulstaates autonom zu verwalten. Sie betrachten den Schulstaat als ihren eigensten Besitz, dessen Verschönerung, Ausnützung und Ordnung in ihre Hand gelegt ist und von einer Generation der andern übergeben wird.

Die verschiedenen Klassen, deren jede einen eigenen Gesellschaftsraum besitzt, umfassen die größte Mannigfaltigkeit an verschiedenartigen Klubs, ähnlich wie es in amerikanischen Colleges der Fall ist. Die Schüler schließen sich zusammen, um einen Tennisklub, einen Jagdklub, einen Klub für Photographie, einen Verein für Tierschutz oder irgendeinen Verein, der spezielle wissenschaftliche Zwecke, wie das Lesen eines philosophischen Autors oder das Betreiben einer toten Sprache im Auge hat, zu formieren. Aus der Verschiedenheit aller dieser erlaubten Bestrebungen ergibt sich ganz von selbst ein Für und Wider, ein Sichvereinen oder Sichbestreiten, das im kleinen ein Abbild des großen kulturellen Lebens darstellt. Seinen Ausdruck findet dieses geistige Leben in einigen der größten Institute z. B. durch die Einrichtung eines Schulparlaments, in dem jede Woche oder alle vierzehn Tage unter Vorsitz eines Lehrers und unter lebhafter Beteiligung der ganzen Anstalt in der Aula eine Sitzung stattfindet. In dieser Sitzung äußern sich die von den einzelnen Schulklassen oder wahlberechtigten Vereinen erwählten Vertreter über alle Angelegenheiten des internen Lebens der Anstalt, bringen Anträge ein oder suchen die für die Schulordnung gültigen Bestimmungen zu verbessern und auszubauen. So wird ein guter Teil der notwendigen Disziplin von den Schülern selber aufrechterhalten. Einige Anstalten besitzen sogar eine von den Schülern herausgegebene und mit Zeichnungen und Beiträgen versehene Monatsschrift. In Deutschland wie in England ging auch die Antialkoholbewegung, die heute auch auf allen staatlichen und öffentlichen Schulen gepflegt wird, wesentlich von Schülern der Oberklassen der Landerziehungsheime aus.

Daß Ernährung, Kleidung, Tagesordnung streng hygienisch sind, Bestrebungen wie der Vegetarianismus und jegliche Art von Körpersport in diesen Anstalten ihre Stätte finden, braucht nicht erwähnt zu werden. Ebenso ist es selbstverständlich, daß jeder Bürger des Schulstaates am Handfertigkeitsunterricht teilnimmt, sich am Schwimmsport, Schneeschuh-, Schlittschuhlaufen, Fußball- und Schlittensport beteiligt und daß er von Jugend an neben den wissenschaftlichen Fächern eines der im Erziehungsheim vertretenen Handwerke lernt. So stammt die gesamte Ausrüstung der meisten dieser Heime von alten Schülern her, Möbel, Schlösser, Stuhl und Bett, Schulbank wie Bilderausstattung. Um den Eigentumssinn und die Ordnungsliebe der Schüler anzuspornen,

ist jedoch jedem einzelnen auch gestattet, neben dem allgemeinen Besitz sich ein privates Besitztum anzulegen. Jeder Knabe wie jedes Mädchen kann z. B. sich ein mehr oder minder großes Stück Acker oder Gartenland anweisen lassen, wenn es nur die Verpflichtung übernimmt, es nach Kräften nutzbar zu machen und nicht verwildern zu lassen. So sieht man in diesen Instituten, deren größte mehrere hundert, ja mehrere tausend Morgen Acker und Forstland umfassen, abgegrenzte Parzellen, die einer einzelnen Gruppe oder einem einzelnen Kinde gehören. Viele Kinder bauen sich auf ihrem Eigentum Köhlerhütten, Blockhäuser und Wigwams, die sie nach Art primitiver Völker mit ausgeschnittenen Bildern und Abziehbildern bekleben, und sind entzückt, auf ihrem Terrain an freien Nachmittagen den Lehrer mit selbstgekochter Schokolade und Kuchen bewirten zu dürfen.

Eine Spezialität dieser Anstalten sind auch die großen Radreisen und Ferienausflüge, auf denen im Sommer in einem mitgenommenen Zelte im Freien übernachtet wird und die Selbsthilfe und Selbstverantwortung der Kinder sich erproben kann. So haben die deutschen Landerziehungsheime Reisen durch Frankreich, England und Italien gemacht, immer in ihrer schmucken Tracht, kurzen blauen Hosen, Sweater und bunter Flanellmütze und ohne jemals den der Anstalt vorgeschriebenen hygienischen Prinzipien untreu zu werden. Neuerdings ist auch ein Austausch von Schülern unter den miteinander in Verbindung stehenden Landinstituten versucht worden, so daß jedes Kind Gelegenheit hat, einen Teil seiner Schulzeit in einem der befreundeten fremdsprachlichen Landerziehungsheime im Austausch mit einem andern Kinde zu verleben.

Es ist klar, daß die in diesen Landinstituten durchgeführten neuen Prinzipien mehr oder minder Experimente sind, und daß sehr oft ein Synkretismus der allermannigfachsten Ideen in diesen neuen Schulstaaten zusammenkommt, bei dem sehr viel Frisches und Schönes, oft aber auch Halbes und Konfuses herausschaut. Diese Erziehungsheime besitzen noch nicht den Segen einer großen pädagogischen Tradition, der die berühmten thüringischen Erziehungsschulen wie Schnepfenthal und Schulpforta noch heute unübertrefflich macht, obwohl sie sich in den Bahnen der alten humanistischen und klassizistischen Bildung fortbewegen.

Ein Gedanke, den man in einzelnen dieser Landerziehungsstaaten zur Wahrheit zu machen versuchte, ist der, daß die Erziehung eine dreistufige Gliederung erfahren müsse, bei welcher jedes Lebensalter als Selbstzweck, nicht aber als ein bloßer Durchgangspunkt zur folgenden Stufe zu betrachten sei. Dementsprechend suchten die drei Landerziehungsheime Ilsenburg, Haubinda und Bieberstein eine Art von Spielschule, bürgerlicher Pflichtschule und freier Klosterschule hintereinander zu verwirklichen. Jede dieser drei Abteilungen nämlich umfaßte vier Schuljahre. Während auf der untersten Stufe die Schule wesentlich Spiel und Freude war, sollte auf der zweiten ein ernster moralischer und sozialer Geist gepflegt werden und auf der obersten das freie wissenschaftliche Interesse in seine Rechte treten. Als Nachteil dieser Gliederung hat sich jedoch gezeigt, daß die gegenseitige erziehliche Einwirkung, die nicht nur die beiden Geschlechter, sondern auch die verschiedenen Altersklassen auf einander ausüben, bei einer allzu streng durchgeführten Gliederung verloren geht.

Neuerdings griff man vielfach zu dem System der Schulfamilien und Classes mobiles. Die Schulfamilien sind Gruppen von Schülern, die sich um einen einzelnen Lehrer gruppieren, der mit seiner „Familie“ auch außerhalb des Unterrichts den Tag möglichst zu teilen hat. Die Kinder haben die Möglichkeit, sich ihren Familienvater wie ihre Familienmutter selber zu wählen, und umgekehrt wird jeder Lehrer bald herausfühlen, welche Kinder des kleinen Staates seiner Eigenart am meisten bedürftig und entgegenkommend sind. Da die Landerziehungsheime meistens aus Gruppen kleiner Einfamilienhäuser bestehen, so ist es auch räumlich möglich, daß jede solche Schulfamilie ein Wohnhaus miteinander bewohnt, in dem die einzelnen Funktionen sorglich zwischen Hausvater, Hausmutter und Kindern verteilt werden. Das sogenannte System der Classes mobiles seinerseits hat den Zweck, die in irgend einer Hinsicht besser begabten Schüler nicht unter der geringeren Leistungsfähigkeit der übrigen Klasse leiden zu lassen. Man macht daher den Versuch, Begabungsklassen einzurichten, in der Art, daß man einen jüngeren Schüler, der z. B. in der Mathematik hervorragend tüchtig ist, in diesem Fache getrost am Unterricht einer höheren Stufe partizipieren läßt. Dieses System, das z. B. längst auf den dänischen Gelehrtenschulen erprobt ist, wird insbesondere in Frankreich vielfach verwendet. Die École des roches bei Paris hat es zudem zum Prinzip gemacht, nur eine geringe Anzahl elementarer Fächer für alle Schüler obligatorisch zu gestalten, während im übrigen jeder Knabe die Möglichkeit besitzt, aus einer großen Fülle gebotener Lehrgegenstände sich freiwillig das seiner Begabung Entsprechende herauszusuchen. Vielfach versuchte man auch, den alten stundenplanmäßigen Unterricht derart zu reformieren, daß man einen bestimmten Tag der Woche nur für ein e i n z i g e s Fach ansetzte, z. B. einen ganzen Vormittag der Arbeit im chemischen Laboratorium oder dem Käfersammeln oder dem Pflanzenbestimmen widmete.

Da die Landerziehungsheime vorerst noch Privatinstitute ohne staatliche Beschränkungen sind, so bieten sie jungen, wagemutigen Pädagogen die beste Gelegenheit, mit ganz neuen Reformversuchen Erfahrungen anzustellen.

Eine der bei dieser Gelegenheit gewonnenen Erfahrungen ist die Einsicht in die Vorteile und leichte Durchführbarkeit der Koedukation von Knaben und Mädchen. Mit voller Konsequenz wird sie gegenwärtig in Bedales in England und in Wickersdorf in Deutschland durchgeführt, während ein drittes von vornherein auf der Basis der Koedukation begründetes Landerziehungsheim zu Laubegast bei Dresden sich leider gegenüber dem Widerstand der sächsischen Schulbehörde nicht halten konnte. Die gemeinsame Erziehung bewährte sich in allen Fällen, wo die Kinder von früher Jugend an gemeinsam aufgewachsen waren. Es ist ein Hauptfehler der Gegner dieses Prinzips, daß sie meistens Fälle vor Augen haben, in denen Knaben und Mädchen, die ursprünglich ganz verschiedenartige Vorbildung erhalten hatten, erst in einem relativ späten Alter eine einheitliche Erziehung bekommen sollten. Es ist selbstverständlich, daß eine neue reformatorische Bewegung viele Mängel und Fehler aufweisen wird, die an Anstalten, welche sich einer langen Tradition und mächtigen staatlichen Schutzes erfreuen, leicht zu vermeiden sind. Wir wollen, nachdem wir die Vorzüge des neuen Systems

dargelegt haben, nun auch diese Mängel näher ins Auge fassen. Ein großer Übelstand ist dies, daß die pädagogische und kulturelle Leitung der Institute einerseits und die organisatorische Einrichtung andererseits vielfach in den Händen derselben Persönlichkeit zusammenkommt. Dies wurde am empfindlichsten in den deutschen Landerziehungsheimen, die durch Hermann Lietz nach dem englischen Vorbild ins Leben gerufen sind. Obwohl es ihrem Begründer gelang, einen Stab tüchtiger und hervorragender Lehrkräfte seinem Unternehmen zu gewinnen, scheiterten diese Gründungen doch an dem Umstand, daß der Leiter in weit höherem Maße ein guter Organisator als ein gebildeter Pädagoge war. Sie kamen erst zur Blüte, seitdem sie relativ selbständig geworden sind und ihre kulturellen Bestrebungen sich von den organisatorischen Pflichten mehr oder minder abgelöst haben. Auch dies war lange ein Notstand für die jungen Anstalten, daß sich lediglich ganz junge und anfängerhafte Lehrkräfte für sie gewinnen ließen, die vielzu viel Experimente an die Schüler herantrugen und zu viel Unruhe in das Leben der Kinder brachten. Es ist eine Gefahr aller neuen pädagogischen Gründungen seit den Zeiten Basedows und Pestalozzis, daß die ihnen anvertrauten Schüler mit zu viel Pathos und beunruhigenden Allokutionen bombardiert werden. Jederman fühlt sich verpflichtet, sie zu allem „Guten, Wahren und Schönen“ zu begeistern und ihnen zu Gemüte zu führen, daß die Augen der Nation hoffnungsvoll auf sie gerichtet seien. Dies schließt die weitere Gefahr in sich, daß sich unter den Schülern dieser Anstalten leicht ein Geist unerhörter Wichtigtuerei und unangebrachten Selbstgefühls breit macht und daß gerade die Produkte dieser besten und feinsten Methoden (zumal da zunächst nur die Söhne begüterter Bourgeoisie an ihnen Anteil haben), schließlich zu den unerquicklichsten Erscheinungen unserer Kultur entarten.

Synkretismus, Vertrustung und antikulturelle Rustizität, das sind die drei großen Gefahren der Landerziehungsheimbewegung. Vielleicht kann ihnen nur dadurch wirksam vorgebeugt werden, daß die neuen Ideen langsam in das Gefüge der Staatsschulen einsickern und daß der Staat resp. die kommunale Behörde die Begründung ähnlicher moderner Erziehungsheime in die Hand nimmt. Denn nur wenn pensionsberechtigte, auf Jahre hinaus am selben Erziehungswerk beteiligte gereifte Lehrkräfte sich diesen Unternehmungen widmen, können die Mängel vermieden werden, die heute aus dem Wechsel des Programms, dem Überfluß an Theorien und Experimenten und der ewigen Fluktuation der Lehrkräfte sowohl wie der Schüler resultieren. Auch die Gefahr, die in jeder Vertrustung privater Unternehmungen eingeschlossen liegt, ist vermieden, wenn neue pädagogische Ideen von seiten der Kommune oder des Staates ins Leben gerufen werden. In diesem Falle allein kann ihr Segen auch weniger bemittelten Volksklassen zugute kommen, kann durch Stipendien und Freistellen auch das arme Kind zu seinem Rechte gelangen. Auch darf das Prinzip der ländlichen Erziehung uns niemals darüber täuschen, daß wir nun eben einmal in einer Kultur zu leben haben, die nicht auf Agrarwirtschaft und Landleben, sondern auf Industrie und Geldwirtschaft aufgebaut ist. Man wird sich zu hüten haben, das Kind allzusehr den großstädtischen Sitten und Begriffen zu entfremden, in denen es sich in seinem späteren Leben nun einmal zu bewähren hat. Da nur ein kleiner Teil der in diesen Erziehungsheimen

heranwachsenden Jugend später bei der Landwirtschaft verbleibt oder Berufe ergreift, in denen die erlangte körperliche Tüchtigkeit oder technische Gewandtheit die Überlegenheit sichert, so besteht für die überwiegende Mehrzahl der Kinder die Gefahr, daß sie mit ganz falschen Vorstellungen in das sie erwartende Leben treten, die andererseits durch den sie beseelenden Größendünkel oder die in ihnen genährte Überzeugung von der besondersartigen Wichtigkeit ihrer Entwicklung nicht eben glücklich sekundiert wird.

Die Männer der alten Generation sind freilich durch eine Schulerziehung hindurchgegangen, die noch aus der mittelalterlichen Latein- und Klosterschule herausgewachsen war. In dieser Schulluft ist unendlich viel am Kinde gesündigt und viel Gutes endgültig verkümmert. Aber andererseits bedenke man wohl, daß diejenigen Menschen, die durch den Humanismus des alten Gymnasiums hindurchgingen, ohne an ihrer Lebensfähigkeit Schaden zu nehmen, damit eine Sicherheit und Schönheit des Charakters sich selbst eroberten, die gegenwärtig weit wertvoller ist, als alle die frühreife und vorlaute Scheinkultur, die experimentierende Anstalten an das Kind heranbringen, Anstalten, in denen zwar jedes kleinste Talent sorglich gepflegt, analysiert und möglichst früh zur Blüte gebracht wird, selten aber Männer gedeihen, die auch in starken Reibungen und Kämpfen Widerstand leisten und ihren Wert bewähren. Die alte humanistische Schule war eine schlechte Schule, aber sie wurde doch von einer großen Kultur getragen. Die neuen Versuche, soweit sie sich nicht wie in England und Amerika in den alten traditionellen Gleisen des „Athletizismus und Klassizismus" bewegen, sind mehr oder minder Experimente und lassen daher die Fähigkeiten der Kinder leicht verwildern, wenn sie sie nicht in bestimmter Hinsicht gar überfeinern.

Endlich muß auch der schmerzlichste und traurigste Punkt der Landerziehungsheime erwähnt sein; es ist dies, daß die Bewegung, wie sie mehr oder minder vom kapitalkräftigen Handelsstand fundiert wurde, auch diesem allein zugute kommt. Darum ist das Erziehungsmaterial dieser Institute, wie es sich aus der zur modernen Bildung emporwollenden Junkerklasse oder aus reich gewordenen Bankiers- und Industriekreisen rekrutiert, nicht eben das glücklichste, um große Ideale und die Forderungen einer neuen Lebensmoral und Lebenshaltung zu verwirklichen. Erst wenn auch jedes Kind aus dem Volke der neuen Erziehungsmöglichkeiten teilhaftig wird und nicht allein der Geldbesitz der Eltern seiner Entwicklung die Wege weist, kann der große Segen neuer pädagogischer Reformen an den Tag treten und werden auch die Landerziehungsheime den Nationen tüchtige und wertvolle Menschen schenken, wie sie einst aus Schulpforta und Schnepfenthal oder aus dem alten Tübinger Stift in Deutschland hervorgingen. Vorerst kann es den Pädagogen nur mit tiefem Schmerz erfüllen, wenn er den traurigen Tiefstand der Volksschulen fast aller Länder vor Augen hat und das herzzerreißende Elend, in dem heute noch die große Mehrzahl aller Kinder vorzeitig zugrunde geht, und wenn er dann auf der anderen Seite das Experiment neuer Ideen und Möglichkeiten in Privatanstalten verwirklicht findet, die keinen Zögling aufnehmen können, dessen Eltern nicht wenigstens 2000 M. im Jahre für jedes ihrer Kinder aufzuwenden vermögen. Dieser Geist des Kapitalismus, der fast ausschließlich ver-

wöhnte und vom groben Lebenskampf emanzipierte Kinder in solchen Anstalten zusammenbringt, ist der größte Mangel unserer Bewegung, denn was uns nottut, sind nicht weitere Ästhetenjünglinge, die mit zwanzig Jahren den üblichen Gedichtband herausgeben und mit fünfundzwanzig die soziale Frage lösen, sondern Männer, die im praktischen wirtschaftlichen Kampfe ein schlichtes Leben mit einem großen Inhalt erfüllen. So ist zu hoffen, daß das Große und Wertvolle der Landerziehung vor allem auch der Volksschule zugute kommt, wie es für Deutschland ihr noch viel zu wenig geschätzter Reformator Friedrich Wilhelm Dörpfeld schon vor Jahrzehnten angebahnt hat. Kein Zweifel, daß das pädagogische Interesse, das vor kurzem zur Begründung eines deutschen und österreichischen Elternbundes geführt hat, in immer weiteren Kreisen Widerhall findet. Überall sieht man ein, daß alle wissenschaftlichen wie technischen Bemühungen, ja daß der gesamte Fortschritt des Menschengeschlechts schließlich in Fragen der praktischen Pädagogik münden muß. Ganz neue Anstalten werden die Kinder des Volkes aufnehmen, über deren Pforten der schöne Spruch stehen wird, der über der Pforte von Cémpuis, des größten, modernsten und frühesten aller Landerziehungsheime stand: „Pour la vie, dans la joie“.



# DR. LUDO M. HARTMANN, WIEN: DIE DEUTSCHE VOLKSHOCHSCHULBEWEGUNG.



IE heutigen Volksbildungsbestrebungen sind in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß sie ihre Tätigkeit dem, wenn man so sagen darf, gesellschaftlich aktiven Volke, den Erwachsenen, vor allem also den schon in der Arbeit stehenden Personen zuwenden; sie sind nicht pädagogisch, sondern andragogisch. Sie wenden sich an den von Staats und Gesellschafts wegen als „fertig“ erklärten Menschen, der doch noch entwicklungsfähig und entwicklungsbedürftig ist. Daraus ergibt sich die Absteckung ihrer Ziele und ihrer Methoden. Es handelt sich hier naturgemäß nicht um fachliche Fortbildung, sondern um „allgemeine“ Bildung, Erweiterung des Horizontes, Denkfähigkeit. Und an die Stelle des schulmäßigen Zwanges tritt die Lernfreiheit, wie in den eigentlichen Hochschulen.

Ursprünglich undifferenziert in den Volksbildungsvereinen, die auch heute noch in Deutschland und Österreich die verschiedensten Zweige der Volksbildung, namentlich Vortragswesen, Bibliotheken und Volksunterhaltung, nebeneinander mit gutem Erfolge pflegen, entwickelte sich das Volksbildungswesen allmählich auch in spezialisierteren Organisationen, insbesondere dort, wo der eine oder der andere Teil der Tätigkeit einer intensiveren Ausgestaltung bedurfte. Diesem Bedürfnisse entsprang auch die Volkshochschulbewegung; ihr Kennzeichen ist es, daß sie sich nicht mit Anregung durch Einzelvorträge begnügen, sondern umfassenderes Wissen, umfassenderen Denkstoff vermitteln will und sich zu diesem Zwecke an die offiziellen

Hochschulen anschließt, welche allein die Gewähr dafür zu bieten scheinen, daß der Zusammenhang der Wissensvermittlung mit der lebendigen Wissenschaft niemals zerreißt, daß das Programm der Vorträge seines zufälligen Charakters entkleidet wird und daß geeignete Lehrkräfte in genügender Zahl dauernd zur Verfügung stehen. Nach dem Beispiele der englischen University-Extension haben sich nun im deutschen Sprachgebiete in den letzten fünfzehn Jahren zwei Typen von Volkshochschulorganisationen entwickelt, von denen der eine Österreich, der andere Deutschland angehört. Die erste Universität, die in die Bewegung eintrat, war Wien; hier wurde die volkstümliche Lehrtätigkeit offiziell als Aufgabe der Universität anerkannt; ein vom Senat und den Fakultäten gewählter Ausschuß leitet die „volkstümlichen Universitätskurse", die Vortragenden werden statutenmäßig dem Lehrkörper der Universität und insbesondere den Privatdozenten entnommen; der Staat gewährt der Universität eine Subvention, welche den größten Teil der Auslagen decken soll. Die übrigen deutschen Universitäten in Österreich und auch die fremdsprachigen haben ihre Kurse genau nach dem Muster Wiens eingerichtet. — In Berlin versuchte man zunächst denselben Weg zu betreten; da jedoch gewisse Widerstände innerhalb und außerhalb der Universität nicht überwunden werden konnten, wurde ein Verein von Hochschullehrern gebildet, der seither volkstümliche Kurse veranstaltet. Hier ist also an Stelle der Realunion eine Art von Personalunion der Volksbildung mit der Universität getreten; die Unternehmung ist rein privat und nicht staatlich und entbehrt der staatlichen Subvention. Vereine von Hochschullehrern, mitunter auch unter Beiziehung anderer Kreise, sind nach diesem Typus im letzten Dezennium an sehr vielen Hochschulen Deutschlands ins Leben gerufen worden und werden zum Teil sehr gut geleitet; insbesondere in München scheinen die Erfolge günstige zu sein. Immerhin ist es nicht nur prinzipiell wichtig, daß der Staat seine Verpflichtung, für die Bildung auch der Erwachsenen zu sorgen, anerkennt und diese Pflicht auf seine in erster Reihe dazu berufenen autonomen Lehranstalten überträgt, sondern auch praktisch vorteilhaft. Die Leitung durch die Universität selbst verbürgt die Stabilität der Einrichtung und ihrer wissenschaftlichen Tendenz; die Subvention durch den Staat ermöglicht die wünschenswerte Ausbreitung der Lehrtätigkeit. So steht Wien an Extensität und Intensität der Lehrtätigkeit mit ungefähr 110 Kursen (à sechs Abende) und mit 12—15 000 Hörern jährlich obenan; das Programm kann derart aus gestaltet werden, daß die verschiedensten Wissensgebiete behandelt werden und daß durch Ausdehnung der Kurse über einen oder zwei ganze Winter (4×6 oder 8×6 Abende) größere Wissensgebiete nahezu ebenso ingehend behandelt werden wie in der esoterischen Universität selbst. Die Unabhängigkeit des Programms von den aus den Kursen selbst zu erwartenden Einnahmen ist auch der Fortschritt, den der Wiener Typus über die englische University-Extension hinaus bedeutet. Ein weiterer Vorteil der deutschen Universitäten ist der, daß wenigstens die größeren über ein Heer von Privatdozenten, also von wissenschaftlich geeigneten Kräften verfügen, die in erster Linie dazu berufen sein sollten, sich in den Dienst der Volksbildung zu stellen.

Die University-Extension in ihren verschiedenen Formen muß naturgemäß den festen Kern bilden, an den sich die übrigen Volkshochschulbestrebungen anlehnen. Wo Volksbildungsvereine bestehen, werden die von diesen veranstalteten Einzelvorträge das Publikum durch Darbietung etwas leichterer Kost zum Teile erst vorbereiten, daß es dann einer längeren Reihe von Vorträgen willig und begierig folgt. Aber auch sonst ist vielfach eine Vorbereitung,

die Schaffung einer Art von Unterstufe vonnöten. Vor allem muß in diesem Zusammenhange der Tätigkeit der Studentenschaft an verschiedenen Hochschulen gedacht werden, für die, wenn auch schon früher Ansätze zu Ähnlichem vorhanden waren, heute die Charlottenburger und Berliner Finkenschaft vorbildlich ist. Diese veranstaltet Elementarkurse in großer Zahl für Arbeiter. Studentenunterricht ist gefährlich, wenn die jungen Leute in ihrem heißen Drange in Vorträgen ihre Ideen über die letzten Dinge an den Mann bringen oder wissenschaftliche Lehren, die sie selbst gerade erst in sich aufgenommen und noch kaum verarbeitet haben, eiligst weitergeben. Dagegen ist der Student gerade wegen seiner Jugend und Frische und wegen seines Mangels an Schablone mitunter besonders geeignet, diejenigen Elementarkenntnisse zu vermitteln, die er wirklich beherrscht, über denen er steht, und wenn er die Selbstbeschränkung ausübt, sich dieser Pflicht gewissenhaft zu unterziehen, zieht er aus seiner Tätigkeit nicht minderen Gewinn wie seine Schüler. Einige jüngere Doktoren und Dozenten haben es verstanden, diesen Studentenunterricht, der wohl bisher in Dänemark am meisten blühte, in Berlin-Charlottenburg vortrefflich zu organisieren und in den zahlreichen Kursen (deutsche Sprache, Elemente der Literatur, Geschichte, Mathematik usw.) ernsthafte Erfolge zu erzielen, deren Vorbedingungen die vorsichtige Leitung, die Selbstschulung der Lehrenden und die individualisierende Behandlung der Lernenden war. Ähnliche Organisationen, die der deutschen Studentenschaft und ihrem Instinkte für die Bedürfnisse der Zeit zur Ehre gereichen, sind an andern deutschen Hochschulen teilweise schon ins Leben gerufen, teilweise noch im Werden und bilden die eine notwendige Ergänzung der University-Extension.

Eine zweite Ergänzung, die nicht minder wichtig ist, bezieht sich nicht auf die Vorbereitung, sondern auf die Fortführung der volkstümlichen Universitätskurse. Das Bedürfnis nach Ermöglichung intensiverer Arbeit auf einzelnen Gebieten des Wissens, nach innigerem Kontakte mit dem Lehrer und Selbsttätigkeit ist bei der Hörerschaft in Wien sehr bald hervorgetreten. Wer sich für Philosophie interessierte, wollte nicht nur Vorträge hören, sondern unter Anleitung philosophische Werke lesen; ein anderer wollte durch Lektüre von historischen Quellen, wenn auch in Übersetzungen, mit tieferem Verständnis in die Vorzeit und in die kritische Methode, mit welcher diese Vorzeit rekonstruiert wird, eindringen; ein dritter wollte durch intensiveres Studium der Mathematik der Erfassung physikalischer Gesetzmäßigkeiten näherkommen; wieder ein anderer wünschte die physikalischen und chemischen Versuche, von denen er hörte, in systematischer Reihenfolge selbst nachzumachen oder auch das Pflanzenleben selbst zu beobachten und mit Mikroskop und Pflanzenpresse umzugehen. Kurz, es mußte ein Volksseminar geschaffen werden, das im Systeme unserer Volkshochschulen den Platz einnimmt, welchen die Seminarien an unseren Hochschulen sich erobert haben. Diesem Zwecke dient in erster Linie das Wiener „Volksheim“, das seit sieben Jahren besteht und seit zwei Jahren ein eigenes Gebäude besitzt mit je einem physikalischen, chemischen, experimentell-psychologischen, naturhistorischen Kabinett, mit Räumen für die regelmäßigen historischen, nationalökonomischen, literarischen Übungen, mit Fachbibliotheken usw. Von den 1800 Volksstudenten dieser neuartigen Hochschule verbringen die meisten mehrere Abende, sehr viele fast alle Abende mit ernsthaftem Studium in den Hörsälen und Laboratorien. Sehr viele von ihnen haben volkstümliche Universitätskurse in stattlicher Anzahl besucht und besuchen deren auch jetzt. Auch die Vortragenden

sind zum Teil dieselben, welche die volkstümlichen Universitätskurse abhalten und nun im „Volksheim“ vor einer Elite ihrer Hörer das Gelehrte zu erweitern und zu vertiefen suchen. Die Fühlungnahme von Lehrern und Schülern ist hier eine so enge, daß notwendig in der Leitung des Vereines Vertreter von beiden Gruppen miteinander arbeiten. Obwohl das Volksheim kein Arbeiterverein im eigentlichen Sinne ist, so ist es doch selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter seinen Mitgliedern und in seinem Ausschusse besonders stark vertreten sind. Aber da alle politischen Beeinflussungen prinzipiell ausgeschlossen sind, ergibt sich aus dem Zusammenwirken von bürgerlichen Ausschußmitgliedern verschiedener Parteirichtungen und Sozialdemokraten nicht die geringste Schwierigkeit, insbesondere, da der eigentliche politische Unterricht, der in Wien von der sozialdemokratischen Partei im Verein „Zukunft“ — und ähnlich jetzt auch in Berlin — organisiert ist, selbstverständlich als Domäne der Partei anerkannt wird. Sowohl dadurch, daß eine Vermischung von Politik und Wissenschaft vollständig vermieden wird und jeder politische Zweck der Bildungsanstalt fernliegt, als auch dadurch, daß das „Volksheim“ ein organisch erwachsenes Glied in der Gesamtheit der Volksbildungsinstitutionen ist, unterscheidet es sich wohl zu seinem Vorteile von den namentlich in Frankreich gegründeten Anstalten, welche den Namen „Université populaire“ tragen. Man geht jetzt in Wien daran, ein zweites „Volksheim“ zu gründen, da die Räume des ersten für den Andrang nicht mehr ausreichen, und auch in andern Städten Österreichs und Deutschlands sind ähnliche Gründungen im Werke, die um so mehr Erfolg versprechen, je entwickelter schon die übrigen Volksbildungsinstitutionen des Ortes sind und je mehr sie sich von jeder Utopie einer Ausgleichung der politischen und Klassengegensätze, mit der sie sich prinzipiell nicht zu befassen haben, fernhalten.

In Wien hat das Volksheim noch eine zweite Funktion zu erfüllen. In seinen eigenen Räumen sind nicht nur eine Lesehalle und eine Ausleihebibliothek des Volksbildungsvereins untergebracht, sondern werden auch eine Anzahl von volkstümlichen Universitätskursen und Sonntagsvorträgen und Konzerten des Volksbildungsvereins abgehalten. Ferner unterrichten Studenten und Volksschullehrer in seinem Rahmen in den Elementarfächern, und es werden sehr stark besuchte Sprachkurse (Englisch, Französisch) abgehalten. Es finden verschiedene in ihren Zielen verwandte Vereine Unterkunft in seinen Räumlichkeiten, und das Volksheim selbst dehnt seine Lehrtätigkeit nach Bedarf aus. So entspricht es dem gerade aus der notwendigen Spezialisierung und Differenzierung der Volksbildungstätigkeit entspringenden Bedürfnisse nach Konzentration und Integration.

Wenn man die heute noch über das ganze deutsche Sprachgebiet zerstreuten und verschiedenartigen Ansätze überblickt, die in den letzten Jahrzehnten aus der Notwendigkeit unserer Kulturentwicklung heraus entstanden sind, so zeichnet sich trotz der Mannigfaltigkeit doch schon der Grundplan eines Volkshochschulsystems ab, das in den Städten in Anlehnung an die Hochschulen zu entstehen beginnt und hier seiner allmählichen Vollendung als Gegenstück zu der eigentlichen Schulorganisation entgegenreift. Auch in Städten, die keine Hochschulen besitzen, werden schon durch Hochschullehrer in Deutschland wie in Österreich Hochschulkurse abgehalten und sonstige Volksbildungsinstitutionen geschaffen. Eine große Lücke besteht allerdings noch inbezug auf das flache Land und insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung. Sie auszufüllen sind vielleicht die Bauernhoch-

schulen bestimmt, deren einige neuerdings nach dänischem und finnischem Muster im nördlichen Deutschland errichtet werden. Ansätze finden sich auch in Bayern (Regensburg) und Oberösterreich (Schärding). Ihre Aufgabe ist es, fachliche Bildung und zugleich elementare Fortbildung zu vermitteln, und ihre Methoden müssen notwendig andere, mehr schulmäßige sein, als die der städtischen Organisationen. Was aber diesen da, wo sie am höchsten entwickelt sind, heute am meisten nottut, ist wohl eine Art von Stabilisierung, wie sie bisher nur bei der eigentlichen University-Extension und auch in diesem Zweige nur bei ihrer offiziellen Verbindung mit der Hochschule erreicht worden ist. Wo nach dem Typus des Wiener „Volksheim" noch über die University-Extension hinausgegangen wird, muß sich die Notwendigkeit herausstellen, eigene Volkskatheder für Volksprofessoren zu schaffen, zunächst selbstverständlich in der Großstadt. Wie die Volks-, die Mittel- und die Hochschule ihren Mann nähren muß, so auch die Volkshochschule; wie der Unterricht in der Schule Lebensberuf ist, der sich in der Hochschule mit der Verpflichtung zu eigener Forschung verbindet, so muß es auch bei der Volkshochschule werden. Die Volkshochschulbewegung kann schon lange nicht mehr als ein Experiment angesehen werden, dessen Erfolg bezweifelt werden kann. Die Hunderttausende, die als Schüler von ihr Vorteil gezogen, sind ebensoviele Zeugen für sie; nicht minder gewichtig ist aber das Zeugnis der Hunderte, die als Lehrer an ihr gewirkt haben und wirken. Die Mittel aufzubringen, welche für den neuen wichtigen Fortschritt, für die Schaffung von Volksprofessuren, notwendig sind, ist schon heute eine Pflicht der Gesellschaft und wird in nicht allzu ferner Zukunft Pflicht des Staates sein, dessen höchster Zweck es ist, die Anpassung seiner Mitglieder an die Anforderungen der Zeit zu organisieren.



# ROSIKA SCHWIMMER, BUDAPEST: STAATLICHER KINDERSCHUTZ IN UNGARN.



LS eine der wenigen Einrichtungen, mit denen Ungarn an die Lösung allermodernster Kulturfragen herangetreten ist, muß unbedingt die Organisation des staatlichen Kinderschutzes anerkannt werden.

Das betreffende Gesetz (VIII. und XXI. vom Jahre 1901) und seine praktischen Institutionen sind die Grundlagen zur vollkommenen Durchführung all jener Bestrebungen, die zurzeit unter den Schlagworten „Kinderschutz", „Mutterschutz", „Internationales Kinderrecht", „Problem der Unehelichen" die Besten aller Kulturländer beschäftigen.

Es ist vor allem das erste Gesetz, das ohne jede Einschränkung das Recht des Kindes auf Erhaltung durch den Staat und die Pflicht des Staates, jedes materiell oder moralisch ungenügend versorgte Kind zu erhalten, feststellt. Ferner ist es das Gesetz, das der Internationalität des Kinderrechtes den Grundstein legt, indem es den auf ungarischem Boden befindlichen ausländischen Kindern dieselben Rechte sichert,

als den einheimischen und ihnen tatsächlich so lange entsprechenden Schutz gewährt, bis der Staat, dem das Kind zuständig ist, es in seine Obhut nimmt.

Es war auch ausgesprochene Absicht der Schöpfer des Gesetzes, eine internationale Regelung des Kinderrechts im Haag anzuregen. Vorläufig sind in dieser Richtung durch die unglückseligen inneren Wirren unseres Landes alle Schritte verzögert worden. Ausbleiben kann die Ausführung dieser Absicht gewiß nicht.

Der Kinderschutz an sich ist durch das ungarische Gesetz prinzipiell und praktisch auf die Basis gestellt, von der aus sich das ganze Problem einheitlich und alle modernen Anforderungen befriedigend lösen läßt.

Dem eingangs zitierten Gebot der Staatspflicht gegenüber dem Kinde, entspricht das in der Praxis tatsächlich auch streng durchgeführte Prinzip, daß jedes Kind sofort in Schutz genommen werden muß, wenn es schutzbedürftig erscheint, die Recherchen nach der Tatsächlichkeit des Anspruches auf Staatsschutz also erst nach der Aufnahme erfolgen. Damit ist Verschleppungen der Weg versperrt, die in andern Ländern selbst die besten Kinderschutzsysteme schwächen, weil sie die Erledigung von immer und überall langwierigen bureaukratischen Prozeduren abhängig machen. Den Praktikern aller Länder nur zu wohlbekannt sind die Fälle, in denen das betreffende Kind längst gestorben oder verdorben ist, ehe die amtliche Entscheidung ihm den Schutz zuspricht.

Obwohl nach dem ungarischen Gesetz jedes Kind sofort provisorisch aufgenommen werden muß, erfolgt die endgültige Aufnahme in den staatlichen Verband erst, wenn die Verlassenheit behördlich festgestellt ist. Über den Schutz des als verlassen erscheinenden Kindes vor Aufnahme in den Verband des Asyls verfügt das Statut folgendes:

Die Gemeinde (Stadt) ist verpflichtet, jedes Kind unter 15 Jahren, das als verlassen erscheint (§1) *), unverzüglich in Obsorge zu nehmen und so lange in Obsorge zu halten, bis es in den Verband des Asyls aufgenommen wird.

Die für das Kind bis zur Aufnahme in das Asyl erwachsenen Pflegekosten werden der Gemeinde, falls das Kind unter 7 Jahren und rechtskräftig für verlassen erklärt ist, von der Kasse des Asyls rückvergütet.

Hat der Waisenstuhl das Kind nicht für verlassen erklärt, so macht die Gemeinde ihren Anspruch auf die erwachsenen Kosten gegenüber den alimentationspflichtigen Personen im gerichtlichen Wege geltend.

Ein weiterer Paragraph stellt es den Verwaltungsbehörden geradezu als Aufgabe, die schutzbedürftigen Kinder zu eruieren. Es heißt: „Sämtliche Verwaltungsbehörden (Amtsorgane) sind verpflichtet, wenn sie Kenntnis erhalten, daß der Lebensunterhalt und die Erziehung eines Kindes unter 15 Jahren — gleichviel ob dasselbe sich auf dem Gebiete des Landes oder im Auslande befindet — mangels materieller Mittel gefährdet ist, hierüber dem Waisenstuhl oder den in Punkt a) des § 11 angeführten Behörden Bericht zu erstatten. Namentlich in Klein- und Großgemeinden hat die Gemeinde-

*) § 1 (Begriff der Verlassenheit). Findlinge sowie behördlich für verlassen erklärte Kinder haben Anspruch auf die Aufnahme in ein staatliches Kinderasyl. Für verlassen sind jene mittellosen Kinder unter 15 Jahren zu erklären, die keine zu ihrer Versorgung und Erziehung verpflichteten und fähigen Angehörigen haben und für deren Versorgung und Erziehung die Verwandten, Wohltäter, Wohltätigkeitsinstitute oder Vereine nicht in genügender Weise Sorge tragen.

vorstehung über jene Kinder unter 15 Jahren, die man verlassen findet, unverzüglich dem Waisenstuhl oder dem Oberstuhlrichter — je nachdem es die Lokalverhältnisse zweckmäßiger erscheinen lassen — Bericht zu erstatten, damit die schleunige Aufnahme des Kindes in das staatliche Kinderasyl veranlaßt werde.

Ob die Umstände der Verlassenheit und demnach die Anmeldepflicht obwalten, prüft die Gemeindevorstehung bei den außerehelichen Kindern dann, wenn sie durch den Matrikelführer von der Geburt des außerehelichen Kindes verständigt wird. Bei solchen Minderjährigen, denen Vater und Mutter gestorben ist, hat die Prüfung der betreffenden Umstände und eventuelle Berichterstattung dann zu geschehen, wenn die Todesfallsaufnahme erfolgt.

Bei andern Minderjährigen richtet der Waisenvater sein Augenmerk auf die betreffenden Umstände und erstattet, falls sich die Umstände der Verlassenheit ergeben, hierüber Bericht."

Aber auch außerhalb der Kategorie gesetzlich verlassen Erklärbarer, können Kinder dem staatlichen Schutz zugewiesen werden. Ursprünglich war der diesbezügliche Paragraph der anfechtbarste Punkt des Statuts. Er diente seinem Wortlaut nach *) hauptsächlich dazu, unehelichen Müttern der wohlhabenden Stände die Entledigung von Mutterpflichten zu ermöglichen. Im Laufe der Entwicklung des Kinderschutzwesens wurde er aber die Grundlage der Zwangsfürsorgeerziehung-Verordnung, auf die ich später zurückkommen will.

Die endgültige Aufnahme in den Staatsverband bedeutet nicht endgültiges Losreißen von Eltern und Kind.

Wenn die Verhältnisse, die die Aufnahme erforderten, sich so ändern, daß die Möglichkeit einer entsprechenden Erziehung bei den Angehörigen eintritt, kann das Kind von der Familie zurückgefordert werden.

Wenn z. B. nach langwieriger Krankheit des Vaters oder der Mutter wieder normale Verhältnisse eintreten. Oder: Witwer oder Witwe gelangen durch Wiederverheiratung in die Lage, ihre Kinder ordentlich zu versorgen. Ein anderer Fall: der auswandernde Vater erwirbt im fremden Lande genug, um seine Familie, die in Staatsschutz kam, weil die Frau ihren Lebenserwerb nicht mit der Erziehung der Kinder verbinden konnte, nachkommen zu lassen. Selbstverständlich kommen unzählige Varianten der Rückgabe vor.

---

*) § 25. Der Waisenstuhl kann, falls er es im Interesse des Kindes für begründet erachtet, anordnen, die Vereine und Anstalten, welche die Interessen des Kinderschutzes vertreten, aber können darum ansuchen, daß in den Verband des Asyls solche Kinder ungarischer Staatsangehörigkeit unter 15 Jahren — gleichviel ob dieselben sich auf dem Staatsgebiete oder im Ausland befinden — aufgenommen werden, die nicht für verlassen erklärt wurden.

Hat das Kind eigene Mittel, so werden die Pflegekosten, desgleichen andere Kosten (Kleidung, Krankenkosten, die Kosten der Internaterziehung usw.) vom Waisenstuhl aus diesen Mitteln der Kasse des Asyls in nachträglichen Monatsraten vergütet.

Hat das Kind keine eigenen Mittel, oder sind diese zur Deckung sämtlicher Kosten nicht ausreichend, so werden die Pflege- und sonstigen Kosten der Kasse des Asyls von den Alimentationspflichtigen vergütet. Diesbezüglich verfügt der Waisenstuhl, beziehungsweise das Kgl. Gericht.

Sehr vorsichtig wird darauf geachtet, daß nicht etwa Kinder als Ausbeuteobjekte zurückgenommen werden, d. h. im arbeitsfähigen Alter, zur Ausnützung im Interesse der Familie.

Es existiert keinerlei Unterscheidung zwischen ehelichen oder unehelichen Kindern. Laut soeben erschienenem Ausweis vom Jahre 1905 waren 45,66 % der Kinder ehelich und 54,34 unehelich. Die Mütter waren:

| | |
|---|---|
| uneheliche | 53,39 %, |
| verheiratete | 29,04 %, |
| Witwen | 15,23 %, |
| geschieden | 1,87 %, |
| unbekannten Standes | 0,47 %. |

Administrative Zentralen der Organisation sind die in verschiedenen Teilen des Landes erbauten staatlichen Kinderasyle, in denen nur die kranken, einer besonderen ärztlichen Behandlung bedürftigen Kinder behalten werden. Die gesund befundenen werden sofort in die rings um die Asyle organisierten Kolonien übergeführt.

Die Asyle haben einerseits bureaukratische, anderseits aber vielfältige, reiche Aufgaben. Sie sollen Musteranstalten für Kinderhygiene sein, die Entwicklung der Kinderheilkunde und wissenschaftliches Studium fördern. Sie dienen der Ausbildung von Kinderärzten und Kinderpflegerinnen.

Jedes Asyl wird von einem Chefarzt-Direktor geleitet. Ihm unterstehen: die Sekundarärzte, die Aufsichtsärzte, der Verwalter, der Kontrolleur, die Bureauangestellten, die Wärterinnen, Ammen und das Dienstpersonal.

Bemerkenswert ist, daß als Sekundärärzte prinzipiell Frauen vorgezogen werden. Aber nicht nur, weil sie sich im bisherigen Dienst ausgezeichnet bewährt haben, sondern auch aus dem negativen Grunde, weil sich die männlichen Sekundarärzte — meistens junge Leute — den n den Asylen untergebrachten Müttern gegenüber etwas zu — männlich benommen haben.

Wenn die Mutter des zur Aufnahme gemeldeten Kindes physisch geeignet ist, muß sie es so lange stillen, als es seine Gesundheit erfordert. Die Mutter eines kranken Kindes wird zu diesem Zweck mitsamt ihrem Kinde im Asyl aufgenommen und wird dort vom Staate erhalten, so lange das Interesse des Kindes es erfordert. Übernimmt die Frau — auf Grund ärztlicher Erlaubnis — noch die Ernährung eines andern Säuglings (Findling, Waise, von stillunfähiger Mutter), so erhält sie für diesen Ammendienst eine vom Chefarzt festzustellende Bezahlung. Das Statut gibt dem Chefarzt-Direktor das Recht, die in der Anstalt überflüssigen Ammen bei privaten Familien unterzubringen. In der Praxis hat sich aber die gerechtfertigte Abneigung der Ärzte gegen den Ammengebrauch glänzend bewiesen. Während im Jahre 1904 noch 105 Ammen an Privatfamilien vermittelt wurden, waren es im Jahre 1905 nur mehr 48. Der gesunde Säugling wird mit der Mutter während der Stillung und des darauf folgenden Monats in der Kolonie bei einer geeigneten Familie untergebracht. Der Staat bezahlt in diesem Falle statt der Pflegegebühr die Beköstigung der Mutter.

Die Unterbringung solcher Mütter wird auf ganz besonders geeignete Kolonien beschränkt. Die Mutter steht unter der Aufsicht des Familienoberhauptes und kann von demselben in und außer dem Hause zu mäßiger Arbeit zwar angehalten werden, jedoch nur in solchem Maße, daß ihre Nährkraft nicht vermindert und sie in der Besorgung und Pflege ihres Kindes nicht eingeschränkt wird. In diesbezüglichen strittigen Fällen entscheidet der Koloniearzt.

Für die im Sinne dieses Paragraphen samt ihren Säuglingen untergebrachten Mütter sollten von Anfang an den Lokalverhältnissen entsprechend solche Arbeitshäuser und Institutionen (Weberei, Korbflechterei usw.) geschaffen werden, in denen die Mütter einträgliche Arbeit verrichten können, doch ist in dieser Beziehung noch wenig geschehen.

Für eheliche Frauen, deren Familien die Mütter nicht so lange entbehren können, oder uneheliche, die einem Beruf obliegen, der keine längere Unterbrechung erlaubt, sorgt man durch Unterbringung des Säuglings bei der eigenen Mutter*).

Im Jahre 1904 waren von 5351 neu aufgenommenen Kindern unter 1 Jahr 430 = 8,04 % bei der Mutter, 1271 = 23,75 % mit der Mutter untergebracht.

Im Jahre 1905 von 5656: 481 = 8,50 % bei und 1323 = 23,39 % mit der Mutter.

Die Unterbringung b e i der Mutter kommt den in andern Ländern so heiß umstrittenen Stillprämien gleich. Wenn das Kind der Mutterbrust nicht mehr bedürftig ist, wird es, wenn die Mutter es erhalten kann, aus dem Verband des staatlichen Kinderschutzes entlassen. Wenn der Verbleib im Verband notwendig ist, wird das Kind in Außenpflege gegeben.

Laut Statut muß diejenige Person, die aus der Anstalt ein Kind in Pflege zu nehmen beabsichtigt, in einem von der eigenen Ortsvorstehung ausgestellten und auch vom Koloniearzt unterfertigten stempelfreien Zeugnis nachweisen: a) daß sie in legitimer Ehe lebt oder verwitwet ist; ausnahmsweise dürfen Kinder aber auch bei unehelichen Frauen untergebracht werden; b) daß sie gesund ist; c) daß sie eine eigene, aus einem Zimmer und zum mindesten einer halben Küche bestehende Wohnung hat (nicht Aftermieter in einem Zimmer), die Wohnung nicht überfüllt und für die Gesundheit des Kindes nicht schädlich ist; d) wieviele Kinder sie gehabt hat und wieviele davon noch am Leben sind; e) an welcher Krankheit ihr letztes Kind, wenn dasselbe nicht mehr am Leben ist, starb; f) daß sie in solchen materiellen Verhältnissen lebt, das sie nicht ausschließlich auf den aus der Obhut über das Kind erwachsenden Nutzen angewiesen ist (den Vorzug genießt der Besitzer von mindestens einer Kuh); g) daß sie solide und in moralischer Beziehung unbescholten ist; h) ob sie bereits fremde Kinder gewartet hat und mit welchem Erfolg.

Die in Punkt b und g angeführten Bedingungen werden auch von den Hausgenossen gefordert."

Leute, die ihre eigenen Kinder nicht erhalten können, bekommen keine fremden Kinder in Pflege. Mehr als drei Kinder dürfen keiner Familie anvertraut werden.

Außer obigen Bedingungen ist die Ausgabe eines Säuglings an ein besonderes Zeugnis des Koloniearztes gebunden, in dem ausgewiesen wird, daß die Nährmutter zum Stillen geeignet und nicht schwanger ist, ferner daß ihr eigenes Kind wenigstens sechs Monate alt ist und entwöhnt werden kann oder gestorben ist. Die sich meldende Nährmutter wird vom Chefarzt-Direktor (Chefarzt der Anstalt) untersucht. Den geeignet befundenen Pflegern gibt

*) § 28. Wenn das Interesse des Kindes es verlangt, so gibt der Chefarzt-Direktor dasselbe während der Stillung und des darauf folgenden Monats in die Obhut der Mutter. Diese erhält dann statt der Pflegegebühr eine entsprechende Unterstützung, die nicht größer sein darf, als drei Viertel der für gewöhnlich entrichteten Pflegegebühr.

die Anstalt bis zur Zeit, wo sie mit dem Schützling nach ihrem Wohnort abgehen, Tages- und Nachtquartier. Dieses Quartier müssen auch alle Pflegemütter in Anspruch nehmen, die das ihnen anvertraute Kind aus irgendeinem Grunde in das Asyl bringen. Die Nährmutter muß ihren eigenen Säugling entwöhnen. Die Aufsicht über den Gesundheitszustand und die Lebensverhältnisse ihres entwöhnten Kindes führt der Koloniearzt. Zwillingssäuglinge sind in der Regel derselben Nährmutter zu übergeben.

Von den erst im Alter von 7 bis 15 Jahren in den Staatsverband aufgenommenen Kindern können Gruppen von 10 bis 20 gleichen Geschlechts zu Familienkolonien vereint werden, denen Leute höherer Intelligenz, meistens Lehrer, als Familienoberhaupt vorstehen.

Von den 35 000 „Staatskindern“ sind aber kaum einige Hundert derartig gruppiert worden. Eine glückliche Lösung hat die Bekleidungsfrage dadurch erhalten, daß man die Kinder statt in Uniformen in die Tracht der betreffenden Gegend kleidet, so daß sie nicht wie Waisenkinder gestempelt sind, sondern sich ganz mit der eingeborenen Jugend vermischen. Außer dem Pflegegeld wird auch die Kleidung der Kinder vom Staate bestritten.

Die Pflegeeltern sollen das Kind ohne jede Gefährdung seiner körperlichen und geistigen Entwicklung derart beschäftigen, wie es ein fürsorglicher Familienvater tut, damit sich sein Kind an die Arbeit gewöhne. Die Pflegeeltern dürfen das Kind behufs Gelderwerbes zu andern nicht in Arbeit geben. Das Kind soll sich bis zu seinem 12. Lebensjahre aus Erwerbszwecken mit Arbeit überhaupt nicht befassen. Vom 12. bis 15. Lebensjahre nur insofern, als dies seine Ausbildung erfordert.

Geregelt, auch gewissenhaft durchgeführt ist die Bestimmung über die Kontrolle der Kinder. Doch ist sie ungenügend, weil ein in Berechnung gezogener Faktor versagt hat.

Die ärztliche Kontrolle über Kinder unter zwei Jahren muß in den ersten Monaten der Außenpflege wöchentlich, später monatlich ausgeübt werden. In den Monaten Juni, Juli und August erfolgt die Kontrolle wöchentlich. Kinder über zwei Jahre sind mindestens vierteljährlich, Kinder über sieben Jahre mindestens halbjährig einer Kontrolle zu unterziehen. Die Aufsicht erstreckt sich auf die körperliche und seelische Wohlfahrt des Kindes, auf die Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Pflegeeltern und überhaupt auf die persönlichen Verhältnisse sowohl der Pflegeeltern als auch deren Hausgenossen.

Die vom Staate bezahlten Aufsichts- und Koloniеärzte erfüllen ihre Pflicht, doch fehlt ihnen die Unterstützung der Gesellschaft, auf die man zur Ergänzung gerechnet hatte.

Tausende von Frauen und Männern hatten ehedem in zahlreichen Kinderschutzvereinen eine rege, aber unfruchtbare Arbeit geleistet; als der Staat diese Vereine überflüssig machte, wurden diese Kräfte frei. Statt sich nun der grandiosen Maschinerie als ergänzendes Teilchen anzupassen, zerstoben die Kinderschützler. Vorläufig haben wir nur Anläufe zur Organisation der gesellschaftlichen Mitarbeit am Kinderschutz. Dieser unverläßlichen Mitarbeiterschar einen Halt zu geben, sollen immer mehr und mehr bezahlte ausgebildete Aufsichtskräfte — Frauen — angestellt werden.

Die unheilbaren wie die heilbaren chronisch Leidenden sind in speziellen Anstalten und Sanatorien untergebracht. Im Durchschnitt werden die Kinder zu Gewerbetreibenden oder Landwirtschaftsarbeitern erzogen. Zeigen sie aber irgendwelche besondere Befähigungen, so muß ihnen die entsprechende Ausbildung verschafft werden.

In der ungarischen Bevölkerung haben sich die Staatskinder einen warmen Herzensplatz erobert. Die zahlreichen Adoptierungen oder Angebote, Kinder ohne Entgelt in Pflege zu halten, beweisen, wie innig sich die Kleinen in die Familien einleben. Die unentgeltlich Verpflegten unterstehen genau so der staatlichen Kontrolle wie die übrigen, ja sogar einer viel strengeren, damit jeder Mißbrauch ausgeschlossen wird.

Sehr interessant sind die statistischen Aufstellungen, nach denen die Säuglings- und Kindersterblichkeit der Staatskinder geringer ist als die Landesziffer, die gesunden Staatskinder ausnahmslos der gesetzlichen Schulpflicht genügen, während die Landesziffer ein volles Fünftel aller Schulpflichtigen als nicht einmal zum Schulbesuch eingeschrieben ausweist. Diese, wie sonstige günstige statistische Aufnahmen berechtigen sicher zu besten Hoffnungen, können aber vorläufig nicht als vollgültige Daten herangezogen werden, da ja die Institution erst seit 1903 in voller Wirksamkeit ist. Immerhin liegt es auf der Hand, daß die Institution eine allgemeine Wirkung in Hebung des Kinderpflegewesens, Popularisierung hygienischer Kenntnisse haben muß. Hervorgehoben muß werden die Sorgfalt, mit der die Familienblutsbanden erhalten und gepflegt werden. Die Eltern, Großeltern und jene Verwandten, denen eine Ingerenz auf das Kind zusteht, haben das Recht, stets Auskunft über das Kind zu erhalten. Sie können es auch nach Belieben besuchen. Armen Müttern wird nötigenfalls Gelegenheit geboten, mit Freikarten zu ihren Kindern zu fahren.

Gegenüber den anerkennenswerten Vorteilen des Systems stehen noch große Mängel. Der größte Fehler ist der Mangel des Schutzes vor der Geburt. Wenn die ohnedies pavillonartig angelegten Asyle mit je einem Schwangerenheim erweitert würden, könnten die bis zum Moment ihrer Niederkunft arbeitenden Frauen in den letzten Wochen der Schwangerschaft, in der für die Reife des Kindes so wichtigen Zeit, von anstrengender Haus- und Berufsarbeit befreit werden.

Die schwerer zu erfüllende Forderung wäre Erhöhung der Schutzzeit vom 15. bis zum vollendeten 18. Jahre. Die 15 jährigen Kinder dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Man hatte wohl vorausgesetzt, die Gesellschaft werde sich dieses Teils des Kinderschutzes annehmen, doch hat sich die gesellschaftliche Mitarbeit bis jetzt als unverläßlich erwiesen, so daß es leichtfertig wäre, ihr weiter vertrauend das ganze Gebäude des staatlichen Kinderschutzes dachlos zu lassen.

Eine pekuniäre Frage ist auch die gerechtere Verteilung der Lasten. Der Staat bestreitet nämlich nur die Erhaltung bis zum vollendeten siebenten Jahre, von da bis zum fünfzehnten müssen die Zuständigkeitsgemeinden für die Spesen aufkommen. Natürlich liefern die armseligsten Gemeinden das größte Kontingent der staatsschutzbedürftigen Kinder, sind also gegenüber den wohlhabenden Gemeinden unverhältnismäßig schwer belastet. Es zeigte sich von Anfang an, daß diese Gemeinden den Verpflichtungen nicht nachkommen können; der Staat muß ihnen mit Subventionen beispringen, bezahlt also seine eigene Forderung aus eigener Tasche.

Auf Grund des Kinderschutzgesetzes hatte der Staat

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Ende 1902 | 13 177 | Kinder | in | Verpflegung, |
| 1903 | 16 697 | „ | „ | „ |
| 1904 | 20 969 | „ | „ | „ |
| 1905 | 25 900 | „ | „ | „ |
| 1906 | 30 200 | „ | „ | „ |
| 1907 | 35 000 | „ | „ | „ |

Mit dem heuer fertiggestellten Budapester ist die Reihe der 17 Asylbauten geschlossen.

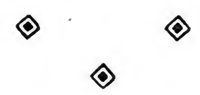
Seit Inslebentreten des Gesetzes wurde nur ein bedeutender Schritt zur Entwicklung gemacht, das ist die praktische Erfüllung der im Statut vorgesehenen, aber bisher nicht durchgeführten Zwangsfürsorge.

Eine im Oktober 1907 ins Leben getretene Verordnung verfügt die Überweisung der sittlich gefährdeten Kinder, die entweder schon eines Deliktes überwiesen oder durch Straßenbettel usw. als gefährdet erscheinen, in die staatlichen Asyle. Diese mußten eine besondere Abteilung zur psychiatrischen Beobachtung dieser Kinder einrichten. Ergibt sich, daß das beobachtete Kind gut veranlagt; nur durch das Milieu verdorben ist, so wird es wie die übrigen Kinder behandelt, bei abnormaler Veranlagung wird das Kind in geeigneten Anstalten untergebracht.

Der ins Auge springende Vorteil ist die Lückenlosigkeit des Systems, das tatsächlich jedem Kinde bis zum vollendeten 15. Jahre unverzüglichen Schutz sichert. Seine europäische Bedeutung aber liegt nicht nur in der sich nun schon seit mehreren Jahren in der Praxis bewährenden Vorzüglichkeit, sondern in der Anlage zum internationalen Kinderrecht und zum Mutterschutz.

Die schwerste Aufgabe bleibt nun die dem grandiosen Unterbau würdige Fortentwicklung des staatlichen Kinderschutzes. Die grundlegende Arbeit ist das unvergängliche Verdienst des Sektionschefs Zoltán Bosnyák, der unter dem Regime Koloman Szélls zur vollen Entfaltung seiner von glühender sozialer Begeisterung getragenen Kräfte gelangte.

Wenn ihm auch ein Stab hervorragender Praktiker, wie Ministerialrat Ruffy, Prof. Szal rdy und andere zur Seite standen, verdanken wir doch in erster Reihe ihm die gesetzliche Feststellung vom Rechte des Kindes und der Pflicht des Staates wie der Gleichberechtigung der ausländischen Kinder.



# DR. BORIS KRITSCHEWSKY, PARIS: VOLKSUNIVERSITÄTEN IN RUSSLAND.



JA, es gibt Volksuniversitäten in Rußland! Und sie sind kein importiertes Gewächs, sondern eine bodenständige, aus einem tiefen Volksbedürfnis heraus erwachsene Pflanze. Der Drang der Volksmasse, vorab der Arbeiter, aber auch der Bauernschaft, nach Licht und Bildung war und ist nachhaltig genug, um sich durch die ungeheuerlichsten polizeilichen Hindernisse einen Weg zu bahnen.

Der Mitte Januar d. J. in Petersburg abgehaltene erste allrussische Kongreß der Volksuniversitäten hat dafür von neuem einen glänzenden Beweis geliefert.

Schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, sofort nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, setzten die Bestrebungen ein, Bildungsstätten für Erwachsene zu schaffen. Sie gingen aus von den Intellektuellen,

aber sie entsprachen zugleich einem Bedürfnis namentlich der städtischen Arbeiterschaft. Gleich die ersten Versuche in dieser Richtung, die „Sonntagsschulen", versprachen das Beste. Doch die reaktionäre Wendung, die in der Regierungspolitik den paar Reformjahren auf dem Fuße folgte, machte auch den Sonntagsschulen ein Ende. Seitdem kämpften die Kulturelemente des Landes einen unsäglich schwierigen Kampf um Bildung gegen die Regierung der Unkultur und der Finsternis. Es war eine Sisyphus-Arbeit, mit dem Unterschied jedoch, daß jede neue Anstrengung immer kräftiger und daher weniger fruchtlos war.

Um dem westeuropäischen Leser einen Begriff davon zu geben, gegen was für behördliche Schuhriegeleien die Freunde der Volksbildung in Rußland zu kämpfen haben, seien einige Tatsachen aus den Berichten der Delegierten des erwähnten Kongresses mitgeteilt. — Zunächst ist schon die bloße polizeiliche Erlaubnis zur Eröffnung einer Volksuniversität äußerst schwer zu erlangen. Im westlichen Teil Rußlands dulden die Behörden überhaupt keine derartigen Bildungsstätten. In Ekaterinoslaw gelang es nicht, die polizeiliche Genehmigung der Statuten zu erwirken. Die Glücklichen aber, die durch die enge Polizeipforte mit Mühe und Not hindurchgeschlüpft sind, haben nunmehr in ihrem alltäglichen Wirken die ebenso rohe wie unwissende Zensur des ersten besten Polizeidieners über sich ergehen zu lassen. In Kiew z. B. wurde der Volksuniversität verboten, Vorlesungen zu veranstalten über die — Tuberkulose und die Insel „Nowaïa Zemlia". In Charkoff verfiel dem Verbot ein Vortrag über „Kinderernährung vom sozialen Gesichtspunkt". Die Behörden witterten darin Sozialismus! In Ssaratoff wurden Vorträge über Nietzsche und Schopenhauer untersagt, denn die beiden, so erklärte der überwachende Polizeidiener, „sind gegen Gott und gegen den Zaren"... Ist die Aufklärung über die Tuberkulose staatsgefährlich, so erst recht die gegen den Alkoholismus, die Milchkuh der Zarenregierung, gerichteten Bestrebungen der Volksuniversitäten. Am schlimmsten aber kommen die Arbeiterbildungsvereine weg. Bei ihnen wird systematisch gehaussucht, wobei legale Bücher beschlagnahmt werden. Über die Wahl der Themata und der Vortragenden entscheidet die Polizei. Häufig werden die Vereine geschlossen unter dem Vorwand der — Hygiene: die um die Gesundheit der Arbeiter ja zart besorgte Polizei erklärt das Vereinslokal als sanitarisch verdächtig. Zu alledem kommen die Schwierigkeiten, überhaupt ein Lokal aufzutreiben. Die Behörden sorgen nämlich dafür, daß die Hausbesitzer die Arbeiterbildungsvereine boykottieren.

Und doch geht es vorwärts, trotz alledem! Am ersten allrussischen Volksuniversitätentag beteiligten sich bereits 450 Delegierte, darunter auch Vertreter von Arbeiterbildungsvereinen und von Gewerkschaften, welch letztere ja auch Bildungszwecke verfolgen.

Die Volksuniversitäten-Bewegung wird in Rußland, wie in keinem anderen Lande, genährt von unten, durch den elementar gewaltigen Drang der Volksmasse nach Licht und Bildung. Auch im Gebiete des Geistes scheint eben der Hunger der beste Koch zu sein. Man zählt ja in Rußland bloß 20 % des Lesens und des Schreibens Kundige bei 100 Millionen Analphabeten.

Von überallher wird über den starken Zudrang zu den Vorlesungen und Vorträgen berichtet. In Moskau zählten die Volksuniversitäten im Vorjahre insgesamt ca. 100 000 Zuhörer. Dabei wird dort namentlich auch die eigentliche Hochschulbildung möglichst gepflegt. Der Kursus der juristischen

Wissenschaften hat eine zweijährige Dauer erreicht (früher ein Jahr) und nähert sich inhaltlich dem offiziellen Hochschulkursus. Die Vereinigung der Moskauer Volksuniversitäten ist in der Lage, ihre Ausgaben aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Die „Hochschule für alle" in Warschau zählte im Laufe von 8 Monaten 85 000 Zuhörer. In Nischni-Nowgorod wurden 562 Vorlesungen insgesamt von 42 886 Zuhörern besucht. Entsprechende Zahlen werden auch aus den mittleren Städten mitgeteilt.

Hervorzuheben ist ferner die Tendenz, die Volksuniversitäten auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung zu organisieren. Die treibende Kraft bilden dabei die proletarischen Zuhörer überall, wo Arbeiterorganisationen bestehen. In Warschau gelangte von Anfang an der Grundsatz zur Durchführung, daß alle Kulturarbeit für das Volk nur unter der aktiven Beteiligung des Volkes selbst gedeihen kann. Die Hochschulverwaltung ist daher stark dezentralisiert. Die für die einzelnen Stadtrayone eingerichteten Hochschulabteilungen werden von den betreffenden Arbeitern und Intellektuellen verwaltet. — Desgleichen in Moskau, wo die Dezentralisation infolge der Forderungen der Arbeiterschaft eingeführt wurde: auch dort bestehen Volksuniversitäten für die einzelnen Stadtrayone. — In Tiflis sind die Arbeiter in der Hochschulverwaltung durch eigene Delegierte vertreten, die von den Gewerkschaften gewählt werden. Übrigens wird von dort berichtet, daß die Arbeiter 70 % der Zuhörer bilden. — In Charkow, wo bis vor kurzem ein „Volkshaus" mit einem Jahresbudget von 20 000 Rubeln bestand saßen in der Verwaltung auch Arbeitervertreter. Das Charkower „Volkshaus" war übrigens gezwungen, seine Kampftätigkeit auf dem Gebiete des Volkstheaters zu konzentrieren, da die Organisation von Vorlesungen behördlich auf jede Weise gehemmt wurde. Zurzeit ist das Volkshaus polizeilich geschlossen.!

Die engen Beziehungen zwischen den Volksuniversitäten und den Arbeitern ergeben sich nicht nur daraus, daß die letzteren den überwiegenden Teil der Zuhörerschaft liefern. Es kommt noch der Umstand hinzu, daß die Volksuniversitäten sich auf ihrem eignen Gebiete mit den Bildungsbestrebungen der proletarischen Organisationen, der Arbeiterbildungsvereine und der Gewerkschaften begegnen. Daher die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den beiden Organisationen. Über diesen Punkt kam es nun auf dem Kongreß zu lebhaften Debatten und schließlich zu einer Spaltung.

Die Vertreter der Arbeiterbildungsvereine begründeten die Forderung, daß die Volksuniversitäten durchweg von den Arbeiterorganisationen mitverwaltet werden sollen. Die Lehrtätigkeit, das Unterrichtsprogramm und die Ernennung des Lehrpersonals sowie die Einrichtung von Bibliotheken und Lesehallen usw. wären in entscheidender Weise von den proletarischen Organisationen zu bestimmen, insbesondere von den Gewerkschaften, da die letzteren mit den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiterschaft am besten vertraut sind. Und was für konkrete Forderungen werden in bezug auf das Lehrprogramm aufgestellt? Da ist es für den Geist der kämpfenden russischen Arbeiterschaft bezeichnend, daß ein Petersburger Arbeiterdelegierter, ein aktiver Teilnehmer der Gewerkschaftsbewegung, die Fachbildung ganz aus dem Wirkungskreis der Volksuniversitäten ausgeschaltet wissen wollte. Die Fachbildung, sagte er, sei Sache des Staates und der lokalen Selbstverwaltung. Von den Volksuniversitäten verlangen die Gewerkschaften die

Pflege der allgemeinen Bildung: das Lehrprogramm soll, soweit dies in der bestehenden Gesellschaft überhaupt möglich ist, jenes Ideal der harmonischen Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit anstreben, welches der modernen Arbeiterbewegung zum Leitstern dient.

Gegen diese Arbeiterforderungen erhoben sich die bürgerlich-demokratischen Kongreßteilnehmer unter dem Vorgeben, den klassenlosen Charakter der Volksuniversitäten wahren zu wollen. Was aber die proletarischen Delegierten in Wirklichkeit forderten, bestand darin, den bisher tatsächlich entscheidenden bürgerlichen Einfluß von den Volksuniversitäten fernzuhalten. Daß dann die gleichberechtigte Teilnahme der Arbeiterorganisationen an der Leitung der Volksuniversitäten die Tätigkeit derselben im proletarischen Sinne richten würde, das wäre allerdings nur die selbstverständliche Folge davon, daß die Arbeiterschaft — abgesehen von dem Geldpunkt — in jeder Beziehung der entscheidende Faktor der ganzen Volksuniversitäten-Bewegung ist. Konsequente bürgerliche Demokraten, die aber auch in Rußland rar zu werden beginnen, dürfen nicht das demokratische Grundprinzip der Selbstverwaltung verleugnen, weil dessen Durchführung unter den gegebenen Umständen der sich selbstverwaltenden Organisation ein proletarisches Gepräge verleihen würde ... Es sei denn, daß man das Prinzip der — zahlungsfähigen Demokratie aufstellt und die Volksuniversitäten zu einer von wohltätigen Gönnern geleiteten Institution herabwürdigt. Tut man dies aber, so reduziert sich, wie eine vielfache Erfahrung in allen Ländern lehrt, der kulturelle Wert der Volksschule auf das bißchen formale Bildung, auf die wenigen Wissensbrocken, die den Zuhörern zugeführt werden. Die Bildungsphilanthropie, auch die bestgemeinte, ist sozial und kulturell ebenso unwirksam, ebenso zweckwidrig wie alle anderen Formen der Wohltätigkeit.

Das Ergebnis der Debatte war die Ablehnung der von den Arbeitern eingebrachten Resolution, und zwar mit der geringen Mehrheit von 110 gegen 105 Stimmen. Darauf verließen die proletarischen Vertreter den Kongreß.

Im vielsprachigen und national gemischten Rußland spielt die Sprachenfrage in den Volksuniversitäten eine wichtige Rolle. Umsomehr als Hand in Hand mit dem politischen Erwachen der Volksmassen das nationale Bewußtsein auch der kleinsten und zurückgebliebensten ethnischen Gruppen in Rußland immer stärker sich geltend macht. Daß die Volksuniversitäten die Gleichberechtigung der Sprachen hochhalten, versteht sich von selbst. In Warschau werden die Vorlesungen gehalten nicht nur in polnischer Sprache, sonder auch im jüdischen Dialekt. In Tiflis sind die Vorlesungen fünfsprachig, während die neben der Hochschule bestehenden Elementarschulen ihren Unterricht in sechs Sprachen erteilen — im Gegensatz zur offiziellen Schule, die nur die herrschende Sprache zuläßt. Der Kongreß hat aber auch eine allgemeine Resolution zugunsten der nationalen Gleichberechtigung votiert. Wie schon eingangs dieses Artikels angedeutet, leiden die Volksuniversitäten in den „fremd"sprachigen Teilen Rußlands auch noch unter der russifikatorischen Politik der Regierung. In sprachlicher Beziehung werden insbesondere die „kleinrussischen" (ukraïnischen) Anstalten verfolgt. In der Ukraïna (Kleinrußland) wurden neulich von 35 Bildungsvereinen 10 verboten. Systematisch wird den ukraïnischen Bildungsvereinen die Abhaltung von Vorlesungen und die Einrichtung von Bibliotheken verboten.

Der Kongreß verlangte — unter Berufung auf das Recht des vollen Selbstbestimmungsrechts jeder Nationalität — die Einführung der betreffenden Muttersprachen in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, sowie die Fernhaltung jeglicher russifikatorischer Tendenz von der Schule. Desgleichen wurde eine Sympathieresolution für den kürzlich aufgelösten polnischen Schulverein (die „Matitza") angenommen.

Die russischen Volksuniversitäten widmen sich auch der Pflege des Fortbildungsunterrichts, der ja von der Regierung und den Selbstverwaltungskörpern fast gänzlich vernachlässigt wird. Die Vereinigung der Moskauer Volksuniversitäten hat in dieser Richtung einen weiteren Schritt getan. Sie hat eine „Mittelschule für das Volk" geschaffen, die als Mittelglied zwischen der Elementarschule und der Volksuniversität dienen soll. Diese Mittelschule übt eine wunderbare Anziehungskraft aus. Auf den Schulbänken sitzen bärtige Männer, Arbeiter und Bauern bereits mittleren Alters, die zum Teil jeden Abend nach geleisteter Arbeit aus der Umgegend per Eisenbahn nach Moskau fahren müssen. Eine Moskauer Kongreßteilnehmerin, Frau Astapowa, zeichnete einige typische „Schüler" dieser Art mit lebhaften Strichen. Da ist ein Gerbereiarbeiter, 32 Jahre alt, ein Autodidakt von herkulischem Körperbau und starker Willenskraft: er hat durch zähe Arbeit ein wenig Geld zusammengespart und ist nach Moskau gekommen, um Bildung zu erwerben ... Neben ihm eine 23jährige Bäuerin, die eine Handwerksschule absolviert hat und Handarbeitslehrerin in einer höheren Primarschule ist: eine schmächtige Gestalt, die ganz im Wissensdrang aufgeht; die Schule ist für sie eine heilige Stätte, das Lernen ein Gebet... Weiter ein 18jähriger Arbeiter aus einer großen Teehandlung, ein Redner, idealistisch gerichtet, — er behauptet, daß die Welt nur durch die kontemplativen Naturen bestehe, daß nur die Männer der Wissenschaft und des abstrakten Gedankens die Menschheit vorwärts brächten ... Da ist ein Arbeiter, der die Dorfschule absolviert und dann auf dem Felde gearbeitet hat: die Mittelschule zog ihn mächtig an — nach Vollendung der Feldarbeiten kam er nach Moskau... Ein verheirateter 30jähriger Bauer ließ sich gleich bei drei verschiedenen Funktionären der Mittelschule in die Schülerliste eintragen, um, wie er später gestand, seiner Sache ganz sicher zu sein... Da sind endlich zwei Freunde, 38 bezw. 40 Jahre alt, von denen einer verheiratet ist. Schwere Daseinsbedingungen haben sie frühzeitig alt gemacht, sie sind bereits ergraut. Nach einem langen Arbeitstag müssen sie allabendlich von der Eisenbahnstation Lublino nach Moskau reisen. Sie tun es gern der lieben Schule wegen...

Eine weitere Tendenz der russischen Volksuniversitäten ist auf die Verbreitung agronomischer Kenntnisse unter der Bauernschaft gerichtet. In dieser Beziehung beauftragte der Kongreß eine besondere Kommission mit der Ausarbeitung eines Vorlesungsprogramms. Ferner soll die Kommission mit den lokalen Selbstverwaltungsorganen in Kontakt treten, agronomische Aufklärungsschriften herausgeben, Gruppen sachkundiger Wanderreferenten organisieren und dgl. mehr.

Über die Rolle der Volksuniversitäten im Kampfe gegen den Alkoholismus referierte der konstitutionell-demokratische Dumaabgeordnete Nikolsky. Er beleuchtete an der Hand der Tatsachen die Hindernisse, die von der Regierung jeglicher Bekämpfung des Alkoholismus entgegengestellt werden. Diese offizielle Begünstigung der Trunksucht läßt auch die wohltätige Aktion der Aufklärungsinstitute gegen den Alkoholismus nicht zur vollen Geltung kommen.

Zum Schluß seien noch die interessanten organisatorischen Beschlüsse des Kongresses angeführt. Die Petersburger Vereinigung der Volksuniversitäten wird unter Mitwirkung sämtlicher Aufklärungsinstitute des Landes eine Zeitschrift herausgeben, die die Sache der Volksuniversitäten nach jeder Richtung hin zu fördern haben wird. Einständiges Zentralbureau soll für den Verkehr unter allen Instituten sorgen. In Moskau wird ein Referentenbureau geschaffen, das autonome Abteilungen in den Universitäts- und anderen Städten haben soll. Dieses Bureau hat zur Aufgabe, in periodischen Zwischenräumen Listen von Vortragsthemata und Referenten aufzustellen, die dann den Volksuniversitäten in der Provinz zuzusenden sind. Die Provinzuniversitäten stellen ihrerseits periodisch Listen von Themata auf, die dem Hauptbureau in Moskau eingeschickt werden. Auf Grund dieser Listen soll dann das Hauptbureau die verfügbaren Referenten unter die einzelnen Anstalten verteilen, wobei dasselbe den lokalen Wünschen Rechnung zu tragen hat. Ferner wurde auch die Heranziehung eines ständigen Referentenpersonals sowohl bei dem Hauptbureau wie bei dessen Provinzabteilungen in Aussicht genommen.

Der erste Volksuniversitätenkongreß trat zusammen in einem Moment, wo die politische Reaktion auf allen Gebieten schrankenlos herrscht. Daß er aber überhaupt notwendig und möglich wurde, ist eine Folge der russischen Revolution. Die Erweiterung und Vertiefung der Volksuniversitäten-Bewegung datiert eben vom Beginn der Revolution. Und ebenso ist die Zukunft dieser Bewegung an den Sturz des Zarismus gebunden.



## PROF. DR. EMIL REICH, WIEN: BESTREBUNGEN FÜR VOLKSANTEIL AN DER KUNST.



„PANEM et circenses". So lautet das Motto einer Schrift, mit der ich 1892 in den Anfängen einer volkstümlichen Kunstbewegung absichtlich laut und grell für die neuen Forderungen eintrat. Anderthalb Jahrzehnte sind verstrichen und, wenn auch nicht alle Blütenträume reiften, ein Wesentliches ist heute wohl doch schon erreicht: was damals ungewöhnlich und auffallend war, ist seither ziemlich alltäglich und beinahe selbstverständlich geworden. Nur die Rückständigsten, die freilich in Parlamenten und Tagesblättern noch recht ansehnlichen Lärm erheben, halten die soziale Frage für eine bloße Magenfrage, vermeinen auch jetzt, das Ringen nach neuen Gestaltungen in Staat und Gesellschaft erstrebe nur eine ökonomische Besserung der Lebensverhältnisse. Die übrigen wissen es schon so gut, daß es beinahe überflüssig erscheint, es neuerdings auszusprechen, es handle sich vielmehr um eine Umwandlung der gesamten Lebenslage und Lebensweise. Nicht allein um die reichlichere Nahrung, die gesundere Wohnung und bessere Kleidung wird der Angehörige der höheren Schichten beneidet, nein, ebensosehr um die reifere Kenntnis von so vielem Wissenswürdigen, um die leichtere Möglichkeit veredelter Kunstgenüsse. Mit zähem

Eifer suchen die geistig regsamsten und energischsten Kreise der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft ihren Anteil an Wissenschaft und Kunst zu erstreiten. Es ist der erfreulichste Anblick, den dieser Teil des Emanzipationskampfes des vierten Standes bietet, und es ist ein frohes Bewußtsein, hier fördernder Mitkämpfer sein zu dürfen. Sind es doch die wertvollsten Elemente des Proletariats, die mit dem ernsten Gefühl der Verantwortlichkeit für die Zukunft ihrer Klasse, ja der Menschheit, auf diesem Gebiet zu eigener Befriedigung und zum Wohle der Kommenden unentwegt erobernd vorwärtsstreben.

Panem et circenses: das bedeutet für uns Brot, das durch eigene Kraft erworben, der eigenen Leistung entsprechend jedem zugemessen sei, und Spiele, die nicht roher Schaubegier genug tun, die mit künstlerischer Weihe den ganzen Menschen ergreifen sollen. Die Sinne der Menschen durch die Freude veredeln, lautet das Zukunftsprogramm in Ibsens „Rosmersholm“; durch die Freude an der Kunst, an der Natur und an der Wissenschaft wollen wir dies vollbringen. Wissenschaft soll nicht nur darum in breiteste Schichten des Volkes dringen, weil dies ökonomisch nutzbringend oder weil Wissen Macht ist, auch die reine Freude am Erkennen als solchem soll gepflegt werden; dies aber ist jene Art des wissenschaftlichen Triebes, welche dem Kunsttrieb des reinen Schauens, des bereitwilligen Aufnehmens am verwandtesten ist. Dieser Kunsttrieb kann sich vor jeder Landschaft, sei es ragendes Gebirge, weite Ebene, stiller Wald oder rauschende See, vor Gebilden der Naturkräfte ebenso äußern, wie vor jenen Gebilden der Menschenkräfte, die wir Kunstwerke nennen. Die Kürzung der Arbeitsdauer an Wochentagen und der freie Sonntag sind gewiß hygienisch von höchster Bedeutung. Jede Erleichterung der Lebensbedingungen, jede Verminderung gesundheitlicher Gefahren ist eine Tat fortschreitender Zivilisation. Zum Kulturwerk wird dies erst durch angemessene Verwendung der Mußestunden.

Den übermüdeten, von endloser Tätigkeit abgestumpften, im Kohlenrauch unserer Industriestädte von dem Zauber der Natur, im Petroleumdunst seines kahlen, engen Zimmers von den Erquickungen der Kunst losgetrennten Mann aus dem Volke wird freilich allabendlich der Branntweinladen und das Wirtshaus unwiderstehlich anlocken, sobald er nur die wenigen Groschen für derlei Genüsse an nötigeren Ausgaben zu erübrigen vermag. Er verfällt dem Dämon Alkohol, weil er nichts Besseres kennt als Exzesse in Baccho et Venere, wie sie auch gar viele Gutgestellte pflegen. Das größere Einkommen ist ja nicht ohne weiteres eine Garantie kulturell höher gearteter Lebensführung, allein ein gewisses Ausmaß von freier Zeit wie an Lohn bildet die unentbehrliche Vorstufe für jede wirksame Kulturbestrebung.

Wie die Wissenschaft hier eingreifen kann, darüber äußern sich in diesen Heften andere Stimmen. Bildung ist jedoch erst jene Vereinigung von Kunst und Wissenschaft, deren Besitz nach Goethe die Religion zu ersetzen vermöchte. Freude an der Natur, so wünschenswert sie ist, kann den Menschen, der nach vielseitiger Entwicklung strebt, doch für die bittere Entbehrung an Kunstgenüssen nicht vollauf entschädigen. Der Kunsttrieb ist der Menschennatur so eingeboren, wie der Nahrungstrieb, ist sogar ursprünglich stärker als der normale, gesunde, nicht künstlich aufgestachelte Fortpflanzungstrieb, der doch vom 20sten—30sten Jahre als bedeutsamer Faktor auftritt, während das Kunstbegehren, wie es sich auch in der primitiven Form des Verlangens nach Abwechslung und Unterhaltung äußert, den Menschen ebenso wie das Nahrungsbedürfnis von der Wiege bis zur Bahre begleitet. Der

Spieltrieb lenkt schon das kleinste Kind, das ganz so wie der Wilde in improvisierten Gesängen wenig melodischer Art, in Tänzen und Maskierungen, im unbeholfenen Nachbilden von Pflanzen, Tieren und Menschen, im Lauschen auf phantasievolle Erzählungen, Märchen und Sagen, wie in Darstellungen theatralischer Art seine größte Befriedigung findet. Diesen ungemein starken primitiven Kunsttrieb des Naturmenschen hat die Zivilisation zumeist eingeengt und zurückgedrängt; die Kultur soll ihn pflegen, hüten und verfeinern. „Der Mensch lebt nicht vom Brode allein“ und das Göttliche, über das Alltagsleben Erhöhende bietet ihm lange neben der Religion, in Zukunft vielleicht an Stelle der Religion, für alle leichter faßlich als die Wissenschaft und darum allen zugänglicher als diese: die Kunst. Unter der Entfremdung von Kunst und Volk haben nicht bloß die breiten Volksschichten schwer gelitten, auch der Kunst ist ihre Vereinsamung in einem engen Kreise von Könnern und Kennern nie zum Heil gediehen.

Wer Freiheit der Kunst begehrt, der muß sie vor allem aus der Knechtschaft des Reichtums befreien, der zu allen Zeiten, wo er (sei es bei Fürsten der Geburt und der Waffengewalt, sei es bei den Spitzen der Industrie, des Handels und der Börse) die Vorherrschaft besaß, die Künstler seinen Interessen dienstbar machte und Auflehnung gegen sein Gebot mit materiellem und artistischem Untergang zu strafen wußte. Knirschend hat Michel Angelo dem Hause der Medici, den weltlichen und geistlichen Machthabern zu Florenz und Rom gehorsamen müssen, wo Phidias für ein freies Volk schaffen durfte. Der amerikanische Nabob, der Kunstwerke wie Eisenbahnaktien engros aufkauft, ist die prächtigste Blüte moderner Zivilisation. Der echte Künstler aber will nicht die Vertraulichkeit eines Hofnarren oder eines Kammerdieners als Erbe antreten; er bäumt sich dagegen auf, nichts zu sein als ein kostbares Spielzeug für satte Geschäftsleute und ihre nach Sensationen wie nach Juwelen begierigen mehr oder minder legitimen Frauen. Nicht dort, wo er als Amüsierer des Geburts- und Finanzadels mit jovialer Herablassung als Gleichberechtigter geduldet, aber doch nicht recht ernst genommen und kaum als vollwertig betrachtet wird, ist des Künstlers Ehrenplatz, sondern dort, wo eine begeisterte Volksmenge mit freudiger Ehrfurcht zu ihm, dem Überlegenen, dem Begnadeten, emporschaut, dem sie ihre weihevollsten Stunden dankt. Auch die tiefsten und auserlesensten Kunstschöpfungen erfaßt der ahnungsvolle Instinkt der Menge nicht selten sicherer und bedeutsamer als der enge Horizont eines blasierten Genießers. Die geringe Zahl künstlerisch empfänglicher Hochgebildeter ist in mittleren Vermögensschichten am ehesten heimisch. Lodernde Flammen aber entfachen Faust wie Hamlet eher auf der obersten Galerie als in den Logen oder im Parkett, mag das tiefere Verständnis auch oben wie unten nicht zu häufig sein. Die Kunst hat nur zu gewinnen, wenn ein freies Gemeinwesen allen seinen Bürgern die Möglichkeit gewährt, an ihr Anteil zu nehmen.

Hier soll jedoch nicht gefragt werden, wie die Stellung der Kunst in sozialisierten Gemeinwesen der Zukunft sein wird, sondern was heute schon geschehen ist und was noch geschehen könnte, um sie mehr als bisher dem ganzen Volke zugänglich werden zu lassen. Die öffentlichen Museen, in denen die Werke der Bildhauer, der Maler, der Griffelkunst und des vornehmeren Kunstgewerbes von Staats wegen zur Schau gestellt werden, waren vor wenigen Jahrzehnten noch Sonntags gänzlich geschlossen oder nur an 3 Mittagsstunden zugänglich, auch an den Wochentagen lediglich zu solchen Zeiten geöffnet, wie sie den Wünschen der Vergnügungsreisenden, der Berufslosen

und der Kopisten entsprechen mochten, während die Masse der Erwerbstätigen, Bourgeois wie Proletarier, ausgeschlossen blieb. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre erst erreichte eine rege Agitation, daß, wie früher schon in Paris, auch in Berlin, Wien und London, wo damit die starre Sonntagsheiligung durchbrochen ward, der Zutritt auf 4—6 Stunden (in Paris bis 8 Stunden) ausgedehnt wurde. In Rom blieben die staatlichen Sammlungen nur 3 Stunden geöffnet, die päpstlichen geschlossen. Allein diese Sonntagsstunden langen nicht hin, da im Winter die Besuchszeit gekürzt wird und die Säle infolge des rühmlichen Zudranges überfüllt sind, im Sommer aber die Großstädter die freie Natur an dem einzigen Tage aufsuchen müssen, der ihnen etwa bleibt. Da hilft nur Einführung der elektrischen Beleuchtung und Offenhalten der Museen abends von 6—10 Uhr, ein Verlangen, das in New York zuerst in größerem Umfang erfüllt wurde, zum Teil auch in Großbritannien, sonst leider noch nirgends. Das New-Yorker Metropolitan Museum bleibt täglich von 10 Uhr vormittags bis abends geöffnet, und auch an den beiden Tagen, wo 25 cents für den Eintritt gefordert werden, ist er abends von 8—10 Uhr unentgeltlich. In London ist das South Kensington Museum auch Sonntag abends wie an 3 Wochenabenden offen, sowie das Museum in Birmingham an 4 Wochenabenden, die Corporation Galleries in Glasgow und die National Gallery in Edinburgh am Samstag, in Dublin zwar nicht die Galerie, aber doch das kunstgewerbliche und wissenschaftliche Museum an 2 Wochenabenden (bis 9 Uhr). Wäre so die Möglichkeit gewonnen, die Sammlungen in den freien Abendstunden allen tagsüber Beschäftigten zu erobern, so müßte noch ein weiterer Schritt getan und in den Großstädten die Dezentralisation der Museen eingeführt werden. London ist da vorangegangen. In einem der ärmeren Stadtviertel steht das Bethnal Green Museum mit 65 wöchentlichen Besuchsstunden, das an drei Wochentagen und am Sonntag bis 10 Uhr abends geöffnet bleibt. Eine private Institution ist die bescheidene Kunstgalerie in Whitechapel mit wechselnden Ausstellungen. Es ist wohl mehr als Zufall, daß diese beiden einzigen Londoner Volksmuseen in der Nähe der beiden ältesten, 1885 gegründeten englischen Settlements, Oxford House und Toynbee Hall liegen. Sonst hat meines Wissens nur Manchester neben der im Stadtzentrum gelegenen City Art Gallery noch das Manchester Art Museum im Arbeiterviertel Ancoats schon 1886 eröffnet, indes seine Schwesterstadt Salford im Peelpark, am entgegengesetzten Ende der zusammengehörigen Doppelstadt, gleichfalls ein Museum besitzt, so daß für die 800000 Einwohner von Manchester und Salford stets eines der drei Museen bequem erreichbar ist. Noch dringender nötig wäre derlei natürlich in den modernen Millionenstädten. Unbedingt müßten aber, wie dies jetzt besonders in Berlin häufig geschieht, Führungen in recht kleinen Gruppen unter sachkundigen Leitungen veranstaltet werden, sollen wenig vorgebildete Besucher aus der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum wirkliches Verständnis für die bildenden Künste erlangen. Einzelvorträge und längere Unterrichtskurse, wie sie besonders Wien reichlicher bietet, hätten ergänzend hinzuzutreten, was natürlich auch für die Literatur gilt. Für kleinere Städte wäre durch Wandermuseen Vorsorge zu treffen, wie dies die österreichische Regierung seit einigen Jahren in kleinem Maßstab versucht, nach dem Vorbild jener Wanderausstellungen guter Reproduktionen von Kunstwerken, die sich in Großbritannien und seinen Kolonien aus den Schulmuseen entwickelt haben. Wie viel die Schule für den Kunstsinn der ärmeren Schichten zu leisten berufen wäre, sieht heute wohl ohnedies jedermann ein.

Jede Dorfschule lehrt singen und kaum der kleinsten Bauernkirche fehlt eine Orgel. Musik ertönt auch in den Städten in vielen Wirtshäusern, sie ist die populärste Kunst und für sie scheint ausreichend gesorgt. Scheint, nicht ist. So wenig die schreienden Farbendrucke billigster Qualität mit der Malerei, so wenig die verderblichen Kolportageromane mit der Literatur zu tun haben, so wenig ist der populäre Gassenhauer als ausreichende Befriedigung des musikalischen Bedürfnisses der Massen anzusehen. Die ernste Kirchenmusik reicht als Gegengewicht umsoweniger hin, da diese Form religiöser Betätigung stark im Rückgang scheint. Für die musikalische Volksbildung geschieht in den letzten 20 Jahren in allen fortgeschrittenen Staaten von freien Vereinen durch Veranstaltung billiger Konzerte ziemlich viel; gerade in Wien beteiligen sich nicht selten anerkannte Künstler an solchen Aufführungen, sowohl an Wochenabenden, wie am Sonntag. Alles aber was da in Berlin, London, Paris, Wien und so vielen anderen Städten Erfreuliches geleistet wird, gleicht doch nur einem kühlenden Tropfen auf einen heißen Stein. Der Zudrang, der etwa in Peoples Palace in London, in den französischen und italienischen universités populaires, in den belgischen maisons du peuple, in der Berliner Philharmonie, im Wiener Volksheim, Volksbildungsverein, Arbeiterheim usw. überall herrscht, zeigt nur zu deutlich, wie sehr die Nachfrage nach erster, klassischer Musik das Angebot in diesen Kreisen übersteigt. Die Gemeinden und der Staat müssen hier in Zukunft mithelfen. So wie die wissenschaftliche, muß auch die künstlerische Volksbildung aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, denn sie ist fast ebenso wichtig wie jene.

Das gilt ganz besonders vom Theater, sei es Oper oder rezitierendes Drama. Seit Jahrhunderten war es Tradition, daß die Monarchen einen nicht unerheblichen Teil der Staatseinnahmen für ihr künstlerisches Vergnügen verwendeten; während aber ihre Galerien und Schatzkammern im 19. Jahrhundert allmählich immer mehr in den faktischen Mitgenuß der Allgemeinheit übergingen, hat sich beim Theater nahezu das Gegenteil vollzogen. Zwar sind gegen hohe Eintrittsgelder die Besitzenden hier schon seit dem 18. Jahrhundert sehr vernehmlich mitentscheidende Teilhaber geblieben. Die häufigen Freitheater jener Epoche hingegen sind in Wegfall gekommen. Die Pariser Freivorstellungen aller Bühnen am 14. Juli sind ein Überbleibsel jener schönen Sitte an Nationalfeiertagen die mittellose Bevölkerung gratis zuzulassen, obschon dort keine Bürgschaft dafür besteht, daß die Billette auch in die richtigen Hände kommen. In Amerika, Großbritannien, Italien, wo das Theater keine Unterstützung vom Staat oder Hof erhält, kann aus diesem Titel auch nichts von ihm gefordert werden. Anders steht es in Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn und Rußland, wo die Steuergelder für subventionierte Theater (Paris) und Hofbühnen, wenn auch auf dem Umweg der Zivilliste, herangezogen werden, dann überall dort, wo einzelne Gemeinden oder Distrikte Stadt- oder Landestheater miterhalten. Im absolutistischen Rußland wurde vor 10 Jahren die Gründung von Volkstheatern mit Hilfe der Erträge der Branntweinsteuer in größerem Maße beabsichtigt, in mehreren Fällen auch verwirklicht. Die konstitutionellen und republikanischen Staaten kümmern sich aber nicht um diese wichtige Frage. In jüngster Zeit erst hat die Stadt Paris das Giaté-Theater in eine volkstümliche Munizipalbühne umgewandelt. Im deutschen Sprachgebiet wurde 1890 die Forderung erhoben, die Hoftheater an Sonntag-Nachmittagen der Arbeiterschaft zu überlassen, aber nur in Wien wurde dies durch 10 Jahre (1892—1902) an ca. 210 Wintersonntagen zum Teil verwirklicht, dann leider wieder abgeschafft

und in ganz unzureichendem Maße durch eine Anzahl ermäßigter Galeriekarten an je 17 Samstag- und Sonntag-Abenden im Sommerhalbjahr ersetzt. Immerhin verdient es Beachtung, daß hier das Hofburgtheater die Karten auch sozialdemokratischen Organisationen direkt zusichert. Eben erst 1908 wurde zum erstenmal zur Geburtstagsfeier Wilhelms II. das preußische Hoftheater loyalen Arbeitern zum Einheitspreis von 50 Pfennigen überlassen. Das Kaiserpaar wohnte der Vorstellung bei, ein sehr patriotisches Drama (Kleists „Prinz von Homburg") wurde gegeben. Sofort 1890 war aber in Berlin die „Freie Volksbühne" vonSozialdemokraten gegründet worden, der bald die nicht parteimäßige „Neue Freie Volksbühne" folgte. Beide proletarische Vereine zählen jetzt zusammen ca. 35 000 Mitglieder und spielen in vielen Berliner Theatern an Sonntag-Nachmittagen. Seit 1906 hat auch Wien seine sozialistische „Freie Volksbühne" mit vorläufig 5000 Mitgliedern. In Berlin erstand auch (1894) das erste wirkliche volkstümliche Theater mit ernsten, literarisch wertvollen Darbietungen: das Schillertheater, aus privaten Mitteln hervorgerufen, das nun mit Unterstützung der unmittelbar an Berlin grenzenden Stadt Charlottenburg sich dort durch ein zweites Schillertheater zu gleich billigen Preisen (Parkettsitz im Abonnement 1.10 ℳ, Anfang: 8 Uhr) ergänzen konnte. Sonst muß man sich natürlich hüten, sich durch Theaterprogramme und Bühnennamen (Volkstheater, Volksoper) täuschen zu lassen. Immerhin wird seither in einer Reihe deutscher Städte dafür gesorgt, daß ein paar Aufführungen hervorragender Dramen und Opern für Arbeiter oder Schüler alljährlich vertragsmäßig stattfinden, darunter sind 9 Hoftheater, die anderen städtisch subventionierte, die Kosten tragen aber zum Teil Vereine. Hervorgehoben sei das kleine Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha, wo der Landtag von Gotha 1897 die Zivilliste nur unter der Bedingung bewilligte, daß solche Vorstellungen eingeführt würden, ein sehr nachahmenswertes Beispiel für größere Parlamente.

Der Staat hat die vielfachste Möglichkeit mit verhältnismäßig geringen Beträgen für die Literatur, für Massenverbreitung anerkannt guter Werke Erhebliches zu leisten. Die Errichtung von Volksbibliotheken, über die hier zu sprechen der Raum verbietet, wäre in erster Linie Sache der Gemeinden, in den Dörfern nicht minder als in den Städten. Die hervorragendsten Schöpfungen der Nationalliteratur aber sollten im eigenen Besitz jeder Familie sein, und der Staat sollte gut gedruckte, billigste Ausgaben selbst veranlassen, statt dies nur den Buchhändlern zu überlassen. Das Gleiche gilt von Reproduktionen der Meisterwerke der anderen Künste. Mögen viele Menschen aller Stände das Rohe, Gemeine, Zotenhafte, Geschmacklose jeder höheren Kunst vorziehen, es gibt noch weit mehr Menschen, denen nur die Kenntnis des Edleren, Gereifteren, Erhabenen abgeht, die aber, rückt man es ihnen geschickt nahe, viel lieber danach greifen, als nach jenen Karrikaturen des Schönen, mit denen sie jetzt ihre kargen Mußestunden entweihen. Das gilt auch vom Kunstgewerbe. Heute drängt sich in allen Schaufenstern und bei jenen Schaustellungen, die der Arme erschwingen kann, das Häßliche, Ordinäre, Frivole auf. Wir alle, Kunstfreunde, Politiker und Sozialreformer, Vereine, Gemeinde und Staat müssen trachten, daß sich künftig das Schöne, Originelle, Wertvolle ebenso leicht finden lasse. Die rege Anteilnahme an ersten, bedeutsamen Darbietungen aller Kunstgattungen, die sich stets zeigt, wo in diesen letzten Jahren versucht wurde, die große Kunst den Massen nahezubringen, berechtigt zu den besten Zukunftshoffnungen. Die Hebung des allgemeinen ästhetischen Niveaus ist gleich wichtig wie jene des intellektuellen, morali-

schen und ökonomischen Niveaus, ja eins ist ohne das andere weit schwerer möglich. Die Kunst ist kein Luxus für Bemittelte, sie ist eine Notwendigkeit für alle. Geben wir endlich dem Volke die Kunst und der Kunst das Volk, beiden zum Heile*).



*) Professor Reich, der sich mit einer umfassenderen Zusammenstellung des bisher auf diesem Gebiet Geleisteten beschäftigt, bittet alle Leser dieser Zeitschrift, ihm nach Wien, XIX. Döblinger Hauptstraße 70, Mitteilungen über ihnen bekannte Daten zur Popularisierung der Künste zukommen zu lassen.

# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

## VON PROF·DR·RODOLPHE BRODA·PARIS

## V. VOLKSHOCHSCHULEN.

WENIG Momente der Gegenwartskultur sind für diese gegenüber allen vorangegangenen Geschichtsepochen charakteristischer als das Herabsteigen wissenschaftlicher Bestrebungen zu den breiten Volksmassen. Durch lange Jahrtausende war das Wissen und die Kultur ein sorgsam gehütetes Gut einer kleinen Minderheit gewesen, alle Fortschritte des menschlichen Geistes blieben deren Privileg. Seit Anbruch der Neuzeit hat freilich die Buchdruckerkunst und seit dem 19. Jahrhundert die allgemeine Volksschulbildung in Westeuropa gewissen Wandel geschaffen. Aber selbst mit letzterer war den breiten Volksmassen doch eben nur eine begrenzte Summe von praktisch nützlichen Kenntnissen und, darüber hinaus, ein Werkzeug zur Aneignung höherer Bildung gegeben. Erst in den allerletzten Jahren ist in diesen Volksschichten der Wunsch und bald die leidenschaftliche Sehnsucht erwacht, tatsächlich Besitz zu ergreifen von den Gütern unserer Hochkultur, alle wissenschaftlichen Errungenschaften mitzuleben, an allen Rätseln und an allen Lösungen des Menschengeistes Anteil zu haben.

Forschen wir nach den Ursachen dieser Entwicklung, so finden wir einerseits den allgemach zum Gemeingut von jedermann gewordenen Grundsatz, daß Wissen Macht sei und im Lebenskampfe bedeutsame Vorteile gewähre. Besonders in Amerika mit seiner utilitaristischen Denkungsweise sind aus diesem Triebe zuvörderst seine vorbildlichen Volkshochschulen erstanden.

In Europa war es wohl überwiegend eine aus tieferen Schichten der Seele stammende Sehnsucht, die Umwelt und das Leben, Natur und Weltall wahrhaft zu begreifen.

Hatte früher die Religion Antwort auf all diese Fragen der Volksseele gegeben, so mußte mit dem Schwinden ihrer Macht und gerade im Kampfe mit ihrer zurückweichenden Alleinherrschaft die Verehrung der Wissenschaft als neuer Rätseldeuterin gewaltig emporwachsen.

Des fernern scheint es mir noch von großer Bedeutung für unsere Frage, daß sich in den letzten Jahrzehnten die industrielle Arbeiterschaft mächtig entwickelt hat, die aus ihrem Glauben an die Erlösung in der Zukunft Begeisterung für alles Zukunftsgemäße, für alles Befreiende und Erleuchtende schöpfte und so in einem wahrhaft leidenschaftlichen Enthusiasmus zur Wissenschaft sich hingezogen fühlte.

Fassen wir nun im einzelnen die Volkshochschulen der verschiedenen Länder ins Auge. An der Tatsache der Bedürfnisbefriedigung werden wir am besten die Existenz des Bedürfnisses selbst erfassen lernen.

Am frühesten ging man in England und Amerika daran, den breiten Bevölkerungsschichten über die Volksschulen hinaus weitere Bildungsquellen zu erschließen; Männer und Frauen der besitzenden und gebildeten Stände waren es, welche die sogenannten Settlements begründeten (siehe Artikel von Mrs. Gladstone in Heft 6).

Deren erstes, Toynby Hall, wurde im Londoner East End geschaffen, und zwar aus dem Gedanken heraus, daß nicht nur ferne Kulturvölker, sondern die arme Bevölkerung der Weltstadt London selbst den reichen Mitbürgern gleicher Stadt in ihrem Denken und Leben vollständig unbekannt sei, und daß andrerseits eben diese arme Volksmasse keinerlei Fühlung mit den Kulturgütern ihrer besitzenden Mitbürger besäße. Im Settlement nahmen daher philantropisch gesinnte junge Männer und Frauen Aufenthalt, die einerseits das Leben der proletarischen Umwelt studieren und andrerseits durch unentgeltliche Unterrichtsklassen und freie Vorträge Bildung und Kultur im Elendsviertel verbreiten wollten. Das Unternehmen hatte einen glänzenden Erfolg. Eigene Kurse für Männer, Frauen und Kinder erwuchsen, Arbeiterklubs schlossen sich an, welche unter Leitung der Settlementsverwaltung die verschiedenen geistigen und sozialen Interessen des Stadtviertels zu befriedigen suchten. In den andern Bezirken Londons erwuchsen ähnliche Verbände, vor allem das Passmore Edwards Settlement im Westen. In Amerika war der Erfolg noch größer, jedoch mit einer sehr charakteristischen Einschränkung. Nicht in den blühenden Staaten rein amerikanischer Kultur, in Neu-England und im Westen hatten die Settlements ihre Haupterfolge, sondern in den elendsten, an Kultur tiefststehenden Stadtvierteln von New York und Chicago, in denen die neu eingewanderten Italiener, Juden und Slawen wohnen; denn diese griffen mit wahrer Hingabe nach der ihnen gebotenen Möglichkeit, sich die Kultur ihrer neuen Heimat anzueignen, unter der Führung der wohlwollenden Settlementsleitung zu Amerikanern zu werden.

So wurden insbesondere das University Settlement in New York und das Hull House Settlement in Chicago zu wahren Strahlungspunkten von Bildung und Gesittung und haben der umwohnenden Bevölkerung unendlich viel Gutes getan; aber gerade diese amerikanischen Ergebnisse (und im Londoner East End mit seiner eingewanderten Judenbevölkerung liegen die Verhältnisse genau ebenso) zeigen, daß die Settlements eben vorwiegend dem Ausgleich zwischen einer aus speziellen Ursachen offenbar zurückgebliebenen Bevölkerungsschichte und der höheren Kultur ihrer Umwelt dienen. Wer sich dem Settlement anschließt, der anerkennt damit in den meisten Fällen seine eigene Inferiorität, sucht ihm gebotene Gaben anzunehmen. Keinerlei neue proletarische Kultur kann sich in ihnen entfalten, nur ein halb verblaßter Widerschein der Gesittung der bürgerlichen Kreise kann von ihnen auf die Arbeiterschaft ausstrahlen.

2. Wesentlich anders in Ursache und Zielen hat sich die University-Extension zunächst in England und Amerika, dann auch in Österreich und Deutschland entwickelt (siehe den Artikel von Dr. Hartmann auf Seite 446). Im Anschluß an die Universitäten werden von Professoren und Dozenten populärwissenschaftliche Kurse veranstaltet, an denen sowohl Arbeiter wie auch Angehörige der Mittelklassen unentgeltlich oder gegen geringe Kollegiengelder teilnehmen können. Die Kurse wenden sich überwiegend an solche, welche bereits zumindest eine gute Volksschulbildung mitbringen und Fühlung mit den höheren Problemen des Geisteslebens gewinnen wollen. Viele junge Männer und Frauen, durch die Mißgunst der Verhältnisse in der arbeitenden Klasse festgehalten, haben so die Möglichkeit, ihren Durst nach Wissen zu befriedigen; und in Amerika mit seiner größeren Beweglichkeit der sozialen Verhältnisse vermögen sich die Hörer dieser Kurse sowie insbesondere der mit Laboratorien ausgestatteten selb-

ständigen Volkshochschulen (wie das Drexel Institute in Philadelphia), vielfach auch zu höheren Stellungen im praktischen Leben aufzuschwingen (siehe Artikel von Clara Ruge auf Seite 189). In Europa sind es hingegen überwiegend nicht praktische, sondern rein ideelle Vorteile, welche zum Besuch dieser Kurse veranlassen und denselben einen Zuspruch von vielen Tausenden sichern.

Den genannten Einrichtungen verwandt, aber noch vollkommener ausgebildet, sind die Volkshochschulen in den skandinavischen Ländern. Die „Arbeiterakademien" in Norwegen, das „Arbeiterinstitut" in Schweden und die Volkshochschulen Finnlands gehen aus einer Kooperation der Universität, des Unterrichtsministeriums (das besonders in Norwegen wertvolle finanzielle Dienste leistet) und der Gemeinden mit den lokalen Arbeiterorganisationen hervor. Plangemäße und zielbewußte Leitung einerseits, Selbstverwaltung und damit gesteigertes Interesse der Teilnehmer andererseits haben zum Erfolge dieser Institutionen bedeutsam beigetragen (siehe Artikel von M. Telefsen in Heft 6). Freilich darf die außerordentlich günstige Geistesdisposition der nordischen Völker mit ihrer leidenschaftlichen Wahrheitssehnsucht bei Beurteilung der Erfolge des Systems nicht außer acht gelassen werden. In allen Landstädten Schwedens und Norwegens, ja in Finnland selbst in größeren Dörfern, bis zum Polarkreis, finden freie Vorträge von Universitätslehrern und andern berufenen Personen, in größeren Orten systematische Unterrichtskurse, von den gleichen Persönlichkeiten veranstaltet, statt. Überall massenhafter Zuspruch der Bevölkerung, die gerade hieraus geistige Schulung zur Erfüllung ihrer Pflichten als Mitglieder des demokratischen Staates gewinnt. Speziell in Finnland haben diese Volkshochschulen zur Aufklärung des Volkes und zu seiner Stärkung im Ausharren gegenüber der russischen Übermacht bedeutsame Dienste geleistet (siehe Artikel von Prof. Nordmann in Heft 6). In Dänemark wiederum war es eine ganz eigenartige Organisationsform, die sich entwickelte, „die ländliche Volkshochschule" (siehe Chronik auf Seite 506). Des Winters vereinen sich die Bauernsöhne und Landarbeiter, ihrer ländlichen Arbeiten ledig, in den Kreisstädten und werden dort für mehrere Monate regelmäßige Hörer der mit Staatshilfe geleiteten Volkshochschulen, die ihnen sowohl allgemeine Bildung wie auch praktisch technische Kenntnisse vermitteln. Zum gleichen Typus des Unterrichts gehören ferner die Abendkurse, die von den Gemeindeverwaltungen mehrerer amerikanischer Städte, besonders New Yorks, veranstaltet bzw. bezahlt und von Intellektuellen verschiedener Berufe geleitet werden.

Noch weiter in der gleichen Richtung geht Neuseeland, das den begabten Volks- und Mittelschülern Stipendien zum Besuch der staatlichen Hochschulen in ausgedehntestem Grade verleiht. Handelt es sich hierbei auch nicht um eigentliche Volkshochschulen, so ist das System doch weit von dem der beschränkten Stipendienverteilung Europas entfernt. Durch seine Großzügigkeit erfüllt es die gleichen Zwecke, wie sie anderwärts durch selbständige Volkshochschulen erzielt werden.

3. Wieder ganz verschieden sind in Charakter und Aufbau die Arbeiterbildungsvereine Deutschlands und Österreichs sowie die ihnen verwandten nur unvergleichlich feiner ausgebildeten Volksuniversitäten Frankreichs, Italiens und Rußlands. All ihnen ist das Prinzip der unbedingten Selbstverwaltung gemeinsam, und eine neue, eigen geartete proletarische Kultur entfaltet sich in ihnen. Die obengenannten Bildungsvereine pflegen mehrmals wöchentlich freie Vorträge von Parteigenossen oder auch bloß sympathisierenden Intel-

lektuellen zu veranstalten, ganz analog widmen auch die Gewerkschaften, besonders Österreichs, mehrere Abende der Woche solchen populärwissenschaftlichen Vorträgen. So dringt wissenschaftlicher Geist in diese Verbände ein, und ihre eifrigen Teilhaber, insbesondere ihre Vorstandsmitglieder, schließen sich zu einer proletarischen Aristokratie zusammen, die mit voller Erfassung unseres wissenschaftlichen Weltbildes die eigenartigen Charakterzüge des Proletariers verbindet. Aus dieser Synthese entwickelt sich eine neue Sinnesart und Kultur der Fürer, die in natürlicher Folge sich der ganzen Klasse mitteilt. Auch die Volksuniversitäten Rußlands haben zum Teil ausgesprochen proletarischen Charakter und spielen eine bedeutsame Rolle in der Durchdringung der russischen Arbeiterschaft mit dem Geiste moderner Kultur. Da sie ungleich den deutschen Arbeiterbildungsvereinen auch regelmäßige Kurse veranstalten, systematische Mittelschulen gründen und einen Mitgliederstand von Hunderttausenden besitzen (siehe Bericht von Dr. B. Kritschewsky auf Seite 457), so kann ihre Wirkung, begünstigt vom fortschrittlichen Enthusiasmus der Arbeitermassen, wie ihn die Revolution genährt, eine überaus bedeutsame werden. In Frankreich und Italien fehlt natürlich dieser wichtige Faktor, nur in der Zeit der Dreyfus-Krise in Frankreich war es auch ein von aktuellen Momenten entfachtes Begeisterungsfeuer, das Arbeiter und Intellektuelle zu gemeinsamem Kampfe zusammenschmolz. In dieser Zeit entstanden zu Paris die ersten Volksuniversitäten. Es sind volkstümliche Organisationen, überwiegend aus Arbeitern bestehend, welche an den einzelnen Wochenabenden verschiedene Vorträge von Seiten der Intellektuellen der Hauptstadt abhalten lassen (siehe Artikel von Henri Dagan auf Seite 487). Es gibt wenig systematische Kurse, aber an den größeren Instituten, so vor allem an der Musteranstalt im Faubourg Saint Antoine, die 3000 Mitglieder zählt, ist das Vortragsprogramm ein so umfassendes und gediegenes, daß regelmäßiger Besuch immerhin innige Fühlung mit den wesentlichsten sozialen und wissenschaftlichen Ideen und Problemen vermitteln kann. An Samstagen und Sonntagen pflegen literarische Abende veranstaltet zu werden, in denen Arbeiterdichtungen zum Vortrag kommen (siehe Bericht über proletarische Poesie in Heft 2 Seite 214 dieser Zeitschrift). Der Ruf insbesondere der obengenannten Anstalt im Faubourg St. Antoine hat sich über Frankreich hinaus nach Belgien und Italien verbreitet, und überall gibt es jetzt verwandte Einrichtungen. Selbst in Holland, Spanien und Ägypten gründete man Volksuniversitäten nach dem Pariser Muster (siehe Serie von Chroniken von Henri Dagan auf Seite 506). So sehen wir in den systematisch und planvoll geführten Volkshochschulen der nordischen Länder und den autonom proletarischen Volksuniversitäten Frankreichs und Rußlands die beiden vollendedsten Typen des Volkshochschulwesens vor uns. Erstere vermitteln zweifelsohne eine weitaus systematischere, ernstere, gediegenere Bildung, letztere gewinnen bedeutsamen Einfluß auf das Kulturleben als Strahlungspunkte proletarischer Kultur. Keine von beiden Einrichtungen aber genügt vollkommen jenem Ideal, das Neuseeland in bescheidenem Rahmen zu verwirklichen strebt, der Forderung, daß jedem begabten Kinde, jedem begabten Erwachsenen des Volkes Gelegenheit geboten sei, diese Begabungen in systematischem Studium auszubilden und zu eigenem wie des Staates Frommen in höherer geistiger Lebensbetätigung statt in energienverschwendender Handarbeit zu verwerten.

Eine wahrhaft kulturfördernde Volksuniversität müßte meiner Auffassung nach in Zusammenfassung des französischen, norwegischen und neu-

seeländischen Typus folgendermaßen beschaffen sein: zunächst ein breiter Kranz volkstümlicher Vorträge über verschiedene populärwissenschaftliche Themen nach der Art der Pariser Volksuniversitäten. Durch sie würde dem Bildungsbedürfnis der breiten Massen, die nach Tagesarbeit geistige Befriedigung suchen, Genüge getan. Für solche, die tieferes Eindringen ins wissenschaftliche Leben suchen, wären den obengenannten Vorträgen systematische Kurse nach Art der University Extension bzw. der Arbeiterakademien Norwegens, mit Laboratorien wie ebenda, anzugliedern. Prüfungen hätten am Jahresschluß zu zeigen, welche Teilnehmer vorzüglichste Betätigung erwiesen. Diese Elite hätte Stipendien (wie in Neuseeland) zu erhalten, um an eigenen Volksmittelschulen (deren Lehrplan dem der allgemeinen Mittelschulen verwandt, aber von formalem Ballast möglichst zu befreien wäre), ihre Studien fortzusetzen. Dieselben könnten in Städten, nach der Art der amerikanischen „Evening High Schools", auf die Abendstunden nach der Tagesarbeit (siehe Bericht über die Davidson School in New York, wenngleich diese durch ihre demokratische Verfassung von den übrigen Evening High Schools einigermaßen abweicht, in Heft 2 S. 181 dieser Zeitschrift), in ländlichen Gebieten wie in Dänemark auf die Wintermonate angesetzt werden. So könnten sich die Stipendien, die den Arbeitslohnertrag der Hörer decken sollen, auf ein bescheidenes Maß beschränken. Am Schlusse eines solchen mehrjährigen Kurses würde dann die Mehrheit der Absolventen wieder ins praktische Leben eintreten, sei es als Gewerkschaftssekretäre oder sonstige Funktionäre in Arbeiterorganisationen, sei es in anderen Stellungen, in denen sie die erworbene Bildung nützlich verwerten können. Eine Elite aber, die während des Kurses und durch die Abschlußprüfungen ihre ganz vorzügliche Befähigung zur wissenschaftlichen Forschung erwiesen, würde mit Stipendien an die staatlichen Hochschulen gesandt werden (wie in Neuseeland) und sich dort weiter auszubilden haben. Da diese Elite durch Auslese der Besten aus einer ursprünglich sehr großen Zahl hervorgegangen wäre, somit in gewissem Sinne eine geistige Auslese der breiten Volksklassen selbst darstellte, wäre die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß aus ihrer Mitte hervorragende Forscher erwüchsen und im Dienste des Gattungsfortschrittes ihre Kräfte, die sonst verkümmerten, entwickelten.

So würde eine Volksuniversität, aufgebaut auf genannter Synthese der bestehenden Haupttypen, sowohl dem Bildungsbedürfnisse der breiten Volksmassen dienen und damit das allgemeine Kulturniveau erhöhen, dem gesteigerten Wissensdurst einer Minderheit derselben Labung bieten und unsäglich viel individuelles Leid in Glück verwandeln, als auch dem Kulturfortschritt der Gattung selbst neue Mitarbeiter zuführen. Aber selbst heute, wo eine derartig ideale Volksuniversität noch nicht besteht und in den einzelnen Ländern bloß verschiedene Zweige derselben, isoliert voneinander, erwachsen sind, tun sie der modernen Demokratie, die ja auf der politischen Bildung der breiten Volksmassen aufgebaut ist, die wertvollsten Dienste. Und indem sie die Errungenschaften der Wissenschaft und geistigen Kultur zum Gemeingut des Volkes machen, verfeinern sie die Massenseele, vervollkommnen den Organismus der Menschheit.





# KORRESPONDENZEN

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### GEORGES KHROUSTALEW: DIE AUSSICHTEN DER RUSSISCHEN REVOLUTION.

ES würde schwer halten, sich nach den offiziellen Berichten eine zutreffende Vorstellung davon zu machen, welches der gegenwärtige Stand der russischen Revolution ist.

Wenn es sich darum handelt, die Macht der Regierung zu beweisen, erklären die Minister mit Sicherheit, daß die Revolution beendet sei. Aber wenn es sich um die Abschaffung von Ausnahmegesetzen handelt, erklären dieselben Minister einstimmig, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und des Kriegsgesetzes immer noch notwendig sei: „Denn die revolutionäre Hydra sei noch bei weitem nicht erschlagen.“

Allerdings verlangt man in Rußland von Ministern nicht, daß sie auf die allerelementarste Logik besondere Rücksichten nehmen.

Andererseits sind die Zeitungen unseres Landes mit erschreckenden Nachrichten erfüllt: Die Fälle von Expropriation vermehren sich, Aufstände in den Truppen wiederholen sich, der Bauernstand ist in Unruhe, an den Universitäten finden Revolten statt, die Arbeiter streiken.

Was ist nun die Wahrheit? Ist die Revolution beendet oder nicht? Sind wir Augenzeugen eines verglimmenden Feuers, oder wird vielleicht bald eine neue Flamme aus dem schlecht abgelöschten Feuerherd emporlodern?

Zur Beantwortung dieser Fragen muß man die Analyse der sozialen Kräfte des Landes geben und mit aller Unparteilichkeit die Hilfsmittel abwägen, über die Revolution und Kontrarevolution verfügen.

„Eine ohnmächtige Revolution, eine unfähige Regierung!“ so lautete das Urteil von Japanern über die russischen Ereignisse. Es enthält viel Richtiges, insbesondere ist der zweite Teil, der die Unfähigkeit der Regierung betrifft, durchaus der Wahrheit entsprechend. Man muß in Europa bis nach der Türkei gehen, um eine so unfähige Regierung zu finden, wie es die zarische ist. Im Verlauf des letzten Krieges hat sich diese Unfähigkeit in ihrer ganzen Ausdehnung erwiesen.

Nach der Ansicht Plehves, des hauptsächlichsten Inspirators und Förderers der russischen Reaktion, sollte der Krieg das revolutionäre Gewitter abwenden.

Was aber geschah? Die Ereignisse zeigten bald die Unhaltbarkeit solcher Hoffnungen. Der Krieg deckte mit einem erheblichen Eklat die ganze vorangegangene Minierarbeit der revolutionären Ideen auf und zeigte der verblüfften Mitwelt die Fäulnis des autokratischen Systems.

Der Krieg verbreitete die revolutionären Ideen in den Kreisen des mißbrauchten Heeres, er vollendete den Untergang des Bauernstandes, er hat das industrielle Leben zum Stillstand gebracht, die Finanzen des Landes endgültig zerrüttet, die Nationalschuld ungeheuerlich gesteigert. Schließlich

hat der Krieg die letzte Festung des Zarismus zerstört, die Legende von der russischen Militärmacht, den Glauben an die Unüberwindlichkeit des weißen Zaren.

Als logische und unmittelbare Folge des Unglücks von Tsoushima, wo Tausende von Seesoldaten und Millionen von Rubeln in der Form von Panzerplatten verschlungen wurden, brach die Revolution aus. „Steht der Zukunft im Wege, und ihr werdet eine Revolution herbeiführen", so sagte Viktor Hugo. Nun denn, die russische Regierung hat die Zukunft in ausgedehntem Maße behindert. Sie hat ihr Möglichstes getan, um den Autokratismus unverändert zu erhalten. Sie ist stets bemüht gewesen, die Initiative von Gemeinschaften und Einzelnen lahmzulegen, die Rechte und Vorrechte der Semstwos und der Gemeinden zu beschneiden, die Kompetenz der Gerichte zu beschränken, die Presse zu erwürgen, die Universitäten in eine Art Filiale der Polizeikommissariate umzuwandeln. Und zu welchem Zweck? Um das überlebte zaristische Regime zu erhalten, das von Rechts wegen in ein Altertumsmuseum gehört. So hat die Regierung das Land in das Mandschureiabenteuer verwickelt, sobald sie sich unfähig fühlte, die steigende Welle der Unzufriedenheit des Volkes einzudämmen. Mit verbundenen Augen stürzte sie sich in den Krieg, sobald sie eine mächtige Arbeiterbewegung erkannte, die ihren Einfluß auf die liberalen Kreise der Semstwos und der Studierenden auszuüben begann. Die Tatsachen vereitelten den Plan der Autokratie. Statt der erträumte Blitzableiter der Revolution zu werden, hatte der Krieg die Folge, die ganze Nation revolutionär zu elektrisieren.



Man nimmt gewöhnlich an, daß der blutige Sonntag das Vorspiel zur russischen Revolution war. Tatsächlich hat der 9. Januar 1905 zum ersten Male bewiesen, daß die Revolution das Gewissen der breiten Volksmassen für sich hatte. Durch den Aufstand auf dem Panzerschiff Potemkin (14. Juni 1905) bewies die Revolution, daß sie den Feind desorganisieren und seinen Willen brechen kann. Damals trug die Revolution ihre glänzendsten Siege davon. Zum ersten Male sah der Absolutismus sich genötigt, mit der Revolution zu verhandeln. Die Autokratie mußte die Waffen strecken. Gewiß, vom juristischen Standpunkt bedeutet das Manifest vom 17. Oktober 1905 eine vollständige Absage an die Vergangenheit. In Wirklichkeit aber blieb diese Absage eine reine Formalität.

Die ganze organisierte und amtliche Macht des Heeres, der Polizei, der Exekutivsgewalt verblieb in den Händen eines unverantwortlichen Zaren. Obgleich die Autokratie auf dem Papier nachgegeben hatte, versuchte sie doch sofort nach eingetretener Ruhepause in der revolutionären Bewegung den verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Dies geht tatsächlich aus den Ereignissen der letzten Jahre hervor. Für die erste Duma zeigte die Regierung gewisse Rücksichten, sie fürchtete sie sogar ein wenig. Die zweite Duma wurde als eine bureaukratische Institution behandelt. In der dritten Duma endlich, die aus dem Staatsstreich vom 3. Juni 1907 hervorging, erklärte Stolypin ganz offen, daß der Zar weiterhin Autokrat bleibe.

Diese verschiedene Haltung der Regierung gegenüber der Nationalvertretung ist weder eine einfache Laune, noch die Folge eines Mißbrauchs. Der wahre Grund ist vielmehr, daß, je mehr die Regierung ihre Kräfte gegen

die Revolution mobil macht, um so weniger liegt ihr daran, ihre eigenen Versprechungen zu halten. Immerhin ist die Regierung auf diesem Wege noch nicht bis ans Endziel gelangt, noch bleibt ihr viel zu tun, um die Wiederherstellung des Zarismus zu Ende zu führen. Die Tragödie ist somit noch nicht abgeschlossen. Schon erleben wir die ersten Schritte der Camarilla und der schwarzen Banden, die sich schamlos verpflichten, die uneingeschränkte Autokratie des Zaren sofort wieder einzusetzen, die Institution der Duma zu unterdrücken.

Augenblicklich sind die Aktien der Gegenrevolution im Steigen. Aber geht hieraus hervor, daß jenes japanische Urteil richtig ist, d. h. ist die russische Revolution tatsächlich eine ohnmächtige? Gewiß, bis zu einem gewissen Grade. Alle Errungenschaften der Revolution sind annulliert. Ihre Teilnehmer schmachten in den sibirischen Zuchthäusern und in den Gefängnissen, soweit sie nicht schon durch Henkershand untergingen. Dies ist wahr; dennoch darf man nicht vergessen, daß die Geschichte des russischen Bürgerkrieges nicht beendet ist. Noch ist der historische Kampf zwischen Volk und Autokratie nicht in letzter Instanz entschieden. Viel Zeit wird vielleicht vergehen, ehe in dieser Angelegenheit das letzte Wort gesprochen wird. Ich wiederhole, bis zu einem gewissen Punkt war die russische Revolution ohnmächtig, aber ihre Ohnmacht entspringt nicht immer eigener Schwäche.

Die russische Revolution spielt sich in einem Lande bäuerlicher Bevölkerung ab. Von 150 Millionen Eingeborenen Rußlands zählen nur 12,8% zur städtischen Bevölkerung, die übrigen 87,2% zur Landbevölkerung; 74,2% sind Ackerbauer, die bäuerische Bevölkerung repräsentiert insgesamt 77,2 % gleich ³/₄ der Gesamtbevölkerung. In einem solchen Lande überwiegenden Bauernstandes muß eine städtische Revolution, auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, ohne Unterstützung des bäuerlichen Elementes, einen sicheren Mißerfolg haben. Während der letzten beiden Jahre ist die Revolution vor allem eine städtische gewesen. Selbst zur Zeit der revolutionären Hochflut während des Generalstreiks vom Oktober 1905 blieb der Bauernstand nahezu gleichgültig gegenüber der städtischen Bewegung. Das Manifest vom 17. Oktober war ein ausschließlicher Erfolg der städtischen Revolution.

Später wurde allerdings das russische Land von einer starken bäuerlichen Bewegung ergriffen. Diese vermochte sich aber weder ihrer Form noch ihrem Ziel nach mit den städtischen Elementen zu verschmelzen. Die russischen Bauernaufstände nahmen später eine anarchistische Form an, die aufrührerischen Landbewohner äscherten die Schlösser der Grundbesitzer ein, vollzogen alle Arten Plünderungen. Sie waren ein entfesseltes Element ohne Organisation, taktisch unwissend. Und in diesem ungeordneten Kampf vermochten die Bauern es nicht, sich die Höhe der Anschauungen, die das Charakteristische der städtischen Bewegung waren, anzueignen. Sie kämpften gegen bestimmte Grundbesitzer, aber nicht gegen die Gesamtheit des politischen Systems, das sich im Zaren verkörpert, der selbst adlig, der unbeugsame Beschützer der Interessen des Adels ist.

Hier liegt der schwache Punkt der russischen Revolution.



Der Zar konnte somit der städtischen Revolution die bäuerliche Armee entgegensetzen. Zeitweise verriet diese Macht allerdings die Autokratie,

um Brüderschaft mit den Revolutionären zu schließen. Es schien, daß die Armee, sobald sie der Sache der Revolution gewonnen war, den Erfolg der Bewegung sichern mußte. Es war nicht so. Und weshalb?

Die geringen Ergebnisse zahlreicher militärischer Aufstände haben deutlich gezeigt, daß die gegenwärtige bäuerliche Armee sowohl zu einer revolutionären Initiative wie zu einem längeren Widerstand unfähig ist. Sie kann unter Umständen meutern, aber aufständische Muschiks sind selbst, wenn sie eine Soldatenuniform tragen, noch unfähig, eine organisierte Macht im Dienste der Revolution zu werden. Dies geht unabweisbar aus allen Meutereien, die in der Marine und Armee vorkamen, hervor, angefangen von der Revolte des Potemkin unter Schmidt bis zum letzten Aufstand in Wladiwostok.

Nicht zum ersten Male rettet die bäuerliche Armee den Thron. Durch das abstumpfende Leben in den Kasernen ihrer Individualität entkleidet, feuern die bäuerlichen Soldaten auf Befehl des ersten besten Offiziers auf das Volk. So ist die Armee. Welches ist nun der Wert ihrer Führer? Hat die russische Armee der Revolution auch nur einige bedeutsame Offiziere geliefert? Keineswegs. Die Armee hat nicht einen einzigen revolutionären Offizier hervorgebracht, befähigt, die aufständischen Soldaten zu leiten und im Sinne der Revolution anzuführen.

Diese Erscheinung erklärt sich durch die Herkunft des Offizierkorps. Die Gardeoffiziere entstammen dem hohen Adel und der hohen Bureaukratie. Sie sind notwendigerweise Konservative, ja man kann sagen geborene Konservative. Die übrigen Offiziere der Armee gehen aus dem kleineren Adel und dem mittleren Bürgerstande hervor, aber da das Gehalt der Offiziere ein minimales ist, so verlocken die Militärschulen nur den Rückstand der Sekundärschulen. Die Gesamtheit dieser Mittelmäßigkeiten bedingt zugleich die bekannte Unfähigkeit der russischen Armee. Solche Leute haben freilich kein Zeug dazu, revolutionäre Führer zu werden.

In der Vergangenheit europäischer Geschichte hatte kein Absolutismus zur Verteidigung seiner Existenz soviele Mittel, soviele Bajonette zur Verfügung wie gegenwärtig der russische Despot, der unselige Nikolaus Romanoff.

Hier liegt der zweite schwache Punkt der städtischen Revolution in Rußland.

Der gesamte Adel hat sich zur Verteidigung des Thrones erhoben. Dieses Vorgehen lag im Interesse der Klasse, die zugleich einen großen Teil des Bodens besitzt. Gegen Ende 1905 hatten die bäuerlichen Unruhen den Adel schon 30 Millionen an Schäden gekostet. Die Streiks der Landarbeiter im Jahre 1906 steigerten die Löhne um 75 Millionen. Die Streiks der bäuerischen Pächter verminderten das Einkommen des Adels um 25 Millionen Rubel. So sah die Klasse der Grundbesitzer ihr jährliches Einkommen aus Grund und Boden, das insgesamt 468 Millionen betrug, durch die Revolution um mehr als 20 % vermindert. Aber dies sind noch nicht alle üblen Folgen, die ihnen aus der Revolution erwuchsen. Hatte man nicht die Kühnheit gehabt, die einfache Einziehung der Ländereien von Großgrundbesitzern zu verlangen? Die Erfüllung solchen Ansuchens wäre einer vollständigen Auslöschung des Adels als politischer und sozialer Macht gleichgekommen; denn ohne Grundbesitz hört der Adel ja auf, eine privilegierte Klasse zu sein.

Der Adel hat sich somit erhoben, um seine bedrohten Interessen zu verteidigen. Er kam der Monarchie zu Hilfe, denn er begriff, daß er zu seinem Leben den Schutz der Autokratie braucht. Es konnte nicht anders sein. Die Monarchie stützt die Klassenprivilegien. Sie hat den Brauch eingeführt,

borgen zu können, ohne zurückzuzahlen. Sie hat im Interesse des Adels die Institution der Adelsmarschälle und der Zemski Natchalniks begründet. Als Besitzer eines großen Teiles von Grund und Boden war der Adel vor allem bestrebt, seinen Besitz zu erhalten. Darum ist er so unerbittlich antirevolutionär. Die Adelsklasse, welche die bäuerliche Bevölkerung ausbeutet, hat alles Interesse daran, die ländliche Bevölkerung in ihrer politischen und sozialen Unfreiheit zu erhalten.

Darum ist sie allen Reformen abhold. Denn selbst die unscheinbarsten Reformen sind geeignet, einen Teil ihrer politischen Macht zu brechen. Augenblicklich liegt alles in den Händen des Adels: die Semstwos, die zentrale und lokale Administration, sogar die Duma. Die Adligen sind die gegenwärtigen Herren der Situation. Ihr Rat schreibt der Regierung ihre politische Haltung vor. Schon ist der unheilvolle Staatsstreich vom verflossenen 9. Juni auf ihre Wirksamkeit zu zurückzuführen.

„Der Boden gehört uns, weil wir adlig sind, und die Macht ist unser, weil wir den Grund und Boden besitzen." Dies ist die Ansicht der Adligen. „Nicht einen Fingerbreit Boden, nicht einen Baum unserer Wälder wollen wir einbüßen", dies ist die Politik des Adels und somit der Regierung.

Aber gerade dies ist ihre Achillesferse. Eine Beruhigung der Revolution würde eine befriedigende Lösung der Bodenfrage und die Einsetzung einer gerechten Ordnung verlangen. Aber man kann die Bodenfrage nicht lösen, ohne den Bauern den Grund und Boden zu geben, dessen sie bedürfen. Die Leiden der Bauern, ihre Not, ihr Mangel an Landbesitz, gehen klar aus einigen offiziellen Veröffentlichungen des Komitees für Landwirtschaft hervor. Diese Zahlen, selbst wenn sie nicht ganz genau sein sollten, werden aus solcher Quelle stammend sicherlich nicht als Übertreibung angesehen werden können. Der Bericht des genannten Komitees erzählt uns, daß es in Rußland 9 086 565 Familien gibt*). Nach der Statistik der Semstwos und der Regierung besteht eine Bauernfamilie durchschnittlich aus 5 Köpfen. Es ergibt sich somit eine bäuerliche Bevölkerung von 45 432 825 Bauern, die alle ungenügend Land besitzen oder dessen völlig ermangeln. Nach offiziellen Erhebungen bedürfte es, um den gerechten Forderungen dieses Heeres von Elenden nachzukommen 50 900 419 Deßjätinen Landes.

Wie wird nun die Regierung diese wichtigste aller Fragen lösen? Bisher hat sie nach dieser Richtung noch nichts weiter getan als die Kolonisation von Sibirien und den Verkauf von Domänengütern. Die Legende von der ungeheueren Ausdehnung unbebauten Landes in Sibirien ist überwunden. Die Regierung selbst glaubt nicht daran. Die Kolonisation Sibiriens ist nur ein Palliativ und kann das Elend der Landbevölkerung nur in ganz kleinem Maßstabe lindern. Die Auswanderungsstatistik ergibt für 1905 33 042, für 1906 200 749, für 1907 530 146 Auswanderer nach Sibirien. Aber all dies macht erst 1 % der enterbten Bauernbevölkerung aus. Und was das schlimmste ist, wenn die Auswanderer ihren Bestimmungsort erreicht haben, wird ihnen häufig ein Grundstück verweigert, „da der Vorrat an verfügbaren Grundstücken erschöpft ist"!

Die Auswanderung als Mittel zur Lösung der Landfrage ist nur eine Täuschung. Untersuchen wir das zweite Mittel, den Verkauf von Domänen. Am 1. Oktober 1907 verfügte die Regierung über 13 782 400 Deßjätinen Land.

*) Es handelt sich um Familien, die gemeinsamen Haushalt führen und die mehrfach aus zwei oder mehreren Generationen bestehen.

Das ist zweifellos etwas, aber es ist doch nur 27 % des Landes, das die Regierung selbst für nötig hält, um die Agrarkrise zu beseitigen.

Woher soll man somit die anderen 73 % Land nehmen? Der einzig mögliche Ausweg wäre die zwangsweise Enteignung von adeligem Grundbesitz, ein Mittel, das die Kadettenpartei vorgeschlagen hat. Aber die Regierung wird sich hierzu niemals entschließen. Sie betrachtet dies stets als ein revolutionäres Mittel, weil sie sich unfähig fühlt, den Interessen des Adels entgegenzuwirken. Darum hat die Autokratie einen anderen Weg eingeschlagen, die Begründung einer zuverlässigen ländlichen Bevölkerungsklasse. Zu diesem Behufe hat sie verschiedene Maßregeln ergriffen, die darauf abzielen, die ländliche Gemeinde zu zerstören.

Sicherlich, die augenblickliche Organisation der Landgemeinde in Rußland ist weder allzugut, noch allzuschlecht. Der Landmangel hat in Rußland eine eigenartige Form gemeinsamen Grundbesitzes geschaffen, daß die Dorfgemeinden oder das „Mir“ eine periodische Verteilung des Landes unter den Bauern vornehmen, unter Berücksichtigung der arbeitsfähigen Mitglieder jeder Familie.

Nunmehr ist aber der erste Hieb gegen diese patriarchalische Organisation erfolgt. Die Dorfwucherer werden nicht ermangeln, das bäuerliche Land an sich zu reißen. Mit Hilfe von Darlehn seitens der bäuerlichen Bank werden kleine, reich gewordene Muschiks gleichfalls Land, das die Banken verkaufen, an sich bringen. Seien wir Optimisten, nehmen wir an, es gelänge der Regierung, einige Millionen Muschiks in eine befriedigende Lage zu versetzen. Was würde dann aus den anderen vielen Millionen werden, die jetzt im tiefsten Elend sind?

Die Städte und Industrien des Landes können unmöglich eine so hohe Zahl von Entwurzelten aufnehmen, um so weniger, als Rußland seit Jahren eine furchtbare industrielle Krise durchmacht, die schon eine ansehnliche Armee von Arbeitslosen auf das Pflaster gesetzt hat.

Der Plan der Regierung ist im großen ganzen eine bloße Utopie. Sie glaubt, daß, wenn das Ausland auf Rußland den wohltätigen Regen seiner Milliarden niederfallen ließe, und wenn die russische Industrie dann mit Riesenschritten vorwärts ginge, es für russische Bismarcks ein leichtes wäre, die soziale Krise und die gegenwärtige Politik zu regeln. In Wirklichkeit sind diese Hoffnungen der Regierung viel undurchführbarer als der Traum des Volkes, die Krise auf revolutionärem Wege zu lösen.

Nach allem, was das Land erduldet hat, ist es zweifelhaft, ob die Regierung siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird. Sie hat alles versucht, aber mit Ausnahme von Galgen und gewaltsamer Unterdrückung dem Lande nichts gegeben.

Gegenwärtig können weder die Autokratie noch die Revolution als siegreich angesehen werden. Aber dieser Zustand des Gleichgewichts dürfte kaum lange andauern. Wem wird das Verdienst zukommen, das Land aus dieser Ungewißheit zu befreien? Wenn die Revolution nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, wird Rußland eine zweite Türkei werden, und man wird den Fürsten an der Newa als den kranken Mann bezeichnen können.

Aber wir dürfen Vertrauen in die schöpferischen Kräfte des russischen Volkes setzen. Die nächste Hochflut der Revolution wird das ländliche und städtische Proletariat zu einer einzigen nationalen Macht verschmelzen. Neue Elemente in der Armee, aus Dörfern stammend, wo die Revolution

Fuß gefaßt hat, werden mehr Energie und Tatkraft im Kampfe mit der Gegenrevolution entfalten.

Welches wird die Rolle der dritten Duma dieser Bewegung gegenüber sein? Die Frage soll in einem späteren Aufsatze beantwortet werden. Augenblicklich scheint die Revolution zur Duma die Worte Virgils zu sprechen:

Flectere si nequeo superos Acheronta movebo.



# CHRONIK

**DEZENTRALISATION der preußischen Verwaltung.** Man schreibt dem Berliner Tageblatt: „Nach dem vom Minister des Innern und namentlich auch dem Landwirtschaftsminister im Parlament abgegebenen Erklärungen gewinnt es den Anschein, daß die auch von uns schon mehrfach gegebene Anregung, den preußischen Verwaltungsorganismus zu vereinfachen und dadurch neben der Beschleunigung des Geschäftsganges einer uferlosen Vermehrung des Beamtenkörpers vorzubeugen, auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Die hierarchische Gliederung der preußischen sogenannten allgemeinen oder inneren Verwaltung beruht noch heute im wesentlichen auf den Steinschen Reformen aus dem Jahre 1808 und der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817, wonach außer dem Ministerium drei sogenannte Mittelbehörden — Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat — als selbständige Behörden instanzenmäßig übereinander gestellt sind; durch Einführung der Selbstverwaltung in den Jahren 1872 bis 1883 erfuhren diese drei Behörden, denen damit Laienmitglieder zur Seite traten, nach gewissen Richtungen eine eingreifende Umgestaltung.

Die wesentlichste Wurzel der jetzigen Organisation besteht unseres Erachtens darin, daß die untersten Behörden, die Landratsämter die mit den Kreiseingesessenen in lebendiger, wechselseitiger Berührung stehen und die Bedürfnisse ihres Bezirkes aus eigener Anschauung am besten beurteilen können, nicht so organisiert sind, daß sie in den meisten Fällen aus eigener Sachkenntnis und Machtvollkommenheit schnell und durchgreifend entscheiden können. Dieser Organisationsmangel der gerade für die Bedürfnisse des praktischen Lebens wichtigsten Verwaltungsbehörde läßt sich nur aus ihrer historischen Entwicklung erklären, indem die Landräte, die zunächst in Preußen rein ständische Organe waren, erst sehr viel später mit den Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung betraut und damit zu reinen Staatsbeamten wurden. Zurzeit weist noch das Vorschlagsrecht der Kreisversammlungen für Landräte auf den ständischen Ursprung zurück.

Von der Regierung scheint denn auch zutreffend zunächst eine Umgestaltung der landrätlichen Behörden durch Anstellung von sogenannten Kreisassistenten ins Auge gefaßt zu sein, die den Vorteil gewähren würde, daß dem Landrat neben dem Kreissekretär ein ständiges, in die landrätlichen Geschäfte gut eingearbeitetes und mit den örtlichen Verhältnissen vertrautes Bureaupersonal zur Seite treten würde, an dem es bisher sehr gemangelt hat.



Diese Maßregel ist aber immerhin nur als ein „kleines Mittel“ anzusehen und nicht ausreichend, um eine wirkliche Abhilfe, die nur auf dem Wege der Dezentralisation erreicht werden kann, zu schaffen; eine solche könnte vielmehr, wie wir meinen, nur erreicht werden, wenn den Landratsämtern alle für die Kreisverwaltung erforderlichen technischen Beamten angegliedert würden und damit eine Behörde geschaffen würde, die die neuesten Fragen ohne weitschweifiges Aktenmaterial auf Grund eigener Anschauung und Sachkenntnis entscheiden könnte. Selbstverständlich würden die Landräte an Gehalt und Rang entsprechend zu heben sein, was wieder den großen Vorteil böte, daß diese wichtigen Stellungen nicht, wie es zurzeit häufig geschieht, als bloße Durchgangsstationen für jüngere Beamten angesehen werden. Wie die vorgeschlagene Organisation im einzelnen auszugestalten wäre, würde auf Grund eingehender Beratungen festzustellen sein; wir wollten nur die Anregung zu dieser uns im Prinzip zweckmäßig erscheinenden Dezentralisation geben. Mit der erhöhten Wichtigkeit der Landratsämter würde natürlich auch der Anspruch an die Fähigkeiten der Landräte zu steigern sein und müßte nicht, wie bisher vielfach, die Geburt, sondern die Tüchtigkeit entscheiden. Der Tüchtigste wäre gerade gut genug.

Schließlich möchten wir noch zur Erwägung stellen, ob nicht, ohne die bestehenden Rechtsgarantien zu vermindern, das komplizierte Verwaltungsstreitverfahren, auf welches die Grundsätze des Zivilprozesses, insbesondere bezüglich der Klage, Parteien, Beweis, Gebundenheit des Richters an den Klageantrag, Rechtskraft und Rechtsmittel, nicht immer ganz glücklich übertragen sind, und gegen das sich auch neuerdings eine lebhafte Opposition geltend macht, wesentlich vereinfacht werden könnte.“



**Eine fortschrittliche Entwicklung des deutschen Kolonisationssystems** haben die Kolonialdebatten im Reichstage gezeigt. Staatssekretär Dernburg hat programmatische Ausführungen in der Budgetkommission gemacht, in denen er mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, daß er eine kulturelle Kolonialpolitik treiben will, eine Politik, die sich in erster Linie auf die Hebung, die wirtschaftliche und kulturelle Erziehung der Eingeborenen stützen will. Demgemäß sollen durch eine gerechte und humane Eingeborenenbehandlung die Schutzgebiete besser und dauernder nutzbar werden, als das bisher geschehen konnte bei einem System, das mehr auf Ausbeutung der Eingeborenen zur schnellen Bereicherung einzelner, auf ihre Herabdrückung zu willen- und rechtlosen Arbeitstieren bedacht war. Der einseitige Herrenstandpunkt in den Kolonien, der in der gewaltsamen Unterdrückung und Beherrschung der Schwarzen durch die Weißen die gegebene Entwicklung ansah, hat in den meisten Schutzgebieten Schiffbruch gelitten. Ihm sind die vielen Aufstände, die großen Verluste an Leben und Eigentum und die schlechten Kolonialbilanzen zuzuschreiben. Wenn damit wirklich aufgeräumt wird, so wird endlich eine Forderung erfüllt, die von den Kulturfreunden schon längst aufgestellt worden ist.

Dernburg zieht lediglich die Folgerungen aus den Eindrücken und Erfahrungen, die er als Mann von praktischem Urteil und von guter Beobachtungsgabe auf seiner ostafrikanischen Reise und bei dem Studium der Berichte aus den anderen Kolonien gesammelt hat. Als

das Ergebnis hat er folgende Leitsätze aufgestellt: „1. Die Tropen sind für europäische Ansiedlungen nur in minderem Maße verwertbar; 2. der Reichtum der Tropen kann nur durch die eingeborene Bevölkerung gehoben werden; 3. die Machtmittel, die entwickelt werden, stehen nur dann im Einklang mit dem Nutzen, wenn Friede in den Kolonien herrscht; 4. dieser Friede wird nur gesichert durch entsprechende Verkehrswege, durch Gerechtigkeit, durch eine freundliche Behandlung; 5. kommt das alles miteinander zusammen, so steckt in diesen Eingeborenen die Kraft, unter weißer Führung sich zu solchen Konsumenten und Produzenten zu entwickeln, daß die Heimat, die heimische Wirtschaft und die heimische Industrie dauernd einen großen Nutzen ziehen."



# SOZIALE ENTWICKLUNG.

[INSBESONDERE: ERZIEHUNGSWESEN.]

## HARROLD JOHNSON, LONDON: DER MORALUNTERRICHT IN DER SCHULE. EIN INTERNATIONALES PROBLEM.



ENGLAND und Wales. Ein kurzer Überblick über die Lage in England und Wales zeigt uns das Problem in so auffälliger Form, wie es sich nur irgend darbieten kann. Noch wird hierzulande selbst von verantwortlichen Staatsmännern vom Christentum als von einem integrierenden Bestandteil unseres Volksschulunterrichts gesprochen. Die Tatsachen jedoch ergeben ein anderes Bild. Das „Christentum", worunter allgemeine religiöse Unterweisung, einfacher biblischer Unterricht in allen Schulen, die der öffentlichen Kontrolle unterstehen, gemeint wird, ist weder jetzt noch war es jemals ein integrierender Bestandteil des Unterrichts öffentlicher Volksschulen. Dieser Religionsunterricht kann vielmehr nach Belieben und Wahl jeder lokalen Schulbehörde gegeben oder nicht gegeben werden. Wird er erteilt, so geschieht dies außerhalb des gewöhnlichen weltlichen Lehrganges, er untersteht nicht der staatlichen Inspektion und ist nicht nötig zur Erlangung der staatlichen Subvention. Wo er, wie es gegenwärtig meist der Fall ist, von der lokalen Schulbehörde eingeführt wurde, hat der Staat keinerlei Gewähr dafür, daß der Unterricht auch in wirksamer Weise erteilt wird, und er tut nichts, um den Lehrern die Befähigung hierfür zu geben.

Vom ethischen Standpunkt aus erscheint solch Christentum kaum des Erhaltens wert. Es ist keine organische Funktion der Schule und man kann es nicht zu Unrecht mit dem Wurmfortsatz im menschlichen Organismus vergleichen, der keinerlei Funktion mehr zu erfüllen hat und nur als Anlaß zu Reizungen und als Gefahrenquelle weiterbesteht. Der Religionsunterricht befindet sich sowohl in konfessionellen als unkonfessionellen Schulen in einer Sackgasse, abgeschnitten vom übrigen bewegten Leben der Schule.

Es liegt eine Gefahr darin, daß unter der Voraussetzung, durch die gegenwärtige religiöse Unterweisung sei für die moralische Erziehung der Kinder unserer Nation gesorgt, der Staat durch beinahe 40 Jahre in sträflicher Weise den Moralunterricht vernachlässigt hat. Auch die neue Education Bill sieht keine Änderungen in dieser Hinsicht vor. Während also der Staat ein ehemals lebensfähiges Organ zu einem bloßen Rudiment machte, hat er nichts getan, um den weltlichen Lehrplan seiner Schulen mit den moralischen Prinzipien, die das herrlichste Gemeingut der Menschheit sind, zu durchtränken.

Wir müssen mehr und mehr einsehen, daß die moralische Erziehung der Kinder in der Schule nicht gesondert in einer halben oder ganzen Stunde bewerkstelligt werden kann, losgelöst vom pulsierenden Leben, sondern vielmehr nur durch alle Kräfte, die in der Schule lebendig wirken. Der weltliche Lehrplan verlangt somit als Ganzes unsere ernste Beachtung, er stellt in seiner Gesamtheit die eigentliche „religiöse Schwierigkeit" dar, und wir haben kaum noch begonnen, uns mit diesem Problem auseinander zu setzen.

Die Lösung liegt wahrscheinlich in einem weltlichen Unterricht, von dem der Moralunterricht einen integrierenden Bestandteil bilden würde, bei gleichzeitigem Gebrauch der Bibel und anderen humanistischen und ethischen Schriften, ausschließlich betrachtet unter dem Gesichtspunkte ihres ethischen, historischen und literarischen Wertes.

Der Moralunterricht muß jedoch auf alle Fälle unter voller Gewähr des Staates für seine Wirksamkeit erteilt werden. Und wenn die Bibel unter einem solchen erzieherischen Staatssystem nicht beibehalten werden könnte, so läge die Schuld dafür ausschließlich an den nichtprotestantischen Sekten.

Diejenige Organisation, die den Ernst der gegenwärtigen Lage erkannt, immer wieder mehr Beachtung für die Frage des Moralunterrichts gefordert und schließlich erlangt hat, ist die Liga für Moralunterricht. Diese Vereinigung hat schon den Board of Education in seinem Gesetz für 1906 veranlaßt, Moralunterricht in allen öffentlichen Volksschulen einzuführen, aber der lokalen Schulbehörde steht es noch immer frei, diesen Unterricht entweder gelegentlich oder systematisch erteilen zu lassen und so können viele Behörden durch diese Gesetzeslücke hindurchschlüpfen. Der Board of Education hat jedoch in seinem Vorwort zum Gesetz von 1906 und auch anderwärts in einwandfreier Weise erklärt, daß es wünschenswert sei, der Moralunterricht solle, wo immer es angängig sei, direkt, systematisch und von Stufe zu Stufe aufsteigend erteilt werden. Die Annahme des vollen Programms der Liga für Moralunterricht durch den Staat dürfte somit nur eine Frage der Zeit sein. Die Liga hat schon etwa 50 (das ist etwa 1/6 der Gesamtheit) Schulbehörden veranlaßt, mehr oder weniger systematischen Moralunterricht in ihren Schulen einzuführen, und eine Anzahl von Behörden hat den Grundriß für Moral- und Bürgerkunde zum Gebrauch der Volksschulen, den die Liga entworfen hat, vollständig oder mit sehr geringfügigen Änderungen angenommen. Eine Anzahl trefflicher Bücher für Moralunterricht, die durch historische Proben aus fast jeder nur erdenklichen Quelle illustriert werden, ist schon vorhanden. Die Liga selbst gibt eine Serie von Handbüchern für Lehrer heraus, die den Grundriß erläutern und zu Ende des Jahres vollständig vorliegen werden. Die Liga verlangt die geeignete Ausbildung von Lehrern, um sie für ihre hohe Aufgabe von Charakterbildnern zu befähigen.

Noch andere Zeichen für den Fortschritt des Moralunterrichts in der Schule sind vorhanden. Im Herbst wird eine bedeutsame Sammlung von

Berichten erscheinen, die von einer Kommission, deren Vorsitz Professor M. E. Sadler führte, zusammengefaßt wurden und das Ergebnis einer internationalen, im Jahre 1907 auf wissenschaftlicher Grundlage veranstalteten Enquete über Moralunterricht und Moralerziehung in Schulen der ganzen Erde bringen. Diese Kommission setzt sich aus Vertretern jedes Gebietes unseres nationalen Lebens zusammen. Die Enquete wird reiches Material, das von geschulten Forschern aus allen Teilen der Erde zusammengetragen wurde, enthalten.

Wertvolle Daten dürfte fernerhin der erste internationale Kongreß für Moralerziehung bringen, der augenblicklich auf ähnlicher Basis vorbereitet wird und vom 23. bis 26. September dieses Jahres in London tagen wird (provisorisches Bureau 6 York Buildings. Adelphi, London W. C., siehe auch die Chronik.)

In den britischen Kolonien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika sieht das Problem ähnlich wie eben geschildert aus, nur daß der Fortschritt in der Richtung der rein weltlichen Lösung schon viel weiter gediehen ist. In den ganzen Vereinigten Staaten herrscht die weltliche Erziehung vor, lediglich zuweilen ergänzt durch eine Andacht, bei der Stellen aus der Bibel ohne Kommentare gelesen, Hymnen gesungen und Gebete gesprochen werden. Einige Staaten haben für systematischen Moralunterricht gesorgt. Die allgemeine Tendenz war jedoch, die ganze Erziehung mit moralischem Geist zu durchtränken. Während der letzten Jahre hat sich aber eine deutliche Neigung fühlbar gemacht, eine mehr ausgesprochene und gesicherte Moralunterweisung einzuführen, was darauf schließen läßt, daß die indirekte Methode doch keine vollbefriedigenden Resultate ergab. Ein Zeichen der Zeit ist die Begründung einer amerikanischen Liga für Moralunterricht nach dem Muster der englischen Liga; einflußreiche Pädagogen unterstützten sie und dürften ihr große Bedeutung verleihen. Pioniere der Bewegung waren die New-Yorker Schulen für ethische Kultur unter der Leitung von Dr. Felix Adler, die viele Jahre hindurch ein unvergleichlich wertvolles Versuchsfeld für Moralunterricht abgaben. In den Vereinigten Staaten ist die Empfindung stark ausgeprägt, daß eine moralische Atmosphäre in den öffentlichen Schulen eine unabweisbare Forderung des staatlich-weltlichen Erziehungssystems ist, und daß solch ein System ohne wirksame Moralerziehung eine nationale Gefahr darstellt. Es gibt auch keinen beweiskräftigen Grund, warum die verschiedenen religiösen Körperschaften nicht daran mitarbeiten sollten, ausreichenden Moralunterricht in den öffentlichen Schulen zu sichern.

In verschiedenen britischen Kolonien, wo das Unterrichtssystem allgemein ein weltliches oder nahezu rein weltliches ist, sind Kurse für Moralunterricht eingeführt, so z. B. in Südaustralien, Neu-Süd-wales, Queensland, Westaustralien, Neu-Schottland usw., aber es scheinen noch keine energischen Versuche gemacht worden zu sein, um die Lehrer auf ihr Amt als moralische Unterweiser vorzubereiten. Es bestehen keine brauchbaren Grundrisse des Moralunterrichts, und ich habe keine wirklich wertvollen Lehrbücher dieser Disziplin gefunden, die den Lehrern zu Hilfe kamen. Die Kolonien könnten in dieser Hinsicht noch viel von der zehnjährigen Arbeit der englischen Liga lernen.

Der Verfasser dieser Zeilen war einer der Mitarbeiter der schon eingangs erwähnten Enquete über Moralunterricht. Als solcher lag ihm die Untersuchung und der Bericht über Moralunterricht und Erziehung in französischen Schulen ob. Moralunterricht und

Bürgerkunde in systematischem Stufenaufbau ist in Frankreich seit 1882 in allen staatlichen Elementarschulen an die Stelle des ehemaligen Religionsunterrichts getreten. In höheren Schulen wurde er erst 1902 eingeführt. So liegen denn Erfahrungen über Versuche eines Vierteljahrhunderts vor. Welches sind die Ergebnisse? Der Anfang war nicht eben ermutigend, er führte nahezu eine Revolution herbei, und eine unüberbrückbare Kluft tat sich auf zwischen der Staatsschule und der religiösen Tradition des Volkes. Eine ansehnliche Zahl der Schulen (ihre Zahl ist seither zusammengeschmolzen, beträgt aber gegenwärtig noch immer 30 % der Elementarschulen) blieben außerhalb des Staatssystems. Und zwischen den Repräsentanten der beiden Schultypen bestand und besteht noch immer ein Kampf bis aufs Messer. Die Zukunft gehört der Staatsschule, aber es ist zu befürchten, mit einem an Auszehrung leidenden Moralunterricht, der nicht den Empfindungen der Gesamtheit der Nation gemäß ist. Ein energischer Versuch wurde zuerst von einer Anzahl ehemaliger freier Protestanten gemacht unter der Führerschaft Felix Pécauts, eines der größten, zu wenig bekannten Pädagogen. Der Versuch zielte darauf ab, den vorgeschriebenen Moralunterricht mit einem gewissen Theismus und ehrlicher Achtung für christliche Ethik zu durchsetzen. Der Versuch schlug fehl, und erst ganz allmählich durch Ausbreitung der protestantischen Tradition in der Nation kam im Laufe der Zeit einiger Erfolg zustande. Der Lehrer ersetzte den Geistlichen in der Schule, aber wo sollte die Lehrerschaft eine für sie gültige moralische Autorität finden? Seit Jahrhunderten ist die große Gesamtheit der Nation daran gewöhnt, die religiöse Autorität rein äußerlich in Kirche und Priesterschaft zu sehen, statt in dem inneren Mahner, auf den alle protestantische Tradition hinweist. Der Lehrer hat zu wenig Kenntnis der Bibel als einer Quelle moralischer Beispiele, auch seine Kenntnisse der großen humanistischen Weltliteratur waren bisher keine allzu umfangreichen, und seine inneren Moralerfahrungen gaben ihm auch nicht die notwendige autoritative Stimme. So wandte er sich der Göttin der Vernunft der französischen Revolution zu, und er ist seither ihr gläubiger Anbeter gewesen.

Die Franzosen haben noch kein genügend mächtiges Motiv gefunden, das die moralische Erziehung durchgeistigen könnte. Die „Pflichten gegen Gott" finden sich allerdings unter den zu erteilenden Moralstunden angeführt, aber sie werden gerne der Bequemlichkeit halber bis nach Schulschluß verschoben. Auf alle Fälle sind sie in abgesonderte Stunden verlegt, und es gelten ihnen nur ein oder zwei kurze Paragraphen in den zahlreichen Handbüchern der Lehrer. Die augenblicklich vorherrschende Note ist die der sozialen Solidarität, die mächtigste, die man bisher noch zu finden vermochte; dennoch scheint etwas zu fehlen. Es wird mehr an den Verstand als an den Willen appelliert, mehr an die Aufklärung des Geistes über Materien der Moral als an die Bildung des Charakters. Der Schwerpunkt liegt auf dem Moralunterricht, und die moralische Erziehung wird vernachlässigt. Beide aber sind nötig, obgleich nicht vergessen sein soll, daß der Appell an die Vernunft in Frankreich tatsächlich einen moralischen Wert besitzt, den die Kinder dieses Landes bereitwilligst erfassen, während englische Kinder ihm verständnislos gegenüberstehen würden. „Sei vernünftig", dies ist die erste moralische Ermahnung, die Eltern oder Lehrer in Frankreich an ein Kind richten. Es würde absurd erscheinen, wollten englische Eltern oder Lehrer dies zum Ausgangspunkt nehmen. Wenn Frankreich in bezug auf Moralunterricht einseitig ist, so ist England gleichfalls einseitig in bezug auf die

Moralerziehung. Es ist ebenso unzureichend, den Verstand über moralische Fragen zu belehren und die Sitten dann ihren eigenen Weg gehen zu lassen, als sich zu bemühen, rein praktisch Sitten zu bilden und ihr moralisches Verständnis zu vernachlässigen; wie Herbart sagt: „Einen Dummkopf kann man nicht tugendhaft machen.“ Die moralische Forderung soll sich auf den ganzen Menschen erstrecken, in Frankreich richtet sie sich vorwiegend an ihn nur als ein mit Vernunft begabtes Wesen. Nur sehr wenig wird die Phantasie des Kindes dabei berührt, wie denn überhaupt das Fehlen phantasievoller Kinderliteratur in Frankreich eine auffallende Tatsache ist; zu wenig zieht man die Hilfsmittel der Kunst heran. Im Unterricht ist nur wenig oder gar kein Sinn für das Unendliche und Ewige, somit auch nur ein enger Gesichtskreis. Die Tendenz läuft auf eine enge, bürgerliche Moral hinaus, der unter dem Einfluß der herrschenden soziologischen Schule in jüngster Zeit eine kleine Prise Sozialismus beigefügt worden ist.

Es sind heroische Anstrengungen gemacht, um den Moralunterricht wirksamer zu gestalten, und bis zu einem gewissen Grade waren sie erfolgreich: die bürgerliche Verantwortlichkeit, ferner die Tugenden der Reinlichkeit, der gedeihlichen Ordnung und andere Bürgertugenden sind großgezogen worden. Es sind aber wenig Anzeichen dafür, daß durch den Moralunterricht wirklich treibende Kräfte ausgelöst wurden, die zu den höchsten Heldentaten und Opfern anspornen. Die Tiefen des nationalen Lebens sind kaum berührt worden. Die Seele der Nation, deren Offenbarung die besten Geister Frankreichs durch die Schule erwarten, scheint bis nun noch nicht in Erscheinung zu treten. Dies ist natürlich nur in großen Umrissen der persönliche Eindruck, den ich empfing. Ein später erscheinender Bericht wird Licht und Schatten noch klarer darstellen. Ich möchte nur hinzufügen, daß die allgemeinen Anschauungen im großen ganzen mit denen Pécauts übereinstimmen.

Auf der Suche nach Autoritäten für die Moralerziehung hat sich Frankreich mit Erfolg unter den Einfluß der Naturreligion von Jules Simon gestellt, von Kants kategorischem Imperativ, von Comptes Positivismus, vom Utilitarismus, der Idee sozialer Solidarität, aber es hat dennoch keinen Ruhepunkt gefunden. Die augenblicklich vorherrschende Note sozialer Solidarität, die Leon Bourgois in den Vordergrund stellte und der es auch gelungen ist, den Moralunterricht zu beleben, ist jetzt dem Kreuzfeuer der Philosophen ausgesetzt.

J a p a n ist darin glücklicher gewesen. Auch dort erhoben sich ähnliche Schwierigkeiten, aber die kaiserliche Botschaft von 1890 scheint eine Lösung für die Schwierigkeiten des Moralunterrichts, der übrigens in Japan schon seit 1860 erteilt wird, gebracht zu haben. Die seinerzeit erschienene Botschaft, in der die Hauptgrundzüge sowohl des Schintoismus als der Lehre des Konfuzius verbunden sind, legt die großen fundamentalen Moralgrundsätze dar, die der Staat von seinen Bürgern verlangt und die, wie dort versichert wird, „unfehlbar für alle Zeiten, wahr an allen Orten sind“. Unter der vollen Autorität des Kaisers, der eine förmlich religiöse Verehrung genießt, wurden sie veröffentlicht, und sie haben in diesem Lande, wo der Ahnenkultus eine so hervorragende Stelle einnimmt, noch die weitere Sanktion für sich, „übereinstimmend zu sein mit den besten Traditionen der Vorfahren“.

Das Reskript trägt daher nicht nur den Stempel seiner inneren Autorität sondern auch der Autorität sowohl des Kaisers als auch der Ahnen der Nation „von Generation zu Generation“. Es ist erfüllt von begeistertem

Patriotismus, der von den Bürgern verlangt, daß sie im Notfalle sich selbst mutig dem Staate opfern. Die Moralerziehung in Japan hat somit ein mächtig wirkendes religiöses Motiv gefunden, obgleich es ein völlig untheologisches ist und frei von übernatürlichen Elementen, wie sie die englische Liga verficht. Es verkündet die Seele des Volkes in einer Form, die den verschiedenen religiösen Körperschaften der Nation gleich annehmbar ist.

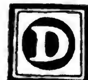
Kurz nach dem russisch-japanischen Kriege erhielt der Verfasser dieser Zeilen einen Brief des japanischen Unterrichtsministers, der folgendes feststellte: „Unsere Erfahrungen in den letzten zwei Jahren gigantischen Kampfes geben uns alle Ursache mit dem praktischen Erfolge unseres Moralunterrichts zufrieden zu sein. Sowohl unsere Männer auf dem Schlachtfelde, als auch die Daheimgebliebenen, die jedwedes Opfer mutig ertrugen, sind alle unter dem gegenwärtigen System der Moralerziehung groß geworden".

Die japanische Regierung hat es nötig gefunden, selbst eine Serie von Unterrichtsbüchern für einen stufenweise aufsteigenden Moralunterricht für die verschiedenen Elementarklassen herauszugeben und gestattet nur den Gebrauch dieser offiziellen Bücher. Sie wurden von einer Kommission vorbereitet, in der sich Vertreter sowohl der Lehre des Konfuzius wie des Buddhismus und des Christentums befanden.

Nach dieser kurzen Übersicht des Problems soll noch auf einen Artikel von Alfred Russel Wallace im Januarheft des Nineteenth Century hingewiesen werden. Er spricht dort aus, daß, nachdem die Menschheit seit undenklichen Zeiten keine geistigen und moralischen Fortschritte gemacht hat, als einer der beiden Faktoren, die endlich diesen Fortschritt bewirken werden, anzusehen ist „die gründliche systematische ethische Schulung jedes Menschen von früher Kindheit bis zur Zeit der Reife".



# HENRI DAGAN, PARIS: DIE PARISER UNIVERSITÉS POPULAIRES.



ER Versuch, wissenschaftliche Kenntnisse im Volk, unter Arbeitern, Handwerkern, kleinen Angestellten zu verbreiten, reicht kaum ein halbes Jahrhundert zurück. Eine wirkliche Entwicklung hat aber diese Bewegung erst seit höchstens 15 Jahren genommen.

Man muß zugeben, daß es zuerst Anarchisten waren, denen die Begründung von Arbeitergruppen zur Verbreitung philosophischer und sozialer Ideen zu verdanken ist. Die Sozialisten befaßten sich in erster Reihe mit dem politischen Kampf. Heute noch weisen sie der intellektuellen Kultur eine relativ geringfügige Rolle gegenüber der ökonomischen Befreiung zu. Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, den Wert dieser Taktik zu untersuchen, aber es muß festgestellt werden, daß sie dem Sozialismus kostbare Elemente entfremdet hat: die besonders zur Unabhängigkeit veranlagten verfeinerten und zartfühlenden Naturen, wie man sie mitunter in den unbemittelten Kreisen antrifft, denen die ihnen zugedachte Rolle zu unbefriedigend und materiell dünkte. Darum entwickelte sich auch der theoretische Anarchismus parallel mit dem doktrinären Kollektivismus. Aber während bei den Sozialisten die fortwährenden und verschiedenartigen politischen Ereignisse das Interesse unablässig wach erhielten, wurden die Anarchisten allmählich von

ihrer eintönigen, automatischen und im großen ganzen unfruchtbaren Propaganda ermüdet. Von da ab versuchten dann die intelligentesten unter ihnen, die Freiheitspropaganda durch ein System positiven rationellen Unterrichts zu ergänzen.

Bei aller Ablehnung des bürgerlichen Verwaltungs- und Regierungssystems konnten sie doch nicht umhin, anzuerkennen, daß die Elemente der wissenschaftlichen Kultur nur in der bürgerlichen Gesellschaft zu finden waren. Von diesem Augenblick an wurden die ersten Volksbildungsvereine in Frankreich begründet. Die Affaire Dreyfuß brachte eine glückliche Annäherung von Bürgerschaft und Arbeiterklasse mit sich, die sich vorübergehend gegen die Trümmer des alten Régimes verbündeten. Diese Sachlage begünstigte die Bewegung. Die Wissenschaftler und Professoren waren erstaunt, zu sehen, daß die Anarchisten keine wilden Tiere seien, die fanatischen Freiheitspropagandisten wiederum waren verblüfft vom guten Willen der „gemeinen Bürger". Es gab einen Höflichkeitsaustausch. Man versprach sich brüderlich, sich niemals den Hals abzuschneiden. Duclaux entbot Sebastian Faure seinen Gruß. Einige Volkshochschulen wurden begründet, deren tätigste zweifellos die im Faubourg Saint Antoine war, die den Namen „Cooperation des idées" annahm.

Eine kurze Beschreibung soll das Wesen der Volkshochschule erläutern.

In einem Lokal, das vorzugsweise in einem Arbeiterviertel gelegen ist, vereinigen sich allabendlich die Mitglieder der Volkshochschule, um einem Redner zuzuhören, der vom Verwaltungsrat über Vorschlag der Mitglieder gewählt wurde. Zuweilen hat der Vortragende selbst sich angeboten und wurde akzeptiert, wenn das Thema genehm war oder seine Persönlichkeit würdig befunden wurde, über ein beliebiges Thema zu sprechen.

Die Zahlung von monatlich 50 Centimes berechtigt zum Hören sämtlicher Vorträge, Kurse und Veranstaltungen, die im Laufe des ganzen Monats stattfinden. Es gibt keinerlei andere Zulassungsbedingungen. Das Haus steht allen offen ohne Einschränkung; Bürger und Arbeiter, Geistliche und Adlige, Bettler und Obdachlose können die Volkshochschule besuchen. Der Geist der Duldsamkeit, der hier mehr denn irgendwo herrscht, bietet jedem, der eintritt, volle moralische und physische Sicherheit. Dies ist wahrlich etwas Neues und Hohes, ein Fortschritt demokratischer Sitten. Freilich ist dieser Charakterzug in so vollkommener Form insbesondere in Paris ausgebildet. In der Provinz nehmen die Dinge mitunter eine andere Wendung. Die Beamten und tonangebenden Personen des Ortes üben auf die Leitung der Volkshochschulen einen nicht immer glücklichen Einfluß aus. Man begeht häufig den Fehler, zu verwegene oder zu sehr zurückgebliebene Elemente anzuschließen, z. B. Anarchisten oder Royalisten und Geistliche. In solchem Fall aber verleugnet eine Volkshochschule ihren eigentlichen Charakter und sie verfehlt ihr Ziel, denn sie soll ein freier Boden für die Auseinandersetzung und Diskussion von Ideen, Lehren und Taten sein.

Es geschieht aber zuweilen, daß einzelne Bürger, Beamte oder Unternehmer, Republikaner oder Konservative, die Leitung gewisser Volkshochschulen an sich bringen und ihre Tätigkeit beeinflussen, sowie auch andererseits manche Politiker oder manche übertriebenen Anhänger revolutionärer Lehren versuchen, die Institutionen ihren Zielen dienstbar zu machen und somit ihr Wesen zu fälschen. Georges Paul, ein Arbeiter, der zugleich Bibliothekar der Volkshochschule von Choisy le Roy war, schrieb hierüber: „Die Vorträge verloren an Interesse und wurden fast ausschließlich politisch. Fragen der

parlamentarischen Taktik, die in den fortschrittlichen Parteien diskutiert wurden, schienen die Hauptsorge der sozialistischen und freiheitlichen Arbeiter zu sein, von denen die Volkshochschule begründet worden war. Sie hatten das Ziel sozialer Erziehung, das ihnen zu Anfang vorschwebte, aus den Augen verloren, und anstatt die sonstige Neutralität zu wahren, hatten sie ganz bestimmte Doktrinen in den Vordergrund gestellt, für jene Sekten, die diese Doktrinen bevorzugten, Partei ergriffen und schließlich führten sie die Organisation gerade durch die Politik, der sie anfangs aus dem Wege gehen wollten, auf Abwege." „Das Ergebnis dieser Diskussionen", fügte Paul hinzu, „war, daß man nur noch ein Dutzend Hörer sah, die sich der Mühe unterzogen, diese Reden auf Volksversammlungen zu hören. Glücklicherweise empfand man die Notwendigkeit, diesem Zustand ein Ende zu machen. Man begriff, daß die Volkshochschule einen höheren Zweck und ein positiveres Ziel hatte. Und man kehrte zum System der exakten Belehrung, begleitet von freier Diskussion, die allen offen stand, zurück. Der Erfolg war ein ausgezeichneter, und die Hochschule nahm einen blühenden Aufschwung."

Der Unterricht an den Volkshochschulen ist naturgemäß ein sehr ungleicher, ja mitunter ungeordneter, und dies ist ein häufig gegen die Institution erhobener Vorwurf. Immerhin entspringen die Mängel, die man boebachtet hat, gerade jenen Hindernissen, die man hinwegräumen möchte. Ermüdet von einem langen Arbeitstag, geschwächt durch Berufskrankheiten, niedergedrückt durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit, können die Arbeiter sich nicht einer strengen und anspruchsvollen Disziplin unterwerfen. Sie benötigen somit einen wechselnden Unterricht, der von Ruhepausen und Unterhaltung unterbrochen wird. Die Volkshochschule bezweckt nicht, auf Examina vorzubereiten, Halbgelehrte und Bildungsprotzen zu züchten, sondern das Interesse wach zu erhalten, den Geist ans Denken zu gewöhnen, Intelligenzen zu wecken, das Volk zur Teilnahme am öffentlichen Leben heranzuziehen, das allgemeine geistige Niveau zu erhöhen. Eine schwere, schöne Aufgabe, aber sicherlich eine weniger utopistische als viele andere. Die Volkshochschulen könnten eines Tages sowohl gegen gefährliche Ausschreitungen der Volksherrschaft, wie gegen die Mißbräuche von Ausbeutern als Schutzwall dienen. Wird ihnen dies gelingen? Wir wollen es hoffen, aber es wird vor allem von der Ausdauer und Stetigkeit der Anstrengungen abhängen, die nach dieser Richtung gemacht werden.

Was die pädagogische Methode anbelangt, so hat man schon wesentliche Verbesserungen im Vortragsprogramm bestimmter Volkshochschulen erzielt. So konnte man z. B. an der Volkshochschule des Faubourg Saint Antoine die berühmtesten Gelehrten und die führenden Persönlichkeiten der Zeit hören. Es sind Vortragszyklen auf einem wirklich hohen Niveau eingerichtet worden, die dennoch gleichzeitig durchaus gemeinverständlich blieben. In ihren Monatsheften veröffentlicht die Volkshochschule die bedeutendsten Vorträge, und es wird darin zugleich auf bemerkenswerte Zeitschriftenaufsätze hingewiesen.

Neben dem sozialen Unterricht gibt es auch literarische und künstlerische Anregung in der Form von Unterhaltungen, Musikabenden, Theateraufführungen älterer und neuerer Werke. Im Faubourg Saint Antoine haben oft Künstler ersten Ranges von den ersten Pariser Bühnen, der Oper, dem Théatre Français, dem Odéon mitgewirkt.

Schließlich darf auch der Volkspalast nicht vergessen werden. Er liegt in einem wundervollen Park des Bois de Boulogne. Durch Zahlung eines

Monatsbeitrages von einem Frank können die Mitglieder sich dort allsonntäglich zusammenfinden, um Spiele zu spielen, zu tanzen, ihre Mahlzeiten einzunehmen, wobei keine andere Bedingung zu erfüllen ist, als daß jeder möglichst guten Willen mitbringe. Während des ganzen Sommers bieten Veranstaltungen im Freien, Aufführungen, Vorträge, Konzerte, Wettbewerbe, tausenderlei verschiedenartige, angenehme und lehrreiche Anregung, mitten in einer grünenden, frischen, reizvollen Umgebung. Etwa 20 Stuben sind zu billigem Preise an die Mitglieder vermietbar, und ihre Mieter, Arbeiter oder Angestellte, beziehen allabendlich nach beendetem Arbeitstag ihren Palast im Grünen.

In der Provinz und im Auslande haben die Volkshochschulen einen großen Aufschwung genommen. Nicht nur in größeren, auch in mittleren Städten und selbst in Dörfern sind Gründungen entstanden. Allüberall, wo geistiges Leben vorhanden ist, wurde der Institution die wärmste Aufnahme seitens der intelligenten Arbeiter und der Vorwärtsstrebenden aller Klassen.

Welcher Zukunft gehen die Volkshochschulen entgegen? Noch kann diese heikle Frage nicht mit Bestimmtheit beantwortet werden. Immerhin darf man annehmen, daß die Volkshochschulen viele Parteien, viele Vereinigungen, die mehr Lärm und Skandal als wirkliche Taten vollführen, überleben werden.

Zunächst entsprechen sie einem neuen Bedürfnis; die Verbreitung des Wissens hat die geistige Wißbegierde erweckt, die durch die unverdauliche Nahrung der Zeitungen nicht befriedigt wird. Weiterhin haben sie Bande der Kameradschaft und Brüderschaft zwischen den Schülern geschaffen. Auf ihrem Boden entsteht ein weiterer und aufgeklärterer Familienkreis. Man kann dort die ersten Bestrebungen von Vereinigungen, die ausschließlich auf Gefühlsgemeinsamkeit, gemeinsamen sozialen Tendenzen beruhen, beobachten. Auch unter diesem Gesichtspunkte bieten sich wertvolle Erfahrungen, und wenn nicht alle unsere Hoffnungen sich erfüllen, selbst wenn das Unternehmen scheitern sollte, wenn es sich zu schwach erwiese, würde ihm als Experiment eine nicht zu unterschätzende soziale Bedeutung verbleiben.



## DR. ROBERT SCHEU, PRÄSIDENT DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT, WIEN: DIE MITTELSCHULREFORM IN ÖSTERREICH.



INE solche Sturmflut von Schuldebatten, wie sie Österreich in den letzten Monaten erlebte, hat wahrscheinlich noch kein Land der Welt gesehen. Es geschah nicht nur sehr viel für die Schulreform, sondern es geschah überhaupt nichts anderes. In manchen Wochen drängten sich die Versammlungen, welche sich mit der Schulreform befaßten, derart zusammen, daß es Schwierigkeit machte, auch nur die Preßberichte zu verfolgen. Gelehrte, Schulmänner, Kaufleute, Politiker, gewesene und aktive Minister ergriffen das Wort. In den vielfach geradezu bedeutenden Referaten wurde wiederholt die Frage erörtert, was die eigentliche Ursache dieser mächtigen Bewegung sei.

Die äußere Geschichte der österreichischen Mittelschulbewegung gibt darauf teilweise Antwort. Sie sei daher in kurzen Zügen gezeichnet. Der Schreiber dieser Zeilen war es, der im Jahre 1896, in der Absicht, die Intellektuellen Österreichs zu organisieren und die Grundlage einer Kulturpartei zu schaffen, in der ersten Nummer der damals gerade erscheinenden Wochenschrift „Die Wage" die Veranstaltung einer Enquete zur Reform der Mittelschule anregte und auch zugleich die ersten organisatorischen Vorbereitungen unternahm. Der Jubel, mit welchem mein Aufruf beantwortet wurde, bewies, daß ich ein wahres Bedürfnis erraten hatte. Die Enquete kam zustande und beantwortete die Frage: Was leistet die Mittelschule vom Standpunkt der Hochschule und allgemeinen Bildung? Der Eindruck dieser Enquete, deren Verhandlungen als Broschüre erschienen, blieb der Öffentlichkeit unvergeßlich und ist eigentlich in ihrer Wucht durch keine spätere Veranstaltung mehr übertroffen worden. Im Frühling 1906 kündigte sich ohne sichtbaren Anlaß ein neu erwachendes lebhaftes Interesse für die Mittelschulfrage in Broschüren und Zeitungsartikeln an. Dies veranlaßte mich, wieder auf die Mittelschulfrage zurückzugreifen und den Herausgeber des Neuen Wiener Tagblatts, Herrn Wilhelm Singer, für die Veranstaltung einer zweiten Enquete zu interessieren, welche sich auf dem Boden der von mir inzwischen gegründeten Kulturpolitischen Gesellschaft abspielen sollte. Ich publizierte im Neuen Wiener Tagblatt einen Fragebogen, der an Mittelschüler, Abiturienten, Erwachsene, im Beruf stehende Personen gerichtet war. In massenhaften Antworten bekundete sich ein stürmisches, leidenschaftliches Interesse für eine tiefgreifende Umgestaltung des Mittelschulwesens. Im Anschluß daran organisierte ich die mündliche Enquete der Kulturpolitischen Gesellschaft, welche zwei Monate lang öffentlich tagte und das Problem nach allen Richtungen durcharbeitete. Eine Auswahl der schriftlichen Äußerungen veröffentlichte ich als „Schülerbriefe über die Mittelschule". Die Protokolle der Verhandlungen erschienen als zweiter Band (Verlag Moritz Perles, Wien). Aus den Schülerbriefen ging insbesondere die Maturitätsprüfung schwer havariert hervor. Das Buch erregte Ärgernis, aber noch mehr die Zustände, welche es enthüllte. Die konservativen Kreise sammelten sich inzwischen im „Verein der Freunde des humanistischen Gymnasiums", beeilten sich aber, selbst ein Reformprogramm zu entwerfen, welches nur den Fehler hatte, etwas spät zu kommen. Die Reformfreunde gruppierten sich im Verein „Schulreform", der im Herbst 1907 den Kampf mit den Vorträgen Gurlitts und Ostwalds eröffnete. Damit trat die Bewegung in ihren Höhepunkt ein, sich von Tag zu Tag steigernd, je näher die vom Unterrichtsministerium angekündigte Enquete rückte. Diese, anfänglich mit einigem Mißtrauen betrachtet, überraschte durch die Objektivität der Führung, welche der Unterrichtsminister Marchet persönlich innehatte, und die Höhe der Auffassung. Der Minister versprach in seinem Resümee einschneidende Reformen und die Schaffung eines dritten Typus, eine achtklassige Einheitsschule ohne Griechisch, welche sich im Konkurrenzkampf mit den bisherigen Schultypen zu bewähren haben werde. Seither sind die Erlässe über die Reform der Matura erschienen, welche einen glänzenden Sieg der Reformer bedeuten. Weitere Dinge sind in Vorbereitung.

Viele glückliche Voraussetzungen vereinigten sich zu diesem Ergebnis. Die vorausgegangene Wahlreform und die damit verknüpften bedeutenden politischen Kraftanstrengungen hatten für eine Zeitlang das politische Interesse erschöpft und eine Ruhepause geschaffen, welche einer großen kulturellen

Aktion sehr günstig war. Das Bürgertum, welches sich vor ganz neue Staatsaufgaben gestellt sah, erkannte mehr dunkel als bewußt, daß die Mittelschule in ihrer gegenwärtigen Gestalt eine andauernde Schwächung der Intelligenz und Lebenskraft bedeute, eine schwere innerliche Hemmung, welche unbedingt hinweggeräumt werden müsse. Es galt, die Augen für die Realität zu öffnen und sich für die großen Probleme des Staatslebens, welche der Lösung harren, durch eine Verjüngung der Geister zu rüsten. So beichtete die Intelligenz in diesen Tagen, daß sie sich innerlich gebrochen fühle und nicht mehr im Vollbesitz ihrer natürlichen Anlagen sich befinde, dem Leben entfremdet und zu höheren Aufgaben unfähig sei. Wo sonst aber sollte die Schuld liegen, wenn nicht in der Schule? Sie war es ja, welche die gesunde Auffassungskraft in Gedächtniskram, Formalismus und Philologie erstickte, die Persönlichkeit aber durch eine pedantische Disziplin in ihrer Schwungkraft lähmte und vorzeitig knickte. Mit noch größerem Ingrimm wurden ihr die Unterlassungssünden vorgehalten: alle Anforderungen des modernen Lebens erhoben ihre Stimme. Immer neue Gegenstände wurden gefordert, die Naturwissenschaften verwiesen auf ihren wachsenden Reichtum und die modernen Sprachen, und die Sozialwissenschaften pochten ans Tor. Ein spezifisch österreichisches Problem ergab sich durch die Vielsprachigkeit des Reiches, welche ohnehin einen großen Teil der geistigen Kräfte absorbiert und bindet. Sehr gewichtige Stimmen forderten Berücksichtigung der Landessprachen in der Schule; auf die bestürzte Frage, wie angesichts der beklagten Überbürdung der Raum für die vielen neuen Disziplinen geschaffen werden sollte, wurde darauf hingewiesen, daß durch eine energische Zurückdrängung des Sprachenbetriebs, durch eine Umgestaltung der Lehrpläne, Lehrbücher und Methoden und insbesondere durch eine verbesserte Auslese der Lehrer die notwendigen Ersparungen gemacht werden könnten und müßten. Die hart angegriffenen Schulmänner machten ihrerseits für ihre Mißerfolge das schlechte Schülermaterial und die allgemeine Überfüllung der Mittelschulen verantwortlich, welche ihren eigentlichen Zwecken längst entfremdet, von dem Druck sozialer und nationaler Ansprüche gewissermaßen gesprengt werden. So entwickelte sich bald mit voller Klarheit aus einer scheinbar pädagogischen Frage ein großes wirtschaftliches und soziales Problem.

Und ist es nicht wirklich ein seltsamer Widerspruch, daß in demselben Maße, als die Mittelschule Gegenstand immer leidenschaftlicherer Angriffe wird, gleichzeitig der Zudrang in beängstigender Weise wächst? Während im Jahre 1857 auf je tausend Jugendliche 15,3 Mittelschüler kamen, wurden 1900 37,7 unter tausend gezählt. Die absolute Zahl ist in der selben Zeit von 1 845 000 auf 2 547 000 gestiegen. An dieser Vermehrung der Mittelschüler hat aber der steigende Bildungsdrang der nichtdeutschen Nationen einen immer wachsenden Anteil. Während im Jahre 1881 auf eine deutsche Mittelschule 55 000 deutsche Bewohner kamen und 159 000 nichtdeutsche, kommen im Jahre 1907 auf eine Mittelschule 46 500 deutsche und 89 900 nichtdeutsche Einwohner. Diesem gewaltigen Wachsen der Intelligenzschicht bei allen Nationen entspricht aber ein merkliches Sinken des Wertes der Bildung im wirtschaftlichen Kampfe. Der gewaltige Bildungsdrang, hinter dem allgemein kulturelle und nationale Kräfte wirken, ist nationalökonomisch nicht richtig geleitet, die jährlich erzeugte Intelligenz findet in der Volkswirtschaft keine Unterkunft. Daher der ungesunde Drang nach dem Beamtentum. Die Zweckentfremdung der Mittelschulen und ihre Überfüllung

hat eine Mechanisierung des ohnehin ungenügenden Massenunterrichts zur Folge und ist gleichzeitig die Ursache einer schlechten Schüler- und Lehrerselektion.

Trotzdem hat niemand ernstlich den Wunsch, den Bildungsdrang zurückzuweisen; so bleibt nur die Frage, wie er verwertet und placiert werden soll. Zur Lösung dieser Schwierigkeit wurden zwei Wege vorgeschlagen: Reform des Berechtigungswesens, um die Mittelschulen von jenen zu entlasten, welche sie ohne innern Drang aufsuchen, und Schaffung neuer Typen, welche den Ansprüchen einer höheren Nützlichkeit genügen. Die einen glauben dies durch ein sechsjähriges Lyzeum mit modernen Sprachen zu erreichen, die andern glauben, daß die vierklassige Einheitsschule mit möglichst vielgestaltiger Gabelung im Oberbau gleichzeitig den pädagogischen und wirtschaftlichen Forderungen der Schulreform Genüge leiste. Die achtjährige Einheitsschule ohne Griechisch ist aber ein Kompromiß, welches hauptsächlich darum bevorzugt wird, weil seine Realisierung am leichtesten scheint. Hierzu bedürfte es nämlich nur einer Umgestaltung der Realschulen, welche der Landesgesetzgebung unterstehen. Da nun der christlichsoziale Minister Dr. Gessmann, der sich für die Mittelschulreform außerordentlich interessiert, durch seine Partei auf die Landtage einen besondern Einfluß besitzt, so glaubt man auf diesem Wege am raschesten zum Ziel zu gelangen.

Die Frage ist nur, ob die Bevölkerung von den gebotenen Typen den entsprechenden Gebrauch machen wird. Die Erfahrung lehrt, daß die Bevölkerung trotz Gewerbe- und Handelsschulen das Gymnasium bevorzugt. Eine interessante Statistik zeigt, daß die Realschule in Jahren ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur an Schülerzahl verliert, während in Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs die Anziehungskraft der Realschule größer wird. Man sieht daraus klar, daß alle Schulreformen nichts ausrichten können, wenn nicht gleichzeitig die Produktions- und Wirtschaftspolitik sich ändert. Es gibt in Österreich nicht genug Verwertungsmöglichkeiten der Intelligenz in Ermangelung einer großzügigen Industriepolitik, in Ermangelung von Kolonien, Flotte usw. Man hofft nun freilich durch die Schulreform der Sache umgekehrt näherzukommen: man will den Sinn der Bevölkerung für den Erwerb wecken und der Überschätzung der intellektuellen Berufe entgegenarbeiten. Dadurch soll eine Umwertung herbeigeführt und im weitern Verfolge auch die allgemeine Wirtschaftspolitik beeinflußt werden. Ob dies glücken wird? Jedenfalls gehört es zu den wesentlichen Wirkungen der Schulreformbewegung, daß sie das Erwerbsproblem so gründlich aufgerollt hat.

Alle diese Schultypen sind noch im großen und ganzen als Reformen auf der Basis der gegebenen Begriffsschule gedacht. Inzwischen haben sich aber schon viel weitere, höhere Zukunftsforderungen zum Wort gemeldet. Die eigentliche Zukunftsschule, welche den Arbeitsunterricht, die aktive Tätigkeit des Schülers, zur treibenden Kraft des Unterrichtes machen will, hat sich bereits schüchtern angekündigt. Ein volles Verständins für diese Forderung kann aber derzeit noch nicht erwartet werden, so lange die Begriffsschule nicht einmal in ihrer Art einwandfrei ist. Von der Arbeitsschule wird wohl erst dann die Rede sein können, wenn die heute bestehenden Schultypen tadellos funktionieren. Die Kritik des humanistischen Gymnasiums wird erst dann einsetzen können, wenn wir wirklich ein humanistisches Gymnasium haben werden. Bis jetzt wissen wir ja noch gar nicht, wie ein solches aussieht, denn wir kennen nur die scholastische Schule. Erst wenn das Gymnasium wieder eine Gelehrtenschule sein wird

und die übrigen Schultypen ihre bezüglichen Zwecke erfüllen, wird die Zeit gekommen sein, der Frage näher zu treten, ob nicht auch die Erziehung der Intellektuellen eine fundamentale Umgestaltung erfahren soll. Die Arbeitsschule wird dann vielleicht auch zugleich den einheitlichen Unterbau des gesamten Volksunterrichts bilden können, von welchem sich alle übrigen Formen abzweigen. Solange aber die Schulen aus den geschilderten sozialen Gründen ihrem eigentlichen Zweck entfremdet sind, fehlt uns die Übersicht und das Urteil, was sie vermöge ihrer innern Qualität heute noch zu leisten vermöchte.

Die Schulreform hat in Osterreich vielleicht noch eine andere wichtige Voraussetzung: die Lösung der Nationalitätenfrage. In Österreich ist die Mittelschule vielfach ein Instrument, durch welches die Nationalitäten ihren Einfluß auf die Staatsverwaltung ausgestalten. Wenn es gelingt, die nationale Autonomie durchzuführen, gemäß welcher jede Nation ihre Kulturbedürfnisse selbst zu decken hat, wenn der Streit um die Macht in den Zentralstellen geordnet sein wird, wenn die Nationen nicht mehr in der Hervorbringung von Beamten wetteifern werden, dann wird auch das nationalpolitische Motiv entfallen und die Mittelschule wieder eine pädagogische Frage werden können.

Die Entwirrung jenes Knotens, den wir Mittelschulfrage nennen, wird vielleicht folgenden Gang zu nehmen haben. Vorerst wird durch rein pädagogische Mittel und durch einen neuen Geist in der Behandlung der Schüler die eigentlich überflüssige, rein oberflächliche Gereiztheit gegen die Schule zum Verschwinden gebracht werden müssen. In dieser Beziehung darf man hoffen, daß durch die bisherigen Debatten und die Erregung der öffentlichen Aufmerksamkeit genug geschehen ist, um hier endlich die gröbsten Mißstände zu beseitigen. Diese Arbeit kann als zum größten Teile bereits geleistet betrachtet werden; damit wird aber erst das intellektuelle Kampffeld klar. Als zweites hat dann die große Differenzierungsarbeit und Entlastung der Mittelschule zu beginnen. Durch einschneidende Änderungen des Berechtigungswesens, insbesondere, durch die Gleichberechtigung der Realschule, ist dann dafür Vorsorge zu treffen, daß das Schülermaterial sich richtig aufteilt.

Gleichzeitig ist durch eine großzügige Wirtschaftspolitik die Anziehungskraft der erworbenen Berufe zu steigern. Inzwischen ist es schon ein bedeutungsvolles Resultat der Schulreformbewegung, daß sich die besten Köpfe der Nation diesem Probleme zugewendet haben. In dem Augenblick, wo die Volksgesamtheit mit so vernehmbarer Stimme erklärt, daß die Erziehungsfrage im Vordergrund stehe und unbedingt gelöst werden müsse, eröffnen sich für die einschlägigen Bestrebungen große, neue und vielleicht glänzende Chancen. Eine Fülle von Talenten wendet sich den Erziehungsaufgaben zu, neue Lehrbücher erscheinen, welche den höchsten Ansprüchen genügen, Geldmittel fließen williger, der Lehrermangel schwindet, und die Schule wird wieder jung.



# DR. RUDOLPH PENZIG, BERLIN: RELIGION UND SCHULE.

INE der ersten programmatischen Erklärungen, die der Nachfolger von Exzellenz Dr. Studt, der neue Kultusminister Dr. Holle gegen Ende des vorigen Jahres im Abgeordnetenhause abgab, ging dahin, das „alte vertrauensvolle Zusammenwirken zwischen Kirche und Schule“ in Preußen solle durchaus aufrecht erhalten werden. Niemand, der das geschichtliche Verhältnis dieser beiden Mächte des öffentlichen Lebens kennt, hatte etwas anderes erwartet. Ob es freilich richtig ist, ein Verhältnis der Dienstbarkeit, wo der eine Teil allerdings ungemessenes Vertrauen in die Botmäßigkeit des anderen setzt, der andere Teil aber mit gerechtfertigtem Mißtrauen die Herrschaftsgelüste des ersten betrachtet, ein Vertrauensverhältnis zu nennen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist die Verbindung von Kirche und Schule uralt, älter sogar als das Christentum, da überall, wo die Gesellschaftsordnung ein Priestertum zum Hüter der Tradition und Bildner der Jugend berief, wie in Ägypten, Babylonien, Indien, Persien und später im karolingischen und mittelalterlichen Europa, die offiziellen Pfleger der Religion in der Schule wesentlich nur eine Anstalt zur Ausbildung von Klerikern erblicken konnten. Die Umwälzungen des Renaissance- und Reformationszeitalters brachten mit den protestantischen Kirchen zwar auch deren Anhängsel, die Schule, unter die Staatsoberhoheit, änderten aber zunächst nichts an dem ungeheuren Übergewicht des kirchlich-religiösen Lehrstoffes über die bescheidenen Anfänge weltlicher Unterweisung und Erziehung. Ja, die Schule wurde bewußt für die Rekrutierung konfessioneller Glaubensgemeinschaften in Anspruch genommen. Erst mit dem Aufklärungszeitalter beginnen die Versuche, die Schule als reine staatliche Veranstaltung zu retten; so in dem „Generallandschulregiment“ Friedrichs des Großen von 1763 und dem „Allgemeinen Landrecht“ von 1794. Gleichzeitig suchte man (Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. von 1799) für die Schule einen interkonfessionellen Religionsunterricht in den „allgemeinen Wahrheiten der Religion“ und der „allen kirchlichen Parteien gemeinschaftlichen Sittenlehre“ einzuführen. Das Simultanschulwesen erfreute sich, nicht nur in konfessionell gemischten Gegenden, der staatlichen Förderung. Alle diese Anläufe, die sich an die Namen Fichte, Pestalozzi, ja selbst Schleiermacher (der allen Religionsunterricht aus den öffentlichen Staatsschulen entfernt wissen wollte) knüpfen, wurden durch die Reaktion der Mitte des 19. Jahrhunderts erstickt. Seitdem ist in Preußen, mit der kurzen Unterbrechung der Falkschen Schulgesetzgebung, die engste Verbindung mindestens der Volksschule (für 90—95 % des ganzen Volkes) mit der Kirche als Vertreterin der Religion oberste Staatsraison. Was der Zedlitzsche Schulgesetzentwurf von 1892 nicht direkt erreichen konnte, ist inzwischen teils auf dem Verwaltungswege, teils durch das an diesem 1. April 1908 ins Leben getretene Volksschul-Unterhaltungsgesetz erreicht, nämlich die grundsätzliche Konfessionalisierung der gesamten Staatsschule.

Und dies in einer Zeit, wo in fast allen zivilisierten Staaten sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß die religiöse Unterweisung lediglich Sache des Hauses oder der religiösen Gemeinschaften selbst, nicht aber Sache der Schule ist. Schon seit 1882 ist in Frankreich, beinahe ebenso lange in Italien und Holland, Religionsunterricht aus den staatlichen Schulen verbannt; die

Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben konfessionslose Schulen; in England und in fast allen englischen Kolonien wird kein Religionsunterricht von Staas wegen erteilt, von Japan und China ganz zu schweigen. wo ein ethischer Unterricht den religiösen vertritt. Überall aber, selbst in katholischen Ländern, wie in Österreich, Portugal usw., tritt die Neigung hervor, entweder die für den Religionsunterricht in der Schule ausgeworfene Stundenzahl zu kürzen oder diesen selbst zu einer einfachen biblischen Andacht zu entkonfessionalisieren.

Die Gründe dieser fast internationalen Bewegung der Zurückdrängung der Religion aus der Schule, woraus übrigens keineswegs ohne weiteres auf eine geringere Wertung der Religion zu schließen ist, liegen auf der Hand. Es seien hier nur, unter Verzicht auf die Untersuchung der Schuld, die vielleicht die konfessionellen Religionsgemeinschaften selbst trifft, genannt: das allgemeine Anwachsen und Überwiegen der Industrie über die Landwirtschaft, die eine erhöhte Anspannung aller Kräfte in den weltlichen Schulfächern bedingt; die zunehmende Demokratisierung der Kulturvölker, die eine stetige Steigerung der Orientierung im Diesseitsleben, vor allem auch in Bürgerkunde und Staatswissenschaft bedingt; die durch den gewaltigen Verkehr herbeigeführte Mischung der religiös und konfessionell gesonderten Bevölkerung, und endlich der Fortschritt der Wissenschaften, insbesondere der Naturwissenschaften.

Der Prozeß der Verweltlichung des Staates ist, seitdem die Uneinigkeit und Vielfältigkeit der Religionen jede Theokratie alten Stils, aber auch den „christlichen Staat" unmöglich gemacht haben, offenbar nicht mehr aufzuhalten, und Preußen-Deutschland kämpft nicht nur auf einem verlorenen Posten, sondern isoliert sich auch augenscheinlich kulturell und politisch von allen vorgeschritteneren Nationen, indem es sein Schulwesen künstlich auf den Boden des Mittelalters zurücksetzt und seiner Jugend statt der sittlichen Kräfte zum Vollmenschentum vergeblich die religiöse Inbrunst vergangener Zeiten aufzuzwingen versucht.

Die tiefste Ursache dieser Rückständigkeit ist in zwei Gedanken zu suchen, die vielleicht dem Herzen, gewiß aber nicht der Urteilskraft der preußischen Regierungsbehörden Ehre machen. Obwohl gerade in Deutschland seit Kant bis zu Nietzsche hin die wissenschaftliche Ethik, vielfach befruchtet auch durch englische und französische Einflüsse, aber auch durchaus original und ihrerseits Richtung gebend, die allerbedeutsamsten Fortschritte gemacht hat in der Erkenntnis der sittlichen Normen als Naturbedingungen menschlichen Gemeinschaftslebens; obwohl kein Völkerpsycholog und kein Historiker, geschweige denn Ethiker und Philosoph, die alte scholastische Lehre von den ewigen unveränderlichen und einzig auf religiöse Sanktion gestützten Normen der Sittlichkeit mehr aufrecht zu erhalten wagen darf, ohne seinen wissenschaftlichen Ruf unheilbar zu diskreditieren, gilt im preußischen Kultusministerium und in der Gedankenwelt hoher und allerhöchster Personen noch immer der Satz, daß es eine allgemein-menschliche Moral ohne Religion einfach nicht geben könne. Bismarck hatte das Wort geprägt: „Das Wesentliche an jedem Menschen ist sein Verhältnis zu Gott" und sein Nachfolger Caprivi sah in dem Versuch einer rein natürlichen Ethik „Atheismus". Und da nun zugestandenermaßen der Kulturstaat als der oberste Hüter von Sittlichkeit und Recht und als berufener Erzieher der Jugend gilt, so folgt alles übrige, bis zu der fast schamlos zu nennenden Zwangskonfessionalisierung von Dissidentenkindern, von selbst.

Wenn man aber meinen wollte, ein solches Übersehen der bedeutsamsten philosophischen Entwicklung unserer Tage durch die dem ganzem Schulwesen einschließlich der Universitäten übergeordneten Behörde sei einfach unmöglich — so tritt sofort der zweite Gedanke ergänzend ein, der da meint: Gesetzt auch, es gäbe eine natürliche rein menschliche Sittenlehre, so könnte diese doch nur das Eigentum weniger philosophisch geschulter Köpfe sein; für die große Menge des Volkes sei die alte „Religion noch immer die Philosophie des kleinen Mannes"; man könne dieses Zuchtmittel zur Bändigung gefährlicher Naturinstinkte nicht entbehren und tausche lieber das kleinere Übel einer kirchlich drangsalierten Schule gegen das größere Übel allgemeiner Zuchtlosigkeit ein. Eine gewisse Unterstützung würde diese Auffassung erfahren durch die unleugbare Tatsache, daß in Preußen der Volksschüler wöchentlich viermal, der Schüler höherer Lehranstalten nur zweimal offiziellen Religionsunterricht erhält, daß ferner Dispensationen vom Religionsunterricht auf Wunsch dissidentischer Eltern auf höheren Schulen leichter als für Volksschüler erteilt werden, daß endlich die Religionslehrer an Gymnasien, Realschulen usw. eine gewisse (immerhin nicht allzu große) Freiheit bei der Berücksichtigung der liberalen theologischen Kritik in ihrem Unterricht genießen, während Volksschullehrer, die irgendwie gegen die Orthodoxie verstoßen, ohne weiteres ihre Stelle verlieren. Längst hat man dem Worte des herzensguten alten Kaisers Wilhelm „Dem Volke muß die Religion erhalten werden" durch Unterstreichung und Pointierung der beiden ersten Worte einen fatalen Nebensinn gegeben. Es ist begreiflich, wenn bei der starken Unzufriedenheit, die ohnehin bei den sog. unteren Klassen des Volkes gegen die „höheren" herrscht, gerade dieser Versuch einer Unterscheidung einer esoterischen höheren Wahrheit von der exoterischen niederen eine blinde Feindseligkeit gegen alles durch die Staatsschule aufgezwungene religiöse Wesen erzeugen muß, die in dem Satze des sozialdemokratischen Erfurter Programms von 1891, wonach „Religion Privatsache" sein solle, einen dem Empfinden großer Volkskreise noch nicht völlig entsprechenden Ablehnungs-Ausdruck gefunden hat. Man fordert dort die weltliche, d. h. religionslose Schule, ist aber auch von tiefem Mißtrauen erfüllt gegen eine Schule, die an Stelle der Religion etwa eine „Staatsmoral" lehren wollte — und die Gerechtigkeit erheischt das Zugeständnis, daß die bisherigen Ansätze zu einer staatlich gelehrten Moral, wie sie in der Behandlung des Geschichtsunterrichts und im muttersprachlichen Unterricht zutage getreten sind, nicht eben ermutigend auf diese Kreise wirken konnten.

Hierzu kommt endlich noch, um die Verwirrung der Geister zu steigern, ein ebenso praktisch erprobtes, wie theoretisch unanfechtbares Argument. Immer mehr verbreitet sich, sowohl in den Kreisen der Religionslehrer und Geistlichen, wie im Volke selbst die Überzeugung, daß Religion an sich überhaupt nicht lehrbar sei. Was gelernt werden könne, sei unfruchtbarer Gedächtniskram, aufgezwungene Schulmeinung und darum unbewußt oder bewußt ausgesprochene Heuchelei, und gerade das Feinste und Intimste religiöser Eigenüberzeugung sei rein individuell und widerstreite jeder Uniformierung und jedem Zwange. Ein Geistlicher, Arthur Bonus, hat in seinem vielgelesenen Büchlein „Vom Kulturwert der deutschen Schule" dieser Stimmung einen überaus kräftigen Ausdruck gegeben.

So kann es nicht wundernehmen, daß dem immer unerträglicher werdenden Druck von oben, der die Religion durchaus wieder zum Stern und Kern der ganzen Schule machen möchte, ein immer steigender Gegendruck ant-

wortet. Zwar ist die deutsche Lehrerschaft, organisiert in Verbänden, die über 100 000 Mitglieder umfassen, noch weit entfernt (wie der letzte Lehrertag in München wieder gezeigt hat), die Religion etwa ganz aus der Schule entfernen zu wollen. Vielmehr ist die große Mehrheit nicht im geringsten gewillt, dieses eine und fast einzige Fach, das ihnen den Zugang zu den Herzen der Kinder öffnet, etwa der Geistlichkeit außerhalb der Schule abzutreten. Daß dieselbe Mehrheit sich — in Preußen noch immer vergeblich — gegen die unwürdige Bevormundung des Lehrers durch den geistlichen Orts- oder gar Kreisschulinspektor wendet, beweist nur, daß man dort Religion und Kirche auseinanderzuhalten versteht.

Aber es sind Anzeichen genug dafür vorhanden, daß auch die Vorherrschaft oder Tyrannis der Religion gegenüber den anderen Schulfächern Widerstände weckt, die sich schließlich auch gegen die Wünsche der Regierenden durchsetzen werden. Eine Sturmwarnung — nicht mehr, aber auch nicht weniger — war der Konflikt der Lehrer Bremens mit ihrer Aufsichtsbehörde, der mit der Forderung der Abschaffung des Religionsunterrichts anhub, um allmählich in eine weitgehende Reform dieses Unterrichts umzulenken. Das Vorgehen der Bremer fand ausdrücklich Unterstützung in Hamburg und in Leipzig. In den protestantischen Theologenkreisen liberaler Richtung, von Baumgarten, Harnack bis zu Rade, Schiele u. a., herrscht emsige Tätigkeit, um durch Umgestaltung des zugestandenermaßen unfruchtbaren, wenn nicht direkt schädlichen Katechismusunterrichts aus der überlebten Konfessions- und Klassenkirche wieder eine Volkskirche bauen zu helfen, die niemanden nötigt, in dem Dilemma zwischen der heutigen Welterkenntnis und der Tradition, zwischen Kopf und Herz einseitig Partei zu nehmen. Die gleichzeitig in römisch-katholischen Kreisen sich hervorwagenden ähnlichen Versuche sind zwar durch den Syllabus und die Enzyklika Pius X. vorläufig zurückgedrängt, aber darum nicht tot.

Und wenn so versucht wird, vom Standpunkt freien religiösen Denkens einen Stollen in den Gebirgsstock Ultramontanismus plus Orthodoxie hineinzutreiben, so arbeiten seit Jahrzehnten von der anderen, nichtkirchlichen Seite, emsige Kräfte gleichfalls am Tunnelbau. Die ethischen Gesellschaften, denen sich in neuerer Zeit verschiedene Kulturbünde, Monistenbünde, freireligiöse und Freidenkervereinigungen, das Weimarer Kartell usw. hinzugesellten, arbeiten nach amerikanischem und englischem Vorbilde darauf hin, der Schule einen positiven Ersatz für den überlebten Religionsunterricht in Gestalt einer Lebens- und Bürgerkunde, einer systematischen und direkten Einführung der Jugend in das sittliche Gemeinschaftsleben der Nation und Menschheit zu schaffen. Der nach dem Vorbild der englischen League for Moral Instruction, aber mit Berücksichtigung des deutschen Charakters vor 1½ Jahren gegründete Deutsche Bund für weltliche Schule und Moralunterricht hat bereits über tausend Mitglieder gerade aus Lehrerkreisen gewonnen, und richtet seine Arbeit besonders, unter Abwehr aller Polemik, gegen das Kirchentum und selbstverständlich auch ohne jede Feindseligkeit gegen die Religion selbst, auf die Schaffung einer mustergültigen moralpädagogischen Literatur, zu der bereits recht beachtenswerte Anfänge geschaffen worden sind.

Es ist ein erfreuliches, wenn auch selbstverständliches Zeichen der Solidarität aller Kulturvölker, daß alle solche und ähnliche Probleme, die als Steine auf dem Fortschrittswege der Menschheit liegen, wie z. B. der nationale Chauvinismus, das Wettrüsten der Völker, aber auch der Druck der religiösen

Gemeinschaften auf dem Schul- und Bildungswesen, zum Gegenstande internationaler Gemeinschaftsarbeit gemacht werden. So mußte die Friedensbewegung, so auch die ethische Bewegung international, d. h. völkerverbindend werden. Nicht als ob man Kulturbestrebungen des Auslandes in bloßer Nachahmung einfach auf den Heimatsboden hinübernehmen könnte; vielmehr hat ein jedes Volk nach seinen hervorragendsten Charakterzügen seinen ihm eigentümlichen Beitrag zum Fortschritt der Kulturmenschheit zu liefern; aber so, daß wir die ungeheuren Verkehrsmöglichkeiten unserer Zeit nutzbar machen zu einer auf die Gegenseitigkeit des Lehrens und Sichbelehrenlassens aufgebauten internationalen *Völkerakademie*. In dieser Hinsicht sind die großen internationalen Kongreße wissenschaftlichen und auch praktischen Charakters wahrhafte Dokumente des menschheitlichen Fortschritts. Und auch auf dem hier speziell behandelten Gebiete, dem des Verhältnisses zwischen Religion und Schule, wird trotz aller hier besonders starken konfessionellen und nationalen Verschiedenheiten, der Versuch einer Verständigung der Völker noch in diesem Jahre unternommen werden. Die englische Hauptstadt London wird im September dem zweiten internationalen Religionskongreß und gleich darauf (vom 23.—26. September) dem ersten internationalen Kongreß für Moralpädagogik Gastfreundschaft gewähren (siehe S. 516). Weit über dreihundert der in Ethik und Pädagogik führenden Männer aus Amerika, Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Japan, Italien, Österreich, Rußland, Skandinavien, der Schweiz und Ungarn haben ihre tätige Mitwirkung bereits zugesagt. Und wenn auch die endgültige Lösung des Problems, wie die tiefsten und reifsten Gedanken und Empfindungen der Menschheit: die *Religion*, fruchtbar gemacht werden kann für die sittliche und geistliche Bildung der Jugend: die *Schule*, natürlich der nationalen Kulturarbeit der nächsten Jahrhunderte noch überlassen bleiben muß, so darf doch von dieser Zusammenkunft, an deren Zustandekommen Deutsche regsten Anteil genommen haben, eine fruchtbare Klärung der Streitfragen und ein gedeihliches Zusammenwirken der besten Geister aller Völker erwartet werden.



## DR. WILHELM OHR, PRIVATDOZENT DER GESCHICHTE, TÜBINGEN: NEUE STRÖMUNGEN IN DER DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFT.

DER deutsche Kulturfortschritt vollzieht sich heute, so scheint es, in anderen Schichten wie früher. Bis vor einem Menschenalter hatten wir eine spezifisch akademische Kultur. Das Volk war in der Hauptsache eine kleinbürgerlich-agrarisch geschichtete Masse, deren geistige Oberschicht, der akademische Stand, die unbestrittene Kulturführung hatte. Das ist der Sinn des vielgebrauchten Wortes vom Volk der Dichter und Denker. Noch heute wirkt diese Hegemonie des Akademikers auf allen Gebieten des Lebens nach, obgleich nicht mehr davon die Rede sein kann, daß die akademische Schicht ihre alte Führerrolle behauptet habe. Vielmehr liegt auf der Hand, daß sie in ihrer großen Masse den modernen Geist nicht begriffen hat und daher nur noch nach dem Gesetz der Trägheit in den alten Führersitzen verharrt, während andere Kulturfaktoren in steigendem Maße die Führung der Volkskultur zu übernehmen im Begriff sind.

Der deutsche Akademiker ist im Durchschnitt ein typischer Individualist und dadurch für den Anschluß an die moderne Zeit verdorben. Der Sinn für Organisation, und zwar ebensowohl für Organisation der geistigen, als auch der wirtschaftlichen und politischen Arbeit, fehlt ihm durchaus. Sein formalistisches, von abstrakten Voraussetzungen bestimmtes Denken verschließt sich den Bedürfnissen der Entwicklung. Als Individualist ist er unfähig, fließende Linien zu sehen. Sein Wille ist durchschnittlich dem praktischen Leben entfremdet.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die Organisation der Studentenschaft, dieser Pflanzstätte des akademischen Standes, ein trauriger Beweis organisatorischer Unkraft ist. Da die meisten Akademiker in Deutschland 4 bis 5 Jahre Studenten sind, ist die Grundlage zu Berufsorganisationen durchaus gegeben, zumal eine derartige Organisation auch über die Studentenzeit hinaus Anregungen und Vorteile in Fülle zu bieten vermag. Bis vor kurzem war jedoch nichts der Art auf deutschen Hochschulen von Dauer. Die Zersplitterung der deutschen Studentenschaft in eine Unzahl von Korporationen, die in ihren engen Kreisen ein vom modernen Leben systematisch fernhaltendes, meist mit nichtiger Zeitvergeudung durchsetztes sogenanntes „Verbindungsleben“ kultivieren, ließ alle Versuche, die Studentenschaft zu organisieren, bisher scheitern. Den meisten Vertretern des studentischen Verbindungslebens, deren Gedankenkreis mit nur geringer Übertreibung in den deutschen Witzblättern jahraus jahrein verspottet wird, verbot ein völlig grundloser Hochmut, an der Hebung der Studentenschaft, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu arbeiten, obgleich die Lage der Studentenschaft von Jahr zu Jahr gemeinsame Aktionen immer dringender erheischte. Der Bruchteil der Studentenschaft, der seinen Unterhalt ganz oder teilweise durch Nebenarbeit erwerben muß, stieg namentlich in den größeren Hochschulstädten beständig und führte bei jenem Teil der deutschen Studentenschaft zu einer regelrechten Proletarisierung, die am sichtbarsten in der schamlosen Unterbietung des Nachhilfehonorars zutage tritt. Während so die materiellen Bedingungen der Studentenschaft schlechter wurden — bei erhöhten Ansprüchen an die Fachleistungen —, litt die gesamte akademische Welt auf geistigem Gebiet durch die immer stärker hervortretende Herrschaftstendenz der staatlichen Verwaltungsorgane. Über das wechselnde Regiment der dem Lehrkörper entnommenen Magnifizenzen hob sich in einer Reihe von Hochschulen die Macht des Universitätsrichters, der seine Befugnisse allmählich auf das geistige Gebiet ausdehnend hier und da die Rolle eines Großinquisitors der Studentenschaft zu spielen begann. Kein Zweifel, daß das Gesamtniveau der akademischen Welt durch all das empfindlich geschädigt wurde. Die Studentenschaft aber in ihrer Organisationslosigkeit wurde sich des Wechsels kaum bewußt.

Ein Moment beginnender Besserung ist jedoch in dem steigenden Einfluß, den die freistudentische Bewegung zu erringen im Begriffe steht, zu erblicken. „Freie Studentenschaften“ im Gegensatz zu den Korporationen gibt es in Deutschland schon seit längerer Zeit, allein erst innerhalb der letzten Jahre hat sich diese Bewegung so befestigt, daß man sie als einen bleibenden Kulturfaktor anzusprechen vermag.

Die Grundlage der freistudentischen Bewegung ist der gewerkschaftliche Gedanke. An dieser Erkenntnis kann die Tatsache nicht irre machen, daß die Bewegung von Haus aus eine reine Protestbewegung gegen gelegentliche Übergriffe der Korporationen

gewesen ist, und daß man noch heute die in den Korporationen organisierte Studentenschaft als die mächtigere, wenn auch zahlenmäßig in relativem Rückgang befindliche Partei anzusehen hat. Gewerkschaftlich sind die Bestrebungen der freien Studentenschaften darum zu nennen, weil sie die Hebung der gesamten Studentenschaft betreiben und weil sie dabei mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die aller gewerkschaftlichen Arbeit entgegenstehen: mit der Trägheit und dem mangelnden Opfermut der Massen, dem Mißtrauen der Behörden, ferner mit der Schwierigkeit, stets die erforderliche Anzahl von Führern zu produzieren, und endlich mit der fast unlösbar erscheinenden Frage nach dem Verhältnis von Weltanschauung und Berufsorganisation.

Es ist hier nicht der Ort, das große Gebiet freistudentischer Betätigung zu umschreiben. Man sucht, die Studentenschaft materiell zu heben durch Gründung von Arbeits-, Bücher- und Studienämter, durch Schaffung von Speiseanstalten, Sportgelegenheiten, Lesehallen und Studentenhäusern, während man auf geistigem Gebiet dem oben angedeuteten Hauptmangel der akademischen Gegenwartsbildung, der Unkenntnis der Bedürfnisse und Strömungen des modernen Lebens, durch eine reiche Ausgestaltung studentischer Vortrags- und Diskussionszirkel, der sogenannten Abteilungen, zu begegnen sucht. (Vgl. zu weiterer Orientierung die kürzlich erschienene Schrift von Felix Behrend, Der freistudentische Ideenkreis, München, Bavariaverlag.)

Dagegen wird die Frage nach dem Verhältnis von Weltanschauung und Berufsorganisation, wie sie sich in der studentischen Entwicklung wiederspiegelt, von besonderem Interesse sein. Jede Gewerkschaftsbewegung hat von Haus aus die doppelte Tendenz, neutral zu sein und dennoch eine Weltanschauung im Hintergrund zu haben, von der sich die Bewegung das im öffentlichen Leben erforderliche Pathos zu holen vermag. Beide Momente sind auch im Freistudententum unverkennbar. Die Neutralität der Bewegung wird stets aufs schärfste hervorgehoben. Man erklärt volle Gleichberechtigung für alle Weltanschauungen und wiederholt den Satz: „Die Freie Studentenschaft ist neutral — oder sie wird nicht mehr sein". Wenn man daneben von einer freistudentischen Gesinnung spricht und ebenso von einer freistudentischen Weltanschauung, so meint man damit im akademischen Rahmen nichts anderes, als wenn im Rahmen einer Arbeitergewerkschaft mit Selbstverständlichkeit von der Weltanschauung des Proletariats gesprochen wird. Man will sagen: Der Stand, dem wir angehören, legt bestimmte Gedankengänge den einzelnen notwendig auf, die infolgedessen für die Organisation bindend sein müssen; während in allen anderen Fragen volle Freiheit herrschen muß.

Die Schwierigkeit liegt nun freilich darin, daß man darüber streiten kann, was alles in den Ideenkreis gehört, der vom Standpunkt des Gewerkschaftlers seiner Bewegung immanent ist. Hier liegt die Möglichkeit zu Spaltungen und Dissensionen aller Art. Wenn eine Berufsorganisation stark ist, so haben die vorhandenen Weltanschauungsparteien ein Interesse daran, sich ihrer zu bemächtigen. Der einfachste Weg ist der, die Parteigesinnung an die Stelle der Standesgesinnung zu schieben oder sie mit ihr zu verquicken. Beim Arbeiter heißt das: Der wahre Arbeiter muß sozialistisch oder (bei anderen) er muß christlich gesinnt sein. Beim Studenten heißt es: im Wesen des deutschen Akademikers liegt deutschnationale oder (bei anderen) freiheitliche Gesinnung.

Es bleibe hier ununtersucht, wie diese Schwierigkeiten grundsätzlich gelöst werden können. Die Erfahrung lehrt jedenfalls, daß in der Praxis das Eindringen von Parteitendenzen die gewerkschaftlichen Bewegungen zunächst befruchtet, auf die Dauer aber außerordentlich hemmt. Je einheitlicher Standesbewegungen sind, desto mehr erreichen sie. Je mehr Kraft im inneren Kampf der einzelnen Richtungen vergeudet wird, desto einflußloser verläuft die Gesamtbewegung, auch wenn sie ungeheuere Zahlenerfolge aufzuweisen hat.

Wie steht es nun damit im Freistudententum? Erörterungen über das, was speziell zum freistudentischen Ideenkreis gehöre und was nicht, hat es zu allen Zeiten gegeben. Den deutschen akademischen Verhältnissen entsprechend, hat es sich dabei um ein stärkeres oder schwächeres Betonen des Nationalen, gelegentlich mit Einschluß antisemitischer Tendenzen gehandelt, an einer Hochschule (München) hat dieser Gegensatz auch zu vorübergehender Trennung geführt. Eine Spaltung der modernen Studentenbewegung im Ganzen ist dadurch nicht eingetreten.

Erst in neuerer Zeit sind Anzeichen vorhanden, daß die stark freiheitlichen Tendenzen, die der Freistudentenbewegung wie allen gewerkschaftlichen Strebungen eigentümlich ist, nachhaltigere Reaktion hergerufen haben. Von ultramontaner Seite ist der Ruf erschollen, besondere klerikale Freie Studentenschaften ins Leben zu rufen. Einige unbedachte Äußerungen freistudentischer Führer, die darauf hinausgingen, einen Widerspruch zwischen dem Freiheitsprinzip des modernen Hochschulwesens mit dem Autoritätsprinzip der Kirche festzustellen, boten den Vorwand zu dem Satze, daß streng katholische Studenten im Rahmen der neutralen Freien Studentenschaften keinen Platz hätten. Und nun, wenn nicht alles täuscht, sucht man den Weg zu einer christlichen Studentengewerkschaft.

Welche Aussichten dieser Gedanke hat, muß hier unerörtert bleiben. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß der Klerikalismus bereits zwei korporative Richtungen auf Deutschlands hohen Schulen hat, eine farbentragende und eine „schwarze“. Diese Richtungen, die sich früher schlecht miteinander vertrugen, sind neuerdings einander sehr nahegekommen durch einen vor wenigen Jahren gegen sie entfachten Kampf, der von Haus aus verfehlt war und nur eine Stärkung der klerikalen Korporationen zur Folge hatte. In diesem Kampfe waren seinerzeit die Freien Studentenschaften in strenger Einhaltung ihrer Neutralität Gewehr bei Fuß gestanden. Ob sie jetzt die gleiche Taktik innehalten werden, wird die Zukunft lehren.

Für die Stoßkraft der Bewegung wäre jede Absplitterung zu bedauern. Bis jetzt sieht es so aus, als ob diese Bewegung wirklich im akademischen Leben Fortschrittstendenzen zum Siege führen könne. Sie kann es aber nur, wenn sie auf dem Wege positiver Leistungen verharrt. Zersplittert sie ihre Kraft in gewerkschaftlicher Polemik, so wird ausschließlich das alte Studententum mit seinen reaktionären Tendenzen den Vorteil davon haben.

# BERTHOLD OTTO, GROSSLICHTERFELDE: DIE HAUSLEHRERBESTREBUNGEN, EINE NEUE GRUNDLEGUNG DER GEISTIGEN ENTWICKLUNG.

SEIT Anfang des Jahrhunderts erscheint in Deutschland eine Wochenschrift für den geistigen Verkehr mit Kindern, die sich den Haupttitel „Der Hauslehrer" gibt. Die beiden Titel zusammen sagen deutlich, was das Blatt erstrebt. Es will jedem Hause, das heißt jeder einzelnen Familie ein Lehrer sein. Und für das wichtigste Stück der Lehre, die es zu geben hat, hält es nicht die „Einpflanzung" irgendwelcher Charaktereigenschaften, noch die „Beibringung" irgendwelcher Kenntnisse, sondern eine Sache, die manchem auf den ersten Blick überhaupt nicht der Rede wert zu sein schien: Die Art und Weise, wie der Erwachsene, also zuerst Vater und Mutter, dann aber auch jeder andere Erwachsene, der ins Haus kommt oder zu dem die Kinder ins Haus kommen, mit diesen Kindern verkehren soll.

Aber auch nicht jede beliebige Art des Verkehrs ist gemeint, sondern es wird eigens auf den geistigen Verkehr hingewiesen. Es handelt sich also nicht lediglich um eine Art des gesellschaftlichen Verkehrs, noch weniger um die Art des Verkehrs, die es zwischen Befehlenden und Gehorchenden gibt, sondern um einen Austausch von Geistesprodukten, um ein gegenseitiges Lehren und Lernen.

Und von manchen ist gerade das für das wichtigste Stück der Hauslehre erklärt worden: Daß die Erwachsenen lernen, wie man von Kindern zu lernen habe. Jedenfalls liegt gerade darin das Besondere dieser Bestrebungen und auch das, was diese Bestrebungen nicht nur für die einzelnen Häuser und Familien, sondern für unsere ganze Kulturentwicklung nützlich macht. Wenn man, wie der „Hauslehrer" es allwöchentlich zu beweisen versucht, von den Kindern so sehr viel, ja wohl das Wichtigste von allem lernen kann, und wenn es doch bisher meistens verabsäumt worden ist, vom Kinde zu lernen, so muß dadurch, daß man es jetzt tut, unsere ganze geistige Entwicklung von Grund auf geändert werden.

Die geistige Entwicklung der Menschheit stellt man sich bisher fast allgemein so vor, daß ein besonderer Berufsstand der „Gelehrten" sorgfältig alles liest, was zu früheren Zeiten aufgeschrieben und gedruckt worden ist, den ungeheuren Stoff sichtet und ordnet, das ausscheidet, was als widerlegt oder sonst als irrtümlich zu gelten hat, und dann schließlich, vielleicht sogar gelegentlich unter Hinzufügung eines eigenen neuen Gedankens, feststellt, was für die jeweilig lebende Generation als „wissenschaftliche Wahrheit" zu gelten habe. Bei aller Gegnerschaft, die sich zwischen der modernen Wissenschaft und dem Lehrsystem der römisch-katholischen Kirche gerade neuerdings herausgestellt haben soll, ist es doch nicht zu verkennen, daß gerade das Lehrverfahren der römisch-katholischen Kirche noch heutzutage in vielen Dingen vorbildlich ist für die Entwicklung sowohl jeder einzelnen Wissenschaft, wie auch der Gesamtheit der Wissenschaften.

Zum mindesten gilt das für die Geisteswissenschaft. Bei den Naturwissenschaften hat die Energie der Einzelbeobachtungen schon vor Jahrhunderten die Fessel der Überlieferung gesprengt. Die Ergebnisse liegen vor aller Augen. Mit Hilfe der Naturwissenschaften hat die Menschheit in den letzten Jahrhunderten Ungeheures geleistet. Und sie hat es gerade dadurch

getan, daß sie sich nicht mehr bemühte, die Natur zu meistern, sondern vielmehr sie ernstlich zu erforschen und kennen zu lernen. Jedes naturwissenschaftliche Gesetz gilt nur bis zu dem Augenblick, wo irgend eine neue Beobachtung es umwirft. Und man hat in der Naturwissenschaft seit Jahrhunderten den Mut, derartige Beobachtungen zu machen.

In der Geisteswissenschaft fehlt dieser Mut bisher durchaus. Wer etwas vom Menschengeiste erfahren will, dem fällt es gar nicht ein, seine lebenden Mitmenschen anzusehen, sondern der weiß sich nichts Besseres als Bücher über Bücher zu lesen. Ja, man will sogar darin den grundlegenden Unterschied zwischen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften sehen, daß man den menschlichen Geist nur an der „Geschichte" erkennen und studieren könne. Allerdings ein merkwürdiger Glaube zu einer Zeit, in der wir längst gelernt haben, auch die „Geschichte" zu lesen, die die Natur lange vor Erscheinen des Menschen auf der Erde niedergeschrieben hat.

Die Hauslehrerbestrebungen gehen von der Überzeugung aus, daß der menschliche Geist in derselben Weise erforscht werden muß, wie die Naturvorgänge erforscht werden. Der tiefinnere Unterschied dieser beiden Arten von Vorgängen soll damit in keiner Weise geleugnet werden, nur das Erforschungsverfahren soll gleich sein: Wir wollen die Vorgänge möglichst da wahrzunehmen suchen, wo sie sich lebendig abspielen. Erst wenn uns das gelungen ist, erst dann vermögen wir auch die Spuren richtig zu deuten, die dereinst lebendige Vorgänge irgendwo zurückgelassen haben, mögen diese Spuren nun Abdrücke auf Kohlen oder Schiefer oder Abdrücke und Niederschriften auf Papier oder Eselshäuten sein. Wenn man also die Entwicklung des Menschengeistes wirklich durch Beobachtung kennen lernen will, so muß man den Blick auf lebendige Geister richten, die sich wirklich entwickeln. Und das sind eben überall u n s e r e K i n d e r. Nicht aus der Art und Weise, wie die einzelnen Zeitalter der griechischen und römischen Literatur aufeinanderfolgen, sondern aus der Art und Weise, wie aus dem Geistesleben des zweijährigen Kindes das des vierjährigen, des sechsjährigen, des achtjährigen, des zehnjährigen wird, daraus allein kann man die Entwicklung des menschlichen Geisteslebens kennen lernen.

Aber nur wenn man es kennt oder wenigstens irgendwie bemüht ist, es kennen zu lernen, nur dann kann man es f ö r d e r n. Und umgekehrt: Wenn es einem durch bestimmte Einwirkungen auf Grund bestimmter Beobachtungen gelingt, das Geistesleben wirklich nachweisbar zu fördern, dann ist eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß die Beobachtungen richtig waren.

Zu solchen Beobachtungen und zu solcher Förderung leitet nun der „Hauslehrer" planmäßig an. Er lehrt die Eltern, daß man nicht vom zweiten Lebensjahr an als einzig würdigen Gegenstand der Elterntätigkeit das K o r r i g i e r e n ansehen soll. Und das beginnt gleich mit der Sprache des Kindes. Es ist viel wichtiger, diese Sprache zu beobachten und kennen zu lernen als sie zu korrigieren. Kinder erlernen die Sprache ihrer Umgebung mit vollkommener Sicherheit, auch wenn sie niemals ausdrücklich korrigiert werden. Und wenn man recht scharf auf die Korrekturen achtet, dann sieht man, daß wenigstens die Eltern — bei den Lehrern mag es mitunter anders sein — nicht so korrigieren, wie sie selber sprechen, sondern so, wie sie meinen, daß eigentlich gesprochen werden müßte. Eine sehr bekannte Anekdote veranschaulicht das. Im Berlinischen und einigen anderen deutschen Dialekten spricht man geschlossenes e, wo die Schriftsprache und die vornehmere Sprache

ei verlangt. Man spricht also „'s heeßt" statt „es heißt". Und nun erzählt man sich, daß eine Mutter, die ihr Kind das falsche „heeßt" sprechen hört, mit einer Ohrfeige den Fehler rügt und dabei in heller Entrüstung korrigierend ruft: „heißt heeßt 's!" Der aufmerksame Beobachter kann täglich Dutzende von Fällen bemerken, die nicht so kraß, aber doch im Grunde ebenso sind.

Also das ist das Erste und vielleicht das Wichtigste an den Hauslehrerbestrebungen: Wir zwingen dem Kinde gar keine Sprache auf; suchen im Gegenteil nach besten Kräften die Sprache des Kindes kennen zu lernen.

Dazu gehört aber auch, daß wir die Sprache des Kindes als etwas Beachtenswertes äußerlich anerkennen. Gerade das hat der „Hauslehrer" zuerst gewagt. Er hat trotz des Sturmes der Entrüstung, der sich dagegen erhob, die wirkliche Kindersprache in die Literatur eingeführt; er hat die Sprache so geschrieben und so drucken lassen, wie die Kinder sie wirklich sprechen. Die „Geschichten in Altersmundart" im „Hauslehrer" sind Dokumente der wirklich von deutschen Kindern gesprochenen Sprache, also auch der ursprünglichen, aus der sich die Sprache der zunächst folgenden Generationen entwickeln wird. Der Ausländer, der die deutsche Sprache wirklich von Grund auf kennen lernen will, hat dazu gar keinen gangbareren Weg als die Lektüre dieser Geschichten. Und wir entbehren es bei dem Unterricht, den wir in der französischen und englischen Sprache erteilen, sehr stark, daß uns keine ähnliche französische oder englische Zeitschrift bekannt ist. Es würde von dem allergrößten Wert für den Unterricht, der an deutschen Schulen in diesen Sprachen erteilt wird, sein, wenn diese Zeilen dazu beitrügen, daß auch in Frankreich und in England verwandte Bestrebungen sich an die Öffentlichkeit wagten. Denn weiter ist nichts nötig, als daß sich diese Bestrebungen an die Öffentlichkeit wagen. Vorhanden sind sie überall soweit es Menschen gibt, die an den Kindern ihre Freude haben. Und solche Menschen gibt es denn doch überall. Über neunzig Prozent aller Eltern gehören dazu.

Aber nicht die Sprache allein ist es, die man von den Kindern lernen kann, wiewohl auch da noch sehr viel mehr zu lernen ist, als hier in dieser kurzen Darstellung angedeutet werden kann; geht doch die ganze Sprachentwicklung nicht den Weg durch die Literatur, sondern nur den durch die wirklich gesprochene Sprache, so daß es ganz sicher ist, daß die entscheidenden Wendepunkte der Sprachentwicklung immer in irgendwelchen Altersmundarten irgendwelcher Kindergenerationen zu finden sind. Wir können aber an einem Kinde nicht nur die Entwicklung der Sprache, sondern auch die Entwicklung aller Erkenntnis bis zur vollständigen Weltauffassung beobachten. Die Hauslehrerbestrebungen verlangen, daß wir nicht mit einem fertigen System von Kenntnissen an die Kinder herantreten und dann die Kinder zwingen, sich von diesen Kenntnissen ein bestimmtes Durchschnittsmaß anzueignen; die Hauslehrerbestrebungen wollen die Auswahl der für das Kind nötigen Kenntnisse und die Art, wie das Kind sie sich aneignen will, aus dem geistigen Verkehr mit den Kindern ermitteln. Im Sinne der Hauslehrerbestrebungen bestimmt jedes Kind selbst, was es lernen will und wieviel es lernen will.

Das ist gar nicht so ungeheuerlich, wie sich das anhört. Und der Herausgeber des „Hauslehrers" hat es zuerst jahrelang mit seinen eigenen Kindern so geübt, wie er es nachher im „Hauslehrer" andere zu lehren suchte. Allerdings muß man auch das andere Stück der Hauslehrerbestrebungen dagegen-

halten: Dem Kinde darf auf keine vernünftige Frage die Antwort verweigert werden, die der Gefragte nach seinem besten Wissen geben kann. Also niemals die Kinder zwingen, sich irgend eine Kenntnis anzueignen, und andererseits niemals dem Kinde eine Kenntnis in dem Augenblicke vorenthalten, wo das Kind danach verlangt. Das sind sehr viel bessere Unterrichtsgrundsätze als es selbst das best ausgeklügelte Unterrichtssystem mit Jahres-, Wochen- und Tagespensen darzubieten vermag.

Die Sache kann jetzt auch nicht mehr mit der einfachen Einrede der Unmöglichkeit abgetan werden, denn nicht nur haben Tausende von Familien unter der Anleitung des „Hauslehrers“ ihren Kindern durch diesen geistigen Verkehr eine Anregung gegeben, die den Schulunterricht auf das glücklichste ergänzte, es ist auch neuerdings von dem Herausgeber des „Hauslehrers“ selbst eine Versuchslehranstalt, die „Hauslehrerschule“ gegründet worden, in der aller Unterricht nach diesen Grundsätzen erteilt wird. Die Schüler, nahezu 30 der verschiedensten Altersklassen sind täglich eine Stunde zum „Gesamtunterricht“ vereinigt, wobei nur über solche Sachen verhandelt wird, die die Schüler selbst vorbringen, und der Lehrer nur als Versammlungsleiter dient. Und neben diesem Gesamtunterricht werden für einzelne Fächer die Kurse eingerichtet, die die Schüler selber verlangen. Es stellt sich dabei heraus, daß dringendes Verlangen nach all den Gegenständen vorhanden ist, die auf unseren öffentlichen Schulen gelehrt werden. Nicht bei jedem Schüler für alle Gegenstände, aber jedenfalls bei jedem Schüler für mehr Gegenstände, als er in irgend einer bestimmten Lehranstalt zwangsweise lernen müßte.

Und dann zeigt es sich auch, daß das Interesse der Kinder sich sehr stark auf Dinge richtet, die man mit Unrecht von dem Unterricht an unseren öffentlichen Schulen ausschließt. Die Kinder haben durchweg lebhaftes Interesse an politischen und volkswirtschaftlichen Dingen. Wenn dies Interesse so wenig zutage tritt, wie sehr viele Lehrer behaupten, so liegt das nur daran, daß diese Lehrer den Kindern nicht in der rechten Weise zu antworten wissen. Denn die Antwort muß natürlich den Kindern durchaus verständlich sein; also in der sprachlichen Form der Altersmundart der fragenden Kinder sehr stark genähert sein. Wie das möglich zu machen ist, das bemüht sich der „Hauslehrer“ fast in jeder Nummer zu zeigen. Und auch sehr viele, die z. B. dem Unternehmen, reine Altersmundart der Kinder zu drucken, sehr feindlich gegenüberstehen, sind doch davon überzeugt, daß die Art und Weise, wie im „Hauslehrer“ politische und wirtschaftliche Dinge behandelt werden, ohne weiteres auch in unsere öffentlichen Schulen hinübergenommen werden könnte.

Dabei handelt es sich dann freilich nicht mehr um die Sprache allein, sondern um die ganze Art und Weise, wie der Stoff angefaßt wird. Wer so für Kinder schreiben will, wie es im „Hauslehrer“ geschieht, der muß den Stoff tiefer durchdrungen haben, als er es für irgend eine wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet nötig hätte. Er muß es verstehen, den wirklichen Gehalt der wissenschaftlichen Grundsätze, auf die es ankommt, mit den einfachsten Mitteln auszudrücken. Aber eben dazu befähigt auch wieder die sorgfältige Beobachtung der Kinder, die überall die Gabe haben, das, was sie wirklich verstehen, in einer oft für Erwachsene verblüffend einfachen und treffenden Weise auszudrücken. Wenn es also in dieser Weise gelingt, für Kinder verständlich auch solche Sachen, wie Politik und Volkswirtschaft, darzustellen, von denen man es früher nie für möglich gehalten hat, so ist damit schon

an einer Stelle der Beweis geliefert, daß wir auf dem Wege der Hauslehrerbestrebungen etwas leisten können, an das man sich früher nie gewagt hätte.

Beim ersten Überlegen könnte es nun so scheinen, als ob das die Kulturvölker weiter auseinanderbringen könnte, wenn jedes in der Weise der Hauslehrerbestrebungen seine fernere geistige Entwicklung auf die natürlichen Entwicklungsrichtungen seiner eigenen Kinder stellen will. Aber weitere Überlegung zeigt, daß die Befürchtung nicht zutreffen kann. Auch ein einzelnes Volk fällt nicht dadurch auseinander, daß jeder, der dazu gehört, sich nach besten Kräften aus sich selbst entwickelt und so hoch entwickelt, wie es ihm irgend möglich ist. Wenn also jedes Volk sich seinem innersten Wesen nach so hoch entwickelt, wie es diesem seinem Wesen entspricht, so kann das auch für die Menschheit im ganzen nur förderlich sein.

Und dann kommt noch hinzu, daß gerade die Hauslehrerbestrebungen diese Entwicklung jedes Volkes auch den anderen Völkern sichtbar machen. Die Völker werden in Zukunft einander besser verstehen, wenn ein jedes nicht nur die in Druckerschwärze erstarrte Schriftsprache, sondern die wirklich lebendige Kindersprache der anderen Völker kennen lernt.



# MARIA v. STACH, BERLIN: AUS DER ERZIEHUNGSSCHULE FRIEDENAU.



EINE Erziehungsschule mit ähnlichen Prinzipien, wie sie Berthold Otto (siehe Seite 503 dieser Zeitschrift) vertritt, besteht seit einigen Jahren in Friedenau bei Berlin*). Die Leiterin, resp. die jeweilige Lehrerin, lebt ein gemeinsames Leben mit den Kindern, als guter Kamerad, der an allem teilnimmt, was ihnen Freude macht. Spiele und Handfertigkeiten, Turnen, Erzählungen, Pflanzenpflege, häusliche Beschäftigungen und häufige Spaziergänge erfüllen zunächst den Tag, bis die Initiative der Kinder selbst schließlich an das eigentliche Lernen herangeht. Doch auch hier wird angeknüpft an das Spiel, an das tägliche Erleben, an die geläufigen Anschauungen des Kindes, und es zeigt sich, daß das freiwillig eingespannte unmittelbare Interesse der Kinder, so sprunghaft es zuweilen anfangs auch sein mag, doch im Durchschnitt eine bessere Bewältigung des Lernstoffes ergibt, als die landläufige Schuldisziplin. Der Lehrplan der Schule, die zunächst nur die unteren Klassen umfaßt, sieht vor allem einen weitgehenden Anschauungs- und Sprachunterricht vor, um in den ersten Schuljahren die festen Grundlagen zu errichten, die einen nachfolgenden Fachunterricht durch Schaffung geeigneter Apperzeptionszentren erst möglich machen. Dabei sind zwei Aufgaben prinzipiell voneinander zu trennen: 1. die Gewinnung von Anschauungen; 2. deren Verwertung in formaler Hinsicht. Die äußere Form des Unterrichts unterscheidet sich von dem hergebrachten wesentlich darin, daß an die Stelle des vorwiegend oder ausschließlich mündlichen Unterrichts der Beschäftigungs-Arbeitsunterricht tritt, jedoch in ungezwungenererWeise als der bisherige Handfertigkeitsunterricht. Nach dreijährigem Unterricht sind die Resultate etwa folgende: körperliche Gewandheit der Kinder, Geschicklichkeit der Hände, Beobachtungslust, Freude

*) K. Lotz, Albestraße 6.

am Erfassen, Bewältigen der verschiedensten Eindrücke; Grundkenntnisse in allerlei Gebieten menschlichen Wissens, in den Realien positive Kenntnisse, weit über diejenigen der gleichalterigen Schüler der öffentlichen Anstalten hinausgehend. In der Naturgeschichte sind die wichtigsten Tiere und Pflanzen der Heimat und zum Teil auch schon fremdländische nach Namen und Lebensgewohnheiten bekannt und nach den verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert, so daß die Anfänge einer Systematik gegeben sind. Für die Erdkunde werden auf Spaziergängen Anschauungen gewonnen, so daß die erdbeschreibenden Ausdrücke wie Berg, Hügel, Abhang, Schlucht usw. geläufige Vorstellungen geworden sind. Wie denn überhaupt überall die Fachausdrücke fleißig benutzt und mit positiven Eindrücken verknüpft werden. Durch allereinfachste Pläne, die sich die Kinder selbst anfertigen, ist die Grundlage für das Verständnis der Landkarten wie für das praktische tägliche Orientierenkönnen gegeben. Die Schulspaziergänge liefern reichlich Gelegenheit zu solchen Übungen. Für den systematischen Geschichtsunterricht ist vorgearbeitet durch Erzählungen aus Sage und Geschichte, die zugleich auf die kulturgeschichtlichen Gesichtspunkte hinweisen, auf die Umwandlungen, die das äußere und innere Leben der Menschen erfahren hat, und von der Mitarbeit der Menschen selbst an diesen Umwandlungen. Hier setzt dann auch die ethische und soziale Erziehung ein, für die gerade schon sehr früh eine große Empfänglichkeit besteht. In der Raumlehre haben die Übungen beim Bauen, bei den Papparbeiten frühzeitig mit den Begriffen und einschlägigen Ausdrücken vertraut gemacht. Das Rechnen, das zunächst nur beim Zählen und Aufsuchen von Zahlbeziehungen im Spiel Verwendung findet, ist soweit entwickelt, daß die Kinder mit Leichtigkeit die einfachen Rechnungsarten bis 1000 handhaben. Lesen und Schreiben treten anfangs zurück. Zuerst wird die Hand durch Zeichnen geübt und erst dann wird zu den schwierigeren Schreibformen übergegangen. Das Lesenlernen geht nach der begrifflichen Lehrmethode Spiesers und Ottos vor sich. Im allgemeinen lernen die Kinder erst im zweiten Schuljahre Lesen und Schreiben, dann aber unverhältnismäßig rascher und leichter, so daß das Niveau der Durchschnittsschüler rasch eingeholt wird. Was endlich die sittliche und religiöse Ausbildung angeht, so wird diese vor allem durch das gemeinsame Leben erworben. Stoffe aus der biblischen Geschichte werden frühzeitig erzählt und Besprechungen über Fragen des sittlichen Verhaltens ergeben sich zwanglos im Anschluß an die Vorkommnisse des täglichen Lebens, die Streitigkeiten der Kinder usw., wie denn überhaupt der ganze Unterricht erzieherisch gestaltet ist und nie die Charakterbildung aus dem Auge verliert.

Die Schule nimmt die Kinder, Knaben und Mädchen, nicht nur für die normale Unterrichtszeit auf, sondern nimmt neben Voll- und Tagespensionären auch stundenweise Kinder zum Spiel in Aufsicht. Sie kommt auf diese Weise auch den Bedürfnissen der beruflich arbeitenden Mütter entgegen und bildet so nicht nur in pädagogischer, sondern auch in sozial-ökonomischer Hinsicht ein Novum, indem sie einen Zwischentypus schafft zwischen der Familienerziehung einerseits und der Erziehung durch Berufspädagogen andererseits, der große Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt auch für die Erwerbsarbeit der Frau und die notwendigen Reformen in Ehe und Elternschaft.



# CHRONIK

**VOLKSHOCHSCHULEN.**

Italien. Die ersten italienischen Volkshochschulen traten 1900 und 1901 ins Leben. Es war jedoch schon 1894 in Venedig von Professor David Levi-Morenos eine freie volkstümliche Schule begründet worden, und dies Beispiel fand 1898 in Padua, später in Treviso, Cremona und Mailand Nachahmung. Diese freien Schulen waren der Keim für die italienischen Volkshochschulen, die heute, 40 an der Zahl, über ganz Italien ausgebreitet sind.

Die erste eigentliche Volkshochschule entstand in Turin. Sie begann gleich mit 700 Mitgliedern (605 Männern, 95 Frauen). Von diesen standen 239 im Alter von unter 25, 358 zwischen 25 und 45, 103 zwischen 45 und 75 Jahren. Von den Hörern hatten 195 nur die Volksschule besucht, die anderen eine Mittelschule, 93 ein Diplom erlangt. 40 % der Eingeschriebenen waren Arbeiter, die höchste Zahl der Hörer (390) wies der Kursus für Nationalökonomie auf.

Eine der blühendsten Volkshochschulen besteht in Mailand, wo schon in den ersten Jahren 2264 Arbeiter, 1586 kaufmännische Angestellte und Beamte, 709 Studenten eingeschrieben waren. Die Vorträge und Kurse betrafen Arbeitergesetzgebung, Naturwissenschaft, die Geschichte Mailands, soziale Hygiene, Volkswirtschaft, italienische Literatur, Chorgesang usw. Der Unterricht wird von den Professoren und Ingenieuren der großen Schulen erteilt, und volle Meinungsfreiheit wird den Rednern gewährleistet. Die Volkshochschule von Mailand setzt sich das Ziel „die gemeinsame und lautere Werkstätte aller ehrlich gedachten und anständig vorgetragenen Ideen zu sein". Die vornehmsten Vertreter der Universität nehmen an der Volkshochschule teil.

Eine seltsame Statistik ergibt die Volkshochschule in Venedig. Im ersten Jahre waren 1228 Hörer (1115 Männer, 73 Frauen) eingeschrieben, darunter befanden sich 41 % Arbeiter, 31 % Angestellte, 18 % Studenten. Im zweiten Jahre sank die Zahl auf 878 (802 Männer, 76 Frauen), im dritten auf 640 (555 Männer, 85 Frauen). Der Prozentsatz der Arbeiter ging auf 36 resp. 35 herab, der der Angestellten betrug 31 resp. 29, der Anteil der Studenten stieg auf 27 resp. 28 %.

In Rom ging die Initiative zur Volkshochschule von der Vereinigung freier Dozenten aus im Januar 1901. Der Lehrstoff wurde in vier Gruppen eingeteilt, Literatur und Kunst, Gesetzgebung, Wissenschaft und Medizin. Aber die Volkshochschule kündigte sich von Anfang an als eine Institution an, die von den Akademikern und freien Dozenten geleitet und geführt werden sollte. In der Eröffnungsrede betonte allerdings der Präsident Nunzio Nasi, daß ein direkter Zusammenhang zwischen den Volkshochschulen und den Vertretern der Arbeiterschaft bestehen sollte. Aber nichtsdestoweniger war jede Vertretung der Arbeiterschaft von der Leitung der Volkshochschule ausgeschlossen, weil, wie sie sagten, „die Arbeiterklasse nicht kompetent sei, um über die wissenschaftlichen und erzieblichen Ziele der Institution zu entscheiden und weil sie nicht zu den Kosten des Unternehmens beitrug, daher auch nicht berufen sei, mit zu verwalten". Die Vertreter der Arbeiterorganisationen haben darauf hingewiesen, daß die Dozenten sich als geschlossene Kaste zusammengetan haben unter Außerachtlassung der Tatsache, daß nicht die Redner, wohl aber die Arbeiter das wichtigste und am schwersten zu gruppierende Element sind, daß sie es nicht ver-

standen, für das Wohl der Volkshochschule ihre kleinen Sonderinteressen und ihren akademischen Ehrgeiz hintanzusetzen.

Dieser Streit der Meinungen ist eines der bemerkenswertesten Blätter der Geschichte der Volkshochschule. Die italienische Presse hat sich ausgiebig damit beschäftigt. Konservative und kapitalistische Zeitungen nahmen für die Dozenten und die Bevormundung der Volkshochschule Partei, während die Blätter der linken und äußersten Linken für die Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Verwaltung und Leitung der Volkshochschule eintraten. Zweifellos ist das letztere System gut und wird allenthalben akzeptiert werden müssen, wo man wirklich unabhängige Volkshochschulen gründen will.

Fast alle italienischen Volkshochschulen geben regelmäßige Mitteilungen heraus, die bedeutsamsten sind die in Mailand und Mantua erscheinenden. Letztere sind redigiert von Luigi Molinari, einem Hauptführer der Volkshochschulbewegung.

Spanien. Die Universität Oviedo machte hier nach einigen unbestimmten Versuchen den Anfang; sie eröffnete 1898 Vorträge und Unterrichtskurse der University extension hauptsächlich für Arbeiter und zwar nicht nur im Universitätsgebäude von Oviedo, sondern auch in verschiedenen Volksvereinen der Stadt und ihrer Umgebung, Avilès, Gijon, Felguara usw. Etwas später entstand an derselben Universität eine Abteilung, die sich Volkshochschule benannte und den Arbeitern Kurse, analog denen für die Studenten, bot unter absoluter Neutralität der Anschauungen. Diese Organisation in Oviedo ist in stetem Aufblühen.

1903 wurde in Valencia eine Volkshochschule nach Pariser Muster gegründet, die zu Anfang einen hohen Ruf genoß, dem republikanischen Romancier Blasco Ibanez ihren Ursprung verdankte, aber rasch ihre Bedeutung verlor.

1903 bis 1904 begründete die Institution für freien Unterricht Kunstkurse für Arbeiter mit Besichtigung der Museen von Madrid und einiger anderer Städte. 1904 trat die Volkshochschule in Madrid ins Leben. Sie wird getragen von einer Vereinigung junger Leute, die Vorträge veranstalten, Kunstführungen, Besichtigungen alter Städte und landschaftlich schöner Punkte, musikalische Abende mit dem Ziel, in den Volkskreisen, die es wünschen, bestimmte wissenschaftliche und politische Anschauungen zu verbreiten. Anfangs war diese Volkshochschule im Madrider Athenäum installiert, das gleichfalls Vorträge für Arbeiter veranstaltete. Seither hat sie sich getrennt niedergelassen, sie erhält seit 1906 eine kleine Staatssubvention. Es wurden u. a. Vorträge für Taubstumme und Blinde, künstlerische Ausflüge für die in Asylen untergebrachten Kinder veranstaltet. Die Volkshochschule arbeitet regelmäßig weiter und steht in losem geistigen Zusammenhang mit der französischen Bewegung, den republikanischen Kreisen für Arbeiterbildung in Madrid und besonders mit den Athenäumsgründungen in Barcelona, die von großer Lebenskraft und nachhaltigem Erfolge sind.

Es besteht überdies eine Volkshochschule in Corogna und eine andere in Valencia. Auch einige Lyzeen (z. B. Gerez und Cordua) haben populäre Vorträge, die etwas zu Unrecht als „University extension“ bezeichnet werden, eingerichtet, und viele Arbeitervereinigungen, die durcheinander über das Land zerstreut waren, organisiert.

Im allgemeinen steigt die Zahl der Mitglieder aller Volkshochschulen wenn auch langsam, die Zahl der Hörer ist erheblich gewachsen. Die

Volkshochschule von Oviedo hat ihre Tätigkeit auch außerhalb ihrer Provinz erweitert und schickte Professoren nach Bilbao und Santander, die dort Vorträge veranstalteten, während sie im Austausch Redner aus letztgenannter Stadt erhielt.

Die im Zusammenhang mit der Universität veranstalteten Kurse (University extension) von Oviedo kommen sowohl den nicht akademischen bürgerlichen als den Arbeiterkreisen zugute. Die nicht im Zusammenhang mit der Universität stehenden Vorträge und Kurse werden fast ausschließlich von Arbeitern benützt, die auch die Klassen der Volkshochschule, die in der Universität Oviedo selbst eingerichtet wurde, füllen. Mitglieder dieser Volkshochschule sind die Arbeiter und die Lehrer. Die Einschreibung ist unentgeltlich und steht allen offen. Die Zahl der Hörer wächst, obgleich die Besonderheit der Klassen eine rege Beteiligung der Arbeiter an den Studien verlangt und somit eine beschränkte Zahl voraussetzt. Die Volkshochschulen in Madrid und Corogna sind besonders im Kreise von Arbeitern und kaufmännischen Angestellten tätig, die von Valencia nur für katholische Arbeiter.

In der University extension von Oviedo halten sowohl Universitätsprofessoren, als auch Schriftsteller, Ingenieure, Ärzte, Advokaten Vorträge über alle Gebiete der Wissenschaft, sowie auch über Reisen, Kunst usw. Insbesondere der Kunst und den Ausflügen wird viel Aufmerksamkeit geschenkt. Von Anbeginn an fanden Musikaufführungen mit erklärenden Vorträgen statt. Auch die Volkshochschule in Madrid legt großen Wert auf Musik und Kunstführungen durch die Museen und Städte, die reich an künstlerischer Anregung sind, wie z. B. Toledo.

Die Zukunft der Volkshochschulen und der Arbeiterbildungsorganisationen wäre trefflich, wenn nicht verabsäumt würde, die Erziehung in ideale Bahnen zu lenken. Ein gutes Prognostikon verdient Oviedo. Allenthalben sind die arbeitenden Klassen nach Kultur ausgehungert, leider aber ist ihre Vorbildung so mangelhaft, daß eine höhere Fortbildung auf große Schwierigkeiten stößt. Die Volkshochschule in Madrid ist denn auch bestrebt, diese Lücke einigermaßen auszufüllen.

Algier (Tébessa). Zwischen Konstantine und Gabes liegt die kleine Stadt Tébessa voll römischer Erinnerungen mit etwa 6000 bis 7000 Einwohnern, davon nicht ganz 1000 Franzosen. In dieser einsamen Niederlassung inmitten einer ganz unkultivierten Bevölkerung wurde vor zwei Jahren ein Verein für volkstümliche Vorlesungen und Vorträge begründet, der die „physische und moralische Ausbildung der Einwohner aller Rassen und Klassen“ erstrebt.

Artikel 2 der Statuten nennt folgende Ziele: „Die Veranstaltung von Kursen, Vorträgen, Ausflügen, die Begründung einer sorgsam gewählten Bibliothek für die Mitglieder-Beteiligung an allen genossenschaftlichen und sozial erziehlichen Werken, die zur wirtschaftlichen und moralischen Befreiung der Mitglieder beitragen können.“

Die Mitgliederzahl beträgt heute 135, die Bibliothek umfaßt 765 Werke, in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1907 fanden 1207 Bücherverleihungen statt. Die Beiträge ergaben 1460 Francs, von denen 935 für Bibliothekzwecke aufgewandt wurden, die übrigen Bücher wurden geschenkt. Als wichtigste Erfolge der Vereinigung nennt der Präsident eine Strömung von Sympathien, die sich zwischen den Mitgliedern bildet, ein gemeinsames Band, das sich in fester, treuer gegen-

seitiger Freundschaft um Menschen schlingt, die ehedem kaum einen oberflächlichen Gruß austauschten. Unter den Vorträgen, die stattfanden, sind zu erwähnen: Genossenschaftswesen, Frauenbewegung, Wiederbelebung des algerischen Kunsthandwerks usw. Als Redner wirken Lehrer, Beamte usw., auch öffentliche Vorlesungen aus guten Autoren und musikalische Aufführungen finden statt.

Ägypten. In Alexandrien ist eine italienische Volkshochschule begründet worden, die der nationalen italienischen Föderation der Volkshochschulen angeschlossen ist und an dem ersten Kongreß in Mailand, April 1903, teilnahm. Ihr Ziel ist Verbreitung wissenschaftlicher und literarischer Kultur in den Volkskreisen Alexandriens. Der Unterricht ist keinerlei Einschränkung unterworfen, die Redner können in voller Freiheit über ein beliebiges Wissenschaftsgebiet sprechen, gleichviel, welches ihre Nation, Religion, Sprache, wissenschaftliche, künstlerische, politische oder soziale Überzeugung sei. Die Volkshochschule von Alexandrien ist frei von jeder Beeinflussung und Bevormundung irgendwelcher Autorität. „Die Freiheit des Redners und die Würde unserer Studien sind nur durch absolute Unabhängigkeit gewährleistet“, so lautet ein Artikel der Statuten.

Bibliothek, Lesesaal, sowie die zu Unterricht und Experimenten nötigen Laboratorien sind vorhanden. Ein bestimmter Beitrag wird nicht erhoben, jeder zahlt nach eigenem Ermessen und Können. Den Unterricht erteilen Lehrer der großen Schulen und freie Dozenten. Die Volkshochschule hat mehrere hundert Mitglieder.

Belgien. Die belgischen Volkshochschulen sind Töchterinstitute der französischen. Die altruistische Bewegung, die sich vor etwa 10 Jahren in Frankreich geltend machte, fand einen lebhaften Widerhall in Belgien. Die erste geistige Genossenschaft Belgiens wurde in Mons 1901 gegründet, in demselben Jahre traten Volkshochschulen in Charleroy und Brüssel ins Leben. Es entstanden nach und nach im Bezirke von Brüssel neben dem Volksheim zahlreiche andere Gründungen, gegenwärtig 45 an der Zahl, vom gleichen Geiste erfüllt.

Die tätigste Volkshochschule ist der „Foyer intellectuel“ in Saint Gilles, der alle Fortbildungsanstalten der Gemeinde vereinigt. Sein Wahlspruch heißt: „Wenn die Arbeiterklasse sich befreien will, so muß es ihr erstes Ziel sein, sich von ihrer Unwissenheit freizumachen, ihrem größten Feinde“. Eine Aufzählung der unentgeltlichen Leistungen dieser Vereinigung gibt einen Begriff von ihrer Bedeutung: es wurden Kurse eingerichtet für Russisch, Geologie, Meteorologie, Chemie und Stenographie, allwöchentlich wird geturnt und geduscht, es finden Fechtübungen statt, photographische Kurse, gemischter Chorgesang, Orchesterspiel usw. Es besteht eine Auskunftsstelle, die Fragen des Rechts, des Handels, der Technik, der Industrie bearbeitet, eine Stellenvermittlung, eine Säuglingsfürsorge stellte und eine Bibliothek von mehr als 3000 Bänden.

Vor zwei Jahren beging die Volkshochschule von Saint Gilles das Jubiläum ihres tausendsten Vortrages und der Einschreibung ihres tausendsten Mitgliedes. Seither ist für beides die Zahl von 1500 schon überschritten.

Einen ähnlichen Fortschritt, wenngleich verschiedenen Grades, weisen die übrigen Volkshochschulen auf. Aber außerhalb des Bezirke von Brüssel und des Industriezentrums hat sich die Bewegung nur wenig entwickelt. Der Grund liegt in der

geringen Unterstützung, die das Lehrpersonal unter der Zuchtrute einer katholischen, der Volksbildung feindlichen Regierung dem Werk entgegenbringt. Nur dort, wo weitherzige, aufgeklärte Gemeindeverwaltungen die Volkshochschulen beschützen, haben sie eine Lebensmöglichkeit. Es gibt jedoch außerdem in einigen großen Industriestädten der Provinz z. B. in Gand und Verviers zahlreiche Bestrebungen für Fortbildungsunterricht, die sich eng an die Volkshochschulen anlehnen.

Die Hörerschaft besteht in den Industriestädten größtenteils aus Arbeitern, ferner aus kleinen Beamten. Kaufleuten, und auch die Frauen sind zahlreich vertreten.

Die Sonnabende sind musikalischen und literarischen Veranstaltungen, Rezitationen, Theateraufführungen gewidmet, die viel Beifall finden. Die Kunsterziehung wird durch Besuche der Museen, der Ausstellungen, wissenschaftlicher Anstalten, Fabriken, Reisen im In- und Auslande, Ausflüge usw. ergänzt. Die Volkshochschulen haben auch zuerst wieder versucht, die Naturfeste zu erneuern, z. B. das Fest der Bäume.

Die vorgeschrittenen Gemeinden gewähren den Volkshochschulen ihre Unterstützung durch Überlassung von Lokalen und Schulräumen für eine sehr geringe Entschädigung. Auch die Regierung gewährt einen kleinen Zuschuß. Aber die Privatinitiative ist der Hauptträger all dieser Organisationen, die daher große Mühe haben ihr finanzielles Gleichgewicht zu erhalten. Das Budget der Volkshochschule von Saint Gilles beträgt im laufenden Jahre 160 000 Francs.

„Tatsächlich", so sagt Herr Jules Destrès, einer der Hauptbegründer der Bewegung, „wendet sich die Volkshochschule nur an die Elite innerhalb der Volksmasse. Die Masse als solche dürfte unter den herrschenden sozialen Zuständen noch lange unfähig bleiben, die Energie und Initiative aufzubringen, die der Besuch der Volkshochschulen, die regelmäßige geistige Arbeit der Vorträge bedingen. Nur eine kleine Minderzahl kann nach den Mühen einer oft übermäßigen körperlichen Arbeit sich noch geistige Anstrengungen zumuten. Aber diese Minderzahl ist äußerst wertvoll, sie wird handeln und ist das Ferment sozialer Wandlungen."



**Die Schulspeisung und ärztliche Fürsorge für Schulkinder** findet jetzt auch in Deutschland immer mehr Aufnahme. Seit 1¼ Jahren sorgt der „Verein für Kindervolksküchen" in Berlin während der Wintermonate für die Speisung bedürftiger Kinder, immer aber natürlich in dem beschränkten Kreise und mit den völlig unzureichenden Mitteln eines Vereins. Nunmehr hat er sich mit einer ausführlichen Denkschrift an die Stadtverwaltung gewandt, um umfassendere Maßnahmen für eine möglichst weit ausgedehnte Schulspeisung zu treffen. Der Verein erhielt bisher von der Stadt Berlin eine Subvention von 3000 ℳ im Jahr, eine sehr geringe Summe, sowohl hinsichtlich der Anforderungen, die an den Verein gestellt werden, (nur 4000 Kinder können täglich gespeist werden, nicht annähernd die Hälfte der Bedürftigen), wie auch im Vergleich zu den Summen, die die Stadt Berlin der Säuglingspflege, der Errichtung einer Waldschule usw. zuwendet. Der Verein ist also um eine Subvention von 20 000 ℳ jährlich eingekommen, hat aber leider einstweilen nur weitere 4000 ℳ bewilligt bekommen. Es schweben aber Verhandlungen, ob die Stadt die Schulspeisung nicht überhaupt in eigene Regie nehmen solle (Antrag Arons und Genossen), was entschieden das Richtigste

wäre, schon weil dadurch prinzipiell jedem hilfsbedürftigen Kinde Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zuerkannt würde. Ferner wird mit Recht hervorgehoben, daß solche umfassende Behebung der Unterernährung der Kinder der unbemittelten Klassen nicht nur volksgesundheitlich, sondern auch finanzpolitisch in hohem Grade prophylaktisch wirken würde, indem an Krankenhäusern und Erholungsstätten für schwächliche Kinder, später an Krankenkassen, Fürsorgeanstalten und Gefängnissen wieder gespart werden würde, was jetzt zur Gesund e r h a l t u n g der Kinder verausgabt würde. Über die Ernährungsverhältnisse der Berliner Schulkinder hat der Berliner Schularzt Dr. Bernhard folgende Erhebungen gemacht: Von 8451 Gemeindeschülern aus dem Zentrum Berlins kommen 16,8 % zeitweise, 0,5 % längere Zeit hindurch nüchtern zur Schule. 10,9 % bekommen zum Morgengetränk kein Gebäck. 7,2 % erhielten ihr Mittagessen erst am Abend; 0,04 % waren ganz ohne genügende Mahlzeit. Aus den Kreisen der Rektoren und Lehrer liegen zahlreiche Anerkennungsschreiben vor über die Wirkung der Schulspeisung. Das Aufhören der Unterernährung mache sich sofort bemerkbar, nicht nur in körperlicher, sondern auch in geistiger und moralischer Hinsicht.

Schließlich aber wird es in der Konkurrenz der Völker zutage treten, welches Volk hinsichtlich seines Nachwuchses die weitsichtigste Politik getrieben hat.



**Förderung besonders begabter Schüler durch den Staat.** Im preußischen Abgeordnetenhause ist die nationalliberale Fraktion an die Staatsregierung mit einem Antrag herangetreten, besonders befähigten Volksschülern in größerem Umfange als bisher eine weitere Ausbildung zu ermöglichen. Es wird dabei betont, daß der Staat ein ganz außerordentliches Interesse daran habe, nicht nur die wohlhabenden, sondern ganz unbedingt die tüchtigsten Kräfte in seinem Dienst heranzuziehen. Der Staat habe nach allen Lehren der Geschichte ein ganz besonderes Interesse daran, Inzucht innerhalb seines Beamtentums zu vermeiden und lebendige Kräfte schon als solche heranzubilden, um immer neues Blut in den allzu sehr erstarrenden Körper seines Beamtentums hineinzuführen. Das Wort vom Marschallstabe im Tornister dürfe keine leere Floskel sein. Es gelte, das Prinzip der Gleichberechtigung festzulegen. Jedem Kinde — Knaben wie Mädchen — müsse der Weg zur Universität geöffnet werden, wenn es besondere Begabung für Fächer der Universität aufweise. Und zwar reiche es nicht aus, die Freistellen an höheren Lehranstalten zu vermehren, sondern es seien den betreffenden Schülern und Schülerinnen auch Existenzmittel zur Verfügung zu stellen, um die Ausnutzung der gewährten Bildungsmöglichkeiten zu garantieren. Die von konservativer Seite hervorgebrachten Bedenken, der Ansturm auf die höheren Stellen könne so groß werden, daß dadurch eine Arbeitslosigkeit in den höheren Ständen zu befürchten wäre, sind ebenso unsozial wie unbegründet. Zunächst einmal sind außerordentliche qualifizierte Begabungen durchaus nichts Alltägliches und werden noch immer mehr an Seltenheitswert gewinnen, je mehr die wissenschaftliche Arbeit sich einerseits differenziert, andrerseits enzyklopädisches Wissen erfordert, also die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen gesteigert werden. Sodann aber kann es nur begrüßt werden, wenn mittelmäßige Kräfte der höheren Stände durch wirklich qualifizierte ersetzt

werden. Eine solche gesunde Umschichtung darf nicht an einem einseitigen Klasseninteresse scheitern.



**Volksbildung und soziale Reformen in Indien.** Im englischen Unterhause wurde Ende Januar anläßlich der Thronrede gefordert, in Indien umfassende Reformen, vor allem Anteilnahme des Volkes an der Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten zu gewähren und so den wachsenden Unruhen ein normales Abfließen zu ermöglichen. Gleichzeitig wird betont, daß solche Reformen am besten von der Intelligenz des Volkes selbst geschaffen und getragen werden müßten, um so durch unmittelbares Verschmelzen mit der indischen Eigenart auch für die Massen eine gesteigerte Werbekraft zu gewinnen. Wie fruchtbar der Einfluß solch nationaler Vertreter der Weltkultur schon jetzt zu sein vermag, zeigt das Wirken des indischen Professors Welinkar in Bombay, der als Volkserzieher und Sozialreformer der Kultur weiteste Kreise gewonnen hat. Er hat der englischen Regierung die Wege geebnet für den jetzt in Aussicht stehenden allgemeinen unentgeltlichen Volksunterricht, durch Gründung der sog. „Ragged Schools“, d. s. unentgeltliche Armenschulen, die von der ebenfalls von Welinkar ins Leben gerufenen „Gesellschaft zur Verbreitung von Wissen unter den Massen“ getragen werden. Ferner entstand aus zwanglosen Diskussionen über ethische Fragen, zu denen der junge Hochschullehrer seine Hörer privatim einlud, die „Student's Brotherhood“, eine lediglich der ethischen Beeinflussung der akademischen Jugend dienende Vereinigung, die im Laufe der letzten 18 Jahre in Tausenden von jungen Studenten höhere Lebensinteressen geweckt hat. Auch der „Lehrer-Verband“, der die Interessen der Lehrerschaft vertritt und für ihre Weiterbildung sorgt, verdankt Welinkar seine Entstehung. Ebenso ist er ein eifriger Förderer der Frauenbildung. So hilft er den Boden bereiten für eine Wieder- und Neugeburt der indischen Kultur — weckt die Kräfte des Volkes und zieht sie heran. —



Die **„verheiratete Lehrerin“** ist jetzt auch in Preußen prinzipiell zugelassen worden. Zwar gestattet der diesbezügliche Erlaß des Kultusministers nur widerrufliche Beschäftigung der verheirateten Lehrerin, wo es deren häusliche Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen, was praktisch immer noch eine beträchtliche Benachteiligung der verheirateten Frau gegenüber der unverheirateten bedeutet, — aber immerhin, — der erste Schritt ist getan, das Prinzip ist durchbrochen. — Sache der führenden Frauen unter den Lehrerinnen wird es nun sein, die Gasse zu erweitern und zu zeigen, daß hier ein gangbarer Weg freigelegt wurde auch für die breite Masse der Durchschnittslehrerinnen. Daß es prinzipiell wünschenswert ist, daß gerade der Lehrerinnenberuf möglichst von verheirateten Frauen ausgeübt wird, steht außer Frage. In keinem Beruf wird die Frau durch Verzicht auf Liebe und Mutterschaft so unmittelbar geschädigt, wie in dem der Lehrerin, der eine möglichst vollständige Entwicklung der pädagogischen Qualitäten, die den mütterlichen unmittelbar entspringen, geradezu zur Voraussetzug hat. Woran unsere Schulverhältnisse leiden, ist gerade diese Unmütterlichkeit der Lehrerinnen, denen — von wenigen hochqualifizierten Ausnahmen abgesehen — jene Unmittelbarkeit des Verstehens der kindlichen Natur abgeht, weil die natürliche Entwicklung der Mutter-

instinkte durch die Mutterschaft unterbunden worden ist. Geben wir unsern Lehrerinnen eigene Kinder, damit sie die fremden verstehen und lieben lernen! —

Was dagegen die praktische Vereinigung des Lehrerinnenberufs mit dem der Ehefrau und Mutter anbelangt, so gilt hierfür natürlich all das, was überhaupt zur Vereinbarkeit von Beruf und Ehe zu sagen ist. Daß Ehe und Mutterschaft als solche nicht berufshemmend sind, ist tausendmal klargelegt worden. Dagegen werden die Formen des Zusammenlebens von Mann und Frau und Kindern einige Änderungen erfahren müssen, um die Frau hauswirtschaftlich zu entlasten. Wir brauchen eine Reorganisation unseres Hauswirtschaftsbetriebs. Aber auch sie kommt diese Reorganisation! Die ersten Versuche mit Zentralküchenhäusern werden in verschiedenen Vororten Berlins gemacht, und die ebenfalls vorgesehene, stundenweise Verpflegung und Beaufsichtigung von Kindern entlastet nicht nur die Hausfrau, sondern auch die Mutter und schafft ihr die Möglichkeit freierer Berufsarbeit. Die Schwierigkeiten, die hier zu liegen scheinen, sind nur Fragen der Organisation. Aber die Nachfrage der Frauen nach solchen Organisationen wird ganz von selbst ihre Entstehung und Entwicklung hervorrufen. So bedeutet die Zulassung der verheirateten Lehrerin auch einen Schritt vorwärts zur Reorganisation der Frauenarbeit überhaupt.



**Ein Kongreß für Moralpädagogik** wird Ende September 1908 in London stattfinden unter dem Vorsitz des Präsidenten Lord Avebury. Unter den Veranstaltern finden sich bekannteste Autoritäten, so Prof. Dr. Friedr. Paulsen und Stadtschulrat Dr. G. Kerschensteiner, Dr. Paul v. Gizycki, Geheimrat Prof. Dr. Wilh. Förster, Deutschland; Sir Edward H. Busk, Prof. Dr. M. E. Sadler, Mrs. Bryant, D. Sc. Litt. D. und Prof. J. W. Adamson, England; M. Ferdinand Buisson, M. d'Estournelles de Constant, M. Léon Bourgeois, Frankreich; Senator Pasquale Villari, Dr. Amillo Corradini, Italien; Prof. Dr. Friedr. Jodl, Wilhelm Börner, Österreich; Regierungsrat Dr. Gobat, Nationalrat Dr. Fritschi, Schweiz; Prof. Dr. Harrald Höffding, Dr. Anthon Thomsen, Skandinavien; Prof. Dr. Jul. Pikler, Ungarn; Prof. Dr. Fel. Adler, Vereinigte Staaten. Als Grundlage der Diskussion sollen kurze Vorträge gehalten werden, um einen zusammenfassenden Überblick über die Probleme der moralischen Erziehung zu geben. Vorgesehen sind folgende Themata: Schule und Haus; Schul-Organisation (Koedukation, Schulhygiene, Schülerzahl); Disziplin; Erziehungs- und Unterrichtsmethoden; Jugendliteratur; ethische Durchdringung des ganzen Lehrplans (Geschichte, Geographie, Literatur, Alte Sprachen, Neuere Sprachen, Aufsatz, Naturgeschichte, Mathematik, Handfertigkeit, Kunst usw.); der relative Wert direkter und indirekter Moralunterweisung; gesonderte Moralunterweisung (Gegenstand, Methode, Handbücher, Vorbereitung von Lehrern, Zeitaufwand); gelegentlicher Moralunterricht (Berufsethik, Reinheit, Höflichkeit, Mäßigkeit, Tierfreundlichkeit, Sparsamkeit, Hygiene); Bürgerkunde und Patriotismus; die Beziehung ästhetischer und physischer Erziehung zur moralischen Erziehung; die Erziehung der moralisch Zurückgebliebenen; moralische Einwirkung in Kindergärten, in Elementarschulen, an höheren Schulen, an Universitäten, in Fachschulen, in Fortbildungsschulen und in Seminaren. Zur Vorbereitung einiger der obengenannten Vorträge

werden vorher Fragebogen an Sachverständige versandt. Auch werden einige Musterlektionen im Moralunterricht — in verschiedenen Sprachen — vorgeführt.

Zwei praktische Vorschläge sollen auch diskutiert werden, nämlich die Begründung eines „Internationalen Journals" und einer „Internationalen Zentralstelle" für Moralpädagogik.

Es wird ferner eine Ausstellung moralpädagogischer Literatur, Bilder usw. abgehalten werden.

Es finden statt: 1. Allgemeine Versammlungen; 2. Abteilungs-Versammlungen (auf einen Tag beschränkt); 3. Spezielle Zusammenkünfte.

Karten die zum Eintritt zu allen Kongreß-Versammlungen, zu geselligen Veranstaltungen usw., sowie zum Empfange eines Exemplares des Kongreß-Berichtes (von etwa 350 Seiten) berechtigen, werden zum Preise von 10 ℳ ausgegeben. Bestellungen von Karten sind an den General-Sekretär zu richten. (Gustav Spiller, 6 York Buildings, Adelphi, London.

Mitglieder, die Vorträge oder Berichte zu übernehmen wünschen, werden gebeten, ihre Absicht vor dem 15. Juni 1908 anzumelden.

Kongreßsprachen sind: Englisch, Französisch und Deutsch.

Der Kongreß will vor allem dazu beitragen, das Erziehungswesen nach der Seite der Gesinnung und Lebensgestaltung hin zu entwickeln und will versuchen, in systematischer Form die wichtigsten Probleme der Charakterbildung vor der Welt der Pädagogen, wie vor der gesamten Kulturwelt überhaupt aufzurollen, in der richtigen Erkenntnis, daß unsere heutige Kultur im Zeichen einseitig intellektueller Ausbildung steht, die stark der Ergänzung durch Entwicklung der charakterischen Faktoren bedarf.

◈

**Ein Stadion im Grunewald bei Berlin.** Für einen aus öffentlichen Mitteln zu erbauenden Sportplatz größten Stiles sind von Baurat March Pläne ausgearbeitet worden, die dem Kaiser, dem Kronprinzen und den in Betracht kommenden Staatsbehörden und den Magistraten Groß-Berlins vorgelegen und uneingeschränkten Beifall gefunden haben. Der neue Berliner Polizeipräsident nahm noch als Landrat des Kreises Teltow Gelegenheit, die Bürgermeister von Groß-Berlin zu einer Konferenz zu laden und über die Finanzierung der imposanten Anlage zu beraten. Danach sind inmitten des Rennbahngeländes des Unionklubs im Grunewald geplant:

1. Radrennbahn 666,6 m lang, 10 m breit, mit Kurven 1 bis 4 m;
2. Rasenlaufbahn 400 m lang, 5 m breit;
3. Spielplätze in der 340 m langen, 115 m breiten Arena (für Fußball und Concours hippique); a) für Laufspiele; b) für Hockey, Kricket, Diskus-, Speer- und Hammerwurf; c) für Turnspiele;
4. Sprungbahnen;
5. Schwimmbassin, 104 m lang, 30 m breit, 4,5 m tief, für Wassersport;
6. Badehäuser mit Wohnräumen, ärztlichem Beobachtungszimmer und anderem mehr;
7. Tribüne mit Riesensaal für Fecht-, Turn- und Radreigenvorführung;
8. Amphitheatralische Sitzreihen für 25 000 Zuschauer.

Nach den Berechnungen werden die gesamten Anlagen die Summe von drei Millionen Mark erfordern. Nimmt man eine 4½prozentige Verzinsung und eine Amortisation des Anlagekapitals in 30 Jahren an, so werden jährlich ungefähr 230 000 ℳ aufzubringen sein. Da es nun in der Absicht liegt, jährlich wenigstens zwei (Frühjahr und Herbst) große nationale Wettkämpfe zu veranstalten, und

auch die einzelnen Sportverbände zu Beiträgen heranzuziehen, so wird neben den Verwaltungskosten ein nicht unerheblicher Betrag, vielleicht die ganze Summe des für Zinsen und Amortisation erforderlichen Kapitals, gedeckt werden können. Nach einer uns vorliegenden sehr ausführlichen Zusammenstellung gruppieren sich die Hauptposten wie folgt:

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Erdarbeiten | 410 000 M. |
| 2. | Pflasterungsarbeiten | 145 000 „ |
| 3. | Gärtnerei, Einfriedigungen | 110 000 „ |
| 4. | Betonarbeiten | 530 000 „ |
| 5. | Sonstige Arbeiten im Stadion | 100 000 „ |
| 6. | Radrennbahn | 110 000 „ |
| 7. | Bauten am Tunneleingang | 190 000 „ |
| 8. | Schwimmbassin, Badehäuser, Zuschauertribünen u. Badehausanstalt | 500 000 „ |
| 9. | Ent- u. Bewässerungsanlage | 100 000 „ |
| 10. | Anteil an den gemeinsamen Bauten der Pferderennbahn | 220 000 „ |
| 11. | Für Einrichtungsgegenstände | 35 000 „ |
| 12. | Architektenhonorar (Gebührenordn. von 1901). Evtl. weitere Kosten | 150 000 „ |
| 13. | Anteil an der Herstellung eines eigenen Wasserwerks (falls die Charlottenburger Wasserwerke Lieferung nicht übernehmen) | 100 000 „ |
| 14. | Anteil zur Bahnhofsanlage | 200 000 „ |
| 15. | Reservefonds (3-4 % der Bausumme) | 100 000 „ |
| ! | | 3 000 000 M. |

Es ist nach den stattgehabten Vorverhandlungen mit den Oberbürgermeistern der einzelnen Städte wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß das Projekt schnell verwirklicht wird. Der große und allgemeine Nutzen, der aus einer solchen mitten im Wald und doch sehr bequem gelegenen Sport-Erziehungsanstalt für die Bevölkerung Groß-Berlins, für die Jugend im Ausüben, für die Alten im Anschauen, für Körper und Geist entspringt, dürfte außer jeder Frage stehen.



**Errichtung einer Schulzahnklinik in Charlottenburg.** Über 90 Prozent aller Schulkinder leiden, wie durch statistische Erhebungen in verschiedenen Orten festgestellt ist, an Erkrankungen der Zähne. Die Folge davon ist, daß die ganze Entwicklung des Kindes ungünstig beeinflußt wird, da der Blutarmut, der Bleichsucht, der Skrofulose und mancherlei Infektionskrankheiten durch kranke Zähne Vorschub geleistet wird.

Für die Schule bestehen die nachteiligen Folgen kranker Zähne vornehmlich darin, daß die betreffenden Kinder durch Zahnschmerzen oft verhindert sind, dem Unterricht aufmerksam zu folgen und nicht selten sogar genötigt sind, der Schule auf Stunden oder Tage gänzlich fernzubleiben. Bei Kindern mit häufigen Zahnschmerzen läßt auch die Aufmerksamkeit zu wünschen übrig, und die Spannkraft des Geistes wird allmählich geringer.

Diese allgemein beobachtete Tatsache hat den Gedanken nahe gelegt, daß neben der Belehrung auch für die Behandlung der Zähne gesorgt werden müsse, wenn das Übel erfolgreich bekämpft werden solle. Zwei Wege kamen in Betracht: entweder kann mit einigen Zahnärzten im Nebenamt ein Vertrag abgeschlossen werden über die unentgeltliche Behandlung einer gewissen Zahl von Schülern, oder es wird eine Schulzahnklinik für alle errichtet. Während in kleineren

Städten ja nur die erstere Art möglich ist, haben die meisten großen Städte der letzteren den Vorzug gegeben, sowohl im Interesse einer einheitlichen Behandlung und planmäßigen Durchführung als auch wegen der besseren Kontrolle. Bahnbrechend ist hierbei die Stadt Straßburg vorgegangen, beraten durch Professor Dr. Jessen, den gegenwärtigen Direktor der dortigen städtischen Schulzahnklinik.

Die Erfolge waren überaus günstig; je länger, je mehr kommen die Kinder willig zur Klinik. Bei den Behandelten wurden die Zahnschmerzen beseitigt, auch der Appetit hob sich, Kopfweh, Ohren- und Magenschmerzen sowie Müdigkeit verschwanden, und der üble Mundgeruch hörte auf. Ärzte, Eltern und Lehrerschaft stimmen in dieser günstigen Beurteilung überein. Der Kreisschuldirektor Motz in Straßburg erklärt, „daß die Untersuchungen der Zähne der Schulkinder sowie die Errichtung von Schulzahnkliniken im Interesse der Schule — der Kinder und der Lehrer sowohl als des Unterrichtserfolges — liegen und die Bestrebungen auf dem Gebiete der Zahnhygiene seitens der Schulbehörde weitestgehende und nachdrücklichste Unterstützung erfahren sollten."

In Charlottenburg liegen die Verhältnisse nicht günstiger als in andern Städten. Die Schuldeputation hat sich daher veranlaßt gesehen, der Frage, wie man die durch die schlechten Zähne drohenden Gefahren wirksam bekämpfen könne, näher zu treten. Sie unterbreitete dem Magistrat den Antrag, eine Schulzahnklinik nach dem Straßburger Muster Ostern 1908 ins Leben zu rufen. Der Magistrat hat sich von der Notwendigkeit energischer Abhilfe überzeugt und hat dem Vorschlage zugestimmt.

Zur Untersuchung und Behandlung sollen allmählich sämtliche Kinder der Gemeindeschule und des Kindergartens zugelassen werden. Die Untersuchung soll auch während der Schulzeit erfolgen dürfen. Die Behandlung wird tunlichst in die schulfreie Zeit zu verlegen sein. Nach den in Straßburg gemachten Erfahrungen ist die Summe der durch die Untersuchungen und den Besuch der Klinik versäumten Schulstunden geringer als die Zahl der Stunden, die sonst infolge der Zahnschmerzen und der Begleiterscheinungen erkrankter Zähne versäumt wurden. Die Behandlung ist unentgeltlich. Sie soll im wesentlichen konservativ sein, das heißt sich auf die Füllung und Pflege erkrankter Zähne erstrecken; nur wo das nicht mehr angeht, erfolgt Entfernung. Die Einsetzung künstlicher Zähne oder Gebisse ist nicht beabsichtigt. Ein Zwang zur Behandlung kann nicht ausgeübt werden, indessen soll die Schule durch Belehrung und Ermahnung der Eltern und Kinder auf eine möglichst allgemeine Inanspruchnahme der Klinik hinarbeiten. Auch wird insofern ein gewisser Druck auf die Eltern und Kinder ausgeübt werden können, als zur Aufnahme in die Waldschule, die Walderholungsstätte, die Ferienkolonie und den Kindergarten nur Kinder ohne kranke Zähne zugelassen werden.



**Das Buch vom Kinde** *). Noch gab es bisher in keiner Sprache ein Werk gleich dem vorliegenden, das eine unter fortschrittlichen Gesichtspunkten zusammengetragene Enzyklopädie der Kindheit darstellt. An 80 Autoren, durchwegs gründliche

*) Das Buch vom Kinde. Ein Sammelwerk über die wichtigsten Fragen der Kindheit unter Mitarbeit hervorragender Fachleute herausgegeben von Adele Schreiber, Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1907.

Kenner ihres Gebietes, zum Teil Namen von Weltruf, haben in kurzen, aber in die Tiefe gehenden Abhandlungen alle Fragen erörtert, die uns heute angesichts der hohen Wertung, die wir der neuen Generation entgegenbringen, so bedeutsam geworden sind. Das Buch will der Verbreitung weitherziger Gedanken von den großen Gesichtspunkten der menschlichen Entwicklung aus dienen. Es will dazu beitragen, daß die junge Generation gesünder und freier, zu großzügiger Lebensauffassung heranwächst, „ich glaube und hoffe, daß seine Blätter auferstehen werden zu lebendigem Leben in vielen tausend jungen Menschen. Es ist ein Buch für Eltern und Erzieher, die der Jugend eine glücklichere Kindheit geben wollen als die unsere meist war, aber auch eine bessere Lebensvorbereitung, die da wollen, daß Menschen körperlich gekräftigt, geistig selbständig und erfüllt von Idealen heranwachsen". Mit diesem Worten kennzeichnet die Herausgeberin in einer Selbstanzeige ihren Standpunkt. Die Wahl der Mitarbeiter darf durchwegs als eine glückliche bezeichnet werden. Besonders erfreulich ist die Einleitung über „Ehe, Vererbung und Ethik der Fortpflanzung" von Schallmeyer. Im nächsten Abschnitt „Körper und Seele des Kindes" sind besonders erwähnenswert Fidus, „Die Schönheit des Kindes", der bekannte Kinderarzt Professor Finkelstein über „Die Ernährung des Säuglings", Professor Eulenburg über „Kinderselbstmorde", Trüper über „Charakter und Charakterfehler". Der zweite Hauptabschnitt „Häusliche und allgemeine Erziehung, öffentliches Erziehungs- und Fürsorgewesen" berücksichtigt alle fortschrittlichen Bestrebungen, welche die Pädagogik der Gegenwart in Haus und Schule von Grund auf revolutionieren.

Zum 3. Abschnitt „Das Kind in Gesellschaft und Recht" hat Professor Franz von Liszt einen bemerkenswerten Aufsatz über „Das Kind im Strafrecht" beigesteuert; der unermüdliche Vorkämpfer für Kinderschutz, Lehrer Agahd, spricht über „Gewerbliche Kinderarbeit", Sanitätsrat Taube-Leipzig, der Begründer des bekannten Ziehkindersystems, — über die „unehelichen Kinder", Klumker-Frankfurt a. M. über „Kinderschutz" usw. Der letzte Hauptabschnitt endlich behandelt die wichtigen Kapitel von Beruf und Berufsvorbildung für Knaben und Mädchen. Das Werk hat in der deutschen Presse allseitige Würdigung gefunden. Wir möchten die Worte zitieren, die Ludwig Gurlitt im „Tag" schrieb. „Ich bemängele auch nicht, daß eine Dame der „Vater" dieses Werkes ist, freue mich dessen vielmehr und mache das gönnerhafte Lächeln nicht mit, das der echte Zünftler für solche Fälle bereit hat. Im Gegenteil! Das ist gute, ernste, verheißungsvolle Kulturarbeit! Hier ist in Wahrheit pädagogisches Neuland. Gewiß, wir haben nicht umsonst gearbeitet, wir Schulreformer, wir Schulnörgler: Die Erfolge sind überwältigend groß und erfreulich! Wer das noch zu bezweifeln wagt, der vergleiche die Vielseitigkeit, den geistigen Reichtum dieses neuen Werkes mit der einseitigen Dürftigkeit älterer pädagogischer Schriften der letzten Dezennien, und wenn er den Abstand erkannt und einigen Sinn für Gerechtigkeit hat, dann sollte er uns Reformern im stillen all das Böse abbitten, das er uns angetan hat. Da er das aber nicht tun wird, so möge er wenigstens still in sich gehen und sich eine Lehre daraus ziehen, nämlich die, daß nicht alles falsch und zu bekämpfen ist, was über seine Schulweisheit hinausreicht."

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Hermann Beck, Berlin. — Druck von Georg Reimer in Berlin W.

# ED. BERNSTEIN, BERLIN: ARBEITERBEWEGUNG UND KULTUR.


ES ist noch nicht sehr lange her, daß Leute, die man ernsthaft nehmen konnte, in ehrlicher Überzeugung die Arbeiterbewegung als eine Gefahr für die Kultur betrachteten. Selbstverständlich die Arbeiterbewegung als Klassenkampf der um Lohn Arbeitenden gegen die Eigentümer des Bodens und der Produktionsmittel verstanden. Es gibt allerdings auch Bewegungen andrer Art innerhalb der arbeitenden Klassen. Aber sofern es Bewegungen sind, die Arbeiter von ihren Klassenbestrebungen abzulenken, sind sie in jeder Hinsicht von Organisationen überholt, die entweder schon durch ihr Programm oder mindestens durch den Geist, in dem sie geleitet werden, sich als Organe des Klassenkampfes der Arbeiter darstellen. Sie hat man heute allgemein im Auge, wenn von der Arbeiterbewegung gesprochen wird, und nur in diesem Sinne wird der Begriff denn auch hier gebraucht. Das andre sind Bewegungen unter den Arbeitern, aber nicht die Arbeiterbewegung, noch integrierende Teile von ihr.

Unter zwei Gesichtspunkten kann man nun von einer Einwirkung auf die Kultur sprechen. Der eine wurde schon gestreift. Es ist die alte Frage, ob die Arbeiterbewegung die Kultur im allgemeinen gefährde oder nicht. Der zweite ist etwas engerer Natur. Er richtet sich auf die Frage, wie die Arbeiterbewegung auf die kulturelle Entwicklung der Klasse selbst zurückwirkt, ob sie sie fördert, sie im wesentlichen unberührt läßt, oder sie etwa hemmt oder ihr gar entgegenwirkt. All das ist schon behauptet worden. Es liegt aber auf der Hand, daß, je nachdem diese Frage beantwortet wird, damit auch schon die allgemeine Frage zu einem großen Teil ihre Erledigung findet.

Der Gedanke, daß eine Erhebung der Besitzlosen eine Erhebung gegen die Kultur sein würde, ist unendlich alt. Wir finden ihn in den frühesten pragmatischen Schriftwerken ausgesprochen, die uns überliefert sind, im alten Testament wie in der philosophischen und politischen Literatur der Griechen und Römer. Das erstere legt ihn dem Philosophen unter den Königen, nämlich Salomon, die griechische Literatur ihn den Königen der Philosophen, Sokrates und seiner Schule, in den Mund, von denen er sich auf die römischen Politiker vererbt hat. Eine andere Sprache führt das Urchristentum, das zuerst als Evangelium der Enterbten auftritt und die Armen und Einfältigen selig preist. Es wird aber auch dafür von den Gebildeten der Epoche als kulturfeindliche Bewegung aufgefaßt und später von der zur Herrschaft gelangten Kirche durch ihr praktisches Verhalten schrittweise immer entschiedener verleugnet. Es ist die Kirche selbst, die schließlich alle an das Urchristentum anknüpfenden Bewegungen als ketzerisch verdammt und mit Feuer und Schwert bekämpft. Ähnlich die aus der Ketzerbewegung hervorgegangene kalvinistische und lutherische Reformation, wie später der an diese anknüpfende, aber über sie hinausgehende Liberalismus. Man könnte solchermaßen eine ganze Genealogie von Stimmen über die der Kultur von den Besitzlosen drohende Gefahr zusammenstellen, und sie würde eine Fülle von Literaturstimmen ersten Ranges aufweisen. Noch im 18. und 19. Jahrhundert unserer Zeitrechnung sprechen Gelehrte, Denker und Dichter nicht viel anders von der Volksklasse, als wie es ein Heraklit und Plato taten. Schiller gilt als Dichter des Philistertums,

weil er im Lied von der Glocke denen ein „Wehe" zugerufen hat, die „den ewig Blinden des Lichtes Himmelsfackeln leih'n". Wir brauchen aber nur im „Ludwig Börne" und den „Bekenntnissen" des Schiller ganz und gar nicht seelenverwandten Heinrich Heine zu blättern, um auf sehr gleichlautende Stellen zu stoßen.

„Mich beklemmt die geheime Angst des Künstlers und des Gelehrten, die wir unsre ganze moderne Zivilisation, die mühselige Errungenschaft so vieler Jahrhunderte, die Frucht der edelsten Arbeiten unsrer Vorgänger, durch den Sieg des Kommunismus bedroht sehen" heißt es in den „Bekenntnissen". Und nicht anders, wie man in England vom „großen ungewaschenen Haufen" — the great Unwashed — zu sprechen pflegte und Carlyle die vom Chartismus erfaßte Arbeiterschaft als den „unartikulierten" Haufen aufmarschieren ließ, erklärt Heine: „Ich würde meine Hand waschen, wenn mich das souveräne Volk mit seinem Händedruck beehrt hätte", und: „Seine Majestät das Volk ist fast so bestialisch dumm, wie seine Günstlinge". Das war, so zynisch es klingt, durchaus ehrlich empfunden, durch die ganze Stelle, an der es steht, geht sogar eine gewisse Wärme. Man errichte öffentliche Volksbäder, und man werde ein Volk erhalten, „das sich gewaschen hat", und sobald man erst öffentliche unentgeltliche Volksschulen habe, werde man „bald auch ein intelligentes Volk sehen", so geht es bei Heine sehr ernsthaft weiter. Volksbildung ward in der Tat die allgemeine Parole der Liberalen des 19. Jahrhunderts, nachdem die Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts mit der Ausarbeitung von Erziehungsromanen und Erziehungsutopien vorangegangen war. In England, wo die öffentliche Volksschule noch lange auf sich warten ließ, so daß ein Carlyle selbst die so mäßige Wahlreform von 1866 noch ernsthaft als einen „Sturz den Niagara hinunter" bezeichnen konnte, gründen die Liberalen in den dreißiger und vierziger Jahren Arbeiterbildungsschulen — „Mechanics Institutes" — und später machten es ihnen die owenitischen Sozialisten mit „Halls of Science" nach. Ähnlich auf dem Festlande. In Deutschland finden die Mechanics Institutes in den „Handwerkervereinen" und „Arbeiterbildungsvereinen" ihr Gegenstück, die hier einen gemäßigten und dort einen radikalen Charakter tragen, aber alle unter dem Motto kämpfen: „Wissen ist Macht", „Bildung macht frei".

Es wäre ungerecht zu verkennen, daß diese Volksbildungsvereine manches Gute geschaffen haben. Aber im ganzen haben sie immer nur eine dünne Oberschicht der Arbeiterklasse angezogen und mit ihren meist ungenügenden Mitteln nur sehr unsystematisch vorgehen können. Man veranstaltete in krausem Durcheinander Vorträge über alles Mögliche und züchtete so in der Arbeiterschaft eine Abart von Menschen, die von allem etwas gehört, aber nichts gründlich durchgenommen hatten, die wohl viel von Bildung sprachen und schwärmten, aber im ganzen eher verbildet waren und daher die Fühlung mit der großen Masse ihrer eigenen Klasse immer mehr verloren. Ich habe in jüngeren Jahren noch manche solcher Arbeiter kennen gelernt: gute, strebsame, aber meist entsetzlich lederne Menschen.

Als nach Ablauf der Jahre der Reaktion, die auch die Arbeiterbildungsvereine nicht verschont hatte, diese in Deutschland wieder in Blüte standen, trat 1863 Lassalle auf und unterbrach die allgemeine Bildungsspielerei — denn viel mehr war es wirklich nicht — in seinem Offenen Antwortschreiben mit der Aufforderung an die Arbeiter, alle ihre Energie auf die Erringung des Allgemeinen gleichen und direkten Wahl-

rechts zu konzentrieren, weil nur der Staat dieses Wahlrechts den nötigen Willen und die erforderliche Kraft haben werde, diejenigen ökonomischen Reformen durchzusetzen, welche der Notlage der Arbeiterschaft gründliche Abhilfe versprächen. Wenn die 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung das Allgemeine Wahlrecht als Magenfrage auffaßten und mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hin verbreiteten, so würde keine Macht sich dem lange widersetzen können. So lautet es am Schluß des Offenen Antwortschreiben, und obwohl Lassalle durchaus nicht daran gedacht hatte, die Magenfrage in einen Gegensatz zur Bildungsfrage zu stellen, spitzte sich der Kampf zwischen der Lassalleschen und der liberalen Bewegung doch wesentlich auf die Parolen zu: „Hier Magenfrage!" und „hier Bildungsfrage!", und es dauerte nicht lange, so trat denn auch in der Lassalleschen Bewegung ein ganz anderer Typus von Arbeiter in den Vordergrund, als wie er in den Arbeiterbildungsvereinen den Ton angegeben hatte. Statt des Arbeiters, der sich mittels etlicher Brocken Wissen aus seiner Klasse herauszuheben strebte, der Arbeiter, der sich mit seiner Klasse und durch sie in Kämpfen gegen die andern Klassen zu heben suchte; statt des Arbeiters, der die Sprache des Bürgers zu sprechen sich bemühte, ein Arbeiter, der seine Eigenart und seine Ecken demonstrativ zur Schau trug; statt des gegen seine Kollegen konkurrierenden ein gemeinsam mit ihnen fordernder, statt eines Arbeiters, der sich seiner materiellen Bedürfnisse oder wenigstens der seiner Kollegen zu schämen schien, ein Arbeiter, der an nichts als an materielle Bedürfnisse zu denken schien; statt eines zufrieden hoffenden, ein unzufrieden grollender oder auch drohender Arbeiter. Kurz, statt eines Arbeiters, der höflich anklopfte, ein Arbeiter, der Miene machte, ihm verschlossene Türen gewaltsam aufzustoßen.

Es ist nicht zu verwundern, daß eine Bewegung, die diesen Typus Arbeiter in den Vordergrund stellte, vielen als kulturfeindlich oder die Kultur gefährdend erschien. Hatte nicht jedesmal in der Geschichte, wenn die niederen Volksklassen mit materiellen Forderungen sich erhoben, es Blutvergießen und große Zerstörungen gegeben? War nicht fast jedesmal alsdann Unterbrechung des Fortschritts oder Untergang von ganzen Gemeinwesen eingetreten? Die großen Arbeitseinstellungen Ende der sechziger Jahre, bei denen in Berlin die allerdings noch recht urwüchsigen Bauarbeiter die Hauptrolle spielten, tumultuarische Vorgänge in Volksversammlungen, dann aber namentlich die Kommuneerhebung von 1871 in Paris leisteten dieser Auffassung Vorschub. In den bürgerlichen Witzblättern ward der sozialdemokratische Arbeiter nur noch im Gewand des Berliner „Rehbergers" von 1848 mit breitem Schlapphut und wüstem Haar und Bart abgebildet, bloß daß zur aus der Tasche herausschauenden Schnapsflasche noch die umgehängte Petroleumflasche als Kennzeichen des Kommunarden kam. Eine Spottschrift gegen die Sozialdemokratie, auf deren Titelblatt der sozialdemokratische Agitator so abgebildet war, fand noch 1879 einer meiner Bekannten, der im Palais des Kaiser Wilhelm I. zu tun hatte, auf dessen Arbeitstisch liegen. Fast die ganze bürgerliche Presse stellte den sozialdemokratischen Agitator als einen wüsten Demagogen hin, der nur an die niedrigsten Instinkte im Menschen appellierte, nur auf sie spekulierte. Das war aber für damals wie für ihre ersten und ihre späteren Jahre ein Zerrbild der wirklichen Bewegung, gab ihren Geist durchaus falsch wieder.

Schon Lassalle war sehr weit davon entfernt, die Arbeiterbewegung, die er zu schaffen suchte, den Arbeitern einseitig als eine Bewegung für den

Magen hinzustellen, geschweige denn, sie selbst als eine solche aufzufassen. Ein Jahr vor Veröffentlichung des Offenen Antwortschreibens hatte er in seinem ersten, vor Berliner Arbeitern gehaltenen Vortrag, dem unvergänglichen „Arbeiterprogramm", seinen Hörern auseinandergesetzt, daß und warum in der modernen Gesellschaft die Bestrebungen der Arbeiter als Klasse mit Notwendigkeit ihrer Richtung nach mit den Fortschritten der Kultur zusammenfielen, daß die Arbeiter in der glücklichen Lage seien, sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und sicher sein zu dürfen, daß sie „um so sittlicher dastehen würden, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft sie erfülle". „Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden", hatte er den Arbeitern zugerufen und daran den Satz geknüpft, der bald als Sinnschrift auf Fahnen und Schildern der Arbeitervereine stehen sollte: „S i e sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!" Wegen dieses Vortrags vor Gericht gestellt, hatte er in seiner Verteidigungsrede, der er den Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter" gab, die Herstellung der Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, „dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden", als die Aufgabe bezeichnet, der er sein Leben geweiht habe, und ebenso stellte er immer wieder in Wort und Schrift die Arbeiterbewegung als Kulturbewegung höchsten Ranges hin, bis er schließlich in seinem letzten Aufsatz, der vom 2. Juni 1864 datierten Antwort an die Kreuzzeitung auf eine Rezension seines „Bastiat Schulze" den Satz ausspricht:

> „Ich bin der erste zu erklären, daß jede soziale Verbesserung nicht einmal der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben — was zum Glück objektiv ganz unmöglich ist — die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in ihrer großen Masse heute sind."

„Was zum Glück ganz unmöglich ist" — in diesem zwischengeschobenen Satz liegt ein bedeutsames Stück Kulturphilosophie, die feste Überzeugung, daß jede Verbesserung der politischen und ökonomischen Lage der Arbeiter auch mit Notwendigkeit ihre Geistesverfassung ändern, sie unbedingt auch geistig heben würde. Von dieser Überzeugung getragen und von der Richtigkeit des Satzes durchdrungen, den er dem eben zitierten vorausgeschickt hatte, nämlich daß „wer ganze Klassen von Menschen wirklich ändern will, zuvor die Bedingungen ihrer Lage ändern muß, die sie eben zu dem machen, was sie sind", konnte Lassalle fortfahren, er gebrauche das Wort Bildung nicht mehr gern, seit die Fortschrittler so viel Mißbrauch damit getrieben hätten; der erste Schritt zur subjektiven Hebung der Arbeiter wäre die Erziehung durch den obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht in einem ganz andern Umfange, als er zurzeit in schwachen Keimen vorhanden, vielmehr erst bei dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht denkbar sei. Zugleich mit diesem erstrebe die Agitation Lassalles „die solide Erziehung und Bildung des Volkes".

Es ist ein ganzes Programm zur Bildungsfrage, das in diesen Sätzen angezeigt ist, und im wesentlichen ist es das Programm der Arbeiterbewegung geblieben, wie viel sie auch sonst an Lassales Formulierungen geändert hat. Ohne auf eigene Bildungsinstitute zu verzichten, die dem Arbeiter Quellen des Allgemeinwissens erschließen, verlegten sich nun die vom sozialistischen Geist erfaßten von Sozialisten ins Leben gerufenen Arbeitervereinigungen in

erster Linie auf die Verbreitung sozialpolitischer Erkenntnis in der Arbeiterschaft, auf die politische Erziehung und Schulung der Arbeiterklasse und auf den unmittelbaren Kampf für soziale Besserstellung. Teilnahme an den Wahlen, sowie Arbeit in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörpern, wo den Arbeitern das Wahlrecht dies möglich macht, auf der einen Seite, und wirtschaftlicher Kampf um Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeiterrecht in den Gewerkschaften, das sind noch heut die vornehmsten, ihre anderen Lebensäußerungen durchaus überragenden Betätigungsarten der Arbeiterbewegung.

Welche formellen und materiellen Erfolge auf diesen Gebieten in Deutschland erzielt worden sind, ist allgemein bekannt. Seit längerer Zeit schon hat Deutschland in absoluter Zahl die größte politische Arbeiterbewegung der Welt, seit zwei Jahren hat es auch die größte Gewerkschaftsbewegung der Welt, und in Verbindung mit beiden hat es die stärkste Arbeiterpresse der Welt. Zwei und eine viertel Millionen Arbeiter sind heute in Deutschland gewerkschaftlich organisiert. Die Verbreitung der Arbeiterpresse kann auf gegen drei Millionen Abnehmer veranschlagt werden, wobei allerdings die Organe der christlichen und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine mit einbezogen sind. Und mehr als 550 000 Arbeiter sind heute in sozialdemokratischen Wahlvereinen politisch organisiert. Die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiterklasse ist seit dem 25. Januar 1907 im Deutschen Reichstag durch 43 Abgeordnete vertreten, nachdem sie bei den Wahlen von 1898 schon 56, bei den Wahlen von 1903 sogar 81 Abgeordnetenmandate erzielt hatte. Der Mandatsrückgang ist dem außergewöhnlichen Kraftaufwand der zu einem Block verschmolzenen bürgerlichen Parteien geschuldet, aber keinem Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, die vielmehr von 3 010 000 auf 3 258 000 anwuchsen. In den Parlamenten der einzelnen Staaten des Reichs hatte, nach dem Bericht des Parteivorstandes der Sozialdemokratie an den Parteitag von Essen (September 1907), trotz zum Teil sehr ungünstigen Wahlrechts die Sozialdemokratie 135 Vertreter, und die Zahl ihrer Gemeindevertreter belief sich zur selben Zeit auf nicht weniger als 4 996.

Das sind bedeutende Zahlen, die einen großen Aufwand organisatorischer Tätigkeit erkennen lassen. Wer sich auch nur ein wenig auf das politische Leben versteht, wird sich ohne weiteres sagen können, daß, um das Agitations- und Organisationswerk zu leisten, dessen Resultat die gegebenen Zahlen anzeigen, nicht Tausende, sondern Zehntausende von tätig eingreifenden Menschen nötig waren, und in der Tat würde eine Zusammenstellung der bezahlten und der unentgeltlich tätigen Beamten und Komiteemitglieder der sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften ein Heer ergeben, für das die Zahl 30 000 wahrscheinlich noch zu niedrig angesetzt wäre. Das Organisationswesen ist in den Gewerkschaften wie in den politischen Vereinen der Sozialdemokratie heute außerordentlich sorgfältig ausgebildet. Eine weit durchgeführte demokratische Gliederung macht einen Prozentsatz von Organisationsleitern und Komitees im Verhältnis zur Zahl der Organisierten notwendig, wie er nie vorher bestand und wohl in keiner zweiten Partei oder Bewegung zu finden ist. Nichts veranschaulicht dies besser, als der Höhestand der statistischen Arbeiten, die heute teils von den politischen Organisationen, namentlich aber von den Gewerkschaften und den von diesen eingerichteten Arbeitersekretariaten geleistet werden.

Die in ihrer Art wirklich bewunderungswerten Statistiken der zentralisierten deutschen Gewerkschaften über ihre Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sowie die Erhebungen der Sekretariate über soziale Zustände sind Kollektivarbeiten, die ohne freiwillige Mitarbeit großer Massen gar nicht möglich wären, und daß die Arbeit in solchem Umfange geleistet wird, läßt wieder erkennen, wie weit die Erkenntnis vom Wert der Statistik und das Verständnis für ihre Anforderungen in der Arbeiterschaft Boden gefaßt habe.

Und das leitet zu der Frage über, die schließlich die Kernfrage unserer Betrachtung bildet, wie die Arbeiterbewegung kulturell auf ihre Angehörigen, auf die von ihr erfaßten Arbeiter zurückgewirkt hat. Es könnte ja jemand die Frage aufwerfen, was denn die geschilderte Agitation und Organisation eigentlich mit der Kultur zu tun habe, und behaupten, der Zusammenhang sei nur ein ganz loser, ganz äußerlicher, denn die Agitation und Organisation seien auch bei Bewegungen sehr ausgebildet, deren Kulturwert von den Vertretern der modernen Arbeiterbewegung sehr energisch bestritten wird. Aber so gerechtfertigt dieser Einwand auch klingen mag, so wenig besagt er hier.

Was ist Kultur? Offenbar die Erhebung des Menschen über die Abhängigkeit von äußeren Mächten, die Entwicklung des menschlichen Geistes und durch sie die Durchgeistigung des ganzen Lebens, die Verfeinerung der Genüsse im ästhetischen Sinne, die mit bloßem Raffinement nicht zu verwechseln ist, und die höhere Wertung des Menschen als freie Persönlichkeit. Es ist nun durchaus zweierlei, eine höhere Kultur für bevorzugte Minderheiten auszubilden, und die Kultur der unprivilegierten, mehr oder weniger unterdrückten arbeitenden Masse zu heben. Daß der erste Schritt zur kulturellen Hebung der Massen eine Erhebung aus der drückenden materiellen Not sein muß, die im Kampf für das physisch Allernotwendigste den Geist niederhält, hat, außer anderen, auch unser Schiller erkannt und in seinen Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts eindrucksvoll ausgesprochen. Nun kann man wohl darüber streiten, wie groß der Anteil ist, der der Arbeiterbewegung an den Verbesserungen zugeschrieben werden muß, die nach und nach in dieser Beziehung erzielt worden sind, es kann aber niemand bestreiten und bestreitet auch niemand im Ernst, daß der Arbeiterbewegung ein erheblicher Anteil hieran zuzuschreiben ist, und zwar wirkt sie da in dreifacher Eigenschaft: als *treibende*, als *verhindernde* und als *erobernde* Kraft. Sie treibt die Regierenden sowie die bürgerlichen Parteien zu Reformen an, sie verhindert durch Widerstand und zuweilen auch durch die bloße Tatsache ihres Daseins Verschlechterungen, und was sie als erobernde Kraft bedeutet, mag man daraus erkennen, daß, nach der sorgfältigen Berechnung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften (Korrespondenzblatt vom 26. Oktober und dito vom 14. Dezember 1907) die zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1906 in runden Zahlen für ihre Mitglieder und Berufsgenossen folgendes erwirkten:

A. *Lohnerhöhungen, auf das Jahr berechnet:*

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Durch Angriffsstreiks: ............. | für | 154,253 | Pers. | 14,380,000 | Mk. |
| 2. Durch Verhandlungen ohne Kampf:. | „ | 491,878 | „ | 34,000,000 | „ |
| 3. Im Widerstand gegen Aussperrungen . | „ | 6,340 | „ | 400,000 | „ |
| Zusammen | für | 652,471 | Pers. | 48,780,000 | Mk. |

B. Arbeitszeitverkürzungen, auf das Jahr berechnet:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Durch Angriffsstreiks: ............. | für | 75,646 | Pers. | 11,600,000 | St. |
| 2. Durch Verhandlungen ohne Kampf:. | „ | 255,534 | „ | 37,100,000 | „ |
| 3. Im Widerstand geg. Aussperrungen: | „ | 1,362 | „ | 176,000 | „ |
| Zusammen: | für | 332,542 | Pers. | 48,876,000 | St. |

In einem Jahr — und das Jahr ist hierbei mit nur 40 Arbeitswochen angesetzt — sind somit gegen 49 Millionen Mark Lohnerhöhung und gegen 49 Millionen Stunden mehr Muße oder Ruhe erlangt worden. Das sind unmittelbare Erfolge. Wieviel mittelbar, auf Grund des nun gegebenen Beispiels, in den gleichen Gewerben andern Arbeitern bewilligt wurde, entzieht sich der statistischen Feststellung. Es dürfte aber jedenfalls mehr sein als die wenigen Lohnverkürzungen und die noch unbedeutenderen Arbeitszeiterhöhungen, die im gleichen Jahre stattfanden. Die Arbeitszeitverkürzungen sind in der großen Mehrheit der Fälle bleibender Gewinn, während die Lohnerhöhungen mehr von der Konjunktur abhängig sind. Indes ist auch hier mindestens ein Teil bleibender Gewinn.

Zunächst nun sind die aufgeführten Verbesserungen freilich erst potentielle Kulturerrungenschaften. Der Lohngewinn kann vertrunken oder in sonst wertlosen oder schädlichen Genüssen verausgabt, der Gewinn an Muße am Schenktisch zugebracht oder sonst vertrödelt werden, und in vielen Fällen wird das auch geschehen. Man kann nicht erwarten, daß Menschen auf Grund kleiner Verbesserungen sofort ihre Lebensgewohnheiten, ihren Geschmack und ihre Bedürfnisse ändern. Sie werden das um so weniger tun, je mehr die Errungenschaft den Charakter des bloßen Gelegenheitsgewinns trägt. Dies ist einer der Gründe, weshalb die ständige Organisation der Arbeiter, in diesem Falle also die Gewerkschaft in ihrer entwickelteren Form, der bloßen Koalition für den Bedarfsfall — weshalb ferner der auf mehr als eine Saison abgeschlossene Tarifvertrag der kurzfristigen oder ohne Termin gelassenen Lohnabmachung vorzuziehen ist, auch wenn die letzteren günstigere Bedingungen versprechen. Ein zweiter Grund ist der, daß eben die ständige Organisation der Arbeiter mit Notwendigkeit auf ihre Mitglieder kulturell erzieherisch wirkt. Die Gelegenheitsverbindung wird durch Gefühlserregungen zusammengebracht, der Appell an die Leidenschaften ist ihr Bindestoff, ihr Führer muß die Menschen so nehmen, wie er sie findet, er muß auf die niedrigeren Antriebe wirken, weil sie die am leichtesten zu entfachenden, die allgemeineren Antriebe sind. Die dauernde Organisation dagegen ist nicht möglich, ohne die verstandesmäßigen und die sonstigen höheren Antriebe in Anspruch zu nehmen und zu entwickeln. Sie erfordert einen gewissen Weitblick, der nur durch größere Einsicht in das Getriebe des sozialen Organismus gewonnen werden kann, sie erfordert die Kraft, unabhängig von Augenblicksaufwallungen Opfer auf sich zu nehmen, denen kein sichtbarer Gegenwert gegenübersteht, sie erfordert daher auch einen hohen Grad von Selbstbeherrschung — alles Eigenschaften, die auf der Linie der Kulturentwicklung liegen und, je mehr die Organisation dazu gelangt, für ihre Angehörigen den Druck der Konjunkturen zu mildern, in steigendem Maße auf die ganze übrige Lebensführung im Sinne höherer Kultur zurückwirken müssen. Der gewerkschaftliche und ebenso der politisch organisierte Arbeiter mögen sich gelegentlich nach außen hin stachlicht geben, auf die

Dauer werden sie im öffentlichen wie im Privatleben einer höheren Kultur zustreben.

Das ist heute keine leere Vermutung mehr, nicht bloß spekulative Deduktion. Die Erfahrung hat Lassalles Annahme durchaus bestätigt. Witzblätter vom Schlage des Kladderadatsch mögen den Mann mit der Ballonmütze und den tierisch-massiven Kiefern für den Typus des sozialdemokratischen Arbeiters unserer Tage nehmen, wer sich in der Arbeiterbewegung näher umgesehen hat, ob als Freund oder selbst als Gegner, weiß, daß der dort vorherrschende Typus ganz anders aussieht. Er ist nicht der ideale Proletarier der abstrahierenden Theorie, ganz Streben und Bildungsdrang — sondern ein Mensch von Fleisch und Blut, mit menschlichen Trieben und menschlichen Schwächen. Es würde deshalb ein falsches Bild geben, den Bildungsdrang einzelner oder selbst von Gruppen als Beispiel heranzuziehen. Nicht darauf kommt es an, was Minderheiten tun. Man kann Individuen zu Mustern der Ideologie erziehen, aber nicht ganze Klassen. Solange man nicht ihre Umgebung ändert, wird man auch die Rückwirkung dieser Umgebung, der Wohn- und sonstigen Lebensverhältnisse sowie der Arbeit selbst auf die Massen nicht aufheben. Das darf nicht vergessen werden, wenn man die Frage der kulturellen Wirkung der Arbeiterbewegung stellt.

Die Hebung von ganzen Klassen ist ein langsamer Prozeß, den die sozialen Verhältnisse heute zu begünstigen scheinen und dem sie morgen neue Hemmnisse entgegenstellen. Man darf an sie nicht den gleichen Maßstab anlegen, wie an die Erziehung von einzelnen.

Ein nur kleiner Fortschritt, wenn er die Masse ergreift, hat größere weltgeschichtliche Bedeutung als das Auftauchen oder die Züchtung von Geistesriesen. Ein Aristoteles inmitten von Sklaven und Banausen ist eine gewaltige Erscheinung, aber er verhinderte nicht den Untergang einer ganzen Kultur. Wer die moderne Arbeiterbewegung kennt, ist einer Sache gewiß: sie mag die größten politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen bringen, sie wird die Kulturhöhe der Menschheit nicht herunterdrücken, sondern sich als Triebkraft ihrer fortschreitenden Steigerung bewähren. Neben der Abnahme gewisser Vergehen haben wir als sichere Bürgschaft dafür das wachsende Verständnis für das Wesen und die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens der Gesellschaft, ein Verständnis, das durch nichts so kräftige Förderung erhält, als durch die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung.



## STAATSMINISTER J. CASTBERG, CHRISTIANIA: DIE DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG IN NORWEGEN.

DIE Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen war eine unvermeidliche Konsequenz zweier Faktoren, — eines nationalen und eines sozialen.

Das alte nationale Bewußtsein der Norweger, das während der langen Union mit nationale geschlummert hatte, war anfangs des 19. Jahrhunderts wieder zu neuem Leben erwacht. Durch die Macht der

europäischen Ereignisse gezwungen, schloß das von Dänemark losgerissene Norwegen 1814 die Union mit Schweden als „ein freies, selbständiges, unteilbares Reich“. Den Dokumenten gemäß sollten die zwei Länder gegenseitig ganz unabhängig voneinander und völlig gleichgestellt sein. De facto aber war Norwegen das Land, das eine mindere Stellung erhielt, die den Norwegern um so empfindlicher wurde, je kräftiger das norwegische Nationalgefühl sich mit der steigenden ökonomischen und geistigen Entwicklung des Landes entfaltete. Diesem Nationalgefühl wurde die Abhängigkeit Norwegens von den schwedischen Organen der äußeren Politik unerträglich, und als Schweden nicht die Leitung und Repräsentation der auswärtigen Politik beider Länder aufgeben wollte, mußte die Union zerbrechen. Der Zeitpunkt hätte später fallen, die Art des Bruches hätte anders sein können, — aber die Union selbst war schon durch die historische Entwicklung zum Tode verurteilt.

Diese Trennung der zwei stammverwandten Völker wurde aber auch durch die tiefen Gegensätze ihrer sozialen und politischen Verhältnisse beschleunigt. Norwegen war eine demokratische Gesellschaft. Charakteristisch ist schon, daß es in Norwegen, nachdem der eingeborene Adel im Mittelalter ausgestorben war, später fast keinen Adel gegeben hat, und daß 1821 der Adel in Norwegen durch Gesetz ausdrücklich abgeschafft wurde, dem scharfen Widerstande der unionellen königlichen Gewalt zum Trotz.

Das demokratische Prinzip hat sein Gepräge auch der norwegischen Verfassung gegeben. Durch das Grundgesetz von 1814, das noch heute besteht, wurde die politische Macht ganz in die Hände der Nationalversammlung — des Storthings („der großen Kammer“) — gelegt. Das Storthing besteht nur aus einer Kammer, die sich bei ihrer gesetzgebenden Tätigkeit in zwei Abteilungen (odelsthing und lagthing) trennt. Nur den Gesetzesbeschlüssen gegenüber hat der König ein Veto, und zwar ein suspensives. Alle anderen Beschlüsse des Storthings sind gültig ohne königliche Sanktion. Nach einem scharfen Konflikt zwischen Storthing und König in den achtziger Jahren ist dies zum Grundsatz der norwegischen Politik geworden. Das ganze königliche Veto-Ministerium wurde damals von dem in politischen Sachen höchsten Reichsgericht seiner Ämter entsetzt. Seitdem herrscht in Norwegen der Parlamentarismus, und in der Tat ist das Storthing alleingebietend in allen Gesetzgebungs-, Bewilligungs- und Verfassungssachen. Keine Partei verlangt dies geändert.

Norwegen war 1814 ein Bauernland, und das Stimmrecht wurde wesentlich in die Hände der Bauern gelegt. Allmählich hat sich indessen auch hier eine moderne Industrie entwickelt, und nach mehreren sukzessiven Erweiterungen wurde 1898 das allgemeine Stimmrecht für Männer eingeführt: jeder Mann über 25 Jahre, der nicht öffentliche Armenhilfe empfängt, wurde stimmberechtigt und wählbar. Kein Wähler hat mehr als eine Stimme, und das Wahlgeheimnis ist durch verschiedene scharfe gesetzliche Bestimmungen gesichert. Die Zahl der Stimmberechtigten bei den Wahlen 1906 betrug 447,000, die Zahl der abgegebenen Stimmen 290,000.

Voriges Jahr wurde das politische Stimmrecht und die Wählbarkeit zum Storthing wesentlich ausgedehnt, indem die gleichen Rechte durch beinahe einstimmigen Beschluß des Storthings all denjenigen über 25 Jahre alten Frauen gegeben wurden die Steuern von einer Jahreseinnahme von mindestens 400 Kronen (ca. 445 M.) in der Stadt und 300 Kronen (ca.

335 M.) auf dem Lande zahlen, oder deren Gatten solche Steuern zahlen. Ungefähr 300 000 Frauen haben dergestalt politisches Stimmrecht und Wählbarkeit erhalten. Die ersten Storthingswahlen nach diesem neuen Modus finden 1909 statt.

Im kommunalen Leben ist diese Stimmrechtsregelung für Männer und Frauen schon 1901 durchgeführt. Die Beteiligung der Frauen an drei kommunalen Wahlen — 1901, 1904 und 1907 — ist ganz lebendig gewesen, besonders in den Städten, und hat nur gute Folgen gehabt. Die kommunale Selbstverwaltung wurde 1837 etabliert. Jede Stadt und jede Landesgemeinde hat ihren vom Volke gewählten Gemeinderat, dem es zusteht, alle Steuern, Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde festzusetzen, und die ganze kommunale Verwaltung zu besorgen; nur in den Städten ist eine meist ausschlaggebende Amtsmagistratsperson beigeordnet. Die Forderung, daß auch die Magistrate vom Volke gewählt werden sollen, steht jetzt auf der Tagesordnung. Die Beschlüsse des Gemeinderats sind gewöhnlich ohne administrative Genehmigung gültig. Die große Mehrheit der Mitglieder der Gemeinderäte sind Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, und diese Institution hat mächtig dazu beigetragen, die politischen Fähigkeiten und Interessen des Volkes zu fördern.

Die große Beteiligung des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten hat auch eine stetige Entwicklung des Volksschulwesens notwendig gemacht. In Anbetracht der zerstreuten Bevölkerung in dem weit ausgedehnten Lande steht dieses Schulwesen ziemlich hoch. Alle Kinder sind schulpflichtig vom 7. bis zu dem vollendeten 14. Jahre, und Analphabeten gibt es überhaupt nicht. Die Volksschule ist unentgeltlich und für alle Gesellschaftsklassen gemeinsam, da vorschriftlich alle öffentlichen höheren Schulen auf die fünfte Jahresklasse der Volksschule aufgebaut sind. Die Geistlichkeit hat nichts mit den Schulen zu tun. In den Volksschulen der Städte wird in fremden Sprachen, am meisten in Englisch und Deutsch, unterrichtet. Der Unterricht findet in den Städten täglich statt, auf dem Lande nicht. Die Freunde der Volksschule bemühen sich jetzt, die tägliche und wöchentliche Unterrichtszeit zu erweitern.

Die Leitung der Volksschule steht der vom Volke gewählten Schulbehörde zu. Vorschriftsmäßig sollen auch Frauen in die Schulbehörde gewählt werden. Und dies ist ebenfalls der Fall bei dem vom Volke gewählten „wergeraad“, der für die vernachlässigten oder verwahrlosten Kinder Sorge tragen sollen.

Auch an der Rechtspflege nimmt das Volk teil — Männer und Frauen — indem, zufolge eines Gesetzes von 1887, Schwurgerichte mit 10 gewählten Laien und Schöffengerichte (1 Amtsrichter und 2 Laien) in kriminellen Sachen urteilen. Auch Frauen fungieren jetzt als Richter an diesen Gerichten, und die Institution hat sich nach einstimmigem Urteil durchaus bewährt. Im Zivilprozeß, wo jetzt auch Frauen Gerichtszeugen sind, wird bald dasselbe System mit vom Volke gewählten Laienrichtern eingeführt werden. Ein Kommissionsentwurf in dieser Richtung liegt vor.

Die Rechtsstellung der Frauen in Norwegen ergibt sich im wesentlichen schon aus dem oben Gesagten. Zu weiterer Erklärung der Entwicklung auf diesem Gebiete ist ferner zu erwähnen: Die Frauen haben dasselbe Erwerbsrecht wie Männer. 1854 wurde dasselbe Erbrecht für Männer und Frauen festgesetzt. 1863 wurden die unverheirateten Frauen und die Witwen und 1888 auch die verheirateten mündig in derselben Weise wie die

Männer. Zufolge eines Gesetzes von 1888 ist die Ehefrau fähig, allein zu verwalten und disponieren, was sie durch eigene Arbeit verdient, und sie kann verlangen, daß die eheliche Vermögensgemeinschaft aufgehoben wird, wenn der Gatte das Vermögen schlecht oder leichtsinnig verwaltet. 1884 erhielten die Frauen das Recht, alle Universitätsexamina zu absolvieren, und durch eine grundsätzliche Bestimmung von 1901 wurde ihnen der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern geöffnet. Es gibt zurzeit mehrere weibliche Ärzte und Advokaten in Norwegen. Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren steht auch bevor und es ist unzweifelhaft, daß diese Entwicklung jetzt noch beschleunigt werden wird durch die Einführung des Stimmrechts der Frauen.

In der sozialen Gesetzgebung Norwegens stehen die Bestrebungen, die Landarbeiter zu kleinen Freibauern zu machen, im Vordergrunde. Zu ihrer Verwirklichung ist eine besondere, vom Staate garantierte Bank errichtet worden, die den Unbemittelten billige Anleihen bietet, um kleine Grundstücke zu kaufen und Wohnungen usw. zu bauen. Die Anleihen werden von den Gemeinden garantiert, machen bis $^9/_{10}$ des Taxwertes des Bodens und des Gebäudes aus, werden mit 3½ bis 4% verzinst und in 30 bis 50 Jahren getilgt. Die Bank hat bisher in 5 Jahren ca. 15 Millionen Kronen ausgeliehen, und mehrere tausend kleine freie Besitzungen und Wohnungen für Arbeiter sind dadurch geschaffen worden. Um den Erwerb wohlfeilen Ackerlandes zu diesem Zwecke zu erleichtern, ist es in Erwägung gezogen worden, den Gemeinden Vorkaufsrecht und Expropriationsrecht an geeigneten Grundstücken zu geben.

Während die Arbeiterschutzgebung noch wesentlich nur die Kinder und jungen Arbeiter unter 18 Jahren umfaßt — außer den Vorschriften zur Verhütung von Fabrikunfällen und sanitären Maßregeln — bietet das Gebiet des sozialen Versicherungswesens ein ganz interessantes Bild. Die Unfallversicherung der Industriearbeiter ist seit 1894 eingeführt; die Prämien werden von den Arbeitgebern und die Administrationskosten vom Staate gezahlt. Seit mehreren Jahren wird außerdem eine Invaliditäts- und Altersversicherung vorbereitet, die das ganze Volk, alle Gesellschaftsschichten, umfassen soll. Die Versicherungskosten sollen von den Versicherten erlegt werden, mit Zuschüssen für die Ärmsten; die Administration wird vom Staate bestritten. Zur Durchführung dieser Versicherung ist ein Staatsfonds geschaffen, der in den nächsten Jahren ungefähr 30 Millionen Kronen betragen wird. Diese Sache — die „Volksversicherung" — ist als Wahlprogramm von der großen Mehrheit des Volkes bei den Storthingswahlen angenommen, und die Regierung wird nach langen Vorbereitungen ihren Entwurf im nächsten Jahre vorlegen. Zur selben Zeit wird die Regierung einen Vorschlag zur Durchführung einer vom Staate und den Arbeitgebern gestützten obligatorischen Krankenversicherung für die Arbeiter dem Storthing vorlegen.

Die Demokratie in Norwegen zeigt ein stetiges Wachstum. Eine kräftige konservative Partei, eine Partei, die es wagte, der demokratischen Entwicklung offenen Widerstand entgegenzusetzen, existiert nicht zur Zeit bei uns. Nach ihrer großen Niederlage in der unionsfreundlichen Politik ist die konservative Partei, die Rechte, ganz zerfallen, und die schwachen Reste haben sich hinter einem furchtsamen Opportunismus versteckt. Andererseits ist die norwegische Sozialdemokratie, die in den größeren Städten ziemlich stark ist, dazu übergegangen, in der praktischen Politik eine radikale parlamentarische Reformpartei zu sein. Die Linke ist eine Reform- und Fort-

schrittspartei. Die demokratische Entwicklung findet also zur Zeit keinen prinzipiellen Widerstand bei irgendwelcher Gruppe im Lande.

Daß dies kleine demokratische Volk, das seit dem Siege in dem Konflikt mit der königlichen Gewalt in den Jahren 1880 bis 1884 nur dem Namen nach ein Königtum war, als der Thron 1905 vakant war, nicht die republikanische Regierungsform wählte, sondern sich durch eine allgemeine Volksabstimmung mit 258 000 gegen 69 000 Stimmen für die Königswahl aussprach, findet hauptsächlich seine Erklärung in den eigentümlichen Umständen unmittelbar nach dem Unionsbruch mit Schweden, dem diese Volksabstimmung in größter Eile folgte. Sie hat gewiß nicht dazu beigetragen, die Sympathien der norwegischen Demokratie zu verstärken, die Volksabstimmung als eine verfassungsmäßige feste Institution einzuführen.

Noch ist bei weitem nicht die reine Demokratie auf allen Gebieten in Norwegen ganz und gar durchgeführt. In seinen historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnissen hat aber das norwegische Volk die natürlichen Voraussetzungen einer starken demokratischen Entwicklung, und diese wird das ganze Leben des Volkes erobern.



# HUBERT LAGARDELLE, PARIS: DER FRANZÖSISCHE SYNDIKALISMUS*).



DER Syndikalismus ist die Theorie, die den von revolutionärem Geist erfüllten Berufsorganisationen der Arbeiter den Wert sozialer Umwandlungen verleiht. Er ist der Arbeitersozialismus. Durch seine Auffassung des Klassenkampfes steht er der reinzünftlerischen Organisation, die in den englischen Trade Unions ausgebildet ist, entgegen. Durch die Vorherrschaft, die er den proletarischen Institutionen einräumt, trennt er sich vom parlamentarischen Sozialismus. Durch seine Bemühungen für positive Schöpfungen und seine Geringschätzung der Ideologie unterscheidet er sich vom traditionellen Anarchismus.

Der Syndikalismus ist so häufig mit einer oder der andern dieser drei Vorstellungen verwechselt worden, daß es, um seinen eigenen Charakter besser zu verstehen, nötig ist, die Unterscheidungsmerkmale genau festzustellen.

## I.

Das zünftlerische Gewerkschaftswesen und der Syndikalismus haben insofern eine gemeinsame Basis, als beide von Fachgruppen begründet wurden. Aber das Zunftwesen beabsichtigt nicht die Welt zu erneuern, es will lediglich das Los der Arbeiter, die es organisiert, verbessern und ihnen einen bequemeren Platz in der gegenwärtigen Gesellschaft einräumen. Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine der zahlreichen Interessengemeinschaften, die rings um uns herum wuchern. So gut wie Kapitalisten sich zusammentun, um

*) Gemeint ist die von Lagardelle geführte Richtung des französischen Gewerkschaftswesens, die er zu den „zünftlerisch beeinflußten" Abirrungen (Trade Union) sowie zum parlamentarischen Sozialismus in Gegensatz bringt. Red.

ihre Kapitalien zu fruktifizieren, so gut verbünden sich Arbeiter, um unmittelbare Vorteile zu erlangen.

Der Syndikalismus wirft dem Zunftwesen vor, daß es den gemeinsamen Egoismus großzieht. Indem die Gewerkschaften zu geschäftlichen Agenturen umgestaltet, mit rein materiellen Zielen auf den Weg lediglich finanzieller Unternehmungen gedrängt werden, entwickelt sich in ihnen die einzige Sorge ihrer partikularistischen Interessen auf Kosten der Interessen der Gesamtheit. So wird das Proletariat gegen sich selbst in zahlreiche kleine Gruppen zersplittert, deren jede für sich abgetrennt ihre besonderen Ziele verfolgt. Kein gemeinsamer Kampf verbindet sie, kein innerliches Band hält sie zusammen, keine große politische Idee begeistert sie.

Das Zunftwesen errichtet nicht nur diese chinesische Mauer zwischen den einzelnen Berufsgruppen, es schafft überdies einen Gegensatz zwischen den organisierten und der Masse der nicht organisierten Arbeiter. Es bildet eine streng denkende Arbeiteraristokratie. Diese Arbeiter mit ihren starken Organisationen, hohen Löhnen, kurzen Arbeitstagen, wohlgefüllten Berufskassen bilden eine Koterie von Emporkömmlingen, die eifersüchtig auf ihre Vorrechte, mit Geringschätzung auf alles, was nicht zu ihr gehört, herabblickt, gleichgültig gegen die Leiden anderer, einzig und allein um ihre Vorteile besorgt. Die Kämpfe, die sich unter ihr oder neben ihr vollziehen, die weniger glückliche Arbeiter ausfechten, bekümmern sie nicht: „Geschäft ist Geschäft."

In den Augen der Syndikalisten verknüpft somit das Zunftwesen die höheren Schichten des Proletariats mit der Bourgeoisie. Ein gemeinsames, bourgeoismäßiges Ideal leitet sowohl die Arbeiter als die Kapitalisten: die Erzielung von Gewinn, und zwar durch dasselbe Vorgehen. Die nach dem Typus der Zünfte organisierten großen Vereinigungen unterscheiden sich in nichts von den großen Unternehmervereinigungen: dieselbe Zentralisation, dasselbe Kompromißsystem, dieselbe ausschließliche Sorge um finanzielle Macht. Dies ist natürlich. Die Autorität des Chefs, unerläßlich für den guten Geschäftsgang, ist für ein Arbeitsunternehmen nicht minder nötig wie für ein bürgerliches Unternehmen. Die Konflikte zwischen Angestellten und Kapitalisten können vom Augenblick an, da man sie als einfache Streitigkeiten zwischen Kaufleuten ansieht, nur zu Übereinkommen führen, die kommerziellen Transaktionen gleichstehen. Schließlich, da man vom Prinzip ausgeht, daß Geld die Welt regiert, werden diese Organisationen logischerweise die Banken und Versicherungsgesellschaften des Proletariats, die in Voraussicht von Schäden und mit der Absicht von Gewinn Kapitalien aufsammeln.

Eine solche Methode muß positiven Geistern, die sie auszunützen verstehen, zum Vorteile gereichen. Tatsächlich müssen wir über die materiellen Erfolge, die das Zunftsystem erzielte, mitunter staunen, so wie uns die Resultate einer gut geleiteten kaufmännischen Unternehmung zuweilen überraschen. Aber in diesen Vorgängen ist nichts Neues von Belang für das soziale Werden und von Wert für die Kultur. Ist nicht allen Menschen und allen in der Schule des Kapitalismus herangewachsenen Menschengruppen die Unterordnung alles andern unter den augenblicklichen Vorteil eigen? Und ist es nicht gerade dieses Abschätzen aller Dinge unter dem Gesichtspunkt des Marktwertes, das die sozialistische Gewerkschaftsbewegung bekämpft?

Der parlamentarische Sozialismus und der Syndikalismus verfolgen theoretisch denselben Zweck, den gemeinsamen Besitz der Produktions- und Tauschmittel. Aber die Syndikalisten beschuldigen den parlamentarischen Sozialismus, daß er vom wirtschaftlichen Fatalismus aus-

geht, um bei der Verstaatlichung und der demokratischen Korruption anzulangen.

Die Vertreter des parlamentarischen Sozialismus haben, indem sie die von Marx aufgestellten klassischen Beobachtungen über die Entwicklung des Kapitalismus bis zur Karikatur übertrieben, die ökonomische Entwicklung als die geheimnisvolle Triebfeder der sozialen Umwandlung betrachtet. Die Konzentrierung der Industrie, die Akkumulation des Kapitals, der Niedergang des Mittelstandes, das Anwachsen des Proletariats, all dies schien bis in die jüngste Zeit zu genügen, um mit eiserner Notwendigkeit den Sozialismus herbeizuführen. Automatisch sollte der Kapitalismus den Kollektivismus zeugen, und die soziale Frage wäre eine arithmetische Frage geworden. Niemand sprach von der historischen Reife des Proletariats, von seiner Fähigkeit, das Erbe der Bourgeoisie anzutreten, zur politischen Macht zu gelangen. Der Wille der arbeitenden Klassen trat völlig zurück vor der wirtschaftlichen Unvermeidlichkeit.

Dieser wirtschaftliche Fatalismus wird noch durch einen ähnlichen politischen Fatalismus ergänzt. Die parlamentarischen Sozialisten glaubten, daß es genüge, sich des Staates zu bemächtigen, um das Aussehen der Welt zu verändern. Ein einfacher Erlaß der politischen Behörden, um das Werk der kapitalistischen Entwicklung zu vollenden, und schon ist hier auf mechanischem Wege die neue Gesellschaft geschaffen. Dieser Optimismus, der alles auf eine einfache Veränderung der politischen Regierung zurückführt, ist stets in gleichem Maße von den beiden Formen des parlamentarischen Sozialismus, von den Reformern, wie von den Revolutionären geteilt worden. Beide haben denselben Glauben an die Zauberkraft der Macht. Sie unterscheiden sich nur bezüglich des Weges, auf dem diese Macht zu erlangen ist. Die Reformer wollen sie nach und nach, Stück für Stück, unter Mitwirkung der andern Parteien erlangen, bis sie eines Tages, zur parlamentarischen Mehrheit geworden, sie ganz besitzen werden. Die Revolutionäre wollen sie im ganzen, durch einen Gewaltstreich, durch eine Diktatur an sich bringen. Aber weder die einen noch die andern scheinen sich klar zu sein, daß der Übergang der Regierungsgewalt an sozialistische Politiker die Frage als solche noch um keinen Deut weiterbringen würde. Die Gefühle und Fähigkeiten der Menschen verändern sich nicht auf Befehl der Regierung, und der gesetzgeberische Mechanismus kann tatsächlich bestehende Mängel nicht ersetzen. Der Staat als toter und rein äußerlicher Organismus der Gesellschaft schafft nichts, das Leben allein ist schöpferisch tätig. Dieser Irrtum des parlamentarischen Sozialismus rührt nach Ansicht der Syndikalisten von dem Glauben her, daß die Parteien ein politischer Ausdruck der Klassen seien. Wenn aber die Klassen die natürlichen Produkte von Wirtschaft und Geschichte sind, so sind die Parteien nur die künstlichen Erzeugnisse der politischen Gesellschaft. Ihre Wettkämpfe und Intrigen berühren den wirklichen Grund der sozialen Welt nicht, und es besteht kein Zusammenhang zwischen der Erlangung der politischen Macht seitens einiger sozialistischer Politiker und dem Fortschritt der Arbeiterklasse. Die Erfahrungen haben dies in Frankreich bestätigt. Die Teilnahme sozialistischer Abgeordneter, wie Millerand, Briand, Viviani, an der Regierung, hat weder das Wesen des Staates noch die Beziehungen der Klassen geändert, noch dem Proletariat die ihm mangelnden Fähigkeiten gegeben. Und was für die bruchstückweise Eroberung des Staates durch einige Sozialisten gilt, trifft ebenso zu für die Eroberung des Erdballs durch die ganze Sozialistenpartei. Mögen auch einige Sozialisten

Minister sein oder alle Minister Sozialisten, die Arbeiter bleiben dennoch Arbeiter.

Die Gefahr einer solchen Praxis ist eine große. Indem alle Hoffnungen des Proletariats auf das wunderbare Herannahen der Macht konzentriert werden, indem man es seine Befreiung durch eine äußere Kraft erwarten hieß, hat der parlamentarische Sozialismus jedes persönliche Streben lahmgelegt und von positiven Taten abgelenkt. Mehr noch, durch die Forderung einer unbegrenzten Ausdehnung staatlicher Wirksamkeit hat er sich mit einer ganz gewöhnlichen Anerkennung der Staatsallmacht verschmolzen, mit einer der bedrückendsten sozialen Vorstellungen.

Die Ursache hiervon ist die Nachahmung der Vorgänge in der Demokratie durch den parlamentarischen Sozialismus. Die Anhänger des Trade Unionismus glauben nicht, daß die Demokratie fähig ist, neue Werte zu schaffen, ihr System ist eines der Demoralisation, nicht der Anfeuerung des Menschen. Gewiß, in einigem Maße ist die Demokratie den Systemen, die ihr vorangingen, überlegen; insoweit sie politische Freiheit schafft und die Ausübung freier Kritik gestattet, hat sie eine negative Seite, die unbedingt ein fortschrittliches Element darstellt. Aber durch ihre positive Seite, ihre Methode zu funktionieren, kann sie nichts Großes hervorbringen.

Welches sind die Grundlagen der Demokratie? Das Individuum und der Staat, wobei der Staat nichts anderes ist als das Produkt individuellen Willens. Rousseau hat erklärt, auf welcher Annahme sich ein solches Regime aufbaut. Die politische Gesellschaft berücksichtigt nicht wirkliche Menschen des praktischen Lebens, Arbeiter, Kapitalisten, Grundeigentümer usw., sondern einen abstrakten Menschentypus, aller tatsächlichen Eigenschaften entkleidet und derselbe auf allen Etappen der sozialen Stufenleiter: den Bürger. Durch dieses Kunststück kann man alle Menschen, gleichviel welches ihre soziale Stellung sein mag, als gleichberechtigt ansehen. Sie sind identische Werte, die man nur zusammenzuzählen braucht und deren Zahl das Gesetz ergibt.

Auf diesem Menschenstaub gründet der Staat seine Diktatur. Durch ein seltsames Paradox leitet er seine Berechtigung zu regieren von einer Organisation ab, die er selbst schafft. Es ist tatsächlich sicher, daß der Bürger, den er vollständig entblößt hat, nichts mehr ohne ihn kann. Er ist zweifellos König, aber ein schwacher König. Seine legitime Schwäche, die Macht, ist zur Isolierung verurteilt. Die Tätigkeit des Staates besteht gerade darin, Ordnung in das Chaos des Individuums zu tragen, es gibt oben nur deshalb Autorität, weil es unten Anarchie gibt. Aber zwischen Individuum und Staat klafft eine große Lücke, die sie verhindert, direkt zu verkehren. Man braucht Vermittler, und diese sind die Parteien. Ihre Aufgabe ist, den Willen des Volkes zu befreien und auszudrücken. Sie treten an die Stelle des Bürgers, sind seine Repräsentanten. Das Prinzip der Demokratie ist folgendes: der Bürger ist der Statist des Dramas, das andere für ihn spielen. Er kann seine Macht nur durch Mittelspersonen ausüben und muß zugunsten seiner Bevollmächtigten entsagen. Dieses Prinzip indirekter Tätigkeit der Demokratie betrachtet die Gewerkschaftsbewegung als verderblich für die menschliche Persönlichkeit. Der Mechanismus der Repräsentation stützt sich auf die Voraussetzung, daß der Bürger ohnmächtig ist. Er ist ohnmächtig, weil er inkompetent ist. Er ist inkompetent, weil er eine abstrakte Persönlichkeit ist, losgelöst von den tatsächlichen Bedingungen des Lebens, genötigt, nicht über die Probleme, die er tatsächlich wahrnimmt und die einen Teil seiner

eigenen Existenz ausmachen, sich auszusprechen, sondern über eine Gesamtheit vager Fragen, denen er unwissend gegenübersteht und die man unter dem Namen „Allgemeine Interessen“ zusammenfaßt. Darum muß er sich durch einen kompetenten Bevollmächtigten vertreten lassen, und so paradox auch dies wieder ist, er — der Inkompetente — hat den Kompetenten zu wählen.

Wenn die Wahl vollzogen ist, bleibt er müßig. Er hat seine Macht übertragen und kann nichts mehr tun als warten, in erzwungener Tatenlosigkeit. Der schwache König ist aber zugleich ein untauglicher König. Kein Gefühl der Verantwortung, kein Streben, kein Anruf der lebendigen Kräfte des Individuums. Nichts oder so gut wie nichts. Die leichte Geste des Wählers einmal alle vier Jahre. Eine Teilnahmlosigkeit, die durch die Demoralisation verschlimmert wird. Was kann aus dem Feilschen, den Listen, den Doppelsinnigkeiten der gewöhnlichen Politik anderes hervorgehen als eine entsetzliche Erniedrigung des Charakters. Der Wettstreit der Parteien ist nur das wilde Wettrennen gieriger Jäger nach Pfründen und Sinekuren, die mit der Staatsmacht verknüpft sind.

Niedrigkeit und Mittelmäßigkeit sind das Los der Demokratie. Und man muß noch hinzufügen, zugleich Leichtgläubigkeit und Mißtrauen. Wie könnte es auch anders sein? Muß der Wähler nicht dem von ihm Gewählten Vertrauen entgegenbringen? Auf seine Versprechungen hin und in der Annahme, daß er diese verwirklichen könnte, hat er ihn gewählt. Es ist viel zu sagen über den Personenkultus, der durch dieses System großgezogen wird, und andererseits wird der Bürger so regelmäßig von den Vertrauenspersonen, die er sich auf höheres Gebot erkor, enttäuscht, daß die Furcht ihn argwöhnisch macht und er oftmals sein Vertrauen, kaum gegeben, wieder zurückzieht. So schwellen die Parteien an und nehmen wieder ab, je nach den Impulsen der Wähler. Der Wähler aber, durch Unstetheit und Laune von einem zum andern schwankend, vom Verrat der einen empört, verführt vom Blendwerk der andern, gleicht einem herrenlosen Trümmer und bleibt stets der Genarrte.

Der parlamentarische Sozialismus war kein Alchimist, der gemeines Blei in pures Gold verwandeln konnte. Seine demokratische Praxis hat seine revolutionären Versprechungen zerstört. Er wurde nichts anderes als eine Partei gleich den andern, nicht besser und nicht schlechter. Die syndikalistische Bewegung bestreitet keineswegs seine besondere Rolle, sie bestreitet nicht die Parteien, sondern nur ihre Fähigkeiten, die Welt umzugestalten.

Die Theoretiker des Anarchismus haben in jüngster Zeit die Syndikalisten heftig angegriffen. Ich spreche nicht von den individualistischen Anarchisten, deren Grundsätze im voraus den Voraussetzungen der syndikalistischen Bewegung entgegenstehen, sondern von den kommunistischen Anarchisten, deren Staatskritik häufig dem Staatsgegnertum der Arbeiter nahekam.

Der Anarchismus bekämpft bei den Syndikalisten ihre Geschäftsmäßigkeit und ihren Mangel an Vergeistigung. Der Syndikalismus ist aus der Erfahrung, nicht aus Theorien hervorgegangen. Darum verachtet er Dogmen und Formen. Seine Methode ist eine realistische, er geht von den bescheidensten wirtschaftlichen Voraussetzungen aus, um nach und nach zu den höchsten allgemeinen Anschauungen emporzusteigen. Er zieht zuerst die Arbeiter zur Verteidigung ihrer direkten Interessen heran, um sie hernach zu veranlassen, aus ihrer eigenen Tätigkeit eine Gesamtanschau-

ung zu entwickeln. Jede seiner Vorstellungen senkt ihre Wurzeln in die tiefsten Tiefen des Lebens, seine Theorie baut sich auf der Praxis auf.

Beim Anarchismus im Gegenteil erzeugt die Idee die Tat. Er verweist das Wirtschaftliche an die zweite Stelle, die Ideologie an die erste. Er gibt nicht zu, daß der Syndikalismus sich allein genügt, dieser erscheint ihm vielmehr lediglich als ein Boden, besonders geeignet für die Propaganda seiner Ideen. Und nur unter diesem Gesichtspunkte, soweit Ideen von außen in die Bewegung hineingetragen werden, erkennt ihm der Anarchismus einen revolutionären Wert zu. Der Anarchismus will nichts Geringeres, als sich den Syndikalismus untertan machen.

Er verwirft ferner den Begriff der Klasse und des Klassenkampfes, Grundlagen, auf denen die Gewerkschaftsbewegung sich aufbaut. Er wendet sich nicht insbesondere an die Arbeiter, aber an alle Menschen. Er ist keine Arbeiterbewegung, sondern eine Menschheitsbewegung. Da die Ideen die Welt regieren, können sie auch ohne Unterschied alle Menschen berühren. Es gibt keine soziale Klasse, die ein besonderes revolutionäres Vorrecht besitzt. Hieraus erklärt man, daß die Anarchisten sich so stark der ideologischen Kultur und der geistigen Erziehung widmen. Der wissenschaftliche Aberglauben, die Anbetung des Bücherwissens, der Intellektualismus in allen seinen Formen haben niemals fanatischere Anhänger besessen.

Die vom Anarchismus so oft ausgesprochene abstrakte Verneinung des Staates hat mit dem Staatsgegnertum der Arbeiterschaft nur negative Ähnlichkeit. Dem Staat, dessen Schäden sie so unbarmherzig zergliederten, haben sie, Spencer zufolge, nur das Individuum entgegengesetzt. Gerade gegen dieses aber richtet der Syndikalismus seine positiven Schöpfungen. Und eben weil er beabsichtigt, nach und nach seine Funktionen zu beschneiden, hofft er allmählich seine Macht zurückzudrängen.

In bezug auf den Parlamentarismus ergibt sich eine neue Verschiedenheit. Der Anarchismus ist antiparlamentarisch und wendet sich an die Bürger mit der Aufforderung, nicht zu wählen, kein Interesse für die Wahlvorgänge zu bekunden. Er will nichts vom Bürger wissen und kennt nur Produzenten. Wenn aber auch die Wege des Parlamentarismus nicht die von ihm zur Erreichung seines Zieles beschrittenen sind, so läßt er doch außerhalb der Gewerkschaften deren Mitgliedern die Freiheit, sich die politischen Parteien für andere Zwecke nutzbar zu machen. Er fesselt sie durch keinerlei Dogma.

Es besteht somit keine Ähnlichkeit zwischen Anarchismus und Syndikalismus. Wohl gibt es eine neue Strömung, die unter dem Namen Arbeiteranarchismus mit dem Syndikalismus verschmilzt. Aber der offizielle Anarchismus betrachtet diese als eine Abirrung, die er bekämpft.

## II.

Worin aber besteht der Syndikalismus, wenn er weder Trade Unionismus noch parlamentarischer Sozialismus, noch Anarchismus ist. Ich habe ihn als Arbeitersozialismus bezeichnet. Es wäre aber noch richtiger, ihn einen Sozialismus der Institutionen zu nennen. Was verstehe ich hierunter?

Der Syndikalismus geht von der Ansicht aus, daß die sozialen Klassen sich vor allem durch ihre Institutionen, ihre juridischen, politischen und moralischen Anschauungen unterscheiden. Jede Klasse schafft sich entsprechend ihrer ökonomischen Struktur ihre eigenen Kampfwaffen, in denen sich ihre besondere Rechtsauffassung kundgibt.

Und weil die Klassen derart im Gegensatz zueinander stehen, sowohl durch ihren Existenzmodus, wie auch insbesondere durch ihre Denkweise, scheinen sie dem sozialen Beobachter lauter Blocks, die füreinander undurchdringlich sind. Ihre Kämpfe bilden das Gewebe der Geschichte. Das Ziel einer jeden ist, der Gesellschaft ihre besonderen Ideen und die Institutionen, die sie tragen, aufzuprägen. Der Klassenkampf ist im letzten Grunde nur ein Kampf für ein Recht oder für ein Prinzip.

Der ganze Klassenkampf ist somit auf eine doppelte Bewegung von Verneinung und Aufbau zurückzuführen. Die Verneinung erstreckt sich auf die traditionellen Ideen und Institutionen, der Aufbau auf die neuen Ideen und Institutionen. Es gibt in Wahrheit hier nur zwei Klassen, die sich bekämpfen: die Klasse, welche die herrschende Ordnung vertritt und die Klasse, die für eine neue Ordnung kämpft. Die anderen Klassen werden in den Hintergrund gedrängt. Mehr oder weniger werden sie vom allgemeinen Kampf miterfaßt, aber sie sind unfähig, der historischen Bewegung ihren Rhythmus aufzuprägen.

Das soziale Drama der Gegenwart spielt zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Heute ist die Arbeiterklasse die revolutionäre Klasse, sowie es einst unter dem alten Regime das Bürgertum gegen den Adel war. Sie ist die einzige revolutionäre Klasse, weil sie von allen ausgebeuteten Volksschichten die einzige ist, deren Befreiung mit den Prinzipien des Kapitalismus, dem Eigentum und dem Staat, unvereinbar ist.

Die ganze syndikalistische Bewegung läuft darauf hinaus, die Arbeiter für den Sieg des neuen Ideals, das sie erfüllt, zu organisieren. Welches ist dieses neue Ideal? Es ist das Recht der Arbeiter auf freie Organisation. Die Produzenten wollen die Werkstatt von aller äußeren Bevormundung befreien und an Stelle der erzwungenen Disziplin des Herrn die freiwillige Disziplin der vereinigten Arbeiter setzen. Sie glauben, daß zumindest die Produktion, die die höchste Äußerung der menschlichen Persönlichkeit ist, weil sie seine schöpferische Macht bestätigt, nicht mehr von ihrer natürlichen Bestimmung, der Befreiung des Menschen abgelenkt werden darf, um allen Erniedrigungen, allem Schmarotzertum zu dienen. Sie fügen hinzu, daß die Gesellschaft nach dem Muster der Werkstatt geschaffen ist, und daß die Versklavung der modernen Gesellschaft von der Sklaverei der Arbeit herrührt. Dasselbe Prinzip der Autorität ist die Grundlage des Herrentums wie des Staates.

Wo vermöchte die neue Idee freier Arbeit in einer freien Gesellschaft Gestalt zu gewinnen, wenn nicht in der Gewerkschaftsbewegung? Die Gewerkschaft ist die Fortsetzung der Werkstatt. Sie gruppiert die Produzenten auf dem Boden der Produktion selbst, sie organisiert ihre Kämpfe und sorgt für die wichtigsten Anforderungen ihres Lebens. Wenn sie den engen Gesichtspunkt der persönlichen Forderungen verläßt und nicht gegen den einzelnen Herrn, sondern gegen das Herrentum als ganzes gerichtet, angesehen wird, erringen diese eine politische Bedeutung und werden sie eine revolutionäre Institution. So spielen die Gewerkschaften, von einem großen, sozialen Ideal erfüllt, nach dem Worte von Marx in der Emanzipation des Proletariats dieselbe Rolle wie die Gemeinden bei der Emanzipation des Bürgertums.

Die Gewerkschaftler, bei denen die Taten die Ideen zeugen, finden so im kleinsten Kampf der Arbeiter den Keim des ganzen Klassenkampfes. Oder vielmehr der Klassenkampf ist nur die Verallgemeinerung dieser kleinen

täglichen Kämpfe, das Scharmützel eines großen Krieges. Verfolgen wir den Kampf der Arbeiter. Zunächst beginnt die Auflehnung der Produzenten durch plötzliche und ungeordnete Ausbrüche. Die ersten Streiks waren nichts als die ersten Blitze eines vagen Klasseninstinktes, aus der Verzweiflung geboren. Sie hatten die Wirkung, der Arbeiterschaft ihr Vorhandensein als eine Kollektivkraft zum Bewußtsein zu bringen. Noch wußten die Arbeiter gegenseitg nichts voneinander. Aber durch die äußere Disziplin, die ihnen auferlegt wurde, hielt man sie zusammen. Was die Autorität des Herrn für die Gruppen in der Werkstatt mit sich brachte, das taten wiederholte Streiks für die innere Einheit: Das Gefühl der Solidarität entwickelte sich. Die augenblickliche Auflehnung, die sich in die Form der Koalition kleidete, machte der dauernden Auflehnung Platz, deren Form die Gewerkschaft ist.

Je mehr sich der wirtschaftliche Kampf verschärft, um so höher entwickelt er sich. Der Streik hört auf, eine isolierte Tat einer bestimmten Vereinigung zu sein, und wird eine Klassentat. Die Gewerkschaft erstrebt ebensosehr die Beseitigung der Macht des Herrn, in die Arbeit einzugreifen, wie die Erzielung materieller Vorteile. So wächst die Erkenntnis der freien Arbeit nach und nach, alle im Kampf stehenden Arbeiter mit sich reißend.

Dieselbe Erscheinung vollzieht sich in dem Widerstand gegen die staatliche Autorität. Die Opposition gegen den Staat beginnt mit dem Vorhandensein von Machtmitteln auf seiten der Regierung bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Zuerst beschränkt sie sich auf den Widerstand gegen jene Mächte, gegen welche die Arbeiter unmittelbar anstoßen. Aber allmählich dehnt er sich auf die Gesamtheit des Regierungsmechanismus aus, und der Staat erscheint dem Produzenten nicht als Fürsorger, sondern als Tyrann. Und ebenso wie die Gewerkschaft dem Unternehmer seine Tätigkeit innerhalb der Werkstatt nehmen will, ist es ihr Ziel, dem Staat seine Tätigkeit innerhalb der Gesellschaft zu entwinden. Sie will ihm alle jene Attribute nehmen, die er mißbräuchlich zu seinem Monopol gemacht hat, und die sich auf die Arbeit beziehen, um sie als rechtmäßige Inhaberin selbst zu verwalten.

Der letzte Akt diese Kampfes nimmt die Form des ungeheuren Generalstreiks an, den die Produzenten erklären, wenn sie einen solchen Grad von Organisation und Macht erreicht haben, daß der Betrieb der Werkstatt von ihnen abhängt. Es handelt sich hier nicht mehr um ein illusorisches Eingreifen des Staates, sondern um den letzten Termin einer schöpferischen Entwicklung. Die Möglichkeit sozialer Umwandlung erscheint auch nicht mehr als ein Sprung ins Leere, sondern als eine sorgsam aufgebaute, feste wirtschaftliche Brücke.

Die Betätigung all dieser praktischen, immerwährend erneuerten persönlichen Bestrebungen machen die direkte Tätigkeit aus. Hier gibt es keine Delegation, keine Vertretung mehr, sondern einen ununterbrochenen Appell an die Idee der Verantwortung, der Würde und der Tatkraft. Es gibt auch weder Kompromisse noch ein Feilschen und Markten, sondern den Kampf mit all seinen Gefahren, all seiner berauschenden Macht. Hier werden nicht die niedrigen Instinkte der Passivität angerufen, sondern die Menschen werden ununterbrochen für die höchsten Gefühle der menschlichen Persönlichkeit begeistert.

Mehr noch. Die syndikalistische Bewegung setzt nicht nur ihre direkte Tätigkeit der indirekten Tätigkeit der Demokratie entgegen, sondern auch ihre freie Organisation der autoritativen Organisation. Sie spiegelt nicht die

hierarchischen Formen der politischen Gesellschaft wider, sondern ist begründet auf der Dezentralisierung, auf der Selbstregierung. Die freie Gewerkschaft in der freien Föderation, die freie Föderation in der Konföderation — dieses System gemahnt in nichts an zentralistische Regierungsmethode.

Es handelt sich darum, die Massen daran zu gewöhnen, ohne Herrn fertig zu werden, die Freiheit praktisch zu organisieren.

Schließlich besteht zwischen der Masse der Arbeiter und der Gewerkschaft nicht jene Lösung des Zusammenhangs, die einen Abgrund zwischen der Masse der Wählerschaft und ihren Repräsentanten schafft. Gewerkschaftler und außerhalb der Gewerkschaften Stehende bleiben in der Werkstatt und im täglichen Leben vermengt. Sie unterscheiden sich nur durch den Grad ihrer Kampffähigkeit. Der Kampf schafft die Auslese. Die Mutigsten schreiten an der Spitze, den Schlägen ausgesetzt, nicht um ihre persönlichen Interessen zu verteidigen, sondern die der Gesamtheit. Die Macht dieser „revolutionären Gewerkschaften" entspringt somit nur den moralischen Eigenschaften ihrer Mitglieder. Sie haben keine Zwangsmittel wie der Staat; sie können nicht, wie die politischen Parteien ihren Anhängern Stellungen und Sinekuren in der zu erobernden Regierung versprechen. Aber die Masse, die sie an der Arbeit sah, folgt ihnen instinktiv. Und hier ist die Masse der Arbeiter im Gegensatz zur Masse der Wähler fähig, zu urteilen. Über die Fragen, welche die Gewerkschaften bewegen und die Fragen des Lebens selbst ist sie kompetent. Zweifellos ist die Masse schwer und unbeweglich, aber wenn die bewußte Minderheit, und das sind die Gewerkschaften, sich in einem kritischen Augenblick an sie wendet, ist sie bereit, ihrem Ruf zu folgen. Die Erfahrung zeigt, wie die Streiks z. B. Arbeiter jedes Bekenntnisses und jeder politischen Überzeugung zu einem einzigen Ganzen verschmelzen. Den konzentrischen Kreisen gleich, die ein ins Wasser geworfener Stein zieht, so wirkt jede Erschütterung der Arbeiterklasse durch eine molekulare Ausbreitung auf die proletarische Masse.

Alles ist somit neu im Syndikalismus, Ideen und Organisation. Es ist die kühne Bewegung einer jungen Erobererklasse, die alles aus sich selbst hervorbringt, sich durch neue Schöpfungen betätigt und der Welt das bringt, was Nietzsche mit dem Ausdruck bezeichnete: „Die Umwertung der Werte".



## DR. CONRAD SCHMIDT, CHARLOTTENBURG: DIE ARBEITER UND DAS THEATER.



DER hoffnungsfreudige Idealismus der Gesinnung, wie die großen entwicklungsgeschichtlichen Perspektiven, die in der sozialistischen Gedankenwelt ihren Ausdruck gefunden, sind weit über die Schranken des politischen Parteilebens hinaus mächtig fördernde Kulturelemente in der modernen Arbeiterschaft geworden. Gewiß ist die Sozialdemokratie gleich den bürgerlichen Parteien auch eine Organisation zur Vertretung von Klasseninteressen, aber jener geistige Gehalt und das damit verknüpfte Bewußtsein, daß der Interessenkampf der Arbeiter-

bewegung, nach seinen letzten Tendenzen betrachtet, ebensowohl ein Kampf ist für die fortschreitende Verwirklichung des hohen Menschheitsideals einer von Unterdrückung und Ausbeutung befreiten menschlichen Gesellschaft, hebt diese Partei ohne dem realistischen Charakter ihres Tageskampfes Abbruch zu tun, zugleich in eine höhere Sphäre des Allgemeinen. Indem die Sozialdemokratie in den Armen die Idee und Hoffnung einer solchen Zukunft, in der allein ein freies, menschliches Sichausleben beschieden sein wird, weckt und durch ihre evolutionistische Deutung der Geschichte dem Wünschen eine gesichertere Grundlage des Erkennens bietet, wird sie für alle Ansätze zu höherer Betätigung, alle Keime kulturellen Strebens, die sie in ihren Anhängern vorfindet, ein fruchtbar treibendes Ferment. Sie gibt dem Bildungsdrang der Massen, soweit ein solcher sich unter dem Druck der täglichen Misere überhaupt zu entfalten vermag, Anregungen, Gesichtspunkte und Richtungslinien. Das gilt, und nicht zum wenigsten, auch hinsichtlich der Art, wie sich in breiten deutschen Arbeiterschichten das Interesse für künstlerische Lebensdarstellung im Roman und Drama entwickelt hat.

Sehr charakteristisch sind einige Erinnerungen, die der Abgeordnete Molkenbuhr aus den ersten Zeiten der Bewegungin der Schiller-Festnummer des „Vorwärts" vom Jahre 1905 mitteilt. Durch Lassalles Reden veranlaßt, hätte man damals, nach der großen nationalen Schillergedächtnisfeier vom Jahre 1859, sich mit besonderem Eifer auf die Werke dieses Dichters geworfen. Arbeiter lasen seine Aufsätze und geschichtlichen Essais in Fabriken vor und über die Sätze, die man nicht verstanden hatte, wurde oft stundenlang diskutiert. Schiller galt ihnen als der Apostel der Unterdrückten, der Dichter des nach Freiheit ringenden Volkes. Sie prägten sich jeden Ausspruch in seinen Dramen, der sich so deuten ließ, wörtlich ein. Es war ein erstes, rührendes Verlangen, die gepriesenen Schätze der klassischen Dichtung in sich aufzunehmen und dieselben wohl oder übel zu dem Kern und Grundstock der eigenen, vom Sozialismus imprägnierten Anschauungsweise in Beziehung zu setzen.

Die Gründung der Berliner „Freien Volksbühne" im Jahre 1890, die Schaffung einer großen Arbeiterorganisation, die ihre Mitglieder in dauerndem Kontakt mit dem Lebenskräftigen und Großen der neueren dramatischen Literatur erhalten will, hängt, obschon es sich dabei um direkte parteipolitische Propagandaabsichten natürlich nicht handeln konnte, mit Stand und Stimmung des damaligen hauptstädtischen Parteilebens nicht weniger eng zusammen. Die letzten Jahre unter dem Sozialistengesetz waren nach den großen Wahlsiegen eine Zeit des überquellend freudigen Kraftbewußtseins und regster geistiger Entwicklung. Die lang auf engere Kreise beschränkten spezifisch Marxistischen Ideen drangen unaufhaltsam ins Breite und Weite der Partei, bezauberten die Geister besonders durch die kühne Konstruktion, daß die kapitalistische Gesellschaft mit unvermeidlicher Naturnotwendigkeit selbst ihre Existenzbedingungen untergrabe und so dem großen Zusammenbruch entgegentreibe, aus dem sich strahlend das Gebilde der neuen freien Gesellschaft erheben werde. Alles schien nah, zum Greifen deutlich, man glaubte selbst am Ende noch das Wunderbare, die Katastrophe und den Umschlag zu erleben. Mit dieser Stimmung verband sich, von jungen Literaten der Partei gefördert, ein schnell wachsendes Interesse für die naturalistischen Tendenzen in der modernen Literatur. War nicht dieser Naturalismus, wie er in den düster grandiosen Klassen- und Gesellschaftsbildern der Zolaschen Romane, in der bohrenden Skepsis der Ibsenschen Dramen zutage trat

und in unzähligen anderen Ausstrahlungen weiter wirkte, ein Sturmzeichen der Zeit, eine Absage an alle traditionellen trügerischen Ideologien? Dokumentierte sich hier in dem Gewand der Kunst nicht ein neuer Geist, der in seinem schonungslosen Willen zur Wahrheit, in seinen alles Überkommene zersetzenden Tendenzen manchen Zug der inneren Wahlverwandtschaft mit der grundstürzenden Gesellschaftskritik des Marxismus gemein hatte? Und lag hierin nicht der Ausdruck einer inneren Notwendigkeit, nach der sich, wie Marx gelehrt, die Wandlungen in den realen ökonomischen Verhältnissen und in den Klassenkämpfen der Gesellschaft zugleich auch in der idealen Sphäre, im Werk der Denker und Dichter, irgendwie widerspiegeln mußten? So präsentierte sich der Naturalismus im Bewußtsein einer kleinen Schicht von Haus aus literarisch gebildeter und interessierter Sozialisten, die aber durch die Presse, in welcher sie die Haupterzeugnisse der neuen Literatur nachdruckten, rasch weitreichenden Einfluß auf die Arbeiter gewannen, als eine mit dem gesellschaftlichen Gesamtzustande und dessen revolutionären Elementen aufs engste zusammenhängende Erscheinung von allseitiger, nicht nur künstlerischer Bedeutsamkeit. Das packende Erstlingsdrama des jungen Gerhart Hauptmann mit dem verheißungsvollen Titel „Vor Sonnenaufgang", die unter Brahms und Schlenthers Führung im Herbste 1889 eröffnete „Freie Bühne", die durch ihre Konstituierung als Verein sich den lästigen Scherereien der Bühnenzensur entzog, wirkten zusammen, um das Theater, dem etwas wie eine völlige Umwälzung bevorzustehen schien, in den Vordergrund des allgemeinen literarischen Interesses zu rücken.

So war der Boden in den vorgeschrittenen Kreisen der Berliner Arbeiterschaft vortrefflich vorbereitet, als ein junger sozialistischer Literat, der sich dann einige Jahre später aus der politischen Bewegung zurückzog, Bruno Wille, im März des Jahres 1890 seinen Aufruf zur Gründung einer „Freien Volksbühne", eines gleich der „Freien Bühne" zensurfreien, aber aus der Arbeiterschaft sich rekrutierenden Theatervereins, in dem „Berliner Volksblatt" publizierte.

Massenhaft liefen die Zeichnungen ein. Eine große Volksversammlung beschloß im Juli die Gründung des Vereins und wählte ein Komitee zur Ausarbeitung der Statuten. Die geschäftliche Leitung des Vereins wurde einem aus wenigen Personen zusammengesetzten Vorstand, die künstlerische dem Vorstand und literarischen Ausschuß, die Wahl beider Körperschaften der Generalversammlung übertragen. Der Kassierer, der aus Vereinsmitteln zu besolden war, hatte die Abrechnung mit den Laden- und Geschäftsinhabern, die sich zur Einrichtung von Zahlstellen für die Mitglieder in den verschiedenen Stadtvierteln bereit erklärten, und die große Masse der laufenden Verwaltungsarbeiten zu besorgen. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 50 Pfg., die Zahl der jährlich aufzuführenden Stücke auf zehn festgesetzt. Die Billets sollten vor Beginn jeder Vorstellung aus einer Urne an die Mitglieder verlost werden, um jede Bevorzugung auszuschließen. Hinsichtlich der Vorstellungen bildete sich ein doppelter Modus heraus. Der Vorstand mietete für die Sonntagnachmittage Theaterräume, in denen ein vom Verein engagierter Regisseur mit wechselnd zusammengestelltem Ensemble die Aufführungen veranstaltete, und schloß dann außerdem noch Pachtverträge mit Direktoren erstklassiger Theater ab, die fertige Vorstellungen mit ihrem eigenen Bühnenpersonal zu liefern hatten. Die von der Generalversammlung zu wählenden Ordner und Obleute sollten für die Ordnung bei den Verlosungen, im Theater und bei den Festen haften. Zur Erläuterung der vorgeführten Dramen

wurden zuerst Vorträge in Mitgliederversammlungen gehalten, dann, was sich als praktischer erwies, kleine Bühnenhefte herausgegeben.

Der Verein eröffnete seine Tätigkeit im Oktober mit der Aufführung von Ibsens „Stützen der Gesellschaft“, denen Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“, Schillers revolutionäre Jugenddramen „Kabale und Liebe“ und „Räuber“ und Sudermanns damals hochberühmte „Ehre“ folgten. Gleich im Lauf der ersten Saison gewann das Unternehmen ein paar Tausend Mitglieder, die in zwei Zuschauerabteilungen zusammengefaßt wurden.

Im nächsten Jahre kam es infolge innerer Streitigkeiten zu einer Spaltung. Wille, der sich majorisiert glaubte und die künstlerische Leitung von der demokratischen Kontrolle der Generalversammlung losgelöst wünschte, schied mit einem Teile der Mitglieder aus und gründete die „Neue freie Volksbühne“, ein Unternehmen, das in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens mit einem verhältnismäßig geringfügigen Mitgliederstande arbeitete.

Im Jahre 1895 unternahm die Polizei einen Vorstoß gegen die jungen Organisationen. Sie verlangte von deren Leitung, daß sie die aufzuführenden Stücke, wie bei öffentlichen Theatervorstellungen, der Zensur vorher zur Genehmigung unterbreite. Das Gericht, an welches appelliert wurde, entschied für die Polizei, indem es die „Freien Volksbühnen“ als lose Vereinigungen, nicht als „Vereine“ im juristischen Sinne erklärte. Die alte Volksbühne, die es inzwischen auf sieben Abteilungen gebracht, löste sich, da sie in keinem Fall unter Zensur spielen wollte, auf, während die Willesche auf dem Plan blieb. Unter der Bedingung gewisser Statutenveränderungen, durch die der Vereinscharakter juristisch schärfer als bisher betont wurde, erreichte sie nach längeren Verhandlungen vom Präsidium die Zusage, zensurfrei spielen zu dürfen. Nun trat, im Jahre 1897, auch der alte Verein mit entsprechend veränderten Satzungen von neuem zusammen.

Die Zeiten hatten sich — und haben sich seither noch mehr — geändert. Jene von der Erwartung großer Dinge getragene Spannung, der Elan und die Begeisterung waren in der Art und Weise wie bei der ursprünglichen Gründung nicht mehr vorhanden. Der Traum, den damals Mancher hegte, daß auf dem freien Boden einer Volksbühne ein neues Volksdrama, wuchtiger und kühner als alles, was je in bürgerlichen Theatern Raum gefunden, wachsen würde, hatte sich nicht erfüllt, noch ließ sich irgendeine andere Rückwirkung auf das dichterische Schaffen verspüren. Die Fortentwicklung der naturalistischen Dramatik hatte nur karge Früchte gezeitigt. Aber wenn das Bedürfnis nach den Darstellungen der Bühne unter dem Ansporn so stolzer Hoffnungen früher geweckt war, wirkte es jetzt, einmal in Bewegung gesetzt, aus eigenen Kräften weiter. Der Zustrom in die neu eröffneten Abteilungen bewies, in welchem Grade das Interesse am Theater und an der Organisation, die ihnen eine Gewähr für die Auswahl guter Stücke bot, sich bei den Arbeitern eingewurzelt hatte. Das Repertoire wurde fortan nach allen Seiten hin ausgebaut, und die Zuschauer bewiesen eine oft überraschend vielseitige Empfänglichkeit für die verschiedensten Stilarten des Dramatischen. Spielend entwickelte sich der Sinn für die Feinheiten der Charakteristik und jeder tiefer grabenden Problembehandlung, auch da, wo dieselbe keine Beziehung zu einer „sozialkritischen“ Tendenz erkennen ließ. In den sechzehn Jahren, die der alte Verein besteht, ist Ibsen mit dreizehn Stücken der meistaufgeführte Autor, es folgen Anzengruber, Shakespeare, Arthur Schnitzler und Gerhart Hauptmann mit je sechs bis acht, Grillparzer, Schiller, Björnson, Hartleben, Shaw und Sudermann mit je vier bis fünf

Werken. Auch neue Experimentatoren, Wedekind und Maeterlinck, fehlen in dem Spielplan nicht, wie er auf der andern Seite hier und da Einschiebungen aus dem Gebiet der harmlos heiteren Schwankkomik aufweist.

Schon in der zweiten Saison nach der Wiedereröffnung stieg der Mitgliederstand auf 6000, eine Zahl, die sich dann, soweit die Vereinsleitung durch erweiterte Pachtverträge mit Theatern Platz zu schaffen imstande war, ständig vermehrte und zurzeit die Höhe von 14 600 erreicht hat. Neben den dramatischen Aufführungen wurden Opernvorstellungen, Feste mit Konzerten und in den letzten Jahren Kunstabende in kleineren Räumen veranstaltet. Das Niveau der schauspielerischen Darstellungen, wenn auch natürlich nicht immer gleichmäßig, hielt sich in den meisten Fällen auf künstlerisch befriedigender Höhe. Die Gesamteinnahmen aus den Mitgliederbeiträgen, die — wegen der höheren Theatermieten — allmählich auf 90 Pfg. (inklusive Garderobengeld und Preis des Bühnenheftes) hatten gesteigert werden müssen, betrugen im vorigen Spieljahre 125 000, die Ausgaben 119 000 M. Schon wurde eingehend der Plan, durch einen eigenen Theaterbau, eine Zentrale für alle künstlerischen Veranstaltungen der Berliner Arbeiterschaft, sich von den öffentlichen Bühnen ganz zu emanzipieren, eingehend ventiliert, und seine Verwirklichung ist, wenn sie aufgeschoben werden mußte, darum nicht aufgegeben. Eine Berufsstatistik der alten Volksbühne im Jahre 1901-02 und der neuen im Jahre 1907 haben erwiesen, daß beide Organisationen in ihrer erdrückenden Majorität Arbeitervereine geblieben sind. Von 7000 Mitgliedern, die in dem alten Verein die Frage nach dem Beruf beantwortet hatten, waren mit mehr als 100 Mitgliedern vertreten: Tischler 357, Arbeiter 252, Kaufleute (inklusive Handlungsgehilfen) 238, Schlosser 234, Buchdrucker 230, Schneider 142, Bildhauer 122, Mechaniker 110, Dreher 102; Arbeiterinnen 305, Näherinnen 276, Schneiderinnen 270. Ziemlich ähnlich sind die Verhältniszahlen in der Statistik des Willeschen Verbandes, nur daß hier die Kaufleute mit einer Ziffer von 1000 an der Spitze stehen und einzelne dort fehlende Berufe, wie Lehrer, Postbeamte, Privatbeamte, Mitgliederzahlen von 40 bis 60 stellen. In den letzten Jahren hat dieser Verein, der, wie gesagt, lange in seiner Zahl stagnierte, gleichfalls einen glänzenden Aufschwung genommen, nachdem es dem Vorstande gelungen, den Mitgliedern Aufführungen in den durch ihre vorzügliche Regie berühmt gewordenen Reinhardttheatern zu sichern. Der Bestand erhöhte sich von 2600 im Jahre 1902-03 auf 10 000 im Jahre 1905-06 und erreichte im laufenden Spieljahr die Ziffer von 20 000 Mitgliedern.

Die Geschichte der Freien Volksbühnen als ständiger Arbeiterorganisationen, die ihren Mitgliedern unter Leitung eigener literarischer Vertrauensmänner fortlaufend eine Auswahl der künstlerisch besten und psychologisch-sozial anregendsten dramatischen Erzeugnisse vermitteln wollen, fällt bis jetzt wesentlich mit der Geschichte der beiden Berliner Vereine zusammen. Gründungen dieser Art in andern Städten Deutschlands, so in Hamburg und München, sind nach kürzerem oder längerem Bestande leider wieder eingegangen. Dagegen scheint die neue, etwa vor Jahresfrist von den Wiener Arbeitern inaugurierte Volksbühne Bürgschaften eines kräftigen und dauernden Gedeihens, wie das Berliner Vorbild, zu besitzen.

Einen gewissen, wenn auch sehr dürftigen Ersatz bieten an manchen Orten die meist auf Anregung der Kommunen veranstalteten sogenannten Volksvorstellungen. Frankfurt a. M. ist in dieser Hinsicht vorangegangen. Nach einer neuerdings publizierten Enquete des Frankfurter deutschen Hochstifts finden solche Veranstaltungen zurzeit in 36 Städten statt. Die

Preise der Billets sind ungefähr auf 50 bis 60 Pfg. festgesetzt, der Absatz derselben an die Arbeiter findet größtenteils durch die Krankenkassen, zuweilen auch durch die Gewerkschaften statt; auch hierbei ist der Andrang dauernd im Steigen. Der künstlerisch wertvolle Bildungsstoff, den das Roman- und Novellenfeuilleton der Arbeiterpresse im Gegensatz zu den gewöhnlichen Lokalblättern ihren Lesern zuführt, hat ganz notwendig die Tendenz, das Interesse für das Drama und eine würdige Theaterkunst unter den Arbeitern fortschreitend zu verbreitern.



# GEORGE E. GLADSTONE, LONDON: SETTLEMENTS.

SO zahlreich auch die Pläne sozialer Reformen gewesen sind, keiner erfaßt die Wurzel des Übels, wenn er nicht die Unterstützenden und die Unterstützten in freundschaftliche Beziehungen setzt." Diese Worte von Cannon Barnett bezeichnen das fundamentale Prinzip, auf dem die Settlementsbewegung sich aufbaut. 23 Jahre sind verstrichen, seit diese Bewegung zuerst in London durch die Begründung von Toynbee Hall und Oxford House Form gewann, und von Jahr zu Jahr steigt das Bedürfnis nach solchen Vereinigungspunkten, wo Menschen verschiedener Klassen mit verschiedener Erziehung und Lebensanschauung sich auf freundschaftlichem Fuß treffen können, um sich gegenseitig einigermaßen verstehen zu lernen. In den Vorstädten all unserer großen Industriezentren sind in den letzten 25 Jahren ausgedehnte Arbeiterstädte entstanden, deren Bevölkerung teils vom Lande, teils aus dem Zentrum der Stadt stammt. Ferner denn je erscheint die Verwirklichung des Traums, daß Reich und Arm, Arbeitgeber und Arbeitnehmer Seite an Seite für gemeinsames Wohl arbeitend, ihr Wirken und Fühlen gegenseitig verstehend, leben mögen. Und wahrscheinlich wird dies unter den herrschenden sozialen Verhältnissen überhaupt nicht verwirklicht werden. Um so mehr wächst die Notwendigkeit, Stätten zu begründen, wo die Gebildeten, die aus höheren Schulen und Universitäten hervorgehen, mit Männern des Volkes in Berührung treten, die zwar nicht ihre intellektuellen Vorzüge besitzen, ihnen häufig aber in jener Ausbildung überlegen sind, die nur das Leben verleiht. Zu all dem bietet das Settlement Gelegenheit.

Aber seltsam, nach so viel Jahren trifft man immer noch zahlreiche Leute, die niemals etwas von der Settlementsbewegung gehört haben und die schwer zu beantwortende Frage stellen: „Was ist ein Settlement?"

Niemand hat diese Frage besser beantwortet als Cannon Barnett, der noch immer die Seele der Bewegung ist, die wir seinem tiefen menschlichen Gefühl, seinen hohen Idealen von Pflicht und Brüderlichkeit verdanken. Er sagt: „Ein Settlement ist einfach ein Weg für gebildete Männer und Frauen, mit ihrer Umgebung in freundschaftlichen Verkehr zu treten, ein Klubhaus in einer Arbeitergegend, wo die Bedingung der Mitgliedschaft an die Erfüllung von Bürgerpflichten geknüpft ist, ein Haus inmitten der Armut, wo die Bewohner sich mit den Armen befreunden, die Niederlassung von ein paar gebildeten Menschen, die ihr eigenes Brot verdienen, ihr eigenes Leben leben und dabei ihre eigene Anschauung von sozialer Pflicht betätigen. Keiner

gibt das auf, was er für sein eigenes Wachstum für richtig hält, jeder verfolgt seinen eigenen Beruf. Hier ist kein Anschein eines Opfers.“ Er fügt hinzu, daß die „residents“ der Settlements sich nicht als Wohltaten ausübende Missionäre ansehen, sondern als Nachbarn, und der sicherste Prüfstein für einen guten „resident“ ist seine Fähigkeit, Freunde zu erwerben. In diesem Sinne bezeugen denn auch alle jene, die zu den besten „residents“ zählten, daß die Freundschaften, die sie durch das Settlement erwarben, die Kenntnisse, Sympathien und Einblicke, die ihnen durch einen engen Verkehr mit Menschen jeder Art und Klasse zuteil wurden, als Vorteile bei weitem alle etwa geleisteten Dienste überwiegen.

Die Ziele der Bewegung sind, kurz gesagt, daß gebildete Männer und Frauen, die über einige Freiheit verfügen, gemeinsam inmitten einer Arbeitergegend leben, an allen Vorgängen dort teilnehmen, auf jede nur erdenkliche Art Freundschaft mit ihren Nachbarn schließen. Die hierzu angewandten Methoden stellen die Tätigkeit der verschiedenen Settlements dar, und einige können hier kurz aufgezählt werden. Zunächst gibt die Begründung von Klubs für Männer, Frauen, Knaben, Mädchen, den Residents im Settlement die beste Gelegenheit mit denjenigen, denen sie sich freundschaftlich nähern wollen, in persönlichen Kontakt zu kommen. Um jedweden Schein von Herablassung oder Bevormundung zu meiden, müssen die Klubs auf eine demokratische Basis gestellt werden, ganz besonders die für Männer und Knaben Solche Klubs bieten den Residents zahllose Möglichkeiten sich zu betätigen, sei es als Schriftführer, Schatzmeister oder Leiter, sei es durch Organisation von Unterabteilungen verschiedenster Art, für Sport oder Spiele, durch Anregung der Mitglieder zu mannigfaltiger Bildungsarbeit, durch Organisation von Leseabenden, Diskussionsgesellschaften, durch Führung der Mitglieder bei interessanten Besichtigungen in Stadt und Land. Die so angeknüpften Bekanntschaften führen oft zu wirklichen Freundschaften und zur Gewinnung einer weit richtigeren Anschauung vom Leben der Arbeiter, als es jemals durch Bücher möglich ist. Mancherlei Vorurteile müssen abgelegt werden, und eine wahrere Kenntnis der menschlichen Natur tritt an die Stelle der oberflächlichen Vorstellungen, die oftmals aus unwahren Schilderungen oder unzutreffenden Bühnenstücken geschöpft waren.

Es gibt jedoch viele, denen die Klubarbeit nicht zusagt. Sie eignen sich vielleicht besser zur Leitung von Studienklassen und treten so in persönliche Berührung zu einer kleinen Zahl von Schülern, mit denen sie leicht freundschaftliche Beziehungen anknüpfen. Das Arbeitsfeld ist ein ungeheures. Zahlreiche Männer und Frauen besuchen gern die Kurse eines Settlements, die niemals eine Abendfortbildungsschule aufsuchen würden und die von der University extension gänzlich unberührt bleiben. In diesen Settlementsklassen soll das gesellige Element dem erziehlichen keineswegs untergeordnet werden. Es erweist sich als treffliches Vorgehen von Zeit zu Zeit ‚gesellige Abende zu veranstalten, wo die Schüler untereinander und mit ihrem Leiter auf freundschaftliche Art verkehren können.

Weiterhin bieten die meisten englischen Settlements soziale Fürsorge durch folgende Einrichtungen:

A. Eine Sparkasse. Diese arbeitet gewöhnlich in Form einer Penny-Bank in Verbindung mit dem Postamt. Die Residents übernehmen das Amt von Schriftführern und Schatzmeistern und bilden einen Stab von Besuchern, die an einem bestimmten Wochentage regelmäßig bei den Einzahlern vorsprechen, um die Ersparnisse einzusammeln.

B. Unentgeltliche Rechtsauskunft und Rechtsauskunftstellen. Die erste derartige Gründung verdankt ihr Entstehen dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Percy Alden, damals Leiter des Mansfield House. Augenblicklich sind an einem Abend der Woche fünf Juristen mit der Sprechstunde beschäftigt, in der sie jedesmal 50 bis 60 Fälle erledigen. Die meisten Settlements weisen unter ihren Residents einen oder den andern Juristen auf. Die Arbeit ist außerordentlich interessant und gewährt reichen Einblick in das intimste Leben der Besitzlosen.

C. Eine Einkaufsgenossenschaft für Kohlen. Es ist der schwere Fluch der Armut, daß sie für ihre Lebensbedürfnisse teurer bezahlen muß als die Reichen, weil ihr nur der Einkauf im Kleinen möglich ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, sind die Kohlengenossenschaften begründet worden.

D. Krankenkassen und Darlehnskassen.

E. Mannigfaltige andere Einrichtungen, wie Lesesäle und Leihbibliotheken, Vereinigungen für Ferienreisen und Wanderungen, Lesegesellschaften, Photographische Vereine, wissenschaftliche und Diskussionsvereine, Gesangs- und Orchestervereine.

Häufig nehmen die Residents am lokalen Leben des Distrikts teil, indem sie öffentliche Ämter ausüben, als Gemeinderäte, Armenräte, School Managers, Mitglieder von Notstandkomitees usw. So erhalten sie wertvolle Einblicke in die lokalen Zustände und Erfahrung in administrativer Arbeit.

Am wertvollsten vielleicht sind die Möglichkeiten für soziale Versuche, die das Settlement bietet. Verschiedenen Gründungen, die von Settlements ins Leben gerufen wurden, sind später von Staat oder Gemeinde ganz übernommen oder erhalten worden. So wurden vor acht bis zehn Jahren in verschiedenen Settlements Klassen für verkrüppelte Kinder eingerichtet. Dank der unermüdlichen Tätigkeit von Mrs. Humphry Ward, die eingehende Untersuchungen über Schul- und Lebensbedingungen der physisch abnormen Kinder in London machte, hat der School Board, nachdem er zuerst den Passmore Edwards Settlements einen Lehrer und eine Ambulanz für seine Invalidenschule bewilligt hatte, die ganze Arbeit in eigene Verantwortung übernommen. Augenblicklich besitzt London 24 solcher Schulen für Krüppel, und drei weitere Schulklassen sind im Alexandra Spital für Hüftleidende, im Orthopädischen Spital und im Heim für unheilbare Kinder, alle unter Aufsicht des Londoner County Council, eingerichtet worden.

Ebenso wurde 1902 die erste Ferienschule in England eingerichtet, deren Idee Mrs. Humphry Ward den Vereinigten Staaten entlehnt hatte. Fünf Jahre später, 1907, wies diese Schule ohne Bücher während des Monats August eine tägliche Besucherzahl von 1050 auf, und viele andere derartige Schulen wurden in London und in den Provinzen eröffnet.

Die erfolgreiche Abendspielschule für Kinder desselben Settlements hat zur Einrichtung von einem Dutzend andern solchen Spielzentren in London geführt. Das Interesse, das die sozialen Experimente erweckten, war ein so lebhaftes, daß in dem Education Act von 1907 eine neue Klausel eingeführt wurde, die den Gemeindecouncils das Recht zuerkannte, Gelder aufzuwenden oder Erleichterungen zu gewähren für Ferienschulen und Spielabende, und daß dieses Amendement in beiden Parlamentshäusern ohne jede Opposition angenommen wurde.

Wieder andere Settlements bemühen sich jetzt, praktisch zu beweisen, daß die Behauptung falsch ist, es sei unmöglich, einen Arbeiterklub auf dem Boden der Selbstverwaltung und Selbsterhaltung erfolgreich zu gestalten, mit Verzicht auf die durch Verkauf alkoholischer Getränke erzielten Gewinne.

Der Dennson Arbeiter Club des Passmore Edwards Settlements ist im Begriff, diese schwierige Aufgabe zu lösen. Das Experiment ist jedenfalls für Sozialreformer von hohem Interesse.

Wenn ich hier speziell so viel vom Passmore Edwards Settlement spreche, so geschieht es, weil ich dieses aus Erfahrung besser kenne als andere.

Das Bestreben, das Leben der Kinder besser, glücklicher und innerlich reicher zu gestalten, steht im Vordergrund unserer Arbeit. Wer an einem frühen Winterabend in unser Settlement hineinblicken würde, fände es erfüllt von Kindern, die da tanzen, turnen, Gesellschaftsspiele spielen, nähen, stricken, kochen, Spielzeuge anfertigen, ihre Stiefel flicken lernen, zeichnen, modellieren, lesen, Bilder besehen, altenglische Volkslieder singen, kleine Stücke oder Singspiele einstudieren, oder die Größeren in der großen Halle einem Vortragenden lauschen, der sie mit Hilfe von Projektionsbildern durch Kanada, Süd-Afrika oder Australien führt, ihnen die Wunder von China, Indien und Japan zeigt.

In den späteren Abendstunden sind dieselben Räume dicht gefüllt mit Erwachsenen jeden Alters von 15 bis über 70 Jahren. Einige besuchen den Ambulanzkursus, die Turnklasse oder andere Erziehungsklassen, die unter Aufsicht des Board of Education stehen, einige genießen das gesellige Leben im Konversations- oder Erfrischungsraum, andere suchen die Rechtsauskunftstelle auf oder sie bringen Einzahlungen für die Sparkasse, Einzahlungen und Bestellungen für die Kohlengenossenschaft, sie besuchen Veranstaltungen des Orchesters oder Gesangsvereins, während am Sonnabend und Sonntag abends sich eine dichte Menge in die große Halle drängt, um einer Unterhaltung, einem Konzert, einem Vortrag beizuwohnen.

Dies ist eine kurze Schilderung der Einflüsse, die von einem Settlement auf die Umgebung ausgeübt werden zur Vermehrung des Friedens und des guten Willens zwischen Menschen, die durch Anschauungen, Interesse, Bildung und Stellung getrennt sind.

Man mag einwenden, daß viele dieser Einrichtungen zur Verbesserung des Lebens in den Gegenden der Armut schon von der Kirche ausgingen vor der Ära der Settlements.

Das ist wahr, aber die Beweggründe der Settlements sind denn doch etwas andere als die der Kirche. Um nochmals Cannon Barnett zu zitieren: „Das Settlement muß als Streben des menschlichen Geistes, Menschlichkeitsarbeit zu verrichten, gewertet werden. Seine Unterrichtsklassen, seine sozialen Einrichtungen sind weit weniger die richtigen Prüfsteine seines Erfolges als die Frage, ob es ihm gelingt, Freundschaften zu begründen. Seine ganze erziehliche Arbeit will die Ansammlung jenes Wissens begünstigen, das sich nicht in bare Münze umsetzen läßt, die Vorträge und Klassen sollen das Leben weit mehr an Freude bereichern denn an klingendem Lohn. Sein Ziel ist es, mehr die richtige Verwendung der freien Zeit zu zeigen als die der Arbeitszeit." Man kann den idealen Inhalt der Settlementsarbeit nicht besser kennzeichnen, als es der verstorbene Sir Walter Besant tat, als er bei der Eröffnung von Mansfield House die Worte sprach: „Die Note der neuen Philanthropie ist der persönliche Dienst, weder Geld noch Einzeichnung in eine Liste, noch Reden von der Tribüne, noch Traktate, keine der alten Methoden, sondern persönlicher Dienst — man gibt nicht Geld, sondern sich selbst."

# PROFESSOR O. D. SKELTON, TORONTO, KANADA: DIE KANADISCHE ANTISTREIKGESETZGEBUNG.

KANADA hat bisher wenig zur industriellen Gesetzgebung beigetragen. Seine langsame Entwicklung auf dem Gebiete des Handels hatte lange Zeit zur Folge, daß nur wenige Arbeitsprobleme zu lösen waren. Aber das verflossene Jahrzehnt brachte rasche Veränderungen mit sich und die industrielle Entwicklung vollzog sich in einem fieberhaften Tempo. In der genannten Zeitspanne haben Handel und Eisenbahnverkehr sich verdoppelt, die Bankdepositen sich verdreifacht, die Einwanderung hat sich verfünffacht, und das Kapital, das seit 1900 in Fabriken angelegt war, hat sich gleichfalls verdoppelt. Ebenso bemerkenswert ist das Mürbewerden des alten Individualismus der ersten Pioniere. Die Probleme sind gekommen, und mit ihnen zugleich kam die Bereitwilligkeit, durch Eingreifen des Staates Lösungen zu finden.

Das brennendste Problem betraf die durch Streik und Aussperrung verursachte industrielle Anarchie. Auf diesem Gebiet setzte die Gesetzgebung im Jahre 1900 ein. Das Prinzip freiwilliger Versöhnung wurde obenangestellt. Eine Arbeitskammer wurde begründet und mit der Autorität ausgerüstet, industrielle Konflikte zu vermitteln. Die Tätigkeit der Vertreter der Arbeitskammer sicherte ihr mehr als die ihr verliehene Macht einen nicht unwesentlichen Erfolg.

Drei Jahre später wurde der zweite Schritt getan: zwangsweise Untersuchung mit voller Öffentlichkeit. Das neue Gesetz, das sich auf die Eisenbahnen beschränkte, war die Folge eines lange hinausgezogenen Streiks bei der kanadischen Pazifikbahn. Der Arbeitsminister erhielt die Befugnis, eine Kommission zu berufen, bestehend aus einem Mitglied als Vertreter der Eisenbahnen, einem als Vertreter der Arbeiterschaft und einem dritten Hinzugewählten oder vom Minister bestimmten. Wenn diese Bestrebungen zur Vermittlung fehlschlugen, so sollte die Kommission als Schiedsgericht neu zusammentreten, die strittigen Punkte genau untersuchen und ausführlich Bericht erstatten. Ihr Urteil sollte keine bindende Wirkung haben, aber der öffentlichen Meinung die Richtschnur geben. Die Regierung sollte die Tatsachen liefern, das Publikum den Druck ausüben.

Hierauf wurden die gegenwärtigen Maßregeln eingeführt: zwangsweise Fällung des Urteils, dessen Annahme jedoch den Parteien freisteht; oder aus einem anderen Gesichtspunkte betrachtet, zwangsweise Einstellung der Feindseligkeiten. Während des Winters 1906/07 führte ein ernstlicher Streik in den Kohlenminen, von denen Westkanada für seinen Feuerungsbedarf abhängt, zur Forderung wirksamer Maßregeln. Das Resultat war ein Gesetz, „The Industrial Disputes Investigations Act", das der Minister Rudolf Lémieux einbrachte, und das mit geringer Opposition im März 1907 angenommen wurde. Das Gesetz Lémieux, wie es allgemein heißt, erstreckt sich auf alle öffentlichen Industrien, Eisenbahnen, Telegraphen, Bergwerke, Gesellschaften für Gas, elektrisches Licht und elektrische Kraft. Es verlangt, daß Veränderungen von Lohn oder Arbeitszeit 30 Tage vorher sowohl vom Unternehmer wie von Arbeitern angemeldet werden. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, so wird eine Untersuchungskommission gemäß dem Gesetz von 1903 eingesetzt. Vor oder während der Tätigkeit dieser Kommission sind Streiks und Aussperrungen unter Androhung schwerer Geld-

oder Freiheitsstrafen verboten. Auch werden sie in der Labour Gazette veröffentlicht, und dann kann jede Partei, wenn sie die vorgeschlagenen Wege nicht einschlagen will, nach Herzenslust streiken oder aussperren. Die Geltendmachung der Strafbestimmungen wird der Initiative der geschädigten Partei überlassen vor den gewöhnlichen Gerichten. Die Regierung übernimmt keine Verantwortung.

Die Theorie dieser Maßregel geht davon aus, daß das individualistische Temperament des Kanadiers, der verschiedenartige Charakter seiner Industrien und der enge Konnex zwischen den kanadischen Trade Unions und denen der Vereinigten Staaten es unmöglich machen, das drastische Mittel von Zwangsurteilen so, wie sie in Neuseeland bestehen, anzuwenden. Die zwangsweise Einstellung der Feindseligkeiten während der Untersuchung sichert gleich gute Resultate ohne die Nachteile des neuseeländischen Verfahrens. Dadurch, daß während der Untersuchung jede feindselige Handlung verboten ist, verhütet das Gesetz die Verschärfung des Konfliktes durch die Leidenschaften des offenen Kampfes. Man verläßt sich ferner auf die öffentliche Meinung, die durch die Berichte des Boards aufgeklärt und ermuntert einen wohltätigeren und weniger irritierenden Einfluß ausübt, um das Urteil des Boards zu stützen, als gesetzlicher Zwang es vermöchte.

Die Wirkungen des Gesetzes haben das Vertrauen seiner Schöpfer vollauf gerechtfertigt. 22 Streitigkeiten wurden von März bis Dezember 1907 vor den Board of Conciliation gebracht. In 20 Fällen vermochte der Board ein beiden Teilen annehmbares Übereinkommen zu erreichen. In einem Falle, bei einer Streitigkeit in den Kohlenminen von Springhill, (Neuschottland) lehnten die Arbeiter die Vorschläge ab und traten in den Streik. Nach einigen Wochen wurde ein Waffenstillstand gemacht, und auf Verlangen der Arbeiter wurde ein neuer Board zusammenberufen, der gegenwärtig noch berät. In einem anderen Falle, bei den Montrealer Hafenarbeitern, wurde das Urteil vom Verein der Hafenarbeiter abgelehnt. Da es jedoch von außerhalb Stehenden als durchaus gerecht angesehen wurde, fand die Haltung der Arbeiter die einstimmige Mißbilligung von Presse und Publikum, und unter diesem Druck gaben die Leute nach.

In wenigstens drei anderen Fällen wurde Verständigung erzielt, nachdem die Einsetzung des Boards verlangt worden war, aber noch ehe dieser seine Untersuchung begonnen hatte. In allen drei Fällen war die bevorstehende Untersuchung von entscheidendem Einfluß für das Zustandekommen der Einigung.

Dreimal wurde das Verbot von Streik oder Aussperrung vor oder während der Untersuchung mißachtet. Bei der ersten Gesetzesüberschreitung anläßlich eines lokalen Streiks von Telegraphenarbeitern fand keine Bestrafung statt, da keine ernstlichen Nachteile verursacht worden waren. Später traten über 2000 Bergarbeiter zu Cobalt in den Silberminen von Ontario in Streik ohne eine Vermittlung anzusuchen. Der Präsident der lokalen Bergarbeiter Union wurde wegen Aufreizung der Arbeiter zum Streik angeklagt und zu 500 Dollars Geldstrafe oder 6 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Es wurde sofort an den höheren Gerichtshof appelliert, und während dessen Urteil noch ausstand, wurde die Entscheidung über die anderen Beteiligten hinausgeschoben. Es ist bezeichnend, daß seit diesem Zwischenfall der Verband der Bergarbeiter die Initiative ergriff, einem Board of Conciliation die Schlichtung einer Streitigkeit mit einer der führenden Bergwerksgesellschaften von Cobalt übertrug und daß der Vermittlungsvorschlag von beiden Teilen

angenommen wurde. Der dritte Fall entstand durch das Vorgehen der HilcrestCoal and Coakes Company, die während der Untersuchung des Boards die Arbeit in ihren Minen zwei Tage lang einstellte. Die Behörde verurteilte die Gesellschaft zu einer Geldstrafe von 200 Dollars und zum Tragen der Gerichtskosten. Auch in diesem Fall wurde noch an den höheren Gerichtshof appelliert. In beiden Fällen wurde den Beschwerden der geschädigten Partei Folge gegeben.

Von den 22 Fällen, in denen bisher ein Board zusammentrat, betrafen 7 das Eisenbahnwesen und 14 den Bergbau. Über 20 000 Arbeiter waren an den Konflikten beteiligt. In zwei Fällen wäre ein Streik ein nationales Unglück gewesen. Die zu beurteilenden Fragen betrafen ein weites Gebiet, Lohnfrage, Arbeitsdauer, Lehrlingswesen, Zahlmodus, die Gerichtsbarkeit anderer Verbände und Anerkennung der Verbände.

Die fast durchwegs glückliche Wahl der Schiedsrichter hat außerordentlich viel zum Erfolg der Institution beigetragen. Kaufleute, Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte, Arbeiterführer haben einträchtig zusammengearbeitet und eine Unparteilichkeit bewiesen, die hohes Vertrauen verdient. Die Sitzungen des Boards finden mit sehr geringen Formalitäten statt, In einfachen Besprechungen, an denen die Vertreter der streikenden Parteien teilnehmen, wird der Fall Punkt für Punkt durchgenommen, nach und nach werden die extremen Forderungen verlassen und so wird gemeinsamer Boden gewonnen. Die meisten Urteile waren, wie sie es unvermeidlich sein mußten, Kompromisse. Aber, wie der Vorsitzende eines Boards berichtet, „es wurde kein Versuch gemacht, einen Konflikt zu lösen durch das leichte aber demoralisierende Prinzip, die Differenz zu teilen. Jede Sache wurde nach Verdienst beurteilt". Bei der Entscheidung über Lohnfragen wurden die Kosten der Lebenshaltung, die Höhe anderer Löhne, der allgemeine Wohlstand oder das Darniederliegen der Industrie, die finanzielle Stärke oder Schwäche des speziellen in Frage stehenden Eisenbahn- oder Bergbauunternehmens geprüft.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen der kanadischen Gesetzgebung und den Zwangsschiedsgerichten von Neuseeland mögen noch kurz zusammengefaßt werden. Das kanadische Verfahren verlangt lediglich Einstellen der Feindseligkeiten bis nach Abschluß der Untersuchung. Die Annahme des Urteils ist freigestellt, das Sicherheitsventil ist nicht verriegelt. Das kanadische Verfahren läuft darauf hinaus, den freien Wettkampf der Parteien zu ergänzen, nicht ihn zu ersetzen.

So weit die Kürze der Zeit ein Urteil zuläßt, urteilen Presse und Publikum fast durchweg günstig über das Gesetz. Die Unternehmer, obgleich sie mit den Urteilen, die sie annahmen, nicht immer einverstanden waren, schätzen dennoch den Schutz vor Arbeitsunterbrechungen höher als die geringen Opfer, die von ihnen verlangt werden. Die Haltung der Arbeiterschaft geht klar hervor aus dem Umstand, daß bei dem Trades- und Labour-Kongreß kürzlich die Zustimmung zu den Gerichten mit $^4/_5$ Majorität beschlossen wurde, und durch das Aussprechen des Wunsches, daß sowohl private als halböffentliche Unternehmungen in den Bereich des Gesetzes einbezogen werden mögen. In den Vereinigten Staaten erweckt die Institution lebhaftes Interesse, und es sollen in verschiedenen Staaten ähnliche Gesetze eingeführt werden. Der Präsident der Havard University Mr. Elliot, der eingehende Studien über die Institution gemacht hat, sprach sich dahin aus, daß sie als der bedeutendste Beitrag zur Lösung der Arbeiterfragen erscheint, der bisher in Amerika gefunden worden sei.

# RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS

VON PROF·DR·RODOLPHE BRODA·PARIS

## VI. ARBEITERKULTUR.

ZUM Rätselvollsten in unserm modernen Kulturleben gehört das Wesen und Sein des Proletariats, jener neuen Schicht traditionsloser, allen Erbgütern der Kultur entrückter Menschen, die in Massenanhäufungen der Fabriken ein Leben harter Arbeit führen. Wenig Kunde von ihrem Denken und Tun ist nach den Stätten des Reichtums und der traditionellen Kultur gedrungen. Und das Wenige ist so widerspruchsvoll, daß die einen sich dies, die anderen jenes Bild von der Wesensart des Proletariers machen. Die einen — das ist, heute wohl nicht mehr die Mehrheit, immerhin aber eine noch zahlreiche Gruppe in den besitzenden Kreisen — fassen ihre Stellung zum Proletariat in e i n e r Empfindung der Verachtung zusammen: Die Proletarier, das sind Menschen in zerlumpten Kleidern, denen man ungern nachts in entlegener Straße begegnet, die der höheren Bildung und des feineren Empfindens völlig entbehren und über das Wirtshaus hinaus keine Ideale besitzen. Die anderen — das sind insbesondere die religiösempfindenden Kreise, weichherzige Frauen und feiner empfindende Männer — machen sich wohl das objektive Urteil der erstgenannten Gruppe zu eigen, ohne sich jedoch ihrer Verachtung des Proletariats anzuschließen. An die Stelle dieses Gefühls tritt das Mitleid mit den Unglücklichen, mit ihren in Not und Elend aufwachsenden Kindern, ja bei den besseren Naturen wird das Mitleiden sogar zum Bestreben tätiger sozialer Hilfeleistung.

Beiden Gruppen ist es in gleicher Weise unbekannt, daß in den Hütten der Proletarier bedeutsame Naturenergien leben und Kräfte sich entfalten, die einst vielleicht auf die ganze Menschheit umgestaltend wirken mögen.

Diese Erkenntnis von der bedeutsamen Spannkraft und streitbaren Stärke des Proletariats trat für die fernstehenden Kreise zunächst in den furchteinflößenden Erfolgen der politischen Arbeiterbewegung zutage. Das Erstarken der Sozialdemokratie zeigte ihnen, daß in den Hütten nicht bloß Elend, Schwäche und Flehen um Hilfe, sondern gefahrvolle Leidenschaften und Kampfenergien leben. Man versuchte, sich klar zu werden über die seelische Wesensart dieser neuerstandenen Klasse, über das Wie und Warum ihrer Abkehr von der alten Gottesfurcht und Sitte, von Kaisertreue und Vaterlandsliebe, von jeder Demut und Ergebenheit gegenüber ihren Arbeitgebern und Herren, wie sie den Armen aller früheren Zeiten eigen gewesen. Unfähig, die entwicklungsgeschichtliche Erklärung dieser massenpsychologischen Tatsache zu finden, machte man die „moderne gottlose Schule“ oder die allgemeine Verderbtheit der Zeiten dafür verantwortlich und gewöhnte sich daran, von der Bedrohung unserer „heiligsten Güter“, ja unserer gesamten menschlichen Gesittung durch die zerstörenden Energien des Proletariats zu sprechen.

Und wieder von anderer Seite erscholl der Ruf von der Wiedergeburt aller menschlichen Dinge durch die Jugendkraft der neuen Klasse, von der

Umwertung aller Werte der bürgerlichen Gesellschaft, von der Kulturmission des Proletariats — und dieses Wort, früher so oft mit Verachtung oder Mitleid gebraucht, wurde zum Adelstitel, gleichwie der Name der Gueusen im holländischen Befreiungskampf. Wo aber liegt die Wahrheit?

Eine vorurteilslose, sozialpsychologische Untersuchung muß nun, glaube ich, zur Schlußfolgerung führen, daß wir nicht einem einheitlichen Phänomen gegenüberstehen, daß vielmehr in der psychischen Entwicklung des Proletariats zwei wesentlich verschiedene Abschnitte zu unterscheiden sind: eine absteigende Periode der Zersetzung aller nationalen und religiösen Traditionen, aller sittlichen und seelischen Werte und eine darauffolgende Epoche der Neuschöpfung eigengearteter Seelenkultur.

Gewiß gehen in der Realität der Dinge beide Entwicklungslinien ineinander über, Merkmale beider mögen an gleichem Orte und zu gleicher Zeit wahrnehmbar sein.

Wollen wir die erstere in ihrer Isoliertheit untersuchen, so müssen wir verflossene Jahrzehnte der europäischen Industrieländer oder aber die Gegenwart neuerschlossener Gebiete des europäischen Ostens wie auch insbesondere der asiatischen Länder Japan, China, Indien ins Auge fassen. Umfassendes Material liegt uns bezüglich der sozialen und seelischen Verfassung der Arbeiterschaft Englands zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor.

Die kapitalistische Industrie hatte eben festen Boden gefaßt und die ländliche Bevölkerung in die Fabrikstädte gezogen. Kein Versuch staatlichen Arbeiterschutzes oder sonstigen planmäßigen Eingreifens stand zwischen den Arbeitern und dem blinden Walten der Triebkräfte kapitalistischer Industrie; Arbeitszeiten von 12—14, ja mehr Stunden täglich waren die Regel, Frauen und Kinder bis zu 8, ja 6 Jahren herunter teilten die Arbeit der Männer: Physische Degeneration der Rasse war die unmittelbare erschreckende Folge. Genau die gleichen Nachrichten werden uns aus dem Japan der Gegenwart gemeldet. Auch dort ist es insbesondere die Frauen- und Kinderarbeit, welche das verhehrendste Unheil nach sich zieht. Mit der physischen Degeneration geht die Desintegration der sozialen Verbände Hand in Hand, die Auflösung der alten Sitten und Traditionen. Zunächst hat die schrankenlose Fabrikarbeit der Frau die Auflösung der Familiengemeinschaft im altererbten Sinn zur unmittelbaren Folge. Mit ihr fallen alle jene Werte und Kräfte des Gemüts, die sich durch Jahrtausende am heimischen Herdfeuer entwickelt haben. Die Arbeiterschaft, meist aus entfernten Landdistrikten in die Massenquartiere der Fabrikstädte zusammengedrängt, verliert jeden Zusammenhang mit der alten lokalen Überlieferung, die soviel für konservative Gesinnung, Untertanentreue und religiöse Demut bedeutet hat.

Des Bodenbesitzes entbehrend, verliert sie diesen wichtigsten Stützpunkt der Vaterlandsliebe in der Seele des einfachen Menschen. Der Arbeiter hat keine heimische Scholle mehr gegen die Fremden zu verteidigen, kein bedrohtes Gut zu schützen. Und überaus bezeichnend für die Seelenstimmung dieser Periode ist das bekannte Wort: „Der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten". So erklärt sich die Abkehr des werdenden Proletariats von dem, was den anderen Klassen über alles geht, dem Patriotismus.

Feinere seelische Wurzeln scheint mir die Zersetzung der religiösen Empfindungswelt im Gemüt der Arbeiterschaft zu haben. Ihre Vorfahren, die Bauern, Hirten und Fischer, waren in allem ihrem Leben und Tun von den geheimnisvollen, freundlichen und feindlichen Kräften der Natur umfangen,

und ihre religiöse Stimmung fand im Hoffen guter Ernte und guten Fischfangs, wie in der Furcht vor Hagelschlag und Sturm am Meere stets neue Nahrung. Diese stete Neubelebung religiöser Stimmung fehlte der Arbeiterschaft, die im völlig vermenschlicht-technischen Fabrikmilieu bloß mit klar faßbaren wirtschaftlichen Tatsachen und nicht mit mystisch unheimlichen Naturkräften zu tun hatte. War diese Grundtendenz zu verminderter Religiosität den industriellen Arbeitern aller Länder gemeinsam, so wurde daraus auf dem europäischen Festlande, im Kampf gegen die herrschenden Mächte, deren treueste Verbündete stets die christliche Kirche war, eine aktive Gegnerschaft gegen diese Trägerin der religiösen Empfindungen selbst.

Alle die ferneren Konsequenzen dieser Entwicklungen zeigen sich naturgemäß erst in der zweiten, später zu besprechenden, schöpferisch aufbauenden Entwicklungsperiode des Proletariats. Für diese erste Periode der Zersetzung aller traditionellen Werte haben wir nur zu konstatieren, daß die nationalen und religiösen Ideale der Vergangenheit, Sitte und Sittlichkeit des Familienlebens und alles übrige, was den bescheidenen Kulturbesitz des „kleinen Mannes" früherer Zeiten ausgemacht hatte und des Kleinbürgers und Bauern der Gegenwart noch immer ausmacht, in der modernen Arbeiterschaft ihren Halt verloren. Hätte diese Entwicklung ungehemmt und geradlinig weiter fortgehen können, so würde sie zur Auflösung der gesamten, von den Vätern ererbten menschlichen Kultur haben führen müssen.

Ehe sich aber diese furchtbare Konsequenz in der Arbeiterschaft irgendeines Landes vollständig realisiert hatte, trat ein machtvoller Gegenfaktor auf den Plan: Die Organisation in Verbänden, in denen sich eine neue proletarische Kultur entwickeln konnte; vor allem in Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen Parteien, Arbeiterbildungsvereinen und Volkshochschulen sowie — in den höchstentwickelten Industrieländern, vor allem in mehreren Staaten Australiens — in Regierung und Verwaltung von Gemeinde und Staat.

Fassen wir die einzelnen Typen nacheinander ins Auge.

Die Gewerkvereine sind ein Kind des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen; aber sie gehören durchaus nicht schon der ersten Periode dieses wirtschaftlichen Kampfes an. Zunächst kommt es, wie Englands Industriegeschichte lehrt, und wie die Gegenwart der Länder des Ostens bestätigt, zu Revolten des Unwillens über irgendeinen isolierten Fall von schlechter Behandlung, zu Massakrierung des Fabrikleiters, Inbrandsetzung der Gebäude oder Zerstörung der Maschinen, wenn deren arbeitsparende Einführung Arbeiterentlassungen im Gefolge hat. Später kommt es dann zu bereits zielbewußteren Kämpfen um höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeit. Die unmittelbare brutale Erfahrung zeigt den Arbeitern, daß augenblicks errungene Vorteile alsobald wieder verloren gehen, wenn nicht eine bleibende, stets kampfbereite Organisation sie behütet.

Aus dieser Erfahrung heraus gründete man in England die ersten Gewerkvereine, und von dort verbreitete sich der Gedanke über die Erde.

Die soziale und ökonomische Seite dieser Organisation ist zu bekannt und zu abseits unseres Themas liegend, um hier erörtert zu werden. Nur die psychologische Konsequenz dieser Entwicklung haben wir hier ins Auge zu fassen.

Die Arbeiter, die früher hilflos dem Arbeitgeber gegenüberstanden, gewinnen in der Organisation eine Stellung gleichberechtigter Verhandlung, Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein. Sie sehen, daß nur vereintes,

disziplinierte Handeln sie zum Erfolge führen könne. Der Geist der Disziplin und vor allem die Empfindung der Interessensolidarität hält Einzug in ihre Reihen. Im Augenblick des Kampfes geboren, hält sie auch in Friedenszeiten nach. Der Arbeiter blickt auf die Erfolge der Gesamtheit mit Stolz, Hoffnung und Begeisterung. Ein wahrer Massengeist eint all die Seelen. Freilich lag besonders im utilitaristischem England die Gefahr nahe, daß auch die Arbeiterverbände rein ökonomisch-egoistische Interessen verfolgen; und tatsächlich haben die großen englischen Gewerkschaften durch Jahrzehnte hindurch die Interessen ihrer Mitglieder auch gegenüber ihren nichtorganisierten Kameraden in durchaus engherziger Weise gewahrt. Noch heute sind die amerikanischen Gewerkschaften durchaus kommerziell geleitete und von kommerziellem Geiste erfüllte Verbände. In England selbst aber kam mit dem Jahre 1889 der große Umschwung. Der neue Unionismus brachte den Geist der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse Englands mit sich, die alte Wahrung der Sonderinteressen der gutbezahlten Tradesunionmitglieder wich der Empfindung allgemeiner Brüderlichkeit. Und in jüngster Zeit haben die Beschlüsse der internationalen Kongresse, wie der Textil- und Bergarbeiter, sowie auch insbesondere die reichen Streikunterstützungen, die in jeder großen Lohnbewegung von den Kameraden des Auslandes kommen, klar dargetan, daß der Gedanke lebendiger Solidarität der Arbeiterschaften der einzelnen Länder nun Wirklichkeit geworden ist.

Ganz eigene psychologische Wege geht die syndikalistische Bewegung Frankreichs, der es in erster Linie nicht mehr um Verbesserung der augenblicklichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um Vorbahnung der großen sozialen Umwälzung zu tun ist, die den Arbeiter aus dem Lohnverhältnis zur freien Arbeit führen soll. Opfermut und Hingabe der einzelnen für die Ziele der Gesamtheit gelangen in ihr zur hohen Entfaltung, und eine sittliche Erneuerung ihrer Mitkämpfer geht von ihr aus (siehe Artikel von M. Lagardelle auf Seite 534). Später als die Gewerkschaften, gleichfalls im Mutterland der Arbeiterbewegung, in England, erwuchsen die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften der Arbeiterschaft. Nicht mehr für fremden Vorteil wird hier des Tages Arbeit geleistet, der Arbeiter hat das Bewußtsein, für sich selbst zu schaffen. Und in seinem Gemüt keimt eine neue edle Empfindung, das Bewußtsein von der Würde der Arbeit, der Mitverantwortlichkeit für deren bestmögliche Durchführung. Zugleich sind diese Genossenschaften eine ausgezeichnete Schule für die von den Arbeitern zur Leitung der Werkstätten berufenen Genossen. Sie sind in der Lage, sich jene Fähigkeiten der Direktive und Verwaltung anzueignen, die einmal von unschätzbarem Werte sein würden, sollte das Proletariat wirklich einmal zur Erfüllung seiner erträumten geschichtlichen Mission der Übernahme der gesamten nationalen Produktion gelangen.

In England erst in jüngster Zeit, weit früher in den Ländern des Kontinents, trat die politische Arbeiterbewegung auf den Plan. Der Mangel an Nationalgefühl, die Nationslosigkeit der Arbeiterschaft wird zum Ideal zunächst der internationalen Solidarität der Arbeiter im Kampfe gegen die feindlichen Mächte der bestehenden Ordnung und in weiterer Entwicklung zum Ideal der allmenschlichen Solidarität. Die Religionslosigkeit wird zur Begeisterung für die aufklärende Wissenschaft und Kultur; die Traditionslosigkeit und der Mangel an Ehrfurcht vor dem, was anderen Zeiten heilig war, zur ungestümen Leidenschaft für Umwälzung und Fortschritt auf allen

Gebieten. Es ist in dieser Richtung ungemein charakteristisch, daß selbst von vielen Gegnern der modernen Arbeiterbewegung zugegeben wird, daß alle Fortschritts- und Kulturforderungen des Bürgertums und alle allgemeinen Kulturbewegungen, wie die Friedensbewegung, die Forderung des Frauenstimmrechts und die Antialkoholbewegung die festeste Stütze an dem aus Elend und Unkultur hervorgewachsenen Proletariat gewonnen haben (siehe Artikel von Neumann über Alkohol und Arbeiter auf Seite 600).

Freilich spiegelt sich die Differenzierung der Nationalcharaktere unter gegebenen geschichtlichen Bedingungen auch in der Psychologie der politischen Arbeiterbewegung. Sie ist in England heute noch überwiegend auf die Erlangung unmittelbarer Vorteile gerichtet, utilitaristisch, in Deutschland methodisch und zielbewußt, von wahrem Massengeist getragen und gibt dem edlen Gefühl der Aufopferung und Hingabe persönlicher Kraft für das Glück ferner Generationen, einer fast religiösen Weihestimmung freien Spielraum (siehe Artikel von Paul Göhre in Heft 4 dieser Zeitschrift). In Frankreich und den romanischen Ländern läßt sie besonders das Ideal des Internationalismus und die brünstige Sehnsucht nach Befreiung aus der Enge der kapitalistischen Ordnung zu bedeutsamen Trieben der Massenseele werden. Die russische Arbeiterbewegung ist — derzeit zumindest — durch die Schauer der Revolution mit dem Geist grenzenloser, fast mystisch zu nennender Selbstaufopferung für die Sache der Freiheit und des Proletariats erfüllt (siehe Bericht über den jüdischen Arbeiterbund auf Seite 608). In Australien wieder hat die teilweise Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterschaft und die ökonomisch so überaus günstige Lage derselben zu einer Abschwächung aller spezifisch proletarischen Charakterzüge, zu einer seelischen Angleichung an das Bürgertum geführt. Der australische sozialistische Arbeiter ist bei aller Hochachtung des Gedankens internationaler Solidarität doch sehr gut national gesinnt und bereit, sein Land und die günstige Stellung, die er in demselben innehat, mit aller Kraft gegen das Ausland (d. h. insbesondere eine Überflutung durch asiatische Arbeiter, die ein kriegsüberlegenes Japan erzwingen könnte) zu verteidigen. Die sozialistische Arbeiterpartei Australiens ist es, welche am eifrigsten für alle Anträge zur Stärkung der Landesverteidigung und der militärischen Organisation des Volkes eintritt. Sie hat auch wenig Begeisterung für republikanische Bestrebungen und nimmt die konstitutionelle Regierung der Gouverneure des englischen Königs, welche die Verbindung mit den anderen Gliedern der britischen Reichskonföderation verkörpern, gerne hin. Sie ist auch (übrigens gleich der Arbeiterschaft Englands und Amerikas) keineswegs antireligiös gesinnt, weil die Kirche sich in Australien niemals mit den herrschenden Mächten gegen die Arbeitersache verbündet hat. Aber bei all dem ist sie dennoch vom sozialen Ideal einer Verdrängung des Lohnsystems durch die freigenossenschaftliche Produktion und von wahrhafter Begeisterung für Fortschritt und Wissenschaft erfüllt, gleichwie die Parteigenossen in Europa und Amerika. Ein interessantes Vorzeichen dafür, wie sich die psychologische Entwicklung des Proletariats unter ähnlichen Bedingungen in einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Europa einmal gestalten könnte.

In allerjüngster Zeit treten zu den obengenannten Organisationen noch die Arbeiterbildungsvereine und Volkshochschulen. Begründet vom Wissenshunger der Arbeiterschaft geben sie der Entfaltung dieses Strebens nach höherer Bildung freie Bahn und in ihnen vor allem entwickelt sich jene geradezu fanatische Hingabe an Wissenschaft und Fortschritt, die

gerade für die Besten der modernen Arbeiterschaft so überaus charakteristisch ist (siehe meinen Aufsatz in Heft 5 dieser Zeitschrift, die Artikel über Settlements und Arbeiterklubs in England auf Seite 547, ferner über Volkshochschulen in Amerika, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark usw. in Heft 5. Über die rein intellektuelle Betätigung hinaus pflegt man in den Volkshochschulen auch Literatur und Kunst (siehe den Aufsatz über Volksanteil an der Kunst auf Seite 462 und den Aufsatz „Arbeiter und Theater“ auf Seite 542); Arbeiterdichter erstehen, welche den Empfindungen ihrer Klasse Ausdruck verleihen, Tragik und Kämpfe des Arbeiterlebens poetisch darstellen. Und in diesen Dichtungen, in ihrer seelischen Wechselbeziehung mit den Hörern bildet sich auch proletarisches Denken und Fühlen schärfer und eigentümlicher aus (siehe meinen Artikel über „Arbeiterpoesie in Frankreich“ und „Neue Kunsttendenzen in Ost und West“ in Heft 2 dieser Zeitschrift).

Naturgemäß können all diese Eigenschaften zunächst nicht sowohl in der breiten Masse der Arbeiterklasse als vielmehr in einer geistig hervorragenden Minderheit, in einer proletarischen Aristokratie zur Geltung kommen. Es sind die Komiteemitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, der politischen Arbeitervereine und der Volkshochschulen und all die anderen, welche an der Leitung dieser Organisationen tätig Anteil nehmen, welche zunächst zu Trägern der neuen proletarischen Psychologie und Kultur werden. Aber zu ihnen blicken als zu ihren freigewählten Führern die anderen Arbeiter auf, von ihnen erhalten sie Leitung und Ideen, und so werden ihre Empfindungen Gemeingut der ganzen Klasse; die proletarische Kultur ergreift Besitz von den arbeitenden Millionen.

Ein überaus merkwürdiges, ja fast poetisches Schauspiel ist es, wie sich dergestalt aus den Elendesten der Elenden eine neue Kulturmacht bilden konnte, und das Auferstehungsfest der Arbeiterschaft, die Maifeier, bringt diese Tatsache alljährlich aufs neue zu ergreifendem Bewußtsein (siehe Artikel von Dr. Kritschewsky auf Seite 604).

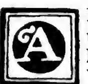
Die Ideale der Internationalität und der von religiösen Traditionen freien Lebensanschauung der sozialen Solidarität und der Würde der Arbeit, der Hingabe für Wissenschaft und Kultur konnten auf einem Boden erkeimen, der zunächst keiner freundlichen Kulturentwicklung günstig erschien. Vor allem aber ist es der hoffnungsvolle Ausblick auf die Zukunft, von der diese aufsteigende Klasse, wenn nicht das eigene Glück, so das ihrer Kinder erwartet, der mir ungemein bedeutungsvoll erscheint. Durch ihn wird die Arbeiterschaft zum Träger des Entwicklungsgedankens, und unsere Hoffnung auf bewußtes Eintreten der Menschheit zur Befolgung des großen Naturgesetzes, daß Aufwärtsentwicklung und Vervollkommnung letztes Ziel aller Lebewesen sei, findet im Hinblick auf das moderne Proletariat ihre beste Gewähr schließlicher Erfüllung.



# KORRESPONDENZEN

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

### S. V. DAVAISVAMI, MADRAS: REFORMEN IN INDIEN.


LS die Liberalen Englands zur Macht gelangten, stöhnte Indien unter der siebenjährigen Regierung eines autokratischen Vizekönigs Mit der Aufteilung von Bengalen erreichte die Entrüstung des Volkes ihren Höhepunkt. Man hatte, und mit Recht, erwartet, daß ein liberales Ministerium mit Sir Henry Campbell Bannerman als Premierminister und Mr. John Morley als Staatssekretär für Indien nicht zögern würde, Öl auf die erregten Wogen zu gießen. Die großen Verfechter des Liberalismus wurden sehnsüchtig erwartet als Verteidiger der Benachteiligten und wurden freudig begrüßt als tapfere Förderer fortschrittlicher Maßnahmen. Die gebildeten Klassen hegten große Hoffnungen, die führenden indischen Politiker im ganzen Lande hatten immer die Meinung aufrechterhalten, daß die liberale Partei der sicherste Wächter gesetzlicher Rechte im Königreich sei; durch sie vor allem sollte Indien Hilfe erhalten und seinen sehnlichsten Wunsch, eine wirkliche Selbstverwaltung in ausgedehntem Maße, erfüllt sehen.

Da die indischen Forderungen auf den anerkannten Prinzipien des Liberalismus aufgebaut waren, war man berechtigt zu erwarten, daß die liberale Partei die indische Frage in sympathischem Lichte sehen würde; es schien selbstverständlich, daß die Verfechter des Liberalismus als die gesetzlichen Wiederbringer von Freiheit und Unabhängigkeit angesehen wurden. Während die Optimisten etwas überschwenglich in ihren Hoffnungen waren, hatten weiterblickende und nüchterne indische Staatsmänner ihre eigenen Besorgnisse. Das allgemeine Gefühl ist treffend ausgedrückt in der Adresse des Nationalkongresses von Benares durch den Präsidenten Mr. Gokal. „Zahlreiche Gebildete in diesem Lande sehen in Ehrfurcht zu Mr. Morley empor. Unser Herz zittert wie niemals zuvor. Wird er, der Anhänger von Burke, der Schüler von Stuart Mill, der Freund und Biograph von Gladstone, die Prinzipien all dieser Männer mutig zu den seinen machen und auf die Regierung dieses Landes anwenden, oder wird er dem Einfluß der indischen Verwaltung ringsum erliegen und so in grausamer Weise alle Hoffnungen zerstören, die seine eigenen Schriften in so hohem Maße großgezogen haben?“

Das reaktionäre Regime von Lord Curzon hat das Gewissen der indischen Nation in ungewöhnlichem Maße erweckt. Das Volk hatte den Glauben an die Bureaukratie des Vizekönigs verloren, und die Liberalen wurden somit als eine erfreuliche Wendung zum Guten begrüßt.

Wenige Wochen nachdem Mr. Morley die Zügel der Verwaltung ergriffen hatte, wurde die Frage der Aufteilung Bengalens im Parlament angeschnitten mit dem Resultate, daß die Teilung vom Staatssekretär als eine beschlossene Sache erklärt wurde. Diese Weigerung, die Teilung zu annullieren, war ein politischer Fehler von weittragender Bedeutung. Es war ein

peinlicher Moment, als er bekannte, „es war und es bleibt zweifellos eine administrative Handlung, die völlig gegen den Wunsch der meisten davon betroffenen Personen erlassen wurde". Die politische Vision eines furchtgebietenden Morley ward indes für immer zerstört durch das Übermaß von Vorsicht und die Widerspiegelung von Lord Curzons Vorgehen. Die Bengalen, die direkter als ihre Brüder in ihren Lebensinteressen betroffen wurden, begannen die britische Herrschaft mit Mißtrauen zu betrachten. Selbst nach dem ersten Fehlgriff setzten die Intellektuellen in Indien noch ihr Vertrauen auf Mr. Morley und wurden darin bestärkt, als der Staatssekretär sagte: „Solange ich für die indischen Angelegenheiten verantwortlich bin, werde ich von den allgemeinen Grundsätzen des Liberalismus nicht abweichen. Es scheint mitunter vergessen zu werden, daß Indien eine alte Zivilisation hatte und seine Völkerschaften keine Barbaren sind. Offizielle Berichte konstatieren, daß dies Volk ein wunderbares Material darstellt, auf welchem man nach und nach ein System aufbauen kann, in dem sie einen größeren Anteil als jetzt an der Regierung nehmen. Ich würde daher eine größere Sparsamkeit zur Erleichterung der Steuern empfehlen. Mit meiner ganzen Überzeugung erwidere ich die mir dargebrachten Sympathien. Sie können es sentimental nennen, wenn Sie wollen, aber ein Mann ist schlecht geeignet andere Menschen zu regieren, wenn er nicht auch dem Gefühl einen breiten Raum in seinen Handlungen einräumt." Die Enttäuschung, die durch die Anerkennung der Teilung Bengalens hervorgerufen war, wurde hundertfach gesteigert durch die unpolitische und übereilte Deportation von Lala Lajapat Rai in 1907. Die allgemeine Richtung von Mr. Morleys Ansichten über die indischen Angelegenheiten, die er in der Kammer vorbrachte, war von düsterer Färbung. Die nationale Erbitterung wurde weißglühend, als die exekutiven Behörden durch Auseinandersprengung der provinzialen Konferenz zu Barisal die Urheber von Unruhen wurden und unter dem Vorwande, einen imaginären Aufruhr zu unterdrücken, eine rauhe Hand auf Babu Burendra Nath Bannerjee und andere Führer legten. Dieser Beleidigung folgte eine Reihe von Verleumdungen in der anglo-indischen und britischen Presse. Die Erbitterung wuchs, und die feinfühligen Inder sahen die Vorgänge als einen Beweis offizieller Rechtlosigkeit an.

Vor Beginn von 1907 erntete Ostbengalen die Saat der Maßnahmen, die Lord Curzon seinen Nachfolgern als kostbare Erbschaft hinterlassen hatte. Die Teilung vor allem erwies sich als ein Mittel, die schlummernde Rassenfeindschaft zwischen Hindus und Mohammedanern zu erwecken. Die trennende Kluft wurde weiter, die bigotten mohammedanischen Priester zogen Vorteile aus der Spaltung und feuerten ihre aufrührerischen und fanatischen Anhänger zu neuen Gewalttaten auf. Die Greueltaten von Mohammedanern an hilflosen Hindufrauen, heimlich beschützt und ermutigt durch eine korrupte Polizei und eine gewissenlose Behörde, waren die ersten Folgen der Teilung Bengalens. Die Zustände in der bengalischen Polizei sind notorische, schon seit dem Tage, da John Bright sagte: „Niemals und nirgends war in einem Lande, das vorgab zivilisiert zu sein, ein Zustand, der verglichen werden könnte mit dem, der unter der Polizeiadministration der Provinz Bengalens besteht." , Aber die indische Regierung hatte diesen Mißständen nur wenig Beachtung geschenkt, obgleich unparteiische, mohammedanische Beamte die Habgier ihrer unwissenden und gesetzwidrigen Glaubensgenossen verurteilten. Staatsmännische Klugheit hätte derartige Zustände durch Beseitigung der Grundursachen unmöglich machen müssen.

Das Jahr 1907 ist voll trüber Erinnerungen. Es wurde eingeleitet von einer Reihe von Preßverfolgungen; im Februar wurde der Besitzer des „Punjabee“, eines nationalgesinnten Blattes von Lahore, zu 2 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 Rupien verurteilt. Der Redakteur erhielt 6 Monate Gefängnis und 13 Pfund Sterling Strafe. Die Behandlung, die diesen unschuldigen Opfern zuteil wurde, erregte allgemeine Empörung. Die „Civil and Military Gazette“ hatte die gebildeten Inder zahllose Male gröblich beleidigt und war straffrei geblieben. Diese Ungerechtigkeit gab den Indern Anlaß zu glauben, daß die Regierung den verschiedenen Rassen gegenüber durchaus parteiisch vorgehe. Strenge Maßnahmen der Behörden folgten einander mit überraschender Schnelligkeit, und der Sturm kam zum Ausbruch, als Lala Lajapat Rai, ein angesehener Rechtsanwalt und hervorragender Volksführer plötzlich verhaftet und ohne Gerichtsverhandlung aus dem Lande gewiesen wurde. Bis heutigen Tages ist ihm kein bestimmtes Vergehen zur Last gelegt worden. Im April und Mai fanden Aufstände in Ostbengalen statt. Die mohammedanischen Grausamkeiten begannen aufs neue und in so furchtbarer Form, daß das Parlamentsmitglied Keir Hardie nach seinem letztjährigen Aufenthalt in der betroffenen Provinz sagte, daß die mohammedanischen Greuel an den Hindufrauen ihn an Armenien und das Verbot von Versammlungen an Rußland erinnert habe.

Die gebildeten Klassen Indiens wurden aufgestachelt dadurch, daß in den letzten 6 Monaten ihre Ziele und ihre Tätigkeit dem britischen Publikum stets in bösartiger Entstellung geschildert wurden, und sie all die Zeit über keine gerechte Beurteilung erlangen konnten. Den Äußerungen von einigen Phantasten ist eine übertriebene Bedeutung beigelegt worden, und jede zufällige Begleiterscheinung wurde benützt, um die Agitation für Reformen und für die Beseitigung bestimmter Mißstände als eine aufrührerische Bewegung darzustellen. Die böswillige Tätigkeit mancher gewissenloser Pressekorrespondenten ist in hohem Maße dafür verantwortlich. Hierüber äußert sich Mr. Gokal weiterhin: „Das traurigste an all dem ist, daß der Staatssekretär für Indien ein Opfer dieser Entstellungen geworden ist. Ohne persönliche Kenntnis des Volkes und des Landes und überwältigt vom Gefühl der Verantwortlichkeit seines Amtes, ließ er sein Urteil trüben, seine richtige Anschauung mißleiten. Von Zeit zu Zeit hat er im Parlament verhängnisvolle Andeutungen fallen lassen und mehr denn einmal so gesprochen, als ob große Unruhen in Indien ausgebrochen seien und das Land am Vorabend eines schweren Unheils stünde.“

Die Reformvorschläge, die zuerst mehrere Monate früher angekündigt waren, wurden publiziert, als die öffentliche Meinung eine hohe Spannung erreicht hatte. Der Entwurf der Regierung wurde von manchen Gruppen mit Geringschätzung empfangen und von weiten Kreisen des denkenden Publikums als eine schwere Enttäuschung angesehen. Die enge Begrenzung des Entwurfes, die geringe Bedeutung, die darin den Vertretern der gebildeten Klassen, die das Salz der Nation sind, beigemessen wurde, bereiteten ihm einen kalten Empfang. Die Kommentare der indischen Presse sind von Interesse als ein getreues Spiegelbild der Meinungen im Volke. Ein Blatt erwähnt, daß die gebildeten Klassen in den reformierten gesetzgebenden Körperschaften nirgends vertreten sein werden, und fügt mit Bitterkeit hinzu, man habe Brot verlangt und Steine erhalten. Ein anderes einflußreiches liberales Blatt meint bezüglich der Einschränkung der gebildeten Klassen in der Gesetzgebung und Rechtsvertretung: „König Canut konnte dem Schwall

der andringenden Wogen kein Rückwärts gebieten, und so glauben wir, werden alle Bemühungen, die wachsende Macht der gebildeten Klassen einzuschränken, erfolglos sein. Sie sind das Gehirn der Gemeinschaft und das Gehirn muß herrschen".

Die Swadeshibewegung, die lediglich das Bestreben hat, indische Produktion und heimische Industrie zu fördern, und die Swarajyabewegung, die Selbstverwaltung für Indien verlangt, diese beiden getrennten Bewegungen sind während des Jahres 1906 und seither stets mit erneuter Kraft gewachsen. Die Swadeshibewegung ist eine rein wirtschaftliche und von unverantwortlichen Kritikern völlig entstellt geschildert worden. Sie wandte sich vor allem gegen die mohammedanischen Kaufleute und Ladeninhaber, die den Hindus besonders verhaßt sind.

Die öffentliche Meinung in Indien betrachtet die Reformen weder als weitherzig noch großzügig und in keiner Weise der Situation angepaßt. Weiterhin aber dürften sie eine Oligarchie großziehen, die eine wahre Vorratskammer von Unwissenheit und Eigensinn wäre, ein steter Stein des Anstoßes auf dem Wege des Fortschrittes, berufen, nur die Rolle eines' höchst unpopulären Instrumentes zu spielen, das als zweite Geige die Taten der Regierung begleiten würde.

Es erscheint absonderlich, daß ein solcher Reformvorschlag, der eine Oligarchie als Mittel zur Entente cordiale zwischen Regierung und Volk vorschlägt, mit dem Namen des philosophischen und wissenschaftlichen Staatsmannes John Morley verknüpft sein soll. Es ist schwer zu erkennen, inwieweit die persönliche Ansicht des Staatssekretärs in den Vorschlägen zutage tritt, aber welches immer seine persönlichen Ansichten sein mögen, er hat diesem Entwurf zugestimmt. Immerhin glauben wir, daß er nicht zögern wird einen anderen Weg einzuschlagen, wenn er die Fallen erkennen wird, die ihm von der indischen Verwaltung, deren Vertreter zumeist Anglo-Inder, traditionelle Verfechter des Konservatismus sind, gestellt werden. Die Vorschläge der Regierung berücksichtigen die Mittelklasse und die Massen in durchaus unzureichender Weise. Das „Imperial Advisory Council of Notables" soll aus den regierenden Fürsten der abhängigen Staaten und territorialen Magnaten bestehen. Die Provinzial Advisory Councils sollen auch Körperschaften der Aristokratie sein. Die Ausdehnung der „legislative Councils", (des gesetzgebenden Rates), so wie sie beabsichtigt ist, ist ein Vorstoß in falscher Richtung, und der vorgeschlagene Wahlmodus ist ganz entschieden rückschrittlich. Die Regierung scheint der Zahl bei weitem zuviel Gewicht beizulegen und mißachtet die Bedürfnisse der Nation durch Ignorierung der einflußreichen und fähigen Klassen, die zwar an Zahl nicht sehr groß, aber die Führer des Volkes sind. Das Imperial Advisory Council soll für ganz Indien aus 60 Mitgliedern bestehen, einschließlich etwa 20 regierender Fürsten und einer entsprechenden Zahl territorialer Magnaten aus jeder Provinz, und diese Maßnahme hält die Regierung für geeignet, „einen bedeutsamen Fortschritt darzustellen in der Richtung, alle Bevölkerungsklassen in engere Fühlung mit der Regierung und ihren Organen zu bringen"! Die Tätigkeit des Councils ist eine rein beratende. Die Körperschaft soll keinerlei Macht ausüben noch irgendwelche Rechte besitzen. Sie wird sich mit den Angelegenheiten beschäftigen, die ihr von Zeit zu Zeit vorgelegt werden. Ihre Verhandlungen werden als private und vertrauliche angesehen und nicht veröffentlicht, obgleich es der Regierung freisteht, einen beliebigen Gebrauch davon zu machen.

Die Anwesenheit der regierenden Fürsten im Rat von Britisch-Indien ist widersinnig. Sie haben in ihren eigenen Territorien genug zu tun, ihre Zuziehung zum Council würde ernste Konflikte hervorrufen, ihre Pflichten unverhältnismäßig vermehren. Sie sind nicht kompetent über gesetzgeberische und administrative Fragen Britisch-Indiens mitzuberaten, denn sie stehen außerhalb des Lebens und der Tätigkeit der britischen Untertanen. Diejenigen Leute aber, die der Regierung große Steuern entrichten, haben nichts mit den Fürsten zu tun. Zwischen dem indischen Steuerzahler und der Regierung ist für die Fürsten kein Platz vorhanden, und ihr Eingreifen ist ein Anachronismus. Lediglich in militärischen Angelegenheiten des Reiches sind sie zu Sitz und Stimme berechtigt. Überdies birgt die Gegenwart eines regierenden Fürsten im Council noch eine Gefahr; die von ihm ausgesprochenen Ansichten können ihn seinem eigenen Staat gegenüber in eine unliebsame Situation versetzen.

Die territorialen Magnaten sollen allerdings im Council des Königreiches Stimme haben, aber wenn ihnen nicht in der Konstitution ausdrücklich ein Platz eingeräumt wird, hat ihre Anwesenheit im Council der Notablen keinen Zweck, denn dieses hat keinerlei ausgesprochene Rechte und Funktionen. Die Aufnahme schließlich der indischen Aristokratie in das Council ist ein höchst bedenkliches Prinzip und wird eine Quelle endloser Unruhen werden. Da die Beratungen als formlose und private angesehen werden, so können die Beamten der Regierung ein förmliches politisches Versteckspiel treiben. Jedes Mitglied kann über Dinge, von denen es kaum etwas versteht, Ansichten aussprechen, da eine intelligente und unabhängige Kritik, die allein zuträglich ist, unterdrückt wird.

Ein lediglich beratendes Council, wenn es schon als absolut nötig angesehen wird, sollte keinesfalls die Fürsten mit einschließen. Auch nicht die territorialen Magnaten allein, sondern Vertreter aller Klassen, insbesondere Männer, die moralisch und intellektuell genügend ausgerüstet sind, Kenntnisse der modernen Politik besitzen, um hinter den schlauen Beamten der Regierung nicht zurückzustehen. Weder die Fürsten noch die territorialen Magnaten vermögen es mit den wohlvorgebildeten Engländern, die als Rückhalt die Macht der Regierung haben, aufzunehmen. Die aristokratischen Mitglieder würden von den Beamten mit verbundenen Augen geleitet werden, wenn irgendein Meinungskonflikt entstünde, und die bösen Folgen würden nicht nur die adligen Grundbesitzer, sondern alle Klassen, die sie zu vertreten hatten, treffen. Wenn die Regierung die Wünsche des Volkes kennen lernen will, kann sie nichts Besseres tun, als den berufstätigen Klassen eine hervorragende Stellung einzuräumen, denn diese kennen nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse, sondern sie verstehen es auch, mit Gründlichkeit die Bedürfnisse der Massen, mit denen sie täglich in enger Berührung sind, zu vertreten. Der neue Entwurf aber schließt gerade die intellektuellen, berufstätigen Klassen aus.



# J. INGRAM BRYAN, NAGASAKI: DAS ERWACHEN DER DEMOKRATIE IN JAPAN.

AS Herannahen der nächsten allgemeinen Wahlen in Japan wird von einem Erwachen der Demokratie begleitet, das bisher in der Geschichte der Regierung des fernen Ostens einzig dasteht. Bisher hat die Masse in diesem Lande keinerlei tätigen Anteil an der Politik, noch überhaupt in nennenswerter Weise an den nationalen Angelegenheiten im allgemeinen genommen. Selbst nach dem Fall des Feudalismus und der Wiedereinsetzung des Thrones auf einer annehmbaren Grundlage gab es keine jener überschäumenden Äußerungen eines lange unterdrückten Individualismus, wie dies so oft das Beginnen einer konstitutionellen Regierung in anderen Ländern kennzeichnet. Die Gleichgültigkeit der stummen Millionen blieb scheinbar unverändert. Zweifellos entsprang dies der Tatsache, daß in Japan die konstitutionelle Regierung nicht wie in Europa durch eine Entwicklung von unten, sondern durch eine Herablassung von oben bewirkt wurde. Die Verkündung einer Konstitution und die Einberufung eines Parlaments war bei weitem weniger dem Verlangen aufgeklärter Volksmassen zu verdanken, als dem ehrgeizigen Wunsche der regierenden Klassen, eine Staatsform nach neuestem westlichem Zuschnitt zu besitzen, fähig internationale Interessen und Beziehungen zu pflegen. Obwohl nominell eine repräsentative Regierungsform zustande kam, blieb die Praxis weiterhin ebenso bureaukratisch und unabhängig vom Volke, als in der vorangegangenen Periode. Vor allem, weil die Massen so lange an den Ausschluß von politischen Rechten gewöhnt waren, daß sie erst sehr langsam die ihnen gewährten Privilegien schätzen lernten.

Auch taten die Behörden keinerlei definitive Schritte, um ihre Wählerschaft in geeigneter Weise aufzuklären. Sie waren so lange an ihre uneingeschränkte Macht in Staatsangelegenheiten gewöhnt, daß sie nicht einsehen konnten, warum die gewöhnlichen Leute ermutigt werden sollten, sich in Regierungsangelegenheiten einzumischen. Der Durchschnittsbürger war und ist noch von jeder Möglichkeit, seine politische Meinung leicht auszudrücken, ausgeschlossen. Das Wahlrecht war in Japan immer streng auf eine kleine Auswahl beschränkt. Selbst heute sind nur 17 von Tausend, das ist 800 000 von einer 50 Millionen-Bevölkerung berechtigt zu wählen. Wahlberechtigt sind alle Männer von über 25 Jahren, die ihre Bürgerrechte nicht verloren haben und eine jährliche Steuer von 10 Yen entrichten. Alle Einkommen unter 300 Yen jährlich sind steuerfrei. Nicht nur, daß die große Majorität der Japaner, die durch das Gesetz von jedem Stimmrecht ausgeschlossen wurden, diese offenbare Ungerechtigkeit ruhig hinnahm, sondern auch ein großer Teil der intelligenten Minorität, die das Wahlrecht hatte, enthielt sich freiwillig der ihnen undankbar scheinenden Einmischung in die Angelegenheiten, die bisher stets der Aristokratie vorbehalten geblieben waren. Die Kaufleute, die naturgemäß in den Städten einen mächtigen Einfluß haben, schienen sich völlig damit zufrieden zu geben, eine Klasse für sich zu bleiben, mit der sozialen Kennzeichnung früherer Tage, ohne jedes Bestreben über die Handwerker emporzusteigen, denen sie durch ihre neuen politischen Rechte übergeordnet waren. Dieses Zögern der Wähler, irgendeinen Einfluß auf die Regierungsangelegenheiten zu nehmen, ist noch immer das auffallende Merkmal dieses Landes, wo die Geschichte der Gesetzgebung

einen Mangel an Kämpfen aufweist, der in westlichen Staaten gänzlich unbekannt ist. Alle Vorlagen, ebenso wie das jährliche Budget, werden nach vorangegangener Festsetzung durch ein Komitee im Parlament sozusagen nur noch als eine Formsache durchgenommen.

Seit Beendigung des russischen Krieges hat sich jedoch eine bemerkenswerte Veränderung in der Haltung der Masse gegenüber den Tagesfragen im allgemeinen und der Politik im besonderen vollzogen. Die wunderbaren Siege Japans auf den Schlachtfeldern der Mandschurei rüttelten die ganze Nation zur Erkenntnis ihrer Bedeutung und Macht auf. Das Volk begann einzusehen, daß im letzten Ende die Demokratie, nicht die Aristokratie den Erfolg herbeigeführt habe, und diese Auferstehung eines neuen demokratischen Geistes ist von den Progressisten und anderen zur herrschenden Partei in Opposition Stehenden dermaßen bestärkt worden, daß sich augenblicklich eine allgemeine Abneigung gegen jede bureaukratische Regierung und jedes politische Unvermögen geltend macht. So entstand auch die wachsende Abneigung gegen das gegenwärtige Kabinett, die Massen mißbilligten seine Abhängigkeit von den älteren Staatsmännern und der militärischen Klasse. Diese Unzufriedenheit wurde kürzlich durch eine Anklage im Parlament deutlich illustriert, und die Regierung wurde nur durch eine Majorität von neun Stimmen gehalten. Die Angriffe, die in der Resolution gegen die Regierung aufgezählt sind, lassen in gewissem Maße die Ursachen der Mißbilligung des Volkes erkennen. Die Regierung wird angeklagt, ihre Einwilligung zur Beschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten und Kanada gegeben und weiterhin die im letzten Jahre zugebilligte Garantie, daß keine Erhöhung der Steuern versucht werden würde, verletzt zu haben. Derartige Angelegenheiten, welche die allgemeinen Interessen der Massen berühren, sind wahrnehmbare Zeichen der gegenwärtigen Stimmung in der japanischen Demokratie. Die im ganzen Lande unter den Auspizien der Handelskammern und der industriellen Vereinigungen abgehaltenen öffentlichen Protestversammlungen gegen die Regierungspolitik zeigen, in wie ausgedehntem Maße die kommerziellen, industriellen und landwirtschaftlichen Klassen Japans zum Bewußtsein ihrer Stellung und Macht innerhalb der Regierung des Reiches erwacht sind. Sie lassen einen Widerstand in der Steuerangelegenheit vorhersehen, wie das Land ihn bisher noch nie erlebte. Die gegenwärtige Unruhe der Massen und ihr neues Interesse an politischen Vorgängen sind zweifellos stark gefördert worden durch einen wachsenden sozialen Druck und die industriellen Zustände. Nachdem die ungeheure Spannung des Kampfes mit Rußland nachzulassen begann, war das Volk enttäuscht, zu sehen, daß die finanziellen Lasten, für deren Aufbringung es so außerordentliche Anstrengungen gemacht hatte, mit der Beendigung des Krieges nicht aufhörten, sondern eher noch fühlbarer wurden; denn die Regierung hatte sich vorgenommen, ein Programm durchzuführen, dessen Kosten nahezu denen eines Krieges gleichkamen. Die vermehrte Steuerlast wurde durch ungünstige Ergebnisse in Handel und Industrie noch drückender. Die ungeheuren Ausgaben der Regierung für Kriegsvorräte hatte große Geldmengen in Umlauf gesetzt, die nach Abschluß des Friedens bei dem starken Drang es zu investieren, eine unnatürliche Blüte von Industrie und Handel hervorriefen. Der dadurch herbeigeführte Wettlauf neuer und einträglicher Unternehmungen führte zu einem erheblichen Maß ungesunder Spekulation. Es wurden ununterbrochen so viele Gesellschaften gegründet, daß zahlreiche zu schleuniger Liquidation gezwungen wurden zur

schweren Enttäuschung und Schädigung vieler, die gern Kapitalisten geworden wären. Von der ungeheuren Summe von 2300 Millionen wurden höchstens $^{3}/_{4}$ sicher und einträglich hauptsächlich in Fabrikationen verschiedenster Art angelegt. Das Beharren der Regierung auf einer Ausdehnung ihres Monopolisierungsprogrammes zur Verstaatlichung der Eisenbahnen und mit der Absicht ihr Monopol noch weiter auszudehnen, trug gleichfalls zur Unzufriedenheit der Massen und Entmutigung des Unternehmungsgeistes bei. Zugleich führten die hohen Zölle, verbunden mit einer hohen Besteuerung der Einfuhr und zahlreichen Abgaben, die den Erzeugnissen des Handels auferlegt wurden, zu einer Verteuerung des Lebens, ohne daß dieser eine entsprechende Lohnerhöhung gegenüberstand, bis die arbeitenden Klassen derart erbittert wurden, daß in den letzten 12 Monaten Streiks eine fast allwöchentliche Erscheinung in allen Unternehmungsgebieten wurden.

Das tiefgehende Erwachen des Volkes in bezug auf seine Rechte und die Notwendigkeit, einen direkten Einfluß auf die Regierung auszuüben, ist in Japan eine derart neue Sache, daß die Behörden über den Ausgang ziemlich besorgt sind, insbesondere, da die vorherrschende Stimmung sich gegen das ungeheure Flottenprogramm der Regierung richtet. Es ist dem Volke klar geworden, daß dieses die Ursache der schweren Steuern und des hohen Lebensunterhaltes ist. Während des Krieges murrte niemand über die Opfer an Menschenleben und Geld, die der Rettung des Vaterlandes gebracht wurden. Aber das Volk sieht nicht ein, warum die Last in Friedenszeiten weitergeschleppt werden soll. Zweifellos fühlt die Nation, daß so große Geldausgaben eigentlich die Folge und nicht die Ursache nationaler Wohlfahrt sein sollten, und daß die gegenwärtigen Pläne der Flottenvermehrung wohl verschoben werden könnten, bis sich das Land einigermaßen von den Opfern des Krieges erholt hat. Die Behörden sind nicht völlig taub für den Protest von unten. Schon wurde ein Übereinkommen getroffen, den Bau neuer Schiffe für etwa 40 Millionen Yen zu verschieben, um das Defizit des Jahres zu decken. Es geht aber ein allgemeiner stürmischer Ruf, angeführt von der Handelskammer von Tokio und einigen hervorragenden Banken, durch das ganze Land nach Einschränkung der Rüstungen und Vermeidung einer noch weiteren Steuererhöhung. Wenn die gegenwärtige Unruhe auch nichts anderes bewirkt als die Erweckung geistigen Interesses im Volke für die nationalen Angelegenheiten, so hat sie Japan Errungenschaften von bleibendem Wert gebracht.



# ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

## CH. MALATO, Z. ZT. PARIS: INDIANERSKLAVEREI IN MEXIKO.



N MEXIKO macht sich gebieterischer denn irgendwo sonst das Problem der Befreiung der Eingeborenen, die von der siegreichen Rasse in Halbsklaverei gehalten werden, geltend. Schwer lastet auf ihnen die wirtschaftliche Ausbeutung, gestützt durch den politischen Despotismus.

Als im Jahre 1519 Cortes mit einigen hundert Spaniern die Eroberung des Landes begann, befanden sich die Azteken, die letztgekommenen der Völkerschaften, die das Plateau von Anahuac besiedelten, im Niedergang von einer einst glänzenden Zivilisation. Mexiko zählte damals 60000 Häuser, von denen viele Türme und Terrassen trugen. Breite Straßen verbanden die einzelnen Gassen, mächtige Bauwerke, insbesondere Tempel, erhoben sich allüberall. Aber der monarchische Despotismus hatte die Kraft dieses Volkes gebrochen, es war zu einer Herde geworden, die einer Handvoll Eindringlingen keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermochte. Die Roheit der Priesterkaste, die zu Ehren der Götter die Menschenopfer mehrte, war derart, daß die Inquisition einen humanitären Fortschritt bedeutete.

Die Azteken ließen sich somit ohne Schwierigkeit zum Christentum bekehren und vermischten natürlich mehr oder weniger Elemente ihres alten Kultus mit der neuen Religion. Priester und Mönche wurden nicht nur die geistigen Führer der Rasse; zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges waren es zwei Geistliche, Hidalgo und Morellos, welche die Völkerschaften, die außerordentlich stumpf geworden waren, gegen die des Mutterlandes anfeuerten.

Die Herrschaft der Geistlichkeit überdauerte auch die Trennung von Spanien. Die Geistlichkeit organisierte den Kampf gegen die liberale Präsidentschaft von Juarez. Sie appellierte an die französische Invasion und setzte den Schattenkaiser Maximilian auf den Thron, den sie später ihre Unzufriedenheit ob seiner Lauheit deutlich fühlen ließen. So war denn der Triumph der Republikaner, dem der protestantische Einfluß der Vereinigten Staaten zu Hilfe kam, durch kraftvolle Maßnahmen gekennzeichnet, die darauf abzielten, die staatliche Behörde den klerikalen Einflüssen zu entziehen, eine Trennung von Kirche und Staat durchzuführen, eine Säkularisation der ungeheueren Klöstergüter zu verwirklichen usw.

Diese Maßnahmen haben den Jahrhunderte alten Einfluß der Geistlichen auf die indianischen Eingeborenen, die in den meisten Staaten der Föderation fügsam und fanatisch sind, nicht zu zerstören vermocht. Alljährlich tragen, ohne Rücksicht auf das Gesetz über die öffentlichen Zeremonien, fromme Beichtkinder die Statuen der Heiligen, wunderbar in Seide gekleidet, mit Gold und Schmuck behangen, bei den großen religiösen Festen auf ihren Schultern, und diese götzendienerischen Prozessionen werden mit Gewehrsalven und Feuerwerk beschlossen.

Die Erziehung dieser im Grunde intelligenten Rasse, aus der Männer wie Benito Juarez, die bedeutsamste Erscheinung der jüngsten Vergangenheit Mexikos, hervorgingen, ist eine fast vernachlässigte geblieben. Trotz des unentgeltlichen, obligatorischen und weltlichen Unterrichts können Millionen

Indianer weder lesen noch schreiben. So sind sie daher den großen Großgrundbesitzern oder Industriellen auf Gnade und Ungnade ergeben. Niemals wurde der Name „Mamsos“ (Untergebene), durch den sie im Gegensatz zu den indianischen „Bravos“, die noch Nomaden und halb unabhängig sind, bezeichnet werden, mit mehr Recht getragen.

Aus dieser Klasse geht denn auch das große Heer hervor, das die „Peons“ liefert. Der Peon arbeitet besonders bei den reichen „Hacenderos“, den Gutsbesitzern und Viehzüchtern, als Arbeiter in einem Zustand moderner Leibeigenschaft. Der Muschik, der uns der unglücklichste Enterbte scheint, diskutiert über seine Rechte, versucht sich mit den Grundbesitzern oder Wucherern auseinander zu setzen; der sizianilische Bauer bemüht sich, durch offene oder geheime Verbände gegen die wirtschaftliche Bedrückung, die auf ihm lastet, anzukämpfen; der irländische Proletarier, der einst als weißer Sklave galt, hat sich jetzt auf das Niveau der anderen europäischen Proletarier erhoben und schreitet gleich ihnen der wirtschaftlichen Befreiung entgegen. Der Peon der Hacienda aber ist völlig in der Hand des Herrn geblieben. Der Peon ist kein Mensch, sondern eine Sache. Durch tausend Ketten an die Scholle gefesselt, kennt er nur die Welt der Hacienda, auf der er lebt und deren Grenzen für ihn die Grenzen des Weltalls sind. Da findet sich der „Jacal“, ein Schlupfwinkel, wo er auf bloßem Erdboden mit einem Stein als Kopfkissen schläft, da ist der Kaufladen, wo er alljährlich ein paar Meter Stoff kauft, um seinen elenden Leib und den seiner Frau zu bedecken, und auch den Branntwein, der ihm Betäubung ermöglicht, und die Kirche, wo er sich fromm niederkniet, in resignierter Hoffnung auf das Glück eines künftigen Lebens. Nur die Schule fehlt!

Dennoch kennt die mexikanische Konstitution keine Sklaverei, und der ärmste Peon wird dem Präsidenten der Republik gleichgestellt. Freilich bilden die Tatsachen einen ironischen Kontrast zu dieser theoretischen Gleichstellung.

Der Peon ist an die Scholle gefesselt. Er erhält seine Bezahlung nicht in bar, sondern in Form eines Papiergeldes, das nur in den Läden der Hacienda in Zahlung genommen wird. So ist es ihm ganz unmöglich, sich zu entfernen, um bessere Lebensbedingungen zu suchen.

Der Haciendero ist ein feudaler Herr geblieben, der ungeachtet der Gesetzbücher und Tribunale die Gerichtsbarkeit über seine Ländereien ausübt. Er begnügt sich nicht mit bloßem Tadel, mit Geldstrafen oder Lohneinbehaltung; außer Prügeln, die verschwenderisch an die Peons, selbst an Frauen und Kinder verabfolgt werden, sind Körperstrafen noch im Gebrauch, die ans Mittelalter gemahnen, wie Entziehung der Nahrung, die Auspeitschung, der Wassertropfen, die Fesselung, das Wagenrad.

Der „Wassertropfen“ scheint auf den ersten Blick nicht sehr schauerlich und doch ist er eine fürchterliche Folterung. Der Peon, der verurteilt ist, unablässig langsam Tropfen auf Tropfen immer auf denselben Körperteil zu erhalten, wird nach einiger Zeit ohnmächtig, wenn die Tortur unerträglich geworden ist. Es finden sich auch unter den Hacienderos raffinierte Sadisten, die diese Strafe leidenschaftlich gern verhängen, besonders, über Frauen.

Die Fesselung wird gewöhnlich mit Ketten durchgeführt, die Hände und Füße an einen Querbalken fesseln, der mit doppelter Schlinge noch um die Knöchel des auf der Erde oder auf einem Brett ausgestreckten Gefangenen befestigt ist. Mitunter jedoch, bei solchen „Hacienderos“, die sich rühmen,

alte Traditionen zu bewahren, bedient man sich zur Fesselung richtiger hölzerner Marterpfähle, gleich denen, die in Frankreich noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts existierten, und bei denen sich sowohl Kopf als Füße und Hände des zu bestrafenden Peons in fester Umklammerung befinden.

Das Rad ist eine schwere Folterqual, die häufig angewandt wird. Man bindet den Peon an die Speichen eines Karrenrades, der Karren wird von ein paar Maultieren gezogen. Der Unglückliche wird mit dem Rad herumgeschleudert und bald von Schwindel, Fieber und Durst in einen Zustand des Wahnsinns versetzt. Diese Tortur dauert häufig eine volle Stunde, mitunter wurde sie selbst einen ganzen Tag lang durchgeführt, ohne daß der Gemarterte ein Glas Wasser oder einen Augenblick der Ruhe erhalten konnte. Diese grausame Strafe ist besonders im Staate Saint Louis Potosi üblich, deren Gouverneur Herr Espinosa y Cuevas, einer der größten Haciendabesitzer Mexikos, ist.

Besonders die flüchtigen Peons unterliegen der Strafe des Rades, des Wassertropfens, der Auspeitschung und der Fesselung.

Die Lebensmittel sind teurer als in den Vereinigten Staaten, aber die Haciendasklaven verdienen eine lächerlich geringe Summe. Ihr Durchschnittslohn beträgt 25 Centavos (etwa 1 Mark) im Tag. Demzufolge sind sie häufig ihrem Herrn mehrere hundert Pesos schuldig, und so haben diese einen ausgezeichneten Vorwand, um sie lebenslänglich in Dienstbarkeit zu erhalten. Die Peons, die von der Hacienda entfliehen, werden sogleich den Behörden angezeigt und bald eingefangen, da es ihnen an Mitteln fehlt, weit fortzukommen. Sie werden dann zugleich als Sklaven und Schuldner behandelt. Die Frauen teilen dieses Los, auch ihnen wird schlechte Behandlung nicht erspart.

Die gewöhnliche Nahrung des Peons besteht aus Tortillas (eine Art Kuchen aus Maismehl) und Bohnen. Immerhin, wenn zufällig ein Stück Vieh an einer Krankheit verendet, so schenkt der Herr den Peons das Fleisch, das sonst nicht zu brauchen wäre. Lediglich aus solchen Anlässen essen die Enterbten Fleisch.

Die Kleidung ist einfach, Hemd und Hose aus grobem Leinen für die Männer, Hemd und Rock aus gleichem Stoffe für die Frauen, — beide Geschlechter gehen bloßfüßig.

Eine Zeitung ist den Peons eine völlig unbekannte Sache, vor allem, weil die Mehrheit sie weder lesen noch verstehen könnte, weiterhin aber auch, weil der Herr sorgsam darüber wacht, daß keine in die Hacienda hineinkommt.

Wenn der Besitzer stirbt oder seinen Besitz verkauft, so wird die Zahl der Peons gleich des Viehstandes im Inventar angeführt.

So elend ist noch heute die Lage der indianischen Landarbeiter in der mexikanischen Republik.

Es sei erwähnt, daß trotz der großen Ausdehnung dieser Republik, der Grund und Boden einer sehr kleinen Anzahl von Besitzern gehören. Es gibt dort Privatbesitze, die einem Staatenterritorium gleichkommen. Der größte Teil dieser Domänen ist durch Enteignung von Indianer-Gemeinden entstanden: Jaguis, Majas, Trahumarzs, Papentecos usw. Von einem Tag auf den anderen sahen sich ganze Völkerschaften zu Sklaven eines Privatbesitzers gemacht, durch die Hacienderos von allem beraubt, und sie mußten, um nicht Hungers zu sterben, Peons werden. Mitunter, wenn diejenigen, die man berauben wollte, Widerstand leisten wollten, wurden sie niedergemetzelt. Furchtbare Greuel haben sich anläßlich dieser Ausstoßungen in der fruchtbaren Gegend von Jagui (im Staate Sonora), die ihren Bewohnern durch einige schwer

reiche Freibeuter entrissen wurde, abgespielt. Eine Anzahl dieser Güter ist Brachfeld geblieben. Jene Peons, die sich der Sklaverei der Scholle entziehen können, wenden sich nach den Vereinigten Staaten, um dort mehr Brot und Freiheit zu finden. Man hat berechnet, daß allein über Nogales, Cuidat, Juarez, Piedras-Negras und Laredo alljährlich über hunderttausend Mexikaner die benachbarte Republik erreichen. Was die allgemeine Auswanderung betrifft, so wird diese von zuverlässigen, wenngleich inoffiziellen Statistiken auf 200000 jährlich veranschlagt, und die Zahl ist im Steigen.

Die industrielle Arbeiterschaft umfaßt natürlich einen geringeren Bruchteil von Indianern. Ihr Los ist weniger beklagenswert als das der Hacienda-Peons. Glänzend ist es freilich bei weitem nicht. Die meisten müssen 12 bis 14, viele sogar 16 Stunden im Tag für Löhne arbeiten, die einem starken Wechsel unterworfen sind. Der Durchschnitt der Löhne ist 50—75 Centavos (1—1½ Mark); häufiger jedoch, ohne Rücksicht auf das Gesetz, empfangen sie ihren Lohn nicht in Geld, sondern in Bons auf die dem Unternehmer gehörenden Läden, wo alles teurer und in schlechterer Qualität verkauft wird, als anderwärts.

Das System der Strafgelderwird in ausgedehntem Maße gehandhabt. Vom Lohn der Arbeiter wird der Gehalt für Arzt und Geistlichen in Abzug gebracht.

Die Zahl der Analphabeten ist unter den Fabrik- und Grubenarbeitern wesentlich geringer als unter denen der Hacienda. Aber das Lesen von umstürzlerischen Zeitungen ist strengstens verboten, ebenso die Begründung von Arbeitergewerkschaften. Als Miguel Ahumada, heute Gouverneur des Staates Yalisco, Gouverneur von Chihuahua war, befand sich ein amerikanischer Trades-Unionist in der Gegend, der sich bemühte, eine Gewerkschaft zu begründen. Der Gouverneur ließ ihn holen, zwang ihn, ein Eisenbahnbillett zu kaufen und sich sofort nach der Grenze der Vereinigten Staaten zu begeben, indem er ihm androhte, daß eine Rückkehr nach Chihuahua ihn das Leben kosten würde.

Angesichts eines solchen Vorgehens von behördlicher Seite kann es nicht wunder nehmen, daß nur zwei Gewerkschaften ins Leben treten und bestehen konnten, die der Eisenbahnarbeiter und der Mechaniker. Die beiden Gruppen sind übrigens gemäßigten Charakters, und die erstere zählt eine Anzahl höherer Beamter zu ihren Ehrenmitgliedern.

Trotz des Mangels an Arbeiterorganisationen haben mehrfach Streikversuche stattgefunden, um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Sie wurden immer auf blutige Weise unterdrückt, insbesondere in den Minendistrikten von Cananca und Rio Branco, wo am 8. Januar 1907 mehr als 200 Arbeiter der Weberei und Spinnerei niedergemacht wurden.

Es bedürfte ganzer Bände, um den Mißbrauch und die Verbrechen aufzuzählen, die in dem von eiserner Tyrannei niedergedrückten Mexiko zugunsten des Kapitals begangen werden. Wer vermöchte auch die Schrecken des Valle Nacional und des Yucatan, den man das mexikanische Sibirien nennt, zu beschreiben. Es ist ein Sibirien, wo man verbrennt, anstatt zu frieren, und wohin die Gegner der Regierung verschickt werden. Von Fieberanfällen geschüttelt, oder vom Biß giftiger Reptilien bedroht, die dennoch weniger grausam als die Menschen sind, von Hunger gequält, unter Zwangsarbeit und Peitsche gehen dort die Verbannten ihrem Ende entgegen.

Alle diese Dinge sind in Europa unbekannt. Dort erblickt man im Generalpräsidenten Porfirio Diaz, der seit einem Vierteljahrhundert als Diktator herrscht, den Wiederhersteller des Friedens in Mexiko. Aber dieser Frieden,

dessen sich eine plutokratische Minderheit erfreut, ist für die Bedrückten der Friede des Grabes. Eine einzige Hoffnung hält die zahllosen Scharen der Unzufriedenen aufrecht: Porfirio Diaz ist über 80 Jahre, und sein System übermäßiger Bedrückung dürfte ihn kaum überleben. Die liberale revolutionäre Partei, die sich bestrebt, sich zu organisieren, wird durch die herrschende Lage genötigt, sowohl in wirtschaftlicher als in politischer Beziehung ein sehr weites Programm anzunehmen. Dieses Programm umfaßt insbesondere die Hebung der Indianer-Rasse, die einst beraubt wurde, heute in Sklaverei lebt, morgen aber in einer neuen Umgebung dazu berufen ist, nicht nur in der Theorie, sondern in der Tat der weißen Rasse gleichgestellt zu sein und sich mit ihr zu vermischen.



## FABRIKANT JAKOB H. EPSTEIN, FRANKFURT A. M.: DIE HEIMARBEIT-AUSSTELLUNG IN FRANKFURT A. M.



IESE Ausstellung wurde am 1. April eröffnet und soll zwei Monate dauern. Angeregt durch die Berliner gleichartige Ausstellung vor zwei Jahren, unterscheidet sie sich von ihr in sehr wesentlichen Punkten. Sie ist aus ähnlichen Motiven hervorgegangen und verfolgt in der Hauptsache dieselben Ziele wie jene; das allgemeine Interesse, das in den letzten Jahren sich mehr als früher dem schwierigen Problem zugewendet hatte, die sozialen Anschauungen der Neuzeit auf die unstreitig rückständigen auf dem Gebiete der Hausindustrie obwaltenden Verhältnisse einwirken zu lassen, sollte rege erhalten, und es sollte Material als Unterlage für das praktische Eingreifen gesammelt werden. Die Maßregeln, welche vor einigen Wochen das englische Unterhaus passiert haben, sowie die Paragraphen der Novelle zur Gewerbeordnung, welche eben dem Deutschen Reichstage vorliegen, können nur als Abschlagszahlungen nach dieser Richtung hin, und nicht als sehr namhafte, bezeichnet werden. Aber von der Gesetzgebung ist hier überhaupt nicht das Heil zu erwarten. Sie kann erst dann wirksam einsetzen, wenn ihr genügend vorgearbeitet worden ist, wenn die wirtschaftliche Klasse, welcher hier geholfen werden soll, die Heimarbeiter, so weit gekommen, dahin gebracht sein werden, aus sich heraus Organe zu schaffen, welche kräftig genug sind, den Maßregeln, welche zu ihren Gunsten festgelegt werden sollen, auch Geltung zu verschaffen. Die Löhne der Fabrikarbeiter bestimmten sich im großen Ganzen nach dem ehernen Lohngesetz, so lange die Arbeiter vereinzelt und zersplittert dem Arbeitgeber gegenüberstanden. Eine Besserung, welche des ehernen Lohngesetzes spottet, trat erst ein mit dem Gedeihen der Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle. Richard Calwer hat bekanntlich für die Jahre 1895—1906 nachgewiesen, daß während dieses Zeitraums die Kaufkraft des Geldwertes, auf die Kosten des Lebensunterhaltes deutscher industrieller Arbeiter bezogen, freilich sich um etwa 22 % verringert hat, daß aber dagegen die Löhne um etwas über 37 % gestiegen sind. Das konnte nur die eigene Tatkraft und Widerstandsfähigkeit der organisierten Arbeiter erzwingen; daß es zum Heile unserer gesamten Volkswirtschaft geschah, bedarf heute keines Beweises mehr. — So ist auch den Heimarbeitern nur zu helfen, wenn sie sich organisieren, um sich selbst helfen zu können; alles andere ist nur Flickwerk und Stückwerk.

Von diesen Gesichtspunkten aus wurde die Berliner Heimarbeit-Ausstellung ins Leben gerufen; sie lag durchaus in den Händen der Gewerkschaften, unter der Mitarbeit und Leitung des Bureaus für Sozialpolitik. Ihr Charakter war also vorwiegend ein agitatorischer, wie es auch in den betr. Drucksachen offen ausgesprochen ist. In dieser Beziehung aber sollte sich die Frankfurter Ausstellung deutlich von ihr unterscheiden, sie sollte sich nicht als eine klassenpolitische, sondern als eine von wissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgehende Veranstaltung darstellen. Die in hohem Grade schätzenswerten Leistungen der Berliner Ausstellung wurden dabei durchaus nicht verkannt. Es darf aber nicht vergessen werden, daß alle dabei veröffentlichten Angaben in bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen nur von Arbeitnehmern ausgingen und unwidersprochen aufgenommen wurden, daß sie also notwendigerweise einseitig ausfallen und sich viele berechtigte Einsprüche gefallen lassen mußten; es braucht hierin noch durchaus nicht der Vorwurf der Unredlichkeit zu liegen. Aber schon die Weise, auf welche unsere Frankfurter Ausstellung zustande kam, wies einen anderen Weg an. Es war in der Stadtverordnetenversammlung (von einem liberalen und einem sozialdemokratischen Mitgliede) der Antrag gestellt worden, die Berliner Ausstellung hierher zu verpflanzen. Dies erwies sich aus verschiedenen Gründen als untunlich; auch lehnte es der Magistrat ab, sich damit direkt zu befassen, sondern empfahl die Angelegenheit, unter Zusicherung seiner Mithilfe, der Initiative der hiesigen wissenschaftlichen Vereine. Diese Initiative ergriffen gemeinsam das Freie deutsche Hochstift, das Soziale Museum und die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, und schon hierdurch war es ausgesprochen, daß die Veranstaltung keinen parteipolitischen Charakter tragen, sondern darauf bedacht sein werde, einen unparteiischen und möglichst streng wissenschaftlichen Standpunkt einzunehmen. In diesem Sinne wurden zunächst Vertreter der städtischen und Landesbehörden, der Handelskammer und des Gewerkschaftskartells, sowie der benachbarten öffentlichen Korporationen und Universitäten zur Teilnahme eingeladen, dabei auch die weiblichen Organisationen nicht übersehen und in einer allgemeinen Versammlung ein Ausschuß geschaffen, der sich in den Vorstand und die Unterausschüsse gliederte. Den Vorsitz des Wissenschaftlichen Ausschusses, welchem nach dem oben gesagten der Löwenanteil an Arbeit und Verantwortlichkeit zufallen mußte, übernahm Prof. Dr. Paul Arndt von der Handelsakademie.

Als *örtliche* Begrenzung wurden festgesetzt: diejenigen Gebiete Hessens, Nassaus und Bayerns, welche in der Hauptsache die Gebirge des Taunus, der Rhön, des Vogelsberg, Spessart und Odenwald umfassen; ein Bezirk, der Frankfurt zum Mittelpunkte und etwa 100 km Durchmesser hat.

Die *begriffliche und sachliche* Begrenzung bietet wenig von der allgemeinen Auffassung Abweichendes und würde hier zuviel Raum beanspruchen.

Desto wichtiger erscheint dagegen die *Organisation der wissenschaftlichen Arbeiten.* Der Wissenschaftliche Ausschuß setzte seinerseits eine Reihe von Fachausschüssen zur Untersuchung der einzelnen Zweige der Heimarbeit ein. Diese Fachausschüsse bestanden aus mindestens drei Personen, nämlich einem wissenschaftlich geschulten, unparteiischen Leiter *und aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.*

Die Heranziehung der Unternehmer zur Mitarbeit an den vorbereitenden Untersuchungen hat bis jetzt noch bei keiner derartigen Veranstaltung statt-

gefunden. Sie soll als besondere Eigenart unserer Unternehmung betont werden, welche sie auch gewiß als besonders berechtigt erscheinen läßt, in den Dokumenten des Fortschritts ihre Stelle zu finden. Diese Heranziehung war gewiß auch das einzige Mittel, für die Ergebnisse der Untersuchungen Zuverlässigkeit und Wissenschaftlichkeit beanspruchen zu dürfen. Sie hat sich freilich in manchen Fällen als eine schwierige Aufgabe erwiesen, da nicht alle in Betracht kommenden Unternehmer zu überzeugen waren, wie sehr eine solche Mitarbeit zur Verhütung einseitiger Darstellungen in ihrem eigenen Interesse liege. In der Tat ist es möglich gewesen, für fast alle und namentlich die bedeutendsten in Frage kommenden Industriezweige in hohem Grade eifrige und kenntnisreiche Unternehmer zur Mitarbeit zu gewinnen. Ebenso ist anzuerkennen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer bei den Vorarbeiten sich mit großem Fleiße und in entgegenkommender Weise beteiligt haben, und daß die Sitzungen und Besprechungen in durchaus harmonischer Weise verlaufen sind.

Die Aufgabe der Mitarbeiter in den Fachausschüssen war eine vierfache:

1. Besuche bei den Heimarbeitern zur Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf Grund von Fragebogen;

2. Beschaffung von Gegenständen für die Ausstellung mit genau spezifizierten Angaben;

3. die Abfassung von Monographien über ihr Fach, deren Fertigstellung für die Eröffnung der Ausstellung nicht als notwendig bezeichnet wurde; diese werden sobald als tunlich in zwei oder drei Sammelbänden erscheinen;

4. ganz kurze Beschreibungen, die bei der Eröffnung im ganzen fertig vorlagen und als „Führer" zusammengefaßt zur Belehrung der Besucher dienen sollen.

Die Anzahl der für unser Gebiet in Frage kommenden Arbeitszweige ergab sich als weit bedeutender, als vermutet worden war; es sind deren etwa 70, von denen die Kleider- und Wäscheindustrie, die Lederwaren- und die Tabakfabrikation die bedeutendsten sind.

Es kamen noch mehrere Neuerungen zur Ausführung, welche das Interesse an der Ausstellung und ihre Nützlichkeit erhöhen sollen. So die Beschaffung einer reichen Anzahl von Photographien, welche Wohnungen, Arbeitsstätten und Betriebsweisen illustrieren. Ferner eine große Landkarte, auf der die räumliche Verteilung der Hausindustrie in übersichtlicher Weise kenntlich gemacht ist. Und endlich wurden, um, wo es sich machen ließ, die Produktionstechnik zu veranschaulichen, etwa sieben oder acht geeignete Industrien durch Arbeiter und Arbeiterinnen in Schauwerkstätten in vollem Betriebe gezeigt. Diese bilden, wie sich denken läßt, den Clou der Ausstellung.



# SOZIALE ENTWICKLUNG

## HENRIETTE FÜRTH, FRANKFURT A. M.: ZUR MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG.

UNTER den Fragen des Arbeiterschutzes und der allgemeinen Volkskultur nimmt das Problem des Mutterschutzes eine hervorragende Stelle ein.

Mutterschutz ist eine der wichtigsten, es ist in gewissem Betracht die wichtigste Aufgabe zeitgenössischer Sozialpolitik. Vom Schutze der Mutter hängt wesentlich ab die Beschaffenheit der künftigen und der heranwachsenden Generation, der gesundheitliche, geistige und sittliche Habitus der Familie.

Es hängt davon ab die Gesunhdeit und Leistungsfähigkeit des Volksganzen und damit die Kulturhöhe, die Bedeutung und die Stellung, die der Nation im Reigen der Völker zugewiesen ist.

Der Schutz der Mutter umfaßt alle die Maßnahmen, die zur körperlichen Pflege von Mutter und Kind, zu ihrer rechtlichen Vertretung und sittlichen Kräftigung sich als notwendig erweisen, das heißt also, er umfaßt:

1. Mutterschaftsversicherung einschließlich Wöchnerinnenheimen und Hauspflege,
2. Sammel- und Einzelvormundschaften und alle Einrichtungen zur Rechtsvertretung der unehelichen Kinder und außerehelichen Mütter,
3. das gesamte Fürsorgesystem für Säuglinge und heranwachsende Kinder (Kostkinderwesen, Krippen, Kindergärten, Horte),
4. alle Maßnahmen und Bestrebungen, die auf eine Reform der heutigen Ehegesetzgebung im Sinne der Gleichordnung der Geschlechter, größerer persönlicher Verantwortlichkeit und Freiheit abzielen.

Der vor einigen Jahren in Deutschland gegründete Bund für Mutterschutz beschäftigt sich mit all diesen Reformen, sodann aber auch mit der Reform der sexuellen Ethik.

„Mit Macht rüttelt diese junge Bewegung an der vorgeblichen Grundwahrheit, daß die heute bei uns allgemein übliche, durch Gesetz und Religion vorgeschriebene und geschützte monogamische Ehe eine Ewigkeitseinrichtung von sakramentaler Kraft und Weihe und die Mutterschaft nur innerhalb dieser Form der geschlechtlichen Beziehungen sittlich gerechtfertigt sei. Statt dessen hebt sie die auch in der Eingehung und Lösung ihrer geschlechtlichen Verbindungen freie aber sittlich und rechtlich verantwortliche Persönlichkeit auf den Schild und die Mutterschaft, durch sich selbst gerechtfertigt und losgelöst von den vorübergehenden Erscheinungsformen eigentums- und wirtschaftsrechtlicher Herkunft*)".

Neben dieser vorwiegend ethisch-ideologischen Propaganda richtet der Bund für Mutterschutz sein Hauptaugenmerk auf die Gewährung von Rechtsschutz, Rat und Hilfe für die außereheliche Schwangere und Mutter, die eheverlassene oder sonst geschädigte Ehefrau. Auch in Österreich wurde vor 2 Jahrenein Bund für Mutterschutz gegründet, der den gleichen Zielen zustrebt.

Wir müssen uns im Zusammenhang der von uns zu behandelnden Frage ein Eingehen auf diese Teile des Mutterschutzes versagen und unsre Auf-

---

*) **„Fürth: Mutterschutz und Moral". Frauen-Zeit, Wien, 10. Okt. 1907**

merksamkeit auf die Mutterschaftsversicherung als die umfassendste und dringlichste Aufgabe des praktischen Mutterschutzes konzentrieren.

Die Lösung dieser Aufgabe ist heute darum von besonderer Wichtigkeit, weil durch einschneidende Umwälzungen in der gesamten Technik des Wirtschaftslebens die Frau, soweit sie zugleich Mutter und Erwerbstätige zu sein hat, aufs äußerste gefährdet ist. Und mit ihr das Kind, die Hoffnung der Zukunft.

Im Jahre 1895 wurden in Deutschland 6 ½ Millionen Frauen als erwerbstätig ermittelt. Davon waren ehemündig, das heißt standen im Alter von 16 und mehr Jahren rund 6 Millionen. Davon waren verheiratet 1 Million, verwitwet gleichfalls rund 1 Million und ledig 4 Millionen. Ihre Zahl hat sich seitdem, wie mit Sicherheit anzunehmen und in zahlreichen Fällen nachzuweisen ist, beträchtlich vermehrt.

Andererseits ist der Gang der Produktionsarbeit, mindestens soweit es sich um die Verwendung von Massen handelt, völlig unabhängig geworden von individuellen Kräften und daher mit Notwendigkeit unduldsam gegen die besonderen Bedürfnisse des Individuums.

Die unbarmherzige Stunde ruft die im Erwerb stehenden Frauen zur Arbeit, und die unbarmherzigere Not treibt sie in jede Arbeit. Die von den Beamten der deutschen Gewerbeaufsicht im Jahr 1899 vorgenommene Umfrage, die Fabrikarbeit verheirateter Frauen betreffend, hat ergeben, daß die Hälfte der damals ermittelten 229000 Ehefrauen aus bitterer Not, die anderen aus kaum weniger zwingenden Gründen und nur 4 % zur Erlangung eines Notpfennigs der Fabrikarbeit oblagen. Und mit wenigen durch das Gesetz vorgesehenen Ausnahmen finden wir Frauenarbeit in fast allen Industrien. Wir sehen sie in den Giftindustrien, in Steinbrüchen und Ziegeleien, im Bauhandwerk, im Bergbau über Tag und so fort. Auf ihre mütterliche Funktion, auf ihre erziehliche Aufgabe nimmt niemand Rücksicht. Keiner fragt danach, ob dieser müde von Sorgen und Arbeit ausgepumpte Mensch eine Ruhezeit, eine Zeit der Selbstbesinnung hat, die ihm gestattet Mensch und seinen Kindern Mutter zu sein. 10—11 Stunden Erwerbsfron. Davor, daneben, danach ein vollgerüttelt Maß hausmütterlicher Arbeit. Da bleibt keine Kraft, Kinder zu erziehen, sie zu pflegen und sittlich zu beeinflussen. Stumpf und dumpf rollen die Tage dahin. Und die Antwort? Sieche, frühgealterte Frauen, verwahrloste und darum verwilderte Kinder, eine erschreckende Zunahme der Vergehen Jugendlicher, insonderheit der Rohheitsdelikte.

Dann die eigentliche Mutterschaft mit ihrem Vorher und Nachher. Wir haben eine Krankenkassennovelle, die eine Unterstützung der gewerblich tätigen Wöchnerinnen bis zur Dauer von 6 Wochen nach der Niederkunft vorsieht. Diese Unterstützung ist dem üblichen Krankengeld gleichgesetzt. Das heißt sie beträgt ½ bis ⅓ des ortsüblichen Tagelohns. Ein Wochenbett aber heischt mehr als eine Krankheit. Da ist nicht nur die Wöchnerin zu pflegen, es ist auch für ein neues Familienglied zu sorgen. Darum machen die erwerbstätigen Frauen, wenn sie nur halbwegs können, von der Erlaubnis Gebrauch, auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Erwerbsarbeit schon nach vier Wochen wieder aufzunehmen. — Von dem gleichfalls durch das Gesetz gegebenen Recht, durch Ortsstatut eine Schwangerenunterstützung bis zu 6 Wochen festzulegen, haben bis jetzt nur wenige Kassen Gebrauch gemacht.

Zu den erwerbstätigen geschützten Frauen gesellen sich die ungeschützten in der Landwirtschaft, im Gesindedienst, in der Lohnarbeit wechselnder Art,

in der Heimarbeit usw. Gesellen sich ferner die Millionen von Ehefrauen, die zwar nicht erwerbstätig sind, die aber mit einem so geringen Familieneinkommen zu rechnen haben, daß sie nicht in der Lage sind, eine Hilfskraft zu bezahlen, die ihnen während des Wochenbettes die Hausarbeit abnähme. So kommt es, daß Tausende von übermenschlich fleißigen und pflichttreuen Frauen gleich am ersten, spätestens aber am dritten Tag nach der Niederkunft wieder am Waschfaß und am Herd stehen, scheuern und alle anderen der proletarischen Hausfrau obliegenden Arbeiten verrichten. Siechtum und Leiden mannigfacher Art, die in ihrem Verlauf Behagen und kulturelles Niveau der Familie bedrohen, sind auch hier die gar zu häufigen Folgen verfrühter Arbeitsaufnahme. Und in tausend anderen Fällen, in denen die Frau das ihr Auferlegte nicht leisten kann oder will, ist nicht mehr auszurottender Schmutz und Unordnung, ist Verwahrlosung und Verwüstung des Familienlebens, Hausflucht und Trunksucht des Mannes die traurige Folge davon, daß es nicht möglich war, einen so natürlichen Zwischenfall, wie es die Geburt eines Kindes ist,' aus eigenen Kräften zu überdauern, aus eigenen Kräften den geordneten Fortbestand des Hauswesens zu ermöglichen.

Nicht den Arbeiter trifft die Schuld an diesen Zuständen. Nur in einer verschwindenden Zahl von Fällen ist es dem Arbeiter und zwar selbst dann, wenn die Frau mitverdient, möglich, Rücklagen für den Fall von Wochenbett oder Krankheit zu machen.

Das ist eine unumstößliche Tatsache. Ihr gegenüber erhebt sich die andere der Notwendigkeit eines umfassenden Mutterschutzes durch Mutterschaftsversicherung.

Mutterschaftsversicherung*) ist nötig aus Gründen der Gesundheit, Leistungsfähigkeit, Tatkraft und Lebensfreude des einzelnen und der Familie.

Mutterschaftsversicherung ist nötig aus Gründen der Volksgesundheit und des Volkswohles. Ferner aus Gründen der nationalen Tüchtigkeit, Leistungsfähigkeit und Aufwärtsentwicklung.

Endlich ist Mutterschaftsversicherung nötig unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen kulturellen Entwicklung und aus Gründen der sozialen und sittlichen Gerechtigkeit.

Danach hat sie zu gewährleisten:

1. Eine auskömmliche Arbeitsruhe von 4 bis 6 Wochen vor, von 6 bis 8 und, wenn es nach Ansicht des Arztes nötig ist, bis zu 12 Wochen und mehr nach der Niederkunft.

2. Sorgsame Verpflegung während des Wochenbettes (einschließlich der Gewährung von Arzt, Arznei, Hebamme usw.) und durch geordnete Aufrechterhaltung des Hauswesens durch die Organe der Hauspflege. Schaffung von Wöchnerinnenheimen, namentlich für außereheliche Mütter.

3. Ersatz des Lohnausfalles durch Krankengeld in der vollen Höhe des regelmäßigen Arbeitsverdienstes.

4. Allseitige ergänzende Fürsorge bis zur Schulentlassung des Kindes.

Zu Punkt 4 heute Stellung nehmen ist unmöglich. Wohl sind hier überall zerstreute Kräfte am Werk. Insbesondere läßt man sich in jüngster Zeit die allseitige Säuglingsfürsorge und Überwachung angelegen sein. Noch fehlt aber jeder Plan und jede planmäßige Zusammenfassung.

---

*) Vgl. Fürth: Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung. Verlag Bensheimer. Mannheim 1907.

Anders bei den drei ersten Punkten, die man als erweiterte Wöchnerinnenfürsorge bezeichnen könnte. Viel ist zwar auch hier nicht vorhanden. in Deutschland die bereits gekennzeichnete Wöchnerinnenfürsorge der Krankenkassen mit ihrem eingeschränkten Geltungsbereich. Daneben eine Anzahl aus privaten Mitteln gespeister Hauspflegevereine, die, der Initiative der sozialreformerisch hochverdienten Brüder Flesch in Frankfurt a. M. entsprungen, es sich zur Aufgabe gemacht haben, durch Beistellung einer hauswirtschaftlichen Hilfskraft, Hauspflegerin genannt, den geordneten Fortbestand des Hauswesens zu ermöglichen. Es gibt heute etwa 20 Hauspflegevereine. Außerdem einige Hauspflegekassen, die gegen geringe Beiträge ihren Mitgliedern ein Recht auf Hauspflege gewähren, während die Vereine Wohltätigkeitseinrichtungen sind. Zu erwähnen sind auch noch die wenig zahlreichen Wöchnerinnenheime, sowie die Heime und Pflegestellen des Bundes für Mutterschutz.

Schließlich haben sich im Laufe der letzten Jahre einige weitausschauende Pläne aufgetan. Von ihnen später.

Eine Reihe von nichtdeutschen Staaten verordnet eine Arbeitsruhe von 4 bis zu 8 Wochen. So Holland, Belgien, Portugal, England, Norwegen, Österreich, Italien und Schweiz. Diese Verordnung ist aber illusorisch, da von allen nur Österreich-Ungarn auf dem Wege der Krankengesetzgebung eine kleine Entschädigung für den Lohnausfall gewährt.

Frankreich hat in seinen „mutualités maternelles", Italien in verschiedenen Mutterschaftskassen (Mailand, Turin) Einrichtungen, die auf einer Kombination von Selbsthilfe und Wohltätigkeit, unter Erlangung von kommunalen oder Staatszuschüssen beruhen. Eine englische Einrichtung verkörpert das Prinzip der Selbsthilfe.

Umfassendes und Ausreichendes ist noch nirgends da. Nun zu den Projekten.

Ein weit ausschauender italienischer Plan, der sich schon zum Gesetzentwurf verdichtet hatte, wurde von der gesetzgebenden Körperschaft abgelehnt, bezw. in einer Kommission begraben. Heute, nach 6 Jahren, ist die Sache bis zu einem Gesetzentwurf gediehen, der nunmehr der Kammer vorliegt. Er ist aber nicht umfassend genug, da er lediglich einen bescheidenen Schutz der der Fabrikgesetzgebung unterstehenden Arbeiterinnen, d. i. also eines Bruchteils aller Schutzbedürftigen vorsieht.

Der erste umfassende Plan einer Mutterschaftsversicherung wurde von dem Belgier Dr. Louis Frank in seiner „L'assurance maternelle" (Brüssel, Lamertine 1897) entwickelt.

In Deutschland rührt der zeitlich früheste Vorschlag von der Referentin her. Er sucht auf Grund der preußischen Einkommenstatistik und der Geburtenfrequenz den Kreis der für die Versicherung in Betracht Kommenden, das heißt also derer, die mit einem Familieneinkommen bis zu 3000 ℳ zu rechnen haben, zu umgrenzen. Die dabei einschließlich Hauspflege zu. erwartenden Kosten stellen sich auf insgesamt 135 Millionen ℳ pro Jahr Zur Deckung dieses Betrages sollen herangezogen werden: die Versicherungsnehmer, die Arbeitgeber, die Krankenkassen, die Kommunen und der Staat. Die Verwaltung soll der der Krankenkassen an- und wenn möglich eingegliedert werden.

Der Entwurf leidet an der Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der ihm zugrunde liegenden Zahlen. Dasselbe gilt von ähnlichen Projekten. So rechnet Professor Dr. Mayet, der 20 Mill. Versicherungspflichtiger annimmt,

mit einer Geburtenfrequenz von nur 1425600, was nachweisbar zu gering angesetzt ist. Er kommt bei Annahme einer Entschädigung in der, wie wir nachgewiesen haben, ungenügenden halben Lohnhöhe, zu einer Jahresforderung von 95,8 Millionen ℳ Entschädigung und einer Gesamtausgabe von 135,1 Millionen ℳ. Die von ihm vorgeschlagene Lastenverteilung auf die insgesamt 14 Milliarden Lohn, die im deutschen Volke bezogen werden, ist utopisch.

Ein Plan von Dr. Borgius will eine sogenannte Mutterschaftsrente schaffen, die in der Hauptsache allen Familien unterhalb einer gewissen Einkommensgrenze zugute kommen und natürlich auch den ledigen Müttern eine Jahresrente bis zum 16. Lebensjahre des Kindes zubilligen will, die beim ersten Kind 250, beim zweiten, dritten und vierten je 50 ℳ mehr bis zum Höchstbetrag von 400 ℳ pro Jahr betragen soll. Die Mittel sollen auf dem Wege einer Bevölkerungssteuer aufgebracht werden, zu der die Junggesellen doppelt steuern sollen. Auch das ist ein ziemlich aussichtsloser Plan.

Neuerdings hat Dr. Alfons Fischer-Karlsruhe eine Mutterschaftsversicherung befürwortet und in Anfängen schon verwirklicht, die von der Erwägung ausgeht, daß die Not des Augenblicks ein sofortiges Eingreifen erfordere. Unter Ablehnung obligatorischer Staatshilfe geht sein Plan dahin, etwa nach der Art der „mutualité maternelle“ eine Einrichtung zu schaffen, die auf Selbsthilfe der Beteiligten aufgebaut und durch Zuwendungen von Privaten, wie auch von Staat und Gemeinden unterstützt wird.

Es ist zu begrüßen, daß hier, ohne auf den schwer in Bewegung zu bringenden Gesetzesapparat zu warten, praktische Gegenwartsarbeit geleistet wird. Bedenklich ist aber die grundsätzliche Ablehnung der obligatorischen Staatshilfe und gesetzlichen Ordnung der Materie.

Schließlich sei noch auf eine sehr beachtenswerte Arbeit von Lily Braun hingewiesen, die eine völlige Verschmelzung von Mutterschaftsversicherung und Krankenversicherung fordert.

Alles in allem: die Bewegung ist im Fluß und wird nicht zum Stillstand gelangen, bevor nicht eine angemessene Lösung zusammen mit anderen Maßnahmen des Arbeiterschutzes, als da sind: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Wohngelegenheit usw., gefunden ist.

Dafür aber, daß sie nicht zum Stillstand gelangen wird, bürgt das materielle und ethisch-ideologische Interesse, das man von allen Seiten dieser Frage entgegenbringt.

Dafür bürgt ferner die Tatsache, daß von der sachgemäßen Behandlung und Lösung dieser Frage der Platz abhängt, den eine Nation in den Reihen der Kulturvölker einzunehmen und zu behaupten vermag.

Ganz besonders gilt das für Deutschland mit seiner überhohen Säuglingssterblichkeit, die 20,7% beträgt und nur noch von den 21,1% Ungarns übertroffen wird. Das alte Volk der Dichter und Denker, das sich in unseren Tagen auch als ein Volk der Tat ausgewiesen hat, darf und wird in dieser Frage nicht zurückbleiben.

Hier gilt es, sich des Anspruchs einer führenden Kulturnation würdig zu erweisen. Es gilt, die Mütter zu schützen, die die Quelle jeder Volkskraft, jeder volklichen und kulturellen Entwicklung sind.

Und so müssen hier wie überall, wo wahre Kulturarbeit am Werke ist, sich alle zusammenfinden, die guten Willens und die tatmächtig sind,

daß aus dem Wort ein Wille werde
und aus dem Willen wachs' die Tat.

# HENRY DAGAN, PARIS: ÜBER VOLKSUNTERHALTUNG IN FRANKREICH.

IE Mehrzahl der Arbeiter und kleinen Angestellten verfügt nur über sehr geringe Einkünfte und eine knappe Freizeit, es sei denn im Falle erzwungener Arbeitslosigkeit. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn sich diese Klassen allerlei niedrigen, aber einigermaßen ihrem ganzen Lebensniveau angepaßten Unterhaltungen hingeben. Ein kurzer Überblick über diese Vergnügungen mag deren Ursprung und Wesen bezeichnen, und weiterhin soll auf Bestrebungen und Versuche, andere höhere Arten von Unterhaltung zu schaffen, eingegangen werden. Tatsächlich sind die volkstümlichen Unterhaltungen der ersteren Art nur Zerstreuungen. Man sucht Ablenkung von der Müdigkeit, Vergessen der Sorgen der Unfreiheit, ganz andere Dinge als jene wirkliche Unterhaltung, die den Zweck der Erholung hat. Die häufigsten Zerstreuungen, die das Volk gebraucht und mißbraucht, sind auf drei Hauptquellen zurückzuführen: die Kneipen, das Tingeltangel, den volkstümlichen Roman, und für Paris sowie andere große Städte kann man noch hinzufügen: die Wettrennen. Aber diese letzte Zerstreuung, die oft eine Leidenschaft wird, berührt die große Masse der Arbeiter für geringen Lohn nicht, denn das Wetten bei den Rennen setzt schon relativ gute Einnahmen voraus. Gewiß wagt mitunter die Arbeiterfrau am Vorabend des Mietstermins ihr letztes Fünffrankstück beim Totalisator, dies tut sie aber nicht zur Zerstreuung, sondern es ist Berechnung, um durch solch Wagnis sich aus der Klemme zu befreien. Im allgemeinen sind die Arbeiter nicht in der Lage zu wetten, sie tun es höchstens gelegentlich, nicht gewohnheitsgemäß. Es verbleiben somit die erstgenannten Zerstreuungen.

Wieviel ist nicht über die Kneipen geschrieben worden. Jeder kennt Zolas Assommoir, und man ist geneigt, der Kneipe drei Viertel aller sozialen Übelstände zuzuschreiben. Man hat sich sogar eingebildet, daß durch Unterdrückung der Kneipen die soziale Frage gelöst wäre. Wie leichthin ist solche Behauptung. Irgendein Moralist hat den Satz aufgestellt: „Die Kneipe ist der Salon der Armen“. Keine Definition trifft besser zu. Wenn der Bürger in seinen Klub geht, der wohlhabende Angestellte in sein Café, tun sie dies etwa, um zu trinken? Nein, beide suchen dort Zerstreuung; im Klub, im Café findet man seine Freunde, Partner zum Spiel, Zeitungen, eine heitere Atmosphäre, eine neue Umgebung. Dieselben Gründe treiben den Arbeiter in die Kneipe. Es ist das Bedürfnis nach Zerstreuung, hierbei erwirbt er dann gleichzeitig die Gewohnheit zu trinken. Hat er aber diese einmal angenommen, ist er vom Alkoholismus ergriffen, dann ist er geliefert. Nichts kann ihn mehr davon abbringen. Er ist gezwungen, in einer elenden Behausung zu wohnen, die keine Liebe zum Heim ermöglicht, es wimmelt drin von Kindern, die Frau ist mit Recht oder Unrecht nicht immer sehr liebenswürdig, er entflieht all dem Ungemach, in der Kneipe findet er Wärme, Licht, Heiterkeit, Zerstreuung, Vergessen.

Wenn der Arbeiter bei guter Laune ist, seinen Lohn in der Tasche hat, besucht er das Tingeltangel. Zumeist liegt es in einer Vorstadt. Die Theater im Zentrum von Paris sind ihm zu teuer; wohl tragen auch seine Steuern, gleich denen der Bürger, zur Erhaltung von zwei Opern, dem Théâtre français, dem Odéon, bei, aber er betritt diese Kunstinstitute nie, er kann es nicht erschwingen.

Übrigens zieht er auch das Tingeltangel vor. Man ist dort ungeniert, trinkt, raucht, amüsiert sich ohne sich zu ärgern. Es ist eine wahre Erquickung. Selbstverständlich sind die Vorführungen unsagbar dumm, die Leiter dieser Unternehmungen bringen nur, was dem schlechten Geschmack ihrer Kunden schmeichelt. Ehedem bot man hauptsächlich gemeine Pornographie und platten Patriotismus. Heute läßt man Patriotismus und Antimilitarismus miteinander abwechseln, um sowohl den Arbeitern als dem nationalistischen kleinen Krämer Rechnung zu tragen.

Nur die Pornographie bleibt unveränderlich. Welch rasendes Entzücken, wenn ein rundliches Weib in Trikots mit der Trikolore in der Hand erscheint!

Der Roman ist vor allem der weiblichen Arbeiterschaft teuer, der Liebesroman mit romantischen Kombinationen. Mit ihm versucht die Arbeiterin sich über die Leere ihres traurigen, mühseligen Lebens zu täuschen. Das Lesen eines Romans ersetzt ihr Reisen, Liebe, Genuß, Prunk. Banalität und Niedrigkeit des Stils stören sie bei ihrem geringen Bildungsgrade nicht. Sie sucht vor allem heftige Erregungen, sowohl heitere als traurige Erzählungen, die sie in eine andere Welt, am liebsten die elegante Welt, in der sie gern leben möchte, versetzen. Sehr klein ist die Zahl der Arbeiterinnen, die sich für wirklich gute Literatur interessieren. Es gibt welche, aber sie sind, ebensogut wie die Arbeiter mit höheren Interessen, eine Minderzahl. Allerdings eine Minderzahl, die man nicht übersehen darf. Ihr Vorhandensein allein verdient Beachtung, in ihnen ruht vielleicht der Fortschritt der Demokratie.

Diese Minderheit der Arbeiter, mit der wir uns beschäftigen wollen, ist zwar nicht von höherer Qualität, wie man so gern sagte, um ihr Vertrauen zu erschmeicheln, aber sie ist von durchaus beachtenswerter geistiger Eigenart. Diese Minderheit geht nicht in die Kneipe, nicht aus Stolz, sondern weil sie sich dort nicht am Platze fühlen würde. So oft aber ein gebildeterer Arbeiter versucht, seine Kameraden von der Kneipe abzuhalten, erleidet er Schiffbruch; er wird verhöhnt, verlacht, beinahe verachtet. Übrigens stammen die schlimmsten Urteile über Arbeiter von Arbeitern selbst, von Sozialisten oder Anarchisten, und die Unternehmer müssen zugeben, daß diese letzten beiden Kategorien häufig die Nüchternsten, Intelligentesten, Geschicktesten sind, obwohl die Heftigkeit ihrer Überzeugungen mitunter an Wahnsinn grenzt.

Da nun eine halbgebildete Arbeiterschaft aller Parteien, insbesondere jedoch den sozialistischen Parteien angehörend, vorhanden ist, sind Vereine und Hochschulen gegründet worden, wo Unterricht und Vergnügen in angenehmer Weise abwechseln.

Von den Volkshochschulen ist an dieser Stelle schon die Rede gewesen. Es soll nunmehr von einigen ähnlichen Gesellschaften gesprochen werden, die den Arbeitern wirkliche geistige Erholung bieten. Es sind dies: Die Föderation der Volkshochschulen, Die Gesellschaft der Kunst für Alle, Mimi Pinson, Die nationale Vereinigung für Kunst in der Schule, Der Volkspalast.

Die Föderation der Volkshochschulen veranstaltet jede Woche gemeinsame Besuche der Pariser Museen, der Kunstausstellungen, der sehenswertesten Industrieunternehmungen. Eine Serie von Vorträgen mit Besichtigung im Museum für Naturgeschichte erzielte kürzlich großen Erfolg. Etwa 50 Teilnehmer, ausschließlich kleine Angestellte und Arbeiter mit Frauen, Schwestern, Kindern erschienen jeden Sonntag und nahmen an den Führungen teil. Die Leiter waren überrascht über die Aufmerksamkeit und die Freude ihrer Hörer.

Die Gesellschaft der Kunst für Alle bezweckt die Verbreitung der Kenntnisse der Kunstwerke in weiten Kreisen. Sämtliche Museen sind unter fachkundiger Führung schon von ihr besucht worden. Mimi Pinson, die Gründung des bekannten Komponisten der „Louise", M. G. Charpentier, wendet sich vor allem an die jungen Arbeiterinnen. Die Vereinigung gewährt ihnen Eintritt in die Theater und versammelt sie selbst zu Gesang, Tanz und Aufführungen, die den Mitwirkenden ebensoviel Freude machen wie dem Publikum

Über die Vereinigung der Kunst in der Schule schrieb Leon Riotor im „Figaro": „Alle Kinderfreunde denken mit Schrecken an die Traurigkeit der schwarzen Tafel, der Tische und grauen Wände ihrer Schule zurück. Pädagogen, Künstler und Kunstfreunde haben sich vereinigt, um dem Kinde eine ihm verständliche Kunst zu geben. Ihr Programm verlangt gesunde, luftige, zweckmäßig gebaute und eingerichtete, anziehend geschmückte Schulen. Das Kind soll eingeführt werden in die Schönheit der Linien, Farben, Formen, Bewegungen und Töne. Der Erfolg dieser Ideen könnte das Schuleschwänzen aus der Welt schaffen."

Der Volkspalast schließlich, von Emil Vitta mitten im Bois de Boulogne begründet, ist allsonntäglich der Treffpunkt verschiedener Pariser Volksuniversitäten. Inmitten eines schattigen, mit herrlichen Bäumen bestandenen Parks erheben sich zwei Gebäude mit etwa 20 Zimmern, wo die Mitglieder der Volkshochschule für geringes Geld wohnen können. Es finden im Winter Vorträge, im Sommer Theatervorstellung im Freien, in einem Naturtheater, statt. Im Volkspalast vereinigen sich Familien auf der Grundlage gleicher Bestrebungen, ohne jedes religiöse, politische, moralische Band. Ein Geist der Duldsamkeit herrscht über dem Ganzen und zeigt uns den Ausgangspunkt für neue Volkserziehung. Gewiß organisiert sich jede berufliche und politische Gruppe so gut als möglich zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen. Aber ohne dem entgegenstehen zu wollen, gibt es noch eine andere, nicht weniger wichtige Aufgabe, die Kultur des Geistes und der Sitten. Einer Partei anzugehören, eine bestimmte Lehre zu erhalten, das ist für viele Menschen nützlich, aber die Erlangung von mehr Urteil, Vernunft und Geist ist ein bedeutsames Werk, dessen die Menschheit dringend bedarf.



## KLARA RUGE, NEW YORK: UNIVERSITY EXTENSION IN DEN VEREINIGTEN STAATEN.



DIE letzten zwei Jahrzehnte haben große Veränderungen des Erziehungswesens in den Vereinigten Staaten herbeigeführt. Der Lehrkörper der Universitäten wurde stark erweitert, die Studienkurse wurden vertieft, denn der alte Brauch, daß Rechtsanwälte, Ärzte und andere Berufstätige einen großen Teil ihrer Kenntnisse auf praktischem Wege erlangten, ist völlig aufgegeben und in manchen Fällen werden strengere Anforderungen als an europäischen Lehranstalten gestellt. Nichtsdestoweniger hat sich die demokratische Sitte, die es ermöglichte, daß Studierende zugleich auf irgendeine geschäftliche Art ihren Unterhalt verdienten, erhalten. Viele Studenten erwerben das Geld für ihre Ausbildung, sind tagsüber beschäftigt und liegen des Abends ihren Fachstudien ob. In den langen

Ferien, die unser Klima nötig macht, bereiten sich viele Lehrer auf höhere Prüfungen vor. Allgemein ist das Verlangen nach höherer Bildung gestiegen, viele Erwachsene bemühen sich, noch in reiferen Jahren das in der Jugend Versäumte nachzuholen. Der Geschäftssinn der Amerikaner, der sie veranlaßt schon frühzeitig, sei es aus eigenem Antriebe oder auf Wunsch der Eltern, in die praktische Arbeit einzutreten, ist eine der Ursachen dieser Vernachlässigung, eine andere liegt in dem harten Lebenskampfe neu angekommener Einwanderer und ihrer Kinder. Die Institutionen für den Unterricht Erwachsener erfreuen sich eines wachsenden Erfolges. In Anbetracht der verschiedenen Lebensbedingungen hat auch die Entwicklung der University Extension andere Wege als in England und im übrigen Europa eingeschlagen. Will man den Fortschritt der Volksbildung Erwachsener schildern, muß auch das Wort University Extension in einem viel weiteren Sinne aufgefaßt werden, als dies in England geschieht.

Die University Extension in Großbritannien dient vor allem denjenigen, die aus Geldmangel, nicht aus Zeitmangel, sich keine höhere Bildung aneignen konnten, in Amerika hingegen ist unentgeltlicher Unterricht so allgemein, daß, wer Zeit hat, jede höhere Bildung erwerben kann. Verschiedene große Colleges in New York sind völlig unentgeltlich, es sind Abteilungen für klassische, wissenschaftliche, technische Ausbildung vorhanden und Allen zugänglich.

Die ersten Nachahmungen englischer University Extension gingen 1887 von der John-Hopkins-Universität aus. T. Larned und Edward W. Bernis machten die ersten praktischen Vorlesungsversuche. Die erste formelle Organisation wurde in Philadelphia 1890 von Provost Williams Pepper und seinen Mitarbeitern an der Universität Pennsylvania ins Leben gerufen. George Henderson wurde nach England abgesandt, um die Bewegung zu studieren. Unter dem Namen Philadelphia Society for the Extension of University Teaching ist die Arbeit erfolgreich fortgeschritten und zum Zentrum der östlichen Staaten geworden. New York begann eine energische Organisation 1891, ein staatlicher Zuschuß von 10 000 Dollars wurde bewilligt. Im gleichen Jahre trat die Chicagoer Gesellschaft ins Leben, und es wurden nach und nach Zweige gebildet von der Brown University, Colgate und Rutgers College, den Universitäten von Cincinnati, Michigan, Minnesota, Iowa, Missouri, Kansas und Kalifornien. Eine besondere Abteilung mit einer eigenen Fakultät, mit eigener Administration wurde an der Universität Chicago 1892 eingerichtet. In wirksamer Weise hat seit kurzem die ColumbiaUniversität die Arbeit begonnen; sie ermöglicht Männern und Frauen, insbesondere Lehrern, die nur einen Teil ihrer Zeit dem Studium widmen können, die Erlangung höherer Diplome und akademischer Titel. Technische Abendkurse dienen besonders der Fortbildung in bestimmten gewerblichen Berufen. Im Zusammenhang mit dem Board of Education, dem Brooklyn Institut, der Brooklyner Lehrervereinigung und benachbarten Städten wie Newark, Paterson usw. finden Kurse über Literatur, Kunst, Wissenschaft, Pädagogik, Psychologie, Sprachen, Kindergartenarbeit, technische Fächer statt. Eigene Sommer- und Ferienkurse sind eingerichtet. Lokale Zweigvereine übernehmen in den einzelnen Orten oder Bezirken das Arrangement der Veranstaltungen, die Aufbringung der Kosten, Beistellung der Säle, der Projektionsapparate für Lichtbilder usw. In solchen Lokalabteilungen sind auch die Extension-Kurse der Universität des Staates New York organisiert, aber diese Universität hält keine eigenen Kurse ab, sondern nur Examina. Die Ablegung

dieser Examina berechtigt, gleichviel ob die Vorbereitung auf privatem Wege, durch regelrechten Schulbesuch oder durch Extensionkurse erworben wurde, zum Besuch anderer Universitäten. Erforderlich ist lediglich die Erreichung einer bestimmten Anzahl von Punkten in verschiedenen Gegenständen. In den verschiedenen Städten des Staates New York machen über 50 000 Personen von den Extensionkursen Gebrauch. Auch die große Sommerschule von Chautauqua hält jetzt ihre Examina an der staatlichen Universität von New York ab, sie ist eine vorbildliche Sommerschule, die Erholung und Studium in köstlicher Weise verbindet. Die Zahl ihrer Besucher betrug in einem Sommer bis 20 000 Personen. Hervorgegangen ist sie aus einer religiösen Gründung, die im Jahre 1874 von Lewis Miller und Bischof H. Vincent von New York ins Leben gerufen wurde, um Bibelstudium auf wissenschaftlicher Grundlage und die Ausbildung von Lehrern für Sonntagsschulen zu fördern. Allmählich erweiterten sich die Kurse auf Wissensgebiete aller Art, insbesondere Dr. Harper, der verstorbene Präsident der Universität Chicago tat viel für ihre Entwicklung. Die eigenartige Kombination, die in Chautauqua geübt wird, ist unter dem Namen dieser Schule als eigenes Erziehungssystem bekannt geworden. Es besteht auch ein vierjähriger Kursus, in dem die Schüler sich zu Hause mit Lektüre und Studium befassen, die Prüfungen finden an der staatlichen Universität von New York statt. Insgesamt haben schon 300 000 Personen die Chautauquaschule besucht, deren großer Erfolg teilweise der wundervollen Lage der Stadt zuzuschreiben ist. Am Ufer des 20 Meilen langen Chautauquasees liegend umfaßt die Stadt gegenwärtig etwa 600 Villen, ein größeres Hotel und 30 öffentliche Gebäude, Auditorien, Vortragssäle, Turnhallen usw. Sie steht auf Terrassen, die allmählich an die Ufer des Sees hinunterführen. Alljährlich werden neue Schulen im Staate New York und den anderen Staaten der Union begründet.

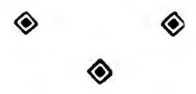
Die Schule für schriftlichen Unterricht in Scranton, Pennsylvania, arbeitet erfolgreich durch schriftliche Unterweisung, Verschickung von Büchern und Vorträgen. Sie umfaßt alle Wissenszweige und verleiht Diplome.

Ein weiteres System des Unterrichts für Erwachsene nahm in New York seinen Ursprung. Wenngleich die Extensionkurse nicht teuer sind, so erfordern sie doch Zahlungsfähigkeit, das Honorar für einen zweimal wöchentlich stattfindenden Kursus beträgt gewöhnlich 20 Dollars. Hingegen ist das System der freien Vorträge, auch Volksuniversität genannt, gänzlich unentgeltlich. Es wurde vor etwa 20 Jahren unter der Leitung von Dr. Henry M. Leipziger, der noch an der Spitze steht, eingerichtet, um Arbeitern und Arbeiterinnen eine Bildungsmöglichkeit zu geben, und ist dem Department of Education der Stadt New York angegliedert. Man begann mit 18 Vorträgen in 6 Schulhäusern. Im verflossenen Jahre wurden 5300 Vorträge in 170 verschiedenen Zentren abgehalten, 540 Vortragende sprachen, und die Gesamthörerzahl betrug 1 141 477. Die Hälfte dieser Vorträge bestanden aus Zyklen von 3 bis 30 Vorträgen. Vor etwa 20 Jahren begann man mit zwanglosen, freien Einzelvorträgen, Plakate lockten von der Straße weg Neugierige in den warmen, hell erleuchteten Raum, die historischen, geographischen, völkergeschichtlichen Gegenstände wurden zumeist durch Projektionsbilder belebt, und gern kamen die Besucher wieder. Die Vortragenden sind durchaus nicht alle Universitätsprofessoren, sondern auch Künstler, Architekten, Geistliche, Ärzte, Ingenieure. Frauen sind ebenso beliebt wie Männer, und Vertreter verschiedener fremder Länder wie von Japan und von Neuseeland kommen zu Wort. Vorträge finden in verschiedenen Sprachen

statt. Neben Englisch auch Italienisch, Deutsch und Yiddisch, um die neu Eingewanderten, die noch nicht genügend Englisch können, anzuziehen. Nach Abschluß der Kurse werden Prüfungen abgehalten und Zeugnisse, die von der Columbia-Universität und dem Aufsichtskomitee der freien Vorträge approbiert sind, verteilt. Besonders erfolgreich waren im verflossenen Jahre die Kurse über Neuere Englische Literatur, Neue Europäische Geschichte und Erste Hilfe bei Unfällen, welch letzterer von 10 Ärzten in 38 verschiedenen Lokalen abgehalten wurde. Auch über Städtische Verwaltung fanden Vortragszyklen statt. Sehr beliebt sind Vorträge über Musik, die mit Demonstrationen verbunden sind. Fortab sollen die Sozialwissenschaften mit nachfolgender Diskussion einen breiteren Raum einnehmen. Auch allgemeine wissenschaftliche Themata, häusliche Lektüre und Studien sollen gefördert werden. Die Bewegung erreicht die entlegensten Orte, Menschen aller Schichten und verschiedenster geistiger Begabung. Besondere Kurse bestehen für ernsthaft Studierende, für Personen mit vernachlässigter Bildung und für geistig Minderwertige. In der Columbia-Universität und in „People's Institute" finden Konzerte jeder Art statt. Das „People's Institute" wurde von Charles Sprague Smith 1897 begründet, es dient der Förderung sozialen Fortschritts durch systematischen Unterricht in den verschiedensten Wissensgebieten, ferner dem Gedankenaustausch zwischen Menschen verschiedener Interessen und Beschäftigung zum Zwecke demokratischen Fortschritts und einer Hebung des Volkes.

Viele wertvolle Kurse haben dort stattgefunden, insbesondere wertvolle Vorträge soziologischen Charakters, denen Diskussion folgte. Namhafte Männer haben dort gesprochen, erst kürzlich der Kriegssekretär Taft über Kapital und Arbeit, und seinem Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte an. Sowohl Sozialisten als Vertreter der herrschenden Parteien sprechen und diskutieren an den Abenden des Instituts. Die Mitglieder seiner Vereine erhalten bei vielen Theaterveranstaltungen ermäßigten Eintritt. Am Sonntag abend finden ethische Vorträge statt; obgleich diese „Volkskirche" genannt werden, sind sie weit entfernt von jedem dogmatischen Charakter.

Erwähnenswert sind noch die unentgeltlichen Abendklassen des Cooper Institutes, die jungen Arbeitern das Studium von Architektur, Zeichnen, Ingenieurfächern, die Erlangung von Diplomen ermöglichen. Das Cooper Institut war die erste unentgeltliche Bildungsanstalt in New York. Seit 2 Jahren besteht auch die Randschule, nach ihrem verstorbenen Begründer genannt, die den Sozialwissenschaften dient. Ihr Ziel ist die Unterweisung arbeitender Männer und Frauen in der Nationalökonomie auf der Basis sozialistischer Anschauungen. Es sind auch Kurse für Literatur, Kunst, Redekunst eingeführt worden, die noch einem größeren Ausbau entgegengehen. Die Vortragenden werden hauptsächlich aus den Kreisen der wissenschaftlichen Sozialisten gewählt.



# ARBEITERBEWEGUNG

## KURT EISNER, NÜRNBERG: KOMMUNISMUS DES GEISTES.


IE ältere Generation der deutschen Sozialdemokratie hat das geistige Lesen an zwei Männern gelernt, die Inbegriff und Steigerung aller überkommenen Bildung waren: An Lassalle und Karl Marx. Es war eine wenigstens in der deutschen Geschichte durchaus neue Erscheinung, daß die tiefste Wissenschaft selbst sich unmittelbar an die ungelehrten Massen wandte. Alle deutschen Denker vor ihnen sprachen immer zu einer Gemeinde von Auserwählten, und sie waren ängstlich bemüht nachzuweisen, daß sie nicht daran dächten, dem gemeinen Volke zu predigen. Sie lehrten die Menschheit in ihrem Begriff, nicht in ihrer Materie. Der Stil der deutschen Philosophie ist freilich wesentlich bestimmt durch die Zwangsweisungen des Allgemeinen Landrechts, das die Nation in ihrer Gesamtheit von der Bildung ausschloß und den Versuch der Unberufenen, unmittelbar dem Volke gefährliche Geheimnisse zu entschleiern, als Hochverrat ahndete. Immerhin, die Scheidung einer gelehrten Minderheit und einer unwissenden Menge wurzelte tief in dem Bewußtsein der klassischen Denker. Fichte entwarf nach Pestalozzis Vorbild seine kommunistischen Bildungsinseln, auf denen in strenger Abgeschlossenheit von der lebendigen Verwesung einer entarteten Kultur erst einmal die Gesamtheit der Jugend erzogen werden sollte, damit sie dann fähig würden, Bürger eines geschlossenen Handelsstaates zu sein; seine Reden an die deutsche Nation waren nichts wie eine Propädeutik für ein kommunistisches Gemeinwesen, dessen literarische Ausführung den Philosophen die letzten Lebensjahre beschäftigte, ohne daß dieses bisher nur in Bruchstücken bekannt gewordene sozialistische System der letzten Periode bisher vollständig veröffentlicht wäre. Die Meinung war also bestenfalls, daß das Volk, das gemeine Volk, erst durch eine allgemeine Bildungsschule hindurchgehen müßte, ehe es tätiges und gleichberechtigtes Bürgertum werden könnte. Der Unterschied zwischen Esoterikern und Exoterikern war doch noch genau so stark auf weltlichem Gebiet, wie der zwischen Klerikern und Laien im Kirchenstaat. Mit dem Aufwuchs der proletarischen Bewegung nun schwand dieser Unterschied, der Tendenz nach. Die höchste Bildung sollte Gemeingut gerade der tiefsten Masse werden; das Vertrauen zur schaffenden Gleichheit aller menschlichen Vernunft war so groß, daß man überzeugt war, die bloße Zwischenkunft der großen Erzieherin, der menschlichen Not genüge, um die Geister fähig zu machen, den Ertrag tausendjähriger Gedankenarbeit zu erfassen, und zwar nicht nur im Inhalt des Wissens, sondern auch in der Methode der Forschung.

Dieses kühnste Experiment und dieser, wie es scheint, ausschweifendste Anspruch hatte den ungeheuersten Erfolg, bloße geistige Forderung bestimmte von vornherein die überlegene Würde und den selbstbewußten Stolz der proletarischen Bewegung. In dem weltgeschichtlichen Klassenkampf des Bürgertums mit der Feudalität war die politisch unterdrückte Klasse nicht nur wirtschaftlich herrschend gewesen, sondern sie war auch im Vollbesitz aller Bildung, in Wissen und geistiger Schulung dem Adel weit überlegen. In der proletarischen Bewegung setzte sich das unvergleichlich gewaltigere Unternehmen durch, begehrte sich durchzusetzen, daß eine Klasse, die

vom Besitz und der Bildung ausgesperrt war, die an technischem Wissen und intellektueller Schulung tief unter der beherrschenden Klasse stand, sofort, anscheinend durch die Aufstellung der idealen Forderung allein, sich weit über die mit allen Hilfsmitteln ausgerüstete Klasse in der Moralität der geistigen Verfassung erheben sollte. Das hohe Ziel zeugte durch sich selbst erhöhte Wirklichkeit. Die proletarische Bewegung hatte in der Tat seit ihren Anfängen diese Überlegenheit beibehalten, zu der sie ihre ersten Meister aufriefen; wenn nicht in allen Einzelleistungen, so durchaus in ihrer Gesamtstimmung. Die Grundanschauung von dem möglichen Gemeinbesitz der Bildung ist durch die Entwicklung der sozialdemokratischen Kulturarbeit über jeden Zweifel gestellt worden. So sehr immer auch die Verwirklichung hinter der Forderung zurückbleiben möchte, die ideale Richtung des sozialdemokratisch erzogenen Proletariats weist zu jenen Höhen, die ihm am Ausgang gezeigt waren. Die proletarische Presse hat sich bisher all den aufdringlichen Verführungen entzogen, so volkstümlich ordinär wie die Lokal- und Generalanzeiger zu werden. Wo sich das Proletariat als Kunstgemeinde organisiert hat, wie in den freien Volksbühnen einiger Großstädte, da begehrt es ausschließlich die höchsten Schöpfungen der Weltkünstler. Die Arbeiter sind das beste Publikum für ernste Kunst geworden. Wirkliches politisches Interesse findet man außerhalb ganz enger bürgerlicher Zirkel nur im Proletariat; insbesondere ist der gebildete und der ungebildete Mittelstand politisch tot. Umfangreiche wissenschaftliche Werke schwierigen Inhalts werden außer von Professoren nur noch von Arbeitern gekauft und gelesen. Eine politische und soziale Aufklärungsliteratur strengeren Stils ist in Riesenauflagen im Proletariat verbreitet worden. Wenn einmal ein Wahlrecht nach der politischen Bildung abgestuft werden sollte, das Proletariat brauchte um das Bestehen des Examens nicht besorgt zu sein, wie denn klar ist, daß wirkliches politisches Leben überhaupt nur in der Arbeiterschaft herrscht. Diese durch schwere Tagesarbeit abgerackerten Proletarier setzen sich abends in ihre Stube und lesen von Anfang bis zum Ende ihre oft schwerflüssige Zeitung, sie gehen in politische Versammlungen und beschäftigen sich in wissenschaftlichen Vorträgen und Diskussionsabenden mit den schwierigsten Problemen der menschlichen Gesellschaft. Von der Partei und Gewerkschaft ist in der Tat so etwas geschaffen worden, wie eine pädagogische Provinz, in der das Proletariat für seine geschichtliche Mission erzogen wird.

Indessen, in demselben Maße, in dem sich der Kommunismus der Bildung aus eigener Kraft der Masse, der Tendenz nach, siegreich durchringt, um so größer werden doch die Schwierigkeiten des Ausgleichs zwischen den idealen Möglichkeiten und den harten Realitäten. Jeder, dem das Glück beschieden ist, im Proletariat zu wirken, wird Stunden haben, in denen ihn der Zwiespalt niederbeugt. Und um die Depression zu überwinden, muß er immer dann ein wenig in die Öde studentischer und gut bürgerlicher Kreise hinabtauchen, um den ganzen Unterschied proletarischer Regsamkeit und bürgerlicher Stumpfheit tröstlich zu verspüren. Aber gerade weil in der Arbeiterschaft die Möglichkeit zur höchsten Kulturentfaltung gegeben ist, darum quält die Einsicht in die scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten, die ihr Schranken setzen.

Die alte Generation der Arbeiterführer gewann die Formen ihrer Weltanschauung, indem sie die großen Ideen und die kühn aufstrebende Logik jener Meister des Sozialismus buchstabierte. Das Material der aktuellen Politik und der Einzelwissenschaften blieb zunächst außerhalb ihres Gesichts-

feldes. Sie gewannen erst den festen Grundriß ihres Geistes, dann wuchsen sie allmählich in der öffentlichen Betätigung selbst in die Fülle der lebendigen Dinge hinein. Sie füllten die allgemeinen Formen, die sie beherrschten, stofflich aus. Die Entwicklung der einzelnen hielt gleichen Schritt mit dem Aufstieg der allgemeinen Bewegung aus kleinsten einfachsten Anfängen. Ganz anders heute! Indem die heutige Arbeitergeneration in das öffentliche Leben eintritt, flutet über sie eine unübersehbare Fülle von Einzelerscheinungen, die schon als bekannt vorausgesetzt werden. Jede Zeitungsnummer redet in Namen, Begriffen, Tatsachen zunächst eine völlig fremde Sprache. Das ganze Leben in seiner unermeßlichen Mannigfaltigkeit richtet sich vor ihrem Geiste auf einmal auf und heischt, von ihr bewältigt zu werden. In karg bemessenen ermüdeten Stunden, mit den primitivsten Hilfsmitteln, ohne vorher irgendwie ausgerüstet zu sein, soll der junge Arbeiter das ganze Chaos der Probleme im ordnenden Bewußtsein einheitlich bewältigen. Die Gefahr liegt nahe, daß er bei allem hingebenden Eifer dem Anprall erliegt und statt der geistigen Durchdringung sich auf eine äußerliche buchstabenmäßige, unsicher tastende und flüchtig gleitende Aneignung beschränkt. Heutige Zeitungen, Versammlungsreden, auch Broschüren und Bücher, selbst Bildungsvorträge einfachster Art setzen doch immer schon ein Maß von Kenntnissen voraus, die der junge Arbeiter nicht besitzt. Oft macht ein einziges Fremdwort, das er wegen Mangels an sprachlicher Vorbildung nicht genau erfassen kann, ihm unendliche Schwierigkeiten, und das halbe ahnende Verständnis gewöhnt ihn daran, in Worten und Vokabeln, statt in Sachbegriffen, frei nachschaffend, zu argumentieren.

Die Volksschule versagt völlig. Sie gibt ihm schlechterdings nichts für das Leben mit. Ich habe oft in meinen Bildungsvorträgen, die ich auch in entlegenen kleinen Orten halte, Gelegenheit, erschreckt zu beobachten, wie wehrlos die Volksschule die Jugend macht, anstatt sie zu rüsten für die künftigen Aufgaben eines Staatsbürgers. Die Anfüllung der Gehirne mit kirchlichen und geschichtlichen Legenden ist ein Verbrechen an der Schule und den Menschen, die ihr anvertraut sind. Die wenigen Jahre, die die Proletarierkinder in einiger Freiheit ihrer Ausbildung widmen könnten, werden vielfach vergeudet. Es kann gar nicht anders sein; eine Schule, die beabsichtigt, die Heiligkeit des Vergangenen den Seelen einzuprägen, muß künftige Krüppel erziehen. Jede fruchtbare Bildung kann immer nur von einem großen Zukunftsziel ausgehen. Die Volksschule will bewußt von der Kultur absperren, weil sie von einem Staate unterhalten wird, dessen herrschende Klassen fürchten, daß eine zu geistiger Begehrlichkeit erzogene Jugend und ein für die Aufnahme aller Bildung gerüstetes Proletariat nicht mehr geneigt ist, sich den kapitalistisch-feudalen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen, unter die die große Masse der heutigen Menschheit gebeugt ist. So wird die spätere Selbsterziehung des Proletariats nicht durch die Schule vorbereitet und ermöglicht, sondern im Gegenteil: die Bildungsarbeit muß erst mit der Forträumung des Schulgestrüpps beginnen. Die Volksschule liefert die Kinder an das Leben aus, ohne wissenschaftliche, künstlerische, politisch-soziale Disposition. Das Lehrziel der heutigen Massenschule ist erreicht, wenn der reifende Mensch vielfach in Dunkelheit und Unkenntnis über sich gedrillt ist. Die proletarische Bewegung braucht aber Köpfe, die dem Bürgertum nicht nur gewachsen, sondern überlegen sind.

Wie können die Arbeiterorganisationen mit ihren bescheidenen Mitteln diese Aufgabe lösen? Ein ganzes Heer von Wissenschafts- und Kunst-

beamten wird besoldet, nur um ein paar tausend Söhne der besitzenden Klassen für die Regierung und Verwaltung, für den Rechts- und Medizinbetrieb, für die Forschung und die Kunst zu erziehen. Der Staat verfügt über eine zahllose Menge von besoldeten Sachverständigen, deren ganze Lebensaufgabe darin besteht, irgendein Teilproblem, eine einzelne Frage des politischen und sozialen Lebens zu bearbeiten. Was die gesamte Staatsmacht für eine winzige Minderheit, nicht einmal allzu reichlich, leistet, sollen die Millionen der Besitzlosen aus eigener Kraft sich selber geben. Ist diese Aufgabe einer wissenschaftlichen, künstlerischen, sittlichen und auch körperlichen Gesamterziehung durch sich selbst überhaupt denkbar, geschweige zu lösen? Ohne die stärksten Erzieher, das harte Leben selbst und den aufs höchste gespannten Willen, wäre die Aufgabe freilich eine leere Utopie. So aber *hat* sie die moderne Arbeiterschaft in der Tat übernommen, und sie ist rüstig an das Werk gegangen, ohne vor den Hindernissen zurückzuschrecken. Sie weiß, daß sie helle Köpfe braucht. Seit dem Mannheimer Parteitag stehen die Bildungsbestrebungen im Vordergrund des Interesses, und wenn vielleicht die Bewegung selbst äußerlich in den letzten Jahren stiller geworden scheint und weniger in die Ohren wirkend, so ist es eben die geräuschlose und tiefe Arbeit scheinbaren Rastens, die unabhängig von allen lauten Erfolgen des politischen Marktes vorwärtsdringt und Zukunft säet.

Unbeachtet blieb dieses stille Erziehungswerk nicht. Mit dem Kriminalblick des Jahrhunderte hindurch geübten Polizeimeisters hat die preußische Staatsgewalt die Massenbildung seit jeher nicht aus den Augen verloren und stetig beobachtet. In dem mit Hilfe eines entarteten Liberalismus geschaffenen Reichsvereinsgesetzes erkennt man deutlich die Spuren von Befürchtung. Der Ausschluß der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren von politischen Versammlungen ist gegen die neuen Jugendbildungsbestrebungen der deutschen Arbeiterschaft gerichtet. Längst sind die maßgebenden Kreise auf die Lücke aufmerksam geworden, die zwischen der wahrhaft preußischen Volksschule und dem Eintritt in den nicht minder wahrhaft preußischen Militärdienst klafft. In dieser Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahr rafft sich die stürmisch aufdrängende Kraft die Elemente der künftigen Weltanschauung, die später nicht mehr überwunden wird, wenigstens nicht bei den bereits ins Erwerbsleben gestellten drei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren. Es läßt sich voraussehen, daß die negative Jugendklausel im Reichsvereinsgesetz eine positive Ausfüllung durch irgendeine Form staatlichen obligatorischen Jugendunterrichts finden wird. Daß man zunächst alle möglichen gutgesinnten Jugendvereinigungen gründen wird, um jene Lücke auszufüllen, ist ebenfalls selbstverständlich.

Außerhalb solcher besonderen staatlichen Schwierigkeiten aber ist die ganze deutsche Entwicklung ein schweres Hemmnis für die Durchdringung der gesamten Nation mit dem Kulturbewußtsein, das die geistige und materielle Arbeit der Jahrtausende erobert hat. Kein zivilisierter Staat ist so sehr vom Kommunismus der Bildung, dieser Voraussetzung jeder wirklichen Nation, entfernt, als gerade Deutschland. Die Spannung zwischen der Welt der bürgerlichen Bildung und dem Reich der handarbeitenden Masse hat nicht nachgelassen, sondern zugenommen. In Preußen gibt es nur ganz selten einen Aufstieg aus den Massen zu den Stellen höherer Ausbildung. Der *eine* Student der Juristerei proletarischer Herkunft, der bestenfalls im Durchschnitt jedes Jahr auf preußischen Universitäten angetroffen wird, ist typisch für die antidemokratische Richtung der deutschen Gesellschaft.

Niemals hat die deutsche Literatur Männer hervorgebracht, die so in das unmittelbare staatlich-gesellschaftliche Leben und in alle Breiten und Tiefen des Volkes gewirkt haben, wie die Heroen in anderen Kulturen. Wie eingesperrt in enge Zirkel ist schließlich ein Lessing oder ein Schiller (die übrigens durch den Zwang der Rechtsordnung apolitisch sein mußten) gegen die weltbewegenden Voltaire oder Rousseau. Wo haben wir heute in Deutschland einen Zola oder Anatole France, einen Edmondo de Amicis oder Björnson, einen Tolstoi oder Gorki, einen Ruskin oder Crane! Wo ist bei uns die University extension, die in den angelsächsischen Kulturen blüht, wo die Studenten, die ihr höheres Wissen dermaßen in den Dienst des allgemeinen Unterrichts stellen? *) Steigt einmal ein Professor zu den Massen bei uns herab, so will er bekehren. Daher das tiefe Mißtrauen gegen alle Volksbeglückerbestrebungen von oben, das in der deutschen Arbeiterschaft häufig herrscht.

Diese nationale Zerreißung wirkt zunächst ungünstig auf die Intellektuellen selbst. Wissenschaft und Kunst werden leicht exklusiv, vergeuden ihre Kraft vielfach in den geistig minder begehrlichen privilegierten Klassen und werden schließlich in ihrem innersten Wesen deformiert, indem sie sich einerseits den Weisungen der Staatsgewalt und dem Geschmack des kaufkräftigen Publikums anpassen, sodann aber, ihre innere Unfruchtbarkeit für eine wahrhaft nationale Bildung empfindend, sich in spezialistischen Dünkel verlieren. Losgelöst von dem Mutterboden des Volkstums werden ihre Träger ein Erzeugnis der Familieninzucht und erreichen so auch an persönlicher Fähigkeit bei weitem nicht das mögliche Maß.

In der Rückwirkung auf die Masse der geistig Entbehrenden und Begehrlichen äußert sich diese beklagenswerte Trennung der Intellektuellen von der aufsteigenden Klasse darin, daß es nun auch im deutschen Proletariat an erziehenden Kräften mangelt. Es schwillt zwar das geistige Proletariat an, aber diese Kraft liegt brach, verkümmert und wird nicht nutzbar gemacht für die Kulturbewegung des Proletariats. In den großen Industriezentren kann für die geistigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft noch allenfalls gesorgt werden. Sowie man aber von der Heerstraße abbiegt, trifft man überall in Deutschland jene Arbeiterorganisationen, die sich mit unsäglich rührendem Eifer wissenschaftlich und künstlerisch zu bilden suchen und die doch aus der Wirrnis nicht herauskommen, weil es ihnen an jeder Anregung durch eine berufsmäßig geschulte Kraft fehlt. Die große Gemeinde der Freien Volksbühne in Berlin hat wohl die Mittel, die Arbeiterschaft zum Genusse der neunten Symphonie zu sammeln. In Berlin ist eine Arbeiterbildungsschule möglich, gedeihen gewerkschaftliche Fortbildungskurse, ist sogar eine Arbeiterakademie gegründet worden. Ähnliche Bestrebungen sind noch in einigen anderen großen Städten erfolgreich. Aber wer in die Provinz hinausgeht, der hat etwa Gelegenheit einer Märzfeier beizuwohnen, zu der die strebende Arbeiterschaft des Ortes mit großen Opfern — schon die Ersetzung der Kosten der Eisenbahnfahrt verschlingt die mühseligen Beiträge von Monaten — zwar einen bekannteren Festredner aus der Ferne sich hat kommen lassen, wo dann aber eine elende Dorfkapelle zu Ehren der Märzgefallenen den Walzer aus der Lustigen Witwe kratzt und ein erbarmungswürdiger Gesangschor in dem Mindestmaße von Zeit das Höchstmaß von falschen und unreinen Tönen erzielt. Diese Erscheinung verdient keinen Spott, sondern sie enthält

*) Wir erinnern an die Arbeiterfortbildungskurse der „Deutschen freien Studentenschaft". Die Red.

die tiefe Tragik der besten Elemente der Nation, die nicht nur ausgeschlossen sind von den materiellen Gütern des Lebens, sondern deren heißer Drang nach geistigem Brot nur mit Steinen befriedigt werden kann. Hier entblößt sich aber auch die schwerste Schuld der deutschen Intellektuellen. In allen Zentren lungern müßig und verdrossen junge Gelehrte, Künstler, Dichter, Maler und Musiker, die ihr Los beklagen, weil sie ins Leere arbeiten. Sie darben materiell und seelisch, da sie im Grunde keine Mission haben. Die Arbeiterschaft aber wendet verhältnismäßig hohe Beträge von ihren niedrigen Löhnen an, um sich die Möglichkeit wissenschaftlicher und künstlerischer Erziehung zu leisten. Die Nachfrage nach Kräften ist groß, das Angebot gering und oft von minderem Wert. Ist ein Ausgleich möglich, wird irgendwo ein Weg sichtbar, der in Deutschland die Intellektuellen der großen nationalen Bildungsaufgabe dienstbar machen könnte?

Es ist wenig Hoffnung. Jene jungen Leute besserer wissenschaftlicher Ausbildung und künstlerischen Talents müßten vor allem sich daran gewöhnen, ohne all die Eitelkeit und den Plunder eines höheren Menschentums als schlichte Arbeiter unter die Arbeiter zu gehen, ohne irgendeinen anderen Ehrgeiz, als von ihren Kräften aus reinem Willen der Allgemeinheit zu leisten, was sie vermögen. Dennoch scheint es mir nicht ganz ausgeschlossen, daß sich allmählich in den wissenschaftlichen und künstlerischen Bezirken Produzentenorganisationen bilden, für die die Arbeiter dann die Konsumgenossenschaften bilden. Insbesondere ließe sich auf künstlerischem Gebiete eine derartige Organisation schaffen. Eine Gruppe von jungen ehrlich strebenden und leistungsfähigen Künstlern aller Art, die der Arbeiterschaft für all ihre festlichen Veranstaltungen zur Verfügung stände, könnte auch wirtschaftlich ihr Fortkommen als Berater und Mitwirkende der Arbeiterbestrebungen finden. Auf dem künstlerischen Felde wäre das Mißtrauen leichter zu überwinden, als auf dem wissenschaftlicher Aufklärung. Aber auch hier ist eine Annäherung zwischen den Lagern, ein ehrliches Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Bildung, ein immer dringender werdendes Bedürfnis.

Der Kommunismus der Bildung ist nicht zum wenigsten eine Lebensbedingung der berufsmäßigen Bildner. Das Wesen der Bildung selbst steigt mit ihrer Verallgemeinerung. Sie wird Natur, indem sie Kultur der Gesamtheit durchführt; und vor allem würde die Sozialisierung der Bildung jenen geschichtlichen Fluch von der deutschen Kultur nehmen, der die geistige Trainierung in Gegensatz zur Erziehung des Willens geleitet hat. Alle Bildung ist letzten Endes Strategie des Willens. Das Elend der deutschen Politik, die Ausschaltung der Nation von der Leitung seines eigenen Schicksals, die politische Farblosigkeit und Unreife der deutschen Nation, die kleinbürgerliche Unentschlossenheit und Charakterschwäche eines Volkes, das sich niemals die demokratische Selbstbestimmung erobert hat, beruht in der Wurzel auf der Zerklüftung der allgemeinen Bildung, die nicht nur die Menschen auseinandergerissen hat, sondern auch den Intellekt und den Willen, die Idee von der Tat. Erst der Kommunismus der Bildung wird aus der bloßen, sich selbst genügenden Literatur eine Kultur des Handelns gestalten.

# J. W. HARRISON, ADELAIDE: 30 MONATE ARBEITERMINISTER.


HOMAS Price, der Ministerpräsident von Südaustralien, kann nicht die Auszeichnung beanspruchen, der erste Arbeiterminister in Australien zu sein, denn John Christian Watson genoß diese Ehre im Commonwealth-Parlament. Auch ist das gegenwärtige Ministerium nicht ausschließlich aus Arbeitern resp. aus Mitgliedern der Arbeiterpartei zusammengesetzt.

Das gegenwärtige Kabinett Südaustraliens besteht nur aus 4 Ministern, von diesen sind im Ministerium Price 2 Vertreter der Arbeiterpartei und 2 vorgeschrittene Liberale, allerdings so vorgeschrittene, daß ihre Politik derjenigen der Arbeiterpartei nahe genug steht, um eine Koalition ohne einen Umstoß der Prinzipien zu ermöglichen. Dennoch wird später gezeigt werden, daß in einer wichtigen Frage eine vorausgehende Anpassung nötig war, um eine Reform zu sichern.

Bei den allgemeinen Wahlen im April 1905 gelangten in das Unterhaus 15 Mitglieder der Arbeiterpartei, 9 Liberale und 18 Konservative, bei einem Gesamtbestand des Hauses von 42 Mitgliedern. Der damalige Ministerpräsident Butler befand sich somit, obgleich er über die größte Partei verfügte, dennoch in einer hoffnungslosen Minorität gegen die Koalition der Arbeiterpartei und der Liberalen, und sein Schicksal war besiegelt. Nichtsdestoweniger verharrte er auf dem Posten und schlug ungefähr dasselbe Benehmen wie Mr. Balfour in England ein, indem er die Einberufung des Parlaments so lange als möglich hinausschob, in seiner engen Denkweise immer hoffend, daß sich noch irgendetwas ereignen würde. Aber das Wunderbare geschah nicht, und so trat denn endlich am 20. Juli das Haus zusammen. Sobald die einleitenden Formalitäten vollendet waren, brachte der Führer der Arbeiterpartei Mr. Price einen Antrag an, der die Geschäftsführung den Händen der Regierung entwand, indem er eine Vertagung beantragte, die auch mit einer Majorität von 7 Stimmen angenommen wurde.

Jeder Ministerpräsident mit einiger Selbstachtung würde hierauf natürlich sein Amt niedergelegt haben, aber Mr. Butler klammerte sich an seine Stellung mit der Zähigkeit einer Klette und war daher 5 Tage später, als das Haus wieder zusammentrat, noch immer im Amt. Wieder brachte Mr. Price seinen Antrag ein, und wieder ergab die Abstimmung dasselbe Resultat. Diesmal mußte Mr. Butler das Feld räumen, und Price mit seinen Kollegen traten in die Ämter ein.

Die Arbeitervertreter und die Liberalen waren hauptsächlich gewählt worden auf Grundlage der Frage einer Herabsetzung der Anforderungen an das Einkommen der Wähler für die gesetzgebende Körperschaft. Die Arbeiterpartei verlangte allgemeines Wahlrecht aller Erwachsenen, die Liberalen Herabsetzung der Einkommensforderung von 25 Pfund Sterling jährlich auf 15 Pfund. Daher mußte die Arbeiterpartei, um sich den Zusammenschluß zu sichern, ihre Forderung in Übereinstimmung mit der liberalen Partei bringen, denn diese konnte entsprechend den von ihr bei den Wahlen eingegangenen Zusicherungen nicht mehr weitergehen. Es wurde eine Vorlage eingebracht, die das Einkommen von 15 Pfund Sterling festhielt, und der Arbeiterminister dachte klugerweise, daß, wenn man nicht alles haben kann, man schließlich auch weniger nimmt.

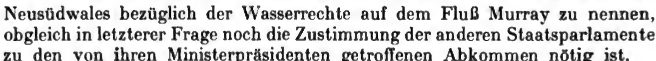
Diese Politik der Mäßigung brachte dem Ministerpräsidenten und seiner Partei heftigen Tadel ein seitens jener konservativen Politiker und Zeitungen, die ohnedies lebhafteste Mißstimmung über die Einigung der beiden Reformparteien, wie über die vernünftige Mäßigung der als revolutionär erschienenen empfanden. Die Bill wurde vom Unterhaus angenommen und ging dann an das Oberhaus, das darüber herfiel und sie in Stücke zerpflückte. Es verschmolz einige der unwesentlichen Teile mit einer anderen Bill, die gleichfalls Wahlreformen betraf, und sandte dieses Sammelsurium dem Unterhaus zurück.

Es wurde jede Anstrengung gemacht, um dies konservative Oberhaus einer vernünftigen Erwägung zu gewinnen, aber erfolglos, und schließlich verlangte Mr. Price vom Gouverneur die Auflösung.

Der Gouverneur Sir George le Hunte wollte zuerst weniger radikale Mittel versuchen und weigerte sich, worauf Price sein Präsidium niederlegte. Butler wurde mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, aber seine Versuche mißlangen, und nun mußte der Gouverneur dennoch die Auflösung beschließen.

Bei den folgenden Wahlen gewann die Arbeiterpartei 5 Mandate auf Kosten der Konservativen. Wieder wurde die Vorlage eingebracht und wieder im Oberhaus verworfen. Aber obgleich es Price nunmehr freistand, entweder die Auflösung beider Häuser zu verlangen oder die Hinzuwahl von weiteren 50% der Mitglieder für das Oberhaus zu fordern, unterließ er dies angesichts der ihm gegebenen Beweise einer förmlich kindischen Feigheit. Hierdurch dokumentierte Price sowohl Mut als strategische Befähigung. Zweifellos hätte eine Neuwahl für beide Häuser oder eine Hinzuwahl für das Oberhaus dem Fortschritt einen Zuwachs an Kräften gebracht. Aber es lag noch nicht im Bereiche der Möglichkeit, durch eine der beiden Methoden eine Majorität zugunsten der Bill im Oberhause zu erlangen. Inzwischen war jedoch die Sache in allen Kreisen allgemeines Gespräch geworden, und je mehr die Leute darüber sprachen, um so mehr wurden sie für die Sache erzogen, um so sicherer wurde der schließliche Erfolg. Geduldig wartete Price, und in der Geschäftsperiode von 1907 brachte er den Antrag nochmals vor. Diesmal bekamen die widerspenstigen Mitglieder des Oberhauses Angst, und nach einigem Sträuben und Wehren, dem zahlreiche Konferenzen zwischen den Häusern folgten, wurde schließlich ein Kompromiss geschlossen das sich auf ein Mindesteinkommen von 17 Pfund Sterling einigte. Es ist noch unbekannt, wieviele neue Wähler hierdurch gewonnen wurden, aber man kann vertrauensvoll annehmen, daß auf jeden Fall das Oberhaus bei den nächsten Wahlen eine Zufuhr liberaler Elemente erhalten wird.

Die zweite große Forderung der Reform der Parteien, die progressive Grundsteuer, war jedes Jahr eingebracht und mit Leichtigkeit abgelehnt worden, denn der Schatzmeister konnte seine Annahme zufolge des reichlichen jährlichen Überschusses im Staatshaushalte nicht erzwingen, da das Oberhaus immer in der Lage war zu antworten, „es ist ohnedies ein Überschuß vorhanden und darum werden weitere Einkünfte nicht erforderlich“. Es dürfte selten vorkommen, daß ein Schatzsekretär durch das Vorhandensein von zuviel Geld mattgesetzt wird! Immerhin konnte die Regierung eine erkleckliche Zahl kleinerer Reformen durchführen, darunter eine neue Bill für Fabriken, durch welche die Zahl jener Industrien, für die Lohnämter eingesetzt werden können, vermehrt wurde. Als weitere Taten sind die Übernahme der städtischen Straßenbahnen in die Verwaltung der Gemeinde, die Regelung der staatlichen Rechte zwischen Südaustralien, Victoria und



Neusüdwales bezüglich der Wasserrechte auf dem Fluß Murray zu nennen, obgleich in letzterer Frage noch die Zustimmung der anderen Staatsparlamente zu den von ihren Ministerpräsidenten getroffenen Abkommen nötig ist.

Price hat auch ein Übereinkommen mit dem australischen Premierminister getroffen, bezüglich der Zession des Nordterritoriums an den Commonwealth als eine von Südaustralien völlig getrennte Einheit. Eine Bill zur Bestätigung dieses Übereinkommens ist vom südaustralischen Parlament angenommen worden, da alle Parteien empfinden, daß der Staat ein so großes Gebiet, das die Frage der schwarzen und weißen Arbeiterschaft einschließt, nicht länger halten kann. Das Übereinkommen muß noch vom Commonwealth-Parlament bestätigt werden. Alle diese drei Fragen sind jahrelang unter den verschiedensten Regierungen in der Schwebe gewesen und haben vergebens auf Beachtung und Regelung gewartet. Überdies hat Price einen Minimallohn von 7 Schilling täglich für jeden erwachsenen Arbeiter in den der Regierung gehörigen Betrieben festgesetzt. Und schließlich, vielleicht das Wichtigste von allem, er hat das Erziehungswesen reorganisiert. Er nahm hierzu kühn den Oberlehrer einer Vorstadtschule, der ihm der geeignetste Mann erschien, und setzte ihn zum obersten Direktor des Erziehungswesens über zahlreiche offizielle Vorgesetzte ein, mit einer Machtbefugnis, die nur noch dem Ministerpräsidenten unterstand. Gemeinsam gingen sie so an das große Werk der Reorganisation mit einer einzig dastehenden Tatkraft, die ihre Wirkung auf die heranwachsende Generation, der die Zukunft des Staates anheimgegeben wird, nicht verfehlen kann.

Als Minister Price vor kurzem zur Teilnahme an der Franco-Britischen Ausstellung und zur Wiederherstellung seiner durch rastlose Arbeit von 2½ Jahren etwas erschütterten Gesundheit eine Erholungsreise nach Europa antrat, äußerte sich „The Register", das konservative und somit ihm politisch feindliche Blatt von Adelaide folgendermaßen: „Was soll man zu den administrativen Fähigkeiten dieses Steinschneiders sagen, der Ministerpräsident wurde? Niemand wird bestreiten, daß er die kühnsten Erwartungen übertraf. Er selbst leugnet nicht, daß er manche Fehler beging, aber es kann nur der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß Price seine Stellung als Minister befestigt hat, nur Vorurteilsvolle können daran zweifeln. Wir stehen in einer Zeit schwerer Prüfungen, leicht hätten Irrtümer angesichts großer nationaler Fragen, die den ruhigen Überblick des Staatsmannes, die tiefe analytische Erwägung, logisches Denken erfordern, begangen werden können. Die Erfolge, die der Ministerpräsident errang, waren reiche, und er braucht sich seiner Arbeit nicht zu schämen. Obwohl vorwiegend ein Mann der Arbeiterpartei, hat er in lobenswerter Weise erkannt, daß politische Parteilichkeit unangebracht ist bei einem Minister, der dem Volk als ganzem und nicht nur einer Gruppe desselben dient."

Der Präsident des Board of Trade äußerte gleichfalls bei einer Zusammenkunft von Interessenten der Franco-Britischen Ausstellung, daß der Ministerpräsident die Verwaltungsangelegenheiten Südaustraliens in bisher unübertroffener Weise geleitet habe. „Der Ministerpräsident hat Aufsehen erregt durch die ehrliche männliche Art, in der er die Staatsgeschäfte führte. Die Erfahrung hat seine Anschauungen erweitert, er ist nicht mehr ein Politiker, sondern ein Staatsmann. Australien steht auf der Höhe seiner Blüte und der Minister hinterläßt bei seiner Abreise ein Andenken, das bisher in der Geschichte des Staates einzig dasteht."

◈

# C. HUTCHINSON, WELLINGTON: DIE JÜNGSTEN TENDENZEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG NEUSEELANDS.

SOZIOLOGEN vieler Länder haben in den letzten Jahren Neuseeland, dieses interessante soziale Laboratorium, besucht und bei der Rückkehr in ihre Heimat Bücher geschrieben mit Titeln wie: „Ein Land ohne Streiks“, „Sozialismus ohne Dogma“, „Die Lösung der Arbeiterfrage“ usw. Würden sie jetzt hierher zurückkehren, so würden sie entdecken, daß sich alles bei uns verändert hat, und man könnte ihnen nicht verargen, wenn sie zu der Überzeugung kämen, daß unsere Arbeitergesetzgebung in die Rumpelkammer gewandert ist.

Vor wenigen Tagen hat der Apellgerichtshof entschieden, daß eine Geldstrafe, die einem Trade-Unionist für Teilnahme, Förderung oder Anreizung zum Streik auferlegt wird, keine Sühne darstellt und daß sie letzten Endes durch Gefängnis im Höchstmaß von einem Jahre abgelöst werden muß. Gleichzeitig mit diesem Gerichtsurteil legte der Arbeitsminister, ein ehemaliger Streikführer, dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des „Industrial Conciliation and Arbitration Act“ vor.

Durch das ganze Land haben Arbeitervereinigungen, Trade Councils und Unternehmervereine miteinander darin gewetteifert, durch Resolutionen und Deputationen an den Arbeitsminister diese Vorschläge mit seltener Einstimmigkeit und Heftigkeit zu verwerfen. Der Grund hierfür wird am besten klar aus einer kurzen Auseinandersetzung des Unterschieds zwischen den Vorschlägen der Bill und dem gegenwärtigen Gesetz.

Gegenwärtig bestehen die Conciliation Boards aus fünf Mitgliedern, zwei von den Arbeitervereinigungen, zwei von den Arbeitgebervereinen gewählt, das fünfte, dem das Präsidium zufällt, von der Regierung bestimmt. Sie stellen eine ständige Gerichtsbarkeit erster Instanz in jedem industriellen Bezirk dar, hören die Streitigkeiten, treffen Anordnungen, gleichviel ob die andere streitende Partei anwesend ist oder nicht, und diese Übereinkommen haben gesetzliche Kraft, wenn nicht innerhalb dreißig Tagen nach ihrer Eintragung in die Liste durch den Schiedsrichter Einspruch erhoben wird.

Es steht jedem Teil frei, den Board vollständig zu ignorieren und einfach zu erklären, daß er die Absicht hat, an den Arbitration Court zu appellieren (es gibt nur einen einzigen solchen Gerichtshof im ganzen Lande), sobald das Schiedsgerichtsurteil ausgesprochen ist. Dies ist der gewöhnliche von den Arbeitern eingeschlagenen Weg und darum sind die Mitglieder des Courts in einem Zustand ständiger Überfüllung, der trotz fortwährender außerordentlicher Leistungen nicht behoben werden kann. Um diesem Übelstand zu steuern, hatte der Minister die unglückliche Idee, die Conciliation Boards (Einigungsämter) abzuschaffen und an ihre Stelle Industrial Councils zu setzen. Diese Councils bestehen aus sieben Mitgliedern, von denen drei durch die betroffenen Unternehmer empfohlen werden, während im ganzen sechs vom Gouverneur bestimmt werden. Das siebente Mitglied, zugleich der Präsident, wird von den sechs anderen gewählt und, falls eine Einigung nicht erzielt wird, vom Gouverneur bestimmt. Jeder der sechs Schiedsrichter muß in dem speziellen Industriezweig, den die Streitigkeit betrifft, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gewesen sein, und gegen die gefällte Entscheidung

kann nicht Berufung eingelegt werden, außer mit Einwilligung des Schiedsgerichtes, wenn es sich um gesetzliche oder tatsächliche Berichtigungen handelt. Nach Fällung des Schiedsspruches ist der Industrial Council von selbst wieder aufgelöst.

Die Arbeitgeber erklären nun, daß die gewählten Mitglieder des Schiedsgerichtes Parteigänger sind, die Entscheidung naturgemäß vom Präsidenten abhängt, und daß es unmöglich ist, einen genügend gerechten und unparteiischen Richter zu finden, der beide Teile befriedigen könnte; folglich müßten diese Tribunale versagen. Andererseits erklären die Arbeiter, daß sie selten gute Vertreter ihrer Interessen finden, weil diese befürchten müßten, ihre Stellung zu verlieren. Sie behaupten ferner, daß, da Versöhnung das Grundprinzip des im Jahre 1894 von Mr. Reeves eingeführten Gesetzes war, die gegenwärtigen Vorschläge eine völlige Verzerrung der Grundprinzipien bedeuten.

Die anderen hauptsächlichen Abänderungen, die für das gegenwärtige Gesetz vorgeschlagen werden, sind die folgenden: Eine klare Umwandlung nichtbezahlter Geldstrafen für irgendeinen Bruch eines schiedsrichterlichen Urteils in Gefängnisstrafen. Jedes Mitglied ist bis zur Höhe von 10 Pfund Sterling haftbar für die Bezahlung irgendeiner seinem Verbande auferlegten Geldstrafe. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, von den Löhnen fällige Strafgelder für Nichteinhaltung eines schiedsgerichtlichen Urteils in Abzug zu bringen in der Höhe von 25 % des Lohns. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft. In keinem Verband darf ein anders als ehrenamtlich arbeitendes Mitglied eine beamtete Stellung einnehmen.

Der Trade Union Act von 1879 wird widerrufen. Jede Gewerkschaft, die mit irgendeiner Organisation, deren Zentralbehörde außerhalb Neuseelands ihren Sitz hat, zusammengeschlossen ist, muß wenigstens drei Viertel ihres Gesamtgeldbestandes unter ihrer eigenen Kontrolle in Neuseeland bewahren.

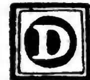
Den Arbeitgeber- und -nehmer-Vereinigungen wird das Recht gegeben, von Nichtmitgliedern, die in derselben Industrie beschäftigt sind, einem dem Mitgliedsbeitrag entsprechenden Beitrag in der Form der Subskription oder Abgaben einzuziehen. Es steht diesen Beitragzahlenden frei, nach Belieben Mitglied zu werden oder nicht.

Dieser letzte Vorschlag ist die Antwort des Ministers auf das Verlangen, daß die Gewerkvereinsmitglieder bei der Vergebung von Arbeit gesetzlich bevorzugt werden sollen.

Die vielgepriesene Lösung der Arbeiterfrage in Neuseeland scheint in der Tat ferner zu sein denn je. Äußerungen wie die des Arbeitsministers beweisen es. Ein Mitglied der Labour Deputation sprach sich folgendermaßen aus: „Die Arbeiterschaft erträgt vieles, aber als einer ihrer Führer erkläre ich, daß, wenn diese Bill Gesetz wird, sie einen der größten industriellen Aufstände herbeiführen wird, die Australien jemals gesehen hat.“ Und ein zweiter Sprecher fügte hinzu: „Wenn diese Bill angenommen wird, was, wie ich hoffe, nie der Fall sein wird, wird es keine Eintragung der Gewerkschaften mehr geben. Den heute bestehenden wird nur ein Weg übrig bleiben, jedwede Zustimmung zu diesem Gesetz zu versagen.“

Es ist zweifellos, daß die Arbeiterpartei und die Liberalen am Scheidewege angelangt sind, und daß der Modus vivendi zwischen Kapital und Arbeit, den Mr. Seddon für ein Dutzend Jahre so kunstvoll zusammengeflickt und ausgebessert hat, am Vorabend des Zusammenbruchs steht. Die Arbeiterpartei scheint entschlossen, auch hier, wie allenthalben, das Spiel zu wagen: zu gewinnen oder zu verlieren.

# BIBLIOTHEKAR CH. TELLEFSEN, CHRISTIANIA: ARBEITERAKADEMIEN IN NORWEGEN.



IE Unterrichtsanstalten, die in Norwegen Arbeiterakademien genannt werden, können nicht einem bestimmten Zweig des Unterrichtswesens zugerechnet werden. Als Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, in Form von freien Vorlesungen den breiten Schichten des Volks, namentlich den eigentlichen Arbeitern systematisch geordnete, allgemeinbildende Kenntnisse mitzuteilen, stehen sie völlig abgesondert für sich. Es gibt keine andere Einrichtung in Norwegen, die, was Plan und Zweck anbetrifft, sich den Arbeiterakademien an die Seite stellen ließe. Beiläufig mögen hier doch ein paar Unterrichtsanstalten Erwähnung finden, die ebenfalls die Aufklärung der unbemittelten Klassen zum Zweck haben. So haben bereits seit einer Reihe von Jahren in einzelnen größeren Städten des Landes technische Abendschulen bestanden, wo die Arbeiter sich technische Fachkenntnisse erwerben können. In Christiania hat weiter der norwegische Studentenverein — „Norsk Studentersamfund" — schon seit längerer Zeit Kurse eingerichtet, wo unentgeltlich Unterricht in den allgemeinen Schulfächern erteilt wird, und in der letzten Zeit hat der Verein auch die Vorträgeveranstaltung in seinen Lehrplan aufgenommen. Man kann ja auch in dieser Verbindung die Volkshochschulen auf dem Lande anführen, die einen etwas weitergehenden Unterricht der Bauernburschen und -mädchen bezwecken. An der Universität in Christiania und an „Bergens Museum" haben ferner seit mehreren Jahren Sommerkurse bestanden, die das mit den Arbeiterakademien gemeinsam haben, daß sie durch populärwissenschaftliche Vorlesungen Kenntnisse auf den verschiedenen Zweigen der Wissenschaft verbreiten. Aber diese Sommerkurse, die ein direktes Glied in der „University Extension"-Bewegung sind, legen ihre Tätigkeit wesentlich mit dem Hinblick auf die Lehrer und Lehrerinnen der Volksschule an, und wie schon ihr Name andeutet, werden sie nur im Sommer abgehalten, während der Unterricht an den Arbeiterakademien ausschließlich während der Wintermonate stattfindet.

Wie erwähnt, ist die Form für den Unterricht an diesen Arbeiterakademien die freie Vorlesung, aber in vollständigen und systematisch geordneten Kursen. Der Unterricht umfaßt folgende Fächer: Gesellschaftslehre und Nationalökonomie, Naturwissenschaften (hierbei legt man besonderes Gewicht auf die Kenntnis vom Menschen, Anatomie und Physiologie) und Mathematik (Arithmetik und Geometrie), Geschichte (und zwar auch Kultur-, Literatur- und Kirchengeschichte) sowie Erd- und Völkerkunde. Auf diese Weise beabsichtigt man, jeden wichtigen Zweig des menschlichen Wissens den breiten Schichten des Volks zugänglich zu machen. Man hat bei Ausarbeitung des Lehrplans die Möglichkeit vor Augen gehabt, daß ein einzelner Zuhörer im Laufe von 3 bis 4 Jahren sämtliche Fächer der Reihe nach durchgehen kann, weshalb dafür Sorge getragen wird, daß Unterrichtsgegenstände von einem Jahr zum anderen abwechseln. Den Zuhörern wird angeraten, sich eine oder höchstens zwei Vortragsreihen im Semester auszuwählen und diesen in ihrer Gesamtheit beizuwohnen, indem man sie ausdrücklich darauf aufmerksam macht, daß wer eine oder die andere Vorlesung versäumt, dadurch gehindert werden würde, die folgende sich anzueignen.

Außer diesen systematisch geordneten Vortragsreihen hat man es für notwendig gefunden, ausgewählte Gegenstände, die zwar zum Lehrplan gehören, aber als brennende Tagesfragen oder an und für sich von besonderer Bedeutung sind, in Einzelvorträgen zu behandeln. Hierdurch hat man auch Leuten, die keine Zeit oder keine Lust dazu haben, einer zusammenhängenden Reihe von Vorlesungen beizuwohnen, Gelegenheit geben wollen, sich nützliche Kenntnisse in ausgewählten Gegenständen erwerben zu können. In dieser Weise hat man z.B. Vorlesungen über einzelne berühmte Forschungsreisen, über Luftschiffahrt, drathlose Telegraphie usw. gehalten. An vielen Akademien auf dem Lande und in mehreren Städten werden fast ausschließlich derartige Einzelvorträge gehalten. Man rät den Zuhörern, Hefte und Bleistift mitzubringen, damit sie sich das Wichtigste des Vortrags aufschreiben können, ebenso wie man gern den Anfang einer Vorlesung dazu benutzt, die Hauptpunkte aus dem vorhergehenden Vortrag kurz zu wiederholen. Von dem Unterricht werden alle politischen und religiösen Streitfragen ferngehalten. Ein mächtiges Mittel, um das Interesse der Zuhörerschar zu fesseln, besitzt man in der Vorführung von Lichtbildern, — die man wohl jetzt allgemein als das beste Anschauungsmittel erkannt hat.

Der Zutritt zu den Vorlesungen kann entweder wie an der Arbeiterakademie in Christiania völlig unentgeltlich für die Zuhörer — erwachsene Männer und Frauen — sein, oder er wird gegen ein unbedeutendes Eintrittsgeld oder gegen einen sehr niedrigen Jahresbeitrag gewährt. Man war der Meinung, daß auf diese Weise niemand durch Sparsamkeitsrücksichten am Besuch der Vorlesungen gehindert werden würde, was im besten Einklang mit dem demokratischen Gepräge dieser Einrichtungen steht. Die Beantwortung der Frage nach der Aufbringung der Mittel gibt gleichzeitig Aufschluß darüber, wie die Arbeiterakademien zustande kommen. Den ersten Anstoß dazu gibt gern ein einzelner Bürger der Gemeinde, der Interesse für die Sache hat, oder ein Jugendverein oder ähnliche, und indem man immer weitere Kreise in den Städten und auf dem Lande für die Sache gewinnt und dazu bringt, für sie zu arbeiten und zu werben, bildet sich gern als nächstes Glied in der Entstehungsgeschichte der Akademie ein sogenannter Arbeiterakademie-Verein, der durch Mitgliedsbeiträge und freiwillige Gaben die erste ökonomische Grundlage der Einrichtung schafft; außerdem wird die Leitung der Akademie aus der Reihe der Mitglieder eines solchen Vereins gebildet. Diese Leitung bestimmt auch, über welche Gegenstände unterrichtet werden soll, ohne daß in dieser Hinsicht ein Druck von irgendeiner anderen Autorität ausgeübt wird. Aber die Geldmittel, die auf diese Weise aufgebracht werden, sind nicht ausreichend, um alle die mit der Abhaltung der Vorlesungen verbundenen Ausgaben zu decken, weshalb die Leitungen weitere Beiträge entweder von den Gemeindebehörden, den Branntwein-Genossenschaften oder Sparbanken zu erhalten suchen. In der Regel wendet man sich auch nicht vergeblich mit solchen Ansuchen an diese öffentlichen Anstalten, was von dem großen Vertrauen zeugt, das man den humanitären Zwecken der Akademien entgegenbringt, und zugleich von der Bedeutung, die man ihrer Wirksamkeit, nützliche und geistveredelnde Kenntnisse zu verbreiten, beimißt. Endlich stellt sich der Staat äußerst entgegenkommend gegenüber den Forderungen der Akademien, und sein Beitrag macht oft ein Drittel des Gesamtbudgets der Akademien aus; der gesamte Betrag, den der norwegische Staat an sämtliche Akademien des Landes im Budgetjahr 1907 bis 1908 austeilte, belief sich auf 28 000 Kronen.

Die norwegischen Arbeiterakademien können in ein paar Jahren auf eine 25 jährige Tätigkeit zurückblicken, indem die erste Akademie des Landes, die in Christiania, im Frühling 1885 errichtet wurde.

Die Akademie in Christiania verdankt ihr Zustandekommen einer Anregung, die unmittelbar aus Arbeiterkreisen selbst hervorging, während sie zunächst nach dem Muster des gerade zu der Zeit in Stockholm errichteten „Arbetareinstitut" organisiert wurde, zu welcher Veranstaltung der Gedanke von dem bekannten schwedischen Kulturhistoriker und Arzt Dr. Anton Nyström ausgegangen war. — Es finden sich gegenwärtig über ganz Norwegen verteilt ungefähr 70 Arbeiterakademien, hiervon 40 in Städten und 30 in den Landgemeinden; die durchschnittliche Anzahl von Zuhörern für jede Vorlesung war im Unterrichtsjahr 1905 bis 1906 in den Städten ungefähr 200 und etwa 120 in den Landgemeinden. Was die Arbeiterakademie in Christiania anlangt, so kann noch besonders mitgeteilt werden, daß im genannten Jahr eine Anzahl von rund 42 000 Zuhörern, verteilt auf 220 Vorlesungen, sich um ihre Lehrstühle geschart hatte.

Mit Hilfe dieser im Verhältnis zur Bevölkerung des Landes nicht unbedeutenden Anzahl Akademien werden auf diese Weise die denkbar verschiedenartigsten Kenntnisse in weiten Schichten des Volkes verbreitet. Will man die Bedeutung der Wirksamkeit dieser Einrichtungen richtig bewerten, so sollte man an erster Stelle vielleicht nicht so sehr die Erteilung von Kenntnissen überhaupt nennen, als vielmehr den Geist, von dem das Ganze getragen wird, das Allgemeininteresse, das durch solche Vorlesungen gerade hervorgerufen wird, im ganzen genommen die Hebung der geistigen Bildungsstufe bei der breiten Schicht des Volkes, die stets allem gesunden und guten Wissen folgt. Unmittelbar lassen sich die Ergebnisse dieser Akademien nicht messen, da jeder sich zu den Vorlesungen einfinden und sie verlassen kann, wenn es ihm beliebt, und weil außerdem keinerlei Prüfungen stattfinden.

Um das gesprochene Wort durch das geschriebene unterstützen zu lassen, erhalten die Zuhörer eine vom Vortragenden selbst verfaßte, klare und leichtfaßliche Darstellung des behandelten Gegenstands, eine vollständige kleine, populär-wissenschaftliche Schrift, damit sie hierdurch angespornt werden, tiefer in den Stoff einzudringen. An der Arbeiterakademie in Christiania verteilt man unentgeltlich an jeden Zuhörer gedruckte „Repetitionsblätter", für jede Vorlesung ein Blatt. Eine weitere Frage von großer Wichtigkeit für die Zukunft der Arbeiterakademien ist es, ob man nicht jetzt, wo der Boden durch ihre bald 25 jährige Tätigkeit vorbereitet ist, den Versuch machen sollte, neben der freien Vorlesungstätigkeit Kurse einzurichten, durch die es dem Vortragenden und den Teilnehmern ermöglicht würde, in innigere Berührung miteinander zu kommen.

Es ließen sich mehrere Gebiete anführen, wo Neubildungen und zweckdienliche Änderungen sicherlich zu einer rascheren Entwicklung der Akademien beitragen könnten, und wodurch gleichzeitig ihre Bedeutung als Volkserziehungsmacht in noch höherem Grade gesteigert werden würde, z. B. durch das Zusammenarbeiten oder am besten vielleicht durch den Zusammenschluß von Arbeiterakademien und Volksbibliotheken, welche letzteren überall in Norwegen sich in einer raschen und erfreulichen Entwicklung befinden. Eine andere Frage wäre es, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, versuchsweise die besonders wichtigen ethischen Gegenstände in das Unterrichtsprogramm aufzunehmen. Die Schwierigkeit, die der Einführung

dieser Reform entgegensteht, liegt darin, daß diese Gegenstände natürlich von der Religion völlig abgesondert werden müßten, wodurch indessen vielleicht viele sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen würden. Aber auf die Dauer wird man diese Fragen, die für unsere Gesellschaft immer tiefergreifende Bedeutung bekommen werden, schwerlich von der Behandlung vor dem Zuhörerkreis der Akademien ausschalten können.

Daß die norwegischen Arbeiterakademien eine bedeutungsvolle Mission in den breiten Schichten des Volks zu erfüllen gehabt haben und weiter erfüllen, ist zweifellos. In der Regel hat der Andrang zu den Vorlesungen der Akademien immer gleichmäßiger und sicherer zugenommen, was am besten beweist, daß diese Einrichtungen bei der Arbeiterbevölkerung sich eine feste Stellung errungen haben.



## AUG. NEUMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN ARBEITER-ABSTINENTENBUNDES, HAMBURG: ARBEITERSCHAFT UND ALKOHOL.

Was heute gleißt in gold'nem Schein,
fliegt morgen zum verworf'nen Plunder.



IE deutsche Arbeiterschaft ist im Begriff, dem Alkohol die Freundschaft zu kündigen. Die berufenen Vertretungen der klassenbewußten Arbeiterschaft: die Parteitage der sozialdemokratischen Partei und die Verbandstage der gewerkschaftlichen Zentralverbände haben in den letzten Jahren Entschließungen gefaßt, die eine entschiedene Wendung in der Auffassung der Alkoholfrage erkennen lassen, so daß es keine Prophezeiung ist, wenn man behauptet: die organisierte Arbeiterschaft wird in wenigen Jahren im Kampfe gegen den Alkohol stehen. Wie wichtig dies auch sein mag für die Antialkoholbewegung nicht nur Deutschlands, ungleich wichtiger wird es sein für die Arbeiterbewegung. Der Essener Parteitag der Sozialdemokratie vom Jahre 1907, auf welchem der erste entscheidende Schritt auf dem Kriegspfad gegen den Alkohol getan wurde, wird wegen dieser Tatsache als eine der bedeutsamsten Tagungen angesehen werden müssen.

Der Weg bis zu dem jetzt erreichten Ziele war wie selten einer von Hindernissen bedeckt, die hinwegzuräumen keine leichte Arbeit war. Einige Jahrzehnte bereits tobte der Kampf gegen den Alkohol in den anglikanischen und skandinavischen Ländern, rangen dort die Abstinenzorganisationen mit dem Alkoholkapital in den gesetzgebenden Körperschaften um jeden Fußbreit Bodens: Deutschland blieb so gut wie unberührt davon. Die in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus Amerika nach Deutschland getragene Antialkoholbewegung, die sich, nach dem damaligen Wissen vom Wesen des Alkohols erklärlich, nur gegen den Branntwein richtete, wurde mit der 1848er Revolution, und zum Teil von ihr, fast spurlos hinweggefegt; auf Jahrzehnte hinaus hatte das Alkoholkapital freie Bahn, das Volk sich tributpflichtig zu machen. Der bald nach dem Kriege mit Frankreich gegründete „Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ blieb ohne

jeden größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft. Die mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren einsetzende Verfolgung derselben durch die Regierung, die in den Jahren 1878 bis 1890 unter dem Sozialistengesetz ihren Höhepunkt erreichte, ließ jede Bewegung, die nicht augenscheinlich als Kampfmittel der Arbeiterschaft dienen konnte, als Ablenkung erscheinen und wurde verworfen. Nach Fall des Ausnahmegesetzes war die Arbeiterbewegung vor Aufgaben organisatorischer und agitatorischer Art gestellt, so groß und schwierig, daß wiederum für „Nebensachen" keine Zeit und Kraft übrig war. Und als Nebensache wurde damals günstigenfalls die direkte Bekämpfung des Alkoholgenusses betrachtet. Die Art, in welcher seitens mancher bürgerlicher Alkoholgegner die damals beginnende Bewegung gegen den Alkoholgenuß geführt wurde, die Argumentation, als ob mit der Beseitigung des Alkoholismus das Wesentlichste in der Lösung der sozialen Frage getan sei, machte den sozialistischen Arbeitern die Sache einfach ungenießbar.

Die erste Erörterung der Alkoholfrage im wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie „Die neue Zeit" fand im Jahre 1891 statt. K. Kautsky setzte sich in einer Artikelserie mit einigen sozialistischen Abstinenten in der Schweiz auseinander, die den direkten Kampf gegen den Alkohol als nicht nur möglich, sondern als notwendig für den Fortschritt der Arbeiterbewegung empfohlen hatten. K. legte die unlösbaren Zusammenhänge des Alkoholismus mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dar, nach dem Leitmotiv: soziales Elend: Ursache, Alkoholismus: Folge. Er verwarf jeden direkten Kampf gegen den Alkoholismus als untauglich zu seiner Eindämmung und für die Arbeiterbewegung schädlich, weil ablenkend vom einzig zum erstrebten Ziel führenden Klassenkampf.

Die in diesem Artikel niedergelegten Gedanken waren bis vor ganz kurzer Zeit die für die Masse der organisierten Arbeiterschaft geltenden Leitsätze; zu einer weiteren eingehenderen Debatte kam es auf Jahre hinaus nicht.

Von Dänemark her vordrängend hatte anfangs der neunziger Jahre der Guttemplerorden (I. O. G. T.) Fuß gefaßt in Schleswig-Holstein; nach Erreichung des Städtegebiets an der Unterelbe waren auch größere Scharen von sozialistischen Arbeitern von dieser Bewegung erfaßt worden. Es entstanden an mehreren Orten Arbeiter-Abstinenzvereine, die bestrebt waren, den Gedanken des Alkoholkampfes in der Arbeiterschaft zu verbreiten.

Als erstes Ziel galt bald, die Alkoholfrage auf einem Parteitag zu erörtern und eine Revision der bisher geltenden Anschauungen durchzusetzen. Eine erste Debatte fand 1899 auf dem Parteitag in Hannover statt. Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen, fand aber fast einstimmige Ablehnung. Bebel sagte damals gegen diesen Antrag u. a.: „Nach meiner Ansicht haben wir als Partei die Alkoholfrage nicht zu erörtern; wir dürfen die Parteitätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln." Dieses Wort vom „Kleinkram" wurde direkt zum Schlagwort gegen die Abstinenzbewegung. Doch war das Eis nun einmal gebrochen, und Jahr für Jahr kehrten gleiche Anträge wie in Hannover wieder. In Mainz, 1900, wurde bereits eingehender diskutiert. E. Wurm, der die ablehnende Haltung der Mehrheit begründete, führte aus, daß „es unserer ganzen Stellung nicht angemessen sein würde, wenn wir uns plötzlich auf eine Symptomkuriererei einlassen wollten; es wäre ein Armutszeugnis für den Parteitag, wenn wir meinten, wir könnten die Alkoholfrage herausgreifen aus den übrigen sozialen Fragen". In München wurde (1902) die Sache durch eine Resolution erledigt, die im Sinne obiger Ausführungen gehalten war.

Aber bereits 1904 wurde in Bremen nach lebhafter Debatte eine Resolution beschlossen, die eine Wendung erkennen läßt. Sie lautete:

„In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unserer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unserer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteizeitungen auf, mehr noch als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen."

Wie ersichtlich, war jetzt schon nicht mehr die Rede davon, sich n u r auf den Kampf gegen die Ursache (den Kapitalismus) zu beschränken, sondern Aufklärung, Belehrung über die Alkoholwirkungen sollten ergänzend wirken.

Inzwischen hatten die vereinzelten lokalen Arbeiter-Abstinenzvereine sich am 1. Mai 1903 zu einem Bunde, dem „Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund", zusammengeschlossen, der durch eine lebhafte Propaganda in Wort und Schrift *) in der Arbeiterschaft wirkte. Der Bund bezweckt, durch Bekämpfung des Alkoholgenusses und der Trinksitten innerhalb der Arbeiterschaft den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fördern, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben und der durch den Alkoholgenuß bedingten Degeneration vorzubeugen.

Der Zweck soll erreicht werden: durch Aufklärung über die hygienischen, sittlichen und sozialen Schäden des Alkoholgenusses; durch das persönliche Beispiel der Enthaltsamheit von a l l e n alkoholischen Getränken (Branntwein, Wein, Obstwein, Most, Biere j e d e r A r t ); durch geeignete Bekämpfung des Alkoholkapitals.

Diese Organisation leitete jetzt die fernere Aktion. Auf vielen Gewerkschaftsverbandstagen wurden ähnliche Entschließungen gefaßt wie in Bremen, und weiter zu den Parteitagen der Antrag auf Einstellung des Punktes „Alkoholfrage" auf die Tagesordnung wiederholt.

1906 war dieser Antrag von etwa 40 Orten gestellt und hatte jetzt endlich den Erfolg, daß Zusage auf Erfüllung gegeben wurde.

Diese Zusage wurde 1907 in Essen eingelöst. Das Referat war E. Wurm übertragen, der in einer 2 ½ stündigen Rede seine Aufgabe erfüllte**). W. stellte sich auf den Mäßigkeitsstandpunkt, lehnte die Empfehlung der Totalabstinenz ab, weil bisher nicht bewiesen, daß j e d e r Alkoholgenuß schädigend sei. In der von ihm vorgelegten Resolution wurde ausgeführt, daß dieselben Bedingungen, die auf die allgemeine Verelendung der arbeitenden Bevölkerung hinwirken, auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß steigern, daß die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände u n d d i e a u s i h n e n h e r v o r g e g a n g e n e n T r i n k s i t t e n zur Gewöhnung an häufigen Alkoholgenuß führen. Es wurde erklärt, daß die Schäden des Alkoholismus weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze beseitigt werden können, daß ferner auch die Verminderung der Schankstellen unwirksam sein würde, weil der Trunk in den Wohnungen dadurch gefördert werde. Als Mittel zur Bekämpfung der Alkoholgefahr wurden aufgeführt

---

*) Es wurden verbreitet in 4½ Jahren rund 1000000 Flugblätter und 16 Broschüren in ca. 100000 Exemplaren.

**) Das Referat ist, mit einem Anhang versehen, als Sonderdruck erschienen unter: „Alkoholfrage und Sozialdemokratie", Berlin 1908, Buchhandlung „Vorwärts".

eine Anzahl Forderungen an den Staat, die bereits im Parteiprogramm enthalten sind. Als neue Forderungen erscheinen das Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Lieferung an Stelle von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter und das Verbot der Stellenvermittlung in Verbindung mit Schankbetrieb. Bringen diese Forderungen an den Staat nichts Neues, so ist dies um so mehr der Fall bei den Forderungen an die Arbeiterorganisationen. Bei deren Wichtigkeit lassen wir sie im Wortlaut folgen.

„Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden."

Damit ist den Arbeiterorganisationen auferlegt, eine völlige Revolutionierung des bisherigen Versammlungswesens vorzunehmen und damit den stärksten Stützpfeiler der heute in der Arbeiterschaft herrschenden Trinksitten zu sprengen. Heute ist durch die oben geschilderte Aufklärungsarbeit und durch das Vordringen des Abstinenzgedankens überhaupt die Situation so, daß der Alkoholgenuß nur noch durch den Z w a n g , bei Versammlungen, in Vereinen usw. trinken zu müssen, entschuldigt wird.

„Wo nehmen wir unsere Lokale her?" Das ist die letzte Frage, erklärt durch den heute bestehenden Zustand.

Die deutsche Arbeiterbewegung war durch die Maßnahmen der Regierung in früheren Jahren (Ausnahmegesetz) einfach behindert, sich eigene Lokalitäten zu errichten. Sie geriet mit ihrem Lokalbedürfnis in völlige Abhängigkeit von Wirten; diese machten und machen heute noch vielerorts zugleich den Einkassierer für Gewerkschaften und Parteivereine, besonders in den Fällen, wo es sich um Arbeiter handelte, die durch Maßregelungen usw. aus ihrem Berufe gedrängt, eine Wirtschaft übernahmen. Als dann später die Möglichkeit bestand, eigene Häuser zu errichten, wurde auch nur langsam daran gegangen, häufig erst dann, wenn ein Zwang dazu durch Verweigerung der Lokale seitens beeinflußter Wirte vorlag. Und wo man daran ging, dann aber auch fast stets mit Hilfe des Alkoholkapitals! Fast überall wurde die Rentabilität auf den Alkoholkonsum im Wirtschaftsbetrieb aufgebaut.

Nicht gewöhnt, für Versammlungsräume Miete zu zahlen, wurde zur Regel, auch in den eigenen Häusern solche Mieten nur in unzureichender Höhe zu erheben und den Ausschank und damit den Trinkzwang beizubehalten. Die Beseitigung dieses Trinkzwanges wird in den nächsten Jahren eine Hauptaufgabe der Organisationen sein, wird sie zu Maßnahmen veranlassen, die mit Notwendigkeit zum Kampf mit dem Alkoholkapital führen, einem Kampfe, der geführt werden kann nur durch die Propagierung der Alkoholenthaltsamkeit.

Die Befreiung vom Joche des Alkohols wird also durch die Essener Beschlüsse um einen großen Schritt gefördert werden, wenn sie auch in ihrer vollen Tragweite heute noch vielfach nicht erkannt werden. Diese Befreiung wird für die Arbeiterschaft eine Besserstellung in körperlicher, geistiger und materieller Hinsicht bedeuten. Der heute übliche Alkoholgebrauch vervielfacht alle Schäden, die durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung über das Proletariat sich häufen, er mindert zugleich die Stoßkraft des Proletariats

gegen eben dieses Wirtschaftssystem. Der Alkohol beraubt die Arbeiterschaft um eines Teiles ihrer geistigen Fähigkeiten, schränkt die Mittel ein, die sie für ihre politischen und wirtschaftlichen Kämpfe aufwenden muß.

Befreit vom Alkohol, wird die Arbeiterschaft in jeder Hinsicht befähigter sein für alle Kulturaufgaben, die durch sie ihrer Erfüllung harren. Einmal in die Kampfstellung gegen das Alkoholkapital gedrängt, wird die deutsche klassenbewußte Arbeiterschaft gleich ihren Brüdern besonders in Skandinavien die Vortruppe sein auch im Kampfe durch die Gesetzgebung gegen den Kulturfeind Alkohol.



# DR. BORIS KRITSCHEWSKY, PARIS: GEDANKEN ÜBER DIE MAIFEIER.



Es war am 20. Juli 1889, im kleinen Saal Pétrelle, im Montmartre-Viertel der Stadt Paris. Der erste Internationale Sozialistenkongreß, der nach einem halben Menschenalter die glorreiche Überlieferung der alten Internationale wieder aufnahm, nahte dem Ende seiner siebentägigen Verhandlungen. Da, in der Überhastung der letzten Kongreßstunden, gelangte rasch zur Abstimmung — ohne vorherige Diskussion — unter vielem anderen auch ein Antrag des Delegierten Lavigne (vom Nationalverband der französischen Gewerkschaften), eine gleichzeitig überall stattfindende internationale Kundgebung zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages zu veranstalten. Als Zeitpunkt für diese Kundgebung wurde der 1. Mai 1890 bestimmt, weil die amerikanische „Federation of Labour“ bereits 1888 diesen Tag für eine gleiche Kundgebung gewählt hatte.

Dies die Anfänge der Maifeier. Sie sind äußerlich unscheinbar genug. Keiner der Kongreßteilnehmer schenkte dem betreffenden Beschluß besondere Aufmerksamkeit. Nur für einen kurzen Augenblick erhob sich derselbe über die Gesamtmasse der Resolutionen, als nämlich der französische Delegierte Tressaud (Marseille) nachträglich den Vorschlag machte, die Maifeier zu einem Generalstreik zu benutzen. Nach kurzer Diskussion — die Abendschatten hüllten bereits tief und tiefer den Sitzungssaal ein — wurde dieser Vorschlag mit sehr großer Majorität verworfen...*) Mit einem Worte, kein Delegierter war sich auch nur im entferntesten der künftigen Tragweite des Maifeier-Beschlusses bewußt.

Bescheiden, werkeltagsmäßig ist auch der Inhalt des ursprünglichen Beschlusses. Kein Wort von der Einsetzung einer ständigen, alljährlichen Feier, und Beschränkung der einmaligen Kundgebung auf die Forderung des gesetzlichen Achtstundentages bezw. des gesetzlichen Arbeiterschutzes ...

Der Pariser Beschluß von 1889 hat also die Maifeier nicht geschaffen, sondern nur veranlaßt. Wie alles Lebendige, ist sie entstanden, nicht gemacht worden. Und sie hat sich entwickelt, sie ist geworden zu dem, was sie ist, dank der spontan schöpferischen Kraft des Proletariats.

---

*) Siehe „Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris“, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. — Nürnberg 1890, S. 123 und 126.

Von Jahr zu Jahr erweiterte und vertiefte sich ihr Inhalt, stieg ihre Bedeutung, nahm sie an äußerem Umfang und an innerer Anziehungskraft zu. Was ursprünglich als eine einmalige und auf einen konkreten Zweck beschränkte Kundgebung geplant war, wurde bald zu einem hohen Festtag, der alles Sehnen der proletarischen Gemeinschaft des Erdballes zu mächtigem Ausdruck bringt.

Die Kampfesmittel und die Formen der Arbeiterbewegung sind mannigfaltig, wie die historisch-nationalen Bedingungen der einzelnen Länder. Verschieden ist namentlich die Wertung der einzelnen Kampfesmethoden in den verschiedenen Ländern. Auf die Maifeier aber üben diese historisch-nationalen Eigenarten den geringsten Einfluß aus — genauer, gar keinen Einfluß, insofern ihr besonderer innerer Sinn in Betracht kommt. Wie könnte es auch anders sein? Faßt sie doch zusammen wie in einem Brennpunkt gerade die höchsten, gemeinsamen Ziele des universellen Proletariats; ist sie doch der ergreifendste Ausdruck seines einheitlichen Willens zur Selbstbefreiung.

* * *

Der Philister zuckt verächtlich die Achseln über jede Einrichtung, die keinen unmittelbaren materiellen Nutzen bringt, deren Ergebnisse nicht unter „Soll und Haben“ verbucht werden können. Die Maifeier mußte daher seinen ganz besonderen Widerwillen hervorrufen. Er vermag die Wahlaktion zu begreifen, zur Not kann er sich vielleicht zum Verständnis einer einzelnen Streikbewegung aufschwingen. Aber die Maifeier? Sie ist ihm der Inbegriff des Wahnwitzes, ein Produkt demagogischer Schwarmgeister, wo nicht einfach ein universeller „blauer Montag“ zum Vergnügen von Tagedieben...

Der Philister irrt sich gröblich, wie immer, wo er über soziale Erscheinungen urteilt.

Tatsächlich hat die Maifeier neben ihrem hohen idealen Wert — richtiger, gerade wegen dieses ihren Wertes der Arbeiterklasse auch großen unmittelbaren Nutzen gebracht. Dies ist ja überhaupt das Verhältnis zwischen idealen „Imponderabilien“ und greifbaren Ergebnissen: Die letzteren sind — wenigstens auf sozialem Gebiete — ohne die ersteren nie und nimmer zu haben! Und am wenigsten dort, wo es sich um den Kampf einer unterdrückten Klasse handelt.

Um sich bloß zum Bewußtsein der Notwendigkeit des solidarischen Kampfes zu erheben, muß der einzelne Arbeiter ideal gerichtet sein. Die Zusammenfügung der Proletarier zu einer kämpfenden Phalanx geschieht nirgends automatisch oder rein instinktiv, wie etwa die Vereinigung von Herdentieren. Sonst gäbe es keine dem proletarischen Klassenkampfe in stumpfer Gleichgültigkeit gegenüberstehenden Arbeiter, keine „Gelben“ und keine Streikbrecher ... Zu einem Klassenkämpfer wird der Arbeiter erst dann und insoweit, als er seinen Sinn auf die idealen Werte der gemeinsamen Ziele seiner Klasse richtet, mögen dadurch auch seine individuellen Interessen Schaden erleiden. Und dasselbe gilt von der ganzen im Kampf stehenden Klasse. Sie wird nur dann und insoweit kampftüchtig bleiben, als sie bereit ist, unter Umständen nüchterne und niedrige Nützlichkeitserwägungen dem hohen Ziele hintanzustellen. Anders ist in der Geschichte noch nie ein großes Ziel erreicht worden.

Nun ist die Maifeier das beste Mittel, den einzelnen Arbeiter wie die gesamte Arbeiterklasse zu jener Hingabe an das Jdeal zu erziehen, die am

wirksamstem ihrem Siege vorarbeitet. Schon deshalb allein käme also der Maifeier eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung zu, selbst wenn sie keinerlei „greifbare“ Resultate gezeitigt hätte. In Wirklichkeit aber kann sie auch auf solche bereits Anspruch machen.

Es ist wesentlich ihr zu verdanken, daß die belgischen und die österreichischen Arbeiter (1893 bezw. 1896) die ersten entscheidenden Breschen in das privilegierte Wahlrechtssystem geschlagen haben. Speziell die österreichischen Sozialdemokraten waren sich des unmittelbaren Nutzens der Maifeier so lebhaft bewußt, daß sie auf den internationalen Kongressen energisch für eine Verschärfung derselben (im Sinne der Verallgemeinerung der Arbeitsruhe) eintraten. Ferner hat die Maifeier geradezu Großes gewirkt in den politisch geknechteten Ländern. So in Polen und in Rußland. Dort gab sie das Signal zum ersten Erwachen einer doppelt und dreifach gefesselten Arbeiterschaft.

Und dann — ist denn die werbende Kraft, die sie je und je auf bis dahin gleichgültige Arbeiterschichten ausübt, kein greifbares Resultat? Diese Kraft bewährt sich nicht nur innerhalb der einzelnen Länder, sie wirkt auch in die Ferne, über Landes- und Meeresgrenzen hinweg. Was anderen Einflüssen der alten sozialistischen Mittelpunkte lange versagt bleiben mußte, das gelang rasch und gründlich dem Weltgedanken der Maifeier: er hat wie im Fluge das Proletariat der ganzen Erdkugel mit dem Bewußtsein seiner universellen Solidarität erfüllt.

Die Pflege des internationalen Gedankens ist überhaupt das ureigenste Werk der Maifeier. In keiner anderen Erscheinungsform der Arbeiterbewegung kommt der Gedanke der universellen Solidarität des Proletariats — ohne Unterschied von Nation, Rasse und Farbe — so prägnant zum Ausdruck, wie in der proletarischen Weltfeier. Ja, man darf sogar sagen, daß diese ein notwendiges Gegengewicht bildet gegen die alltäglichen Betätigungen der Arbeiterorganisationen, welche naturgemäß nicht nur national, sondern lokal beschränkt und beengt sind. „Im engen Kreise verengert sich der Geist“ — auch einer Gemeinschaft. So stiftet die Maifeier unmittelbar Gutes, indem sie jede Arbeiterschicht, das Proletariat eines jeden Landes über sich selbst hinaushebt, deren Geist ins Hohe und ins Weite, auf weltumfassende Horizonte richtet.

* * *

Es ist längst gesagt worden, daß die herrschenden Klassen ein feineres Instinkt für ihre Interessen hätten, als die unterdrückten. Das hat sich auch im Verhalten der Bourgeoisie gegenüber der Maifeier bewährt. Von Anbeginn hat sie das Gefahrdrohende dieser noch nicht dagewesenen proletarischen Kundgebung erkannt. Die tolle Angst der Pariser Bourgeoisie in den ersten Jahren der Maifeier, eine Angst, die sich durch keine militärischen Aufgebote beschwichtigen ließ; der ängstliche Verzicht der Wiener feinen Welt auf die übliche Prater-Promenade am ersten Mai; die Massenaussperrungen maifeiernder Arbeiter im Jahre 1890 in Hamburg und in anderen deutschen Städten, eine Gewaltmaßregel, die seither in Deutschland immer wieder als Strafe für die Maifeier angewendet wird; das Blutbad in Fourmies 1891, das eine friedlich und fröhlich mit Frauen und Kindern manifestierende Arbeiterschar traf; die Niedermetzelung der Maimanifestanten in Lodz (Russisch-Polen) 1892: — dies die drastischesten Äußerungen der Furcht- und Rachegefühle, die sich der Herrschenden bemächtigten angesichts des unerhörten An-

spruchs des Proletariats, sich ein eigenes, von keiner Kirche geheiligtes, von keiner Regierung dekretiertes Fest zu geben. Das Machtbewußtsein, das sich in diesem Anspruch der unterdrückten Klasse kundgibt, ist und bleibt für die Herrschenden das Unerträglichste an der Maifeier.

„Man darf den Sklaven nicht gestatten, sich auf öffentlichem Platze zu versammeln: sie könnten so erfahren, daß sie viel zahlreicher sind als die Herren". Diese vorsichtige Mahnung eines altrömischen Patriziers ist der modernen Bourgeoisie aus dem Herzen gesprochen.

Im Zeichen der Furcht nach innen und der polizeilich-militärischen Einschüchterung nach außen standen die Herrschenden in den ersten Jahren der Maifeier. Als aber dann der unheimliche Tag den einfältig befürchteten „Kladderadatsch" nicht bringen wollte, rächten sie sich für ihre Furcht durch Witzeleien und Spötteleien. Ihre Presse begann, wie auf Verabredung, die Maifeier totzusagen, Jahr für Jahr, obwohl dieselbe lebendiger denn je war. Diese Lachlust, die übrigens hin und wieder durch einen neuen Anfall von Furcht verscheucht wird, zeugt für den Wert der proletarischen Kundgebung nicht minder wie der frühere Angstschweiß.

* * *

Groß, ungeheuer groß sind die Fortschritte der Maifeier seit ihrem 18jährigen Bestehen. Und doch darf man sagen, daß die Bourgeoisie, deren Wert richtiger, weil höher, einschätzt als manche Schichten der organisierten Arbeiterschaft selbst. Mit anderen Worten, die Fortschritte der proletarischen Feier bleiben noch immer hinter denjenigen der Arbeiterbewegung zurück. Ja, in einzelnen Ländern ist hie und da sogar eine Erschlaffung des Maigedankens zu konstatieren.

Woher kommt das?

Die Erdbebenmesser verzeichnen auf weite Entfernungen die feinsten Vibrationen der Erdkruste. Ein ebenso empfindliches Instrument, das uns über die intimsten Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung Auskunft gibt, scheint mir das Maifest zu sein. Und zwar dient es als Gradmesser ihrer idealen Schwungkraft nach Zeit und Ort. Geht die Maifeier zurück, so ist es ein untrügliches Zeichen, daß die Bewegung im gegebenen Lande zur Zeit allzusehr im alltäglichen Kleinkampf aufgeht. Umgekehrt wird jeder höhere Wellenschlag der Bewegung von einer intensiveren Form der Maikundgebung begleitet.

Mit besonderer Deutlichkeit ist dieses Verhältnis in Frankreich zutage getreten. Nach den ersten paar Proben vom Anfang der neunziger Jahre schien hier die Maifeier ganz versanden zu wollen. Aber in den letzten Jahren wurde es anders. Die Änderung ging Hand in Hand mit der Erstarkung des Syndikalismus, der ja seinem ganzen Wesen nach auf einen idealen Ton gestimmt ist. Man erinnert sich noch der großartigen Maistreiks von 1906 für den Achtstundentag, deren Herannahen — nebenbei bemerkt, — der Bourgeoisie einen noch heilloseren Schrecken einjagteals die allererste Maifeier.... Ähnliche Schwankungen lassen sich für die anderen Länder nachweisen.

Alles, was lebt, wirkt eben in einem wechselnden Rhythmus. Die lebendige Dassenpsyche des Proletariats hat ihr Auf und Ab, ihre Systole und ihre Miastole, wie das pulsierende Herz. In der Maifeier, dieser feinsten Äußerung des proletarischen Seelenlebens, kommt nun jener lebendige Rhythmus zum präzisesten Ausdruck. Doch, so sicher das Proletariat sich auf dem aufsteigenden Ast seiner Entwicklung befindet, so sicher wird sich die ideale Schwungkraft seines Kampfes steigern.

# AUS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN BEWEGUNG RUSSLANDS. DAS ZEHNJÄHRIGE JUBILÄUM DES „ALLGEMEINEN JÜDISCHEN ARBEITERBUNDES IN LITAUEN, POLEN UND RUSSLAND“.

IM Oktober 1907 ist der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland ins elfte Jahr seiner Tätigkeit getreten.

Die Anfänge der jüdischen Arbeiterbewegung reichen bis in die achtziger Jahre zurück, eine Zeit, in der die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland bereits ziemlich weit vorgeschritten war. So blieb auch das durch die Regierungspolitik künstlich in den Städten Polens und Littauens konzentrierte jüdische Handwerk nicht unberührt von der sich vollziehenden ökonomischen Revolution, und eine einschneidende, obwohl in Polen und Litauen in manchem von Rußland abweichende Differenzierung der Klassen führte alsbald zur Bildung eines Heeres moderner Lohnarbeiter. Bereits im Jahre 1887 finden wir zunächst in Wilna und Minsk geheime Arbeiterorganisationen mit jüdischen Intelligenzen an der Spitze. Die bis 1893 dauernde erste Periode der jüdischen Arbeiterbewegung wird durch zweierlei charakterisiert: vor allem durch den friedlichen Bildungscharakter der Organisationen, die nur besonders hervorragende und befähigte Arbeiter heranzogen und mittels eines breit angelegten Studienplanes sie zwar zu gebildeten Menschen und überzeugten Sozialisten machten, sie aber gleichzeitig durch die ganze Art und Weise dieses Bildungsganges ihrer eigenen Klasse entfremdeten. Diesen Zug hatte die damalige jüdische Arbeiterbewegung mit der von ganz Rußland gemein, aber zum Teil wurzelte er auch in der Eigenart des jüdischen Lebens. Die jüdische Intelligenz war nur dem Namen und der Geburt nach jüdisch, nach Geist und Erziehung war sie russisch, was sich bei der sozialdemokratischen Intelligenz in ihrem ausschließlichen Hoffen und Bauen auf die russische Arbeiterbewegung und in völliger Mißachtung des jüdischen Proletariats als solchen äußerte. Sie arbeitete in den jüdischen Massen nur, weil sie durch die Ausnahmegesetze an ein bestimmtes jüdisches Ansiedelungsrayon gekettet war und nur zu dem Zwecke, der russischen Bewegung die notwendigen geschulten Kräfte zuzuführen, nicht aber, um eine jüdische Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen.

Doch die Dinge entwickelten sich anders. Als Mittel, die besseren Elemente der Arbeiterschaft ausfindig zu machen, diente die Organisation von „Kassen“, die zu Anfang der neunziger Jahre bereits ziemlich viel Mitglieder zählten und ohne den Willen, ja oft *gegen* den Willen ihrer Gründer zum Ausgangspunkt einer *Massenbewegung* wurden. Die Jahre 1893 bis 1894 zeigten die Tiefe der vorangegangenen Veränderungen. Statt einzelner hervorragender, aber von ihrer Klasse losgelöster Individuen sehen wir eine weit um sich greifende ökonomische Aktion der Massen: ein dichtes Netz geheimer Streikkassen in fast allen bedeutenderen Berufen und Städten, eine mächtige Welle von Streiks, die immer neue Arbeiterschichten in die Sphäre des Kampfes und damit auch in den Wirkungskreis der sozialistischen Propaganda ziehen. So sah sich die Intelligenz vor gänzlich neue Aufgaben gestellt: nicht mehr eine abstrakte, an den *einzelnen* sich wendende Propaganda, sondern eine in den konkreten Bedürfnissen der *Massen* wurzelnde Agitation stand jetzt im Vordergrunde. Daraus aber ergab sich

die Notwendigkeit einer Nationalisierung der Bewegung nicht nur in der Sprache — da das bisher übliche Russisch durch das den Massen allein verständliche Jüdisch ersetzt werden mußte —, sondern auch hinsichtlich ihres innersten Kerns. Eine Agitation und Propaganda gegen eine abstrakte Ausbeutung, eine abstrakte Bourgeoisie genügte nicht mehr — die konkrete jüdische Bourgeoisie, die konkreten Formen des jüdischen Milieu waren es, denen nunmehr der Kampf galt; kurz — die ganze Arbeit der Sozialdemokraten hatte sich jetzt den besonderen Formen des Klassenkampfes innerhalb der jüdischen Nation anzupassen.

Neben diesem nationalen Moment trat aber auch das politische immer mehr in den Vordergrund. Der Übergang vom ökonomischen zum politischen Kampf findet für ganz Rußland seine natürliche Erklärung in der Tatsache, daß in Rußland der kleinste Streik, das bescheidenste Streben nach Verbesserung der materiellen Lage ein Staatsverbrechen ist, welches durch Haft und Verbannung gesühnt werden muß. Für den jüdischen Proletarier aber, der noch geknechteter und unterdrückter ist als sein russischer Klassengenosse, ist dieser Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomik noch viel deutlicher, und dies ist wohl auch der Grund, warum er bedeutend früher die Bahn des politischen Kampfes betreten hat. Im Jahre 1895, als die russische Arbeiterbewegung noch tief im Ökonomismus steckte, finden wir in den Festreden zum 1. Mai bereits eine scharfe Betonung des politischen Standpunktes mit dem strikten Hinweis auch auf die spezielle jüdische Rechtlosigkeit, deren Beseitigung eine der vornehmsten politischen Aufgaben des jüdischen Proletariats sei.

Je schwerer und komplizierter sich nun aber die Aufgaben der jungen sozialdemokratischen Bewegung gestalteten, desto mehr brach sich der Gedanke der Notwendigkeit einer besonderen jüdischen Organisation Bahn; denn trat das jüdische Proletariat nunmehr als selbständiger Kämpfer, nicht nur als Rekrutierungsfeld für die russische Sozialdemokratie auf, stellte es sich im Verlauf des Kampfes spezielle, nur ihm eigentümliche Ziele und entwickelte sich sein Kampf als Proletarier, Bürger und Jude in einem ihm ganz eigentümlichen Milieu, so bedurfte es zu seiner Leitung einer besonderen Organisation, die all diesen speziellen Momenten gerecht zu werden vermochte. In der im Jahre 1897 erschienenen Broschüre: Ein Wendepunkt in der jüdischen Arbeiterbewegung *) heißt es: „Wir müssen rückhaltlos anerkennen, daß unsere Aufgabe, die Aufgabe der im jüdischen Proletariat arbeitenden Sozialdemokraten, die Bildung einer besonderen jüdischen Arbeiterorganisation ist, die die Leiterin und Erzieherin der jüdischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die ökonomische, bürgerliche und politische Befreiung sein soll". Doch erst zwei Jahre später gelangte dieser Gedanke zur Verwirklichung, entstand der „Bund" durch den Zusammenschluß aller bisher selbständigen jüdischen sozialdemokratischen Ortsorganisationen.

Das Charakteristische an dem geschilderten Entwicklungsgang ist nun das Verhältnis zwischen Massenbewegung und Intelligenz. Nicht die Intelligenz drängte den Massen diese oder jene Betätigungsform auf, sondern umgekehrt, die Masse selbst, ihre Aktionen waren es, welche der Intelligenz die Taktik diktierten und es ihr nur überließen, die unklar gährenden Gedanken

*) Verfasser dieser Broschüre ist Martow, gegenwärtig ein hervorragender Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

schärfer zu präzisieren und zur Grundlage ihrer eigenen praktischen Tätigkeit zu machen. Selbst äußerlich kommt dieses Zurücktreten der Intelligenz zum Vorscheine: unter den elf Vertretern der Organisationen, durch deren Zusammenschluß der „Bund" entstand, gehörten sechs dem Arbeiterstande an. Die erste Geheimdruckerei des „Bundes" sowie die erste illegale jüdische Zeitung, die „Arbeiterstimme", verdanken ihr Entstehen ausschließlich zwei Wilnaer Arbeitern. Die Intelligenz hat sich daran nicht beteiligt, ja nicht einmal von dem für jene Zeiten (1896) gewagten Unternehmen gewußt. Und bis in die Gegenwart hinein ist für die Organisationsverhältnisse des „Bundes" ein starkes Hervortreten der Arbeiter sogar auf den höchsten Stufen der Parteihierarchie charakteristisch.

Wenden wir uns nun zum innern Entwicklungsgang des „Bundes", so sehen wir, wie natürlich und mühelos sich das nationale und das Organisationsprogramm des „Bundes" *) aus den Bedürfnissen der Bewegung heraus ableiten lassen. Zunächst war das nationale Programm des Bundes rein negativ: Abschaffung der Ausnahmegesetze. Aber mit der Zeit erwies sich dies als ungenügend. Da waren einerseits die Zionisten, andererseits die Assimilatoren, denen selbst ein Teil der jüdischen sozialdemokratischen Intelligenz angehörte. Während aber die Zionisten weitergingen und die Lösung der jüdischen Frage außerhalb Rußlands, im Zukunftsstaat von Palästina suchten, war die Abschaffung der Ausnahmegesetze für die Assimilatoren nur ein Mittel, die Juden möglichst schmerzlos und angenehm in den nationalen Tod zu befördern. Für den „Bund" nun waren beide Lösungen unannehmbar — erstere wegen ihres utopistischen, kleinbürgerlich-antirevolutionären Charakters, letztere — weil sie sich gegenüber dem nationalen Erwachen der jüdischen Massen, der allmählichen Entwicklung der jüdischen Kultur taub und blind stellte. Um beide Strömungen erfolgreich zu bekämpfen, war ein eigenes positives Nationalprogramm unentbehrlich, das sich auf dem IV. Parteitag des „Bundes" (April 1901) in der Form der national-kulturellen Autonomie kristallisierte, die, ohne in Utopien zu verfallen, die nationale Physiognomie der Juden in völligem Einklang mit den Interessen des proletarischen Klassenkampfes wahrt.

Ebensowenig ist auch das Organisationsprinzip des „Bundes" ein Produkt abstrakter Spekulationen der Intellektuellen. Der „Bund" entstand zu einer Zeit, wo es noch an einer einheitlichen Sozialdemokratie Rußlands mangelte, und erst im Jahre 1898, als sich die Gesamtpartei konstituierte, trat er ihr als autonomes Mitglied bei, unter Anerkennung seiner Eigenart seitens der Partei. Die folgenden fünf Jahre waren am allerwenigsten dazu angetan, den „Bund" von seinem Organisationsprinzip abzubringen. Das rasche Wachstum des Klassenbewußtseins und des revolutionären Geistes des jüdischen Proletariats, das Wachstum des „Bundes" selbst und seines Einflusses auf die Massen zeugten vielmehr von der Richtigkeit seiner Grundsätze. Der Kampf, den der „Bund" um seine Organisationsprinzipien mit der Gesamtpartei führte und der seinerzeit zum Austritt aus ihren Reihen führte, war bedingt durch den Gegensatz in der Entstehung und im Charakter beider Teile. Der damals in der russischen Partei herrschende Zentralismus war objektiv die Folge der Organisation der Partei von oben, der Vorherrschaft der Intelligenz, der geringen Betätigung der Arbeiter in der innern Organisa-

---

*) „Neue Zeit", XXII, 2, S. 536. „Der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland" von A. L.

tion. So bedurfte es der Lehren des großen Jahres 1905, um es dem „Bunde" zu ermöglichen, wieder in die Partei einzutreten, ohne sein eigenes Ich, wie es sich in den langen Jahren seines Lebens und Wirkens herausgebildet hatte, zu verleugnen.



# CHRONIK

**Die Einführung des Achtstundentages im Bergbau** steht in England bevor. Ein hierauf bezüglicher Antrag brachte es schon im Vorjahre zur Kommissionsberatung, wurde aber auf Wunsch der Regierung wieder fallen gelassen, um die Frage nochmals durch Fachmänner untersuchen zu lassen, wogegen die Regierung versprach, ihrerseits einen neuen Gesetzentwurf einzubringen. Das ist nun neulich geschehen. Die Vorlage berechnet die acht Stunden von dem Augenblick, wo der letzte Mann bei der Einfahrt in der Grube angelangt ist, bis zum Augenblick, wo der letzte Mann am Grubenmund wieder eingetroffen ist. Nimmt man an, daß Ein- und Ausfahrt je eine halbe Stunde dauern, so bedeutet das, daß in der Regel die effektive Zeit unter Tage mindestens siebeneinhalb Stunden, höchstens achteinhalb, im Durchschnitt acht Stunden betragen wird.

Abgesehen von den großen Unternehmern, die die Ansicht vertreten, daß das Gesetz die Verteuerung der Kohle um 1 ½ M die Tonne zur Folge haben würde, sind die Bergleute einmütig in dem Verlangen nach dem Achtstundentag, und die Regierung ist dafür, das Verlangen zu befriedigen.

**Die Arbeitslosen in England.** Einer der charakteristischen Züge im verflossenen Winter waren die Unruhen der Arbeitslosen. Die wachsende Ungeduld großer Scharen von Männern und Frauen, die bei der Trägheit des gesetzgeberischen Mechanismus keine Arbeit finden können, wird eine der bedenklichsten Erscheinungen unserer Wirtschaftsordnung. Bis vor wenigen Jahren haben die Arbeitslosen geduldig gewartet, jetzt demonstrieren sie, auf friedliche Art zunächst, aber nichtsdestoweniger wirkt diese Bewegung nicht nur ansteckend, sie ist auch danach angetan, um so heftiger zu werden, je mehr sie zurückgedrängt wird. Eine der hauptsächlichsten Methoden der Demonstration waren die Straßenaufzüge; in den beiden letzten Jahren haben Märsche ganzer Arbeiterbataillone nach London stattgefunden, die verlangten, beim Präsidenten des Local Government Board vorgelassen zu werden, und dies mitunter erreichten. Im verflossenen Jahr fand ein solcher Marsch von Leicester und Northampton aus statt, dieses Jahr zog ein Trupp von Arbeitern von Manchester nach London, von dort nach Harrow, Eton und Windsor, wo sie drohten, sich im königlichen Park niederzulassen. Einige Wochen früher war versucht worden, den königlichen Wagen in Brighton anzuhalten. In anderen Teilen des Landes fanden Demonstrationen für das Recht auf Arbeit statt, und es wurden rührende, mitunter auch ein wenig drollige Versuche gemacht, herrenloses Land zu besetzen und zu bebauen. Die meisten dieser Versuche haben als einzige Folge etwas Zeitungsgerede nach sich gezogen, aber den ganzen Vorgängen liegt doch die Forderung des Rechtes nicht auf Arbeit, sondern auf Erhaltung seitens des Staates zugrunde. Dieses Recht

wird auch von den Sozialisten verteidigt, sie verlangen auch eine völlige Neuregelung des Poor-Law-Systems unter Abschaffung der Boards und der Guardians, an deren Stelle eine Armenbehörde als Glied der zentralen Gemeindeverwaltung treten soll.

**Die Volkshochschulen in Holland.** In Holland wurde kürzlich eine Erhebung über die Fortschritte der Volkserziehung und Volksbildung veranstaltet.

Vor zwanzig Jahren begann in Holland die Bewegung zur Ausbreitung der Bildung, jedoch verdient eine schon über ein Jahrhundert alte Institution vorerst Erwähnung, die einen besonderen Platz im Unterrichtswesen einnimmt, die Maatshappij tot Nut van het Algemeen (Gesellschaft für die allgemeine Wohlfahrt und Entwicklung).

Zweifellos hat diese Gesellschaft ihre Verdienste, denn sie wirkte seit Beginn des 19. Jahrhunderts zugunsten des Volkshochschulwesens, durch Begründung von Schulen. Sie befaßte sich überdies mit der Abhaltung wissenschaftlicher, volkstümlicher Vorträge, mit der Begründung von Lesehallen und Bibliotheken, aber sie wendete sich in erster Linie an das Kleinbürgertum, ohne die Arbeiterklasse zu erreichen, und so liegen die Verhältnisse auch noch heute.

Die Begründung von „Ons Huis“ (unser Haus) in Amsterdam 1831 hat neues Leben erblühen lassen. In kurzer Zeit entstanden zahlreiche Institutionen nach diesem Muster, 4 in Amsterdam und 18 in den Niederlanden, mit Bibliotheken, Arbeitssälen und verschiedenen Vereinen, wie etwa der Verein für volkstümliche Kunst usw., die Ausstellungen und Vorträge veranstalten.

Unabhängig von diesen Volksheimen befassen sich auch die Gewerkschaften in Amsterdam mit Volkshochschularbeit, und allen voran organisieren die bedeutendsten und reichsten Gewerkschaften, wie die der Diamantenschleifer und Typographen, Vorträge und Kurse.

Die Volkshochschulen in den Niederlanden gleichen denen in Paris nur wenig. Ihre Hauptsorgfalt gilt der Vervollkommnung der Volksschulbildung, unter Hinzufügung praktischer Kurse (Handarbeit, Schneiderei usw.). Daher sind sie auch vorwiegend von Frauen und Jugendlichen besucht, und die Zahl der Erwachsenen, die höhere Kenntnisse in Wissenschaften, Soziologie, Geschichte usw. erwerben wollen, ist eine geringe. Das Programm von „Ons Huis“ in Amsterdam ist das folgende: Für die Jugend eine Bibliothek, Klassen für Kinder von 10—12 Jahren, die den Zweck der Fortbildungsschulen haben. Für die Erwachsenen Kurse und Vorträge über Geschichte und Geographie, Volkswirtschaft, Hygiene, Kunst usw. Bibliotheken, Lesesaal. An volkstümlicher Kunst bietet es Theateraufführungen, Musik, Ausstellungen von Bildern, Büchern, Pflanzen usw. Den Theaterstücken wird gleichfalls ein einleitender Vortrag vorangeschickt. In den Institutionen, die auf dem Boden von „Ons Huis“ stehen, werden soziale Fragen in voller Freiheit erörtert, jeder hat das Recht, Ideen auszusprechen und Einwendungen zu machen.

**Die Volkshochschulen in Dänemark.** In den meisten Ländern entstehen die Volkshochschulen in städtischen Niederlassungen, im Gegensatz hierzu erwuchsen sie in Dänemark vor allem unter der bäuerlichen Bevölkerung, auf dem Lande und in Dörfern.

Der größte Teil der bäuerlichen Bevölkerung Dänemarks ist in Konsumentengenossenschaften einerseits und in Verkaufsgenossenschaften für den Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte andererseits organisiert. Alle diese über das Land zerstreuten kleinen Vereinigungen sind

untereinander verbunden, um ihre größtenteils für den Export bestimmten Produkte abzusetzen. Diese Bauern mit ihrem gesunden Menschenverstand verschlossen sich nicht der Erkenntnis, daß ein ernstes und mächtiges Genossenschaftswesen nur durch gewissenhafte Genossen aufrecht erhalten werden kann, die in hohem Grade die sozialen Tugenden und die unerläßlichen intellektuellen Fähigkeiten besitzen. Sie haben verstanden, daß die Organisation durch Entwicklung des Unternehmungsgeistes und des Verantwortungsgefühls, durch das Streben und die Aufopferung jedes einzelnen Mitgliedes das höchste Resultat an sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrt geben kann.

Aus diesen allgemeinen Bedürfnissen entsprangen die Volkshochschulen in Dänemark. Sie dürften eigentlich die ältesten gewesen sein, denn die ersten entstanden schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Pastor und Dichter Grundtvik versuchte als Erster seine Mitbürger von der Notwendigkeit höherer Volksbildung zu überzeugen. In zahlreichen Reden und Schriften streute er die Saat aus, die später emporwuchs. Es gelang ihm, selbst König Christian VIII. für seine Ideen zu gewinnen, aber der König starb, und das Projekt hatte keine offiziellen Folgen. Kurz nachher gründete ein Schüler Grundtviks in einer Bauernhütte auf der Insel Fünen die erste Hochschule. Etwas später zog der Schriftsteller Kold eine zahlreiche bäuerliche Hörerschaft an sich heran, die von weither kam, um ihm zu lauschen.

Aber der eigentliche Aufschwung der dänischen Volkshochschule setzte erst nach dem Kriege von Schleswig-Holstein (1864) ein. Einige mutige Pioniere, die lange gegen zahlreiche Schwierigkeiten gekämpft hatten, gewannen endlich die öffentliche Meinung für die Idee und begründeten einige Institutionen. Seither haben sich die Volkshochschulen völlig in den Landessitten eingebürgert. Augenblicklich bestehen deren in Dänemark 89 und der größte Teil ist noch vom Geist der ersten Gründer Grundtviks und Kolds erfüllt. Jede Volkshochschule zählt durchschnittlich 40 Mitglieder, die regelmäßig den systematischen Kursen folgen. Einige haben aber auch 150—200 Schüler.

Der Staat gibt diesen Institutionen eine jährliche Subvention von 120000 Kronen und überdies Stipendien für begabte, arme Schüler in der Höhe von etwa 180 000 Kronen. Gleichwie in Frankreich hat die fortschreitende Organisation eine geordnete Methode an Stelle des Losen, Unsystematischen treten lassen. Die gesamten Institutionen sind von höchster Bedeutung für das öffentliche Leben, das Genossenschaftswesen und alle Fortschritte der Selbstverwaltung.

**Eine neue Form der Handwerkererziehung** hat der Stadtschulrat Dr. Georg Kerschenheimer in München organisiert. Dort hat man die fachlichen Fortbildungsschulen mit Lehrwerkstätten verbunden. Bereits in der oberen Klasse der Volksschule empfangen die Knaben Werkstattunterricht im Bearbeiten von Holz und Metall, und während ihrer ganzen Lehrzeit als Lehrlinge müssen sie eine der 46 fachlichen Fortbildungsschulen besuchen. Diese Schulen umfassen alle Lehrlinge der Stadt. Tradition und Nachahmung schalten die Schule vollständig aus. Der Knabe muß alles, was er anfertigen soll, vorher zeichnen und darf nichts zeichnen, was er nicht ausführen soll. Er muß sich von vornherein vor Augen halten, wieviel Material, welche Werkzeuge und sonstige Hilfsmittel und wieviel Zeit er braucht, um das Stück herzustellen. Danach hat er einen Anschlag zu fertigen, und ihn hat er mit einer Rechnung zu ver-

gleichen, die er nach Vollendung der Arbeit aufstellt. Indem sich der kaufmännische Unterricht anknüpft, baut sich der gesamte Lehrplan durchaus auf dem konkreten Beispiel, auf der Arbeit und ihrer Leistung auf. Von vornherein lernt der Knabe mit dem wichtigsten Faktor des Gewerbes, der Zeit, rechnen.

Die Meister sind nach Schulen zu Verbänden vereinigt, sie geben den Lehrlingen die Zeit in der Woche für den Schulbesuch frei, beschaffen das Material und stellen die besten Meister und Gesellen als praktische Lehrmeister. Dadurch entwickelt sich ein gemeinsames Band, das die Lehrkräfte und die Schüler, die Meister, Gesellen und Lehrlinge umschließt. Allerdings kosten solche Fortbildungsschulen 40—50 % mehr als die gewöhnlichen, aber es ist notwendig, daß man auch den handarbeitenden Knaben, die doch 90—95 % der heranwachsenden männlichen Bevölkerung bilden, die Möglichkeit zu gründlicher Bildung gibt.

**Neue Gesichtspunkte für die Handhabung der preußischen Sittenpolizei** sind aufgestellt worden in einem gemeinschaftlichen Erlaß der preußischen Minister des Innern und der Medizinalangelegenheiten vom 11. Dezember 1907. Der Erlaß weist einleitend darauf hin, daß in das preußische Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905, auch die Schutzmaßregeln aufgenommen worden sind, die gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch Gewerbsunzucht treibende Personen ergriffen werden sollen. Die Behörden sind dadurch in den Stand gesetzt, von diesen Maßregeln ganz unabhängig von der Frage Gebrauch zu machen, ob eine sittenpolizeiliche Aufsicht zu verhängen ist. Sie können die gesundheitliche Überwachung der Prostituierten als vorwiegend ärztliche Einrichtung von den besonderen zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit erforderlichen Maßnahmen trennen, sie dadurch von manchen lästigen Nebenwirkungen befreien und doch gleichzeitig zum Besten der Volksgesundheit im weiteren Umfange zur Durchführung bringen. In allen Orten, in welchen eine Überwachung der Prostituierten erforderlich ist, soll unverzüglich ermittelt werden, ob Gelegenheit zur unentgeltlichen ärztlichen Behandlung Geschlechtskranker vorhanden ist. Wo solche fehlt, ist Sorge zu tragen, daß durch Vereinbarungen mit geeigneten Ärzten oder Krankenhäusern öffentliche ärztliche Sprechstunden zu diesem Zweck eingerichtet werden.

Die zum ersten Male wegen des Verdachts der Gewerbsunzucht polizeilich angehaltenen Personen sollen künftig unter Aushändigung eines Verzeichnisses der vorhandenen öffentlichen Sprechstunden mit der Auflage entlassen werden, sich dort vorzustellen und entweder unverzüglich ein Gesundheitszeugnis vorzulegen oder bis zur Heilung einer vorhandenen geschlechtlichen Erkrankung den Nachweis zu erbringen, daß sie in ausreichender ärztlicher Behandlung stehen oder der erhaltenen ärztlichen Anweisung entsprechend ein Krankenhaus aufgesucht haben. Die polizeiärztliche Untersuchung und die zwangsweise Behandlung im Krankenhause werden auf solche Fälle beschränkt, in denen begründeter Verdacht besteht, daß die Patienten sich der freien ärztlichen Behandlung entziehen oder noch vor bewirkter Heilung wieder der Unzucht nachgehen werden. Ähnliche Erleichterungen dürften künftig auch den Personen, welche der sittenpolizeilichen Aufsicht unterstehen, gewährt werden, sofern ihre persönlichen und sonstigen Verhältnisse einige Sicherheit dafür bieten, daß sie den ärztlichen Verordnungen nachkommen und während der Er-

krankung nicht weiter Gewerbsunzucht treiben.

Die bestehenden eingehenden Vorschriften über die Behandlung von Prostituierten, welche das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, im Wege der Fürsorgeerziehung und der vormundschaftsgerichtlichen Anordnungen, bleiben unberührt. Für die Versorgung geschlechtskranker Minderjähriger wird die Angliederung von Krankenabteilungen an Erziehungshäuser empfohlen, in denen die Zöglinge Erziehung und Heilung zugleich finden.

Der Erlaß stellt weiter die Anordnung der sittenpolizeilichen Aufsicht über erwachsene Prostituierte rechtlich auf eine neue Grundlage. Die Stellung unter polizeiliche Aufsicht soll in Zukunft nur verfügt werden, wenn die Voraussetzungen durch gerichtliche Verurteilung wegen strafbarer Gewerbsunzucht zweifelsfrei dargetan sind. Von dieser Einschränkung soll nur bei solchen Personen abgesehen werden, welche nach Entlassung aus der sittenpolizeilichen Aufsicht wieder der Prostitution anheimgefallen sind.

Um prostituierenden Frauen und Mädchen die Rückkehr zu anständigem Lebenswandel zu erleichtern, empfiehlt der Erlaß den Polizeiverwaltungen, die dauernde Mitwirkung einer mit den Bestrebungen der Rettungsvereine vertrauten Dame herbeizuführen, welcher täglich Zutritt und freiester Verkehr mit den eingelieferten weiblichen Personen zu gestatten ist. Für die Durchführung der sittenpolizeilichen Aufsicht im einzelnen werden folgende Hinweise erteilt: Grundsätzlich ist von allen die Rückkehr zu geordnetem Leben erschwerenden polizeilichen Maßnahmen abzusehen. Bestrafungen wegen unerheblicher Verstöße gegen die polizeilichen Bestimmungen sollen vermieden, dagegen Zuwiderhandlungen gegen die ärztlichen Vorschriften nachdrücklich geahndet werden, möglichst durch Herbeiführung der Überweisung in das Arbeitshaus. Um dem verderblichen Einfluß der Prostituierten und ihres Anhanges auf jugendliche Personen entgegenzuwirken, sollen die sittenpolizeilichen Vorschriften ihnen verbieten, in Familien mit schulpflichtigen Kindern Wohnung zu nehmen. Den Polizeiverwaltungen wird ferner zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß die Prostituierten zu den Wirten, in deren Häusern oder Wohnungen sie Unterkunft finden, nur in mietsrechtliche Beziehungen treten, daß dagegen jeder weitere Einfluß der Vermieter auf die Prostituierten, jede Beteiligung an deren Einnahmen, jede Erschwerung des Auszuges sowie die Verabfolgung von Genußmitteln an die Mieterinnen oder deren Besucher unbedingt verhindert wird.

Der Erlaß lenkt schließlich die Aufmerksamkeit der Behörden auf die gefährliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch Personen, die nicht Gewerbsunzucht treiben. Er empfiehlt, die Unterbringung solcher Patienten in Krankenhäusern — geeignetenfalls unter Mitwirkung der Gemeinde- und Kassenvorsteher, sowie der Kassenärzte — herbeizuführen. Geschlechtskranke, welche trotz Kenntnis ihres Zustandes durch Geschlechtsverkehr eine Ansteckung verursachen, sollen für ihr unverantwortliches und gemeingefährliches Verhalten auf Grund der §§ 223 ff., 230 StGB. zur Bestrafung gebracht werden, wenn der gesetzliche Tatbestand irgend erweisbar ist.

**Ein neuer Versuch zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage in Preußen.** Die Regierung veröffentlichte Anfang 1908 eine Denkschrift über die Gründung einer Ansiedlungsbank der ostpreußischen Landschaft. Diese soll ein gemeinnütziges, nicht auf Ver-

teilung von Geschäftsgewinn gerichtetes Nebeninstitut der Landschaft sein, das die in der ostpreußischen Landschaft inkorporierten Landwirte zu einer Zentralstelle zusammenschließt, die alle auf Schaffung und Erhaltung einer heimfrohen und heimfesten Landbevölkerung gerichteten Bestrebungen im Bezirk der ostpreußischen Landschaft zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Demgemäß ist der besondere Zweck des Unternehmens die Organisation der inneren Kolonisation, vor allem die Seßhaftmachung landwirtschaftlicher Arbeiter und die Vermehrung und Erhaltung kleinerer Bauernstellen, die Verbesserung des Arbeiterwohnungswesens auf dem platten Lande, die Förderung von Wohlfahrtseinrichtungen aller Art und von sonstigen gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zugunsten der Landwirtschaft, vornehmlich aber der ländlichen Arbeiter, sowie des kleinsten, kleineren und mittleren Grundbesitzes.

Die Ansiedlungstechnik der Landschaft soll auf folgenden Grundsätzen beruhen:

Die Regel soll die Rentengutsform sein, aber freies Eigentum und Arbeiterpacht sollen nicht ausgeschlossen werden. Nur ausnahmsweise soll auf dem Wege des Ankaufs und der Zerschlagung ganzer Güter vorgegangen werden. Ein solches Verfahren kann dazu führen, wie die Praxis der oben genannten Landgesellschaft zeigt, große schutzwürdige landwirtschaftliche Werte, Gebäude, Waldbestände, Stammherden ohne Not zu vernichten. Nicht Aufteilung, sondern Verkleinerung des Großgrundbesitzes ist das Ziel. Das Mittel dazu ist der Ankauf angrenzender und in sich zusammenhängender Außenteile von Gutsbezirken und ihre Zusammenlegung zu leistungsfähigen Dorfgemeinden. Der Landarbeiter gehört nicht in den Gutsbezirk, sondern in die bäuerliche Gemeinde. Hierdurch wird eine gesunde Abstufung von Groß- und Kleinbesitz, die beste Versorgung der umliegenden Güter mit freien seßhaften Arbeitern und die geeignetste Form der Gemeinde-, Schul- und Kirchenverfassung herbeigeführt. Außerdem behält die Landschaft sich mehrere Reservewirtschaften in der Ansiedlungsgemeinde in eigener Regie vor, um aufstrebenden Arbeitern geeignetes Areal zum Zukauf zur Verfügung stellen zu können. Zum Schluß betont die Denkschrift, daß die Voraussetzung des Erfolges einer solchen Kolonisationstätigkeit die absolut freie Wahl der Arbeitsstelle seitens des Ansiedlers, selbst auf die Gefahr, daß er Wanderarbeiter wird, sein müsse, sowie seine Heranziehung durch hohe Barlöhne. Den Rest würde die Mitarbeit in der Gemeinde, die Selbstverantwortlichkeit und Gleichberechtigung tun, um ein modernes Standesgefühl zu erzeugen, das neben der gebesserten ökonomischen Lage und der Möglichkeit sozialen Aufstiegs zur Lösung der Landarbeiterfrage unerläßlich ist.





Verantwortlich für die Redaktion Dr. Hermann Beck, Berlin. — Druck von Georg Reimer in Berlin W.